NATIONALSOZIALISMUS

IN DETMOLD

AISTHESIS VERLAG

Das stadtgeschichtliche Projekt »Nationalsozialismus in Detmold« mit Vorträgen, Zeitzeugengesprächen, Ausstellungen, Lesungen und Filmvorführungen wurde am 8. Mai 1995, dem 50. Jahrestag der Befreiung von Krieg und Nazidiktatur, eröffnet.

Viele interessierte Bürgerinnen und Bürger haben sich dann in Zustimmung und Widerspruch ein Jahr lang auf dieses Projekt eingelassen. Damit ist verhindert worden, daß mit dem 50. Jahrestag des Kriegsendes ein Schlußstrich unter die Auseinandersetzung mit diesem Teil der (Stadt-)Geschichte gezogen wird.

Von Anfang an war die Veröffentlichung der Vorträge zusammen mit weiteren Aufsätzen und einer Dokumentation geplant. Das Buch hält das Erarbeitete fest und regt damit zugleich zu weiterer Beschäftigung mit dieser Epoche an.

Zugleich stellt es einen Baustein für eine neue Detmolder Stadtgeschichte dar, die die 1953 erschienene »Geschichte der Stadt Detmold« ergänzt und weiterführt.

ZXJ I 124 +1

AV

Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe

Band 50

Nationalsozialismus in Detmold

Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts

Herausgegeben von der Stadt Detmold
in Zusammenarbeit mit
dem Naturwissenschaftlichen und
Historischen Verein für das Land Lippe

Bearbeitet von Hermann Niebuhr
und Andreas Ruppert

00598398

AISTHESIS VERLAG

Bielefeld 1998

Abbildung auf dem Umschlag:
Feier des 1. Mai 1933 in Detmold. Veranstaltung vor dem Rathaus.
(NW Staatsarchiv Detmold, D 75, Nr. 588/1)

Die Drucklegung dieses Bandes haben gefördert:

Stadt Detmold

Sparkasse Detmold

Nordrhein-Westfalen-Stiftung
Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege

Naturwissenschaftlicher und Historischer Verein
für das Land Lippe e.V.

Landschaftsverband Westfalen-Lippe

Landesverband Lippe

Landesbibliothek Detmold

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

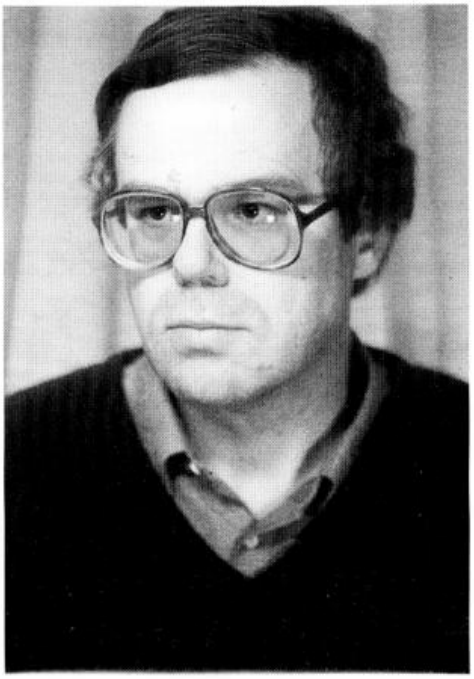
Nationalsozialismus in Detmold : Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts / hrsg. von der Stadt Detmold in Zusammenarbeit mit dem Naturwissenschaftlichen und Historischen Verein für das Land Lippe. Bearb. von Hermann Niebuhr und Andreas Ruppert. - Bielefeld : Aisthesis-Verl., 1998
ISBN 3-89528-208-1

Für alle Beiträge sind die Verfasser selbst verantwortlich.

© Aisthesis Verlag Bielefeld 1998
Postfach 10 04 27, D-33504 Bielefeld
Druck und Bindearbeiten: Druckerei Hermann Bösmann GmbH, Detmold
Alle Rechte vorbehalten

ISBN 3-89528-208-1

Wolfgang Müller
(28. Januar 1944 – 9. Juli 1996)
gewidmet



INHALT

Vorwort 13

Einleitung 15

I. Vorträge und Aufsätze

Lothar Albertin
Deutschlands zerstörerische Größe 1933–1945
Stationen der Inhumanität 21

Heinz-Jürgen Priamus
Alfred Meyer
Biographische Skizze eines NS-Täters 42

Wolfgang Müller
Jürgen (Joseph) Stroop, der Mann aus Detmold 80

Lukas Speckmann
Ein 'lippischer Chefideologe'? –
Der Komponist August Weweler 99

Klaus Nellner
Der Ankauf von Alfred Bergmanns Grabbe-Sammlung
für die Lippische Landesbibliothek im Jahre 1938 123

Jutta M. Bott
Systemtreue und Gewissen –
Über den Psychiater Dr. Georg Müller 151

Hans-Peter Wehlt
Private Feldpost – eine oft verkannte historische Quelle 176

Andreas Ruppert
Die Ortsgruppe Detmold der NSDAP 1925–1934 203

Wolfgang Bender
Die 'NS-Machtergreifung' in Detmold 233

Hermann Niebuhr
Detmolder Justiz im Nationalsozialismus 258

Thomas Enzensberger
Der NS-Rechtswahrerbund in Lippe 291

Ernst Siemer
Das Rote Kreuz im Zweiten Weltkrieg
Humanitäre Organisation unter Nazi-Kuratel 320

Johannes Vossen
Das staatliche Gesundheitsamt im Dienst der Rassenpolitik 348

Peter Respondek
Die Engländer und die Entnazifizierung in Detmold 374

Henrike Hampe
„Das war für uns 'ne Ehre..."
Detmolder Mädchen in Uniform 392

Annette Hennigs
Der Detmolder Fliegerhorst vor 1945 420

Dorthe Fechtemeier, Werner Freitag, Larissa Kölling
Der 1. Mai und die 'Deutsche Woche' 1933 in Detmold
Bürgerliche Festkultur zwischen Tradition und
nationalsozialistischem Aufbruch 445

Gunda Gaus / Maik Hattenhorst / Marcel Plöger
'Heldengedenktage' in Detmold.
Politisches Gefallenengedenkten zwischen 1933–1945 476

Harald Pilzer
Die Lippische Landesbibliothek als
nationalsozialistische Weltanschauungsbücherei. 503

Uta Halle
Detmold und die deutsche Vorgeschichtsforschung 528

Dirk Mellies
„Blick auf den Recken, den Hermann dort oben... "
Das Hermannsdenkmal im 'Dritten Reich' 556

Michael Vogt
„Durchbruchsschlacht für Grabbe"
Die Grabbe-Woche 1936 als Beispiel
nationalsozialistischer Kulturpolitik in der Region 571

Werner Broer
Die Grabbe-Gesellschaft in der Zeit
der nationalsozialistischen Herrschaft 589

Vera Scheef
Die bildende Kunst in Lippe während der Zeit
des Nationalsozialismus 611

Paul-Wolfgang Herrmann
Die Zerschlagung der Gewerkschaften 621

Jürgen Hartmann
„Die durchgeführte Aktion hat hier wahre
Befriedigung hervorgerufen." –
Der November-Pogrom in Detmold 1938 645

Jürgen Hartmann
Die Deportation Detmolder Juden 1941 – 1945 660

Sabine Hanrath
Die Durchführung von Zwangssterilisationen
an lippischen Patienten in der
Heil- und Pflegeanstalt 'Lindenhaus'
im Zeitraum von 1934 bis 1939 679

Cordula Marx
Die katholische Gemeinde in Detmold 1933–1945 697

Hansjörg Riechert
Bibelforscher 723

Anke Hufschmidt
Detmolder Sozaldemokraten zwischen Widerstand und Anpassung 753

Jürgen Hartmann
Die KPD in Detmold 773

Gisela Diewald-Kerkmann
„Der größte Lump im ganzen Land –
das ist und bleibt der Denunziant" –
Politische Denunziationen während der NS-Zeit 787

Walter Stich
„...mag er noch so weit, noch so schnell laufen, die Kette läuft mit."
Vom Nutzen und Nachteil neuer Gedenktage 804

II. Dokumentationen

Zeitzeugen erinnern sich

'Bund Deutscher Mädel' ('BDM')
November 1995 in der Volkshochschule *(Elisabeth Sauermann)* 821

Hitlerjugend *(Peter Pahmeyer)* 827

Das Detmolder Lyzeum *(Gertrud Wagner)* 831

Als jüdische Schülerin in Detmold:
Karla Raveh geb. Frenkel *(Wolfgang Müller)* 838

Der Volkshochschul-Kurs

Eine Zusammenfassung von Günter und
Hildegard Hammer 844

Ausstellungen

Nikola Henke / Anuschka Herrmann / Birte Steffen /
Micheline Prüter-Müller
Elisabeth Lange
Eine Frau aus Detmold im Umfeld der 'Weißen Rose' 849

Ingrid Schäfer
Irma Fechenbach-Fey geb. Epstein, 1895 – 1973
Jüdin – Sozialistin – Emigrantin
Ausstellung vom 16. 10. bis 17. 11. 1995 857

Dokumentationen

Micheline Prüter-Müller
Jüdische Stimmen zum Nationalsozialismus in Detmold –
Ausschnitte aus einem Brief von Ruth Margalit, geb. Ehrmann. 865

Micheline Prüter-Müller
Jüdische Stimmen zum Nationalsozialismus in Detmold –
Ausschnitte aus Briefen und Reiseberichten von Uri Lev-Ron
(früher Rudi Heilbrunn) an Wolfgang Müller 871

Uri Lev-Ron
Zur Enthüllung der Tafel mit den Namen der Detmolder Opfer
der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 875

Wolfgang Müller
Rede anläßlich der Enthüllung der Tafel
mit den Namen der Detmolder Opfer
der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 876

Abbildungsnachweise 881

Zu den Autoren 882

Hinweis auf weitere Beiträge, die im Rahmen des Projekts entstanden sind:

Dina van Faassen
Die Landwirtschaft in Lippe im „Dritten Reich"
erscheint in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte
und Landeskunde 67 (1998)

Ghislaine Nauwelaerts
„Im deutschen Liede liegt die deutsche Seele"
erscheint in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte
und Landeskunde 67 (1998)

Hans-Gerd Schmidt
Idylle und Ideologie – eine Region verändert ihr Gesicht.
Lippe in Filmen des „Dritten Reiches"
erschienen in: Wolfgang Müller und Bernd Wiesener (Hrsg.),
Schlachten und Stätten der Liebe (= Streifenweise, Bd. 1).
Detmold 1996, S. 208-220

Vorwort des Bürgermeisters

Nach 'Lippe im Vormärz' und 'Detmold in der Nachkriegszeit' hat sich das dritte stadtgeschichtliche Projekt mit dem sicherlich dunkelsten Kapitel der Detmolder Stadtgeschichte befaßt. Die Auseinandersetzung mit dieser Zeit war fünfzig Jahre nach Kriegsende unvermeidlich geworden, und doch gehörte Mut dazu, sie als Aufgabe und Verantwortung der Stadt zu sehen und sie als stadtgeschichtliches Projekt zu fördern und zu tragen.

Die Fähigkeit zur bewußten politischen und gesellschaftlichen Gestaltung von Gegenwart und Zukunft eines Gemeinwesens hängt auch davon ab, wie es mit den Schattenseiten seiner eigenen Geschichte umzugehen bereit und wie weit es sich der Verantwortung und Schuld in diesem Schatten bewußt ist.

Die Schrecken der Vergangenheit dürfen nicht ins Dunkel der Geschichte entschwinden. Sie müssen vielmehr der lebenden und der nachwachsenden Generation immer bewußt sein. Die Bereitschaft zur Auseinandersetzung und deren Ergebnisse, wie sie im vorliegenden Buch dokumentiert werden, tragen auch zur Hoffnung bei, daß sich eine solche historische Erfahrung nicht wiederholen wird.

Allen, die an diesem stadtgeschichtlichen Projekt 'Nationalsozialismus in Detmold' mitgewirkt haben, möchte ich herzlich danken, insbesondere aber Wolfgang Müller, der die Fertigstellung dieses Buches leider nicht mehr erleben durfte. Es ist sein Verdienst, daß zwar spät – aber noch nicht zu spät – 52 Jahre nach Kriegsende wir nunmehr auch in Detmold ein Stück Stadtgeschichte dokumentiert haben, das wir nie vergessen dürfen.

Friedrich Brakemeier
Bürgermeister

Einleitung

Das letzte stadtgeschichtliche Projekt 'Detmold in der Nachkriegszeit' hatte gezeigt, wie sich die Stadt aus den Folgen der Katastrophe nach zwölf Jahren Nationalsozialismus und sechs Jahren Krieg herauslöste und den Weg in eine Zukunft eröffnete, die nicht durch zu viele Rückblicke in die unmittelbare Vergangenheit getrübt werden sollte. Es dauerte ein halbes Jahrhundert, bis dieser Rückblick als Aufgabe und Verantwortung der Stadt angenommen und in einer großangelegten Veranstaltungsreihe möglich gemacht wurde.

Der 8. Mai 1995 war dabei als 50. Wiederkehr des Tages der Kapitulation der deutschen Wehrmacht der Ausgangspunkt, von dem aus ein Jahr lang Vorträge, Diskussionsrunden, Ausstellungen sowie Theater- und Filmveranstaltungen an die Jahre vor dem 8. Mai 1945 erinnerten. Die Entfernung zum damaligen Geschehen war inzwischen so groß geworden, daß Fragen nach Ursachen und Gründen, nach Verstrickung und Schuld ihre unmittelbare emotionale, an noch gesellschaftlich verantwortlich handelnde Personen ausgerichtete Bedeutung verloren hatten. Wie stark die Scheu vor personenbezogener Konkretisierung jedoch wirksam sein kann, ließ sich auch jetzt noch bemerken, als etwa das Landestheater die zunächst beabsichtigte Aufführung eines Theaterstückes über Jürgen (Josef) Stroop, den 'Mann aus Detmold', nicht realisierte.

Gleichzeitig ist die behandelte Zeit aber noch nicht in eine unerreichbare Ferne gerückt und gänzlich historisiert. Noch leben Menschen, die sie in dieser Stadt bewußt wahrgenommen haben und deren Zeugnisse in den einzelnen Gesprächsrunden und in den vielen Diskussionen nach Vorträgen wichtige Hinweise und Ergänzungen zu den primär an Schriftquellen gewonnenen Ergebnissen der Historiker liefern konnten. Dazu gehörten beim Vortrag von Jürgen Hartmann über die Ereignisse vom 9. und 10. November 1938 auch ehemalige jüdische Einwohner, die sich im Rahmen des städtischen Besuchspogramms in Detmold aufhielten. Sie ließen spüren, wie nahe das Vergangene in Wirklichkeit noch ist. Die Diskussionen nach den Vorträgen zeigten auch, wie unfruchtbar die Behauptung eines unüberbrückbar gegensätzlichen Geschichtsverständnisses von 'Zeitzeugen' und 'Nachgeborenen' ist, wie fruchtbar dagegen der Dialog sein kann.

Das Projekt 'Nationalsozialismus in Detmold' wurde ähnlich wie das vorhergehende vorbereitet und durchgeführt. Den Planungen durch eine Arbeitsgruppe, der Wolfgang Müller, Hermann Niebuhr und Erhard Wiersing angehörten und zu der später Andreas Ruppert hinzukam, folgten Diskussionsrunden mit interessierten Forschern, die den Rahmen der vorgeschlagenen Themen erweiterten und eigene Vorschläge einbrachten. Aus diesen Runden entstanden die Konzepte für die Veranstaltungsreihe und für ihre Dokumentierung in einem Sammelband, der allerdings erheblich über den Themenrahmen der Vor-

träge hinausgehen sollte. Die Reihe selbst wurde in einer Broschüre vorgestellt, die einzelnen Veranstaltungen darüber hinaus jeweils plakatiert und in der Presse angekündigt, so daß die interessierte Öffentlichkeit ausreichende Möglichkeiten der Information hatte.

Schwerpunkte der Beiträge sind das Aufkommen, die Machtübemahme und das weitgehend reibungslose Funktionieren des Nationalsozialismus in Detmold, wobei sowohl die Aspekte des Terrors und der Verfolgung wie auch die der Akzeptanz und der Beteiligung eines großen Teils der Bevölkerung ausgeleuchtet werden. Deutlich wird dabei die weitgehende Mitwirkungsbereitschaft etwa von Behörden, von einzelnen Verbänden und von Medizinern, beim Terror wurden die Schwerpunkte beim Antisemitismus gesetzt, aber mit den Ernsten Bibelforschen (Zeugen Jehovas) auch an eine sonst übersehene Verfolgtengruppe erinnert. Die Beiträge unterliegen dabei keinem engen Verständnis des Themenrahmens. Sie greifen in die Zeit vor 1933 ebenso zurück wie sie die Nachkriegszeit miteinbeziehen, sie beschränken sich auch nicht immer auf die Stadt Detmold, sondern zeigen auf landesweiter Untersuchungsebene Ergebnisse, die so auch auf die Residenzstadt übertragbar sind, wie die hier gewonnen Ergebnisse umgekehrt ihre Bedeutung auch für das ganze Land haben.

Die Gesprächsrunden mit Zeitzeugen ließen ebenfalls die unterschiedlichen Perspektiven von Verfolgung einerseits, der abgestuften Integration von Jugendlichen in das Herrschaftssystem andererseits erkennbar werden. Die beiden Ausstellungen erinnerten an die Schicksale zweier verfolgter Frauen, die bisher eher zu den Vergessenen der Geschichte gehörten. Zur Erinnerungsarbeit gehörte auch die Enthüllung einer Tafel mit den Namen jener mit der Stadt verbundenen Menschen, die ihre Verfolgung nicht überlebten.

Die Veranstalter sind sich trotz der Fülle der bearbeiteten Themen einiger Defizite bewußt, wie sie auch aus dem Kreis der Teilnehmerinnen und Teilnehmer an den verschiedenen Veranstaltungen mehrfach angemerkt wurden. So fehlt auch in diesem Projekt der Bereich der Wirtschaft, dessen zentrale Bedeutung – angefangen vom Problem der Arbeitslosigkeit zu Beginn der NS-Zeit bis zur Tatsache der Einbindung des ganzen Landes in die Rüstungsindustrie während des Krieges – unbestritten ist. Angesichts der Struktur der Veranstaltungsreihe, die weitgehend auf die freien und unentgeltlichen Angebote ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angewiesen war, ließen sich solche Defizite jedoch nicht vermeiden. Leider sind einzelne Vorträge nicht termingerecht für den Druck überarbeitet worden. Die Herausgeber hoffen, sie später an anderer Stelle veröffentlichen zu können. Andererseits sind auch gelegentliche Wiederholungen bei einer derart großen Zahl von Mitwirkenden unvermeidlich.

Bemerkenswert war auch in diesem Projekt das weitgehende Desinteresse der Jugend, die von den Themen oder von der Darstellungsweise nicht im gewünschten Maße erreicht werden konnte. Auffällig war gleichzeitig das starke

Interesse – nicht nur der Jüngeren – an einer Filmvorführung, das eine zweimalige Wiederholung notwendig machte. Diese beiden Erfahrungen werden eventuelle Planungen zu weiteren Projekten berücksichtigen müssen.

Treibende Kraft in diesem Projekt war Wolfgang Müller, Lehrer am Stadtgymnasium und Archivpädagoge im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv. Zu Jahresbeginn 1995 erkrankte er schwer und starb am 9. Juli 1996. Soweit es ihm möglich war, besuchte er die einzelnen Veranstaltungen – über jede ließ er sich ausführlich berichten, noch wenige Tage vor seinem Tod bat er um die Übersendung von Manuskripten, um sich an der Redaktionsarbeit für diese Dokumentation zu beteiligen. Er hat sie sich als Grundlage und Ausgangspunkt für die weitere Auseinandersetzung mit einer Zeit gewünscht, die als historisch abgeschlossen zu betrachten für ihn nicht vorstellbar war. Seinem Andenken ist der vorliegende Band gewidmet.

I. Vorträge und Aufsätze

Lothar Albertin

Deutschlands zerstörerische Größe 1933–1945
Stationen der Inhumanität*

In einer Augustnacht des Jahres 1932 drangen in der oberschlesischen Ortschaft Potempa fünf SA-Männer in die Wohnung eines kommunistischen Bergarbeiters ein und trampelten ihn in Gegenwart seiner Mutter zu Tode. Das war nicht nur ein Fall für die Justiz. Mit den zum Tode verurteilten, bald darauf begnadigten Mördern solidarisierte sich telegrafisch Adolf Hitler und schwor ihnen „unbegrenzte Treue" und „baldige Befreiung".[1] Unfaßbar diese Herausforderung des Rechtsstaats, in dem die NSDAP bei den Reichstagswahlen Ende Juli rund 13.745.000 Stimmen erreicht hatte!

Tatsächlich war dies ein Testfall für die moralische Abwehrkraft der Nation – den sie nicht bestand. Die politisch interessierte Öffentlichkeit vergaß den Vorfall. Sie vernachlässigte den sonstigen Terror, der schon passiert war, und alles, was seit Hitlers 'Mein Kampf' dazu geschrieben worden war. Sie erkannte nicht die Vorzeichen eines historischen Umbruchs. Die Abkehr von der Weimarer Republik hatte längst breite Kräfte erfaßt.

Im Jahre 1929, auf der Höhe der Weltwirtschaftskrise, war in Deutschland ein Drittel der arbeitenden Bevölkerung erwerbslos.[2] Die Arbeitslosigkeit schwächte naturgemäß die Gewerkschaften. Existenzangst griff zudem in den Mittelschichten um sich. Der Rechtsextremismus hatte Auftrieb. Seine nationalistischen und militanten Parolen zogen Unzufriedene an, bei denen die Niederlage nach dem ersten Weltkrieg und der Versailler Vertrag unverstanden geblieben waren und die Weimarer Republik nie Akzeptanz gefunden hatte.

Verzweifelt hatten zuletzt die demokratischen Parteien um die Zustimmung der Wähler – vor allem in den Mittelschichten – für eine Politik gerungen, die nüchterne Ziele verfolgte: Gesundung der öffentlichen Finanzen, Wiederbelebung des Arbeitsmarktes, Bewältigung der Reparationsfrage und Rückkehr in die aktive Außenpolitik auf der Basis von Verträgen im Geiste internationaler Verständigung.[3] Der Rückgang nationalsozialistischer Stimmen bei den Reichstagswahlen im November 1932 erschien noch wie ein Hoffnungsanker in verworrener Zeit.

Die Schwächung der Republik hatte schon mit den Präsidialregierungen begonnen. Der Staatsstreich in Preußen im Juli 1932 war – obwohl ein eklatanter

---

* Dieser Beitrag ist in der Form des Vortrags belassen worden, den der Autor zur Eröffnung des stadtgeschichtlichen Projekts „Detmold im Nationalsozialismus" am 8. Mai 1995 – 50 Jahre nach Kriegsende – in Detmold gehalten hat.

Detmold

Verfassungsbruch – ohne Widerstand geblieben. Die NSDAP nutzte dann die Landtagswahlen in Lippe am 15. Januar 1933 zu einem massiven Einsatz ihrer Parteiprominenz – Hitler selbst hielt 16 Wahlreden. Sie sprach von ihrem „Entscheidungskampf" im „Lipperland", „wo einst Hermann der Cherusker die Befreiungsschlacht des deutschen Volkes geschlagen" habe. Die Nazis übertrieben unmäßig: „Die ganze Welt sieht auf Lippe."[4] Ihr Wahlsieg blieb bescheiden. Auf ihrem Wege zur Macht rühmten sie ihn aber wie ein Schlüsselereignis.

Das erste Kabinett des sogenannten 'Dritten Reiches' war eine Koalitionsregierung. Mit ihr dauerte die Selbsttäuschung der beteiligten konservativen Gruppierungen an, und auch des greisen Reichspräsidenten, der letzte Warnungen noch mit dem Wort beschieden hatte: „Von mir bekommt der Hitler nicht alles". Aber selbst demokratische Politiker klammerten sich an die Hoffnung, die Nationalsozialisten würden bald an ihrer Unfähigkeit scheitern, ernsthafte Regierungsarbeit zu leisten.

Die Macht war jedoch an eine Bewegung übergegangen, deren Regime die Inhumanität in einem Maße ideologisch deklarierte und praktisch realisierte, das alle menschliche Vorstellungskraft übertraf.

Wie dies geschehen konnte, will ich heute nachzeichnen und kommentieren. Aus Zeitgründen werde ich unsere Aufmerksamkeit auf folgende Fragen konzentrieren: Wie lockte und zwang das Regime die Arbeiterschaft? Wie erreichte es große Teile der Jugend? Über welche Stationen des Grauens betrieb es die Unterdrückung und Vernichtung von einzelnen, Gruppen und Völkern, bis zum schließlichen Holocaust? Welche Kräfte widerstanden der Diktatur? Welche unmenschlichen Ziele zerstörerischen Größenwahns verfolgte der Nationalsozialismus im Kriege? Was ist der Sinn unserer heutigen Erinnerung – 50 Jahre nach der Befreiung von Krieg und Nazi-Diktatur?

Die Arbeiterschaft: Täuschung und Zwang

Der Nationalsozialismus fand seinen Anhang hauptsächlich in den mittelständischen Schichten. Das neue Regime brauchte aber auch eine fügsame Arbeiterschaft. Es zerschlug deswegen ihre Organisationen und verfolgte ihre Repräsentanten, und es suchte durch Drohungen und Lockungen die Arbeiter selbst zu gewinnen. Im Januar 1933 zählte die SPD noch eine Million Mitglieder, ebensoviele das Reichsbanner, das sich zum Schutz der Republik aus Sozialdemokraten und Linksliberalen rekrutierte; die KPD 300.000. SA und Hilfspolizei – diese war eine Erfindung Görings – machten sofort, mit spontaner Willkür, überall im Reich, Jagd auf Kommunisten und Sozialdemokraten, mißhandelten sie, nahmen viele in sogenannte Schutzhaft. Im März 1933 wurden in Lippe Reichsbanner und Eiserne Front, Mitte April alle Arbeiter-, Turn- und

Sport- sowie Gesangsvereine und die Arbeiter-Samariter-Vereine verboten, ihr Vermögen eingezogen.

Zielscheibe wurden auch die Gewerkschaften. Im Ausnahmezustand nach dem Reichstagsbrand drangen Schlägertrupps von SA und NSBO – Nationalsozialistische Betriebsorganisation – in Betriebe ein und setzten Betriebsräte ab, wie in den Dörentruper Sand- und Thonwerken.[5] In Detmold besetzten am 11. März 40 SA- und SS-Leute das Gewerkschaftshaus. Als sich der Vertreter des Holzarbeiterverbandes weigerte, die Schlüssel zu übergeben, wurde er zu Boden geschlagen, mit Stiefelabsätzen ins Gesicht getreten und schwer verletzt.[6] Eine Eingabe der Gewerkschaften mit der Aufzählung solcher Gewalttätigkeiten an Hindenburg blieb ebenso erfolglos wie die Beschwerde des Vorsitzenden Leipart an Reichsarbeitsminister und Reichskanzler. Hitler notierte handschriftlich: „Herr Leipart soll dem Schicksal danken, daß so zart mit den Herrschaften verfahren wurde".[7]

Am 11. März begann auch der Leidensweg des Detmolder Pazifisten, Sozialdemokraten und Juden Felix Fechenbach. Er hatte auf Flucht verzichtet und seiner Frau geschrieben: „Es wäre ein Treubruch gegen die lippischen Arbeiter gewesen."[8] Im August, auf dem Wege nach Warburg, von wo ihn ein Sammeltransport nach Dachau bringen sollte, trieben ihn SA- und SS-Leute in einen Wald und ermordeten ihn durch Schüsse in den Rücken.

Im Frühjahr 1933 hoffte noch der ADGB, seine Organisation mit ihren Arbeitsplätzen und sozialen Leistungen für arbeitslose, kranke und invalide Mitglieder aufrechthalten zu können. Er ließ sich täuschen und rief sogar zur Beteiligung auf, als die Nazis den 1. Mai zum 'Tag der nationalen Arbeit' erklärten und dann auch die Kundgebungen und Festzüge in Detmold, Lemgo, Horn, Barntrup und Blomberg dirigierten. Nach Detmold fuhren ganze Sonderzüge.[9]

Am folgenden Tag ließ das Regime die Maske fallen. Partei und SA besetzten – nach vorbereitetem Plan – Gewerkschaftsbüros und -redaktionen, beschlagnahmten das Vermögen, durchsuchten Privatwohnungen und kontrollierten die Post. Der Detmolder Kreisleiter der NSDAP meldete bereits am 3. Mai der Gauleitung in Münster, daß bei der 'Gleichschaltungsmaßnahme' am Vortage das Volkshaus in Detmold und in Bad Salzuflen besetzt sowie sechs Gewerkschaftsfunktionäre in 'Schutzhaft' genommen worden waren.[10] Auch die liberalen und nationalen Gewerkschaften, die den bürgerlichen Parteien nahestanden, wurden bald und überall in Deutschland in diese Unterdrükkung und Ausschaltung einbezogen.

Druck und Verfolgung dauerten nicht zuletzt deswegen an, weil die beiden Linksparteien aus den Reichstagswahlen am 5.März 1933 trotz allen Terrors mit über 30% der Stimmen hervorgegangen waren. Als dann am 23. März der Reichstag in der von SA und SS umstellten Berliner Kroll-Oper in einer vielfach manipulierten Sitzung das Ermächtigungsgesetz behandelte, hatte Otto Wels, der sozialdemokratische Fraktionschef, den Mut gehabt, „das für zwölf

lange Jahre letzte öffentliche Bekenntnis für Demokratie und Rechtsstaat" zu bekunden.[11]

Eine Scheinlegitimation erzwang das Regime dann im November 1933 mit allem Druck durch erneute Reichstagswahlen und eine Volksabstimmung. Wenige Tage danach rief hier in Detmold die Hitlerjugend zu einer Kundgebung auf dem Marktplatz auf: „Wir veröffentlichen die Namen aller derer, die am 12. November mit 'Nein' stimmten und somit zu Verrätern unseres Volkes wurden [...] Wer nicht kommt und dem Urteil zustimmt, verurteilt sich selbst. Deutschlands Jugend vernichtet alle, die sich ihrer Zukunft entgegenstellen."[12]

Das Regime nutzte verschiedene Wege, sich die Gunst der Arbeiterschaft zu erschleichen oder ihre Unterwerfung zu erzwingen. Bis zum Frühjahr 1935 war fast die Hälfte der fünf bis sechs Millionen Arbeitslosen in den Arbeitsmarkt eingegliedert. Notstandsarbeiten, der Bau von Autobahnen, vor allem aber die bald anlaufende Aufrüstung mit ihrer agitatorisch inszenierten 'Arbeitsschlacht' schienen die Bevölkerung von dem Alpdruck zu befreien, der sie seit der Weltwirtschaftskrise belastete.

Die Deutsche Arbeitsfront sog zunächst alles organisierte Arbeitsleben auf und beherrschte bald die Sozialpolitik. Wo freilich ihre Funktionäre meinten, tatsächliche Interessen der Beschäftigten vertreten zu können, wurden sie bald in ihre Grenzen verwiesen. Ab Mitte Januar 1934 galt das 'Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit': Unter dem Unternehmer als 'Betriebsführer' waren die Arbeiter seine 'Gefolgschaft', ein sogenannter 'Vertrauensrat' ersetzte den früheren Betriebsrat. Wo andersdenkende Arbeitnehmer nicht parierten oder sich widersetzten, wurden sie bedroht: ökonomisch durch Entlassungen, an Leib und Leben durch das Terrorinstrument 'Schutzhaft', das Gestapoverhöre und unter Umständen KZ-Haft bedeutete.

Die Jugend: Illusion einer großen Zukunft

Das Gros der Jugend stand der Weimarer Republik innerlich gleichgültig, skeptisch oder sogar feindlich gegenüber. Nur die Jugendorganisationen in der Nähe der demokratischen Parteien und Gewerkschaften sowie kleinere Verbände oder Gruppierungen der bündischen und konfessionellen Jugend bekannten sich zum Geist der Republik. Der nationalsozialistische Staat nutzte diese Konstellation durch seine Angebote an die Jugend. Er suggerierte ihr durch einen einzigartigen Aufwand materieller, organisatorischer und agitatorischer Mittel das schmeichelhafte Gefühl, daß sie ihm teuer sei.

Die Hitlerjugend, samt dem Bund Deutscher Mädel, dem Jungvolk und Jungmädelbund, begann mit kleinem Anhang. Es gelang ihrem Leiter Baldur von Schirach aber, mit Tricks und Überredung, Druck und Gewalt, den korporativen Zusammenschluß der Jugendverbände auf Reichsebene auszuschalten

und die Regie für die verbliebenen – nicht verbotenen – Organisationen an sich zu ziehen. Teile der bündischen Jugend gliederten sich ein und ergänzten auch das Führungspersonal im Jungvolk. Nicht alle blieben, manche wurden später ausgestoßen, fanden sogar zum Widerstand. Die evangelische Jugend suchte vergeblich ihren organisatorischen Bestand mit Hilfe der sogenannten Deutschen Christen zu retten. Ab Dezember 1933 wurde sie – mit deren Zutun, aber auch aus innerer Anfälligkeit – der HJ inkorporiert. Reserviert verhielten sich der Großstadt-CVJM und der Reichsverband der weiblichen evangelischen Jugend. Ein Hort des unbeirrten Glaubens blieben die Bibelkreise. Sie wagten auch den Protest, wie andere Zirkel und einzelne Christen, und in Einzelfällen den Widerstand.

Leitung und Anhänger der katholischen Jugend bewahrten in großer Mehrheit stärkere Distanz und Festigkeit. Aber der erhoffte Schutz des Konkordats von Juli 1933 hielt nicht lange vor. HJ, Partei und Staat behinderten ihre Arbeit unter vielen Vorwänden – oder auch mit offener, militanter Feindschaft und drängten sie immer mehr in den Raum der Kirche und engsten Gemeinde zurück.

Seit 1934 schwoll die HJ zur Massenorganisation an. Vielen erschien sie wie der Aufbruch in eine neue Zeit. Sie staunten, wie der nationalsozialistische Staat die Jugend in seine öffentliche Selbstdarstellung einbezog und sie in Großveranstaltungen herausstellte. Da waren die zentralen Fahnenweihen am Geburtstag Friedrichs des Großen, die Beteiligung an den Massenaufmärschen der Nürnberger Reichsparteitage, die Reichsberufswettkämpfe mit ihren Leistungszeugnissen und dem persönlichen Empfang der Sieger bei Hitler, die Reichssportwettkämpfe, die Aufnahme der 18jährigen in die NSDAP.

Vielen gefiel die körperliche Ertüchtigung, auch die vormilitärische Erziehung. Wer technisch interessiert war, ging zur Motor-HJ und machte den Führerschein, lernte das Modellbauen und Segelfliegen bei der Flieger-HJ, schloß sich der Nachrichten- oder Marine-HJ an. Die 10-14jährigen erlebten die Zeltlager mit ihren Pimpfenproben, Fahrten und – mit den Größeren – die Sonnenwendfeiern. Nichts davon war eigentlich neu, aber alles nunmehr nahezu allen zugänglich und schuf Sinn für Gemeinschaft.

Die 'Schulung', die nazistische Indoktrination besorgte, ließ die einen von einer neuen Zeit schwärmen und blieb für andere eher langweilige, oft lustlose Pflichtübung. Ihre Inhalte liefen auf pathetische Sprüche hinaus, auf großspurige Selbstverherrlichung der Bewegung und ihres Führers, auf Überlegenheit der Deutschen unter den Nationen. Nichts verriet, welche verhängnisvollen Möglichkeiten sie bargen. Gegen die Wirklichkeit verbrecherischen Terrors blieb diese Jugend möglichst abgeschirmt.

Was in ihr Blickfeld geriet, waren allenfalls die leisen Zeichen der innerlich Distanzierten, die dem vollbeschäftigten Überwachungsapparat des Regimes entgingen. Nie vergesse ich den Oberstudiendirektor meiner Schule, den wir

als Fachlehrer und Persönlichkeit bewunderten. Zu den Mitgliederkampfversammlungen der NSDAP erschien er immer als letzter, nahm in der letzten Reihe Platz, um danach als erster stumm und einsam den Saal zu verlassen. Unseren Geographielehrer, der zu trinken begann und dann sagte, was er dachte und dabei politisch wurde, beauftragte er, in den großen Pausen das Kartenzimmer zu hüten – so ersparte er dem Kollegium den Konflikt zwischen Denunziation und menschlicher Loyalität.

Was machte diese HJ so attraktiv – für die meisten auch, als sie seit Dezember 1936 die gesamte Jugend erfaßte? Ihre Mitglieder erfuhren hier ein soziale Disziplinierung, die durch einen vorgegebenen Pflicht- und Verhaltenskodex Zusammengehörigkeit begründete. Die Rangordnung wies jedem Aufgaben mit Selbständigkeit und einer vermeintlichen Verantwortung zu, die Elternhaus und Schule so nicht boten. Dieser Staat plante mit großen Worten eine Zukunft, in der sich große Teile der jungen Generation mit ihren individuellen Plänen aufgehoben glaubten.

Ihrer so fixierten Aufmerksamkeit entging meistens das Denken und Tun – und das Opfer – von Altersgenossen, die als einzelne und in kleinen Gruppen im Abseits verharrten, sich nicht einordnen wollten, sich widersetzten, verfolgt wurden, litten und ermordet wurden.

Stationen des organisierten Grauens

Antisemitismus als Ausgrenzung von Juden aus der Rechtsordnung, als Diffamierung, Beraubung, Ermordung war in Deutschland nicht neu. Er wurde jedoch unter dem Nationalsozialismus, der dem deutschen und ausländischen Juden das hybride, erfundene Bild des nicht existierenden 'arischen Menschen' gegenüberstellte, 'Kernstück' offizieller Weltanschauung und blutiger Wirklichkeit.[13] Er führte in historisch einzigartige Abgründe der Unmenschlichkeit. Weder die sprachliche Steigerung dieses Rassenantisemitismus zu ungeahnter Perversion noch seine tätliche Anwendung sind aus der Geschichte allein erklärbar. Gewiß unverwechselbar ist dies: Nachdem es dem Nationalsozialismus früh gelungen war, den Rechtsstaat auszuhöhlen und zu zerbrechen, betrieb dieser zu seinem Gegenteil verkehrte und verkommene Unrechtsstaat selbst die Verfolgung und Vernichtung.

Antisemitismus war auch Herrschaftsmittel dieser Diktatur. Wer das zur Doktrin erhobene kriminelle Feindbild übernahm – in Worten oder Taten – entließ sich aus allen Bindungen an Vernunft und Sittengesetz und lieferte sich dem Regime rückhaltlos aus. Antisemitismus war dessen individuelle und kollektive Unterwerfungsprobe, die viele zu seinen Komplizen machte.

Das Leiden der Opfer kannte viele Stationen – inhuman war es von Anfang an. Zum Boykott gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte hatte die

NSDAP schon für den 1. April 1933 aufgerufen und 'Aktionskomitees' bis in das 'kleinste Bauerndorf' empfohlen. Mancherorts, in Bielefeld und Münster, auch in Detmold und Bad Salzuflen, wurden jüdische Geschäftsleute schon Tage zuvor gezwungen, in ihren Schaufenstern Schilder auszuhängen: „Deutsche, kauft nur bei Deutschen. Wir sind Juden". SA-Männer hinderten kaufwillige Kunden und sorgten für vorzeitige Ausweitung auf ganz Lippe.[14]

Bereits am 7. April schlug sich der Antisemitismus zum erstenmal in einem Reichsgesetz nieder, dem 'Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums'. Jüdische Beamte wurden sofort entlassen. Ausgenommen blieben noch, aufgrund eines Briefes des Reichspräsidenten Hindenburg, der aber jeden grundsätzlichen Protest vermissen ließ, diejenigen Beamten, die ihren Dienst vor August 1914 begonnen hatten, die Frontkämpfer waren oder Väter und Söhne im Krieg verloren hatten.

Die 'Nürnberger Gesetze' von 1935 und rund 1.500 weitere Gesetze, Verordnungen und Erlasse bis zum Kriegsbeginn beschnitten den Juden nach und nach alle Lebensmöglichkeiten. Sie verloren die bürgerliche Gleichberechtigung – das Reichsgericht sprach in einer zivilrechtlichen Frage sogar vom 'bürgerlichen Tode' der Juden.[15] Der Staat verwandelte seinen traditionellen Sinn, Leben und Eigentum zu schützen, in seinen Widersinn. Er dekretierte das Unrecht, und er exekutierte es, zumal sein Rechts-, Verwaltungs- und Polizeiapparat durch Mitgliedschaft in der NSDAP geprägt und ab 1934 durch die Gestapo ergänzt worden war.

Was schon vor den 'Nürnberger Gesetzen' von vielen Händen, an vielen Orten betrieben wurde, nahm seinen Fortgang mit einer unfaßbaren Konsequenz. Die Ausgrenzung und Ausschaltung traf jüdische Anwälte, Ärzte und Zahnärzte, Apotheker. Juden durften später auch nicht mehr Ladenbesitzer sein, Handwerksbetriebe und Unternehmen leiten. Ihnen wurde verboten, Bäder, Theater, Konzerte, Kinos und öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen. Sie durften sich schließlich auf keiner Bank in öffentlichen Parks niederlassen.

Was der lokale Antisemitismus an Haß und Hetze mit sich führte, wurde nach Bedarf noch hierarchisch bestätigt und ermuntert. So zitierte die Kreisleitung der NSDAP-Kreis Detmold für den Detmolder Bürgermeister und Parteigenossen am 8. August 1935 – auf dessen Anfrage – aus den Richtlinien des Gauleiters in dessen Tagung für die Regierungspräsidenten, Kreisleiter und die Gestapo u.a.:

> 1) Die Schilder 'Juden sind hier nicht erwünscht' dürfen angebracht werden. 2) Die Badeanstalten dürfen für Juden verboten werden.(Aus Reinlichkeitsgründen). 3) Es dürfen keine Aufträge an Lieferanten vergeben werden, deren Frauen beim Juden kaufen. [...] 6) Der Anschlag an den Stürmerkästen 'Die Juden sind unser Unglück', darf wieder angebracht werden.[16]

Albert Einstein, andere Wissenschaftler und Nobelpreisträger hatten diesem Deutschland früh den Rücken gekehrt. Die öffentliche Meinung störte dies ebensowenig wie der Theologe Karl Barth, der die Bonner Universität mit dem Rat an die Deutschen verließ, den Juden zu helfen. Stattdessen sahen sich auch Künstler aller Sparten verfemt und verstoßen.

Daß Rundfunk und Presse früh betroffen waren, verstand sich aus der nazistischen Absicht ihres Mißbrauchs. Als Goebbels im April 1933 den neuen Intendanten des WDR einführte, machte er vor der rheinischen Presse in Köln keinen Hehl daraus: Hauptaufgabe des Rundfunks sei, „die Menschen so lange zu hämmern und zu meißeln, bis sie uns verfallen sind".[17] In einem anderen Funkhaus schrieb Jochen Klepper, nachdem er denunziert worden war, am 26. Mai 1933 in sein Tagebuch: „Der Intendant weiß, daß ich Sozialdemokrat war und eine jüdische Frau habe"; das störe ihn nicht, im Programm dürfe der Name aber nur selten auftauchen. Zwölf Tage später wurde er zu demselben Intendanten bestellt: Er müsse seine Arbeit sofort einstellen und das Funkhaus verlassen. Klepper wurde immer wieder bedroht;[18] er beging im Dezember 1942 mit Frau und Tochter Selbstmord.

Im Pogrom vom 9. und 10. November 1938 wurden – in einer zentral vorbereiteten Aktion – die Synagogen in Brand gesetzt, Friedhöfe geschändet, 7.500 Geschäfte zerstört und geplündert, fast 30.000 Juden verhaftet, gepeinigt, verletzt oder sogar ermordet.

Die Bilanz für Lippe wurde bereits am 12. November in einem Eilbrief nach Münster gemeldet. Er berichtete über 'Ausschreitungen gegen jüdische Geschäfte' und begann mit den Sätzen: „Gegen 12 1/2 Uhr nachts bewegte sich ein größerer Zug von Partei- und Volksgenossen durch die Straßen der Stadt Detmold, welche Schmährufe auf die Juden ausstießen. Im Anschluß hieran wurden die jüdischen Geschäfte vollkommen demoliert." Nachts brannten demnach in Detmold, Lemgo und Schötmar die Synagogen völlig aus, während sie in Bösingfeld und Horn demoliert wurden. 'Zertrümmert' oder 'erheblich zerstört' wurden die Geschäfte und Privatwohnungen namentlich aufgeführter jüdischer Familien in Alverdissen, Barntrup, Bösingfeld, Detmold, Horn, Lage, Oerlinghausen, Bad Salzuflen, Schötmar, Silixen.

Bei der Zerstörung eines Geschäftes in Horn rutschte die 82jährige Jüdin Hirschfeld angeblich auf der Treppe so unglücklich aus, daß sie am nächsten Tage im Krankenhaus verstarb. Aus dem Kreisgebiet Lippe wurden dann 45 Juden nach Buchenwald gebracht.[19] Eugen Wolff aus Detmold wurde dort am 25. November ermordet. Max Sondermann aus Horn starb eine Woche nach der Entlassung an den Haftfolgen.[20]

Die Unterdrücker und Verfolger, Partei und Staat sowie die unzähligen Einzeltäter, waren in diesen Jahren auch habgierige Nutznießer dessen, was sie Juden raubten. Zur Zerstörung von deren beruflicher Existenz ist mit Recht ge-

sagt worden: Die wirtschaftliche und soziale Vernichtung stand vor der physischen.

Deren Vorbereitung setzte wenige Tage nach dem Novemberpogrom ein, in einer Besprechung Görings, der von Hitler beauftragt war, mit Heydrich und mehreren Ministern. Hitler hat die Vernichtung gewollt und am 30. Januar 1939 im Reichstag – hörbar für die Medien in aller Welt –, mit besessener Entschiedenheit erklärt: Wenn das internationale Judentum die Völker in einen Weltkrieg stürzen werde, dann werde das Ergebnis die „Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa" sein.[21] Er hatte längst den ideologischen Feind für einen Krieg bestimmt, den er seit Jahren vorbereitete.

Antisemitismus und Krieg waren die einzigen wirklichen Konstanten der NSDAP seit ihrer Gründung. Historisch unvergleichbar und letztlich immer noch unfaßbar war der ungehemmte, blutige Ernst, mit dem solche Ankündigungen realisiert wurden.

Die millionenfachen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, der infernalische Holocaust, dessen wir unlängst gedacht haben, als wir uns an die Befreiung von Auschwitz, Buchenwald und anderer Todes- und Konzentrationslager vor 50 Jahren erinnert haben, sind unstrittige, dokumentierte Fakten. Juden, mehr als 500.000 Sinti und Roma, politische und religiöse Gegner wurden mit organisierter Bestialität zu Tode gequält, ermordet, vergast, verbrannt, verscharrt. Das 'Großdeutsche Reich' eröffnete damit die nächste Phase einer „Zerstörung des Menschen und seiner Würde",[22] die spätestens 1933 begonnen hatte, als die ersten Ausschreitungen zügellosen Hasses in Sprache und Tat kollektiv unwidersprochen geblieben waren.

Auch aus Ostwestfalen-Lippe führten bereits im Dezember 1941 die ersten Deportationszüge 'in den Osten' – für sie das Synonym für Tod. Und schon am 23. März 1942 sandte der Kreisleiter der NSDAP-Kreis Lippe dem Detmolder Bürgermeister die Information, wonach das neue Verfügungsrecht über „freiwerdende Judenwohnungen" beim Finanzamt und ihm läge; und er bat um Wohnungsanträge, „da in nächster Zeit mit dem Freiwerden von weiteren Judenwohnungen zu rechnen ist".[23]

Die Topographie der Verfolgung deckte das besetzte Europa. Und viele Hände – auch die Kollaborateure der ausländischen Verwaltungen und Polizei – leisteten 'Amtshilfe' – anders als der König des besetzten Dänemark, der drohte, den (Anfang September 1941 befohlenen) Judenstern selbst anlegen zu wollen, falls er seinen jüdischen Mitbürgern aufgezwungen werde.

Wer schützte in Deutschland die Verfolgten? Es waren wenige, wie Propst Grüber oder Propst Lichtenberg in Berlin, auch Unbekannte, einzelne und Gruppen. Sie blieben kleine Inseln in einem weiten Meer der lauten Zustimmung, des beklommenen Schweigens und der angeblichen oder tatsächlichen Unkenntnis.

Der Widerstand: Auflehnung der Menschlichkeit

Der Widerstand gegen die Nazis begann vor ihrer Machtergreifung. Wie sehr sie immer seine geistigen Waffen fürchteten, denen sie wenig entgegenzusetzen hatten, bewiesen sie danach. Ihre öffentlich inszenierte Bücherverbrennung am 10. Mai 1933, die sie eine 'Aktion wider den undeutschen Geist' nannten, traf Künstler und Publizisten. Brillante liberale Chefredakteure wie Theodor Wolff vom „Berliner Tageblatt" und Georg Bernhard von der „Vossischen Zeitung" rangierten nunmehr unter „volksfremdem Journalismus demokratisch-jüdischer Prägung". Theodor Wolff ist den italienischen Häschern der deutschen Gestapo später, 1943, in Nizza nicht mehr entkommen. Derartige Diffamierung eröffnete auch die Verfolgung von Kurt Tucholsky, der später im schwedischen Exil den Freitod suchte, und Carl von Ossietzky, der in Konzentrationslagern geschunden wurde und starb.

Wie lebensgefährlich es war, dem neuen Regime in politischer Auseinandersetzung widersprechen zu wollen, erfuhren Kommunisten, Sozialdemokraten, Mitglieder der freien und christlichen Gewerkschaften noch vor dem Verbot ihrer Organisationen. Aus der KPD waren bis Juli 1933 allein im Ruhrgebiet 8.000 mittlere Funktionäre verhaftet worden.Von den Spitzeln der Gestapo beharrlich aufgespürt, erbrachte sie die meisten Opfer an Leiden und Tod.

Der politische Widerstand baute auf verschiedenen Wegen seine informellen Zirkel und konspirativen Netze im Innern auf, die bald auf die Helfer im benachbarten Ausland nicht verzichten konnten. Im Herbst 1938 wurde die Gruppe 'Neu Beginnen' blutig zerschlagen. Sie hatte am schärfsten davor gewarnt, die Dauer und brutale Durchsetzungsfähigkeit des Nazi-Regimes zu unterschätzen.

Zu den bittersten Aufgaben der Gegner des Nationalsozialismus im Exil gehörte, daß sie im neutralen und feindlichen Ausland für das „andere, bessere Deutschland" warben. Der Exilvorstand der SPD beobachtete in seinen Deutschlandberichten aus Prag, Paris, schließlich aus London nicht nur, was sich im Innern tat, sondern prangerte auch die Angriffskriege und die Unterwerfung besetzter Gebiete an. Er beschwor seine Gesinnungsfreunde im Ausland, Regierungen und öffentliche Meinungen, das deutsche Volk nicht insgesamt für den Abgrund an Verbrechen haftbar zu machen.

Die Deutschen waren freilich nicht imstande, sich selbst vom Regime zu befreien. Zu viele sahen sich eingebunden, folgten ihm aus Überzeugung oder fügten sich ihm aus Opportunität oder Angst vor Strafen. Zeitweilige wirtschaftliche und soziale Vorteile, die moralisch indifferente Diplomatie der zwischenstaatlichen Vorkriegsbeziehungen, das raffiniert manipulierte internationale Schauspiel der Berliner Olympiade 1936, indessen auch die anfängliche Folge militärischer Siege erschwerten alle Anstrengungen des Widerstands und hemmten die verdiente Wirkung seiner Beweggründe aus Moral und Vernunft.

Die Massenverhaftungen, Folterungen und Hinrichtungen wie in den Jahren 1942/43 erstickten gleichwohl den Widerstandswillen nicht schlechthin. Es brauchte oft Zeit, bis er sich unter nationalkonservativen Kräften, Beamten, Diplomaten, Offizieren, ehemaligen Kommunalpolitikern und Wissenschaftlern herausbildete. Das Regime demaskierte sich ihnen vollends, als sie erkannten, daß Rechtsbrüche und Fälle von Unmenschlichkeit zwingende Merkmale und Folgen des Herrschaftssystems waren. Ihre Ideen und Pläne für eine künftige Ordnung entstammten nicht immer dem Geist der Weimarer Republik; ihre Gesinnung gründete aber in einem Gewissen, das den Widerstand insgesamt verband und letztlich nicht korrumpierbar war.

Die Offiziere, die dann nach vielen mißglückten Attentaten mit der Tat des Obersten von Stauffenberg am 20. Juli 1944 den Sturz des Regimes einleiten wollten, wußten, daß Deutschlands militärische Lage bereits aussichtslos war. Die Wirkung in der Gegenwart war ihr eigenes Opfer und das Opfer vieler anderer Männer und Frauen aus dem zivilen Widerstand, denen sie die politische Gestaltung eines besseren Deutschland zuerkannten. Für diese Zukunft setzten sie alle ein Zeichen: daß nämlich Recht und Menschlichkeit unbezwingbar werden müssen, daß nur ihr Fortschritt der Sinn der Geschichte sein kann. Sie alle verkörperten ein Element der moralischen Integrität, die den Deutschen eine Chance eröffnete, nach der Befreiung am Aufbau einer internationalen Friedensordnung mitzuarbeiten.

Der zerstörerische Krieg

Das Nazi-Regime wollte der Geschichte einen anderen Fortschrittsbegriff aufzwingen. Im Vorjahr des Kriegsausbruchs verstieg es sich zu der neuen, territorial begründeten Selbstdarstellung des 'Großdeutschen Reiches': durch den Anschluß Österreichs. Während die Bevölkerung beim Einmarsch des deutschen Militärs jubelte, wußten nur wenige Österreicher, daß die Schergen der Gestapo den Truppen schon vorausgeeilt waren, um ihre blutige Arbeit zu beginnen.

Für Hitler war dies nun die Bildung eines „wahrhaft großen deutschen Reiches" „mit Gottes Hilfe".[24] Im Reichstag feierte er sich selbst als „Vollstrecker des höchsten geschichtlichen Auftrages".[25] Während er die Intensivierung der Rüstung befahl, rühmte er den „Beitrag zum europäischen Frieden".[26] Bei der Volksabstimmung und der Wahl des 'Reichstages des Großdeutschen Volksreiches' (am 10. April) werde zum erstenmal in der Geschichte Großdeutschland marschieren, rief er noch im März in Königsberg aus, um fortzufahren: „Und ich werde an diesem Tage der Führer der größten Armee der Weltgeschichte sein."[27] Es blieb nicht bei dieser Metaphorik – der 'totale Krieg' hat sie später eingelöst.

Den Deutschen wurde damals suggeriert, eine selbstbewußte 'Weltmacht' zu sein. Nachdem das faschistische Italien 1937 dem Antikominternpakt zwischen Deutschland und Japan beigetreten war, hatte sich Hitler vor der sogenannten Alten Garde seiner Partei (am 8.11.1937) in München gebrüstet: „Erst eine europäische Achse und jetzt ein großes weltpolitisches Dreieck."[28]

Kurz nach dem Anschluß Österreichs wies er dann den Führer der Sudetendeutschen Partei an, dem tschechischen Staat unannehmbare Ansprüche zu stellen.[29] Es ging ihm also gar nicht um die dortigen Minderheitsrechte. Zwei Monate später erklärte er den Militärs seinen „unabänderlichen Beschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen."[30] Weil der Krieg drohte, begann eine fieberhafte Reisediplomatie des britischen Premiers Chamberlain. Auf der Münchner Konferenz Ende September 1938 gestanden Chamberlain und der französische Ministerpräsident Daladier in Anwesenheit Mussolinis dem ultimativ fordernden Diktator schließlich zu, was ihm gar nicht genügen sollte: die Besetzung des Sudetenlandes am 1. Oktober. Drei Wochen später lautete bereits die Weisung, die „Erledigung der Resttschechei" militärisch vorzubereiten.[31] Mit dem Einmarsch im folgenden März hatte sich die Appeasementpolitik an der Hinterhältigkeit des Regimes erschöpft.

Im Morgengrauen des 1. September 1939 begann der Krieg. Die polnische Verteidigung brach trotz leidenschaftlicher Abwehr rasch zusammen. Hunderttausende gerieten in Gefangenschaft. Am 17. September ließ die Sowjetunion, nachdem sie mit Japan einen Waffenstillstand geschlossen hatte, ihre Truppen nach Ostpolen einmarschieren. Während der Widerstand Warschaus unter den deutschen Luftangriffen zusammenbrach, wurde in Moskau der deutsch-sowjetische 'Grenz- und Freundschaftsvertrag' geschlossen, begleitet von einem Geheimabkommen, das Polen teilte und das Baltikum der sowjetischen Interessensphäre überließ. Als der deutsche Außenminister Moskau verließ, erklärte er der Presse, die deutsch-sowjetische Freundschaft sei „nunmehr endgültig etabliert."[32]

Dem Gauleiter Danzigs, der bei Kriegsausbruch die 'Wiedervereinigung' mit dem Reich erklärte hatte, war telegraphisch geantwortet worden: „Großdeutschland begrüßt Sie aus übervollem Herzen."[33] Aber es ging Hitler nicht um diese Stadt oder Regelungen zugunsten der Volksdeutschen im sogenannten Korridor: „Danzig ist nicht das Objekt. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten."[34] Beabsichtigt war ein rücksichtsloser Eroberungs- und Vernichtungskrieg. Die Maßnahmen zur „Ausschaltung der slawischen Intelligenz" – so hieß es in der kalten Sprache verordneten Grauens – liefen bereits in der zweiten Kriegswoche an.

Der Leidensweg des polnischen Volkes begann damals schon, sowohl in den sofort eingegliederten, für die 'Germanisierung' vorgesehenen Gebieten als auch in dem zunächst als 'Generalgouvernement' verwalteten, seit Juli 1940

als 'Bestandteil des Reiches' bezeichneten Territorium. Besondere Einsatzgruppen aus SS, Sicherheits- und Ordnungspolizei mordeten hier, unter Berufung auf einen 'Sonderbefehl des Führers'. Ein Oberstleutnant im Generalstab, der am 20. Juli 1944 hingerichtet werden sollte, schrieb aus Polen an seine Frau: „Ich schäme mich, ein Deutscher zu sein."[35]

Das Gros der deutschen Bevölkerung hatte den Kriegsausbruch ohne Begeisterung, eher mit Unruhe und Beklommenheit aufgenommen. Manche machten mit den raschen militärischen Erfolgsmeldungen ihre eigenen, frühen Erfahrungen. Als Junge führte mich mein täglicher Schulweg an der Kaserne des traditionsreichen Ortelsburger Jägerbatallions in Masuren vorbei. Der 'Blitzkrieg' war noch nicht zu Ende, aber viele junge Frauen der Soldaten und Offiziere aus der dortigen Nachbarschaft trugen bereits Schwarz.

Zum besessenen Vabanquespiel Hitlers gehörte damals die Meinung, Großbritannien und Frankreich würden wiederum – wie in München 1938 – einlenken. Als der Chefdolmetscher des Auswärtigen Amtes ihm und Außenminister Ribbentrop am 3. September in der Reichskanzlei das britische Ultimatum vortrug, hörte er „versteinert" zu. Dann fragte er Ribbentrop: „Was nun?" Diesem blieb nur, das gleichlautende Ultimatum der Franzosen anzukündigen. Im Vorzimmer sagte Göring zu Kabinettsmitgliedern und Parteiprominenten: „Wenn wir diesen Krieg verlieren, dann gnade uns der Himmel."[36]

Am Nachmittag wandte sich Hitler im Rundfunk mit mehreren Proklamationen am die Bevölkerung. Der Aufruf an die NSDAP schloß mit dem Satz: „Wir haben nichts zu verlieren, wir haben alles zu gewinnen."[37] Die nazistische Führungsclique insgesamt kannte offenbar keine Achtung vor dem Recht eines Volkes auf Leben, vor seinen geistigen und materiellen Gütern, die verdienten, bewahrt, und nicht aufs Spiel gesetzt zu werden.

Nach der Unterwerfung Polens weitete sich das Leiden auf andere Völker aus. Finnland, das sich weigerte, den Sowjets seine Hafenstadt Hangö preiszugeben, wehrte sich in einem Winterkrieg gegen den Koloß mit unbändiger Kraft. Die Sympathie in aller Welt bewahrte es nicht vor territorialen Verlusten im Frieden von Moskau im März 1940.

Die baltischen Staaten verloren fast gleichzeitig ihre Unabhängigkeit. Den Beginn der Annexionen kommentierte Molotow 1940 mit einem zynischen Wort, das für den Vollzug des Hitler-Stalin-Paktes insgesamt galt: „Im gegenwärtigen Stadium der internationalen Politik sind kleine Nationen eine vollständige Anomalie."[38] Während die Baltendeutschen „heim ins Reich" geholt wurden, ertrugen Esten, Letten und Litauer – nach den Lasten unter deutscher Besatzung ab 1941 – die mehrmaligen Liquidierungen und Deportationen von Zehntausenden im Rahmen sowjetischer Unterdrückung, die erst mit der Unabhängigkeitsbewegung Ende der achtziger Jahre ihr Ende finden sollte.

Die Waffenruhe zwischen den Diktaturen in Osteuropa, mit ihren zerstörerischen Folgen für die Unterworfenen, erlaubte es der deutschen Kriegspolitik,

ihre Aggression dem Westen zuzuwenden. Militärisch problemlos wurde – unter Bruch eines Nichtangriffspaktes – Dänemark besetzt. In Norwegen kam der deutsche Angriff am 9. April 1940 den britischen Absichten zuvor: nach älterer Vorbereitung durch eine „kombinierte See-, Land- und Luftunternehmung, die in ihrer Planung ebenso verwegen wie in ihrer Durchführung kühn und entschlossen war".[39]

Dieser Kommentar aus dem nach 1945 erschienenen Standardwerk eines persönlich integren Historikers, bei dem ich nach dem Kriege studiert habe, spiegelt das gespaltene Denken der Zeitgenossen dieser Generation: Sie bewunderten operative Leistungen deutscher Generalstabskunst und die Tapferkeit der Soldaten und abstrahierten dabei von den politischen Zwecken der Indienstnahme. Wenig erfuhren die Deutschen damals auch von Art und Ausmaß der Verluste ihrer Flotte im Kampf um den Oslofjord bei Narwik. Und gar nichts wußten sie von der Angst der emigrierten deutschen Juden, die im benachbarten Schweden um ihre Sicherheit fürchteten. So hatte sich der Philosoph und ehemalige Rektor der Hamburger Universität Ernst Cassirer, um sich einer Festnahme durch Selbstmord entziehen zu können, schon 1933 eine starke Dosis Veronal bereitgelegt; nun besorgte er sich und seiner Frau ein 'stärkeres Mittel'.[40] Wer nahm schon wahr, daß zur historischen Wahrheit neben der Chronik der 'großdeutschen Siege' auch diese biographischen Daten einer 'Histoire parallèle' gehörten!

Zum Feldzug gegen Frankreich, der am 10. Mai 1940 begann, sagte Hitlers Aufruf an die „Soldaten an der Westfront", er entscheide „das Schicksal der deutschen Nation für die nächsten tausend Jahre".[41] So bestimmte sich das Zeitmaß für 'Größe' aus militärischer Gewalt. Offiziell erfuhren Holland, Belgien und Luxemburg von der Mißachtung ihrer territorialen Integrität erst, als sie schon vollzogen wurde. Nach dem Waffenstillstand richtete sich im unbesetzten Teil Frankreichs die autoritäre Regierung in Vichy ein und vollzog, was ihr die Sieger auferlegten, von der Auslieferung der Emigranten bis zur Amtshilfe bei den Deportationen französischer Juden in die Konzentrationslager des Ostens. Hitler wähnte sich nach diesem 'Blitzsieg' auf der Höhe der Macht. Er feierte ihn im Reichstag am 19. Juli und schloß mit dem pathetischen Wort von der „ewigen Größe des nationalsozialistischen Großdeutschen Reiches".[42] Eine imposante Reihe protziger Beförderungen sollte das Ereignis schmücken: Görings zum Reichsmarschall, anderer Militärs zu Generalfeldmarschällen.

Die Herrschaft auf dem Kontinent erschien durchgesetzt. General de Gaulle hatte zwar am 18. Juni aus London den Fortbestand der französischen Republik verkündet, die Résistance im Lande aus Kommunisten und anderen Patrioten sollte sich aber erst später und schrittweise formieren.

Der Hauptfeind war nun England, wo Winston Churchill am Tage des deutschen Angriffs auf Frankreich Premierminister geworden war. Hitler, der von ihrer Demokratie nur Abfälliges verbreitet hatte, begriff ihre Entschiedenheit

nicht. Mehrmals mußte er nun verwerfen, was er für möglich hielt: eine Invasion in England. Die Luftschlacht erbrachte trotz anfänglicher Überlegenheit nicht den geplanten Sieg. Die Royal Air Force schlug zurück, bombardierte Hamburg, erste Maschinen erschienen über Paderborn und Kassel. Für eine Landung auf der Insel waren die deutsche Luftwaffe und Marine zu schwach. Im Mittelmeerraum, der seit der Beteiligung des faschistischen Italiens gegen Frankreich (ab 10. Juni) Kriegsschauplatz geworden war, versagte sich Spaniens Caudillo Franco einem Eroberungsplan für Gibraltar. Um England indirekt bekämpfen zu können, verstieg sich Hitler Anfang 1941 zur Anordnung von Aufmarschplänen in Afghanistan gegen Indien.

Im Frühjahr verlagerte sich der Schwerpunkt militärischer Aggression auf den Balkan. Der Doppelkrieg gegen Griechenland und Jugoslawien im April 1941 endete mit der territorialen Verteilung der Beute und einer Militärverwaltung in Griechenland.

Währenddessen formierte sich der deutsche Aufmarsch im Osten. Stalin hatte Hitler zwar zu dem „glänzenden Erfolg" gegen Frankreich gratuliert, über Molotow aber bereits im November auf russischen Interessen am Bosporus und in den Dardanellen sowie auf einer Ausfahrt aus der Ostsee bestanden. Er hatte auch selbst zu rüsten begonnen, den deutschen Angriff aber für später erwartet.

Mitte Dezember gab Hitler, unbeeindruckt von der Skepsis militärischer Berater, die Weisung für den Fall „Barbarossa", das heißt, für den Angriff auf die Sowjetunion. Die letzten Absichten überschritten die Grenzen menschlicher Vorstellungskraft und historischer Erfahrung und alle bisherigen Ausmaße internationalen Bruchs von Recht und Moral. Ein gigantischer „Lebensraum" sollte erobert und ausgebeutet werden, die Ukraine sollte die Ernährung „für alle Zukunft", Südrußland die Rohstoffe sichern. Die Völker Osteuropas sollten nach einem 'Generalplan Ost' (den Hitler am 12.Juni 1942 billigte) in hohen Prozentsätzen nach Sibirien 'ausgesiedelt' werden. Der Größenwahn steigerte sich zu einer „Expansion ohne Ziel".

Schon 1940 hatte Himmler, mit Hitlers ausdrücklicher Billigung, den Polen und allen Slawen das Schicksal eines 'führerlosen Arbeitsvolkes' zugedacht. In der Schulfrage ließ er sich dazu mit seiner ebenso kaltschnäuzigen wie primitiven Brutalität aus:

> Für die nichtdeutsche Bevölkerung des Ostens darf es keine höhere Schule geben als die vierklassige Volksschule. Das Ziel dieser Volksschule hat lediglich zu sein: einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich. Außer dieser Schule darf es im Osten überhaupt keine Schulen geben.

Die Anstifter und Planer der Unterdrückung verrieten nach außen nicht, was sie vorhatten.[43] Ihr Zynismus ging so weit, daß sie sich als 'Bringer der Freiheit' ankündigten.

Einige vermeintliche Strategen rechneten mit einem Blitzkrieg. Schon der frühe, harte Winter entlarvte diese Illusion. Die schnellen Panzerkeile und Umfassungsschlachten, mit Hunderttausenden von Gefangenen, die im Sommer 1942 fortgesetzt wurden, änderten nichts daran, daß Leningrad und Moskau widerstanden.

Inzwischen hatte sich der europäische Krieg zum Weltkrieg ausgeweitet. Der Luftangriff der Japaner am 7. Dezember 1941 auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor im Pazifik verwandelte ihre langjährigen Interessenkonflikte mit den USA zum Kriegszustand. Wenige Tage später erklärten Deutschland und Italien den Vereinigten Staaten den Krieg. Roosevelt und Churchill hatten sich bereits im August an Bord eines Kriegsschiffs in der 'Atlantik-Charta' zur „endgültigen Zerstörung der Nazityrannei" und zur Selbstbestimmung der Völker in einer freien, friedlichen Welt bekannt.

Im Herbst 1942 wurden die Deutschen und ihre Verbündeten von den Sowjets in Stalingrad und im Kaukasus, von den Briten in Nordafrika gestoppt. Die Wende des Krieges war erreicht, die Übergabe Stalingrads Ende Januar 1943 beendete eine der größten, sinnlosen Schlachten, nicht aber das Leiden und Sterben in Gefangenschaft. Die falsche 'Größe' entfaltete weiterhin ihren Ungeist der Selbstzerstörung und der Zerstörung fremder Leben und Güter durch eine Politik der 'verbrannten Erde'.

Nach der Landung der Briten und Amerikaner auf Sizilien im Juli 1943 und dem Sturz des faschistischen Regimes wechselte Italien in das Lager der Alliierten und erlitt den Zorn der Vergeltung, soweit der Arm der deutschen Waffen und der Gestapo noch reichte.

Auch den Jüngeren unter uns wird spätestens aus den Dokumentationen in den Medien zum fünfzigjährigen Gedenken an die Invasion in der Normandie Juni 1944 noch gegenwärtig sein, welche unsäglichen Opfer auch noch im Westen dem Wahnsinn des nationalsozialistischen Krieges gebracht werden mußten. Im letzten, zwangsweisen Aufgebot der sechs Millionen im 'Volkssturm' erreichte das Regime einen weiteren Gipfel seiner Menschenverachtung.

Was blieb von der Erziehung zum Kriege, in den der Nationalsozialismus nun auch Kinder entsandte? Die individuelle Lebensgeschichte ereignete sich nicht zeitgleich mit dem objektiv wahren Weg des Regimes. Sie verspätete sich samt der ihr eingeimpften Begeisterung, als es schon die militärische Peripetie erreicht hatte, und sie eilte ihm durch eigene Betroffenheit voraus, als die Goebbelsche Propaganda noch die Lüge vom Endsieg durch den totalen Krieg verbreitete.

Ich habe noch die fehlgeleitete Begeisterung von 1942 vor Augen, als sich ganze gymnasiale Klassen freiwillig zum Wehrdienst meldeteten und mit dem

'Notabitur' die Schule verließen. Authentisch war auch – und typisch für eine Grundstimmung – das Beispiel des Primaners, der bedauerte, zunächst zum Arbeitsdienst einberufen worden zu sein, statt bald an die Front zu kommen. Er traf bei der Abreise auf dem Bahnhof zufällig seinen Vater, der unerwartet zu einem Kurzurlaub aus Rußland gekommen war. Für die wenigen Minuten der Begegnung fiel ihm nichts Besseres als die Sorge ein: „Hoffentlich dauert der Krieg noch lange genug." Über die Antwort des Vaters dachte er erst viel später nach: „Junge, der Krieg wird länger dauern, als wir alle befürchten." Er dauerte so lange, daß von den 18 Primanern der eigenen Klasse noch neun fielen. Und er kostete – insgesamt – 25 Mio. Soldaten und 24 Mio. Zivilisten das Leben.

Es war mein eigener Vater, von dem ich eben berichtet habe. Für ihn persönlich brachte der 8.Mai nicht die Zäsur, von der er immer geträumt hatte. Er starb irgendwann hinter dem Ural in russischer Gefangenschaft.

Wer den Krieg erlebt hat, muß auch das andere Zeugnis hinzufügen: Der hochfliegende Tatendurst endete in der Regel, wenn er die Gefahr am eigenen Leibe und im Angesicht des Todes erfuhr. Der Fähnrich, der mit mir die Kriegsschule zur sogenannten Frontbewährung verlassen hatte, konnte in der Reserve der kämpfenden Truppe noch von den bevorstehenden Erfolgen und Auszeichnungen schwärmen, die seiner Panzerbesatzung sicher seien. Plötzlich aber sah alles ganz anders aus. Eine russische Granate trifft den Panzer und reißt dem Kommandanten die Schädeldecke weg. Die übrige Besatzung kauert im Granattrichter, unter dem Panzer, und hofft auf Hilfe, während die russische Infanterie die Nähe für Maschinenpistolen erreicht hat. Jeder ist nur noch Ausdruck seiner Todesangst. Der besagte Fähnrich wimmert und ruft nach seiner Mutter.

Solche Erfahrungen waren millionenfach. Es ist nicht wahr, daß es den schönen Tod für das Vaterland gab – auch nicht für die Angehörigen, die trauerten. Die Aufgabe, ihnen die Nachricht vom 'Heldentod' eines engen Verwandten zu bringen, hat die 'Hoheitsträger der NSDAP' im Laufe des Krieges immer mehr zu 'Totenvögeln' und 'Unglücksbringern' abgestempelt. Sie haben sie später bereitwillig den Pfarrern überlassen.

Der Sinn der Erinnerung

Was ist der Sinn unserer Erinnerung heute – und auf Dauer? Die falsche Größe, welche die Nazi-Diktatur und ihr Krieg Deutschland zuschreiben wollten, beruhte auf einer abgrundtiefen Verletzung aller Gebote der Menschlichkeit. Sie äußerte sich in der Diffamierung, Unterwerfung und Vernichtung von Gruppen und Völkern und stützte sich auf Doktrinen rassistischer Überlegenheit und imperialer Macht. Zu dieser Größe Deutschlands gehörte, daß es prin-

zipiell aggressiv, territorial expansiv war und die historische Zeit in der chiliastischen Dauer des 'tausendjährigen Reiches' beenden wollte.

Instrumente zur Durchsetzung dieses Wahns waren alle Formen geistiger, psychischer und physischer Gewalt – auch die der Sprache. Die Verherrlichung der Gewalt hatte drei mentalgeschichtliche Wurzeln: die Erhöhung des Krieges als historisch notwendiger Figur der Bewährung für einzelne und Völker; die Heroisierung militärischer Tugenden auf Kosten einer Friedensliebe, die als Feigheit von Defätisten und Pazifisten denunziert wurde; und die tradierten nationalistischen, imperialistischen und militaristischen Leitbilder einer Geschichtsbetrachtung, die zu überwinden den demokratischen Kräften im Deutschland der Zwischenkriegszeit nicht gelungen war.

Die Wirkungen dieses Größenwahns sind unleugbar und unvergeßlich. Die Nazi-Diktatur und ihr Krieg zerstörten Leben und Güter in einem apokalyptischen Ausmaß – in anderen Völkern, aber auch im eigenen Volk. Historisch objektiv war der 8. Mai die Befreiung von dieser Herrschaft und ihren zerstörerischen Exzessen. Subjektiv erfuhren viele Menschen noch darüber hinaus das Leid, das zu den Folgen des zerstörerischen Systems gehörte.

Was ist wahre Größe in der Geschichte? Als der erste Bürgermeister Paderborns Christoph Tölle nach dem Kriege vor der Jugend der zerstörten Stadt sprach, lautete der wichtigste Satz: „Ein neues geschichtliches Denken muß Platz greifen!" Die Abschaffung des Krieges hatte für ihn seit der Atombombe über Hiroshima eine doppelte Dringlichkeit bekommen. Sein Paradigma für Betrachtung und Bewußtsein von Geschichte konzentrierte sich auf die Geschichte der „Armen und Bedrängten, Erniedrigten und Beleidigten" einerseits und der Leistungen in Technik, Wissenschaft und Medizin sowie des Fortschritts der politischen Moral andererseits.[44]

Der erste Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Rudolf Amelunxen, nannte die Maßstäbe für menschliche Größe in der Geschichte, als er im Herbst 1946 vor Menschen sprach, die Leiden und Unterjochung überlebt hatten: „In den hinter uns liegenden düsteren Jahren hat niemand das eigene Volk und die Menschheit mehr geliebt als die Verfolgten, Verfemten und Verachteten". Und er sagte, wozu dieser Umbruch historischen Denkens notwendig war:

> Die barbarische Ideologie eines militanten Gruppendenkens, sei es gerichtet gegen Christen oder Juden, Sozialisten, Kommunisten oder Liberalisten, Bibelforscher oder Freimaurer, muß mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden, damit jener blutige Spuk [...] sich nie wiederholen kann.[45]

Der 8. Mai 1945 eröffnete der besiegten und befreiten Nation in Westdeutschland die Rückkehr in die westeuropäische Völkerfamilie. Vier Jahre später gründeten zehn europäische Staaten den 'Europarat' mit Sitz in Straßburg und unterzeichneten bald darauf die 'Europäische Konvention zum Schutz der

Menschenrechte und Grundfreiheiten'. Bereits im August 1950 nahmen die deutschen Delegierten in der parlamentarischen Versammlung des Europarates ihren Platz ein. Es begann eine der faszinierendsten Epochen europäischer Geschichte.

Am 8. Mai 1985 fuhr ich mit Studenten und Europaparlamentariern verschiedener Nationen aus Straßburg in die Vogesen, um im ehemaligen Konzentrationslager Struthoff-Natzweiler die Toten zu ehren. Und im Europäischen Parlament erinnerte dessen Präsident Pierre Pflimlin an den 8. Mai – 40 Jahre zuvor: er sei auch der Anfang einer Friedensära gewesen. Dann sagte er:

> Dresden und Warschau, Prag und Budapest sind auch europäische Städte wie die Hauptstädte unserer Mitgliedstaaten [...] Die Vereinigung aller europäischen Völker erscheint heute wie eine Utopie. Aber niemand kann uns untersagen, von einem ganzen, friedlich geeinten Europa zu träumen. Die großen Fortschritte der Humanität waren oft Utopien, die Realität wurden. Die einzigen Waffen, über die die Utopisten verfügen, sind geistiger Art.[46]

Tatsächlich beschleunigte sich wenige Jahre darauf die Geschichte noch einmal mit der Freiheits- und Demokratiebewegung in Osteuropa und Ostdeutschland. Die deutsche Vereinigung kam einem historischen Wunder gleich. Werden wir dieser Gunst unserer Geschichte gerecht? Die historische Wahrheit ist unteilbar. Die Verantwortung für unsere Geschichte beginnt täglich neu: Es ist der Umgang mit der Gewalt schlechthin – im Denken, Reden und Handeln.

Der französische Philosoph André Glucksmann hat kürzlich vom Zeitalter der nackten Kriege gesprochen – „l'àge des guerres fauves". Früher haben sich totalitäre Regime noch bemüht, den organisierten Mord in den Medien zu verbrämen. Heutzutage tritt man damit in das volle Tageslicht. Kollektive Morde werden öffentlich und veröffentlicht, gefordert und propagiert, sei es von Karadzic oder von Schirinowski, mag es in Algerien oder Ruanda geschehen. Von denen, die darüber berichten, wird nicht mehr erwartet, daß sie eine Gegenwart, die blutet, zur Buße anzuhalten suchen. Heute berauscht man sich daran, bluten zu lassen.[47]

Welchen Gebrauch machen wir – in dieser Zeit – von unserer kostbaren Freiheit?

Anmerkungen

1. Vgl. Wolfgang Sauer, Die Mobilmachung der Gewalt. In: Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34. Köln 1962, S. 685-966; hier: S. 861.
2. Vgl. Tim W. Mason, Sozialpolitik im Dritten Reich. Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Opladen 1978, S. 104.

3. Vgl. Lothar Albertin, Die Auflösung der bürgerlichen Mitte und die Krise des parlamentarischen Systems von Weimar. In: Demokratie in der Krise. Parteien im Verfassungssystem der Weimarer Republik, hg.. von Eberhard Kolb und Walter Mühlhausen, München 1997, S. 59-111; Ders., Die liberalen Parteien in der Weimarer Republik. Etappen ihres Niedergangs. In: Hans Vorländer (Hrsg.), Verfall oder Renaissance des Liberalismus? München 1987, S. 37-56.
4. Zitiert bei Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987, S. 7.
5. Wulfmeyer, S. 104.
6. Die Gewerkschaften in der Endphase der Republik, bearb. von Peter Jahn. Quellen zur Geschichte der Gewerkschaftsbewegung im 20. Jahrhundert, hrsg. von Hermann Weber/Klaus Schönhoven/Klaus Tenfelde, Bd. 4, Köln 1988, Dok. 187; hier: S. 861: die Detmolder Gewalttat.
7. Die Gewerkschaften, Dok.189, 193, 194 (hierin: die handschriftliche Notiz Hitlers, S. 871, Anm. 4.), 195.
8. Zitiert bei Andreas Ruppert in einem unveröff. politischen Porträt: Felix Fechenbach. Sozialdemokrat in Detmold, 1995.
9. Vgl. Wulfmeyer, S. 107.
10. NSDAP Kreisleitung Detmold an Gau Westfalen-Mord, Münster, 3. Mai 1933. StA DT, L 113 Nr. 124.
11. Bracher/Sauer/Schulz, S. 166.
12. Die Hitlerjugend an Staatsminister Riecke, 17.11.1933. StA DT L 113 Nr. 44.
13. Karl Dietrich Erdmann, Die Zeit der Weltkriege. Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 4. Stuttgart 1959, S. 208.
14. Wulfmeyer, S. 78 f.; vgl. Bernd Hey, Die nationalsozialistische Zeit. In: Westfälische Geschichte, hrsg. von Wilhelm Kohl, Bd. 2. Düsseldorf 1983, S. 212-339; hier: S. 248.
15. Walter Hofer, Stufen der Judenverfolgung. In: Herbert A.Strauss/Werner Bergmann/ Christhard Hoffmann (Hrsg.), Der Antisemitismus der Gegenwart. Frankfurt 1990, S. 172 ff., hier: S. 179.
16. Kreisleitung an Bürgermeister in Detmold, 8. August 1935. StA DT L 113 Nr. 996.
17. Ansgar Diller, Rundfunkpolitik im Dritten Reich. München 1980, S. 119.
18. Diller, S. 124 f.
19. Kreisleiter an den stellvertretenden Gauleiter, Gau Westfalen-Nord, in Münster, 12. November 1938. St DT L 113 Nr. 996. Vgl. auch den Beitrag von Jürgen Hartmann in diesem Band.
20. Mehrere Daten entstammen dem Bestand 'NSDAP und NS-Organisationen' im Staatsarchiv Detmold, wozu das gleichnamige Findbuch in zwei Bänden von Andreas Ruppert bearbeitet worden ist. Derselbe und Hansjörg Riechert analysieren seit Anfang 1995 diesen Bestand in einem Forschungsprojekt. Ihr Buch „Herrschaft und Akzeptanz. Der Nationalsozialismus in Lippe während der Kriegsjahre" ist in Vorbereitung.
21. Zitiert bei Hofer, S. 183.
22. Bernhard Vogel, Ministerpräsident Thüringens, bei einer KZ- Gedenkfeier 1996.
23. Kreisleiter an den Bürgermeister in Detmold, 23. März 1942. St DT L 113 Nr. 959.
24. Weltgeschichte in Dokumenten 1937/38. Internationale Politik, Bd. 5, hrsg. von Werner Frauendienst, Essen ^{2}1942, S. 463 f.
25. Frauendienst, S. 491.
26. Frauendienst, S. 399. Mit diesem Dokument beginnt Teil II des Bandes unter dem Titel „Die Entstehung des Großdeutschen Reiches" und dem ersten Zwischentitel „A. Die Verkündigung Großdeutschlands".

27. Frauendienst, S. 503.
28. Frauendienst, S. 347.
29. Erdmann, Zeit der Weltkriege, S. 233.
30. Zitiert bei Erdmann, S. 234.
31. Vgl. Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945. Berlin 1992, S. 601.
32. Manfred Overesch, Das Dritte Reich 1939–1945. Chronik deutscher Zeitgeschichte, Band 2/II. Düsseldorf 1983, S. 22.
33. Overesch, S. 9.
34. Zitiert bei Alan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei. Düsseldorf 1959, S. 514.
35. Percy E. Schramm, Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab), Band I: 1. August 1940 – 31. Dezember 1941. München 1982, S. 46 E.
36. Overesch, S. 11. Vgl. Bullock, S. 554.
37. Overesch, S. 11.
38. John Hiden/Patrick Salmon, The Baltic Nations and Europe. Estonia, Latvia and Lithuania in the Twentieth Century, London 1991, S. 109.
39. Erdmann, S. 255.
40. Heinz Paetzold, Ernst Cassirer – Von Marburg nach New York. Eine philosophische Biographie. Darmstadt 1995, S. 160.
41. Overesch, S. 80.
42. Overesch, S. 100 f.
43. Zitiert bei Erdmann, S. 283.
44. Stadtarchiv Paderborn. Nachlaß Christoph Tölle, handschriftliche Notizen. Vgl. Lothar Albertin, Demokratische Herausforderung und politische Parteien. Der Aufbau des Friedens in Ostwestfalen-Lippe 1945–1948. Paderborn 1998, S. 173 f.
45. Delegiertentagung der Vorbereitenden Landesorganisation der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes, 26.10.1946, in Düsseldorf. StA DT LA 80 Ia Ib Nr. 27.
46. Pierre Pflimlin, Mémoires d'un Européen. De la IVe à la Ve République. Paris 1991, S. 367.
47. Le Figaro, 1995.

Heinz-Jürgen Priamus

Alfred Meyer
Biographische Skizze eines NS-Täters

Einleitung: Im Kreise der Mittäter

Alfred Meyer war einer von zwei Teilnehmern des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete an jener Besprechung am 20. Januar 1942, die nach ihrem Tagungsort, der Berliner Villa 'Am Großen Wannsee', gemeinhin unter der Bezeichnung 'Wannsee-Konferenz' bekannt ist und die bürokratische Regelung des Völkermordes an den Juden zum Ziel hatte. Insgesamt nahmen 15 Männer an dieser Konferenz teil. Nur einige der Teilnehmer sind der breiten Öffentlichkeit heute noch bekannt. Eigentlich sind es nur drei Namen, die auch bei Nichtfachleuten einen gewissen Bekanntheitsgrad besitzen. Dies allerdings auch noch in anderen Zusammenhängen.[1]

Da ist zunächst der Leiter der Konferenz, Reinhard Heydrich, zu nennen, der in der Öffentlichkeit heute noch überwiegend als sogenannter Reichsprotektor von Böhmen und Mähren – insbesondere im Zusammenhang mit dem auf ihn in Prag verübten Attentat – ein gewisses Maß an Publizität besitzt. Der zweite Name ist der Dr. Roland Freislers. Dieser wiederum ist nahezu ausschließlich in seiner Rolle als Präsident des sogenannten 'Volksgerichtshofes' bekannt, in der er zahllose Unrechtsurteile für den NS-Staat fällte, nicht zuletzt aber die Todesurteile über einen Großteil der Männer des 20. Juli verhängte. Und schließlich ist da noch Adolf Eichmann, der Leiter des sog. 'Judenreferates' im Reichssicherheitshauptamt zu nennen, der in den 1960er Jahren zu trauriger Berühmtheit gelangte, als er, vom israelischen Geheimdienst Mossad in Südamerika aufgespürt, nach Israel entführt und in einem die Welt beschäftigenden spektakulären Prozeß in Jerusalem zum Tode verurteilt und hingerichtet wurde.

Alle anderen Männer dieser Runde bleiben im Dunkel des Vergessens, wohl nicht zuletzt auch deshalb, weil es – obschon von Verfolgten des NS-Regimes nicht nur nachhaltig gefordert, sondern sogar offiziell gegenüber den Justizbehörden beantragt – nie einen Prozeß gegen die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz insgesamt gegeben hat.[2]

Auch Alfred Meyer zählt zu jenen heute 'unbekannten' bzw. 'in Vergessenheit geratenen' Teilnehmern der Wannsee-Konferenz. Die über ihn vorliegenden Informationen sind eher spärlich, verstreut über diverse Bestände ver-

schiedenster Archive, so daß es bislang nicht gelungen ist, sich ein detailliertes Bild über diese Person zu verschaffen, das man als Gesamtbild bezeichneten könnte. Vor diesem Hintergrund ist es auch erklärlich, daß ein die Wannsee-Konferenz betreffendes dokumentarisches Fernsehspiel Alfred Meyer als einen großen bulligen und tobsüchtigen Menschen darstellt und damit auch rein äußerlich eine völlig andere als die reale Persönlichkeit zeichnet, die hinsichtlich der Statur eher klein und zartgliedrig, hinsichtlich des Charakters eher zurückhaltend war.

Die nachfolgende Skizze will den biographischen Werdegang dieses Mannes nachzeichnen und verdeutlichen, wie aus einem im Bildungs- und Besitzbürgertum des Kaiserreichs verwurzelten Menschen der Nationalsozialist und NS-Täter Alfred Meyer werden konnte.[3]

1. Jugendjahre

Man mag es getrost als einen Zufall bezeichnen, daß Gustav Alfred Julius Meyer – so sein vollständiger Name – am 5. Oktober 1891 ausgerechnet in Göttingen zur Welt kam. Besondere Verbindungen der Familie Meyer zu dieser Stadt bestanden nicht. Vielmehr hatte es den Vater Alfred Meyers, Carl Ludwig, und seine Familie, die bis zur Geburt des Sohnes neben ihm aus seiner Ehefrau Elisabeth und der gleichfalls in Göttingen zur Welt gekommenen Tochter Margarethe bestand, 'auf Anordnung' seines 'Dienstherrn' nach Göttingen verschlagen. Carl Meyer war nämlich preußischer Beamter und zu jenem Zeitpunkt königlicher Regierungsbaumeister. In dieser Eigenschaft durchlief er zahlreiche geographische Stationen im gesamten deutschen Reich. An keinem Ort durfte es ihn zumeist länger als zwei Jahre lang halten.[4]

Carl Meyer und seine Ehefrau Elisabeth, beide miteinander weitläufig verwandt, entstammten einer Essener Industriellenfamilie. Dieser gehörte anteilig eines der frühesten Essener Industrieunternehmen, das Blechwalzwerk Schulz, Knaudt & Co., das schließlich in den Mannesmann Röhrenwerken aufging, was offenbar gleichbedeutend mit der Rettung des angesichts notwendig gewordener Umstrukturierungen bzw. Expansionen in Not geratenen Unternehmens war. Nachdem dieses bereits 1889 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden war, wurden nunmehr die Schulz-Aktien in Mannesmann-Aktien eingetauscht. Die mittlerweile weitverzweigte Familie Schulz, zu der auch Alfred Meyer und seine Eltern zählten, dürfte davon erheblich profitiert haben.

In Göttingen sollten Carl Meyer und seine Familie auch nicht mehr als zwei Jahre zubringen, um 1892 erneut die unfreiwillige Wanderschaft, die ihnen der preußische Staat auferlegt hatte, fortsetzen zu müssen. Als nächste Stationen standen die Städte Völklingen/Saar, wo man nicht einmal 1½ Jahre wohnte, Trier und Saarbrücken 'auf dem Programm'. Weitere Versetzungen führten

nach Wiesbaden und Allenstein, wo Alfred Meyer eingeschult wurde. An Seßhaftigkeit war aber immer noch nicht zu denken, denn erneut wurde der Vater mit Bauaufträgen an einem anderen Ort versehen, diesmal Kreuzburg in Oberschlesien.

In Kreuzburg wurde Alfred Meyer zu Ostern des Jahres 1901 auch in die Sexta des dortigen Gymnasiums aufgenommen. Der Übergang von der Volksschule ins Gymnasium darf als durchaus 'standesgemäß' bezeichnet werden, d.h., er entsprach der Schichtzugehörigkeit und dem bildungsbürgerlichen Status der Familie Meyer, war gleichwohl gesamtgesellschaftlich gesehen ein überaus elitärer Schritt. Denn das Gymnasium fungierte zu jener Zeit als außerordentlich enges Nadelöhr, durch das nur ganz wenige in das höhere Bildungswesen gelangten. Alfred Meyer sollte die Schule in Kreuzburg allerdings nicht einmal ein halbes Jahr, nämlich bis zum Herbst des Jahres 1901 besuchen. Ein erneuter Wechsel stand an: Soest – eine Stadt, die den Eltern Meyers nicht ganz unbekannt war, stammte doch die Familie Elisabeth Meyers väterlicherseits aus dieser westfälischen Kleinstadt. Hier sollte das viele Umherziehen tatsächlich ein Ende finden.

Carl Ludwig Meyer erwarb das „Haus am Spiegel", eine Investition, die er sich, obwohl in der preußischen Beamtenhierarchie durchaus eine exponierte Stellung einnehmend, wohl nur dank seines familiären finanziellen Hintergrundes leisten konnte. Carl Meyer fungierte als Kreisbauinspektor und avancierte nicht zuletzt aufgrund dieser Funktion recht bald zu einer stadtbekannten Persönlichkeit.[5]

Alfred Meyer wurde nunmehr in das altehrwürdige „Königliche Archi-Gymnasium", das einzige Gymnasium der westfälischen, in hansischer Tradition stehenden Kleinstadt aufgenommen. Über seine Zeit an dieser Schule, sein Verhalten, seine Leistungen ist uns kaum etwas bekannt. Augenscheinlich hatte er, wie er im Juli 1911 selbst feststellte, im Kanon der Unterrichtsfächer einige besondere Vorlieben. „Von den Unterrichtsgegenständen fesselt mich neben Deutsch und Geschichte besonders die griechische Philosophie, wie sie mir in Platos Worten eröffnet wurde und von dem römischen Dichter Horaz", schrieb er zu diesem Zeitpunkt etwas holperig in seinem Gesuch auf Zulassung zur Reifeprüfung. Außerdem trieb er, wie er weiter betonte, „fleißig Sport".[6] Dies führte schließlich dazu, daß er im Fach Turnen auf dem Abiturzeugnis als einziger die Note „sehr gut" vorweisen konnte. Alfred Meyer nahm offenbar, nicht zuletzt aufgrund des gutsituierten bürgerlichen Elternhauses, das ihm manche Annehmlichkeiten, wie für die Zeit bereits recht weitreichende Reisen, die ein 17- bzw. 18jähriger ansonsten zu unternehmen kaum imstande war, die Schule nicht allzu ernst. Wobei es ihm keineswegs an Intelligenz mangelte. Dies bescheinigten ihm auch seine Lehrer, als er sich 1911 schließlich zur Reifeprüfung meldete. Während die Arbeiten in Griechisch, Mathematik und Latein naturgemäß wenig individuell kreativen Spielraum einräumten und uns

damit heute keine Rückschlüsse auf das Leben, Denken und Fühlen des nahezu 20jährigen Abiturienten erlauben, erweist sich der von Alfred Meyer abgelieferte Deutschaufsatz als aufschlußreich und durchaus kennzeichnend für seinen weiteren Lebensweg.[7]

Unter drei Prüfungsaufgaben hatten er und seine sechs Mitprüflinge die Wahl. „Bildung ist Macht" lautete die erste, „Welcher Mittel bedient sich Goethe in seinem Egmont, um den Helden des Stückes zu charakterisieren?" die zweite und „Wodurch ist Rom groß geworden?" die dritte Aufgabe. Alfred Meyer wählte Thema Nummer 1.

Das Thema stellt eine Variation des erstmals von Francis Bacon im Jahre 1598 geprägten, gegen den Feudalstaat gerichteten Satzes dar, der ursprünglich „Wissen ist Macht" lautete. Im 19. Jahrhundert hatte der Leipziger Verlagsbuchhändler Joseph Meyer diesen Ausspruch in „Bildung macht frei!" umgemünzt, um unter diesem Motto seine billigen Klassikerausgaben im wahrsten Sinne des Wortes unters Volk zu bringen. Nachdem in Deutschland die Arbeiterbewegung entstanden war und zunehmend Fuß zu fassen begann, stellten beide Varianten durchaus einen zentralen Punkt der Auseinandersetzung zwischen liberalem Bürgertum und organisierter Arbeiterschaft dar.

Auf 14 handschriftlichen, aus Korrekturgründen jeweils nur zur Hälfte beschriebenen Seiten kam Alfred Meyer zu dem Ergebnis, daß „Bildung die Macht [ist, J. P.] die alles an ihren Siegeswagen fesselt. Wenn auch der Weg zur Bildung rauh und beschwerlich ist, so soll man ihn doch einschlagen, denn Mensch sein heißt, Kämpfer sein[,] und nur dem Ernst, dem keine Mühe bleichet, winkt die Krone." Hinter dieser, wie auch Dr. Niemöller, der Deutschlehrer der Klasse, feststellte, schwülstigen Zusammenfassung seiner Gedankengänge, steht eine Grundhaltung, die den Bildungsbegriff macchiavellistisch instrumentalisiert. Bezeichnenderweise veränderte Meyer das vorgegebene Thema. Aus „Bildung ist Macht" wurde bei ihm „Bildung gibt Macht". Eine von seiten des korrigierenden Lehrers wohl bemerkte, aber nicht monierte, scheinbar geringfügige Veränderung ohne große Tragweite für die Benotung. Und dennoch ermöglichte Meyer erst dieser Kunstgriff, das Thema, das in seiner eigentlichen Fassung eher statisch wirkt, zu dynamisieren. Erst damit erschien es ihm offenbar möglich, jene drei Hauptaspekte herauszuarbeiten, die ihm in diesem Zusammenhang am wichtigsten erschienen: Bildung als Machtinstrument zur Beherrschung der Natur, Bildung als Machtinstrument zur Beherrschung der Mitmenschen und Bildung als Machtinstrument des Menschen zur Beherrschung seiner selbst.

Von der mündlichen Prüfung wurden Meyer und drei weitere Kandidaten befreit. Allen gemeldeten Teilnehmern wurde am Ende der Prüfung die 'Reife' bescheinigt. Im Gegensatz zu anderen, die auf dem langen Weg zum Abitur bereits frühzeitig die Segel hatten streichen müssen – die Zahl der scheiternden

Gymnasiasten war auch nach der Jahrhundertwende noch außerordentlich groß –, hatten Meyer und seine 'conabiturientia' das Ziel erreicht.

2. *Offizier und Weltkriegsteilnehmer*

Meyer hatte aus Anlaß seines Antrags auf Zulassung zur Reifeprüfung als Berufswunsch den des Offiziers angegeben. Nicht zuletzt dürfte ein Onkel als Vorbild gedient haben, der gleichfalls Berufsoffizier war.

> Mir scheint es eine schöne Lebensaufgabe zu sein, dem deutschen Reiche tüchtige Soldaten heranzubilden und an der Erziehung der unteren Volksschichten zu sittlichen, kaisertreuen Soldaten mich zu beteiligen,

lautete die Begründung für diesen Berufswunsch.[8] Dennoch ging Meyers Wunschtraum, Offizier zu werden, nicht sogleich in Erfüllung. Die Gründe hierfür sind nicht mehr zu ermitteln. Möglicherweise waren die Aufnahmekapazitäten der für ihn in Frage kommenden Regimenter bereits erschöpft, möglicherweise geriet ihm aber auch seine bürgerliche, besser: seine nicht-adelige Herkunft in diesem Falle zum Nachteil und verhinderte seine sofortige Aufnahme ins Militär, herrschte doch nach wie vor hinsichtlich der Aufnahme der Offiziersaspiranten eine Art 'Adelsmonopol', auch wenn dieses sich mehr und mehr abzuschwächen begann.[9] Vielleicht lagen die Gründe aber auch ganz woanders. Wir wissen es heute nicht, und es läßt sich auch nicht mehr in Erfahrung bringen. Jedenfalls setzte Meyer seinen Berufswunsch nicht unmittelbar um, sondern begann an der Universität von Lausanne in der Schweiz mit dem Studium der Rechtswissenschaften. Gerade diese Universität genoß, was das Fach angeht, einen ausgezeichneten Ruf. Alfred Meyers juristisches Studium in Lausanne blieb indessen Episode. Nicht einmal das erste Semester brachte er zu Ende, denn überraschenderweise bekam er zu diesem Zeitpunkt doch noch die Chance, Offizier zu werden. Wie in einem anderen Zusammenhang deutlich wird, hatte ihm dabei ganz offenbar ein alter Freund aus Kreuzburg, der bereits Offizier beim '6. Rheinischen Infanterie-Regiment Nr. 68' in Koblenz war, Hilfestellung geleistet.[10]

In den Jahren 1912 bis 1914 verlief das militärische Leben des wohlhabenden Bürgersohns aus der Kleinstadt ohne nennenswerte Höhen und Tiefen, d.h. die Offizierskarriere entwickelte sich gewissermaßen planmäßig. Der Ernennung zum Fähnrich im Oktober des gleichen Jahres folgte der Besuch der 'Kriegsschule' für Offiziere in Metz, wo er am 16. Juni 1913 sein Offizierspatent erhielt, um in sein Koblenzer Regiment zurückzukehren und dort nur einen Tag später zum Leutnant befördert zu werden.[11]

Und dann geschieht das, was zu einer Reihe von 'Entwicklungsstörungen' und Brüchen in Meyers Biographie führen wird. Im August 1914 beginnt der

später so genannte Erste Weltkrieg. Vorausgegangen waren eine ungeahnte Welle nationaler Erregung und der immer lauter werdende Ruf nach deutscher Weltgeltung. Meyer, der – wie die Masse der Deutschen sicherlich auch – als ein willfähriges Objekt der deutschen Kriegspropaganda betrachtet werden muß, ist von Anbeginn dabei. Seit dem 2. August 1914 Kompanieoffizier im 'Brigadeersatzbataillon 30', aus dem das neuformierte Infanterieregiment 363 hervorgehen würde, blieb von seinen, im Umfeld des Abiturs geäußerten Träumen, auch die „einfachen Männer" zu „kaisertreuen Soldaten" erziehen zu wollen, wenig übrig. Schmutzigstes Kriegshandwerk war angesagt. Authentische Zeugnisse Meyers aus der Zeit selbst, die Aufschluß über die Einschätzung der Situation geben könnten, liegen nicht vor. Dennoch ist, und das nicht nur aufgrund der in der NS-Zeit entstandenen retrospektiven selbstverklärenden autobiographischen Aussagen anzunehmen, daß Meyer den Kriegsausbruch mit Begeisterung begrüßt hatte. Außerdem – der Krieg beschleunigt militärische Karrieren und sei es nur deshalb, weil auch vorgesetzte Offiziere 'fallen' oder angesichts der soldatischen Massen, die man als Kanonenfutter benötigt, mehr 'Führungskräfte' gebraucht werden. So nimmt es nicht wunder, daß Meyer kaum einen Monat nach Eintritt in das Bataillon am 31. August 1914 zum Führer der dritten Kompanie avanciert, um schließlich einen weiteren Monat später schon wieder zu wechseln und am 20. September die Aufgabe des Bataillonsadjutanten übertragen zu bekommen. In dieser Phase und in der Folgezeit nahm er an zahlreichen Kämpfen an der deutschen Westfront teil. Zweimal verwundet und mit dem Eisernen Kreuz II. ebenso wie I. Klasse sowie dem Verwundetenabzeichen dekoriert, geriet er im April 1917 in französische Kriegsgefangenschaft, für Meyer nach eigenen Angaben eine Zeit, die einen traumatisch-schockhaften Zustand bei ihm hinterließ und den ohnehin vorhandenen Haß gegen den 'Erbfeind' Frankreich ins Unermeßliche steigerte. Inwieweit Meyers Angabe, daß er während seiner langen Gefangenschaft, die immerhin bis 1920 dauerte, schikanösen Verhaltensweisen von französischer Seite ausgesetzt gewesen war, ist nicht verifizierbar, kann aber auch nicht ausgeschlossen werden.

Knapp 14 Tage bevor Meyer in französische Kriegsgefangenschaft geraten war, waren die USA in den Krieg eingetreten. Dieses Datum, der 6. April 1917, und das der russischen Oktoberrevolution markierten die Wende im Krieg, waren aber auch das Synonym für eine Veränderung der Welt schlechthin. Meyer konnte diese Prozesse aus seiner Gefangenschaft heraus nicht oder kaum mehr wahrnehmen. Damit mußte es bei ihm zwangsläufig hinsichtlich der Erfassung der politischen wie der sozialen Realität zu einem außerordentlich tiefgehenden Bruch kommen, als er aus der Kriegsgefangenschaft entlassen wurde. Am 14. März 1920, einem der letzten Gefangenentransporte überhaupt, kehrte Meyer über die Schweiz nach Deutschland zurück. Im April nahm er seinen offiziellen Abschied aus der Reichswehr. Schließlich erhielt er im Okto-

ber 1920 den 'Charakter als Hauptmann' und die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des 68. Infanterieregiments zugesprochen. Zu jenem Zeitpunkt war die Formierung des Deutschland nach dem Versailler Vertrag zugestandenen '100.000-Mann-Heeres' längst abgeschlossen. Als Offizier war er nicht untergekommen und würde auch nie mehr eine Chance haben unterzukommen. Sein erstes persönliches Lebensziel war damit gescheitert.

3. Neuanfang und Suche

Vor dem beruflichen Nichts stehend, nimmt der fast 30jährige im Sommersemester 1920 in Bonn das unterbrochene Jurastudium wieder auf, um nach nur einem Semester an die Universität Würzburg zu wechseln.[12]

Nicht nur für ihn selbst bedeutete der verlorene Erste Weltkrieg einen tiefen Einschnitt. Die nicht zuletzt als Folge der Kriegsfinanzierung immer schneller galoppierende Hyperinflation zeitigte in seinem Elternhaus augenscheinlich unabsehbare Folgen. Wie bereits erwähnt, dürfte ein Großteil des elterlichen Vermögens in Aktienbesitz, wohl aber auch in Barkapital bestanden haben, das nun der Inflation zum Opfer fiel. Für Alfred Meyer bedeutete dies nicht zuletzt, daß er ein Studium, ganz anders als seinen Gymnasialbesuch, keinesfalls auf der Basis gesicherter elterlicher Finanzen absolvieren konnte. Er war vielmehr gezwungen, für seinen Lebensunterhalt weitgehend selbst zu sorgen. Dies tat er als – wie er selber im nachhinein bekundete – „kaufmännischer Angestellter" bei der Bergwerksgesellschaft 'Graf Bismarck' in Gelsenkirchen. Ob es tatsächlich kaufmännische Angestelltentätigkeiten waren, die er ausgeübt hatte, oder aber nur Hilfstätigkeiten, mag dahingestellt sein. Allerdings darf man davon ausgehen, daß seine Arbeit in diesem Bereich angesiedelt war und er nicht, wie es Alfred Rosenberg in seinen in der Nürnberger Haft kurz vor seiner Hinrichtung zu Papier gebrachten 'letzten Aufzeichnungen' festhält, als Arbeiter seinen Lebensunterhalt verdiente.[13]

Ungewöhnlich erscheint es auf den ersten Blick, daß der eigentlich in Soest ansässige Meyer ausgerechnet in der Ruhrgebietsstadt Gelsenkirchen, zu der weder er noch seine Familie bis dahin irgendwelche Beziehungen unterhielten, als 'Werkstudent', wie es damals hieß, arbeitete. Dies dürfte jedoch im Zusammenhang mit Kontakten und Beziehungen stehen, die sich bis in die Zeit der Firmengründung des Blechwalzwerks Schulz, Knaudt & Co. zurückführen lassen. So hatte der Firmengründer Carl Julius Schulz auch Anteile an verschiedenen Bergwerken erworben. So etwa auch an der Zeche 'Verein Bickefeld' in Dorsten, die 1904 von der Gewerkschaft 'Graf Bismarck' aufgekauft wurde. Als Kompagnon von Carl Julius Schulz als Firmengründer hatte 1855 auch Friedrich Funke fungiert, der allerdings schon 1866 aus dem Unternehmen wieder ausschied und zusammen mit Friedrich Grillo u.a. das Blechwalz-

werk Grillo, Funke & Co. in Schalke, heute ein Ortsteil Gelsenkirchens, gründete. Beide Werke wiederum gingen, wie schon erwähnt, in den Mannesmann Röhrenwerken auf. Und schließlich ist darauf zu verweisen, daß Friedrich Grillo wiederum als Initiator der 1868 gegründeten Zeche 'Graf Bismarck' agierte.

Alfred Meyer schloß schon Ende des Jahres 1922 sein Studium in Würzburg mit dem Doktor der Staatswissenschaften („Dr. rer. pol.") ab.[14] Sein Doktorvater war Prof. Christian Meurer, der bereits seit 1889 an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg Rechtswissenschaft lehrte und als ausgewiesener Völkerrechtler galt.[15] Alfred Meyer legte eine Dissertation zum Thema „Der belgische Volkskrieg" vor. Ausgangspunkt der Arbeiten waren von den Siegermächten erhobene Anschuldigungen, Deutschland habe bei dem zu Beginn des Ersten Weltkrieges erfolgten Einmarsch deutscher Truppen nach Belgien nicht nur die Neutralität des Nachbarstaates mißachtet und damit gegen bestehendes Völkerrecht verstoßen, sondern auch gegen internationale Konventionen, die das Verhalten der gegnerischen Kriegsparteien untereinander, die Art der Kriegsführung und der einsetzbaren Waffen, wie auch den Umgang mit Kriegsgefangenen regelten, da man mit ausgesprochener Grausamkeit gegen die belgische Bevölkerung vorgegangen sei. Meyer behandelt dieses Thema 180 Seiten lang allerdings keineswegs nur unter juristisch-staatswissenschaftlichen Gesichtspunkten. Vielmehr verfällt er immer wieder in eine ausgesprochen tagespolitisch orientierte, teils chauvinistische Formen annehmende Erörterung, die nur eines zum Ziel hat – die Exkulpierung Deutschlands und der Deutschen im Zusammenhang mit ihrem Einmarsch in Belgien. Meyers Argumentation gipfelt in einer Umkehrung des tatsächlichen Sachverhalts, daß nämlich aufgrund des angeblichen Deutschenhasses der Belgier, die die deutschen Armeen widerstandslos hätten durch ihr Land nach Frankreich vorstoßen lassen müssen, sich auf belgischer Seite eine Art der Kriegsführung entwickelt hätte, die auf deutscher Seite wiederum notwendigerweise spezifische Reaktionen nach sich ziehen mußte. Schließlich seien die Deutschen nicht mit der Absicht zu zerstören, zu rauben und zu morden in Belgien einmarschiert, hätten sich allerdings mit Beginn des 'Franktireurkrieges' zu bestimmten Verhaltensweisen genötigt gesehen. Meyer kommt auf der Basis der von ihm ausgewerteten Literatur, nicht zuletzt der Arbeiten Christian Meurers, weiterhin zu dem Ergebnis, daß es nach erfolgter militärischer Besetzung eines Landes in dem jeweils besetzten Gebiet kein Recht zur Volkserhebung mehr gebe. Wenn es dennoch seitens der belgischen Bevölkerung zu Gewalthandlungen gegenüber den deutschen Soldaten gekommen sei, so hätten diese das nicht ohne weiteres hinnehmen können. „Es wird der belgischen Regierung nicht glücken," so Meyer,

> die grosse Lüge aufrecht zu erhalten [!], dass es eine reine Erfindung der Deutschen sei, dass die Zivilbevölkerung im Invasions- und Okkupationsgebiet geschossen ha-

> be. Nicht nur über eine harmlose Bevölkerung wurden die Strafgerichte [...] verhängt. Planmässiger Überfall und hinterlistiger Mord drückte den Deutschen die Abwehrwaffen in die Hand und nicht blinde Zerstörungswut.

Schließlich zieht er das vorläufige Resümee:

> Hätte auch das Völkerrecht die Volkserhebung im Okkupationsgebiet sanktioniert – was es nicht getan hat –[,] nie und nimmer würde dieser meuchlerische Freischärlerkrieg vor dem Völkerrecht bestehen können.[16]

Christian Meurer war indes nicht nur auf seine ureigenste Tätigkeit als Hochschullehrer beschränkt. Vielmehr stand er vom Sommer 1922 bis zum November 1925 dem dritten Unterausschuß des Völkerrechtsausschusses des deutschen Reichstages, der sich mit der Nachprüfung der dem deutschen Reich zur Last gelegten Kriegsverbrechen während des ersten Weltkriegs befaßte, als Sachverständiger zur Verfügung. In dieser Eigenschaft erstattete er vier große Gutachten. Eines davon trug den Titel „Der belgische Volkskrieg".[17]

Ursprünglich hatte Alfred Meyer wohl die Absicht, nach Abschluß seines Studiums beruflich als Bankbeamter Fuß zu fassen, wobei er offensichtlich bereits einen Arbeitsplatz bei der Barmer Bank in Soest in Aussicht gestellt bekommen hatte. Aus bislang unbekannten Gründen zerschlugen sich diese Pläne aber. Statt dessen kehrte Meyer nunmehr als 'Zechenbeamter' auf die Zeche 'Graf Bismarck' in Gelsenkirchen zurück, wo er bis zum September 1930 tätig sein sollte.[18] Erneut hatten sich seine Berufspläne nicht realisieren lassen. Hinzu kommt, daß er mit dem Abschluß des Doktors der Staatswissenschaften, den er Anfang 1923 um das erste Staatsexamen in den Fächern Nationalökonomie, Finanz- und Staatswissenschaft sowie Völkerrecht erweitert hatte, keine besonders gute Ausgangsbasis für eine breit angelegte berufliche Karriere besaß. Diese wäre dann vorhanden gewesen, wenn Meyer auch das zweite juristische Staatsexamen hätte vorweisen können und damit 'Volljurist' gewesen wäre. Dies war er jedoch nicht.

Die folgenden Jahre Meyers müssen insgesamt als eine Phase des Suchens eingeordnet werden. Nach wie vor war Soest, obwohl er in Gelsenkirchen seiner Arbeit nachging, der Lebensmittelpunkt für den inzwischen über 30jährigen. Hier in Soest suchte er anfangs auch über gesellschaftliche Kontakte seine Berufs- und Lebenssituation zu verbessern. Mit Hilfe eines nahen Verwandten fand er im Jahre 1924 auf diese Weise auch Zugang zu den Soester Freimaurern, was ihm Jahre später, als er längst zum NSDAP-Gauleiter aufgestiegen war, durchaus Probleme bereiten sollte. Allerdings fand er bei den Freimaurern wohl auch nicht das, was er suchte. Jedenfalls verblieb er im Status des 'Lehrlings'. Für ihn ein Glück, kam er damit doch in der Zeit seiner NS-Karriere gewissermaßen mit einem 'blauen Auge' davon.[19]

Von politischen Aktivitäten, gar der aktiven Mitgliedschaft in einer politischen Partei, scheint Meyer in dieser Phase weit entfernt gewesen zu sein. Verbunden mit Suche und Orientierung waren vielmehr auch private Veränderungen, die ihn langfristig schließlich doch seinen Lebensmittelpunkt von Soest nach Gelsenkirchen verlagern ließen. Im August 1925 schloß Alfred Meyer die Ehe mit der schon fast 30jährigen Dorothee Capell. Diese entstammte einer alteingesessenen Soester Buchhändlerfamilie. Das frisch vermählte Ehepaar bezog in Gelsenkirchen eine 'Zechenbeamtenwohnung'. Dorothee Meyer, die als Pianistin zum Zeitpunkt der Eheschließung über ein höheres Einkommen als ihr Ehemann verfügt hatte, gab gleichzeitig ihre musikalische Karriere auf. Nur noch gelegentlich arbeitete sie als Klavierlehrerin. In Gelsenkirchen-Bismarck, wo sich das Ehepaar niederließ, sollte sie sich nie wirklich heimisch fühlen. Im Jahre 1926 kommt die erste Tochter der Meyers, Ilselore, zur Welt. Bis zum Jahre 1939 sollten vier weitere Töchter folgen.[20]

Alfred Meyer konzentriert sich Mitte der 1920er Jahre im wesentlichen auf das Private. Für seine erstgeborene Tochter legt er eine Art Tagebuch an, damit diese, die diese Phase selbst nicht bewußt miterleben kann, das Leben ihrer Eltern später nachvollziehen kann.[21]

Eine einzige Aktivität des künftigen NS-Funktionärs in dieser Phase könnte als im weitesten Sinne öffentliches politisches Bekenntnis gegen die Weimarer Demokratie interpretiert werden: Alfred Meyer tritt in diesen Jahren dem Kriegerverein 'Fürst Otto von Bismarck' bei. Der Verein, der sich wohl nicht zuletzt aus leitenden Mitarbeitern der Zeche 'Graf Bismarck' rekrutierte, gehörte dem reaktionären Kyffhäuserbund an. Meyer sollte schon bald zu dessen Vorsitzendem aufsteigen, ein Amt, das er erst 1930 abgeben würde.[22]

4. Lokalpolitik

Bis zum Jahre 1928 ist nicht erkennbar, daß Alfred Meyer in eine irgendgeartete Beziehung zu der sich zwar auch im Ruhrgebiet entwickelnden, aber alles in allem doch außerordentlich schwachen NSDAP getreten wäre. Möglicherweise schien ihm diese Partei, die im Westen des Reiches mit dem sogenannten „Straßer-Flügel" scheinbar 'sozialistisch' ausgerichtet war, allzu proletarisch. Am 1. April 1928 waren indes alle Vorbehalte, sofern es sie tatsächlich überhaupt jemals gegeben haben sollte, gewichen. Alfred Meyer tritt an jenem Tag der NSDAP bei.[23] Die Motive hierfür bleiben im dunkeln. Ein herausragendes Ereignis, wie etwa einen besonderen Wahlerfolg der Rechtsradikalen, gab es als Anlaß nicht. Wahrscheinlich wurde er durch sein Umfeld auf der Zeche 'Graf Bismarck' zu diesem Schritt animiert, denn es war eine ganze Reihe von Mitarbeitern eben jener Zeche, die zu diesem Zeitpunkt gleichfalls den Zugang zur NSDAP fand. Vielleicht war es aber auch in gewisser Weise

ein Wechsel auf die Zukunft, den Meyer ausstellte, indem er hoffte, über diese Partei die bislang ausbleibende Karriere forcieren zu können.

Seit 1922/23 gab es in Gelsenkirchen ebenso wie in Buer, das bis zum Jahre 1928 eine selbständige Stadt war, kleinere Gruppierungen der NSDAP, die, unmittelbar nach ihrer Entstehung sofort wieder verboten, nach der Verbotszeit 1925 wieder ins Leben gerufen worden waren. Sowohl 1922/23 als auch 1925 war die Zahl der Mitglieder kaum erwähnenswert. Politisch besonders bedeutsam waren diese Gruppen von daher weder vor 1923 noch unmittelbar nach ihrer Wiedergründung.

1925 verfügte die NSDAP über kaum mehr als 27.000 Mitglieder im ganzen Reich. Für Gelsenkirchen liegen für diesen Zeitraum keine Mitgliederzahlen vor, zieht man jedoch Parallelen zum Ruhrgebiet, so darf man davon ausgehen, daß sich die Mitgliederentwicklung als äußerst zäh erwies, wenn sie nicht gar stagnierte. Und selbst 1929 kamen die Gelsenkirchener Nationalsozialisten nicht über 350 Mitglieder hinaus. Allerdings werden sie von der sie überwachenden Polizei als 'führend' im NSDAP-Bezirk Emscher-Lippe bezeichnet, der insgesamt 631 Mitglieder gezählt haben soll.

Alfred Meyer erlebte nach seinem Eintritt in die Partei einen schnellen Aufstieg in deren Hierarchie. Bereits im Jahr seines Eintritts avancierte er zum Ortsgruppenleiter 'Groß-Gelsenkirchen'. Ganz offenbar steigerte er tatsächlich die NSDAP-Aktivitäten dieser Stadt und trat schon 1929, nach dem Weggang von Fritz Florian nach Düsseldorf, dessen Nachfolge als Bezirksleiter Emscher-Lippe innerhalb des Gaues Westfalen an. Bei den im November 1929 stattfindenden Kommunalwahlen zieht er als bis dahin erster und einziger Nationalsozialist in den Rat der Stadt Gelsenkirchen ein. Er profitiert dabei erneut vom Weggang Florians, der das auf Platz 1 der Liste errungene Mandat nicht antreten kann. Meyer geriert sich in der Stadtverordnetenversammlung mit seiner demagogischen Rhetorik als einer der übelsten Gegner und Hasser der Demokratie und der Republik von Weimar. Gleichzeitig entwickelt er unermüdlich werbende Aktivitäten für die NSDAP auch außerhalb des Rates. Versammlung folgt auf Versammlung, Rede auf Rede. Dies, aber nicht zuletzt auch die prekäre wirtschaftliche Situation, führt zu einem massiven Mitgliederzuwachs der NS-Partei. Im gesamten Gau Westfalen, so die Berichte der politischen Polizei, steigerte sich die Mitgliederzahl von der Jahreswende 1929/30 bis zum 1. September 1930 von anfangs 3.500 auf 11.500 Mitglieder. Zwar liegen für den von Meyer geleiteten Bezirk keine entsprechenden Zahlen vor. Die Tatsache, daß man dreimal die Geschäftsstelle wechselt und sich dabei stets vergrößert, legt jedoch die Vermutung nahe, daß auch hier immense Steigerungsraten zu verzeichnen waren.

Die Aktivitäten Meyers und – aus der Sicht der Nazis – seine Erfolge ebenso wie eine wohl durchaus bemerkenswerte rhetorische Begabung führten dazu, daß Meyer auf Platz 1 der nationalsozialistischen Liste im Wahlkreis Westfa-

len-Nord für die Nationalsozialisten zum Reichstag kandidierte und gewählt wurde. Er war damit nach dem 14. September einer von 107 NSDAP-Abgeordneten im Deutschen Reichstag – ein Ergebnis, das so von niemandem erwartet worden war, hatte die NS-Partei doch zuvor immerhin nur über eine Fraktionsstärke von 12 Abgeordneten verfügt. In dieser Phase gewann Alfred Meyer intensive Kontakte, nicht nur zu Adolf Hitler, sondern auch zu anderen führenden Nationalsozialisten, die mit ihm gemeinsam in der NSDAP-Fraktion vertreten waren. Hier ist insbesondere Alfred Rosenberg zu nennen, mit dem er sich recht bald in einer Art Geistesverwandtschaft verbunden fühlen sollte und der seinen weiteren Lebensweg nachhaltig prägen sollte.

5. Gauleiter, Reichsstatthalter und Oberpräsident

Es überraschte alle Beobachter der regionalen Szene, d.h. die Öffentlichkeit ebenso wie die die NSDAP wegen ihrer radikalen Umtriebe beobachtende Polizei, daß Alfred Meyer Anfang Januar 1931 auf seine Funktion als Leiter des zum Gau Westfalen zählenden NSDAP-Bezirks Emscher-Lippe verzichtete. Ebenso überraschend legte er sein Mandat in der Gelsenkirchener Stadtverordnetenversammlung nieder. Allerdings bedeutete dieser Schritt keineswegs, wie Zeitgenossen fälschlicherweise vermuteten, daß sich Meyer ins Privatleben zurückgezogen hatte. Im Gegenteil, er hatte einen weiteren Schritt auf der Karriereleiter innerhalb der NSDAP vollzogen und war von Hitler zum Leiter des aus der Teilung des Gaues Westfalen hervorgegangenen Gaues Westfalen-Nord ernannt worden. Leiter von Westfalen-Süd wurde der bisherige Gauleiter Westfalens, der Bochumer Josef Wagner. Meyer gehörte damit zu den nur 29 Gauleitern, die bereits vor 1933 in diese Funktion gelangt waren.[24]

Die Gauleitung des neuen Gaues blieb zunächst in Gelsenkirchen, was sich erst im Oktober 1932 ändern sollte, als man den Sitz in das katholische Münster verlegte. Als Gauleiter hatte Meyer indes einen politisch und sozial heterogenen und schwierigen Gau übernommen. Dessen war sich Meyer außerordentlich bewußt.

Um so positiver für ihn und seine Karriere war es, daß der NSDAP-Gau Westfalen-Nord auch Lippe und Schaumburg-Lippe umfaßte. Denn gerade in diesem Land errangen die Nationalsozialisten unter enormem personellen Einsatz bei den am 15. Januar 1933 stattfindenden Wahlen 39,5 Prozent der Stimmen und avancierten damit zur stärksten Partei.[25] Meyer war als Gauleiter an diesem Wahlsieg der Nationalsozialisten in exponierter Stellung beteiligt, wenngleich er hinsichtlich der Wahlkampfführung in den Kreisen der Parteileitung nicht unumstritten war.[26] Nichtsdestotrotz beanspruchte Meyer nunmehr auch staatliche Ämter und Macht und erhielt sie: Am 16. Mai 1933 wurde er von Hindenburg auf Vorschlag Hitlers zum Reichsstatthalter für Lippe und

Schaumburg-Lippe ernannt – eine Berufung, die allerdings keineswegs von vornherein feststand und auch nicht unumstritten war. Obgleich nur im kleinsten deutschen Staat, war die Satrapenfunktion mit der Bezeichnung „Reichsstatthalter" auch in einem nicht so wichtigen Land (zumindest vorübergehend) offenbar außerordentlich attraktiv.[27]

Zwar wurde Meyer nicht einmal drei Jahre später bereits ein weiteres Staatsamt übertragen, das des 'Chefs der Lippischen Landesregierung',[28] was ihm jedoch immer noch fehlte, war die Position des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen. Mit diesem Amt war auf Dauer zweifelsohne mehr Prestige verbunden, als dies in der wenig wichtigen Funktion des Statthalters in einem wenig bedeutenden deutschen Teilstaat der Fall war. Im übrigen mußte Meyer ohne das Amt des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen zwangsläufig auf den über diese Funktion auszuübenden Einfluß auf den größeren Teil seines Gaugebiets verzichten.

Für ihn mußte es eine herbe Enttäuschung gewesen sein, als Josef Terboven, Leiter des benachbarten Essener NSDAP-Gaus, und Josef Wagner, seines Zeichens Leiter des Gaus Westfalen-Süd, 1935 jeweils zu Oberpräsidenten ernannt wurden, er selbst jedoch leer ausging.[29] Es sollte noch bis 1938 dauern, bis auch Meyer nachzog. Dabei ist nicht auszuschließen, daß Göring, der sich zu diesem Zeitpunkt persönlich für Meyer verwendet hatte, obwohl er zu dessen Erzrivalen Terboven auch außerordentlich enge private Beziehungen unterhielt, ihn damit eigentlich nur hatte 'ködern' wollen. Wurden doch im Zuge der lange schon ausstehenden Reichsreform auch Überlegungen angestellt, den Staat Lippe an Preußen anzugliedern und damit in den Machtbereich Görings zu überführen, ein Vorhaben, das letztlich in den Planungen steckenblieb.[30]

Auch die mit Kriegsbeginn vorgenommene Ausdehnung von Macht und Einfluß der Gauleiter ging an Alfred Meyer zunächst mehr oder minder spurlos vorüber. Am 1. September 1939 wurde für jeden Wehrkreis ein Gauleiter als sogenannter „Reichsverteidigungskommissar" (RVK) eingesetzt.[31] Im Gegensatz zu seinem 'Nachbarn' und Konkurrenten Terboven wurde Meyer auch dieses Mal nicht berücksichtigt.[32] War dieses unter direkten Konkurrenzgesichtspunkten möglicherweise schon schwerwiegend genug, so wurde die Situation insofern um so prekärer, als die RVK – so war es geplant – über keinen eigenen bürokratischen Apparat verfügen, sondern sich der Behörde des Oberpräsidenten bedienen sollten. Dies hätte zu einem Hineinregieren Terbovens in das 'Hoheitsgebiet' Meyers geführt. Da andernorts ähnliche unangenehme Lagen zu entstehen drohten, entschloß man sich in Berlin, allen Gauleitern, die man nicht mit der Funktion des Reichsverteidigungskommissars hatte bedenken können, das Amt des „Beauftragten des RVK" angedeihen zu lassen, um so die Konflikte unter den Gauleitern abzumildern. Endgültig aus dem Wege geräumt wurde diese Problematik aber erst mit der geographischen Anglei-

chung der Reichsverteidigungsbezirke an die Grenzen der Gaue und der Ernennung aller Gauleiter zu RVK im Jahre 1942.[33]

Alfred Meyer war ein von 'preußischen Offizierstugenden' wie Treue, Pflichterfüllung und Ehrgefühl geprägter[34], zutiefst überzeugter Nationalsozialist. Dieses Bild entspricht nicht nur der NSDAP-offiziellen, von ihm selbst wie von der Münchner Parteiführung in der Öffentlichkeit verbreiteten Legende[35], sondern darf durchaus als Faktum betrachtet werden.[36] Daraus resultierend ergab sich eine unverbrüchliche Bindung an Adolf Hitler als (seinen messianischen) 'Führer'[37], die sich mit einem von einem volkserzieherischen Impetus getragenen Sendungsbewußtsein paarte. Dieses war offenbar schon in früher Jugend angelegt. Darauf deutet zumindest eine Aussage im seinem Zulassungsantrag zur Abiturprüfung hin. Im Zusammenhang mit seinem bei dieser Gelegenheit geäußerten Wunsch, die Laufbahn eines Berufsoffiziers einschlagen zu wollen, formulierte der seinerzeit noch nicht ganz zwanzigjährige Meyer:

> Mir scheint es eine schöne Lebensaufgabe zu sein[,] dem deutschen Reiche tüchtige Soldaten heranzubilden und an der Erziehung der unteren Volksschichten zu sittlichen, kaisertreuen Soldaten mich zu beteiligen.[38]

So nimmt es nicht wunder, daß auch sein Selbstverständnis als Gauleiter sich in diesem Kontext bewegte. Exemplarisch sei dies an einem am 15. April 1937 im Berliner Hotel Adlon „vor der auswärtigen Diplomatie und Presse" gehaltenen Vortrag verifiziert, der mit dem Titel „Aus der Arbeit eines Gauleiters und Reichsstatthalters" überschrieben war.[39] Er, der er sich als „Hitlers westfälische[r] Vertrauensmann"[40] bzw. „Stellvertreter des Führers in Westfalen-Nord"[41] betrachtete, definierte seine Rolle so: „Parteipolitisch gesehen ist der Gauleiter dem Führer dafür verantwortlich, daß die Partei als Garant der Volksgemeinschaft in Deutschland ein jederzeit schlagfertiges [!] Instrument des Führers ist."[42] Hierzu bedürfe es dessen, was er in seinen Ausführungen als „die entscheidendste Aufgabe des Gauleiters" apostrophierte – der „Menschenführung". „Diese Aufgabe", führte Meyer weiter aus,

> kann man nicht vom grünen Tisch aus lösen. Der Gauleiter muß sich die Herzen, das Vertrauen und den Glauben der ihm vom Führer anvertrauten Volksgenossen eigentlich täglich wieder erobern. Und so müssen wir immer wieder als Redner und Prediger der nationalsozialistischen Idee mitten ins Volk hineingehen, um in Städten und Dörfern bald in Großkundgebungen, bald aber auch in den kleinsten Dorfversammlungen zu sprechen.[43]

Oberstes Ziel müsse es sein, „die Maßnahmen des Führers und Staates von Mund zu Mund [zu erklären,] und so die deutschen Volksgenossen langsam zum Nationalsozialismus [zu erziehen].[44]

Meyer bemühte sich, dieser Intention folgend und gleichzeitig damit eigene Größe dokumentierend, 'kulturstiftend' zu wirken, sich andererseits aber auch architektonisch dauerhaft und monumental zu präsentieren.

Es waren drei großangelegte städtebauliche Projekte, die Meyer im Jahre 1938 anstrebte, die wegen des Krieges insgesamt jedoch nie umgesetzt wurden. Der erste Plan sah einen gigantomanischen Ausbau Münsters vor. „Wie München und Nürnberg, Berlin, Weimar und Hamburg und andere Städte im Reich begonnen haben, durch großzügige städtebauliche Umgestaltung ihrer Stadt ein neues lebensfrisches Gesicht zu geben, so wird auch Münster, die Gauhauptstadt, neu geformt werden. Erst die nationalsozialistische Bewegung, entsprechend der Größe ihrer Weltanschauung und ihres fanatischen Willens und Glaubens, ist berufen, ein neues Stadtgebiet neben dieser Jahrtausende alten Stadt [...] entstehen zu lassen."[45]

Meyers Absicht, die er mit Speer und Hitler bereits abgestimmt hatte, war es, einen riesigen Parteibezirk entstehen zu lassen, in deren Mittelpunkt eine 20.000 Menschen fassende 'Volkshalle' nebst 'Aufmarschplatz' stand. Dominiert werden sollte dieser Bezirk von einem „aus dem Wasser steigenden, weithin sichtbaren, gewaltigen *Glockenturm*".[46] Des weiteren sollte Münster ein neues, sich an den Parteibezirk anschließendes Behördenviertel erhalten. Und nicht zuletzt sollten neue Wohnviertel entstehen. Diese sollten „geschlossene Straßenzüge in drei- und viergeschossiger Bebauung sein, mit luftigen Grün- und Innenhöfen".[47]

Gerade in diesem Teil des Münsteraner Projekts suchte Meyer seine soziale Haltung zum Ausdruck zu bringen. Dieses war auch die zentrale Intention des von ihm geplanten zweiten Großprojekts, des Um- und Ausbaus von Gelsenkirchen. So verkündete die „National-Zeitung" am 25. Juni 1938:

> Um in der Stadt Gelsenkirchen aber, der Hochburg nationalsozialistischer Arbeit, auch die wirtschaftliche Freiheit zu erringen, werden wir die Zeugnisse des liberalistischen Geistes in Gestalt von schauderhaften Wohnvierteln mit häßlichen Elendshöhlen und Straßenzügen niederlegen und eine moderne Arbeiterstadt bauen, die das beredteste Zeugnis des deutschen Sozialismus der Tat und der nationalsozialistischen Sehnsucht sein soll.[48]

Als drittes Großprojekt plante Meyer schließlich die Errichtung einer megalomanen Kultstätte auf dem Hiddeser Berg bei Detmold, die die permanente, in Stein gegossene Erinnerung an den Sieg im Lippewahlkampf des Jahres 1933 manifestieren sollte. Auch hier sollte ein riesiges Hallengebäude, eine 'Halle der Volksgemeinschaft', errichtet werden.

> In Architektur und Formgebung entspricht sie in schlichter, klarer, klassischer Haltung unserer Kunstauffassung. Eine Hochschule germanischen Geistes, das 'Ahnenerbe', wird in unmittelbarer Nähe dieser Halle stehen. Die Adolf-Hitler-Schule, die Gauschulungsburg, eine Freilichtbühne und eine Pflegestätte deutscher

> Musik und Kunst, werden diese Gesamtanlage unterhalb des Hermann-Denkmals [!] zu einer neuen 'Akropolis' werden lassen.[49]

Eine Straße sollte von Detmold hinaufführen, wobei auf der Höhe des Berges das „Tor des '15. Januar', eine große Säulenarkade, liegt."[50]

Bei allen drei Projekten, die in Meyers Überlegungen sicherlich auch unter dem Blickwinkel der 'gerechten Versorgung' dreier disparater Regionen seines heterogenen Gaugebiets angegangen wurden, versäumte die „NZ" nicht, den Gauleiter als den Initiator, als die eigentlich treibende Kraft, der dies alles zudem versehen mit dem 'Segen' des 'Führers' plante, herauszustellen.[51]

Eine direkte Verbindung läßt sich zwischen den Bauplänen in Detmold und Meyers 'kulturstiftenden' Aktivitäten herstellen, die sich vor allem in den 'Richard-Wagner-Festwochen' manifestierten, die gleichfalls in dieser Stadt veranstaltet wurden. Denn Meyer verstand die Bayreuther Wagner-Festspiele, wie er in einer Rede anläßlich des Gautreffens 1938 selbst formulierte, als 'Nationalheiligtum'.[52] Meyer ließ sich hinsichtlich der von ihm initiierten Festspiele gebührend feiern. „Hier ist eine politische Führerpersönlichkeit von großem politischen Weitblick, der Gauleiter von Westfalen-Nord, Reichsstatthalter Dr. Alfred Meyer am Werke," verkündete eine Sonderbeilage der „National-Zeitung" zum Gauparteitag 1938, „die Bayreuther Kulturidee der Gesamtheit seines Gaues zum tiefsten Erlebnis und zum feierlichsten Bewußtsein zu bringen. In einzigartiger Weise hat er seinen Gau unter die deutsche Kulturidee von Bayreuth gestellt! Alle Volksgenossen seines Gaues werden seit dem vierjährigen Bestehen der Detmolder Kulturstätte mit dem Lebenswerk Richard Wagners, seinen Kunstwerken und seinem deutschen Kulturprogramm, das auch die Werke eines Bach, eines Gluck, eines Beethoven, eines Weber und anderer deutscher Meister umfaßt, auf das Innigste vertraut gemacht."[53]

Von ihm im Jahre 1935 ins Leben gerufen[54], fand diese Veranstaltung alljährlich bis ins Kriegsjahr 1941 hinein statt.[55] Aus Anlaß der ersten Durchführung der Festveranstaltung, der Goebbels „mit Rücksicht auf die kulturpolitische Bedeutung dieser Festwoche die Reichswichtigkeit verliehen [hatte]"[56], stellte Meyer, damit von vornherein erwarteten Vorwürfen entgegentretend, fest, daß damit kein zweites Bayreuth geplant sei. Vielmehr ziele diese Veranstaltung auf die „Vermittlung des Wagnerschen Werkes im Sinne der [...] Erschließung bester deutscher Musikkultur" für breite Schichten der Bevölkerung ab.[57]

Meyer verband, wie er immer wieder betonte, mit diesen Festwochen wie mit seinen kulturell orientierten Aktivitäten überhaupt[58] erzieherische Absichten. So formulierte er Anfang 1938, „daß die Partei für alle Zukunft die Aufgabe habe, die deutschen Menschen zum Nationalsozialismus zu erziehen, und zwar mit allen Mitteln, die dazu tauglich seien, nicht zuletzt mit Hilfe der Kunst. Früher habe der deutsche Arbeiter mit der Kunst wenig zu tun gehabt.

Heute müsse er sich von dem Gedanken freimachen, daß die Kunst nicht für ihn da sei. Gerade den schaffenden Menschen gegenüber habe die Kunst große Aufgaben zu erfüllen. Wir müßten den Menschen die Schönheiten Deutschlands und die Werke der großen deutschen Meister nahebringen."[59] Und anläßlich des Gautreffens im Juni 1938 konstatierte er:

> Das Gebot des Führers befolgend, führen wir im Gau Westfalen-Nord das breite und gesunde Volk zur deutschen Kunst hin, erziehen es bewußt zur inneren Aufnahme dieser Meisterwerke und machen es mit Urwüchsigkeit der deutschen Kunst vertraut. Der Gau Westfalen-Nord hat das durch Bayreuth selbst anerkannte Verdienst, der Vorort von Bayreuth zu sein und in der Arbeit für den Bayreuther Kulturgedanken an der Spitze zu stehen eben deshalb, weil er das Bayreuther Kulturideal in die Massen des Volkes zu tragen bemüht ist. [...] Durch ihre Eigenart, d.h. durch dieses volkserzieherische Moment, sind diese kulturellen Großveranstaltungen des Gaues [...] Veranstaltungen geworden, die über den Rahmen des Gaues, aber auch der Provinz für das ganze Reich Bedeutung erlangen. Sie sind bleibende Einrichtungen und aus dem kulturellen Leben unseres Gaues nicht mehr fortzudenken und werden von Jahr zu Jahr weiter ausgebaut werden.[60]

Neben offensichtlich bei ihm sehr wohl vorhandenen persönlichen kulturellen Interessen[61], die sein Engagement inhaltlich begründeten, dürfte Meyer mit seinen kulturellen Vorhaben jedoch auch eine gewisse 'Nische' gefunden haben, einen noch nicht völlig besetzten politischen Freiraum, der ihm Karrierechancen und damit verbundene Machtausweitung zu versprechen schien.

Dennoch wäre es falsch, Meyers kulturelles Engagement darauf zu beschränken. Vielmehr dürfte sich dahinter auch – unabhängig von Machtkalkül und Karrierestreben – ein früh angelegtes und damit tief verwurzeltes Sendungsbewußtsein verbergen, das hinter dem Selbstverständnis Meyers als 'Führer' insgesamt stand.

6. Ministerstellvertreter im 'Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete'

Am 18. November 1941 informierte die in Essen erscheinende „National-Zeitung" zeitgleich mit der übrigen deutschen Presse die Öffentlichkeit über die Schaffung eines neuen Reichsministeriums. „Der Führer hat zu diesem Zwecke den Reichsleiter Alfred *Rosenberg zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete* ernannt. Als dessen ständigen Vertreter hat der Führer den Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Alfred Meyer bestellt."[62] Alfred Meyer sollte mit dieser Berufung den endgültigen Höhepunkt seiner NS-Karriere erreicht haben. Dabei war das 'neue' Ministerium – was die allgemeine Öffentlichkeit unterdessen nicht wissen konnte – keineswegs erst im November des Jahres ins Leben gerufen worden. Schon am 3. März hatte Hitler seine diesbezüglichen Absichten dem Oberkommando der Wehrmacht gegenüber angekün-

digt, als er Keitel nach Fertigstellung des den Angriff auf die Sowjetunion beinhaltenden 'Planes Barbarossa' mitteilte, daß er die politischen Aufgaben im besetzten Rußland für so schwierig halte, daß er sie keinesfalls dem Heer überlassen könne. Und am 2. April setzte er diese Überlegungen weiterhin konsequent fort, indem er ein 'Zentrales politisches Büro für die Ostarbeit' schuf. Mit der Leitung dieses Büros betraute er den in Parteikreisen und zum Teil auch darüber hinaus als verquer, realitätsfern und wenig durchsetzungsfähig geltenden Alfred Rosenberg, der allerdings – möglicherweise war dies ein entscheidender Grund – seit 1933 Leiter des Außenpolitischen Amtes der NSDAP war. Rosenberg holte sich noch im April Alfred Meyer als Stellvertreter an seine Seite. Und am 17. Juli 1941 wurde per Geheimerlaß das Reichsministerium endgültig geschaffen.

Es war ein schwaches Ministerium. Denn Hitlers Erlaß aus dem Juli 1941 regelte von vornherein, daß nicht nur die militärischen Befugnisse von der Schaffung dieses Ministeriums nicht tangiert wurden, sondern auch jene des Beauftragten für den Vierjahresplan, also Hermann Görings, ebenso unberührt blieben wie die Heinrich Himmlers als 'Reichsführer-SS' und 'Chef der Deutschen Polizei'. Göring besaß aufgrund eines Führererlasses, der vom 29. Juni stammte, umfassende Eingriffsrechte, um vorgefundene Wirtschaftskapazitäten zum Ausbau der deutschen Kriegswirtschaft zu nutzen. Und auch die Rechte Himmlers im Hinblick auf die polizeiliche Sicherung „der besetzten Gebiete" erlaubten diesem, an Rosenberg vorbei zu agieren.[63]

Rosenberg hatte Meyer in seiner „Denkschrift Nr. 2" vom 7. April 1941, in der er sich selbst zunächst als 'Reichsprotektor' vorgeschlagen hatte, als Staatssekretär vorgesehen.

> Dr. Meyer ist ein alter nationalsozialistischer Kämpfer, der die politischen Probleme klar und nationalsozialistisch sieht. Er hat sich in den letzten Jahren so eingehend mit staatsrechtlichen und Verwaltungsmaßnahmen befaßt, daß er auch diese ihn in seiner Arbeit als Gauleiter zusätzlich belastende Arbeit durchführen kann. Es ist klar, daß von Dr. Meyer ein außerordentlicher Einsatz gefordert werden würde, aber umgekehrt würde er eine solche Ernennung sicher als besonders ehrenvoll betrachten.[64]

Was letztlich zur Ernennung Meyers nicht zum Staatssekretär, sondern zum 'ständigen Vertreter' des Ministers, einer völlig neuen Funktion – und Meyer selbst sah dies auch so –, geführt haben mochte, bleibt im dunkeln. Angenommen werden kann jedoch, daß Alfred Meyer sich nur ungern von seinen übrigen Funktionen trennen wollte. Die Funktion des Staatssekretärs in Verbindung mit denen eines Oberpräsidenten, Reichsstatthalters, nicht zuletzt aber auch eines Gauleiters, auszuüben, hätte allerdings einen absoluten Präzedenzfall bedeutet. So dürfte man auf die Idee gekommen sein, die Funktion des 'ständigen Vertreters' zu schaffen, eine Institution, die es bisher in keinem Ministerium

gegeben hatte und auch künftighin nicht mehr geben sollte. Nach dem Selbstverständnis Meyers war diese Funktion in der bürokratischen Hierarchie zwischen der des Ministers und der eines Staatssekretärs angesiedelt. Faktisch nahm Meyer aber nichts anderes als die Funktion eines Staatssekretärs wahr. Seine Kompetenzen als ständiger Vertreter unterschieden sich nicht von denen eines Staatssekretärs.[65]

Als Ministerstellvertreter im Ostministerium hatte Alfred Meyer den höchsten Punkt seiner Karriereleiter erklommen. Zwar stets loyal seinem Dienstherren gegenüber – ein Charakterzug, der nicht zuletzt aufgrund der Sozialisation Meyers während seiner Soldatenzeit zu seinen hervorstechendsten Eigenschaften zählte –, blieb er als stellvertretender Ressortchef blaß und mittelmäßig. Dies fiel selbst Rosenberg, wenn auch erst in der Retrospektive, auf, wenn er in seinen vor seiner Hinrichtung im Nürnberger Gerichtsgefängnis verfaßten Erinnerungen festhielt, daß Meyer „nicht immer die jetzt einzunehmende Stellung einer Obersten Reichsbehörde ausfüllen konnte".[66]

Diese Meyer gleichzeitig entschuldigende Kritik war, auch wenn Rosenberg es nicht offen zugeben mochte, gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, mit seiner Besetzung der Stelle des 'ständigen Vertreters' eine personelle Fehlentscheidung getroffen zu haben, eine Einschätzung, die führende Nationalsozialisten – und dies waren nicht nur Gegner Rosenbergs – zum Zeitpunkt der Bekanntgabe dieser Entscheidung, aber auch im nachhinein gleichfalls zum Ausdruck brachten. Meyer erweckte nach außen hin offenbar den Eindruck des Praktikers oder, wie man heute sagen würde, des 'Managers', was scheinbar durch seine langjährige gleichzeitige Tätigkeit als Reichsstatthalter, Staatsminister und Oberpräsident nachhaltig untermauert wurde. Möglicherweise hatte sich Rosenberg bei dessen Berufung neben der Tatsache der alten Bekanntschaft von diesem Eindruck leiten lassen.[67]

Daß er trog, beweist z.B. eine Äußerung Gottlob Bergers, der am 21. November 1942 dem 'Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei', Heinrich Himmler, als seinem Vorgesetzten berichtete: „Rosenberg sieht, daß Gauleiter *Meyer* nicht der Mann ist, der ihm die Sache zusammenhalten kann, daß Meyer genau so [!] wie er unsicher ist und den praktischen Dingen des Lebens fremd gegenübersteht."[68] Selbst wenn man die durchaus auf Gegenseitigkeit beruhende Antipathie des SS-Gruppenführers Berger, der stellvertretend für seinen Chef Heinrich Himmler steht, gegenüber der gesamten Neukonstruktion des Ostministeriums und des dazugehörigen Ministers[69], berücksichtigt, ist an der Essenz dieser Aussage nicht zu zweifeln. Diese wird zudem durch die Charakterisierung Meyers durch einen früheren Mitarbeiter aus dem Ostministerium, Otto Bräutigam, bestätigt. Meyer „verstand nichts, aber auch gar nichts von den Ostproblemen," schreibt Bräutigam, der vom Auswärtigen Amt als Abteilungsleiter in das RMO unmittelbar nach dessen Gründung gewechselt war, in seinen ausschließlich der eigenen Rechtfertigung dienenden Memoiren.

„Die Sowjetunion war ihm ein Buch mit sieben Siegeln, er hatte keinerlei Ideen und traf nie selbständig eine Entscheidung."[70] Und Karl-Friedrich Kolbow zeigte sich erschrocken über den heillosen „Dilettantismus, mit dem die neue Behörde geleitet wurde."[71] Ohnehin zu einer Zeit geschaffen, da Macht und Einfluß unter den führenden Männern des NS-Regimes längst aufgeteilt waren, geriet das neue Ressort damit von vornherein endgültig und hoffnungslos ins Hintertreffen.

Trotz der Vielzahl der geschilderten Probleme des Ministeriums und auch Meyers selbst, versäumte er es auch im Amt des Ministerstellvertreters nicht, neben einer schöngefärbten Darstellung der Arbeiten des Ministeriums sich persönlich hinreichend in Szene zu setzen. Am Abend des 17. September 1942 wandte er, und nicht etwa Rosenberg, sich in einer Rundfunkansprache an die deutsche Öffentlichkeit, um in völliger Verkehrung der tatsächlichen Verhältnisse „über das erste Jahr erfolgreicher Arbeit des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete" zu berichten. Vor nunmehr einem Jahr sei das Ministerium samt der beiden Reichskommissariate Ostland und Ukraine aus der Taufe gehoben worden. Es seien Aufgaben ungeheuren Ausmaßes gewesen, die auf diese Einrichtung, die „für die riesigen Räume des Ostens fast alle Zuständigkeiten der obersten Reichsbehörden in sich vereint", zugekommen seien. „Der Einsatz im Osten erfordert starke und selbstsichere Persönlichkeiten. Männer aus allen Gebieten des Lebens wachsen an dieser unerhört großen Aufgabe, die ihnen im Osten gestellt ist, zusammen." Sehr bald sei es möglich gewesen, den drei baltischen Ländern, die traditionellerweise „in ihrer ganzen Einstellung Europa zugewendet" seien, eigene Verwaltungen zukommen zu lassen, nachdem man die „Bolschewistenherrschaft liquidiert" habe.

> Trotz schwerer Schäden konnten Landwirtschaft und Forstwirtschaft, Industrie und Handel, Handwerk und Gewerbe, öffentliche Behörden und Schulen unter deutscher Anleitung und Förderung wieder in normale Gleise gelenkt werden. Auch auf kulturellem Gebiet blühte neues Leben auf.

Auch in der Ukraine, aus deren Bevölkerung „der Bolschewismus [...] eine verarmte und zermürbte Proletariermasse gemacht habe", seien nach nur einem Jahr „deutscher Arbeit" die Spuren „neuen Lebens" erkennbar.

> Das Ziel der deutschen Führung, die außerordentlichen Nahrungs- und Rohstoffquellen der Ukraine für die deutsche Kriegführung und Kriegswirtschaft im größtmöglichen Umfang zu erschließen, wurde erreicht. Entscheidend für diesen Erfolg war die eingeleitete totale Neuordnung aller Lebensbezirke. Die neue Agrarordnung, die Neuordnung des Handwerks und eine neue Währungsordnung gingen Hand in Hand mit entscheidenden Maßnahmen zur Instandsetzung der Industrie, Förderung des Verkehrs und Erschließung der großen Rohstoffvorkommen. Darüber hinaus wurde das kulturelle und geistige Leben der Bevölkerung gefördert.[72]

Einerseits ebenfalls als ein Beitrag zur 'Selbstinszenierung' Meyers ist die von ihm verantwortete Herausgabe einer Gesetzessammlung mit dem Titel „Das Recht der besetzten Ostgebiete"[73], die im Februar 1943 erfolgte, zu betrachten. Andererseits verdeutlicht die Edition einer solchen Gesetzessammlung aber gleichzeitig die hinreichend bekannte bürokratische Akribie des NS-Staates und seiner Eliten, selbst objektiv als Unrecht zu bezeichnenden Bestimmungen 'Rechtscharakter' zuzuweisen. Damit vermittelt sie überdies zugleich, bezogen auf den Herausgeber – Alfred Meyer –, ein Bild von Rechts- und Unrechtsbewußtsein nationalsozialistischer Führungseliten.

Zum Kapitel 'Selbstinszenierung' zählt die Herausgeberschaft dieser Sammlung nationalsozialistischer Unrechtsbestimmungen von mehr als 1.000 Seiten insofern, als Meyer zwar auch auf eine juristische Vorbildung verweisen konnte, aber zu keinem Zeitpunkt auf irgendeinem Gebiet der Rechtsetzung oder Rechtsprechung tätig gewesen war, infolgedessen auch nicht besonders hervorgetreten sein konnte. Alfred Meyer selbst dürfte sich allerdings möglicherweise keineswegs für inkompetent in dieser Angelegenheit gehalten haben, war er doch seit Juni 1934 Mitglied der 'Akademie für deutsches Recht', die von Hans Frank, 'Starjurist' der NSDAP[74], Reichsminister ohne Geschäftsbereich und seit Oktober 1939 'Generalgouverneur' im nationalsozialistisch besetzten Polen, gegründet und geleitet wurde.[75] Meyer dachte sich mit der Herausgabe jenes Gesetzeswerks, dem aus Sicht der Nationalsozialisten wegweisender Charakter zukam, gewiß historisch verewigen zu können, was überdies seinen mangelnden Blick für die Realität beweist. Erfolgte doch die Veröffentlichung des „Rechts der besetzten Ostgebiete", auch wenn die Sammlung redaktionell bereits im Dezember 1942 abgeschlossen war[76], gerade zu jenem Zeitpunkt, als die Niederlage von Stalingrad die endgültige Wende des Zweiten Weltkriegs zuungunsten des Deutschen Reiches manifestierte und damit den absehbaren Zusammenbruch der NS-Herrschaft einleitete. Gleichzeitig wirft das Auftreten Meyers als Herausgeber dieser Gesetzessammlung ein weiteres Schlaglicht auf dessen Person: Der faktischen Bedeutungslosigkeit des Ostministeriums ebenso wie seiner eigenen Person im Konzert der nationalsozialistischen Machtträger und einer ebensolchen weitgehenden Wirkungslosigkeit im Rahmen seiner übrigen Funktionen stehen Meyers übersteigerte Ambitionen gegenüber.

Was die Frage der Kodifizierung nationalsozialistischen Unrechts in Form von Rechtsstatuten und das eigene Rechts- bzw. Unrechtsbewußtsein angeht, so spricht Meyers Vorwort zu der von ihm edierten Sammlung von 'Gesetzestexten' gewissermaßen für sich selbst.

> Die Herausgeber haben es sich zum Ziel gesetzt, in der vorliegenden Sammlung den gesamten Rechtsstoff, nach Sachgebieten geordnet, übersichtlich zusammenzufassen und grundsätzliche Vorschriften mit Erläuterungen der zuständigen Referenten zu versehen. Sie verfolgen damit einen doppelten Zweck. Einmal soll die Sammlung

> den Männern im Osteinsatz ein Hilfsmittel bei ihrer praktischen Tätigkeit sein. Dann aber soll sie allen Kreisen in- [!] und außerhalb des Deutschen Reiches, die im Rechts- und Wirtschaftsverkehr mit dem Ostraum stehen, ein zuverlässiger Berater über den Rechtszustand in den besetzten Ostgebieten sein.

Zuvor hatte Meyer festgestellt, daß „diese Gesetzgebungstätigkeit [...] zwar nur einen kleinen Teil der vom Führerkorps Ost in dieser Zeit geleisteten Aufbau- und Organisationsarbeit" widerspiegele.

> Denn wichtiger als alle gesetzgeberische Tätigkeit war und ist auch der unmittelbare Einsatz der Männer draußen im weiten Raum des Ostens. Gleichwohl erwies sich auch hier, daß eine jede Ordnung, die dem europäischen Rechtsbewußtsein gerecht werden will, ohne rechtliche Grundlagen nicht möglich ist.[77]

Entstanden war das Konvolut nationalsozialistischen 'Rechts', das vor dem Hintergrund der nationalsozialistischen Greueltaten auf dem Gebiet der Sowjetunion an Zynismus kaum zu überbieten ist, vor dem Hintergrund des 'Führererlasses' über die „Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete" vom 17. Juli 1941, wo die 'Rechtsetzung' in den eroberten Gebieten der Sowjetunion dem 'Reichsminister für die besetzten Ostgebiete' übertragen worden war.[78]

Ende August 1943 berichtete die Presse erneut über Aktivitäten Meyers als Vertreter Rosenbergs. Anlaß war eine Reise Meyers, die dieser vom 20. bis 26. August 1943 durch das 'Reichskommissariat Ostland' unternommen hatte. Zweck dieser Reise sei es gewesen, „an Ort und Stelle die aktuellen Fragen der deutschen Verwaltung in den einzelnen Generalbezirken des Generalkommissariats Ostland zu klären."[79] Die Ergebnisse und Erkenntnisse der Reise enthielt man der Bevölkerung unterdessen vor. In einem fünfzehnseitigen 'Reisebericht' zusammengefaßt, bildeten sie jedoch die Grundlage einer Auswertungsbesprechung, die Meyer im Anschluß an die Reise mit seinen leitenden Mitarbeitern durchführen sollte.[80]

Meyer reiste in Begleitung einer Reihe von Bediensteten des Ministeriums. Insgesamt führte er eine Gruppe von zehn Mitarbeitern an. Die Reise war minutiös vorgeplant worden. Am Freitag, dem 20. August, brach man morgens mit einem Sonderflugzeug vom Flughafen Tempelhof nach Kauen (Kowno) auf. Am ersten Tag stand dort am Nachmittag eine Besprechung mit dem Generalkommissar von Litauen, dem in Rußland geborenen Adrian von Renteln, einem Journalisten und Wirtschaftsfachmann[81], auf der Tagesordnung. Am darauffolgenden Tag war eine Reihe von Besichtigungen geplant. Am Sonntag flog der Troß weiter nach Wilna. Hier waren Treffen mit den Gebietskommissaren von Wilna-Stadt und -Land sowie die Besichtigung eines 'Schulungsgutes' in der Nähe von Wilna angesagt. Tags darauf flogen Meyer und seine Begleiter weiter nach Dünaburg, das eigentlich Dwinsk hieß und in Südostlettland lag. Nach Gesprächen mit dem Generalkommissar von Lettland

und Gauleiter von Mecklenburg-Lübeck, Otto-Heinrich Drechsler[82], und dem Gebietskommissar von 'Dünaburg', Rieken, und einer Besichtigung der Stadt sah das Programm endlich das vor, was Meyer im Grunde am liebsten tat: eine Rede vor der Bevölkerung zu halten und dabei als Apologet des Nationalsozialismus aufzutreten, ohne dabei zu vergessen, sich und die eigenen persönlichen Leistungen hinreichend positiv darzustellen. Anlaß hierzu war die „Übergabe von 78 Bauernhöfen an einheimische Landwirte", die man im Rahmen einer „Reprivatisierungsfeier" in dem kleinen Örtchen Kalupe vornahm. Anschließend ergab sich zudem die Möglichkeit des „Kontaktes mit dem Volk" bei einem Abendessen, das auf „Einladung der Dorfgemeinschaft" stattfand. Die beiden nächsten Tage verbrachten die Männer aus dem Ostministerium in Minsk, der Hauptstadt des „Generalkommissariats Weißruthenien". Hier wechselten sich erneut Besichtigungen – etwa einer „Radiofabrik" und einer „Lehrwerkstätte" – mit Gesprächen mit lokalen Vertretern der nationalsozialistischen Besatzungsmacht ab. Eingehend konferierte Meyer vor allem mit Wilhelm Kube, dem Generalkommissar von „Weißruthenien", den er aus seiner politischen Tätigkeit vor 1933 als dieser der NS-Fraktion im preußischen Landtag vorsaß, kannte.[83] Am 26. August, einem Donnerstag, trat die Delegation die Heimreise an.

Der aus Anlaß dieser Reise gefertigte „Reisebericht" beschreibt mit einer – selbst angesichts der Tatsache, daß er lediglich für den „inneren Dienstgebrauch" bestimmt war – erstaunlichen Offenheit die „Defizite" in der Verwaltung des Generalkommissariats Ostland – jedenfalls das, was Meyer und seine Leute als solche betrachteten.

Nach der kurzen Presseberichterstattung über diese Reise, die keineswegs die erste war, die Meyer in die von den Nationalsozialisten eroberten und besetzten Ostgebiete unternommen hatte, wurde es in der Öffentlichkeit still um Meyer in seiner Funktion im Ostministerium, auch wenn dieser das Amt des 'ständigen Vertreters' auf dem Papier bis zum Zerfall des Regimes im Jahre 1945 ausübte. Allerdings verfiel mit Rückzug der deutschen Truppen aus der SU seit 1943 die deutsche Zivilverwaltung der besetzten Ostgebiete mehr oder minder schnell der Selbstauflösung. Das Ministerium bestand zwar formell noch bis zum Kriegsende, war aber zum Schluß vor allem mit Abwicklungsgeschäften und Rechnungsangelegenheiten befaßt.[84]

7. Beteiligung am Genozid

Am 22. Juni 1941 fielen deutsche Truppen in die Sowjetunion ein. Auch für dieses Gebiet wurde nunmehr Heinrich Himmler bzw. in dessen Auftrag Heydrichs, von Adolf Eichmann geleitetes 'Judenreferat' zuständig, woran Heydrich Rosenberg, dem neuen 'Ostminister', gegenüber keinen Zweifel ließ.[85]

Zwischen Himmler und Rosenberg gab es hinsichtlich der Ausrottungspolitik den Juden gegenüber zu diesem Zeitpunkt keinerlei Divergenzen. Dies geht eindeutig aus einer von ihm selbst gefertigten Niederschrift über ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes Referat vor Pressevertretern am 18. November 1941, also unmittelbar nach Bekanntgabe der Existenz des neuen Ministeriums, hervor. Darin heißt es:

> Zugleich ist dieser Osten berufen, eine Frage zu lösen, die den Völkern Europas gestellt ist: das ist die Judenfrage. Im Osten leben noch etwa sechs Millionen Juden, und diese Frage kann nur gelöst werden in einer biologischen Ausmerzung des gesamten Judentums in Europa. Die Judenfrage ist für Deutschland erst gelöst, wenn der letzte Jude das deutsche Territorium verlassen hat, und für *Europa*, wenn kein Jude mehr bis zum Ural auf dem europäischen Kontinent steht. Das ist die Aufgabe, die das Schicksal uns gestellt hat. Sie können sich vorstellen, daß zur Durchführung dieser Maßnahmen nur Menschen berufen sind, die die Frage als eine historische Aufgabe begreifen, die nicht aus persönlichem Haß handeln, sondern aus dieser sehr nüchternen politischen und historischen Einsicht. Der 9. November 1918 ist für uns Schicksals- und Entscheidungstag gewesen. Damals hat das Judentum gezeigt, daß es auf die *Vernichtung* Deutschlands eingestellt war. Daß dies nicht gelang, ist nur dem Führer und der Charakterkraft der deutschen Nation zu verdanken, wir haben deshalb vorzubeugen, daß nicht ein romantisches Geschlecht in Europa die Juden wieder aufnimmt. Und dazu ist es nötig, sie über den Ural zu drängen, oder sonst irgendwie zur Ausmerzung zu bringen.[86]

Bereits Anfang August 1941 – die Existenz des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete war der Öffentlichkeit gegenüber noch gar nicht bekanntgegeben worden – hatte 'Reichskommissar' Hinrich Lohse von Alfred Rosenberg als seinem vorgesetzten Minister Anweisungen für die Behandlung der Juden in seinem Gebiet, dem sog. 'Reichskommissariat Ostland', das die baltischen Staaten und Weißrußland umfaßte, angefordert. Auf Dauer, so hieß es, sei ein Verbleib der Juden im 'Ostland' undenkbar, gleichzeitig erschien allerdings auch eine doch großes Aufsehen erregende Deportation der jüdischen Bevölkerung nicht möglich. Ohne näher zu erläutern, was er damit meinte, forderte Lohse statt dessen für den Anfang die Ausweitung polizeilicher Maßnahmen auf die Juden der besetzten Gebiete. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß eine Deportation der Juden ebenso unmöglich erschien wie ein Verbleib im Lande, wird die makabre Bedeutung dessen, was unter „polizeilichen Maßnahmen" zu verstehen war, auch so klar. Nichts anderes als – Ausrottung![87]

Und im Januar 1942 fanden Verhandlungen zwischen ungarischen Militärvertretern auf der einen und Vertretern des RMO und der SS auf der anderen Seite statt. Es ging dabei um die Frage der Deportation aller illegal nach Ungarn gelangten Juden nach „Transnistrien", also in jenen südlichen Teil der Ukraine, den die deutschen und rumänischen Truppen im Sommer 1941 erobert hatten und den Hitler Rumänien als „Belohnung" für die rumänische

Kriegsteilnahme überließ. Das von den Ungarn an die deutsche Seite herangetragene Ansinnen wurde jedoch zurückgewiesen.[88]

Schließlich sei auf einen Besuch italienischer Faschisten in den besetzten Ostgebieten, genauer: in Minsk, verwiesen, wo diese auf Berge von Koffern aufmerksam geworden waren, die man in einer von den Kommunisten säkularisierten Kirche aufgestapelt hatte. Auf die Frage, um was es sich handele, habe der in Minsk ansässige Generalkommissar Kube geantwortet, daß dies die einzigen Überbleibsel nach Minsk deportierter Juden seien. Anschließend habe er der italienischen Delegation angeblich eine Gaskammer gezeigt, in der die Juden getötet worden seien. Allerdings erscheint diese Aussage wenig wahrscheinlich. Zwar ist bekannt, daß viele Juden im Minsker Gebiet von Erschießungskommandos ermordet worden sind, über die Errichtung von Gaskammern liegen allerdings keinerlei schriftliche Informationen vor.[89]

Rosenberg gehörte in der Frage der Behandlung der Juden zu Hitlers innerstem Zirkel. So sind die Äußerungen Rosenbergs anläßlich der Eröffnung des „Institutes zur Erforschung der Judenfrage" in Frankfurt am Main, die dieser am 28. März 1941 tat, von besonderer Bedeutung. Der „Völkische Beobachter" berichtete Tags darauf und zitierte den 'Parteiphilosophen', der festgestellt hatte, daß „für Deutschland [...] die Judenfrage erst dann gelöst [sei], wenn der letzte Jude den großdeutschen Raum verlassen" habe. Und: „Für Europa ist die Judenfrage erst dann gelöst, wenn der letzte Jude den europäischen Kontinent verlassen hat."[90] Angesichts der stets engen persönlichen Beziehungen zwischen Rosenberg und Meyer, der seine antisemitische Haltung in zahlreichen Redeauftritten immer wieder öffentlich demonstriert hatte, ist davon auszugehen, daß Meyer Rosenbergs Ansichten in jeder Hinsicht teilte.

So durfte Rosenberg sicherlich annehmen, daß Alfred Meyer ihn und sein Ministerium in jeder Hinsicht angemessen vertreten würde, als dieser die Einladung zu der am 20. Januar 1942 stattfindenden Besprechung in dem SS-Gästehaus am Wannsee erhielt.[91] Die später so genannte 'Wannsee-Konferenz' sollte einer der makabren Höhepunkte der Karriere Alfred Meyers werden. 15 Vertreter von Reichsbehörden und der SS trafen sich, um in bürokratischer Minutiösität den Völkermord an den Juden zu organisieren. Neben Meyer nahm als weiterer Vertreter des Rosenbergschen Ministeriums dessen Mitarbeiter und Hauptabteilungsleiter Dr. Georg Leibbrandt teil. Dr. Alfred Meyer dürfte der wenn auch nicht wichtigste, so doch – protokollarisch betrachtet – als 'stellvertretender Minister' wohl ranghöchste Besprechungsteilnehmer gewesen sein, der zudem als Gauleiter der einzige 'Politiker' des Kreises war. Leibbrandt war von ihm augenscheinlich recht kurzfristig aufgefordert worden, ihn zu diesem Termin zu begleiten und ihm im Hinblick auf die nötige 'fachliche' Unterstützung zur Seite zu stehen. Ein derartiges Verhalten Meyers, sich auch bei wichtigsten Anlässen mit nachgeordneten Mitarbeitern zu umge-

ben, war durchaus üblich, mangelte es Meyer doch in vielerlei Hinsicht gerade an 'Fachkompetenz'.

Alfred Meyer selbst ist einer der wenigen Teilnehmer der 'Wannsee-Konferenz', der mit spezifischen Aussagen zitiert wird, was allerdings nicht bedeutet, daß sich die übrigen nicht besonders hervorgehobenen Teilnehmer nicht geäußert hätten. Dennoch nimmt Meyer dadurch innerhalb des Protokolls eine exponierte Stellung ein. Im Kontext der zum Abschluß der 'Konferenz' besprochenen „verschiedenen Arten der Lösungsmöglichkeiten" vertrat Meyer – gemeinsam mit Dr. Josef Bühler, dem Stellvertreter Hans Franks als 'Generalgouverneur' der deutsch-besetzten Teile Polens – den Standpunkt, „gewisse vorbereitende Arbeiten im Zuge der Endlösung gleich in den betreffenden Gebieten selbst durchzuführen, wobei jedoch eine Beunruhigung der Bevölkerung vermieden werden müsse."[92] Anders ausgedrückt: Die Ermordung der Juden sollte mit möglichst geringem Zeit- und Organisationsaufwand erfolgen; allerdings ohne öffentliches Aufsehen, da Meyer wohl für den Fall, daß derartige Aktionen bekannt würden, nicht vorhersehbare Reaktionen der Bevölkerung befürchtete.

Die 'Wannsee-Konferenz' hatte eine Reihe von Fragen offengelassen, die erst in Nachfolgebesprechungen geregelt wurden. So war Heydrich offenbar fälschlicherweise davon ausgegangen, daß die 'Nürnberger Rassegesetze' von 1935 als Grundlage für die Ausrottungsaktionen an den Juden auch in den Ostgebieten dienen konnten. Dies war jedoch nicht der Fall. Und hier wird die aktive Rolle Alfred Meyers in diesem perversen Geschehen deutlich: Das Ostministerium erkannte nämlich unmittelbar nach dem 20. Januar 1942 das „Loch im Vernichtungsgewebe"[93] und berief aus diesem Grunde schon für den 29. Januar eine Sitzung in den eigenen Räumen in der Berliner Rauchstraße 17/18 ein, an der (allerdings nachgeordnete) Vertreter verschiedenster Ministerien, der Parteikanzlei sowie des Oberkommandos der Wehrmacht teilnahmen. Das 'Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete' war gleich mit 8 von insgesamt 16 Teilnehmern vertreten. Geleitet wurde die Sitzung von Otto Bräutigam, seines Zeichens Abteilungsleiter im RMO.[94]

Die Vertreter des Ostministeriums machten anläßlich dieser Besprechung deutlich, daß ihnen daran gelegen war, die „Judenfrage" auf rigideste Art „zu lösen". Der Begriff „Jude" dürfe keinesfalls „zu eng" definiert werden. Im Gegenteil müsse er gegenüber den bis zu diesem Zeitpunkt geltenden Regelungen sogar „verschärft" werden. Insbesondere müsse dies die, wie die Vernichtungsbürokraten es formulierten, „Mischlinge" und hier besonders die „ersten Grades", worunter man Personen mit zwei jüdischen Großelternteilen verstand, betreffen. Diese müßten in der zu treffenden Regelung wie „Volljuden" behandelt werden. Insbesondere glaubte die Gruppe eine – wie man es zynischerweise ausdrückte – „Besserstellung" der Juden im „Protektorat Böhmen und Mähren" und im „Generalgouvernement Polen", wo man die „Mischlinge" nach

den Nürnberger Rassegesetzen behandelte, gegenüber den rund 5 Mio. „Sowjet-Juden" festzustellen. Schließlich einigten sich die Konferenzteilnehmer auf einen „Vereinheitlichungsvorschlag" für alle besetzten Gebiete. Als Juden sollten danach alle Angehörigen der jüdischen Religion, nichtjüdische Ehefrauen von Juden, sowie eheliche und uneheliche Kinder aus Verbindungen gelten, in denen ein Teil Jude war. Auch auf diesem Gebiet der 'Endlösung' sollten die „politisch-polizeilichen Organe und deren Sachverständige in Rassenfragen die Entscheidungen treffen."[95]

Die Sitzungsaktivitäten hatten zudem eine Reihe von Schriftwechseln zur Folge. So schlug Alfred Meyer in einem Schreiben, das vom 16. Juli 1942 datiert, vor, „eine Entscheidung des Führers einzuholen", um gleichzeitig die Einbeziehung der sog. Mischlinge in die Vernichtungsaktionen zu befürworten:

> Die Gleichstellung der jüdischen Mischlinge ersten Grades in den besetzten Ostgebieten mit Juden führt zu dem Ergebnis, daß die betreffenden Mischlinge in jeder Beziehung wie die Juden behandelt werden, das heißt, sie unterliegen den gleichen Maßnahmen, die gegen Juden angewandt werden. Damit sind aber Befürchtungen dahin, daß aus diesen Mischlingen infolge ihres artverwandten Bluteinschlages besondere Gefahren gegen die deutsche Herrschaft im Ostraum erwachsen, nicht berechtigt.[96]

Abgesehen von der perfiden Offensive, mit der Meyer rückhaltlos den Genozid voranzutreiben bemüht war, offenbart dieses Schreiben gleichzeitig ein wiederholtes Mal die grundlegende Autoritätsgebundenheit Meyers und seinen Hang, Hitler als alleingültigen Autoritäts- und Entscheidungsfaktor zu akzeptieren. Meyer übersandte seine Vorschläge zudem den sechs wichtigsten Ressorts: der Parteikanzlei, dem Reichsinnenministerium, der Vierjahresplanbehörde, dem Auswärtigen Amt, dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS sowie dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD. So ist es nicht nur den 'Anstrengungen' des Reichssicherheitshauptamtes, sondern auch den autoritätsorientierten, bürokratisch-eilfertigen 'Bemühungen' Meyers zuzuschreiben, daß man den Judenbegriff bei den Ausrottungen im Osten außerordentlich weit faßte.[97]

8. Das Ende

Eine Folge der von Meyer betriebenen Ämterhäufung war ein ständig von ihm notwendigerweise vorzunehmender Ortswechsel. Heute als Gauleiter und Oberpräsident in Münster, morgen als Reichsstatthalter in Detmold und übermorgen als stellvertretender Ostminister in Berlin – so oder ähnlich waren seine Wochenabläufe strukturiert. Vor diesem Hintergrund ist es uns heute nicht mehr nachvollziehbar, wann Alfred Meyer das letzte Mal in Berlin bzw. in Mi-

chendorf bei Berlin war, wohin die Zentrale des Ostministeriums zum Kriegsende hin verlegt worden war. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß er zu Beginn der Schlacht um Berlin, das heißt also Ende April 1945, in der 'Reichshauptstadt' weilte. Wo er sich denn nun in diesen Tagen aufgehalten haben mochte, ist andererseits auch nicht exakt herauszufinden. Glaubt man dem, was mehr oder weniger die Gerüchteküche verbreitete, so hätte sich Meyer Anfang April des Jahres 1945 im Ruhrgebiet aufgehalten, um den von Hitler erlassenen sog. 'Nero-Befehl' umzusetzen. Dieses angebliche Faktum erscheint aber mehr als unwahrscheinlich, bestand doch zu diesem Zeitpunkt bereits der 'Ruhrkessel'. Und es ist kaum davon auszugehen, daß Meyer, selbst wenn es ihm gelungen wäre, von außen in diesen Kessel zu gelangen, sich selbst und freiwillig einer solchen Gefahr ausgesetzt hätte.[98]

Wie überhaupt im Zusammenhang mit dem Verbleib Meyers in dieser Phase die Gerüchte ins Kraut schossen. So wollen andere Augenzeugen ihn und seine Familie Anfang April in Heiligenkirchen bei Detmold gesehen haben, wo seine Familie seit August 1943 polizeilich gemeldet war, er selbst jedoch nicht. Nach Angaben seiner früheren Mitarbeiter habe er jedoch noch kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen an einer Gauamtsleiterbesprechung in Obernkirchen teilgenommen.[99] Danach verliert sich seine Spur und es gibt erst wieder Hinweise auf ihn im Zusammenhang mit seinem Tod, die allerdings höchst widersprüchlich sind.

Einem Polizeibericht vom 29. Mai 1952 zufolge, in dem die Ermittlungsergebnisse in Sachen Meyer zusammengefaßt werden, soll die Leiche Alfred Meyers Ende April bei Zersen, heute ein Ortsteil von Hessisch-Oldendorf, unterhalb des Hohensteins aufgefunden worden sein. „Sie soll stark verwest und mit einer braunen Stiefelhose (ohne Stiefel) bekleidet gewesen sein." Der Polizeibeamte, der ihn gefunden hatte, gab außerdem zu Protokoll, daß neben der Leiche eine Pistole, ein Tagebuch und eine zerbrochene Ampulle gelegen hätten.[100] Aber selbst hier tauchen bereits Widersprüche auf, berichtet doch ein anderer Augenzeuge, es habe sich nicht um ein Tagebuch, sondern lediglich um einen Abschiedsbrief gehandelt. Letzteres wird von heute noch lebenden Mitgliedern der Familie Meyer bestätigt.[101]

Eine zweite, indes weniger glaubwürdige Version der Todesumstände Meyers entstammt den autobiographischen Aufzeichnungen des Detmolder Schulrats a. D. Martin Wolf aus dem Jahre 1966/67. Danach sei eine mit einer Schußwunde versehene Leiche, gekleidet in eine reich verzierte Parteiuniform, am Ufer der Weser in der Nähe von Hessisch-Oldendorf angeschwemmt worden. Hierbei habe es sich um Alfred Meyer gehandelt. Nach dieser Version war Meyer angeblich von einer Gruppe aus dem Westen fliehender Soldaten kurzerhand mit der Bemerkung erschossen worden, als er sich als Gauleiter ihnen gegenüber zu erkennen gegeben habe: „Solche Kerle suchen wir, die uns in diesen Schlamassel geführt haben." Danach habe man die Leiche in die Weser

geworfen.[102] Dahingegen geht die dritte Version der Todesumstände Meyers, eine eidesstattliche Erklärung des früheren Regierungspräsidenten Dr. Werner Pollack, von einem Selbstmord Meyers aus. Dieser habe sich in den ersten Apriltagen 1945 im Kreis Grafschaft Schaumburg aufgehalten, der in der ersten Aprilhälfte von amerikanischen Truppen besetzt worden war. Danach habe von Meyer jede Spur gefehlt. Mitte Mai, und damit deckt sich die Aussage Pollacks mit dem Polizeibericht, sei am Fuße des Hohensteins eine bereits bis zur Unkenntlichkeit verweste Leiche gefunden worden.

Auch in dieser Version, wie in beiden anderen, wird das sog. 'Tagebuch' bzw. der Abschiedsbrief erwähnt. Im Gegensatz zu dem Erinnerungsbericht Hoffmanns und dem Polizeibericht zitiert Pollack sogar Auszüge aus diesem Schriftstück. „Ich schreibe im Dunkeln", gibt Pollack Teile des Inhalts wieder.

> Das letzte Stück meines Gaues ist heute verlorengegangen. Wir haben Rinteln und die Weser tapfer verteidigt. Im letzten freien Stück meines Gaues nehme ich Abschied vom Führer, dem meine innigsten Wünsche gehören, von Deutschland. Es wird frei werden und nationalsozialistisch bleiben. Ich nehme Abschied von meiner Liebsten, von meinen Lieben. Möchte es ihnen gut ergehen. Ich habe die Freiheitsbewegung aufgebaut. Sie zu führen, fehlt mir die Gesamtheit der physischen Kraft. Die Anstrengungen der letzten Tage haben es bewiesen.

Pollack schloß aus diesen Worten ebenso wie aus der mit „M" gekennzeichneten Wäsche, daß es sich um Alfred Meyer handeln mußte.[103]

Während über den weiteren Verlauf der Geschehnisse die autobiographischen Aufzeichnungen Martin Wolfs schweigen, decken sich beiden übrigen Quellen zumindest in groben Zügen. Pollack, der seinerzeit als Landrat im Kreis Grafschaft Schaumburg tätig war, ordnete die Beisetzung der Leiche an. Auf Geheiß des Polizeipräsidenten von Hannover fand jedoch Ende Juli/Anfang August 1945 eine Exhumierung statt, da man sich auch auf britischer Seite offenbar der Tatsache nicht ganz sicher war, ob es sich tatsächlich um den Leichnam Alfred Meyers handelte. Eine anschließende zahntechnische Überprüfung des Gebisses konnte indes auch nicht schlüssig die Identität des Toten beweisen.

Es wurden schließlich weitere Ermittlungen nach dem Verbleib Alfred Meyers von verschieden englischen und zum Teil auch deutschen Dienststellen vorgenommen, die jedoch ebenfalls ergebnislos verliefen.

Ob Meyer im Frühjahr 1945 tatsächlich zu Tode kam und wie er zu Tode kam, wird wahrscheinlich auf immer ungeklärt bleiben. Auszuschließen ist aber, daß Alfred Meyer angeblich, so ein Augenzeuge, noch im Februar 1946 als Insasse des Internierungslagers Recklinghausen gesehen worden sein soll.[104] Eine Überprüfung der Lagerliste hat bewiesen, daß es sich hierbei ganz augenscheinlich um eine Verwechslung mit einem Namensvetter handelt. Insasse des Lagers Recklinghausen war in der Tat ein Dr. Alfred Meyer, der jedoch den

Namenszusatz 'zu Jöllenbeck' trug und nichts mit dem nordwestfälischen Gauleiter zu tun hatte.[105]

Fazit: Vom Bürgersohn zum NS-Täter

Alfred Meyer entstammte einem Elternhaus, in dem sich Besitz- und Bildungsbürgertum vereinigten. Familiär und – nicht zuletzt damit unmittelbar verbunden – hinsichtlich seiner Sozialisation fest im wilhelminischen Kaiserreich verwurzelt, schien sein beruflicher Weg und damit seine 'Lebensplanung' stringent vorgezeichnet und einen durchaus typischen Verlauf zu nehmen. Der von ihm wie von weiten Teilen des Bürgertums emphatisch begrüßte Erste Weltkrieg ließ jedoch jegliche 'normale' Lebens- und Karriereerwartung abrupt enden. Erst 1920 aus französischer Kriegsgefangenschaft zurückgekehrt, zu einem Zeitpunkt, als die Rekrutierung des '100.000-Mann-Heeres' abgeschlossen und ihm jeglicher Zugang hierzu versagt war, sah er sich als (ehemaliger Berufs-)Offizier vor dem beruflichen Nichts. Es lag nahe, dies subjektiv den Regelungen des von der antidemokratischen Rechten mit Begriffen wie 'Schandfrieden' in Verbindung gebrachten Versailler Vertrag zuzuschreiben und der demokratischen Republik von Weimar die volle Verantwortung für den Bruch in der eigenen Biographie zuzuweisen. Meyer entspricht damit durchaus einem gängigen Klischee.

Die nun notwendig werdende Neuorientierung Meyers knüpft an individuelle Initiativen aus der Zeit des Kaiserreichs an. Er nimmt sein anfänglich begonnenes Jurastudium wieder auf, bringt es jedoch nicht wie geplant – zumindest darf man davon ausgehen, daß eine andere Planung bestand – zu Ende. Nicht der 'Volljurist' ist das Ergebnis, sondern der 'Doktor der Staatswissenschaft'. Dieser Abschluß schränkt erneut die beruflichen Karrieremöglichkeiten des mittlerweile über Dreißigjährigen ein. So nimmt er, der er nach wie vor von 'bürgerlichem Standesdenken' getragen ist, eine eher inferiore berufliche Tätigkeit bei einer Bergwerksgesellschaft mitten im Ruhrgebiet an, umgeben von 'Proletariern'. Zur Beförderung seiner Karrierechancen ist er um Kontakte bemüht. Diese sucht und findet er bei den Freimaurern ebenso wie in einem dem bürgerlich-reaktionären Kyffhäuserverband angeschlossenen Kriegerverein, ohne daß sie jedoch die gewünschte 'Wirkung' zeitigen würden. So zieht er sich gewissermaßen zunächst ins Privatleben zurück, heiratet, wird Familienvater. An einen Beitritt Meyers zur NSDAP ist in dieser Phase nicht zu denken. Zu 'proletarisch' ist ihm diese, insbesondere deren vom Straßer-Flügel dominierter Ableger im Ruhrgebiet.

Der anschließend vollzogene Gesinnungswandel, der Meyer am 1. April 1928 schließlich doch in die Reihen der Nationalsozialisten führt, ist nicht – sieht man von der von ihm selbst im nachhinein vollzogenen Legendenbildung

ab – auch nur ansatzweise glaubhaft dokumentiert. Ist es ein bestimmtes Ereignis, das ihn dazu veranlaßt? Sind es ihn umgebende Kollegen, die zum gleichen Zeitpunkt denselben Schritt vollziehen und ihm verdeutlichen, daß die NSDAP nicht nur über eine 'proletarische Basis' verfügt? Oder wird ihm gar von vornherein eine politische Karriere offeriert? Eine eindeutige Antwort läßt sich nicht geben. Jedenfalls steigt Meyer nach seinem Beitritt in rasanter Geschwindigkeit in der Parteihierarchie auf, wird Ortsgruppenleiter, Bezirksleiter und schließlich Gauleiter. Forciert wird dieser Aufstieg nicht zuletzt durch seine Tätigkeit als 1929/30 erster und einziger NSDAP-Stadtverordneter im Rat der Stadt Gelsenkirchen und als Mitglied des Reichstags ab September 1930.

Alfred Meyer hat das Glück, daß Lippe und Schaumburg-Lippe geographisch zu dem von ihm seit Januar 1931 geführten Gau Westfalen-Nord zählen. Die im Januar 1933 von den Nationalsozialisten in diesem kleinen Land zur 'Schicksalswahl' hochstilisierten Landtagswahlen – nachdem die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom November 1932 erhebliche Einbrüche hatte hinnehmen müssen – werden zur entscheidenden Weichenstellung für die NSDAP. Diese ist erfolgreich, auch wenn der Erfolg keineswegs so exorbitant ist, wie es die nationalsozialistische Propaganda im nachhinein glauben machen will. Und Meyer ist als Gauleiter an diesem Erfolg beteiligt. Er avanciert – wenn auch nicht ohne eigenes Nachhelfen – zum 'Reichsstatthalter' von Lippe und Schaumburg-Lippe.

Allerdings wird seine Karriere von nun an gebremst. Im Ränke- und Intrigenspiel der nationalsozialistischen Führungselite kann er nur begrenzt mithalten. Insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Leiter des benachbarten Essener NSDAP-Gaus Josef Terboven, der sich von Hermann Göring unterstützt sieht, muß er, der an der Seite des 'verqueren', innerparteilich weitgehend einflußlosen Alfred Rosenberg steht, mit dem ihn eine Art Geistesverwandtschaft verbindet, den kürzeren ziehen. Machterweiterungen wie die Ernennung zum Oberpräsidenten der Provinz Westfalen lassen so zunächst ebenso auf sich warten wie die zum Reichsverteidigungskommissar. Aber auch seine persönlichen kulturell orientierten Vorlieben drängen Meyer machtpolitisch eher an den Rand.

Um so überraschender ist die Ernennung Alfred Meyers zum 'ständigen Vertreter' Alfred Rosenbergs als 'Reichsminister für die besetzten Ostgebiete', die er wohl nicht zuletzt der langjährigen 'Gefolgschaft und Treue', die er Rosenberg entgegengebracht hatte, zu verdanken hat. Für Meyer ist es der formale Gipfelpunkt seiner Karriere, auch wenn er diesen innerhalb einer nationalsozialistischen Behörde ohne tatsächliche Macht erklimmt. In dieser Funktion wird Meyer nachhaltig in die Verbrechen des Völkermords an den Juden und – was hier nicht näher behandelt werden konnte – die Versklavung insbesondere von Teilen der sowjetischen Bevölkerung verstrickt. Sozialisiert im Kaiserreich und der Armee, mit fanatischem Glauben an den Nationalsozialis-

mus und 'seine Idee' ausgestattet, zudem sendungsbewußt und karriereorientiert, adaptiert er das perverse 'Wertekonglomerat' des Nationalsozialismus und setzt es innerhalb seiner diversen Aufgabenfelder pflichtbewußt um, dabei gleichzeitig allgemeingültige westliche Werte und Normen (selbstverständlich und als falsch) außer Kraft setzend. Meyer degeneriert dabei keineswegs zur entmenschlichten Bestie, wie sie sich z.B. in der KZ-Aufseherin Ilse Koch oder anderen Sadisten manifestiert, die insbesondere zum Personal der nationalsozialistischen Konzentrationslager gehörten. Andererseits ist Meyer indessen auch nicht jener Kategorie sog. 'kleiner Schreibtischtäter' zuzurechnen, die aufgrund des arbeitsteilig angelegten Verwaltungsmassenmordes sich hinter ihrer Teilaufgabe, sich damit selbst exkulpierend, verstecken konnten. Vielmehr ist Meyer in die Phalanx derer einzuordnen, die man als 'geführte Führer' bezeichnen kann. Einem mittelalterlichen Vasallen nicht unähnlich übte er die ihm zugewiesene Macht – dabei keineswegs uneigennützig – in dem von ihm erwarteten Sinne und sich völlig mit den vorgegebenen Zielen identifizierend aus. Sein (wahrscheinlicher) Selbstmord im Angesicht des zusammenbrechenden NS-Systems und dem damit verbundenen Verlust objektiv zwar perversverbrecherischer, subjektiv aber als der vorgegebenen Norm entsprechender und damit 'richtiger' Orientierungen und Werte war insofern nur mehr als folgerichtig.

Anmerkungen

1. Vgl. zur Wannsee-Konferenz allgemein: Kurt Pätzold/Erika Schwarz, Tagesordnung Judenmord. Die Wannsee-Konferenz am 20. Januar 1942, Berlin 2. Aufl. 1992. Die allgemeine Darstellung der Konferenz im folgenden bezieht sich auf diese Arbeit.
2. Vgl. den Antrag des Bundes der Verfolgten des Nazi-Regimes gegen die Teilnehmer der Wannsee-Konferenz, in: Der Generalstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft I bei dem Landgericht Berlin, 1 P Js 686/55, Handakten.
3. Die vorliegende biographische Skizze stellt den teilweisen 'Extrakt' einer größeren biographischen Arbeit über Alfred Meyer dar, die gegenwärtig in Vorbereitung ist. Sie erhebt von daher nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. So wurden neben weiteren Aspekten z.B. Alfred Meyers Rolle im 'Kirchenkampf' ebenso wie seine Verstrickung in den Komplex Zwangsarbeit bewußt ausgeklammert. Zu Meyer vgl. im übrigen: Heinz-Jürgen Priamus, Alfred Meyer. Selbstinszenierung eines Gauleiters, in: Heinz-Jürgen Priamus/Stefan Goch, Macht der Propaganda oder Propaganda der Macht? Inszenierung nationalsozialistischer Politik im 'Dritten Reich' am Beispiel der Stadt Gelsenkirchen. Essen 1992, S. 48-67, sowie Heinz-Jürgen Priamus, Regionale Aspekte in der Politik des nordwestfälischen Gauleiters Alfred Meyer, in: Horst Möller/Andreas Wirsching/Walter Ziegler (Hrsg.), Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 175-195.
4. Die nachfolgenden Details zum familiären Hintergrund Alfred Meyers wurden den an den Verfasser gerichteten schriftlichen Auskünften der verschiedenen Archive jener

Städte entnommen, in denen die Familie Meyer Station machte. Vgl. darüber hinaus den Lebenslauf, in: Alfred Meyer, Der belgische Volkskrieg, Diss. Würzburg 1922. Vgl. zudem: W. Däbritz, Carl Julius Schulz. Der Begründer des Blechwalzwerks Schulz, Knaudt & Co., Essen, in: Beiträge zur Geschichte von Stadt und Stift Essen, 46. Heft (1928), S. 279 ff. sowie Horst A. Wessel, Kontinuität im Wandel. 100 Jahre Mannesmann, Gütersloh o.J. [1990], S. 142-147. Darüber hinaus konnten detaillierte Informationen zur Familie in einem Interview des Verfassers mit einer der Töchter Alfred Meyers, Dorothee Z., gewonnen werden.

5. Vgl. die im Stadtarchiv Soest von Gerhard Köhn gesammelten Unterlagen zu Meyer.
6. Antrag Alfred Meyers auf Zulassung zur Reifeprüfung, in: Stadtarchiv Soest, Akten des Archi-Gymnasiums.
7. Vgl. hierzu wie zum folgenden: Stadtarchiv Soest, Akten des Archi-Gymnasiums.
8. Vgl. Stadtarchiv Soest, Akten des Archi-Gymnasiums.
9. Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Das deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Göttingen 1977, S. 161.
10. Vgl. Staatsarchiv Detmold, M 1 I P Nr. 646, Bl. 157 – 160.
11. Zum militärischen Werdegang Meyers vgl. Paul Graßmann/Rudolf Maywald (Bearb.), Stammliste der Offiziere, Sanitäts-Offiziere und Beamten des 6. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 68 vom 4. Juli 1860 bis 30. April 1919, Berlin 1924, S. 122; Bundesarchiv, Außenstelle Zehlendorf (vormals Berlin Document Center), PK Alfred Meyer sowie Abschrift eines Urteils der Spruchkammer Berlin vom 17. September 1958, in: Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung von NS-Verbrechen, Ludwigsburg, Alfred Meyer.
12. Vgl. Archiv der Rheinischen Friedrichs-Wilhelms-Universität, Bonn, Belegbogen Alfred Meyer sowie Bundesarchiv Koblenz, Außenstelle Zehlendorf, PK Alfred Meyer.
13. Vgl. Alfred Rosenberg, Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution, Göttingen 1955, S. 145; s. a. Lebenslauf, in: Meyer, Volkskrieg.
14. Vgl. Meyer, Volkskrieg.
15. Neben schriftlichen Auskünften, die der Verfasser seitens der Kommission für die Geschichte der Julius-Maximilians-Universität Würzburg erhielt, vgl. zu Meurer des weiteren: Die Dreihunderfünfzigjahrfeier der Julius-Maximilians-Universität Würzburg 1932. Festbericht im Auftrage von Rektor und Senat erstattet von Otto Handwerker, Würzburg 1932, S. 73; s. a. Kürschners Deutscher Gelehrten-Kalender 1925, Berlin/Leipzig 1925, Sp. 662 f.
16. Meyer, Volkskrieg, S. 116 f.
17. Vgl. Dieter Blumenwitz, Der Würzburger Rechtsgelehrte Christian Meurer (1856 – 1935) und seine Bemühungen um den Frieden in der Welt. Vortrag, gehalten am 11. Mai 1982 anläßlich des 400. Stiftungsfestes der Julius-Maximilians-Universität Würzburg, in: 400. Universitäts-Stiftungsfest 1982, S. 11-43, hier S. 40.
18. Vgl. Lebenslauf, in: Meyer, Volkskrieg sowie Bundesarchiv Koblenz, Außenstelle Zehlendorf, (vormals Berlin Document Center) PK Alfred Meyer; vgl. darüber hinaus den Einleitungstext zum Findbuch des Bestandes D 72, Nachlaß Meyer, in: Staatsarchiv Detmold.
19. Vgl. Rundschreiben an Gauinspekteure, Kreisleiter und Ortsgruppenleiter vom 19.02.1934, in: Staatsarchiv Münster, Gauleitung Westfalen-Nord, Gauinspekteure 93.
20. Vgl. Sammlungsunterlagen über Alfred Meyer, in: Stadtarchiv Soest sowie die Einleitung des Findbuchs zum Bestand D 72, Nachlaß Meyer, in: Staatsarchiv Detmold.
21. Vgl. Tagebuchartige Aufzeichnungen Alfred Meyers, in: Privatbesitz Dorothee Z.

22. Vgl. National-Zeitung vom 22.06.1936.
23. Vgl. zu diesem Aspekt sowie zur im folgenden dargestellten Frühgeschichte der Gelsenkirchener NSDAP: Heinz-Jürgen Priamus, Die Reihen noch nicht fest geschlossen. Entstehung und Aufstieg der NSDAP in Gelsenkirchen, in: ders. (Hrsg.), Deutschlandwahn und Wirtschaftskrise. Gelsenkirchen auf dem Weg in den Nationalsozialismus. Teil I: Die antidemokratische Allianz formiert sich, Essen 1991, S. 75-130, hier bes. S. 101 ff.
24. Vgl. hierzu wie zum folgenden: Priamus, Reihen 1991, S. 105 f.
25. Vgl. die Wahlergebnisse bei Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976, S. 256 ff.; s.a. Hans-Ulrich Thamer, Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945, Berlin 1986, S. 212 f.
26. Vgl. Ciolek-Kümper, S. 130, die feststellt: „Auch Gauleiter Meyers Ansichten entsprachen nicht denen der Berliner Führung im Hinblick auf die Propagandamethoden." Ciolek-Kümper nennt hierfür allerdings keine Quelle.
27. Vgl. zur Funktion der Reichsstatthalter: Peter Hüttenberger, Die Gauleiter. Studie zum Wandel des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969, S. 76 ff.; zur Auseinandersetzung um die Besetzung dieses faktisch als Vollzugsorgan des NS-Zentralstaats zu betrachtenden Amtes vgl. Hans-Jürgen Sengotta, Der Reichsstatthalter in Lippe 1993 bis 1939. Reichsrechtliche Bestimmungen und politische Praxis, Detmold 1976, S. 62 ff. Danach dürfte die Initiative zur Erlangung des Amtes wesentlich von Meyer selbst ausgegangen sein. Vorher waren offenbar die Gauleiter von Oldenburg, Röver, bzw. Anhalt-Braunschweig, Loeper, in Berlin im Gespräch gewesen. Vgl. außerdem Hüttenberger, S. 80, 88 u. 114 ff., wo auf Sauckel verwiesen wird, der die geringe Bedeutung der Funktion des Reichsstatthalters beklagt.
28. Vgl. Sengotta, S. 61 und 136 ff., dessen Daten jedoch teilweise fehlerhaft sind. Vgl. auch Hüttenberger, S. 216. Verläßlichere in: Bundesarchiv, Außenstelle Zehlendorf (vormals Berlin Document Center), PK Alfred Meyer, sowie den Unterlagen der Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Ermittlung von NS-Verbrechen, Ludwigsburg.
29. Vgl. Hüttenberger, S. 78 sowie Robert Wistrich, Wer war wer im Dritten Reich? Ein biographisches Lexikon, Frankfurt/Main 1988, S. 368 ff.
30. Vgl. Hüttenberger, S. 78 sowie Sengotta, S. 398 ff.
31. Vgl. Dieter Rebentisch, Führerstaat und Verwaltung im Zweiten Weltkrieg. Verfassungsentwicklung und Verwaltungspolitik 1939 – 1945, Stuttgart 1989, S. 132 ff.
32. Vgl. zur Konkurrenz zwischen Meyer und Terboven: Karl Teppe, Provinz – Partei – Staat. Zur provinziellen Selbstverwaltung im Dritten Reich untersucht am Beispiel Westfalen, Münster 1977, S. 120 ff.
33. Vgl. Hüttenberger, S. 152 ff. sowie Rebentisch, S. 132 ff., hier zu Meyer insbesondere S. 134.
34. Vgl. National-Zeitung 12.10.1941.
35. Vgl. verschiedene offizielle Lebensläufe. So z.B. in: Die braune Post, 24.6.1934, in: Privatbesitz Dorothee Z.; vgl. des weiteren: Völkischer Beobachter, 18.11.1941, den im Bundesarchiv, Außenstelle Zehlendorf (vormals Berlin Document Center) befindlichen Lebenslauf („Eigenmaterial Partei-Kanzlei Zusammenstellung und Fassung II P") sowie: Männer im Dritten Reich. Hrsg. von der Orientalischen Cigaretten-Compagnie „Rosma" GmbH, Bremen o.J., S. 160 (Es handelt sich hierbei um ein Album zum Sammeln von Zigarettenbildchen, d. Verf.).

36. Vgl. das Bekenntnis zum Nationalsozialismus aus dem Jahre 1929, das sich in tagebuchartigen Aufzeichnungen Meyers und seiner Ehefrau findet, in: Privatbesitz Dorothee Z.; vgl. weiter: Rosenberg, S. 149. S.a. die aus dem engeren NS-Führungszirkel stammende Bewertung Meyers, der „zum Guten zu schwach und zur Sünde zu feige" sei. (Alexander Dallin, German Rule in Russia 1941–1945. A Study of Occupation Policies, London 2nd Ed. 1981, zit. nach: Rebentisch, S. 318).
37. So soll Meyer in einem dem Verf. nicht vorliegenden politischen Testament, das Meyer bei seinem Selbstmord hinterließ, noch einmal ein eindeutiges Bekenntnis zu Adolf Hitler abgelegt haben. Informationen über die Inhalte des politischen Testaments gewann der Verf. in einem Interview, das er mit einer Tochter Meyers, Dorothee Z., im März 1991 führte.
38. Stadtarchiv Soest, Akten des Archi-Gymnasiums, Angaben Alfred Meyers in seinem Gesuch auf Zulassung zur Reifeprüfung vom 10.07.1911.
39. Staatsarchiv Detmold, Bestand D 72, Nachlaß Meyer: „'Aus der Arbeit eines Gauleiters und Reichsstatthalters'[.] Vortrag des Gauleiters und Reichsstatthalters Dr. Alfred Meyer vor der auswärtigen Diplomatie und Presse am 15. April 1937". Vgl. auch National-Zeitung, 23.6.1937.
40. So die Formulierung der National-Zeitung am 17.5.1933 anläßlich der Amtseinführung Meyers als Reichsstatthalter von Lippe und Schaumburg-Lippe.
41. National-Zeitung, 15.8.1933. Vgl. auch National-Zeitung, 5.10.1933: Aus Anlaß des Geburtstages Meyers erscheint ein Artikel über ihn, in dem er als „der getreue Ekkehard unseres großen Volksführers" bezeichnet wird.
42. Aus der Arbeit eines Gauleiters, S. 3.
43. Aus der Arbeit eines Gauleiters, S. 10.
44. Aus der Arbeit eines Gauleiters, S. 3.
45. Aus der Arbeit eines Gauleiters, S. 3.
46. National-Zeitung, 7.4. 1938.
47. National-Zeitung, 7.4. 1938.
48. National-Zeitung, 25.6. 1938.
49. National-Zeitung, 25.6. 1938.
50. National-Zeitung, 20.3. 1938.
51. Vgl. National-Zeitung, 20.3. 1938.
52. Vgl. National-Zeitung, 25.6. 1938.
53. Vgl. National-Zeitung, 25.6. 1938.
54. Vgl. National-Zeitung, 15.3. 1938.
55. Vgl. hierzu die Berichterstattung, in: National-Zeitung, 22.7. 1935; National-Zeitung, 29.1., 16.2., 15.3., 1.6., 14.6. u. 25.6. 1938; National-Zeitung, 7.5., 19.5., 31.5. u. 13.6. 1939; National-Zeitung, 8.8. 1940; National-Zeitung, 12.1., 26.2., 18.6. u. 20.7. 1941; Meyer begründet die Notwendigkeit kultureller Aktivitäten auch während des Krieges damit, daß darüber die „seelischen Widerstandskräfte" der heimischen Bevölkerung („innere Front") gestärkt würden (vgl. National-Zeitung, 20.11. 1939).
56. National-Zeitung, 22.7. 1935; vgl. auch National-Zeitung, 29.1. 1938, wo darauf verwiesen wird, daß dank der Initiative Meyers die Detmolder Richard-Wagner-Festwoche zu einer Kultureinrichtung geworden sei, „deren Bedeutung weit über den Bereich des Gaues Westfalen-Nord hinausgehe".
57. National-Zeitung, 22.7. 1935.
58. An dieser Stelle kann auf diese Aktivitäten nicht im einzelnen eingegangen werden. Auf Meyers Initiative hin wurden im Gau Westfalen-Nord jedoch z.B. regelmäßig sog. 'Gaukulturwochen' durchgeführt. Ebenso wird Meyer in der National-Zeitung

der Gründung verschiedener Stadttheater gerühmt. (vgl. exemplarisch National-Zeitung, 19.4. 1937; National-Zeitung, 25.6. 1938; National-Zeitung, 7. u. 12.11. 1938; National-Zeitung, 15.4. 1939; National-Zeitung, 30.4. 1940).

59. National-Zeitung, 29.1. 1938.
60. National-Zeitung, 25.6. 1938.
61. Meyer war nach Auskünften seiner Tochter durchaus musisch veranlagt. Einem bürgerlichen Elternhaus entstammend, beherrschte er 'selbstverständlich' das Klavierspiel. Damit mußte er sich jedoch an den Qualitäten seiner Ehefrau messen lassen, die geraume Zeit als Pianistin und Klavierlehrerin tätig gewesen war. (Interview Dorothee Z.)
62. National-Zeitung vom 18.11.1941; vgl. zudem die Berichterstattung im Völkischen Beobachter vom gleichen Tage; zur Entstehung und zum Aufbau des Ostministeriums vgl., sofern nicht anderweitig verwiesen, Rebentisch, S. 309-331.
63. Vgl. Dokument 1997-PS, in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. XXIX, Nürnberg 1948 (Reprint München 1989), S. 235 ff.
64. Anhang zur Denkschrift Nr. 2, Personelle Vorschläge für die Reichskommissariate im Osten und die politische Zentralstelle in Berlin, S. 18 ff. (Dokument 1019-PS), in: Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXVI, S. 559 f.
65. Zur Stellung Meyers als 'ständiger Vertreter' und seiner Selbsteinschätzung vgl. die Aussage seines Mitarbeiters Otto Bräutigam aus dem Jahre 1948, der feststellte: „Meyer fühlte sich als Gauleiter im Rang eines Ministers und etwas über den [!] Staatssekretär." (Vernehmung Dr. Otto Bräutigams am 14. Januar 1948 ..., in: Staatsarchiv Nürnberg, Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth, Prov. Nr. 2638/VI, Bl. 142 ff.)
66. Rosenberg, S. 149.
67. Vgl. zu diesem Eindruck Hartmann Lauterbacher, Erlebt und mitgestaltet. Kronzeuge einer Epoche 1923–1945. Zu neuen Ufern nach Kriegsende, Pr. Oldendorf 1984, S. 236 f.
68. Schreiben Bergers v. 21.11. 1942, in: Bundesarchiv, Außenstelle Zehlendorf (vormals Berlin Document Center), SS-HO 870.
69. Vgl. Otto Bräutigam, So hat es sich zugetragen. Ein Leben als Soldat und Diplomat, Würzburg 1968, S. 306 f., wo dieser die ablehnende Haltung Rosenbergs gegenüber der SS und Himmler anspricht.
70. Bräutigam, S. 307.
71. Zu den Vorbehalten Kolbows gegenüber dem Ministerium vgl. Teppe, S. 89.
72. Abdruck der Rundfunkansprache, in: National-Zeitung, 18.9. 1942.
73. Das Recht der besetzten Ostgebiete. Estland, Lettland, Litauen, Weißruthenien und Ukraine. Sammlung der Verordnungen, Erlasse und sonstigen Vorschriften über Verwaltung, Rechtspflege, Wirtschaft, Finanzwesen und Verkehr mit Erläuterungen der Referenten. Hrsg. v. Dr. Alfred Meyer, Gauleiter und ständigem Vertreter des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete, unter Mitarbeit v. Dr. Walter Wilhelmi, Ministerialrat, Dr. Walter Labs, Oberregierungsrat, Dr. Hans Schäfer, Oberregierungsrat im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. München, Berlin 1943.
74. So die Formulierung bei Christoph Kleßmann, Hans Frank. Parteijurist und Generalgouverneur in Polen, in: Ronald Smelser/Rainer Zitelmann (Hrsg.), Die braune Elite. 22 biographische Skizzen, Darmstadt 2. Aufl. 1990, S. 41-51, hier: S. 41.
75. Vgl. zur Mitgliedschaft Meyers in der Akademie für Deutsches Recht die Berufungsurkunde, in: Staatsarchiv Detmold, Bestand D 72, Nachlaß Meyer, Nr. 76. Zu Frank

vgl. neben Kleßmann 1990 grundlegend: Joachim Fest, Das Gesicht des Dritten Reiches. Profile einer totalitären Herrschaft, München 1963 sowie Christoph Kleßmann, Der Generalgouverneur Hans Frank, in: Vieteljahrshefte für Zeitgeschichte 19 (1971), S. 245-260.

76. Das Recht der besetzten Ostgebiete, Vorwort, S. 7.
77. Das Recht der besetzten Ostgebiete, Vorwort, S. 5.
78. Vgl. Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher, Bd. XXIX, S. 235 ff. (Dokument 1997-PS).
79. Vgl. National-Zeitung, 27.8. 1943.
80. Vgl. die Einladung zu der Besprechung v. 20.9. 1943 sowie den „Vermerk über die Reise des Ständigen Vertreters des Reichsministers Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer nach Kauen, Wilna, Dünaburg und Minsk in der Zeit vom 20.8.-26.8. 1943", in: Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Die folgende Darstellung bezieht sich auf dieses Dokument.
81. Vgl. Erich Stockhorst, 5 000 Köpfe. Wer war was im 3. Reich, Kiel 1985, S. 342. Er stand auf der Liste der Kriegsverbrecher, nach denen die Sowjetunion fahndete. Am Ende des Krieges von den Russen gefangengenommen, wurde er 1946 gehängt. (Vgl. Wistrich, S. 280 f.).
82. Vgl. Stockhorst, S. 112.
83. Kube fiel knapp einen Monat nach dem Besuch Meyers am 22. September 1943 dem Attentat einer Partisanin zum Opfer. Zu Kube insgesamt vgl. Wistrich, S. 213-216.
84. Bundesarchiv, Abteilung Potsdam, Findbuch zum Bestand „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete", Einleitung.
85. Robert M. W. Kempner, Eichmann und Komplizen, Zürich 1961, S. 86.
86. Kempner, S. 86 f.
87. Vgl. Christopher Browning, The Final Solution and the German Foreign Office, London 1978, S. 70.
88. Vgl. Browning, S. 128.
89. Vgl. Browning, S. 150.
90. Völkischer Beobachter, 29.3.1941, zit. nach: Kempner, S. 96 f.
91. Vgl. Kurt Pätzold/Erika Schwarz, S. 40-43
92. „Wannsee-Protokoll", zit. Nach: Leo Poliakov/Joseph Wulf, Das Dritte Reich und die Juden. Frankfurt/Main u.a. 2. Aufl. 1983.
93. Kempner, S. 165.
94. Kempner, S. 165.
95. Kempner, S. 165 f.
96. Kempner, S. 167.
97. Kempner, S. 167.
98. Vgl. Stadtarchiv Gelsenkirchen, Chronik 1945, S. 71 f.
99. Vgl. Bericht der Polizeibehörde des Regierungsbezirks Detmold über den Tod Alfred Meyers, in: Staatsarchiv Detmold, D 1, Nr. 25559.
100. Vgl. Bericht der Polizeibehörde des Regierungsbezirks Detmold über den Tod Alfred Meyers, in: Staatsarchiv Detmold, D 1, Nr. 25559.
101. Interview des Autors mit Dorothee Z.
102. Vgl. Auszug aus den autobiographischen Aufzeichnungen des Detmolder Schulrats a. D. Martin Wolf (1966/67), in: Zusammenbruch und Wiederaufbau. Lippe zwischen 1945 und 1949. Eine Dokumentation. Zusammengestellt u. bearb. v. Volker Wehrmann. Hrsg v. Kreis Lippe, Detmold 1987, S. 62.

102. Eidesstattliche Erklärung zum Tod Alfred Meyers, in: Stadtarchiv Münster, Amt 43 E, Nr. 14.
104. Vgl. Heiner Wember, Umerziehung im Lager. Internierung und Bestrafung von Nationalsozialisten in der britischen Besatzungszone Deutschlands, Essen 1991, S. 65.
105. Vgl. Bundesarchiv Koblenz, Spruchgerichte in der britischen Zone, VI/1553 (Dr. Alfred Meyer zu Jöllenbeck).

Wolfgang Müller*

Jürgen (Joseph) Stroop, der Mann aus Detmold

1977 erschien in Warschau ein Buch, das in Polen einiges Aufsehen hervorrief. Sein Autor, Kazimierz Moczarski, war 1946 von den im Lande herrschenden Stalinisten ins Gefängnis geworfen und nach dreijähriger Haft 1949 – als besondere Form der psychischen Folter – in eine Zelle mit einem Mann gesteckt worden, gegen den er einst im Widerstand gekämpft hatte: mit Jürgen Stroop, dem Henker des Warschauer Ghettos. Acht Monate lebten beide auf engstem Raum zusammen und kamen ins Gespräch miteinander. Stroop erzählte aus seinem Leben, und Moczarski hörte zu. 1971 rekonstruierte er diese Gespräche, zwei Jahre nach seinem Tod, 1975, erschienen sie in Buchform unter dem Titel 'Rozmowy z katem', 'Gespräche mit dem Henker'.[1] Während aber Stroops Rolle bei der Niederschlagung des Aufstandes im Warschauer Ghetto vom Frühjahr 1943 durch seinen selbst verfaßten und berühmt gewordenen Bericht bekannt war,[2] kamen jetzt biographische Details dazu, die einen neuen Blick auf diesen Täter ermöglichten. Es war das erste Mal, daß der Blick auf den Ort gelenkt wurde, in dem Stroop geboren war, in dem er den größten Teil seines Lebens verbrachte und der ihn geprägt hatte.

Moczarskis Buch bleibt bis heute trotz einiger Einwände die wichtigste Quelle für Stroops Zeit in Detmold, denn leider fehlen private Quellen und Aussagen von Familienangehörigen völlig. Es macht deutlich, wie stark Stroop durch Detmold geprägt war, und es lohnt sich, diese Spur aufzunehmen.

Detmolder Schauplätze im Leben Stroops

Am 12. Dezember 1951 richtete der am 23. Juli 1951 vom Wojewodschaftsgericht Warschau zum Tode verurteilte Jürgen Stroop[3] ein Gnadengesuch an den Präsidenten der Republik Polen:

> Von Haus aus bin ich soldatisch erzogen worden. Als Soldat habe ich alle mir erteilten Befehle in dem Glauben durchgeführt, dass es für mein Vaterland notwendig

---

* Grundlage des hier abgedruckten Beitrags ist das Manuskript eines Vortrags, den Wolfgang Müller zu verschiedenen Gelegenheiten gehalten hatte, u.a. im April 1993 in Warschau bei der Enthüllung einer Tafel zum Gedenken an die Hilfsleistungen des Evangelischen Krankenhauses für das Ghetto. Bei den Diskussionen des Textes wurde deutlich, daß er seine Ausführungen über Stroops Prägung durch Detmolder Orte als Denkanstöße, als Hinweise auf Denkmöglichkeiten verstanden wissen wollte. *Die Herausgeber.*

> war. Ich kannte nur bedingungslosen Gehorsam und ich musste annehmen, dass es die Pflicht meiner Vorgesetzten war, die Notwendigkeit und Rechtmäßigkeit der gegebenen Befehle, auch im Hinblick auf das internationale Recht, vorher zu prüfen. Ich war kein Politiker und mit bevölkerungspolitischen Dingen habe ich mich nicht befasst. Gerade in diesem Punkt darf ich mich auf die dem Gericht im Original vorliegende Beurteilung eines vorgesetzten Generals des SS Personalhauptamtes berufen, in der er ausführt, dass ich für die Tätigkeit in Polen ungeeignet und daher fehl am Platze sei. – Bis zu meiner Gefangennahme am 8. Mai 1945 bin ich auch nicht mit der geringsten Strafe belegt worden.
> Mein ganzes Leben galt dem Dienste meines Vaterlandes und dem Wohle meiner Frau und meiner Kinder! Niemals in meinem Leben habe ich etwas getan oder unternommen in dem Bewußtsein, dass ich dafür bestraft werden könnte.[4]

Wir stehen heute ratlos vor diesem Dokument. Wie ist eine solche Einsichtslosigkeit möglich? Wie kann ein Mörder, der 70.000 Menschen auf dem Gewissen hat, glauben, damit ein Gericht oder einen Staatspräsidenten umzustimmen? Wie kann jemand seine rassistischen Grundüberzeugungen so leugnen? Wie kann er glauben, daß der Hinweis auf die fehlenden Vorstrafen Eindruck machen würde?

Da Stroop selbst von seiner Erziehung spricht – wie ist er zu dem geworden, wie er sich hier zeigt? Liegen die Wurzeln dafür vielleicht doch mehr in Detmold, in spezifischen Verhältnissen, die es nur hier gegeben hat?

Vielleicht kommen wir diesen spezifischen Verhältnissen etwas näher, wenn wenn wir den Blick auf einige Schauplätze richten, die für Stroop in seiner Detmolder Zeit von Bedeutung waren.

Die Mühlenstraße

Der erste Schauplatz ist die Mühlenstraße, eine unscheinbare Straße mit Fachwerkhäusern und Handwerksbetrieben, nicht weit vom historischen Stadtkern entfernt. Am 26.9.1895 wurde Joseph Stroop als Sohn von Conrad Stroop (1864–1920) und Käte Stroop geb. Welter (1871–1957) geboren.[5] Sein Vater war damals Kutscher in den Diensten des Fürsten. Drei Jahre später trat er als Polizeibeamter in den Dienst der Stadt Detmold und zog in das der Stadt gehörende Haus Mühlenstraße 7. Moczarski gegenüber hat Jürgen Stroop seinen Vater zum 'Polizeichef' des Fürstentums Lippe gemacht, was den Tatsachen natürlich nicht entspricht.[6] Das Haus Mühlenstraße 9, unmittelbar davor, war seit 1885 die 'Herberge zur Heimat', in der die 'Landstreicher' oder 'Tippelbrüder', wie man die Nichtseßhaften nannte, abends eine karge Unterkunft fanden.[7] 1891/92 war das Haus Mühlenstraße 7 errichtet worden. Es beherbergte Obdachlosenunterkünfte und Mietwohnungen. In einer dieser Wohnungen lebte nun der Schutzmann Conrad Stroop, wie er im Adreßbuch verzeichnet ist, mit seiner Familie mietfrei, hatte aber dafür ein wachsames Auge auf

Abb. 1: Detmold, heutige Ansicht der Mühlenstraße 9 mit der 'Herberge zur Heimat', rechts dahinter das Haus Mühlenstraße 7, in dem Stroop seine Kindheit verbrachte. Fotografie: StA DT D 75.

die 'Landstreicher' zu werfen. Der Herbergsvater konnte jederzeit bei auftretenden Schwierigkeiten auf diese 'Respektsperson' zurückgreifen.[8]

Josef Stroop konnte also als Kind Tag für Tag beobachten, wie ein Uniformträger mit Menschen umging, die sich am unteren Ende der sozialen Leiter befanden. Die 'Landstreicher' waren von einem solchen Gestrüpp von reglementierenden Bestimmungen umgeben, daß sie ständig 'schuldig' werden mußten. Außerdem hatten sie gelernt, daß sich Widerspruch nicht lohnte, daß es besser war, sich zu ducken und zu gehorchen. Stroop erfuhr als Kind die Macht der Uniform und die Ohnmacht der Menschen, die man für minderwertig erklärt hatte.

Von der 'Herberge zur Heimat' braucht man nur wenige Schritte zu gehen, um das Schloß zu sehen, in dem bis 1918 Leopold IV. residierte. Er war – durch einen einflußlosen und wie in Preußen nach dem Drei-Klassen-Wahlrecht gewählten Landtag nur wenig eingeschränkt – der Herrscher über das Land mit seinen 150.000 Einwohnern und personifizierte den gesellschaftlichen Mittelpunkt der Residenzstadt mit 15.000 Einwohnern.

Detmold war zudem Garnisonsstadt. Aktive Offiziere dominierten das öffentliche Leben ebenso wie pensionierte, denen die niedrigen Preise in Lippe einen Lebensstil erlaubten, den sie sich in Potsdam z.B. nicht hätten leisten können. Sonntags fanden Militärkonzerte und Paraden statt, und immer fiel etwas vom Glanz des Militärs auf Conrad Stroop, der immerhin auch unifomiert war und die Zivilisten in die Schranken weisen konnte. Die Bilder der auf der Allee reitenden Offiziere müssen sich seinem Sohn Josef tief eingeprägt haben.[9]

Dann kam die Schicht der Regierungs- und Justizbeamten und der Honoratioren aus dem Wirtschafts- und Bildungsbürgertum, in die er 1923 einheiraten konnte.[10] Kleine Kaufleute und Handwerker bildeten aber die Mehrheit der Stadtbevölkerung. Und trotz des Falls des Bismarck'schen Sozialistengesetzes im Jahr 1890 wurden die Arbeiter und ihre Partei, die SPD, mißtrauisch von der Polizei überwacht. Für das Dienstpersonal galt eine rigorose Gesindeordnung, die den 'Herrschaften' weitgehende Rechte einräumte. Die Polizei hatte diese hierarchische Ordnung aufrechtzuerhalten.

Josef Stroop besuchte acht Jahre lang die katholische Volksschule[11] und bewarb sich am 1.11.1909 um die Aufnahme in den Katasterdienst des lippischen Staates. Im Bewerbungsschreiben steht, daß er vorgehabt habe, sich

> dem Lehrerberufe zu widmen. Meine Eltern haben aber der großen Kosten wegen Bedenken erhoben und wünschen, daß ich mir einen anderen Beruf erwähle[12].

Am 1. April 1910 wurde er angenommen.

Die 'Herberge zur Heimat' in der Mühlenstraße 9 war während des Zweiten Weltkriegs ein 'Fremdarbeiterlager'. Die 'Landstreicher' gab es nicht mehr, sie waren als 'Asoziale' in die Konzentrationslager eingewiesen worden.[13] Zwangsarbeiter aus Frankreich, Rußland, der Ukraine, der Slowakei und vor allem aber aus Polen wohnten dort in drangvoller Enge.[14] Regelmäßig erreichen das Staatsarchiv noch heute Anfragen von ehemaligen 'Fremdarbeitern' aus Polen, die einen Nachweis über ihre Arbeitszeiten in Detmold benötigen.

Das Hermannsdenkmal

Der zweite Schauplatz ist das Hermannsdenkmal. Es wurde 1875 zur Erinnerung an die Schlacht im Teutoburger Wald im Jahr 9 n. Chr. eingeweiht. 1909 wurde mit ungeheurem Pomp die 1900-Jahrfeier der Schlacht in Detmold begangen. Dabei konnten die Redner nicht markig genug die Bedeutung des Sieges über Frankreich von 1871 und die kriegerische Kontinuität von den alten Cheruskern bis zu den Lippern des 20. Jahrhunderts betonen.[15] Was die lippische Volksschule nicht schon für Josef Stroop geleistet hatte, vermittelte ihm nun dieses nationale Fest mit seinen Paraden, Umzügen, Aufführungen im

Freilichttheater und Kundgebungen: Lippe war das Kernland des Reiches, hier lebten noch 'die Germanen reinster Rasse'. Noch im Gefängnis in Warschau hat er von der prägenden Kraft des Denkmals berichtet, zu dem ihn bezeichnenderweise auch sein erster Spaziergang nach dem Ersten Weltkrieg geführt hatte.[16]

Das Denkmal ist zudem eng mit der Geschichte des Antisemitismus in Lippe verbunden. Hier fand 1893 das große Treffen der Antisemiten aus ganz Deutschland statt.[17] Hier versammelten sich nach dem verlorenen Weltkrieg Jahr für Jahr der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, die Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei und die Vaterländischen Verbände.[18] Was diese Gruppen miteinander verband, waren der Antisemitismus, die Gegnerschaft zur Demokratie, die wütende Ablehnung der Sozialdemokratie und ein radikaler Nationalismus, der zum Krieg drängte, um die 'Schmach von Versailles' zu beseitigen.

Auch die Nationalsozialisten entdeckten früh die Zugkraft dieses Denkmals. Hier fanden ihre Sonnenwendfeiern und Aufmärsche statt. Hitler besuchte schon 1926 das Denkmal und trug sich in das Gästebuch auf der Grotenburg ein: „Ich glaube an mein Volk, an die Kraft der Person und an die Notwendigkeit des Kampfes."[19] Ende 1932 entdeckte auch der Reichsführer SS dieses 'germanische Kernland' und beschloß, hier den Ort für den geplanten kultischen Mittelpunkt seiner SS zu suchen.[20] Das Motiv des Hermannsdenkmals und der Vergleich mit der Schlacht im Teutoburger Wald wurden bei den Wahlkämpfen des Jahres 1932 und vor allem bei der lippischen Landtagswahl im Januar 1933 zu einem Hauptbestandteil der nationalsozialistischen Propaganda.[21]

Das Kriegerdenkmal

Der dritte Schauplatz ist das Denkmal für die Toten des Reserve-Infanterie-Regiments 256. Es steht heute nicht mehr an seiner ursprünglichen Stelle, dem Hof der Kaserne I in der Leopoldstraße, wo es 1916 errichtet worden war, sondern im Bismarckhain an der Allee. Es zeigt einen Adler, der eine getötete Schlange in seinen Krallen hält.

Josef Stroop meldete sich im August wie viele andere als Kriegsfreiwilliger und kam zunächst in das lippische Traditionsregiment Nr. 55. Im Juli 1915 wurde er in das Reserve-Infanterie-Regiment 256 versetzt, mit dem er nach Frankreich, nach Polen, Litauen, Rußland und Rumänien zog. Im September 1915 wurde er zum Unteroffizier, im Juli 1918 zum Vizefeldwebel befördert. Er erhielt das Eiserne Kreuz II. Klasse und verschiedene lippische Militärorden, die von Leopold IV. großzügig unter seine 'Landeskinder' gestreut wurden.[22] Nach Moczarski war auch Stroop wie die meisten Deutschen davon

überzeugt, daß Deutschland einen Verteidigungskrieg führte. Die Offizierslaufbahn sei ihm versagt geblieben, da er ja nur die Volksschule besucht habe.[23]

Nach dem Krieg hat sich Stroop nicht politisch betätigt, auch wenn er Sympathien für Erich und Mathilde Ludendorff zeigte.[24] Sehr aktiv war er aber in seinem 'Kriegerverein'. 1926 war in Detmold ein 'Bund der ehemaligen 256er (Res.Inf.Regt. 256)' gegründet worden, der sogar ein eigenes Nachrichtenblatt herausgab. Die Schriftleitung übernahm 'Kamerad Josef Stroop'. Das Blatt veröffentlichte die Namen der noch lebenden Regimentskameraden und berichtete über die Treffen der ehemaligen 256er. So z.B. über den 'Regimentsappell', der am 12. Juni 1926 in Detmold im Beisein des Fürsten Leopold IV. stattfand und zu dem der 'Detmolder Kriegerverein', der 'Kameradschaftliche Verein', der 'Marine-Verein Lippe', der 'Kavallerie-Verein', Abordnungen auswärtiger Vereine und die Reichswehr, alle in Uniform, die Staffage bildeten. Der Regimentskommandeur Oberst v. Wißmann beschwor die Erinnerung an die großen Tage an der Front und an die Gefallenen. Ihnen wolle man nacheifern „in Opfermut und Hingabe für unser Volk und Vaterland".[25]

Auch wenn Stroop in einer späteren Ausgabe betonte, daß die Kriegskameradschaft selbst politische Gegensätze überbrücke,[26] war der Unterschied zwischen Offizieren und Soldaten nicht beseitigt, die Offiziere bestanden ganz selbstverständlich auf Distanz und Unterordnung. Stroop hatte aber durch die Übernahme seines Postens eine Stelle ganz in der Nähe der Offiziere gefunden.

Die Landesregierung

Der vierte und wichtigste Schauplatz ist das lippische Regierungsgebäude, das in einer Zeile mit dem Landtag und dem Landgericht am Kaiser-Wilhelm-Platz liegt. Hier war der Sitz der lippischen Katasterverwaltung, hier hatte Stroop 1933 sein Büro als Führer der lippischen Hilfspolizei.

Die lippische Katasterverwaltung war sicher eine der 'trockensten' lippischen Behörden. Da der lippische Staat sich immer in Geldnot befand, waren die Aufstiegschancen sehr begrenzt. Vor jeder Beförderung war eine penible Prüfung abzulegen. Dienstliche 'Unregelmäßigkeiten' blieben nicht lange verborgen, sie wurden 'lustvoll' untersucht und hart geahndet. So 1920, als Josef Stroop einen Verweis dafür erhielt, daß er sich im Laufe des Jahres „wiederholt während der Dienststunden mit jungen Mädchen in der Telefonzentrale und im Erdgeschoss des Regierungsgebäudes Stelldicheins gegeben und bei diesen Gelegenheiten auch die jungen Mädchen umarmt und geküßt" habe. Ihm wurde angedroht, daß er „im Falle der Wiederholung ähnlicher Verstösse gegen die Dienstordnung" aus dem Dienst bei der Katasterinspektion entlassen werde.[27] Die Warnung muß großen Eindruck auf ihn gemacht haben,

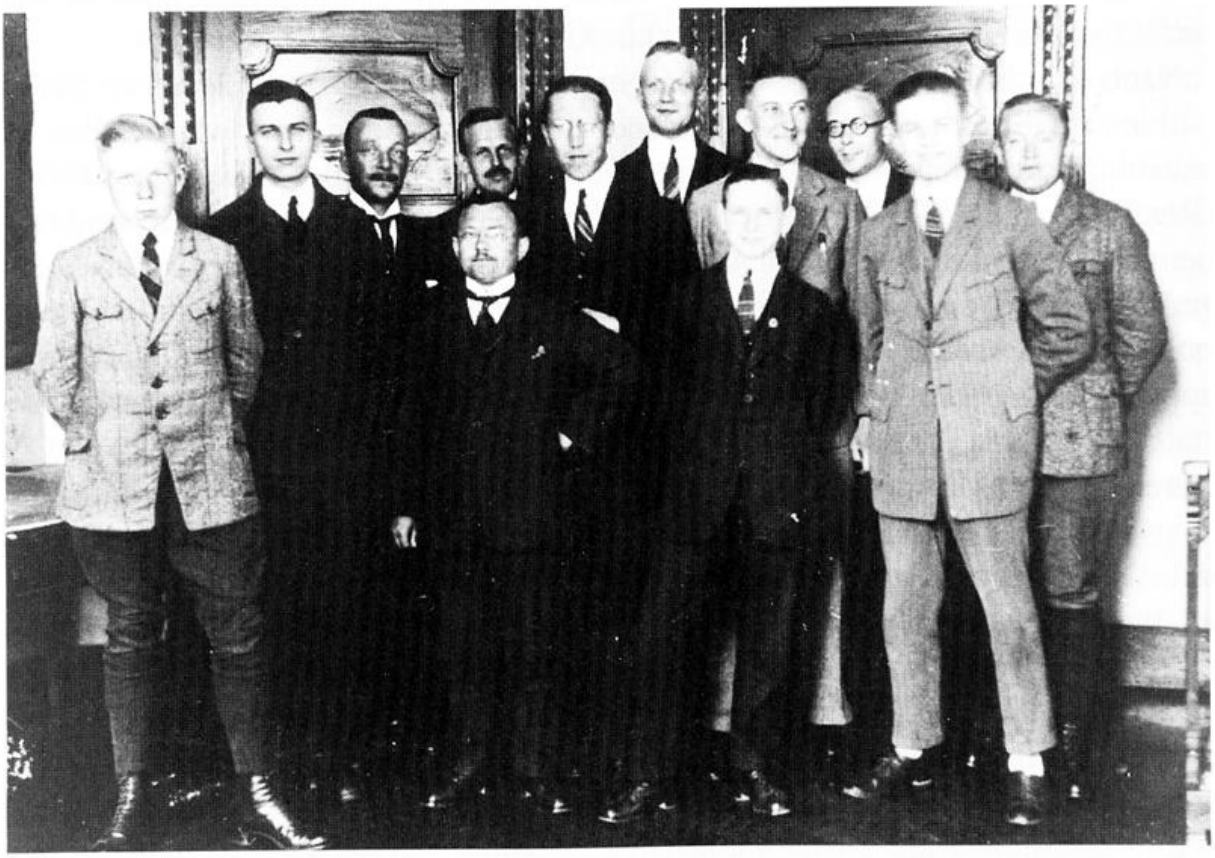


Abb. 2: Stroop (hintere Reihe, Mitte) im Kreis von Kollegen des Katasteramtes, aufgenommen vor 1929. Fotografie in Privatbesitz.

„Verstöße gegen die Dienstordnung" der Katasterinspektion kamen nicht mehr vor. Aber obwohl Stroop danach besser 'funktionierte' und schon 1928 die Prüfung zur Inspektorenlaufbahn bestanden hatte, erreichte er bis 1933 nur den Rang eines Vermessungsobersekretärs.

Stroop trat trotz seiner Sympathien für die Nationalsozialisten erst am 1. Juli 1932 in die NSDAP ein und wurde am 1. August 1932 SS-Anwärter, wenige Tage nach der Bildung der Detmolder SS.[28] Angesichts seiner kommenden Karriere war das sehr spät, aber Stroop war ja Beamter eines sozialdemokratisch geführten Landes. Als aber die lippische Deutschnationale Volkspartei, zu der viele höhere Beamte gehörten, bei den Wahlen des Jahres 1932 mit den Nationalsozialisten paktierte und einen regelrechten 'Burgfrieden' schloß,[29] konnte auch Stroop seine Maske fallen lassen. An der SS reizten ihn möglicherweise die Uniform, die Reiterstaffeln, der Elitegedanke im Gegensatz zur SA, die größere Nähe zur Aristokratie und vor allem zum Militär.

Seine erste große Bewährungsprobe in der neuen Uniform legte Stroop im lippischen Landtagswahlkampf vom Dezember 1932 bis zum 15. Januar 1933 ab. Die Nationalsozialisten warfen damals alles, was sie an prominenten Rednern und an Propagandamaterial zu bieten hatten, in diese 'zweite Schlacht im Teutoburger Wald'. „Hitler geht auf die Dörfer", wie die gegnerische Presse

spottete. Das Ziel war, in Berlin, vor allem beim Reichspräsidenten von Hindenburg, den Eindruck zu erwecken, daß die Partei ihre Krise vom November 1932 überwunden hatte und wieder auf dem Vormarsch war. Und da kam Hitler die sonst im Reich nie beachtete Landtagswahl in dem kleinen, protestantisch geprägten Land gerade recht. Die SS hatte während des Wahlkampfs Hochbetrieb. Sie hatte die Aufgabe, den nationalsozialistischen Rednern bei den vielen Veranstaltungen – Hitler allein hielt sechzehn Reden – 'Saalschutz' zu bieten und mit Unterstützung von SS-Motorradstaffeln aus dem Ruhrgebiet die lippischen Straßen zu erobern.[30] Das Wahlergebnis am 15. Januar 1933 war nicht überwältigend für die NSDAP. Sie bekam 39,5 % der Stimmen und errang neun der 21 Landtagssitze, das waren nur 4,8 % der Stimmen mehr als bei der letzten Reichstagswahl im November 1932 und sogar 1,6 % weniger als bei der Reichstagswahl im Juli 1932. Goebbels verstand es jedoch, das Wahlergebnis in Berlin propagandistisch so herauszustellen, daß ein weiterer Vorbehalt des Reichspräsidenten und seiner Kamarilla gegen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler beseitigt wurde. Auch Lippe bekam am 7. Februar 1933 mit Duldung der bürgerlichen Parteien eine nationalsozialistische Regierung.[31]

Die Idee, SA- und SS-Leute als 'Hilfspolizisten' einzusetzen, hatte Göring als Reichskommissar für das preußische Innenministerium. Er schuf dieses Einschüchterungs- und Terrorinstrument schon am 22. Februar 1933. In Lippe wurde die 'Hilfspolizei' am 4. März 1933, einen Tag vor der Reichtagswahl, eingerichtet, und Josef Stroop wurde am gleichen Tag zu ihrem 'Führer' bestellt, wofür er aus dem Katasterdienst beurlaubt wurde.[32] Formal sollte die lippische Hilfspolizei dem Landespolizeidirektor unterstellt und nur unter 'Führung' der ordentlichen Polizei tätig werden. Die Hilfspolizei rekrutierte sich nur aus der SS, der SA und dem 'Stahlhelm'. Stroop unterstanden nun in ganz Lippe 229 Männer, in Detmold allein 30, von denen 15 ständig Dienst taten.[33]

Als 'Führer der Hilfspolizei' bekam Stroop ein eigenes Büro im Regierungsgebäude. Der damalige Regierungsinspektor Hermann Brand hat uns dazu 1960 im schönsten Amtsdeutsch eine Schilderung hinterlassen: Stroop bezog ein Zimmer „links neben der zum Ministerflur führenden Treppe", in dem er

> bis zuletzt amtierte. Letzter Ausdruck ist zu milde; man kann wohl sagen despotisch herrschte. Sein Wirken versetzte das Leben in dem Regierungsgebäude und auch nach außen in der Bevölkerung in Angst und Schrecken. Uns in dem Nebenzimmer besonders. Abgesehen von den lauten, in dieser Zeit schon sowieso beängstigend empfundenen Schritten der Tag und Nacht vor unserer Zimmertür patrouillierenden SS-Posten übten die Berührung mit den vor dem kleinen Zimmer wartenden Verhafteten mit ihren Bewachern, die Geschehnisse der Vernehmungen und Behandlungen der aus politischen oder sonstigen Gründen verhafteten Personen, in unerträglichem Maße die immer mehr zunehmenden Judenverhaftungen eine depri-

> mierende Wirkung auf uns aus, über das was das Auge sehen mußte, nicht minder über die hinter der Tür sich abspielenden vermuteten Dinge.[34]

Stroop konnte nun an der Stelle, wo er sich bisher unterordnen mußte, den 'Herrenmenschen' herauskehren. Seine früheren Vorgesetzten fürchteten ihn.

Als 'Führer der lippischen Hilfspolizei' leitete Stroop die Aktionen der Polizei gegen die lippischen Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschaftler. Und er konnte in dieser Stellung zum ersten Mal seine Machtgelüste an den lippischen Juden auslassen.

Stroop und die lippischen Juden

Er begann mit einer 'Säuberungsaktion' im Regierungsgebäude selbst. Stroop ordnete an, daß die einzige jüdische Beschäftigte, die Aushilfs-Stenotypistin Erna Hamlet, sofort das Gebäude zu verlassen habe. Es ist wieder der Regierungsinspektor Brand, der später davon berichtet hat:

> Eines Tages rief mich Stroop an und sagte mir in herrischem Ton, daß ich ja noch eine Jüdin beschäftige [...] Diese habe innerhalb 10 Minuten das Gebäude zu verlassen. Ich verwies ihn an den 1. Bürobeamten, der hierfür zuständig sei, verständigte aber sogleich Frl. Hamlet, um sie auf das Kommende vorzubereiten. So geschah es dann.[35]

In der nüchternen Aktensprache lautete die Mitteilung an Erna Hamlet vom 9.3.1933 folgendermaßen:

> Da Sie in Ihrer aushilfsweisen Beschäftigung am 11.3. Mts entbehrlich werden, sehen wir uns leider gezwungen, Sie hiermit zu diesem Zeitpunkt zu kündigen. Wir haben die Ihnen gezahlte Vergütung von diesem Tage ab in Fortfall gebracht.[36]

Erna Hamlet wurde am 30. März 1942 in das Warschauer Ghetto deportiert. Sie kehrte nie nach Detmold zurück.[37]

Unter Stroops Kommando lieferte die lippische Hilfspolizei vom 9. März bis zum 17. Juni 1933 insgesamt 120 Personen als 'Schutzhaftgefangene' in das Detmolder Gerichtsgefängnis ein, das unmittelbar im Keller neben Stroops Dienststelle lag. Die meisten von ihnen waren Kommunisten und Sozialdemokraten. Sie wurden, ohne je einem Richter vorgeführt zu werden, für Tage und Wochen festgehalten. Unter den Verhafteten waren auch elf lippische Juden.[38]

Das prominenteste jüdische Opfer war der Redakteur des sozialdemokratischen Volksblatts Felix Fechenbach. Er hatte 1918/19 als Sekretär für Kurt Eisner gearbeitet, den bayrischen Ministerpräsidenten in der revolutionären Nachkriegszeit. Dafür war er später von deutschnationalen Richtern in Bayern wegen angeblichen Landesverrats für viele Jahre in Festungshaft genommen

worden. Im Oktober 1929 nach Lippe gekommen, hatte er hier beherzt und mutig den Kampf gegen die Nationalsozialisten aufgenommen und sie durch seine Artikel über peinliche Interna der Partei bis zur Weißglut gereizt.[39]

Fechenbach wurde unter der Leitung Stroops am 11. März 1933 verhaftet, am selben Tag fand unter Beteiligung der SS der erste Boykott gegen jüdische Geschäfte in Detmold statt. Ein Foto, das mit anderen am nächsten Tag in der „Lippischen Landeszeitung" unter der Überschrift 'Bewegtes Straßenbild in Lippe' veröffentlicht wurde, zeigt den verhafteten Fechenbach mit den Hilfspolizisten auf den Treppenstufen des Regierungsgebäudes.[40]

Am 7. August 1933 sollte er in das KZ Dachau überführt werden. Auf der Egge, im Wald bei Kleinenberg, ermordeten ihn die vier lippischen Nationalsozialisten, die ihn im Auto zum Bahnhof nach Warburg bringen sollten. Der schon erwähnte Regierungsinspektor Brand deutet nach dem Krieg an, daß Stroop an der Planung dieses Mordes beteiligt war. Den Beweis dafür habe er beim Ausräumen von Stroops Schreibtisch gefunden.[41]

Aktenkundig ist auch, daß Stroop einige der jüdischen Häftlinge massiv eingeschüchtert und mißhandelt hat. So suchte er am 10. Mai 1933 zusammen mit dem Mitglied der Lippischen Landesregierung und Kreisleiter der NSDAP Adolf Wedderwille den seit dem 4. Mai 1933 inhaftierten Berufsschullehrer und Prediger der jüdischen Gemeinde Moritz Rülf in seiner Zelle auf. Sie zwangen diesen Mann, der zuvor schon aus dem lippischen Staatsdienst entlassen worden war, mit Gewalt, auf alle Ansprüche wie „Gehalt, Wartegeld, Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung" zu verzichten.[42]

Die Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte am 1. April 1933 fanden wieder unter der Führung der Hilfspolizei und Stroops statt. In Lippe hatten sie ein aufschlußreiches Dokument von seiner Hand hinterlassen; Stroop hatte nämlich einen jüdischen Kaufmann in Schwalenberg gezwungen, folgendes Schreiben zu unterzeichnen:

> Herr Kaufmann Gustav Bachrach erklärt:
> Ich habe auf wiederholtes Klopfen, das sich fast über eine Stunde hinzog, den anwesenden Hilfspolizeibeamten nicht geöffnet. Die Hilfspolizeibeamten waren daher gezwungen, eine Fensterscheibe zu zertrümmern, um so in das Haus zu gelangen. Ausdrücklich erkläre ich, daß ich keinen Schadenersatz für die zertrümmerte Scheibe beanspruche, sondern diese auf meine Kosten ersetzen lassen werde.[43]

Das Dokument zeigt Stroop in Aktion, er ging mit Gewalt gegen Schwächere vor. Es zeigt aber auch seine Vorsicht, die Tendenz ('man kann ja nie wissen'), sich abzusichern, wie wir sie noch häufiger bei ihm beobachten werden. Allerdings macht er eben schon 1933 in Lippe die Erfahrung, daß man sich an Juden und jüdischem Besitz ungestraft vergreifen kann. Hier begann die Konditionierung für die 'Aufgabe', die ihm Himmler 1943 stellte.

Im Gefängnis in Warschau wurde Stroop später nicht nur von Marek Edelman verhört, sondern auch von Schalom Grajek, einem Mitglied der Jüdischen Kampf-Organisation im Warschauer Ghetto. Grajek fragte ihn, ob er in seiner Kindheit jüdische Gespiele gehabt habe:

> Antwort: Ja. Ich spielte mit zwei in der Nähe wohnenden Schulkameraden. Einer hieß Herzfeld, der andere Examus, glaube ich.
> Frage: Was hätten Sie getan, falls ihnen einer von den beiden im Ghetto wiederbegegnet wäre?
> Antwort: Ich hätte ihn ganz einfach begrüßt, wenn er nicht zu den Kämpfern gehörte.
> Frage: Hätten Sie ihm denn nicht geholfen?
> Antwort: Er hätte mit allen anderen das Ghetto verlassen müssen. Natürlich nur, wenn er nicht gekämpft hatte.[44]

Aus den 'Täglichen Meldungen' im Stroop-Bericht wissen wir, was sich hinter der Formel 'das Ghetto verlassen' verbirgt: der Abtransport in das Vernichtungslager Treblinka.[45]

34 jüdische Kinder, Frauen und Männer aus Lippe wurden am 31. März 1942 in Viehwaggons aus Bielefeld nach Warschau deportiert.[46] Nur einer von ihnen, Robert Levi aus Schlangen, kam nach einer grauenhaften Odyssee durch die Konzentrationslager Treblinka, Auschwitz und Theresienstadt nach Lippe zurück und hätte erzählen können, wenn man ihn denn gefragt hätte.[47] Wer von den anderen noch lebte, als der Aufstand im Ghetto begann, wissen wir nicht.

Detmold als Ausgangsort und Bezugspunkt für die SS-Karriere

Aber kehren wir noch einmal zum Regierungsgebäude in Detmold zurück. Zwar wurde auch in Lippe nach dem preußischem Vorbild vom 2. August am 21.12.1933 die Hilfspolizei aufgehoben, Stroop, der zu dieser Zeit den 2. Sturmbann der 72. SS-Standarte anführte, behielt jedoch seine Stelle 'zur Unterstützung der Landespolizei' und wurde weiterhin vom Staat bezahlt. Seine Beurlaubung aus dem Katasterdienst, die zunächst nur befristet ausgesprochen worden war, wurde jeweils verlängert.[48] Die SS, die zu diesem Zeitpunkt noch über keinen eigenen Etat verfügte, finanzierte so ihre Leute.

Unser Gewährsmann aus dem Regierungsgebäude berichtet auch von einem Besuch des Reichsführers SS Heinrich Himmler in Detmold:

> Stroop gab ihm bei dieser Gelegenheit mit seiner Polizeitruppe Schutz. Ich sehe ihn im Geiste noch heute vor dem Hauptportal des Regierungsgebäudes an der Seite Himmlers stehen, während dieser zu der Bevölkerung sprach.[49]

Die Ankunft des Reichsführers Himmler. Im Hintergrund Reichsstatthalter Dr. Meyer. Im Vordergrund rechts Sturmbannführer Stroop.

Abb. 3: Himmler am 13.4.1934 in Detmold; Foto aus der „Lippischen Staatszeitung" v. 14.4.1934.

Dieser Besuch Himmlers fand am 13. April 1934 statt. Die „Lippische Staatszeitung" hat in einem goßen Artikel darüber berichtet. In der Mitte ist ein Foto plaziert, das Himmler zusammen mit Stroop vor dem Regierungsgebäude zeigt. Stroop war im März 1934 zum 'Sturmhauptführer'[50] ernannt worden, was in der Armee einem Hauptmann entsprach. Er hatte also endlich die Offiziersebene erreicht. Die Bildunterschrift machte ihn schon im Vorgriff auf den April 1935 zum 'Sturmbannführer', was dem Rang eines Majors entsprach.[51]

Die 'Einholungszeremonie' begann um 11.00 Uhr. Himmler schritt zu den Klängen des Präsentiermarsches die Front der SA und der SS ab. In der Ansprache an die SS beschwor er die Erinnerungen an die 'Durchbruchsschlacht' vom Januar 1933 in Lippe und die drei wichtigsten Tugenden des SS-Mannes: Treue, Pflichterfüllung, Kameradschaft. Danach wurden das Horst-Wessel-Lied und das Deutschlandlied gesungen. Es folgte der Vorbeimarsch von vier SS-Stürmen und einem SA-Sturm, und

> Bei dem klingenden Spiel der SS- und SA-Standartenkapelle hinterließ der Vorbeimarsch den allerbesten Eindruck.

Dienstlaufbahn

1	2			3	4	5
Lfde. Nr.	Datum			Dienstgrad	Truppenteil usw.	Inhalt der Verfügung, Art der Veränderung usw.
	Jahr	Tag	Monat			
1	1932	1.	8.		3/V/19	
2	1932	22.	10.	SS-Mann	3/V/19	
3	1932	22.	10.	SS-Scharf.	3/V/19	
4	1932	16.	12.	SS-Scharf.	3/V/19	F.b.m.
5	1933	26.	1.	SS-Scharf.	II/72	F.b.m.
6	1933	15.	2.	SS-Truppf.	II/72	F.b.m.
7	1934	8.	3.	SS-Hstuf.	II/72	F.b.m.
8	1934	23.	5.	SS-Hstuf.	SS-Abschn.XVII	Stabsführer b.m.
9	1934	19.	11.	SS-Hstuf.	SS-Abschn.XVII	Stabsführer
10	1935	20.	4.	SS-Stubaf.	SS-Abschn.XVII	Stabsführer
11	1935	1.	6.	SS-Stubaf.	28. SS-Stand.	F.b.m. hauptamtlich
12	1936	20.	4.	SS-Ostubaf.	28. SS-Stand.	F.b.m. hauptamtlich
13	1937	12.	9.	SS-Staf.	28. SS-Stand.	Führer der hauptamtlich
14	1938	14.	11.	SS-Staf.	SS-Abschnitt XXXVIII	m.d.F.b. hauptamtlich
15	1939	10.	9.	SS-Oberf.	" "	m.d.F.b. hauptamtlich
16	1940	6.	3.	SS-Oberf.	SS-Abschnitt XXXXII	Führer des
17	1941	7.7	7.	SS-Ostuf.	SS-T.Div.	Res.Führer der Waffen-SS
18	1941	15.	9.	SS-Ostuf.	Ers.Btl. " L SS A H "	Res.Führer
19	1941	20.	10.	zwecks Durchführung eines Sonderauftrages des Reichsführer-SS aus der Waffen-SS entlassen.		
20	1942	1.	1.	Oberst d.Pol.		Ernennung zum
21	1942	16.	9.	SS-Brif.und. Gen.Maj.d.Pol.		Ernennung zum
22	1942	1.	10.	SS-Brif.	Reichsführer-SS	Führer im Stab
23	1943		2.	SS-Brif.	SS-u.Pol.Führer Galiz.(Lemberg)	kommandiert zum
24	1943	29.	6.	SS-Brif.und Gen.M.d.Pol.	SS-u.Pol.Führer Warschau	Versetzung
25	1943	13.	9.	" "	Höh.SS-u.Pol.F. Griechenland	Ernennung zum
26	1943	9.	11.	" "	SS-Oberabschnitt Rhein-Westmark	Führer des SS-Oberabschnitts u.Höh.SS-und Polizei-Führer
27	1943	9.	11.	SS-Gruf.und Gen.Ltn.d.Pol.	" "	" " "
28	1944	1.	7.	zum General der Waffen-SS und Polizei ernannt.		

Die SS-Laufbahn Stroops, aus: BDC, Stroop.

Stroop muß sich an diesem Tag 'im germanischen Himmel' gefühlt haben.[52] Himmler besuchte anschließend das Hermannsdenkmal, das 'nationale Heiligtum' der Externsteine und die Wewelsburg.[53]

Nun verließ Stroop seine Vaterstadt und durchlief mit den Stationen Münster (1934), Hamburg (1935, Sturmbannführer), Dachau und Karlsbad (1938, Standartenführer), Posen (1939, Oberführer, Führer des deutschen 'Selbstschutzes'), Gnesen (1940), beim Höheren SS- und Polizeiführer Rußland-Süd sowie Lemberg (1943, Brigadeführer) seine eigentliche SS-Karriere. Am 7. Juli 1941 war er von der Allgemeinen SS in die Waffen-SS übernommen worden; zwei Monate zuvor hatte er in Gnesen „aus weltanschaulichen Gründen" seinen Vornamen geändert und den seines verstorbenen Sohnes Jürgen angenommen.[54]

Im April 1943 erhielt Stroop als SS-Brigadeführer und Generalmajor der Polizei von Himmler den Befehl, den Aufstand im Warschauer Ghetto niederzuschlagen und dieses dem Erdboden gleichzumachen. Diese 'Aktion' brachte ihm den Rang des Gruppenführers und das Eiserne Kreuz I. Klasse ein. Trotz einer kritischen Beurteilung seiner Eignung[55] wurde Stroop von Himmler weiter gefördert: Am 29.6.1944 wurde er zum SS- und Polizeiführer im Distrikt Warschau ernannt, am 13.9.1943 schickte ihn Himmler als Höheren SS- und Polizeiführer nach Griechenland und beorderte ihn am 9.11.1943 als Höheren SS- und Polizeiführer Rhein-Westmark nach Wiesbaden. Mit dieser Polizeiaufsicht über die Gaue Baden, Hessen-Nassau, Moselland und Westmark, den Wehrkreis XII sowie die Zivilverwaltungen Lothringen und Luxemburg stand Stroop im Zenit seiner nur im nationalsozialistischen Deutschland möglichen Laufbahn.[56]

Bis 1939 lieferte sich Stroop aber noch einen erbitterten Streit mit der Lippischen Landesregierung, weil er zwar seine SS-Karriere fortsetzen, aber nicht aus dem lippischen Staatsdienst ausscheiden und damit auf seine 'erworbenen Rechte' verzichten wollte. Wie seinerzeit in Schwalenberg wollte er sich für alle Fälle absichern. Die Briefwechsel haben zu umfangreichen Akten im SS-Personalamt und bei der Lippischen Landesregierung geführt. In Lippe blokkierte er allerdings eine Planstelle, und der Ton der Schreiben aus Lippe wurde immer gereizter. Erst am 25. August 1939 schied er dann aus dem Landesdienst aus.[57]

Dieser Ärger mit Stroop oder die Erinnerung an sein arrogantes Auftreten als Führer der Hilfspolizei mögen dafür verantwortlich sein, daß man in Detmold Stroops Karriere kaum wahrnehmen wollte. Sie war wohl zu außergewöhnlich, denn er hatte alle, die ihm vorher in Lippe etwas zu sagen gehabt hatten, so weit hinter sich gelassen, daß man hier zum Mittel der Nichtbeachtung griff. Es war wohl nicht Abscheu vor seinem Tun, sondern Neid auf seinen Erfolg.

Die „Lippische Staatszeitung" berichtete nicht über den Aufstand des Ghettos in Warschau, sie bot stattdessen in dieser Zeit propagandistische Artikel

über die bei Katyn gefundenen Massengräber der von der sowjetischen Geheimpolizei ermordeten polnischen Offiziere. Aber auch nicht einmal Stroops Auszeichnung mit dem EK I am 18. Juni 1943 wurde erwähnt, obwohl doch sonst in die 'Glückwunschecke' sogar alle Eisernen Kreuze Zweiter Klasse aufgenommen wurden. Über Stroops Ernennung zum SS-Obergruppenführer am 9. November 1943 wurde ebenfalls nicht gesondert berichtet. Sein Name stand allerdings als einziger gesperrt in einer langen Liste von Namen Beförderter.[58]

Stroop war aber im Frühjahr 1943 selbst in Detmold und besuchte 'im vollen Wichs' die lippische Katasterinspektion. Seine ehemaligen Kollegen sollten ihn offensichtlich im 'Schmuck' seiner Orden und in der Uniform des Generalmajors sehen.[59]

Im Januar 1944 rief er sich beim stellvertretenden Staatsminister und Kreisleiter der NSDAP Adolf Wedderwille noch einmal in Erinnerung. Er bat, ihm in Zukunft den 'Heimatbrief des Kreises Lippe' zukommen zu lassen, den die Kreisleitung unter dem bezeichnenden Titel 'Hermannsland' an die lippischen Soldaten an der Front versandte.[60] Bei dieser Gelegenheit konnte er in unterkühltem Ton seinen nächsten Karrieresprung mitteilen:

> Wie Ihnen wohl bekannt sein wird, bin ich, nachdem ich Höherer SS- und Polizeiführer Griechenland in Athen war, nun in Wiesbaden tätig. Zu meinem Bereich gehören die Gaue: Baden, Westmark, Moselland und Hessen/Nassau.[61]

Letzte Spuren

Nach Hegel folgt auf jede Tragödie in der Weltgeschichte auch eine Farce. Stroops letzter Besuch in Detmold muß im November 1944 stattgefunden haben. Über ihn sind wir durch kuriose Vermerke in einer Akte der Stadt Detmold informiert, in denen es scheinbar nur um belanglose Telefonabrechnungen des Detmolder Rathauses geht. Sie zeigen aber, wie der 'Normenstaat' weiter funktionierte, selbst als das Wirken des nationalsozialistischen 'Maßnahmestaates', dessen Organ die SS war, bereits alles in Chaos hatte versinken lassen.

Am 5. Januar 1945 entdeckte der zuständige Beamte im Detmolder Rathaus eine offene Rechnung über ein Telefongespräch nach Wiesbaden. Nach umständlichen Recherchen stellte die Detmolder Polizei fest, daß das Gespräch vom Adjudanten des Höheren SS- und Polizeiführers in Wiesbaden Jürgen Stroop geführt worden war. Am 10. Januar wurde deshalb eine Mahnung nach Wiesbaden geschickt, am 6. März 1945 folgte noch einmal eine 'Erinnerung'. Am 19. Mai 1945 notierte der Beamte, daß mit dem Eingang des Betrages nicht mehr zu rechnen sei, und verfügte, daß die 24 RM „vom Soll in Abgang

zu bringen" seien. Die „Inabgangstellung" erfolgte am 26. Mai 1945. Am 5. August 1946 jedoch fertigte er folgende Aktennotiz an:

> Der SS-Oberabschnittsführer Stroop aus Wiesbaden hat im Frühjahr 1945 während seiner Anwesenheit im Kaiserhof, hier, vom Rathaus Ferngespräche geführt. Dadurch waren 24,- RM Kosten entstanden. Anforderung war seinerzeit wegen des Umsturzes erfolglos. Jetzt sind vom SS-Oberabschnitt Rhein 24,- RM eingegangen.

Die Verfügung lautete nun, die Summe im Haushalt der Stadt „in Einnahme anzuweisen". Vorher hatte natürlich erst wieder eine 'Sollstellung' zu erfolgen, dies geschah am 6. August 1946.[62]

Damit war für den Beamten das Kapitel 'Stroop und Detmold' doch noch zu einem guten Abschluß gekommen. Mit keinem Wort wurde registriert, daß das Geld noch 'ordnungsgemäß' von einem der größten Massenmörder 'angewiesen' worden war.

Auch nach dem Krieg hat man Stroop in Detmold mit Schweigen übergangen. Kam das Gespräch doch einmal auf ihn, so hieß es: Er war ja nur ein kleiner Katasterbeamter gewesen!

Man erklärte also den Nationalsozialismus zu einer Sache des Kleinbürgertums, ohne sich aber ernsthaft damit auseinanderzusetzen, daß die Nationalsozialisten in der Tat vielen Kleinbürgern ungewöhnliche Karrierechancen in den Parallelorganisationen zur Verwaltung und zur Wehrmacht boten, wenn sie sich zu ihrer Ideologie bekannten und sich in ihrem Herrschafts- und Terrorapparat bewährten. Aber hatten sich etwa die höheren Beamten, die Juristen, Ärzte, Professoren und Wehrmachtsoffiziere, ja selbst die Kirchenvertreter, die Gebildeten also aus dem 'Volk der Dichter und Denker', anders verhalten?

Auch Moczarskis Bericht hat hierzulande bisher zu keinen Diskussionen geführt, obwohl darin zum ersten Mal die Detmolder Wurzeln der blutigen Karriere Jürgen Stroops bloßgelegt wurden.

Anmerkungen

1. Die deutsche Ausgabe unter dem Titel Gespräche mit dem Henker erschien 1978. Eine Taschenbuchausgabe folgte 1982, nach ihr wird im Folgenden zitiert.
2. Der heute sog. Stroop-Bericht wurde in drei Exemplaren unter dem Titel Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr erstellt. Das für Himmler bestimmte Exemplar lag dem Gericht vor, das Stroop verurteilte; es befindet sich heute im Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Polen in Warschau. Der Bericht wurde in Deutschland 1960 in Buchform veröffentlicht, eine Taschenbuchausgabe folgte 1976.
3. Von einem amerikanischen Gericht war Stroop schon am 21.3.1947 in Dachau wegen der Ermordung amerikanischer Piloten zum Tode verurteilt, anschließend aber nach Polen ausgeliefert worden.

4. Prozeßunterlagen im Archiv der Hauptkommission, wie Anm. 2. Stroop verweist im Gesuch auf seine ungünstige Beurteilung durch den SS-Gruppenführer von Herff vom Mai 1943.
5. Standesamtliche Eintragung der Geburt in: StA DT/Personenstandsarchiv P 3 4 Nr. 907.
6. Moczarski, Gespräche, S. 15. Conrad Stroop trat am 15.8.1898 in den Polizeidienst; am 1.7.1919 wurde er mit dem Rang eines Polizeioberwachtmeisters in den Ruhestand versetzt, StA DT D 99 Nr. 1079.
7. Zur Herberge zur Heimat s. u.a. StA DT D 2C Detmold Nr. 85 mit Verzeichnis der Obdachlosen v. 1.4.1902 bis 30.6.1921, mit vielen Eintragungen Conrad Stroops; auch StA DT D 106 Detmold 2376.
8. Nach Auskunft von M.D., der als Zivildienstleistender in der Herberge zur Heimat ältere Bewohner des Hauses befragt hatte.
9. Vgl. Moczarski, Gespräche, S. 29, 59-60.
10. Stroop heiratete am 5.7.1923 Käthe Barckhausen, die Tochter des Leiters des Detmolder Lyzeums, StA DT/Personenstandsarchiv P 34 Nr. 1001.
11. Die katholische Herkunft mit einer Mutter, die dem Zentrum nahestand, (StA DT D 106 Detmold Nr. 1496) und dem Besuch der katholischen Grundschule (StA DT L 75 VIII Nr. 10 II, Nr. 32) war eine Besonderheit im protestantisch geprägten Detmold.
12. StA DT L 101 Pers. Nr. 245.
13. Dazu Wolfgang Ayaß, Ein Gebot der nationalen Arbeitsdisziplin. Die Aktion 'Arbeitsscheu Reich' 1938. In: Beiträge zur Nationalsozialistischen Gesundheits- und Sozialpolitik 6, S. 43-74; auch Ulrich Sondermann-Becker, Die Armee der Nichtseßhaften ist schärfstens aufzuheben! – Evangelische Wanderfürsorge in Westfalen im Dritten Reich. In: „Westfälische Forschungen" 43 (1993), S. 331-356.
14. StA DT D 100 Nr. 291.
15. Vgl. Peter Veddeler, Nationale Feiern am Hermannsdenkmal in früherer Zeit, in: Günther Engelbert (Hrsg.), Ein Jahrhundert Hermannsdenkmal 1875–1975. Detmold 1975, S. 167-182.
16. Moczarski, Gespräche, S. 28-30 u. S. 42.
17. Festprogramm zu diesem Treffen in StA DT D 70 Nr. 154.
18. Dirk Mellies, Arminius, der Mega-Star. Mißbrauch und Vermarktung des Hermannsdenkmals von der Einweihung bis heute. Unveröffentlichtes Manuskript. Detmold 1993, StA DT D 71 Nr. 1317. Vgl. auch Veröffentlichung in diesem Buch S. 554.
19. Zitiert im NS-Heimatkalender, 1934.
20. Zu Himmlers Suche nach einer geeigneten Burg, die er dann zuletzt in der Wewelsburg nahe Paderborn fand, s. Karl Hüser, Wewelsburg 1933–45. Kult- und Terrorstätte der SS. Paderborn 1982, ^{2}1987.
21. Das zentrale Wahlplakat zeigt das Hermannsdenkmal vor einem roten Hakenkreuz und den Text: „Macht frei das Hermannsland". Original in der Lippischen Landesbibliothek Soz. 11/53 P. Abbildung u.a. in Kreis Lippe u.a. (Hrsg.), Hakenkreuz über Lippe. Ein Rückblick, Detmold 1983, S. 24.
22. Am 14.1.1915 die Lippische Militär- u. Verdienstmedaille, am 2.12.1915 das EK II und am 22.9.1916 das Fürstlich-Lippische Verdienstkreuz.
23. Zu Stroops Erfahrungen im Ersten Weltkrieg s. Moczarski, Gespräche, S. 33-38. Auf die Frage, warum er nicht zum Offizier ernannt worden war, verwies der peinlich berührte Stroop auf sein junges Alter.
24. Moczarski, Gespräche, S. 49.

25. Nachrichtenblatt des Bundes ehem. 256er, 1. Jg. (1926), Heft 1, S. 6.
26. „Der Bund hat nichts gemein mit Politik und parteipolitischen Gesinnungen. Hier sammeln sich nur Kameraden, ganz gleich welcher Partei sie angehören", Nachrichtenblatt, 2. Jg. (1917), Heft 2, S. 20.
27. Schreiben v. 23.11.1920, in: StA DT L 101 A Pers. Nr. 245; s. auch L 80 I Pers. Nr. 1770. In der Meldung der 'Vergehen' v. 23.10.1920 wird erwähnt, daß es sich um jüdische Mädchen gehandelt habe.
28. Angaben in seiner SS-Personalakte, in: Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Zehlendorf. Hier liegen die Materialien des früheren Berlin Document Center; sie werden im Folgenden mit 'BDC, Stroop' zitiert.
29. StA DT D 72 Nachlaß Helmuth Petri.
30. Darstellung der Rolle der SS in: Gauleitung Westfalen-Nord (Hrsg.), Hitler kämpft und siegt in Lippe. Detmold 1934, S. 35-36.
31. Dazu Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933. München 1976; und Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987, S. 37.
32. S. Personalakte Stroops, StA DT L 101 A Pers. Nr. 245.
33. Schreiben Stroops an den Landespolizeidirektor v. 15.5.1933, in: StA DT L 80 I IV 5 Nr. 4. In der Akte auch eine Liste der Detmolder Hilfspolizisten v. 15.6.1933.
34. Bericht Brands , S. 23, in: StA DT D 70 Nr. 66.
35. Berichts Brands, S. 24.
36. StA DT L 80 I Pers. Nr. 602.
37. S. Dina van Faassen u. Jürgen Hartmann, ... dennoch Menschen von Gott erschaffen – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung, Bielefeld 1991, S. 116 u. S. 129.
38. Verzeichnis der 'Schutzhaftgefangenen' des Detmolder Gerichtsgefängnisses in StA DT D 22 Detmold Zug. 31/86.
39. Zu Fechenbachs Wirken s. Landesverband Lippe u.a. (Hrsg.), Felix Fechenbach 1894–1933. Journalist, Schriftsteller, Pazifist, Detmold 1994.
40. Reproduktion in StA DT D 75 Nr. 3819; Abb. u.a. in Kreis Lippe u.a. (Hrsg.), Hakenkreuz, S. 55.
41. Bericht Brands, S. 23-24.
42. StA DT D 99 Nr. 6995; s. auch Wolfgang Müller, Moritz Rülf – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit, in: „Lippische Mitteilungen" 57 (1988), S. 365-432.
43. StA DT L 80 Ie IV 5 Nr. 2 I.
44. Josef Wulf, Das Dritte Reich und seine Vollstrecker. München 1978, S. 216.
45. Vgl. die Tagesmeldungen im sog. Stroop-Bericht, z.B. die v. 26.4.1943.
46. Wie Anm. 35.
47. Ein eindrucksvolles Porträt von Robert Levi und Einzelheiten zu seinem Schicksal seit 1940 gibt Ruth Margalit, geb. Ehrmann, in einem Privatbrief v. 7.1.1989; vgl. Veröffentlichung in diesem Buch. Zu Levi auch Christian Starre, Das Schicksal der Juden in Bad Lippspringe und Schlangen während der Zeit des Dritten Reiches. Unveröff. Examensarbeit Paderborn 1977, Manuskript in StA DT D 71 Nr. 745.
48. S. die beiden Personalakten zu Stroop, wie Anm. 25.
49. Bericht Brands, S. 24.
50. Die SS verwendete in dieser Zeit die Begriffe 'Sturmhauptführer' und 'Hauptsturmführer' nebeneinander.
51. BDC, Stroop.

52. Anspielung auf Stroops Darstellung seiner Gefühle bei der Überreichung des Eisernen Kreuzes 1915, s. Moczarski, Gespräche, S. 33.
53. „Lippische Staatszeitung" v. 14.4.1934.
54. Änderungsvermerk v. 9.5.1941, in BDC, Stroop. Abdruck des Vermerks auch in Moczarski, Gespräche, S. 410.
55. S. Anm. 4.
56. Alle Angaben in BDC, Stroop. Eine Untersuchung dieser Phasen der Karriere Stroops steht – seine Rolle beim Aufstand des Ghettos in Warschau ausgenommen – noch aus.
57. Schriftwechsel in BDC, Stroop, s. auch die Personalakte in: StA DT L 80 I Pers. Nr. 1770.
58. „Lippische Staatszeitung" v. 9.11.1943.
59. Nach mündlicher Mitteilung von H.B., der damals Lehrling bei der Lippischen Katasterinspektion war.
60. Die Kreisleitung der NSDAP Lippe verschickte seit Oktober 1941 diese aus kurzen Berichten der Ortsgruppen und einigen belletristischen Elementen bestehenden 'Heimatbriefe' an alle lippischen Soldaten, um die Verbindung von 'Heimat' und 'Front' aufrecht- und in nationalsozialistischer Hand zu erhalten. Sie hatten eine Auflage von mehr als 26.000; die letzte bekannte Ausgabe erschien als Nr. 13 Ende 1944. Stroop hatte die Nr. 10 vom Dez. 1943 erhalten.
61. Schreiben v. 31.1.1944, in: StA DT L 113 Nr. 1059.
62. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2630.

Lukas Speckmann

Ein 'lippischer Chefideologe'? – Der Komponist August Weweler

> Wir halten es für geradezu grotesk, wenn eine Straße nach einem offensichtlichen lippischen „Chefideologen" der Nazibarbarei benannt ist. Geradezu peinlich wird es dann, wenn man weiß, daß in unmittelbarer Nachbarschaft die Felix-Fechenbach-Straße entsteht, die damit an diesen aufrechten Demokraten erinnert, der durch die Nationalsozialisten ermordet wurde. Wir halten es daher für wünschenswert und angebracht, die August-Weweler-Straße in Geschwister-Scholl-Straße umzubenennen. Damit würde dann an eine Tradition unseres Landes erinnert, der wir uns wahrlich nicht zu schämen brauchten.[1]

Vermutlich wäre die Erinnerung an Leben und Werk des Komponisten Benedikt August Weweler (1868 – 1952) in den wenig spektakulären Niederungen der lippischen Musikgeschichte verschwunden, hätten nicht die Jungsozialisten in der SPD, Gruppe Detmold, in einem Schreiben an den Detmolder Bürgermeister Vogt im November 1985 mit diesen Worten ihren Bürgerantrag auf Umbenennung der August-Weweler-Straße begründet.[2] Elf Jahre zuvor hatteder Rat der Stadt den Anregungen zweier Freunde des Musikers entsprochen und den damals schon weitgehend Vergessenen mit der Widmung ausgerechnet jener repräsentativen Straße geehrt, an der das neue lippische Kreishaus im Entstehen begriffen war.[3] Dies geschah anscheinend in völliger Unkenntnis sowohl der künstlerischen Leistungen wie auch der politischen Vergangenheit Wewelers; schließlich war letztere in keiner der nach seinem Tod veröffentlichten Würdigungen seines Schaffens auch nur angedeutet worden.[4] Erst die Forschungen des Historikers (und damaligen Jungsozialisten) Reinhard Wulfmeyer, dessen 1987 herausgegebene Studie 'Lippe 1933' sich selbst als „Beitrag zur Schärfung des historischen Gedächtnisses" versteht,[5] machten nachhaltig darauf

aufmerksam,[6] daß August Weweler in den ersten Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft an der Gleichschaltung des kulturellen Lebens in Lippe beteiligt war:

> Es war der NS-Kampfbund für Deutsche Kultur unter seinem Vorsitzenden Prof. August Weweler, der dafür sorgte, daß in Lippe die Richtlinien des Propagandaministeriums in die Tat umgesetzt wurden [...] In vielfacher Weise betätigte sich der erwähnte „Kampfbund", der bald durch den NS-Kulturbund ersetzt wurde, als Zensurorgan und Motor zur Verbreitung einer nationalsozialistischen Kunst.[7]

Diese Darstellung scheint den Bürgerantrag der Detmolder Jusos wesentlich beeinflußt zu haben, denn zur Begründung des Antrags wurde an exakt jene Vorgänge erinnert, über die Wulfmeyer zwei Jahre später in seinem Buch berichten sollte. Der Detmolder Stadtrat ließ damals durch das Staatsarchiv eine Sammlung von Dokumenten anfertigen, die zur Grundlage der weiteren Verhandlungen um die Person Wewelers wurde. Art und Umfang dieser Sammlung sind damals nicht hinterfragt worden. Sonst hätte sich feststellen lassen, daß erstens überhaupt nur sehr wenig gefunden werden konnte und zweitens die meisten der vorhandenen Quellen den zu erforschenden Gegenstand ihrerseits kritisch reflektieren. Das Material wurde nicht interpretiert, sondern bedenkenlos als aussagekräftige Primärquelle akzeptiert; die entschuldigenden Einwände eines namhaften Professors der Detmolder Musikhochschule sowie der Angehörigen und Nachlaßverwalter des Komponisten konnten daher leicht als unverzeihliche Ignoranz und Verharmlosung gelten. Was war auch von dem Verfasser eines 'Lippischen SA-Marsches' zu halten, der sich „alter Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung" nannte und damit prahlte, „zu allen Zeiten den zersetzenden jüdisch-internationalen Einflüssen entgegengewirkt" zu haben[8] – und der schließlich als Leiter der Detmolder Ortsgruppe eines dubiosen Naziverbandes namens 'Kampfbund für Deutsche Kultur' an die Öffentlichkeit getreten war? Die Bezeichnung 'lippischer Chefideologe' bestimmte schnell die öffentliche Diskussion; der Einwand, dies sei deutlich übertrieben,[9] ging klaglos darin unter. Am 23. Oktober 1986 entschied sich der Detmolder Stadtrat mit deutlicher Mehrheit für die Umbenennung der fraglichen Straße. August Weweler wurde damit unehrenhaft aus der lippischen Geschichte entlassen. Wer öffentlich für den Komponisten eingetreten war, sah sich rüde beschimpft:

> Die Verharmlosungen des Dr. H. in Bezug auf die faschistische Vergangenheit W's, der gleich nach der Machtübernahme bei allen größeren Nazi-Spektakeln als Kulturrepräsentant der Faschisten in der ersten Reihe stand, grenzen schon an Neofaschismus.[10]

Der solcherart angegriffene, an gleicher Stelle auch als 'Nazi-Freund' bezeichnete Dr. Robert Haas beschloß daraufhin, den ursprünglich für die Lippische

Landesbibliothek bestimmten musikalischen Nachlaß seines Großonkels als Dauerleihgabe dem Westfälischen Musikarchiv in Hagen zu überlassen. Damit war der 'Fall Weweler' jedoch keineswegs abgeschlossen. Die Mitglieder des 'Kulturvereins Recke e.V.', denen ein berechtigtes Interesse an der Erforschung des wohl bedeutendsten Sohnes ihrer Gemeinde nicht abgesprochen werden kann, wurden seitens des Detmolder Staatsarchivs vorsorglich darauf hingewiesen, daß Wewelers Wirken in Detmold äußerst umstritten sei[11] – womit scheinbar nahegelegt werden sollte, von der Beschäftigung mit August Weweler doch besser abzusehen. Ein von ebendiesem Verein organisierter 'Geschichtstag', der mit Vorträgen und einem kleinen Konzert an den Komponisten erinnern sollte, wurde wegen ernster Bedenken eines zuvor in Detmold tätigen Lokalpolitikers abgesagt. Freilich unter einem Vorwand und in aller Stille, denn eine Kommunalwahl stand vor der Tür, und eine öffentliche Diskussion schien nicht angebracht.

Einwände ähnlicher Art bedrängten auch den Verfasser dieser Zeilen im Zug seiner musikwissenschaftlichen Weweler-Forschungen.[12] Dabei überraschte besonders die Erkenntnis, daß über Persönlichkeit und Werk dieses Musikers bereits zu seinen Lebzeiten kontrovers diskutiert worden war. Weweler, allen anderslautenden Vermutungen zum Trotz ein introvertierter, fast schüchterner und darum wenig weltgewandter Mann, fühlte sich ständig von den Intrigen einer mißgünstigen Umwelt verfolgt. Er reagierte mit innerem wie äußerem Rückzug – und mit dem Versuch, die Erfolglosigkeit und Verbitterung seines Lebens mit einem ideologischen Modell zu erklären, das einer genauen Prüfung zwar kaum hätte standhalten können, spätestens seit 1932 aber allgemein akzeptiert wurde. Als zweifellos überzeugter Nationalsozialist verpflichtete Weweler sich damals der bis heute kaum definierbaren Kulturideologie der NSDAP, was der Rezeption seiner Musik zum dauerhaften Verhängnis geworden zu sein scheint. An dieser Stelle ist – das sei mit Nachdruck betont – keineswegs der Versuch einer Rehabilitation Wewelers beabsichtigt. Vielmehr soll mit Hilfe der verfügbaren Quellen untersucht werden, welche Rollen der vermeintliche 'Chefideologe' und sein 'Kampfbund' in der Kulturpolitik der lippischen Nazis tatsächlich gespielt haben. Die Vermutung liegt nah, daß die aufgeregte Polemik der Diskussion um einen „Toten mit Schuld"[13] an einer präziseren Erforschung des Sachverhalts gar nicht interessiert war. Um die rhetorische Frage des Titels gleich vorweg zu beantworten: Ein 'lippischer Chefideologe' war August Weweler nicht.

Zur Biographie August Wewelers (Teil I)

Eine kurze biographische Darstellung[14] scheint der Widersprüchlichkeit der Quellen wegen unerläßlich. August Weweler wurde am 20. Oktober 1868 in

Landesbibliothek Detmold

der münsterländischen Gemeinde Recke als Sohn eines Kleinbauern und Wanderkaufmanns geboren; der Vater starb bereits 1875. Dem Besuch der Rektoratsschule in Ibbenbüren folgte 1883 eine Kaufmannslehre in dem Geschäft eines Onkels in Lage, später in Greifswald. 1885 beendete der bereits musisch Interessierte die ungeliebte Lehrzeit eigenmächtig, nahm ein Jahr lang privaten Musikunterricht bei einem Lehrer des Seminars in Warendorf und immatrikulierte sich im April 1886 am 'Königlichen Conservatorium der Musik' in Leipzig, der damals renommiertesten deutschen Musikhochschule. Hier waren vor allem Theodor Coccius (Klavier) und Salomon Jadassohn (Komposition) seine Lehrer. Trotz anfänglicher Fortschritte besonders im Klavierspiel verlor Weweler schon nach zwei Jahren jedes Interesse an der ihm langweilig scheinenden Ausbildung, ließ sich auf einem abschließenden Zeugnis Talentlosigkeit bescheinigen und schlug sich fast zehn Jahre lang als Gelegenheitsmusiker und Komponist harmloser Gesellschaftsmusik in Leipzig durch und betrieb während dieser Zeit allerdings auch autodidaktische, dem Geist der Mendelssohn-Schule verpflichtete Studien. Ein Engagement als Kapellmeister am Stadttheater in Elbing (Ostpreußen) während der Saison 1897/98 scheiterte an den Komplikationen des verhaßten 'Theaterbetriebs' und verstärkte Wewelers Abneigung gegenüber jeder Form großstädtischen Musiklebens. 1898 machte er die Bekanntschaft des Detmolder Schauspielers und Intendanten Emil Becker, der ihn als Klavierspieler an das Sommertheater im 'Neuen Krug' verpflichtete; noch im selben Jahr ließ sich Weweler als freier Komponist, Pianist, Musiklehrer und Leiter des gemischten Chores des Bildungsvereins in Detmold nieder. Seine erste Oper 'Dornröschen', 1903 in Kassel mit großem Erfolg uraufgeführt, erfuhr anläßlich einer Inszenierung am Berliner Nationaltheater 1904 den beißenden Spott der hauptstädtischen Musikkritik und verschwand daraufhin von den Bühnen; der zweiten, komischen Oper 'Der grobe Märker' (1908) gelang es nie, die Grenzen ihrer Premiere am Detmolder Hoftheater zu verlassen. Von diesen künstlerischen Rückschlägen schwer getroffen, etablierte sich Weweler dauerhaft in der für ihn sicheren musikalischen Provinz. Das eigens zur 1900-Jahrfeier der Varusschlacht verfaßte Festspiel 'Hermann der Cherusker' trug zur Stärkung seines guten Rufes in Detmold ebenso bei wie der 1911 von Fürst Leopold verliehene Professorentitel. Als Leiter des Detmolder Oratorienvereins organisierte Weweler 1912 und 1914 zwei vielbeachtete 'Lippische Musikfeste', deren zweites die Uraufführung seines musikalischen Hauptwerks, des Oratoriums 'Die Sintflut' erlebte. Der Weltkrieg beendete Wewelers bescheiden erfolgreiche Zeit; die lippische Nachkriegsgesellschaft konnte sich ihren früheren Hof- und Landeskomponisten nicht mehr leisten und zeigte kaum noch Interesse an seiner den Maßstäben der Kaiserzeit verpflichteten Musik. Doch war Weweler zu jedem wirtschaftlichen Kompromiß bereit, „wenn ich Detmold nur nicht verlassen muß."[15] Das 1916 von ihm und dem Schauspieler Georg Bruns gegründete 'Fürstlich Lippische Konservatorium für

Musik, Theater und Redekunst', das als 'Lippisches Landeskonservatorium' bis 1945 Bestand haben sollte, gewährte ein bescheidenes Auskommen als Musiklehrer. Als die kleine, von Spenden finanzierte private Musikschule 1927 vor dem Ruin stand, organisierte sich ein Trägerverein, dessen Leitung Weweler als Vorstandsvorsitzender und Direktor übernahm. Nur drei Jahre später schied er offenbar in Unfrieden aus dem Amt.[16] Als Musiklehrer in jeder Hinsicht gescheitert, als Komponist nicht beachtet, vergessen oder ausgelacht, fristete Weweler zwei in jeder Hinsicht kümmerliche Jahre, bedrückt von Depressionen und bitterer Armut. Im Februar 1932, unter dem Eindruck des mit großem Aufwand betriebenen und darum erfolgreichen Wahlkampfes zur lippischen Kommunalwahl, trat der mittlerweile Dreiundsechzigjährige in die NSDAP ein.

Konservative Musikästhetik und nationalsozialistische Ideologie

Es wäre zu einfach, diesen Schritt allein mit Wewelers damaliger wirtschaftlicher Notlage, letztlich also mit reinem Opportunismus erklären zu wollen. Zwar hat sich Weweler vor diesem Zeitpunkt niemals politisch betätigt, doch kann nicht übersehen werden, daß einige seiner älteren Bühnenwerke – vor allem das berüchtigte 'Hermann'-Festspiel, deutlicher jedoch die Oper 'Der grobe Märker' – in beiden Fällen war der Komponist auch der Verfasser des Textes – dem Gedankengut alldeutsch-pangermanischer Kreise nahestehen, das seinerseits als einer der wichtigen Impulse nationalsozialistischer Kulturpolitik gelten darf.[17] Diese Nähe kam nicht von ungefähr. Wewelers künstlerische Entwicklung vollzog sich im Bann des großen Kulturpessimismus,[18] der auch die musikalische Diskussion der Jahrhundertwende entscheidend geprägt hat. Nicht, wie vielfach angenommen, die vielbeschworene 'Neue Musik' mit ihren Protagonisten Schönberg, Strawinsky oder Bartók, sondern bereits die Kompositionen der unmittelbaren Wagner-Nachfolge, vor allem die Werke Richard Strauss', standen im Kreuzfeuer einer Kritik, die sich im Grunde gegen die musikalischen Formen einer städtischen, industriellen Zivilisation richtete, gegen eine Musik also, die auf der Jagd nach Originalität und Sensation jedes Maß und jede Tradition zu leugnen schien. 'Materialismus gegen Idealismus' oder 'Zivilisation gegen Kultur' waren die Schlagworte einer polemischen Auseinandersetzung, die fast übergangslos aus dem Kaiserreich in die Weimarer Republik getragen wurde. Seit dem Erscheinen von Fritz Sterns grundlegender Untersuchung 'The Politics of Cultural Despair', 1961,[19] dürfte an den elementaren Zusammenhängen zwischen dieser Auseinandersetzung und der späteren nationalsozialistischen Ideologie in Deutschland kein Zweifel mehr bestehen. Als Vertreter einer prinzipiell fortschrittsfeindlichen, akademischen Musiktradition sah sich Weweler stets in Opposition zu liberaler Kunstauffas-

sung und hielt ihr entgegen, was seinerzeit als selbstverständliches Prädikat konservativer Geisteshaltung galt: Nationale Qualität. Bereits der Märchenoper 'Dornröschen' wurde von der Kritik bestätigt, ein eminent 'deutsches' Werk zu sein. Der Mißerfolg der Oper in Berlin schien nur verständlich, hatte ein Rezensent doch schon anläßlich der Uraufführung daran erinnert, „wie schwer es den Deutschen von den Deutschen gemacht wird, ihren Werken vor der Hochflut fremdländischer Kunst Geltung zu verschaffen".[20] Der geschmähte Komponist zog sich nach Detmold zurück und verfaßte hier die Streitschrift 'Ave musica!' („Abseits der grossen Welt, die mir keine Ideale rauben soll, schrieb ich diese Zeilen"),[21] die im wesentlichen eine Restitution der musikalischen Traditionen des 18. und 19. Jahrhunderts fordert. Die Wirren der Nachkriegszeit, die Weweler die Auflösung halbwegs stabiler künstlerischer und wirtschaftlicher Verhältnisse brachten, änderten freilich den Ton dieser Schrift: Eine stark bearbeitete Auflage, die 1919 in Regensburg erscheinen konnte, prophezeite den Untergang abendländischer Kultur:

> Seit langem nahm der Idealismus von unserem Kunstleben Abschied, und dieses zeigt ein getreues Abbild der Zeit im allgemeinen. So schwer der Kampf um das Dasein auch sei und so sehr sich unter seinem Drucke das Geschäft in der Kunst auch entwickeln mußte, dieser krasse Materialismus, der uns aller Ecken und Enden mit gierigen Augen anglotzt, entsprang denn doch wohl noch anderen Ursachen. [...] Hand in Hand mit diesem allen geht ein widerwärtiger Feminismus durch unsere Zeit, der umso gefährlicher ist, als er unreifen Geistern, und demnach zumeist den Heranwachsenden als Kraft und Freiheitsideal erscheint. Seine Quelle ist aber geistige Impotenz, seine Tendenz brutale Ausnutzung der schwachen Seite der Volksseele und sein Walten daher eine unerhörte Beleidigung des Volksgesamten an sich.[22]

Äußerungen wie diese standen offenbar unter dem Eindruck einer Diskussion, die sich nicht mehr als Kontroverse verschiedener Meinungen, sondern als dogmatische Polemik gegen künstlerische Ketzerei verstand. Der Begriff 'geistige Impotenz' verweist auf das zweifelhaft leuchtende Vorbild Hans Pfitzner, der mit seinen Streitschriften 'Futuristengefahr' (1917, gegen Ferrucio Busoni) und 'Die neue Ästhetik der musikalischen Impotenz. Ein Verwesungssymptom' (1920, gegen Paul Bekker) zum Wortführer einer reaktionären Musikkritik wurde,[23] die ihre eminent nationalistische und auch antisemitische Haltung nicht mehr verbergen mochte. Da sich Pfitzner als aufrechter Verteidiger kultureller Werte verstand und sich überdies in einer im Jahr 1920 eher belächelten Außenseiterposition befand, werden seine Äußerungen selbst von der neuesten Forschung mit Nachsicht behandelt.[24] Doch zweifellos waren seit dieser Zeit Begriffe wie 'jüdisch-bolschewistisch' oder 'kerndeutsch' im Vokabular der musikästhetischen Diskussion fest verankert.

August Weweler beließ es bei der neuerlichen Auflage seiner Streitschrift und beteiligte sich nicht mehr öffentlich an dieser Auseinandersetzung. Aller-

dings muß auf die Dürftigkeit der biographischen Quellen gerade für die zwanziger und frühen dreißiger Jahre hingewiesen werden: Persönliche Aufzeichnungen Wewelers – Briefe oder Tagebücher – existieren nicht. Die überaus spärlichen Zeitungsberichte jener Zeit dokumentieren lediglich eine unauffällige Tätigkeit Wewelers als Pianist und Musiklehrer; nichts deutet jedoch auf eine politische Arbeit etwa im Sinn der gerade in Lippe zahlreich vertretenen völkischen Verbände. Auf die immer gern erwähnte persönliche Bekanntschaft mit Heinrich Drake sei auch hier stattdessen hingewiesen; ebenso auf die Tatsache, daß Weweler 1927 einen Artikel für das von Felix Fechenbach geleitete sozialdemokratische „Volksblatt" schrieb[25] – was er als bereits überzeugter Nationalsozialist kaum getan hätte. Erst das Scheitern seiner Tätigkeit als Leiter des Detmolder Konservatoriums und die Not der folgenden Zeit dürfte ihn politisch entscheidend motiviert haben. Gegenüber der Partei gab er später an, seinen Aufnahmeantrag bereits im Frühjahr 1931 unterschrieben zu haben,[26] zur selben Zeit sei auch das als 'Lippischer SA-Marsch' bekannt gewordene Lied 'Auf, deutsche Brüder!' entstanden. Möglicherweise hat sich Weweler profilieren wollen; der Parteiausweis datiert jedenfalls vom 1. Februar 1932, und auch das Marschlied ist erst 1932 in Leipzig erschienen. Daß der frischgebackene Parteigenosse, über dessen Eintritt die Nazi-Zeitung „Lippischer Kurier" erstaunlicherweise nichts berichtet, die diversen Wahlkämpfe der lippischen NSDAP aktiv unterstützt hat, ist wiederum wahrscheinlich, wird aber durch die Quellen kaum bestätigt. Ein kurzer Briefwechsel zwischen dem Komponisten und der Parteibezirksleitung vom September 1932 dokumentiert lediglich die Verbreitung von 'Auf, deutsche Brüder!' – und enthält Wewelers Beschwerde, am Verkaufserlös bisher nicht beteiligt worden zu sein.[27] Es bleibt festzustellen, daß Wewelers Name erst nach der 'Machtergreifung' Hitlers regelmäßig in der Öffentlichkeit erschien: Der „Lippische Kurier" berichtete im März 1933 von der Gründung einer Ortsgruppe des 'Kampfbunds für Deutsche Kultur'[28] unter dem Vorsitz des Pg. Professor Weweler.

Der Kampfbund für Deutsche Kultur (KfDK)

In den letzten Jahren hat sich in der Forschung die Erkenntnis durchsetzen können, daß das vom Herrschaftsapparat der NSDAP ausgehende „eindrucksvolle und furchterregende Bild monolithischer Geschlossenheit"[29] auch auf kulturellem Gebiet der Wirklichkeit nicht unbedingt entsprach. Tatsächlich existierten verschiedene, miteinander um Kompetenzen ringende Kulturorganisationen, -verbände und -abteilungen; es gab jedoch keine Instanz, der ein verbindliches Urteil darüber zugestanden worden wäre, welche Art von Kunst als ideologisch opportun zu gelten hatte und welche nicht. Entsprechend hat sich die Partei auch niemals zu einer offiziellen Musikideologie durchringen können

oder wollen.[30] Allenfalls wurde eine grundsätzlich reaktionäre, antimoderne Haltung artikuliert,[31] mit deren Hilfe sich die klassisch konservative Kulturkritik mühelos absorbieren ließ. Neu war nicht die Feststellung, daß die vielbeschworene Kulturkrise eigentlich eine Krise der Gesellschaft sei, neu war der erfolgversprechende, revolutionäre Schwung, mit dem die nationalsozialistische Ideologie Feindbilder aufstellte und Gegeninitiativen versprach.[32] August Weweler, von der Aussicht auf die lang entbehrte Anerkennung geblendet, zögerte nicht, die eigenen 'Ave musica!'-Vorstellungen mit dem Programm der Nationalsozialisten[33] zu identifizieren:

> Es scheint als fehle in unserem Musikleben eine Instanz, die, über dem Getriebe stehend, von höchster objektiver Warte aus in Wirksamkeit träte, eine Prüfungszentrale. Das würde der Freiheit der Kunst keinen Abbruch tun, sondern nur bewirken, daß ein Kunstwerk endlich vom Urteil der Einzelnen unabhängiger würde und diese nun nicht mehr imstande wären, sein Geschick allein zu bestimmen.[34]

Die Idee einer solchen 'Prüfungszentrale' fand Weweler offenbar im 'Kampfbund für Deutsche Kultur' verwirklicht, „der ersten und einzigen nationalsozialistischen Kulturorganisation während der sogenannten Kampfzeit".[35] Dieser Verband ging auf eine Initiative des selbst innerhalb der Hitlerbewegung umstrittenen Ideologen Alfred Rosenberg zurück, der 1927 mit der Organisation einer 'Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur – nationalsozialistische wissenschaftliche Gesellschaft' begonnen hatte. Nach internen Auseinandersetzungen entschloß sich Rosenberg schließlich zur Gründung eines privaten Verbandes mit Sitz in München, der sich im Februar 1929 mit einem Vortrag des Staatsrechtlers Othmar Spann im Auditorium Maximum der Universität (über 'Die Kulturkrise der Gegenwart') und mit einem Aufruf in der „Zeitschrift für Musik" dem Publikum vorstellte.[36] Das Prestige des 'Kampfbunds' war durch eine Reihe prominenter Förderer aus Politik und Gesellschaft schnell begründet,[37] ein Erfolg, der nicht zuletzt auf die vermeintliche Überparteilichkeit der Organisation zurückzuführen war:

> Der Kampfbund für deutsche Kultur hat den Zweck, inmitten des heutigen Kulturverfalls die Werte des deutschen Wesens zu verteidigen und jede arteigene Äußerung kulturellen deutschen Lebens zu fördern. Der Kampfbund setzt sich als Ziel, das deutsche Volk über die Zusammenhänge zwischen Rasse, Kunst, Wissenschaft, sittlichen und soldatischen Werten aufzuklären. Sie setzt sich zum Ziel, bedeutende, heute totgeschwiegene Deutsche durch Wort und Schrift der Öffentlichkeit näherzubringen und mit allem Nachdruck dem kulturellen Gesamtdeutschtum ohne Berücksichtigung politischer Grenzen zu dienen.[38]

Es sei an dieser Stelle mit aller Deutlichkeit betont, daß der 'Kampfbund für Deutsche Kultur', seiner anvisierten Rolle als geistiger Vorreiter der NSDAP zum Trotz, niemals offiziell der Partei unterstellt war und auch nicht ständig

von ihr finanziert wurde. Der KfDK „war und blieb eine kleine Organisation, die die Kosten 'sensationsreicher' Veranstaltungen gar nicht zu tragen vermochte."[39] Wenngleich sich dieser Umstand als belanglose Formalie betrachten ließe, wurde er doch zum entscheidenden Faktor, als sich Rosenbergs Organisation schon bald mit offiziellen NS-Kulturverbänden konfrontiert sah – und sich letztlich nicht behaupten konnte. Die wenigen 'Ortsgruppen' des KfDK beschränkten sich in der Regel auf die – seltene – Veranstaltung öffentlicher Vortragsabende. Lediglich in Thüringen, wo die NSDAP während einiger Monate des Frühjahrs 1930 an der Regierung beteiligt war, gelang dem KfDK-Landesleiter Hans Severus Ziegler in seiner Eigenschaft als Referent des nationalsozialistischen Innen- und Kultusministers Frick die rabiate Durchsetzung einer Kulturpolitik,[40] deren zweifelhaften Erfolg Alfred Rosenberg allerdings nicht für den Kampfbund reklamieren konnte. Stattdessen gründete die Partei im Dezember 1930 eine hauseigene 'Abteilung für Rasse und Kultur' (seit September 1932: 'Abteilung Volksbildung', später dem Propagandaministerium unterstellt), innerhalb welcher der agile Dr. Ziegler Karriere machen konnte.[41] Als es darum ging, die Kompetenzen zwischen der offiziellen Parteiabteilung und dem KfDK zu verteilen, wurde dem Kampfbund nur noch das „Recht der Beratung und des Vorschlages"[42] eindeutig zugesprochen. Ende 1932 scheint der Verband unmittelbar vor der Auflösung gestanden zu haben; Hitlers 'Machtergreifung' gab dem KfDK indessen neuen Auftrieb.[43] Eine von Reinhard Bollmus entwickelte Statistik[44] bestätigt einen Anstieg der (geschätzten) Mitgliederzahlen von nur 6.000 im Januar 1933 auf 21.000 im Juli des Jahres, während sich die Zahl der Ortsgruppen im gleichen Zeitraum um 70 auf 310 vergrößerte. Der Höhepunkt dieser Entwicklung war im Oktober 1933 erreicht, als der KfDK über ca. 38.000 Anhänger in ungefähr 450 Stützpunkten und Ortsgruppen verfügen konnte. Seine Mitarbeit an der Gleichschaltung des kulturellen Lebens wurde vor allem deshalb begrüßt, weil seine potentiellen Konkurrenten über den Zustand der Planung einstweilen nicht hinausgekommen waren. Die Gründung der Detmolder Ortsgruppe des KfDK im März 1933 stand also im Zeichen einer spürbaren Aufwärtsentwicklung des Verbandes.[45]

Die Ortsgruppe Detmold

Leider existieren so gut wie keine Quellen, die über den Detmolder Ableger des Kampfbundes irgend etwas Verbindliches aussagen. Das Stichwort 'Kampfbund für Deutsche Kultur' fehlt in den Beständen des Detmolder Staatsarchivs,[46] es ist nicht einmal im ausführlichen Findbuch des Bestandes L 113 'NSDAP und NS-Organisationen in Lippe' enthalten;[47] sämtliche darin die Person August Wewelers betreffenden Akten behandeln persönliche Angelegenheiten, die mit seiner Tätigkeit als Leiter des Kampfbundes nur bedingt in

Zusammenhang stehen. Wenn Reinhard Wulfmeyer die über den KfDK berichtenden Passagen seines Kapitels 'Die kulturelle und geistig-ideologische Gleichschaltung' mit Informationen aus nur fünf Artikeln des „Lippischen Kuriers" und einem Zitat aus der „Lippischen Staatszeitung" untermauert,[48] scheint er damit tatsächlich die einzigen heute zugänglichen Quellen gefunden zu haben: die Detmolder Zeitungen – die zumindest darüber Auskunft geben können, wie sich der Kampfbund der lippischen Öffentlichkeit präsentiert hat. Die Durchsicht der entsprechenden Blätter ergab zwei bemerkenswerte Besonderheiten: Zum einen beschränkte sich die Berichterstattung über die Aktivitäten des Detmolder KfDK auf den Zeitraum von März 1933 bis August 1934, mit deutlichem Schwerpunkt in den drei Monaten April, Mai und Juni des ersten Jahres. Zum anderen war es vornehmlich der nationalsozialistische „Lippische Kurier", der die Rolle des Berichterstatters übernahm. Detmolds bürgerlich-liberale „Lippische Landeszeitung" und die nationalkonservative „Lippische Tageszeitung" hatten sich bald nach der Machtergreifung den neuen Verhältnissen angepaßt; politische Widersetzlichkeit kann also kaum der Grund für ihr auffälliges Stillschweigen gewesen sein, zumal auch sie gelegentlich (und zeitlich gemeinsam) über den Kampfbund berichteten. Vielmehr scheint der Redakteur Bernhard Thümmel, der als 'Sachberater für Rasseforschung und bildende Kunst'[49] Mitglied des Kampfbundes und somit über dessen Interna bestens informiert war, den „Lippischen Kurier" gezielt als Sprachrohr des Verbandes eingesetzt zu haben – eine Aufgabe, die von der nachfolgenden „Lippischen Staatszeitung" jedenfalls nicht übernommen worden ist. Die entsprechenden Artikel des „Kuriers" dürften vermutlich mehr Absichtserklärungen denn Reportagen gewesen sein und sollten daher mit gebührender Vorsicht behandelt werden.

Der Bericht über die Gründung der Detmolder Ortsgruppe beansprucht immerhin eine halbe Seite des „Lippischen Kuriers" vom 23. März 1933 – seltsam genug in Anbetracht der Tatsache, daß sowohl die „Landeszeitung" als auch die „Tageszeitung" erst sechs Wochen später den Kampfbund überhaupt erwähnen,[50] und wiederum zwei Wochen später zum erstenmal ausführlicher über seine Aktivitäten informieren.[51] Während der genannte Artikel eingehend die grundsätzlichen Motive und Ziele des Verbandes darlegt („Deutscher Kulturwille gegen undeutsche 'Bildung'"), erfährt der Leser so gut wie nichts über die neue Ortsgruppe selbst. Ein lapidarer Satz gibt bekannt:

> Nunmehr hat er [der Kampfbund] mit voller Kraft seine Tätigkeit begonnen und unter dem Vorsitz von Prof. Weweler fand jetzt eine Besprechung des Arbeitsausschusses der Detmolder Ortsgruppe statt, in der bereits eine Reihe von Fragen besprochen wurden.[52]

Kein Wort über die Größe, die Struktur, die personelle Zusammensetzung, das Einzugsgebiet oder den Tagungsort.[53] Nicht einmal die geistige Nähe zur

NSDAP findet ausdrückliche Erwähnung – wenngleich niemand darüber ernsthaft im unklaren gewesen sein wird. Ferner wird allenfalls angedeutet, worin die konkrete Arbeit des Kampfbundes bestehen werde: Die Feier zu Johannes Brahms' 100. Geburtstag, die Arbeit des Landestheaters, das Detmolder Film-, Vortrags- und Konzertwesen mögen „nunmehr auch im Sinne wahrer deutscher Kultur" Umgestaltung erfahren, entsprechende Eingaben sollten der Lippischen Regierung unterbreitet werden:

> Betont wurde zum Schluß, daß es eine der wesentlichen Funktionen des Kampfbundes für Deutsche Kultur in Detmold sei, der Lippischen Landesregierung, mit der sie aufs Engste im gleichen Streben verbunden ist, auf den entsprechenden kulturellen Gebieten beratend und helfend zur Verfügung zu stehen.[54]

Zweifellos beherrscht dieser Artikel die Technik propagandistischer Suggestion. Sein Autor möchte offenbar den Eindruck vermitteln, daß der Kampfbund eine von der Partei autorisierte, von der Lippischen Regierung anerkannte und ihr gegenüber weisungsbefugte Organisation sei, der damit das Recht kultureller Zensur exklusiv zustünde. Reinhard Bollmus hat überzeugend nachgewiesen, daß die frühen Gleichschaltungserfolge des KfDK stets das Ergebnis solcher Anmaßung waren;[55] moralischer Druck ging eben auch von solchen Verlautbarungen aus, die sich nur den Anschein 'parteiamtlicher' oder staatlicher Legitimation gaben. Der „Lippische Kurier" hielt sich auch in den folgenden Wochen mit Äußerungen sehr zurück, die Aufschluß über die tatsächliche Größe und Bedeutung des Detmolder Kampfbunds hätten geben können. Eine Ortsgruppe mußte mindestens sieben Personen umfassen[56] – konfrontiert man den statistischen Mittelwert von rund dreißig Mitgliedern[57] mit der geringen Größe der Stadt, läßt sich eine Zahl von zehn bis zwanzig Gründungsmitgliedern wahrscheinlich machen. August Weweler, so meldete der „Lippische Kurier" am 30. März 1933, fungierte als Leiter, der Studiendirektor a.D. Lange als Geschäftsführer der neuen Ortsgruppe, die sich als „Zentrale zur Gründung weiterer Ortsgruppen in anderen lippischen Orten"[58] verstand. Die fernere Berichterstattung kann freilich nicht verbergen, daß selbst die eifrigsten Fürsprecher des Kampfbunds über seine Binnenstruktur im unklaren geblieben waren. So wurde am 24. April 1933 gemeldet, die Detmolder Abteilung sei unter Wewelers Leitung zu einer „Landesgruppe für Lippe"[59] umgebildet worden, während zwei Wochen später zugestanden werden mußte, daß es sich lediglich um die *„landschaftliche Untergruppe"*[60] der Landesgruppe Nordwest mit Sitz in Essen handeln könne. Der 'Kampfbund für Deutsche Kultur' und seine Organisation war offenbar auch den höchsten Stellen von Staat und Partei in Lippe ein Rätsel, wie eine diesbezügliche Anfrage der Reichsstatthalterei an den Gau Westfalen-Nord vom 21. Dezember 1933 bestätigt.[61] Die Gauleitung ihrerseits zeigte sich mit dem Problem überfordert, und bat – ergebnislos – die Reichsregierung um Stellungnahme.[62]

Das auffällige Nichtvorhandensein zuverlässiger Quellen erhärtet ex negativo den Verdacht, daß der von August Weweler geleitete Detmolder Kampfbund eine recht obskure Institution war, deren tatsächliche Bedeutung keineswegs den aggressiven Verlautbarungen des „Lippischen Kuriers" entsprach. Das Vereinsleben schien sich auf unregelmäßige Sitzungen und jene seltenen öffentlichen Veranstaltungen beschränkt zu haben, über die auch die anderen Detmolder Zeitungen berichten konnten.[63] Trotzdem war die Arbeit des Kampfbunds in den ersten Monaten nach der Machtergreifung wahrscheinlich nicht ineffektiv – nur war der Grad an Effektivität vom Engagement einzelner Mitglieder und vom Wohlwollen der Lippischen Regierung abhängig, die allein berechtigt war, über Fragen der kulturellen Gleichschaltung verbindlich zu entscheiden. Der „Lippische Kurier" als Organ des Kampfbundes nutzte jedenfalls die scheinbare Autorität des Verbandes, um die potentiellen Opfer der Gleichschaltung massiv unter Druck zu setzen. So wurde über die vermeintlich unhaltbaren Zustände am Landestheater,[64] im Bildungsverein[65], im Naturwissenschaftlichen Verein[66] und in den Detmolder Kinos[67] denunzierend berichtet, um jedesmal mit der kaum verhüllten Drohung zu schließen, der Kampfbund sehe sich nunmehr gezwungen, „entsprechende Schritte" zu unternehmen. Lediglich das Landeskonservatorium fand ohne weiteres Gnade vor den Augen der selbsternannten Gleichschalter.[68] Wo die Aufforderung, „von sich aus diese Umbildung vollziehen"[69] zu wollen nicht genügte, konnte der Kampfbund auch deutlicher werden. So bat August Weweler am 1. Juni in seiner Eigenschaft als KfDK-Leiter den „sehr verehrlichen Vorstand" des Naturwissenschaftlichen Vereins,

> in Anbetracht des völligen Umschwungs der politischen Verhältnisse seiner demnächst zur Neuwahl des Vorstandes zusammentretenden Vereinsversammlung die Herren Landesschulrat Dr. Wollenhaupt, Studienrat Suffert und Werner Düstersiek jun. als Vorstandsmitglieder dringend empfehlen zu wollen. Ihre Wahl halten wir für notwendig; die Möglichkeit einer anderen Regelung sehen wir nicht.[70]

Bereits innerhalb weniger Wochen hatten sich die betreffenden Vereine den neuen Verhältnissen durch die personelle Umstellung ihrer Organisationen weitgehend angepaßt.[71] Besonders die Umbildung des Theatervorstands wurde in der Presse ausführlich gewürdigt;[72] die Eingliederung der etablierten Besucherorganisationen in den KfDK-Verein 'Deutsche Bühne e.V.' war ohnehin der größte Erfolg, den der KfDK überregional je hat erzielen können.[73] Dennoch bleibt der Verdacht, daß der durch den Kampfbund ausgeübte Druck diesen Prozeß zwar hat unterstützen können, aber letztlich nicht ausschlaggebend war. Ein hohes Maß freiwilliger Anpassung und präventiver Resignation scheint ebenso eine Rolle gespielt zu haben wie die Unterstützung durch Repräsentanten von Staat und Partei.[74] Wie sehr der Kampfbund von solcher Hilfe abhängig war, verdeutlicht die Aktion zur Gleichschaltung der lippischen Ki-

nos. Nachdem der „Lippische Kurier" am 12. Mai 1933 in gewohnter Manier mit dem 'Lichtspielwesen' abgerechnet hatte, wurde in großer Aufmachung von einer Konferenz der lippischen Kinobesitzer unter dem Vorsitz des Kampfbunds berichtet, an dessen Ende eine Eingabe an das Propagandaministerium stand.[75] Die unverbindlich freundliche Antwort des Ministeriums („Ihre Eingabe ist sehr gut."[76]) wurde am 11. Juli ebenfalls veröffentlicht; statt der erwarteten ideologischen Rückendeckung enthielt sie jedoch eine deutliche Absage an das Gleichschaltungskonzept des Kampfbunds:

> Die Filmproduktion wird, da alle Manuskripte eine von der Partei eingesetzte Stelle und die Zensur passieren müssen, sowieso in andere Bahnen gelenkt.[77]

Alfred Rosenbergs KfDK, der aus seiner zunächst exklusiven Stellung als einzig funktionierender Nazi-Kulturverband nicht den dauerhaften Vorteil einer offiziellen Anerkennung durch die Partei hatte ziehen können, war im Sommer 1933 in eine unübersehbare Krise geraten. Er sah sich plötzlich mit der Entstehung zweier parteiamtlicher Kulturorganisationen konfrontiert: der von Goebbels' Propagandaministerium aufgebauten 'Reichskulturkammer' und der 'NSG 'Kraft durch Freude', die der von Robert Ley geleiteten NS-Einheitsgewerkschaft 'Deutsche Arbeitsfront' unterstand.[78] Wenn sich die Ereignisse dieser Zeit der Nachwelt auch als Ablauf reibungsloser Gleichschaltung präsentieren, fand doch tatsächlich eine grundsätzliche Umstellung des kunstpolitischen Führungsstils der Machthaber statt, an dessen Beginn ein deutlicher „Bruch mit der völkischen Tradition"[79] stand. In dem von Goebbels und Ley ausgetragenen Konflikt um die Frage, „wer von den beiden den großen Künstler-Verband des Dritten Reiches schaffen dürfe"[80], wurde Alfred Rosenbergs Privatverein, dessen pseudo-plebiszitäre Maßnahmen einer staatlich manipulierten Kunstpolitik auf die Dauer suspekt erscheinen mußte, aufgerieben. Der Versuch, dem KfDK durch Umbenennung in 'NS-Kulturbund' den Anschein der Parteiamtlichkeit zu geben, ging zumindest in Detmold kläglich daneben. Denn trotz ausführlicher Berichterstattung[81] und der sachlich falschen Mitteilung, der von August Weweler geleitete Verein sei nunmehr „unter völliger Eingliederung in die NSDAP" in „Nationalsozialistischer Kulturbund für Lippe"[82] umbenannt worden, ist in den Detmolder Zeitungen noch monatelang ausschließlich vom 'Kampfbund für Deutsche Kultur' die Rede. Selbst die von Bernhard Thümmel seit Juni 1933 wöchentlich herausgegebene „Kurier"-Sonderseite 'Heimat und Kultur. Organ des Nationalsozialistischen Kulturbundes für Lippe' begeht im ersten Artikel der ersten Nummer diesen Kardinalfehler.[83] Es scheint also durchaus bezeichnend, daß sowohl der „Lippische Kurier" als auch der „Kampfbund für Deutsche Kultur Detmold", zwei von ihrer Unentbehrlichkeit für die lippische NSDAP überzeugte Institutionen 'der ersten Stunde', in der zweiten Jahreshälfte 1933 den Höhepunkt ihres Einflusses deutlich überschritten hatten. Die Aktivitäten des Kampfbundes nahmen jedenfalls rapide an Zahl

und Bedeutung ab. Die „Landeszeitung" kündigte zwar im November 1933 für den kommenden Winter fünf Vortragsabende an,[84] berichtete aber nur von einer Tagung und einer Dichterlesung.[85] Schließlich erfährt man noch von einem wenig ereignisreichen Ausflug des KfDK zu den Externsteinen[86] – und muß sich ansonsten mit der Feststellung begnügen, daß der Kampfbund mit Ablauf des Jahres 1934 völlig aus der lippischen Öffentlichkeit, in deren Bewußtsein er vermutlich niemals nachhaltig hat dringen können, verschwunden ist. Der im Frühjahr 1935 auch in Detmold gegründeten parteioffiziellen 'NS-Kulturgemeinde',[87] die als Unterabteilung der 'NSG 'Kraft durch Freude'' die Tätigkeit des Kampfbunds absorbiert hatte und die unter Leitung ihres 'Ortsverbandsobmanns' Dr. Heinrich Hollo den „unbedingten Anspruch der Totalität"[88] geltend machte, hat sich der frühere KfDK-Leiter August Weweler nicht weiter verbunden. Er wurde lediglich Mitglied des 'Berufstandes der Komponisten' in der Reichsmusikkammer, wozu er freilich laut Reichskulturkammergesetz vom 1. November 1933 verpflichtet war.[89]

August Wewelers Stellung im Detmolder Kunstleben 1933 – 1935

Die Vermutung, Weweler sei der geistige Motor der Ortsgruppe gewesen, wird durch seinen unbestrittenen Rang als deren Leiter zunächst bestätigt.[90] Zweifellos fungierte er als Vorzeigerepräsentant seines Verbandes; der in Detmold auch damals noch gute Ruf seines Namens – vor allem 'Hermann der Cherusker', vom Komponisten selbst als „Gelegenheitsarbeit"[91] bewertet, soll viel zur Stiftung völkischer Identität in Lippe beigetragen haben[92] – garantierte dem Unternehmen den Anschein von Seriosität und kultureller Geradlinigkeit. Schon deshalb war es seine Aufgabe, Begrüßungsansprachen zu halten, das Brahmsdenkmal im Schloßgarten einzuweihen,[93] propagandistische 'Sieg Heil!'-Gedichte zu veröffentlichen[94] und für den Kampfbund auch musikalisch zu werben.[95] Doch im Gegensatz zu anderen Kampfbundaktivisten – hier seien nur der Gaukulturwart Dr. Eduard Wiegand und Landesschulrat Ludwig Wollenhaupt erwähnt – wurde Weweler später niemals Funktionsträger der offiziellen NS-Kulturpolitik. Das mag auf die Durchsichtigkeit seiner persönlichen Interessen zurückzuführen sein: Weweler wünschte sich vor allem die nachhaltige Anerkennung seines musikalischen Werkes, mithin eine wirtschaftlich unabhängige Existenz als freischaffender Komponist. In der sicheren Erwartung, daß die Betonung seiner politischen Überzeugung diesem Erfolg als Vehikel dienen werde, verbreitete er die Geschichte von der Schmähung seines 'deutschen' Werkes – hatte sich doch der Kampfbund ausdrücklich für „heute totgeschwiegene Deutsche"[96] stark gemacht.[97] Diese Lebenslüge zog sich von nun an wie ein Leitmotiv durch fast jede öffentliche Äußerung Wewelers. Das Konzept schien dank reger Unterstützung des Kampfbunds zunächst aufzuge-

hen. Bernhard Thümmel veröffentlichte am 22. Juni 1933 im „Kurier" den umfangreichen Artikel 'August Weweler. Ein deutscher Tonmeister unserer Heimat', der eine idealisierte Lebensbeschreibung sowie einige Passagen aus 'Ave musica!' enthält, vor allem aber der Überzeugung Ausdruck verleiht, das neue Deutschland werde den bislang verfemten Komponisten nunmehr gebührend zu würdigen wissen. Am Abend desselben Tages erlebte Wewelers Operette 'Das Dorf ohne Männer' ihre Erstaufführung am Landestheater, begleitet von einer umfassenden Werbeaktion der Detmolder Zeitungen. Auch diese endgültig letzte Aufführung des jetzt als 'Deutsches Singspiel' bezeichneten Stücks – dem schon anläßlich seiner Uraufführung 1928 in Lage attestiert worden war, daß es alle Züge des „Dagewesenen, Überkommenen, Schematischen."[98] trage – wurde keineswegs zu jenem Fanal, als welches sie zweifellos vorgesehen war. Ausgerechnet der „Kurier" mußte feststellen, daß die Interpreten, das Oeynhauser Sommertheater und die Detmolder SA-Standartenkapelle, mit dem Werk nichts hätten anfangen können.[99] Nur wenig besser erging es Wewelers Zweiter Symphonie, die anläßlich ihrer Uraufführung zur Eröffnung der 'Deutschen Woche des Lipperlandes' im September 1933 zwar respektvoll beklatscht, aber ebenso schnell vergessen wurde. Wiederum war es der „Kurier", der dem Werk attestierte, daß ihm „der große Schwung, die geniale Konzeption des großen Meisters"[100] fehle. Daß ihm selbst das nationalsozialistische Detmold die künstlerische Anerkennung verweigern würde und sich außer der Bekanntmachung klangvoller Absichtserklärungen rein gar nichts zu seinen Gunsten veränderte, muß Weweler völlig überrascht haben. Im August 1933 bat der frühere Geschäftsführer des Kampfbunds, Studiendirektor Lange, die Landesregierung um eine ständige finanzielle Unterstützung Wewelers. Sein Antrag wirft ein bezeichnendes Licht auf die tatsächliche Bedeutung des kleinen Kulturverbandes, an dessen Existenz die Landesregierung offenbar nachdrücklich erinnert werden mußte:

> Vor allem aber bedarf Professor Weweler jetzt erst recht einer dauernden Beihilfe, da er nun auch Leiter des Nationalsozialistischen Kulturbundes für Lippe ist. Die ausserordentliche Tätigkeit, die er als solcher entfaltet, ist aber Arbeit für die nationalsozialistische Bewegung und für die heutige Landesregierung. [...] Jedenfalls kann er als Leiter des Nationalsozialistischen Kulturbundes für Lippe seine umfangreiche und für den Aufbau des neuen Staates so überaus wichtige und wertvolle Kulturarbeit nur leisten, wenn er ohne allzu grosse finanzielle Hemmungen und unbeschwert von drückenden materiellen Sorgen sich ihr widmen kann.[101]

Die Eingabe hatte freilich nur kurzfristigen Erfolg.[102] Ein halbes Jahr lang arbeitete Weweler daraufhin als Hilfsmusiklehrer am Detmolder Oberlyzeum; Anfang 1934 verlor er auch diese Stellung. Der mit Weweler gut befreundete Opernsänger Maximus von Hunyady erinnerte darum im Februar 1934 – offen-

bar ohne Kenntnis des Betroffenen – erneut an dessen wirtschaftliche Notlage. Oberregierungsrat Oppermann möge seinen Einfluß geltend machen, um

> Herrn Weweler noch einige Verdienstmöglichkeiten zu verschaffen und sein Leben damit wieder einigermaßen lebenswert zu gestalten. [...] Die Detmolder denken, weil sie seinen Namen so oft in der Zeitung lesen: 'Ach, unserm August Weweler geht es ja jetzt so gut, – endlich wird er anerkannt' – – ! Die Wirklichkeit sieht keiner, – kann keiner sehen, weil Weweler sich nicht darüber äußert, – – und darum müssen es andere tun![103]

Wenig später brach der Betroffene doch sein Schweigen; sein Antrag auf finanzielle Unterstützung an die Lippische Landesregierung vom 8. April 1934 ist das erste einer langen Reihe ähnlicher Schreiben,[104] mit denen Weweler um eine dauerhafte Unterstützung als Ausdruck der Anerkennung seines Lebenswerkes und zur Förderung seiner künftigen Kompositionen bat. Es läßt sich durchaus nachvollziehen, daß der glücklose Antragsteller die eigene Leistung in einem möglichst günstigen Licht erscheinen lassen wollte und gerade bei der Glorifizierung seiner ideologischen Vergangenheit zu fast grotesker Übertreibung neigte. Die Feststellung, er sei „erster u. einziger schaffender Musiker Lippes", mag vielleicht unbescheiden klingen, dürfte der Wahrheit aber durchaus entsprochen haben; daß aber ausgerechnet August Weweler erklärte, er fühle sich zu produktiver Tätigkeit „im Sinne der deutschen Kultur" berufen, „da unsere Zeit ihren musikalisch-dichterischen Ausdruck noch nicht gefunden hat, den sie kategorisch fordert", mag bereits als Anmaßung verstanden worden sein und Widerstand hervorgerufen haben. Zwar wurden ihm durch die Landesregierung im April 1934 60.- RM, durch die Stadt Detmold wenig später 50.- RM als monatlicher 'Ehrensold' tatsächlich bewilligt, doch erfuhr sein musikalisches Werk weder die erhoffte Förderung noch entsprechende Anerkennung. Wewelers ehrgeizigstes Projekt dieser Zeit, das 'Dritte Lippische Musikfest', mit dem im September 1934 an die Tradition der beiden so erfolgreichen Vorkriegsmusikfeste offenbar angeknüpft werden sollte,[105] erfuhr so gut wie keine überregionale Resonanz. Der unfreundliche Satz des berühmten Musikkritikers Hermann Unger in der „Zeitschrift für Musik", Wewelers „Sintflut" habe den großen Aufwand des Musikfestes nicht gerechtfertigt,[106] scheint vielmehr auf ein weiterhin bestehendes Mißtrauen gegenüber der Qualität von Wewelers künstlerischer Arbeit hinzuweisen. Tatsächlich war sich die offizielle Kunstpolitik der Nationalsozialisten der Gefahr ideologisch übertünchten Epigonentums durchaus bewußt. Hermann Göring soll dies folgendermaßen auf den Punkt gebracht haben: „Es ist immer noch leichter, aus einem großen Künstler mit der Zeit einen anständigen Nationalsozialisten zu machen, als aus einem kleinen Pg. einen großen Künstler."[107] August Weweler, der in Erfahrung bringen konnte, „dass über meine Person seitens führender Stellen in Berlin mehrfach ein mit Absicht verkleinerndes Urteil abgegeben

wurde",[108] registrierte mit zunehmender Empfindlichkeit das „dauernde Verschweigen meines Namens im Rundfunk und in der Presse";[109] die lippische Musikszene konnte offenbar gut auf ihn und seine Musik verzichten. In diesem Zusammenhang scheint es bezeichnend, daß Weweler an der Durchführung des größten Musikspektakels der lippischen Nazis, der von Otto Daube organisierten 'Reichswichtigen Richard-Wagner-Woche 1935' so gut wie nicht beteiligt wurde – von Wewelers bekanntermaßen sehr kritischen Haltung gegenüber der Musik Wagners ganz abgesehen. Eine recht unverbindliche Festouvertüre und die Schauspielmusik zu Hans von Wolzogens 'Longinus' verloren sich im Jubel der prestigeträchtigen Wagner- und Pfitzneraufführungen.[110] Die mit großem Aufwand und unter zeitlichem Druck verfaßte, für die Festwoche 1936 ausdrücklich bestellte Bühnenmusik zu H. St. Chamberlains 'Tod der Antigone' wurde mit Ausnahme der Ouvertüre gar nicht erst aufgeführt, geschweige denn bezahlt. Otto Daube, von der durch Weweler alarmierten Landesregierung zu einer Stellungnahme aufgefordert, zögerte nicht, die kulturideologische Glaubwürdigkeit und Kompetenz des Beleidigten in Frage zu stellen:

> Eine Richard Wagner-Festwoche hätte ohnedies keine Veranlassung, den Namen des Komponisten August Weweler in den Bereich des Programms einzufügen, nicht einmal dann, wenn Herr Prof. Weweler eine positive Einstellung zu Richard Wagner hätte; um so weniger ist es logisch und künstlerisch eigentlich erforderlich, Herrn Prof. Weweler in das Programm einer Richard Wagner-Festwoche einzubauen, als Prof Weweler in seinem Buch 'Ave musica', erschienen in der deutschen Musikbücherei, Bosse-Verlag, Regensburg, ausführlich seine vollständige Ablehnung gegenüber dem Kunstwerk Richard Wagners ausspricht und sich somit in das gegnerische Lager, die Feinde Richard Wagners und seiner Kunst, gestellt hat. Im allgemeinen ist es kaum üblich, daß man einen Komponisten, der sich öffentlich gegen Wagner gestellt hat, in einer Richard Wagner-Festwoche zu Worte kommen läßt. Wenn wir es trotzdem getan haben, so geschah das aus dem besonderen Grunde, Herrn Prof. Weweler und seiner Kunst die Möglichkeit zu geben, vor die gesamte deutsche Öffentlichkeit und die gesamte deutsche Presse zu treten und in einem außergewöhnlich festlichen Rahmen, wie ihn Herr Prof. Weweler in seinem Leben noch nicht für sein Kunstwerk erhalten hat."[111]

Wewelers künstlerische und materielle Situation war in Detmold unhaltbar geworden. Ende 1935 verließ er die Stadt.

Zur Biographie August Wewelers (Teil II)

Am 1. Oktober 1935 trat der inzwischen fast Siebenundsechzigjährige eine Stelle als Dozent für Klavier, Harmonie- und Formenlehre an den Folkwangschulen in Essen an, die ihm von Freunden vermittelt worden war – eine offenbar wenig zeitraubende Tätigkeit, die wohl in erster Linie seiner Altersversor-

gung dienen sollte; auf den 1934 bewilligten städtischen 'Ehrensold' mußte er allerdings wieder verzichten. Die Ablösung von Detmold gab dem Komponisten Auftrieb. Der Berliner Musikwissenschaftler Hans Jenkner machte sich zum Fürsprecher seines Werkes und konnte einige Konzerte und Rundfunksendungen vermitteln. Anläßlich einer Tagung der 'Fachschaft Komponisten' unter Vorsitz des RMK-Vizepräsidenten Paul Graener auf Schloß Burg an der Wupper im Mai 1937 brachte eine Aufführung des Zweiten Streichquartetts den ersehnten Erfolg. Das Werk wurde gedruckt und nebst einigen weiteren Kompositionen Wewelers gelegentlich gespielt. In der Folgezeit erschienen einige Aufsätze, die das vielbeklagte Schicksal des 'totgeschwiegenen' Musikers propagandistisch verbreiteten[112] und eine bescheidene Reputation in der rheinisch-westfälischen Musikszene ermöglichten. Ende 1940 wurde Weweler, der drei Jahre zuvor seine langjährige Sekretärin Lotte Ratajewski[113] geheiratet hatte, aus Altersgründen pensioniert; eine Augenkrankheit beendete 1942 auch seine kompositorische Tätigkeit. 1943 kehrte er nach Detmold zurück, wo er aus Anlaß seines 75. Geburtstages mit einem Konzert im Landestheater zum letzten Mal öffentlich geehrt wurde. In seiner Festrede erinnerte Hans Jenkner daran, daß sich Wewelers Musik im Grunde immer noch nicht durchgesetzt habe und sich – vor dem „Endsieg" – wohl auch nicht durchsetzen werde: „Wir haben – da hilft kein Ablenken – haben so ziemlich alles an ihm gutzumachen."[114] Eine von der Lippischen Regierung abermals bewilligte Rente in Höhe von 100.- RM. wurde 1945 auf mündliche Anordnung des Regierungspräsidenten Heinrich Drake weiterhin ausbezahlt, bis eine Anweisung der Militärregierung jede Unterstützung des ehemaligen Pg. untersagte[115] – der daraufhin auch seinen Lebensabend in Armut verbringen mußte. August Weweler starb am 8. Dezember 1952 in Detmold.

Schlußbemerkung

Daß sich August Weweler mit dem wenig erfolgreichen Versuch, die nationalsozialistische Ideologie als Mentorin seiner Musik zu engagieren, vor der Nachwelt buchstäblich unmöglich gemacht hat, bestätigt letztlich nur die Außenseiterrolle, die dieser gescheiterte Mann auf der Flucht vor der eigenen Widersprüchlichkeit zeitlebens hat einnehmen müssen. Er war nicht der 'lippische Chefideologe' als den man ihn hat ausgeben wollen. Aber – auch das darf hier nicht unerwähnt bleiben – er wäre es 1933 sicher gern geworden, zumal er von der Wahrheit seiner kulturellen Ansichten ohne Zweifel aufrichtig überzeugt war. Die Frage sollte allerdings erlaubt sein, ob das über Weweler gefällte Urteil 'historische Unperson' das endgültig letzte Wort sein darf. Seiner Parteizugehörigkeit und seiner Eigenschaft als KfDK-Ortsgruppenleiter läßt sich ein beeindruckendes musikalisches Lebenswerk von rund zweihundert Komposi-

tionen entgegenhalten, dessen Bedeutung nicht von vornherein durch die Tatsache gemindert wird, daß die extrem konservative Haltung dieser Musik schon von Wewelers Mitwelt als verwirrend empfunden wurde. Wewelers musikalisches Ideal waren die Formen der Wiener Klassik, die er aus der Perspektive der akademischen Musiktradition des 19. Jahrhunderts wahrzunehmen pflegte. Schon die Maximen der musikalischen Romantik waren ihm suspekt; mit Franz Liszt und Robert Schumann konnte er wenig anfangen. Vor der 'Neuen Musik' des 20. Jahrhunderts kapitulierte sein Verständnis – wie das der meisten seiner Zeitgenossen, die restriktiven Positionen der Nationalsozialisten waren ja keineswegs unpopulär – und reagierte mit dem Rückzug in eine ästhetisch heile Vergangenheit. Seine Kompositionen, sofern sie nicht die Wiener Klassik historisch reflektieren, erreichen etwa den technischen Stand der von Mendelssohn geprägten Leipziger Schule. Akzeptiert man diesen offenkundigen Anachronismus sowie die Tatsache, daß ein Großteil dieser Werke als wilhelminische Gebrauchsmusik kein Interesse mehr verdient, läßt sich eine sorgfältig komponierte, schönklingende, bisweilen geradezu naive Musik entdecken, die in ihrem Anspruch auf musikalische Autonomie auch jeden ideologischen Verdacht von sich weisen kann.[116] August Weweler war kein genial begabter Künstler. Doch Werke wie das E-Dur-Streichquartett (1916), die a-moll-Symphonie (1932) oder das 1911 von Henri Marteau uraufgeführte Violinkonzert in A-Dur gehören zweifellos zum Bedeutendsten der Musikgeschichte Detmolds und Lippes, die eben nicht nur aus Lortzing und Brahms besteht – und würden eine entsprechende Aufmerksamkeit unbedingt verdienen.

Anmerkungen

1. Jungsozialisten in der SPD an den Bürgermeister Vogt vom 22. November 1985, Stadt Detmold, Bauplanungsamt 61/02.
2. Vgl.: Wolfgang Müller, 'Nie ganz vergessen'. Die Erinnerung an Felix Fechenbach in Lippe. In: Felix Fechenbach, Journalist, Schriftsteller, Pazifist 1894 – 1933. Symposium zum 100. Geburtstag, 23. und 29. Januar 1994 in Detmold, Detmold 1994, S. 118-150, hier: S. 144-146.
3. Die Straßen des Neubaugebiets am Detmolder Kreishaus sollten damals nach berühmten Detmolder Musikern benannt werden; außerdem wurde händeringend nach einem geeigneten Objekt für Felix Fechenbach gesucht. Warum die prominenteste Straße ausgerechnet Wewelers Namen erhielt, muß in Anbetracht dieser Umstände fraglich bleiben. Der etwas unscheinbare 'Brunsweg' oberhalb des Kreishauses läßt vermuten, daß August Weweler und Georg Bruns für ihre gemeinsame Gründung des Fürstlichen Konservatoriums geehrt werden sollten.
4. Vgl.: Artikel 'Weweler'. In: Riemann Musiklexikon, Personenteil L – Z, Mainz 1961, S. 919; August Koch, August Weweler zum Gedenken, LLZ vom 14. Dezember 1952; Bernhard Holwitt, Ein großer Sohn unserer Heimat. In: „Westfälische Nachrichten". Ibbenbüren, vom 1. Mai 1981; Ders., Gehört in die erste Reihe der Komponisten des Westfalenlandes. In: „Ibbenbürener Volkszeitung" vom 9. Mai 1981;

Ders., Im Detmolder Kulturleben nachhaltige Akzente gesetzt. In: LLZ vom 20. Oktober 1982.

5. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld: AJZ Verlag 1987, S. 1.
6. Bereits fünf Jahre zuvor hatte Fred K. Prieberg (Musik im NS-Staat, Frankfurt/Main 1982, S. 40) auf den Komponisten „des ersten westfälischen SA-Liedes" in einem Nebensatz hingewiesen.
7. Wulfmeyer, S. 136.
8. Schreiben August Wewelers an die Lippische Landesregierung vom 8. April 1934. StA DT, L 80 III Nr. 4468.
9. So der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Horst Schönwälder, vor der Abstimmung. Allerdings votierte auch die FDP zusammen mit SPD und Grünen für die Umbenennung der August-Weweler-Straße. Vgl.: 'Späte 'Abrechnung' mit Prof. Weweler'. In. „Lippische Rundschau", 24. Oktober 1986; 'Rat Detmold stürzte gestern von ihm selbst errichtetes Denkmal'. In: „Lippische Landeszeitung", 24. Oktober 1986.
10. 'Juso-Antrag erfolgreich'. In: „Detmolder Neue Presse" (Hg.: Juso-AG Detmold), November -Dezember 1986.
11. Vgl.: Schreiben des NW-Staatsarchivs Detmold an die Gemeinde Recke vom 12. Juli 1988, Kopie im Besitz des Verfassers.
12. Lukas Speckmann, August Weweler: 'Zurück zu Mozart!' Ein konservativer Komponist des 20. Jahrhunderts und sein ästhetisches Konzept, Münster: LIT 1997 (Musik in Westfalen, Bd.).
13. „Lippische Rundschau" vom 24. Oktober 1986.
14. Eine ausführliche Darstellung nebst Quellen und Literaturverzeichnis findet sich in der erwähnten Dissertation (Anm. 12).
15. Schreiben von August Weweler an den Detmolder OB Dr. Peters vom 4. Juni 1921. StA DT, D 106 DT Nr. 2395.
16. Die Quellen bieten jedoch keinen glaubhaften Anhaltspunkt, daß Weweler sich bereits aus politischen Gründen mit dem Lehrerkollegium des Konservatoriums überworfen hatte – obwohl er dies später der Partei gegenüber so darstellen wollte.
17. Vgl.: Hildegard Brenner, Die Kunstpolitik des Nationalsozialismus, Reinbek 1963, S. 15.
18. Vgl.: Corona Hepp, Avantgarde. Moderne Kunst, Kulturkritik und Reformbewegungen der Jahrhundertwende, München 1987.
19. Fritz Stern, Kulturpessimismus als politische Gefahr, München 1986.
20. Paul Hiller, 'Dornröschen', Märchenoper in 3 Aufzügen und einem Vorspiel. Text von Hans Eschelbach. Musik von August Weweler. In: LLZ vom 20. November 1903.
21. August Weweler, Ave Musica! Das Wesen der Tonkunst und die modernen Bestrebungen. Ein musikalischer Feldzug von August Weweler, Leipzig o.J. (1909). ND: Ave Musica! Das Wesen der Tonkunst und die modernen Bestrebungen (Deutsche Musikbücherei IV), Regensburg: Bosse 1913, S. 134.
22. August Weweler, Ave Musica! (Zurück zu Mozart) Musikalische Einblicke und Ausblicke (Deutsche Musikbücherei IV, begründet und herausgegeben von Gustav Bosse), Regensburg: Bosse 1919, S. 94.
23. Vgl.: Hans Pfitzner, Gesammelte Schriften, 3 Bände, Augsburg 1926.
24. Erik Levi, Music in the Third Reich, London 1994, S. 4: „In some ways, Pfitzner polemic was purely defensive: he wanted to protect and conserve German interests from greater fragmentation and humiliation. Moreover, he tried to draw a fine di-

stinction between what he saw as the pernicious influence of international Jewry and the attitudes of individual German Jews, whose patriotism had never been in doubt."

25. 'Pläne und Ziele des Landeskonservatoriums'. In: „Volksblatt", Beilage zu Nr. 203 vom 31. August 1927.
26. Vgl.: Bewerbung August Wewelers um die Spende 'Künstlerdank' der Goebbels-Stiftung vom 17. Dezember 1936. In: Berlin Document Center, Reichskulturkammer.
27. In: StA DT, L 113 Nr. 1189.
28. LK vom 23. März 1933.
29. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im Nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970, S. 7.
30. Levi, S. 12: „The only solution for contemporary German composers was to turn away from 'cerebral constructivism' and re-assert their belief in the elemental power of folk-song, much in the manner of the great masters."
31. Vgl.: Levi, S. 15.
32. Vgl.: Brenner, S. 11 ff.
33. § 23 Absatz d des Programms der NSDAP: „Wir fordern den gesetzlichen Kampf gegen eine Kunst- und Literaturrichtung, die einen zersetzenden Einfluß auf unser Volksleben ausübt, und die Schließung von Veranstaltungen, die gegen vorstehende Forderungen verstoßen." In: 1. NS- Heimatkalender für Lippe, Detmold 1934, S. 56.
34. Ave Musica! (1919), S. 86 f.
35. Brenner, S. 10.
36. Ein 'Kampfbund für Deutsche Kultur'. In: „Zeitschrift für Musik" (1929), Heft 2, S. 95.
37. Vgl.: Bollmus, S. 28.
38. Aus § 1 der Satzung, zitiert nach: LK vom 23. März 1933.
39. Bollmus, S. 29.
40. Vgl.: Brenner, S. 22. Ähnlich Levi (S. 10): „[...] the initial impact of the KfDK on German musical life appears to have been somewhat limited."
41. Vgl.: Bollmus, S. 34.
42. Hans Severus Ziegler in einem 'Denkschrift-Entwurf', der im Juli 1932 Hitler übergeben wurde, zitiert nach: Bollmus, S. 36, Anm. 43 und 53.
43. Vgl.: Levi, S. 16.
44. Vgl.: Bollmus, S. 29.
45. „Der Lippische Kurier" berichtete am 23. März 1933 kurz über eine Vorjahresaktion, eine Dichterlesung. Bei dieser Gelegenheit ist der Kampfbund jedenfalls nicht namentlich in Erscheinung getreten.
46. Vgl.: Die Bestände des Nordrhein Westfälischen Staatsarchivs Detmold und des Personenstandsarchivs Westfalen-Lippe, Kurzübersicht, erweiterte Neubearbeitung, Detmold 1994.
47. Andreas Ruppert (Bearb.), NSDAP und NS- Organisationen in Lippe, Detmold 1990. Ebensowenig findet sich das Stichwort in: Annelie Buntenbach und Hans-Georg Radel (Bearb.), Das Schriftgut der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände in der Überlieferung staatlicher Behörden im Bereich des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen. Teil 4, Spezialnachweis zu den Beständen 'Lippische Landesregierung und Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg Lippe', Düsseldorf 1983.
48. Vgl.: Wulfmeyer, S. 136, Anm. 8-13.
49. LK vom 30. Mai 1933.
50. Vgl.: LLZ und LTZ vom 6. Mai 1933.
51. Vgl.: LLZ und LTZ vom 20. Mai 1933.

52. LK vom 23. März 1933.
53. Laut LK vom 19. Mai 1933 besaß der KfDK in der Hornschen Straße Nr. 11 eine Geschäftsstelle, in der angeblich Montag und Mittwoch abends Sprechstunden abgehalten wurden.
54. LK vom 23. März 1933.
55. Vgl.: Bollmus, S. 40.
56. Vgl.: LTZ vom 20. Mai 1933.
57. Vgl.: Bollmus, S. 29.
58. LK vom 30. März 1933.
59. LK vom 24. April 1933.
60. LK vom 9. Mai 1933.
61. In: StA DT, L 76 Gr. B Nr. 20a: „[...] Sie hätten mit dem Geschäftsführer der Reichsleitung des Kampfbundes für Deutsche Kultur e.V. eine Besprechung gehabt, bei der auch die Einteilungsfrage behandelt worden sei. Ich darf ergebenst um Mitteilung bitten; auch der Herr Staatsminister ist daran interessiert."
62. Ebd.
63. Zwei solcher Vortragsabende fanden am 19. Mai 1933 (vgl.: LLZ vom 20. und 21. Mai 1933, LTZ vom 20. Mai 1933) und am 22. Januar 1934 statt (vgl.: LLZ und LTZ vom 24. Januar 1934). Einige übereifrig kunstbeflissene Volksgenossen wünschten den zweiten Abend mit der Radioübertragung von Beethovens 'Pastorale' zu beginnen. „Dem Wunsch wurde entsprochen und besonders der zweite Satz der Symphonie, die Szene am Bach, wird noch oft nachklingen" (LTZ vom 24. Januar 1934).
64. Vgl.: LK vom 4. April 1933.
65. Vgl.: LK vom 7. April 1933.
66. Vgl.: LK vom 29. April 1933.
67. Vgl.: LK vom 12. Mai 1933.
68. Vgl.: LK vom 5. Mai 1933.
69. LK vom 5. April 1933.
70. StA DT D 107 C Nr.1.
71. Vgl.: LK vom 3. und 19. Mai 1933, LTZ vom 16. Juni 1933.
72. Vgl.: LK und LLZ vom 28. April 1933.
73. Vgl.: Bollmus, S. 39 ff.
74. Vgl. die Mitgliedsliste des neuen Vorstands des Theatervereins (LK vom 28. April); an erster Stelle werden die vom Land und der Stadt Detmold vorgeschlagenen Vertreter genannt. Zwar finden sich auch die Pg. August Weweler und Bernhard Thümmel in dieser Liste, doch nicht in ihrer Eigenschaft als Vertreter des KfDK – wie in diesem Zusammenhang der Kampfbund im LK nur knapp, in der LLZ gar nicht erwähnt wird.
75. Vgl.: LK vom 24. Mai und LTZ vom 25. Mai 1933.
76. LK vom 11. Juli 1933.
77. Ebd.
78. Vgl.: Levi, S. 20 ff.
79. Brenner, S. 64.
80. Bollmus, S. 51.
81. Vgl.: LK vom 30. Mai 1933.
82. LK vom 13. Juni 1933.
83. Vgl.: 'Heimat und Kultur', Nr. 1. In: LK vom 14. Juni 1933.
84. Vgl.: LLZ vom 21. November 1933.

85. Vgl.: LLZ vom 24. Januar und 27. Februar 1934.
86. Vgl.: LTZ und LStZ vom 15. August 1934.
87. Vgl.: StA DT L 80 L Nr. 15.
88. LStZ vom 1. Mai 1935.
89. Vgl.: Levi, S. 22.
90. Daß Weweler Gründer, mithin geistiger Urvater der Detmolder Ortsgruppe gewesen sei, geht aus nur einer einzigen Quelle hervor; aus der Notiz eines Sachbearbeiters der Goebbels-Stiftung 'Künstlerdank' vom April 1937 (Berlin Document Center, Reichskulturkammer). Warum aber sollte der „Lippische Kurier" eine so wichtige Neuigkeit verschweigen?
91. Vgl.: LLZ vom 14. August 1909.
92. Vgl.: Jürgen Hartmann, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. In: „Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde" 60 (1991), S. 149-187, hier: S. 158-160; Peter Veddeler, Nationale Feiern am Hermannsdenkmal in früherer Zeit. In: Günther Engelbert (Hg.), Ein Jahrhundert Hermannsdenkmal 1875 – 1975, Detmold 1975, S. 167-182, hier: S. 176. Beide Beiträge widmen Wewelers Festspiel allerdings nur eine Zeile, der Komponist selbst wird nicht weiter erwähnt.
93. Vgl.: LLZ vom 8. und LTZ vom 9. April 1933.
94. Vgl.: LK vom 8. September und LStZ vom 3. Oktober 1933.
95. Vgl.: LK vom 16. Mai 1933.
96. Zit. nach: Bollmus, S. 29.
97. Vgl.: Prieberg, S. 37.
98. LLZ vom 19. Februar 1928.
99. Vgl.: LK vom 24. Juni 1933.
100. LK vom 8. September 1933.
101. In: StA DT L 80 III Nr. 4468.
102. Auf diesen und den im folgenden erwähnten Antrag reagierte die Lippische Landesregierung mit einmaligen Überweisungen in Höhe von 100.- RM, vgl.: StA DT L 80 III Nr. 4468.
103. Ebd.
104. Innerhalb des Konvoluts StA DT L 80 III Nr. 4468 ('Unterstützung heimischer Künstler') fand sich eine separate Mappe 'Unterstützung Professor Weweler Detmold'.
105. Bei dieser Gelegenheit trat Weweler als Mitglied des Arbeitsausschusses zum letzten Mal als Vertreter des KfDK in Erscheinung, vgl.: 'Lippisches Musikfest 1934' (Programmheft), Lippische Landesbibliothek, Mus-h 9 W 65. Vgl. auch: LStZ und LTZ vom 11. September 1934.
106. Vgl.: 'Musik im Rheinland'. In: Zeitschrift für Musik, November 1934, S. 1137.
107. Zit. in: Brenner, S. 42.
108. Schreiben August Wewelers an den stellv. Staatsminister und Kreisleiter Wedderwille vom 1. Mai 1936. StA DT L 113 Nr. 346.
109. Schreiben August Wewelers an den stellv. Staatsminister und Kreisleiter Wedderwille vom 14. September 1936. StA DT L 80 III Nr. 4468.
110. Vgl.: LLZ und LTZ vom 21. Juli, LStZ vom 20. und 21. Juli 1935.
111. Schreiben Otto Daubes an den stellv. Staatsminister und Kreisleiter Wedderwille vom 30. November 1936. StA DT L 80 III Nr. 4468.
112. Hans Jenkner, August Weweler. Eine Würdigung des siebzigjährigen Künstlers und Kämpfers. In: „Die Musikwoche" (1938), S. 353-354; Erhard Krieger, August We-

weler 70 Jahre. Vom Reichsgedanken in der deutschen Musik. In: Ders., Musische Besinnlichkeiten. gesammelte Aufsätze, Solingen 1938, S. 74-78.

113. Lotte Weweler hat ihren Mann um mehr als vierzig Jahre überlebt; sie starb im Januar 1996 im Alter von fast 96 Jahren in einem Bielefelder Altenheim.
114. Hans Jenkner, Dem 75jährigen Meister August Weweler zum 20. Oktober 1943. StA DT, L 113 IV 116. Vgl.: Erich Meinhard, Professor August Weweler zum 75. Geburtstag. In: LStZ vom 20. Oktober 1943.
115. Vgl.: Interne Vorlage an RP Drake vom 8. Oktober 1948. StA DT L 80 III Nr. 4468.
116. Mit Ausnahme des Marschliedes 'Auf, deutsche Brüder!' und einer Bearbeitung des bereits 1909 entstandenen Chorliedes 'Hermanns Schwertspruch' – beide beziehen sich auf den Cheruskerfürsten als völkische Glanzfigur der lippischen Geschichte – hat Weweler der NSDAP keine Propagandamusik gewidmet; schließlich ist seine Musik grundsätzlich von jener pompösen Neo-Wagner-Romantik weit entfernt, mit der sich die Partei gern umgab.

Klaus Nellner

Der Ankauf von Alfred Bergmanns Grabbe-Sammlung für die Lippische Landesbibliothek im Jahre 1938

Grabbe wurde im 'Dritten Reich' von den Nationalsozialisten außerordentlich geschätzt. Sie sahen in ihm, rigoros einseitig, den Gestalter des Heroischen, den Künder des Völkischen und Nationalen, den Verherrlicher von Deutschtum und Führertum. Er hatte in ihren Augen ein „Vermächtnis" hinterlassen, das – so die Erkenntnis eines hohen Amtsträgers in dieser Zeit – „den Sinn für geschichtliche Größe und heldischen Geist atmet und dadurch unserer nationalsozialistischen Lebensauffassung nahesteht".[1] Der lange Verkannte sollte eine Wiedergeburt erfahren, die „nachhaltigen Einsatz erforderlich" machte. Zu diesem Zweck veranstaltete die Gauleitung Westfalen-Nord, erstmals im Grabbe-Gedenkjahr 1936 und dann alljährlich wieder bis 1944, in Detmold und anderen westfälischen Städten – unter der Schirmherrschaft keines Geringeren als Reichspropagandaminister Goebbels – aufwendige Grabbe-Wochen und Grabbe-Tage mit Feierstunden, Vorträgen und Bühnen-Aufführungen. 1937 wurde in Detmold die Grabbe-Gesellschaft gegründet, ihr Vorsitzender war der Präsident der Reichstheaterkammer und Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser. Da erschien es nur folgerichtig, daß 1938 auch die Grabbe-Sammlung des Dr. Alfred Bergmann nach Detmold kam.

Das war keine Maßnahme gewesen, die, unter staatlichem Druck etwa, rasch vollzogen worden war. Als am 15. Oktober 1938 das „Grabbe-Archiv Alfred Bergmann" in der Lippischen Landesbibliothek in Anwesenheit zahlreicher Ehrengäste aus Partei, Staat und Kulturleben, an ihrer Spitze der Gauleiter, Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe und Chef der Lippischen Landesregierung Dr. Alfred Meyer, mit Musik, Ansprachen und einer Buchausstellung feierlich eröffnet wurde, lagen hinter den Beteiligten langwierige, bis ins Jahr 1935 zurückreichende komplizierte Verhandlungen. Einem schwerfälligen, zeitweise sich auch sperrenden Partei- und Behördenapparat und seinen Vertretern hatte Alfred Bergmann mit vielfältigen und widersprüchlichen Motiven und Überlegungen, mit seiner Eigenart und seinen privaten Problemen und Abhängigkeiten gegenübergestanden. Ein wesentliches Verdienst an der Überwindung der Schwierigkeiten und am schließlichen Zustandekommen des Kauf- und Anstellungsvertrages hatte dabei der damalige Bibliotheksdirektor Dr. Eduard Wiegand (1893–1979), an dessen „unermüdliche, vor jedem Hindernisse sich verdoppelnde Energie und Zähigkeit" Bergmann in seiner Eröffnungsansprache dankbar erinnerte.[2] Den bisweilen dramatischen

Wendungen dieser wechselvollen Vorgeschichte soll hier anhand des reichen Briefmaterials im Nachlaß von Alfred Bergmann im Lippischen Literaturarchiv und der einschlägigen Akten der Lippischen Landesbibliothek und im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Detmold nachgegangen werden.[3]

Ein Besuch mit Folgen

Der Anstoß kam von dritter Seite. Dr. Ernst Diekmann, in Salzuflen geboren und angehender Studienrat, arbeitete 1935 an einem Buch über Grabbe, das im Verlag der Meyerschen Hofbuchhandlung in Detmold erscheinen sollte und unter dem Titel „Christian Dietrich Grabbe: Der Wesensgehalt seiner Dichtung" im Jahre 1936 dort auch erschien. Der Besitzer dieses Verlages mit angeschlossener Druckerei, Hofrat Max Staercke, wies ihn auf Alfred Bergmann, „den z.Zt. bedeutendsten Grabbe-Forscher" hin. Diekmann folgte diesem Rat; mit einem Brief vom 25. Mai stellte er sich und sein Anliegen Bergmann vor und ließ, da er geraume Zeit ohne Antwort blieb, am 17. Juni ein Schreiben folgen, in dem er darum bat, Bergmann in Weimar besuchen zu dürfen, um mit ihm über sein Buch zu sprechen und die Grabbe-Sammlung zu benutzen. Bergmann hatte dafür, daß er erst am 16. Juni antwortete, eine überzeugende Entschuldigung: Er war dabei, seine Grabbe-Sammlung, die zehn Jahre lang in Kisten und Kartons verpackt gewesen war, endlich zu ordnen und aufzustellen.

Die Sammlung zählte zu dieser Zeit etwa 7.600 Bände. Zur Grabbe-Literatur im eigentlichen Sinne: sämtlichen Ausgaben und frühen Drucken sowie der Sekundärliteratur mit Monographien, Aufsätzen und Rezensionen in Zeitschriften und Zeitungen bis zu den ersten kritischen Äußerungen der Zeitgenossen gesellte sich als Konsequenz aus Bergmanns weitgefaßter Konzeption auch die von Grabbe rezipierte, rezensierte und polemisch attackierte Literatur, aber auch die zahlreichen Werke, die durch Motivverwandtschaft Bezüge zu Grabbes Schaffen aufwiesen. Den Mittelpunkt des Archivs bildete natürlich der Korpus der Grabbe-Autographen, dessen Umfang den jeder anderen Sammlung weit übertraf. Bergmann besaß die vollständigen Werkhandschriften von sechs Dramen und 45 Prosa-Schriften, seine Sammlung der Briefe von Grabbe war auf 100 angewachsen und die der Briefe anderer auf ca. 50. Hinzu kam ein umfangreicher Bestand an wertvollen Porträt-Stichen und Städte-Ansichten zur Illustrierung von Grabbes Biographie.

Alfred Bergmann (1887–1975) lebte seit 1928 in Weimar. Er war dort am Goethe- und Schiller-Archiv als Bibliothekar angestellt, von 1928 bis 1933 war er zugleich wissenschaftlicher Mitarbeiter am Carl-August-Werk der Thüringischen Historischen Kommission in Jena gewesen. In diesen Funktionen hatte er u.a. „Das Welt-Echo des Goethe-Jahres" (1932), eine „Carl-August-Bibliographie" und „Carl Augusts Begegnungen mit Zeitgenossen" (beide 1933) ver-

öffentlicht. Rund 60 Aufsätze und Publikationen über Grabbe, aber auch zu Themen der Goethe-Zeit lagen von ihm vor. Im Jahr 1930 hatte er mit „Die Glaubwürdigkeit der Zeugnisse für den Lebensgang und Charakter Christian Dietrich Grabbes" promoviert. Er war Mitglied der Goethe-Gesellschaft und seit 1933 ihr Schriftführer. Seit 1930 war er verheiratet, lebte jedoch jetzt, 1935, mit seiner Frau in Scheidung.

Diekmanns Besuch bei Bergmann fand am 8. August statt. Über das gemeinsame Sach-Interesse hinaus waren sich die beiden Grabbe-Forscher offensichtlich auch persönlich nähergekommen. Noch unterwegs auf der Heimreise, dankte Diekmann mit einer Postkarte (12.8.) für die „schönen Stunden" und versprach: „Für Ihre kostbare Sammlung werde ich in Detmold im echten und guten Sinne Reklame machen." Er meinte damit mehr, als nur sich lobend über sie äußern zu wollen. In Detmold setzte er sich unverzüglich mit Dr. Wiegand in Verbindung, der seit dem 1. Juli 1933 Leiter des Landesarchivs und der Landesbibliothek war. Schon am 19. August konnte er nach Weimar melden:

> Als ich Dr. Wiegand dann Einzelheiten aus dem berichtete, was Ihre Sammlung enthält, war er mit Recht begeistert. Ich teilte ihm dann mit, daß Sie sich mit der Absicht trügen, sie zu verkaufen, und warb aus echtem Lokalpatriotismus und aus Liebe zur Sache für den Ankauf. [...] Er will sich auf keinen Fall diese Gelegenheit entgehen lassen, um das jetzt endlich an Grabbe nachzuholen, was man bisher versäumte. [...] Nur für den von Ihnen und mir erwogenen Plan, Grabbes Sterbehaus anzukaufen und dort ein Grabbehaus zu errichten, war er nicht zu haben. [...] Es soll oben in der Landesbibliothek ein Flügel für Grabbe hergerichtet werden, in dem die Sammlung Aufstellung findet. [...] Sie haben in Dr. Wiegand einen Mann gewonnen, der das größte Interesse an allem hat.

In der Tat wurde Wiegand sofort aktiv. Er hatte bereits mit dem Leiter der Finanzabteilung der Lippischen Landesregierung, Oberregierungsrat Kirchhoff, Fühlung genommen, beabsichtigte, „auch andere staatliche wie parteiamtliche Stellen" mobil zu machen, und handelte schon im Auftrag der Landesregierung, als er nur zwei Tage später, am 21. August, ebenfalls an Dr. Bergmann schrieb. „Die Mitteilung meines lippischen Landsmanns Dr. Diekmann", so beginnt er ohne Umschweife und mit konziser Programmatik,

> wonach Sie sich entschlossen hätten, Ihre umfangreiche Grabbe-Sammlung, wenn auch schweren Herzens, abzustoßen, hat uns vor die Lösung einer Aufgabe gestellt, die wir mit größter Freude und Zähigkeit anpacken wollen. Insbesondere werde ich nichts unversucht lassen, durch die Sicherstellung Ihrer Sammlung für unsere lippische Heimat das schwere Versäumnis wieder gutzumachen, das vergangene Geschlechter hier ihrem großen Landsmann gegenüber begangen haben.

Die „sehr erheblichen Schwierigkeiten, die sich unserem Plane entgegenstellen werden", sieht er hauptsächlich in der Finanzierung, und er appelliert daher an Bergmann, bei seinen Forderungen den gleichen Idealismus zu zeigen, „den Sie

bei der Anlage der Sammlung bewiesen haben". Damit sich die Landesregierung ein genaues Bild machen kann, bittet er um ein Verzeichnis der Sammlung und um „einen unsere Verhältnisse weitgehend berücksichtigenden Vorschlag über den Zahlungsmodus". Er schließt mit einer zweiten Bitte: Bergmann möge vor einem eventuellen Verkauf an andere Interessenten auf jeden Fall seine Sammlung leihweise für eine Ausstellung in Detmold im Grabbe-Jahr 1936 zur Verfügung stellen, „denn hiervon verspreche ich mir viel, da der lebendigen Anschauung die größte Triebkraft zur Tat innewohnt".

Bergmann antwortete am 29. August mit einem achtseitigen Brief. Er bestätigt seine grundsätzliche Bereitschaft, seine Sammlung an ein öffentliches Institut zu verkaufen, und nennt auch zwei Interessenten, nämlich Bibliotheksdirektor Erich Schulz von der Stadt- und Landesbibliothek Dortmund und die Landes- und Stadtbibliothek Düsseldorf. Bedauerlicherweise habe er in Grabbes Vaterstadt „niemals ein ernsthaftes Interesse an Grabbe" feststellen können. „Darum ist es mir willkommen gewesen, daß Herr Dr. Diekmann vermittelt hat, und Sie können versichert sein, daß ich tun werde, was ich kann und darf, um unseren Plan gelingen zu lassen." Für die Verkaufsabsicht nennt Bergmann zwei Gründe: die Belastung durch Pflege und Fortführung der Sammlung, die die Kräfte eines einzelnen fast übersteige, und der Wunsch, die Sammlung, „ein architektonisches Gebilde [...], das kaum ein zweites Mal erstehen würde, [...] dauernd geschlossen zu erhalten". Er schildert sodann detailliert die Gliederung der Sammlung mit den drei Abteilungen Handschriften, Drucke und Graphik. Er habe für deren Aufbau „recht erhebliche Summen zugewendet", denke jedoch nicht daran, den gesamten Betrag bei einem Verkauf wieder herauszuholen. Den Kaufpreis beziffert er mit 55000 RM, wovon 5000 RM bei Vertragsabschluß, der Rest in fünf Jahresraten von je 10000 RM zu zahlen wären. Eine wichtige Bedingung stellt Bergmann dann noch: Während der fünf Jahre müsse die Sammlung – für die Arbeit an der beabsichtigten Grabbe-Ausgabe und dem Katalog der Sammlung, der zugleich die Funktion einer wissenschaftlichen Bibliographie haben würde – sein Eigentum und in seinen Händen bleiben, um ihm zur alleinigen Benutzung zur Verfügung zu stehen.

Auf seiner Reise nach Nürnberg zum Reichsparteitag machte Wiegand in Weimar Station und besichtigte Bergmanns Grabbe-Schätze. Er konnte einen auf den 11. September 1935 datierten Vertrag über das Vorkaufsrecht an der Grabbe-Sammlung für den Lippischen Staat mitnehmen.

Es vergingen fast zwei Monate, bis Wiegand am 4. November wieder von sich hören ließ. Er hatte nun in Münster dem Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe, Gauleiter Dr. Alfred Meyer, die Angelegenheit vorgetragen sowie mit dem Leiter der Landesstelle Westfalen-Nord des Reichspropagandaministeriums, Pg. Schmidt, konferiert. Er konnte Positives berichten:

> Der Herr Reichsstatthalter Dr. Meyer hat meine Anregung, die in Ihrem Besitze befindliche Grabbe-Sammlung für die Lippische Landesbibliothek anzukaufen sowie zum 100-jährigen Todestage des Dichters eine „reichswichtige" Grabbe-Woche in Detmold zu veranstalten, freudig begrüßt und mich in Zusammenarbeit mit der Landesstelle des Reichspropagandaministeriums beauftragt, die Durchführung beider Pläne verantwortlich in die Hand zu nehmen.

Der Reichsstatthalter stellte Forderungen: Er legte großen Wert darauf, daß die Grabbe-Sammlung „erstmalig im nächsten Jahre anläßlich der im September geplanten Grabbewoche in Detmold gezeigt" würde, und ihren Ankauf billigte er „nur unter der Voraussetzung, daß es gelingt, eine wesentliche Beteiligung von Reichsstellen bei der Finanzierung des Ankaufs zu erreichen". Pg. Schmidt habe mit diesen Stellen schon Fühlung genommen. „Da [...] bei den hiesigen maßgebenden Stellen allerseits größtes Verständnis und größte Bereitwilligkeit zur Mitwirkung an unserem Plane vorliegt", hält Wiegand sich „zu der Hoffnung berechtigt, daß auch die maßgebenden Berliner Stellen ihre Mitwirkung nicht versagen werden". So schließt er zuversichtlich:

> Also, lieber Herr Kollege, die Sache nimmt, wie Sie sehen, allmählich festere Formen an, und es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn wir sie nicht zu einem guten Ende bringen würden. [...] Was halten Sie übrigens von dem durch Herrn Dr. Diekmann angeregten Plane, anläßlich der Grabbe-Feier hier in Detmold eine Grabbe-Gesellschaft zu gründen?

Drei Monate, nachdem Bergmanns Bereitschaft, sich von seiner Sammlung zu trennen, eher zufällig in Detmold bekannt geworden, von zwei Einzelpersonen aufgenommen und mit Tatkraft und Engagement weiterverfolgt worden war, war die Angelegenheit nun bei den „maßgeblichen" amtlichen Stellen angelangt. Auch die beiden anderen Grabbe-Projekte: die Grabbe-Woche 1936, für die der Detmolder Mittelschullehrer Dr. Heinrich Hollo 1935 einen „Plan für eine Grabbe-Woche in Detmold" vorgelegt hatte, und die Gründung der Grabbe-Gesellschaft, wie Wiegands Bemerkung vom 4.11.35 belegt, gingen also ursprünglich auf private Initiative zurück.

Probleme in Weimar

Während der Plan zum Ankauf der Grabbe-Sammlung von Detmold nach Münster und Berlin vorangetrieben worden war, hatten sich auf Bergmanns Seite verschiedene Probleme eingestellt. Seit Oktober 1935 stand er in regem Briefwechsel mit Düsseldorf. Der Direktor der Landes- und Stadtbibliothek bat ihn am 19.10. mit liebenswürdig werbenden Worten, seine Sammlung im Grabbe-Jahr 1936 in Düsseldorf auszustellen, wobei er an frühere, ins Jahr

1934 zurückreichende Verhandllungen über dieses Thema anknüpfte. Zugleich signalisierte er sein grundsätzliches Interesse am Ankauf der Sammlung:

> Irgendwann einmal werden Sie sich ja auch entschließen müssen, Ihre Sammlung, vor allem die Handschriftenschätze, da es sich um wertvolles Nationalgut handelt, in öffentlichen Besitz zu überführen. Ich würde mich glücklich schätzen, wenn die Landes- und Stadtbibliothek die Betreuerin dieser Schätze werden sollte.

Eine Ausstellung in Düsseldorf „verlockt mich außerordentlich", bekannte Bergmann (4.11.), mußte aber einräumen, daß er Dr. Wiegand das Versprechen gegeben hatte, „daß Detmold zuerst dran kommt" (20.10.). Als nun Düsseldorf, und zwar dessen Oberbürgermeister, am 31. Oktober kategorisch forderte, daß die Ausstellung in Düsseldorf am Todestag des Dichters im September stattfinden müsse, und außerdem ein Vorkaufsrecht für Düsseldorf wünschte, geriet Bergmann in arge Bedrängnis. In seinem Schreiben vom 17. November an den Düsseldorfer Bibliotheksdirektor präsentierte er dann eine bemerkenswerte Lösung: „In dieser Schwierigkeit bin ich auf den Ausweg gekommen, jetzt nach keiner Seite eine endgültige Zusage zu geben", und zur Frage der Vorkaufsrechte verkündete er: „An die zweite Stelle setze ich hiermit die Landes- und Stadtbibliothek Düsseldorf." – Im Dezember zog der Oberbürgermeister die Einladung zur Ausstellung aus finanziellen Gründen zurück – zu Bergmanns großem Bedauern, aber das Problem Düsseldorf, von dem auch Dr. Wiegand informiert und beunruhigt gewesen war, war damit erledigt.

Ein anderes Problem belastete Bergmann ungleich stärker und anhaltender: die Scheidung von seiner Frau. Er hatte davon sowohl gegenüber Dr. Diekmann als auch Dr. Wiegand bei deren Besuchen mit überraschender Offenheit gesprochen. Er fühlte sich dadurch „völlig niedergeworfen" und „gelähmt" (17.9.35 an Diekmann). Die Grabbe-Sammlung spielte in dem Scheidungsprozeß in mehrfacher Hinsicht eine Rolle. Um die „allgemeine Bedeutung" seiner Sammlung dem Gericht und der Gegenseite vor Augen zu führen, versprach er sich von den Begriffen „reichswichtige Grabbe-Woche" und „nationales Gut", die in den Verkaufsverhandlungen aufgetaucht waren, nachhaltige Wirkung, und er bat Dr. Wiegand um ein entsprechendes Zeugnis (17.11.35). Wiegand lieferte am 30. November ein umfangreiches Gutachten, in dem er nicht nur die beiden gewünschten Wendungen, sondern auch eine dritte, für den gedachten Zweck sicherlich nützliche, gebrauchte: Er war „in der Lage, zu bestätigen, daß die Grabbe-Sammlung Dr. Bergmanns vom wissenschaftlich-kulturellen wie auch vom national-völkischen Standpunkte aus betrachtet einen hohen Wert besitzt". Unter dem gleichen Datum (30.11.35) bat Wiegand – im Auftrag der Landesregierung, die durch Andeutungen Bergmanns irritiert war, – um Klarstellung, ob Bergmanns Ehefrau Miteigentümerin der Sammlung sei. Am 5. Dezember konnte Bergmann erklären, daß sein Al-

leineigentum außer Zweifel stand. Aber da war noch ein Problem. Er mußte bei der Festsetzung der Unterhaltszahlungen für seine Frau befürchten, daß seine Sammlung mit herangezogen würde, und er fragte deshalb im gleichen Brief an, ob er in dieser Sache juristischen Rat eines Sachverständigen von der Regierung erhalten könnte. Dieser wurde ihm schon am 16. Dezember, und zwar durch den Referenten und Bürovorsteher des Reichsstatthalters in Detmold, Regierungsrat Wolff, zuteil: Nach geltendem Recht war die Sammlung in der Tat vor Pfändung durch die Ehefrau nicht geschützt.

In dieser Zeit, Ende 1935, begann Bergmann, sich in Weimar überhaupt unwohl zu fühlen. Er äußerte sich darüber an Ernst Diekmann am 23. Dezember. Enttäuscht vom Verhalten von Vorstandsmitgliedern der Goethe-Gesellschaft – er nennt u.a. Julius Petersen und Hans Wahl, letzterer war als Direktor des Goethe- und Schiller-Archivs zugleich sein Vorgesetzter, zu dem auch sein dienstliches Verhältnis „sehr getrübt" (9.1.36) war, – sah er sich genötigt, für Ende März seinen Schriftführerposten zu kündigen und aus dem Ortsausschuß der Goethe-Gesellschaft auszutreten.

Im Frühjahr 1937 – Bergmann war immer noch in Weimar – betraf ihn weiteres Ungemach. Er bewohnte eine Dienstwohnung, und die Schatullverwaltung der Großherzogin Feodora von Sachsen hatte eine Räumungsklage gegen ihn angestrengt (13.3.37 an Wiegand). Das Unerquickliche an dieser Sache – nicht zuletzt die Sorge um die Unterbringung der gerade aufgestellten Grabbe-Bibliothek – wurde noch durch Streitigkeiten mit den anderen Hausbewohnern gesteigert. Am 28.April d.J. schrieb Bergmann an den Hamburger Journalisten Robert Warnecke: „Dieses alles hat mir meine hiesige Stellung und Tätigkeit von Grund aus verleidet, und ich sehne den Augenblick herbei, wo ich Weimar verlassen kann."

Kein Geld aus Berlin

Alfred Bergmann hatte für den 29. Dezember 1935 geplant, nach Detmold zu fahren, da er mit Wiegand „viel zu besprechen hatte" (21.12.35); es war sogar ein Treffen mit Reichsstatthalter Dr. Meyer verabredet, der bereit war, – der 29. war ein Sonntag! – Bergmann in seinem Detmolder Büro, Rosenthal 13, zu empfangen. Am 24. Dezember bat Wiegand, die Reise zu verschieben, da sowohl Pg. Schmidt als auch der „juristische Fachmann", Regierungsrat Wolff, im Urlaub waren und an der Besprechung nicht teilnehmen konnten. Er schlug die Zeit nach dem 15. Januar vor, da Schmidt dann auch nicht mehr mit der Organisation des alljährlich stattfindenden Erinnerungstreffens an den 15. Januar 1933 belastet sein würde. Schmidts Bemühungen um Finanzhilfe bei Berliner Dienststellen hatten bisher wenig Erfolg gehabt. Wiegand blieb trotzdem optimistisch:

> Schwierig bleibt auch [...] die Finanzierung, doch ist die Lage keineswegs irgendwie als bedenklich zu bezeichnen. [...] Guter Wille ist, wie wir festgestellt haben, auch in Berlin überall vorhanden, und da auch der Herr Reichsstatthalter sich ganz für die Sache einsetzt, wird Beharrlichkeit schließlich doch siegen (19.12.35).

Bergmanns Unterredungen mit dem Reichsstatthalter, dem Gauamtsleiter Schmidt und dem Regierungsrat Wolff fanden dann vom 24. bis 26. Januar 1936 in Detmold statt. Ihr Ergebnis war, daß der Reichsstatthalter mit Schreiben[4] vom 30. Januar den Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda um einen Zuschuß des Reiches von ca. 30000 RM für den Ankauf der Grabbe-Sammlung bat, für den das Land Lippe allenfalls 20-25000 RM aufzubringen in der Lage sei. Er begründete seinen Antrag damit, daß „die Grabbe-Sammlung des Bibliothekars am Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar, Dr. Alfred Bergmann [...] nach einem wohldurchdachten, der Anlage der Kippenbergschen Goethe-Sammlung ähnlichen Plane" systematisch aufgebaut sei und ein „organisches Ganzes" bilde, das „nicht allein in Grabbes Leben und Werk, sondern weit darüber hinaus in die literarhistorische Umwelt des Dichters umfassende Einblicke vermittelt". So dürfe man „die Sammlung als Ganzes wohl zu den nationalen Gütern rechnen, deren Schutz im allgemeinen Interesse liegt und daher zweckmäßiger Weise einer staatlichen Stelle anvertraut werden müßte, [...] um die Gefahr ihrer Zerstückelung [...] für immer auszuschalten." Dr. Meyer fährt fort:

> Ihre Übereignung an die Lippische Landesbibliothek in Detmold ist auch deswegen erforderlich, weil diese als Pflegstätte des heimatlichen Schrifttums naturgemäß auch dem Grabbeschen Lebenswerke von jeher ihr besonderes Augenmerk zugewandt hat und bereits eine ansehnliche Grabbesammlung besitzt. Eine Vereinigung beider Sammlungen würde daher der wissenschaftlichen Grabbeforschung sowie der Auswertung des Grabbeschen Lebenswerkes zu volkserzieherischen Zwecken erforderlich sein. Außerdem ist es erforderlich, daß durch Übergang der Sammlung in lippisches Staatseigentum die Voraussetzungen für ihren weiteren Ausbau geschaffen werden.

Der Reichsstatthalter folgte damit weitgehend den Argumenten Bergmanns. Interessant ist sein Hinweis auf den damaligen Eigenbestand der Landesbibliothek an Grabbe-Handschriften. In der Tat war auch ihr Besitz beachtlich: Er umfaßte zahlreiche Briefe aus Grabbes gesamter Lebenszeit, darunter solche an seine Ehefrau und an seinen Biographen Karl Ziegler; an Werkmanuskripten waren u.a. 96 Blatt Fragmente aus der „Hermannsschlacht" vorhanden.

Eine vorläufige Antwort auf sein Bittschreiben erhielt der Reichsstatthalter am 14. März 1936 vom Reichs- und Preußischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung[5]: „Ich bemerke dabei schon jetzt, daß es kaum möglich sein wird, einen Zuschuß aus Reichsmitteln zum Ankauf der Grabbe-Sammlung zu erwirken." Am 14. Mai teilte die Landesstelle Westfalen-Nord

des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda[6] Dr. Wiegand mit, daß der Antrag des Herrn Reichsstatthalters „beim Ministerium bis jetzt zurückgestellt werden mußte, da bei Eingang des Antrages die Etatmittel für diesen Zweck bereits vollständig aufgebraucht waren". Im Laufe des Monats Mai sollte eine erneute Eingabe erfolgen. Aber am 29. Juli d. J. beschied der Reichs- und Preußische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung[7] den Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe): „Zu meinem Bedauern bin ich nicht in der Lage, zum Ankauf dieser Bibliothek einen Zuschuß von 30000 RM zu bewilligen, da mir Reichsmittel für solche Zwecke nicht zur Verfügung stehen."

Bergmann nach Detmold?

Bei Bergmanns mehrtägiger Anwesenheit in Detmold Ende Januar 1936 war erstmals – und zwar durch Dr. Wiegand, der im Brief vom 8. April an die „Prüfung meines Vorschlags" erinnert, – der Gedanke seiner Übersiedlung nach Detmold aufgekommen. Bergmann äußerte sich dazu am 21. Februar in seinem verspäteten Dankesbrief an Wiegand für die erwiesene Gastfreunschaft:

> Eine Entscheidung wird für mich außerordentlich schwierig sein, da eigentlich ebenso vieles dafür spricht und ebenso vieles dagegen. Wenn ich mir vergegenwärtige, daß ich meine Arbeitsstätte im Goethe- und Schiller-Archiv wieder aufgeben soll, dann kommt mir doch erst recht zum Bewußtsein, wie sehr ich schon mit dieser Arbeit verwachsen bin. Und ähnlich ergeht es mir mit Wohnung und Landschaft. Dazu kommt, daß ich nach so langen Jahren der Ungewißheit endlich hier festen Fuß gefaßt zu haben glaubte, und daß der Gedanke, nun vielleicht schon bald wieder hier losgerissen zu werden, alles einpacken zu müssen, um anderswo von neuem an die Ordnung gehen zu müssen, mich mit Grauen erfüllt.

Das steht in auffallendem Gegensatz zu seinen negativen Äußerungen über Weimar im Dezember des vergangenen Jahres, das, wie er auch noch am 9. Januar gegenüber Diekmann bekannte, für ihn „eine Zeit tiefen Leides, eine Quelle unsagbarer Bitterkeit" gewesen ist. Seine unentschlossene Haltung wird auch aus seinem Brief vom 27./28. April an Wiegand deutlich:

> Ihren Vorschlag, nach Detmold an die Bibliothek überzusiedeln, habe ich mir inzwischen sozusagen Tag und Nacht durch den Kopf gehen lassen, und ich kann nur immer wieder sagen, daß eine Entscheidung mir außerordentlich schwer fällt, da die Gründe für und wider sich die Wage halten. [...] Ich muß berücksichtigen,

führt er aus, „daß ich den besonderen Vorzug habe, dem Goethe- und Schiller-Archiv dienen zu können, eine unserer vornehmsten Hochburgen des Geistes." Auch sei eine Übersiedlung nach Detmold für ihn selbstverständlich nur dann

sinnvoll, wenn seine Sammlung vom Land Lippe angekauft würde. „Zwei Punkte, die sehr wesentlich für eine solche Übersiedlung sprechen, sind dann 1) die Möglichkeit, dort in aller Ruhe einen wissenschaftlichen Katalog der Sammlung herstellen zu können, 2) die Möglichkeit, die Grabbe-Ausgabe zustande zu bringen." Diese Ausgabe sollte im Verlag der Meyerschen Hofbuchhandlung erscheinen; die Verhandlungen darüber waren derzeit jedoch „völlig ins Stocken geraten". Schließlich war es für ihn nicht unwichtig, zu erfahren, welche „äußeren Bedingungen", also die Höhe des Gehalts, eventuelle Übernahme ins Beamtenverhältnis, Alters- und Pensionsgrenze, Aufstiegschancen, Länge des Urlaubs, ihm in Detmold geboten würden. Auch müßte ihm „Gelegenheit gegeben werden, den Verpflichtungen gegenüber dem Carl-August-Werk und gegenüber Prof. Kippenberg auch von Detmold aus nachzukommen".

Trotz der Bedenken und Bedingungen Bergmanns stellte der Direktor der Lippischen Landesbibliothek mit Datum vom 23. Mai 1936 bei der Lippischen Landesregierung – deren Führung übrigens seit dem 1. Februar d.J. der Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Meyer übernommen hatte, wovon sich Wiegand eine „wesentliche Erleichterung unserer Angelegenheiten" (8.4.36) versprach – folgenden Antrag[8]:

> Die erstmalig für das Rechnungsjahr 1936 errichtete Planstelle eines wissenschaftlichen Hilfsarbeiters an der Lippischen Landesbibliothek bitten wir mit Wirkung vom 1. Oktober 1936 dem Bibliothekar am Goethe- und Schiller-Archiv in Weimar, Dr. Alfred Bergmann, zu übertragen. Dr. Bergmann ist bereit, die Stelle zu übernehmen, falls ihm vom Lande Lippe die bindende Zusage seiner Übernahme in das lippische Beamtenverhältnis ab 1. April 1937 erteilt und seine Eingruppierung in die Gruppe 2a der lippischen Besoldungsordnung garantiert wird.

Seine ausführliche Begründung hob vor allem auf zwei Punkte ab: Mit Dr. Bergmann erhielte die Bibliothek einen durch seine Arbeit im Goethe- und Schiller-Archiv und an Kippenbergs Goethe-Katalog im Katalogisieren erfahrenen Mitarbeiter, der „gelegentlich Vertreter des Direktors und Bearbeiter des noch rückständigen Systematischen Katalogs" sein würde, und Bergmann sei naturgemäß der geeignetste Betreuer der Grabbe-Sammlung. Wiegand benannte auch die der Anstellung entgegenstehenden Hindernisse: Die Zusicherung der Übernahme ins Beamtenverhältnis bedurfte der Genehmigung des Reichsfinanzministers, und der Reichserziehungsminister würde eine Sondergenehmigung erteilen müssen, da Bergmann zwar die praktische Erfahrung und Befähigung, nicht jedoch „die in der Regel erforderliche regelrechte bibliothekarische Laufbahn aufzuweisen" hatte. Wiegand tat ein übriges: Schon am nächsten Tag, dem 24. Mai, hatte er Gelegenheit, dem Reichserziehungsminister Rust – „ein großer Verehrer Grabbes" (24.5.36 an Bergmann) – bei dessen Anwesenheit in Detmold eine die ganze Ankaufs- und Anstellungsproblematik

auf zwei engbeschriebenen Seiten umreißende Aktennotiz[9] „auf Anforderung" persönlich zu überreichen.

Weiteres war zu bedenken :

> Da es sich zwar um keine leitende, immerhin aber um eine Stellung der höheren bibliothekarischen Laufbahn handelt, deren endgültige Besetzung der Genehmigung des Führers bedarf, sind wir von der Lippischen Landesregierung beauftragt, die erforderlichen Unterlagen für die politische und weltanschauliche Zuverlässigkeit Dr. Bergmanns zu beschaffen,

schrieb Wiegand am 4. Juni an die Gauleitung Thüringen der N.S.D.A.P. in Weimar[10] und erhielt am 13. Juli die gewünschte Bestätigung[11]: „Dr. Bergmann gehört der N.S.V. seit 1.7.1934 an. Vor der Machtübernahme hat er sich politisch nicht betätigt. In persönlicher und charakterlicher Hinsicht bestehen gegen ihn keine Bedenken. Die politische Zuverlässigkeit wird bejaht."

Wiegands Bemühungen hatten nur geringen Erfolg. Am 3. Juli ließ ihn der Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe (Landesregierung Lippe), „in Vertretung (gez.) Wedderwille", wissen:

> Mit der Einstellung des Dr. Bergmann bei der Landesbibliothek in Detmold als wissenschaftlicher Hilfsarbeiter auf Privatdienstvertrag bin ich einverstanden, sofern Bedenken wegen der politischen Zuverlässigkeit nicht bestehen. Die Übernahme in das Beamtenverhältnis ab 1. April 1937 unter Eingruppierung in die Besoldungsgruppe 2a der Besoldungsordnung vermag ich nicht in Aussicht zu stellen, auch dem Herrn Reichsstatthalter nicht vorzuschlagen.[12]

Ungeachtet dieser Enttäuschung galt es nun erst einmal, den Antransport und Aufbau der Grabbe-Ausstellung für die Grabbe-Woche, die vom 26. September bis 2. Oktober dauern sollte, zu organisieren. Auf Bitte des Reichsstatthalters gewährte das Goethe- und Schiller-Archiv Bergmann dafür einen sechswöchigen bezahlten Urlaub. Mit großem Befremden hingegen mußte Bergmann feststellen (30.8.36 an Wiegand), daß in allen ihm vorliegenden Zeitungsmeldungen über die bevorstehende Grabbe-Woche die Ausstellung wohl erwähnt, sein Name jedoch „geflissentlich totgeschwiegen" wurde. Wiegand gab Bergmanns Protest „mit allem Nachdruck" (3.9.36 an Bergmann) an den für die Propaganda für die Grabbe-Woche Verantwortlichen bei der Landesstelle Westfalen-Nord, den Pg. Viehoff, weiter, der allerdings „leugnete" die Übergehung des Namens „rundweg ab". Aber auch auf dem offiziellen Veranstaltungsprogramm erschien der Name Bergmann nicht. – Noch mancherlei andere Hindernisse und Komplikationen ergaben sich bei den Vorbereitungen, wurden aber schließlich überwunden.

Abb. 1: Grabbe-Ausstellung im Landestheater 1936

Wiegands Frust

Bergmann war mit dem Verlauf der Grabbe-Ausstellung im Foyer des Landestheaters offensichtlich zufrieden. Am 22. Oktober sprach er Wiegand seinen herzlichsten Dank dafür aus, „daß Sie meiner Grabbe-Sammlung den Weg zur Öffentlichkeit gebahnt und der Ausstellung eine Form gegeben haben, wie ich sie mir schöner und würdiger nicht denken kann". Bei der Grabbe-Woche war es zwar „nicht ohne allerhand Enttäuschungen und seltsame Erlebnisse" abgegangen (21.12.36 an Warnecke), insgesamt aber war sie für ihn „doch eine Veranstaltung von hohem Niveau und großem ideellem Erfolge" gewesen (22.10.36 an Wiegand).

Dr. Wiegand war nach der Grabbe-Woche nicht so hochgestimmt. Nur durch Einblick in eine Kopie erhielt er Kenntnis von dem Brief des Reichsstatthalters (Landesregierung Lippe), „im Auftrage (gez.) Wollenhaupt, Oberschulrat", vom 30. Oktober „an Herrn Bibliothekar Dr. Bergmann in Weimar" mit folgendem Wortlaut:

> Der Herr Reichsstatthalter und Chef der Lipp. Landesregierung hat mich beauftragt, mit Ihnen in Verbindung zu treten und die Möglichkeiten zu klären, unter denen 1.) Ihre Grabbe-Sammlung vom Lipp. Staat übernommen werden kann, 2.) auch ihre Übernahme als Bibliothekar in den lippischen Staatsdienst erfolgen kann.

> [...] Da mir die Akten nicht vorliegen und ich nicht weiß, wie weit Dr. Wiegand die Verhandlungen mit Ihnen geführt hat, bitte ich zunächst zu den beiden Punkten um Ihre grundsätzliche Stellungnahme.

Wiegands Verbitterung, die aus seinem Brief vom 2. November an Bergmann spricht, ist verständlich:

> Wie Sie inzwischen aus einem Ihnen zugegangenen Schreiben der Lippischen Landesregierung entnommen haben werden, ist mir in der Angelegenheit des Ankaufs Ihrer Sammlung und Ihrer Anstellung an der Lippischen Landesbibliothek die Federführung entzogen und Herrn Oberschulrat Wollenhaupt übertragen worden. Diese Feierlichkeit ist ohne alle, auch nur bescheidensten Zeremonien vor sich gegangen. Was ich bisher verantwortlich zu erkämpfen trachtete, wird der Landesbibliothek nun hoffentlich aus Gnaden zuteil werden.

Es war dies nicht das erste Mal, daß Wiegand die Willkür der übergeordneten Organe zu spüren bekam. Schon am 24. April 1936 hatte er sich beim Landesstellenleiter Schmidt darüber beschwert,[13] daß, obwohl er vom Reichsstatthalter zum Verbindungsmann zwischen der Gauleitung und der Lippischen Landesregierung in Sachen der Grabbe-Woche bestimmt war, die laufenden Planungen an ihm vorbeigingen, und er z.B. von dritter Seite hören mußte, daß der von ihm und Dr. Hollo vorgelegte Plan der Grabbe-Woche inzwischen eine wesentliche Veränderung erfahren hatte. Das endgültige Programm – einschließlich der Ehre, bei der Ausstellungseröffnung eine Ansprache halten zu dürfen – war ihm dann „auf Umwegen, d.h. anläßlich eines Spazierganges durch die Lange Straße in Detmold am Schnelleschen Buchladen entlang, bekannt geworden" (3.9.36 an Bergmann). Daß der Informationsfluß über die Vorbereitungen der Grabbe-Woche an Wiegand vorbeiging, lag wohl auch daran, daß seit Februar 1936 Personalunion zwischen Gauleiter und Lippischer Landesregierung bestand, aber den Eindruck, „daß man über unsere Köpfe hinweg alles bestimmt hat", teilte auch Bergmann (4.9.36).

Bürokratie

Auf Wollenhaupts Schreiben vom 30. Oktober 1936 wiederholte Bergmann am 3. November in großen Zügen die schon am 29. August 1935 dargelegten Gründe für seine Verkaufsabsicht, verwies aber hinsichtlich des Kaufpreises auf die noch ausstehende, von der lippischen Regierung gewünschte Schätzung durch den Ersten Direktor der Preußischen Staatsbibliothek, Dr. Josef Becker. Als Bedingungen für seine Übersiedlung nach Detmold nannte er, daß er vom ersten Tage an in eine Beamtenstellung zu kommen wünschte, sein Nettogehalt nicht geringer als das jetzige sein dürfe und daß ihm die Umzugskosten vergütet würden.

Sein Brief vom gleichen Tage (3.11.36) an Dr. Wiegand macht deutlich, daß bei seinen Detmold-Plänen sein freundschaftliches Verhältnis zu Eduard Wiegand eine wesentliche Rolle spielte:

> Wenn ich mich nun ganz mit dem Gedanken vertraut gemacht habe, meiner Sammlung nach Detmold zu folgen, so hat dazu die Aussicht auf eine gedeihliche Zusammenarbeit mit Ihnen sehr erheblich beigetragen. Die freundliche Gesinnung, welche Sie in Ihrem sonst so betrüblichen Schreiben ausdrücken und die ich dankbar empfinde, hat mich in dieser Haltung nur noch bestärken können.

Diese „freundliche Gesinnung" scheint er in Detmold nicht immer vorgefunden zu haben, das klingt an in seinen Worten: „Ich kann nur hoffen, daß dieses" – nämlich Wiegands „schmerzliche Erfahrungen" und Scheitern in der Ankaufs-Angelegenheit – „nicht damit zusammenhängt, daß Sie sich nicht nur für meine Sammlung, sondern auch für mich eingesetzt haben."

Am 1. Dezember bat Wollenhaupt Bergmann, nach Detmold zu kommen, „um hier zu versuchen, die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen". Die Reisekosten würden ersetzt. Während der nächsten zwei Monate erschöpfte sich der Kontakt zwischen der lippischen Regierung und Bergmann in immer wieder gescheiterten Bemühungen, einen beiden Seiten passenden Termin für die Zusammenkunft zu finden. Am Sonntag, dem 7. Februar 1937, klappte es dann endlich: Abends um 17.47 Uhr mit dem Zug aus Weimar nach fünfstündiger Bahnfahrt in Detmold angekommen, traf sich Bergmann um 18 Uhr im Hotel 'Kaiserhof' mit Wollenhaupt und mit dem Vertreter des Regierungschefs, Wedderwille, der an der „Aussprache" teilzunehmen wünschte.

Am 16. Februar machte Bergmann der Lippischen Landesregierung schriftlich ein „verbindliches Kaufangebot": die Sammlung der Handschriften und Druckwerke zum Preis von 40000 RM, zahlbar in fünf Jahresraten zu je 8000 RM, die graphische Sammlung für 12000 RM, zahlbar in zwei Jahresraten zu je 6000 RM. Kaufpreis und Zahlungsmodus entsprachen dem Gutachten von Dr. Becker. Das Angebot war für die Handschriften und Drucke auf ein Jahr, für die Graphikblätter auf fünf Jahre befristet. Die Kosten für den Transport nach Detmold wollte der Verkäufer, die Gebühren für den Kaufvertrag sollte der Käufer tragen. Bergmann schloß mit der schon im Brief vom 29.8.1935 enthaltenen Bedingung:

> Für den Fall, daß ich weiterhin in Weimar bleiben sollte, müßte ich ferner ausbedingen, daß die Sammlung noch fünf Jahre nach Abschluß des Verkaufes am gleichen Wohnort verbleibt, damit ich imstande bin, den Katalog der Sammlung und die vom Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda geförderte achtbändige Grabbe-Ausgabe herzustellen.

In einem separaten Schreiben an die Regierung, ebenfalls vom 16.2.37, erklärte er sich „mit Bezug auf die Besprechung in Detmold am 7. d.M." bereit, „zum

1. Oktober d.J. als Angestellter an die Lippische Landesbibliothek zu kommen" und bat um nähere Angaben über Anfangsgehalt, Wohnungsgeld u. dgl.

Auf diese – und weitere – Schreiben hörte Bergmann aus Detmold monatelang nichts. Am 4. Mai beklagte er sich darüber bei Wiegand: „Auf meine verschiedenen offiziellen Schreiben in Sachen der Anstellung und der Sammlung bin ich bis heute ohne den geringsten Bescheid." Wiegand sah nun „genau das eingetreten", was er „mit Bestimmtheit vorausgesehen" hatte. Bei der Rückkehr aus seinem Urlaub hatte er auf seinem Schreibtisch ein Aktenbündel „Grabbe-Woche pp." vorgefunden, darin auch Bergmanns letzte Briefe an die Regierung: – unbearbeitet. Er versprach (7.5.37), sich dafür einzusetzen, daß die Angelegenheit wieder ihm übertragen würde, sein „Nachfolger in Grabbibus" (d.h. Wollenhaupt) habe bereits „freundlichst seine Einwilligung erteilt", und es fehle nur noch die Zustimmung des Reichsstatthalters. „Ob der Herr Reichsstatthalter über die bisherige Behandlung der Angelegenheit durch die Lipp. Landesregierung entzückt sein wird, möchte ich stark bezweifeln. [...] Falls es Ihnen einen Trost bereitet", fügte er hinzu, „dürfen Sie übrigens überzeugt sein, daß Sie und die Grabbe-Angelegenheit keineswegs die einzigen sind, die sich einer derartigen liebevollen und leidenschaftlich pünktlichen Behandlung zu erfreuen haben." Selbstverständlich stecke jedoch „nicht etwa böser Wille" dahinter, sondern „eben die Macht der Umstände".

Ein neuer Anlauf

Am 12. Mai lag die Federführung in Sachen Bergmann wieder in Wiegands Händen. Die Bearbeitung des Kaufvertrages war jedoch zur Zeit nicht möglich, da die angeforderte diesbezügliche Akte „augenblicklich unauffindbar" war. Da die Frage der Finanzierung noch gänzlich ungeklärt war, deutete Wiegand an, daß Bergmann die Sammlung vorerst ohne Kaufabschluß mitbringen müßte. Seiner Anstellung stünden nämlich wohl keine Schwierigkeiten mehr im Wege. Tatsächlich erhielt Bergmann ein vom 19. Mai datiertes und von Dr. Alfred Meyer persönlich unterzeichnetes Schreiben der Landesregierung Lippe:

> Auf Ihre verschiedenen mündlichen und schriftlichen Gesuche teile ich Ihnen mit, daß die Landesregierung grundsätzlich bereit ist, Sie ab 1. Oktober 1937 im Angestelltenverhältnis bei der Lippischen Landesbibliothek zu beschäftigen. Die Festsetzung Ihrer demnächstigen Bezüge wird später erfolgen. Vor weiterem wollen Sie die anliegenden Personal- und Fragebogen ausgefüllt baldigst zurückreichen.

Die angeforderten Dokumente übersandte Bergmann am 15. Juni. Da die Sammlung zunächst nicht angekauft werden konnte, war er bereit, sie der Lippischen Landesbibliothek zeitweilig als Leihgabe zu überlassen (15.6.37 an

Wiegand). Von einem Katalog der Sammlung, den er beschleunigt herzustellen gedachte, versprach er sich eine positive Auswirkung auf die Verhandlungen mit den Reichsstellen wegen des Zuschusses zur Kaufsumme. Übrigens brauchte die Entscheidung über seine Anstellung nicht bis zum 1. Juli zu fallen, da für seine Tätigkeit am Goethe- und Schiller-Archiv kein Vertrag vorlag und er nur eine sechswöchige Kündigungsfrist hatte. Gern nahm er Wiegands Angebot an, bei der Wohnungssuche in Detmold behilflich zu sein, und schilderte seine Wünsche in dieser Hinsicht (24.6.37).

Auf Anordnung des Reichsstatthalters unternahm Dr. Wiegand einen erneuten Versuch, „Reichsmittel" für den Ankauf der Sammlung zu erhalten. Zusammen mit dem Gauamtsleiter Schmidt reiste er am 29./30.Juni nach Berlin und sprach sowohl im Kultusministerium wie auch im Propagandaministerium vor.[14] Seine Bemühungen waren vergeblich; beide Ministerien sahen sich außerstande, „hierfür Mittel aufzutreiben". Bezeichnend für Wiegands resolutes Engagement war es, daß er nun lapidar feststellte: „Wir werden demnach den Führer bitten müssen, uns zu helfen" (1.7.37 an Bergmann). Diese „letzte Möglichkeit" hatte er schon in einem umfangreichen Sachstandsbericht an den Reichsstatthalter[15] am 25. Mai angesprochen und darauf hingewiesen, daß der „Führer und Reichskanzler [...] ja bereits öfter in derartigen Notlagen zur Rettung gefährdeter Schriftdenkmäler sich eingesetzt hat". So weit kam es allerdings nicht.

Die lippische Regierung jedoch wurde durch Wiegand zu ungewohnter Betriebsamkeit angespornt. Sie übersandte am 1. Juli per Eilpost den Anstellungsvertrag zum 1. Oktober 1937. Am 15. Juli bestätigte Bergmann „verbindlich dankend" den Eingang und bat um „baldige Mitteilung der näheren Bedingungen", damit er seine „endgültige Entscheidung treffen" könne. Schon am 26. Juli teilte ihm die Regierung mit: Unter der Voraussetzung einer abgeschlossenen Hochschulbildung würde er in die Vergütungsgruppe X des P.A.T. eingestuft werden, mit einem Gehalt von 422,40 RM. Am gleichen Tag schrieb Wiegand an Bergmann:

> Der Überführung Ihrer Sammlung nach hier steht nunmehr nichts mehr im Wege. Sie kann daher bereits im August hier anrollen und würde dann vorerst in den beiden kleineren Ausstellungsräumen untergebracht werden können. Die von der Kirche bisher beanspruchten Räume werden nunmehr endgültig am 15. Oktober frei, so daß Ihre Sammlung Anfang November in diesen Räumen ihre endgültige Aufstellung finden kann. Besondere Wünsche wegen der Einrichtung Ihres Dienstzimmers können dann auch noch berücksichtigt werden.

Sodann kündigt er seinen Besuch in Weimar für den 8. August bei Gelegenheit seiner Reise nach Jena zur Volksbüchereitagung an, „um vor Ihrer Übersiedlung nach hier die schwebenden Fragen noch einmal gründlich mit Ihnen durchzusprechen". Er stünde am 8. August zur Verfügung, antwortet Berg-

mann (28.7.37), „leider aber muß ich hinzufügen, daß es mir sehr zweifelhaft ist, ob diese Besprechung dann noch das von Ihnen angegebene Ziel haben müßte, da die Verwirklichung unserer Pläne in Frage gestellt ist". Als Grund dafür nennt er seine Enttäuschung darüber, daß Lippe ihm die seinerzeit zumindest für später in Aussicht gestellte Übernahme ins Beamtenverhältnis mit dem Schreiben vom 1. Juli ausdrücklich verweigert habe. Übrigens wäre er dadurch bei seiner derzeitigen Dienststelle, wenn sie davon erführe, „für alle Zeiten blamiert". Und die errechnete Gehaltshöhe sei unrealistisch, da er, wie man in Detmold sehr wohl wisse, die Voraussetzung der abgeschlossenen Hochschulausbildung nicht erfülle. Doch das war nicht allein der Grund für Bergmanns verhaltene Reaktion auf Wiegands Besuchsankündigung.

Kippenberg

Vor seiner Weimarer Zeit war Bergmann von Januar 1925 bis September 1928 Mitarbeiter der Sammlung Kippenberg in Leipzig gewesen und hatte maßgeblich an der 1928 erschienenen zweiten Ausgabe des Katalogs der Sammlung Kippenberg mitgearbeitet. Der Kontakt zu Anton Kippenberg, dem von Bergmann stets „sehr verehrten Herrn Professor", war seitdem nicht abgerissen, und es war für Bergmann im April 1937, als er in Weimar den Schikanen der Schatullverwaltung ausgesetzt war und aus Detmold vergeblich auf Antwort wartete, Trost und Anerkennung, daß Kippenberg ihn mit der Neuordnung seiner Privatbibliothek betraute. Er führte diesen ehrenvollen Auftrag von Ende Mai bis Anfang Juni in drei Wochen aus, für die ihm der einflußreiche Leipziger Verleger bei eben jener Schatullverwaltung einen bezahlten Urlaub erwirkt hatte. Daraufhin bot Kippenberg dem als Bibliothekar und Bibliograph Bewährten an, wieder nach Leipzig zu kommen und an dem geplanten Nachtragsband seiner Goethe-Sammlung, aber auch im Archiv des Insel-Verlages zu arbeiten. „Sie werden über Ihren Vorschlag bald von mir hören", schrieb Bergmann am 15. Juli, und am 28. Juli – dem selben Tag, da er auch an Wiegand schrieb, und zwei Tage, nachdem er die Gehaltsberechnung aus Lippe erhalten hatte –: „Nach reiflicher Erwägung aller Umstände bin ich jetzt so gut wie entschlossen, Ihr Anerbieten anzunehmen." Über die Einzelheiten seines Arbeitsverhältnisses besprach er sich mit Kippenberg in Leipzig am 7. August.

Das also war der eigentliche Grund für seine „Zweifel" an der Verwirklichung des Detmolder Projekts: Bergmann hatte sich für eine andere, seine alte Arbeits- und Wirkungsstätte entschieden. Am folgenden Tag, dem 8. August, teilte er dies seinem Besucher, Dr. Wiegand, mit. „Gestern", schreibt er am 9. August an Kippenberg, „habe ich den ganzen Vormittag mit dem Abgesandten der Lippischen Landesregierung verhandelt, aber allen Lockungen standgehal-

ten, mit Bezug auf das Ihnen gegebene Wort. Nur dazu habe ich mich entschließen müssen, meine Sammlung als Leihgabe nach Detmold zu geben."

Bergmanns Umschwenken veranlaßte Bibliotheksdirektor Wiegand, aber auch die lippische Regierung sogleich zu gesteigerter Aktivität. Der Reichsstatthalter ließ nach einer „eingehenden Aussprache" mit Wiegand durch diesen ausrichten (3.8.37), daß es „nach wie vor sein Wunsch sei", daß Bergmann am 1. Oktober die Stelle bei der Bibliothek anträte, daß er die Angelegenheit von nun an „persönlich in die Hand nehmen werde" und daß er gewillt sei, die spätere Überführung ins Beamtenverhältnis „im Auge zu behalten". Wedderwille übermittelte ihm am 11. August die Bitte des Reichsstatthalters, „in allernächster Zeit zu einer persönlichen Rücksprache nach hier zu kommen", und Wiegand unterstützte diese Bitte in seinem Brief vom gleichen Tage „umso mehr [...], als ich aus einer Unterredung mit den hiesigen zuständigen Stellen den bestimmten Eindruck empfangen habe, daß eine derartige Aussprache wirklich fruchtbringend verlaufen würde". In einem weiteren Brief vom folgenden Tag (12.8.37) wies er auf den „gänzlichen Stimmungsumschwung hier in Detmold" hin, „der ohne Zweifel auf das Konto des Herrn Reichsstatthalters zu setzen ist". Auf einen von Wiegand am 27. August formulierten Vorschlag[16] ging schließlich der Antrag des Reichsstatthalters an den Reichsfinanzminister zurück, den Ankauf der Grabbe-Sammlung allein durch das Land Lippe sowie den Tilgungsplan über sieben Jahre zu genehmigen. „Wenn der Lippische Staat hiermit eine große finanzielle Belastung auf sich nimmt", resümiert der Reichsstatthalter, „so tut er es in dem Bewußtsein seiner hohen kulturellen Verpflichtungen und Aufgaben, die nach dem Willen des Führers auch in Notzeiten nicht ruhen dürfen." Die Genehmigung des Reichsfinanzministers[17] wurde am 29. Oktober 1937 erteilt.

In seiner Antwort an die Landesregierung Lippe vom 14. August bestätigte Bergmann, „daß es mir in der Tat nicht möglich ist, an die Lippische Landesbibliothek zu kommen, da ich die Bedingung einer abgeschlossenen Hochschulbildung [...] nicht zu erfüllen vermag und mich daraufhin bereits anderweit verpflichtet habe." Gegenüber Wiegand betonte er am gleichen Tage, daß „alle sich darüber klar sein müssen, daß ich von meinem Hrn. Prof. Kippenberg gegebenen Worte nicht mehr zurücktrete". Dem Wunsche des Herrn Reichsstatthalters nach einer Aussprache wollte er allerdings gern willfahren, vermochte aber bei der Kürze der Zeit bis zu seinem Weggang aus Weimar – am 30. September endete seine Tätigkeit im Goethe- und Schiller-Archiv – noch nicht zu übersehen, wie er diese anderthalb Tage „herausschinden" sollte (14.8.37 an Wiegand).

In der Tat war Bergmanns Terminplan äußerst eng: Jetzt, Mitte August, war er „vier Mann hoch" mehrere Tage lang mit dem Verpacken der Grabbe-Sammlung in 65 Kisten für den Abtransport als Leihgabe nach Detmold beschäftigt. Den Entwurf des Leihvertrages hatte er am 10. August an Wiegand

geschickt. Eine der Kisten enthielt das Material für eine Ausstellung, die anläßlich der Grabbe-Tage 1937 gezeigt werden sollte. Bis Ende August mußte die Räumung seiner Wohnung erfolgen, bis dahin wollte aber auch das Manuskript der Briefe Carl Augusts an die Herzogin Anna Amalia druckfertig gemacht sein. Vom 28. August bis 10. September hatte Bergmann eine Reise zur Weltausstellung in Paris gebucht. Und nach der Rückkehr von dort gedachte er zu einer längeren Urlaubsreise nach Italien aufzubrechen. Da ihm aber „außerordentlich viel" daran lag, „mit der Lippischen Landesregierung und ihren Mitarbeitern die denkbar besten Beziehungen zu unterhalten", schlug er den 23. August, einen Montag, als Termin für das Gespräch in Detmold vor (14.8.37 an Wiegand). Dieser Tag war auch im Terminkalender des Herrn Reichsstatthalters noch frei. Um 11 Uhr vormittags fand die Unterredung in dessen Detmolder Büro statt, vorher, um 9.30 Uhr, hatte Bergmann, in Begleitung von Dr. Wiegand, Gelegenheit, mit dem stellvertretenden Staatsminister Wedderwille „schwebende Fragen ausführlich zu erörtern" (Wiegand am 17.8.37), unter anderem auch über den Vertrag zur Überlassung der Grabbe-Sammlung als Leihgabe.

Einen Monat später, aus Paris zurück und wieder in Weimar, bedauerte Bergmann am 17. September gegenüber Wiegand, keinerlei Nachricht aus Detmold vorgefunden zu haben, weder über den Leihvertrag, noch über die Vergütung seiner Arbeit in Detmold im November. Mit letzterem war die Aufstellung der Grabbe-Sammlung in den dafür eingerichteten Räumen der Landesbibliothek gemeint, wie es am 23. August in Detmold verabredet worden war. Wiegand, auf einer längeren Dienstreise begriffen, erhielt den ihm nachgesandten Brief in einem Hotel in Gotha, „tiefsinnig auf der Bettkante" sitzend, und konnte nicht eingreifen (22.9.37). Das Schreiben der Landesregierung vom 9. Oktober, mit dem Bergmann aufgefordert wurde, am 1. November mit der Aufstellung zu beginnen, und mit der Zusage, dafür 550 RM nebst Reisekosten zu erstatten, traf den Adressaten, der jetzt in Italien war, nicht an.

Italienreise mit Folgen

Von Bergmann liegt nun erst wieder ein Schreiben vom 30. Oktober vor. Der handschriftliche Brief-Entwurf ist auf Capri verfaßt und an Professor Kippenberg gerichtet. Der wartete auf Nachricht von ihm. Das hatte Bergmann seinerseits auch getan, nämlich auf eine Verabredung zum Besprechen des endgültigen Anstellungsvertrages:

> Eine solche Nachricht habe ich bis zum Beginn meines Urlaubs nicht mehr erhalten. [...] Ich möchte nur noch, nachdem ich in Oberitalien viel schlechtes Wetter gehabt, die sonnigen Tage auf Capri ein wenig genießen, gedenke aber Anfang nächster Woche die Heimreise anzutreten und werde mich dann sofort mit Ihnen in Verbin-

dung setzen. Ich denke, Sie werden mir nach so vielen Kümmernissen diese südlichen Tage gönnen.

„Wir haben uns gründlich mißverstanden", ließ sich der Herr des Insel-Verlages am 3. November vernehmen, seit Mitte Oktober habe er ihn täglich erwartet: „Nun werden Sie hoffentlich bald hier eintreffen."

Bergmann traf am 4. November in Leipzig ein. „Es hatte sich eine Menge Arbeit angehäuft. [...] Herr Professor Kippenberg hat mir sofort nach meinem Erscheinen ein Arbeitspensum zugeteilt", schrieb er am 9. November an Wiegand. Aus dessen vorhergehendem Brief vom 8. November sprach verständliche Unruhe über Bergmanns stillschweigendes Ausbleiben, waren doch durch seine Bemühungen die Mittel für die Honorierung der Aufstellung der Grabbe-Sammlung bewilligt und die drei für die Sammlung vorgesehenen Bibliotheksräume rechtzeitig frei und mit erheblichen Kosten renoviert worden: „Also, sehr geehrter, lieber Herr Bergmann, wir warten hier schmerzlich auf Sie." Bergmann reagierte darauf mit der gleichen Unbekümmertheit, mit der er in dieser Zeit auf ausgedehnte Reisen gegangen war: Der November sei nur vorbehaltlich des Einverständnisses von Professor Kippenberg ins Auge gefaßt worden, und das würde zur Zeit nicht erteilt (9.11.37). Auch die Nachricht, daß der Ankauf der Sammlung „nunmehr restlos gesichert" sei, da das Land Lippe bereit war, den gesamten Kaufpreis aufzubringen, und daß Wiegand beauftragt war, den Kaufvertrag abzuschließen, weshalb ebenfalls Bergmanns Kommen erwartet wurde, beeindruckte ihn auffallend wenig: Wiegand möge den Vertrag entwerfen, eine Besprechung hielte er „zunächst nicht für praktisch" (9.11.37).

Es war an diesem Punkt, daß den Detmolder Bibliotheksdirektor der Eigensinn seines Weimarer Partners etwas aus der Fassung brachte. Aber in seinem Brief vom 11. November war er „entschlossen, die Frage nach etwaigem Verschulden gar nicht erst aufzuwerfen, sondern lediglich die Angelegenheit doch noch zu einem guten Ende zu führen", und zählte dann die von der Lippischen Landesregierung – dank seiner und des Reichsstatthalters dauernden Bemühungen – zugesagten finanziellen Leistungen und durchgeführten Maßnahmen auf.

Wenn Sie sich diese Tatsachen vor Augen halten und weiterhin auch die hier nicht zu erörternden Imponderabilien nicht übersehen, die, wie Sie wissen, ein gewichtiges Wort mitreden und unsere mühsam errungene Stellung wieder gefährden, dann dürfen und werden Sie mir meine Bitte nicht abschlagen, bereits am kommenden Sonnabend, dem 13. Nov., bis Montag Abend nach hier zu kommen. Der Herr Reichsstatthalter wird in diesen Tagen hier sein und selbstverständlich auch nach dem Stande der Dinge sich erkundigen. Was soll ich ihm dann sagen? [...] Also kommen Sie und bringen Sie die Urlaubsgenehmigung für Januar oder Februar mit! [...] Auf schriftlichem Wege läßt sich dieses Knäuel bestimmt nicht lösen.

Bergmann, ungerührt, erwiderte am 12. November: „Wie Sie von einem Knäuel sprechen können, verstehe ich nicht ganz."

Er war dann doch ab 15. Dezember für einen Monat in Detmold, um die Grabbe-Sammlung auszupacken und in den dafür hergerichteten Räumen in der Landesbibliothek aufzustellen. Dort erreichte ihn wenige Tage später ein Brief von Anton Kippenberg, datiert vom 20. Dezember. Unter Bezugnahme auf eine dreimonatige Probezeit bis 31. März teilte er ihm mit, daß er sich „nach reiflicher Überlegung" nicht dazu entschließen könne, mit ihm über diesen Zeitpunkt hinaus ein Vertragsverhältnis einzugehen. Seine Begründung: Er habe nichts dagegen, wenn sich seine Mitarbeiter in ihren Mußestunden literarisch betätigten, die Tätigkeit für den Insel-Verlag und die Goethe-Sammlung erfordere jedoch die ganze Kraft und uneingeschränkte Hingabe, und da habe er feststellen müssen, daß Bergmanns Gedanken dauernd um seine eigene Sammlung und seine Grabbe-Arbeiten kreisten.

Darauf, gestand Bergmann am 22. Dezember, war er nicht gefaßt gewesen. In der Tat brachte Kippenbergs Verhalten den inzwischen Fünfzigjährigen in „noch nicht absehbare äußere Schwierigkeiten und eine sehr demütigende Lage". Über die Feiertage folgte nun ein intensiver postalischer Wortwechsel zwischen Leipzig und Detmold mit beiderseitigen Behauptungen und Gegendarstellungen, der am 27. Dezember darin mündete, daß Kippenberg sich „trotzdem" bereit erklärte, einen Vertrag über zwei Jahre, vom 1.1.1938 bis 1.1.1940, abzuschließen.

Leipzig oder Detmold

Am 17. Januar nahm Bergmann seine Tätigkeit in Kippenbergs Goethe-Sammlung wieder auf. Am 30. Januar – und am 11. Februar erneut – schilderte er Dr. Wiegand seine augenblickliche Lage, die von quälender beruflicher Ungewißheit gekennzeichnet war. Einerseits fühlte er sich an sein der lippischen Regierung während seines Detmold-Aufenthaltes gegebenes Wort gebunden, falls von dort ein Angebot erfolgte, andererseits hatte er mit Kippenberg den Zweijahresvertrag abgeschlossen, allerdings mit einer Rücktrittsmöglichkeit bis zum 28. Februar. Bis dahin spätestens – auch deshalb, weil er zur Zeit dreifach Miete zahlte: für die nicht bezogene Wohnung in Leipzig, ein möbliertes Zimmer und die im Speicher lagernden Möbel – wünschte er dringend, Klarheit über die Anstellung in Detmold zu haben. Wiegand, dessen Gesundheit stark angeschlagen war, reagierte dennoch prompt und erreichte, daß der Reichsstatthalter ihm fernmündlich den Auftrag gab, dem Regierungsdirektor Oppermann seine Anordnung zu übermitteln, wonach Bergmanns Einberufung zum 1. April sofort zu erfolgen habe (19.2.38). Tatsächlich ging von der Lippischen Landesregierung am 19. Februar ein Schreiben hinaus, des Inhalts, daß Berg-

mann sich am 1. April 1938 bei der Lippischen Landesbibliothek zum Dienstantritt zu melden habe. Die Vergütung erfolge nach Gruppe X des P.A.T.

Für Bergmann war das Problem damit noch keineswegs gelöst. Er hatte zwar nun schon eine Wohnung zum 1. April in Detmold gemietet, suchte aber jetzt noch in Leipzig einen Rechtsanwalt, der besonders Erfahrung beim Abfassen von Verträgen mit Behörden hatte, und bat in seinem Antwortschreiben an die Lippische Landesregierung vom 23. Februar „nunmehr" um die baldige Übersendung eines „Entwurfs" des Anstellungsvertrages, in dem seine „Herrn Bibliotheksdirektor Dr. Wiegand geäußerten Wünsche" hinsichtlich Urlaub, Vergütung der Umzugskosten usw. und seine Bedingung, daß der Vertrag auf mindestens fünf Jahre abgeschlossen würde, berücksichtigt waren. Vor allem aber bat er um ein höheres Anfangsgehalt, da er sonst „Gefahr laufe, sehr bald in eine finanzielle Unordnung zu kommen, die sich mit einer staatlichen Anstellung nicht verträgt". Wiederum war es Wiegand, der am 9. März in einer Regierungssitzung Bergmanns Anliegen vertrat. Bergmann sah auch jetzt noch – der 28. Februar war längst verstrichen – beide Möglichkeiten: Detmold oder Leipzig, offen und erörterte am 10. März weitläufig das Für und Wider: Seine Arbeiten in Leipzig seien unerschöpflich, die in Detmold dagegen begrenzt; ein im Bereich des Möglichen liegender „ehelicher Skandalprozeß" könnte ihm in einer öffentlichen Anstellung durchaus schaden, in einer privaten nicht. Die „Garantien", die sein künftiger Aufgabenkreis in Detmold für eine längere Beschäftigungsdauer böte, relativiert er mit dem bemerkenswerten Satz: „Leider weiß ich zu viel von der Gesinnung, die man an den maßgebenden Stellen gegen mich hegt, um hierin allzu hoffnungsfreudig sein zu können." Wenn er Kippenberg, „der jetzt fest mit meinem Bleiben rechnet", verließe, so tue er das, weil er Wiegand sein Wort gegeben habe und sich auf die Zusammenarbeit mit ihm sehr freue. So schön es in der Sammlung Kippenberg, „an der Stätte einer so hohen Kultur", auch sei, sie sei nicht seine eigene, und zu eigenen wissenschaftlichen Arbeiten käme er in Leipzig wohl auch nicht.

Als die Landesregierung Lippe – „in Vertretung (gez.) Wedderwille" – dann mit Schreiben vom 18. März ihm weitere vier Vordienstjahre anrechnete, was eine Steigerung des Gehalts auf monatlich 481,94 RM bedeutete, bezüglich aller anderen Fragen jedoch auf das P.A.T. verwies, erklärte sich Alfred Bergmann am 25. März ohne weitere Einwände zum Eintritt in den lippischen Staatsdienst bereit: „Ich werde mich am 1. April zum Dienstantritt in der Lippischen Landesbibliothek melden."

Auch der Kaufvertrag wurde in diesen Märztagen abgeschlossen. Das ging dann sehr schnell vonstatten. Am 17. März hatte Regierungsrat Wolff angekündigt, daß er in Begleitung von Dr. Wiegand am 22. d.M. nach Leipzig kommen würde, um Bergmann den Entwurf vorzulegen. Er glaubte nicht, daß wesentliche Änderungen notwendig seien. Tatsächlich wurde der Vertrag am 23. März 1938 in der Kanzlei eines Leipziger Notars unterzeichnet.[18]

Abb. 2: Grabbe-Ausstellung zur Eröffnung des Grabbe Archivs

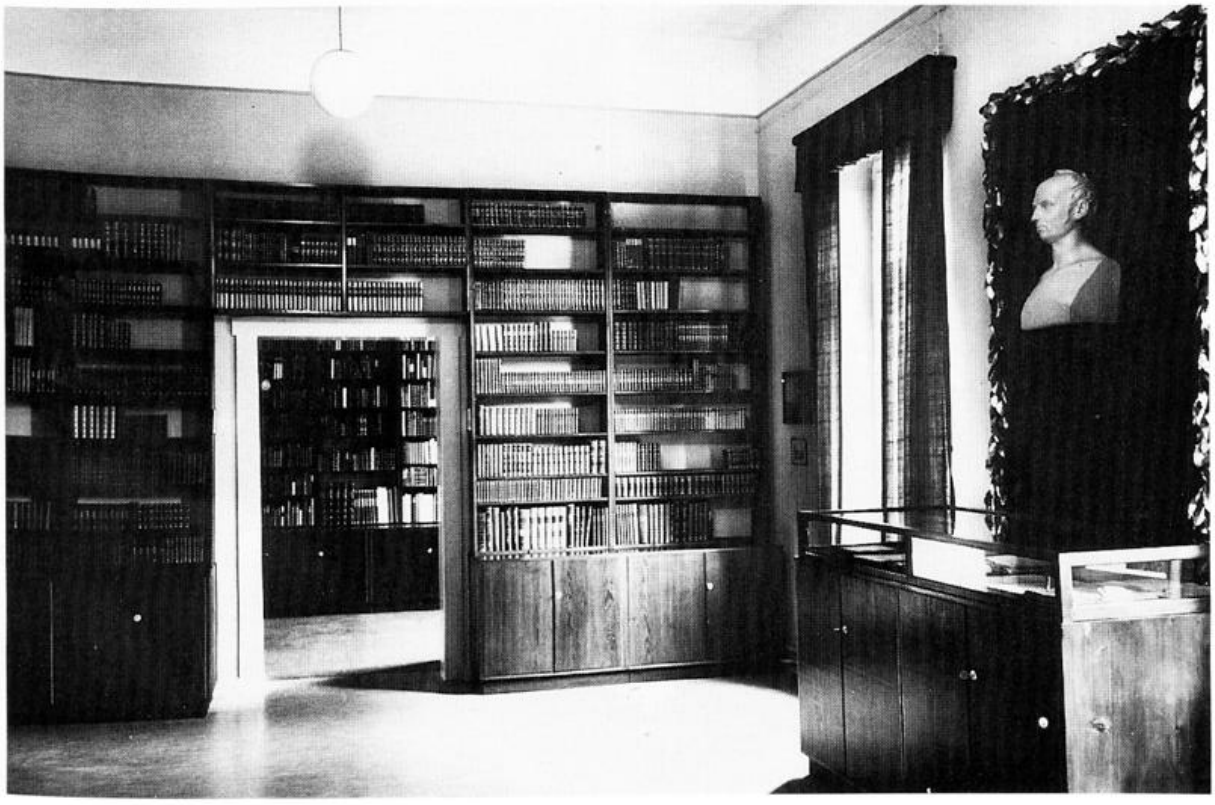


Abb. 3: Das Grabbe-Archiv in der Landesbibliothek im Jahre 1938

Abb. 4: Dr. Bergmann bei der Eröffnung des Grabbe-Archivs

Abb. 5: Gauleiter Dr. Meyer bei der Eröffnung des Grabbe-Archivs

Die Grabbe-Sammlung führte nun die amtliche Bezeichnung „Lippische Landesbibliothek – Grabbe-Archiv Alfred Bergmann". Ein wichtiger Punkt des Vertrages war, daß sich der Kaufpreis von 52.000 RM, zahlbar in sieben Raten, nur auf die Sammlung in ihrem Umfang am 29. August 1935 – dem Tag von Bergmanns erstem Angebot – bezog. Die nach diesem Datum hinzugekommenen Stücke gingen vorerst nur als Leihgabe an die Landesbibliothek. „Das Grabbe-Archiv", definierte der § 15, „ist nach wissenschaftlichen Grundsätzen angelegt und ausgebaut, mit dem Ziele, einstmals in den Dienst der Grabbe-Forschung zu treten." In den acht Paragraphen, die die Pflichten des neuen Besitzers, der Lippischen Landesbibliothek, gegenüber dem Archiv detailliert regelten, waren natürlich auch Bergmanns wiederholt geäußerte Bedingungen festgeschrieben: Solange das Archiv nicht katalogisiert war und bis zum Erscheinen des letzten Bandes der mit Unterstützung des Reichspropagandaministeriums geplanten Grabbe-Ausgabe war die Benutzung durch Dritte ausgeschlossen. Die Herstellung der Grabbe-Bibliographie und die Publikation der Grabbe-Handschriften blieben das ausschließliche Recht Bergmanns.

Vier Jahre später ging mit Kaufvertrag[19] vom 21. Februar 1942 auch der zweite, bislang nur als Leihgabe zur Verfügung gestellte Teil der Bergmannschen Grabbe-Sammlung in das Eigentum des Landes Lippe über. Er umfaßte ca. 4500 Bände, einige Autographen und eine größere Anzahl Porträts. Der Kaufpreis betrug, wieder nach gutachterlicher Schätzung durch den Ersten Direktor der Preußischen Staatsbibliothek, 77.200 RM. Auf Veranlassung des Bibliotheksdirektors erhielt Dr. Bergmann am 30. März 1942 nun die Amtsbezeichnung „Leiter des Grabbe-Archivs Alfred Bergmann, Abtlg. I der Lippischen Landesbibliothek", wobei sich Dr. Wiegand jedoch „die Bestimmung seiner Dienstobliegenheiten im Rahmen des Grabbe-Archivs sowie innerhalb der übrigen Bibliotheksverwaltung" vorbehielt.

Pragmatik für das „Hauptgeschäft"

Als Alfred Bergmann 1935 mit staatlichen Stellen in Lippe in Verhandlungen über den Verkauf seiner Sammlung trat, waren die Nationalsozialisten seit fast drei Jahren an der Macht, und er hatte es mit Dienststellen der Partei, NS-Behörden und einer gleichgeschalteten Landesregierung zu tun. Sein unmittelbarer Gesprächspartner, Dr. Eduard Wiegand, war überzeugter Nationalsozialist. Die „Lippische Staatszeitung" apostrophierte ihn am 16.10.1938 in ihrem Bericht über die „Feierliche Eröffnung des Grabbe-Archivs" als den „bewährten Altgardisten der Bewegung". Im Lebenslauf seiner 1933 vorgelegten Dissertation teilte er anstelle konkreter Daten mit:

> Nach dem Kriege nahm ich als Mitglied verschiedener nationaler Organisationen am Kampfe für die Wiedererringung der deutschen Freiheit teil. Meine Hauptarbeit galt

jedoch dem Siege der nationalsozialistischen Revolution, den ich nach beinahe 11jähriger Parteizugehörigkeit erleben durfte.[20]

Und in seinem Rechenschaftsbericht „Die Entwicklung der Lippischen Landesbibliothek und des Lippischen Landesarchivs im Dritten Reich"[21] verbreitete er sich mit von nationalsozialistischer Ideologie beflügelter Eloquenz über „den Gegenstand einer planvollen bibliothekarischen Buchpolitik, die ihre Anregungen aus dem von genialer Hand geleiteten völkischen Leben empfängt und innerhalb des großen nationalsozialistischen Erziehungswerkes eines der wichtigsten Glieder darstellt." Es fällt auf, daß in seinem Briefwechsel mit Bergmann nationalsozialistische Phrasen völlig fehlen. Abgesehen von Amts- und Behördenbezeichnungen und der obligatorischen Grußformel jener Zeit deutet in der Sprache dieser Briefe nichts darauf hin, daß sie im 'Dritten Reich' geschrieben wurden. Daß Wiegand als Bibliothekar und Archivar auch objektiv und unvoreingenommen zu entscheiden vermochte, bewies er z.B. mit der Gründung der „Zeitgeschichtlichen Sammlung". In Sachen Grabbe und Grabbe-Sammlung leitete ihn zweifellos die Verantwortung des Direktors der Lippischen Landesbibliothek für den bedeutenden lippischen Dramatiker und bewirkte seinen engagierten Einsatz für ein Ziel, das ihm „so sehr am Herzen" lag (19.2.38).

Auch für Bergmann stand sein persönliches Verhältnis zu Wiegand, den er „als Menschen sehr hochschätz(t)e" (9.8.37 an Kipppenberg) auf der Positiv-Seite für Detmold. „Sie wissen, daß ich mich [...] auf meine Tätigkeit in Detmold und auf meine Zusammenarbeit mit Ihnen sehr freue. [...] Ich danke Ihnen also aufs herzlichste für alles, was Sie auch in diesen vergangenen Wochen wieder für mich getan haben", schrieb er am 10. März 1938.

Das verstellte ihm jedoch nicht den Blick für die Realitäten der Zeit, in der er lebte und denen er auch in Detmold begegnen würde. Nicht gegenüber Wiegand, aber in den Briefen an seinen engen Freund Robert Warnecke sprach er sich darüber aus. „Wer teilte Ihre Sorge nicht. Um wie vieles glücklicher bin ich in dem Punkte dran, daß man im Berufe von mir nichts verlangt, was gegen mein Gewissen ginge. Wie wenige dürfen das heute von sich behaupten!" (22.12.35). Schon während der Grabbe-Woche 1936 hatte er die „bittere Erfahrung" gemacht, „daß ein Nicht-Pg. nur ein Deutscher 2. Klasse ist", so am 6. Juli 1937, und im gleichen Brief sah er deutlich: „In D. besteht doch die eine Gefahr, allzu sehr mit Anschauungen zu kollidieren, die nicht ganz die meinen sind." Die Nazi-Herrschaft behinderte seine Arbeit unmittelbar: „Leider habe ich bei der Beschaffung von Büchern jüdischer Autoren die entsetzlichsten Schwierigkeiten" (30.1.38), und es war ihm sehr fraglich, ob sein Buch „Meine Grabbe-Sammlung" je gedruckt werden würde, da er darin „zahlreiche Juden erwähnt" hatte (25.2.38). Auch die Umstände, unter denen 1937 die Grabbe-Gesellschaft in Detmold gegründet wurde, waren für ihn keineswegs ermutigend, im Gegenteil, sie schienen ihm bedenklich. „Ich merke wohl, daß es sich

um eine reine Parteigründung handelt, und daß man mich dabei glaubt entbehren zu können" (5.12.37). Seine Ablehnung galt besonders dem von der Presse als „bekannter Grabbe-Forscher" vorgestellten Geschäftsführer der Gesellschaft, Dr. Heinrich Hollo, über dessen die Grabbe-Sammlung betreffenden Pläne er „glücklicherweise hinreichend informiert" war. „Dr. Hollo dürfte ja wohl der eigentliche Führer der Gesellschaft sein, und es wird sich bald zeigen, mit welchem Geiste er sie erfüllen wird", schrieb Bergmann am 18. September 1937 an Wiegand. Die besondere Rolle schließlich, die Lippe-Detmold für die Nationalsozialisten spielte mit jährlich inszenierten Erinnerungstreffen an die Landtagswahl vom 15. Januar 1933, „reichswichtigen" Richard-Wagner-Festspielen und anderen Parteiveranstaltungen konnte Bergmann nicht verborgen geblieben sein.

Unter den verschiedenen, einander widerstreitenden Überlegungen, die ihm die Entscheidung zwischen Weimar, Detmold und Leipzig so erschwerten, spielte die Gefahr, sich von den Nationalsozialisten abhängig zu machen und vereinnahmen zu lassen, keine Rolle, zumindest schätzte Bergmann sie offensichtlich gering ein. So scheute er sich nicht, die Finanzierung der Grabbe-Ausgabe vom Reichspropagandaministerium zu erbitten, und bei der drohenden Räumungsklage suchte er Hilfe bei der Reichsschrifttumskammer. Wie bewußt er die juristische Kompetenz staatlicher Stellen oder die Wirksamkeit zeitgemäßer Schlagworte in Gutachten zu nutzen verstand, wurde schon erwähnt. Im Interesse seiner Arbeit für Grabbe löste Bergmann das Problem sehr pragmatisch. „Ich habe das Gefühl", schreibt er am 30. Januar 1938 an Freund Warnecke, „daß es richtiger ist, jetzt nach Detmold zu gehen, denn wenn ich diese Zeit, die der Verwirklichung meiner Pläne so günstig ist, vorübergehen lasse, dann werden sie wohl nie in Erfüllung gehen." Deshalb trat er nun auch der Grabbe-Gesellschaft bei (ebendort 30.1.38):

> Jedoch bedeutet die Gesellschaft eine Macht, und ich bin zu der Überzeugung gekommen, daß man diese Macht gebrauchen sollte, daß es taktisch unklug wäre, beiseite zu stehen und damit das Feld anderen zu überlassen. Die Grabbe-Gesellschaft wird nach dem, was ich in Detmold gehört habe, eines Tages auch über nicht unansehnliche Geldmittel verfügen, und so ist es zum mindesten berechtigt, wenn ich versuche, in ihr Einfluß zu gewinnen und mich ihrer zur Verwirklichung vor allem der Ausgabe zu bedienen.

Unter diesen Umständen sah Bergmann sich seinen lange verfolgten Zielen, der Grabbe-Ausgabe und der Grabbe-Bibliographie, die in Detmold sein „dienstliches Hauptgeschäft" sein würden, einen Schritt nähergerückt, und sein Blick ging darüber hinaus, auf die Zeit danach. „Ich will nicht ewig in Detmold bleiben", gestand er Warnecke, ebenfalls in dem Brief aus Leipzig vom 30. Januar 1938, „meine stille Hoffnung ist, dereinst hier Kurator der Sammlung Kippenberg zu werden." Und schon 14 Tage nach seinem Dienstantritt in der Lippi-

schen Landesbibliothek schrieb er am 16. April an Professor Kippenberg, von dem er nicht in Unfrieden geschieden war: „Meinen Lebensabend möchte ich gleichwohl nicht in Detmold verbringen, vielmehr ist es mein Wunsch, daß dann, wenn meine hiesige Aufgabe erfüllt ist, mein Weg mich zurück nach Leipzig und zu Ihnen und Ihrer Sammlung führt." Dieser Wunsch ging nicht in Erfüllung. Alfred Bergmann blieb in Detmold und an der Landesbibliothek, denn die Zeitläufte erwiesen sich seinen Plänen als doch nicht so günstig, wie erhofft: Der sechste und letzte Band der historisch-kritischen Grabbe-Ausgabe und die Grabbe-Bibliographie erschienen erst 1973, zwei Jahre vor Bergmanns Tod.

Anmerkungen

1. Gauleiter Alfred Meyer in: Grabbe-Tage in Detmold, Bielefeld, Gelsenkirchen, Münster. Bielefeld 1940, S. 5.
2. Alfred Bergmann, Einführungsansprache. In: Mitteilungen der Grabbe-Gesellschaft, Nr 1, 1938, S. 12-23; hier S. 13.
3. Lippisches Literaturarchiv der Lippischen Landesbibliothek: Alfred Bergmanns Briefwechsel mit Eduard Wiegand und der Landesregierung Lippe (Slg 12 Nr 1), mit Ernst Diekmann (Slg 12 Nr 71), mit Düsseldorfer Archiven, Behörden, Bibliotheken und sonstigen Institutionen (Slg 12 Nr 402), mit Anton Kippenberg (Slg 12 Nr 36), Bergmanns Briefe an Robert Warnecke (Slg 12 Nr 8).
   Lippische Landesbibliothek: Bibliotheksakten Gr III D 1 Grabbe-Archiv.
   Staatsarchiv Detmold: L 76 C 20 a Akten des Reichsstatthalters in Lippe und Schaumburg- Lippe, Kulturelle Angelegenheiten.
4. Bibliotheksakten Gr III D 1 Grabbe-Archiv.
5. wie Anm.4.
6. wie Anm.4.
7. wie Anm.4.
8. wie Anm.4.
9. wie Anm.4.
10. wie Anm.4.
11. wie Anm.4.
12. wie Anm.4.
13. wie Anm.4.
14. wie Anm.4.
15. wie Anm.4.
16. wie Anm.4.
17. wie Anm.4.
18. wie Anm.4.
19. wie Anm.4.
20. Eduard Wiegand, Die Weltanschauung des reifen Raabe. Münster, Phil. Diss., 1933, S. [65].
21. In: 5. Nationalsozialistischer Heimatkalender für Lippe 1938, Detmold 1937, S. 97-109; hier S. 100.

Jutta M. Bott[1]

Systemtreue und Gewissen

Über den Psychiater Dr. Georg Müller

Einleitung

53 Jahre hatte Dr. Georg Müller, bis zu seinem Tode am 7. Juli 1961 in Lemgo, im ehemaligen Land Lippe gelebt. Von 1908 bis 1946, also 38 Jahre, war er als Nervenarzt in der Lippischen Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus zu Brake bei Lemgo tätig gewesen. Doch kaum einer kennt seinen Namen, und noch nie wurde von offizieller Seite in Lippe gewürdigt, was er als einzelner an Widerstand gegen die Vernichtungsaktionen von psychisch Kranken und Geisteskranken während des Nationalsozialismus gezeigt hat. Müller stand – wie alle Anstaltsdirektoren – während des Euthanasieprogramms der Nationalsozialisten vor der Aufgabe, an der Selektion der Geisteskranken zur Tötung mitzuwirken. Er hat sich widersetzt, und er blieb standhaft trotz massiven Drucks.

Über die Gründe für das Vergessen kann man nur spekulieren. Die Anstalt Lindenhaus wurde 1951 geschlossen. Während in vielen psychiatrischen Anstalten der Umgang mit den psychisch Kranken im 'Dritten Reich' Ende der 70er und in den 80er Jahren aufgearbeitet wurde, gab es in Lippe kein Interesse an der Geschichte des Lindenhauses, weil dieses als Anstalt nicht mehr existierte. Müllers Standhaftigkeit zeigt auch, daß Widerstand selbst in einer staatlichen Anstalt möglich war. Aber wer wollte schon in den 50er und 60er Jahren an so etwas erinnert sein?

Das Lindenhaus – Werk der Fürstin Pauline

Die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus zu Brake war eine der weitsichtigen sozialen Errungenschaften, die Fürstin Pauline zur Lippe während ihrer Regentschaft von 1802 bis 1820 durchgesetzt hatte. Fürstin Pauline war die Regentschaft für das kleine Fürstentum nach dem Tode ihres Ehemannes Leopold I. übertragen worden, der infolge seiner geistigen Umnachtung einige Jahre unter Kuratel gestanden hatte. Aufgrund dieser persönlichen Erlebnisse schien ihr das Schicksal der geistig Kranken am Herzen zu liegen, die zu jener Zeit noch meist in Zucht- und Strafwerkhäusern zusammen

mit Kriminellen untergebracht wurden. Mit Ausdauer und Zielstrebigkeit trieb sie die Planungen voran, kümmerte sich persönlich um die Finanzierung, wobei sie sich darüber mit den Ständen entzweite, die die Staatseinnahmen eher für die „auswärtige kriegerische Konjunktur" gebraucht wissen wollten. Das alles hat sie zwar zeitlich aufgehalten, aber sie erreichte letztlich, daß 'ihre' Heil- und Pflegeanstalt als Stiftung am 23. September 1811 die Tore für die Heilbaren und Unheilbaren öffnete.[2]

Durch immer neue Bauten war die Anstalt um die Jahrhundertwende größer als es für das Land Lippe notwendig war. Am 1.4.1906 wurde Dr. Wilhelm Alter aus Schlesien ärztlicher Direktor. Alter dürfte die für die Anstalt während der Zeit ihres Bestehens wesentlichsten Änderungen bewirkt haben. Er war der Meinung, daß die Betriebsverteuerungen durch Überweisungsverträge mit benachbarten Provinzen aufzufangen seien und ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb für die Selbstversorgung eingerichtet werden müßte. Schon 3 Monate nach seiner Einstellung wurde das selbständige Kolonat Entrup mit 45 männlichen und 15 weiblichen Patienten in Betrieb genommen. Der ehemalige Niebuhrsche Hof wurde angekauft, 120 ha der Luher Heide von der Stadt Lemgo gepachtet. Das meiste war unkultiviertes Oedland, doch schon bei Kriegsausbruch 1914 war fast alles in hochwertigen Ackerbau-Kulturboden umgewandelt worden. Die Anstalt wies während des 1. Weltkrieges die geringste Sterblichkeit unter den deutschen Irrenanstalten auf.[3] Interessant ist, daß Alter in den Gebäuden, die durch den Auszug nach Entrup frei wurden, Handwerksstätten für Tischler, Schuhmacher, Schneider, Maler und Näh- und Handarbeitszimmer einrichten ließ. Die Patienten arbeiteten in diesen Werkstätten mit, d.h. die 'aktivere Krankenbehandlung', die später vorrangig mit dem Namen des Gütersloher Anstaltsleiters Hermann Simon verknüpft wurde, hatte auch in Lippe ihre Vorläufer.[4]

Herkunft und beruflicher Werdegang von Georg Müller

In dieser Anstalt fing Georg Julius Müller, der 28 Jahre junge unverheiratete Arzt, am 7. Oktober 1908 an. Er war am 24. September 1880 in Bremen geboren worden, und seine Familie gehörte dort zum guten Bürgentum. Der Vater, Sohn eines Pastors, war Versicherungsmakler, seine Mutter entstammte einem Bäckereihaushalt. Nach bestandenem Abitur im Oktober 1899 leistete er einen halbjährigen Militärdienst und studierte dann in Göttingen, Greifswald, München und Tübingen Medizin. Nach einer kurzen Tätigkeit als Medizinalpraktikant in Tübingen, wo er auch seine Approbation erhalten hatte, trat Müller im August 1905 eine Assistenzarztstelle in der Irrenanstalt St.Jürgenasyl in Ellen bei Bremen an. 1906 promovierte er an der medizinischen Fakultät Erlangen zu einem physiologischen Thema im Zusammenhang mit dem Diabetes.[5] Nach

abermaligem 6monatigen Militärdienst als Freiwilliger in Bremen und Flensburg ging er im Mai 1907 als Assistenzarzt an das Landeskrankenhaus Detmold. Auch hier blieb er nur kurz und wechselte im Oktober 1908 als Volontärarzt mit der Option auf die Oberarztstelle, die er auch wenig später bekam, an die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus zu Brake bei Lemgo.[6] Im März 1912 wurde er in den Staatsdienst übernommen und heiratete kurz darauf die aus der Schweiz stammende Martha Jäger.[7]

Außer dem ärztlichen Direktor Wilhelm Alter und dem Oberarzt Georg Müller war als Abteilungsarzt noch Erich Friedländer tätig. Über die immerhin 8jährige Zusammenarbeit der drei Ärzte bis zum Weggang von Alter im Jahre 1922 ist wenig bekannt. Alter wurde zwar eine liebevolle Behandlung der Kranken nachgesagt, jedoch war er gegenüber dem Personal streng. Er duldete keinerlei Versäumnisse und Verstöße gegen die Anstaltsordnung und ahndete solche meist mit empfindlichen Geldstrafen. Alter und Friedländer waren beide politisch, z.T. berufspolitisch aktiv, Friedländer war zudem der ständige psychiatrische Sachverständige an allen lippischen Gerichten. Er bewarb sich auch gelegentlich auf andere Leitungsstellen. Müller hingegen engagierte sich eher karitativ und in der Kirchengemeinde. Zusammen mit seiner Frau Martha arbeitete er ab 1925 im Guttempler-Orden für Alkoholkranke.[8] Wissenschaftlich interessiert waren alle drei, was zu etlichen Publikationen aus dem Lindenhaus führte.[9]

Nach dem Wechsel Alters an die Düsseldorfer Krankenanstalten bewarb sich Friedländer als Nachfolger, Müller hingegen nicht. Die lippische Regierung ließ den Posten des Direktors letztlich vakant, um die Anstalt billiger zu führen. Seit einer drohenden Schließung im Jahre 1920/21 sollte die Anstalt durch die verschiedensten Einsparungen vom Staatszuschuß unabhängig werden. Müller wurde die Vertretung des Direktors übertragen, Friedländer sollte ihn unterstützen. Die beiden Ärzte versorgten zusammen 400 Kranke, der finanzielle Ausgleich der Direktorialzulage wurde im Verhältnis 2/3 zu 1/3 geteilt. Zugleich erfolgte eine regelmäßige Kontrolle durch Hermann Simon, den renommierten ärztlichen Direktor der Gütersloher Provinzialanstalt. Die lippische Regierung versprach sich von den Revisionsbesuchen neue Anregungen bezüglich der Wirtschaftlichkeit, denn die westfälischen Anstalten hatten schon damals einen niedrigeren Pflegesatz als die lippische.

1927 wollte man den Posten des Direktors erneut besetzen. Müller hatte die Direktionsgeschäfte nun 5 Jahre lang in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit geführt. Sowohl Müller als auch Friedländer bewarben sich um die Leitung. Die lippische Regierung stand somit vor einer schwierigen Situation. Der Leiter der Fürsorgeabteilung, Dr. Corvey, bat Hermann Simon um eine offene vertrauliche Stellungnahme, wer von beiden geeigneter sei und ob man Friedländer dem dienstälteren Müller „vorsetzen" könne. Simon äußerte sich klar und eindeutig:

> Ich halte Friedländer an Regsamkeit und Zielsicherheit des Entschlusses dem anderen Collegen für überlegen. Sicher ist Müller ein hochanständiger Charakter und ein Ehrenmann, auch als Arzt tüchtig, gewissenhaft, fleißig; aber eine Führernatur, wie sie doch ein Direktor eigentlich sein müßte, ist er nicht. Kommt er einmal in die Lage, sich gegenüber wirklich schwierigen Verhältnissen und Persönlichkeiten durchsetzen zu müssen – und damit muß bei jeder Anstalt einmal gerechnet werden – dann, fürchte ich, wird er nicht Sieger bleiben; zum mindesten wird ihn das sehr angreifen.
>
> Das hat er wohl selbst gefühlt, als er sich für die Direktorenstelle in Lindenhaus und in Bremen nicht meldete. Denn beides ist kein Zeichen von Kraft, nicht einmal von Kraftbewußtsein, das doch im Menschen meist größer zu sein pflegt, als die wirkliche Kraft.
>
> Ich würde es – ganz objektiv – für Unrecht halten, Friedländer lediglich deshalb von einem Avancement auszuschließen, weil man eine andere, schwächere Kraft schonen will. Nachdem Müller sich selbst nicht die Kraft zutraut, eine Anstalt mit voller eigener Verantwortung sicher zu führen und ihr Meister zu sein, muß er unter allen Umständen damit rechnen, daß ihm einmal eine stärkere Persönlichkeit vorgesetzt wird.[10]

In Alters offiziellem Beurteilungsschreiben für Müllers Bewerbung für den Direktorposten, las es sich so:

> Er war in diesen langen Jahren [Alter schaut hier auf 14 Jahre gemeinsamer Arbeit zurück, J.M.B.] ein unbedingt zuverlässiger Mitarbeiter, unermüdlich im Dienst und jederzeit bereit, bei gegebenem Bedürfnis seine stets große Arbeitsleistung bis zum Äußersten zu steigern. Er war [...] vor allem ein guter Seelenarzt im besten Sinne des Wortes, stets aufrichtig bemüht und bestrebt, den Kranken über die ärztliche Leistung hinaus menschlich und freundschaftlich näher zu treten.[11]

Er empfahl ihn zu jeder Anstellung in der Krankenhausverwaltung.

Corvey reichte beide Bewerbungen mit einer persönlichen Stellungnahme weiter, in der er sich im wesentlichen auf Simons Gutachten stützte. Er erwähnte fairerweise Müllers Stärken, nämlich einen Anstaltsbetrieb technisch reibungslos zu leiten und daß er zweifellos ein tüchtiger Arzt sei, der sehr gut mit den Patienten und dem Personal umzugehen verstehe, jedoch sprach er sich letztlich für Friedländer aus.[12] Friedländer wurde ab dem 1. Juli 1927 zum Direktor ernannt. Georg Müller blieb nur eine finanzielle Sonderzulage, da die dritte Arztstelle weiterhin eingespart wurde.[13]

Der Nationalsozialismus in Lippe

In den folgenden Jahren sah es in Lippe aus wie anderswo: Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Massenarmut, Resignation und Hoffnung lagen eng nebeneinander, die politischen Krawalle und Schlägereien zwischen Rechts und Links nahmen zu. Die Nationalsozialisten wurden 1932 in den lippischen Kreis- und

Gemeindewahlen und in der Landtagswahl stärkste Partei. Bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 gab es für die NSDAP allerdings einen allgemeinen Rückschlag. Dieser setzte sich in einigen regionalen und lokalen Wahlen fort, so daß die NSDAP-Führung entschied, daß mit der lippischen Landtagswahl am 15. Januar 1933 die Talfahrt beendet werden müsse. Neben Hitler wurde die gesamte Elite der Agitatoren und Propagandaspezialisten nach Lippe beordert, selbst in den entlegensten Dörfern wurden Reden gehalten. Die lippische SA und SS wurde durch Kader aus Herford, Bielefeld, Minden, Rinteln und Paderborn ergänzt. Auch die anderen Parteien setzten Reichstagsabgeordnete im Wahlkampf ein, insgesamt wurden 800 Wahlkampfveranstaltungen gehalten. NSDAP und KPD attackierten die Sozialdemokraten, vor allen Dingen ihren populären Spitzenkandidaten Heinrich Drake. Die NSDAP wurde stärkste Partei mit 39,5 %, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 30,2 %. Wichtiger als der Wahlsieg an sich war aber, daß die NSDAP den Blick der deutschen Öffentlichkeit auf die Lippe-Wahl gelenkt hatte. Der eigentlich bescheidene Wahlsieg wurde von der NSDAP als 'Volksentscheid' für die Reichspolitik umgedeutet.[14]

Trotz des spürbaren Klimas von Terror und Unterdrückung gab es auch in Lippe noch viele unverbesserliche Optimisten. Die Notverordnung nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat setzte die wichtigsten Grund- und Menschenrechte der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft.[15] Aber viele glaubten, die Herrschaft der NSDAP werde nur von kurzer Dauer sein. Der 11. März 1933 wurde zum Markstein auf dem Weg Lippes in den totalen NS-Staat. SA- und SS-Horden gingen mit großer Gewalt gegen alle Andersdenkenden vor: Jüdische Geschäfte, die Volkshäuser der Gewerkschaften, die Turnhalle des Arbeitersportvereins, das Gebäude der kritischen Zeitung „Volksblatt" wurden durchsucht und blockiert, ihr Chefredakteuer Felix Fechenbach verhaftet, Rathäuser in Horn und Oerlinghausen besetzt, die Bürgermeister abgesetzt.[16] Am 26. und 27. März setzte dann in den lippischen Zeitungen eine Pressekampagne gegen die jüdische Minderheit in Deutschland ein. Am 28. März wüteten die Nazis in den jüdischen Geschäften.[17]

Noch bevor das Gesetz mit dem irritierenden Namen zur „Wiederherstellung des Berufsbesamtentums" vom 7. April 1933 in Kraft trat, wurde dem jüdischen Direktor des Lindenhauses Erich Friedländer lapidar am 27. März mitgeteilt: „Die Landesregierung hat beschlossen, Sie mir sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen."[18] Weitere Gründe wurden nicht angegeben. Am 4. April 1933 bat Friedländer um Aufschub bei der Wohnungsräumung. Er zog zurück nach Wiesbaden, von wo er im Jahre 1914 gekommen war. Sein Besoldungsdienstalter und Dienstalter wurden reduziert; am 15. August wurde er mit 3/4 seines Ruhegeldes aus dem Staatsdienst entlassen, was wiederum nur knapp die Hälfte des Wartegeldes betrug, das er seit März 1933

bezogen hatte. Friedländer hat den Nationalsozialismus überlebt, da er wohl Anfang des Krieges mit seiner Familie nach Sidney, Australien, emigrierte.[19] Dort soll er als niedergelassener Psychiater in freier Praxis gearbeitet haben.[20]

Der Weg zum Direktor

Obwohl Georg Müller das Lindenhaus zunächst wieder leitete und seit dem 1. Mai 1933 der NSDAP angehörte, wurde er nicht Erich Friedländers Nachfolger.[21] Die kommissarische Leitung wurde dem Kreisarzt und Medizinalrat Dr. Wilhelm Theopold aus Lemgo übertragen. Theopold war in der Irrenfürsorge weitgehend unerfahren und hatte zudem in der Inneren Abteilung des Lemgoer Krankenhauses eine Leitungsfunktion inne. In einem Schreiben an einen Parteigenossen in der lippischen Regierung formulierte Müller die Kränkung:

> Wenn ich auch im Interesse der Neuregelung der Lippischen Fürsorge zu großen Opfern bereit bin, so kann mir billiger Weise nicht zugemutet werden, einer Regelung zuzustimmen, die nach dem Vorgang von 1927 [gemeint war die Bevorzugung Friedländers, J.M.B.] in der Öffentlichkeit für mich eine abermalige Degradierung bedeutet. Noch viel mehr fühle ich mich als berufener und einziger Vertreter der Irrenfürsorge in Lippe verpflichtet, gegen eine Regelung Einspruch zu erheben, die eine noch nie dagewesene Degradierung und Entwertung der irrenärztlichen Direktorialtätigkeit darstellen würde. Sie würde in der psychiatrischen Welt peinlichstes Aufsehen erregen und auch dem Ansehen unserer Partei schweren Schaden zufügen: denn mit der geplanten Regelung ist der immer wieder von unserer neuen Regierung betonte Grundsatz verletzt, daß für die Besetzung von Beamtenstellen die entsprechende Vorbildung selbstverständliche Voraussetzung bilden solle.[22]

Zudem befürchtete Müller, daß durch die Doppelführungsposition Theopolds er in seiner Dienstplangestaltung völlig von diesem abhängig und im Grunde genommen die Hauptlast der Arbeit auf ihm hängenbleiben würde.

Theopold war für die Nationalsozialisten nach kurzer Zeit untragbar, da er der Freimaurer-Loge „Rose am Teutoburger Wald" nicht nur seit 1914 angehört und den höchsten Grad erreicht hatte, sondern erst im März 1934 ausgetreten war. Das Reichsinnenministerium hatte 1936/37 festgelegt, daß Personen, die nach dem 30. Januar 1933 aus einer Loge ausgetreten waren, von der Beamtenlaufbahn ausgeschlossen werden sollten.[23] Als man ihn als Assistenzarzt am Landeskrankenhaus Detmold weiterbeschäftigen wollte, ging er freiwillig im Oktober 1937 in Ruhestand.[24]

Müller begann nun um den Posten zu kämpfen. Er schrieb an die Regierung, daß er in der Anstalt wegen seiner deutsch-völkischen Gesinnung Schwierigkeiten gehabt und schon lange auf die strenge Durchführung antisemitischer Grundsätze geachtet habe. Er sei auch gegen die Einstellung des jüdischen Arztes Friedländer gewesen. Selbst Kleinigkeiten wie den mehrjähriger Bezug

verschiedener Blätter der Deutsch-Socialen Partei, der Vorgängerin der NSDAP, erwähnte Müller, um seine Linientreue zu beweisen. Er meinte, daß nach 29jähriger Tätigkeit als Oberarzt, 7jähriger selbständiger Geschäftsführung sowie die bereits zweimalige Übergehung bei der Besetzung des Direktorpostens, ihm „das Anrecht auf den erstrebten Posten" gewährt werden müsse.[25] Durch ein Empfehlungsschreiben des Gauamtsleiters Steinecke ließ er sich unterstützen:

> Er ist mir seit langer Zeit bekannt und war vor der Machtergreifung Nationalsozialist seiner Denkungsart und seinem Handeln nach. Während der langen Berufstätigkeit ist Müller mehrmals zurückgesetzt worden. Die marxistische Regierung setzte ihm den Juden Dr. Friedländer als Vorgesetzten und die nationalsozialistische Regierung den Logenbruder Dr. Theopold als leitenden Arzt vor. Dr. Müller hat nunmehr eine Anerkennung seiner langen Lebensarbeit verdient. [...] Ich bitte den erfahrenen Arzt mit der Leitung zu beauftragen.[26]

Trotz einiger Anfechtungen von Parteigenossen aus der Anstalt, denen Müller nicht nationalsozialistisch genug war, wurde er ab dem 24. Dezember 1938 zum Direktor ernannt.[27] Ein angenehmes Weihnachtsgeschenk, doch die wahre Belastungsprobe stand Müller noch bevor.

Aspekte der Nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenpolitik

Lange vor den Selektionen an den Rampen der Konzentrationslager wurde in Deutschland über das menschliche Leben nach seinem Wert oder Unwert für die 'Volksgemeinschaft' nachgedacht. Kennzeichnend für die Nationalsozialisten war der radikale, offene Rassismus. Nazis, führende deutsche Psychiater und Bevölkerungswissenschaftler waren sich darüber einig, daß 'erbbiologisch Minderwertige' an der Fortpflanzung gehindert werden müßten, um das mindere Erbgut auszumerzen oder, wie es damals hieß, um die Deutschen 'aufzuarten'. Gerade in der geistig politischen Heimat der Psychiater, dem national gesinnten Bürgertum, waren rassistische, eugenische und sozialdarwinistische Vorstellungen weit verbreitet. Nach Meinung vieler Eugeniker hatte der 1. Weltkrieg 'kontraselektorisch' gewirkt, das heißt die Träger wertvollen Erbgutes waren dahingerafft worden. Die als minderwertig definierten Bevölkerungsgruppen waren nach dieser Auffassung überproportional in der Gesellschaft vertreten. Was war logischer, als die Fortpflanzung der 'Minderwertigen' einfach zu unterbinden?[28]

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" trat am 14. Juli 1933 in Kraft. Es konnte nur so früh verabschiedet werden, weil ein Entwurf für ein solches Sterilisierungsgesetz schon in der Weimarer Republik vorbereitet worden war.[29] Es war nicht mehr verabschiedet worden, aber es hatte ein breiter

gesellschaftlicher Konsens bestanden. So hatte z.B. der Central-Ausschuß der Inneren Mission, Träger großer Geistig-Behinderter-Einrichtungen, sich im Mai 1931 in der Treysaer Erklärung „Eugenik und Wohlfahrtspflege" dafür ausgesprochen, daß Sterilisierung Behinderter nicht als Körperverletzung im strafrechtlichen Sinne zu bewerten sei. Allerdings wurde Euthanasie, der sogenannte Gnadentod für unwertes Leben, ausdrücklich abgelehnt.[30] Aufgrund der Wirtschaftskrise und des Sozialabbaus war eine Diskussion entfacht worden, wie der Staat die Soziallasten verringern könne. Das Erbgesundheitsgesetz – korrekter ist es, von einem Zwangssterilisierungsgesetz zu reden – legte fest, daß auch gegen den Willen der Betroffenen Sterilisierungen durchgeführt werden konnten, wenn ärztlicherseits folgende Diagnosen gestellt wurden:

1. Angeborener Schwachsinn,
2. Schizophrenie,
3. cirkuläres (d.h. manisch-depressives) Irresein,
4. Epilepsie,
5. erblicher Veitstanz,
6. erbliche Blindheit,
7. Taubheit,
8. schwere körperliche Mißbildungen,
9. schwerer Alkoholismus.

'Erbkrankheitsverdächtige' mußten von allen im Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge Tätigen an die Amtsärzte der neu geschaffenen staatlichen Gesundheitsämter gemeldet werden. Hier wurden die Recherchen über den 'Verdächtigen' koordiniert, die Betroffenen letztlich vorgeladen und das Ergebnis in einem amtsärztlichen Gutachten zusammengefaßt. Der Antrag auf Sterilisierung wurde meist vom Amtsarzt oder von den Leitern der Heil- und Pflegeanstalten gestellt. Das Gesetz sah ferner die Antragsstellung durch die Betroffenen oder bei Entmündigung durch Angehörige vor. Die ab Januar 1934 geschaffenen 'Erbgesundheitsgerichte' entschieden letztlich, ob der Betroffene zu sterilisieren sei. Den Erbgesundheitsgerichten gehörten ein Richter und zwei Ärzte an, wovon zumindest einer Psychiater war und einer der Ärzte verbeamtet sein mußte. Die Machtfülle der Ärzte erreichte durch diese Verfahren ein bis dahin unbekanntes Ausmaß.

Das, was staatliche Gesundheitsämter in den Städten und Landkreisen bewerkstelligten, fand kurz darauf seine Entsprechung auf bezirklicher Ebene in den Heil- und Pflegeanstalten. Die Anstaltsärzte hatten sich wie keine andere im Gesundheitswesen tätige Gruppe schon in den 20er Jahren für 'erbhygienische Maßnahmen' engagiert. In den Heil- und Pflegeanstalten des Deutschen Reiches lebten 200.000 chronisch psychisch Kranke und geistig behinderte Menschen. Auch sie mußten 'erbgesundheitlich' erfaßt und überprüft werden, inwieweit eine Sterilisierung angebracht war. Zudem wurden 'Erbver-

dächtige' zur Begutachtung in die Anstalten zwangseingewiesen und bis zur endgültigen Entscheidung festgehalten. Die Erfassungsmittel und -methoden wurden aufs engste mit den Gesundheitsämtern verzahnt. Mit Absegnung des Deutschen Gemeindetages entstand im Februar 1936 die „Zentrale für die erbbiologische Bestandsaufnahme in den Heil- und Pflegeanstalten". Die exponiertesten 'Rassepsychiater' der großen Anstalten der Provinzialverbände avancierten unter der Regie des Leiters dieser Zentrale, Walter Stemmler, zu „Landesobmännern für die erbbiologische Bestandsaufnahme". Aus diesem Kreis ging später der harte Kern der Tötungsärzte und -gutachter der „Reichsarbeitsgemeinschaft der Heil- und Pflegeanstalten" hervor.[31]

Erbbiologische Erfassungsmaßnahmen und Sterilisationspraxis im Lindenhaus

Da Lippe ein eigenständiges Land mit einer eigenen Heil- und Pflegeanstalt war, wurde auch diese zur „Landeszentrale für die erbbiologische Bestandsaufnahme". Die Verhandlungen wurden streng vertraulich geführt und lassen sich bislang noch nicht genau rekonstruieren. Im März 1938 verfaßte Müller ein Schreiben an die Landesregierung, in dem er darlegte, daß der Anstaltsleiter nicht der Landesobmann werden könne, weil die Anstalt dann führerlos sei. Müller wollte die Besetzung der im Stellenplan vorgesehenen dritten Arztstelle erreichen, wobei dieser Assistenzarzt dann auch den Posten des Landesobmannes ausfüllen sollte. Die Einwände nützten Müller nichts. Er verlor sogar den in der SA engagierten und im Lindenhaus gut eingearbeiteten Oberarzt Dr. Runte, da dieser eine militärische Laufbahn vorzog. Zwar wurde die dritte Arztstelle noch einmal kurzfristig besetzt, jedoch wurden beide Ärzte mit Kriegsbeginn eingezogen, und Müller mußte letztlich die Funktion des Landesobmannes der erbbiologischen Zentrale neben all den anderen Anstaltsverpflichtungen allein übernehmen.[32]

Wie die meisten seiner ärztlichen Kollegen dieser Zeit stand auch Georg Müller hinter den rassehygienischen Maßnahmen der Nazis. Ab dem 16. Dezember 1939 wurde er stellvertretender Beisitzer am Erbgesundheitsgericht in Detmold.[33] Die ihm aus dem Sterilisierungsgesetz zufallenden Aufgaben führte er gewissenhaft aus. Einzelne Patientenakten, die mittlerweile aus dem Krankenaktenbestand des Lindenhauses zugänglich sind, zeigen, daß Müller nachweislich bis 1944 seiner Verpflichtung, Erbkranke zu melden bzw. den Antrag auf Sterilisierung zu stellen, nachgekommen ist. Dabei scheint er, gründlich und korrekt wie er war, Spielräume des Gesetzes im Negativen wie im Positiven ausgelotet zu haben. So dachte er beispielsweise im vorhinein über mögliche Argumente nach, die die Betroffenen gegen eine Zwangssterilisierung vor-

bringen würden. In seinem Gutachten legte er dem Gericht dar, wie diese zu bewerten seien:

> Die Diagnose kann nur auf einen akuteren Schub bei schizophrener Anlage lauten. Frau F. steht erst im 37. Lebensjahr, sie fällt demnach unter das Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses. Da der Zustand der Kranken sich in letzter Zeit gebessert hat und mit einem baldigen Beurlaubungsversuch zu rechnen ist, wird vorsorglich schon jetzt der vorgeschriebene Antrag auf Unfruchtbarmachung gestellt. Nach der von beiden Eheleuten glaubwürdig gegebenen Versicherung scheint aber aus irgend einer krankhaften Abwegigkeit ein fruchtbarer Geschlechtsverkehr zwischen ihnen nicht mehr stattfinden zu können. Sollte das Gericht dieser Erklärung der Eheleute Glauben schenken, so wäre die vom Gesetzgeber für die Unfruchtbarmachung vorausgesetzte „große Wahrscheinlichkeit" der Erwartung erbkranken Nachwuchses nicht vorhanden.[34]

In einem solchen Fall sah das Gesetz die Möglichkeit vor, daß auf die Sterilisierung verzichtet wurde. Müller allerdings war der Meinung, daß die Frau auf jeden Fall sterilisiert werden müsse. Durch seine Argumentation im Antrag versuchte er dafür zu sorgen, daß ein Widerspruch des Ehepaares erfolglos bleiben würde. Das Erbgesundheitsgericht bemühte einen Frauenarzt. Da dieser trotz einer Lageveränderung der Gebärmutter nicht ausschließen mochte, daß Paula F. ein weiteres Mal schwanger werden könnte, beschloß das Gericht die Sterilisierung und folgte damit Müllers Antrag.

Während andere Anstaltsleiter in den Kriegsjahren immer seltener Anträge auf Sterilisierung stellten, allenfalls die Erbverdächtigen anzeigten, tat Müller beides. Gleichzeitig finden sich aber auch Belege, daß Müller den einzelnen Fall abwägte. Ein Verhalten, das während des Nationalsozialismus äußerst selten war, stand doch das vermeintliche Wohl des Staates und des 'Volkskörpers' über allem.

In einem Fall war ein Kranker wegen Arbeitsdienstverweigerung in die Mühlen von Justiz, Strafvollzug und Psychiatrie geraten. Obwohl das Erbgesundheitsobergericht den Widerspruch gegen die Sterilisierung verworfen hatte, antwortete Müller auf wiederholte Anfragen des Gesundheitsamtes Lemgo, daß der schlechte Gesundheitszustand die Sterilisierung nicht zulasse. Durch das Kriegsende wurde diesem Menschen die Sterilisierung ganz erspart.[35] In einem weiteren Fall, der sich vor dem Erbgesundheitsgericht Bielefeld abspielte, riet Müller, von der Sterilisierung abzusehen. Der Vater solle gut auf die ohnehin als besonders kontaktscheu geltende Tochter aufpassen, so daß es zu keiner Schwangerschaft käme. Das Gericht folgte dieser Sichtweise.[36]

Insgesamt wurden in Lippe fünf Krankenhäuser ermächtigt, Zwangssterilisationen durchzuführen: das Landeskrankenhaus Detmold, das städtische Krankenhaus in Lemgo, das Lindenhaus und die städtischen Krankenhäuser in Lage und Schötmar.[37] Für die Jahre 1934 bis 1939 gibt es aus der Heil- und Pflegeanstalt lückenlose Angaben darüber, daß 150 Patienten und Patientinnen

zwangssterilisiert wurden. Sabine Hanrath hat herausgearbeitet, daß dies im Vergleich zu anderen Anstalten relativ wenig ist, wobei sie dieses auf die Altersstruktur der Patienten zurückführt. Nur ein Drittel gehörte während jenen Jahren der Altersgruppe der 20- bis 40jährigen an.[38] Über die Anzahl der Zwangssterilisationen in den Kriegsjahren müssen die Fakten noch recherchiert werden.

Die Meldebogenaktion und ihre Folgen

Die Unmenschlichkeit der Erb- und Rassenpflege fand ihre Steigerung in dem, was als 'T4-Aktion' bezeichnet wird. Die Tarnbezeichnung „Organisation T4" stand für die Berliner Adresse „Tiergartenstr. Nr. 4". Dahinter verbarg sich eine Mordbehörde mit verschiedenen Unterorganisationen für die Vernichtung psychisch und geistig kranker Menschen. T4 war als ein Konglomerat sich wandelnder staatlicher und quasistaatlicher Institutionen organisiert. Die „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten" suggerierte die angeblich freiwillig vollzogene Zentralisierung des Anstaltswesens. Die „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege" besorgte als juristische Person Kauf- und Pachtverträge für die Institutionen des Tötens und hielt die Arbeitsverträge der 300 bis 400 Personen, die in die Aufgabenerfüllung involviert waren. Die „Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH" führte die Verlegungen durch, und die „Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten" steuerte die Kosten- und Finanzprobleme, die mit dem Tod der Anstaltspfleglinge verbunden waren.[39]

Die T4-Aktion begann ganz harmlos. Am 18. Juli 1940 bekam das Lindenhaus, wie alle psychiatrischen Anstalten, Alters- und Siechenhäuser insgesamt 600 Meldebögen mitsamt einem Merkblatt mit Schreiben vom 1. Juli zugesandt. Offiziell dienten diese der „planwirtschaftlichen Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten". Für jeden einzelnen Kranken sollte ein Bogen bis zum 1. September 1940 ausgefüllt werden, wobei umfassend persönliche Daten, die Krankheitsentwicklung, ihre Dauer und die Fähigkeiten des Kranken abgefragt wurden.[40]

Etwa zwei Wochen später erkundigte sich bei Müller fernmündlich der leitende Psychiater Dr. Karsten Jaspersen aus der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta in Bethel, ob dieser den Zweck der Meldebögen kenne. Bei dem nachfolgenden Besuch am 22. Juli klärte er Müller darüber auf, daß die Geisteskranken nach diesen Angaben für die Vernichtung ausgesucht würden. Die letztendliche Auswahl traf die Zentralstelle in der Berliner Tiergartenstr. Die Ermordung erfolgte in einer der sechs psychiatrischen Anstalten, die eigens zu Tötungsanstalten umgewandelt worden waren. Jaspersen stellte Müller einen schriftlichen Bericht über seine Informationen zur Verfügung. Jaspersens Ein-

schätzungen wurden Müller von dem Freund und Psychiater Dr. Max Thumm aus Baden bestätigt. Dort war die T4-Aktion schon viel weiter fortgeschritten.[41]

Am 6. August sandte Müller an die Lippische Landesregierung seine Empfangsbestätigung der Formulare:

> Wie ich inzwischen erfahren habe, sollen diese Meldebögen als Unterlagen zur „Ausmerzung" der Mehrzahl unserer Anstaltsinsassen dienen. Da eine solche mir zugedachte Mitwirkung nach § 49 ff des geltenden Strafrechts unter Strafe gestellt ist und da ich sie vor meinem Gewissen und meiner Berufs-Auffassung nicht würde verantworten können, muß ich die Ausfüllung der Meldebögen ablehnen.[42]

Mit diesem Schreiben an die Regierung hatte Müller irrtümlicherweise den Dienstweg beschritten. Da die Bögen vom Ministerium gekommen waren, hätte er sein Antwortschreiben sofort dorthin senden müssen. Da aber ansonsten alles über die Fürsorgeabteilung der Regierung als vorgesetzter Behörde des Lindenhauses lief, dürfte sich Müller nicht allzu viel dabei gedacht haben. Müllers Schreiben war durch den offenen Geschäftsgang in der Regierung vielen bekannt geworden. Keiner hatte von diesen Vorgängen etwas gewußt, und man war darüber so entsetzt, daß man meinte, auch der Führer wisse nichts von der Aktion. Die Regierung wurde jedoch eines Besseren belehrt.[43]

Bei mehrmaligen Vorladungen zur Regierung verwies man den widerspenstigen Müller auf seine Beamtenpflicht. Da man um Müllers religiöse Bindung wußte, versuchte man, ihn mit dem Hinweis zu überzeugen, daß selbst der Vorsitzende des Zentralverbandes der Inneren Mission in Bremen, Pastor Frikke, nichts gegen die Mitwirkung seines Verbandes an der Aktion einzuwenden habe. Müller recherchierte mit Hilfe seine Bremer Verwandten und fand heraus, daß das so nicht stimmte. Wenn auch von der Inneren Mission ein gewisses Entgegenkommen gezeigt worden war, war er der Meinung, daß die Stellung der Inneren Mission für ihn nicht maßgeblich sein könne. Zeitweise suchte er nach verzweifelten Auswegen, eine gewisse Mitarbeit der Anstalt vorweisen zu können. Er war froh, als Oberin und Oberpfleger des Lindenhauses zumindest die Wertigkeit der Kranken auf den Krankenakten vermerken wollten. Sie teilten zwar seine Position, waren aber der Meinung, man könne die vorgesetzte Behörde nicht völlig vor den Kopf stoßen.[44]

Zu einer weiteren Besprechung erschienen am 24. April 1941 im Lindenhaus der Gauamtsleiter Beyer aus Münster und der NSDAP-Kreisleiter und stellvertretende Regierungschef Wedderwille. Sie versuchten Müller durch die Information einzuschüchtern, daß der Gauleiter Dr. Meyer sehr ungehalten sei, da das Lindenhaus als einzige Staatsirrenanstalt die Mitwirkung hartnäckig verweigere. Nach der Darlegung seiner religiösen Einwände gegen die Mordaktion schlugen Wedderwille und der Vertreter der Gauleitung Müller vor, daß er sich das Kirchenlied „So nimm denn meine Hände" dergestalt vorstellen solle, daß der Führer ihn leiten würde. Müller blieb bei seiner Haltung, so daß

für die Vertreter der NSDAP klar war, daß er sein Amt nicht behalten konnte. Man einigte sich, daß Müller in Ruhestand gehen solle, wobei er seinerseits anbot, weiterhin als Arzt in der Anstalt tätig zu sein. Offiziell sollten gesundheitliche Gründe geltend gemacht werden, die eigentlichen Auseinandersetzungen durften nicht benannt werden.[45]

In diesem Dreivierteljahr sind zwischen der Regierung und Müller viele Schreiben hin- und hergegangen. Die von Müller beeindrucken durch ihre Akribie, mit der er seine Argumentation vorträgt. Seine schriftlichen Äußerungen stimmte er meistens mit Rechtsanwalt Tölle aus Detmold ab, dem er wohl sehr vertraute und der ihn manchmal zur Vorsicht mahnte. Seine Wahl zwischen der Verpflichtung aus dem Diensteid und dem Beamtenstatus war eindeutig. Nach seinem Diensteid hatte er „nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl der anvertrauten Kranken besorgt zu sein". Es reichte ihm nicht, sich auf eine legalisierte Anordnung höherer Dienststellen zu berufen und somit formell von jeder Verantwortung frei zu sein. Er, der nach strengen Normen sein Leben zu gestalten bestrebt war, sah das an Gott gebundene Gewissen als oberste Instanz.[46]

Zu den berührendsten Dokumenten in diesem Kampf gehören die Briefwechsel mit seinem Schwager Richard Rüthnick in Bremen, dem Mann seiner Schwester Hannah. So schreibt er Richard, der ihm geraten hatte, diesen ungleichen Kampf aufzugeben, am 13. August 1940:

> Ich kann Deine Auffassung nicht teilen, daß man nur dann kämpfen soll, wenn man ein Luther ist oder sich an einen solchen anlehnen kann. Es gibt auch bescheidenere Rollen, die von irgendjemandem übernommen werden müssen. Ich stimme Pastor Ewerbeck zu, der uns heute sagte, als Martha und ich ihn besuchten: 'wir müssen uns Gott dafür verantwortlich wissen, ob und was wir in dieser Sache tun.' Einem Parteigenossen würde ich das Wort von Hitler anführen 'Wer irgendwo Mängel sieht und nicht nach Kräften um Abhilfe bemüht ist, ist entweder feige oder dumm oder schlecht.' [...] Es muß nur schnell etwas geschehen.[47]

Am 7. Mai 1941 suchte er um seine Versetzung in den dauerhaften Ruhestand nach. Diesem offiziellen Schreiben fügte er ein persönliches an Kreisleiter Wedderwille bei. Er ging auf Vorwürfe Wedderwilles ein, z.B. mit Personen seines Vertrauens gesprochen zu haben. Er hielt ihm vor, daß Wedderwille selbst empfohlen hatte, mit der Inneren Mission in Bremen und den Betheler Anstalten in Kontakt zu treten.[48] Wedderwille konterte:

> Ich muß auch noch einmal eindeutig darauf hinweisen, daß Sie lediglich als Beamter der Landesregierung gebeten worden sind, einen Fragebogen, welcher vom Reichsminister des Innern ausgegeben worden ist, auszufüllen. Die Erörterung weiterer Fragen ist lediglich durch Ihr unverständliches Verhalten veranlaßt worden.[49]

Wenn man Müllers akribisch ausgearbeitete Schriftstücke, die gründlich redigierten Manuskripte, Zeugnisse und Gutachten betrachtet, kann man ermessen, was seine handschriftlichen Randbemerkungen wie, daß es sich um 'ein Verbrechen handele' oder daß hier 'eine unglaubliche Verdrehung der Tatsachen' vorliege, bedeuten. Er war zutiefst beunruhigt und empört. Auch die amtliche Drohung, daß eine Kommission aus Berlin die Meldebögen ausfüllen würde, beugte ihn nicht.[50] Am 21. August 1941 wurde Müller in den Ruhestand versetzt und zugleich weiterbeschäftigt; am 31. Dezember 1942 wurde er sogar formal wieder als 'Beamter auf Widerruf' und Direktor in den Dienst gestellt.[51] Jedoch war sein Bruch mit dem System vollzogen, er hatte die Nazis durchschaut. Daran konnte auch eine Wiedereinstellung nichts ändern. Das wird beispielsweise deutlich in einer Anmerkung zu einer Passage aus Hitlers Mein Kampf.

Adolf Hitler:

> Ein Mensch, der eine Sache weiß, eine gegebene Gefahr kennt, die Möglichkeit einer Abhilfe mit seinen Augen sieht, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, nicht im „Stillen" zu arbeiten, sondern vor aller Öffentlichkeit gegen das Übel- auf- und für seine Heilung einzutreten. Tut er das nicht, dann ist er ein elender pflichtvergessener Schwächling, der entweder aus Feigheit versagt, oder aus Faulheit und Unvermögen.

Müller: „Und was macht man mit uns, wenn wir danach handeln wollten?? Konzentrationslager – 25. März 1942."[52]

Im Mai 1941 müssen zwei Ärzte aus der T4-Zentrale in Berlin im Lindenhaus gewesen sein, um die Meldebögen selbst auszufüllen.[53] Der 60seitige Bericht dieser Kommission ist bislang nicht auffindbar. Im Bundesarchiv in Koblenz finden sich lediglich Auszüge und die Anmerkung, daß der Bericht „verschollen" sei. Erhalten sind allerdings einige Notizen. So stellte Kreisleiter Wedderwille Müller gegenüber der Kommission als unentschlossen und weich dar. Um die Probleme endgültig zu lösen, schlug er vor, die Anstalt an den Provinzialverband zu übergeben. Vermutlich war Wedderwille der Auffassung, daß das Lindenhaus unter der Verwaltung eines mächtigen staatlichen Trägers endlich nicht mehr aus der Reihe tanzen konnte.[54]

In einigen Krankenakten wurde mittlerweile eine spätere Version ausgefüllter Meldebögen aus dem Jahre 1943 gefunden. Nachweislich sind die Betreffenden entlassen und nicht deportiert worden. Die Beschreibung der Kranken entspricht dem Wortlaut in den Krankenakten. Die Bögen sind mit dem Stempel des Lemgoer Amtsarztes Dr. Czerlinsky, mit dem Zusatz, 'in Vertretung' und 'kein Facharzt' unterzeichnet. Sie weisen keine persönliche Unterschrift auf. Wer diese Bögen zu welchem Zweck 1943 ausgefüllt hat, kann derzeit nicht endgültig beantwortet werden. Vielleicht sind diese Bögen im Rahmen der allgemeinen Meldepflicht für psychisch Kranke ab Dezember 1942 ausgefüllt

worden. Vielleicht wurden sie aber auch ausgefüllt, um sehr wohl Patienten des Lindenhauses im Rahmen der wieteren reichsweiten dezentralen Euthanasiemaßnahmen zu deportieren und aus irgendwelchen noch unbekannten Gründen ist dies nicht erfolgt. Ebenso finden sich in etlichen Krankenakten Müllers Gutachtenentwürfe für die Zwangssterilisierungen. Er hat sie häufig auf die Rückseiten der Meldebögen, die er 1940 zugesandt bekommen hatte, geschrieben.[55] Das Unrecht der Tötung wehrte er ab. Das Unrecht der Sterilisierung bereitete er auf den Formularen vor, die der Selektion zur Tötung hatten dienen sollen. Vermutlich gibt es außer Papiermangel während des Krieges keine andere Erklärung für die Nutzung der Bögen.

Auch wenn wahrscheinlich niemand aus dem Lindenhaus deportiert wurde, starben in dieser Zeit ab 1941 viele Patienten an Mangelerscheinungen, Lungenentzündung und TBC. Bei dem jetzigen Kenntnisstand der Aktenlage kann man davon ausgehen, daß wahrscheinlich keine spezielle Hungerkost verabreicht und nicht mit speziellen Medikamenten zu Tode gespritzt wurde, was in den meisten anderen Heil- und Pflegeanstalten geschah. Durch diese dezentralen Euthanasiemaßnahmen kamen im ganzen Reich abermals Tausende von Geisteskranken um. Allerdings wurden aus dem Lindenhaus Patienten in ihre Herkunftsregionen zurückverlegt, weil beispielsweise Platz geschaffen werden mußte.[56] Dadurch können doch ehemalige Patienten des Lindenhauses den Mordaktionen zum Opfer gefallen sein. Dies wird einer genaueren Aufarbeitung der Patientenakten bedürfen.

Die Mühsal des Alltags

Müllers Alltag während des Krieges war aber nicht nur von der großen Gewissensentscheidung geprägt, die Ermordung der Kranken mit vorzubereiten oder seinen christlichen Werten zu folgen, sondern er stand noch einer ganzen Reihe anderer Probleme gegenüber. Die Anstalt hatte wohl auch wegen der sprichwörtlichen Sparsamkeit der Lipper schon immer unter Ärztemangel gelitten. Die Regierung tat sich schwer, die Ärzte zu verbeamten, ihnen die Oberarztstelle zu übertragen oder verschiedene Zeiten für die Bezahlung anzurechnen. Insofern sahen sie sich nach besseren Stellen um. Alle Interventionen Müllers, die finanzielle Besserstellung zu unterstützen oder den „Unabkömmlichkeitsantrag" durchzusetzen, nutzten in der Regel wenig.

In einem Falle wurde das Lindenhaus als Abschiebeort für einen unliebsamen und zum Teil aus fachlichen Gründen untragbar gewordenen Arzt genutzt. Müller mußte damit fertig werden, daß der strikte Parteigenosse, der internistische Oberarzt Martin Kretschmer des Landeskrankenhauses Detmold, von ihm in die Psychiatrie eingearbeitet werden mußte, wobei diesem das Fachgebiet Psychiatrie fremd und unsympathisch war und er die Irrenanstalt als eine Zu-

mutung empfand. Müllers gut durchdachte Vorschläge, wie Kretschmer anderweitig in Lemgo internistisch eingesetzt werden könnte, führten zu einem strikten Verweis von Wedderwille:

> Ich erwarte danach, daß alle weiteren Eingaben und Vorstellungen Ihrerseits künftig unterbleiben und daß Sie Dr. Kretschmer zu einer Haltung und Betätigung anhalten, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt. Dr. Kretschmer muß endlich aufhören zu glauben, daß er irgendwelche Forderungen zu stellen bzw. die Landesregierung etwas für ihn zu tun hätte, nachdem ausschließlich er allein die gegenwärtige Situation verschuldet hat.
>
> Künftig werde ich offenen Widerspruch oder passive Resistenz der Anstaltsleitung, wie des Beamten mit Disziplinarmaßnahmen begegnen.[57]

Über der Anstalt schwebte während des Jahres 1942 ein längeres Untersuchungsverfahren wegen Unregelmäßigkeiten des Gutsverwalters Sievert. Als dieser den ehemaligen Leiter Alter einschaltete, der Sievert Privilegien zugestanden hatte, und Alter in seiner ruppigen Sprache auch noch Müller zumindest indirekt beleidigte, kam es zwischen den ehemaligen Kollegen zum Schlagabtausch. Müller erfuhr von der Regierung keine Unterstützung und mußte sich von Alter sagen lassen:

> Ich sehe daher keinen Anlaß, mich bei Ihnen zu entschuldigen, erwarte allerdings ebensowenig eine Entschuldigung von Ihnen, der Sie mir Ihre ganze Existenz zu danken haben: Mein Urteil über Sie steht fest. Sie und Ihre Einbläser sind auch die letzten, die das wegwischen könnten, was ich für das Land Lippe, für Lindenhaus und das Kolonat Entrup geleistet habe.[58]

Im Alltag galt es also eine Fülle von Tätigkeiten zu bewältigen: Sich immer wieder um Patienten aus den westfälischen Anstalten bemühen, um die Überweisungsverträge mit dem Provinzialverband zu erfüllen, sich gegenüber der Regierung ständig wegen des höheren lippischen Pflegesatzes im Gegensatz zu Westfalen rechtfertigen müssen, in der Anstalt Platz schaffen, um Gebäude an andere Institutionen abzugeben, Personal halten oder neu einstellen, Streitigkeiten schlichten, Verstöße reglementieren, selbst Wohnraum abgeben, um andere Wohnungslose aufzunehmen u.a.[59] In den Personalakten des Lindenhauses finden sich von Müller unzählige Dienstzeugnisse, Begutachtungen für Stellenbesetzungen im ärztlichen Bereich, beim Pflegepersonal, im Wirtschaftsbetrieb, in der Verwaltung. Immer wird deutlich, wie Müller um Korrektheit bemüht war, fast um jede Formulierung rang, was sich an den Korrekturen zeigt. Er versuchte, dem Beurteilten gerecht zu werden und dem, was er als Wahrheit ansah, treu zu bleiben.[60] Kennt man die Gründlichkeit Müllers und berücksichtigt, daß er ja auch noch allein 450 bis 530 Kranke in der Anstalt ärztlich zu versorgen hatte, dürfte ein 16- bis 18-Stunden-Tag realistisch gewesen sein. In einem der wenigen persönlichen Briefe, die zugänglich sind, dringt ein wenig

durch, wie es ihm zumute gewesen sein mag. Dieser Brief ist kurz vor Weihnachten 1942 an seinen Freund Max Thumm gerichtet, der kurze Zeit im Lindenhaus unter Dr. Alter als ärztlicher Kollege tätig gewesen war. Müller entschuldigt sich dafür, daß er Thumm hoffentlich nicht gelangweilt hat,

> weil ich den Brief mißbraucht habe, um einmal wieder abzureagieren.
> Eigentlich liegt uns anderes ja viel näher: der schwere Ernst, der durch die Kriegs-Wirtschaftslage auf uns lastet, die unermeßlichen Opfer, die schon gefordert sind und noch nötig sein werden, – daneben sollten alle anderen Gedanken und Sorgen zu einem Nichts zusammenschrumpfen. Und an diesem Abgrund noch die planmäßig betriebene religiöse Entseelung.
> Wir hoffen, in diesem Jahre – wohl zum letzten Male – noch einmal unsere Drei (oder jetzt vier) [gemeint war wohl die zukünftige Frau des Sohnes, J.M.B] um uns vereinigen zu dürfen; es wird eine stille, wehmütige Feier werden, ohne Gabentisch, mit kleinem Baum, zu dem vom Vorjahre aber noch Lichter da sind. So wird es, wenn auch mit etwas anderer Färbung, wohl in den meisten Familien aussehen. Und was sollen wir uns zum Neuen Jahre gegenseitig wünschen? Wir wissen es nicht und können uns nur an das altbewährte Wort halten „daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen müssen", möchten wir doch immer mehr zu dieser Schar gehören.[61]

Der westfälische 'Euthanasie-Prozeß'

Im Herbst 1945 stellte die Westfälische Provinzialverwaltung interne Ermittlungen darüber an, ob Ärzte oder andere Bedienstete des Verbandes an den Verlegungs- und Mordaktionen gegen die Geisteskranken der Provinzial-Heilanstalten beteiligt gewesen waren. Die Ermittlungen verliefen schleppend. Erst im Januar 1947 wurde dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen der Abschlußbericht vorgelegt. Damit schien der 'Vorgang' abgeschlossen zu sein. Da inzwischen der Generalstaatsanwalt Düsseldorf für den Bereich Rheinprovinz ein Ermittlungsverfahren wegen der 'Ermordung der Geisteskranken' eingeleitet hatte, hielt man ein solches Verfahren auch für Westfalen notwendig. Im August 1948 wurde Anklage gegen den ärztlichen Direktor der Heilanstalt Warstein, Dr. Petermann, seinen Abteilungsarzt Dr. Stolze und den Landesverwaltungsrat Dr. Schneider erhoben. Die Angeklagten hatten, als die aus den Meldebögen zusammengestellten Deportationslisten aus Berlin zurückkamen, die westfälischen Provinzialanstalten bereist. Dort überprüften sie mit Hilfe der leitenden Ärzte die Listen, strichen arbeitsfähige Kranke, diagnostizierten um oder entließen auch einzelne Patienten.[62]

Dr. Georg Müller und Dr. Karsten Jaspersen aus Bethel, der Müller seinerzeit über den Sinn der Meldebögen informiert hatte, wurden in diesem 'Euthanasie'-Prozeß als Zeugen berufen. Aus diesen westfälischen Anstalten, deren

Träger ja nicht der Provinzialverband war, waren keine Kranken deportiert worden, weder während der zentralen Meldebogenaktion noch später während der dezentralen Euthanasiemaßnahmen. Anders in den sieben Heil- und Pflegeanstalten des Provinzialverbandes. Hier wurden insgesamt 5.736 Patienten verlegt, von denen 2.896 Patienten durch aktive Tötung ums Leben kamen. Das war etwa ein Drittel aller Patienten dieser Heilanstalten.[63]

Der Prozeß mit mehreren Revisionen zog sich von 1948 bis 1959 hin. In den verschiedenen Urteilen wird auf die Ereignisse im Lindenhaus und in Bethel eingegangen. In dem Urteil des ersten Revisionsprozesses vom 29. August 1949, in dem die beiden Ärzte Dr. Stolze und Dr. Petermann weiterhin freigesprochen, aber der Landesoberverwaltungsrat a.D. Dr. Schneider schuldig gesprochen wurde, werden die Ereignisse in Bethel und Lindenhaus so bewertet:

> Der Ablauf der Ereignisse in Bethel und Lindenhaus zeigt, daß dort die Transporte in die Euthanasieanstalten nur darum nicht durchgeführt wurden, weil überraschend im Sommer 1941 die Aktion abgestoppt wurde, ein Ereignis, das außerhalb der Erkenntnis- und Einflußmöglichkeiten der Angeklagten lag. Nach der Lage, wie sie sie beurteilen konnten und mußten, konnten sie daher der Überzeugung sein, daß mit der Art, wie sie das Euthanasieprogramm sabotiert haben, den Kranken mehr geholfen war als mit der Art, zu der sich die Ärzte in Bethel und Lindenhaus entschieden haben.[64]

In der Begründung des zweiten Revisionsprozesses vom 2. Dezember 1953, der für die beiden angeklagten Ärzte endgültig zum Freispruch führte, heißt es darüber hinausgehend:

> Die Angeklagten hatten ihre Entscheidung im Drange überwältigender Geschehnisse im Angesicht der ihnen anvertrauten von der Vernichtung bedrohten Kranken zu treffen. [...] Vor der Wucht der konkreten und fordernden Situation wird gerade der verantwortungsbewußte Arzt zunächst und in erster Linie auf die Rettung wenigstens eines Teiles der Kranken bedacht sein, selbst wenn ihm dies nur um den Preis entfernter Mitwirkung an der Aktion möglich ist.
> Nur unter solchen Umständen ist es auch verständlich, daß fast alle Ärzte, die sich in ähnlicher Situation wie die Angeklagten befanden, sich ebenso oder ähnlich wie diese entschieden und verhalten haben. Selbst der Direktor der Heilanstalt Lindenhaus, der Zeuge Dr. Müller, der sich als einziger Arzt in ganz Westfalen völlig passiv verhalten hat, bekam Bedenken an der Richtigkeit seiner Haltung, als bald SS-Ärzte in Lindenhaus erschienen, die Meldebogen im Sinne der Euthanasieaktion ausfüllten und ihm abschließend sagten, er hätte gerade von seinem Standpunkt richtiger getan, wenn er selbst die Bogen ausgefüllt hätte, da er dadurch das Ergebnis in seinem Sinne hätte beeinflussen können. Wohl deswegen erklärte er auch in der Hauptverhandlung nach Abschluß seiner Vernehmung sich noch einmal zu Worte meldend, daß er es durchaus verstehen könne und es ausdrücklich als ehrenhaft anerkennen wolle, daß andere Ärzte auf ihrem Posten geblieben seien, um möglichst viele Kranke zu retten, und daß diese Entscheidung letztlich eine „Frage der Persönlichkeitsartung" sei.[65]

Der Tenor der Begründung lautet also, aktive Weigerung sei Passivität und somit minder hoch zu bewerten als bewußte, vermeintlich sabotierende Mitarbeit. In Bethel hatte man sich im Sommer 1940 entschieden, statt der Meldebögen Karteikarten für die Berliner Kommission vorzubereiten. Man wollte durch die eigenen Bewertungsvorgaben möglichst viele Kranke retten. Müller war dieses Vorgehen bekannt, doch er hatte es für sich als unannehmbar abgelehnt.[66] Über Bethel heißt es in der gleichen Urteilsbegründung:

> Man hat sich [in Bethel, J.M.B.] entschieden, die anfänglich passive Haltung aufzugeben, an der im wesentlichen von den SS-Ärzten durchgeführten Überprüfung der Verlegungslisten teilgenommen und „den Standpunkt vertreten, ein „Salvieren des eigenen Gewissens" sei – da egozentrisch – weniger hoch zu bewerten als eine sabotierende Mitarbeit." [...] „Der verstorbene Pastor von Bodelschwingh – Leiter der Anstalten – hat sich in Bethel ebenfalls gegen ein völlig passives Verhalten gewandt und sich für eine Einschaltung in das Euthanasiegprogramm ausgesprochen, um dann [...] „beweglichen Widerstand leisten" zu können.[67]

Der letzte Revisionsprozeß endete im Sommer 1959 mit einem Freispruch des angeklagten Verwaltungsbeamten Dr. Schneider. Nun war juristisch abgesegnet, daß die Mitarbeit an den Tötungen unumgänglich gewesen war, um möglichst viele Kranke zu retten. In der Urteilsbegründung wird erläutert, daß der Angeklagte kein Unrechtsbewußtsein haben konnte, da im Rahmen der nationalsozialistischen Rassenideologie Geisteskranke wegen ihres Unwertes zu töten waren. Diese unter den Nazis gültige Norm führte zum Freispruch.[68]
Zu einer ähnlichen Urteilsbegründung eines Freispruchs in einem der letzten Euthanasieprozesse schrieb Dolf Sternberger am 10. Juli 1972 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung":

> [Der Angeklagte, J.M.B.] hatte, sagt das Gericht, kein Unrechtsbewußtsein. Um so schlimmer. Er hätte es haben müssen. Er hätte es auch haben können. Dieser Begriff ist unsinnig, jedenfalls hier: 'Unrechtsbewußtsein'. Heißen mußte es: Gewissen. Mangel an Unrechtsbewußtsein, das ist in den meisten Fällen doch ein Mangel an Gewissen. 'Gewissenlosigkeit' gilt sonst als scharfer Tadel, auch im Strafprozeß. Hier wird sie als Entschuldigung genommen. Stünde Hitler vor diesen Richtern, sie müßten ihn freisprechen, denn er hatte kein Gewissen, [...] Diese Richter und Geschworenen geben ihm noch nachträglich recht, der gesagt hat, er sei berufen, die Menschen von der Chimäre des Gewissens zu befreien. Es scheint ihm weitgehend gelungen zu sein.[69]

Es bleibt die Frage, wieso ein Mann wie Georg Müller, der ursprünglich an die Nazis geglaubt hatte und die Sterilisierungspraxis bis zum Ende des Krieges unterstützte, in der Frage der Tötung der Geisteskranken seinem Gewissen folgte. Die etablierte Gesellschaft hatte auf die eine oder andere Weise vor Hitler kapituliert. Moralische Grundsätze und christliche Gebote wie 'Du sollst nicht töten' waren praktisch verschwunden.

Die Soziologin Hannah Arendt kommt in ihrer Studie über die 'Banalität des Bösen' zu dem Schluß, daß die wenigen, die noch Gut und Böse auseinanderzuhalten vermochten, sich ausschließlich auf ihr eigenes Urteilsvermögen verließen.[70] Andere empirische Studien unterstützen diese Sicht und belegen, daß Faktoren wie soziale Schicht, Bildungsstand, Konfessions- oder Parteizugehörigkeit keinerlei Rolle bei der Entscheidung spielten, ob jemand leidenden Mitmenschen half. Nechama Tecs Fazit lautet beispielsweise: „Die Retter empfanden ihr eigenes Verhalten als selbstverständlich – sie wandten sich spontan gegen die Schrecken ihrer Zeit."[71]

Die Nachkriegsjahre

Nach dem Krieg mußte sich Müller wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft rechtfertigen. Er schrieb an den Überprüfungsausschuß:

> Zum Eintritt entschloß ich mich, weil ich zur Rettung des damals zusammenbrechenden Deutschen Reiches eine starke, mit diktatorischer Gewalt ausgerüstete Regierung für unumgänglich nötig hielt. Etwaige Bedenken gegen die Partei in mir unterdrückte ich aufgrund der irrigen Meinung, daß [...] die Partei auf dem Boden des positiven Christentums stehe. Im Laufe der Zeit, [...] habe ich mehr und mehr erkannt, wie das Deutsche Volk terrorisiert und planmässig irre geführt wurde und daß Hitler schließlich Unheil über Deutschland herbeiführen werde.[72]

Müller mußte im Rahmen der Entnazifizierung auch Anordnungen der Militärbehörde gegenüber Mitarbeitern durchführen, so z.B.einem ehemaligen Oberarzt seine Entlassung übergeben, dessen Konten und sonstige Vermögenswerte sperren. In etlichen Verfahren mußte er Stellung nehmen, wie der Mitarbeiter sich politisch verhalten und geäußert hatte. Er tat es vorsichtig, aber korrekt und war jemand wirklich nur durch die NSDAP weitergekommen, wurde das eher deutlich in dem, was er nicht sagte.[73]

Nach Einarbeitung und Übernahme der Amtsgeschäfte durch die neuen Ärzte im Lindenhaus ging Georg Müller zum 1. April 1946 in den Ruhestand.[74] Er wohnte bis zur Schließung der Anstalt mit seiner Frau auf dem Gelände. Eine Rückkehr nach Bremen, wie er sie ursprünglich nach der Pensionierung geplant hatte, war nicht mehr möglich, da das 1937 in der Richard-Wagner-Str. Nr. 6 erworbene Haus im Krieg völlig zerstört worden war und das Ehepaar das Trümmergrundstück verkauft hatte.[75] Die Verabschiedung aus dem Dienst geschah so unauffällig, wie Georg Müller immer gelebt hatte. Der Regierungspräsident Heinrich Drake schrieb:

> Sie sind nach Ihrer Versetzung in den Ruhestand als Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus weiter im Dienst verblieben. In schwieriger Zeit haben Sie im Interesse der Kranken in vorbildlicher Weise Ihr Amt versehen. Sie treten nunmehr

> in den Ruhestand zum 1. April 46 zurück. Für Ihre Tätigkeit spreche ich Ihnen meinen besonderen Dank aus.[76]

Zum 75. Geburtstag Georg Müllers versuchte der Lemgoer Lehrer und Heimatforscher Dr. Karl Meier, in der „Neuen Lippischen Rundschau" einen Artikel unterzubringen. Er würdigte darin Müllers Verhalten während der Euthanasieaktionen gegen die Geisteskranken. Dieser Artikel führte innerhalb der Rundschau zu einem Eklat. Der Redakteur, der den Artikel gerne veröffentlicht sehen wollten, mußte dem engagierten Heimatforscher mitteilen:

> selbst Männer, die Sie und ich als „sehr vernünftig" ansprechen, raten dringend davon ab, den von der Rundschau schon zweimal behandelten Vorfall nun anläßlich des Geburtstages der Leserschaft nochmals vorzusetzen. [...], es sei wohl nicht ratsam, die Bürgerschaft nun nach 15 Jahren nochmals mit tiefbeschämenden Vorgängen zu erregen, auf deren Gestaltung sie selbst keinerlei Einfluß und von denen sie keine Kenntnis gehabt habe. [...] Hier [herrscht] doch der Gedanke vor, daß man bei aller Würdigung der Verdienste von Dr. Müller Dinge ruhen lassen sollte, die in ihrer ganzen Entsetzlichkeit nicht den Verantwortlichen, sondern nur den Deutschen schlechthin angekreidet werden.[77]

Schämte man sich, weil einer gezeigt hatte, daß man auch in dieser Zeit, trotz der Unterstützung der rassehygienischen Sterilisationsmaßnahmen, anderen ethischen Grundsätzen hatte treu bleiben können? Oder war diese Haltung Ausdruck des allgemeinen Verdrängens, Vergessens, des Nicht-gewußt-haben-Wollens der 50er Jahre?

Georg Müller starb im Juli 1961 im 81. Lebensjahr ganz plötzlich an Herzversagen. Er ist in Lemgo begraben. In der Stadt, in der er fast 40 Jahre gearbeitet und über 50 Jahre gelebt hat, erinnert nichts an ihn.

Anmerkungen

1. Der Artikel ist eine veränderte und erweiterte Fassung einer Radiodokumentation mit gleichem Titel, die am 18. August 1995 von Radio Bremen 2 ausgestrahlt wurde. Ich möchte mich bei den nachfolgenden Personen sehr herzlich bedanken, da sie auf verschiedene Weise die Entstehung dieser beiden Werke unterstützt haben: Herrn Dr. Wolfgang Bender, Staatsarchiv Detmold; Herrn Günter Demin, Radio Bremen; Herrn Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Gütersloh; Frau Elisabeth Kipling, Lemgo; Frau Helga Nolzen, Detmold; Herrn Johannes Vossen, Werther; Herrn Christian Zechert, von Bodelschwinghsche Anstalten Bethel.
2. Heinrich Kiewning, Fürstin Pauline zur Lippe 1769 – 1820. Detmold 1932, S. 155 ff.
3. Erich Friedländer, 25 Jahre Kolonie Entrup der Anstalt Lindenhaus. Lippische Landeszeitung vom 1. Juli 1931.
4. Hermann Simon, Aktivere Krankenbehandlung in der Irrenanstalt. Teil 1. in: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie (AZP), Bd. 87, 1927, S. 97-145; Teil 2. Erfahrungen und Gedanken eines praktischen Psychiaters zur Psychotherapie der Geisteskrank-

heiten, in: AZP, Bd. 90, 1929, S. 69-121; Schluß. Erfahrungen und Gedanken eines praktischen Psychiaters zur Psychotherapie der Geisteskrankheiten, in: AZP, Bd. 90, 1929, S. 245-309.

5. Georg Müller, Zur quantitativen Beeinflussung der Zuckerausscheidung nach Verfütterung verschiedener Eiweißstoffe resp. Kohlehydrate. Inaugural-Dissertation an der Friedrich-Alexanders-Universität, Erlangen 1906.
6. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte Dr. Müller (diese enthält 4 Unterakten, die nicht extra verzeichnet, aber bezeichnet sind; diese Bezeichnung wird im folgenden jeweils aufgeführt) Akte 1, Blatt 1, 2, 4, Lebenslauf und Bewerbungsunterlagen.
7. StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 1, Blatt 36, Schreiben des Präsidenten des lippischen Landtags, No. 1078, 26. März 1912; StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 1, Blatt 39, Urlaubsgesuch von G. Müller an die lippische Regierung vom 11. August 1912.
8. D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 115, Schreiben Müllers vom 24. Januar 1938 über seine Zugehörigkeit zur NSDAP.
9. Insbesondere in den Zeitschriften Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie (AZP); Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift (PNW); Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie (ZNP) finden sich ab den Jahren 1918 Publikationen von Alter, Friedländer und Müller, wobei Friedländer am meisten veröffentlichte.
10. StADT, L 80 Ic XXIII, 71, Nr.75, Bd. VII, Direktor und Ärzte in der Irrenanstalt.
11. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 119, Beurteilung vom Geheimen Regierungs- und Medicinalrat Dr. Alter für Herrn Dr. Müller vom 1. Februar 1927.
12. StADT, L 80 Ic XXIII, 71, Nr.75, Bd. VII, Schreiben des Leiters der Lippischen Fürsorgeabteilung Medizinalrat Dr. Corvey an die Lippische Regierung, Abteilung des Innern vom 23. April 1927.
13. StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 1, Blatt 176, Schreiben der Lippischen Regierung, Abteilung des Innern vom 12. Juli 1927.
14. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987, S.3-13.
15. Wulfmeyer, Lippe 1933. S. 47.
16. Wulfmeyer, Lippe 1933. S. 57 f.
17. Wulfmeyer, Lippe 1933. S. 78 ff.
18. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 25, Personalakte Friedländer, Schreiben der lippischen Landesregierung an Friedländer vom 27. März 1933.
19. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 25, Personalakte Friedländer, Berechnungen und Schreiben zu dem Warte- und Ruhegeld.
20. Mündliche Mitteilung von Frau Elisabeth Kipling und Frau Gertrud Müller, Lemgo, Töchter von Dr. Georg Müller.
21. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 125, Schreiben der NSDAP an den Reichsstatthalter vom 24. März 1938, Müllers NSDAP Nr. war 2 483 307.
22. StADT, L 80 Ic, XXIII, 71, Nr.75, Bd. VII, Schreiben Müllers an die Lippische Regierung, Fürsorgeabteilung, Medizinalrat Dr. Corvey vom 3.Mai 1933.
23. Erlasse des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 2. September 1936, 7. Dezember 1936, 22. April 1937 und 28. Juni 1937, in: J. Grotkopp, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1928, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft. Frankfurt/Main 1992, S. 152.
24. StADT, D 99, Nr. 1449, Blatt 130, Schreiben Theopolds an den Reichsstatthalter vom 15. Oktober 1937.

25. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 118, Chronologische Tatsachen-Darstellung Müllers, ohne Datum, aus dem Jahre 1937.
26. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 121, Schreiben des Gauamtsleiters Steinecke an den stellvertretenden Staatsminister, Kreisleiter Pg. Wedderwille vom 28.Januar 1938.
27. StADT, L 113, 235, Bd. 2, Doku 314 vom 29. Oktober 1937 Beschwerde von Mitarbeitern der Anstalt beim Kreisleiter der NSDAP über Müllers mangelhafte nationalsozialistische Gesinnung; StADT 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 117.
StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 147, Ernennung zum 24. Dezember 1938 mit Schreiben vom 30. Dezember 1938.
28. Heinz Faulstich, Von der Irrenfürsorge zur 'Euthanasie'. Geschichte der badischen Psychiatrie bis 1945. Freiburg/Br. 1993, S. 176.
29. Preußischer Sterilisationsgesetzentwurf von 1932, s. z.B. H.-W. Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialimus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung 'unwerten Lebens'. Göttingen 1992[2]. Das Gesetz: StADT, D 102, Nr. 229, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Teil 1, Berlin, 25. Juli 1933, Nr. 86.
30. Heinz Faulstich, S. 176; Uwe Kaminsky, Innere Mission und Eugenik. In: Diakonie. Theorien, Erfahrungen, Impulse, Nr. 5 – Innere Mission im NS-Staat, 1993, S. 308-312; hier S. 309, 311.
31. Karl Heinz Roth, „Erbbiologische Bestandsaufnahme" – ein Aspekt „ausmerzender Erfassung" vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. In: Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe". Hg. von Karl Heinz Roth. Berlin 1984, S. 57-100; hier S. 76-80.
32. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 72, Personalakte Dr. Runte, Schreiben Müllers an Herrn Regierungsdirektor Oppermann vom 1. März 1938.
33. StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 2, Blatt 102, Schreiben des Landgerichtspräsidenten an Dr. Müller.
34. StADT, L 107 D, unverzeichnete Patientenakten, hier Paula F.
35. StADT, L107 D – s. Anm. 36, hier Wilhelm R.
36. Christian Zechert, Zwangssterilisationen „erbkrankverdächtiger" Patientinnen der psychiatrischen Abteilung Sarepta's in den v. Bodelschwinghschen Anstalten Bethel (vBAB) zwischen 1934 – 1945. Zusammenfassender Bericht über die Auswertung der im Hauptarchiv der vBAB gelagerten Krankengeschichten ehemaliger psychiatrischer Patientinnen von Magdala. KG 3761. Internes Diskussionspapier 28. März 1993, S. 11.
37. StADT, L 80 Ic, XXIV, 4, Nr. 7, Zulassungen von Anstalten zur Durchführung von Unfruchtbarmachungen 1933-1944.
38. Sabine Hanrath, Von der Reformpsychiatrie zur Psychiatrie unterm Hakenkreuz. Professionalisierung der lippischen Anstaltspsychiatrie im Zeitraum von 1923 bis 1939. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Magisterprüfung in Geschichtswissenschaften. Universität Bielefeld 1995, S. 120 f.
39. Götz Aly, Die „Aktion T4" und die Stadt Berlin. In: Totgeschwiegen 1933__1945. Zur Geschichte der Wittenauer Heilstätten. Seit 1957 Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik. Hg. von Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik. Berlin 1989[2], S. 137-150, hier: S. 139.
40. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Die „Aktion" zur Ausmerzung der Geisteskranken wie ich sie erlebte. Undatiertes Schreiben von Müller.
41. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion" Brief von Jaspersen an Müller vom 23. Juli 1940; Abschriften von Thumms Brief an Müller vom 12. Juli und

12. August 1940, Brief Müllers an Thumm vom 9. August 1940; s. auch Heinz Faulstich, Von der Irrenfürsorge zur 'Euthanasie'. Geschichte der badischen Psychiatrie bis 1945. Freiburg/Br. 1993, S. 270 ff.
42. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion".
43. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Brief Müllers an Regierungsrat Heine vom 15. August 1940; s. auch Anm. 38.
44. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Brief Müllers vom 3. März 1941 an Rechtsanwalt Tölle, Detmold.
45. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Offizielles Gesuch um Versetzung in den dauerhaften Ruhestand Müllers an die Lippische Regierung vom 7. Mai 1941. D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 164, Amtsärztliches Gutachten vom 22. Mai 1941.
46. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, z.B. Schreiben Müllers an Wedderwille vom 13. März 1941.
47. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Briefwechsel mit seinem Schwager Richard Rüthnick aus Bremen vom 28. Juli, 7. August, 13. August 1940.
48. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Anlage zum offiziellen Gesuch um Versetzung in den dauerhaften Ruhestand, Schreiben Müllers an Wedderwille vom 7. Mai 1941.
49. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Antwortschreiben Wedderwilles an Müller vom 12. Mai 1941.
50. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Brief Müllers an seinen Schwager Richard Rüthnick vom 1. März 1941 und Brief an RA Tölle vom 3. März 1941.
51. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte.
52. Adolf Hitler, Mein Kampf S. 399 f; zitiert nach StADT, L 107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", ehemalige Bauzeichnung, auf der das zitiert ist.
53. HStAD, NW 1072, lB 279, Entnazifizierungsakte Dr. Heinrich Czerlinsky, Schreiben Müllers vom 15. Februar 1949 – freundlicherweise von Johannes Vossen zur Verfügung gestellt.
54. Persönliche Mitteilung von Sabine Hanrath (s. Anm. 38); ferner freundlicherweise zur Verfügung gestellt: BA Koblenz, R 96 I/7 Abschlußbericht über Planung Lippe vom 30.-31. Juli 1942
55. StADT, L 107 D, s. Anm. 36, z.B. Gutachten für Gustav Sch.
56. L 80 Ic, XXIII, 10, 9, Schreiben vom 27. Dezember 1944, aus dem hervorgeht, daß das Lindenhaus dem Krankenhaus Detmold 3 Häuser zur Verfügung gestellt hat.
57. StADT, D 99 Nr. 1416, Personalakte Dr. Martin Kretschmer, Schreiben Wedderwilles an Müller vom 2. März 1940.
58. StADT, D 99, Nr. 1436, Personalakte Sievert, Faltordner „Betr. Verfehlungen des Gutsinspektors Sievert in Entrup" und „Zu den Pers. Akt. Gutsinsp. Sievert", Schreiben Alters an Müller vom 26. November 1941 und Schreiben Müllers an die Lippische Landesregierung vom 31. Januar 1942.
59. StADT, L 80 Ic, XXIII, 80, 122 I u. II; . StADT, D 100, Nr. 150, Inanspruchnahme von Gebäuden der Anstalt Lindenhaus, Brake; StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 2, Blatt 137, Schreiben von Martha Müller an Oberinspektor Voss wegen vermeintlich widerrechtlichen Mieteinnahmen vom 4. September 1946.
60. StADT, L107 D, 5b, Nr. 90, Blatt 54, Zeugnis für den Oberarzt Stier vom 21. September 1942; D 99, Nr. 1373, Personalakte Deppe, Schreiben Müllers an die Lippische Regierung vom 25. Januar 1939, Beurteilung von Oberpfleger Deppe und Lin-

nemeier anläßlich einer Bewerbung; L 107 D, 5b, Nr. 37, Schreiben Müllers an die Lippische Regierung wegen der Übertragung der Oberarzt-Stelle an Dr. Hollwede vom 28. November 1941.

61. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Brief Müllers an Freund Thumm vom 21. Dezember 1942.
62. Karl Teppe, Bewältigung von Vergangenheit? Der westfälische „Euthanasie"-Prozeß. In: Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Hg. von Franz-Werner Kersting, Karl Teppe, Bernd Walter. Paderborn 1993, S. 202-252, hier 205-211.
63. Karl Teppe, Massenmord auf dem Dienstweg. Hitlers „Euthanasie"-Erlaß und seine Durchführung in den Westfälischen Provinzialanstalten. Hg. von Der Direktor des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe. Münster 1989, 34 S., hier S. 20.
64. Urteilsbegründung 1. Revisionsprozeß, Münster 29.August 1949, Bd II, Bl. 192 – 237, hier: S. 54. (Kopien der Urteilsbegründung wurden mir von privater Seite zur Verfügung gestellt; die Prozeßakten sind im Nordrheinwestfälischen Staatsarchiv Münster unter StA-Ms 155/30 zugänglich).
65. Urteilsbegründung 2. Revisionsprozeß – abgetrenntes Verfahren – Dr. Petermann, Dr. Stolze, Münster, 2. Dezember 1953, Bd. V, 75 – 189, hier: S. 105 f (Bl.183 f).
66. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Brief an Schwager Richard Rüthnick vom 1. März 1941
67. Urteilsbegründung 2. Revisionsprozeß, S.106 f (Bl. 184 f).
68. Karl Teppe, Bewältigung von Vergangenheit, S. 227.
69. Dolf Sternberger am 10. Juli 1972 in der FAZ, nachdem das Schwurgericht Frankfurt am 6. Juni 1972 den Arzt Dr. Borm von der Anklage nationalsozialistischer Euthanasieverbrechen wegen unvermeidbarem Verbotsirrtum freigesprochen hatte. Zitiert nach Karl Teppe, Bewältigung von Vergangenheit, S. 221, Fußnote 69.
70. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem: a Report on the Banality of Evil. New York 1964, S. 294 f. Zitiert nach Zygmunt Baumann, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg 1992, S. 192.
71. Nechama Tec, When Light Pierced the Darkness. Oxford 1986, S. 193. Zitiert nach Zygmunt Baumann, Dialektik der Ordnung, S. 19.
72. StADT, L 107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", „Meine Stellung zur NSDAP" vom 4. September 1945.
73. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 37, Personalakte Dr. Wilhelm Hollwede, Schreiben Müllers vom 8. Oktober 1945; StADT, D 99, Nr. 1399, Gärtner und Oberinspektor Wilhelm Hage, Schreiben Müllers vom 10. September 1948. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1072, lB 279, Entnazifizierungsakte Dr. Heinrich Czerlinsky, Schreiben Müllers vom 15. Februar 1949.
74. StADT; D 99, Nr. 1425, Akte 2, Blatt 141, Bescheinigung vom 2. Oktober 1948.
75. StADT, D 99, Nr. 1425, Angabe im Fragebogen „Military Government of Germany" – L-L-1988 IV, Entnazifizierungsfragebogen Dr. Georg Müller vom 31. März 1947, S. 11.
76. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Schreiben von Heinrich Drake vom 26. März 1946.
77. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion", Schreiben des Redakteurs Rottmann an Herrn Dr. Meier vom 21. September 1955.

Hans-Peter Wehlt

Private Feldpost – eine oft verkannte historische Quelle

Das stadtgeschichtliche Projekt 'Nationalsozialismus in Detmold' hat wieder einmal gezeigt, wie vielerlei unterschiedliche Quellen sich zur Darstellung der jüngeren Vergangenheit heranziehen lassen. Das Spektrum reicht von den verschiedensten gedruckten und ungedruckten schriftlichen Zeugnissen wie Zeitungen, Broschüren, Plakaten, Ausweisen, Bezugsscheinen und Zuteilungsmarken, Akten, Plänen, Karteien, tagebuchartigen Notizen, Briefen über Fotos, Filme, Bau- und Kunstwerke jeder Art bis zu Aussagen von Zeitzeugen und Memoiren, um nur einige Beispiele zu nennen.

Soweit es sich um schriftliche Unterlagen handelt, werden diese vor allem in Archiven und Bibliotheken, in historischen Forschungsinstituten oder ggf. in Museen gesammelt. Eine Quellengattung, die dabei nach wie vor in den meisten derartigen Einrichtungen unterrepräsentiert ist, ist die *Feldpost*. Sie soll deshalb Gegenstand der folgenden Betrachtungen sein. Dabei geht es darum aufzuzeigen, wieviele Nachrichten zum alltäglichen Leben aber auch zum Denken und Fühlen der Menschen sich aus ganz einfachen, unpretentiösen Mitteilungen entnehmen lassen. Soweit möglich, soll der Bezug zur Stadt Detmold, zum Land Lippe oder zum ostwestfälisch-lippischen Raum erkennbar bleiben; für manche Themenbereiche werden aber auch Beispiele angeführt werden müssen, die aus anderen Regionen des Deutschen Reiches kommen.

Da man dem Gegenstand 'Feldpost' in seiner ganzen Komplexität auf nur wenigen Druckseiten nicht gerecht werden kann, wenn man *alle* lohnenden Aspekte gleichmäßig berücksichtigen will, soll hier ein Ausschnitt aus dem weiten Spektrum bewußt in den Mittelpunkt gerückt werden: Es geht vor allem um die privaten Briefwechsel zwischen einander besonders eng verbundenen Menschen, zwischen Mann und Frau, Bräutigam und Braut, Sohn und Eltern, zwischen Geschwistern oder vertrauten Freunden; andere durchaus auch wichtige Gesichtspunkte können einleitend nur gestreift werden.

Auch für den Archivar ist es oft nicht leicht, an Privatpost heranzukommen. Immer wieder stößt er bei seiner Tätigkeit, zu der auch der Erwerb schriftlicher Nachlässe und damit die Sicherung privater Quellen für die historische Forschung gehört, auf Unverständnis, wenn er nach Feldpost aus dem 1. oder 2. Weltkrieg fragt, auch bei Leuten, die sonst sehr aufgeschlossen und hilfsbereit sind. Was sich Großvater und Großmutter oder Vater und Mutter in der Ausnahmesituation des Krieges mitzuteilen hatten, scheint vielen Heutigen von

vornherein zu intim, um es 'der Öffentlichkeit' preiszugeben, obwohl sie oft die Handschrift gar nicht mehr lesen und den Inhalt der Briefe wirklich beurteilen können. Es kostet viel Überzeugungskraft, den Nachkommen klarzumachen, daß wirklich intime Mitteilungen den fremden Leser kaum noch interessieren, daß aber viele, manchmal ganz unbewußte Äußerungen am Rande inzwischen von Bedeutung sein können, weil sie Zeitkolorit haben, weil sie einen unmittelbaren Einblick geben in Lebensumstände oder Denkweisen, die nach 50 oder 55 Jahren sehr fremd geworden sind. Solche Briefe haben damit einen unmittelbaren Quellenwert gewonnen, der über den von vielfach gefilterten oder durch jüngere Ereignisse überlagerten Zeitzeugenaussagen weit hinausgeht.

* * *

Feldpost als 'Truppenbetreuung'

Rund 28,7 Millionen Sendungen sind von der deutschen Feldpost im 1. Weltkrieg befördert worden;[1] weit über 40 Milliarden,[2] so schätzt man, sind es im 2. gewesen – eine unvorstellbare Zahl von Briefen, Kartengrüßen, Fotos, Zeichnungen, Gedichten, Dokumenten jeglicher Art, von Päckchen und Streifbandzeitungen, die zwischen Heimat und Front, Front und Heimat hin- und hergingen. Man stützte sich auf Erfahrungen aus dem 1. Weltkrieg, als man seit 1936 in Manövern die Ausgabe von Feldpostnummern übte und einen neuen Feldpostdienst aufbaute. Dieser hat, von einigen – für die Betroffenen ärgerlichen – begrenzten Pannen zu Beginn des Krieges und den unvermeidlichen kriegsbedingten Verlusten von Sendungen abgesehen, Hervorragendes zur Aufrechterhaltung und zum immer wieder neuen Anknüpfen der Verbindungen geleistet.[3]

Es versteht sich von selbst, daß an diesen Massen von Sendungen nicht nur Verwandte und Freunde der Soldaten im Felde beteiligt waren. Ein 22jähriger Angehöriger der Beobachtungsabteilung Lemgo[4] schreibt am 26. Dez. 1939 vom Westwall an seine Eltern in Detmold:

> Die riesigen Mengen an Christstollen, Wein- und Schnapsflaschen, Gebäck und vor allen Dingen an Zigaretten lassen sich jetzt besser übersehen. Die Parteiorganisationen unserer früheren Garnison Lemgo hatten sich am meisten angestrengt. Von Siekmann für jeden eine Braunschweiger Wurst, von Pahn zwei Tüten Weihnachtsgebäck, von anderen Kaufleuten 7 Flaschen Wein, von Wippermann eine Flasche Wacholder, für jeden einen großen Christstollen. Dazu noch Päckchen kleineren und größeren Formats 'an die Gruppe Hahn' adressiert. Verschiedene Mädchen aus der Bekanntschaft des Uffz. H. hatten sie geschickt. Die eine bat in einem schokoladenbraunen Brief um 'einen schrecklich dicken' Antwortbrief, der inzwischen von mir verfaßt auch abgegangen ist. – Heute traf ein Päckchen von der NSDAP Detmold mit Zigarillos, Spiegel, Kamm, Rasierklingen u.a. ein. Ganz nett zusammengestellt.[5]

Auf die Bedeutung des Weihnachtsfestes in den Soldatenbriefen wird zurückzukommen sein; hier geht es zunächst um die großangelegten Versandaktionen, in denen zuweilen 'flächendeckend' ganze Einheiten, zuweilen Einzelne als Mitglieder einer Betriebsgemeinschaft, einer Berufsorganisation oder eines SA-Sturms mit Päckchen (1000 g + 100 g Toleranz) und Briefen aus der Heimat versorgt wurden. Die Kreisleitung der NSDAP ließ Waren sammeln, wohl auch einkaufen, und durch die Ortgruppen versenden; nachdem 1939 und gelegentlich noch 1940 Schulklassen veranlaßt worden waren, Päckchen und Briefe an ihnen persönlich unbekannte Soldaten zu schicken, wurde dies 1940 durch die Partei unterbunden. Bürgermeister Hans Keller, Detmold, mußte im Dezember 1940 eine heftige Rüge seines Kreisleiters Wedderwille einstecken, weil er die Schülerinnen der Mädchenoberschule auffordern ließ,

> ein Päckchen zu packen und dieses mit einem Anschreiben zu versehen [...] Es wurde immer wieder darauf hingewiesen, daß durch die von Ihnen gewünschte Maßnahme eine gerechte Betreuung unserer Fronttruppen infrage gestellt sei, weil zweifellos nicht jeder Kompanieführer [...] aufgrund seiner Verbindungen die Möglichkeit hätte, für einen engeren Truppenteil eine Sonderzuteilung von Feldpostpäckchen zu erreichen [...] Zunächst hatte ich vor, die für Ihre Kompanie bestimmte Sendung nicht freizugeben und sie Ihrem Bataillon zur Verfügung zu stellen [...] ich bitte Sie jedoch dringend, von sich aus die eingehenden Päckchen auf das ganze Bataillon zu verteilen.[6]

Eine private Initiative drohte der Kontrolle der Partei zu entgleiten und dies mußte mit allen Mitteln verhindert werden!

Übrigens haben sich aus den Begleitschreiben solcher Päckchen nicht selten dauerhafte Brieffreundschaften entwickelt. Einzelne Soldaten führten gleichzeitig regelmäßige Korrespondenzen mit drei oder vier jungen Frauen, die sie nie von Angesicht zu Angesicht gesehen hatten.

Neben solchen alljährlichen, aber doch begrenzten Aktivitäten gab es die kontinuierliche, jahrelange 'Betreuung' durch zunächst individuell gehaltene, sehr bald durch vervielfältigte Briefe aus der Heimat an die Front. Seitens der Partei bzw. der Deutschen Arbeitsfront wurde „die regelmäßige Betreuung der Gefolgschaftsmitglieder, die zur Fahne einberufen worden sind, mit sog. Rundbriefen oder sonstigen vervielfältigten Nachrichten sehr begrüßt".[7] In den Registraturen von Behörden und Parteistellen sind eine Menge solcher Rundbriefe, sog. 'Heimatbriefe' oder 'Kriegsnachrichten' (des Finanzamts Bünde, der Lippischen Katasterinspektion in Detmold,[8] der Kreisverwaltungen, des Wohlfahrtsamtes der Landeshauptstadt Detmold,[9] mancher Schulen, der Gauleitung Westfalen-Nord, der NSDAP-Kreisleitung, einzelner Ortsgruppen, des NSKK-Motorsturms etc.etc.), erhalten geblieben und allein oder gemeinsam mit den gesammelten Antwortschreiben in die Archive gelangt. Rundbriefe des Leiters des Arbeitsamtes Detmold ORR Süß[10], der wie der Leiter des Finanzamtes Bünde RR Dr. Triebel wegen deren Inhalts mit der Partei in Konflikt geriet und

den Versand einstellen mußte, finden sich versteckt in einer Akte des Kreisleiters Wedderwille.[11] Die Feldpostbriefe an den Regierungspräsidenten Osnabrück wurden 1984 durch Wolf-Dieter Mohrmann publiziert.[12] Die Korrespondenz des Dienststellenleiters des Finanzamts Bünde mit mindestens 52 seiner Mitarbeiter füllt acht dicke Ordner mit 1.705 Feldpostbriefen und -karten,[13] die an den Kreisleiter Wedderwille gerichteten Schreiben immerhin vier Akten bände mit einigen hundert Briefen und Karten.[14] Erhalten hat sich auch ein Konvolut von rund 120 Feldpostbriefen, die junge Detmolder Rot-Kreuz-Helferinnen zwischen 1941 und 1943 an ihre Ausbildungsleiterin in der Heimat gesandt haben.[15]

Abb. 1: Weihnachtsrundbrief der Lippischen Katasterinspektion 1942 (L 101 A III Nr. 319)

Solche Sammlungen haben – mit kritischer Distanz und zwischen den Zeilen gelesen – ihren großen Reiz, vereinen sie doch eine Vielzahl unterschiedlicher und dennoch zusammengehöriger Stimmen. Von den verschiedensten Kriegsschauplätzen kommen die Nachrichten, Nachrichten über das eigene Ergehen und das Schicksal von Freunden und Bekannten, Berichte über die ungewohnten klimatischen Verhältnisse und natürlich die sonstigen Lebensbedingungen am fernen Einsatzort in Norwegen oder Griechenland, auf dem Balkan, in Frankreich, in Rußland oder Afrika. Eigenständige Beurteilungen der Kriegslage, gar Zweifel am baldigen siegreichen Ende des Krieges oder Äußerungen über die eigene politische Führung darf man darin natürlich nicht erwarten; ggf. zitierte man den Wehrmachtsbericht oder die offizielle Sprachregelung der Zeitungen.

Neben dieser offiziellen, zumindest zeitweise bewußt geförderten Form von 'Soldaten-Betreuung' – die dennoch mit der üblichen Zensur zu rechnen hatte![16] – gibt es umfangreiche Korrespondenzen, die sich der besonderen Aufmerksamkeit der Gestapo sicher sein konnten. Das gilt gleichermaßen für den Nachrichten- und Gedankenaustausch innerhalb geschlossener vertrauter, oft kirchlich gebundener Freundeskreise wie für den regelmäßigen Briefverkehr einberufener Gemeindeglieder mit ihrem Geistlichen in der Heimat.

Als ein Beispiel für den ersten Fall mag der aus der Marburger Studentengemeinde erwachsene Zirkel um die theologischen Lehrer Hans von Soden und

Rudolf Bultmann erwähnt werden.[17] Seine Mitglieder hatten seit 1940 in Erika Dinkler, der in Marburg tätigen Frau des selbst im Felde stehenden Theologen Erich Dinkler, ihren Mittelpunkt: An sie richteten sie ihre Schreiben und von ihr wurden mehr als fünf Jahre lang die Rundbriefe verfaßt und in 80-90 hektographierten Exemplaren, mit den Anschriften verschiedener Absender versehen, aus den mit dem Fahrrad erreichbaren Dörfern der Umgebung Marburgs in kleineren Posten versandt.[18]

Für den zweiten Fall steht die Pfarrchronik der katholischen Kirchengemeinde Detmold; darin heißt es zum Jahre 1941:

> Mit den zu den Waffen eingezogenen Männern der Pfarrei stand der Pfarrer [Alke] in regelmäßigem brieflichem Verkehr. Für Lektüre und Grüße aus der Heimat waren besonders die in Rußland und in Afrika stehenden Soldaten dankbar, wie aus ihren Antwortschreiben immer wieder hervorging. Bekannt waren Ende des Jahres etwa 70 Feldpostadressen.[19]

Etwas mehr als 20 Briefe und Postkarten haben sich im Pfarrarchiv erhalten.

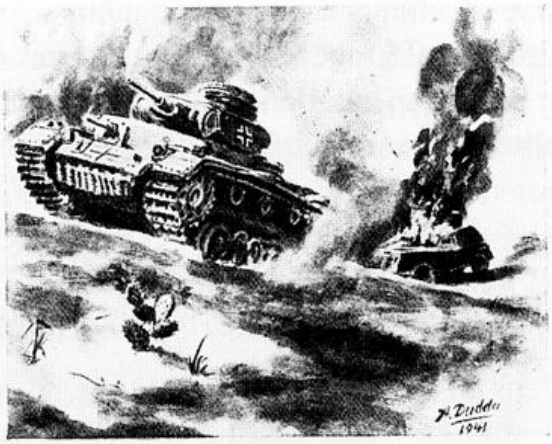
* * *

Bildpostkarten

Eine eigene Untersuchung, die mit Abbildungen illustriert werden müßte, verdienten einmal die Ansichtskarten aus dem 2. Weltkrieg: Nicht jeder Wehrdienstleistende, der sich genötigt sah, einen Rundbrief seiner heimischen Dienst- oder Arbeitsstelle zu beantworten, war ein begnadeter oder freudiger Briefschreiber. Und mancher – wie z.B. ein SS-Mann, nacheinander in mehreren Konzentrationslagern im Wachdienst eingesetzt, – konnte und durfte gar nicht ausführlicher schreiben. Ihnen bot sich der auch im zivilen Alltag willkommene Ausweg, auf Bildpostkarten auszuweichen. Bemerkenswert ist, welche Motive dadurch verbreitet wurden, abhängig eher vom Angebot als von Geschmack oder Gesinnung des Absenders.

Aus deutschen Garnisonsstädten, z.T. auch aus den besetzten west-, mittel- und nordeuropäischen Nachbarstaaten trafen natürlich die üblichen fotografischen Landschafts- und Stadtansichten ein, die Straßen und öffentlichen Gebäude nicht selten im Schmuck der Hakenkreuzfahnen. Weihnachten, zum Jahreswechsel, zu Ostern kamen die gleichfalls bekannten Glückwunschkarten; manche waren schon damals – nicht erst unter amerikanischem Einfluß der Nachkriegszeit! – auffallend grell und kitschig, andere versuchten betont das Gefühl anzusprechen. Beide Formen dienten nur indirekt durch Verdrängen kirchlicher Motive oder christlicher Symbolik der Unterstützung der herrschenden Ideologie.

Ihnen stehen ganze Serien gegenüber, die offenbar gezielt angeboten wurden und aggressive Propaganda machten: Serien mit betont 'deutscher Kunst', echter alter, besonders geförderter (Bamberger Reiter, Dürerstiche) oder zeitgenössischer, nachempfundener' (Holz- und Linolschnitte, Zeichnungen) mit 'deutschen' Menschen als Ausdruck der Rassen-, oder der Blut- und Bodenideologie. Oft sind diese Bilder verbunden mit kurzen, eingängigen Zitaten aus anerkannten Klassikern (Goethe, Schiller, Kleist, Nietzsche) oder mit Aussprüchen des 'Führers' und seiner Paladine nach Art der NS-Wochensprüche. Es versteht sich, daß Kunstpostkarten mit wirklich moderner, gar 'entarteter' Kunst nicht vorkommen.



Panzer-Lied.

Ob's stürmt oder schneit, ob die Sonne uns lacht,
Der Tag glühend heiß oder eiskalt die Nacht,
Bestaubt sind die Gesichter, doch froh ist unser Sinn,
Es brauft unser Panzer im Sturmwind dahin.

Mit donnernden Motoren, geschwind wie der Blitz,
Dem Feinde entgegen im Panzer geschützt.
Voraus den Kameraden, im Kampf steh'n wir allein,
So stoßen wir tief in die feindlichen Reih'n.

Wenn vor uns ein feindliches Heer dann erscheint,
Wird Vollgas gegeben und ran an den Feind.
Was gilt denn unser Leben für unsres Reiches Heer?
Für Deutschland zu sterben ist uns höchste Ehr.

Mit Sperren und Minen hält der Gegner uns auf,
Wir lachen darüber und fahren nicht drauf.
Und drohen vor uns Geschütze, versteckt im gelben Sand,
Wir suchen uns Wege, die keiner sonst fand.

Und läßt uns im Stich einst das treulose Glück
Und kehren wir nicht mehr zur Heimat zurück;
Trifft uns die Todeskugel, ruft uns das Schicksal ab,
Dann wird uns der Panzer ein ehernes Grab.

Abb. 2: Panzerlied (aus D 26 Nr. 2442)

Farbige Wiedergaben von Schlachtengemälden verherrlichen die Schlagkraft der Wehrmacht im Bombenangriff, im Gefecht der Kampfjäger, in der Panzerschlacht. Auch solche Bilder können mit Texten verbunden sein wie etwa einem fünfstrophigen 'Panzerlied' unter einem durch die Wüste stürmenden Rommelpanzer. Fotoserien versuchen, die Unbesiegbarkeit der U-Bootwaffe, der deutschen Schlachtschiffe, der Fallschirmtruppe etc. zu suggerieren, andere zeigen das Leben des einfachen Soldaten: fröhlich, zuversichtlich, entsagungsvoll, opferbereit, besinnlich – wieder andere den entschlossenen 'Führer' und seine Generale, die Reichskanzlei von außen und innen („Das Arbeitszimmer des Führers"). Witzpostkarten, die auffällig an Produktionen – übrigens beider Seiten – aus dem 1. Weltkrieg anknüpfen, versuchen den 'Feind' verächtlich zu machen (Churchill-Karikaturen, „Die vertrottelten Engländer", die Kolonialarmee der Franzosen).

Die Wirkung der Propaganda

Sie sind eine Fundgrube für leicht zugängliches, aussagekräftiges Material über *eine* von vielen Seiten der *Propaganda* im 'Dritten Reich', deren Wirkung sich im Denken der Menschen und damit auch in ihren Briefen widerspiegelt.[20]

Es ist interessant zu beobachten, wie diese Wirkung bei manchen relativiert wird, sobald eigene Erfahrungen mit dem 'Feind' gemacht werden. Dazu einige Auszüge aus den Briefen eines jungen Detmolders an seine Eltern. Dabei sollte man auch die Wortwahl beachten!

11.04.1940, [Mosel]: „Die Ereignisse, die in letzter Zeit sich beinahe überschlagen haben [Besetzung Dänemarks und Norwegens], war[en] für die verfluchten Briten wie ein saftiger Tritt ins ausgefranste Hinterteil".

08.06.1940, Frankreich. [„Schlacht um Frankreich"] „Bei solch einem sonnenwarmen Wetter halten es die schwarzen Tirailleurs noch am besten aus. Aber von diesen Schweinehunden wird wohl so leicht niemand die Gefangenschaft überleben. Diese Brüder müssen genau so viel Schiß vor uns haben wie die Polacken vor der SS, sonst sehe ich noch schwarz".

08.06.1940. „Hier in Frankreich ist alles ausbaldowert; die Schwarzen, die Senegalesen und was sonst noch für Packzeug vor uns in den Ortschaften war, hat alles restlos vertilgt oder zerstört".

18.06.1940, [bei Verdun, Vormarsch]: „Schon sind die Dörfer nicht mehr tot. Alles ist zu überraschend gekommen. In den dreckigen Dörfern leben deutschsprechende Elsässer [!]. Schlampige Gestalten [...] Es heißt, daß Pétain, den ich für den fähigsten Kopf halte, Schluß machen will. Das Radio fehlt uns sehr [...] Noch 1 oder 2 Wochen, dann ist Schluß in Frankreich!"

21.06.1940, „France. In großen Scharen kommen uns die Gefangenen entgegen. Unsere Gegner in den letzten Tagen Marokkaner, Senegalesen, Kolonialsoldaten. Ganze motorisierte Kolonnen fahren einfach geschlossen zum Sammelplatz. Alle machen einen degenerierten Eindruck. La guèrre est fini pour nous."

30.06.1940. „Es war ein neuer Lebensabschnitt für die Changels, als der Kommandant, unser Batteriechef, durch den Tambour des Dorfes ansagen ließ, daß er eine gründliche Säuberung der Straßen und Häuser anordne. Da konnte man Gestalten sehen! Wie die 'Louis' sehen die Brüder aus. Nichts sauber an der Kleidung. Mit ihren albernen Baskenmützen auf dem verlausten Schädel [...]"

[Rückkehr von Flüchtlingen]: „Und dann die Weibsbilder. Wenn Ihr die sehen würdet, ich glaube, Ihr würdet Euch schief lachen. Bemalt wie Sioux-Indianer auf dem Kriegspfad. Eine wie die andere. Aber ich schätze, daß sie sich seit etlichen Tagen nicht mehr mit Waschwasser abgegeben haben. Und dann fiel mir auf, daß in den meisten Fällen Frauen am Steuer sassen und die 'Männchen' schmachvoll hinten drin. Das ist bezeichnend für dies Volk: degeneriert und ohne Kraft [...] Ich bin schon froh, daß ich es nicht mit solchen bemalten Gespenstern zu tun habe in meinem Quartier. Das sind Bauersleute. Aber tip-top eingerichtet, sage ich Euch, man kann vom Fußboden essen. Die Zimmereinrichtungen sind hier bei mir ausgesucht und geschmackvoll aufgebaut. Radio gibt es fast in jedem Haus. Auch sonst die modernsten Einrichtungen. Im Augenblick liegt allerdings das Stromnetz noch lahm. Aber sie haben in der cuisine einen prima Gasherd mit Bratofen".[21]

Der Schreiber ändert, ohne sich dessen bewußt zu werden, innerhalb *eines* Briefes seinen Stil, seine Ausdrucksweise in dem Moment, in dem er dazu übergeht, eigene Beobachtungen wiederzugeben statt der Klischees, die er nachgesprochen, nachgeschrieben hatte, ohne ihren Wahrheitsgehalt überprüfen zu können. In ähnlicher Weise läßt er sich in einem anderen Brief überaus geringschätzig über die französische Kriegführung und die französischen Waffen aus, ehe er auf die Artillerie zu sprechen kommt, mit der er persönlich Berührung gehabt hat: „Nur die Arbeit der franz. Artilleristen, der beobachtenden hauptsächlich, und was Karten und Skizzen angeht, ist vorbildlich."

Erschreckend ist, wie sich die abfällige Sprache der deutschen Propaganda in vielen Briefen der jüngeren Soldaten niederschlägt: Es heißt da „die Schwarzen", „die Changels"[22], „die Polacken", „der Tommi", „der Iwan", später „der Itacker".

Ein ähnliches Erlebnis wie unser erster Gewährsmann hat ein 19jähriger Lemgoer, der mit einem klaren Feindbild in den Krieg gezogen war und nun in seiner Unterkunft an der Bahnstrecke zwischen St. Petersburg und Moskau mit seinen Kameraden aus weißem Porzellan ißt, das sie aus einer zerstörten Fabrik sichergestellt haben: „früher hatte ich geglaubt, daß es sowas in Rußland überhaupt nicht gebe, aber jetzt sehe ich, daß wir den Russen auch in dieser Beziehung gewaltig unterschätzt haben"[23].

Die Mittel der Propaganda

Zum Stichwort Propaganda gehört auch ein Hinweis auf die große Bedeutung des Radios – das klang in dem Zitat oben schon an; nicht umsonst war das Abhören von 'Feindsendern' strengstens verboten! Es gehört dazu der Hinweis auf die Bedeutung der Zeitungen. Geradezu gierig wurden im Felde auch alte Zeitungen verschlungen und von Hand zu Hand weitergegeben; dabei wissen wir, wie streng alle Nachrichten gefiltert und zentral gesteuert wurden. Auf die Bedeutung des Kinos wird schließlich besonders einzugehen sein.

Ein Instrument, das bewußt auf den Inhalt der Soldatenbriefe einzuwirken suchte[24], waren 4. die 'Mitteilungen für die Truppe'. Sie wurden seit April 1940 von der Propagandaabteilung des OKW herausgegeben. Weil die Briefe von der Front „eine Waffe" seien, als „eine Art Vitamin" für die Heimat wirken, „Haltung und Nervenkraft" vermitteln sollten, wurden die Soldaten, die Leser der 'Mitteilungen' angeleitet, was und wie sie in ihren Briefen schreiben sollten, ja sie wurden hingelenkt auf das, was sie wahrnehmen sollten. So heißt es da im Herbst 1941 nach dem Überfall auf die Sowjetunion:

> Die Armut der Menschen, das Elend in den Dörfern, die Kümmerlichkeit der Wirtschaft, die Verwahrlosung der Betriebe, die Primitivität der Wohnungen, das Fehlen

> jeder Vorstellung von Hygiene, der geistige und sittliche Zustand der Menschen – das alles sind Themen, über die man in Deutschland aus dem Munde der Soldaten Näheres erfahren möchte. Und solche Briefe müssen nicht nur an die Familie geschrieben werden, sondern vor allen Dingen auch an die Arbeitskameraden, an die Fabrik, die Werkstätte, das Büro, wo der Soldat im Frieden tätig ist.[25]

In der Heimat wurden solche Briefe – echt oder fingiert – wiederum zur Bestätigung des offiziellen Rußlandbildes gesammelt, gedruckt und verbreitet. Das Leitwort lieferte Goebbels:

> Wenn die feindliche Lügenhetze nicht müde wird, uns vorzuwerfen, wir gäben dem deutschen Volke in unseren Darstellungen einen falschen oder doch unvollständigen Eindruck von den Kämpfen im Osten, so wird sie am besten und schlagkräftigsten durch die Briefe unserer Soldaten widerlegt.[26]

Und dennoch war das Ergebnis all dieser propagandistischen Bemühungen keineswegs befriedigend. Goebbels selbst bezeichnet die Wirkung der Soldatenbriefe in seinem Tagebuch als „geradezu verheerend": „Was unsere Soldaten von der Front in die Heimat schreiben, ist überhaupt nicht mehr zu beschreiben [...] Hier wirkt sich eine menschliche Schwäche aus, gegen die man machtlos ist."[27]

* * *

Die Zensur

Wie man versuchte, gewisse Informationen durch die Feldpost zu verbreiten, so hat man andere mittels der Zensur möglichst unterdrückt. Obgleich Übertretungen mit strengen Strafen bis hin zur Todesstrafe bedroht waren, wurden die einschlägigen Bestimmungen im ganzen sehr unterschiedlich, manche nur recht lasch eingehalten. Bekanntlich waren verboten:

1. Angaben über dienstliche Vorgänge, die der Geheimhaltung unterlagen,
2. Verbreitung von Gerüchten aller Art,
3. Versand von Lichtbildern und Abbildungen aller Art, die der Geheimhaltung unterlagen,
4. Verschickung von Feindpropaganda (Flugblätter),
5. kritische Äußerungen über Maßnahmen der Wehrmacht und der Reichsregierung,
6. Äußerungen, die den Verdacht der Spionage, Sabotage und Zersetzung erweckten.[28]

In der Literatur heißt es etwas pauschal, „daß die Masse der Soldaten ihre Meinung und Ansicht erstaunlich offen und unbefangen äußerte", da sie „of-

fensichtlich hofften, durch das weitmaschige Netz der Feldpostprüfstellen zu schlüpfen, die bei der gewaltigen Flut der Sendungen bei ihren Stichproben nur einen kleinen Teil der Post erfassen konnte."[29]

Nach meinen Beobachtungen trifft das zu für die Kritik an Mißständen bei der Wehrmacht (z.B. bei der Postverteilung, der Versorgung mit Winterausrüstung etc.), z.T. auch an einzelnen Maßnahmen der Regierung. Dagegen wurde die Geheimhaltung dienstlicher Vorgänge – dazu gehörte zeitweise die Geheimhaltung des Aufenthaltsortes eines Absenders, bzw. seiner Einheit – im allgemeinen als sinnvoll angesehen und deshalb beachtet. Vom Versand belichteter Filme sah man aus Sorge vor ihrem Verlust ab: „Filme kann ich noch nicht schicken, da Feldpost alle vernichtet [...] Hier in Krakau möchte ich noch nichts machen lassen. Es wäre ja immer mal ein Grund, wenigstens nach Gleiwitz oder Breslau beurlaubt zu werden" schreibt Ernst Schnelle Ende 1939 an seine Frau in Detmold.[30] Er hatte zunächst aus privatem Antrieb zu fotografieren begonnen und war danach intern zum Fotografen seiner Einheit (Landesschützenkomp. 95/VI)[31] bestimmt worden. Er hat über 1.000 Aufnahmen aus dem Spätherbst 1939 und dem Winter 1939/40 in Polen hinterlassen.[32] Daß feindliche Flugblätter mit der Feldpost in die Heimat gelangt sind, kann man – selten – aus dem Munde von Zeitzeugen erfahren; in den Briefen selbst wird darauf natürlich nicht Bezug genommen.

Wie die Soldaten über Zensur dachten und mit ihr umgingen, lassen folgende Passagen erkennen:

Abb. 3: Besuch von Generalgouverneur (sp. Gauleiter) Hans Frank, Juli 1940 in Przemysl

> Heute morgen habe ich trotz des polnischen Sonntags einen großen Zorn gehabt. Unsere Feldpost hatte seit 4 Tagen keine Briefpost mehr ausgeliefert, Päckchen und Zeitungen kamen an. Der Grund ist mir sehr klar – Zensur. Man fürchtet wohl Zersetzung der Front durch die Heimat und umgekehrt wohl auch, daher die lange Laufzeit unserer Post. Nun will ich nichts dawider sagen, nur darüber sollten sich alle maßgebenden Stellen klar sein, das beste Mittel zur Zersetzung der Truppe ist es, wenn die Post nicht funktioniert. Ich habe das heute morgen auch unserem Kompaniechef sehr deutlich gesagt, trotzdem er gerade Geburtstag hat (22.10.1939).[33]

„Daß meine Briefe geöffnet worden sind, betrübt mich sehr. Es ist unehrenhaft, Briefe von Soldaten an der Front zu 'prüfen'" schreibt ein junger Pastor an seine Frau (03.09.1940)[34] und ein Jahr später: „Daß ein anderer Kamerad mit seinem Absender zeichnet, hat darin seinen Grund, daß ich der neugierigen Briefschnüffelei der Kompanie ausweichen wollte" (24.08.41).[35]

Ein Lehrer aus Güterloh erklärt seiner Schwester:

> Ich gebe einem Urlauber diese Zeilen mit. Damit Du weißt, wo ich bin: Es ist Sibenik am adriatischen Meer. Sieh mal auf der Karte nach. Solltest Du in Zukunft etwas erfahren, was ich Dir nicht mitteilen darf, schreibe ich es in Anführungsstrichen. Du brauchst dann nur die Anfangsbuchstaben zusammenzusetzen.[36]

* * *

Soviel zu den Voraussetzungen, die man sich bei der Lektüre von Feldpost immer vergegenwärtigen sollte, die uns zwingen, sorgfältig zu erwägen, was der Schreiber mitteilen kann und will und ggf. auch zwischen den Zeilen zu lesen. Wenden wir uns damit endlich dem Thema im engeren Sinne zu, den Briefen zwischen Angehörigen und nahen Freunden.

Der Alltag in der Heimat

Am Anfang soll eine längere Passage aus den Exzerpten zum Nachlaß des Detmolder Buchhändlers Ernst Schnelle stehen. Dieser enthält neben dessen eigenen Briefen aus Polen (1939/1940) und aus Memel, wo Schnelle, Jahrgang 1900, seit Mitte 1942 in der Verwaltung eines Lazaretts tätig war, u.a. die Gegenbriefe seiner Frau aus Detmold (1942–1944). Die Überlieferung ist zwar lückenhaft, gibt aber dennoch sehr authentische Einblicke in den Alltag einer Geschäftsfrau und Mutter in Detmold während des Krieges:

> 27.06.1942 *Fliegeralarm – Vertrauensfrau für Pflichtjahrmädchen kontrolliert,* „ob Pflichtjahrmädchen angebracht sei. Das hat sie dann auch eingesehen, aber ein Ausschuß von Arbeitsamt und Frauenschaft muß es erst noch genehmigen. Hätte ich das geahnt, dann hätte ich das Mädel als Mädchen für alles genommen. [...]

Wenn Du wieder Kernseife hast, die möchte ich für die Kindersachen haben. Ist doch anders als die Einheitsseife. Die andere kannst Du Deiner Mutter schicken".

03.07.1942 „Nachts war Fliegeralarm, geschossen wurde auch wie wild. Ich habe geschlafen."

04.07.1942 „Peter hat Pimpfenprobe jetzt. – Ich habe eben Kaffee aufgegossen. Um 6 Uhr kommt aber niemand mit der Elektrischen aus Paderborn. Schade".

5.07.42 „Es ist Sonntag [...] Alarm die letzten 2 Nächte nicht.

09.07.1942 *Reisevorbereitungen für einen Besuch bei ihrem Mann in Memel* – „Ich muß erst einmal sehen, ob ich nicht in Berlin eine Zulassungskarte haben muß. Man muß sie allenthalben haben [...] Mir erzählte Frl. B., [...] ihre Kusine wäre von Berlin nach Pommern gefahren, sie hätte sich um 2 Uhr nachts angestellt, um morgens um 6 Uhr mit dem Zug mitzukommen. Na, wenn das so ist, dann sehe ich schwarz. Wenn ich also nicht fahrplanmäßig anrolle, dann wundere Dich nicht"

31.07.1942 Kino: „Frauen sind doch bessere Diplomaten"

17.11.1942 „Ilse hat unsere Bucheckern weggebracht. Mit Ilses 3 Pfund waren es 12 1/2 Pfd. 2.50 [Mark] und einen Schein dafür bekommen".

18.11.1942 „Heute nachmittag hatte ich das Kindergeschrei mal wieder satt und bin kurzentschlossen ins Kino gegangen: 'Violanta'. Aber sehr, sehr langatmig. Ich war froh, als es zuende war."

19.11.1942 „Der Turnschuhschein für Peter war da[,] und da haben wir welche gekauft. Hausschuhe für Wolf noch nicht. Noch keinen Schein, aber ich hoffe, daß er kommt." [...] *Suche nach Weihnachtsgeschenken für die Kinder in der ganzen Stadt*: „Bei L. habe ich nur Soldaten vorerst mitgenommen, dafür abgestempelt Kleiderkarte!"

14.10.1943 „In Münster 500 Tote am Sonntag. Eine Bombe fiel in ein vollbesetztes Kino. Dom, Lamberti und Laubengänge, alles kaputt. Wann kommen wir dran?" – *Krankenbesuch in Brokhausen: die Patientin hatte aus Angst vor Fliegern das Krankenhaus verlassen*. „Der Münchhausenfilm ist ganz fabelhaft. Als ob Du ein farbiges Märchenbuch ansiehst. Farben, Kostüme und ein Aufwand. Es ist wirklich erstaunlich, daß so etwas im Krieg möglich ist"
Als Anlage eine Nötigung: Aufforderung, die „Adolf-Hitler-Spende der deutschen Wirtschaft" zu überweisen. „Es wird angenommen, daß Bekanntmachung und Zustimmungserklärung, die A.-H.-Spende betreffend, Ihrer Aufmerksamkeit bisher entgangen sind. Die Zusendung wird deshalb mit diesem Schreiben wiederholt." „Es wird noch besonders darauf hingewiesen, daß durch Spenden zum 'Winterhilfswerk des deutschen Volkes' die Beteiligung an der 'Adolf-Hitler-Spende der Deutschen Wirtschaft' nicht abgelöst wird. Beide Spenden bestehen mit völlig verschiedenen Aufgabengebieten unabhängig nebeneinander."

19.10.1943 *Ärger mit dem Pflichtjahrmädchen*: „Ich bin manchmal so, daß ich sie an die Luft setzen möchte, aber allein kann ich es auch nicht" – *Einrichtung eines Ausweichlagers für das stillgelegte Geschäft wegen Bombengefahr* – „Na, heute nacht hat ja Hannover bald den Rest gekriegt. Wir saßen von 20 – 22 Uhr im Keller. Zwei Abschüsse hat Pieper auf der Langen Straße gesehen. ... Die Flieger kreisten ununterbrochen, na Du hast es ja einmal erlebt."

21.10.1943 „Wann wäre ich nicht in Eile. Aber jetzt ist es, weil ich in 20 Minuten ins Kino will. – Gestern abend von 1/2 8 Uhr bis 1/2 12 Uhr Alarm, Gebrumm und Geschieße" –

24.10.1943 „Es ist Sonntag [...] Wir hatten schon zweimal Alarm heute. Es ist doch schrecklich, daß man nicht in Ruhe leben kann. Ich habe bei Alarm noch nie Angst gehabt, aber jetzt bin ich erst ruhig, wenn wenigstens 2 Kinder im Keller sind, meist sind das Peter und Klaus, und Wolf kann ich dann im Notfall schnell runtertragen; aber der nimmt es so sehr übel, wenn man ihn aus dem Schlaf nimmt."

27.10.1943 „Heute beginnt die Grabbewoche! Ich habe es durch Zufall gehört. Gestern war ich zum 2. Male im Münchhausenfilm. Ich ginge auch noch ein 3. Mal hin. Fabelhaft!"

01.11.1943 *Sämtliche Uhren und Radio 'kaputt'*. „Das Radio habe ich zu Grote gegeben, weil man grundsätzlich keinen deutschen Sender damit kriegte" – „Ich will noch einmal um Strümpfe [*an Tante I.*] schreiben. Es heißt, die Kinderkarten werden ab 15.11. auch gesperrt." – „Sonnabend vormittag zweimal Alarm, gestern abend 1/2 8 Uhr großer. Aber es war Gott sei Dank nichts".

05.11.1943 „Manchmal wundert man sich, daß man noch lebt. Heute morgen hatten wir kleinen, um 13 Uhr ... großen [*Alarm*]. Dann zogen die Flugzeuge über uns hinweg. In Riesenhöhen, 10-12, 15 Stück auf einmal. Wir sind auch erst zufrieden, wenn wir einmal eine Bombe sitzen haben. Jedenfalls standen alle auf der Straße, dem Dachboden und sahen sich das Schauspiel an. 2 Stunden war Alarm. Jetzt ist es 16 Uhr ... Was wird der Abend bringen?" –

11.11.1943 „... Außerdem haben wir Tag und Nacht Alarm und da hat man kaum Ruhe zum Schreiben. Augenblicklich haben wir den 3. Großalarm heute. Das erste Mal morgens 6.15 Uhr, das zweite 14 Uhr und 19 Uhr das dritte Mal." – „Jetzt werden hier alle Schaufenster ausgeräumt und zugestrichen, damit sie bei einem Angriff nicht noch mehr mit dem Sturm im Fenster verlieren. Die Stadt wird schrecklich aussehen." – „Wir sitzen alle in der Küche ... Die Küche geht am besten zu verdunkeln" – „Draußen schießen sie wie wild. Aber bei uns soll wohl gleich Entwarnung kommen" – „Heute nachmittag habe ich meine Kinder Kinder sein lassen und war im Kino. Aber nichts besonderes, 'Der ewige Klang'".

06.07.1944 „Heute nacht Alarm, heute am Tage auch und eben eine Luftlagemeldung: einzelne Störflugzeuge über Nordwestdeutschland. – Der Russe ist dann ja wohl auch bald in Königsberg!"

10.07.1944 *Kinderkrankheiten* – „.... aber Schule haben sie sowieso keine. Sonnabend und heute frei und nun noch morgen und Mittwoch, aber die Schulbücher haben sie schon abgegeben". – „Meinem Kopf geht es besser. Die 'Spritze ins Gehirn' hat doch geholfen. Von mir aus hätten sie mich auch totspritzen können." – „Ich komme eben aus dem Kino: 'Eine tolle Nacht'".

11.07.1944 „Heute kam Dein letzter Brief aus T[apiau] und der erste aus Braunsberg ... Macht es Dir Spaß, so ein neues Lazarettt einzurichten? Langsam kommst Du ja immer ein Stückchen näher" – „Der Film eben war nett: 'Gefährlicher Frühling'" – *Großangriff auf München*.

15.07.1944 „Hier gehen über Ostpreußen tolle Gerüchte. Wird es evakuiert? Und wo lassen sie die vielen Berliner?" „Heute nacht soll Alarm gewesen sein. Ich höre bei offenem Fenster nichts mehr!" „Falls Du einmal anrufst, ist es wohl am besten, wenn Du es Mittwoch oder Freitag tust. Sonst bin ich schließlich mal im Kino.

(Mitte Juli 44) *Hausarbeit* ...„Ich bin dann zur Erholung ins Kino gegangen: 'Meine 4 Jungens'. War ganz nett." – „Heute nacht Großalarm. Ich höre bei beiden offenen Fenstern nichts!"[37]

Die Bedeutung des Kinos

Alarm – Kino. Man hat den Eindruck, je mehr der äußere Druck wächst, desto größer wird der Wunsch, sich für kurze Zeit abzulenken, und Kino war vielerorts die einzige Ablenkung.

Der jüdische Professor Victor Klemperer, schreibt 1933 in einer Phase großer innerer Anspannung kurz nach der Machtergreifung in sein Tagebuch: „Ich bin so sehr gern im Kino; es entrückt mich!"[38]

In einem Soldatenbrief aus Turku in Finnland lesen wir (11.10.1942): „Am Vormittag hat man uns ins Kino geführt zur 'Nacht in Venedig'. Das hat mich um der Musik und der süßen Leichtigkeit willen ganz hingenommen, meine alte Italiensehnsucht ist unbändig geworden."[39]

Wilhelm Mellies berichtet 1944 über die Truppenbetreuung in Rußland:

> Die Filme waren nicht mal so uralt. Es gab 'Das Bad auf der Tenne' und 'Die Wirtin zum weißen Rößl'. Wir sind da großzügig, mit *einem* Film geben wir uns nicht zufrieden. Der Inhalt ziemlich oberflächlich, für die Landser sehr ansprechend, weil das bekannte Unterhaltungsthema 1 (Liebesleben) mit fast ganz und auch ganz ausgezogenen Frauen die Handlung bestimmte. ... Als wir das Lokal verließen, sagte ein Landser hinter mir: 'Beim Film, da denkt man nicht mehr an den Kommiß, aber wenn das Licht angeht, ist gleich die alte Sch... wieder da'.[40]

Man kann nach solchen Äußerungen verstehen, daß die Filmindustrie als kriegswichtig galt und bis zuletzt gefördert wurde, um der Bevölkerung Ablen-

kung zu verschaffen oder ihren Durchhaltewillen zu stärken. Und in der Heimat gehörte zum Filmprogramm die Wochenschau mit Führerreden, Fahnen, Siegesmeldungen.

Die jahrelange psychische Anspannung durch Alarme, die Bedrohung durch die Überflüge auch in Regionen wie Detmold müssen wir uns bewußt machen, gerade weil wir wissen, daß Bomben tatsächlich erst spät gefallen sind und relativ begrenzte Schäden verursacht haben. Wer denkt heute noch daran, daß bereits seit Beginn des Krieges verdunkelt werden mußte und Alarm gegeben wurde? „Müßt Ihr noch oft in den Keller laufen des Nachts?“[41] heißt es im Juni 1940 nach dem Ende der Kämpfe in Frankreich. Schließlich nach jedem Angriff das Warten auf Nachrichten aus Münster, Dortmund, Hannover, Hamburg, Berlin, wo immer man Verwandte und Freunde hatte.

Bezugsscheine, Lebensmittelkarten

Über die Versorgungsschwierigkeiten trotz aller Bezugsscheine und Karten ist einiges angeklungen. Geradezu grotesk mutet es an, wenn z.B. Kleiderkarten zwischen Verwandten im ganzen Reichsgebiet hin- und hergeschickt werden, weil man hofft, irgendwo ein Kleidungsstück, eine warme Mütze, ein Stück Seidenband zu ergattern, das es am eigenen Wohnort nicht gibt oder wenn Schnelle zwei rohe Eier mit der Post von Memel nach Detmold sendet und mehrmals fragt, ob sie gut angekommen sind. Zum Thema Lebensmittelkarten eine Marginalie, die aber bezeichnend ist: „Gestern haben wir einmal wieder Rehkeule mit Rotwein bei Wewer [im ‘Detmolder Hof’ in Detmold] genossen. Beim Bezahlen wollte der dicke Gröhne Fleischmarken. Ich habe ihn ausgelacht, deshalb kämen wir ja gerade. Aber beim nächsten Mal wird es uns nichts nützen. Diesmal hätte ich es nicht gekonnt, weil Brigittes Urlaubsschein [vom Arbeitsdienst], auf den sie Marken bekommt, noch nicht da ist. Wir haben sie diese Woche so mit durchnehmen müssen“ (19.02.1940).[42] Offenbar war die Verordnung für Fleischmarken im Hinblick auf Wild nicht so ganz eindeutig.

* * *

Reflexe in Soldatenbriefen auf Nachrichten aus der Heimat

Auch die Briefe von der Front spiegeln manches vom Leben zuhause wider; denn sie sind natürlich voller Reflexe auf Nachrichten aus der Heimat. Dabei können die selbstverständlichen Kommentare zu privaten Mitteilungen aus dem Familienkreis, zu Einberufung, Beförderung, Verwundung, Tod von Freunden und Bekannten unberücksichtigt bleiben.

Einen Soldaten beschäftigt im Herbst 1939 die Strafe für Vergehen bei Verdunkelung: „Es war für mich interessant zu hören, daß den Sündern bei Euch die Hosen so stramm gezogen werden. Zuchthaus! Das zieht aber mächtig. Das ist ja bald das frühere Strafmaß mit sich selbst multipliziert? Die Dunkelheit ist zweifellos verlockend in verschiedener Hinsicht." (23.11.1939)[43] Oder er meint: „Allem Anschein nach haben wir wohl genug Soldaten, sonst liefen nicht soviele junge Schnüffels in den Städten herum" (01.11. 1939).[44] Ein anderer stellt Anfang 1944 fest: „Wie Du schreibst, verstehen es viele in der Heimat, sich am Kriegsgeschehen vorbeizudrücken" (14.03.1944)[45] und später: „Du schreibst von telefonischer Verbindung nach Hause. Das ist für kroatische Verhältnisse technisch undurchführbar. Wir sind hier verkehrsmäßig völlig abgeschlossen. – Aber wenn Du in Deiner frischen Art von Gütersloh und von häuslichen Begebenheiten erzählst, ist das für mich immer ein Labsal. Bitte nicht nachlassen" (04.09.1944).[46]

Eine Klage über eine – aus Schonung? – vorenthaltene Nachricht lautet: „Warum hast Du mir denn die Tragödie Jochen Kleppers verschwiegen? In tiefer Trauer gedenke ich dieses großen Freundes. Gott wird die Schuldigen richten. Kleppers Tat wäre undenkbar, wenn er nicht die Hölle geschaut hätte. Wir ehren in Treue sein Andenken."[47]

Es würde sich lohnen, einmal eine reine Feldpostlesung zu veranstalten, wie in den Münchener Kammerspielen im Februar 1996 anläßlich des Gedenktages an die Auschwitzbefreiung die Tagebücher Victor Klemperers – mehr als 1500 Seiten – in einer siebentägigen Lesung durch wechselnde Schauspieler vorgetragen wurden.[48] Aus vielen der auf uns gekommenen Briefsammlungen könnte man damit die Verfasser wieder lebendig werden lassen mit ihren Stärken und Schwächen, ihrem Fühlen und Denken, ihrer Hoffnung oder Verzweiflung, in Glauben und Anfechtung, Selbstüberschätzung oder Selbstmitleid. Man müßte dann aber jedem einzelnen soviel Raum geben, daß sich *an einem Abend* nur eines, höchstens zwei solcher Porträts wirklich nachzeichnen ließen. Da hier aber möglichst viele und unterschiedliche Stimmen zu Gehör kommen sollen, muß auf diese Möglichkeit verzichtet werden; stattdessen sollen einzelne Äußerungen nach bestimmten Stichworten nebeneinander gestellt werden. Dabei geht es nicht um Kriegsberichterstattung sondern um Eindrücke von der geistigen und seelischen Situation der betroffenen Menschen.

* * *

Weihnachten

Es gab wohl keinen deutschen Soldaten, der sich nicht in besonderer Weise mit dem Weihnachtsfest beschäftigt hat. Der folgende Bericht über eine Feier in

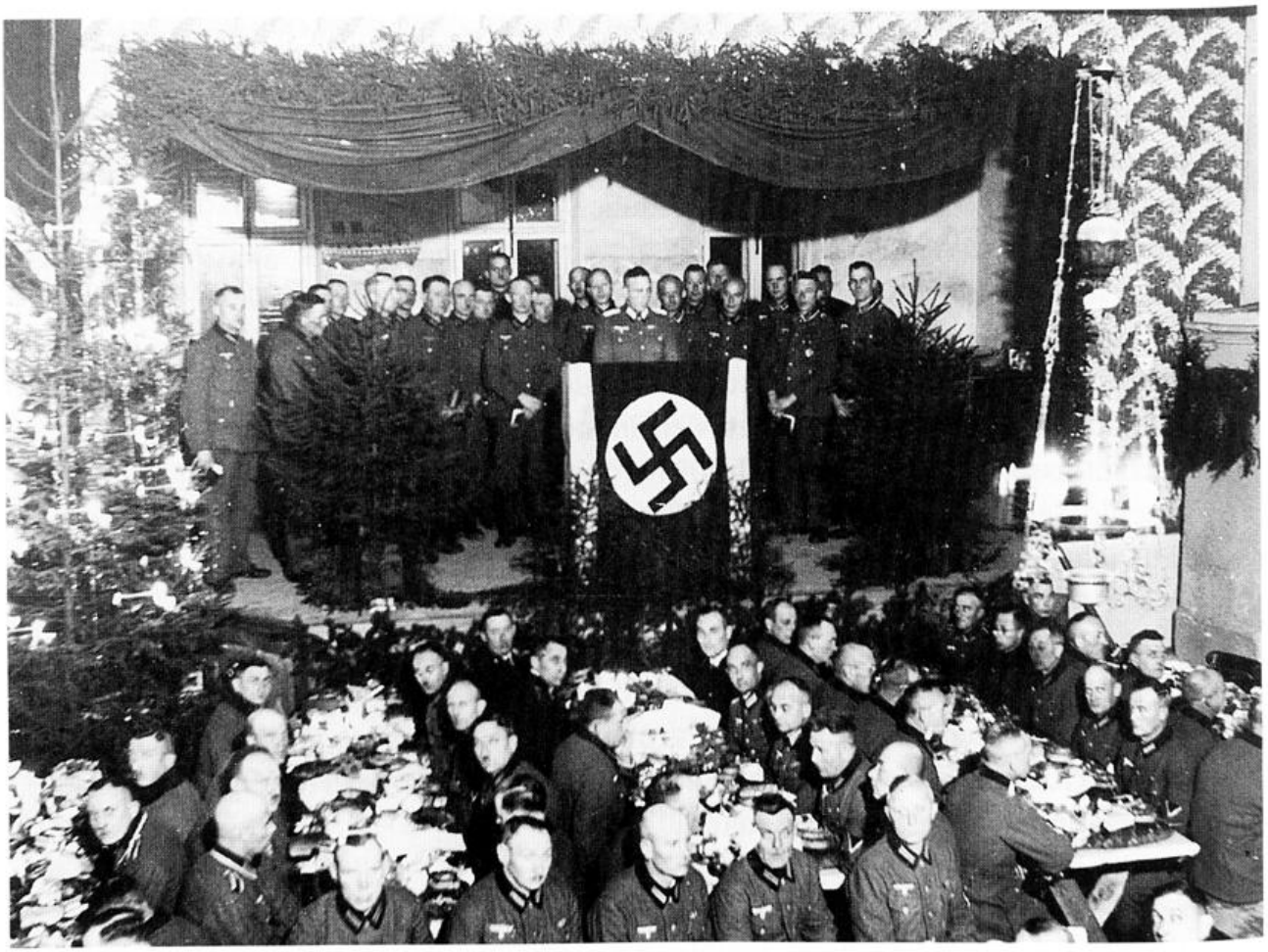


Abb. 4: Weihnachtsfeier 1940 in Wola Rzedzinska

Polen im Jahre 1939 macht den inneren Zwiespalt deutlich aus unklaren Gefühlen, aus diffuser Erinnerung an christliche Traditionen und dagegen gesetzter neuheidnischer Erziehung, den Gegensatz von Weihnachts- und Soldatenliedern:

> Der Schnee war ausgeblieben! Nur Reste vom letzten Schneefall sah man noch auf den Strohdächern der Polenbehausungen. Die Wege lagen trocken und vereist. Aber das Wetter schlug vor Heiligabend um. Die Luft ging weich, der Himmel hatte sich mit einerlei Grau überzogen.
> Wie mag es in der Heimat sein? Diese Frage las man auf allen Gesichtern. Über 1.500 km trennen uns von unserer Heimat, dem Lipperland. Mancher denkt mit Wehmut an zuhause; wir sind fast alle Familienväter. Die Heimatsehnsucht gewinnt nicht die Überhand. Schon tagelang sind die Vorbereitungen im Gang, das von uns eingerichtete Soldatenheim, mitten im polnischen Dorf liegend, weihnachtlich einzurichten. Im 'Lipper Krug' in Polen wollen Lipper deutsche Weihnachten feiern.
> Die vollen Gabentische sind gerichtet, und als die Dämmerung kommt, brennen auf Baum, Tischen, Bühne und Empore die Lichter. Jeder Kamerad sucht seinen Platz. In die erwartungsvolle Spannung schlägt das Kommando unseres Hauptfeldwebels: 'Achtung!' Unser Hauptmann, begleitet von den Zugführern, begrüßt uns Kameraden. Die Weihnachtsfeier beginnt.

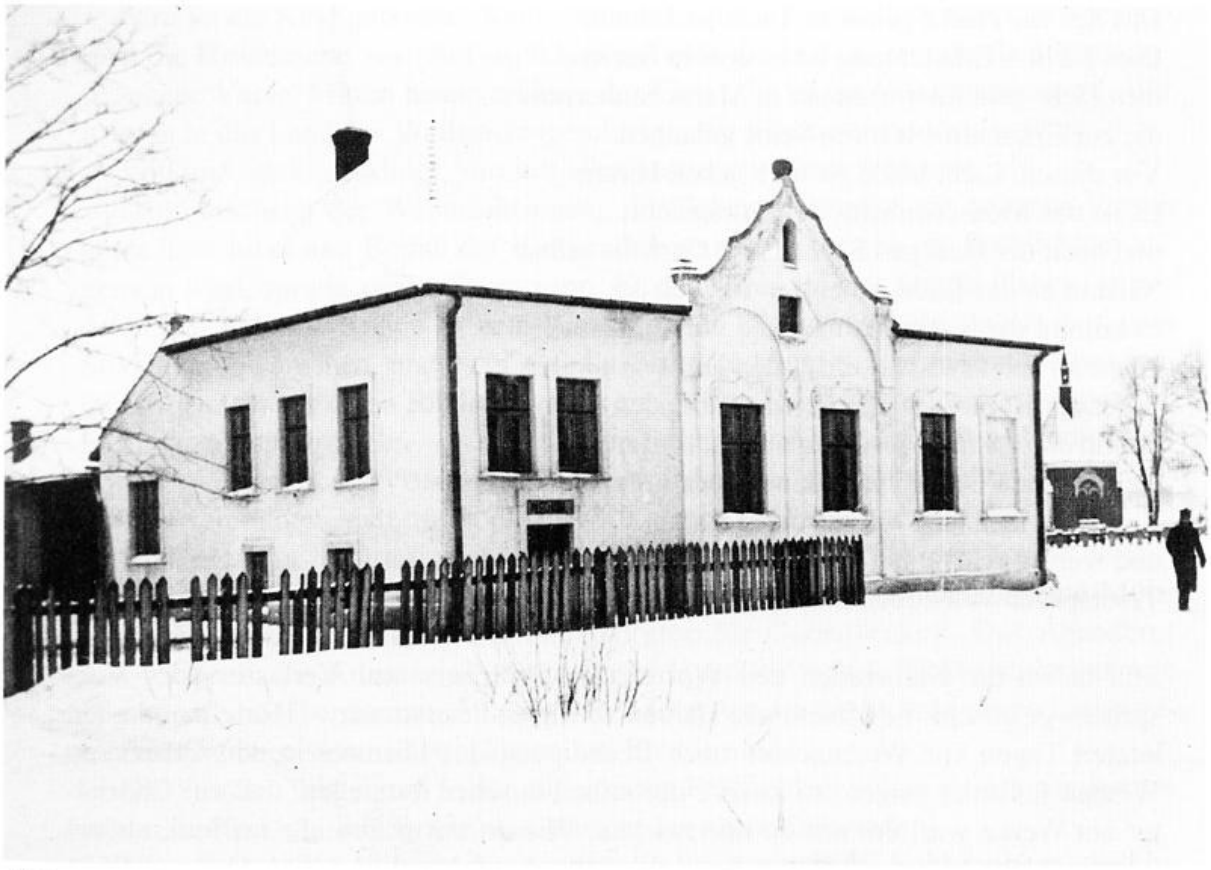


Abb. 5: Soldatenheim „Lipper Krug" in Wola Rzedzinska

Ein Vorspruch gibt die Einstimmung:

Die Lichter brennen an dem Weihnachtsbaum
und uns umfängt die heimlich-traute Stimmung,
die aus der Kindheit unbeschwerten Tagen
herüberstrahlt in heimatferne Stunde.
Die Lieben feiern ohne uns daheim,
indessen wir in Polens hartem Winter
den heimatlichen Frieden schirmen helfen. –
Vergessen wir in dieser Weihe-Nacht
die kriegerische Gegenwart,
damit der Geist zum Ewigen sich weite!

Der Sprecher bringt eine Deutung der wundersamen Legenden von der Gottwerdung des Menschen. [!]

In dunkler Armut wird, in kalter Nacht,
in einem Stall zu Betlehem, uns Menschen
das reine hohe Gnadenlicht geboren;
und Sterne sind die Wegweiser dahin.
3 Könige, Weise aus dem Morgenland,
anbetend neben Hirten knien sie.
Und wunderbare Stimmen aus der Höhe
verkünden Frieden uns und Wohlgefallen. –

Das aus der Nacht gebor'ne Licht ist Friede!
Dies Licht – Erleuchtung ist es unsern Seelen,
dies Licht geht allerorten auf in Menschenherzen,
die zur Erkenntnis wahren Seins gelangen.
Vor diesem Licht knien Könige neben Hirten.
Es ist das Menschenlicht, das Gotteslicht,
und nach der Heil'gen Schrift sagt Christus selbst:
'Glaubt an das Licht, solang es *in* euch ist;
es kommt die Nacht, da niemand wirken kann'.
Nicht an den Christus selbst, den Lichtverkünder –
das Licht ist nicht an die Person gebunden –
nur an *das Licht in uns* zu glauben, fordert er.
Dem eig'nen Urteil, nicht dem seinen unterstellt er uns;
verantwortlich sind *wir* für unsre Taten,
und wer uns ehrt und freispricht, das sind *wir*.
Trostspruch von außen kann uns nicht beglücken.

Still haben die Kameraden den Worten des Sprechers und Verfassers des Vorspruchs gelauscht. Er öffnete alle Herzen zu dieser Feierstunde. – Hörte man in den letzten Tagen vor Weihnachten nach Beendigung des Dienstes in den Quartieren Weihnachtslieder singen, so konnte der stille Lauscher feststellen, daß ein Chorleiter am Werke war, um uns zu überraschen. Wie erfreut waren alle im Saal, als ein vierstimmiger Männerchor, der lippische Sänger aus Nord und Süd, Ost und West zu einem Klangkörper zusammenschmolz, uns in schönster Ausarbeitung jetzt das Weihnachtslied 'Stille Nacht, heilige Nacht' darbot.

Dann stellt unser Oberleutnant in seiner Ansprache der christlichen Anschauung die germanische Baldermythe gegenüber. In den langen Winternächten, so sagt er, bildet der nordische Mensch in seiner Sehnsucht nach dem allbelebenden Licht die Baldermythe. Die Göttermutter wünscht ihren Liebling, den schönen Balder, unverletzlich, und sie nimmt alle Wesen, von der toten Materie über alle Pflanzen, über die Menschen bis zu den Göttern in den Eid, damit keiner ihn verletze oder gar töte. Aber in dem Wunsch, ihren Lichtersohn vor dem Sterben zu bewahren, vergißt sie die Mistel, die auf Bäumen wächst; und mit einem Mistelzweig, den Loki, der Spötter und Verneiner, zum Speer schneidet und dem Bruder Balders, dem blinden Hödur, in die Hand gibt, tötet dieser den Lichtgott, und alle Wesen weinen. Aber der kommende Frühling weckt alle Wesen wieder zu neuem bunten Leben. Das im Winter versiegende Licht ist wieder da mit seiner zeugenden Kraft. Der Sonnenlauf gibt dem Germanen die bedeutenden Jahresfeste. So ist auch Weihnacht *das* germanische Lichtfest, das christlich umgedeutet wurde. Wenn sich auch die Form dieses Festes unter dem Einfluß des Christentums gewandelt hat, der Inhalt ist germanisch, ist deutsch geblieben. So feiern wir heute, wenn auch fern der Heimat, das deutscheste der deutschen Feste, das Fest der doppelten Sehnsucht nach Licht und Frieden. Feierten wir schon vor mehr als 20 Jahren Weihnachten in den Schützengräben, damals jung, heute Familienväter, so könnte uns der Gedanke an zuhaus weich stimmen. Aber wir haben im Augenblick nicht für unseren, sondern für den Frieden unseres Volkes zu sorgen. So wollen wir diese Weihnachten feiern im Dienen für unser Vaterland.

Diese Worte wecken ein tiefes Erinnern, Weihnachten zuhaus, Weihnachten in der Fremde. Die Kameraden sind dankbar, ihre Augen leuchten im Widerschein der hundert Kerzen. Der Weihnachtsbaum ist Mittelpunkt unserer großen Familie.

'Uns ist ein Kind geboren': Kameraden tragen aus einem alten deutschen Volksspiel die Hirtenszene vor. Auf nächtlichem Felde die Hirten, sie sprechen harte unbeholfene Verse. Mitten hinein erklingt der Chor: 'Es ist ein Ros entsprungen'. Wir werden in das Land der Weihnachtsgeschichte, die jedem vertraut ist, geführt.

Voll und markig erklingt, von uns allen gesungen: 'O du fröhliche ...'

Dann erscheint der Weihnachtsmann, der Scherzgeschenke mit heiteren Versen unter dem Jubel und Beifall der Kameraden verteilt. Aber ehe die Fröhlichkeit allgemein wird, spricht unser Hauptmann. Er dankt der Heimat für die Gaben, er gedenkt des Führers. Knapp ist sein Wort, aber es zündet. Nur ein *Soldat* darf vom Soldatentum sprechen, und es gibt – *der* Gedanke klingt schon an im Goetheschen Götz – keinen größeren Eindruck, als wenn Wort, Tat und Mann einstimmig sind. Nicht fragen und rätseln, was uns noch in diesem Krieg bevorsteht, was wird, was kommt – Handeln für Volk und Führer ist das Gebot der Stunde. Das 'Sieg Heil' auf unseren Führer reißt uns hoch, und wir singen die Lieder der Nation.

Und jetzt, im heiteren, programmlosen Teil, tritt die Arbeit der Küche hervor, die Arbeit des Furierunteroffiziers und seiner Mitarbeiter. Sie hatten keine Mühe gescheut. Warme und kalte Getränke sorgten für Gemütlichkeit. Das Abendbrot war reichlich, die Kompanie-Mutter, unser Hauptfeldwebel, blickte stolz auf sein Werk, und die Überraschungen einer Verlosung, zu der die Heimat durch Liebesgaben tüchtig beigesteuert hatte, lösten viel Freude aus.

Die Stunden vergingen. In der allgemeinen Fröhlichkeit zeigte es sich wieder wie schon so oft: Unsere Offiziere sind Kameraden unter Kameraden!

Noch lange nach Mitternacht standen die Fenster unseres Soldatenheims hell im Dunkel der Nacht. Der Posten, der vor unserem Quartier auf- und abging, hörte den Gesang einiger Unentwegter, die festen Rhythmen der Soldatenlieder.[49]

Es folgt ein Bericht aus Norwegen, Weihnachten 1940:

Schreibe mir nur recht ausführlich; denn ich brauche die Erinnerung an die heimatliche Weihnacht nach dem grausigen Heiligen Abend, den ich hier erlebt habe. Zuerst eine kurze Bataillonsfeier, in der nur Politisches gesagt wurde, z.B., daß wir unser Hiersein den Londoner Plutokraten zu verdanken hätten. Dann die Kompaniefeier, recht schön. Jeder bekam einen bunten Teller, ein kleines Geschenk, 1 Flasche Wein und einen kleinen Stollen, 2 Tafeln Schokolade und Nüsse. Vorher haben wir Rinderbraten mit Kartoffelsalat gegessen. Das war also untadelig. Ich hielt die Ansprache. Nach der offiziellen Feier ging es auf die Stuben. In unserer Stube wars ruhig. Wir sind alle eines Geistes – aber sonst? Furchtbar. Armes Deutsches Volk! In einer Stunde war das ganze Bataillon (800 Mann) so sternhagelbesoffen, daß Du nur noch grölende Tiere sahst, die sich fast besinnungslos am Boden wälzten. Bilder von solcher Widerwärtigkeit, Amoral und Verkommenheit, wie ich sie nie gesehen habe. Besonders bei den 19jährigen Rekruten, die hier oben ihre 2jährige Dienstzeit absitzen. Das ist so etwa das erste im neuen Geiste herangezogene Geschlecht. Unsere Stube zog alle Älteren, die das nicht mitansehen konnten, an, so daß bei uns eine dichte Fülle herrschte. Dennoch war vom Heiligen Abend alten Stiles keine Rede.[50]

1943 aus Dalmatien:

> Ich kann mir vorstellen, wie schön Euer Weihnachtsfest verlaufen ist. Bei uns sah es ganz und gar trostlos aus: An beiden Tagen Drahtverhaubau und Steineschleppen, aber auch gar nichts, was an das hl. Christfest erinnerte. Aber die Führung, der Oberleutnant Himmelreich, hat es so angeordnet, und wir müssen uns ducken, der Befehl ist heilig. Wir werden jetzt schlimmer als in der Ausbildung rangenommen, eine ständige Hetzjagd. Einen Plan für den Dienst gibt es nicht, es heißt einfach: Antreten! Ohne daß man sich darauf einrichten kann, wird irgendetwas angeordnet.[51]

Kirche und Militärseelsorge

Zuletzt ein Beleg, der uns von *Weihnachten* weiterführt zum Stichwort *Kirche*:

> Von Bischof D. Heckel – Kirchliches Außenamt – kam ein Brief: 'Sehr geehrter Herr Amtsbruder' Sieh da! Die Herren wissen tatsächlich nicht, wie sie mit uns Ausgestoßenen fertig werden sollen. Wir sind nicht legal, sind wer weiß was alles, aber 'Herr Amtsbruder'. Nun: beigelegt war ein wunderbares Weihnachtsheft mit Bildern usw. vom Hilfswerk für die deutschen Internierten und Gefangenen im Ausland. Großartig! Hundertprozentig christliche Weihnacht. Ein Heft, wie es in Deutschland selbst nicht möglich ist. Für die deutschen Soldaten jedenfalls gibt es keinerlei christlichen Weihnachtsgruß [...] dem Ausland zeigt man jedoch das christliche Gesicht, was ich um der Internierten und Gefangenen willen von Herzen begrüße (07.11.1942, in Karelien).[52]

Die Stimmen zur evangelischen Militärseelsorge sind offenbar überwiegend kritisch, aber es gibt auch andere Beispiele: „Soeben komme ich aus dem Himmelfahrtsgottesdienst der evangelischen Militärgemeinde. Der Militärpfarrer in Offiziersuniform hielt eine Andacht ab, die in manchem ganz nett aufgezogen war" (02.05.1940, Himmelfahrt).[53]

> Wir haben allerdings einen Divisionspfarrer und auch gelegentlich Gottesdienste. Aber es ist besser, davon zu schweigen. Die Veranstaltungen zerstören immer alles, was ich unter den Kameraden in langen Wochen aufgebaut habe. Ein Militärgottesdienst kann in einer Stunde alles gewinnen und alles verlieren. Hier wird alles verloren. Man verschone uns mit Divisionsrednern! (13.10.1940).[54]
>
> Gestern hielt Pfarrer D. noch einen Waldgottesdienst. Zum Abendmahl blieben von 55 Soldaten 30 Mann. Es war eine große Andacht und ein großer Ernst. Die Abendmahlsteilnehmer werden immer zahlreicher in der Truppe (28.05.1942).[55]

Das Thema Juden

Überraschend selten sind Äußerungen über Begegnungen mit Juden. Man hat den Eindruck, daß das Tabuthema vermieden wurde. Die wenigen Erwähnungen stehen im Rahmen größerer Berichte über die Verhältnisse im besetzten Land, z.B. Ende Sept. 1939 in Ostpolen:

> Das Leben in der Stadt war bei unserm Einzug noch nicht wiedergekehrt, sämtliche Geschäfte geschlossen. Jetzt geht es langsam wieder an. Viele Geschäfte werden allerdings geschlossen bleiben, weil sehr viele Juden hier waren. Die Flüchtlinge kommen langsam zurück. Man muß es schon gesehen haben, um das Ausmaß recht zu würdigen. Wohl alle werden entsetzt sein, wenn sie ihr Heim wiedersehen. Die zurückbleibende polnische Bevölkerung ist in die Wohnungen der Flüchtlinge eingedrungen und hat dort geplündert und zerstört, wie man es nicht für möglich hält, wenn man es nicht mit eigenen Augen gesehen hat. Ich habe 1918 bei der Zurücknahme unserer Front in Flandern auch die ganze Flüchtlingsgeschichte miterlebt, aber etwas derartiges habe ich nie gesehen. Man muß wohl schon einen Zerstörungswahnsinn annehmen, um das zu erklären. Gewiß ist der Krieg ein rauhes Handwerk, aber selbst da werden doch sonst Grenzen gewahrt [...] Viel Arbeit macht die Bahnwache. Der Verkehr ist durch Militär-, Gefangenen- und Flüchtlingszüge schon wieder sehr stark. Es kommen jeden Tag zigtausend Menschen allein mit der Bahn durch. Unter den Flüchtlingen sind schon viele, die aus dem von den Russen besetzten Galizien stammen. Dadurch wird die Sache immer schwieriger. – Die Gegend ist schön. Nach der einen Seite sieht man die riesige galizische Ebene, nach der anderen die Berge, die in ihrer Höhe und Gestalt an den Teutoburger Wald erinnern.[56]

Ein halbes Jahr später, im April 1940 schreibt derselbe Gewährsmann:

> Wir haben einen Ortswechsel hinter uns. Wir liegen jetzt in Tarnow. Das ist ja etwas näher der Heimat, aber bei den vielen Kilometern macht es nicht viel aus. Was mir sofort auffiel, war der große Teil der jüdischen Bevölkerung. Wir waren in Debica auch schon einiges gewohnt, aber hier in Tarnow tragen fast 2/3 der Straßenpassanten die jüdische Binde. Wenn das Problem einmal gelöst werden soll, gibt es noch viel Arbeit. – Tarnow hat wohl 60 000 Einwohner. Nach unseren Begriffen sieht die Stadt sehr klein aus. – Seitdem wir hier sind, beschäftigt mich der Osten, Polen, der sowjetische Mensch in ganz besonderem Maße. Wir müssen mal darüber sprechen, wenn ich in Urlaub bin. Ich bedauere heute, daß ich früher nicht mehr ins Ausland gereist bin. Man bekommt doch so erst den richtigen Blick für die Verhältnisse.[57]

Das Erlebnis der Fremde

„Man bekommt doch so erst den richtigen Blick für die Verhältnisse" – zu dieser Erkenntnis gelangten damals viele aufgeschlossene junge Männer, die nicht

Abb. 6: Gehöft am San (poln.-russ. Grenze), Sommer 1940

wie die heutige Jugend von kleinauf in der Welt herumreisen oder diese zumindest vom Fernsehen her kennen konnten. Das Erlebnis der Fremde war für viele – unabhängig vom Kriegsgeschehen – ein Ereignis, das Jahre, manchmal Jahrzehnte über das Kriegsende hinaus gewirkt hat. Die erhaltenen, oft ausführlichen, ebenso gut beobachteten wie formulierten Beschreibungen von Land und Leuten wären – einmal zusammenfassend betrachtet – eine eigene Literatur über eine heute untergegangene Welt. Als Beispiele sollen nur zwei Passagen aus dem Dezember 1943 in Dalmatien und dem Mai 1944 von einem Militärtransport nach Bessarabien stehen:

> Die Küste, an der wir jetzt liegen, ist von malerischem Reiz, die Lebensmöglichkeiten der Bewohner sind äußerst karg, ein riesig breites Gebirge zieht sich etwa 100 km entlang, nicht so schön bewaldet wie bei uns, sondern nur Stein und Geröll, hin und wieder unterbrochen von immergrünen Sträuchern und Bäumen; Pinien, Rosen, Nelken geben der Gegend das Gepräge. Blumen blühen immer noch, das Klima ist sehr milde. Fast das ganze Jahr hindurch, wie ich hörte, blauer Himmel, nur sechs Wochen Regenzeit, an der Küste Hotels, Pensionen, alle in der Nachkriegszeit erbaut.[58]

> Nach der gesegneten Ebene Ungarns nun die herrlichen Waldberge Rumäniens. Dazu eine wahre Sonnenglut. Wir schleichen durchs Land, bleiben stundenlang auf jedem Dörfchen stehen und haben anscheinend viel Zeit. Die Rumänen sehen recht verwegen aus. Die Männer tragen weiße Trachten, die Frauen leuchtend bunte.

Man hat uns schon manches Schöne zum Kauf angeboten, aber wir haben ja kein rumänisches Geld. –

Wir liegen seit 14 Stunden auf dem Bahnhof eines kleinen Karpatennestes, weil Kronstadts Gleise nicht frei sind. [...] Man nimmt das wunderbare Bild des Landes mit ruhigem Atem auf. So bleibt einem das allzu Flüchtige der üblichen Reiseeindrücke erspart. Die Fahrtroute war: Arad – Dewa – Siaia – Schäßburg – Archita, also eine Fahrt quer durch das siebenbürgische Bergland, das von bezwingender Anmut und arkadischer Friedsamkeit ist. Goldgrüne Laubwälder auf geschwungenen Bergrücken, saftige Wiesen mit ungeheuren Herden (Rinder, schwarze Moschusochsen, Schweine, Pferde, Schafe), bunte, blitzsaubere Orte zwischen den Hängen, mächtige Kirchen und mitten durch alles hindurch ein breiter Strom. Auch in Rumänien wurde uns kräftig zugewinkt. Die Trachten sind unbeschreiblich possierlich. Am liebsten malte ich Dir einen rumänischen Hirten oder Bauern aufs Papier. Ganz seltsam wurde uns zumute, als wir plötzlich lauter deutsche Namensschilder lasen, die Ortschaften das Bild köstlicher mainfränkischer Städtlein boten, und die Menschen, namentlich die Mädchen, das schönste deutsche Ansehen hatten. Mitten im Ausland eine riesige deutsche Kolonie: Siebenbürgen. Am schönsten war Schäßburg, eine Stadt wie Eisenach, gekrönt von einer großen Kirchenburg, um die sich die Stadt zum Tale niederfallend herumschart.. – Aber Du willst etwas vom ganzen rumänischen Lande hören. Da muß man nun eine Art Märchen erzählen. Der Feind steht tief im Lande, aber nirgends spürt man einen Hauch davon. Die ungeheuren Herden, Tausende von Tieren, weiden in arkadischem Frieden wie die Herden Daphnis' und Chloes. Es gibt in Rumänien keinerlei totale Mobilmachung. Allgemeiner Überfluß ist an der Tagesordnung. Man kennt keine Marken. Fleisch, Speck, Butter, Kartoffeln, Eier werden schlecht, weil sie nicht verwertet werden können. Die Schweine werden mit Vollmilch gefüttert. Es ist unbeschreiblich. In den Städten, also z.B. in Kronstadt, gibt es alles: Briefpapier, Konfitüre, Bonbons, Lederwaren, Füllfederhalter, silberne Bleistifte ... so könnte ich fortfahren. In den deutschen Buchhandlungen herrscht Friedensbetrieb. Es gibt einfach alles, was man haben will. Freilich müßte man viel rumänische Lei haben. Ich konnte mir die Inselbändchen Pascal und Kierkegaard kaufen, dazu Carossas 'Geheimnisse des reifen Lebens'.[59]

Der begrenzte Raum gestattete nur auf einzelne der vielen Gesichtspunkte einzugehen, die einem bei der kursorischen Lektüre von Feldpost begegnen. Sie sollten aber genügen, einen Eindruck von der Weite des Spektrums zu vermitteln und die Archivwürdigkeit der leider noch immer weitgehend verkannten *Quellengattung Feldpost* deutlich zu machen. Das letzte Wort sollen noch einmal vier Soldaten bekommen mit ihrer unterschiedlichen Beurteilung der politischen und der Kriegslage und ihren Gedanken an die Zeit 'danach'.

Hoffnung bis zuletzt

12.09.1943, Zoppot. Der Abfall Italiens hat mich nicht überrascht – vergleiche 1914/15. Die Furcht vor England scheint auch jetzt bei dem König und dem Marschall Badoglio größer gewesen zu sein als die Begriffe von Pflicht und Treue. Was mich aber völlig überrascht hat, ist die Leichtigkeit, mit der die Verräterclique Mus-

solini beseitigt hat. Er, der Mann, der seit mehr als zwei Jahrzehnten unumschränkter Herr in Italien war, er, der alle fascistischen Milizen für sich hatte, er, der mit einer Leibwache zu der Besprechung fuhr, er wird in ein Auto gepackt und abgeführt und keine Hand rührt sich für ihn. Die fascistische Nationalregierung findet noch nicht einmal einen Mann, der seinen Namen unter ihren Aufruf setzt, und nur aus wenigen Gegenden wird der Anschluß von fascistischen Verbänden an uns gemeldet. Rein menschlich gesehen, ist das ein erschütterndes Erlebnis. 'Was ist Menschenschicksal, Menschengröße?' Ein Shakespeare, ein Schiller der Zukunft finden hier einen Stoff zu einem historischen Trauerspiel, neben dem Wallenstein vielleicht erblassen könnte.

In Rußland scheint es der beweglichen deutschen Kriegführung zu glücken, die Bolschewiken immer weiter von ihrer Basis wegzulocken. Wenn man die Reihe der Orte, die jetzt im OKW-Bericht genannt werden, aufsucht, dann erkennt man, daß die Sowjets ungefähr 200 km weit von ihrer Ausgangsstellung weg sind. Einmal werden dann ihre an Menschen und Material geschwächten Kräfte auf unsere Hauptkampflinie stoßen, an der sie sich verbluten müssen. Dann wird sich der Krieg seinem Ende zuneigen.[60]

23.04.1944: „Eben kam wieder ein gewaltiger Schwarm Bomber über unsere Köpfe hinweg. Wo mögen sie wohl gewesen sein? Die Städte Süd-Osteuropas müssen jetzt daran glauben [...] Ich kann mir nicht denken, daß Deutschland noch lange zusieht, wie eine Stadt nach der anderen in Trümmer sinkt. In Kürze muß doch die Vergeltung kommen und auch im Osten eine Wende eintreten. Hin und wieder denke ich, daß Deutschland sich aus taktischen Gründen schwächer stellt, als es ist, um dann blitzschnell zuschlagen zu können. Wir müssen eben abwarten, wenn auch die Nerven nicht mehr wollen."[61]

Ausblick in die Zeit danach

27.10.1941: „Eben kommen Deine Briefe vom 17.10. und 19.10. Den Brief von der Verlobung habe ich also. Aber laß mich offen sein, ich habe nur Schmerz empfunden, nichts anderes. Ich kann mich nicht mehr freuen wie Ihr alle. Ich komme über das Blut, das ich fließen sah, nicht mehr hinweg. Meine Welt wird, wohl auch im äußeren Leben, eine tragische sein. Die Einsamkeit, die jetzt Qual ist, wird mich später von den Fröhlichen vertreiben. Vielleicht werdet Ihr dereinst erschrecken vor mir, weil ich nicht mehr der gesellige Mensch bin, sondern das Grauen bis zur Neige gekostet und das Nichts verspürt habe."[62]

24.10.1944: „In den geistigen Mußestunden, die ich auf meinen sehr ausgedehnten Dienstwegen hier am Meer oft habe, beschäftigen mich die Fragen nach der wirtschaftlichen Zukunft. Angesichts der durch die lange Dauer des Materialkrieges allen Völkern zuteil gewordenen Verschuldung wie durch die ungeheure Vernichtung der in Jahrhunderten geschaffenen Werte müssen wohl alle bis jetzt bekannten Lösungen der wirtschaftlichen Frage versagen. Wenn nach dem Kriege die Bilanz gezogen wird, kann man doch erst das Ausmaß der Vernichtung ganz erkennen."[63]

und derselbe am 6.12.1944:

> „Ja, Tatkraft steckt doch einmal in den deutschen Menschen. Es erschüttert mich manchmal, wenn ich die jüngeren Kameraden höre, wie sie nach diesen Jahren, die sie der Zerstörung widmen mußten, sinnvoll schaffen möchten. Hoffentlich kann dieser Tatendrang in planvolle Bahnen gelenkt werden. Arbeit wird in Fülle sein, wenn alles nur halbwegs wieder ins Geleise gebracht werden soll. Sicher wird aber die Welt anders aussehen wie die jungen Kameraden sie sich ausmalen."[64]

Anmerkungen

1. Wolf-Dieter Mohrmann, Der Krieg hier ist hart und grausam. Feldpostbriefe an den Osnabrücker Regierungspräsidenten 1941–1944. Osnabrück 1984, S. 26 Anm. 6.
2. Ortwin Buchbender u. Reinhold Sterz, Das andere Gesicht des Krieges. Deutsche Feldpostbriefe 1939–1945. 2. Aufl. München 1983, S.9; vgl. auch: Martin Humburg, Die Bedeutung der Feldpost für die Soldaten in Stalingrad. In: Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Hg. von Wolfram Wette u. Gerd R. Ueberschär. Frankfurt/M. 1992, S. 68-79.
3. Bruno Schmitt u. Bodo Gericke, Die deutsche Feldpost im Osten und der Luftfeldpostdienst Osten im Zweiten Weltkrieg. In: Archiv für Deutsche Postgeschichte 1969, S. 1-66; Bodo Gericke, Die Deutsche Feldpost im 2. Weltkrieg. Eine Dokumentation über Einrichtung, Aufbau, Einsatz und Dienste. In: Archiv für Deutsche Postgeschichte 1971, S. 1-114.
4. Dazu vgl. Hansjörg Riechert, Die Gründung der Reichswehr-Garnison Lemgo. In: Lipp. Mitt. 64, 1995, S. 197-212.
5. StA DT, D 70 B Nr. 19 (Cohrs).
6. StA DT, L 113 Nr. 1013 Bd. 1.
7. Rundschreiben der Propagandaabteilung der DAF vom 15.04.1940. StA DT, D 26 Nr. 2438.
8. StA Detmold, L 101 A III Nr. 319.
9. StA Detmold, D 106 Detmold A Nr. 52.
10. Hans-Peter Wehlt, Denk nicht zuviel an die Zukunft! Denk zurück an die schönen Tage! In: Wir zeigen Profil. Aus den Sammlungen des Staatsarchivs Detmold. Detmold 1990, S. 69-96, hier: S. 83f.
11. StA Detmold, L 113 Nr. 734.
12. Vgl. oben, Anm. 1.
13. StA DT, D 26 Nrr. 2439-2446.
14. StA DT, L 80 L Nr. 75 und L 113 Nrr. 1013-1015.
15. Vgl. dazu den Beitrag von Ernst Siemer in diesem Band.
16. Dazu vgl. unten, S. ...
17. Vgl. Erika Dinkler-von Schubert (Hrsg.), Feldpost: Zeugnis und Vermächtnis. Briefe und Texte aus dem Kreis der evangelischen Studentengemeinde Marburg 1939–1945, Göttingen 1993.
18. Dinkler-von Schubert, S. 9 Anm. 4.
19. Pfarrchronik Heilig Kreuz, Detmold, S.88f.
20. Wehlt, S. 92.
21. StA DT, D 70 B Nr. 19 (Cohrs).

22. Ableitung von Jean.
23. StA DT, Nachlaß Gerhard Wortmann (13.05.1942).
24. Vgl. die Einleitung bei Buchbender/Sterz, S. 25ff.
25. StA DT, D 72 Schnelle Nr. 34.
26. Wolfgang Diewerge (Hrsg.), Deutsche Soldaten sehen die Sowjet-Union. Feldpostbriefe aus dem Osten, Berlin 1941.
27. Nach Buchbender/Sterz, S. 28 (zum 22.01.1942).
28. Buchbender/Sterz, S. 15.
29. Buchbender/Sterz, S. 24.
30. StA DT, D 72 Schnelle Nr. 33.
31. StA DT, D 72 Schnelle Nr. 39.
32. Auch sonst hat das private Fotografieren an allen Kriegsschauplätzen eine überraschend große Rolle gespielt!
33. Wilhelm Mellies an Heinrich Drake. In: Wehlt, S. 72.
34. Siegbert Stehmann, Die Bitternis verschweigen wir. Feldpostbriefe 1940–1945. Hannover 1992, S. 41.
35. Stehmann, S. 124.
36. Franz Cox, Feldpostbriefe aus Dalmatien 1943–1944. Bad Salzuflen 1988, S. 13.
37. StA DT, D 72 Schnelle Nr. 23.
38. Victor Klemperer, Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945. 2 Bde., 4. Aufl. Berlin 1995, Bd. 1, S. 13.
39. Stehmann, S. 234.
40. Wilhelm Mellies an Heinrich Drake. In: Wehlt, S. 76.
41. StA DT, D 70 B Nr. 23 (Cohrs 07.07.1940).
42. StA DT, D 70 B Nr. 14 (Rötteken).
43. StA DT, D 70 B Nr. 23 (Cohrs 23.11.1939)
44. StA DT, D 70 B Nr. 23 (Cohrs 01.11.1939)
45. Cox, S. 29.
46. Cox, S. 69.
47. Stehmann, S. 266. Der Dichter Jochen Klepper hatte sich am 11.12.1942 gemeinsam mit seiner jüdischen Frau und seiner Tochter das Leben genommen.
48. Frankfurter Rundschau vom 02.02.1996. Vgl. Anm. 33.
49. StA DT, D 72 Schnelle Nr. 37.
50. Stehmann, S. 77.
51. Cox, S. 18.
52. Stehmann, S. 247.
53. StA DT, D 70 B, Nr. 19 (Cohrs).
54. Stehmann, S. 58.
55. Stehmann, S. 208.
56. Wilhelm Mellies an Heinrich Drake. In: Wehlt, S. 71.
57. Wilhelm Mellies an Heinrich Drake. In: Wehlt, S. 73.
58. Cox, S. 14.
59. Stehmann, S. 278ff.
60. StA DT, D 72 Schnelle Nr. 21.
61. Cox, S.40.
62. Stehmann, S. 137.
63. Wilhelm Mellies in: Wehlt, a.a.O., S. 79.
64. Wilhelm Mellies in: Wehlt, a.a.O., S. 79.

Andreas Ruppert

Die Ortsgruppe Detmold der NSDAP 1925–1934*

Die Anfänge der Ortsgruppe bis Ende 1931

Am 18. Mai 1931 notierte der damalige Leiter des NSDAP-Bezirks Lippe, Dr. Manfred Fuhrmann, anläßlich einer Versammlung der Ortsgruppe Detmold die folgenden Stichworte: „Allgemeiner Geist in der OG. – Cliquen. – Stänkereien – Quertreibereien."[1] Dies kann ohne weiteres als Motto für die Darstellung der ersten neun Jahre nationalsozialistischer Aktivitäten in der Landeshauptstadt genommen werden. Fuhrmann notierte auf dem gleichen Blatt auch: „Auflösung bleibt im Hintergrunde als letztes Mittel!" – es wäre nicht die erste Auflösung gewesen.

Einige große Konfliktlinien durchziehen die Geschichte der NSDAP in Detmold. Die auffälligste ist der nie aufhörende Streit zwischen und um einzelne Personen. Gleichgültig, wer gerade Ortsgruppenleiter war – und sie wurden in Detmold häufig gewechselt –, sofort bildeten sich Cliquen, die gegen ihn intrigierten und versuchten, ihn abzulösen. Es handelte sich dabei aber nicht nur um persönliche Animositäten, sondern es war auch die Konkurrenz um parteiinterne Machtpositionen. Diese Konfliktlinie ist im folgenden ein Leitmotiv des Versuchs, die Geschichte der Ortsgruppe zu rekonstruieren. Sie war allerdings keine Detmolder Besonderheit: Solche Querelen durchziehen die Geschichte der frühen NSDAP im ganzen Reich.[2]

Eine weitere Konfliktlinie betrifft die enge Verzahnung der Detmolder Leitung mit der des Bezirks, der ganz Lippe umfaßte. Die NSDAP hatte seit ihren Anfängen drei regionale Schwerpunkte: neben Detmold noch den Osten mit dem Kern um Barntrup und den Nordwesten um Bad Salzuflen. Die Renitenz der lokalen Parteigrößen gegenüber den Führungsansprüchen aus der Landeshauptstadt war eine Konstante in der Geschichte der lippischen NSDAP, sie soll aber hier nur erwähnt und nicht weiter verfolgt werden.

---

* Der vorliegende Text entstand in reger Diskussion mit Jürgen Hartmann, dem für seine Anregungen und die uneigennützige Bereitstellung von Materialien aus dem früheren Berlin Document Center gedankt sei.

Carl Herdejost

Die erste Ortsgruppe in Lippe überhaupt wurde schon 1923 in Lage gegründet.[3] Beteiligt war dort auch der aus Gelsenkirchen nach Lippe zurückgekehrte Kaufmann Carl Herdejost, der zur gleichen Zeit auch in Detmold Nationalsozialisten um sich geschart hatte.[4] Vermutlich war es ihm jedoch nicht gelungen, hier eine eigenständige Ortsgruppe zu gründen, bevor im September 1923 die NSDAP auch in Lippe verboten wurde. Die Partei ging gestärkt aus dieser Verbotszeit hervor: Ihrer Wiederzulassung im Dezember 1924 und der folgenden Neugründung durch Hitler am 27.2.1925 folgte eine ganze Welle von Ortsgruppengründungen. Auch die Ortsgruppe in Detmold gehörte dazu: Sie wurde am 25. Mai 1925 von Herdejost gegründet.[5]

Acht Jahre später ließ Herdejost im Rückblick die damaligen Aktivitäten von Ortsgruppe, SA und NS-Frauenschaft Revue passieren: Dazu gehörten Umzüge in Detmold, Kundgebungen am Hermannsdenkmal, Fahnenniederlegungen zum 9. November, Weihnachtsfeiern, Hitler-Geburtstagsfeiern, Redeveranstaltungen und regelmäßige 'Sprechabende' – „keine Saufabende", wie er betonte –, nicht zuletzt auch die Entsendung von Abordnungen zu Kundgebungen außerhalb Lippes, wo etwa am 17. Juni 1926 in Osnabrück „der Führer allen anwesenden Lippern die Hand gedrückt und ihnen tief ins Auge geblickt" hatte.[6]

Was in diesem Rückblick ausgeblendet bleibt, aber die zeitgenössischen Quellen durchzieht, ist das oben genannte Leitmotiv: „diese(r) ewige Kleinkrieg",[7] die chaotischen Verhältnisse, die vor allem durch die Cliquenwirtschaft um Herdejost selbst und seinen Schwiegervater, den gerichtsnotorisch gewalttätigen Hauderer Otto Grüttemeyer,[8] Vater des später noch häufig in Erscheinung tretenden Fritz Grüttemeyer, entstanden waren.

Aber der 'Kleinkrieg' hatte seine Ursache nicht nur in der Person Herdejosts, sondern noch in einer dritten, der wichtigsten Konfliktlinie. Sie ist ein weiteres Leitmotiv dieser Untersuchung. Sie bestand – in Lippe wie im Reich – in der Spannung zwischen den beiden die NS-Bewegung tragenden sozialen Schichten. Da war auf der einen Seite eine Schicht sich als 'völkisch' bezeichnender, militaristisch, antirepublikanisch und antisemitisch ausgerichteter 'Herren', wie Herdejost sie spöttisch nannte. Sie war am rechten Rand des Bürgertums etabliert und legte den Akzent auf das 'national' im Parteinamen der NSDAP. Ihr gegenüber stand die Schicht eben nicht etablierter, eher entwurzelter Zukurzgekommener, die – wie diffus auch immer – ihr Interesse auf das 'sozialistisch' im Parteinamen gerichtet hatten. Ich möchte sie hier als 'authentische Nationalsozialisten' bezeichnen. Eine präzise Beschreibung des Unterschieds ist in diesem engen Rahmen nicht zu leisten, es soll deshalb nur knapp die Richtung des Gedankengangs angegeben werden. Die gesellschaftspolitische Sehnsucht der 'Völkischen' war rückwärts gewandt, sie zielte auf die Rekonstruktion der

Klassengesellschaft des wilhelminischen Deutschland, und jeder zeitgenössische 'Führer' war ihnen gewissermaßen nur der 'Reichsverweser' für einen Hohenzollern-Monarchen. Die 'authentischen Nationalsozialisten' haben – wie objektiv falsch auch immer – subjektiv die Aufhebung dieser Klassengesellschaft in den Schützengräben des Weltkriegs erlebt. Ihre vorwärtsgewandte Utopie war die eines 'deutschen Sozialismus', einer 'Volksgemeinschaft' mit einem eigenständigen 'Führer', als der sich ihnen der „unbekannte Gefreite aus dem großen Krieg" [9] Hitler anbot. Häufig waren es SA-Männer, in einer Zeit, als zwischen Partei- und SA-Mitgliedschaft noch nicht streng geschieden wurde. Einig waren sich beide Schichten in der Weigerung, das Ergebnis des Weltkriegs und vor allem: es als Folge eigenen Versagens anzuerkennen. Hier griffen die Feindbilder, die ihnen gleichfalls gemeinsam waren: Juden und sich auf Marx berufende Sozialisten. Der Gegensatz zwischen beiden Gruppierungen am rechten Rand des gesellschaftlichen und politischen Lebens ist eine lange wirksame Trennlinie; die Neugründung der NSDAP durch Hitler im Februar 1925 war u.a. auch darin begründet, daß er sich der drohenden Umklammerung 'seiner' Bewegung durch die völkischen Politiker entziehen wollte.

Herdejost verstand sich in Detmold als solch ein authentischer Nationalsozialist. Aber an der Spitze der NS-Bewegung in ganz Lippe standen Vertreter der 'völkischen Herren'. Als erster Bezirksleiter war 1924 von der zuständigen Gauleitung Ruhr Wilhelm Schröder eingesetzt worden, ein Lehrer, der zusammen mit Ludwig Koch, ebenfalls Lehrer, 1925 für den lippischen Landtag kandidierte. Beide traten zwar als Vertreter des von der NSDAP während ihrer Verbotszeit initiierten Sammelbündnisses 'National-sozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands' (NSFB) auf, ließen sich aber auf der Liste der DNVP aufstellen.[10] Es wird deutlich, wie sich hier die Ränder der Parteien berühren.

Die Gauleitung[11] sah darin die Gefahr einer 'Verbürgerlichung' der NS-Bewegung und zog die Notbremse: Schröder wurde abgesetzt, und Herdejost reichte als neuer Bezirksleiter eine eigene NSFB-Liste zur Landtagswahl und zur Kommunalwahl nach. Sie erhielt allerdings in ganz Lippe nur 648, in Detmold 146 Stimmen,[12] während Ludwig Koch der Sprung in den Landtag gelungen war. So ergab sich die merkwürdige Situation, daß die NS-Bewegung nunmehr zwar in Lippe ihren ersten Landtagsabgeordneten hatte,[13] sie aber im gleichen Moment nichts mehr von ihm wissen wollte, sondern auf den erfolglosen Herdejost setzte.

Schröder und Koch waren aber nicht die einzigen Grenzgänger zwischen den rechten Parteien. Da gab es in Detmold noch den 'Völkischen Stammtisch Grotenburg' – einen aus Honoratioren und Ex-Offizieren bestehenden Zirkel Gleichgesinnter, die trotz ihrer Mitgliedschaften in DVP, DNVP, Jungdeutschem Orden, Alldeutschem Verband usw. ihre endgültige politische Heimat

noch nicht gefunden hatten.[14] Zur Stammtischrunde, die sich zweimal monatlich in der Gaststätte Grotenburg am Hermannsdenkmal und im Hotel Kaiserhof in Detmold traf[15] – beide Betriebe gehörten Heinrich Sauer[16] –, zählten Personen, die später in der Ortsgruppe und im Bezirk noch öfter eine Rolle spielen sollten: der Kaufmann Otto Keller, der Major a.D. Hans von Donop, der schon genannte Dr. Fuhrmann, Leiter eines Sanatoriums in Hiddesen, der Keksfabrikant Wilhelm Pecher, der Student Eduard Wiegand,[17] der Landrat a.D. Tasche, Major a.D. Meischeider oder der Hauptmann a.D. Tracht, der frühere Geschäftsführer des Landesverbandes Lippe des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes.[18] Sie waren es, die sich, wie Herdejost monierte, an den Begriffen 'Arbeiterpartei' und 'sozialistisch' störten und sich auf den 'Sprechabenden' nicht sehen lassen wollten.[19]

Diese Vertreter deutschvölkischer Positionen sahen allerdings für sich selbst keine Chance, in demokratischen Wahlen eine Massenbasis zu gewinnen. Ohnmächtig mußten sie Sozialdemokraten und Liberalen in Lippe das Feld überlassen. Sie suchten den Anschluß an die NS-Bewegung, als sie deren politische Stoßkraft erkannten, aber sie wollten diese Partei lenken und glaubten, sie für ihre Zwecke funktionalisieren zu können. Herdejost durchschaute dieses taktische Kalkül und verachtete seine Urheber;[20] er selbst zielte auf eine andere Klientel:

> Was wir da in Detmold und im Lipperlande aufnehmen als Mitglieder der NSDAP, das ist auf Herz und Nieren geprüft. Und so haben wir denn jetzt erreicht, was wir während 3 Jahre haben erkämpfen müssen, nämlich Achtung und Vertrauen in der Arbeiterschaft.[21]

Von hier aus erklärt sich das Bemühen des 'Stammtischs', den Konflikt mit Herdejost so lange zu schüren, bis dieser authentische Nationalsozialist aus der Führungsposition verdrängt war. Gleichzeitig läßt sich aber erkennen, wie sich die beiden Leitmotive: 'persönliche Querelen' und 'schichtenspezifische Widersprüche', unentwirrbar miteinander verbanden und zu einem Chaos führten, das bewirkte, daß die NSDAP in Lippe einige Jahre lang zwar als Störfaktor der öffentlichen Ordnung wahr-, nicht aber in ihrem politischen Anspruch ernstgenommen wurde.

Herdejost war nämlich auch als Person alles andere als unumstritten. In den Jahren 1926 und 1927 war Lippe gerade wegen Herdejost immer schärfer in die Kritik der Gauleitung geraten. Aus Ortsgruppen und von einzelnen Parteimitgliedern hatten sich die Beschwerden über ihn gehäuft. Parallel dazu war ein deutlicher Mitgliederrückgang zu verzeichnen, der nicht nur einen Bedeutungsverlust signalisierte, sondern vor allem finanzielle Einbußen in einem Bezirk mit sich brachte, der ohnehin mit seinen Zahlungen chronisch im Rückstand lag.[22] Da auch das Wahlergebnis bei der Kommunalwahl im Januar 1928

wiederum nicht überzeugend war – Herdejost hatte diesmal in Detmold 254 Stimmen erhalten[23] – lag die Überlegung nahe, ihn abzulösen.

Ganz einfach gestaltete sich dies jedoch nicht. Zum einen war der vertikale Aufbau der Partei noch nicht so verbindlich durchgesetzt, daß die Weisungsbefugnis der Gauleitung unbestritten gewesen wäre. So wurden etwa die Ortsgruppenleiter bis 1929 noch von den Mitgliedern gewählt, und es war nicht unüblich, daß einzelne Ortsgruppen unter Umgehung der nächsthöheren Instanz die direkte Verbindung zur Reichsleitung in München suchten – die Partei war noch nicht der monolithische Block, als der sie später erfolgreich war.

Hinzu kam, daß der Gauleiter Karl Kaufmann in seinem im Februar 1928 unternommenen Versuch, die lippischen Verhältnisse zu klären, einen schweren taktischen Fehler beging. Er wollte nicht nur Herdejost ab-, sondern auch gleich den ganzen Bezirk auflösen und Lippe dem Bezirk Bielefeld zuordnen.[24] Diese Ignoranz gegenüber den Gegebenheiten vor Ort führte zur Solidarisierung der auf ihre Selbständigkeit pochenden lippischen Parteigenossen mit Herdejost, so daß Kaufmann zu einem Rückzug gezwungen war.[25]

Erst dem Gauleiter des neu gebildeten Gaus Westfalen, Josef Wagner, gelang am 1. Oktober 1928 die Amtsenthebung Herdejosts.[26] Die Eigenständigkeit des Bezirks blieb erhalten, die Leitung wurde allerdings kommissarisch dem Bielefelder Bezirksleiter Heinrich (Friedrich, Fritz) Homann übertragen.[27] Und dies ist nun ein weiteres und letztes Leitmotiv meines Rekonstruktionsversuchs: die Ansätze, die lippischen Verhältnisse durch eine von außen kommende Autorität in den Griff zu bekommen.

Beleidigt legte Herdejost nach der Absetzung selbst seine Funktionen im Bezirk und in der Ortsgruppe nieder,[28] ohne allerdings auch nur entfernt daran zu denken, seine Aktivitäten einzuschränken. Er hatte seine lokale Machtbasis nicht verloren, vor allem, weil die SA weiterhin hinter ihm stand. Es ergibt sich somit erstmals für Detmold das Bild, das sich über Jahre wiederholen sollte: der eines Machtkampfes zweier festgefügter Gruppen innerhalb der einen NSDAP. Die internen Auseinandersetzungen hatten sich also noch verschärft, so daß schließlich von der Gauleitung als einziger Ausweg die Auflösung der Ortsgruppe und ihre Neugründung gesehen wurde – ein in jenen Jahren in der NSDAP durchaus übliches Verfahren.

Die Auflösung war auf den 3.11.1928 datiert,[29] aber erst am 21.12.1928 ließ der Bielefelder Bezirksleiter die Ortsgruppe Detmold neu gründen und bestimmte den Schneider Wilhelm Sundermann zu ihrem Leiter.[30] Herdejost aber verhielt sich weiterhin so, als sei nichts geschehen; selbst der von Sundermann im März 1929 vollzogene Parteiausschluß bremste ihn nicht.[31] Praktisch bestanden somit die beiden sich bekämpfenden Ortsgruppen weiter, und regelmäßig beklagte Sundermann:

dass Herdejost noch nach wie vor Sprechabende im 'Fuchsbau' abhält. An diesen Abenden nimmt ein Teil der ehemaligen Ortsgruppe Detmold teil und berufen sich diese Leute immer noch darauf, sie seien Mitglied der NSDAP.[32]

Bruno Fricke

Im Sommer 1929 wurde auch aus diesem Grunde mit Bruno Fricke eine neue Person ins Spiel gebracht, die von Mitgliedern des 'Völkischen Stammtisches' eigens aus Berlin geholt worden war.[33] Wie der Kontakt zu Fricke zustandegekommen war, der sich durch die Beteiligung an einem Fememord im Jahre 1923 als radikaler Gewalttäter ausgewiesen hatte,[34] läßt sich nicht feststellen; daß er aber mit einem Auftrag kam, kann daraus geschlossen werden, daß er vom 'Stammtisch' für ein halbes im Jahr im voraus mit 200 RM monatlich bezahlt wurde.[35] Er sollte in die Detmolder Ortsgruppe im Sinne der 'Herren' vom 'Stammtisch' für 'Ordnung' sorgen, d.h. Herdejost und seine Anhänger ausschalten. Es war der zweite Versuch, die örtlichen Probleme durch einen von außerhalb Lippes Herangezogenen zu regeln.

Fricke kam jedoch nicht allein, sondern brachte eine ganze 'Gefolgschaft' mit sich, darunter u.a. das ehemalige KPD-Mitglied Reinhold Winkelmann, weiterhin Karl Lerch, Arno Romstedt und Rudolf Schöning. Es handelte sich um ausgewiesene Militante, die dem radikalen, dem authentischen Flügel der NS-Bewegung angehörten – es war ein durchaus gewagtes Spiel der Männer vom 'Stammtisch', einheimische Radikale durch auswärtige vertreiben zu wollen.[36]

Fritz Homann berichtete von einer wahren Begeisterung, die in Detmold über Fricke geherrscht habe, blieb selbst aber skeptisch. Vor allem wies er darauf hin, daß mit Ausnahme von Wiegand keiner der Befürworter Frickes Mitglied der NSDAP war: die 'Herren' lenkten schon die Partei, hielten sich selbst aber noch im Hintergrund.[37]

Trotz der Bedenken Homanns ernannte der Gauleiter Fricke Anfang August 1929 zum 'Unterbezirks-Führer' und 'Ortsgruppen-Führer' in Detmold, später wurde ihm auch die Leitung des ganzen Bezirks Lippe übertragen.[38] Die problematische Personalunion in der Leitung von Ortsgruppe und Bezirk wurde also beibehalten.

Tatsächlich wurde Herdejost jetzt sehr schnell kaltgestellt. Soweit es aber das Ärgernis betraf, das in seiner Person lag, so hatte ihn Fricke noch übertroffen. Um es knapp in Homanns Worten zu sagen: „Beschwerden über Fricke laufen täglich ein."[39]

In Detmold versuchte Fricke, sich die Ortsgruppe durch die Einsetzung seiner Vertrauten als stellvertretende Ortsgruppenleiter unterzuordnen. Eine Zeitlang hatte der Tischler Karl Lerch diese Funktion inne; er wurde von Arno

Romstedt abgelöst, ebenfalls einem Tischler. Beide lösten sich aber bald von Fricke und stellten sich zuletzt gegen ihn. Romstedt begründete seine Wendung gegenüber dem Gauleiter mit Frickes offensichtlichen politischen und menschlichen Mängeln;[40] Lerch ging sogar mit einer parteiinternen Anzeige wegen finanzieller Unregelmäßigkeiten gegen ihn vor.[41]

Es wiederholte sich also die Situation, daß sich innerhalb der Ortsgruppe zwei Gruppierungen mit allen Mitteln bekämpften. Bei einer von Lerch und Romstedt in der Gaststätte 'Odeon' organisierten Weihnachtsfeier der Ortsgruppe kam es dann am 15.12.1929 zum Eklat. Fricke überfiel mit einigen Anhängern, unter ihnen der erwähnte Winkelmann, die Veranstaltung und versuchte, sie zu sprengen. Winkelmann hatte dabei gemäß den späteren Erkenntnissen der Staatsanwaltschaft den Auftrag, Karl Lerch zu ermorden. Das Verbrechen mißlang allerdings, der schwerverletzte Lerch überlebte.[42]

Bemerkenswert ist es, daß Fricke hier auf das gleiche Schema wie beim oben erwähnten Fememord zurückgriff. Ein Rivale innerhalb der gleichen Organisation – dort der 'Arbeitsgemeinschaft Roßbach', hier der NSDAP-Ortsgruppe Detmold – wurde als Spitzel – dort der Polizei, hier der lippischen SPD bzw. Felix Fechenbachs[43] – stigmatisiert. Die dadurch entstandene Erregung wurde genutzt, um den Mord zu legitimieren. Die Ausführung blieb allerdings anderen überlassen – dort u.a. Rudolf Höß, dem späteren Kommandanten des Konzentrationslagers Auschwitz, hier Reinhold Winkelmann –, denen Fricke in beiden Fällen für die anschließende Flucht Empfehlungsschreiben ausgestellt hatte.

Allerdings war damit der Bogen überspannt, und Frickes Tage in Lippe waren gezählt. Der ursprüngliche Auftrag, die politische Entmachtung Herdejosts, war erfüllt; mit der Fortsetzung einer Gewalt um der Gewalt willen, die in ihren Augen politisch keinen Sinn machte, wollten sich Frickes Geldgeber nicht kompromittieren und ließen ihn fallen. Die Geldzahlungen wurden eingestellt und es blieb dem „kleinen Hitler", wie Fechenbach ihn genannt hatte,[44] nur ein mit Bitten um Schuldenübernahme flankierter Rückzug aus Lippe.[45] So war das Experiment Fricke schon vor der gedachten Frist zu Ende gegangen: Am 7.2.1930 wurde er seiner Funktionen enthoben, und am 8.2. wurde Dr. Fuhrmann, der erst im Dezember 1929 der NSDAP beigetreten war, von Gauleiter Wagner mit der „vorläufigen Leitung des Bezirks" betraut.[46]

Herdejosts Zeit aber war tatsächlich vorbei, resigniert verließ er die Partei. Am Rande sei erwähnt, daß er Jahre später wieder aufgenommen wurde, ohne jedoch noch einmal eine Rolle zu spielen.[47]

Putschpläne in Lippe?

Damit war ein wichtiges Hindernis für das direkte Engagement der Herren vom 'Stammtisch' beseitigt. Dr. Fuhrmann, Major a.D. Strobel und Major a.D. von

Donop waren Ende 1929 zur NSDAP übergetreten[48] und bestimmten auch schon bald ihren Kurs: Fuhrmann als neuer Bezirksleiter in Lippe und Strobel als neuer Ortsgruppenleiter in Detmold.[49] Die beiden wichtigsten Ämter der lippischen NSDAP waren aber nicht nur an unterschiedliche, sondern auch an rivalisierende Personen vergeben – Fuhrmann und Strobel zeigten sich schon bald als erbitterte Feinde. Die erste Konfliktlinie, der Streit zwischen zwischen Personen, schob sich wieder einmal in den Vordergrund.

Immerhin zeigte sich ein erster Erfolg darin, daß die Mitgliederzahlen der Ortsgruppe erheblich anstiegen.[50] Die Hemmschwelle zur NS-Bewegung war niedriger geworden, wie die Anwesenheitsliste eines Sprechabends vom 22.10.1929 verdeutlicht: erschienen waren zwei Arbeiter, fünf Handwerker, ein Gewerbetreibender mit Ehefrau auf der einen, ein Postdirektor und sechs hochrangige Berufsoffiziere a.D., vom Major bis zum Generalleutnant, auf der anderen Seite.[51]

Außerhalb Lippes beobachtete man diese Entwicklung mit Unruhe. Im Reich und in Preußen war man sich nicht sicher, wieweit Hitler es mit seinem Legalitätskurs ernst meinte, der in der NSDAP sehr umstritten war und von der SA offen abgelehnt wurde. Die Furcht vor einem lokalen Putsch an einem beliebigen Ort in Deutschland als Initialzündung für einen 'Marsch auf Berlin' war nicht grundsätzlich abwegig. Vermutlich zog man im preußischen Innenministerium in dieser Zeit latenter Putschbereitschaft entsprechende Schlüsse aus Frickes und Winkelmanns Verbindungen zur SA-Führung in Berlin, aus dem Anwachsen der NSDAP in Lippe und aus den Verbindungen der Ex-Militärs im 'Völkischen Stammtisch' zur Detmolder Reichswehrgarnison.[52] Der mit einer Untersuchung beauftragte Leiter der Nachrichtensammelstelle im Polizeipräsidium Bochum, Regierungsrat Bergmann, hatte Lippe allerdings bescheinigt, kein günstiges Pflaster für ein solches Unternehmen zu sein.[53]

Als der Oberstaatsanwalt beim Landgericht Detmold, Dr. Tornau, nach einem vertraulichen Hinweis von einem Mordversuch an Karl Lerch ausgehen mußte, leitete er im März 1930 ein entsprechendes Verfahren ein. In diesem Zusammenhang wurden – offenbar in enger Verbindung mit dem Polizeipräsidenten in Bielefeld und der Nachrichtensammelstelle Bochum – am 27.3.1930 Hausdurchsuchungen bei Nationalsozialisten in Detmold, Hiddesen, Remmighausen, Barntrup und Horn vorgenommen. Dabei wurden verschiedene Materialien beschlagnahmt und Reinhold Winkelmann in Haft genommen; der Postverkehr der verdächtigen Personen blieb für zehn Tage überwacht.[54]

Es liegt die Vermutung nahe, daß die Durchsuchungen mit preußischen und Reichsbehörden abgesprochen waren. Es ist schwer vorstellbar, daß man zu dem Geschehen im 'Odeon', dessen Verlauf geklärt war, vier Monate später noch relevante Details finden zu können glaubte. Tatsächlich werden zwei andere Motive die entscheidende Rolle gespielt haben: die Möglichkeit der Einsicht in die innere Struktur und die personelle Verflechtung der lippischen

NSDAP und die Aufklärung des Verdachtes, daß hier Vorbereitungen zu dem getroffen wurden, was juristisch als 'Hochverrat' zu deklarieren war: der gewaltsame Umsturz der demokratischen Verfassung.

Für die lippischen Nationalsozialisten, die ganz unvorbereitet waren, obwohl die Durchsuchung am gleichen Tag in der deutschnationalen „Lippischen Tages-Zeitung" angekündigt wurde,[55] war der Zweck eindeutig:

> Man will anscheinend Material gegen die Führer sammeln, um Grund zum Eingreifen gegen die Bewegung zu haben.[56]

Tatsächlich war das gefundene Material, das Tornau dem Oberreichsanwalt in Leipzig übermittelte – zwei Passagen aus von Fricke verfaßten Texten und aus Privatbriefen Winkelmanns –,[57] sehr dürftig. Zwar leitete der Oberreichsanwalt ein Ermittlungsverfahren ein, aber nachdem sich sowohl Fuhrmann wie auch Winkelmann vor dem vernehmenden Untersuchungsrichter in Detmold von den inkriminierten Passagen distanziert hatten,[58] blieb nichts anderes übrig, als die Ermittlungen abzuschließen. Die Verfahren gegen Fuhrmann und Winkelmann wurden im Juli 1930 endgültig, das gegen Fricke, der sich in den Freistaat Danzig abgesetzt hatte, vorläufig eingestellt.[59] Der „Westfälische Beobachter", die Zeitung der NSDAP in Ostwestfalen, wertete das Ganze am 12.7.1930 als hervorragende Werbeaktion!

Allerdings führte die lippische Justiz das Verfahren in der Sache 'Mordversuch gegen Karl Lerch' weiter, wenn auch mit einem erstaunlichen Ergebnis. Nachdem Tornau ohne ersichtlichen Grund die Anklagepunkte 'Mordversuch' und 'Verleitung zum Meineid' fallengelassen hatte, stand milden Urteilen nichts im Wege.[60] Winkelmann erhielt eine Gefängnisstrafe von vier Wochen, ein Mitangeklagter zehn Tage Haft, ein weiterer wurde freigesprochen. Die Bielefelder „Arbeiterzeitung" berichtete am 14.1.1931 über die Urteile und fragte, wie sie wohl ausgefallen wären, hätten Kommunisten vor Gericht gestanden.

Eine SA-Revolte in Lippe?

Als Winkelmann im Mai 1930 aus der Untersuchungshaft entlassen wurde, setzte er die Reihe seiner provozierenden Gewalttaten fort.[61] Aber er mußte ebenso wie Fricke bemerken, daß sich das Blatt gewendet hatte und er in seiner Partei isoliert war. Am 15.10.1930 meldete dann die sozialdemokratische „Volkswacht" in Bielefeld unter der Überschrift „Der Mohr kann gehen", daß Winkelmann der Detmolder Ortsgruppe den Rücken gekehrt habe. In seiner hier abgedruckten Presseerklärung beklagte er, wie sich dort die Gewichte verschoben hätten und daß die revolutionären Kräfte aus der Partei herausgedrängt würden:

> Als wir älteren Parteigenossen schon lange voller Begeisterung für die Bewegung kämpften, da dachten viele der heutigen Nazis noch lange nicht daran, der Idee des Nationalsozialismus zu dienen. Heute jedoch müssen die Alten gehen. Jene Braunhemden, die man einst als unbekannte Helden in mancher heißen Saalschlacht feierte und besang, braucht man nicht mehr.

Dies ist ein frühes Beispiel für die Entwicklung des Mythos der 'alten Kämpfer', jener Parteigenossen, die die NS-Bewegung bis zur 'Machtergreifung' trugen, danach aber zu den Verlierern gehören sollten – hier geäußert von einem Neunzehnjährigen!

In der gleichen Erklärung wurde auch der neue Bezirksleiter als „gänzlich unfähiger Parteiführer" angegriffen. Fuhrmann, der die SA zum Schutz von Parteiveranstaltungen einsetzte, aber seine Ressentiments gegenüber der Parteimiliz bei mehreren Gelegenheiten unmißverständlich äußerte, wurde jetzt zum neuen Feindbild der authentischen Nationalsozialisten.[62] Daß die arbeitslosen und häufig im sozialen Abseits stehenden Männer der lippischen SA ausgerechnet den Akademiker und Leiter eines Sanatoriums vorgesetzt bekamen, wurde von ihnen als eine Provokation gewertet. Unterschriften wurden gegen ihn gesammelt, und viele SA-Leute, darunter der ganze Sturm Wüsten, verließen seinetwegen die Partei.[63]

Lippiſche Arbeiter und Bauern!

Hiermit erklären wir allen Kameraden, mit denen wir jahrelang Schulter an Schulter den opfervollen Kampf um den Sieg der heiligen Idee in der N. S. D. A. P. mitgefochten haben, daß wir — nicht leichten Herzens, ſondern nach ſorgſamer Überlegung — zu der Erkenntnis gekommen ſind, daß die Partei den revolutionären Kurs des wahren Nat. Soz. verlaſſen hat. Die N. S. D. A. P. hat gewollt oder ungewollt das Hochziel, die deutſche Revolution verraten und iſt in die reaktionäre Linie der parlamentariſchen Koalitionsparteien eingeſchwenkt.

Mandats- und Miniſterſeſſel ſind die Ideale der Führer von heute, Bonzen, Jeſuiten, September-Nazis und Fuhrmänner ſpielen heute die große Rolle und werden als „Kämpfer" bezeichnet.

Lipper, um den Ehrgeiz und die Eitelkeit eines **Fuhrmann** ſtillen zu können, werden die Aktiviſten, werden Wahrheit und Recht verſemt und über Bord geworfen.

Hitler ſagt: „Arbeiter, ſeht Euch Eure Führer an"! Jawohl, ſeht Euch **Fuhrmann** an u. handelt!

Kameraden, nicht für Fuhrmann, Bonzen, nicht für Parlament und Hitler-Legalität wollen wir kämpfen, ſondern für die Nationwerdung des deutſchen Volkes, für Befreiung der Arbeiter und Bauern.

Lipper kommt, kämpft mit! Ihr kennt uns alle als Kämpfer und ehrliche Kameraden! Weg mit den Fuhrmännern, fort mit Korruption und Lüge, hinein in die Kampfgemeinſchaft lippiſcher National-Sozialiſten.

Verantw. R. Winkelmann.

Union, Detmold

Abb. 1: Flugblatt der Gruppe um Winkelmann und Strobel, aus: StA DT L 113 Nr. 1165.

Für die Detmolder NSDAP führte das im Jahr 1931 zu einer schweren Existenzkrise. Eine von der Gauleitung erstellte Statistik der Mitgliederentwicklung zeigt für die Ortsgruppe in den ersten sechs Monaten des Jahres einen Rückgang von 127 auf 74, d.h. einen Verlust von 42%.[64] Karl Strobel gab am 2.4.1931 die Ortsgruppenleitung ab;[65] an seiner Stelle wurde am 17.5. der Gastwirt und SA-Truppführer Fritz Grüttemeyer eingesetzt.[66] Zwischendurch war ein Versuch des Gauleiters gescheitert, mit dem Bezirksleiter von Gelsenkirchen in Detmold einen Mann von außerhalb einzusetzen – es war der dritte Versuch dieser Art![67] Dies war die Situation, in der Fuhrmann, wie eingangs zitiert, die erneute Auflösung der Ortsgruppe als „letztes Mittel" im Hintergrund bereithielt.

Dramatisch wurde es, als Winkelmann und Strobel im Sommer 1931 in Flugblättern zur Beteiligung an einer neugegründeten 'Kampfgemeinschaft lippischer Nationalsozialisten' aufriefen. Darin hieß es:

> Kameraden, nicht für Fuhrmann, Bonzen, nicht für Parlament und Hitler-Legalität wollen wir kämpfen, sondern für die Nationwerdung des deutschen Volkes, für Befreiung der Arbeiter und Bauern.[68]

Es war ein Versuch, die Partei zu spalten, der allerdings rasch scheiterte. Strobel trat am 26.6.1931 aus der Partei aus, und Winkelmann folgte ihm zwei Wochen später, am 8.7.1931 – mit „revolutionärem Gruß" und einem verbitterten Resümee:

> Statt einer kampffrohen Minderheit fand ich nichts als einen Haufen bürgerlicher Interessenpolitiker.[69]

Dieser Angriff von 'links' auf die Einheit der Partei und die Verwendung des Begriffs der 'Kampfgemeinschaft' legen eine Verbindung zum Geschehen außerhalb Lippes nahe, wie sie auch Zeitgenossen sahen, die von der Gründung einer 'Stennes-Gruppe' in Lippe sprachen.[70]

Die beiden sog. Stennes-Revolten vom August 1930 und April 1931 waren Ausdruck der angewachsenen Spannungen zwischen NSDAP und SA im Reich. An verschiedenen Orten hatte die SA lokale Parteibüros überfallen. Walther Stennes selbst, der Stellvertreter Ostdeutschland des Obersten SA-Führers, hatte gewaltsam die Büros der Gauleitung in Berlin besetzt. Allerdings war es Hitler gelungen, die Revolte mit Hilfe der Polizei und der SS niederzuschlagen, die hier erstmals eine entscheidende Rolle spielte. Die Ursache der Spannungen waren damit allerdings nicht beseitigt: Die Gründung lokaler 'Kampfgemeinschaften' setzte sich ebenso fort wie die Zusammenstöße zwischen SA und Partei.[71] Auch das Geschehen in Lippe gehört in diese Reihe, wenn auch eine Beteiligung der SS hier nicht zu erkennen ist.

Letzten Endes waren alle diese Revolten an einer Fehleinschätzung gescheitert. Ihre Anführer hatten unterschätzt, daß die Person Hitlers die einzige Klammer war, die die heterogenen Elemente der NS-Bewegung zusammenhielt – die Alternative wäre der Zerfall dieser Bewegung und der Rückfall in die Zeit der völkischen Zirkel gewesen. Der Gesamtzusammenhang verdeutlicht indes, daß es falsch wäre, das lippische Unternehmen als unbedeutendes Lokalereignis abzutun. Hätte die Revolte der SA reichsweit Erfolg gehabt, wären die lippischen Revoltierenden durchaus auf der Höhe der Zeit gewesen.

Winkelmann selbst verließ Lippe für einige Zeit; nach der Rückkehr suchte er sein Heil in der Partei, der er auch schon früher nahegestanden hatte – der KPD.[72] Damit war das Ende seiner Irrfahrten noch nicht erreicht: Nach einer Schutzhaft im März 1933 versuchte er erneut, wenn auch erfolglos, in die NSDAP aufgenommen zu werden.[73] Am 23.4. 1934 starb er in Düsseldorf im Alter von 23 Jahren.[74] Strobel blieb in Detmold und versuchte 1934, wieder in die NSDAP aufgenommen zu werden. Anders als Herdejost wurde ihm dies jedoch mit dem Hinweis darauf verwehrt, daß er seinerzeit auf der falschen Seite gestanden hatte.[75]

Die Ortsgruppe im Jahr 1932

Das Jahr 1932 war auch für Lippe ein Schicksalsjahr. Dies wurde schon von vielen Zeitgenossen so gesehen – Lippe und Detmold spiegelten hier wiederum überregionale Entwicklungen und wirkten andererseits am Ende des Zeitraums auf sie ein. Im Reich wie auch in Lippe gab es eine fast unablässige, die finanziellen und personellen Mittel der Parteien erschöpfende Abfolge von Wahlen: von den Kommunalwahlen im Januar über die beiden Durchgänge der Reichspräsidentenwahlen im März und April, die beiden Reichstagswahlen im Juli und November bis zur Landtagswahl im Januar 1933.

Am Beginn stand ein überwältigender Wahlsieg der NSDAP in der Landeshauptstadt, am Ende die Ablösung der sozialdemokratischen Landesregierung. Nicht, daß der Wahlsieg rechter Parteien bei der Kommunalwahl vom 10. Januar 1932 in Detmold eine Überraschung gewesen wäre.[76] Aber der deutliche Sieg der NSDAP, die ihre Stimmenzahl verelffacht hatte – von 254 auf 2884 – und deren Fraktion mit acht Stadtverordneten doppelt so groß wie die der SPD geworden war, bedeutete doch einen qualitativen Sprung in einer Entwicklung, die ihre Parallele in den Erfolgen der Partei im Reich und in den anderen Ländern hatte.

Der Wahlsieg hatte am internen Chaos der NSDAP in Detmold allerdings nichts geändert. Der äußerliche Zugewinn brachte keine innerparteiliche Beruhigung mit sich. Die Reihe der gegenseitigen Denunziationen, Parteiausschlüsse, Verfahren vor den Parteigerichten, den 'USchlAs', d.h. den 'Unter-

suchungs- und Schlichtungs-Ausschüssen', wurde eher noch länger, und es läßt sich kaum ein führendes Parteimitglied finden, das nicht zwischenzeitlich vor einem solchen USchlA gestanden hätte oder zeitweilig ausgeschlossen gewesen wäre.[77]

Es ist bemerkenswert, daß alle diese Querelen den Aufstieg der NSDAP ebensowenig zu bremsen vermochten wie die beiden Skandale, die im gleichen Jahr die Detmolder Öffentlichkeit erregten. Man hat den Eindruck, daß die NSDAP in Detmold machen konnte, was sie wollte, und doch in jedem Falle gewählt worden wäre. Dabei hatten die einheimischen Aktivisten niemanden getäuscht: Sie waren immer als eine Gruppe unmoralischer, korrupter und gerichtsnotorischer Existenzen kenntlich, die ihre Gier nach Macht, Rang und Wohlstand mit der nationalsozialistischen Ideologie verbunden hatten.

Nachdem der Gaugeschäftsführer im Februar 1932 angemerkt hatte, daß „die bisherigen Zustände in Lippe nicht weiter andauern" könnten[78] und der NS-Bezirkspropagandaleiter Wolfgang Bergemann im März Fuhrmann als „für 90% der lippischen Führerschaft untragbar" bezeichnet hatte,[79] war unübersehbar, daß wieder ein Wechsel der Personen anstand. Tatsächlich verlor Fuhrmann im gleichen Monat seine Funktion als Bezirksleiter.[80] Sie wurde kommissarisch dem Hauptmann a.D. Walther Steinecke übertragen, einem „besonders schlimmen Scharfmacher", wie ihn Reinhard Wulfmeyer nennt.[81] Damit war erstmals ein Mann an der Spitze der lippischen NSDAP, der nicht aus dem Umkreis der Landeshauptstadt stammte, sondern in Lemgo lebte. Doch hatte es Steinecke verstanden, auch in Detmold einflußreiche Parteigenossen um sich zu scharen – den Oberpostschaffner a.D. Gustav Busch, Fritz Grüttemeyer, den Reisenden und SA-Führer Wilhelm Dettmer und die Frauenschaftsleiterin Meta Ulmke.[82]

In der Detmolder Stadtverordnetenfraktion der NSDAP hatten die bürgerlich ausgerichteten Mandatsträger die Mehrheit: mit dem Rechtsanwalt Ernst Tölle, der auch zum Stadtverordnetenvorsteher gewählt wurde, dem Studienrat Fritz Friedrichs, Hans von Donop, Ludwig Koch – jenem oben genannten ersten Nationalsozialisten im Landtag, der inzwischen zur NSDAP zurückgefunden hatte – und dem Großhändler Arthur Weber.

Unter den bürgerlichen Parteien sah die DNVP mit ihren drei Mandaten ebenfalls noch Grund zum Jubeln. Der Feind stand links, und man war davon überzeugt, mit dem bürgerlich-mittelständischen Potential der NSDAP zusammenarbeiten zu können. Der Kampf der DNVP sollte, wie die Unterlagen ihres Landesleiters, des Detmolder Rechtsanwaltes Dr. Helmuth Petri zeigen, bis zum Januar 1933 ausdrücklich keinesfalls der NSDAP gelten, sondern immer der Sozialdemokratie – eine fatale Fehleinschätzung, die im Januar 1933 die Landtagsmandate der DNVP auf eins reduzieren sollte.[83]

Die bürgerliche Mitte war dagegen auch in Detmold weitgehend zerrieben. Hitlers legalistischer, auf den Mandatserwerb in den Parlamenten zielender

Kurs hatte sich insofern bezahlt gemacht. Aber das bürgerliche Wählerpotential war damit aufgebraucht und hatte zur Mehrheitsbildung rechts außen nicht ausgereicht. Der Durchbruch war noch nicht gelungen und Hindenburg noch nicht bereit, Hitler die Kanzlerschaft zu übertragen.

Die Konsequenz der Reichsleitung der NSDAP war ein erneuter Kurswechsel, eine Radikalisierung, die nun auf das Wählerpotential der Arbeiterparteien zielte. Nachdem das Attribut 'national' im Parteinamen ausgereizt war, wurde jetzt wieder der 'sozialistische' Anspruch in den Vordergrund gestellt und der radikale Parteiflügel erneut aktiviert – Kritiker wie der Schriftsteller und Parteigenosse Hans Grimm zeigten sich entsetzt über diese vermeintliche „Bolschewisierung".[84]

Dieser Flügel wurde in Detmold nach dem Ausscheiden der 'Stennes-Rebellen' im vorangegangenen Sommer durch Personen repräsentiert, die jetzt in die erste Reihe rückten. An ihrer Spitze stand der neue Ortsgruppenleiter Fritz Grüttemeyer, neben ihm agierten so illustre Gestalten wie der wegen Gefangenenmißhandlung, Diebstahls und Betrugs verurteilte und aus dem Staatsdienst entlassene ehemalige Gefängniswärter Franz Harder,[85] Adjutant des lippischen SA-Führers Wilhelm Dettmer, und der durch die Parteien wandernde und zuletzt bei der zuvor bekämpften NSDAP gelandete Gustav Busch, den die „Landes-Zeitung" als 'Buscholini' verhöhnte.[86]

Zwei Skandale zettelte dieser Flügel an, die aber nicht nur als lokale Schmierenstücke zu belächeln sind, sondern erst vor dem Hintergrund der genannten reichsweiten Neuakzentuierung ihre Bedeutung erkennen lassen.

Der Theaterskandal

Der erste Skandal wurde am 11.4.1932 im Landestheater ausgelöst:

> Etwa zwanzig Nationalsozialisten schrien und brüllten durcheinander und stimmten schließlich das Horst-Wessel-Lied an. Die Kundgebung dauerte etwa sieben Minuten. Dann verließen die Störenfriede, nachdem sie noch einige Stinkbomben ins Parkett geschleudert hatten, das Theater ...[87]

Das Ganze war eine Inszenierung der Detmolder Ortsgruppe mit Fritz Grüttemeyer an der Spitze. Gestört wurde der aus Detmold stammende Unterhaltungskünstler Josef Plaut, ein Jude, der in einem seiner Lieder, den 'Lippischen Schützen', das Bramarbasieren in den Kriegervereinen persiflierte. Für eine Partei, deren einzige programmatischen Konstanten der Antisemitismus und die Kriegsverherrlichung waren und deren Anhängerschaft vom Schützengrabenerlebnis des Weltkriegs geprägt war, war dies ein schwer erträglicher Affront.[88]

Das Publikum aber wartete an jenem Abend darauf, unterhalten zu werden:

> Wer ins Theater geht, will nicht von politisierenden Radaubrüdern in seinem Kunstgenuß, für den er bezahlt hat, gestört werden.[89]

Genaugenommen bestand der Konflikt darin, daß hier die beiden die NS-Bewegung tragenden sozialen Schichten direkt aufeinandertrafen, provoziert von der einen, der 'Gasse', wie sie später einmal der Oberbürgermeister Dr. Peters nennen sollte,[90] an einem Ort, an dem die andere, das konservative Bürgertum, ihre Selbstdarstellung zu inszenieren pflegte. Der Skandal fand auch außerhalb Lippes sein Echo und hätte in der Abschreckung dieses Bürgertums ein gefährlicher Mißerfolg sein können, denn immerhin standen die Landtagswahl in Preußen sowie die Reichstagswahl bevor. Doch die deutschnationale „Lippische Tages-Zeitung" baute der NSDAP eine goldene Brücke:

> Wer mit dem hölzernen Säbel geistloser Spektakelsucht dreinschlägt und auf die Stinkbombentaktik schwört, wird kaum Erfolg haben. Wir sind für einen ritterlichen Kampf und glauben, daß auch die maßgebenden Führer der Hitlerbewegung unsere Auffassung, wie dieser Kampf zu führen ist, teilen.[91]

Bemerkenswert an diesem Kommentar ist weniger die Absage an den radikalen Teil der NSDAP als der Appell an die andere Fraktion. Hier ist jene latente Zustimmung zu Hitler und seinen Zielen zu erkennen, die schon bald in Lippe wie im Reich zur offenen Anbiederung werden sollte.

Die 'bürgerliche Fraktion' in der Ortsgruppe reagierte: Tölle, Friedrichs, von Donop, Koch u.a. analysierten in einem Schreiben an Steinecke v. 14.4.1932 das Problem:

> Es dürfte Ihnen bereits zu Ohren gekommen sein, daß die Verhältnisse der Ortsgruppe in Detmold der NSDAP nicht so sind, dass sie eine Erstarkung und ein Wachsen der Partei verbürgen. Dies gilt nicht nur für die Stadt Detmold, sondern in Anbetracht der Tatsache, dass Detmold Landeshauptstadt ist, und dass infolgedessen viele Nichtdetmolder auf die Ereignisse der Landeshauptstadt sehen, auch für viele ländliche Kreise.

Sie forderten zugleich die Ablösung Grüttemeyers als Ortsgruppenleiter, da „eine Zusammenarbeit der Unterzeichneten mit dem Ortsgruppenführer Grüttemeier [sic] ein Ding der Unmöglichkeit" sei, und nannten dann den entscheidenden Grund:

> Das Schlimmste aber ist dass weite Kreise der Detmolder Bevölkerung, die uns nahe stehen, Anstoss an den Dingen genommen haben und zwar berechtigten Anstoss.[92]

Das Gewicht der hier Protestierenden zeigt sich darin, daß sich Grüttemeyer tatsächlich nicht halten konnte. Im Mai des Jahres wurde ihm – offiziell wegen

N: S. D. A. P.
Ortsgruppe Detmold.

Einladung

zu einer

General-Mitglieder-Versammlung

am Montag, 5. September 1932, pünktlich abends 8,30 Uhr in Detmold, Hotel Odeon.

Das Erscheinen eines jeden Mitgliedes ist unbedingte Pflicht. — Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben.

Heil Hitler!
gez. **Grüttemeier**
Ortsgruppenleiter.

Abb. 2: aus: StA DT D 83 Nr. 353.

Eintrittskarte

zur großen öffentlichen Kundgebung
am Sonntag, dem 16. Oktober 1932, abends 8 Uhr im Neuen Kruge.

Es spricht:
Pg. Lehrer Ringhausen, M. d. R., **Offenbach** a. Main.

N.S.D.A.P., Ortsgruppe Detmold.

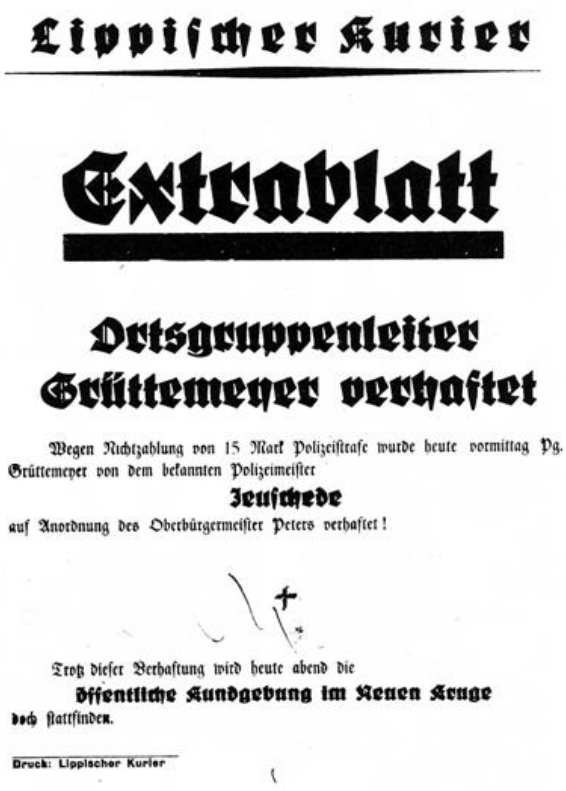
Eintritt 30 Pfg. *Juden haben keinen Zutritt.*

Abb. 3: aus: StA DT D 83 Nr. 353.

Unregelmäßigkeiten bei der Kassenführung – die Ortsgruppenleitung entzogen und Otto Keller, einem alten Mitglied der 'Stammtisch'-Runde, übertragen.[93] Ganz verzichten konnte und wollte man aber auf die Fraktion der 'Radikalen' nicht, die vielleicht noch gebraucht wurde.

Wie sehr es bei diesem Skandal aber um die schichtenspezifische Abgrenzung ging und nicht etwa um die Freiheit der Kunst oder den Schutz eines jüdischen Künstlers, zeigt der Beschluß der Stadtverordnetenversammlung vom 28.4.1932,

> Plaut zu ersuchen, das Lied bei seinen Vorträgen abzusetzen, um weitere Verärgerungen auszuschalten.[94]



Lippischer Kurier

Extrablatt

Ortsgruppenleiter Grüttemeyer verhaftet

Wegen Nichtzahlung von 15 Mark Polizeistrafe wurde heute vormittag Pg. Grüttemeyer von dem bekannten Polizeimeister

Zeuschede

auf Anordnung des Oberbürgermeister Peters verhaftet!

Trotz dieser Verhaftung wird heute abend die

öffentliche Kundgebung im Neuen Kruge

doch stattfinden.

Druck: Lippischer Kurier

Abb. 4: Flugblatt des „Lippischen Kuriers", aus: StD DT D 106 A Detmold Nr. 4102

Für die Gruppe um Grüttemeyer hatte ihr Auftritt im Landestheater kurze Zeit später noch ein gerichtliches Nachspiel. Hier stellte sich heraus, daß die meisten von ihnen vorbestraft waren, z.T. mit Gefängnis- und Zuchthausstrafen. Der „Lippische Kurier", das NS-Organ aus Lage, wies giftig daraufhin, daß immerhin keine Mörder darunter seien;[95] das sollte allerdings noch kommen: Zwei von ihnen, Fritz Grüttemeyer und Paul Wiese, gehörten 16 Monate später zu den Mördern Felix Fechenbachs. Das Verfahren endete mit Geldstrafen, nur der Stadtverordnete Glänzer wurde freigesprochen.[96]

Ein Jahr später forderte die Lippische Landesregierung in einem Telegramm vom neuernannten Reichspropagandamister Goebbels ein Verbot von Auftritten Plauts im Rundfunk; der Wunsch wurde als Anweisung an die Rundfunkanstalten weitergegeben.[97]

Vor dem Detmolder Gericht hatte Plauts Anwalt als Nebenkläger darauf hingewiesen, daß im ersten Weltkrieg Auftritte seines Mandanten an der Front sehr beliebt gewesen seien.[98] Es bleibt nachzutragen, daß das Lied von den Lippischen Schützen, dessen angeblich defätistischer Charakter solche Erregung hervorgerufen hatte, auch im Zweiten Weltkrieg vor Soldaten vorgetragen und stürmisch umjubelt wurde, wie die „Lippische Staatszeitung", das NS-Organ jener Zeit, mit Stolz vermeldete.[99]

Abb. 5: Detmolder Nationalsozialisten in 'Grüttemeyers Diele', 1931; aus: Institut für Lippische Landeskunde, Bildersammlung DT 34/8.

Der Skandal in der Stadtverordnetenversammlung

Ein in der Grundkonstellation ähnlicher Konflikt ergab sich im Herbst des Jahres, wenn auch nicht auf der Bühne des Landestheaters, sondern auf der politischen Bühne der Stadtverordnetenversammlung. Um ihrer erneuten Radikalisierung auch äußerlich Ausdruck zu verleihen, hatte die Reichsleitung der NSDAP ihre Mandatsträger angewiesen, in Zukunft uniformiert aufzutreten. Im Rückblick überrascht es, daß eine solche Aufforderung ergehen mußte, läßt sich doch für die Zeit nach der sog. Machtergreifung eine wahre Sucht nach Uniformen erkennen, eine Gier nach allen Symbolen der Zugehörigkeit zu den Siegern, die erst seit 1943 wieder deutlich nachließ.

Im Herbst 1932 aber gab es in Detmold sogar einen aktiven Protest: Am 24. September traten drei NS-Stadträte und vier Stadtverordnete zurück, darunter auch Ludwig Koch, der empört angab, er „habe es abgelehnt, mit 74 Jahren noch Uniform zu tragen."[100] Die „Landes-Zeitung" beklagte, daß:

> die Ortsgruppe Detmold der NSDAP den größten Teil ihrer in besonnener und sachlicher Weise an der Stadtverwaltung mitarbeitenden Kräfte verlieren wird.[101]

Die fünf Tage später präsentierten Nachrücker waren bekannte Radikale: Gustav Busch, Franz Harder und Fritz Grüttemeyer – eben jener, der gerade „Detmold in aller Welt lächerlich" gemacht hatte, Heinrich Sauer jun., Sohn des oben genannten Gastwirts, Willi Brand und Emil Aretz. Es waren Vorschläge, die als „eine Brüskierung der Bürgerlichen und Deutschnationalen" angesehen und deshalb von diesen abgelehnt wurden. Der Vorbestrafte und der Gastwirt, der Postschaffner und der SA-Rabauke waren nicht die von der DNVP gewünschten Bündnispartner für die Restauration der vordemokratischen Gesellschaftsordnung.

Diese Ablehnung provozierte den Kandidaten Aretz zu einem verbalen Amoklauf: Mit „gemeines bürgerliches Pack" und „bürgerlicher Misthaufen" wurde er am nächsten Tag in der Presse zitiert,[102] und Felix Fechenbach stellte am 30.9. im „Volksblatt" mit Blick auf das Harzburger Bündnis zwischen Hitler und Hugenberg genüßlich fest: „Jetzt ist der ganze Harzburger Käse auseinandergelaufen."

Die NSDAP aber machte in einer Presseerklärung deutlich, daß sie nicht daran dachte, ihre Rabauken fallenzulassen. Mit deutlicher Spitze gegen die DNVP fügte sie hinzu, daß „eine Verflachung nach dem sogenannten bürgerlichen Lager hier nicht in Erscheinung treten dürfe."[103]

Dennoch mußte die NSDAP mehrfach neue Kandidaten für den Stadtrat präsentieren, bis zuletzt am 17.10.1932 Hans Keller, der Steuerinspektor Friedrich August Bähre und der Kaufmann Martin Flasskamp gewählt wurden. Die Partei hatte taktische Flexibilität gezeigt, und es ist zweifelhaft, ob man mit der „Landes-Zeitung" von einer „Rückzugs-Blamage" sprechen darf.[104] Die Blamage lag doch eher bei den bürgerlichen Mandatsträgern, die glaubten, die interne Spaltung der NSDAP ausnutzen und 'anständige' gegen 'unanständige' Nationalsozialisten ausspielen zu können.

Diese beiden Skandale überlagerten die keineswegs beendeten, sondern in der gewohnten Form weitergeführten internen Auseinandersetzungen in der Ortsgruppe. Immerhin hatte der radikale Flügel diesmal die Rückendeckung der obersten Parteiführung. Es blieb ein labiles Gleichgewicht zwischen den Flügeln bestehen, und auch der Ortsgruppenleiter Otto Keller mußte weiterhin die „Flut der Uschla-Verfahren" beklagen.[105] Keller konnte seine Funktion im Übrigen auch nicht lange behalten, schon im Oktober löste ihn der Tabakwarenhändler Hans Pieper ab.

Am 16. September 1932 konnte Steinecke melden, daß er nunmehr endgültig von der Gauleitung „mit der Leitung des Staates Lippe beauftragt" worden sei[106] – eine verräterische Fehlleistung. Nichts spricht dafür, daß sich allein durch seine Benennung die Verhältnisse grundsätzlich geändert hätten. Der Auslöser für eine zeitweilige Einstellung der internen Grabenkämpfe kam erst von außen, als sich die Reichsleitung der NSDAP im Dezember zur Überra-

schung der Gauleitung wie auch der Lipper entschieden hatte, der anstehenden Landtagswahl in diesem zweitkleinsten Land des Reiches eine für die Reichspolitik entscheidende Bedeutung zu geben. Für einige Zeit mußte jetzt alle Energie der lippischen Nationalsozialisten diesem Ziel untergeordnet werden.[107]

'Machtergreifung' und Gleichschaltung

Nach dem Wahlsieg der NSDAP am 15.1.1933 hatte sich die Situation in Lippe grundlegend geändert. Die Auseinandersetzungen fanden nun auf einer anderen Ebene statt. Es ging nicht mehr um Machtpositionen innerhalb der Partei, sondern um Einfluß in Staat und Verwaltung; dadurch hatte sich die Handlungsebene von den Kommunen und Ortsgruppen auf das Land und die Gauleitung verschoben. Der das ganze Jahr 1933 bestimmende Prozeß, der mit dem Begriff der 'Gleichschaltung' bezeichnet wird, zeigt eine Eroberung der Macht von oben, die den Parteiformationen an der Basis fast keinen Spielraum ließ.[108]

Für die NSDAP war das ein durchaus schwieriger Prozeß. Sie mußte von der Sammlungsbewegung 'gegen Weimar' zu einer Organisation geformt werden, die in der Lage war, den Staat zu übernehmen. Für Lippe galt dabei noch mehr als für das Reich die Feststellung von Peter Diehl-Thiele, „daß wohl selten eine Partei so unvorbereitet zur Regierungsübernahme war wie die NSDAP im Jahre 1933."[109] Gerade bei der hier besonders dünnen Personaldecke konnte man sich weder einen Verzicht auf einzelne Personen noch eine innere Zerreißprobe erlauben, man brauchte die Vertreter beider Fraktionen. Dabei mußte man in Kauf nehmen, daß die internen Auseinandersetzungen voerst weiterschwelten. Der Bericht eines Agenten des Sicherheitsdienstes der SS (SD) über Lippe vom 18.4.1933 zeigte deshalb das gewohnte Bild:

> Seit dem 5. März gehen hier eigenartige Dinge im politischen Leben vor. Zwei Parteien innerhalb der NSDAP kämpfen um die Macht.[110]

Als Landespräsident und damit Chef des dreiköpfigen Landespräsidium war mit Rücksicht auf die bürgerlichen Parteien, die man bei den wenigen Abstimmungen im Landtag noch brauchte, Dr. Ernst Krappe gewählt worden. Der Leiter des Finanzamtes in Lemgo diente der NSDAP als Aushängeschild und war am 31.7.1932 sogar für drei Monate in den Reichstag gewählt worden, hatte aber innerhalb der Partei bisher keine Rolle gespielt. Die anderen Mitglieder dieses Gremiums waren der parteilose Landwirt Wilhelm Klöpper und der Handwerksmeister Adolf Wedderwille aus Lage. Nur dieser war als authentischer Exponent der NSDAP anzusehen. Er hatte sich bisher aus den in-

ternen Fraktionskämpfen geschickt herausgehalten und sollte schon bald der starke Mann' in Lippe werden.[111]

Die Vertreter des radikalen Parteiflügels erhielten Aufgaben im Unterdrükkungsapparat. Walter Steinecke wurde als 'Gaukommissar für die Gleichschaltung' eingesetzt; Wilhelm Dettmer war kommissarischer Polizeichef und zuständig für die Gleichschaltung der Sportvereine; Fritz Grüttemeyer wurde Ende Mai für die Gewerkschaften und die Konsumvereine zuständig.[112]

Im Sommer des Jahres sollte Grüttemeyer noch einmal eine wichtige Rolle spielen. Er gehörte zu den Tätern, die am 7. August Felix Fechenbach, den verhaßten Sozialdemokraten und Redakteur des „Volksblattes", auf der Egge zwischen Kleinenberg und Scherfede ermordeten. Es war ein Mord, der in den rechten Kreisen Detmolds begrüßt wurde – die Täter wurden nicht geächtet, sondern belobigt. Grüttemeyer wurde eine Woche später zum SA-Sturmbannführer befördert und brachte es in Detmold bald darauf auch noch zum Stadtverordneten – allerdings sollte er keine Rolle mehr in der ersten Reihe der Detmolder oder lippischen NSDAP spielen.[113]

Der Terror der Gleichschaltung war die negative Seite der Machteroberung; die positive aber sollte die Übernahme der staatlichen Verwaltung sein. Wie dies in der Stadt Detmold geschah, wie zwar einzelne Personen ausgetauscht wurden, sich aber dennoch kein Füllhorn von Planstellen über die 'alten Kämpfer' ergoß, ist im Beitrag von Wolfgang Bender in diesem Band anschaulich dargestellt.

Es soll aber betont werden, welche Bedeutung die Gleichschaltung der Stadtverordnetenversammlung im April 1933 für die Ortsgruppe hatte. Den zehn Mandaten der NSDAP standen nunmehr vier der SPD und vier des bürgerlichen Parteienverbundes gegenüber. Während die SPD schon bald gezwungen wurde, ihre Mandate aufzugeben, schlossen sich die bürgerlichen Mandatsträger der Fraktion der NSDAP an und spielten keine Rolle mehr. Die NSDAP hatte sich damit scheinbar mit dem Anspruch durchgesetzt, die Geschicke der Stadt zu bestimmen. In Wirklichkeit war dies eine Täuschung: Das Führerprinzip sah eine vertikale Lenkung innerhalb der Verwaltung selbst, nicht eine horizontale durch die entsprechenden Parteistellen vor. Die Deutsche Gemeindeordnung vom 30.1.1935 schloß die Ortsgruppen endgültig aus der kommunalen Verwaltung aus,[114] und die Querelen, die mehrfach von den Detmolder Ortsgruppen[115] gegen den Bürgermeister Keller angefacht wurden, waren eher ein Reflex dieser Ohnmacht.[116]

Nachdem die Machtfrage im Reich und in Lippe zugunsten der NS-Bewegung geklärt war, drohte nun doch noch jener 'Bürgerkrieg' im siegreichen Lager, der bisher aufgeschoben war. Es war reichsweit die SA, die Massenorganisation der Enttäuschten, die mit ihren Forderungen nach einer 'zweiten', der in ihrem Verständnis erst 'richtigen' Revolution und nach dem Aufbau einer von ihr dominierten Volksarmee den Konflikt auf eine gewaltsame

Lösung zutrieb. Es ist bekannt, wie Hitler ihn im Sommer 1934 löste: durch 89 Morde, die im vorhinein von der Reichswehr gebilligt und im nachhinein vom Reichstag legalisiert wurden.

Dieses Ereignis hat in Lippe keine Spuren hinterlassen, wenn man vom Verbalradikalismus eines Hans von Donop absieht, der gefordert hatte, „daß Papen und Seldte auch erschossen werden" und sich dafür eine Rüge Wedderwilles einhandelte.[117] Aber auch in Lippe klärte sich die Lage, löste sich das scheinbar unentwirrbare Geflecht politischer und personenbezogener Querelen auf.

Abb. 6: 'Einholung' des Gauleiters Dr. Meyer als Reichsstatthalter am 16.5.1934 in Detmold: Von links Meyer, Josef Stroop (2. Reihe), Grüttemeyer und Riecke; in Wehrmachtsuniform der Standortälteste Oberst Mayer-Rabingen, rechts neben ihm Wollenhaupt. Aus: Institut für Lippische Landeskunde, Bildersammlung LZ/3.

Tatsächlich hatte Dr. Krappe, der Kompromißkandidat, eine so geringe Hausmacht in seiner Partei, daß er schon im Mai 1933 fallengelassen werden konnte.[118] Der Gauleiter Dr. Alfred Meyer, der inzwischen auch zum Reichsstatthalter in Lippe ernannt worden war, sorgte für ein Revirement dergestalt, daß die bisherige kollektive Regierungsform des Landespräsidiums aufgelöst und Hans-Joachim Riecke als neuer 'Staatsminister' eingesetzt wurde. Riecke, dem als Gauinspekteur gleichzeitig ein gewisses Aufsichtsrecht über die lippische NSDAP zustand, brachte zwei wesentliche Qualifikationen mit sich. Er war unbestreitbar ein 'alter Kämpfer' und zugleich ein anerkannter Verwaltungsspezialist, so daß er von keiner Seite her angegriffen werden konnte. Diesmal gelang also der Versuch, die lippischen Verhältnisse mit der Einset-

zung eines von außen Kommenden zu regeln. Zu seinem Stellvertreter wurde Wedderwille ernannt, so daß nunmehr zwei ausgewiesene Exponenten der NSDAP die Geschicke des Landes lenkten.

Ein Jahr später erfolgte Schritt für Schritt die Ablösung der Vertreter des radikalen Parteiflügels. Sowohl Steinecke wie auch Dettmer hatten sich in den Jahren 1933 und 1934 durch zahlreiche Verfehlungen so weit kompromittiert, daß sie endlich in Lippe unhaltbar geworden waren. Dettmer wurde nach Bielefeld versetzt, während Steinecke mit Parteiausschluß und sogar Schutzhaft bedroht war, bevor er durch die 'Nibelungentreue' des Gauleiters rehabilitiert und mit einer Stelle bei der Gauleitung in Münster versorgt wurde.[119]

Adolf Wedderwille blieb es vorbehalten, auch die Verhältnisse in Detmold so weit zu stabilisieren, daß kein internes Konfliktpotential mehr sprengend hätte wirken können. Er selbst übernahm kommissarisch im Herbst 1933 die Ortsgruppenleitung;[120] nach seiner Einsetzung als Kreisleiter des Kreises Detmold am 1. März 1934 betraute er am 9. März den Oberschulrat Ludwig Wollenhaupt mit dieser Funktion.[121]

Auch Wollenhaupt war kein Einheimischer. Er kam aus Thüringen und hatte sich schon vor der Machtergreifung u.a. als Ortsgruppenleiter in Weimar als Nationalsozialist profiliert; auch in Lippe hatte seine Eingebundenheit in die NS-Bewegung nahezu demonstrativen Charakter: Er war Mitglied in der SA, dem NS-Fliegerkorps, dem NS-Lehrerbund, der NSV, in der NS-Kulturgemeinde, im Deutschen Volksbildungswerk, im Deutschbund, später auch im Reichsluftschutzbund und in der SS. Darüberhinaus war er in den Reihen der Deutschen Christen zu finden und sorgte als Staatskommissar für die Gleichschaltung der Lippischen Landeskirche; außerdem war er Stadtrat in Detmold.[122]

Für Detmold war er aber noch in anderer Hinsicht die Idealbesetzung: Nach Herkunft, Ausbildung und beruflicher Stellung war er der Vertreter der bürgerlichen Fraktion der NSDAP, die sich mit seiner Berufung endgültig durchgesetzt hatte. Der Blick auf das Korps der sieben Zellen- und 36 Blockleiter in jener Zeit bestätigt dieses Bild: Es dominierten die Beamten und Angestellten, gefolgt von den Handwerkern, in der Mehrzahl Meistern, während Arbeiter fehlten.[123] Die Strukturen der Detmolder bürgerlichen und mittelständischen Gesellschaft reproduzierten sich so auch innerhalb der NSDAP; wie sich umgekehrt die NSDAP auch in Detmold als die Partei des Bürgertums und des Mittelstandes etabliert hatte.

Ein Moment der Stabilisierung bestand weiterhin darin, daß ehemals wichtige Exponenten der Partei wie Hans von Donop zwar noch eingebunden waren, aber als Block- und Zellenleiter in die zweite Reihe abgeschoben worden waren.[124] Auch Otto Keller, Ex-Ortsgruppenleiter und jetzt noch Stadtverordneter, machte nur als antisemitischer Denunziant noch einmal von sich reden.[125] Mit der Ortsgruppenleitung durch Wollenhaupt war in Detmold die Zeit der inter-

nen Querelen tatsächlich vorüber. Es war der Zeitpunkt, an dem die Widersprüche, die als Leitmotive diese Untersuchung strukturiert haben, aufgehoben waren.

So hatte sich die bürgerlich-mittelständische Fraktion zuletzt durchgesetzt. Die Vertreter des radikalen Flügels der NSDAP hatten nie verstanden, daß sie zwar „mit der Revolution drohen", aber „nicht sie machen" sollten.[126] Die NSDAP wollte die Gesellschaft, die sie vorgefunden hatte, nicht grundlegend verändern. Als sich diese Erkenntnis allgemein durchgesetzt hatte, konnte sie mit einem hohen Grad an Zustimmung rechnen. Die NSDAP zielte auf die Freisetzung zerstörerischer Elemente, aber diese Elemente waren in der bestehenden Ordnung schon vorhanden. Ihre Herrschaft war auch in Detmold nicht der Einbruch des Schreckens von außen, sondern die Einlösung einer der latenten Möglichkeiten der deutschen Gesellschaft jener Zeit.

Anmerkungen

1. StA DT L 113 Nr. 1170.
2. Zank, Verleumdungen, Intrigen, und das alles aus den geringfügigsten und schmutzigsten Anlässen, schienen in der Partei zu Hause zu sein, Allan Bullock, Hitler. Eine Studie über Tyrannei, Bd. 1, Frankfurt 1964, S. 133.
3. Einen Überblick über die Anfänge der NSDAP in Lippe und ihre Vorläufer gibt Jürgen Hartmann, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP, in: „Lippische Mitteilungen" 60 (1991), S. 149-198.
4. Politischer Lebenslauf Herdejosts in StA DT L 113 Nr. 1196; Angaben auch bei Hartmann, Völkische Bewegung, S. 173 f.
5. Meldung an die Gauleitung v. 31.3.1938; s. StA DT L 113 Nr. 563. Als Ortsgruppenleiter wird Robert Eidam genannt.
6. Herdejosts Text v. 15.10.1933 war eine Reaktion auf eine Darstellung der 'Kampfzeit' in Lippe, die Walther Steinecke am 21.6.1933 im „Hannoverschen Kurier" präsentiert hatte ('Buch Deutscher Geschichte' – 'Der Kampf um Lippe – Sieg!'). Herdejost schickte ihn u.a. Steinecke und dem Gauinspekteur Hans-Joachim Riecke zu, er ist in mehreren Exemplaren erhalten, u.a. in StA DT L 113 Nr. 30.
7. So der zeitweilige Ortsgruppenleiter Willi Röhr in seiner am 19.7.1927 an Herdejost gerichteten Austrittserklärung, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (im Folgenden: HStA) Düsseldorf RW 23 Nr. 84.
8. Mehrere Verurteilungen Otto Grüttemeyers wegen Körperverletzung, Beleidigung, Betrugs in StA DT D 106 Detmold Nr. 817, Nr. 819.
9. Mit Wendungen dieser Art beginnen üblicherweise die Beschwörungen des Hitler-Mythos; hier zitiert nach E. Knipfer u. Erich Hampe (Hrsg.), Der zivile Luftschutz. Ein Sammelwerk über alle Fragen des Luftschutzes, Berlin ^{2}1937, S. 249.
10. Dazu ausführlich Hartmann, Völkische Bewegung, sowie Hüls, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik, Detmold 1974, S. 134. Koch war auf der DNVP-Liste auf Platz 6, Schröder auf Platz 13 plaziert; als dritter Nationalsozialist stand der Landwirt Simon Busch auf Platz 22. Der Streit um die Listen

wurde 1934 noch einmal im Rahmen eines Vorverfahrens der Staatsanwaltschaft gegen Herdejost thematisiert, s. StA DT D 21 B Zug. 39/1954, Nr. 7.

11. Die Gauleitung Ruhr wurde seinerzeit kollektiv von Joseph Goebbels, Karl Kaufmann und Franz Pfeffer von Salomon geleitet. Letzterer, zuständig für die SA und für Organisation, ersetzte am 30.12.1924 Schröder durch Herdejost, Schreiben an den Wahlleiter in Lippe v. 5.1.1925, StA DT M 15 Nr. 315.
12. Die Kandidaten der NSFB für Landtag und Stadt Detmold bei Hüls, S. 134 und bei Hartmann, Völkische Bewegung, S. 182 ff. Herdejost selbst kandidierte nur bei der Kommunalwahl. Das Wahlergebnis für den Landtag s. Hüls, S. 52; für Detmold s. StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
13. Ihren ersten 'offiziellen' Vertreter im Landtag erhielt die NSDAP allerdings erst nach dem Übertritt des Landvolk-Abgeordneten Heinrich Helms aus Graben am 21.11.1931.
14. Zur Rolle des Stammtischs als Fortführer des verbotenen Deutschvölkischen Trutzbundes und zu seiner Funktion als Förderer der NSDAP im NS-Opferring s. Hartmann, Völkische Bewegung, S. 170 f.
15. Einladungen zum Stammtisch in StA DT L 113 Nr. 1160.
16. Vgl. den Nachruf der „Lippischen Staatszeitung" auf Sauer v. 30.3.1944: „Aus einem einfachen Erwerbsbetriebe machte er eine Hochburg des völkisch-nationalen Gedankens."
17. Wiegand, gebürtiger Detmolder, der in Münster studierte und dort die NSDAP-Ortsgruppe mitgegründet hatte, spielte als Werber für die NSDAP in Detmold eine kaum zu überschätzende Rolle. Später wurde ihm dafür die Leitung von Landesarchiv, Landesmuseum und Landesbibliothek übertragen, s. seine Personalakte in StA DT L 80 I Pers. Nr. 1967.
18. S. L 113 Nr. 1160.
19. Schreiben Herdejosts an die Gauleitung v. 19.1.1928, HStA Düsseldorf RW 23 Nr. 84. Als Beispiel wird Wiegand genannt, der sich aus 'gesellschaftlichen Gründen' weigerte, an den Sprechabenden der Partei teilzunehmen.
20. Vgl. seine Korrespondenz mit Gauleiter Wagner, Bundesarchiv Außenstelle Berlin-Zehlendorf. Hier liegen die Materialien des früheren Berlin Document Center; sie werden im Folgenden mit 'BDC' und dem betreffenden Namen zitiert, zu dem die Unterlagen herangezogen wurden.
21. Schreiben an Gauleiter Kaufmann v. 5.3.1928, HStA Düsseldorf RW 23 Nr. 84.
22. Beschwerden über Herdejost und Klagen über die finanzielle Lage Lippes in HStA Düsseldorf RW 23 Nr. 84.
23. StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
24. Meldung Kaufmanns v. 25.2.1928, HStA Düsseldorf RW 23 Nr. 84.
25. Kaufmann an Herdejost v. 10.4.1928, wie Anm. 28.
26. Der Großgau Ruhr war im Sommer 1928 aufgelöst worden; aus einzelnen Bezirken entstanden die neuen Gaue Düsseldorf und Essen, während die verbliebenen Gebiete unter dem bisherigen Leiter des Bezirks Bochum, Josef Wagner, den Gau Westfalen bildeten. Am 1.10.1928 teilte Wagner Lippe in drei Unterbezirke auf: Barntrup, mit Barntrup, Blomberg, Brake und Schwalenberg; Salzuflen, mit Lage, Lemgo, Salzuflen, Amt Schötmar; Detmold, mit Amt und Stadt, s. StA DT M 15 Nr. 132. Es war einer der vielen Versuche, der regionalen Schwerpunktbildung durch die Einführung von Zwischeninstanzen zwischen Bezirk und Ortsgruppen Rechnung zu tragen; erst die Einteilung in die beiden Kreise Detmold und Lemgo 1932 erwies sich bis zu ihrer Zusammenlegung 1938 als tragfähig.

27. Der Vorname Homanns wird in den Quellen unterschiedlich angegeben; die standesamtliche Eintragung des am 30.3.1891 in Bröderhausen Geborenen gibt die Vornamen 'Heinrich Friedrich Wilhelm' an, StA DT/Personenstandsarchiv, P 3/10 Nr. 1179.
28. Und zwar zum 19.9., dem Datum des Schreibens, mit dem ihm die Absetzung mitgeteilt wurde, obwohl Wagner den Eindruck zu vermitteln suchte, die Absetzung sei mit Herdejosts Einverständnis erfolgt, s. Schreiben Wagners an Herdejost v. 20.8.1928, StA DT M 15 Nr. 132.
29. „Völkischer Beobachter" v. 5.11.1928.
30. Schreiben Homanns an Wagner v. 22.12.1928, wie Anm. 31. Nach den Angaben der „Chronik des Bannes Lippe (55)" der HJ waren acht Personen an der Neugründung beteiligt, darunter der spätere HJ-Führer Paul Rosin, s. StA DT L 113 Nr. 942.
31. Bericht über seine Aktivitäten sowie auf den Parteiausschluß im Schreiben des Salzufler Ortsgruppenleiters Horstmann an Homann v. 4.4.1929, StA DT M 15 Nr. 128. Offen blieb auch schon damals, ob der Ausschluß überhaupt Gültigkeit hatte oder ob nicht Herdejost wie auch andere Mitglieder der Ortsgruppe als Einzelmitglieder bei der Reichsleitung geführt waren, der Ortsgruppenleiter also für einen Ausschluß nicht zuständig war; diese Überlegungen im Schreiben Homanns an Wagner v. 24.7.1929 in StA DT M 15 Nr. 132.
32. Schreiben Homanns an Wagner v. 24.7.1929, StA DT M 15 Nr. 132. Beim 'Fuchsbau' handelt es sich um eine Gaststätte in der Langen Straße in Detmold.
33. Schreiben Strobels v. 25.12.1929, St A DT, L 113 Nr. 1168.
34. Zu Fricke und seiner Beteiligung an der Ermordung des Landarbeiters Walter Kadow in der Nacht vom 31.5. zum 1.6.1923 s. Hartmann, Völkische Bewegung, S. 171, Anm. 135.
35. Schreiben Strobels, wie Anm. 35; s. auch Schreiben Herdejosts an Fricke v. 30.11.1929, StA DT L 113 Nr. 1168.
36. Zu Romstedt und Winkelmann siehe ihre Charakterisierung in Frickes vermutlich 1929 verfaßter 'Denkschrift' in den Ermittlungsakten des Oberreichsanwalts gegen Fricke, Winkelmann und Fuhrmann wegen des Verdachts der Vorbereitung zum Hochverrat, Bundesarchiv (im Folgenden: BA) Abteilung Potsdam R 3003/12 J 17/30, Bd. 1. Rudolf Schöning war der Betreiber der 'Großdeutschen Buchhandlung' in Detmold und zeitweilig Bezirksgeschäftsführer. Frickes Vertraute waren nach Ausweis ihrer Unterlagen im BDC durch Gewalttaten ausgewiesen und hatten u.a. an verschiedenen Straßenkämpfen teilgenommen; sie finden sich später im Umfeld von Walther Stennes und Otto Strasser.
37. Schreiben an Wagner, Anfang August 1929, StA DT M 15 Nr. 132.
38. Vgl. die Beauftragung durch den Gauleiter am 8.8.1929: „Ihr Arbeitsgebiet erstreckt sich über das Stadtgebiet Detmold sowie Amt Detmold als Unterbezirk der NSDAP", in: StA DT L 113 Nr. 1168. Die Beauftragung mit der Bezirksleitung ist nicht zu datieren. Die später sog. Hoheitsträger der NSDAP wurden in dieser Zeit wechselweise als 'Führer' und 'Leiter' bezeichnet; erst ein Rundschreiben des Reichsorganisationsleiters Gregor Strasser vom 9.1.1930 legte die Bezeichnungen 'Führer' für die SA und 'Leiter' für die Parteiorganisation fest, s. StA DT M1IP Nr. 604.
39. Homann an Wagner v. 18.11.1929, StA DT M 15 Nr. 132.
40. Schreiben v. 10.12.1929, StA DT L 113 Nr. 1168.
41. BDC, Lerch.
42. Den genauen Hergang des Geschehens zeichnet die Anklageschrift des Oberstaatsanwaltes Tornau nach. In einem an den „Völkischen Beobachter" gesandten Bericht

des Ortsgruppenleiters Strobel v. 31.3.1930 wird die Aktion zugegeben und verharmlost: „Es handelte sich somit um eine innere Angelegenheit der Bewegung zur Aufrechterhaltung der Parteidisziplin." Beides in StA DT M 4 Nr. 60.

43. Zu den vertraulichen Mitteilungen aus den Reihen der NSDAP an Fechenbach s. Jürgen Hartmann, 'Im Kampf gegen Rechts' – Felix Fechenbachs Frühzeit beim Detmolder 'Volksblatt', in: Landesverband Lippe u.a. (Hrsg.), Felix Fechenbach 1894–1933. Journalist, Schriftsteller, Pazifist, Detmold 1994, S. 85-99, hier S. 95 ff.
44. Im „Volksblatt" v. 28.11.1929.
45. Schreiben Frickes an Fuhrmann v. 16.2.1930; vgl. auch die Forderungen des Detmolder Rechtsanwaltes Dr. Petri an Fricke, beides in StA DT L 113 Nr. 1168.
46. Parteiaufnahme Fuhrmanns lt. BDC am 1.12.1929. Nach seiner Aussage vor dem Amtsgericht Detmold am 16.4.1930 hatte er sich allerdings schon seit September für die NSDAP betätigt, s. BA Abt. Potsdam R 3003/12 J 17/30, Bd. 1. Zu seiner Beauftragung vgl. die Mitteilung Wagners an Homann v. 10.2.1930, StA DT M 15 Nr. 132.
47. Herdejost hatte nach seiner Amtsenthebung Unterlagen der Ortsgruppe behalten. Einen Teil davon übergab er später Dr. Wiegand, s. StA DT, L 113 Nr. 445; vermutlich gestand man ihm dafür die Wiederaufnahme zu. Im November 1944 holte die NSDAP-Kreisleitung Hameln eine Auskunft über den inzwischen nach Bad Pyrmont Verzogenen ein; die Antwort der Kreisleitung Lippe v. 15.2.1945 zeigt, daß man sich hier nicht mehr an ihn erinnerte, s. StA DT L 113 Nr. 734.
48. S. ihre Unterlagen im BDC.
49. BDC, Strobel.
50. Laut einer Statistik v. 27.11.1930 verzeichnete die Ortsgruppe Detmold 182 Mitglieder, Lemgo und Lage als die beiden nächstgrößten dagegen nur 55 bzw. 52 Mitglieder, s. StA DT L 113 Nr. 355; weitere Mitgliedslisten in L 113 Nr. 1170.
51. StA DT L 113 Nr. 366.
52. Die Kontakte stellte Strobel her, der außerdem durch seine Bekanntschaft mit dem Obersten Hierl, dem späteren Reichsarbeitsführer, auch Verbindungen zu Berliner Reichswehrkreisen hatte, s. BDC, Strobel.
53. Sein Bericht v. 12.3.1930 in StA DT M 4 Nr. 60.
54. Bericht Bergmanns über die Aktion v. 27.3.1930; darin auch der Hinweis, daß Winkelmann als Führer der lippischen HJ fungierte. S. auch BA Abt. Potsdam R 3003/12 J 17/30, Bd. 2.
55. Die Suche der Polizei nach der 'undichten' Stelle in den eigenen Reihen blieb erfolglos, s. StA DT M 4 Nr. 60.
56. Bericht Strobels an den „Völkischen Beobachter" v. 31.3.1930, StA DT M 4 Nr. 60.
57. Frickes Texte 'Denkschrift' und 'Vormarsch in Lippe' sowie Winkelmanns Briefe in BA Abt. Potsdam R 3003/12 J 17/30, Bd. 1.
58. Beide Vernehmungen vor dem Lippischen Amtsgericht II Detmold am 16.4.1930, wie Anm. 58. Interessant ist Fuhrmanns Begründung für seine Absage an Gewalt: „Ich bin der Meinung, daß meine Partei keine gewaltsame Revolutionspolitik zu betreiben braucht, weil ich glaube, daß die inneren und äußeren Verhältnisse Deutschlands bewirken, daß die Mehrheit des Volkes uns zufällt, sodaß sich ein neues Reich ohne Gewaltpolitik nach unseren Gedankengängen aufbauen läßt."
59. Zur Eröffnung s. „Westfälische Zeitung" v. 23.4.1930; auch der Berliner Abend hatte das Verfahren unter der Überschrift 'Fememord und Hochverrat' gemeldet, obwohl der Oberreichsanwalt eine Information der Presse abgelehnt hatte, s. BA Abt. Potsdam R 3003/12 J 17/30, Bd. 1. Zur Einstellung des Verfahrens s. die Meldung der

„Westfälischen Neuesten Nachrichten" v. 7.7.1930. Die Einstellungsverfügungen in BA Abt. Potsdam R 3003/12 J 17/30, Bd. 1; darin auch die endgültige Einstellung des Verfahrens gegen Fricke am 18.1.1933.

60. Anklageschrift Tornaus vom 29.9.1930 in StA DT M 4 Nr. 60.
61. Auflistung von Winkelmanns 'Aktivitäten' durch Fuhrmann, StA DT L 113 Nr. 1171.
62. Schreiben Steineckes an die Gauleitung v. 21.5.1932, StA DT L 113 Nr. 466.
63. Bericht K. v. Porsanners über die „unhaltbaren Zustände in Lippe" v. April 1931, in: BDC, Fuhrmann
64. Statistik der Mitgliederbewegung v. 1.7.1931 betr. den Zeitraum vom 1.1. bis 1.6.1931, StA DT, M 15 Nr. 130.
65. Austritt am 26.6.1931, BDC, Strobel.
66. BDC, Grüttemeyer. Der gelernte Kellner betrieb von 1919 bis 1932 die Schankwirtschaft 'Grüttemeyers Diele', Lange Str. 37; aktenkundig sind regelmäßige Überschreitungen der Polizeistunde, vermutlich bei Hinterzimmertreffen von SA- und NSDAP-Mitgliedern, sowie mehrere Gewalttätigkeiten gegenüber Gästen, s. StA DT D 106A Detmold Nr. 4095, 4102, 4404 und 4406.
67. Schreiben Fuhrmanns v. 6.4.1931 an den Vorsitzenden des Obersten Parteigerichts Walter Buch, in: BDC, Winkelmann.
68. StA DT L 113 Nr. 1165.
69. Austrittserklärung Strobels in BDC, Strobel; Austrittserklärung Winklmanns v. 8.7.1931, in: BDC, Winkelmann. Seinem Austritt folgte am 20.7.1931 noch der Ausschluß.
70. Der Begriff der 'Kampfgemeinschaften' wurde von Otto Strasser geprägt, der sich am 4.7.1930 mit dem Ruf: „Die Sozialisten verlassen die NSDAP", von der NSDAP getrennt und zur Gründung von 'Kampfgemeinschaften revolutionärer Nationalsozialisten' aufgerufen hatte. Er wurde dann von den Revoltierenden der SA übernommen.
71. S. dazu Peter Longerich, Die braunen Bataillone. Geschichte der SA, München 1989, S. 93 ff.
72. Die „Lippische Landes-Zeitung" (im Folgenden: LZ) berichtete im Laufe des Jahres 1923 regelmäßig über die Fortsetzung seiner gewalttätigen Aktivitäten und diverse Konflikte mit der Rechtsordnung. Dazu auch Jürgen Hartmann, Zur Geschichte der KPD und zum kommunistischen Widerstand in Lippe (1920 bis 1945), in: „Lippische Mitteilungen" 62 (1993), S. 199-251, hier S. 213 ff.
73. Meldung über seine Schutzhaft in der LZ v. 3.3.1933; der Versuch der Neuaufnahme in die NSDAP in: BDC, Winkelmann.
74. BDC, Winkelmann; Todesdatum laut Eintrag beim Standesamt Düsseldorf-Benrath.
75. StA DT L 113 Nr. 366.
76. In einem Bericht an die Hauptgeschäftsstelle seiner Partei in Berlin wies der DNVP-Landesvorsitzende Helmuth Petri am 14.1.1931 auf eine Besonderheit Lippes hin: „.... die Städte sind rechts, das Land ist links. Der Arbeiter wohnt bei uns nicht in der Stadt, sondern auf dem Lande ...", StA DT D 72 Helmuth Petri Nr. 3.
77. Eine Reihe dieser Fälle in StA DT L 113 Nr. 423 und Nr. 466.
78. Schreiben an den Bezirkspropagandaleiter Bergemann v. 6.2.1932, StA DT L 113 Nr. 1187.
79. In seiner 'Denkschrift über den 1. und 2. Reichspräsidentenwahlkampf Lippe' v. 14.3.1932, StA DT L 113 Nr. 1187.
80. Fuhrmann sollte später noch einen letzten spektakulären Auftritt haben, als die „Lippische Tages-Zeitung" (im Folgenden: TZ) am 14.1.1933, einen Tag vor der Landtagswahl, seinen Parteiaustritt meldete.

81. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 37.
82. So rückblickend Dr. Ernst Krappe im Schreiben an den Vorsitzenden des Gau-USchlA Ummen v. 23.6.1933, in StA DT L 113 Nr. 423.
83. S. StADT D 72 Helmuth Petri.
84. Meldung von Grimms Parteiaustritt in der LZ v. 2.11.1932.
85. S. seine Personalakte in StA DT L 80 I Pers. Nr. 614.
86. LZ v. 28.9.1932.
87. TZ v. 13.4.1932. Das Theater war aus finanziellen Gründen geschlossen; es erboste die NSDAP besonders, daß es nun für einen jüdischen Künstler geöffnet wurde.
88. Die Hetze gegen Plaut wurde im NS-Organ „Lippischer Kurier" (im Folgenden: LK) anschließend bis zum 28.5.1932 zum Dauerthema.
89. TZ v. 13.4.1932.
90. Vgl. den Beitrag von Wolfgang Bender in diesem Band.
91. TZ v. 13.4.1932.
92. StA DT L 113 Nr. 356.
93. Schon im April hatte Friedrichs Keller ins Gespräch gebracht; hierzu und zu Grüttemeyers Absetzung StA DT L 113 Nr. 356.
94. Im Bericht der TZ v. 29.4.1932.
95. LK v. 23.5.1932.
96. LK v. 19.5.1932.
97. LK v. 18.4.1933.
98. LZ v. 20.5.1932.
99. „Lippische Staatszeitung" v. 12.10.1941.
100. Über das ganze Geschehen berichten die lippischen Tageszeitungen ausführlich. Die Rücktrittsschreiben in StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
101. LZ v. 25.9.1932.
102. Alle Zitate aus der TZ v. 30.9.1932. Die TZ, deren Verlagsdirektor, Alwin Herzfeld, schon seit 1930 NSDAP-Mitglied war, vermied es dabei, selbst die nationalsozialistischen Kandidaten anzugreifen, sondern übernahm wörtlich die Wertungen aus der LZ v. 28.9.
103. Nach einem internen, aber von der LZ am 29.9. zitierten Bericht Buschs, der inzwischen das Amt des 'Kommunalpolitischen Fachberaters' der Ortsgruppe bekleidete.
104. LZ v. 12.10.1932.
105. Keller an die 'Bezirksleitung in Lemgo', d.h. an Steinecke v. 21.5.1932, StA DT L 113 Nr. 356.
106. StA DT L 113 Nr. 466.
107. Dazu Jutta Ciolek-Kümper, Wahlkampf in Lippe. Die Wahlkampfpropaganda der NSDAP zur Landtagswahl am 15. Januar 1933, München 1976.
108. Zu dieser Zeit in Lippe Wulfmeyer, Machtergreifung.
109. Peter Diehl-Thiele, Partei und Staat im Dritten Reich. Untersuchungen zum Verhältnis von NSDAP und allgemeiner innerer Staatsverwaltung. München ^{2}1971 (Studienausgabe), S. 33, Anm. 90.
110. StA DT L 113 Nr. 423.
111. Zu Wedderwille s. meinen Beitrag Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 199-229.
112. Zu Dettmer und Steinecke s. StA DT L 113 Nr. 52 u. 53; zu Grüttemeyer s. L 113 Nr. 1229.

113. Zu diesem Komplex s. Wolfgang Müller, 'Nie ganz vergessen'. Die Erinnerung an Felix Fechenbach in Lippe, in: Landesverband Lippe u.a. (Hrsg.), Felix Fechenbach, S. 118-150.
114. Zu diesem Komplex s. Diehl-Thiele, Partei, S. 135-172.
115. Anfang 1936 wurde die Ortsgruppe Detmold erstmals, zum 1.4.1939 ein weiteres Mal in nunmehr vier Ortsgruppen geteilt (Detmold-Ost, -Nord, -Süd und -West).
116. Diese Wertung bezieht sich auf den Einfluß der Ortsgruppe auf die Stadtverwaltung. Ihre Rolle bei der Verfolgung der jüdischen Einwohner Detmolds und ihre Machtposition bei der Kontrolle der Bevölkerung ist dadurch nicht geringer, sondern eher gesteigert worden.
117. Vorgang in StA DT L 113 Nr. 341.
118. Er war im Urteil Wedderwilles „das Gegenteil eines nationalsozialistischen Kämpfertyps" und „glaubte, seine Aufgabe ohne die Partei lösen zu können", Wedderwille im Schreiben an den Gauleiter v. 1.9.1936, in: StA DT L113 Nr. 423.
119. Zu Steinecke vgl. etwa den SD-Bericht v. 10.7.1934, in dem u.a. Verwunderung darüber geäußert wurde, „weshalb ihn der Gauleiter trotzdem hält und immer einflußreichere Posten gibt", in: StA DT L 113 Nr. 423; Meyers Festhalten an Steinecke dürfte in dessen Rolle bei der Organisation des Lippischen Wahlkampfes und bei der Berufung Meyers als Reichsstatthalter für Lippe begründet sein. Zu Steinecke auch L 113 Nr. 30; zu Dettmer L 113 Nr. 423, 469 u. 471.
Andere 'alte Kämpfer' von geringerer Bedeutung kamen nicht so glimpflich davon. Der oben erwähnte Franz Harder etwa wurde nach einer Verurteilung zu einer Zuchthausstrafe zu zwei Jahren auf Betreiben Rieckes in das Konzentrationslager Dachau abgeschoben, von dem aus er erst auf Intervention des Gauleiters wieder in 'normale' Strafhaft überführt wurde, s. StA DT L 113 Nr. 30.
120. Lt. Schreiben Rieckes als Gauinspekteur v. 16.10.1933, StA DT L 113 Nr. 30.
121. StA DT L 113 Nr. 30; s. auch die „Lippische Staatszeitung" v. 14.3.1934.
122. S. seine Personalakte in StA DT D 99 Nr. 1465. Nach 1945 versuchte Wollenhaupt im Kampf um seine Pension, sich mit 'Persilscheinen', in denen seine fachlichen Qualitäten herausgestellt und die Parteiämter als belanglos abgetan wurden, aus diesem dichten Netz herauszulösen.
123. Auflistung vom 24.4.1934, StA DT L 113 Nr. 284.
124. Wie Anm. 129. Von Donop war Leiter der Zelle III Alexanderplatz. Allerdings behielt er sein bedeutungslos gewordenes Amt als Ratsherr; in Beiträgen der LZ zu seinem 90. und 95. Geburtstag wurde diese Tätigkeit herausgehoben, die NSDAP allerdings nicht erwähnt, s. LZ v. 5.8.1962 u. 5.8.1967.
125. S. StA DT L 113 Nr. 463.
126. So auf die SA bezogen Bullock, Hitler, S. 165.

Wolfgang Bender

Die 'NS-Machtergreifung' in Detmold

I. Der Aufstieg der NSDAP und die Gleichschaltung der politischen Gremien in Detmold.

Die Machtergreifung, besser Machtübernahme und Machtdurchsetzung, der Nationalsozialisten in Rat und Verwaltung der Stadt Detmold war kein spontaner oder gar revolutionärer Akt wie das Wort 'Ergreifung' und die zeitgenössische NS-Propaganda suggerieren, sondern ein längerer Prozeß, der sich vom Februar 1932 bis zum Frühjahr 1933 hinzog. In diesem Zeitraum gelang es den Nationalsozialisten schrittweise auf (pseudo)legalem Wege sowie durch den Druck der Straße, die Macht in der Residenzstadt vollständig zu erobern, die politischen Gremien gleichzuschalten, ihre Gegner einzuschüchtern und auszugrenzen sowie die Verwaltung zu 'säubern'.

Erste Wahlerfolge

Der rasante Aufstieg der NSDAP in Detmold läßt sich zeitlich in das Jahr 1930 verorten. Zählte die Detmolder NS-Ortsgruppe zu Beginn jenes Jahres mindestens 25 Mitglieder, so waren es Ende des Jahres, nach der Reichstagswahl vom 14. September, die der NSDAP reichsweit zum Durchbruch verholfen hatte, bereits 182.[1]

Konnte die Wahlliste der NSDAP in der Landeshauptstadt, mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Kaufmann Carl Herdejost,[2] nur ganze 254 Stimmen bei der Kommunalwahl im Januar 1928 auf sich vereinigen und war somit nur eine bedeutungslose Splitterpartei unter mehreren, so verelffachte sich bei der Kommunalwahl vom Januar 1932 ihre Stimmenzahl auf dem Höhepunkt von Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in Lippe wie im Reich auf 2884, was rund 32% der abgegebenen gültigen Stimmen in der Beamten- und Pensionärsstadt entsprach.[3] Die NSDAP war hinsichtlich der Wählerstimmen mit Abstand bedeutendste politische Kraft in der während der Weimarer Zeit bei Kommunalwahlen stets bürgerlich-nationalkonservativ ausgerichteten protestantischen Kleinstadt Detmold geworden. Die SPD folgte 1932 als zweitstärkste Kraft weit abgeschlagen mit 1358 Wählern und Wählerinnen. Die Zahl der NSDAP-Mandate in der 24köpfigen Stadtverordnetenversammlung stieg von null auf acht.[4] Für die NSDAP zogen folgende Männer in das Stadtparlament ein: der

Studienrat Fritz Friedrichs, der Tischler Heinrich Glänzer, der Reisende Willi Gößling, Major a.D. Hans von Donop, der Rechtsanwalt Ernst Tölle, der Kellner Walter Gottschalk, der Gastwirt Carl Kuthe sowie der Großhändler Artur Weber. Im Laufe des Jahres rückten der Werkmeister Willi Brand der Hotelier Heinrich Sauer jun. und der Kaufmann Emil Aretz nach.[5] Bezeichnenderweise befand sich kein Arbeiter und keine Frau unter den genannten elf Mandatsträgern! Die Arbeit der NS-Fraktion zeichnete sich nach Ausweis der gesamten nichtnationalsozialistischen lippischen Presse in den folgenden Monaten durch polemische und effektheischerische Anträge, unerfüllbare Forderungen, rüpelhafte Auftritte und Unfähigkeit einzelner Mitglieder aus; ferner durch die gemeinsame Abwahl des Stadtrates mit den Linksparteien am 4. Oktober 1932.

Der Detmolder Stadtrat (Magistrat) setzte sich gemäß § 50 des lippischen Gemeindeverfassungsgesetz von 1927 aus dem hauptamtlichen Oberbürgermeister als dem Chef der Verwaltung, seinem hauptamtlichen Stellvertreter, beide auf zwölf Jahre gewählt, und weiteren sechs ehrenamtlich arbeitenden Stadträten, die ebenfalls von den Stadtverordneten auf Dauer der Legislaturperiode gewählt wurden (§ 51), zusammen. Langjähriger Oberbürgermeister zu jener Zeit war Dr. Emil Peters; sein Vertreter Bürgermeister Dr. Heinz Droegenkamp. Beide waren parteilos, aber dem konservativen politischen Spektrum zuzuordnen. Beide sollten die NS-Machtübernahme in Detmold politisch auf Dauer nicht überleben. Zu Stadträten wurden mit dem Volksschullehrer i.R. Ludwig Koch, dem Werkmeister Willi Brand sowie dem Steuerobersekretär Emil Wunder drei NSDAP-Vertreter seitens der neuen Stadtverordnetenversammlung im Februar 1932 gewählt. Dabei votierten auch die Abgeordneten der bürgerlichen Parteien, die ebenfalls drei Vertreter in den Stadtrat entsenden konnten, für die NS-Kandidaten, während die sechs Mandatsträger der beiden Linksparteien dagegen stimmten. Die drei NS-Vertreter legten im September 1932 ihre Ämter nieder und wurden im folgenden Monat (17.10.) durch den Diplomkaufmann Hans Keller, den Steuerinspektor Friedrich August Bähre sowie den Kaufmann Martin Flaskamp ersetzt.[6]

Der Aufstieg der NSDAP in Detmold sollte sich in den Wahlen des Jahres 1932/33 – mit Ausnahme der Reichstagswahl vom 6. November 1932 – weiter fortsetzen. Bei der letzten, nur noch sehr bedingt freien Wahl, der Reichstagswahl vom 5. März 1933, die allerdings auch in Detmold durch die massiven Behinderungen des Wahlkampfes der beiden Arbeiterparteien überschattet war, errang die Hitlerbewegung in der lippischen Landeshauptstadt 4905 Stimmen. Dieses Resultat entsprach knapp 45% der abgegebenen gültigen Stimmen und lag damit zwischem dem der NSDAP im Reich (43,9%) und dem in Lippe (47,1%).[7]

Beginn des Terrors

Nach der Machtübernahme der NSDAP im Reich am 30. Januar 1933 wurden mit der Reichstagsbrandverordnung, der Verordnung zum Schutz von Volk und Staat vom 28. Februar 1933,[8] die Grundrechte weitgehend außer Kraft gesetzt und der permanente Ausnahmezustand begründet, der bis zur Befreiung im Jahre 1945 anhalten sollte. Die neuen Machthaber konnten z.B. über die Polizeiorgane ohne richterliche Kontrolle Personen auf unbestimmte Zeit inhaftieren und Hausdurchsuchungen durchführen lassen oder Zeitungen verbieten. Erste Opfer dieser Maßnahmen waren auch in Detmold die Kommunisten mit ihrem Stadtverordneten Ziegenbein an der Spitze. Ihre Wohnungen wurden frühmorgens am 1. März 1933 auf Anordnung des Landespolizeidirektors durchsucht und das dort vorgefundene Propagandamaterial beschlagnahmt.[9] In den Tagen und Wochen danach kamen die ersten Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschaftler sowie Juden in sogenannte 'Schutzhaft'. Sie wurden zumeist von Hilfspolizisten, in der Regel lokalen SA-, SS- und Stahlhelmleuten, inhaftiert. Das Schutzhaftgefangenenbuch des Detmolder Landgerichtsgefängnisses führt für den Zeitraum vom 2. März bis 29. Dezember 1933 457 Eintragungen auf, darunter auch einige Mehrfacheintragungen wie die des ehemaligen Landespräsidenten Heinrich Drake. Menschen, die Opfer jenes staatlich legitimierten Terrors von unten geworden waren.[10]

Neue Mehrheitsverhältnisse

Aufgrund des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März und des dazu ergangenen lippischen Ausführungsgesetzes vom 3. April kam es auch zu einer Veränderung in der Zusammensetzung der lippischen Gemeindeparlamente.[11] Arithmetische Grundlage für die personelle Neuordnung und Gleichschaltung bildete das Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März 1933 im jeweiligen Wahlbezirk, wobei die Stimmen für die KPD kassiert wurden. Die gleichgeschaltete nunmehr achtzehnköpfige Detmolder Stadtverordnetenversammlung bestand ab dem 25. April statt aus acht nunmehr aus zehn Vertretern der NSDAP, vier Abgeordneten der SPD sowie vier Mandatsträgern der bürgerlichen Parteien. Die absolute Mehrheit der NSDAP wurde so sichergestellt. Davon machte die Partei auch sofort rücksichtslos Gebrauch. Die vier Vertreter der SPD sahen sich von der Mitarbeit in den wichtigen Ausschüssen ausgeschlossen und legten bereits am 28. April – noch vor der ersten Sitzung – konsequenterweise ihre Mandate nieder, während die vier Vertreter der bürgerlichen Parteien, gegen die in der lokalen NS-Presse übel agitiert wurde, noch z.T. bis 1934 im Amt verblieben, zwischenzeitlich jedoch ihr Mandat aus gesundheitlichen Gründen niederlegten oder sich als Hospitanten der NSDAP-Fraktion anschlossen.[12] Die Stadtverordnetenversammlung

wählte am gleichen Tag (28.4.) die bereits genannten Flaskamp und Brand sowie die Parteigenossen Landgerichtsrat Dr. Oppermann, den Bankbeamten Adolf Uhle und den Kaufmann Ernst Bauer in den nunmehr fünfköpfigen ehrenamtlichen Stadtrat, der damit vollständig in nationalsozialistischer Hand war.[13] Dort herrschte in den folgenden Jahren eine hohe Fluktuation, vor allem durch Fortzüge oder Arbeitsüberlastung der Mitglieder bedingt. Neue Stadtratsmitglieder wurden ab 1933 nach Rücksprache mit dem Beauftragten der NSDAP, der Landesregierung vom Bürgermeister und den übrigen Stadträten vorgeschlagen und von dieser berufen, jedoch in der Regel nicht mehr von der Stadtverordnetenversammlung gewählt.[14] Diese nahm in ihren gelegentlichen Sitzungen davon durch Umlauf Kenntnis und zeichnete stets einstimmig namentlich mit 'dafür' und nie mit 'dagegen'. [15] Knapp und treffend charakterisiert Droegenkamp in seiner Stadtgeschichte 1934 den Funktionsverlust der Stadtverordnetenversammlung: „Die Bedeutung des Stadtverordnetenparlaments geht mehr und mehr zurück."[16] Mit Einführung der Deutschen Gemeindeordnung (DGO) im Jahre 1935, die die Stellung des Bürgermeisters innerhalb der Gemeinde bedeutend stärkte und das Führerprinzip im Rathaus fest verankerte,[17] nahm die politische Bedeutung der Detmolder Stadtverordneten, die nunmehr Ratsherren hießen, noch weiter ab, obgleich im Stadtverordnetenparlament die lokalen Hoheitsträger und verdientesten Aktivisten der Bewegung sowie bürgerliche Honoratioren, allesamt Parteigenossen, saßen.[18] Parallelen zur Funktion und Bedeutung des Reichstags (teuerster Männergesangsverein der Welt) sind unverkennbar. Die ausschließlich männlichen Gemeindevertreter wurden nicht mehr wie vor 1933 von der Bevölkerung gewählt, sondern vom Beauftragten der NSDAP im Benehmen mit dem Bürgermeister auf sechs Jahre in ihr Amt berufen.[19] Sie hatten die Aufgabe, „die dauernde Fühlung der Verwaltung der Gemeinde mit allen Schichten der Bürgerschaft zu sichern. [...] den Bürgermeister eigenverantwortlich zu beraten und seinen Maßnahmen in der Bevölkerung Verständnis zu verschaffen."[20] Ein Beschluß-, Kontroll- oder Initiativrecht stand den Ratsherren nicht mehr zu.[21] Ihre Mitwirkung wurde auf eine beratende in einer Reihe enumerativ festgelegter Fälle reduziert.[22] In der Druckschrift „Die Landeshauptstadt Detmold zwischen 1937 und 1938" führte Bürgermeister Keller unter Punkt 31 aus: „Im abgelaufenen Jahr haben 49 Beigeordnetensitzungen mit 724 Verhandlungspunkten stattgefunden. Die Ratsherren gaben in 9 Sitzungen zu 24 Verhandlungspunkten dem Bürgermeister ihren Rat." Im September 1938 beschwerte sich der Leiter der Ortsgruppe Detmold-Nord und Oberstudiendirektor Ludwig Betz bitterlich über die seltene Einberufung der Ratsherrenversammlung durch den Bürgermeister und dessen autokratischen Führungsstil und erklärte Keller: „Ich lehne es ab, weiterhin nur dem Namen nach Ratsherr zu sein und als Ortsgruppenleiter auf meine Versuche mit Ihnen zu arbeiten, keine Antwort zu erhalten."[23] Treffender als durch diese beiden Zitate aus dem Jahre 1938 kann der Bedeu-

tungsverlust der Gemeindevertretung, die keinerlei demokratische Legitimation besaß und ihrer wichtigsten Funktionen in den Jahren nach 1933 beraubt wurde, nicht charakterisiert werden. Dieser Prozeß war kein Detmolder Spezifikum, sondern überall im Reich zu beobachten und von der Führung in Staat und Partei intendiert.[24]

Wichtigstes Beratergremium für den seit April '33 amtierenden Bürgermeister Keller waren die bereits erwähnten ehrenamtlichen Beigeordneten, auch Stadträte genannt. Über deren Funktion und Bedeutung in der Landeshauptstadt teilte Keller auf Anfrage des Deutschen Gemeindetages im September 1934 diesem mit:

> dass sich die Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Stadträten der Stadtverwaltung Detmold harmonisch gestaltet hat. Die Herren Stadträte sind mit Interesse bei der Sache. Es sind ihnen jeweilig bestimmte Dezernate übertragen worden, für die sie dem Bürgermeister beratend zur Seite stehen.[25]

In diesem engeren, zumindest in den ersten Jahren nach der Machtübernahme anscheinend recht harmonisch arbeitenden Zirkel traf Keller seine die Stadt, ihre Verwaltung und Bürger betreffenden Entscheidungen.[26] Angefangen von Haushalts- und Personalfragen über Liegenschaftsangelegenheiten bis hin zur Umbenennung der Straßen Neustadt und Allee in Hindenburg- bzw. Hitlerdamm bereits zum 20. April 1933.[27] Ferner wurde dort auch häufig erörtert, ob man dem Drängen dieser oder jener Parteigliederung (z.B. HJ) oder dieses oder jenes angeschlossenen Verbandes (z.B. NSV) auf Zuweisungen und Vergünstigungen unterschiedlichster Art nachgeben konnte oder nicht.[28]

Durch die einschlägigen Paragraphen der DGO war die ohnehin starke Stellung des Bürgermeisters gegenüber den Stadträten und Ratsherren noch weiter gefestigt worden. Andererseits fehlte ihm die demokratische Legitimation seitens der Bevölkerung, auf die er sich im Konfliktfalle hätte berufen können. Zudem war er im hohen Maße von dem Beauftragten der Partei, der nach Beratung mit der Gemeindevertretung bis zu drei Kandidaten für das Amt vorschlug, und der staatlichen Kommunalaufsichtsbehörde, der die Berufung und Abberufung oblag, abhängig. Wobei de facto der Partei der größere Einfluß auf den Bürgermeister und seine Arbeit zukam.[29] Durchaus eigenständige politische Charaktere mit autokratischen Neigungen wie Keller, die die dem Bürgermeister in der DGO zugeschriebene Rolle als Führer seiner Verwaltung allzu sehr mit Leben ausfüllten, gerieten dabei fast zwangsläufig im Laufe der Zeit mit der Partei in Konflikt, wie noch näher zu zeigen sein wird.

II. Das Revirement in der Detmolder Stadtverwaltung.

Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933,[30] das jeden im Sinne der neuen Machthaber politisch unzuverlässigen Beamten sowie Beamte nichtarischer Abstammung unter Ausschluß des Rechtsweges mit der Entfernung aus dem Amte bedrohte und sinngemäß auch auf Arbeiter und Angestellte angewandt wurde, war ein wirksames Instrument der Einschüchterung, Säuberung und schließlich Inbesitznahme der so freigemachten Stellen durch NS-Parteimitglieder und -sympathisanten auch in Detmold. Das vertraute Schema der Besetzung der Schlüsselpositionen läßt sich somit ebenfalls in der Residenzstadt beobachten.

Sturz und Ende des OB Dr. Peters

Prominentestes Opfer der Säuberungen war der Oberbürgermeister Dr. Emil Peters, der einzige städtische Beamte, der in Schutzhaft genommen wurde. Seit dem 9. April 1920 war der der DVP nahestehende Verwaltungsjurist Peters Oberbürgermeister der Stadt.[31] In der Öffentlichkeit war er im Rahmen des Finanzausgleiches „stark als Bekämpfer der Finanzpolitik des Systems Drake hervorgetreten", so ein NS-Beamtendossier vom Jahreswechsel 1932/33, das ihn zudem politisch als „rechts-bürgerlich" klassifizierte.[32] Mit den lokalen NS-Größen und Parteiorganisationen geriet er 1932/33 aus politischen, ordnungspolizeilichen und steuerrechtlichen Gründen häufiger in Konflikt,[33] so daß der spätere SA-Standartenführer und Fechenbach-Mörder Fritz Grüttemeyer Peters gedroht haben soll: „Das werden Sie noch einmal bereuen."[34] Dennoch überstand Peters die beiden Machtübernahmen der NSDAP in Lippe und im Reich zunächst unbeschadet.

Das Verhalten des Oberbürgermeisters anläßlich der Hissung der Schwarz-Weiß-Roten- und der Hakenkreuzfahne auf dem Detmolder Rathaus am 6. März, einen Tag nach der Reichstagswahl, brachte aus Sicht der Nationalsozialisten das Faß zum Überlaufen und war willkommener Anlaß, Dr. Peters loszuwerden. Die Geschehnisse jener Märztage lassen sich anhand der zeitgenössischen Akten und Zeitungsberichte in groben Zügen folgendermaßen zusammenfassen: Am Vormittag des 6. März erschienen zwei Männer im Amtszimmer des OBs und wollten die beiden Fahnen auf dem Rathaus hissen. Peters wies dieses Ansinnen zunächst mit der formaljuristischen Begründung zurück, er müsse zuerst die Zustimmung der übrigen Stadtratsmitglieder einholen. In Abwesenheit des Oberbürgermeisters kam es dann ohne Stadtratsbeschluß am Nachmittag doch zur Flaggenhissung. Bei der am Spätnachmittag stattfindenden Stadtratssitzung, in der der Vorgang nachträglich gebilligt wurde, äußerte Peters, den Unmut der Nationalsozialisten hervorrufend, aus „einer gewissen Erregung", so der OB in seinem Bericht an die Landesregierung vom

20. März, daß man in der „Flaggenfrage jetzt unter dem Druck der Gasse gehandelt habe."[35] NS-Stadtrat Hans Keller suchte am 10. März den Oberbürgermeister auf und teilte ihm mit, daß sich die nationalsozialistischen Stadtratsmitglieder durch Peters' Bemerkung beleidigt fühlten. Peters erklärte Keller, daß ihm eine Beleidigung ferngelegen habe, und er wisse ja auch, „wie ich politisch eingestellt sei und könne unmöglich denken, daß ich mit meinen Worten die nationale Erhebung habe herabsetzen wollen." Peters sagte zudem Keller zu, in der kommenden Stadtratssitzung am 13. März eine entsprechende Erklärung zu geben.[36] Am Morgen jenes Märztages hielt er anläßlich einer offiziellen Flaggenhissung beider Fahnen vor den Mitarbeitern der Stadtverwaltung eine glühende Rede, „die Wiedergeburt der deutschen Nation unter der ruhmreichen Fahne der deutschen Vergangenheit" feiernd. „Jeder Beamte habe dieser nationalen Regierung unbedingte Treue zu halten und müsse seine ganze Kraft einsetzen, damit nunmehr der Aufstieg beginnen könne."[37] Aber auch dieses Bekenntnis zur Regierung der nationalen Erhebung half Peters nicht mehr. Zum einen ließ er die Hakenkreuzfahne unerwähnt, zum anderen vergaß er schlicht in der abendlichen Stadtratssitzung seine Keller versprochene Erklärung, die er erst in der folgenden Sitzung am 20. März abgab.[38] Die Ereignisse, die zu Peters' Inschutzhaftnahme und Absetzung führten, nahmen nun ihren weiteren Verlauf.[39]

Mit einem Schreiben vom 15. März ersuchten der Ortsgruppenleiter Hans Pieper, der Stadtverordnetenvorsteher Fritz Friedrichs, der NS-Fraktionsvorsitzende Willi Brand und für die drei NS-Stadträte der erste Stadtrat Hans Keller die Landesregierung, gegen den OB Peters wegen des Flaggenzwischenfalls vom 6. März und der versäumten Entschuldigung in der Ratssitzung vom 13. März, die sie als weitere Brüskierung betrachteten, „im Interesse eines geregelten Selbstverwaltungsbetriebes" (!) disziplinarisch vorzugehen.[40] Peters bat daraufhin Keller um ein persönliches Gespräch in dessen Wohnung, das dort auch stattfand. Seiner Bitte um Rücknahme des Antrags auf ein Disziplinarverfahren konnte Keller nicht nachkommen, da die Angelegenheit bei der Regierung bereits aktenkundig war.[41]

Noch bevor es zu Maßnahmen der Aufsichtsbehörde gegen Peters kam, wurde dieser ein Opfer eines sorgsam vorbereiteten Coups. Am Morgen des 31. März wurde er – auf Befehl der Regierung – auf dem Weg zum Rathaus von Detmolder Mitgliedern des NSKK und der SA in Zivil angepöbelt und niedergeschlagen. Einer der beteiligten Schläger rief darauf laut nach der Polizei, und die Gruppe ergriff daraufhin die Flucht. Ein in der Nähe postierter Trupp uniformierter Hilfspolizisten lief herbei, nahm Dr. Peters wie vorgesehen im Auftrage der Landesregierung in Schutzhaft und führte ihn in das Regierungsgebäude. Am Mittag wurde er, unter der Auflage, sich seiner Amtsgeschäfte zu enthalten, auf freien Fuß gesetzt.[42] Der Oberbürgermeister stellte noch am gleichen Tag Strafanzeige gegen die ihm unbekannten Schläger und ließ sich – oh-

nehin nervlich und gesundheitlich stark angeschlagen – von der Landesregierung offiziell beurlauben. Er sollte bis zu seiner Pensionierung den Dienst nicht mehr antreten.[43]

Bald nach der Straftat kam in der Stadt das Gerücht auf, Peters sei von der NSDAP nahestehenden Personen überfallen worden. Dem mußte Ortsgruppenleiter Pieper in einer parteiamtlichen Presseerklärung – um das aufgeschreckte Bürgertum zu beruhigen – entschieden widersprechen und verurteilte dabei das Vorgehen gegen den Oberbürgermeister schärfstens.[44]

Auf Dr. Peters' Position rückte der von der Landesregierung kommissarisch bereits am gleichen Tag eingesetzte Stadtrat Hans Keller vor.[45] Ob dieser bereits vor dem Überfall auf Peters von den Plänen gewußt hatte, konnte auch bei der gerichtlichen Untersuchung 1948 nicht geklärt werden. Keller behauptete selbstredend, von alledem nichts gewußt zu haben.[46] Peters mehrfach geäußerter Wunsch nach einer Unterredung mit einem Mitglied der Landesregierung wurde nicht entsprochen.[47] Weitere Schikanen folgten. Auf Anordnung des kommissarischen Bürgermeisters Keller wurden ab dem 25. April die Gehälter des Oberbürgermeisters und des städtischen Sparkassendirektors Bernhard

Winkler, der dem Zentrum nahestand, wegen angeblich satzungswidriger Geschäftsführung zum Schaden der Sparkasse (u.a. unrechtmäßige Begünstigung von Juden bei der Kreditvergabe) auf Sperrkonten zwecks Schadenstilgung überwiesen.[48] Winkler wurde von seinem Posten entfernt, in die um zwei Besoldungsgruppen niedriger dotierte Position eines Rendanten ins Städtische Gas- und Wasserwerk abgeschoben und zunächst durch den Keller-Adlatus, Radauantisemiten und späteren Fechenbach-Mörder Dipl.-Handelslehrer Karl Segler kurzzeitig kommissarisch ersetzt.[49] Die NS-Postille „Lippischer Kurier" dankte Keller für sein hartes Durchgreifen in Stadtverwaltung und Sparkasse, hetzte in einer intensiven Pressekampagne (Flaggenvorfall, Sparkasse) weiter gegen Peters und eröffnete dabei ein regelrechtes Kesseltreiben gegen ihn. Unter der Überschrift „Schluß mit Dr. Peters" wurde in der Ausgabe vom 5. Mai der neue Führer der NSDAP-Stadtverordnetenfraktion, Bäckermeister Hermann Wagenfeld, mit folgender Aussage wiedergegeben: „Für uns ist Oberbürgermeister Dr. Peters vollkommen untragbar, schon allein wegen seiner Äußerung über unser Symbol. Es kommt gar nicht in Frage, das wir einen solchen Mann halten." An gleicher Stelle wird der obengenannte Segler mit der Aussage zitiert, Peters habe „die saugemeine Behauptung vom Druck der Gasse bis heute nicht zurückgenommen."

Mit Verfügung vom 30. Juni 1933 wurde Peters von der Regierung in den sofortigen Ruhestand versetzt.[50] Grundlage bildete der § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums, der besagte, daß zur Vereinfachung der Verwaltung Beamte auch dann in den Ruhestand versetzt werden könnten, wenn sie noch nicht dienstunfähig wären.[51] Seine Strafanzeige gegen die Schläger zog er am 3. Juli 1933 zurück und bat wegen Geringfügigkeit um Einstellung des beim Amtsgerichts anhängigen Verfahrens.[52] Er tat dies zum einen unter Druck, Staatsminister Riecke hatte ihm angedeutet, daß er für seine Sicherheit nicht garantieren könne, und zum anderen in der Hoffnung, daß die Landesregierung ihr Versprechen einhalten würde, ihm eine gleichrangige Stelle im öffentlichen Dienst zu beschaffen.[53] Peters' Wunsch wurde tags darauf durch den Oberstaatsanwalts Dr. Tornau, einen der typischen Detmolder Wendehälse jener Tage, stattgegeben.[54] Zwei Monate später wurde Peters seitens der Stadt die Dienstmietwohnung zum 31. März 1934, deren Mietzins zuvor kräftig erhöht worden war, gekündigt.[55]

Um der Stadt Pensionslasten zu ersparen, bemühte sich in der Folgezeit selbst die Partei um eine Verwendung des ehemaligen OBs an anderer Stelle. So teilte die Kreisleitung der Gaupersonalabteilung auf Anfrage am 15. September 1933 mit, daß Peters als befähigter Verwaltungsbeamter gelte, für eine Verwendung in Detmold aufgrund seiner unüberlegten Äußerung während der lokalen Machtergreifung allerdings untragbar geworden sei. Ansonsten lägen keine Bedenken in parteipolitischer Hinsicht gegen ihn vor.[56] Auf Peters' Gesuch vom 26. August 1933, ihn in der Reichsfinanzverwaltung zu beschäftigen,

das auch seitens der Landesregierung unterstützt wurde,[57] wurde ihm aus Berlin am 5. Februar 1934 mitgeteilt, daß er zunächst nur als Regierungsrat – mithin mehrere Gehaltsstufen unter seiner Besoldung als OB – im Finanzamt Detmold zur Einarbeitung beschäftigt werden könne. Zudem könne ihm eine dauernde Beschäftigung in seiner Heimatstadt nicht zugesichert werden.[58]

Am 12. Februar schied Dr. Peters, im 52. Lebensjahr stehend, freiwillig aus dem Leben. Die Nachricht aus Berlin hatte er als Zumutung und Wortbruch empfunden.[59] Sie mag ihn in seinem Entschluß zum Freitod endgültig bestärkt haben. Sein langjähriger Weggefährte, Bürgermeister Dr. Droegenkamp, charakterisiert Emil Peters 1934 als

> ein[en] Mann von starker Sensibilität mit einer großen Ungleichheit der Stimmung. Es mag der Grundsatz richtig sein, daß alle ausgezeichneten und überlegenen Menschen melancholisch sind. Die Grundstimmung dieses Mannes war ernst und schwer. So war es verständlich, daß die ihm zugefügten Maßnahmen ihn tief beeindrucken mußten. Seine starke Ehrliebe war aufs Höchste durch seine Abberufung verletzt. Die Vorsicht, mit der seine Umgebung durch die Ereignisse mit ihm als einer gefallenen Größe zu verkehren pflegte, löste bei ihm eine so starke Stimmung der Verzweiflung aus, daß diese einen Grad erreichte, wo dauerndes Mißbehagen Lebensüberdruß erzeugt und demnach Hang zum Selbstmord entsteht.[60]

An der Beisetzung Peters' nahm Bürgermeister Keller nicht teil. Den Mitarbeitern der Stadtverwaltung stellte er eine Teilnahme frei.[61] Aufgrund des Tenors der Verfügung und den Äußerungen des 1. Bürobeamten Schröder, so der Stadtobersekretär i.R. Potthoff 1953 in seiner Aussage vor dem Kreis-Ausschuß für die Anerkennung der Verfolgten und Geschädigten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, sei dem Personal die Anordnung wie ein Verbot vorgekommen, so daß nur zwei Beamte an der Trauerfeier teilnahmen.[62] Vom besagten Ausschuß wurde Dr. Peters 1953 als Verfolgter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft anerkannt.[63]

Auch Bürgermeister Dr. Droegenkamp, von den Nazis ebenfalls politisch als „rechts-bürgerlich" eingestuft,[64] mußte im November des Jahres 1933 – nach der Wahl Kellers – aus Gründen der Verwaltungsvereinfachung und nicht aus persönlichen oder politischen Gründen, wie er selbst betonte, seinen Schreibtisch räumen.[65] Grundlage für seine Versetzung in den einstweiligen Ruhestand bildete, wie bei OB Peters, der § 6 des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums.

Die Vorgänge, die zu Dr. Peters' Absetzung führten, sind paradigmatisch für die Amtsenthebung kommunaler Spitzenbeamter in anderen Städten. Auch dort liefen die geschilderten Vorgänge nach ähnlichem Muster ab. War es schließlich gelungen, kommunale Spitzenbeamte durch Drohungen, Pressekampagnen, körperliche Mißhandlungen oder sonstige unlautere Mittel zum Rücktritt zu zwingen oder der Aufsichtsbehörde Vorwände für Amtsenthebung, Beurlaubung oder Inschutzhaftnahme zu liefern, so stießen sofort nationalsozialistische

Kommissare in die freiwerdenden Stellen vor. Vielerorts gelang so die lokale Parteiprominenz in den Besitz der kommunalen Macht.[66] Das wohl bekannteste Opfer solcher Machenschaften ist der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln und nachmalige erste Kanzler der BRD, Dr. Konrad Adenauer, der 1933 mit acht Beigeordneten seiner Stadt von den Nazis aus dem Amt gejagt wurde.[67]

Anderen Bürgermeistern der heimischen Region, die dieselbe politische Ausrichtung wie Peters und Droegenkamp besaßen und deren Verhältnis zu den Nationalsozialisten vor der Machtübernahme z.T. ebenso gespannt war, gelang hingegen durch Anpassung und Verbiegung ein politisches Überleben im Amt. Prominenteste Beispiele aus hiesiger Sicht sind der Bündener Bürgermeister Dr. Richard Moes, der nach dem Kriege Detmolder Stadtdirektor und Bürgermeister wurde, und der Lemgoer Bürgermeister Wilhelm Gräfer, beide zudem noch ehemalige Freimaurer.[68] Matzerath führt allgemein zu dieser Beamtengruppe in seinem grundlegenden Werk Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung aus:

> Zwang zu politischer Anpassung bestand desto mehr, je schwächer die Position des Bürgermeisters war. Als besonders erschüttert hatte die Stellung derjenigen Kommunalpolitiker zu gelten, die vor 1933 politischen Parteien wie dem Zentrum, der DNVP oder der DVP angehört hatten und ihrer fachlichen Qualifikation wegen im Amt belassen worden waren, sowie der ehemaligen Logenangehörigen.[69]

Bevor mit der Schilderung der Gleichschaltung, dem beherrschenden Schlagwort jener Wochen im politischen Tagesgeschehen, in der Detmolder Verwaltung fortgefahren wird, soll in knappen Zügen an dieser Stelle die Gestalt des bereits mehrfach genannten Hans Keller, des Detmolder Bürgermeisters in der NS-Zeit, skizziert werden.

Die Karriere des Hans Keller

Diplomkaufmann Hans Keller, geb. am 1. Februar 1903 in Berlin, seit 1928 in Detmold wohnhaft, trat im März 1932 unter der Mitgliedsnummer 967.943 in die NSDAP ein. Im August 1932 schloß er sich der SS an. Bereits im Oktober 1932 wurde der selbständige Steuerberater und Leiter der kassenärztlichen Verrechnungsstelle Detmold als NSDAP-Vertreter in den Detmolder Stadtrat gewählt.[70] Dieser rasante Aufstieg läßt auch gewisse Rückschlüsse auf die personelle und intellektuelle Kapazität der NS-Ortsgruppe Detmold zu. Seitens der Stadtverordneten und auf Anstoß der lippischen Landesregierung wurde Keller gemäß § 51 des lippischen Gemeindeverfassungsgesetzes am 2. Nov. 1933 nach siebenmonatiger kommissarischer Tätigkeit einstimmig zum Bürgermeister gewählt.[71] Die Stadtverordneten machten jedoch von Satz 2 des besagten § 51 Gebrauch und wählten den 30jährigen zunächst nur auf ein Jahr

zur Probe. Innerhalb der NS-Fraktion gab es im Vorfeld Widerstände gegen seine Wahl. So berichtete der Stadtverordnete und NS-hardliner Heinrich Sauer jun. dem Staatsminister Riecke in einem Schreiben vom 18. Oktober 1933: „Der kommissar. Bürgermeister Keller wird nach Ansicht verschiedener Stadtverordneter als zu weich beurteilt, der sich [gegenüber] einer gewissen Klique später nicht mehr durchzusetzen vermag."[72] Keller selbst nahm seine Wahl mit einer ebenso kurzen wie martialischen, dem pathetischen und militaristischen Zeitgeist entsprechenden Erklärung an: „Meine Kameraden! Ich nehme die Wahl an und gelobe das Amt auszuüben als politischer Soldat meines Führers; Gehorsam übend, aber auch Gehorsam verlangend."[73] Einige Monate vor Ablauf seiner Probezeit war Unmut in Teilen der Partei und Bevölkerung gegen Kellers endgültige Anstellung in der Stadt zu spüren. Ein Stimmungs- und Lagebericht an die Gauleitung vermerkt für August 1934: „In Detmold bespricht man jetzt schon die künftige Anstellung des provisorischen Bürgermeisters Keller, man versteht es nicht, wenn der Herr mit seiner hohen Parteinummer auch das höchste Amt in Detmold bekommt."[74] Dennoch wurde Keller einstimmig von den Stadtverordneten am 4. September 1934 auf zwölf Jahre zum Bürgermeister gewählt.[75]

Konflikte mit der Partei

Mit der Partei und den Aufsichtsbehörden kam Keller spätestens zum Jahreswechsel 1936/37 in große Schwierigkeiten, weil er in deren Augen zu eigenmächtig gehandelt hatte und sich eine Reihe skandalträchtiger Verfehlungen im Umfeld der Heirat des Lippe-Biesterfelder Prinzen Bernhard mit der niederländischen Thronfolgerin Juliana hatte zuschulden kommen lassen.[76] Einer neueröffneten Lippe-Detmold-Stube in Den Haag sandte er Fremdenverkehrsinformationsmaterial und ein Grußtelegramm zur Eröffnung, ohne zu wissen, daß das Lokal von jüdischen Geschäftsleuten betrieben wurde. Anläßlich des Aufenthalts des verlobten Kronprinzenpaares im Oktober 1936 in Lippe sandte er den beiden zwei Telegramme in ehrerbietigem Stil, so daß ihm monarchistische Tendenzen und Gesinnung unterstellt wurden. Den Brautleuten beabsichtigte er zudem ein im Eigentum der Stadt Detmold befindliches Ölgemälde zur Hochzeit zu schenken. Diese Fehltritte bewiesen, so der Landrat Schweiger in seiner Eigenschaft als Vertreter der unteren kommunalen Aufsichtsbehörde in seinem Bericht an den Chef der Landesregierung, Reichsstatthalter in Lippe und Gauleiter Dr. Alfred Meyer, „daß [sich] Bürgermeister Keller bei der Behandlung dieser ganzen Angelegenheit weder an seine Beigeordneten und Ratsherren noch an die Aufsichtsbehörde, noch an Parteidienststellen, gewandt hat", und „daß er mit dem Wesen der Deutschen Gemeindeordnung noch recht wenig vertraut ist, sonst hätte er nicht so unverantwortlich und disziplinlos handeln können."[77] Keller wurde am 3. Januar zwangsbeurlaubt, aber „trotz schwerer

Bedenken" des Reichsstatthalters Dr. Meyer und gegen Widerstände der lokalen Parteigrößen mit Wirkung zum 1. April 1937, 'im Hinblick um seine sonstigen Verdienste um die Stadt', so Meyer, wieder mit dem Amt des Detmolder Bürgermeisters betraut.[78]

Weitere Stimmen aus der Partei werfen ein Schlaglicht auf Kellers Führungsstil und sein zunehmend gespanntes Verhältnis zur NS-Bewegung und ihren lokalen Exponenten. Der Ortsgruppenleiter und Ratsherr Betz berichtete dem Kreisleiter und Stellvertretenden Chef der Landesregierung Adolf Wedderwille am Heiligabend 1938, daß Keller,

> – das ist auch früher häufig bemängelt worden – eine Zusammenarbeit mit den Ortsgruppenleitern ablehnt. Führerprinzip ist für ihn Alleinherrschaft, wobei seine Personalpolitik darauf abzielt, sich möglichst mit gehorsamen und devoten Dienern zu umgeben, die ihn nicht überragen. Daher wird er weder von der Partei noch von der Bevölkerung als ernsthaft zu nehmendes Oberhaupt der Stadt Detmold anerkannt.[79]

An anderer Stelle führte Betz über Keller an Wedderwille aus, „daß der Bürgermeister sich um die Stellung von Kreisleiter, Ortsgruppenleiter und Ratsherren einen Dreck kümmert."[80] Wedderwille wiederum berichtete seinem Gauleiter im Februar 1939, „daß [...] die Zusammenarbeit zwischen Bürgermeister Keller und der Partei immer zu wünschen übrig gelassen hat. Alle Ortsgruppenleiter in Detmold haben bisher Streit mit Bürgermeister Keller gehabt."[81] Der Gauamtsleiter für Kommunalpolitik Irrgang mahnte Keller im März 1939 in einem sehr persönlich gehaltenen Schreiben: „dass selbst der tüchtigste Bürgermeister nur dann zum Erfolge kommt, wenn er in engster Übereinstimmung mit der Partei lebt und arbeitet."[82] Irrgang beendete seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß Keller nur dann im Amt verbleiben könne, wenn er die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Stellen der Bewegung herbeiführe.[83]

Für den Bürgermeister blieb als angeblich einziger Ausweg aus der verfahrenen Gesamtsituation „die Flucht in die Wehrmacht bei Kriegsausbruch", wie er dem Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen im September 1948 sicherlich zu apologetisch schrieb.[84] Im Heer tat er bis zum Kriegsende als dekorierter Zugführer und Kompaniechef Dienst. Keller konnte daher sein Amt als Bürgermeister nur noch sporadisch wahrnehmen. Bezeichnenderweise trat Keller, obgleich er den Rang eines SS Obersturmführers ehrenhalber aufgrund seines Bürgermeisteramtes führte, nicht in die Waffen-SS ein, was nahegelegen hätte. Ein Amt innerhalb der NSDAP hatte Keller zudem nie bekleidet. Der evangelischen Kirche blieb er zeitlebens treu. So bleibt ein recht ambivalentes Bild von Keller. Einerseits eine autokratische Persönlichkeit, die Oberbürgermeister Peters und andere rüde aus ihren Positionen drängt; andererseits ein junger Mann mit Ecken und Kanten, bis zur

körperlichen und geistigen Erschöpfung arbeitend, der im Laufe der Jahre mit den örtlichen NS-Größen in Konflikt gerät, dem Druck, den Eifersüchteleien und Denunziationen nicht mehr standhält und nach eigenen Aussagen in den Krieg „flieht". Nach Kriegsende kam Keller für rund zwei Jahre ins Lager für Zivilinternierte der Britischen Zone nach Recklinghausen. Einem Spruchgerichtsverfahren mußte er sich nicht unterziehen. Vom Entnazifizierungshauptausschuß für den Kreis Detmold wurde er im Dezember 1948 in die Kategorie IV (Mitläufer) eingestuft.[85] Er verstarb 53jährig im Jahre 1956 in Detmold.

Säuberungen in der Verwaltung

Unter dem kommissarischen Bürgermeister Keller kam es im April 1933 in der Beamtenschaft der Stadtverwaltung Detmold zu einer Reihe von weiteren personellen Veränderungen in Form von Umsetzungen, Zurückstufungen, Inruhestandsetzungen und freiwilligem Ausscheiden aus der Kommunalverwaltung. Augenscheinliches Ziel der Maßnahmen war es, eigene Gefolgsleute in Schlüsselpositionen zu bringen und die wenigen exponierten Gegner der Nationalsozialisten in der Beamtenschaft kaltzustellen. Keller selbst hatte bei seinem Amtsantritt gedroht, daß jeder, der die „nationale Aufbauarbeit in irgendeiner Weise zu sabotieren oder zu stören" wage, mit sofortiger Dienstentlassung zu rechnen habe.[86] Einige Beispiele sollen diesen Personalwechsel im folgenden belegen. Der „Staatsparteiler" und Rendant der Stadtkämmerei Wilhelm Pöhler wurde mit der Begründung in den einstweiligen Ruhestand geschickt, daß seine Dienststelle durch die Übernahme von Steuern auf das Reich eine Arbeitsentlastung erfahren habe. Dem Antrag des 55jährigen Oberinspektors auf Versetzung in den endgültigen Ruhestand zum 1. Mai 1933 wurde stattgegeben.[87] Stadtobersekretär Ludwig Heger, einem laut obengenannten Dossier „SPD-Mann" und früheren Zeugen gegen Nationalsozialisten vor Gericht, wurde zunächst von der Hauptabteilung in das Stadtbauamt abgeschoben. Sein Antrag auf Versetzung in den Reichsdienst (Finanzverwaltung) wurde von seinem neuen Vorgesetzten Stadtbaurat Supan besonders befürwortet und von den übrigen Stadtratsmitgliedern unterstützt.[88] Hegers Posten in der Hauptabteilung übernahm der Verwaltungssekretär Wilhelm Schröder. Ein alter Parteigenosse (Mitgliedsnummer 698.379), der „aktiv im politischen Kampf" stand und Fachbearbeiter für Beamtenfragen der Ortsgruppe Detmold war.[89] Er machte in der Folgezeit – auch aufgrund seiner fachlichen Qualifikation – schnell Karriere und wurde rechte Hand Kellers im Hauptamt.[90]

Der Sturm im Wasserwerk

Es kam jedoch nicht nur auf der Ebene der höheren und mittleren Beamten zu personellen Veränderungen in der Detmolder Verwaltung. Am Beispiel des an

der Wittekindstraße gelegenen städtischen Gas- und Wasserwerks läßt sich exemplarisch auch das Herausdrängen politisch mißliebiger Arbeiter durch den Stadtrat, im konkreten Fall vor allem aber durch die lippische Landesregierung und durch die lokale Nationalsozialistische Betriebszellenorganisation (NSBO) aus deren angestammten Arbeitsplätzen und deren Ersetzung durch NS-Anhänger bald nach der Machtergreifung sehr gut anhand der Quellen belegen.[91]

Bezüglich des Revirements im Gas- und Wasserwerk forderte die örtliche NSBO mit Schreiben vom 24. März 1933 unter Beifügung des Bekanntmachungstextes den Stadtrat auf, durch Aushang anzuordnen, daß sich die Belegschaft des Gas- und Wasserwerks jeglicher abfälliger Äußerungen gegenüber Partei und Regierung zu enthalten habe und „jede Belästigung der in nationalen Verbänden organisierten Arbeitskollegen zu unterlassen [habe]".[92] Nach diesem ersten Warnschuß kam es dann wenige Tage später auf Druck der NSBO sowie auf Veranlassung der Landesregierung zu Entlassungen in diesem städtischen Eigenbetrieb.[93] Auslösendes Moment für die Kündigungen waren die Anschuldigungen des beim städtischen Gas- und Wasserwerk beschäftigten Kraftwagenfahrers und Betriebsrats Glindkamp, seines Zeichens Mitglied der NSBO und SS. Gemeinsam mit dem NS-Landtagsabgeordneten, Landesleiter der NSBO und Staatskommissar für gewerkschaftliche Fragen Heinz Rosteck, jenem Rosteck, der sich bei der Zerschlagung der Gewerkschaften in Lippe am 2. Mai so unrühmlich hervortat und selbst den lippischen Nazis bald zu radikal wurde,[94] hatte Glindkamp am 28. März eine Liste mit Namen von neun Kollegen – darunter auch der bereits genannte KPD-Stadtverordnete und Betriebsobmann Karl Ziegenbein[95] – erstellt, die aus Gründen der Betriebssicherheit aus ihren Positionen zu entfernen seien. In dieser Aufstellung schlug er acht Detmolder vor, zumeist Mitglieder der SS und der NSBO, von denen fünf eingestellt wurden.[96] Diese schwarze Liste, die die zu entlassenden Arbeiter als Angehörige der Gewerkschaft und der Linksparteien sowie als *Querulanten* und *Hetzer* bezeichnete, wurde dem Stadtwerksdirektor Falck überreicht. Den am 3. April fristlos Gekündigten wurde ihre staatsfeindliche Einstellung als Kündigungsgrund angegeben.

Der noch amtierende Oberbürgermeister Peters hatte bereits am 28. März in einem Gespräch mit SS-Sturmbannführer Jürgen Stroop, dem Leiter der lippischen Hilfspolizei, rechtliche und finanzielle Bedenken hinsichtlich einer fristlosen Entlassung der neun geltend gemacht, die aus dem Betriebsrätegesetz (§ 84) resultierten. Vor allem befürchtete er Regressforderungen der zu entlassenden Arbeiter. Stroop hingegen meinte, daß solche Prozesse gar nicht in Betracht kämen. Man lebe schließlich in einer Revolution, und da seien die Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes in ihrer formalistischen Natur aufgehoben. Im übrigen stehe die Landesregierung auf dem Standpunkt, daß in städti-

schen Betrieben Arbeiter marxistischer Richtung nicht mehr geduldet werden könnten.

Zwei der neun entlassenen Arbeiter, der kommunistische Funktionär Ziegenbein sowie der KPD-Sympathisant Johann Lutsch, befanden sich zu jener Zeit bereits seit einigen Wochen in Schutzhaft.[97] Die übrigen Arbeiter, die gleichfalls von der Hilfspolizei in Schutzhaft genommen worden waren und vom 30. März bis zum 1. bzw. 2. April im Detmolder Gefängnis saßen,[98] klagten zwischen dem 5. und 7. April vor dem Arbeitsgericht Detmold sowohl gegen den Betriebsrat unter Führung von Glindkamp, der sie nicht, wie es das Betriebsrätegesetz vorschrieb, angehört hatte, auf Schadenersatz, sowie gegen die Stadt Detmold auf Wiedereinstellung oder widrigenfalls auf Entschädigung für ihren Arbeitsplatzverlust. Auch das persönliche Erscheinen und die Stellungnahmen der Arbeiter zum Vorfall vor der lippischen Landesregierung am 6. April konnte diese nicht umstimmen. Sie teilte dem Arbeitsgericht am 10. April mit:

> Lippische Landesregierung bestätigt hierdurch, daß die fristlose Entlassung folgender bei dem Städtischen Gaswerk Detmold beschäftigter Arbeitnehmer [...] auf Veranlassung der Lippischen Landesregierung deshalb erfolgt ist, weil der Verdacht besteht, daß die genannten Arbeitnehmer staatsfeindlich eingestellt sind und deshalb ihre Belassung in einem so lebenswichtigen Betriebe wie dem Gaswerk nicht verantwortet werden konnte.[99]

Nach einer Güteverhandlung vor dem Detmolder Arbeitsgericht im Streitfall gegen die Stadt am 8. April kam es zwei Tage später im Rathaus im Beisein des kommissarischen Oberbürgermeisters Keller zu Vergleichsverhandlungen zwischen der Stadt und sechs der sieben Arbeiter.[100] Am 15. April wurde dann folgender Vergleich geschlossen: Die sechs Arbeiter sollten ihren bis zum 10. April zustehenden Lohn ausgezahlt bekommen sowie jeweils eine Abfindung von RM 50 erhalten. Sie sollten bis zum 15. Oktober 1933 im Genuß verbilligter Wasser- und Gaslieferungen bleiben. Weiter verpflichtete sich die Stadt, Zeugnisse auszustellen, aus denen mit keinem Wort die „staatsfeindl. Einstellung" der Arbeiter zum Ausdruck kommen sollte. Ferner sollte dem Arbeitsamt mitgeteilt werden, daß die Entlassungen aufgrund organisatorischer Veränderungen erfolgt seien, damit es zu keinerlei Sperrfristen hinsichtlich der Arbeitslosenunterstützungen kommen sollte. „Zweck dieser Massnahme ist, den Arbeitern für die Zukunft die Fortkommensmöglichkeit nicht zu erschweren. Weiter wird der Stadtrat versuchen, soweit es in seinen Kräften steht, bei der Zuweisung neuer Arbeit behilflich zu sein."[101] Im Gegenzug verpflichteten sich die Arbeiter, auf alle ihre beim Arbeitsgericht Detmold anhängigen Klagen sowie auf zukünftige Ansprüche gegenüber der Stadt zu verzichten.

Auch der siebte Arbeiter, Karl Winkelmann, hatte zwischenzeitlich seine vor dem Arbeitsgericht anhängige Klage zurückgezogen, da er zum 18. April wieder eingestellt werden sollte. Ebenso wurde bald darauf die entlassenen Ar-

beiter Friedrich Wöstenfeld und der oben genannte, aus der Schutzhaft entlassene schwerkriegsbeschädigte Johann Lutsch wieder eingestellt. Interessant sind die Begründungen für die Wiedereinstellung der Arbeiter. Zu Winkelmann berichtet der Stadtrat der Landesregierung am 22. August 1933: „hat sich zwar vorher in der S.P.D. betätigt. Zur fristlosen Entlassung konnte diese Tatsache jedoch nicht ausreichen, zumal Winkelmann sich nach Aussagen verschiedener Nationalsozialisten, [...], seit längerer Zeit eingehend bemüht hat, mit der nationalsozialistischen Gedankenwelt vertraut zu machen." Zum Schmied Johann Lutsch heißt es in diesem Bericht, daß ihm eine eigene politische Meinung nicht zuzutrauen und er vom Kommunisten Ziegenbein „verführt" worden sei.[102]

Der langjährige städtische Bedienstete Ziegenbein erhielt von der Stadt nach seiner Entlassung aus rund zweieinhalbmonatiger Schutzhaft im Mai 1933 unter Verzicht auf die Einlegung von Rechtsmitteln gegen seine fristlose Kündigung, eine Abfindung in Höhe seines monatlichen Nettoverdienstes von 143,84 RM.[103] Während seiner Inschutzhaftnahme wurde Ziegenbein – nach eigenen Angaben – bei nächtlichen Verhören durch Schläge und Tritte mißhandelt. Ferner erkrankte er dort an einer schweren Gelbsucht sowie aufgrund einer starken Erkältung an einer Lungenerweiterung mit Herzfehler. 1955 und 1957 erhielt Ziegenbein für die Dauer seiner Inhaftierung aufgrund des Bundesgesetzes zur Entschädigung für die Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung (BEG) von 1953 einen einmaligen Betrag von DM 450; wegen Schadens im beruflichen Fortkommen eine Einmalzahlung von 2.150 DM. Sein Rentenantrag aufgrund erlittener Schäden an Körper und Gesundheit wurde jedoch abgelehnt.[104]

Der politisch ambitionierte Denunziant Glindkamp hatte mit den Behauptungen über seine ehemaligen Kollegen selbst in den Augen der neuen NS-Machthaber in Stadt und Land weit über das Ziel hinausgeschossen. Am 1. Juni wurde er für eine Nacht von der Hilfspolizei in Schutzhaft genommen.[105] Seitens des Stadtwerksdirektors Falck wurde ihm am 10. Juni gekündigt. Die neue Detmolder Führung mochte vielleicht die Denunziation, nicht jedoch den Denunzianten, zumal sich bereits wenige Wochen nach Glindkamps Behauptungen herausstellte, daß diese zum größten Teil völlig haltlos waren.[106] Selbst die neuen Mitarbeiter, die aufgrund seiner Verleumdungen in Lohn und Brot gekommen waren, sprachen sich in einer Betriebsversammlung gegen eine Weiterbeschäftigung Glindkamps bei den Stadtwerken aus, da dieser im Verdacht stehe, durch falsche Angaben die Entlassung von Kollegen bewirkt zu haben! Glindkamp klagte umgehend vor dem Arbeitsgericht. In seiner an das Arbeitsgericht gerichteten Entgegnung rechtfertigten der kommissarische Detmolder OB Keller und der Stadtrat die Kündigung auch damit, daß

> das sonstige Verhalten des Glindkamp darauf schliessen [läßt], dass er als Bonze bezeichnet werden kann, für den in einem sauberen nationalsozialistischen Staat

> kein Platz mehr sein wird. Mit Rücksicht auf das Verhalten des G. hat die N.S.B.O. sowohl als auch die S.S. den Ausschluss des G. aus den Organisationen beschlossen.[107]

Im Bericht vom 22. August an die Lippische Landesregierung wurde seitens des Stadtrates u.a. über den Denunzianten ausgeführt, Glindkamp sei als „Konjunkturritter" unangenehm aufgefallen. „So verfocht er mit Beharrlichkeit den Gedanken, Gewerkschaftssekretär zu werden. Als ihm das misslang, glaubte er in den hiesigen Stadtrat gewählt werden zu müssen."[108] Auch nach einer Petition Glindkamps an den neuen Staatsminister Riecke kam es zu keiner Wiedereinstellung des Bittstellers bei der Stadtverwaltung, zumal auch Bürgermeister Keller mit Marginalbericht der Landesregierung urschriftlich am 11. August mitteilte: „Ich billige die Entlassung politisch und arbeitsrechtlich. Die Verantwortung übernehme ich."[109]

Bilanz des Großreinemachens

Kam es im Zuge der NS-Machtübernahme in Detmold zu einer stellenmäßigen Aufblähung des städtischen Verwaltungsapparates? Eine städtische Aufstellung aus dem Jahre 1935, die den Personalstand jenes Jahres mit dem von 1932 vergleicht, belegt, daß es zu keinerlei quantitativen Veränderungen im Bereich der Angestellten und Beamten gekommen war. Insgesamt gab es 1932 wie 1935 99 Beamte und Angestellte. Allerdings war die Zahl der Beamten von 49 auf 39 gesunken und die der Angestellten um zehn auf 60 gestiegen.[110] Erst in den Jahren nach 1935, als sich die finanzielle Situation der Stadt wesentlich günstiger als zur Zeit der NS-Machtübernahme gestaltete,[111] kam es mit steigender Einwohnerzahl und wachsender Anzahl weisungsgebundener Auftragsangelegenheiten zu einer bedeutsamen Vermehrung der Planstellen für Beamte und Angestellte bis in die ersten Kriegsjahre.[112]

Eine weitere städtische Auflistung vom Januar 1935 belegt andererseits, daß es in den Jahren 1933/34 insgesamt vier vorübergehende und 40 dauernde Neueinstellungen in allen Bereichen und Laufbahnen der Stadtverwaltung Detmold gab; darunter nur drei Frauen u.a. die alte Kämpferin und BDM-Aktivistin Meta Culemann, die im Mai 1933 eine Anstellung bei der Städtischen Sparkasse fand. Die Palette der Neueinstellungen reichte vom damals parteilosen Studienassessor am städtischen Oberlyzeum, Dr. Wilhelm Bornscheuer, bis zum einfachen Arbeiter am städtischen Bau- oder Schlachthof. 17 dieser Neueingestellten waren NSDAP-Mitglieder. Nur sieben der Neueingestellten gehörten im Januar 1935 weder der Partei noch ihren Untergliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände an.[113]

Vornehmlich in der städtischen Sparkasse und dem Gas- und Wasserwerk fanden die Detmolder NS-Aktivisten und Anhänger in den Jahren nach 1933 einen schlecht dotierten, aber sicheren Arbeitsplatz.[114] Andererseits waren viele

Detmolder Parteigenossen auch ein Jahr nach der Machtübernahme arbeitslos. Der Bericht der Ortsgruppe Detmold an die Kreisleitung vom März 1934 nennt namentlich 56 Detmolder aller Berufsgruppen, darunter auch den Komponisten August Weweler, der als Mitglied 940.275 1931 in die Partei eingetreten war.[115] Zudem hatte keiner der sogenannten 'alten Kämpfer', die vor dem 14. September 1930 den Weg in die Hitlerpartei gefunden hatten, eine Anstellung in der einfachen oder unteren mittleren Beamtenlaufbahn der Stadt gefunden, so der Bericht des Bürgermeisters Keller auf Anfrage des Landrates vom 16. Januar 1936. Keller bemerkte jedoch: „dass eine ganze Reihe alter Kämpfer der Bewegung in Arbeiter- und Angestelltenstellen der Stadt Detmold untergebracht sind, die jedoch mangels geeigneter Beamtenstellen oder Vorbildung voraussichtlich nicht zu Beamten ernannt werden können."[116] Aus diesen Ausführungen wird zum einen deutlich, daß die von den Nazis vor 1933 so vehement gegeißelte angebliche Futterkrippenwirtschaft der Systemparteien nach der Machtübernahme auch in Detmold, nun allerdings unter anderen Vorzeichen, ein vorher nicht gekanntes Ausmaß angenommen hatte.[117] Andererseits wird aber auch klar ersichtlich, daß in Detmold zumindest bei der Besetzung von Beamtenstellen in der Regel nach traditionellen Kriterien wie Vorbildung, Laufbahnverordnung und vorhandenen Planstellen vorgegangen wurde.[118] Diese Erfahrung mußte selbst der alte Kämpfer, langjährige 1. ehrenamtliche Beigeordnete Detmolds und nachmalige Leiter der Außenstelle Lippe im Sicherheitsdienst des Reichsführers SS, Wilhelm Schürmann, machen, als er sich um die neugeschaffene Stelle eines 1. hauptamtlichen Beigeordneten im Jahre 1939 bewarb. Diese Stelle mußte neu geschaffen werden, da der Bürgermeister völlig überlastet war. Auf Betreiben Wedderwilles, der sich ausdrücklich gegen Schürmann aussprach, und auf Anordnung des Reichsstatthalters Dr. Meyer mußte die Stelle gemäß § 41 (1) der DGO öffentlich ausgeschrieben werden, wobei unter 72 Bewerbern der Finanzprüfer der Regierung Münster und Parteigenosse Dr. jur. Hans Schmitz den Vorzug erhielt.[119]

Ferner läßt sich hinsichtlich des Personalwechsels in der Stadtverwaltung Detmold feststellen, daß diejenigen, die nach der Machtübernahme 1933 ihren Arbeitsplatz verloren, – so schmerzlich dieser Verlust angesichts fast 15.000 offiziell gemeldeter Arbeitsloser im Bereich des Arbeitsamtsbezirks Detmold für den einzelnen und seine Familie auch war – nicht existenziell ruiniert werden sollten.[120] Durch Zeugnisse, die den politischen Grund der Entlassung verschwiegen oder das fiskalische Motiv, das zur Freisetzung führte, hervorhoben sowie durch Empfehlungen und Verwendungen seitens der Stadtverwaltung für die Entlassenen bei anderen Behörden und Arbeitgebern sollte den Betroffenen der Weg für einen beruflichen Neuanfang nicht verbaut werden. Dies geschah im Hinblick auf die betroffenen Beamten jedoch nicht aus philantropischen oder altruistischen Gründen, sondern in erster Linie aus nüchterner Rechenhaf-

tigkeit, um der leeren Stadtkasse Gehaltsfortzahlungen bzw. Pensionszahlungen zu ersparen.

Rückblickend kommentierte Staatsminister Riecke im „Nationalsozialistischen Heimatkalender für Lippe" die lippischen Ereignisse des Jahres 1933, in dem er ausführte:

> Die Beamtengesetzgebung des Reiches ermöglichte, auf breitester Grundlage Maßnahmen der Verwaltungsvereinfachung durchzuführen, die sich erst in späterer Zeit voll auswirken werden. Auch dabei waren Härten unvermeidlich im Interesse des Ganzen. Von den Schädlingen am Beamtenkörper wurde das Land befreit.[121]

Auch in der Detmolder Verwaltung waren die Säuberungen gelungen. Sie waren umfangreicher und durchgreifender als in anderen lippischen Städten wie Lemgo, Horn oder Oerlinghausen.[122] Wie die politischen Gremien war auch die Verwaltung gleichgeschaltet und auf nationalsozialistischen Kurs gebracht worden.[123] So konnte anläßlich der Ernennung und Amtseinführung des ersten hauptamtlichen Beigeordneten der Stadt Detmold am 21. August 1939 Bürgermeister Keller in seiner Ansprache über die Stadtverwaltung Detmold und den in Ihr herrschenden Zeitgeist euphemistisch ausführen:

> Hier spinnt man keine Intrigen, wenigstens nicht lange, hier kennt man keine Ressorteitelkeiten, und mit Kompetenzschwierigkeiten halten wir uns nicht lange auf. Sie finden hier Männer, für die die Begriffe Pflichtgefühl, Verantwortungsfreude, Initiative und vor allem nationalsozialistischer Dienst am Volk Lebensinhalt geworden sind. Ich bin stolz auf meine Mitarbeiter.[124]

III. Ausblick

Für die Jahre nach der NS-Machtübernahme und -Herrschaftskonsolidierung in Detmold läßt sich generell auch für die Residenzstadt ein immer stärker werdender Zugriff sowie eine wachsende politische Einflußnahme und Kontrolle von Staat und Partei auf allen Gebieten der Verwaltung beobachten. Einerseits wurden die Städte und Gemeinden mit der Erfüllung immer neuer weisungsgebundener Auftragsangelegenheiten überfrachtet. Matzerath zitiert in diesem Zusammenhang eine Stimme aus dem Hauptamt der Parteikanzlei, die über eine „beispiellose Gesetzes- und Verordnungsflut" und ein „Tohuwabohu zentralistischer Reglementierungen" klagte.[125] Andererseits wurden ihnen de jure und de facto die Möglichkeit selbständiger Verwaltungsführung und eigenverantwortlicher kommunalpolitischer Entscheidungen immer stärker beschnitten und Kompetenzen entzogen. Dieser Erosionsprozeß setzte sich im Kriege verstärkt fort. Die kommunale Selbstverwaltung wurde auch in Detmold im Spannungsfeld zwischen den rivalisierenden Polen Partei und Staat aufgerieben.[126]

Anmerkungen

1. StA DT L 113 Nr. 355, Bl. 1 u. 51. Zur NSDAP in Detmold vgl. den Beitrag von Andreas Ruppert in diesem Band.
2. Zu Carl Herdejost und den Anfängen der NSDAP in Detmold vgl. Jürgen Hartmann, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NDSDAP. In: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 149-198, hier: S. 173, S. 183 f. et passim.
3. Im Jan. 1932 wurden 16941 offiziell gemeldete Arbeitslose in Lippe gezählt. StA DT L 79 Nr. 8718, Bl. 2.
4. StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
5. StA DT L 116 Nr. 112 Bd. 1, S. 44.
6. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495 f. u. L 116 Nr. 112 Bd. 1, S. 44 f.
7. StA DT D 106 Detmold Nr. 1496.
8. Reichsgesetzblatt (RGBl.) 1933, Teil 1, Nr. 17, S. 83.
9. StA DT D 2C Detmold Nr. 59, Bl. 59.
10. StA DT D 22 Detmold Zg. 31/86.
11. RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 29, S. 153 f. Lippische Gesetz-Sammlung 1933, Nr. 14, S. 35 f. Zur politischen Gleichschaltung in den lippischen Gemeinden grundlegend: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die fachistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 98 ff.
12. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495 f.
13. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495.
14. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 41 u. 44.
15. StA DT D 106 Detmold Nr. 1495.
16. StA DT L 116 Nr. 112, Bd. 1, S. 46.
17. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6 S. 49-64, § 6 u. 32. Zur komplizierten Genese der DGO im Spannungsfeld zwischen Partei, Staat und gemeindlicher Selbstverwaltung siehe Matzerath, Nationalsozialismus und kommunale Selbstverwaltung, Stuttgart 1970, S. 132-164.
18. Bereits am 14.7.33 – ein knappes halbes Jahr nach der Machtergreifung – wurde Deutschland nach Selbstauflösung (Selbstgleichschaltung) und Verbot sämtlicher politischer Parteien, mit Ausnahme der NSDAP, durch das Gesetz gegen die Neubildung von Parteien zum Einparteienstaat. RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 81, S. 479.
19. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 51 f.
20. Ebda. § 48.
21. Matzerath (wie Anm. 18), S. 291.
22. RGBl 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 55.
23. StA DT D 106 Detmold Nr. 1571.
24. Vgl. dazu allg. Matzerath (wie Anm. 18), S. 92 f., S. 159, S. 289-300.
25. StA DT D 106 Detmold Nr. 1462.
26. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291 f.
27. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Bl. 71v.
28. Ebda. 2291 und 2292. Vgl. auch StA DT D 106 Detmold Nr. 1521. Allg. zur Problematik der materiellen Dienstbarmachung gemeindlicher Resourcen für Parteizwekke, vgl. Matzerath (wie Anm. 18), v.a. S. 370-381.
29. RGBl. 1935, Teil 1, Nr. 6, S. 49-64, § 41.

30. RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 34, S. 175 ff. Bezeichnenderweise wurde es von nationalsozialistischen Zeitgenossen auch ebenso treffend wie zynisch als Gesetz über die Beseitigung von Beamten bezeichnet. Matzerath, Nationalisozialismus, S. 74.
31. Zur politischen Einstellung von Dr. Peters vgl. StA DT L 76 Gr. E Nr. 8a Bd. I. Bericht des Staatsministers Riecke an das Reichsfinanzministerium vom 20.11.1933. Wulfmeyer (wie Anm. 11), S. 73, bezeichnet Peters ohne Quellenangabe irrigerweise als DNVP-Mitglied.
32. StA DT L 113 Nr. 1254, Bl. 20.
33. Vgl. dazu auch Wulfmeyer (wie Anm. 11), S. 73 f.
34. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 235v.
35. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
36. Ebda.
37. „Lippische Post" vom 14.3.1933.
38. Vgl. auch die Schilderung Kellers gegenüber dem Oberstaatsanwalt Dr. Tornau in StA DT L 80 Ia Gr. VI Tit. 2 Nr. 10.
39. Gerhard Schulz, Die Anfänge des totalitären Maßnahmenstaates, Frankfurt 1974, S. 168, führt allg. zu dieser Gruppe von Spitzenbeamten aus: „Man bot 'nationalsozialistische Überzeugung' und 'Ehrenwort' an. Doch mancher Verzicht auf Charakter kam zu spät, um noch zu eigenem Nutz und Frommen auf der Woge der nationalen Revolution emporgetragen zu werden; man landete trotz allen Aufwandes im Wellental der Leidtragenden und Benachteiligten, aus dem es erst ein spätes oder doch gar kein Aufsteigen mehr gab".
40. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
41. StA DT L 80 Ia Gr. VI Tit. 2 Nr. 10. Aktenvermerk Oberstaatsanwalt Dr. Tornau vom 12.5.1933.
42. StA DT D 21 B Zg. 34/76 Nr. 121, Bl. 18 ff., 79a u. 83 ff.
43. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI sowie D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters.
44. „Lippische Landes-Zeitung" (LLZ) vom 4.4.1933
45. StA DT D.106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 122.
46. StA DT D 21 B Zg. 34/76, Bl. 14.
47. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 131 sowie L 80 Ia Gr. VI Tit. 2 Nr. 10.
48. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Beiakte, Bl. 4
49. Zu diesen Vorgängen ausführlich die vierbändige Personalakte Winklers StA DT D 106 Detmold A. Zu Winklers politischer Haltung vgl. StA DT L 113 Nr. 1254, Bl. 21. Zu Segler vgl. bes. StA DT D 72 Helmuth Petri Nr. 8, Bl. 138 ff. Auch Segler wurde wie andere besonders radikale Nazis von der Lippischen Landesregierung bereits im Juni 1933 politisch weitgehend kaltgestellt und seiner wichtigsten Ämter enthoben. Vgl. dazu L 76 E Nr. 5a.
50. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
51. RGBl. 1933, Teil 1 Nr. 34, S. 176.
52. StA DT L 80 Ie Gr. IV Tit. 5 Nr. 2 Bd. I.
53. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 236 v. u. D 21 B Zg. 34/76 Nr. 121, Bl. 31.
54. StA DT L 80 Ie Gr. IV Tit. 5 Nr. 2 Bd. I. Zu Tornau vgl. Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppe und Gau. In: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 199-229, hier: S. 219.
55. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsbeschluß vom 5.9.1933, Bl. 183.

56. StA DT L 113 Nr. 459, Bl. 30.
57. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters.
58. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
59. So sein damaliger Anwalt im Jahre 1948. StA DT D 21 B Zg. 34/76 Nr. 121, Bl. 31.
60. StA DT L 116 Nr. 112, S. 47.
61. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 233.
62. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 236v. Ebda. Bl. 233 Konzept der Verfügung sowie in der Beiakte, Bl. 21, der Entwurf des Kellerschen Kondolenzschreibens an die Witwe Peters.
63. StA DT D 106 Detmold A Personalakte Dr. Peters, Bl. 235.
64. StA DT L 113 Nr. 1254, Bl. 20.
65. StA DT L 80 I Pers. Nr. 368 sowie L 116 Nr. 112 Bd. 1, S. 2 u. 47.
66. Vgl. dazu Bernd Hey, Zur Machtergreifung in Westfalen und Lippe. In: Die Nationalsozialistische Machtergreifung – Der 30. Januar 1933 in Rheinland Westfalen Lippe, Hg. Landeszentrale für Politische Bildung, Düsseldorf 1983, S. 63-81, hier: S. 71.
67. Horst Lademacher, Machtergreifung in der Rheinprovinz. In: wie vor, S. 25-51, hier: S. 48 f.
68. Zu Moes vgl. Norbert Sarhage, Bünde zwischen 'Machtergreifung und Entnazifizierung', Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929 bis 1953, Bielefeld 1990, S. 120-131. Zu Gräfer vgl. Hanne und Klaus Pohlmann, Kontinuität und Bruch, Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Bielefeld 1990, S. 93-105.
69. Matzerath (wie Anm. 18), S. 257.
70. LLZ vom 3.11.1933, HStA D NW 1060-Jg. 1948 Nr. 2052, Bl. 48. sowie StA DT L 113 Nr. 745, Bl. 102.
71. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
72. StA DT L 76 Gr. E Nr. 8a Bd. 1.
73. LLZ vom 3.11.1933.
74. StA DT L 113 Nr. 313, Bl. 1.
75. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII.
76. Bereits 1936 bezichtigte die Ortsgruppe Detmold-Süd Keller einer zu laxen Handhabung der politischen Überprüfung der neueinzustellenden städtischen Angestellten und Arbeiter. StA DT L 113 Nr. 459, Bl. 101.
77. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXII. Verfügung vom 19.1.1937.
78. Ebda. Erlaß vom 20.3.1937.
79. StA DT L 113 Nr. 958, Bl. 17. Schreiben vom 24.12.1938.
80. StA DT L 113 Nr. 958, Bl. 23. Schreiben vom 31.1.1939.
81. StA DT L 113 Nr. 958, Bl. 30. Schreiben vom 3.2.1939.
82. HStA D NW 1060-Jg. 1948 Nr. 2052, Bl. 19.
83. Ebda.
84. Ebda. Bl. 18.
85. Ebda. Bl. 48.
86. „Lippischer Kurier" vom 3.4.1933.
87. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokolle vom 6. und 24.4.1933. Zu den politischen Qualifzierungen der städtischen Beamten vgl. hierzu und im folgenden das obengen. Dossier in: StA DT L 113 Nr. 1226 Bl. 20 f.
88. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokolle vom 6. u. 10.4.1933.
89. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokoll vom 6.4.1933.
90. Schröder wurde bereits am 1. Mai zum Verwaltungsaktuar und am 1. Dezember 1933 zum Inspektor und 1. Bürobeamten mit Befugnis zur Vertretung der Vertretung

der Stadtverwaltung Detmold nach aussen ernannt. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2291, Stadtratsprotokolle vom 19.4., 18.7. sowie 4.12.1933.

91. In jenen Tagen des Umbruchs scheint überhaupt der Einfluß der vormals zahlenmäßig kleinen und nach dem 15. bzw. 30.1.33 rasant anwachsenden Detmolder NSBO auf die Spitze der Stadtverwaltung so groß gewesen zu sein, daß in der kleinen Residenzstadt das Gerücht umlaufen konnte, die NSBO habe eine Beurlaubung und Inschutzhaftnahme des Bürgermeisters Dr. Droegenkamp veranlaßt. Schreiben vom 2.3.1933 der NSBO-Kreisleitung an den NS-Stadtrat Flaskamp, in dem sich die NSBO gegen dieses Gerücht wehrte und für Droegenkamp einsetzte. StA DT L 113 Nr. 1226, Bl. 39.
92. StA DT L 113 Nr. 1226, Bl. 186 u. 200. Ob es zum Aushang der Bekanntmachung kam, ließ sich nicht ermitteln.
93. Hierzu und im folgenden zu den personellen Veränderungen im Gas- und Wasserwerk im Frühjahr 1933. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196, L 113 Nr. 1226 sowie L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
94. Vgl. dazu Wulfmeyer (wie Anm. 11), S. 114 ff. Zu Rostecks Person bes. L 76 E Nr. 5a u. 6a.
95. Mit Verordnung der Landesregierung vom 18.3.1933 war allen Betriebsobmännern und Betriebsräten, die der KPD angehörten, die Ausübung ihrer Befugnisse untersagt worden. Lipp. Gesetz-Sammlung 1933, Nr. 11, S. 29.
96. StA DT L 113 Nr. 469, Bl. 50.
97. Eine zeitgenössische Auflistung der Schutzgefangenen in der JVA Detmold gibt für Ziegenbein die Zeiträume 2.-10.3., 13.3.-11.5.33 und 2.6.-13.7. an; für Lutsch ebenfalls 2.-10.3. sowie 13.3.-16.4.33. StA DT D 22 Detmold Zgg. 31/86.
98. Ebda.
99. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
100. Ebenfalls am 10. April wiederholte die Stadt die fristlose Kündigung der neun Arbeiter zum 10. April unter Berufung auf Art. 2 des Reichsgesetzes über Betriebsvertretungen und über wirtschaftliche Vereinigungen vom 4.4.1933. „Das im § 84 des Betriebsrätegesetzes vorgesehene Recht des Einspruchs gegen die Kündigung eines Arbeitnehmers besteht nicht, wenn die Kündigung mit dem Verdacht staatsfeindlicher Einstellung begründet wird." RGBl. 1933, Teil 1, Nr. 31, S. 161.
101. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
102. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
103. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
104. StA DT D 100 Detmold Zg. 1/88 Nr. 175.
105. StA DT D 22 Detmold Zg. 31/86.
106. Zum Problemkreis der pol. Denunzition vgl. in diesem Band den Beitrag von Gisela Diewald-Kerkmann.
107. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
108. StA DT D 106 Detmold Nr. 2196.
109. StA DT L 80 Ia Gr. III Tit. 4 Nr. 1 Bd. XXI.
110. StA DT D 106 Detmold A Nr. 2614.
111. Zur wirtschaftlichen und finanziellen Entwicklung Detmolds der Jahre 1933 ff. vgl. den Bericht Kellers an die Landesregierung in StA DT L 113 Nr. 457, Bl. 114 ff. Zusätzlich zur personellen Entwicklung D 106 Detmold A Nr. 2587.
112. Vgl. dazu L 80 Ia Gr. III Tit. 18 Nr. 1. 85 Beamte und 89 Angestellte sowie 60 Aushilfsangestellte im Dez. 1941 (ebda.).
113. StA DT L 113 Nr. 469, Bl. 49 f.

114. Vgl. dazu auch die städtische Aufstellung vom Frühjahr 1937. StA DT D 106 Detmold Nr. 1673.
115. StA DT L 113 Nr. 452, Bl. 19 ff.
116. StA DT D 106 Detmold Nr. 1673.
117. Vgl. dazu allg. Matzerath (wie Anm. 18), S. 85 ff.
118. Zum Problem der Versorgung der alten Kämpfer in Lippe allg. Ruppert (wie Anm. 54), S. 218 f.
119. StA DT L 76 Gr. B Nr. 22 d-f, D 106 Detmold A Nr. 2283, L 113 Nr. 958 sowie L 80 Ia Gr. III Tit. 18 Nr. 1 Bd. 1.
120. 14644 gemeldete Arbeitslose am 28.2.1933. StA DT L 79 Nr. 8718 Bl. 7. Die versteckte Arbeitslosigkeit wurde vom Leiter des Detmolder Arbeitsamtes, Dr. Bargheer, auf ca. 11.000 Personen beziffert. StA DT L 113 Nr. 457 Bl. 42.
121. 1. Nationalsozialistischer Heimatkalender für Lippe, 1 (1934), S. 55.
122. Zu Lemgo, vgl. Pohlmann (wie Anm. 68), S. 62-64; zu Horn, demnächst die Stadtgeschichte hg. v. Jens Buchner; zu Oerlinghausen, Jürgen Hartmann, Nationalsozialismus in Oerlinghausen – Machtergreifung und Herrschaftssicherung, Staatsexamensarbeit Bielefeld 1985, S. 74 ff.
123. So waren im Oktober 1936 alle Beamte und Angestellte Mitglieder der NSV. StA DT D 106 Detmold Nr. 1521.
124. StA DT D 106 Detmold A, Personalakte Dr. Schmitz, Bl. 33.
125. Matzerath (wie Anm. 18), S. 327.
126. Allg. dazu, Matzerath (wie Anm. 18), S. 433 ff.

Hermann Niebuhr

Detmolder Justiz im Nationalsozialismus

Justiz in Detmold vor 1933

1924 kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem lippischen Landespräsidenten Heinrich Drake und der Detmolder Richterschaft, nachdem Drake in einer öffentlichen Wahlkampfveranstaltung die Richter als überwiegend deutschnational orientiert dargestellt hatte. Sozialisten, so Drake, hätten verständlicherweise Bedenken, ob sie gegebenenfalls vor allem in politischen Verfahren mit unparteiischen Urteilen rechnen könnten. Landgerichtspräsident Dr. Müller und der Vorsitzende des lippischen Richtervereins, der damalige Landgerichtsrat Dr. Bernhard Ebert, verteidigten ihren Berufsstand und beriefen sich dabei auf die rechtsstaatlichen Normen, die allein die Grundlage des Richterberufes seien. Dennoch konnten sie damit nicht verhindern, daß die übereinstimmend konservative Ausrichtung der Richter und Staatsanwälte zum Thema einer öffentlichen Diskussion geworden war. Bezeichnenderweise hat dabei keiner der Betroffenen versucht, sich als liberal oder gar sozialdemokratisch darzustellen.

Für die Detmolder Justizbediensteten war Montag, der 30. Januar 1933 – zumindest in dienstlicher Hinsicht – kein besonderer Tag. Welche persönlichen Hoffnungen oder Befürchtungen der einzelne mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler verband, ist aus den zur Verfügung stehenden Akten nicht zu ersehen.

Nach der Machtergreifung

Der erste Niederschlag, den die neuen Verhältnisse in den Generalakten des Detmolder Landgerichts gefunden haben, ist eigentlich eine – wenn auch bezeichnende – Nebensache. In Neunkirchen im Saarland hatte es ein Explosionsunglück gegeben, und die neue Lippische Landesregierung hatte am 13. Februar 1933 Trauerbeflaggung angeordnet. Jedoch durfte nicht die schwarz-rot-goldene Reichsflagge aufgezogen werden, sondern nur die lippische Landesflagge. Dies stieß allerdings auf Beschaffungsprobleme, die man bei dieser wie auch bei der schon drei Wochen später folgenden nächsten Gelegenheit mit

Geschick und Findigkeit zu lösen verstand. Für den Volkstrauertag hatte die Landesregierung am 6.März 1933 angeordnet:

> Zu Ehren der Toten des Weltkrieges, die ihr Leben unter der Flagge schwarzweißrot dahingegeben haben, ist neben der Landesflagge eine Flagge in den Farben schwarzweißrot zu setzen, soweit eine solche bei den Behörden vorhanden ist oder ohne besondere Kosten beschafft werden kann.[1]

Daran hielt man sich: Die schwarz-rot-goldene Fahne des Amtsgerichts Lemgo wurde zur Herstellung einer gelb-roten und einer schwarz-weiß-roten Fahne gebraucht, und das Landgericht Detmold lieh eine schwarz-weiß-rote Fahne und eine kleine Hakenkreuzflagge bei dem Hofspeisewirt Heinrich Sauer auf der Grotenburg aus. Zu einer kleinen Auseinandersetzung kam es allerdings zwischen dem Mitglied des Landespräsidiums (und späterem Kreisleiter) Wedderwille und dem Amtsgerichtsrat Dr. Obenhaus in Alverdissen: Dieser hatte den Wunsch zweier örtlicher NSDAP-Mitglieder, das Amtsgericht schwarz-weiß-rot zu beflaggen, nicht akzeptiert und die Vorwürfe, die ihm daraufhin von Wedderwille gemacht worden waren, mit dem Hinweis zurückgewiesen, daß er nur solche Anweisungen befolge, die ihn auf dem korrekten Dienstwege erreichten. Politische Motive für die Ablehnung gebe es nicht: „Nationale Gesinnung lasse ich mir von keiner Seite absprechen."[2] Diese Probleme blieben aber Episode, denn schon wenige Wochen später konnten die für künftige Gelegenheiten erforderlichen Fahnen auf Kosten der Landesbauverwaltung angeschafft werden.[3]

Auswirkungen des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums

Die Abschaffung der schwarz-rot-goldenen Fahne hatte bei den Juristen keine Bedenken hervorgerufen. Wenn man nicht eine gänzlich indifferente Haltung zu verfassungspolitischen Fragen und Entwicklungen voraussetzen will, was bei Richtern und Staatsanwälten eigentlich schwerfallen sollte, dann muß man annehmen, daß die Detmolder Juristen zumindest stillschweigend mit der Beseitigung dieses Symbols demokratisch-parlamentarischer Tradition in Deutschland einverstanden waren. Auch die bald einsetzende Verdrängung von Gegnern des Regimes und vor allem von 'Nichtariern' aus dem öffentlichen Dienst rief keinen Widerstand hervor, da offenbar alle Richter und Beamten sich nicht für betroffen hielten. Schon bald nach dem Machtantritt verschaffte sich die NS-Regierung hierfür mit dem „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" vom 7.April 1933 die formelle Handhabe.[4] Betrachtet man die Auswirkungen dieses Gesetzes rein statistisch, dann streiften sie die Justiz nur am Rande. Ganze 370 von insgesamt etwa 10.000 Richtern, die 1933 in Deutschland amtierten, mußten aufgrund dieses Gesetzes den Dienst quittieren.

Die Kontinuität in diesem Bereich war also kaum ernsthaft gefährdet.[5] Das Bild, das sich für Detmold ergibt, entspricht dem recht genau. Als die Gauleitung Westfalen-Nord Ende August 1937 bei dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Celle nach der Zahl der aufgrund dieses Gesetzes entlassenen Beamten fragte, ergab sich, daß in Detmold nur ein Richter betroffen war – und auch dieser nicht durch Entlassung: Der Landgerichtsrat Dr. Bernhard Ebert war gemäß § 5 dieses Gesetzes am 31.Juli 1933 vom Landgericht an das Amtsgericht Detmold versetzt worden.[6] In diesem Paragraphen ist davon die Rede, daß jeder Beamte „sich die Versetzung in ein anderes Amt [...] gefallen lassen [muß], wenn es das dienstliche Bedürfnis erfordert." Von politischen Gründen, die in der Person des Betroffenen liegen, ist dabei – im Gegensatz zu den anderen Paragraphen dieses Gesetzes – nicht die Rede. Zwei Jahre später spiegelt sich dieser Vorfall in einer Beurteilung Eberts durch den Landgerichtspräsidenten nur noch als Karriereknick von vorübergehender Bedeutung, wenn auch jetzt – und vermutlich traf das auch 1933 schon zu – die Versetzung an das Amtsgericht mit einer politischen Verfehlung motiviert wird:

> Überdurchschnittliche Befähigung, fleißig, gewissenhaft, von guter Dienstauffassung (bis auf einen vereinzelten, als vorübergehende Entgleisung zu wertenden Fall, der zu seiner Versetzung an das Amtsgericht führte). [...] Nationale Gesinnung trotz des erwähnten, das politische Gebiet berührenden Vorganges, unzweifelhaft. Führung bis auf diesen Fall tadellos.[7]

Bei „diesem Fall" handelt es sich um einen Brief, den Dr. Ebert am 30. Mai 1933 an Prof. Dr. Erik Nölting – den späteren ersten nordrhein-westfälischen Wirtschaftsminister – geschrieben hatte. Nölting war Anfang der 20er Jahre Dozent an der Detmolder Hochschule für Verwaltungswissenschaften gewesen. Als diese 1924 geschlossen wurde, ging Nölting an die Universität Frankfurt; dort wurde er 1933 als Sozialdemokrat entlassen. In dieser Situation bat er Dr. Ebert, der selbst Dozent an der Detmolder Hochschule und nach deren Schließung Leiter der Abwicklungsstelle gewesen war, um Hinweise, wie er seine Detmolder Dienstzeit am günstigsten für die Berechnung seines Ruhegehalts geltend machen könne; er mußte nämlich fürchten, ohne Anrechnung dieser Zeit keinen Anspruch auf Pensionszahlungen zu haben. Die Antwort Eberts vom 30. Mai 1933 enthält neben Ratschlägen für ein taktisch möglichst vorteilhaftes Vorgehen in dieser Sache auch einige allgemeine Bemerkungen zur neuen politischen Lage. Zusammenfassend schreibt Ebert: „Ich begrüße vieles im neuen Staate; ich bin aber kein Nationalsozialist und habe daher auch die Freiheit, in manchen Dingen eine eigene Meinung zu behalten." Dieser Brief fiel der Gestapo bei einer Haussuchung bei Nölting in die Hände. In dem daraufhin gegen Ebert angestrengten Dienststrafverfahren wurde ihm neben dieser Äußerung vorgehalten, daß er noch im Mai 1933 einen so verständnisvollen, in verbindlichem Ton gehaltenen Brief an einen Sozialdemokraten ge-

schrieben und außerdem – angeblich unbefugt – die Akten der Hochschule im Landesarchiv Detmold eingesehen habe. Das Dienststrafverfahren endete am 5. August 1933 mit einem Verweis.[8]

Unmittelbar vor dem offiziellen Inkrafttreten dieses Gesetzes und nicht nur in chronologischem Zusammenhang mit den Boykottaktionen von Anfang April 1933 bestimmte eine Rundverfügung des Preußischen Justizministers vom 3.4.1933, daß

> Rechtskandidaten und Rechtskandidatinnen, die jüdischer Abstammung sind, [...] nach bestandener erster juristischer Prüfung zu Referendaren (Referendarinnen) bis auf weiteres nicht mehr ernannt werden [dürfen]. Im Zweifelsfalle ist zu berichten. Referendare (Referendarinnen), die jüdischer Abstammung sind, dürfen einen Unterhaltszuschuß nicht mehr bewilligt erhalten. Bereits bewilligte Unterhaltszuschüsse sind mit sofortiger Wirkung zu entziehen. Von Wiedereinziehung bereits ausgezahlter Zuschußbeträge kann abgesehen werden.[9]

Jüdischen Juristen mit abgeschlossenem ersten Examen war damit die Aussicht auf eine weitere Tätigkeit in dem jeweils angestrebten Beruf zumindest in Justiz und Verwaltung genommen. Die Auswirkungen der restriktiven Bestimmungen auf die Planstelleninhaber im lippischen Justizdienst werden weiter unten behandelt. An dieser Stelle sei ein kleiner Exkurs erlaubt, da diese Verfügung in Lippe einen Weg nimmt, der exemplarisch die etwas engen Verhältnisse der lippischen Verwaltung erkennen läßt, in der der Landgerichtspräsident zugleich die Funktion des Justizministers ausübte: Die zitierte Rundverfügung des Preußischen Justizministers bzw. des Reichskommissars Kerrl mußte, bevor sie in Lippe wirksam werden konnte, zu einer Verfügung der lippischen Landesregierung gemacht werden. Dazu gelangte sie von der Landesregierung, bei der sie am 10. April eingegangen war, am 12. April an den Landgerichtspräsidenten, der eine wörtliche Abschrift derselben als Verfügungsentwurf an die Landesregierung zurückgab und am 20. April eine wortgleiche Ausfertigung als Verfügung der Regierung an ihn erhielt.[10]

Aufgrund der Dritten Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 6.5.1933 ordnete der Landgerichtspräsident eine Überprüfung der früheren politischen Haltung der lippischen Justizbediensteten an. Alle Amtsgerichte im Landgerichtsbezirk Detmold meldeten auf die Frage nach sozialdemokratischer oder kommunistischer Betätigung Fehlanzeige. Der Detmolder Amtsgerichtsrat Cronemeyer kommentierte diese für sein Gericht am 19. Mai 1933: Es habe

> festgestellt werden können, daß von einer bisherigen politischen Betätigung des hiesigen Personals im Sinne des § 4 des Gesetzes [...] vom 7. April 1933 überhaupt nicht die Rede sein kann. Die Politik ist aus den Büros und der Kanzlei grundsätzlich ferngehalten. Unter den jetzt gegebenen Verhältnissen bieten sämtliche Beamte

> und Angestellte gesinnungsmäßig eine Gewähr dafür, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten werden.[11]

Einen schöneren Erfolg hätten sich die Urheber des Gesetzes kaum denken können.

'Ausschaltung' jüdischer Anwälte

Am 7. April 1933 hatte eine Besprechung von Vertretern der Landesjustizverwaltungen im Reichsjustizministerium stattgefunden, bei der es um die jüdischen Rechtsanwälte ging. Im Ergebnisprotokoll sind die Grundsätze formuliert, die anschließend zum Berufsverbot aufgrund der 'rassengesetzlichen Rechtslehre' führten:

> nur die Menschen eines Blutes, die Angehörigen einer Rasse und eines Volkes [könnten] unter gleichem Recht stehen, für die Juden als Angehörige einer fremden Rasse, eines fremden Volkes könne dieses gleiche Recht nicht gelten. Jeder Jude in der Justiz bedeute einen schweren Eingriff in die Willenssphäre des deutschen Volkes.[12]

Drei jüdische Rechtsanwälte übten ihren Beruf in Lippe aus; einer, Leonhard Wahrburg in Lemgo, ging so rechtzeitig in Ruhestand, daß er von diesen Maßnahmen nicht betroffen war. Die beiden anderen, Dr. Albert Hirschfeld und Fritz Herzberg praktizierten 1933 in Detmold, und beide waren – allerdings auf unterschiedliche Weise – von den Boykott- und Verdrängungsaktionen betroffen.

Unmittelbar nach der Machtergreifung war es in Detmold zunächst vereinzelt, dann stärker und mit einem ersten Höhepunkt am 11. März zu Angriffen auf Juden und jüdisches Eigentum gekommen (z.B. wurde Felix Fechenbach am 11. März verhaftet). In welcher Lage mußte sich ein Mann wie Rechtsanwalt Hirschfeld befunden haben, wenn er am 8. April vom Landgerichtspräsidenten eine Bescheinigung erbat, „daß er in seinem Auftreten vor lippischen Gerichten nicht behindert ist."; diese Bescheinigung wurde ihm ausgestellt. Es hat den Anschein, daß Hirschfeld schon von dem kommenden Berufsverbot Kenntnis bekommen hatte, das sozusagen in der Luft lag und tags zuvor bereits im Reichsjustizministerium verhandelt worden war. Man gewinnt aus diesem Vorgang aber ebenso die Vorstellung, daß der Landgerichtspräsident Winkelsesser seinerseits noch nicht über die Vorgänge in Berlin unterrichtet war. Erst am 20. April bat er um beschleunigte Überlassung eines Abdrucks der entsprechenden Rundverfügung; zwei Tage später traf sie in Detmold ein. Sie war aber bereits durch eine weitere Rundverfügung vom 18. April überholt bzw. präzisiert, die auch nicht nur die Rechtsanwälte, sondern auch die jüdischen

Richter und Staatsanwälte betraf und genaue Verfahrensvorschriften enthielt: Das angeblich anmaßende Auftreten jüdischer Ärzte und Rechtsanwälte errege das Volk so sehr, daß es nun zur Selbsthilfe greife – dadurch entstehe Gefahr für die Autorität der Rechtspflege – „spätestens mit dem Beginn des von der NSDAP geleiteten Abwehrboykotts" sollten alle jüdischen Richter Urlaubsgesuche einreichen. Würden sie sich weigern, müsse Hausverbot verhängt werden; Kommissorien jüdischer Assessoren seien sofort zu widerrufen, jüdische Laienrichter nicht mehr einzuberufen. Jüdische Staatsanwälte und Vollzugsbeamte seien sofort zu beurlauben. Ab „morgen 10 Uhr" sei die Zahl der bei Gericht auftretenden jüdischen Rechtsanwälte zu beschränken. „Wo eine Vereinbarung dieses Inhalts infolge Obstruktion der jüdischen Anwälte nicht zu erzielen" sei, müsse Hausverbot verhängt werden. Bestellung zu Pflichtverteidigern, Konkursverwaltern, Zwangsverwaltern dürften nicht mehr erfolgen; staatliche Beauftragungen seien sofort zurückzuziehen. „Dabei bitte ich, mit den neuen Vertretern zu vereinbaren, dass diese die bei den bisherigen Prozessvertretern entstandenen Gebühren nicht nochmals berechnen." Die Vorstände der Anwaltskammern würden durch Kommissare ersetzt, die „nach Anhörung der nationalsozialistischen oder sonstigen nationalen Anwaltsorganisationen zu bestellen" seien. „Wenn von den Gau- und Kreisleitungen der NSDAP der Wunsch geäussert wird, durch uniformierte Wachen die Sicherheit und Ordnung innerhalb des Gerichtsgebäudes zu überwachen, ist diesem Wunsche Rechnung zu tragen." Von einem Einfluß der Justizverwaltung auf den Einsatz uniformierter Wachen ist bezeichnenderweise nicht die Rede.[13] In Detmold ist es aber dazu offensichtlich nicht gekommen.

Die Tätigkeitsbeschränkungen für jüdische Anwälte hatten bei manchen Mandanten offenbar Besorgnis über den Fortgang ihrer anhängigen Streitsachen erregt. Jedenfalls gingen sogleich beim Landgericht Detmold Anfragen der Godesberger Versicherungsgesellschaft 'Halensia' und des Wehrkreisverwaltungsamtes VI ein, ob die jeweils engagierten Rechtsanwälte Dr. Müller und Dr. Sievert betroffen seien; sie konnten beruhigt werden und brauchten keine Ersatzanwälte zu bestellen.

Das Anfang April 1933 verhängte Vertretungsverbot für jüdische Anwälte wurde kurz darauf modifiziert. Reichspräsident Hindenburg hatte durch eine Intervention bei Hitler erreicht, daß es für solche jüdischen Anwälte nicht galt, die entweder vor dem 1. Weltkrieg bereits amtiert hatten oder die Frontkämpfer gewesen waren.

Für die beiden betroffenen Detmolder Anwälte Hirschfeld und Herzberg war dies von entscheidender Bedeutung. Dr. Albert Hirschfeld war seit 1909 als Rechtsanwalt zugelassen – ihm konnte also wegen seiner jüdischen Abstammung die Ausübung seines Berufes (noch) nicht verboten werden. Fritz Herzberg dagegen war 1900 geboren und damit etwa eine halbe Generation jünger als Hirschfeld, und er fiel unter keines der Ausnahmekriterien: Ein Bericht des

Landgerichtspräsidenten an die Landesregierung über die beiden Anwälte vom 5. Mai 1933 gewichtet die zuvor eingeholten Auskünfte und stellt zu Herzberg fest, daß er erst seit Oktober 1932 zugelassen, er kein Frontkämpfer und sein Vater im Krieg nicht gefallen sei. Seinem seinerzeit unmittelbar bevorstehenden Fronteinsatz, der ihm jetzt die Zulassung erhalten hätte, war der Waffenstillstand im November 1918 zuvorgekommen. Winkelsesser schreibt weiter:

> Die Zulassung des Rechtsanwalts Herzberg zur Rechtsanwaltschaft kann hiernach [...] zurückgenommen werden. Ich beantrage, dies zu tun. Ihn im Beruf zu belassen, liegt angesichts der Tatsache, daß in Lippe bei rund 170 000 Einwohnern nur etwa 600 jüdische Einwohner vorhanden sind, auch rein zahlenmäßig kein Bedürfnis vor.

Mit Bescheid vom 20.Juni 1933 entzog die Landesregierung Fritz Herzberg die Zulassung als Rechtsanwalt.[14]

Er konnte am 20. November 1933 eine Stelle als Buchhalter in der Firma Neugarten & Eichmann antreten und ist am 11.September 1938 nach den USA ausgewandert.[15]

Hirschfeld konnte dagegen zunächst als jetzt einziger jüdischer Anwalt im Landgerichtsbezirk Detmold weiter seinen Beruf ausüben. Eine Aufstellung der lippischen Anwälte vom Februar 1935 mit Bemerkungen zur politischen Zuverlässigkeit erhob nur gegenüber vier Anwälten Bedenken: Dr. Schöne und Peters seien als ehemalige Sozialdemokraten und Blanke als ehemaliger Demokrat nur bedingt zuverlässig. Allein Hirschfeld wurde als Jude für generell unzuverlässig erklärt.[16]

Nachdem ihm mit Erlaß des Reichsjustizministers am 17. Oktober 1938 die Vertretungsbefugnis entzogen worden war, verlor er nach dem Novemberpogrom seine Zulassung am 30. November 1938. 1942 wurde Albert Hirschfeld nach Theresienstadt deportiert. Dort ist er umgekommen.[17]

Seit Ende 1938 standen den lippische Juden zu anwaltlicher Vertretung nur noch zwei „jüdische Rechtskonsulenten" in Hannover zur Verfügung, zu denen der Reichsjustizminister dortige jüdische Anwälte bestellt hatte. Er hatte ihnen als Zuständigkeitsbereich den Oberlandesgerichts-Bezirk Celle, die Landgerichts-Bezirke Braunschweig, Bielefeld, Bremen und Oldenburg und den Amtsgerichts-Bezirk Thedinghausen zugewiesen. Welche Aussichten für eine sachgerechte Beratung oder Vertretung sich daraus für den einzelnen Mandanten ergaben, braucht nicht ausgeführt zu werden.[18]

Veränderte Arbeitsbedingungen

Für die von diesen Maßnahmen nicht betroffenen Richter, Staatsanwälte und sonstigen Justizbediensteten veränderten sich die Arbeitsbedingungen zwar

nicht entscheidend, aber sie wurden Objekt zahlreicher Rundverfügungen und Erlasse, die der Überwachung und Reglementierung dienten.

So mußten die Justizbediensteten Anfang Mai 1933 aufgrund einer Rundverfügung der Landesregierung mit Maßnahmen gegen die 'Doppelverdiener' alle Nebenbeschäftigungen angeben. Durch Verfügung des Reichsministers des Innern vom 13. Juli 1933 wurde der Hitler-Gruß eingeführt,[19] der im September 1933 beim Beginn von Gerichtsverhandlungen obligatorisch wurde. Bereits im Dezember 1933 kam es darüber zu einem Konflikt mit dem Salzufler Rechtsanwalt Dr. Siewecke.[20]

Immer wieder wurde für den Bezug der nationalsozialistischen Presse geworben, auch für den „Stürmer",[21] außerdem für die Mitgliedschaft etwa im Reichsluftschutzbund (im September 1934 waren bereits 79% der Beamten und 59% der Angestellten Mitglied),[22] in den der NSDAP angeschlossenen Verbänden und vor allem für Spenden für das Winterhilfswerk. Im Februar 1935 erwarben die Detmolder Justizbediensteten 2 Urkunden über je 100 RM Winterhilfswerk-Spende. Im Dezember des Jahres war die Spendentätigkeit Gegenstand der regelmäßigen Besprechung des Oberlandesgerichtspräsidenten mit den Landgerichtspräsidenten. In seinen Aufzeichnungen von dieser Konferenz hat Winkelsesser notiert: „Dringender Appell an die Aufsichtsrichter, ihre Beamten und Angestellten zu den Leistungen für das WHW und die Mitgliedschaft bei der NSV anzuhalten".[23] Die Beiträge zum Winterhilfswerk waren auf zehn Prozent der Lohnsteuersumme festgesetzt; Beamte, die nicht nach dem üblichen Satz Beiträge zum WHW bezahlten, wurden massiv unter Druck gesetzt.[24] Im November 1936 gab es erneut eine Verfügung des Oberlandesgerichtspräsidenten an die Landgerichtspräsidenten, mit der die höheren Beamten zur Beteiligung an der Haus- und Straßensammlung für das WHW am „Tag der nationalen Solidarität" aufgefordert wurden. Dies war zwar freiwillig; wer nicht teilnehmen wollte oder konnte, mußte aber eine genaue Begründung vorlegen. Nach Abschluß der Sammlung erhielt der Oberlandesgerichtspräsident ein Teilnehmerverzeichnis übersandt. Im März 1937 spendete die Detmolder Justiz 243,85 RM für das 'Opferbuch der NSDAP' zu Gunsten des Winterhilfswerks; die Spendenliste – wie noch viele andere – liegt noch bei den überlieferten Akten. Im folgenden Monat wurde für das 'Dankopfer der Nation' gesammelt. Die SA-Standarte 55 wandte sich an den Landgerichtspräsidenten: „Es ergeht daher die Bitte an Sie, Ihre Mitarbeiter geschlossen zur Einzeichnungsstelle der SA.-Standarte 55, Detmold, Langestrasse 93, zu führen," Winkelsesser wies dieses Ansinnen aber zurück:

> [...] beehre ich mich mitzuteilen, daß ich mich, um die Freiwilligkeit des Opfers zu wahren und auch den Anschein eines unzulässigen behördlichen Zwanges zu einer Sammlung zu vermeiden, ohne Genehmigung meiner zuständigen vorgesetzten Behörde nicht für berechtigt halte, die mir unterstellten Beamten und Angestellten der hiesigen Gerichte geschlossen zu einer Einzeichnungsliste zu führen.

Einzelne hatten auch bereits gespendet, und Winkelsesser forderte ausdrücklich zu weiteren Spenden auf, als er sein Antwortschreiben an die SA unter seinen Richterkollegen bekanntmachte.[25]

Von ähnlicher Bedeutung war die Mitgliedschaft in der NSV (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt e.V.). Im Oktober 1937 veranstaltete der Landgerichtspräsident eine Umfrage über den Stand der Mitgliedschaft in dieser Organisation. Nichtmitglieder sollten darauf hingewiesen werden, „daß jeder staatliche Beamte und Angestellte es als Ehrenpflicht erachten muß, durch Beitritt zur NSV seine Verbundenheit mit dieser der Betreuung der deutschen Hilfsbedürftigen dienenden sozialen Organisation sichtbar Ausdruck zu geben. Nur ganz zwingende Gründe vermögen eine Ausnahme zu rechtfertigen." Ein Justizoberwachtmeister aus Hohenhausen meldete daraufhin seine laufenden finanziellen Belastungen, die ihm den Beitritt zur Zeit unmöglich machten: Parteibeitrag 2,30 RM, Beitrag für den Beamtenbund 2,30 RM, Kindergartenbeitrag 2,- RM, Eintopfspende 50 Pfg. mtl., „sämtliche monatlichen Plaketten und sonstigen Sammlungen", Beiträge und Kleidung für die Kinder in der HJ, 50 Pfg. Beitrag für den Kriegerverein, dazu sonstige Sondersammlungen sowie die Beiträge für Krankenkasse und Versicherungen. Nach Ableistung des Militärdienstes muß der älteste Sohn zum Berufsantritt neu eingekleidet werden, und zwei weitere Kinder sind in der Lehre; „an Gehalt habe ich in meiner Gruppe von 10 Stufen erst die 6. Stufe erreicht. Ich bin bereit, der NSV beizutreten, sobald sich meine ersten 3 Kinder selbst erhalten können."[26]

Allerdings gab es auch Umfragen anderer Bedeutung, die von seiten der Landesregierung oder des Oberlandesgerichtspräsidenten unter den Beamten und Angestellten durchgeführt wurden: Im September 1934 z.B. fragte die Landesregierung beim Landgerichtspräsidenten nach Mitgliedern der Internationalen Bibelforschervereinigung unter den Justizbediensteten – das Landgericht sowie alle Amtsgerichte meldeten Fehlanzeige. Etwa ein Jahr später wurde von den Beamten eine Erklärung darüber verlangt, ob sie zu einer Freimaurerloge gehörten.[27] Im Abstand von nur drei Tagen wurden die Beamten im Juli 1937 aufgefordert, ihre eventuelle Zugehörigkeit zum Rotary-Club bzw. zum „Bund Deutsche Schlaraffia e.V." bekanntzugeben – in beiden Fällen meldeten wiederum das Landgericht und alle Amtsgerichte Fehlanzeige. Ende Oktober 1938 wurde dann eine Mitgliedschaft in berufsständischen konfessionellen Vereinigungen verboten.[28]

Dies alles war zwar nicht auf die Justiz beschränkt, aber diese Art von Sammlungen, Umfragen und Erhebungen müssen den Arbeitsalltag der Richter, Staatsanwälte und der Beamten und Angestellten in der Justizverwaltung erheblich beeinflußt und geprägt haben, zumal sie in der Regel auf dem Dienstweg und unter Einbeziehung und Ausnutzung dienstrechtlicher Abhängigkeiten durchgeführt wurden. Als im Juni 1937 anläßlich einer der periodischen Präsidenten-Besprechungen eine neue Justizausbildungsordnung erörtert wurde, die

den Richtern auch kleiner Amtsgerichte zusätzliche Belastungen bringen würde, wurde Landgerichtspräsident Winkelsesser in einem Referat deutlich:

> Die sich vollziehende Wandlung der Rechtsanschauungen, die Einarbeit in zahlreiche neue Gesetze und Verordnungen, die Fülle neuer Verwaltungsvorschriften, die Aneignung nationalsozialistischen Gedankenguts sowie die sonstige Inanspruchnahme – durch die Partei, ihre Gliederungen und angeschlossenen Verbände – ganz zu schweigen von der zur Erhaltung der körperlichen und geistigen Spannkraft notwendigen Freizeit und von Familienpflichten – nehmen neben den laufenden richterlichen Tagesgeschäften die Kräfte gerade der tüchtigsten und gewissenhaftesten Richter so in Anspruch, daß ihnen auch beim besten Willen meist die Muße fehlt, sich der Ausbildung der Referendare in dem von der JAO geforderten Umfange anzunehmen. Gerade bei den kleinen Amtsgerichten strömt ja die Flut dieser mannigfaltigen neuen Aufgaben auf nur wenige oder gar nur einen Richter herab.[29]

Die Frage des aktiven Engagements in der Partei war unter den Richtern gleich nach der Machtergreifung diskutiert worden. Bernhard Ebert gab im Juli 1947 zu Protokoll, daß die Vertreter des preußischen Richtervereins im April 1933 auf einer Vorstandssitzung des Deutschen Richtervereins in Bad Brückenau den sofortigen geschlossenen Eintritt in die Partei empfohlen hätten; kleinere Richtervereine – auch der lippische – hätten „sich gegen einen solchen Druck ausgesprochen".[30] Die Mitgliedschaft in der NSDAP wurde zwar nicht ausdrücklich zur Bedingung für berufliches Fortkommen gemacht, und zeitweilig gab es bekanntlich auch einen Aufnahmestop; aber selbstverständlich war die politische Haltung entscheidend und sie fand unter der Rubrik 'charakterliche Eigenschaften' Eingang in die Befähigungsnachweise. Im Januar 1935 wurde verfügt, daß ein Stellenbewerber darzulegen habe,

> wie er zu dem neuen Staat Stellung nimmt, wodurch er seine Verbundenheit mit dem neuen Staat und seine Eingliederung in das Volksganze bewiesen hat und ob ihm etwa bereits besondere Verdienste bei Verfolgung der Ziele des neuen Staates zuerkannt werden können.[31]

Konkreter waren die Bemerkungen des Oberlandesgerichtspräsidenten bei einer Besprechung mit den Landgerichtspräsidenten im Juni 1937: Die Mitgliedschaft sämtlicher Beamten und Angestellten in der NSV sei dringend erwünscht; jüngere Beamten (gemeint waren vor allem die Assesoren) sollten sich in der Partei oder ihren Gliederungen engagieren. Bei der folgenden Besprechung im Januar 1938 wurde dieser Punkt präzisiert: Der Oberlandesgerichtspräsident gab bekannt, daß die Mitarbeit in der Partei oder ihren Gliederungen unbedingte Voraussetzung für die Anstellung sei. Der Stellvertreter des Führers stehe auf dem Standpunkt, daß er beim Fehlen einer aktiven Betätigung eine Anstellung nicht befürworten könne. Eine Tätigkeit im NS-Rechtswahrerbund (auch als Fachschaftswalter) genüge nicht, sondern die Be-

tätigung müsse in einer anderen Organisation der Partei erfolgen, um darzutun, daß sich der Bewerber in die Volksgemeinschaft fügte. Es sei außerdem selbstverständlich, daß der Anwärter auf den höheren Dienst sich aus freiem Entschluß zum Wehrdienst meldet, falls er dazu heransteht; eine Aufforderung solle er nicht abwarten.[32] Eine für die Militärregierung im März 1946 angefertigte Statistik über die Parteizugehörigkeit der Justizbediensteten läßt den Effekt dieser Pressionen erkennen: Von den vier Richtern des Landgerichts waren drei Parteigenossen gewesen, am Amtsgericht Detmold waren alle vier Richter in der Partei, ebenso zwei von vier Staatsanwälten. Ein ähnliches Bild bot der gehobene Dienst: Beim Landgericht waren zwei von vier Beamten Mitglieder, bei Staatsanwaltschaft und Landgerichtsgefängnis zwei von drei, beim Amtsgericht vier von sechs; alle drei beschäftigten Gerichtsvollzieher waren ebenfalls in der Partei. Die Verhältnisse beim mittleren und einfachen Dienst lagen kaum anders; nur bei den Angestellten war der Pg.-Anteil erkennbar geringer: Beim Landgericht gab es unter fünf nur einen Parteigenossen, bei Staatsanwaltschaft und Landgerichtsgefängnis war nur einer von 13 in der Partei und beim Amtsgericht vier von 13.[33]

Rahmenbedingungen: Stellung der Justiz im NS-Staat

Die Entwicklung im Landgerichtsbezirk Detmold ist selbstverständlich nicht autonom abgelaufen; die Rahmenbedingungen dürfen daher nicht unerwähnt bleiben.

Wie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens war auch in weiten Teilen der Justiz Skepsis oder gar Ablehnung dem nachrevolutionären Staat der Weimarer Republik gegenüber weit verbreitet. Nicht zuletzt für Beamte und Richter war dieses Unvermögen, sich mit den neuen staatlichen Verhältnissen zu identifizieren, subjektiv begründet durch die mißliche ökonomische Lage, in die viele von ihnen während der Inflationszeit Anfang der zwanziger Jahre geraten waren. Vermögensverlust und Gehaltskürzungen ließen Angst vor dem sozialen Abstieg aus der oberen Mittelschicht entstehen, der die meisten Angehörigen dieser Berufe entstammten. Die autoritären Strukturen der Kaiserzeit, an denen die Richter und Staatsanwälte selbst teilgehabt oder in denen sie wenigstens ihre Ausbildung erhalten hatten, existierten zumindest in der Verfassungstheorie nicht mehr. Das führte für viele zu Orientierungsproblemen.

Es gab Äußerungen von Hitler und von dem 'Reichsjuristenführer' Hans Frank, die bei den Betroffenen Hoffnungen auf Sicherung der für gefährdet erachteten richterlichen Unabhängigkeit und eine angemessene soziale Stellung erweckten. Viele ausgebildete Juristen hatten in den letzten Jahren der Weimarer Republik aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen keine Anstellung in Verwaltung und Justiz finden können, was zu der sog. Weimarer Assessorennot

geführt hatte. Zunächst vor allem mit der Schaffung von befristeten Stellen, später und besonders seit 1939 mit zahlreichen neuen Planstellen wurde die Lage der Juristen erheblich verbessert, was sich auf die Haltung vieler damit in Lohn und Brot gekommener Berufsanfänger dem Staat und der Partei gegenüber ausgewirkt haben dürfte.

Ein Konzept für die Stellung der Justiz im Staat hatte die NSDAP 1933 nicht; die Übernahme auf das Reich 1935 als die wichtigste organisatorische Änderung, die die Justiz in den Jahren der NS-Herrschaft betraf, war bereits zuvor geplant gewesen. Zunächst sah sich die Justiz mit untereinander konkurrierenden Machtansprüchen von Parteiführung und SA konfrontiert. Der Anspruch der SA auf staatliche Hoheitsrechte hatte sich z.B. bereits Ende Januar 1933 in Übergriffen auf die Oberlandesgerichte und auf jüdische Richter in Köln und Breslau manifestiert. Der Einfluß der SA war jedoch Ende Juni 1934 brutal unterdrückt worden. Nicht die Art, wie dies geschehen war, aber die Tatsache, daß damit auch die Urheber von irregulären Eingriffen in das ordentliche Gerichtsverfahren entmachtet worden waren, hatte bei vielen Richtern die Hoffnung auf Rückkehr zu einem Rechtsstaat von autoritärer Prägung und mit unangefochtener Unabhängigkeit der Richter entstehen lassen. Dies um so mehr, seitdem Hans Frank im Juli 1933 seine Idealvorstellungen von einem 'Richterkönigtum' ins Gespräch gebracht hatte: Dieser Begriff ist zwar nie genau definiert worden, aber er transportierte zumindest wirksam Vorstellungen von starker Richter-Autorität. Die damit geweckten Erwartungen wurden jedoch in den kommenden Monaten und Jahren enttäuscht. Daß Hitler wenig von rechtsstaatlichen Normen hielt, wurde spätestens Anfang März 1933 deutlich, als er den Erlaß eines rückwirkenden Gesetzes forderte, um so die Möglichkeit zu schaffen, den mutmaßlichen Reichstagsbrandstifter Marinus van der Lubbe entsprechend den Bestimmungen in § 5 der „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" zum Tode zu verurteilen. Die sogenannte Reichstagsbrandverordnung war zwar gleich am Tag nach dem Brand erlassen worden, aber sie galt selbstverständlich nicht rückwirkend. Dieser Vorstoß scheiterte zwar noch am Einspruch des Reichspräsidenten, aber nur etwa drei Wochen später konnte Hitler aufgrund des inzwischen inkraftgetretenen Ermächtigungsgesetzes das „Gesetz über Verhängung und Vollzug der Todesstrafe"[34] beschließen lassen, das in § 1 die Bedrohung von – unter anderem – Brandstiftung mit der Todesstrafe entsprechend § 5 der Reichstagsbrandverordnung „auch für Taten [in Geltung setzte], die in der Zeit zwischen dem 31.Januar und dem 28.Februar 1933 begangen sind." Das war dann die ganz legale Grundlage für die Hinrichtung van der Lubbes.[35] Eine weitere entscheidende und typische Station auf dem Weg aus der Rechtsstaatlichkeit war 1935 die Einführung des „gesunden Volksempfindens" in § 2 des Strafgesetzbuches. Ein solcher Gummiparagraph ließ die Erarbeitung eines neuen nationalsozialistischen Strafgesetzbuches zunächst entbehrlich erscheinen.[36] Zwar wurde an der Neufassung des Strafrechts

gearbeitet,[37] zur Einführung eines neuen StGB ist es jedoch bis 1945 nicht gekommen. Äußerungen über die Richtung, in die sich ein neues Strafrecht – mehr noch: das Recht überhaupt – bewegt hätte, gab es allerdings: Es „müsse dem 'gesunden arischen Volksempfinden' entsprechen und auf einfachen traditionellen völkischen Ordnungsvorstellungen aufgebaut sein." Im November 1934 fordert Göring, über Staatsfeinde die „Acht" zu verhängen und sie damit vom ordentlichen Gerichtsverfahren auszuschließen.[38] Die selbständige Verfolgung bestimmter Delikte durch Gestapo und SS ohne Einbeziehung der Justiz bahnt sich hier an.

Hier kann nicht die Rechtsentwicklung im NS-Staat insgesamt dargestellt werden. Dagegen soll es darum gehen, was von diesen Tendenzen die Basis erreichte und wie dies geschah. Es liegt in der Natur der Sache bzw. der Vorgehensweise, daß immer nur punktuell und 'aus gegebenem Anlaß' Anweisungen gegeben wurden. Das geschah in Konferenzen auf den verschiedenen Ebenen der Gerichtshierarchie. In den Generalakten des Landgerichts Detmold kann man eine Vielzahl dieser Besprechungsprotokolle finden. Unabhängig vom Inhalt der Sache ist die Form des folgenden Vermerks vom 8.April 1942 typisch: Winkelsesser hat notiert, was der Oberlandesgerichtspräsident in Celle von einer Besprechung im Reichsjustizministerium mitteilte: „Bei Schwarzschlachtungen bisher meist viel zu geringe Strafen. [...] Härte auch bei anderen Kriegswirtschaftssachen. Äußerung des Führers: Wer an diesem Kriege verdienen will, holt sich den Tod." Ein anderes Beispiel vom Februar 1944 läßt es ebenfalls an Deutlichkeit nicht fehlen:

> In Strafsachen wegen Abtreibungen, Kindestötung und homosexuellen Vergehen ist das Strafmaß im allgemeinen viel zu milde. Bei homosex. Sachen erforderlichenfalls Todesstrafe. Die Lebenskraft des Volkes muß erhalten bleiben. Keine persönlichen Milderungsgründe. Für die Kinder sorgt ggfs. die NSV.[39]

Ein weiteres Instrument zur Beeinflussung der Richter war die kommentierte Veröffentlichung von Urteilen seit dem Herbst 1933. Darüber hinaus waren die Staatsanwaltschaften als weisungsgebundene Behörden seit der 'Verreichlichung' der Justiz ein noch besserer Transmissionsriemen für zentrale Vorgaben, etwa von Richtlinien für Strafanträge. Die Richter wußten, daß sie bei Entscheidungen, die unter dem geforderten Maß lagen, nicht nur mit den üblichen Rechtsmitteln, sondern auch mit außergerichtlicher 'Korrektur' des Urteils zu rechnen hatten.[40] Reichsjustizminister Gürtner selbst hatte hierfür bereits im Januar 1935 eine Bresche in die rechtsstaatlichen Grundsätze geschlagen, als er die Polizei zu „eigenen Verwahrungsmaßnahmen" für den Fall ermächtigte, daß ein Haftbefehl gegen Hoch- und Landesverräter – aus welchen Gründen auch immer – nicht erlassen wird. Damit war nicht nur das gerichtliche Haftprüfungsrecht geschwächt, sondern auch das Verhältnis von Polizei und Staatsanwaltschaft deutlich zugunsten ersterer verschoben worden. Die

„eigenen Verwahrungsmaßnahmen" der Polizei und insbesondere der Gestapo konnten auch im Sinne einer „Nachbesserung" des Urteils im vorangegangenen ordentlichen Strafverfahren im Anschluß an die verbüßte Strafhaft stattfinden. Zu diesem Zweck wies der Reichsjustizminister die Strafvollzugsbehörden im Juli 1937 an, in bestimmten Fällen Meldung über bevorstehende Haftentlassung an die Gestapo zu machen.[41] Eine verwaltungsgerichtliche Überprüfung der Gestapo war bereits im Februar 1936 durch Gesetz ausgeschlossen worden.[42] Die Bereitschaft der Partei- und Staatsführung, rechtsstaatliche Grundsätze preiszugeben einerseits und andererseits die Reaktionen der Justiz darauf führten zur sogenannten Justizkrise, die gespeist wurde durch das Mißtrauen der Parteiführung gegenüber dem aus ihrer Sicht unzuverlässigen und schwerfälligen ordentlichen Gerichtsverfahren und den Abwehrversuchen der Justiz, die sich z.T. aber auf Aktionen zur Wahrung des Gesichtes beschränkten. Zwei Vermerke des Detmolder Landgerichtspräsidenten aus Präsidenten-Besprechungen vom Mai und Dezember 1941 machen die nach Kriegsbeginn noch verschärfte Situation der Justiz deutlich. Zur Stellung des Richters: Es gibt keine Gewaltenteilung mehr, der Führer „ist der höchste Richter kraft des ihm zustehenden ungeteilten Imperiums. Er hat aber von sich aus einen Teil dieses Imperiums (die Rechtsprechung) auf die Richter übertragen, ist daher staatsrechtlich in der Lage, dieses Recht jederzeit selbst auszuüben." (14.5.1941) „Die deutschen Rechtswahrer müssen sich die Gedanken der Reichsleitung zu eigen machen und mit der von der Staatsführung gewünschten und für erforderlich erachteten Schärfe [...] vorgehen." (22.12.1941).[43]

Im Effekt brachte die Justizkrise den Richtern und Staatsanwälten immer intensivere Lenkungsmaßnahmen ein. Insbesondere der seit 1942 amtierende Reichsjustizminister Thierack ließ sich die Vermittlung der Gedanken der Staatsführung an die Richter angelegen sein und sorgte mit den sogenannten Richterbriefen dafür, daß jeder Richter direkt und persönlich erreicht wurde.[44]

Neue Gerichtsinstitutionen: Die Sondergerichte

War zu Beginn von Veränderungen im Arbeitsalltag der Justizbediensteten die Rede, dann waren zunächst die Neuerungen gemeint, die sich nicht auf die Justiz beschränkten: Das reichte von eher kuriosen Nebensächlichkeiten wie der Beschaffung neuer Flaggen bis hin zur Vernichtung von zunächst der beruflichen, schließlich aber auch der physischen Existenz der jüdischen Rechtsanwälte. Daneben kam es aber auch zu justizspezifischen Änderungen. Dazu gehören neue Einrichtungen wie Sondergerichte, Erbgesundheitsgerichte oder Anerbengerichte sowie die z.T. neuen Aufgaben, für die sie geschaffen worden waren.

Sondergerichte waren bekanntlich nicht von den nationalsozialistischen Machthabern erfunden worden; es hatte solche Gerichte für begrenzte Zuständigkeiten vorübergehend bereits in der Zeit der Weimarer Republik gegeben. Nach Hitlers Regierungsantritt wurden sie aber bei der ersten sich bietenden Gelegenheit wieder installiert, und diese Gelegenheit war der Brand des Reichstagsgebäudes am 27. Februar 1933. Die immer noch nicht endgültig geklärte Frage nach dem oder den Schuldigen ist hier unerheblich. Entscheidend ist die Konsequenz, mit der die Nationalsozialisten die Gelegenheit nutzten, um ihre Machtergreifung zu vervollständigen. Die bereits am folgenden Tag erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat"[45] wurde „eine der wichtigsten Rechtsgrundlagen des nationalsozialistischen Herrschaftssystems".[46] „Zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte" – so die Präambel – wurden in §1 kurzerhand zahlreiche Grundrechte beseitigt:

> Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechts, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahmen sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

Die §§ 4 und 5 enthalten erhebliche Strafverschärfungen, vor allem die Androhung der Todesstrafe für eine ganze Reihe von Straftaten, die bisher mit lebenslangem Zuchthaus bestraft wurden, u.a. eben Brandstiftung. Diese Reichstagsbrandverordnung bildete zusammen mit der am 21.März 1933, also nur drei Wochen später erlassenen „Heimtückeverordnung", die „heimtückische Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung" mit Strafen von Geldbis Todesstrafe bedrohte,[47] das Strafrechtsgebiet, für das die am selben Tag eingerichteten Sondergerichte zuständig wurden.[48] Für die Verfahren vor den Sondergerichten wurden wesentliche Teile der Strafprozeßordnung so verändert oder außer Kraft gesetzt, daß im Effekt die Rechte der Angeklagten entscheidend beschnitten, die prozeßrechtlichen Möglichkeiten der Staatsanwaltschaft dagegen erheblich gestärkt wurden. Urteile waren sofort rechtskräftig, Rechtsmittel nicht zugelassen (§ 16). Damit war der 'kurze Prozeß' gegen alle Regimegegner ermöglicht, wie es sich die Parteiführung vorstellte: schnell, wirksam und ohne formalistischen Ballast.[49] Alle 26 Oberlandesgerichtsbezirke erhielten 1933 ein Sondergericht. Der Landgerichtsbezirk Detmold gehörte – abgesehen von einer kurzen Unterbrechung – bis 1947 zum Oberlandesgerichtsbezirk Celle, dessen Sondergericht in Hannover eingerichtet wurde.[50] Wie andere Sondergerichte auch, tagte das Sondergericht Hannover nicht nur an seinem Stammsitz, sondern gelegentlich etwa auch in Detmold. Nachweisbar sind Sitzungen am 5. September, am 8. und 9. Oktober und am 14. November 1942, am 22. Juni 1943[51] sowie am 9. August 1944.[52] Aufgrund der archivi-

schen Zuständigkeitsregelungen liegen die Akten aus Sondergerichtsprozessen gegen lippische Angeklagte im niedersächsischen Hauptstaatsarchiv Hannover. Leider sind dort nur 26 lippische Verfahrensakten überliefert, zehn davon aus Detmold und näherer Umgebung; sie stammen mit wenigen Ausnahmen aus der Zeit nach 1943, und es handelt sich bei diesen in mehreren Fällen auch nur um Aktenreste oder sogenannte Ersatzakten für die bei Luftangriffen auf Hannover vernichteten Originalvorgänge. Diese Ersatzakten enthalten nur die aus rechtsförmlichen Gründen unabdingbaren Schriftstücke; die für Historiker viel wichtigeren Protokolle der Zeugenvernehmungen fehlen dort. Auch die Aktenregister des Sondergerichts Hannover, die eine schnelle Orientierung über den Gesamtumfang seiner Tätigkeit und eine Reihe weiterer statistischer Erkenntnisse ermöglicht hätten, sind nicht überliefert.

Mit Kriegsbeginn hatten die Sondergerichte eine Reihe zusätzlicher Zuständigkeiten bekommen. Bereits am 1. September 1939 war die „Verordnung über außerordentliche Rundfunkmaßnahmen“[53] inkraftgetreten, die das Abhören sogenannter Feindsender unter Strafe stellte; die entsprechenden Strafverfahren wurden in jedem Fall vor einem Sondergericht geführt. Die Verordnung ließ den Richtern einen sehr weiten Rahmen für das Strafmaß: Das absichtliche Abhören ausländischer Sender war in leichteren Fällen mit Gefängnisstrafe bedroht, ohne daß eine Mindestdauer genannt wäre. Im Regelfall waren Zuchthausstrafen vorgesehen und in besonders schweren Fällen konnte auch die Todesstrafe verhängt werden. Im Extremfall reichte der Umfang des möglichen Strafmaßes von einem Tag Gefängnis bis hin zur Todesstrafe. Derart unbestimmte Vorgaben über das Strafmaß galten auch für die anderen Strafbestimmungen, die bei Beginn oder im Verlauf des Krieges erlassen worden waren. Den Staatsanwälten und Richtern wurde also weithin freie Hand gelassen, und da die Rechte der Angeklagten in Sondergerichtsverfahren erheblich eingeschränkt waren, gab es fast keine Beschränkungen für Willkürurteile.

Die sogenannten Rundfunkverbrechen waren unter den überlieferten zehn Detmolder Fällen mit fünf Verfahren das häufigste Delikt.

In einem Fall waren gleich sechs Personen aus Lage deswegen angeklagt worden. Aufgrund einer Denunziation waren sie im April 1941 von der Gestapo-Außendienststelle in Detmold verhört und vorläufig festgenommen worden. Auf Antrag der Gestapo und der Detmolder Staatsanwaltschaft stellte der aufsichtsführende Richter des Amtsgerichts Detmold Haftbefehle aus. Anschließend wurde das Verfahren von der Detmolder Staatsanwaltschaft an die Staatsanwaltschaft bei dem Sondergericht Hannover abgegeben. Eine weitere Beteiligung der Detmolder Justiz an dem Verfahren ist aus den Akten nicht erkennbar. Die Strafen lagen hier zwischen vier Jahren Zuchthaus mit drei Jahren Ehrverlust und sechs Monaten Gefängnis. In dem Urteil vom 29.5.1941 findet sich eine bezeichnende Formulierung, – es heißt dort:

> Die Angeklagten zu 1) bis 4) haben durch ihren Verstoß gegen die Rundfunkverordnung ehr- und gewissenlos gehandelt. Ihr Verhalten ist unvereinbar mit der Pflicht der Heimatfront. Ihnen waren daher die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von drei Jahren abzusprechen.

Die 'Sicherung der inneren Front' war die wichtigste Aufgabe, die die Justiz im Krieg zu erfüllen hatte, um von vornherein zu verhindern, daß – entsprechend der besonders von den Nationalsozialisten verbreiteten 'Dolchstoßlegende' – erneut der Zusammenbruch der Heimatfront eine militärische Niederlage verursachte. Die Sondergerichte spielten bei der Erfüllung dieser Aufgabe zusammen mit dem Volksgerichtshof die wichtigste Rolle. Sie wurden in Erweiterung der Analogie zum militärischen Bereich auch als die „Standgerichte der inneren Front" bezeichnet.[54] Darüber hinaus enthält die Urteilsschrift ein weiteres bezeichnendes Detail. Über die Hauptangeklagte wird gesagt: „Mit Rücksicht darauf, daß sie als Frau *nicht dieselbe Widerstandskraft gegen Verbote aufzubringen vermag* [kursiv gesetzter Text gestrichen] strafbar geworden ist, [...] erschien eine Zuchthausstrafe von zwei Jahren ausreichend." Inhaltlich hat die Streichung den Text kaum verändert. Dieser Passus wäre gewiß einer genaueren Analyse wert, die hier jedoch den Rahmen sprengen würde.[55]

Die wichtigste, mit Kriegsbeginn den Sondergerichten neu zugewiesene Zuständigkeit war die Aburteilung von Verbrechen gegen die sogenannte Volksschädlingsverordnung vom 5. September 1939,[56] die alle unter Ausnutzung der Kriegsumstände begangenen Straftaten unter erheblich verschärfte Strafen stellte.

Als sogenannter Volksschädling wurde eine Frau aus Lage am 21. Oktober 1940 wegen Diebstahls aus einer geräumten Wohnung zu 8½ Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust verurteilt. Sie war zunächst im Frauenzuchthaus Anrath bei Krefeld, seit September 1944 im Gefangenenlager Elbregulierung Griebo bei Coswig und anschließend in der Strafanstalt Wittenberge a.d.Elbe. Dort wurde sie am 14.April 1945 entlassen.[57]

Wegen Verstoßes gegen § 2 des Heimtückegesetzes wurde am 29. Februar 1944 ein Friseur aus Bad Meinberg verurteilt; er war denunziert und dann von der Kreisleitung angezeigt worden, weil er in seinem Geschäft gesagt hatte: „Das Hakenkreuz kommt im Nachttopf auf den Boden, damit die Arschlöcher sehen, was sie gewählt haben." Die Strafe lautete nur auf acht Monate Gefängnis, weil niemand dem Angeklagten weitere Verfehlungen nachweisen konnte und er als SA-Mann sonst als zuverlässig galt.[58]

Detmolder Justiz im Krieg

In erster Linie waren die Sondergerichte und der Volksgerichtshof zur Durchsetzung der seit 1939 neu eingeführten Strafbestimmungen gedacht, aber die Meinung wäre verfehlt, sie wären im Krieg die einzigen Träger der Strafjustiz gewesen. Viele Verfahren wegen dieser Tatbestände wurden auch von den Strafkammern des Landgerichts und vom Strafrichter am Amtsgericht durchgeführt.

Die 'Volksschädlingsverordnung', die 'Heimtückeverordnung' und das Verbot, 'Feindsender' zu hören, sind bereits erwähnt worden. Dazu kamen Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung, der verbotene Umgang mit Kriegsgefangenen und die Wehrkraftzersetzung. Einen besonderen Bereich bildeten die Verstöße gegen die Polenstrafrechtsverordnung. Verstöße gegen die Volksschädlingsverordnung konnten vor die Sondergerichte gebracht werden. Ob das geschah, oder ob Anklage bei der 'normalen' Strafkammer eines Landgerichts erhoben wurde, war abhängig von der zu erwartenden Strafe, aber nicht zuletzt auch eine Frage politischer bzw. propagandistischer Opportunität. Einige Fälle aus Detmold und Umgebung, die vom Sondergericht Hannover abgeurteilt worden waren, sind bereits erwähnt worden. Vor dem Detmolder Landgericht wurde 1943 ein Prozeß gegen vier Angeklagte geführt – gegen einen davon als Volksschädling. Möglicherweise blieb diese Sache deshalb in Detmold, weil die drei anderen nicht unter die kriegsbedingten Strafvorschriften fielen. Eine kleinere, in Pivitsheide ansässige Fabrik zur Herstellung von Dekorationsartikeln hatte versucht, durch Beamtenbestechung von dem Aufbaustab Saratow des Reichskommissars für die Ukraine Aufträge für Hoheitsadler und Hitler-Büsten in verschiedener Größe und Aufmachung zu bekommen. Dafür wurde der Firmeninhaber zu fünf Jahren Zuchthaus, fünf Jahren Ehrverlust, zu Abführung des Mehrerlöses in Höhe von 55.000 RM und fünf Jahren Berufsverbot verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, er habe

> wissentlich und gewissenlos aus grobem Eigennutz und vorsätzlich unter Ausnutzung der durch den Kriegszustand verursachten außergewöhnlichen Verhältnisse Preise für nationale Symbole und parteiamtliche Abzeichen nicht nach den Grundsätzen der kriegsverpflichteten Wirtschaft gebildet und den Vorschriften des Reichskommissars für die Preisbildung zuwidergehandelt sowie einen Beamten bestochen, um ihn zu einer pflichtwidrigen Handlung zu bestimmen.

Die von dem Hauptangeklagten angeblich ausgenutzten außergewöhnlichen Umstände bestanden laut Urteilsbegründung zum einen darin, daß es in der Kriegszeit wegen Arbeitskräfte- und Rohstoffmangels keine nennenswerte Konkurrenz gegeben hat und der Aufbaustab Saratow daher keine Vergleichsangebote einholen konnte. Zum anderen spielte dabei der Umstand eine Rolle,

daß der Angeklagte „die neu aufgetretenen Bedürfnisse der besetzten Ostgebiete für seinen persönlichen Vorteil ausgenutzt [...] hat."[59]

Ein Güterbodenarbeiter der Reichsbahn wurde 1943 beschuldigt, im Laufe der Zeit aus beschädigten Verpackungen etwa 15 Pfund Tabak, fünf Pfund Bonbons und mindestens 15 Pfund Zucker an sich genommen zu haben. Seine Ehefrau soll die Bonbons mit verzehrt und den Zucker im Haushalt verwendet haben. Der Güterbodenarbeiter wurde wegen Eisenbahnraubes als Volksschädling zu vier Jahren Zuchthaus und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf vier Jahre verurteilt. In diesem Fall bestanden die kriegsbedingten außergewöhnlichen Umstände darin, „daß die Verpackung der Güter infolge der Minderwertigkeit des Packmaterials und zugleich wegen der Verknappung mangelhaft war und in vielen Fällen ohne weitere vorsätzliche Zerstörung der Umhüllung den Zugriff des Täters zum verpackten Gute ermöglichte." Die Zuchthausstrafe ergab sich „nach dem gesunden Volksempfinden wegen der besonderen Verwerflichkeit seiner Tat". Die Ehefrau erhielt wegen Hehlerei 200 Mark Geldstrafe. Weil sie

> die Leckereien und Lebensmittel mit verzehrt und im Haushalt verwandt hat, hat sie sich eines Verhaltens schuldig gemacht, das nach gesundem Volksempfinden [...] wegen Hehlerei ihre Bestrafung verlangt. Dabei kommt für die Feststellung der Strafwürdigkeit ihres Verhaltens besondere Bedeutung dem Umstande zu, daß die Menge des von ihrem Ehemann gestohlenen und an sie zum Verbrauch weitergegebenen Gutes an Zucker und Bonbons das Maß dessen weit überschritt, was der angeklagte Ehemann, zumal unter den gegenwärtigen Kriegsverhältnissen, als notwendigen Lebensunterhalt für seine Familie zu leisten hatte und unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen überhaupt zu leisten in der Lage war.

Soweit das Urteil vom 20. Januar 1944.[60] Der konsequente Gebrauch der in § 2 StGB verankerten Kategorie 'gesundes Volksempfinden' zur Begründung von Strafverschärfungen ist auffällig. Die Richter bedienten sich ihrer offenbar gern, obwohl die Bestimmung in ihrer Dehnbarkeit einer streng rechtspositivistischen Gesinnung nicht genügen kann. Viele Richter haben später eine solche Einstellung für sich in Anspruch genommen, um ihre unkritische Haltung in der NS-Zeit nachträglich zu erklären.

Die abschreckende Wirkung hatte nicht nur bei den Sondergerichtsverhandlungen, sondern auch bei anderen Strafverfahren einen großen Stellenwert, und um diese Wirkung noch zu verstärken, wurden auf Anregung des Reichsjustizministers ausgewählte Verfahren am Tatort durchgeführt. Das war auch für den Prozeß gegen einen Postbediensteten in Bad Salzuflen vorgesehen, dem man 1944 Beraubung von Feldpostpäckchen vorwarf und ihn zu 10 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust verurteilte. Landgerichtsdirektor Bartelsmeier schrieb im Urteil vom 25. März 1944, daß die Verhandlung jedoch nicht wie geplant im Postgebäude in Bad Salzuflen stattfinden konnte,

> nachdem der Vorsteher des Postamts im Auftrag des Präsidenten der Reichspostdirektion in Münster mitgeteilt hatte, letzterer könne dazu aus grundsätzlichen Erwägungen seine Genehmigung nicht erteilen. Die Hauptverhandlung hat darauf im Gebäude des A.G. in Bad Salzuflen stattgefunden, zu der der Vorsteher des Postamtes auf meine Veranlassung alle dienstfreien Beamten, Angestellten usw. der Post abgeordnet hatte. Die Bevölkerung nahm stärksten Anteil. Der Zuhörerraum war dicht gefüllt.[61]

Die Willkürlichkeit des Strafmaßes bei Verstößen gegen die Volksschädlingsverordnung wird im Vergleich zweier Verfahren vom Januar und September 1944 deutlich, in denen ein Salzufler und ein Detmolder wegen Diebstahls von Feldpostpäckchen als Volksschädlinge zu zehn Jahren Zuchthaus bzw. nur einem Jahr Gefängnis verurteilt wurden.[62]

Viel stärker noch als Deutsche waren allerdings die nach der Besetzung ihres Landes nach Deutschland gekommenen polnischen Zivilarbeiter der strafrechtlichen Willkür ausgesetzt. Die Behandlung straffällig gewordener Polen wurde schnell zum Gegenstand der immer schärfer werdenden Konkurrenz zwischen Polizei und Justiz auf dem Gebiet der Strafverfolgung. Im Januar 1941 beklagte der Detmolder Oberstaatsanwalt in einem Bericht an den Generalstaatsanwalt in Celle, daß etwa vier Wochen zuvor ein polnischer Zivilarbeiter

> in dem zu meinem Bezirk gehörigen lippischen Dorf Bavenhausen von der Staatspolizeistelle Bielefeld aufgehängt worden [sei]. Ich bin von der bevorstehenden Hinrichtung nicht unterrichtet worden. [...] Ich würde es begrüßen, wenn baldmöglichst eine Entscheidung höheren Orts über derartige Fälle herbeigeführt werden könnte [...] . Ich habe durch Unterhaltung mit verschiedenen Personen den Eindruck gewonnnen, daß das Ansehen der Justiz dadurch leidet, daß ihr die Rechtsprechung gerade bei diesen anscheinend doch sehr schweren Delikten entzogen wird.

Aus einem Vermerk über ein anschließendes Telefongespräch zwischen der Generalstaatsanwaltschaft und dem Detmolder Staatsanwalt Fricke geht hervor, daß dieser sich „unter keinen Umständen [...] in irgendeiner Weise an derartigen Hinrichtungen beteiligen [wird]. Er habe es nur eigenartig empfunden, daß er von der Stapo nicht mehr weiter unterrichtet worden sei, nachdem er früher in der Angelegenheit Erörterungen mit der Stapo gepflogen hatte."[63] Dieser Beleg ist typisch für das Verhältnis von Polizei und Justiz in der NS-Zeit im allgemeinen, weil hier sehr deutlich wird, daß für den Staatsanwalt der Umstand, daß die Justiz nicht einbezogen wurde, wichtiger und empörender war als der Gestapo-Mord an dem Polen. In besonderer Weise ist dieser Vermerk aber typisch für die Sachlage im LG-Bezirk Detmold, der, was die Gerichtsorganisation anging, nach Celle orientiert war. Die Detmolder Gestapo unterstand dagegen der Staatspolizeistelle Bielefeld. Dies wird zumindest einer

der Gründe dafür sein, daß Polen, die von der Gestapo festgenommen worden waren, anschließend nicht der Detmolder Justiz übergeben wurden.[64]

Ungeachtet dieses Protests verhaftete die Gestapo zur selben Zeit einen 29jährigen polnischen Zivilarbeiter und eine 26jährige deutsche Landarbeiterin, die gemeinsam auf einem Bauernhof im Kreis Lemgo arbeiteten und wohnten und die im vorangegangenen Sommer ein Liebesverhältnis begonnen hatten. In dem Gestapo-Vermerk über die Verhaftung heißt es:

> Den Beteiligten war bekannt, daß der Verkehr, insbesondere der Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Polen, verboten ist. Der Pole wußte außerdem, daß der Ehemann der [Landarbeiterin] in der deutschen Wehrmacht dient. [...] Wegen der Schwere der Handlungen und mit Rücksicht darauf, daß der Ehemann der [Landarbeiterin] in der Wehrmacht dient, werde ich gegen [den Polen] die Sonderbehandlung und gegen die [Landarbeiterin] die Schutzhaft und ihre Überführung in ein Konzentrationslager beantragen.[65]

Am 5. August 1941 berichtet die SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, daß der polnische Landarbeiter auf Befehl Himmlers am 28. Juli 1941 erhängt worden sei.

> Die Exekution fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit in einem [...] Steinbruch um 14 Uhr statt. Nach der Hinrichtung wurden schätzungsweise 80 – 100 männliche Polen aus der Umgegend an dem Erhängten vorbeigeführt. Sie zeigten sich mit ganz wenigen Ausnahmen durchweg ziemlich teilnahmslos. [...] Die Neugierde der aus den umliegenden Gemeinden stammenden Dorfbewohner war ziemlich groß. Sie hielten sich in erheblicher Anzahl in der Nähe des Hinrichtungsortes auf und verstanden es zum Teil, trotz der Absperrung durch Gendarmeriebeamten, Zeuge der Erhängung zu sein. In der Bevölkerung wurde die Strafe im allgemeinen als angemessen und gerecht bezeichnet. Nur ganz vereinzelt sprach man davon, daß sie angesichts des Verhaltens der deutschen Frau, die ebenfalls einen großen Teil der Schuld habe, vielleicht zu hart gewesen sei. Es hieß vielfach, daß diese Frau kein besseres Schicksal als der Pole verdient habe und am besten gleich mit aufzuhängen gewesen sei.[66]

Bei allen quellenkritischen Vorbehalten, die man einem solchen Vermerk gegenüber haben muß, kann man dem Bericht über die Neugierde der Dorfbewohner und ihre anschließenden Kommentare doch wohl entnehmen, daß das Bewußtsein für die Unabdingbarkeit rechtsstaatlicher Strafverfahren nicht sehr ausgeprägt gewesen ist. Auch wenn es vermutlich von dem Berichterstatter beabsichtigt gewesen ist, die Zustimmung der Bevölkerung zu dem harten Durchgreifen der Gestapo darzustellen und deshalb die Äußerungen möglicherweise überzeichnet wiedergegeben sind – ganz aus der Luft gegriffen werden sie nicht gewesen sein. Wären Nachteile zu erwarten gewesen, wenn man sich gar nicht geäußert hätte? Die angebliche 'Teilnahmslosigkeit' der zwangsweise an der Leiche vorbeigeführten Polen zeigt, daß andere Reaktionen möglich waren.

Am 4. Dezember 1941 wurde die „Verordnung über die Strafrechtspflege gegen Polen und Juden in den eingegliederten Ostgebieten" erlassen.[67]

> Diese Vorschrift war der Versuch der Justiz, mit weitgespannten Strafvorschriften und hohen Strafmaßen unter Verzicht auf zahlreiche Rechtsgarantien der Strafprozeßordnung an die Gestapo verlorenes Terrain wieder gutzumachen. Mit Justiz, gar mit Gerechtigkeit, hatte die Vorschrift, die entgegen dem Wortlaut der Überschrift für alle Polen im gesamten Reichsgebiet galt, nichts mehr zu tun. Sie sollte der Beweis sein, daß auch die Justiz brutal und schnell handeln konnte.[68]

Knapp drei Wochen nach dem Inkrafttreten der 'Polenstrafrechtsverordnung' fand am 22. Dezember 1941 in Hannover wieder eine der turnusmäßigen Präsidenten-Besprechungen statt, bei der auch die neue Verordnung auf der Tagesordnung stand. Die von Winkelsesser verfertigten Notizen über die Bemerkungen des Oberlandesgerichtspräsidenten lassen die politischen Absichten nur zu deutlich erkennen:

> Bei Arbeitsdisziplinbruch scharfer und kurzer Strafvollzug, 'damit solche Personen nicht zu lange der Arbeit entzogen werden. Herrschender Grundsatz: Schutz der Deutschen. Straftaten von Polen gegen Polen [...] sollen nur wegen der Gefahr der Nachahmung durch Deutsche verfolgt werden. 'Derart straffällige Polen daher nach den Bedürfnissen des deutschen Reiches verfolgen und bestrafen. Davon abgesehen besteht für das Reich kein Interesse an der Wahrung polnischen Volkstums.'[69]

Die Reaktion Himmlers auf diesen Vorstoß der Justiz ließ nicht lange auf sich warten: Am 19. Januar 1942 ordnete er an, daß die Staatspolizei künftig für alle von Polen begangenen Straftaten zuständig sei und sich nicht mehr auf Arbeitsvertragsbrüche und Sittlichkeitsdelikte beschränken werde. Gegebenenfalls könne auch die Justiz eingeschaltet werden. Diese Tendenz erreichte nach einigen Zwischenstufen am 30. Juni 1943 ihr logisches Ziel: Himmler bestimmte, daß nur noch solche Fälle vor Gericht zu verhandeln seien, „in denen aus stimmungspolitischen Gründen eine gerichtliche Aburteilung wünschenswert erscheint und durch vorherige Fühlungnahme sichergestellt wird, daß das Gericht die Todestrafe verhängen wird."[70] Damit war die Justiz – soweit es um die Strafverfolgung von Polen, Juden und anderen 'Fremdvölkischen' ging – faktisch zum Hilfsorgan der Polizei geworden. Die rechtsstaatliche Funktion der Justiz wurde endgültig den rassen- und machtpolitischen Zielen der SS geopfert. Bereits Anfang März 1943 hatte Winkelsesser bei einer Präsidenten-Besprechung in Celle notiert: „Änderung der Polen-StrafrechtsVO steht bevor – Polen und Juden sollen völlig aus der Strafrechtspflege ausscheiden. Nur Polizeistrafen."[71] Bis dahin waren die Amtsgerichte für Strafsachen gegen Polen zuständig, soweit nicht vor dem Sondergericht verhandelt wurde. Freiheitsstrafen konnten nach dieser Verordnung nur als Straflager zwischen drei Monaten und zehn Jahren oder als verschärftes Straflager zwischen zwei und fünf-

zehn Jahren verhängt werden. Die Delikte, um die es dabei ging, bestanden hauptsächlich in Übertretungen der rigorosen Freizügigkeitsbeschränkungen: Es war den polnischen Zivilarbeitern und -arbeiterinnen verboten, nachts auszugehen, ihre Aufenthalts- oder Beschäftigungsgemeinde zu verlassen, bestimmte Verkehrsmittel zu benutzen, deutsche Veranstaltungen „kultureller, kirchlicher oder geselliger Art" zu besuchen und in Gasthäuser zu gehen. In der archivischen Überlieferung des Amtsgerichts Detmold finden sich etwa 500 Akten aus solchen Strafverfahren. In mehr als zwei Dritteln der Fälle ging es um Übertretungen der Freizügigkeitsbeschränkungen; darüber hinaus – d.h. außerhalb dieser Spezialbestimmungen für die Polen – weichen die Straftaten der polnischen Zivilarbeiter kaum von der statistischen Norm ab.[72]

Neue Gerichtsinstitution: Das Erbgesundheitsgericht Detmold

Als neue Einrichtung der Detmolder Justiz wurde 1934 das Erbgesundheitsgericht beim Amtsgericht installiert.

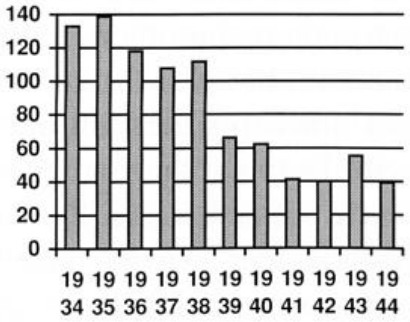
Johannes Vossen hat in seinem Beitrag zu diesem Projekt erläutert, welch entscheidenden Anteil der Rassismus an der nationalsozialistischen Ideologie hatte, wie konsequent die Nationalsozialisten nach der Machtübernahme sich die seit Jahren in der Öffentlichkeit geführte Eugenik-Diskussion zu Nutze gemacht und unter rassistischen Vorzeichen dann auch in die Aktion umgesetzt haben. Vossen hat zwischen der 'positiven' und der 'negativen' Eugenik unterschieden und die Rolle der Gesundheitsämter dargestellt, die diese bei der Auswahl des 'wertvollen' und der Unterdrückung des minderwertigen Erbgutes' spielten. Sie konnten v.a. entsprechend den Bestimmungen des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933"[73] die zwangsweise Sterilisation von 'erbkranken' Personen veranlassen. Dabei hatte das Erbgesundheitsgericht auf Antrag zu prüfen, ob für den bzw. die Betroffene eine der in § 1 genannten Diagnosen zutraf. In abschließender Aufzählung finden sich dort angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, erbliche Fallsucht, erblicher Veitstanz, erbliche Blindheit, erbliche Taubheit, schwere körperliche Mißbildung und schwerer Alkoholismus. Was dem medizinischen Laien möglicherweise als klar definiertes Krankheitsbild erscheint, war aber unscharf genug, um nicht nur Personen mit Erbkrankheiten im engsten Sinne des Wortes, sondern auch soziale Randgruppen zu treffen, die nicht dem Idealbild der nationalsozialistischen Rassenideologie entsprachen. Ein Gesetz-Kommentar sprach diese Möglichkeit offen aus: „Bei zahlreichen asozialen und antisozialen, schwererziehbaren, stark psychopathischen Debilen wird man die Unfruchtbarmachung [...] unbedenklich für zulässig erklären können."[74] Drei Viertel aller Sterilisationsbeschlüsse der Erbgesundheitsgerichte beruhten auf den Diagnosen 'erblicher Schwachsinn' oder 'Schizophrenie' – bezeich-

nenderweise sind gerade diese Diagnosen wissenschaftlich am unschärfsten und boten daher am ehesten die Handhabe zur Durchsetzung der in dem Kommentar formulierten Ziele.[75]

In § 6 des Gesetzes wird bestimmt, daß das Erbgesundheitsgericht einem Amtsgericht anzugliedern ist und „aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem beamteten Arzt und einem weiteren approbierten Arzt, der mit der Erbgesundheitslehre besonders vertraut ist", besteht. Daraufhin wurde im Dezember 1933 dem Amtsgericht Detmold ein Erbgesundheitsgericht angegliedert, das für den ganzen Landgerichtsbezirk Detmold zuständig war. Zum Vorsitzenden wurde Amtsgerichtsrat Dr. Cordes bestellt, sein Stellvertreter war Amtsgerichtsrat Dr. Ebert, bis dieser 1938 selber Vorsitzender wurde. Beisitzer wurden der Detmolder Kreis-Arzt Medizinalrat Dr. Augener, und ein praktischer Arzt; als ihre Stellvertreter wurden die Kreis-Ärzte in Bad Salzuflen und Lemgo, Dr. Frenzel und Dr. Rott und wiederum ein praktischer Arzt benannt. Die nichtbeamteten Beisitzer haben im Lauf der Jahre mehrfach gewechselt. Zur Ausführung der Sterilisationen wurden die Ärzte Prof. Dr. Loth in Detmold, Chefarzt Dr. Kleßmann in Lemgo und Dr. Legerlotz in Lage bestimmt, und die Eingriffe durften nur im Landkrankenhaus in Detmold und im Krankenhaus Wolff'sche Stiftung in Lemgo durchgeführt werden.[76] Die nächsthöhere und zugleich letzte Instanz war das Erbgesundheitsobergericht in Celle.

Die archivische Überlieferung der Erbgesundheitsgerichte ist etwas problematisch. Während die Register – die vom Gericht geführten Aktenverzeichnisse – und die sogenannten General- und Verwaltungsakten von den jeweiligen Gerichten verwahrt und später gegebenenfalls an das zuständige Staatsarchiv abgegeben worden sind, waren die Einzelfallakten nach Abschluß des jeweiligen Verfahrens an das für den Wohnort des Betroffenen zuständige Gesundheitsamt abzugeben. Damit und wiederum mit den archivischen Zuständigkeitsregelungen hat es zu tun, daß sich in den Beständen des Staatsarchivs Detmold die von den seinerzeit staatlichen Gesundheitsämtern abgegebenen Einzelfallakten befinden, nicht dagegen die kompletten Einzelfallakten der drei Erbgesundheitsgerichte seines Zuständigkeitsbereichs. Manche Gesundheitsämter waren bereits damals kommunal, sie haben ihre Akten daher an das betreffende Kommunalarchiv abgegeben. Bei anderen Gesundheitsämtern sind die Erbgesundheitsakten – aus welchen Gründen auch immer – nicht mehr vorhanden gewesen, als das Staatsarchiv danach fragte. Leider ist dies auch hier in Detmold bzw. im Kreis Lippe als dem Nachfolger der damaligen Kreise Detmold und Lemgo der Fall. Man kann sich daher bei der Untersuchung der Tätigkeit des Erbgesundheitsgerichts Detmold nur auf die hier überlieferten Aktenregister stützen, die allerdings zu jedem Einzelfall außer den wichtigsten biographischen Daten der Betroffenen auch den Antragsteller, die Diagnose sowie die Daten des gerichtlichen Sterilisations-Beschlusses und des Eingriffs nennen. Die Generalakten enthalten auch vollständige Statistiken, aus denen z.B.

jährlich die Zahl der durch einen Beschluß beendeten Verfahren hervorgeht. Sie zeigen folgendes Bild: 133 (1934), 139 (1935), 118 (1936), 108 (1937), 112 (1938), 66 (1939), 62 (1940), 41 (1941), 40 (1942), 55 (1943) und 39 (1944).[77]



1939 sinken die Verfahrenszahlen deutlich ab. Sicherlich hat das auch damit zu tun, daß in den fünf Jahren seit Inkrafttreten des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" die meisten Betroffenen schon sterilisiert worden waren. Vor allem handelt es sich bei dieser Entwicklung aber um die Auswirkung der „Verordnung zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses und des Ehegesundheitsgesetzes" vom 31.8.1939.[78] Danach sollten Anträge auf Sterilisation nur noch gestellt werden, „wenn die Unfruchtbarmachung wegen besonders großer Fortpflanzungsgefahr nicht aufgeschoben werden darf." (§ 1). Verfahren, die noch nicht rechtskräftig abgeschlossen waren, sollten eingestellt werden (§ 2). Ein Erbgesundheitsgericht konnte die Aufgaben mehrerer anderer zugewiesen bekommen (§ 3). Beschlossene Sterilisationen konnten ausgesetzt werden, wenn geeignete Ärzte nicht zur Verfügung standen (§ 4). Die beiden zuletzt genannten Bestimmungen lassen den Zweck dieser Verordnung erkennen: Seit dem 1.September 1939 wurden zu viele Ärzte und Justizbedienstete für militärische Zwecke gebraucht, so daß ihre zivilen Aufgaben reduziert werden mußten.

Die erwähnten Zahlen enthalten auch die ablehnenden Beschlüsse. Der Anteil der Ablehnungen schwankte zwischen 6,4% und 35%; für den gesamten Zeitraum ergibt sich ein Durchschnittswert von 18,2%.[79] Beim benachbarten Erbgesundheitsgericht Bielefeld waren im Gesamtdurchschnitt nur 11,7% der Verfahren mit einer Ablehnung der Sterilisation beendet worden.[80] Bei den 117 beschlossenen Sterilisationen des Jahres 1935 in Detmold verteilten sich die zugrundegelegten Diagnosen folgendermaßen: Schwachsinn 82, Schizophrenie 23, Fallsucht 8, Alkoholismus und grauer Star je 1 und manisch-depressives Irresein 2.[81] In der Literatur findet sich die – bereits zitierte – Angabe, daß sich die Sterilisationsbeschlüsse aller Erbgesundheitsgerichte zu drei Vierteln auf die beiden Diagnosen Schwachsinn und Schizophrenie gründen. Hier in Detmold waren es 90%.

Die Erbgesundheitsgerichte wurden nach dem Krieg von den Alliierten aufgelöst. Das änderte aber an dem Bewußtsein der Justizbediensteten nichts. Das

Amtsgericht Detmold übersandte dem Gesundheitsamt am 23.Januar 1946 fünf unerledigte Akten des Erbgesundheitsgerichts „mit dem Ersuchen, die Ausführung ärztlicher Eingriffe von dort aus nachwahren zu wollen und uns von dem Tage der erfolgten Unfruchtbarmachung hierher Mitteilung zu machen." Der Amtsarzt Dr. Augener hat zwar den Empfang der Akten umgehend bestätigt, eine Durchführung der bereits beschlossenen Sterilisationen ist aus dem Detmolder Erbgesundheitsregister jedoch nicht nachzuweisen.[82]

Die hier erkennbar mangelnde Sensibilität hat sich sehr dauerhaft gehalten. Die Entschädigungsregelungen nach dem Bundesentschädigungsgesetz sahen Leistungen aufgrund erlittener Zwangssterilisation nicht vor, weil sie nach dessen Kategorien keine Verfolgung aus politischen oder rassistischen Gründen darstellte. Dabei wäre es nach dem oben Gesagten möglich gewesen, auch zumindest einen großen Teil der Sterilisationen als rassistische Verfolgung zu definieren, um die Opfer in das Bundesentschädigungsgesetz mit einzubeziehen. Erst seit 1980 können Zwangssterilisierte eine sogenannte Entschädigung in Höhe von DM 5.000,- DM gezahlt bekommen, wenn sie den Eingriff nachweisen können. Die mit der Antragstellung notwendigerweise verbundene Offenbarung ihres Schicksals hat es vielen Betroffenen jedoch sehr schwer gemacht, diese Möglichkeit zu nutzen.

Vereinfachungen im Zivilrecht und bei der Gerichtsverfassung

Der Strafjustiz wurde besonders seit Kriegsbeginn zur „Sicherung der inneren Front" ein wesentlich größerer Stellenwert als den anderen Zweigen der Rechtspflege zugemessen und ihr Spielraum daher beträchtlich erweitert. Zwar gab es zwar auch im Bereich der Zivilsachen und bei der freiwilligen Gerichtsbarkeit einschneidende Änderungen, sie dienten jedoch – anders als bei den Strafsachen – nur dazu, durch Vereinfachung und Einschränkungen die Justiz zu entlasten. Selbstverständlich hatten auch die Gerichte wegen der Einberufungen zur Wehrmacht unter Personalnot zu leiden. Eine der wichtigsten Bestimmungen ermöglichte die Stillegung von Zivilprozessen, in denen „eine Partei durch die besonderen Verhältnisse betroffen ist, die sich aus der gegenwärtigen politischen Lage ergeben", d.h. Wehrmachtsangehöriger oder Kriegsgefangener war. Konkursverfahren konnten nur noch auf Antrag des Schuldners eröffnet werden, Zwangsversteigerungsverfahren wurden eingestellt.[83] Auch die Gerichtsverfassung blieb nicht unangetastet. Der Reichsjustizminister konnte durch einfache Verfügung Gerichte aufheben, ihren Sitz verlegen oder die Gerichtsbezirksgrenzen verändern; die Zivilkammern der Landgerichte waren nur noch mit einem Richter besetzt; die Streitwertgrenzen wurden heraufgesetzt; außerdem wurde jede Form von Laienbeteiligung in Strafprozessen aufgehoben.[84] Seit Mai 1943 konnten Zivilverfahren zurückgestellt werden,

wenn der Richter sie als „nicht dringlich" erachtete; außerdem wurde das Rechtsmittelverfahren vereinfacht[85] und im September 1944 fast ganz beseitigt.[86] Unter diesen Bedingungen wurden im Landgerichtsbezirk Detmold kaum noch Zivilprozesse geführt, so daß zumindest ein Ziel erreicht wurde: Die Justiz konnte mit erheblich weniger Personal betrieben werden, und viele Justizbedienstete wurden eingezogen. Während 1938 sieben Richter am Landgericht Detmold amtierten, waren es im Juni 1944 nur noch vier; an allen Amtsgerichten zusammen taten nur noch zehn Richter anstelle von früher 20 Dienst. Auch die Zahl der nichtrichterlichen Bediensteten war von 130 auf 67 etwa halbiert worden. Die Zahl der Rechtsanwälte war von 28 auf sechs, die der Notare von fünf auf einen einzigen zurückgegangen.[87] Kurz nach dem Stichtag für diese Berechnung notiert Winkelsesser am 17. August 1944 bei der Präsidentenbesprechung in Celle: „Kv.-Leute bis 1897 werden wohl sämtlich zur Wehrmacht geholt. [...] Bei den Gerichten, wenn nötig, die Richter und Rechtspfleger Entscheidungen usw. selbst schreiben! Jedenfalls deswegen keine Schreibkräfte zurückhalten. Akten erforderlichenfalls selbst holen." Die Abgabe von Kräften kann nicht vom Kreisleiter bestimmt werden. „Das ist Sache der zuständigen höheren Justizbehörde oder des Reichsministers der Justiz." Neben den offenbar immer chaotischer werdenden Verhältnissen in den Gerichten – die Richter sollen selber in den Aktenkeller gehen! – kommen hier noch einmal die alten Spannungen zwischen Partei und Justiz zum Ausdruck.[88]

Auch die Gerichtsorganisation im Landgerichts-Bezirk Detmold war erheblich vereinfacht worden. Seit Mitte 1943 wurde unterschieden zwischen Voll-, Zweigstellen- und Gerichtstags-Gerichten. Nur das Landgericht und die Amtsgerichte Detmold, Lemgo und Bad Salzuflen arbeiteten weiter als sogenannte Vollgerichte, die mit Richterstellen ausgestattet waren. Dem Amtsgericht Detmold wurden die Amtsgerichtsbezirke Blomberg, Horn und Lage, dem Amtsgericht Lemgo die Bezirke Alverdissen und Hohenhausen und dem Amtsgericht Bad Salzuflen der Sprengel des Amtsgerichts Oerlinghausen zugeordnet. Die Amtsgerichte Blomberg und Lage wurden als Zweigstellen des Amtsgerichts Detmold von einem Rechtspfleger weitergeführt, während in den übrigen Gerichten regelmäßige Gerichtstage stattfanden.[89]

Bereits im Februar 1944 hatten sich die Landgerichtspräsidenten bei einer ihrer Konferenzen mit der Möglichkeit befaßt, daß aufgrund des Kriegsverlaufs – selbstverständlich „nur in äußerstem Notfall" – der Stillstand der Rechtspflege eintreten könne.[90] Auch an anderer Stelle ist in den Generalakten des Detmolder Landgerichts der Niederschlag des nahenden Endes erkennbar: Eine Einladung zur Präsidentenbesprechung am 6. Oktober 1944 ging in Detmold erst sieben Tage nach dem Termin ein, und nach dem Vorrücken der Alliierten auf deutsches Gebiet wurden die Landgerichtspräsidenten am 20. Oktober 1944 angewiesen, Vorkehrungen etwa für den Fall zu treffen, daß die Verbindungen zu den Amtsgerichten unterbrochen werden. VS-Sachen (= Verschlußsachen)

sollten ausgesondert und – soweit entbehrlich – vernichtet werden. Akten waren in möglichst kurzer Zeit wegzuschaffen. Die Landgerichtspräsidenten hatten am Ort zu bleiben, wenn der Feind kommt. Der Oberlandesgerichtspräsident bat um Vorschläge, welche Auffangstellen für wertvolles Gut geeignet waren.[91]

Aus den Tagen der Besetzung Lippes durch amerikanische Truppen Anfang April 1945 existieren Tagebuchnotizen des Detmolder Oberamtsrichters Dr. Ebert. Am 28. März, Mittwoch vor Ostern, war die erste unmittelbare Beeinträchtigung des Dienstbetriebs zu verzeichnen: Dieser Tag „brachte für unsere Stadt eine Verschärfung der Kriegslage. Ein Fliegerangriff am Vormittage nötigte mich zur Unterbrechung der Strafsitzung. In der Nähe des Gerichts fielen Spreng- u. Brandbomben [...] Auch am Nachmittag war mehrfach Fliegeralarm." Am folgenden Gründonnerstag

> um 22 Uhr erschien Justizobersekretär Heißenberg u.meldete, daß der Feind im Sauerlande stark vorgerückt sei und bereits bei Brilon stehen solle, sodaß mit einem schnellen Weitermarsch auf Paderborn zu gerechnet werden müsse. Am Karfreitag, 30. März, suchte ich daraufhin LG Präs.Winkelsesser auf und kam mit ihm überein, daß sofort noch nichts Amtliches zu veranlassen sei. Der Tag brachte wieder viele Fliegeralarme. [...] Sonnabend, 31. März. Im Gericht herrschte bei allen Beamten u.Angestellten ernsteste Stimmung, da die Feinde bis Paderborn vorgerückt waren. [...] Ich erledigte im Amtsgericht die für den Fall der feindl.Besetzung vorgesehene Pflicht und bearbeitete Straf- u.Gnadensachen.

Nachdem die Amerikaner am 4. April, Mittwoch nach Ostern, in Detmold einmarschiert waren, ging Ebert am Freitag zum ersten Mal wieder zum Gericht:

> Das Gerichtsgebäude hatte einen Volltreffer an der Nordseite erhalten, der in meinen Sitzungssaal eingedrungen [war] und diesen stark beschädigt hatte. Der Eingang des Gerichts war geschlossen und ein Anschlag „Off Limits" belehrte uns, daß die Besatzungsbehörde die Gewalt über das Gebäude an sich gerissen hatte.

In der folgenden Woche hatte Ebert „eine erste Verhandlung mit einem englischen Offizier, der Auskünfte über Grundbücher, Handelsregister u. dergl. haben wollte. Die Gerichte bleiben bis auf weiteres geschlossen."[92]

Dieser Zustand dauerte bis zur Wiedereröffnung von Land- und Amtsgericht Detmold am 27. August 1945. Die wieder zugelassenen Richter, Staatsanwälte, Notare und Rechtsanwälte sowie ein Amtsanwalt wurden feierlich vereidigt, und ein Offizier der Militärregierung sowie Landgerichtspräsident Winkelsesser hielten kurze Ansprachen. Winkelsesser dankte „namens der zu dieser Feier versammelten deutschen Rechtswahrer" der Militärregierung für das durch Zulassung und Vereidigung bewiesene Vertrauen und brachte die Hoffnung zum Ausdruck,

> daß dermaleinst die Sonne auch wieder unserem Volke lächele und die kommenden deutschen Generationen wie die ganze gesittete Welt aus unserem künftigen Streben und Tun die Überzeugung schöpfen wird, daß wir trotz allem, was uns belastet und bedrückt, uns mit Goethe wieder zu dem Geschlechte bekannt haben, das aus dem Dunkeln ins Helle strebt.[93]

Die Leiter des Landgerichts und des Amtsgerichts Detmold waren beide bereits vor dem 1.Weltkrieg, 1911 bzw.1913, in den lippischen Justizdienst eingetreten. Winkelsesser amtierte seit 1926 als Landgerichtspräsident, Ebert seit 1938 als Oberamtsrichter. Winkelsesser ist nie in die NSDAP eingetreten, Ebert 1940, also erst zwei Jahre nach seiner Beförderung und damit nicht zur Absicherung seiner Karriere. Die Wiederzulassung beider Chefs war offensichtlich ohne besondere Probleme zu bewerkstelligen gewesen. Am 21. Juni 1945 hatte die Militärregierung nach Durchsicht von Winkelsessers Personalakte zwar noch entschieden, daß er für eine Verwendung bei den Vorbereitungen für die Wiedereröffnung der deutschen Gerichte nicht in Frage käme. Später führte er jedoch als Landgerichtspräsident einen deutschen 'Vorläufigen Personalausschuß', der im Rahmen der Entnazifizierung andere überprüfte.[94] Auf wiederholten eigenen Wunsch wurde Winkelsesser im September 1946 pensioniert, nachdem er bereits im Jahr zuvor die reguläre Altersgrenze überschritten hatte. Bernhard Ebert wurde problemlos akzeptiert und leitete das Amtsgericht bis zu seiner Pensionierung 1950 im Alter von 68 Jahren. Der Leiter der Staatsanwaltschaft, Dr. Traugott Tornau, verlor dagegen sein Amt und war bis 1947 interniert.

* * *

Es ist eine Binsenwahrheit: Mit Detmolder Beispielen allein kann man keine historische Aufarbeitung der Nazi-Justiz insgesamt leisten. Es konnte auch keine umfassende Darstellung der Detmolder Justiz in allen ihren zahlreichen Aufgabenfeldern sein. Viele Teilbereiche mußten ausgelassen werden – so etwa auch das Detmolder Anerbengericht. Dessen Berücksichtigung hätte eine eingehende Behandlung der Erbhof-Bestimmungen und der 'Blut- und Boden'-Ideologie vorausgesetzt und den Rahmen eines Beitrags gesprengt. Wichtig wäre aber auch eine ausführliche biographische Untersuchung der Richter und Staatsanwälte im Zusammenhang mit der häufig zu beobachtenden Kontinuität der Berufsausübung über gleich mehrere 'Wendejahre' hinweg.

Unmittelbar nach dem Krieg scheint man darin kein Problem gesehen zu haben. Der nordrhein-westfälische Justizminister Sträter stellte 1947 fest, daß die Richter in der NS-Zeit „in der großen Mehrzahl rückgratfest und nur dem Recht verpflichtet" ihren Dienst getan hätten; eine wenig später durchgeführte

Umfrage nach Widerstandskämpfern oder Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft unter den Richtern blieb allerdings erfolglos.[95]

Bei der Darstellung der Verhältnisse in Detmold konnte es nur um einige lokale Aspekte der hier nach- bzw. mitvollzogenen Entwicklung gehen. Allenfalls wäre die Frage zu stellen, wie weit und wie bereitwillig dies geschehen ist.

1933 hat man bei der Detmolder Justiz die Veränderungen sicherlich erst mit einer gewissen Verzögerung wahrgenommen. Das hatte u.a. mit den langen Kommunikationswegen zu tun, die aber 1935 mit der 'Verreichlichung' der Justiz entschieden direkter wurden. Ob nun verzögert oder nicht – zuerst das Verbot der schwarz-rot-goldenen Fahne, dann die 'Ausschaltung' jüdischer Juristen, dann die Errichtung der Gestapo-Nebenjustiz sind so oder so wahrgenommen worden. Kritische Bemerkungen sind in der Überlieferung aber nur dort zu erkennen, wo es um die Konkurrenz durch die Gestapo bei der Strafjustiz über polnische Zwangsarbeiter geht. Soweit die Entwicklung aufgrund von Gesetzen verlief und das Landgericht Detmold und die Amtsgerichte durch Erlasse und Rundverfügungen des Justizministers und des Oberlandesgerichtspräsidenten instruiert wurden, solange war der legale Schein gewahrt und kein Grund zur Kritik gegeben. Am 8. April 1933 hatte Winkelsesser noch keinerlei Bedenken gegen das Auftreten von Dr. Hirschfeld im Landgericht; nachdem aber die Erlaßlage am 11. April verändert worden war, konnte Winkelsesser im Juni 1933 beantragen, die Zulassung des Anwalts zurückzuziehen, weil die Zahl der jüdischen Anwälte nicht dem jüdischen Anteil an der lippischen Gesamtbevölkerung entsprach – ein Kriterium, das zuvor überhaupt keine Rolle gespielt hatte und nun zur Scheinrechtfertigung diente. Aber es war jetzt geltendes Recht. Es liegt nahe, das bekannte Filbinger-Zitat umzudrehen und etwas abzuwandeln: Wie kann Recht sein, was tags zuvor noch nicht Recht oder gar Unrecht gewesen war? Dabei käme es sehr darauf an, die Begriffe Recht und Gerechtigkeit auseinanderzuhalten. Aber das wäre eine Diskussion, die sich auf eine andere Grundlage stützen müßte, als sie die knappe Darstellung der Detmolder Verhältnisse hergeben könnte. Deutlicher als das Nachdenken über abstrakte Begriffe kann der Blick auf die konkreten Vorgänge hier am Ort erkennbar werden lassen, welche Gefahren in einer rein legalistischen Vorgehensweise liegen. Aber das gilt nicht nur für die Detmolder Justiz und nicht nur für die NS-Zeit.

Anmerkungen

1. D 20 B Nr. 2200.
2. wie Anm. 1.
3. wie Anm. 1.
4. RGBl I, S. 175.

5. Angermund, Ralph: Die geprellten „Richterkönige". Zum Niedergang der Justiz im NS-Staat. In: Hans Mommsen und Susanne Willems (Hrsg.), Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Düsseldorf 1988, S. 304-373.
6. D 20 B Nr. 2025.
7. D 20 B Nr. 2250.
8. Personalakte Dr. Bernhard Ebert, I E 285 OLG Hamm.
9. D 20 B Nr. 2277.
10. wie Anm. 8.
11. D 20 B Nr. 2229.
12. D 20 B Nr. 2575.
13. wie Anm. 12.
14. wie Anm. 11.
15. Auskunft W. Müller (D 100 DT/LE Zug.1/88 Nr.716, L 80 I Pers VI Nr.675).
16. D 20 B Nr. 2251.
17. wie Anm. 15.
18. D 20 B Nr. 2576.
19. D 20 B Nr. 2229.
20. D 20 B Nr. 2146.
21. D 20 B Nr. 2002.
22. D 20 B Nr. 2229.
23. D 20 B Nr. 2002.
24. D 20 B Nr. 2229.
25. D 20 B Nr. 2230.
26. Wie Anm. 22.
27. D 20 B Nr. 2229.
28. D 20 B Nr. 2230.
29. D 20 B Nr. 2002.
30. D 20 B Nr. 2235.
31. D 20 B Nr. 2229.
32. D 20 B Nr. 2002.
33. D 20 B Nr. 2233.
34. RGBl I, S. 151.
35. Weißmann, Karlheinz: Der Weg in den Abgrund. Deutschland unter Hitler 1933 bis 1945. (= Propyläen Geschichte Deutschlands, Bd.9.). Frankfurt a.M./Berlin 1995.
36. Angermund, Richterkönige, S. 322.
37. D 20 B Nr. 2002.
38. Angermund, Richterkönige, S. 312.
39. D 20 B Nr. 2002.
40. Boberach, Heinz (Hrsg.): Richterbriefe. Dokumente zur Beeinflussung der deutschen Rechtsprechung 1942–1944. (= Schriften des Bundesarchivs 21). Boppard 1975.
41. Angermund: Richterkönige, S. 316.
42. Knobelsdorf, Andreas, Minninger, Monika, Sunderbrink, Bärbel: „Das Recht wurzelt im Volk". NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. (= Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte 11). Ausstellungskatalog. Bielefeld 1992, S. 15.
43. D 20 B Nr. 2002.
44. Richterbriefe in D 21 A Nr. 1065.
45. RGBl I, S. 83.
46. Müller, Ingo: Furchtbare Juristen. Die unbewältigte Vergangenheit unserer Justiz. München 1987, S. 38.

47. RGBl I, S. 135.
48. RGBl I, S. 136.
49. Müller, Furchtbare Juristen, S. 158.
50. AV d.JM vom 23.3.1933, -Dt.Justiz S. 98.
51. D 20 B Nr. 2154.
52. Nds.HStA, Hann.171a Hann Acc.107/83 Nr. 952.
53. RGBl I, S. 1683.
54. Müller, Furchtbare Juristen, S. 158.
55. Nds.HStA, Hann.171a Hann Acc.107/83 Nr. 341.
56. RGBl I, S. 1679.
57. Nds.HStA, Hann.171a Hann Acc.107/83 Nr. 619.
58. Nds.HStA, Hann.171a Hann Acc.107/83 Nr. 737.
59. D 20 B Nr. 2567.
60. D 21 B Zug. 3/85.
61. D 20 B Nr. 2569.
62. D 20 B Nr. 2569.
63. zit. nach: Rüping, Hinrich: Staatsanwaltschaft und Provinzialjustizverwaltung im Dritten Reich. Baden-Baden 1990, S. 185.
64. Angermund, Ralph: Deutsche Richterschaft 1919–1945. Krisenerfahrung, Illusion, politische Rechtsprechung. Frankfurt/M. 1990, S. 198, Anm. 200.
65. M 1 I P Nr. 638 fol. 188f.
66. M 18 Nr. 16 Bd.I fol. 55.
67. RGBl. I, S. 759.
68. Knobelsdorf, Minninger: „Das Recht wurzelt im Volk", S. 82.
69. D 20 B Nr. 2002.
70. Angermund, Richterkönige, S. 326.
71. D 20 B Nr. 2002.
72. Findbuch D 23 Detmold.
73. RGBl I, S. 529.
74. Gütt/Rüdin/Ruttke zit.nach Müller, Furchtbare Juristen, S. 129.
75. Müller, Furchtbare Juristen, S. 129.
76. Lippische Gesetz-Sammlung, S. 213.
77. D 23 C Nr. 1977 und 1983.
78. RGBl.I, S. 1560.
79. D 23 C Nr. 1973-1977.
80. Knobelsdorf, Minninger: „Das Recht wurzelt im Volk", S. 99.
81. D 23 C Nr. 1977.
82. D 23 C Nr. 1983.
83. RGBl.I, S. 1656.
84. RGBl.I, S. 1658.
85. RGBl.I, S. 290.
86. RGBl.I, S. 229.
87. Bauer, Ernst: Wiederaufbau und Entwicklung der Justiz im Landgerichtsbezirk Detmold seit dem Zusammenbruch 1945. In: Lippische Mitteilungen 29 (1960), S. 153-188, hier: S. 153ff.
88. D 20 B Nr. 2002.
89. Bauer, Wiederaufbau, S. 154f.
90. D 20 B Nr. 2002.
91. D 20 B Nr. 2002.

92. Niebuhr, Hermann (Bearb.): Die Detmolder Kriegstage (Tagebuchnotizen von Bernhard Ebert). In: Lippische Mitteilungen 64 (1995), S. 271-277.
93. D 20 B Nr. 2005.
94. D 20 B Nr. 2235.
95. Angermund, Ralph: Justiz als Instrument politischer Verfolgung. Rechtsprechung im Rheinland und in Westfalen 1933–1945. In: Anselm Faust (Hrsg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945 (= Schriften zur politischen Landeskunde Nordrhein-Westfalens, Bd.7). Köln 1992, S. 50-64, hier: S. 50.

Thomas Enzensberger

Der NS-Rechtswahrerbund in Lippe

> Alle mit dem Recht verwurzelten Berufsstände und Amtsträger werden daher in der Front des Deutschen Rechtes des Bundes Nationalsozialistischer Deutscher Juristen als Standesgruppe in den kommenden ständischen Aufbau überführt werden können. Ihre Ihnen diesbezüglich erteilten Vollmachten bestätige ich Ihnen hiermit vollinhaltlich.
>
> Glückwunschschreiben Adolf Hitlers an den BNSDJ (=NSRB) vom 30.03.1933[1]

Funktion des NSRB im Normen- und Maßnahmestaat

Der „Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen" (BNSDJ), der nach 1936 in „Nationalsozialistischer Rechtswahrerbund" umbenannt wurde, wurde nach dem Aufruf Adolf Hitlers vom 11. Oktober 1928 im Reich begründet. In einem Rundschreiben des Gauorganisationsleiters Westfalen-Nord vom 17.2.1938 wurde der 'Bund' im zehnten Jahr seines Bestehens, anläßlich des 'Tages des Deutschen Rechts', als „ältester angeschlossener Verband der NSDAP" bezeichnet.[2] Diese berufsständische Organisation war im wesentlichen an der Beseitigung des föderativen Staatsaufbaues und an der Errichtung eines zentralisierten Einheitsstaates beteiligt, so daß mit der Machtergreifung die politische Voraussetzung für eine Übernahme und Vereinheitlichung der Justiz auf staatlichem Sektor erfolgen konnte. Ideologische und organisatorische Gleichschaltung der Justizangehörigen im Sinne der nationalsozialistischen Idee war somit vorrangige Aufgabe des 'Bundes'.

Die Äußerungen Hitlers zur rechtlichen Umgestaltung in 'Mein Kampf' sowie im NSDAP-Programm waren höchst unbestimmt.[3] Über ein vages Bekenntnis zu einer starken Zentralgewalt des Reiches und zum System von „Stände- und Berufskammern" zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze sind sie allerdings nicht hinausgekommen. Verschleiernde Begriffe aus dem Urprogramm der NSDAP wie Zentralgewalt oder Verwirklichung der Einheit des Reiches hatten – ihrer Bedeutung nach – keineswegs eine Stärkung der Reichsverwaltung zum Ziel. Diese Begriffe dienten nur als Tarnformel für die Gleichschaltung nach dem Maßstabe der NSDAP: Zielsetzung war also nicht die Stärkung, sondern die Schwächung der staatlichen Verwaltung.[4]

Die Reichsverwaltung unter der Ägide der traditionellen Eliten hat diesen Mechanismus nicht erkannt. Infolgedessen haben viele ihrer Maßnahmen zur

Gleichschaltung und zu ihrer eigenen – späteren – Ausschaltung beigetragen. Zu diesem Zweck wurde der Führer des BNSDJ und Leiter der Rechtsabteilung in der Reichsleitung der NSDAP, Rechtsanwalt Dr. Hans Frank II, am 22. April 1933 zum „Reichskommissar für die Gleichschaltung der Justiz in den Ländern und für die Erneuerung der Rechtsordnung" eingesetzt. Dem neu ernannten Reichskommissar gelang es – binnen eines Jahres – die selbständigen Berufsverbände und Standesvereinigungen der Juristen aufzulösen bzw. zum korporativen Übertritt zum BNSDJ zu zwingen. Die Richter- und Anwaltsvereinigungen traten dem BNSDJ zunächst korporativ bei, wurden aber bis Ende 1934 – unter Überführung ihrer Mitglieder in den BNSDJ – aufgelöst. Gleichzeitig baute der 'Reichsrechtsführer' den BNSDJ als einen der NSDAP angeschlossenen Verband zur Standesorganisation aller Juristen aus. Fungierte der 'Bund' bis 1933 nur als Rechtsschutzorganisation für Parteimitglieder, so wurde er nach der Machtergreifung – unter dem Symbol von Reichsadler und Richtschwert – zum Instrument der Gleichschaltung aller Berufsverbände im Bereich der Rechtspflege.

Nach der Zerschlagung der Selbstverwaltungskörperschaften galt es, den Zugriff der Ausnahmegewalten der NSDAP und ihrer Standesorganisationen auf den Staat, der von ihr personell durchsetzt und geschwächt werden sollte, zu erweitern und alle dezentralen Verwaltungskörper, die potentiell dem hätten widerstehen können, auszuschalten. Durch Aushöhlung der Rechtsstaatlichkeit bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der 'traditionellen Instanzen' einerseits, aber andererseits durch Stärkung der Ausnahmegewalten entstand das staatspolitische Phänomen der 'Doppelherrschaft'.[5]

Das Erklärungsmodell vom konkurrierenden Nebeneinander von Normen- und Maßnahmestaat ist auf Ernst Fraenkel zurückzuführen. Unter 'Normenstaat' ist das traditionelle Regierungssystem zu verstehen, das mit weitergehenden Herrschaftbefugnissen zur Aufrechterhaltung der Rechtsordnung ausgestattet ist, d.h. das System wird aufgrund von Gesetzen, Gerichtsentscheidungen und Verwaltungsakten der Exekutive normativ tätig. Überall dort, wo die ratio der Macht dieses erfordert, bleibt der 'Normenstaat' erhalten. Diese Funktion des 'Normenstaats' galt im sog. 'Dritten Reich' überall dort, wo das traditionelle Wirtschaftssystem formell rationaler Regeln bedurfte, als Garant der Berechenbarkeit der Folgen seiner Entscheidungen. Stand die Justizförmigkeit staatlichen Handelns der Machtentfaltung der Diktatur im Wege, wurde sie der unbedingten Zweckrationalität des 'Maßnahmestaates' untergeordnet. Unter 'Maßnahmestaat' ist in diesem Zusammenhang das Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt zu verstehen, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist.

Organisation und Neugliederung des NSRB im Gau Westfalen-Nord

In welchem Zeitraum der Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ), der organisatorische Vorläufer des NS-Rechtswahrerbundes, in Lippe gegründet wurde, läßt sich nicht feststellen.[6] Jedoch kann das Staatsarchiv Detmold auf einen Aktenbestand von 31 Bänden verweisen, die über Mitgliederstruktur, Neugliederung, Briefwechsel, Vereinsleben, Monatspflichtversammlungen, Reichsrechtstagungen und Sonderveranstaltungen Auskunft geben. Insbesondere anhand der Personalakte des Kreisgruppenführers Dr. Heinrich Oppermann läßt sich der Aufstieg eines sehr wichtigen Funktionsträgers dieser Region exemplarisch nachzeichnen. Als wichtige Ergänzung zur Personalakte konnten von einem Zeitzeugen die persönlichen Unterlagen der Witwe Heinrich Oppermanns beigebracht werden. Diese Unterlagen enthalten eidesstattliche Erklärungen, die ein besonderes Licht auf das Entnazifizierungsverfahren werfen (vgl. unten). Die vorgelegte Arbeit kann im Rahmen einer Aufsatzreihe nur schlaglichtartig das umfangreiche Vereinsleben des NSRB beleuchten.[7]

Der BNSDJ unterstand im Jahre 1933 dem Bezirksführer Rechtsanwalt Dr. Roempler aus Bückeburg. Der ursprüngliche Bezirk umfaßte die Regionen Lippe, Schaumburg-Lippe und die Grafschaft Schaumburg. Auch nachdem Lippe zum selbständigen Bezirk unter der Führung des neuen Bezirkobmanns Dr. Oppermann wurde, blieb die Region zunächst noch dem Gau Celle und Braunschweig unterstellt.

Am 1. Juni 1933 gründete der Reichsrechtsführer Dr. Frank die 'Deutsche Rechtsfront', ein Gebilde politischen Charakters ohne eigene Rechtspersönlichkeit, deren organisatorischer Träger der BNSDJ war.[8] In der Folgezeit wurden alle Berufssparten, die im weitesten Sinne mit den klassischen Rechtsberufen in Verbindung standen, organisatorisch zusammengefaßt. Folglich gehörten der 'Rechtsfront' – neben dem BNSDJ als Standesorganisation – auch die gleichgeschalteten Berufsverbände der Gerichtsvollzieher, Zwangsverwalter, Gerichtsvollzieher, Friedensrichter, Sachverständigen, Buchprüfer etc. an. Reichsjustizkommissar Frank sprach in seiner Rede zur Gründung der 'Front

des Deutschen Rechts' am 1. Juni 1933 von der „Sammeltätigkeit des menschlichen Materials der deutschen Juristen."[9]

Noch vor der Neugliederung des BNSDJ, der alsbald in 'NS-Rechtswahrerbund' umbenannt wurde, erfolgte die Angliederung an den Gau Westfalen-Nord. Gemäß der Anordnung Nr. 3/37 des Reichsrechtsführers Frank wurden im Zuge der Angleichung an die Organisation der Partei die Ortsgruppen und Bezirke des BNSDJ aufgelöst.[10] Anstelle der bisherigen Bezirke und Ortsgruppen entstanden mit Wirkung vom 15.7.1937 Kreisgruppen, die grundsätzlich mit den Gebieten der jeweiligen Parteikreise übereinstimmten.[11] Der Gauorganisationsleiter der NSDAP legte im Einvernehmen mit den zuständigen politischen Kreisleitern die neuen Kreise fest. Nach Genehmigung der Reichsführung des NSRB wurden im Gau Westfalen-Nord 25 Kreisgruppen bzw. Kreisabschnitte neu gebildet.[12] Die neun Ortsgruppen: Detmold, Lage, Blomberg, Horn, Lemgo, Bad Salzuflen, Hohenhausen, Alverdissen und Oerlinghausen wurden aufgelöst. Den Amtsgerichtsbezirken wurden sog. Vertrauensleute zugewiesen.

Die Neugliederung des Bezirkes Lippe im Gau Westfalen-Nord

Wie bereits erwähnt, unterstand der Bezirk Lippe, Schaumburg-Lippe und die Grafschaft Schaumburg zunächst dem Bezirksführer Rechtsanwalt Dr. Roempler. Unter Führung von Dr. Heinrich Oppermann wurde Lippe 1934 selbständiger Bezirk, der allerdings noch dem Gau Celle und Braunschweig unterstellt war. Durch die Übernahme dieses Bezirkes durch die Gauleitung Westfalen-Nord (Münster) im Jahre 1937 drohte Lippe eine Auflösung bzw. Aufteilung des Landes. Vehement wehrte sich der Bezirksführer gegen die Pläne, den Bezirk aufzuteilen.[13] Unter Leitung des Gaurechtsamtsleiters und Gauführers des NSRB, Dr. Fleiter, wurde in Münster die wohl entscheidende Bezirksführerversammlung am 3.4.1937 abgehalten. Die für die Neuaufteilung der Kreise wichtige Sitzung fand allerdings ohne den Bezirksobmann Oppermann und auch ohne dessen Vertreter Assessor Heine statt. Im Protokoll der Bezirksführerversammlung hieß es lapidar: „Der Bezirksführer Lippes konnte wegen dringender Dienstgeschäfte nicht teilnehmen." Tatsächlich wurde diese wichtige Sitzung mehrmals verschoben und der Bezirksführer zu spät unterrichtet.[14] Allerdings hatte Oppermann bereits am 9.3.1937 in einer „vorläufigen Stellungnahme" seinen Standpunkt erläutert:

> Angesichts der Kleinheit der hiesigen Verhältnisse halte ich die Aufteilung in Kreise für unzweckmäßig. Diese möchte allenfalls noch zu rechtfertigen sein, wenn die Mitglieder in ein bis zwei Städten wohnhaft wären. In Wahrheit sind sie auf neun Ortschaften des Bezirkes verteilt, an denen Amtsgerichte bestehen, letztere sind über das ganze Land verstreut. Es macht schon Schwierigkeiten für die Bezirksver-

> anstaltungen die nötigen Besucher zusammenzubringen. Je kleiner die Einheit wird, um so mehr vergrößern sich die Schwierigkeiten; darunter leidet zur Zeit auch die Arbeit in den einzelnen Ortsgruppen. So sehr ich es persönlich begrüßen würde, wenn ich der Arbeit des Bezirksführers enthoben würde, glaube ich sachlich die Zerschlagung des Bezirkes nicht befürworten zu dürfen.[15]

Außerdem führte der Bezirksführer an, daß es in den Jahren 1933/34 bereits Bestrebungen zu einer Zusammenlegung mit der Grafschaft Schaumburg und Schaumburg-Lippe gegeben habe. Davon sei man aber abgekommen und habe die „alt hergebrachte Einteilung bzw. Herausstellung des Landes Lippe bestehen lassen."[16] Der Bezirksführer suchte daraufhin die Gaugeschäftsstelle in Münster auf, um seinen Standpunkt noch einmal mit Nachdruck zu vertreten. Dr. Oppermann setzte sich in fast allen Punkten durch. Zwar wurde der Bezirk Lippe – dem Neugliederungssystem entsprechend – in zwei Kreisabschnitte unterteilt; Oppermann wurden aber – als Kreisgruppenführer – die beiden Kreisabschnitte Detmold und Lemgo unterstellt.[17] Zudem übernahm er – in Personalunion – das Parteiamt des Kreisrechtsamtsleiters für den Kreis Detmold.

Mit der gleichen Entschlossenheit, mit der der Kreisobmann des NSRB den Erhalt des Bezirkes Lippe erstritt, sollte sich Oppermann noch häufiger gegen die Entscheidungen seiner Vorgesetzten zur Wehr setzen. Als die Berliner Stellen das Ansinnen hegten, lippische Sondervermögen in „Reichseigentum zu überführen" bzw. lippische Beamtenkassen zu plündern, trat ihnen der lippische Oberregierungsrat entschlossen entgegen.[18] Auch den Vorstellungen des Reichsführers SS Heinrich Himmler, das nicht unerhebliche Vermögen der 'Hermannsdenkmal-Stiftung' auf die Organisation 'Ahnenerbe' (Externsteinestiftung) zu übertragen, vereitelte der Kuratoriumsvorsitzende Oppermann. Dieses entschlossene Verhalten wurde ihm an höherer Stelle nie verziehen und führte letztendlich zu seiner völligen politischen Kaltstellung vor dem Kriege.[19]

Biographie und Aufstieg des Dr. Heinrich Oppermann

Als Heinrich Oppermann 1934 das Amt des Bezirksführers von Rechtsanwalt Dr. Roempler übernahm, trat in Lippe ein Funktionsträger an die Spitze des Verbandes, der das Umfeld seiner Obleute dominierte und auch sehr schnell Anerkennung bei seinen Vorgesetzten fand. Seine berufliche Position im Regierungspräsidium, die Funktionen als Rechtsamtsleiter der Partei und als Bezirksführer (später: Kreisgruppenführer) des NSRB, das Geflecht von zahllosen Mitgliedschaften in anderen NS-Organisationen, begründeten seine unangefochtene Stellung im Verband. Die Ortsgruppenleiter des BNSDJ, die nach der Neugliederung zu 'Vertrauensleuten' herabgestuft wurden, wirkten im Gefüge des Juristenbundes eher wie Kulissenfiguren des Systems und traten allenfalls

als willige Befehlsempfänger auf. So stellt sich die Frage, wie Heinrich Oppermann, der weder aus Lippe stammte, geschweige denn einer Honoratorenfamilie angehörte, diese entscheidende Machtstellung im juristischen Vereinsleben besetzen konnte.

Halten wir uns die Biographie des Heinrich Oppermann vor Augen, so stechen bei jedem Abschnitt seines Lebens folgende Eigenschaften hervor: sein Fleiß, sein Ehrgeiz, seine Standhaftigkeit und sein Durchsetzungsvermögen. Diese ambivalenten Charaktereigenschaften prägten seinen steten Aufstieg, aber auch seinen Fall, nachdem er bei einigen Paladinen des Systems in Ungnade gefallen war.

Er gehörte zu der jungen Generation, die desillusioniert nach einem barbarischen Krieg in die zivile Wirklichkeit der ersten deutschen Republik entlassen wurde. Der 22jährige Leutnant d.R. und Ritterkreuzträger, der kleinbürgerlichen Verhältnissen entstammte, faßte aber schnell Tritt und absolvierte, nach einem kurzen Intermezzo als Philologiestudent, durch eine Energieleistung in sechs Semestern sein 1. juristisches Examen. Biographische Parallelen finden wir übrigens bei dem fünf Jahre älteren Ernst Krappe, der zu Beginn der nationalsozialistischen Machtergreifung im lippischen Landespräsidium für kurze Zeit eine gewichtige Rolle spielte.[20] Während Ernst Krappe bereits in seiner Dissertation 1920 in Breslau darüber sinnierte, wie man eine parlamentarisch orientierte Verfassung durch Notstandsverordnungen außer Kraft setzt, bereitete sich der 24jährige Oppermann – nach Absolvierung seines Referendarexamens – auf den Eintritt in den Staatsdienst vor.[21] Während seiner Referendarsausbildung (1921–1924) und während seiner Assessorentätigkeit bei Gericht (1924–1926) wurde der spätere Fachgruppenleiter des NSRB und Dozent für Verwaltungsrecht an der Gemeindeverwaltungsschule Minden-Ravensberg allerdings selten in seinem Fachgebiet eingesetzt.

Bereits während der Referendarzeit fiel der junge Jurist seinen Vorgesetzten dadurch auf, daß er „die ihm übertragenen Arbeiten durchweg mit lobenswertem Fleiß, Eifer und Sorgfalt angefertigt" hatte.[22] So bescheinigt ihm der Oberstaatsanwalt in einer abschließenden Beurteilung eine umfangreiche Kenntnis der Akten. Deshalb seien seine Arbeiten genügend (= voll befriedigend) „in Anordnung und Form" und „mit geringen Ausnahmen auch bei Gericht verwertbar." Bei seiner Bewerbung am Amtsgericht in Osterode (Harz) wurde er in der Beurteilung an dritter Stelle genannt. Aufgrund seiner Leistung wurde dem jungen Referendar – durch Verfügung des Preußischen Justizministers – in schwerer Zeit „bis zur Ablegung der Staatsprüfung ein Unterhaltszuschuß" gewährt.[23] Im Jahre 1924 bestand der inzwischen an der Universität Göttingen promovierte Heinrich Oppermann die große Staatsprüfung (Assessorexamen) mit der Prädikatsnote 'voll befriedigend' und erfüllte somit – nach den damaligen Kriterien – die Voraussetzung für die Richteramtsbefähigung. Dennoch wurde er in den Jahren 1924 bis 1926 – wie viele Volljuristen – lediglich als

Gerichtsassessor ohne Dienstbezüge im preußischen Staatsdienst eingestellt. Um seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können, wurde er bis zum März 1926 „zur Beschäftigung in Privatdienstverhältnissen" beurlaubt.

Die Übernahme Oppermanns in den lippischen Justiz- und Staatsdienst

Erst im März 1926 wurde der fast 30 Jahre alte Jurist Heinrich Oppermann von seinem Dienstherrn, dem Landgerichtspräsidenten in Lüneburg, als „Hilfsrichter" der Beschwerdezivilkammer in Celle eingestellt. Offensichtlich fühlte er sich dort unterfordert. Die Lustlosigkeit des ehedem als „fleißig" eingestuften Juristen wirkte sich auch auf seine Beurteilung aus. So wurde ihm zwar in einer dienstlichen Beurteilung vom 1. März 1927 bescheinigt, „ausreichende und übersichtliche Tatbestände" abgeliefert zu haben; gleichzeitig räumte der Verfasser jedoch ein, daß es sich bei den vorliegenden Akten keineswegs um schwierige Fälle gehandelt habe. In der Beurteilung heißt es weiter: „Das offensichtlich von einem Referendar entworfene Urteil läßt es an stilistischer Gewandtheit fehlen."[24]

Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich der inzwischen verheiratete Vater eines schwerkranken Kindes um eine bessere Verdienstmöglichkeit bemühte. Wie es dazu kam, daß er sich – nach Vermittlung des Oberlandesgerichtspräsidenten in Celle – beim Lippischen Landespräsidium um die Übernahme in den lippischen Justizdienst bewarb, ist den Unterlagen nicht zu entnehmen. Daß er einer ungewissen Zukunft entgegensehen würde, war ihm durchaus bewußt, als er den Oberlandesgerichtspräsidenten um die Entlassung aus dem preußischen Staatsdienst bat. Sein Begehren „gegebenenfalls wieder in den Preußischen Staatsdienst aufgenommen zu werden", wurde jedenfalls abschlägig beschieden.[25]

Was das Lippische Landespräsidium dazu bewogen hat, den jungen Hilfsrichter aus Lüneburg zu berufen, ist ebenfalls unerfindlich. Die dienstliche Beurteilung des Oberlandesgerichtspräsidenten konnte nach den Richtlinien keineswegs als ausreichend angesehen werden. So ist es durchaus verständlich, daß die Ernennung des in Lippe völlig unbekannten Hilfsrichters zum Landgerichtsrat („mit unwiderruflicher Ruhegehaltsberechtigung") nicht ohne Widerspruch im Richterverein blieb. Landgerichtsrat Dr. Ebert, der bis zu seiner Strafversetzung nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten selten ein Blatt vor den Mund nahm („Ich bin kein Nazi, ich habe selber eine Meinung"), machte seinem Ärger in einem Schreiben vom 26. März 1927 Luft:

> Wir bedauern, daß das Landespräsidium einen auswärtigen Herrn zu berufen gedenkt [...]. Wir gestatten uns darauf hinzuweisen, daß es bisher allgemein üblich gewesen ist, einheimische Bewerber bei der Besetzung freier Beamtenstellen bevorzugt zu berücksichtigen, sofern sie nur sachlich geeignet waren.[26]

Der Einwand des Richtervereins blieb ungehört. Dr. Oppermann wurde am 20.4.1927 als Landgerichtsrat beim Landgericht Detmold eingestellt. Er genoß in der Folgezeit das Wohlwollen seines unmittelbaren Vorgesetzten. Landgerichtspräsident Winkelsesser beurteilte Heinrich Oppermann nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten als einen „erfahrenen und kenntnisreichen Richter, [...] der mit großem Fleiß, ausgezeichneter Arbeitskraft und klarem Urteilsvermögen wissenschaftliche und praktische Befähigung verband."[27] Der junge Landgerichtsrat widmete seine Tatkraft der Ausbildung des juristischen Nachwuchses, wie der Landesgerichtpräsident lobend erwähnte. „Daneben hat er sich als Leiter der Bücherei des Landgerichtes durch deren Neueinrichtung neben seiner starken richterlichen Inanspruchnahme verdient gemacht." Winkelsessers Ausführungen über seinen Protegé sind durchaus glaubwürdig, vergleicht man seine Beurteilungen mit anderen. Fast zwanghaft investierte Oppermann seine Tatkraft in neue Betätigungsfelder, die seinen Einfluß erhöhten, so daß man an höherer Stelle auf ihn aufmerksam wurde.

Winkelsessers Bemerkung: „[...] seine persönlichen Beziehungen zu seinen Berufsgenossen waren die besten", war keineswegs eine hohle Phrase. Oppermann, der bereits seit dem 1. März 1932 Mitglied der NSDAP war und deshalb als „alter Kämpfer" eingestuft wurde, war nicht der aus der „grauen Masse" aufgestiegene Parvenü wie etwa der gefürchtete Kreisleiter Wedderwille. Ein Vergleich zwischen den beiden mächtigen – später lediglich als 'Mitläufer' eingestuften – Funktionsträgern verbietet sich schon aufgrund der charakterlichen Unterschiede: Wedderwille repräsentierte den nationalsozialistischen Emporkömmling ohne adäquate Ausbildung für gesellschaftliche Führungsrollen. Gleichzeitig vertrat er den Typus des überzeugten Antisemiten.[28] Der Synodale und überzeugte Christ Oppermann vertrat als deutschnationaler, (ehemals) preußischer Beamter den legalistischen Kurs seiner Partei, d.h. er wollte, wie der ehemalige NS-Landespräsident Dr. Ernst Krappe, den autoritärdiktatorischen NS-Staat durch rechtsstaatliche Prinzipien begrenzt sehen.[29] Oppermann und Wedderwille verband nur die multifunktionelle Machtstellung im polykratischen Machtsystem der NSDAP und seiner Staatsführung.

Oppermanns Karrieresprung

Die Ernennung Heinrich Oppermanns zum 1. Oberregierungsrat in der lippischen Landesregierung muß dem neuen Amtsinhaber wie eine glückliche Fügung vorgekommen sein. Der wundersame Laufbahnwechsel Oppermanns war auch Prüfungsgegenstand des Versorgungsverfahrens der Witwe Oppermanns. Mit einer entsprechend ironischen Bemerkung reagierte die Detmolder Bezirksregierung auf das Begehren der Witwe im Jahre 1952: „Die Erlangung der Bezüge als Regierungsdirektor der Bes. Gr. A I b bzw. A I a liegt [...] nicht im

regelmäßigen Zuge der Laufbahn eines Richters. [...] Ein derartiger Wechsel der Laufbahn war allgemein nicht üblich und muß als außergewöhnlich angesehen werden."[30] Dieser Laufbahnwechsel war erst durch die 'Beurlaubung' des 1. Oberregierungsrates Dr. Spelge möglich geworden. Offensichtlich war Staatsminister Riecke auf den 37jährigen Landesgerichtsrat aufmerksam geworden. Am 29. Mai 1933 teilte der Staatsminister Heinrich Oppermann mit, daß er ihm „im Einverständnis mit dem Herrn Landesgerichtspräsidenten [...] für die Dauer der Beurlaubung des Herrn 1. Oberregierungsrates Dr. Spelge [...] die Führung der Geschäfte der Abteilung 1 „übertrage."[31] Die endgültige Ernennung mit unwiderruflicher Ruhegehaltsberechtigung ließ nicht lange auf sich warten. Am 21. Juni 1933 erreichte den vorläufigen Amtsinhaber folgendes Schreiben:

> In Ihrem Einverständnis werden Sie mit dem 30.6.33 aus dem Justizdienste entlassen. Sie werden mit Wirkung vom 1.7.1933 zum Oberregierungsrat ernannt; es wird Ihnen von diesem Zeitpunkt ab endgültig die Leitung der Abteilung I der Landesregierung übertragen [...] Es wird Ihnen zugesichert, daß Sie auf Wunsch wieder in den Justizdienst übernommen und in einer Richterstelle am Platze Detmold beschäftigt werden.
> Der Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe[32]

Die Machtbefugnisse und Ämterfülle des Heinrich Oppermann

Heinrich Oppermann hatte bei seinem Amtsantritt alles erreicht, was ihm im preußischen Staatsdienst verweigert worden war: Eine unkündbare Stellung mit Ruhestandsberechtigung, Sondervergütungen für seine Tätigkeiten in sog. Nebenämtern, eine nicht unerhebliche Reisekostenpauschale und eine zugesicherte Rückkehrmöglichkeit in den Justizdienst. In der Verfügung vom 27. Januar 1934 wurde für den 'Frontkämpfer' und Ritterkreuzträger des 1. Weltkrieges das Besoldungsdienstalter auf den 6.5.1922 neu festgelegt. Alsbald erfolgte nach dem Besoldungsgesetz die Einstufung in die Gehaltsgruppe 1.

Welche Machtfülle dem neuen Amtsinhaber zuwuchs, läßt sich aus einem Aktenvermerk des Staatsministers vom 27. Januar 1934 entnehmen.[33] Demzufolge war die Bedeutung der Stelle durch die Beseitigung des Landespräsidiums und die Verlegung der Sachbearbeitung in die Abteilungen und in Anbetracht der zahlreichen Gesetzgebungsmaßnahmen noch wesentlich gestiegen. Der neue Stelleninhaber übernahm ebenfalls die Funktion als Leiter des Landeswohlfahrtsamtes, wurde Vorsitzender des Bezirksausschusses, des Verwaltungsrates der Landesbank, der Landesspar- und Leihkasse und der Landesbrandversicherungsanstalt. Die Ausübung von Nebenämtern (in Verwal-

tungs- und Aufsichtsratsämtern, im Kreisverwaltungsgericht und im Bezirksausschuß) werden in dem Aktenvermerk nur nebenbei erwähnt.

Durch Verfügung vom 16.2.35 wurden Oberregierungsrat Dr. Oppermann insbesondere folgende Gebiete zugewiesen: Die Personal-und Besoldungsangelegenheiten, das Polizeiwesen, der Luftschutz, Landesverteidigung und Reichswehrangelegenheiten. Die Zuweisung von Reichs-, Landes- und Gemeindeangelegenheiten (soweit nicht andere Abteilungen und Sachbearbeiter damit befaßt waren) und die Aufforderung zur Mitarbeit in Rechtsfragen aller Abteilungen lassen eher den Schluß zu, daß es sich hier um eine Generalvollmacht handelte, die der Amtsinhaber, je nach Arbeitsanfall, selbst ausweiten bzw. einschränken konnte.[34] Aufschlußreich ist auch die folgende Zuständigkeitszuweisung in dem bereits erwähnten Aktenvermerk des Staatsministers: „Dr. O. wird in weiterem Umfange mit der Erledigung der an den Staatsminister persönlich gerichteten Gesuche und mit der Bearbeitung von Parteiangelegenheiten betraut.[35]

Diese Kompetenzzuweisung an den neuen Amtsinhaber reflektiert die für das sog. 'Dritte Reich' so typische Verzahnung von Staats- und Parteiämtern. Folgerichtig übernahm der fleißige Jurist Oppermann in der Folgezeit eine Fülle von Parteiämtern. Gleichzeitig übernahm er Funktionen in Verbänden, die unter demokratischen Voraussetzungen ihre Tätigkeit nur in regierungsfernen Organisationsformen wahrnehmen (so z.B. das Rote Kreuz). Diese Ämterfülle, über die der Regierungsbeamte akribisch Buch führte, hätte wahrscheinlich selbst viele Parteigenossen verblüfft. Einem Schreiben aus Münster ist zu entnehmen, daß sogar die Gauführung – angesichts dieser Ämterhäufung – den Überblick verloren hatte. Eine von Oppermann daraufhin selbst verfaßte Liste seiner zahlreichen Tätigkeiten ist in seinen Unterlagen zu finden:[36] Demzufolge war Dr. Heinrich Oppermann:

Mitglied der NSDAP seit 1. März 1932
Mitglied des BNSDJ (NSRB) seit 1932
Mitglied der NS-Beamten-Abteilung seit 1932
Mitglied des Reichsbundes Deutscher Beamter (RDB)
Mitglied des Roten Kreuzes seit 1936
Mitglied der NSV seit 1933/34
Mitglied der NS-Kriegsgräberfürsorge
Mitglied des NS- Luftschutzbundes
Mitglied des Soldatenbundes e. V.

Folgende Ämter bekleidete Dr. Heinrich Oppermann in der NSDAP:

Block- und Zellenwart bis Mitte 1933
Beisitzer im Orts-USchla (Untersuchungs- und Schlichtungsausschuß)
Leiter des Rechtsamtes der NSDAP des Kreises Detmold in *Personalunion* mit der Funktion als Kreisgruppenführer des NSRB (seit 1933)
Landeswart des Kameradschaftsbundes Deutscher Polizeibeamter seit 1933

Verbandsführer des Soldatenbundes e.V. seit 1935/36
Beisitzer des Kreisgerichtes des Kreises Lippe der NSDAP in Detmold seit dem 1.4.38

Nur wenige Ämter legte Dr. Oppermann bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges nieder. [s.o.] Gerade dieses verzweigte und undurchsichtige Geflecht von Ämtern und Funktionen war die Machtbasis seiner unumstrittenen Funktion als Kreisgruppenführer des NS-Rechtswahrerbundes. Es spricht für den Amtsinhaber, daß er – nach den Entnazifizierungsakten – keine weiteren persönlichen Vorteile aus dieser Machtfülle gezogen hat.

Der NSRB: Statistische Erhebungen der Kreisgruppe

Die Zeit der Neugliederung war für die Kreisgruppe Lippe auch eine Zeit der statistischen Erhebungen. Auf Veranlassung des Gauorganisationsleiters Wiemann führte der Bezirkspressewart Neubeck im November 1936 eine Erhebung über die Auflagenstärke der noch existenten Tagespresse durch, um die journalistischen Einflußmöglichkeiten in dem Verbreitungsgebiet der juristischen Standesorganisation auszuloten. Die Redaktionsbefragung ergab folgendes Ergebnis:[37]

Zeitung	Erscheinungsort	Hauptschriftleiter	Auflage
Lipp. Staatszeitung	Detmold	August Prüssner	**18400**
Lipp. Post	Lemgo	Carl Wagener	**2743**
Lipp. Volkszeitung	Lage	Theobald Niestrath	**1012**
Lipp. Tageszeitung	Detmold	Georg Tischer	**2142**
Lipp. Allgem. Anzeiger	Bad Salzuflen	Heinrich Ueckermann	**990**
Lipp. Bergwarte	Blomberg	Hans Humboldt	**704**

Die wenig ermutigenden Auflagenzahlen vieler Zeitungen führte dazu, daß die wichtigsten Mitteilungen der Kreisführung und des Gaues hauptsächlich in der auflagenstarken „Lippischen Staatszeitung" veröffentlicht wurden.

Die wichtigste Erhebung über die Mitgliederverteilung führte der Bezirksobmann im März 1937 selber durch. Der Mitgliederbestand von 166 Rechtswahrern in neun Ortsgruppen verteilte sich wie folgt:[38]

Kreisgruppe Detmold	Mitglieder	Kreisgruppe Lemgo	Mitglieder
Detmold	**100**	**Lemgo**	**13**
Horn	**6**	**Hohenhausen**	**3**
Blomberg	**8**	**Alverdissen**	**5**
Lage	**6**	**Bad Salzuflen**	**22**
		Oerlinghausen	**3**
Kreisgruppe Detmold	**120**	**Kreisgruppe Lemgo**	**46**
Gesamtmitgliederanzahl:	**166**		

Die Mitgliederzahl schwankte in den dreißiger Jahren nur unwesentlich. Eine Überprüfung der in den Akten befindlichen Einladungen, Anwesenheitslisten etc. ergab, daß ein Mitgliederhöchstbestand von 171 Rechtswahrern erreicht wurde.[39] Eine wesentliche Unterschreitung des Mitgliederbestandes vom März 1937 bis zum Ausbruch des Krieges ist ebenfalls nicht feststellbar. Eine systematische Erfassung der Sterbegeldauszahlungen an die Mitglieder des NSRB ist in den vorhandenen Akten allerdings auch nicht vorhanden. Eine Anfrage der Reichsfrauenschaft ergab, daß im Kreis Lippe nur eine Juristin wohnhaft gewesen sei. Diese habe sich aber seit Jahren ins Privatleben zurückgezogen und ist auch im NSRB nicht in Erscheinung getreten.[40] Der Bezirksfachgruppenleiter 'Junge Rechtswahrer' unterrichtete im Januar 1937 die Gauverwaltung darüber, daß in Lippe lediglich fünf Referendare beschäftigt seien.[41]

Mitgliederstruktur , Vereinsleben und Akzeptanz der Mitglieder

Unter der Führung des Kreisgruppenleiters wurden mehrere *Fachgruppen* ins Leben gerufen, die unter der Aufsicht eines Fachgruppenleiters standen. Bezeichnenderweise wurden nach Aufhebung der Gewaltenteilung Richter und Staatsanwälte zu einer Fachgruppe zusammengefaßt. Weitere Fachgruppen bildeten: Rechtsanwälte, Rechtspfleger, Rechtswahrer der Verwaltung, Wirtschaftsrechtler und 'junge Rechtswahrer'. Die Fachgruppe 'Notare' entstand erst nach Berufung von fünf Notaren für den Raum Lippe. Heinrich Oppermann selbst übernahm die Funktion des Fachgruppenleiters 'Rechtswahrer der Verwaltung'. In dieser Funktion nahm er in den Jahren 1937/38 auch eine Dozententätigkeit an der Verwaltungsschule für Minden-Ravensberg (Zentrale in Bielefeld) in Lage wahr.[42]

Oblag es dem Gaugeschäftsführer, die Versammlungspläne des nächsten Quartals vorzulegen und die 'Monatspflichtversammlungen' und Festlichkeiten vorzubereiten, so hatte der Bezirkspressewart des NSRB – in der Regel – die Aufgabe, die Protokolle der Monatspflichtversammlungen anzufertigen und der Gaugeschäftsstelle in Münster zu übermitteln. Diese wurden dann an die Reichsgeschäftsstelle weitergeleitet. Gleichzeitig hatte der Bezirkspressewart eine 'Pressekontrolle' in seinem Bezirk vorzunehmen, d.h. der Gauleitung über einschlägige Presseartikel zu berichten. Die Funktion des Bezirkspressewartes wurde in der Amtszeit Oppermanns bis zum Jahre 1939 von Regierungsassessor Neubeck wahrgenommen.[43]

Anhand der vorhandenen Anwesenheitslisten der Bezirks- bzw. Monatspflichtversammlungen läßt sich ein ziemlich genaues Bild über die durchschnittliche Anwesenheitsstärke gewinnen. Obwohl es sich um Pflichtveranstaltungen handelte, waren selten mehr als 60 bis 65 % der Mitglieder anwesend. Im Protokoll vom Januar 1937 wurde die Bezirksversammlung als die am

„stärksten" besuchte Veranstaltung bezeichnet.[44] Die Anwesenheit von 130 Personen täuscht jedoch darüber hinweg, daß viele Anwesende anderen nationalsozialistischen oder staatlichen Organisationen angehörten (so z.B. Vertreter der SA-Brigade, der SS-Standarte, der Kreisleitung des RDB und Mitglieder der Ortsgruppe Lemgo und des Kameradschaftsbundes Deutscher Polizeibeamter). Zu vielen Sitzungen erschienen auch Vertreter der Wehrmacht.

An der Monatspflichtversammlung vom 2. März 1938 nahmen, bei einer „karteimäßigen" Mitgliederzahl von 171 Rechtswahrern, nur 72 eingeschriebene Mitglieder teil; lediglich 34 Mitglieder hatten sich beim Bezirksobmann entschuldigen lassen.[45] Grundsätzlich hatten die Mitglieder natürlich die Möglichkeit, sich schriftlich oder fernmündlich beim Kreisgruppenführer zu entschuldigen. Die Überprüfung der Stichhaltigkeit dieser Entschuldigungen wurde vom Bezirksführer im Einzelfall 'locker' gehandhabt. Dagegen wurde häufiges Fernbleiben der 'Berufskameraden' bei Beurteilungen von Oppermann durchaus vermerkt. Daß der Kreisobmann Streitigkeiten mit NS-Größen selten aus dem Weg ging, mußte auch der 'säumige' Detmolder Bürgermeister Keller erkennen, als Oppermann ihn wegen seiner häufigen Abwesenheit rügte und daran zweifelte, ob Keller ein „nützliches Mitglied" sei.[46] Auf diesen Fall wird im einzelnen noch einzugehen sein.

Ein besonders kurioser Fall von „gewohnheitsrechtlich legitimierter Abwesenheit" ist allerdings auch in den Korrespondenzunterlagen des Bezirksobmanns zu finden:

> Hochverehrter Herr Oberregierungsrat !
> Bezüglich meines Ausbleibens von der Monatsversammlung am 20. Januar, darf ganz ergebenst unterbreitet werden, daß ich seit langen Jahren und sogar Jahrzehnten am späten Nachmittag und abends eigentlich niemals ausgehe (ich erinnere nur zwei Ausnahmen: ungefähr 1919 zu einer Juristenzusammenkunft und zu einer Rechtswahrerbund- Versammlung in Lemgo vor 1 – 2 Jahren) und daher beim Brechen einer schon sehr alten Gewöhnung unangenehme Folgen bezüglich Gesundheit oder Arbeitskraft befürchten muß.[47]

Auch die 'Teilnahmefreudigkeit' an Großveranstaltungen außerhalb des Kreisgruppengebietes darf als 'zurückhaltend' bezeichnet werden. So wurde z.B. die Absage an eine Veranstaltung der Gaugruppe 'Junge Rechtswahrer' in Münster damit begründet, daß nur höchstens fünf Mitglieder aus dem lippischen Bezirk teilnehmen könnten. Außerdem sei am selben Tag ein Treffen der 'Lipperkämpfer'. Nachdem die Tagung infolge des Treffens der 'Lipperkämpfer' verschoben wurde, erfolgte wiederum eine Absage aufgrund „dienstlicher Belange".[48] Es sei vermerkt, daß Referendaren und junge Assessoren Kostenersatz nur bei Schulungslagern gewährt wurde.

Im Frühjahr 1937 waren im Auswärtigen Amt 20 Attaché-Stellen neu zu besetzen. Der Gau Westfalen-Nord suchte daher unter den Referendaren und

jungen Assessoren Kandidaten mit entsprechenden „nationalsozialistischen Eigenschaften."[49] Landgerichtspräsident Winkelsesser teilte dem Gau daraufhin mit, daß „von den hiesigen jungen Rechtswahrern keiner allen Anforderungen entsprechen dürfte."[50] Dennoch schlug der Landgerichtspräsident den „Geländesportler" und Assessor H. vor, der nicht in den Probedienst übernommen worden war. H. sei ein „frischer, geweckter Mensch von guten Formen, nationalsozialistischer Haltung, gutem Allgemeinwissen und gesundem Menschenverstande. Als ausgeprägt repräsentative Erscheinung wird man ihn zwar nicht bezeichnen können, er zeigt aber gute Haltung."[51] Offensichtlich von der Führung dazu gedrängt, schrieb der Fachgruppenleiter Tielker an den Kreisgruppenführer: „Ich möchte mich deshalb melden, obwohl ich natürlich von mir nicht behaupten kann, vollkommen den gestellten Anforderungen zu entsprechen. [...] Die übrigen Kameraden sind weder alte Parteigenossen, noch zeigen sie außenpolitischen Dingen gegenüber großes Interesse."[52]

Auch anläßlich einer sog. 'reichswichtigen Großkundgebung' am 13.2.1937 unter der Leitung von Reichsrechtsführer Dr. Frank in Münster ließen die lippischen Rechtswahrer die entsprechende Begeisterung vermissen. Aus verkehrstechnischen Gründen wurde die auf sechs Stunden (!) veranschlagte Busfahrt abgesagt.[53] (Offensichtlich ergaben sich daraus Schwierigkeiten, daß die zumeist nicht motorisierten Mitglieder aus den verschiedenen Ortsgruppen mit dem Bus abgeholt werden mußten. Angesichts des schlecht ausgebauten Wegenetzes in Lippe war dies sicher ein schwieriges Unterfangen). Lediglich neun Mitglieder aus Bad Salzuflen, die offensichtlich über bessere Zugverbindungen verfügten, meldeten ihre Teilnahme an. Darauf wandte sich Oppermann an die übrigen Ortsgruppen, um seinem Ärger Luft zu verschaffen: „Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß irgendeine nachhaltige Werbung überhaupt nicht veranlaßt worden ist [...]. Ich erwarte, daß das Versäumte auch von Ihnen umgehend nachgeholt wird."[54] Begründete ein Teil der Vertrauensmänner die geringe Beteiligung mit der Ansetzung von gleichzeitig stattfindenden Veranstaltungen, so verwies der Lemgoer Obmann zur Begründung auf die wirtschaftliche Lage vieler Mitglieder. Den Vorwurf, „nachhaltige Werbung nicht veranlaßt zu haben", wies der Vertrauensmann entschieden zurück und ersuchte Oppermann um Entbindung von seinem Posten. Das Rücktrittsgesuch Dr. Corveys überging der Kreisgruppenführer allerdings mit einer ironischen Anmerkung.[55] Während der Vorbereitung der 'Tagung des Deutschen Rechts' im Jahre 1938 kam es allerdings wegen vergleichbarer Vorkommnisse zwischen der Gauleitung und dem Kreisgruppenführer endgültig zum Eklat.

Der 'Tag des Deutschen Rechts' in Leipzig

Die 6. Reichstagung des NSRB sollte auf Anordnung des Reichsrechtsführers unter der Bezeichnung 'Tag des Deutschen Rechts' zunächst vom 7. bis 9. Oktober 1938 in Leipzig stattfinden. Der NS-Rechtswahrerbund, als ältester angeschlossener Verband der NSDAP, sollte im Rahmen dieser Großveranstaltung sein 10jähriges Bestehen feiern. Der Gauorganisationsleiter verkündete: „Der Tag des Deutschen Rechts wird die größte bisher dagewesene Rechtswahrerkundgebung sein."[56] Um die Teilnehmerzahlen der bisherigen Tagungen zu übertreffen, wurden bereits im Februar 1938 die wichtigsten Vorbereitungen für eine umfangreiche Werbekampagne getroffen. Die Teilnahme wurde den Bundesmitgliedern zur Pflicht gemacht.

Die erste Mitgliederbefragung im März durch die Vertrauensleute in den Amtsgerichtsbezirken war allerdings ziemlich ernüchternd. In Blomberg fanden sich von acht Mitgliedern lediglich zwei 'Berufskameraden' bereit, an dem Treffen teilzunehmen; von 24 in Detmold befragten Mitgliedern meldete sich überhaupt kein Teilnehmer![57] Auch die wichtigsten Repräsentanten, wie z.B. Winkelsesser und Oppermann, waren nicht auf der Meldeliste zu finden. Um der Kampagne Nachdruck zu verleihen, ordnete die Gauleitung in der Woche vom 3. bis 9. April in sämtlichen Kreisgruppen Pflichtversammlungen an, die ausschließlich der Teilnahmewerbung zu dienen hatten.[58] Die Gauleitung stellte eine Fahrpreisermäßigung von 75% und um 25% verbilligte Theaterkarten in Aussicht.[59] Außerdem setzte man sich bereits mit dem 'Quartieramt' in Verbindung. Am 31. März 1938 meldete die vier Mitglieder umfassende Ortsgruppe Horn: „Fehlanzeige!"[60] Um einem Fiasko vorzubeugen, wurden daraufhin in den verschiedenen Behörden und Institutionen sog. 'Umlauflisten' verteilt. Von den 15 Detmolder Rechtsanwälten konnte keiner der Gaubehörde als Teilnehmer gemeldet werden; Bezirkspressewart Neubeck meldete sich nur unter „Rücktrittsvorbehalt".[61] Auch in Bad Salzuflen schien die Kampagne im März nicht gefruchtet zu haben. Von den 18 Mitgliedern meldete lediglich der Vertrauensmann Friedrichsmeyer seine „grundsätzliche Bereitschaft" zur Teilnahme an.[62] Der Rücklauf weiterer Umlauflisten war ebenfalls nicht sehr ermutigend: Finanzamt Detmold (vier Mitglieder, ein Teilnehmer unter Vorbehalt), Arbeitsamt Detmold (drei Mitglieder, kein Teilnehmer).[63]

Während sich in den folgenden Monaten in Lippe nur wenige zur Anmeldung entschließen konnten, meldete der Gau am 7. Juni 1938 in anderen Landesteilen bereits 295 Teilnehmer.[64] Gauführer Dr. Fleiter mußte allerdings im August eingestehen, daß seitens der Reichsführung vom Gau Westfalen-Nord eine Beteiligung von mindestens 800 Bundesmitgliedern erwartet wurde.[65] So wurde im Juni die „zweite Etappe" der Werbekampagne eingeleitet, die auch als „persönliche Werbung von Mann zu Mann" zu verstehen war und an der sich alle Amtswalter des NSRB zu beteiligen hatten. Um die entsprechenden Teil-

nehmerzahlen zu erzielen, gab die Gauleitung bekannt, daß auch „Nicht-Bundesmitglieder", Ehefrauen und Angehörige an der Fahrt nach Leipzig teilnehmen könnten.[66] In den nächsten Wochen wurde die 'restlose' Verteilung aller Werbeplakate und die 'pressemäßige' Werbung in allen erfaßbaren Zeitungen angeordnet.[67] Am 21.7.1938 wurde die Einrichtung eines „Gaustandquartiers" – „inmitten der Stadt Leipzig" – gemeldet. Die 'Jungen Rechtswahrer' sollten – zum größten Teil auf Kosten der Reichsführung – in Freiquartieren und in Massenquartieren von 50 bis 60 Mann in Schulen untergebracht werden.[68]

Kam von seiten der Reichsgeschäftsführung nur verhaltene Kritik auf, weil die von den einzelnen Gauen gemeldete Zahl der Teilnehmer noch nicht den Erwartungen entsprach, so bekam Kreisgruppenführer Oppermann den Unmut der Gauleitung zu spüren. Bei der Durchsicht der Unterlagen hatte der Gauführer festgestellt, daß die Kreisgruppe mit einem Mitgliederbestand von 166 Mitgliedern nur neun Mitglieder aus Detmold, ein Mitglied aus Blomberg und ein weiteres Mitglied aus Bad Salzuflen gemeldet hatte.[69] Es muß an dieser Stelle vermerkt werden, daß Oppermanns 'oppositionelles' Auftreten bereits in den Jahren 1935/36 zu schweren Konflikten mit dem Gauleiter Dr. Meyer geführt hatte, der ihn in einem Schreiben als „seinen undiszipliniertesten Beamten" bezeichnete.[70] Ein Disziplinarverfahren blieb dem Kreisgruppenführer nicht erspart. Verständlicherweise geriet der Kreisobmann einen Monat vor der geplanten Großveranstaltung zunehmend unter Druck. In den verschiedensten Behörden und Institutionen setzte nun die „Vollplakatierung" – auf Anordnung der Reichsführung – ein. Gebetsmühlenartig wiederholten die Ortsgruppenleiter ihre Fehlanzeigemeldungen. Der Vertrauensmann von Bad Salzuflen hatte mittlerweile – als einzig gemeldeter Mitfahrer seiner Ortsgruppe – seine Teilnahme wieder zurückgezogen. Um die Teilnahmebereitschaft seines 'Sprengels' unter Beweis zu stellen, ließ sich Oppermann selbst als zehnten Teilnehmer der Ortsgruppe Detmold auf die Liste setzen.

In Anbetracht der sich ergebenen organisatorischen Schwierigkeiten entschied sich die Reichsführung für die Verlegung des 'Reichsrechtstages' auf den 19. bis 21. Mai 1939.[71] Es wäre sicher vermessen, das organisatorische Scheitern allein auf die Eigensinnigkeit lippischer Bundesmitglieder zurückzuführen. Dazu war der lippische 'Sprengel' auch zu unbedeutend. Nach der Wiederaufnahme der Werbekampagne für die 'Reichsrechtstagung' im Frühjahr wiederholte sich allerdings die Prozedur der Absagen und „vorbehaltlichen" Anmeldungen. Mitglieder des Bundes, die bereits im Herbst 1938 abgesagt hatten, führten nun die gleichen Entschuldigungsgründe an. Eine Organisationspanne, wie sie geradezu typisch für das 'polykratische Chaos' der institutionellen Zuständigkeiten war, verunsicherte viele Anmelder zusätzlich: Erst am 30.3.1939 stellte die Reichsrechtsleitung fest, daß das Reichsministerium des Inneren für den Zeitraum der Tagung eine Volkszählung angesetzt

hatte.[72] Die Reichsführung bemühte sich, die verunsicherten Mitglieder zu beschwichtigen. Es könne damit gerechnet werden, daß diejenigen Rechtswahrer, die nicht aus beruflicher Verpflichtung unbedingt an der Volkszählung teilnehmen müßten, zum 'Tag des Deutschen Rechts' beurlaubt würden. Um eine Rücktrittswelle zu verhindern, verkündete die Reichsführung durch Runderlaß die Beurlaubung der Teilnehmer ohne Anrechnung auf den Erholungsurlaub. Ferner gab das Reichsministerium des Inneren im Einvernehmen mit dem Reichswirtschaftsministerium bekannt, daß die Teilnehmer am 'Tag des Deutschen Rechts' von der Mitwirkung an der Volkszählung befreit seien.[73]

Die Gauleitung mußte sehr schnell erkennen, daß die anvisierte Teilnehmerzahl von 800 Bundesmitgliedern im Gau nicht zu erzielen war. Lediglich in einzelnen Kreisgruppen und Kreisabschnitten, so z.B. in Rheine, Ibbenbüren, Höxter, Bocholt, Münster und Paderborn konnte eine große Zahl von Fahrtteilnehmern geworben werden.[74] Obwohl der inzwischen genehmigte Sonderzug nach Leipzig auch über lippisches Gebiet fahren sollte, entwickelte sich die Mitgliederwerbung ebenso zäh wie im Herbst des Vorjahres. Die Durchsicht der Umlauflisten war für den Kreisobmann niederschmetternd: Bad Salzuflen (14 Mitglieder, elf Absagen, zwei Volkszähler, ein Soldat), Arbeitsamt Detmold (drei Mitglieder, drei Absagen), Finanzamt Detmold (zwei Mitglieder, eine Zusage), Landgericht Detmold (zwölf Mitglieder, zwölf Absagen), Amtsgericht Detmold (22 Mitglieder, zwei Zusagen), Landesregierung Detmold (neun Mitglieder, sieben Absagen, eine „bedingte" Zusage, eine Zusage), Lemgo (18 Mitglieder, keine Zusage), Horn (vier Mitglieder, keine Teilnahme), Oerlinghausen (zwei Mitglieder, keine Teilnahme).[75]

Um einer Blamage vorzubeugen, war die Kreisführung dazu übergegangen, die genehmigte Ausnahmeregelung in Anspruch zu nehmen und setzte die Namen von Gästen und Ehegattinnen der Mitglieder auf die Liste. Der zum Amtsgericht strafversetzte Dr. Ebert wurde ebenfalls „zwangsverpflichtet". Dieses 'Täuschungsmanöver' wurde allerdings von der argwöhnisch gewordenen Gauleitung sofort registriert: Empört wies der Gaugeschäftsführer darauf hin, daß allein die Kreisgruppe Münster 220 Mitglieder zur Teilnahme bewegt habe. Hingegen seien von den zehn Teilnehmern in Lippe einige nicht einmal Bundesmitglieder.[76] Zuletzt gelang es dem Kreisgruppenführer doch noch, wenigstens 19 Teilnehmer zu aktivieren, unter denen sich allerdings drei Ehegattinnen, ein Gast und ein Zwangsverpflichteter befanden. Trotz der 'Zwangsrekrutierung' in letzter Minute drohte die Mission aufgrund der nächsten Organisationspanne doch noch zu scheitern. Vier Tage vor Beginn der Tagung stellte die Kreisgruppe fest, daß die Gauleitung vergessen hatte, 14 Teilnehmerkarten an die lippischen Mitfahrer zu verschicken.[77] Ob die Kreisgruppe nach dieser Panne geschlossen nach Leipzig gefahren ist, ist den Akten nicht zu entnehmen. In den Unterlagen des NSRB befinden sich jedenfalls noch einige auf Namen ausgestellte Teilnehmerscheine.[78]

Die Monatspflichtversammlungen

Wichtigste und zentrale Veranstaltung des NSRB war die Monatspflichtversammlung, über die ausführlich an den Gau Bericht zu erstatten war. Die Sitzungen wurden nicht nur in Detmold (Hotel Arminius, Lipp. Hof oder im Falkenkrug), sondern auch in den anderen größeren Orten Lippes abgehalten. Als weitere Tagungsorte wurden in den Protokollen z.B. Lemgo (Café Schmidt) und Lage („Reichskrone") erwähnt. In den übrigen Austragungsorten (Horn und Bad Salzuflen) wechselten die Lokalitäten.

Schon unter Dr. Roempler, Oppermanns Vorgänger, wurden die Mitglieder in regelmäßigen Abständen aufgefordert, mehrere Vortragsthemen für die Tagungen vorzuschlagen und anschließend – nach Aufforderung – auszuarbeiten. Mitte der dreißiger Jahre ging man allgemein dazu über, 'professionelle' Fachredner (sog. Reichs-, Gau- bzw. Kreisfachredner) über die Reichsgeschäftsstelle oder Gauleitung des NSRB einzuladen. Der Gauorganisationsleiter des NSRB hatte die Vorschläge der Fachredner der Reichspropagandaleitung der NSDAP zur Genehmigung vorzulegen.[79] So wurden die ursprünglich fachlich informativen Bezirksversammlungen zu regelrechten Propagandaveranstaltungen umfunktioniert. Nach Verabschiedung der Nürnberger Rassegesetze bedienten sich die Reichs- und Gaufachredner insbesondere der Blut- und Boden-Ideologie des 'Dritten Reiches'. Bei ideologisch befrachteten Themen bestand allerdings die Gefahr, daß insbesondere bei Nachmittagsveranstaltungen viele 'Berufskameraden' aus 'dienstlichen' Gründen fehlten oder vielmehr selbige zum Anlaß nahmen, die Veranstaltung zu meiden. Am 11. November 1936 hielt z.B. Landgerichtspräsident Dr. Niermann aus Paderborn im Hotel Arminius einen Vortrag in Anlehnung an Carl Schmitts Thesen: „Adolf Hitler – Der Repräsentant des Rechts". Der euphorische Bericht des Protokolls endete mit der Feststellung: „Die packenden Ausführungen des Redners gipfelten in dem Grundsatz, daß das gesamte Rechtsleben einzig und allein nach dem Willen und Wollen der Person des Führers ausgerichtet sein müsse." Die Anwesenheitsliste, die von einer Teilnahme von 108 Zuhörern ausging, täuscht allerdings darüber hinweg, daß die Veranstaltung von einigen NS-Organisationen, von Mitgliedern des RDB, dem Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter und der Wehrmacht besucht wurde. Die Rubrik: 'Entschuldigt fehlten' wurde im Protokoll des NSRB erst gar nicht ausgefüllt.[80]

Sehr gerne wurden die Tagungen zum Anlaß genommen, Betriebsbesichtigungen durchzuführen und Stadtrundgänge zu organisieren. Nach der Besichtigung der 'Heldenorgel' in der Marienkirche in Lemgo hörten die Bundesmitglieder im September 1935 den Vortrag über „den Geist des deutschen und des römischen Rechts". Im Protokoll hieß es, der Redner „verstand es, die Gegensätze zwischen dem volksnahen, lebenswarmen deutschen Volksrecht und dem technisch zwar vollkommenen, inhaltlich aber entseelten, rein verstandesmäßi-

gen und individualistischen römischen Recht klar herauszustellen." An der Veranstaltung nahmen lediglich 71 Mitglieder teil, was auch eine Verstimmung der Gauleitung hervorrief.[81]

Im Zuge der Einführung des Reichserbhofgesetzes wurden die lippischen Rechtswahrer mit der 'neugermanischen' Terminologie konfrontiert („Bauernfähigkeit und Abmeierung").[82] Aber auch solche Themen wie „Hexenglaube und Hexenprozesse" fanden bei den Veranstaltungen Berücksichtigung: Dr. Meier „kam zu dem Ergebnis, daß der ganze Hexenglaube dem germanischen Wesen artfremd sei und aus Kleinasien kommend erst über den Umweg der römischen Kirche, Eingang in Deutschland gefunden habe."[83] Ein Berufskamerad 'berauschte' sich anläßlich einer Versammlung des RDB an dem Thema: „Der Beamte im Lebenskampf des deutschen Volkes".

Die menschenverachtende Erblehre des Nationalsozialismus wurde bereits im Februar 1934 Gegenstand der Tagesordnung. Amtsgerichtsrat Dr. Cordes referierte über das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Dr. med. Fiebig, Nervenarzt der Anstalt Eben-Ezer bei Lemgo, „stellte die Hygiene des Einzelnen der Rassenhygiene gegenüber, die die Zukunft des Deutschen Volkes bedeute." Er führte aus, „daß nur die negative Methode der Rassenhygiene, die Ausmerzung des Erbkranken, zum Ziele führe. Das Protokoll kommentierte die Ausführungen folgendermaßen: „Jeder einzelne erkannte die ungeheure Bedeutung und die segensreichen Folgen des Gesetzes."[84]

Die Gauleitung wußte jedoch sehr wohl, daß die künftigen Vollstrecker eines barbarischen Systems nicht zu sehr mit den künftigen Zielsetzungen der Führung befrachtet werden durften. Durch eher banale Kriminalkurzfilme wurden die Veranstaltungen aufgelockert, soweit sie nicht Kundgebungscharakter hatten. Hier nur eine Auswahl aus der Liste der Reichsgeschäftsstelle:

Besserer Herr sucht Anschluß (Heiratsschwindel)
Letzte Grüße von Maria (Erpressung durch falsche Krankenschwester)
Lokomotivenbraut (Gefährliche Reisebekanntschaften)
In 40 Minuten (Erpressung durch Halbweltlerin)
Aufmachen, Kriminalpolizei! (Gefahr zu großer Offenheit bei Bekanntschaften, Einbruchsgelegenheit)
Trau-schau-wem (Betrug am Arbeitsplatz)

Mit dem Absingen aller Strophen des Horst-Wessel-Liedes und einem dreifachen 'Sieg Heil' auf den Führer wurden die Monatspflichtveranstaltungen geschlossen, soweit sie Kundgebungscharakter hatten.

Oppermanns Verteidigung lippischer Sondervermögen

Bei der 'Verteidigung' lippischen Sondervermögens zeichnete sich Oppermann besonders aus. Erwähnt wurde bereits, daß er als Kuratoriumsvorsitzender der Hermannsdenkmalstiftung alle Versuche Himmlers vereitelte, das beträchtliche Vermögen dieser Stiftung auf die Externsteinestiftung zu übertragen, hinter der sich die SS-Organisation 'Ahnenerbe' verbarg. Wie allerdings der Regierungsbeamte das Sondervermögen lippischer Beamter gegen den Zugriff einer Reichsbehörde verteidigte, erinnert schon an die Beharrlichkeit eines Heinrich Drake.[85] Dieser soll übrigens Heinrich Oppermann später durchaus seinen Respekt gezollt haben.[86]

Am 9. August 1937 wurde Oberregierungsrat Oppermann – aufgrund des Gesetzes über Beamtenvereinigungen vom 27. Mai 1937 – durch den Reichsbund Deutscher Beamter (RDB) unverhohlen aufgefordert, das vorhandene Vermögen des Lippischen Beamtenbundes sowie die Kassenbücher und Belege nebst Liquidations-, Eröffnungs- und Schlußbilanz zu übersenden.[87] Oppermann, der im Frühjahr des Jahres 1933 als Vorsitzender des seinerzeit bestellten 'Führerrates' an der Gleichschaltung der alten lippischen Verbände maßgeblich beteiligt war, widersetzte sich – nach kurzer Rücksprache mit dem Kreisrentmeister Köstering – der Abwicklungsstelle in Berlin. Dem RDB übermittelte er am 6. September 1937 folgendes Schreiben:

> Die Liquidation ist lange vor Inkrafttreten des Gesetzes vom 27. Mai 1937 durchgeführt, so daß seine Anwendung nicht in Frage kommt. Daß gesetzliche Bestimmungen noch erlassen würden, konnte nicht angenommen werden; im übrigen sind 1933/34 schriftlich und mündlich Verhandlungen mit der Gauleitung des RDB geführt worden, als deren Ergebnis anerkannt wurde, daß der Lipp. Beamtenbund Vermögen an den RDB abzuführen nicht verpflichtet sei. Es bleibt hier darauf hinzuweisen, daß der Lipp. Beamtenbund korporativ dem Deutschen Beamtenbunde angeschlossen war und in seinem Landesverband die Beamten der Länder und Gemeinden einschließlich der Lehrer vereinigte und als solcher völlig selbständig war, eigene Beiträge erhob und sich demgemäß selbst finanzierte.[88]

Die finanziellen Restbestände hatte Oppermann, gestaffelt nach einem Quotensystem, den *örtlichen* lippischen Nachfolgeorganisationen (RDB, NS-Lehrerbund, Kameradschaftsbund Deutscher Polizeibeamter und dem NSRB) übertragen. Die Pensionsrückstellungen der lippischen Beamten blieben davon unberührt. Durch weitere Rückstellungen (z.B. Gerichtskosten für die Löschung im Vereinsregister) vereitelte der akkurate Beamte die letzten Hoffnungen der Abwicklungsstelle, an die Gelder der alten lippischen Verbände zu kommen. Die Abwicklung mündete fast in eine Brüskierung der Reichsstelle: Monate vorher hatte sich der bereits erwähnte Kreisrentmeister Köstering über die Einlagerung der alten Akten in seiner Privatwohnung bei Oppermann beklagt. („Nun liegt alles schon seit Monaten meiner Frau im Wege und mit Frauen, so-

gar mit den besten, ist ja bekanntlich in solchen Dingen nicht zu spaßen!") Dieser Umstand hatte beide auf die Idee gebracht, die Akten bei einem „Trödler loszuschlagen."[89] Der Papiererlös nebst weniger, unbedeutender Portokassenbestände wurde der Abwicklungsstelle in Berlin – nach akkurater Rechnungsdarlegung – überwiesen.

Führungsstil Oppermanns im Lichte des Entnazifizierungsverfahrens

Den Führungsstil Heinrich Oppermanns unter dem Gesichtspunkt der Verstrikkung abschließend zu beurteilen, fällt besonders schwer, zumal viele Beurteilungen im sog. Entnazifizierungsverfahren aus seinem persönlichen Umfeld stammen. Man würde aber der Person Oppermanns nicht gerecht, wollte man alle eidesstattliche Erklärungen als 'Persilscheine' abqualifizieren. Einige Beurteilungen sind sehr allgemein gehalten, andere Aussagen sind aber sehr konkret und decken sich mit der Aktenlage.

Am 27. April 1945 erhielt die Ehefrau Heinrich Oppermanns eine von Heinrich Drake verfaßte Verfügung folgenden Inhalts: „Auf Grund der Anweisung der Militärregierung über Personalfragen werden Sie [gemeint ist Heinrich Oppermann: Anm. des Verf.] mit sofortiger Wirkung aus dem Landesdienst entlassen, da Sie nach den getroffenen Feststellungen vor dem 1. April 1933 Mitglied der NSDAP geworden sind." Heinrich Oppermann befand sich zu diesem Zeitpunkt in Rumänien in Kriegsgefangenschaft und verstarb dort am 6.8.1945.

Der ungewöhnliche Karrieresprung des Heinrich Oppermann vom Landgerichtsrat zum Oberregierungsrat und später zum Regierungsdirektor spielte auch in der Pensionsüberprüfungsentscheidung vom 29.9.1948 eine Rolle, wobei die Hinterbliebenenbezüge der Witwe Oppermanns zunächst nach dem Dienstgrad eines Landgerichtsrates berechnet wurden. Bevor Else Oppermann jedoch einen Antrag auf Besserstellung der Versorgungsbezüge stellen konnte, mußte zunächst Oppermanns Verstrickung in einem gesonderten Entnazifizierungsverfahren überprüft werden.

Innerhalb des Systems wurde der Oberregierungsrat eher als „gewissenhafter Beamter" denn als „machtbewußter Nationalsozialist" gesehen. Dieses verband ihn mit seinem Amtskollegen Dr. Ernst Krappe, der nach einem NS-Gutachten „mehr Paragraphenmensch als Nationalsozialist" war, so daß die Bewegung in Lippe ihn als Landespräsidenten ablehnte.[90] Oppermann, dem der gleiche Ruf vorauseilte, sagte man einen leichten Hang zur Pedanterie nach. Unmittelbar nach der Beförderung Heinrich Oppermanns zum Regierungsdirektor 'frotzelte' ein Bekannter in einem Nachsatz: „Sie müssen schon verzeihen, daß ich Sie mit der unrichtigen Amtsbezeichnung angeredet habe! Wegen dieses Formfehlers brauche ich den Brief sicher nicht noch einmal zu schreiben."[91] Nachdem ein entnervter Vertrauensmann grußlos sein Demissions-

schreiben übersandt hatte, antwortete Oppermann trocken: „hiernach glaube ich, den Schlußsatz Ihres Schreibens übersehen zu sollen; ich bemerke nur noch, daß bisher alle Schreiben des NS-Rechtswahrerbundes mit „Heil Hitler" gezeichnet wurden."[92] Bei ehemaligen deutsch-nationalen Mitgliedern, die ihre Briefe – aus Gründen der Abgrenzung zur 'Bewegung' – mit 'deutschem Gruß' unterzeichneten, übersah der Kreisobmann den 'Formfehler'; sicherlich nicht nur, weil er bei diesen häufiger verkehrte.

Allerdings überstieg der 'Papierkrieg' der Partei auch das Fassungsvermögen des ehemaligen preußischen Beamten. Ausgerechnet an Gauamtsleiter Steinekke schrieb er am 27.6.1939:

> [...] der Papierkrieg in den verschiedensten Gruppierungen, das Formular- und Berichtswesen, die unzähligen Rundschreiben, die Vielfalt von gedruckten Verordnungsblättern, Zeitschriften usw. gehören leider zum eisernen Bestand der Staatsverwaltung und zunehmend, wie ich mit Bedauern wiederholt festgestellt habe, auch der Partei und ihrer Gliederungen. Hier grundlegend Wandel zu schaffen und sei es auf dem radikalen, dafür aber höchst wirksamen einfachen Wege einer Kürzung der Papierzuweisung um mindestens 50 bis 60% des bisherigen Bedarfs, wäre eine verdienstvolle Aufgabe.[93]

Ein Antwortschreiben ist uns nicht überliefert. Da Gauamtsleiter Steinecke allerdings nicht unbedingt zu den 'Förderern' Oppermanns zu zählen war, dürften Schreiben dieser Art die vorzeitige Einziehung zur 'Frontbewährung' befördert haben. Nach Aussage der Witwe Oppermanns wurde ihr Mann „nicht auf dem gewöhnlichen Wege, sondern telegraphisch aus Berlin" einberufen, wahrscheinlich veranlaßt durch Kreisleiter Wedderwille und Gauleiter Dr. Alfred Meyer, der ihn, nach einer eidesstattlichen Erklärung eines Regierungsbeamten, als „seinen undiszipliniertesten Beamten" bezeichnete.[94]

Daß Oppermann Streitigkeiten mit NS-Größen nicht aus dem Weg ging, beweist auch der Fall des Detmolder Bürgermeister Keller, der als „säumig zahlendes" Mitglied des NSRB aufgefallen war. Oppermann meldete an die Gaugeschäftsstelle des NSRB: „Bei der Anforderung ergaben sich Schwierigkeiten. K. vertrat den Standpunkt, daß er seine Aufnahme irrtümlich beantragt hätte, bzw. daß er nicht dem BNSDJ, sondern dem RDB angehört habe."[95] (Es sei vermerkt, daß zahlende NSRB-Mitglieder beitragsfreie RDB-Mitglieder werden konnten. Diese Regelung galt aber nicht im umgekehrten Falle). Nach dem Schreiben Oppermanns ließ Keller Dutzende von mündlichen und schriftlichen Erinnerungen unbeantwortet. Außerdem nahm der Bürgermeister an den Veranstaltungen und Versammlungen des NSRB nie teil. Als der Bürgermeister um eine Beitragsermäßigung nachsuchte, platzte dem Bezirksobmann der Kragen: „Angesichts dieser Vorgänge habe ich erhebliche Zweifel, ob K. nun wirklich nützliches Mitglied in unserer Gemeinschaft sein wird." Der Bezirksführer hatte sich bereits am 18. Januar 1935 an die Gauleitung mit dem „drin-

genden Ersuchen" gewandt, etwa eingehenden Anträgen auf Beitragsermäßigung oder völligen Erlaß auf keinen Fall zu entsprechen. „Es ist dies ein Schulbeispiel, wohin Langmut gegenüber einem Mitgliede, der noch dazu eingeschriebenes Mitglied der NSDAP ist, führt. Dabei hat Keller als Junggeselle im Alter von etwa 32 Jahren Oberregierungsratseinkommen."[96] Oppermann empfahl, die Beiträge notfalls auch im Prozeßwege einzuziehen. Die 'pflichtgemäße' Grußadresse an den Bezirksführer zum Neuen Jahr erfolgte in den nächsten Jahren aus dem Bürgermeisteramt nur durch Unterschrift eines Untergebenen.[97] Die persönlichen Auseinandersetzungen zwischen Oppermann und Keller gipfelten in einem parteiinternen Beleidigungsverfahren in den Jahren 1939 bis 1941, wobei sich der Bürgermeister Keller die Gunst des Kreisleiters („Mein lieber Pg. Wedderwille!") zu sichern suchte.[98]

So sehr sich der Kreisobmann mit Vorgesetzten und Parteigrößen anlegte, so sehr setzte er sich für die Belange der Mitglieder des NSRB ein. Zu seinen Aufgabenfeldern gehörte die Arbeitsbeschaffung für mittellose Bundesmitglieder. Auch diejenigen, die in der Weimarer Republik der NS-Bewegung kritisch gegenübergestanden haben, konnten sich auf seine menschliche Integrität verlassen. So forderte das Gaurechtsamt eine Beurteilung des ehemaligen Bürgermeisters Quentin an, der in den Jahren 1925-27 in Bad Salzuflen amtierte. Obwohl dieser seit der Machtergreifung „nirgends irgendwie" aktiv in Erscheinung getreten war, teilte Oppermann der Gaubehörde mit, er habe den „besten Eindruck von ihm."[99]

In einem anderen Fall ging es darum, daß der Rechtsanwalt N. in eine wirtschaftliche Notlage geraten war und ihm als Hauseigentümer die Zwangsvollstreckung drohte. Nach Erkenntnissen der Gauführung des NSRB war N. ursprünglich „Stahlhelmer" gewesen, dann aber „in dickköpfiger Weise ins Gegenlager geschwenkt" und habe „im Rausch Äußerungen gegen die NSDAP gemacht." In einer vom Gauamtsleiter Steinecke übernommenen Stellungnahme Oppermanns heißt es: „N. ist innerlich ein wertvoller und anständiger Mensch, der aber wirtschaftlich und seelisch durch seine ständigen Schwierigkeiten zusammengebrochen ist." Er hielt es für „vertretbar und im Sinne der Familie erwünscht", daß der NSRB sich für ihn verwende. Der Oberregierungsrat schloß mit der Bemerkung: „Für die Dauer seiner anwaltlichen Tätigkeit bleibe ich bemüht, N. den einen oder anderen Auftrag zur Vertretung der Landesregierung in Prozessen zu übertragen."[100]

Dr. Oppermann war nicht nur Kirchenältester im Kirchenvorstand der evangelischen Kirche in Detmold, sondern auch im Vorstand der Landessynode und als solcher Mitglied des Landeskirchenrates. So ist es zu verstehen, daß der Oberregierungsrat auch hin und wieder gebeten wurde, zwischen Kirche und staatlichen Institutionen zu vermitteln. Im Juli 1938 untersagte Oberschulrat Wollenhaupt die Abhaltung von Bibelstunden in staatlichen Schulen, so auch in den Gemeinden, in denen kirchliche Räume nicht zur Verfügung standen. Der

Oberschulrat begründete diese Maßnahme damit, daß „die Bibelstunden zu Zwecken benutzt worden seien, die den Belangen des Dritten Reiches zuwiderlaufen."[101] Nach Intervention Oppermanns änderte der Oberschulrat seine Verfügung vom 27.7.1938 insoweit ab, daß ortsansässigen, gebrechlichen und alten Leuten die Schulen zur Abhaltung von Bibelstunden wieder offen standen. Lediglich Predigten von Auswärtigen wurden untersagt.[102] Diesem kirchlichen Engagement Oppermanns, der niemals den „Deutschen Christen" angehörte, sollte im Entnazifizierungsverfahren noch entscheidendes Gewicht zukommen.

Schlußbetrachtung: Schuld und Entlastung Oppermanns

Der Sonderbeauftragte für Entnazifizierung in Düsseldorf bescheinigte dem „fleißigen und fähigen Beamten" Oppermann, daß er nach den eidlichen Aussagen von Nicht-Parteimitgliedern „keineswegs ein gefügiges Werkzeug der NSDAP" gewesen sei, sondern sich seine Unabhängigkeit bewahrt und scharf die Maßnahmen abgelehnt habe, die seinem Rechtsempfinden widersprachen. „Es ist einwandfrei eine immer größer werdende Distanzierung vom Nationalsozialismus feststellbar."[103] Der Bericht verkennt nicht, daß der Parteieintritt 1932 auch im Falle Oppermanns einen beachtlichen Einfluß auf die berufliche Förderung hatte. Der Sonderbeauftragte kam „bei gerechter Würdigung der Umstände" zu der Auffassung, daß Oppermann lediglich – der Kategorie 4 entsprechend – als 'Mitläufer' eingestuft werden könne.

Aufgrund der Entlastung Oppermanns konnte die Witwe des Regierungsdirektors auf eine Besserstellung der Versorgungsbezüge hoffen oder doch zumindest auf einen Teilerfolg. Ursprünglich waren Else Oppermann Hinterbliebenenbezüge nur nach dem Dienstgrad eines Landgerichtsrates zuerkannt worden. In einem Vergleichsvorschlag kam die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen zu dem Schluß: „Bei der Zugrundelegung der normalen Dienstlaufbahn hätte Oppermann in der relativ kurzen Zeit der Beschäftigung in der allgemeinen Verwaltung allenfalls die Stellung eines Oberregierungsrates erreichen können."[104] Infolgedessen schlug die Landesregierung der Witwe in einem Vergleich vor, die Bezüge nach der Stellung eines Oberregierungsrats (A 2 b) zu berechnen, „da unterstellt werden müsse, daß Oppermann auch im Justizdienst diese Stelle erreicht haben würde." Offensichtlich sind die deutschen Dienststellen davon ausgegangen, daß Oppermann diese Stellung mit seinem Fleiß und seiner Befähigung auch ohne Protektion erreicht hätte!

Eine abschließende Beurteilung des als 'Mitläufer' eingestuften Oppermann muß zwangsläufig differenziert ausfallen. Da haben wir es zunächst mit dem als „nationalsozialistischen Idealisten" bezeichneten Dr. Heinrich Oppermann zu tun, der die Ideen seines Führers durchaus verinnerlichte. Zumindest ver-

stand er es, die Erfolge seiner Partei für seine Karriere zu nutzen. Zunächst unterschied er sich durch nichts von der übrigen braunen Gefolgschaft jener Zeit. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurden Oppermann als leitendem Regierungsbeamten weitreichende Kompetenzen übertragen. Gleichzeitig war der Oberregierungsrat als Führer des ältesten angeschlossenen Verbandes der NSDAP und in vielen anderen Funktionen an der Gleichschaltung staatlicher Institutionen in Lippe maßgeblich beteiligt. Nach der Abberufung des Kreisgruppenführers unmittelbar nach Ausbruch des Weltkrieges wurde auch Lippe von den „furchtbaren Juristen" und Sondergerichten heimgesucht. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß der einflußreiche Kreisobmann, der sicher kein williges Werkzeug der Partei war, an dieser Entwicklung (gewollt oder ungewollt) seinen Anteil hatte. Ein grundlegend innerer Wandel hatte sich bei Oppermann erst Mitte der dreißiger Jahre vollzogen, infolgedessen er sich durch Offizierslehrgänge und andere Wehrmachtsaufgaben den Parteiaufträgen entzog. Als ehemaliger preußischer Beamter vertrat Oppermann einen legalistischen Kurs, d.h. er stand für die Einhaltung staatlicher Regularien, soweit die Diktatur des 'Dritten Reiches' überhaupt noch Raum für die Beachtung rechtsstaatlicher Prinzipien vorsah.

Da Oppermann trotz seiner exponierten Funktion nie direkt mit Verfolgungsmaßnahmen in Verbindung stand, andererseits aber an der Gleichschaltung staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen beteiligt war, wurde er als 'Mitläufer' eingestuft. Andererseits wurde auch der gefürchtete Kreisleiter Wedderwille als Mitläufer eingestuft, der wegen seiner antisemitischen Hetzkampagnen traurige Berühmtheit erlangte und „im Lande von Synagoge zu Synagoge hetzte, um möglichst überall in eigener Person die Gewalttätigkeiten anfachen zu können."[105] Dessen Verantwortung wiegt um so schwerer, als er nicht nur als Stellvertreter des Reichsstatthalters fungierte, sondern die Regierungsgeschäfte in Lippe weitgehend in eigener Verantwortung führte.[106]

Vergleicht man die Persönlichkeiten Oppermanns und Wedderwilles und ihre Amtsführung, so kommt man zwangsläufig zu einer unterschiedlichen Zuweisung von Schuld und Verstrickung. Die unpräzisen Kriterien für die Definition des 'Mitläufers' führte in den Entnazifizierungsverfahren dazu, daß sich in dieser Kategorie sowohl der in Befehlsnotstand handelnde belastete Funktionsträger als auch der unbelastete Amtsinhaber und einfache Parteigenosse wiederfanden. Zu viele belastete Funktionsträger erhielten aufgrund der weit gefaßten Auslegung der Kategorie des 'Mitläufers' durch staatliche Behörden den ersehnten 'Persilschein', der ihnen die uneingeschränkte Fortsetzung der Karriere in öffentlichen Positionen garantierte. Diese Problematik war nicht nur eine wesentliche Ursache des Generationskonfliktes von 1968, sondern beschäftigt auch heute noch große Teile der jüngeren Generation.

Anmerkungen

1. Zit. in: Deutsches Recht (Zeitschrift des BNSDJ), Hrsg. Hans Frank, 1933, S. 60.
2. StA DT, L113, Nr. 1126, Bl. 6, Rundschreiben des Gauorganisationsleiters vom 17.2.1938.
3. Vgl. hierzu: NSDAP-Programm vom 25.2.1920, Punkt 25, zit. nach G. Feder, Das Programm der NSDAP und seine weltanschaulichen Grundlagen, München 1930, S. 8 ff.
4. Vgl. hierzu: K. D. Bracher, Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1972, S. 222 ff.
5. Ernst Fraenkel, Der Doppelstaat, Frankfurt a. M. – Köln 1974.
6. Vgl. hierzu: Andreas Ruppert (Hrsg.: StA DT), NSDAP und NS-Organisationen in Lippe Bd. 1, S. 19.
7. Der Aufsatz ist Bestandteil einer umfangreicher angelegten Dissertation des Autors an der Universität Freiburg.
8. Vgl. hierzu: Lothar Gruchmann, Justiz im Dritten Reich 1933–1940 – Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988, S. 88 ff.
9. Abgedruckt in: „Völkischer Beobachter" vom 8.6.33, Beiblatt; Zeitschrift „Deutsches Recht", 1933, S. 33.
10. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 1, Schreiben des Gauorganisationsleiters Wiemann vom 3.3.1933.
11. Vgl. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 21 u. 25, Rundschreiben des Leiters des Gaurechtsamt und Gauführers des NSRB im Gau Westfalen-Nord vom 25.6.1937.
12. Vgl. StA DT, L113, Nr. 1108, Bl. 21 u. 25.
13. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 4.
14. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 10, Bericht über die Bezirksversammlung vom 3.4.1937.
15. StA DT, L 113. Nr. 1108, Bl. 9. Schreiben vom 5.4.1937.
16. Vgl. Anm. 15.
17. StA DT, L113, Nr. 1108, Bl. 17, Schreiben vom 29.4.1937: Einverständnis von Oppermann.
18. Vgl. hierzu. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 2-64; L113, Nr. 1116, Bl. 75, Schriftwechsel: Gaugeschäftsstelle Westfalen-Nord mit Oppermann.
19. Vgl. hierzu: Nachlaß Else Oppermann, Entnazifizierungsakte, Eidesstattliche Erklärung des Oberregierungs- und baurats Vollpracht vom 16. September 1948.
20. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933, Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 17, 54, 62 u. 130.
21. Ernst Krappe, Beiträge zur Lehre der Notverordnung, (Diss.) Breslau 1920; in der nur noch auszugsweise vorhandenen Dissertation (73 Seiten) untersucht E. Krappe die Legitimität des Notverordnungsrechts am Beispiel der preußischen Verfassung.
22. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Referendarsakte, Beurteilung durch den Oberstaatsanwalt vom 12.12.1922.
23. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Referendarsakte, Schreiben des Preuß. Justizministers vom 7.9.1922.
24. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Beurteilung vom 1. März 1927.
25. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Entlassungsgesuch vom 22. März 1927.

26. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Bl. 5, Schreiben des Landgerichtsrat Dr. Ebert vom 26.3.1927.
27. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Bl. 26, Beurteilung des Landesgerichtspräsidenten Winkelsesser vom 10. August 1933.
28. Vgl. hierzu: Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe, Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde Bd. 60 (1991), S. 203.
29. Vgl. hierzu: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933, Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 54.
30. Nachlaß Else Oppermann, Schreiben der Bezirksregierung Detmold vom 8. Juli 1952 in der Verwaltungsstreitsache Else Oppermann ./. den Regierungspräsidenten in Detmold.
31. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Bl. 21; Schreiben des Staatsministers Riecke vom 29. Mai 1933 an Oppermann.
32. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Schreiben des Reichsstatthalters vom 21.6.33, Bl. 22.
33. Vgl. hierzu: StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Aktenvermerk vom 27.1.1934.
34. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Verfügung vom 16.2.1935, Az: II Z 278/35 a.
35. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Aktenvermerk vom 27.1.1934.
36. StA DT, Personalakte Oppermann, D 99 Nr. 1430, Schreiben an die Gaubehörde vom 2. 8.38, Bl. 57.
37. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 46-51, zusammenfassende Darstellung des Ergebnisses: Bl. 53.
38. StA DT, L 113, Nr. 1108, Bl. 3, Aufzeichnungen über den Mitgliederbestand des NSRB.
39. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 107, Karteimäßige Mitgliederzahl am 2. März 1938: 171 Mitglieder.
40. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 176, Antwortschreiben auf Anfrage der NS-Frauenschaft.
41. StA DT, L 113 Nr. 1116, Bl. 25, Referendar Tielker an die NSRB-Gauleitung.
42. Vgl. hierzu: StA DT, L 113, Nr. 1136, Bl. 2-34, Lehrpläne des Dozenten Dr. Oppermann.
43. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 105, Entlassungsgesuch von Reg.-Assessor Neubeck am 4.2.1939.
44. StA DT, L 113, Nr. 1113, Bl. 18, Protokoll der Bezirksversammlung vom 15.2.1937.
45. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 107, Protokoll der Bezirksversammlung vom 2.3.1938.
46. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 41. Schreiben an die Gaugeschäftsstelle vom 29.7.1936.
47. StA DT, L 113; Nr. 1124, Bl. 45, Schreiben des Rechtsanwalts Th. vom 28.6.1937.
48. StA DT, L 113, Nr. 1116, Bl. 20, Schreiben des Fachgruppenleiters Tielker vom 13.1.1937
49. StA DT. L 113, Nr. 1116, Bl. 11, Schreiben des Gaugruppenwalters „Junge Rechtswahrer" vom 18.12.36.
50. StA DT. L 113, Nr. 1116, Bl. 15, Schreiben vom 7. Januar 1937.
51. Vgl. Anm. 46.
52. StA DT, L 113, Nr. 1116, Bl. 16, Schreiben vom 7.1.1937.

53. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 67. Rundschreiben des Kreisgruppenführers vom 8.2.1937.
54. Vgl. Anm. 49.
55. StA DT, L 113, Nr. 1124, Bl. 69 u. 74; Korrespondenz des Kreisobmanns mit Dr. Corvey, Vertrauensmann der Ortsgruppe Lemgo, am 9.2 und am 16.2. 1937.
56. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 6, Rundschreiben vom 17.2.1938 an alle Obleute.
57. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 6 u. 7, Mitgliederbefragungen in Blomberg und Detmold.
58. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 15, Rundschreiben: Werbewoche für den „Reichsrechtstag".
59. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 11 und 12, Rundschreiben der Gauführung.
60. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl 13, Schreiben der Ortsgruppe Horn vom 31.3.1938.
61. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 20 u. 23, Umlaufliste: Detmolder Rechtsanwälte.
62. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 26, Umlaufliste: Bad Salzuflen.
63. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 28 u. 31, Umlauflisten: Finanzamt und Arbeitsamt Detmold.
64. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl 36, Schreiben der Gaugeschäftsstelle vom 7.6.1938.
65. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 46, Schreiben der Gaubehörde vom 12.8.1938.
66. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl 37, Schreiben des Gauführers Dr. Fleiter vom 7.6.1938.
67. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 38 u. 39, Anweisung der Gauführung vom 6. u. 9.7.1938.
68. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 41, Mitteilung der Gauleitung des NSRB vom 21.7.1938.
69. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 48, Schreiben des Gauführers Dr. Fleiter vom 12.8.1938.
70. Nachlaß Else Oppermann, Eidesstattliche Erklärung des Oberregierungsrats Vollpracht vom 16.9.48.
71. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 72 u. 73, Rundschreiben: Verlegung des „Reichsrechtstages".
72. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 99, Rundschreiben der Gauleitung vom 30.3.1939.
73. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 110, Rundschreiben der Gauleitung vom 25.4.1939.
74. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 106, Schreiben der Gaubehörde vom 15.4.1939.
75. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 101-105, 114 -120, Umlauflisten der Behörden und Ortsgruppen.
76. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 111, Schreiben des Gaugeschäftsführers vom 27.4.1939.
77. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 158, Schreiben der Kreisgruppe vom 14.5.1939.
78. StA DT, L 113, Nr. 1126, Bl. 167-168 u. 175, Teilnehmerausweise für den „Tag des deutschen Rechts".
79. StA DT, L 113, Nr. 1120, Bl. 81, Rundschreiben des Gauorganisationsleiters Wiemann vom 14.8.1936.
80. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 40, Protokoll der Monatspflichtversammlung vom 11.11.1936.
81. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 20, Protokoll der Monatspflichtversammlung vom 7.9.1935.
82. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 32, Vortragsthema der Versammlung vom 17. Juni 1936.
83. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 29, Vortragsthema der Versammlung vom 18. März 1936.

84. StA DT, L 113, Nr. 1118, Bl. 2, Protokoll der Versammlung vom 16. Februar 1934.
85. Vgl. den Beitrag von Ernst Siemer in : Detmold in der Nachkriegszeit, Bielefeld 1994, S. 251 ff..
86. Nachlaß Else Oppermann, Brief von Else Oppermann vom 18.3.1946 „über den Herrn Landespräsident Drake" an die Militärregierung.
87. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 27, Schreiben der Abwicklungsstelle für die alten Verbände vom 9.8.1937.
88. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 23, Schreiben Oppermanns an den RDB vom 6.9.1937.
89. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 50, Schreiben Kösterings an Oppermann vom 12.3.1937.
90. StA DT. L 113 IV 20; vgl. auch: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933 – Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 130.
91. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 10.
92. StA DT, L 113, Nr. 1114, Bl. 69 u. 74.
93. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 3, Schreiben vom 27.6.1939 an den Gauamtsleiter Steinecke.
94. Nachlaß Else Oppermann, Schreiben Else Oppermanns vom 18.3.1946 an die Militärregierung; Eidesstattliche Erklärung vom 16.9.1948: Oberregierungsrat Vollpracht.
95. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 41, Schreiben vom 29.7.1936 an die Gaugeschäftsstelle.
96. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 46, Schreiben vom 18.1.1935 an Gauführer Dr. Siebeth.
97. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 14, Grußadresse zum Jahreswechsel.
98. StA DT, L 113, Nr. 739, Bl. 41-43; StA DT, L 113, Nr. 745, Bl. 94-101, Beleidigungssache Dr. Oppermann ./. Bürgermeister Keller.
99. StA DT, L 113, Nr. 1109, Bl. 316 u. 320, Stellungnahmen vom 21. 9 und 7.10.1938.
100. StA DT, L 113, Nr. 1110, Bl. 84 u. 86, Stellungnahmen zum Fall des NSRB-Mitgliedes N.
101. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 49, Verfügung des Oberschulrates Wollenhaupt.
102. StA DT, L 113, Nr. 1117, Bl. 43, Abänderung der Verfügung vom 27.7.1938.
103. StA DT, D 99 Nr. 1430, Personalakte Oppermann, Schreiben des Sonderbeauftragten vom 28.2.1951.
104. StA DT, D 99 Nr. 1430, Personalakte Oppermann, Schreiben des Regierungspräsidiums vom 20.2.1951.
105. Vgl. hierzu: Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe, Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde Bd. 60 (1991), S. 204.
106. Andreas Ruppert, Der Kreisleiter in Lippe...(vgl. hierzu Anm. 105), S. 216 mit Verweis auf: Hans-Jürgen Sengotta, Der Reichsstatthalter und politische Praxis, Detmold 1976, S. 151.

Ernst Siemer

Das Rote Kreuz im Zweiten Weltkrieg

Humanitäre Organisation unter Nazi-Kuratel

Am 10. August 1951 fand vor dem 'Allgemeinen Organisationsausschuß in Celle' die Berufungsverhandlung über einen Antrag des Kreisverbandes Detmold des Deutschen Roten Kreuzes statt. In diesem Verfahren ging es um die Rückübertragung des Gebäudegrundstücks Hornsche Straße 38, des sog. Münsterbergschen Hauses.[1] Das Vermögen des DRK unterlag nach dem Krieg der Sperre gemäß dem Gesetz Nr. 52, einer Kontrollratsdirektive sowie der Verordnung Nr. 159 der britischen Militärregierung.

Der Einspruch des Kreisverbandes Detmold des Deutschen Roten Kreuzes gegen den zuvor ergangenen Beschluß des Vorsitzenden des Allgemeinen Organisationsausschusses wurde zurückgewiesen. Der Ausschuß bestätigte, daß die Vermögenswerte nach den geltenden besatzungsrechtlichen Regelungen auf das Land Nordrhein-Westfalen übergegangen seien.

Wichtig in diesem Zusammenhang sind die tragenden Gründe, die den Ausschuß zu dieser Entscheidung führten.[2] Es heißt dort:

> Als Eigentümer des im Grundbuch von Detmold [...] eingetragenen Grundstücks ist in Abteilung I das Deutsche Rote Kreuz, Berlin, vermerkt. Das Grundstück ist durch notariellen Vertrag vom 22. Juni 1942 dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes, Berlin, zum Kaufpreis von RM 30.000,-- verkauft und am gleichen Tage ihm aufgelassen worden. Voreigentümer und Veräusserer war eine Privatperson. Der Erwerb des Grundstücks erfolgte nach der Umgestaltung des DRK durch das Gesetz vom 9. Dezember 1937.
> Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes hat sich in der Rechtsform eines eingetragenen Vereins der Kreisverband vom Deutschen Roten Kreuz Detmold neu gebildet. Er tritt im vorliegenden Verfahren als Antragsteller auf und beantragt die Übertragung des formell im Eigentum des DRK, Berlin, stehenden Grundstücks. [...] Der Einspruch ist rechtzeitig eingelegt. In der Sache konnte er jedoch keinen Erfolg haben. Erwerber des Grundstücks war das DRK-Berlin in der Struktur, die es durch das Gesetz über das DRK vom 9. Dezember 1937 erhalten hat. Von einer demokratischen Organisation kann nach den Bestimmungen dieses Gesetzes keine Rede mehr sein. In typisch nationalsozialistischer Weise war durch dieses Gesetz unter Auflösung der bisherigen, auf freiwilligem Zusammenschluss beruhenden, rechtlich selbständigen Organisationen eine einheitliche, streng an den nationalsozialistischen Staats- und Parteiapparat gebundene und unter dem sogenannten Führerprinzip stehende Organisation geworden. Sein Präsidium war durchweg mit hohen SS-Führern besetzt, die ihre Stellung dazu ausnutzten, um das DRK totalitär im Sinne der Partei zu beherrschen. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass das DRK ideologisch und was sein Präsidium angeht, auch personell, absolut von der

Partei beherrscht wurde und es daher als Werkzeug zur Aufrechterhaltung der Herrschaft der Partei diente. Daran kann auch die Tatsache nichts ändern, dass das DRK Berlin dem Internationalen Roten Kreuz angehörte. Der Ausschuss hat daher in ständiger Rechtsprechung, an der festzuhalten ist, das DRK-Berlin als eine durch das Kontrollratsgesetz Nr. 2 aufgelöste NS-Organisation behandelt. Es ist zwar nicht ausdrücklich auf der Liste zum Anhang des Kontrollratsgesetzes Nr. 2 aufgeführt. Wie der AOA bereits wiederholt rechtsgrundsätzlich ausgeführt hat, hat diese Liste keine abschliessend aufzählende, sondern nur eine beispielhafte Bedeutung. Diese Rechtsauffassung ist von der britischen Militärregierung auch ausdrücklich gebilligt.

Abb. 1: Das Haus Münsterberg in Detmold, Paulinenstr. 38, vor der Renovierung. Von 1942 bis 1983 diente das Haus als Geschäftsstelle des Kreisverbandes Detmold des DRK.

Im Rahmen dieses Beitrags kann ich nicht im einzelnen auf die Geschichte und das Schicksal des Hauses Hornsche Straße 38 eingehen. Hier nur soviel: Im Jahre 1954 hat das Land Nordrhein-Westfalen, das durch diese Entscheidung Eigentümer des Grundstücks geworden war,[3] die Vermögenswerte unentgeltlich auf den Kreisverband Detmold des Deutschen Roten Kreuzes übertragen. Bei der Verbreiterung der Hornschen Straße ist das Haus dann von der Landesentwicklungsgesellschaft im Auftrage der Stadt Detmold aufgekauft worden. Der zunächst vorgesehene Abbruch konnte zum Glück durch eine spektakuläre Zurücksetzung des ganzen Gebäudes verhindert werden. Seit kurzem wird das Haus nach aufwendiger Renovierung von der Gesellschaft für Christ-

lich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V. und dem Literaturbüro Ostwestfalen-Lippe wieder sinnvoll genutzt.

Zurück zu den Entscheidungsgründen des Allgemeinen Organisationsausschusses: Selbst wenn man berücksichtigt, daß die angeführten Gründe zunächst die Entscheidung in der Sache stützen sollten und daher sicher besonders betont sind, ist doch die Frage zu stellen: Wie konnte es dahin kommen, daß eine Organisation, die sich seit ihrer Gründung im Jahre 1863 nach der Schlacht von Solferino immer humanistischen Werten christlich-liberaler Prägung verpflichtet fühlte, in eine derartige Abhängigkeit von der nationalsozialistischen Herrschaftsordnung geraten konnte.

Das Rote Kreuz und die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

Entwicklung von 1933 – 1937

Bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten waren im Deutschen Roten Kreuz in rd. 8.000 Rotkreuzvereinen 1,5 Millionen Mitglieder zusammengefaßt mit 3.588 Sanitätskolonnen und 591 Krankenwagen, mit 10.000 Schwestern und etwa 17.000 ausgebildeten Laienhelferinnen. Eine solche Organisation konnte den Nationalsozialisten nicht gleichgültig sein.

Dem Versuch des NS-Regimes, das DRK, soweit möglich, zu vereinnahmen, diente eine neue Satzung vom 29.11.1933 sowie eine Reihe von personellen Veränderungen in den Spitzenpositionen. Der bisherige Präsident von Winterfeldt-Menkin trat „auf Grund seines Alters" zurück. Der Reichspräsident von Hindenburg ernannte Carl-Eduard Herzog von Sachsen-Coburg und Gotha zum Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes. Der Ernannte war Mitglied der NSDAP mit einer niedrigen Mitgliedsnummer, gehörte dem Reichstag an, war unter anderem General der Infanterie, Obergruppenführer des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps und übte eine Reihe von Ehrenämtern aus. Bei dieser Ämterfülle konnte er sich kaum um das Rote Kreuz kümmern. Die eigentlichen Aufgaben wurden von dem ebenfalls neu ernannten Vizepräsidenten, SA-Sanitäts-Obergruppenführer Dr. Hocheisen, wahrgenommen.

Neben diesen personellen Veränderungen waren die organisatorischen Regelungen der neuen Satzung nicht weniger bedeutend. An die Stelle der bisherigen Landesvereine vom Roten Kreuz, in Lippe bestand übrigens ein solcher Verein seit 1907, wurde eine Gliederung nach Reichsstatthalter-Bezirken aufgebaut.

Zusammenfassend heißt es in der amtlichen Erläuterung zu der Satzung:

> Zwei Gesichtspunkte sind es im wesentlichen, die diese neue Satzung von Anfang bis zum Ende durchziehen: Die zentrale Bedeutung der Ursprungsaufgaben des Deutschen Roten Kreuzes in Erfüllung des Genfer Abkommens, und die klare Ge-

staltung des Aufbaues nach autoritären Gesichtspunkten im Sinne des Führergedankens zu straffer Zusammenfassung aller seiner Kräfte.[4]

Als wichtige Aufgabengebiete wurden dem Deutschen Roten Kreuz in § 2 der Satzung unter anderem zugewiesen:
– Vorbereitung und Bereitstellung von Einrichtungen für die Pflege der Kranken und Verwundeten im Kriege,
– Vorbereitung des Sanitätsdienstes für den Gas- und Luftschutz.
Die personellen und organisatorischen Veränderungen konnten aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Zusammenarbeit zwischen den nationalsozialistischen Organisationen und dem Deutschen Roten Kreuz nicht zum besten bestellt war. So fühlte sich der Reichsminister des Innern in einem Rd.Erlaß vom 4. November 1933 an die Landesregierungen zu folgender Mahnung und Bitte veranlaßt:

[...] Vorkommnisse aus neuester Zeit, über die mir berichtet wurde[n], geben mir jedoch Veranlassung, mit allem Nachdruck folgendes klarzustellen: Das Deutsche Rote Kreuz ist, wie ich bereits in meiner Rede am diesjährigen Rotkreuz-Tage im Berliner Lustgarten ausgeführt habe, ein Baustein am lebendigen Gefüge unseres Volkes, und Dienst für das Rote Kreuz ist Dienst für Volk und Vaterland. Das Deutsche Rote Kreuz ist Träger der völkerrechtlichen Aufgaben, die das Deutsche Reich auf Grund der Genfer Konvention zu erfüllen hat. Diese besondere Lage erfordert die wirksame amtliche Förderung des Roten Kreuzes. Auch der Herr Reichskanzler, dem über Schwierigkeiten der Rotkreuz-Frauenarbeit berichtet wurde, ist der Auffassung, dass die Frauenorganisationen des Roten Kreuzes nicht unnötig an der Ausübung ihrer bisherigen Tätigkeit gehindert werden sollen. [...][5]

Auch in Lippe zeichneten sich erhebliche Kompetenzstreitigkeiten und Rivalitäten zwischen dem DRK einerseits und der NS-Volkswohlfahrt sowie der NS-Frauenschaft andererseits ab. Dies wird in einem Tagungsbericht des Ortsvereins Schieder des DRK vom 13.4.1934 besonders deutlich:

Da hier eine vollständige Unklarheit zwischen den Aufgaben der Volkswohlfahrt, der Frauenschaft und dem Vaterl. Frauenverein herrscht, begrüßte ich es mit Dank, daß der Kreisleiter der NS-Volkswohlfahrt, Herr Diekmann aus Lage, die Vorsitzende dieser Verbände am gestrigen Tage, zu einer Besprechung hier in Schieder eingeladen hatte. [...] Ich ging in der Hoffnung hin, daß alle Mißhelligkeiten aus dem Weg geräumt würden, wurde aber arg enttäuscht.
Herr Diekmann fing mit dem Vorwurf an, daß der Vaterl. Frauenverein vom Roten Kreuz nicht gewillt sei mit der Frauenschaft zu arbeiten. Ich antwortete ihm darauf, daß das ein Irrtum sei, daß ich mich sofort zur Mitarbeit bereit erklärt hätte und wir vom Landesverband darauf hingewiesen wären, in Eintracht mit der Frauenschaft zu arbeiten. Damit das reibungslos geschähe, hätte ich die Vorsitzende der NS-Frauenschaft gebeten, daß, wenn durch irgendwelche Redereien Mißverständnisse eintreten sollten, wir Vorsitzende zu einer Aussprache zusammenkommen wollten.
Der Herr Kreisleiter sagte darauf: „Der Gegensatz zwischen Vaterl. Frauenverein und Frauenschaft wäre so groß, daß keine Zusammenarbeit möglich wäre. Die Mitglieder des Vaterl. Frauenvereins wären keine Nationalsozialisten und könnten sich

daher nicht in die große Idee der NSDAP einleben. Außerdem wäre es nur eine Frage der Zeit, daß das Rote Kreuz, die Vaterl. Frauenvereine, Caritas-Verband usw. aufgelöst würden. In einer Sitzung in Münster i/W. wäre den Kreisleitern ausdrücklich gesagt: 'Laßt alle diese Verbände links liegen, kümmert Euch so wenig wie möglich darum, desto eher verschwinden sie.'[6]

Abb. 2: Wie bei einer militärischen Parade – in Sechserreihen, die Fahnen voran, mit Blickwendung nach rechts – ziehen DRK-Bereitschaften an „Hoheitsträgern" der NSDAP vorbei.

Die nationalsozialistischen Machthaber versuchten im Rahmen der Gleichschaltung der Vereine nicht nur die Spitzenpositionen im Gesamtverband, sondern auch in den Landesverbänden mit Vertrauensleuten der NSDAP zu besetzen. So wurde der Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe, Dr. Alfred Meyer, am 6.4.1934 vom Deutschen Roten Kreuz – Reichsleitung Berlin – aufgefordert, einen Vorschlag für einen neuen Vorsitzenden für den Landesverband Lippe/Schaumburg-Lippe zu machen. Vorsitzender zu diesem Zeitpunkt war der frühere Lippische Staatsminister Freiherr von Biedenweg.[7]

Neuer Vorsitzender sollte nach einem Vorschlag aus der Verwaltung der bisherige Kreisleiter Walter Herrich aus Lage werden. Dies fand jedoch nicht die Zustimmung des Staatsministers Rieke, der in einem Bericht an das DRK-Präsidium in Berlin am 12.4.1934 darum bat, „im Hinblick auf die kommende Reichsreform vorerst den Biedenweg in seinem Amt zu belassen [...], auch mit Rücksicht auf die schwebenden Verhandlungen mit dem Fürstenhaus."[8]

Tatsächlich ist Freiherr von Biedenweg dann – wie noch zu zeigen sein wird – bis zu seinem Tode im Jahre 1940 Vorsitzender geblieben.

In den Jahren nach 1933/34 – in Lippe etwas später – kam es zu massiven Eingriffen in die Struktur und den Aufgabenbereich des DRK. So wurden ihm zugunsten der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) alle Wohlfahrtseinrichtungen entzogen und das Jugendrotkreuz von der Hitler-Jugend vereinnahmt. Wie rabiat die NSDAP in Zusammenarbeit mit der NSV gegenüber dem Roten Kreuz vorging, wird aus einem Protokoll über eine Sitzung am 5. Mai 1938 zwischen Vertretern der Lippischen Landesregierung, der beiden Kreise Detmold und Lemgo sowie der Kreisleitungen der NSDAP und der NSV deutlich. Den Vorsitz in dieser Besprechung führte der damalige Reg.-Direktor Oppermann als Vertreter der Lippischen Landesregierung. In dem Protokoll heißt es unter anderem:

> Nach einem allgemeinen Überblick des Kreisamtsleiters über die Aufgaben der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege, unter besonderer Begründung des Führungsanspruches der NSV für die freie Wohlfahrtspflege, wurde die Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege in den wichtigsten Fragen besprochen und festgelegt. [...]
> Dauer-Kindergärten: In Lippe befinden sich 8 Dauerkindergärten der NSV, 5 Kindergärten der Gemeinden, 4 Kindergärten der Inneren Mission, 1 Kindergarten des Caritas-Verbandes, 4 Privatkindergärten, 1 Kindergarten vom Roten Kreuz. Nach Ausführung des Kreisamtsleiters über die notwendigen Maßnahmen zur Vereinheitlichung des Kindergartenwesens wurde festgestellt, daß die Kindergärten des Deutschen Roten Kreuzes von der NS-Volkswohlfahrt übernommen werden. Die Verhandlungen sind bereits in die Wege geleitet. [...]
> Schwesternstationen: Nach der beigefügten Aufstellung sind im Kreise Lippe 5 NS-Schwesternstationen, 16 Schwesternstationen des Vaterländischen Frauenvereins,[9] 17 Stationen der politischen Gemeinden, 6 Stationen der evangelischen Kirchengemeinden, 2 Stationen der katholischen Kirchengemeinden vorhanden.
> Es bestand Einverständnis darüber, daß auch hier die Vereinheitlichungs-Maßnahmen zwischen dem Roten Kreuz und der NSV zu begrüßen sind. Hiernach sind bereits die Stationen des Roten Kreuzes ab 1. April 1938 in die Verwaltung der NS-Volkswohlfahrt übergegangen. Somit steht der größte Teil der Stationen nunmehr unter einheitlicher Leitung der NS-Volkswohlfahrt.

Trotz dieser eindeutigen 'Erfolge' der Partei gelang es andererseits nicht, die Rotkreuz-Frauenvereine in der NS-Frauenschaft aufgehen zu lassen, und auch nicht, die DRK-Schwesternschaften mit der NS-Schwesternschaft zu verbinden.

Entwicklung von 1938 – 1945

Da nach nationalsozialistischer Auffassung „im ganzen gesehen das Deutsche Rote Kreuz eine Organisation geblieben [war], die in den Neuaufbau des Reiches nach Gestaltung, Arbeitsform und fließender Abgrenzung der Arbeitsgebiete nicht mehr hineingehörte",[10] kam 1937 ein zweiter Versuch, das DRK in die Hand zu bekommen.

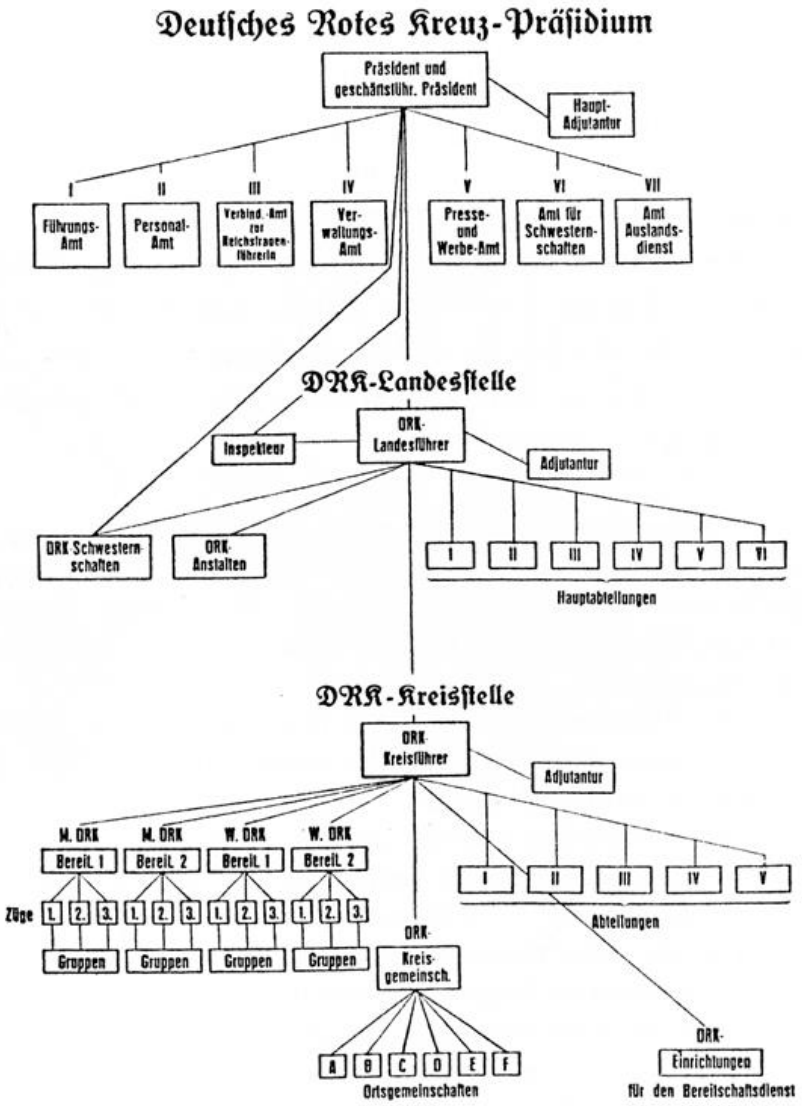


Abb. 3: Mit dem Reichsgesetz vom 9. Dezember 1937 (RGB1.I S. 1330) in Verbindung mit der Satzung des DRK vom 24. Dezember 1937 wurde die Organisation hierarchisch gegliedert und den im Reich bestehenden 15 Wehrkreisen angepaßt.

Die Reichsregierung erließ am 9. Dezember 1937 ein „Gesetz über das Deutsche Rote Kreuz“[11] sowie am 24. Dezember 1937 eine neue Satzung. Gesetz und Satzung traten am 1. Januar 1938 in Kraft.

Nach § 1 dieses Gesetzes wurden das Deutsche Rote Kreuz e.V., der Reichsfrauenbund und die sonstigen Verbände, Vereine und Untergliederungen zu einer Einheit ‘Deutsches Rotes Kreuz’ zusammengeschlossen. Der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes wurde danach – obwohl das nicht praktisch geworden ist – vom Führer und Reichskanzler auf gemeinsamen Vorschlag des Reichsministers des Innern, des Reichskriegsministers und Oberbefehlshabers der Wehrmacht berufen und abberufen.

Schließlich wurde bestimmt, daß der Reichsminister des Innern die Aufsicht über das Deutsche Rote Kreuz führt (§ 6).

Nun wurde das DRK zur absolut zentralistischen Organisation mit hierarchischer Gliederung. Die aktiven Mitglieder des DRK mußten – wie es hieß – die

Dienſtgrade im DRK

1. DRK-Bereitſchaften:
   a) Männer:
      DRK-Anwärter,
      „ -Helfer,
      „ -Vorhelfer,
      DRK-Oberhelfer } DRK-Unterführer,
      „ -Haupthelfer }
      „ -Wachtführer }
      „ -Oberwachtführer }
      „ -Hauptführer }
      „ -Feldführer } DRK-Führer.
      „ -Oberfeldführer }
      „ -Oberſtführer }
      „ -Generalführer }
      „ -Generalhauptführer }
   b) Frauen:
      DRK-Anwärterin,
      „ -Helferin und Schweſternhelferin,
      „ -Vorhelferin,
      „ -Oberhelferin } DRK-Unterführerinnen,
      „ -Haupthelferin }
      „ -Wachtführerin }
      „ -Oberwachtführerin }
      „ -Hauptführerin }
      „ -Feldführerin } DRK-Führerinnen.
      „ -Oberfeldführerin }
      „ -Oberſtführerin }
      „ -Generalführerin }
      „ -Generalhauptführerin }

Abb. 4: Durch die Satzung vom 24. Dezember 1937 wurden die alten Dienstrangbezeichnungen abgeschafft und durch neue ersetzt, die denen in der Wehrmacht entsprachen.

besondere Verbundenheit mit Führer und Reich durch einen Treueeid bestätigen: „Ich schwöre Treue dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler. Ich gelobe Gehorsam und Pflichterfüllung in der Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes nach den Befehlen meiner Vorgesetzten. So wahr mir Gott helfe."[12]

Auch die alten Dienstrangbezeichnungen wurden abgeschafft und durch neue ersetzt, die denen in der Wehrmacht entsprachen. Nach außen hin dokumentierte sich die Gleichschaltung mit einem neuen Wahrzeichen, in dem das Hakenkreuz seinen festen Platz bekam. „Das Wahrzeichen wird von den

Deutſches Rotes Kreuz

Bereitſchaft (w.)
Detmold I

Abb. 5: In dem Wahrzeichen des DRK bekam das Hakenkreuz einen festen Platz. („... wird von den Fängen eines Adlers mit geschlossenen Flügeln und nach rechts gewendetem Kopf gehalten, der auf der Brust ein Hakenkreuz trägt" – § 20 der Satzung).

Fängen eines Adlers mit geschlossenen Flügeln und nach rechts gewendeten Kopf gehalten, der auf der Brust ein Hakenkreuz trägt."[13]

Das bisherige Organisationsschema in Landesverbände wurde durch die Satzung zerschlagen; die DRK-Gliederungen wurden den 15 Wehrkreisen angepaßt.

Trotz aller Bemühungen der Partei- und Staatsorgane auf Gleichschaltung ist nicht zu verkennen, daß das DRK innerhalb des nationalsozialistischen Systems sich eine gewisse Sonderstellung erhalten konnte. Dies lag vor allem an der Einbindung in die internationale Rotkreuzbewegung und an dem Prinzip der Freiwilligkeit. Daß dies beiden nationalsozialistischen Machthabern auf Unverständnis stieß, kann nicht verwundern. So hieß es in einer Aktennotiz vom 23. Mai 1940 für den Reichsaußenminister:

> Vor Ausbruch des Krieges genoß das Deutsche Rote Kreuz in der NSDAP kein großes Ansehen. Der Grund hierfür war in der Hauptsache darin zu suchen, daß sich viele Personen, die den Anschluß an die NSDAP versäumt hatten, sich dem Deutschen Roten Kreuz zuwandten und von diesem aufgenommen wurden. Die Gegensätze zwischen dem Roten Kreuz und der NSDAP waren erheblich.[14]

Selbst Hitler mußte den Verbleib des DRK im internationalen Verband des Roten Kreuzes akzeptieren, wobei man vermuten kann, daß er sich davon Vorteile versprochen hat. Eine Aktennotiz vom 20. Juli 1940 über ein Gespräch zwischen Hitler und dem Präsidium des DRK stellt fest:

> Der Führer wünscht, an dem internationalen Charakter des Roten Kreuzes festzuhalten. Im Hinblick auf die Gegenseitigkeit müsse der Sitz des Internationalen Komitees nach wie vor in einem neutralen Ausland sein. Zur Durchführung der sich ergebenden Aufgaben müsse die nationale deutsche Organisation gesund und stark erhalten bleiben in Wahrung ihrer Unabhängigkeit gegenüber Partei und Wehrmacht.[15]

Der Schweizer Historiker Jean-Claude Favez, Professor für Neuere Geschichte an der Universität Genf, hat 1989 die bisher umfassendste und vollständigste Untersuchung über das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich vorgelegt. Er bewertet die Entwicklung des Deutschen Roten Kreuzes in der Nazizeit wie folgt:

> In den Jahren nach der Gleichschaltung wurde das DRK zum aktiven Glied des NS-Staats. Es arbeitete mit SA und SS zusammen wie mit den sozialen oder karitativen Organisationen des Regimes (Nationalsozialistische Volkswohlfahrt). Seine Frauenvereine, die getrennt organisiert waren, da die Nazis die Gleichheit von Männern und Frauen nicht einmal bei der Pflege von Verwundeten und Kranken zugeben wollten, unterstanden Gertrud Scholtz-Klink, der auch die Leitung der Frauenorganisation der NSDAP (NSF) oblag. Die Veteranenverbände wurden dem Präsidenten des Deutschen Roten Kreuzes übertragen. Adolf Hitler persönlich nahm bei Hindenburgs Tod dessen Stelle an der Spitze der Organisation ein. [...] Zwischen 1936 und 1938 erfolgte ein weiterer Schritt mit der Ablösung Hocheisens durch den

Reichsarzt-SS, Brigadeführer Ernst Grawitz, der später einer der Hauptverantwortlichen für die an KZ-Häftlingen vorgenommenen medizinischen Experimente war. Mit dem Titel eines Stellvertretenden Präsidenten, dann eines Geschäftsführenden Präsidenten (1.1.1938) übernahm der Reichsarzt-SS die Leitung des DRK unter der rein nominellen Oberhoheit des Herzogs von Sachsen-Coburg und behielt sie bis zu seinem Selbstmord in den letzten Tagen des Dritten Reiches bei. Im Dezember 1937 vervollständigten ein neues DRK-Reichsgesetz und eine neue Satzung diese Umorganisation, die allerdings nicht bis zu einer direkten Unterstellung unter die Partei ging, wie das von manchen gewünscht worden war, aus Respekt vor den Genfer Konventionen.

Abb. 6: Reichsarzt-SS, Brigadeführer Dr. Ernst Grawitz, geb. 1899, übernahm am 1.1.1938 als geschäftsführender Präsident die Leitung des DRK unter der rein nominellen Oberhoheit des Herzogs von Sachsen-Coburg und behielt sie bis zu seinem Selbstmord in den letzten Tagen des 'Dritten Reiches' bei.

Es ist schwierig, ohne das Zentralarchiv der Organisation – das nur noch in Bruchstücken erhalten scheint – das Ausmaß der Kontrolle der SS über das DRK zu bestimmen. Theoretisch konnte sie umfassend sein. Nicht nur war der Chefarzt des 'Schwarzen Ordens' tatsächlicher Leiter des Roten Kreuzes, er hatte auch den SS-Gruppenführer Pohl mit Vollmachten für alle finanziellen und administrativen Belange der Gesellschaft ausgestattet. Andererseits wurden nicht alle leitenden Mitarbeiter abgelöst. Friedrich Forrer zufolge, dem Autor eines romanhaften, teilweise auf Erinnerungen beruhenden Buches über das Deutsche Rote Kreuz während des Zweiten Weltkriegs, soll das DRK zahlreichen Regimegegnern Zuflucht gewährt haben, insbesondere im Amt VII, dem Auslandsamt, dessen Chef, Walther Georg Hartmann, der Nachfolger Paul Draudts, zwischen 1939 und 1945 häufig in Genf war. Die Verantwortlichen des Komitees unterhielten ziemlich vertrauensvolle Beziehungen zu ihm und sagten nach der Kapitulation des Reiches zu seinen Gunsten aus. Ernst Grawitz seinerseits scheint seinen Untergebenen, vor allem seinem Stabschef Dr. Stahl, einem bekannten Chirurgen, einige Handlungs freiheit ge lassen zu haben. Im übrigen genoß er keineswegs das volle Vertrauen des Reichsführers-SS. Er unterhielt nur sporadische Kontakte zum IKRK und kam nach einem protokollarischen Besuch Anfang 1939 nicht mehr nach Genf. Das Auslandsamt war von 1943 an in Ettal in Oberbayern untergebracht, fern von der in Berlin verbliebenen SS-Führung des Roten Kreuzes. Die geographische Distanz gewährte Hartmann zweifellos eine gewisse Unabhängigkeit, hielt ihn aber auch vom Zentrum der Entscheidungen fern, als ob das trotz allem den Bedürfnissen der

> Wehrmacht und des Regimes, wenn nicht der SS verpflichtete DRK nur noch symbolisch an das IKRK geknüpft wäre. Dagegen unterhielt die deutsche Regierung über die Dienststelle für Kriegsgefangene des OKW und über die Rechtsabteilung der Wilhelmstrasse regelmäßige Kontakte zur Delegation des IKRK in Berlin. [...][16]

Organisation und Aktivitäten des Roten Kreuzes in Lippe

Wie sah nun die praktische Arbeit des Roten Kreuzes kurz vor dem Krieg und während des Krieges in Lippe aus?

Landesführer des Landesverbandes Lippe und Schaumburg-Lippe des Deutschen Roten Kreuzes mit dem Dienstrang eines Generalführers war der ehemalige Lippische Staatsminister Freiherr von Biedenweg. Aus authentischen Zeugnissen muß man zu der Auffassung kommen, daß er die grundsätzlichen Ziele des Nationalsozialismus durchaus bejahte. So äußerte er sich am 21. Januar 1938 auf einer Tagung von DRK-Helferinnen in Detmold durchaus im Stil des Regimes:

> Das Rote Kreuz erfährt jetzt eine durchgreifende Neuordnung mit dem Ziele straffster Konzentration und engster Verbindung an die neu erstandene Wehrmacht des Reichs. Wenn erst alles Neue durchgeführt ist, wird das Rote Kreuz gefestigter denn je dastehen als ein bedeutungsvoller Faktor im Leben der Nation. Und Sie, meine jungen Kameradinnen, sind berufen, dabei mitzuwirken. [...] Ihre frischen leuchtenden Augen geben mir die Gewähr, daß Sie bereit sind, alle Kräfte einzusetzen im Dienst des Roten Kreuzes für unseren herrlichen Führer, der der Schirmherr des DRK ist, und damit für Volk und Vaterland, für Deutschland. Heil![17]

Ein knappes Jahr vorher, am 30.4.1937, hatte sich von Biedenweg, damals bereits über 72 Jahre alt, in einem peinlich wirkenden Schreiben an den Gauleiter Dr. Alfred Meyer gewandt und um Aufnahme in die NSDAP gebettelt. Es heißt in diesem Schreiben:

> S[ehr] v[erehrter] H[err] G[auleiter]!
> Als vor einiger Zeit die Lockerung der Mitgliedersperre bekanntgegeben wurde, hatte ich sofort H[errn] Reg. Rat W. gebeten, bei Ihnen anzufragen, ob meine Frau und ich in die Partei aufgenommen werden könnten. Einen Bescheid habe ich noch nicht erhalten, da ich einige Tage verreist war. Inzwischen ist die Bekanntgabe des Reichsschatzmeisters vom 24. April d. Js. erschienen, und um nichts zu versäumen, möchte ich Ihnen auch schriftlich mit Bezugnahme auf Ziffer 4 der Bekanntgabe die Bitte vortragen, meine Frau und mich zur Aufnahme vorschlagen zu wollen.
> Es ist u.E. durchaus erforderlich, daß ich als der Präsident des Landesvereins vom DRK der Partei verbunden werde. Früher zu Systemzeiten [?] war das anders. Den damals im Lande Regierenden paßte das RK durchaus nicht, und wenn ich der Partei auch wirklich beigetreten wäre, wäre das von mir geführte RK direkt gefährdet gewesen. Als Nationalsozialisten haben meine Frau und ich uns aber immer gefühlt und betätigt, seitdem die Bewegung hier in Lippe einsetzte. Einer politischen Partei

> haben wir früher nicht angehört. Deshalb wären wir dankbar, wenn wir, nachdem die bisherige Mitgliedsperre eine Lockerung erfahren hat, zur Aufnahme vorgeschlagen werden könnten. Am 6. Nov. 32 uns zur Mitgliedschaft zu melden, haben wir leider versäumt. Dies war u. E. der letzte Termin für deutsche Menschen, um in die Partei einzutreten. Nachher [gestr.: mußten wir fürchten] wäre uns ein Eintreten in die Partei als Ausnutzung der Konjunktur vorgekommen und [gestr.: .... mußten wir fürchten, zu den „Märzgefallenen" gerechnet zu werden]. [...] Fördernde Mitglieder der SS sind wir seit dem 1. Sept. 1933 (Nr. 233446/7).

Die Antwort der Gauleitung aus Münster ließ nicht lange auf sich warten. In Vertretung des Gauleiters schrieb der Gauschatzmeister an Kreisleiter Wedderwille am 29.6.1937:

> Der Gauleiter ist bereit, die Aufnahme des Frhr. v. Biedenweg in die Partei zu befürworten. [...] Der Aufnahmeantrag ist dann wie üblich über die Kreisleitung dem Gauleiter vorzulegen. In dem Begründungsschreiben des Ortsgruppenleiters ist anzugeben, daß die Aufnahme auf Veranlassung des Gauleiters erfolgt.[18]

Andererseits bleibt anzuerkennen, daß von Biedenweg eine Auseinandersetzung mit dem SA-Brigadeführer Faßbach nicht gescheut hat, auch wenn er sich mit seiner Auffassung – was vorauszusehen war – nicht durchsetzen konnte. Es ging um Meinungsverschiedenheiten darüber, wer den Sanitätsdienst bei den Erinnerungstreffen der Nazi-Größen in Detmold wahrnehmen müsse. Die Vertreter des Roten Kreuzes waren mit Nachdruck der Auffassung, daß sie dafür

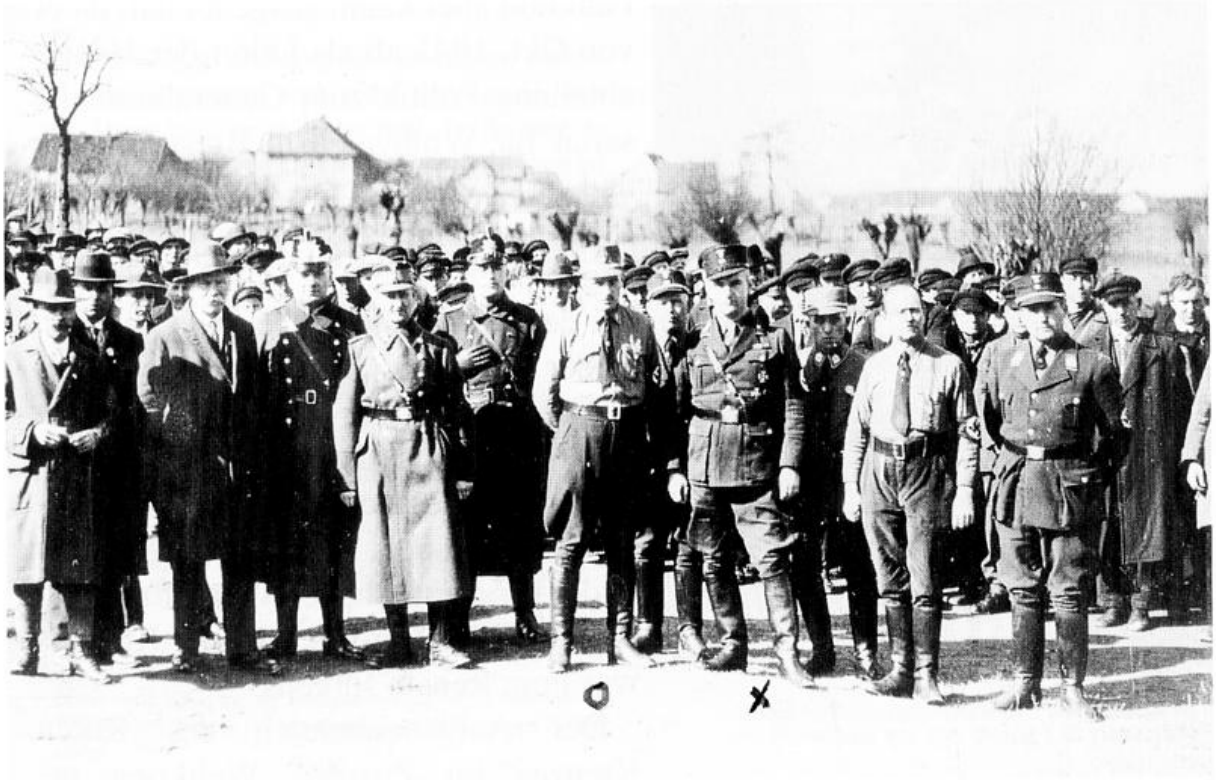


Abb. 7: Landrat Karl Schweiger, geb. 1896, Kreisführer der Kreisstelle Detmold des DRK mit dem Dienstrang eines Oberfeldführers ab 1941. Auf dem Bild sehen wir Schweiger (X) zusammen u.a. mit dem Kreisleiter Wedderwille (O) bei einer Veranstaltung (offenbar des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps – NSKK).

zuständig seien. Aber Faßbach setzte sich durch und beendete den Streit mit dem Satz: „Da es sich um eine Parteiveranstaltung handelt, wird der gesamte Sanitätsdienst durch die Sanitätsformationen der SA wahrgenommen."[19]

Dieser Auffassung war grundsätzlich auch Kreisleiter Wedderwille in einem Bericht vom 8.3.1937 über den Vorfall an die Gauleitung Westfalen-Nord, der allerdings abschwächend meinte, daß das Rote Kreuz bei großen Veranstaltungen ja den Sanitätsdienst auf der Straße, auf der „viele Volksgenossen zusammenströmen", wahrnehmen könne. Dagegen habe die SA nichts einzuwenden.[20]

Neue Organisationsstruktur

Nach dem Tode von Biedenwegs am 5. März 1940 wurde die bereits durch die Satzung vom 24. Dez. 1937 bestimmte Organisationsstruktur eingeführt. Auf der Kreisebene wurden Kreisführer des Deutschen Roten Kreuzes berufen, deren örtliche Zuständigkeit der staatlichen Verwaltungsgliederung entsprach. Die Dienststelle führte nun die Bezeichnung „Deutsches Rotes Kreuz – Kreisstelle Detmold". Zum Kreisführer wurde der damalige Landrat des Krei-ses Detmold, Karl Schweiger (Dienstrang: Oberfeldführer), berufen, der diese Funktion aber kaum ausgeübt hat, da er von Okt. 1941 ab als Leiter der Hauptabteilung Politik zum Generalkommissariat für Wolhynien in Brest-Litowsk und kurz vor dem Zusammenbruch 1945 noch an das Landratsamt Ratibor abgeordnet war. Die DRK-Aufgaben bei der Kreisstelle in Detmold nahm in seiner Vertretung Dr. Buchholz wahr.

Abb. 8: Die Arbeit der Rüstungsarbeiterin, Krankenschwester und Bäuerin wird auf diesem Plakat der Reichspropagandaleitung der NSDAP von 1944 mit dem Kampf der Soldaten gleichgesetzt.

Als Führerin der weiblichen Bereitschaft fungierte die DRK-Oberwachtführerin Hildegard Kreke, die im Zivilberuf nach ihren Angaben Angestellte in der Reichsstatthalterei war. Ihre Mitarbeiterin im Büro des Roten Kreuzes war Frau Renate Jürgens.

Der Aufgabenbereich des Roten Kreuzes im Zweiten Weltkrieg erstreckte sich im wesentlichen auf drei Bereiche:

Erstens auf den Pflegedienst und die Mitwirkung im Sanitätsdienst der Wehr-

macht. Über den Einsatz von DRK-Schwestern und DRK-Schwesternhelferinnen geben Auszüge aus Feldpostbriefen am Schluß dieses Beitrags einen anschaulichen Einblick.

Zweitens auf die sozialen Dienste bei den Streitkräften. Neben der Pflege wurden im Rahmen der Wehrmacht zahlreiche soziale Dienste ausgeübt, zum Beispiel der Unterhalt von Soldatenheimen, die Verpflegung an den Zügen, die Bahnhofsdienste an praktisch allen Bahnhöfen und dergleichen mehr.

Drittens auf den Sanitätsdienst im Luftschutz.

Weitere Aktivitäten des Roten Kreuzes:

Mitte des Jahres 1943 wurde dem Roten Kreuz durch den Reichsinnenminister – sozusagen als Pflichtaufgabe – der Krankentransport übertragen. Bei der Kreisstelle in Detmold waren zwei Krankentransporte und ein PKW dafür eingesetzt.

Unter dem Motto 'Rotkreuzarbeit ist selbstloser Dienst an Volk und Vaterland in ständiger Hilfsbereitschaft' wurde mit einer bemerkenswerten Schau-

Im Rahmen der Gedenktage zum zehnjährigen Bestehen des Gaues Westfalen-Nord findet am Sonntag, dem 12. Januar 1941, um 15 Uhr im Hotel „Der Kaiserhof" in Barkhausen a. d. Porta gemeinsam mit der Kreisleitung der NSDAP Minden eine

Großkundgebung

der Landesstelle VI des DRK. statt

Hierzu werden Sie ergebenst eingeladen

Heil Hitler!

Der Kreisleiter der NSDAP Minden

Der Landesführer des Deutschen Roten Kreuzes

D. R. K.-Generalhauptführer

Zusage unter Benutzung der beiliegenden Karte an die Kreisstelle des DRK Minden, Minden (Westf.), Kreishaus, wird bis zum 5. 1. 1941 erbeten

Veranstaltungsfolge

1. Teil

15.15 Uhr Propagandamarsch für die Uniformträger der Partei, der Gliederungen und aller Verbände aus dem Kreise Minden, ab Adolf-Hitler-Platz in Minden.

2. Teil

15.00 Uhr **Großkundgebung:**

1. Fahneneinmarsch, Empor zum Licht . . . . . Laukien
2. Fanfarenruf
3. Begrüßung durch den Kreisführer, Landrat und DRK-Oberfeldführer von Alvensleben
4. Gruß an Hans Sachs und Aufzug der Zünfte [aus Meistersinger] . . . . . Wagner
5. Chorgesang der DRK-Helferinnen und G. D.-Mädel „Deutschland heiliges Wort"
6. Ansprache des stellvertretenden Präsidenten des DRK, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz
7. Hymne und Triumphmarsch aus „Aida" . . . . Verdi
8. Ansprache des Gauleiters der NSDAP, Oberpräsident Dr. Meyer
9. Chorgesang der DRK-Helferinnen und G. D.-Mädel „Grüßet die Fahne"
10. Führer-Ehrung durch den Kreisleiter Stute
11. Fahnenausmarsch, Alles fürs Vaterland . . . . Stahl

3. Teil

Anschließend an die Großkundgebung: Kurzes kameradschaftliches Beisammensein im Saale des Gasthauses „Friedenstal" in Barkhausen an der Porta

Die musikalische Ausgestaltung in Teil 2 und 3 der Folge hat der Gaumusikzug des RAD. Münster i. W. übernommen.

Abb. 9: Die Großkundgebung aus Anlaß des zehnjährigen Bestehens des Gaues Westfalen-Nord in Minden findet gemeinsam zwischen DRK und der Kreisleitung der NSDAP statt. Hauptredner ist der stellv. Präsident des DRK, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz.

Abb. 10: Orden und Ehrenzeichen werden angelegt, um das Sammelergebnis zu verbessern. Die Bezeichnung auf der Sammelbüchse lautet: „Hilfswerk für das Deutsche Rote Kreuz".

fenstergestaltung in Bad Salzuflen eine Werbekampagne für das Rote Kreuz durchgeführt.

Auch die Parteipropaganda versuchte, durch Plakate und Parolen Frauen zur Mitarbeit zu gewinnen und den Durchhaltewillen der Bevölkerung zu mobilisieren. War vor dem Krieg und in den ersten Kriegsjahren noch versucht worden, die jungen Frauen auf die Vorbereitung für ihre Rolle als Hausfrau und Mutter zu beschränken, gelten nun Rüstungsarbeiterin, Krankenschwester und Bäuerin als gleichwertig, wie das Plakat der Reichspropagandaleitung der NSDAP von 1944 erkennen läßt.

Mit Aufmärschen und Begeisterung stimulierenden Großkundgebungen sollen die Volksgenossen 'mobil gemacht' und für die nationalsozialistische Ideologie gewonnen werden. Am 12. Januar 1941 veranstaltet die NSDAP zum zehnjährigen Bestehen des Gaues Westfalen-Nord in Minden eine Großkundgebung, an der auch DRK-Helferinnen mitwirken. Neben dem Gauleiter Dr. Alfred Meyer ist der bereits erwähnte stellvertretende Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, SS-Brigadeführer Dr. Grawitz, als Redner eingesetzt.

Obwohl das NS-Winterhilfswerk und die NSDAP ein Monopol auf die Durchführung von öffentlichen Sammlungen hatten, wurde auch vom Roten Kreuz häufig um Spenden gebeten. Auch Konzerte, wie das des Männergesangvereins 'Eintracht' Detmold am 14. August 1941, dienten der Mittelbeschaffung.

Aus der Arbeit von Rotkreuz-Schwestern in Lazaretten – im Spiegel von Feldpostbriefen

Der letzte Teil dieses Beitrags ist dem Einsatz der DRK-Schwestern und DRK-Schwesternhelferinnen in Lazaretten und Krankenhäusern während des Krieges gewidmet. Durch einen Zufallsfund im Archiv des Kreisverbandes des Deutschen Roten Kreuzes in Detmold konnten weit über 100 Feldpostbriefe und -karten ausgewertet werden, die in den Jahren 1941 – 1943 von Schwestern und Schwesternhelferinnen an die Kreisbereitschaftsführerin Frau Kreke bzw.

HOTEL „STADT FRANKFURT" (GROSSER SAAL) DETMOLD

Donnerstag, den 14. August 1941, 20 Uhr

Konzert zum Besten des Roten Kreuzes

veranstaltet vom M.-G.-V. „Eintracht", Detmold
Chormeister Willy Wilke

unter Mitwirkung von Else Suhrmann, Sopran
und dem Lipp. Kammermusiktrio:
Erich Försterling, Klavier, Adolf Treede, Violine, Willy Wilke, Violoncello

Vortragsfolge:

Beethoven:	Klaviertrio B-dur Op. 11 Allegro con brio — Adagio — Thema con Variazioni	
Schubert:	Die Nacht	Männerchöre
Geilsdorf:	Türmerlied	
Dahlke:	Saatgebet	
Schubert:	Du bist die Ruh'	Lieder für Sopran
	Die junge Schäferin	
	Heideröslein	
Neumann:	Abendfrieden am Rhein	Männerchöre
Nestler:	Zieh' mit	
Zöllner:	Das Wandern	
Strauß:	Traum durch die Dämmerung	Lieder für Sopran
Grieg:	Solvejgs Lied	
Grieg:	Landerkennung, für Männerchor mit Klavierbegleitung	

Abb.: 11: Konzerte mit anspruchsvollem Programm dienen auch zur Mittelbeschaffung.

an Frau Jürgens geschrieben worden sind. Der Inhalt der Briefe vermittelt anschaulich ein Bild von den Arbeitsbedingungen in den Lazaretten, Krankenhäusern und Soldatenheimen, aber auch von Gefühlen, Sehnsüchten, Ängsten der jungen Schwestern.[21]

Gisela R., Detmold
Düsseldorf, 24.07.1941

> Ich bin hier auf der chirurgischen Männerstation, wo 30 Patienten liegen. Wir sind dort zu 4 Schwestern, aber ich kann mich noch gar nicht so recht an diesen neuen Betrieb gewöhnen; es ist vieles so ganz anders, als ich es gelernt habe. Zur Zeit sind

noch 2 Schwesternhelferinnen hier. Es heißt, wir seien als Ersatz für die Diakonissen hier, die in Lazarette gekommen sind. Außerdem behauptet man hier allgemein, daß wir bestimmt nicht wieder von hier fortkämen. Nette Aussichten. [...]
Wir haben fast jede Nacht 1-2 Std. Alarm und müssen dann auf unsere Station gehen. Sie können sich gar nicht vorstellen, wie müde wir immer sind. Der Dienst ist ja auch reichlich lang von 6 – 20 Uhr.

Grete St., Detmold
Dinslaken, 31.07.1941

Morgens um 6 Uhr beginnt also meine Arbeit auf der Station. Da wir im Erdgeschoß liegen, haben eine Kaiserswerther Schwester und ich nur schwere Fälle bei uns liegen. Aus dem Grunde, weil wir sie nachts – denn hier ist bisher erst zweimal kein Alarm gewesen – auf der Station lassen können. Die leichteren Kranken und Transportfähigen liegen auf der 2. und 3. Etage und müssen jede Nacht in Betten oder auf Tragen in den Keller geschafft werden und nachher wieder herauf. Du kannst Dir vielleicht einen Begriff machen, wie abgehetzt man bei der Entwarnung ist. An Schlaf ist kaum noch zu denken, so wach ist alles. Viele Schwestern machen das nun schon ein Jahr mit, ohne abgelöst zu werden; auch meine Stationsschwester. Jetzt kriegt man erst einen Begriff vom Krieg. [...]
Nun kommt sicher gleich der „Tommy" an, ohne auf mich Nachteule Rücksicht zu nehmen. Na, ich bin wenigstens noch angezogen.

Lilli F., Detmold
Paris, 09.08.1941

Aber mit dem „zu gut in Paris gefallen" stimmt es nicht so ganz. Hier ist ja Frieden! Ja, wenn ich jetzt im Osten säße. Kann man sich nicht versetzen oder austauschen lassen? – Meine Feuertaufe habe ich bereits hinter mir. Vor ungefähr 8 Tagen hatten wir nämlich nachts eine tolle Schießerei. In unserem Hof (wieso und warum ist Nebensache!) ist ständig eine deutsche Wache, die schon öfter in letzter Zeit nachts durch feige Steinwürfe aus dem Hinterhalt von so „Kommunisten-Helden" angegriffen wurde. Als es in besagter Nacht zu bunt wurde, schoß der Posten und alarmierte seine Kameraden zur Verfolgung der „Helden". Bei der einsetzenden Schießerei verirrte sich auch ein Schuß in mein Zimmer, 1 m über dem Bett. [...] Am anderen Morgen nach erfolgter Meldung stand ich natürlich im Mittelpunkt. Schade, daß es keinen Streifschuß gegeben hat.

Friede O, Detmold
Elbing, 17.08.1941

Nun ist es nicht wie in Detmold, daß wir die Soldaten gesundpflegen; manchmal bleiben sie nur 4 Tage. Da kommen vielleicht morgens um 6 Uhr 170 Mann in ein anderes Lazarett und nachmittags oder auch nachts kommt ein neuer Transport. Da kann sich ein Außenstehender gar kein Bild machen, wieviel Arbeit das macht. Die Soldaten kommen zum Teil vom Truppenverbandsplatz, wo sie zuletzt verbunden worden sind, so daß jeder Verband sofort erneuert werden muß. Die Verletzungen der meisten sind schwer.

Abb. 12: Auf allen Bahnstationen, die von den Transportzügen des Militärs berührt werden, versehen die DRK-Helferinnen der Verpflegungseinheiten ihren Dienst.

Margarete R., Mossenberg
Bonn, 07.09.1941

> Um 8 Uhr kommt endlich unsere Stationsschwester, der gebe ich dann Bericht über die Nacht. Ich glaube, recht machen kann man der nichts; wie man's macht, ist es falsch, und wenn man sich noch so große Mühe gibt. [...] Wenn des Nachts Alarm ist, muß ja alles, was aufstehen kann, in den Keller. Die Schwerkranken fahren wir in den Betten auf den Flur der unteren Etage, und wir 'Nachtwächter' bleiben dabei sitzen. In den letzten zwei Nächten hat uns der 'Tommy' ja verschont, doch davor war es desto schlimmer.

Hermine R., Hiddesen
Dieterslinde, 25.09.1941

> Ja, liebes Fräulein K., das hätte ich mir vor 25 Jahren auch nicht träumen lassen, daß ich meine Hochzeitsreise als Silberbraut nach dem Osten machen würde. Die Reise war ja weniger schön. Wir waren, weil ja jeden Tag Züge ausfallen, 25 Stunden unterwegs. Bis Breslau ging alles gut; auch noch bis Ostrowo. Aber da war es vorbei. 13 km von unserem Bestimmungsort mußten wir 7 Stunden auf den nächsten Zug warten. Aber wir sind dann doch ans Ziel gekommen. Von der Bahn wurden wir mit einer Kutsche abgeholt. Bis zum Postengebäude sind es noch 25 Minuten zu gehen. Dort empfingen uns eine Menge Gendarme. Diese waren zur Verstärkung da, um die ausgebrochenen Russen wieder aufzugreifen. Das Dorf Dieterslinde hat ungefähr 1.000 Einwohner. Es liegt alles sehr weit auseinander. Zum

Bezirk meines Mannes gehören auch die umliegenden Dörfer mit 3.000 Einwohnern. [...]
Am Sonntag war hier eine kleine Feier von der Partei. Bei solch einer Gelegenheit treffen sich die wenigen Deutschen beim Ortsvorsteher. Da wird dann erzählt von den ersten Kriegstagen. Von den schweren Tagen, wie man die Deutschen verschleppt hat. Es ist furchtbar, was die alles ausgestanden haben. Im Postengebäude haben wir auch einen Dolmetscher. Denn von den Polen versteht man kein Wort. Uns gegenüber sind die Polen sehr höflich. Wenn wir durch das Dorf kommen, reißen sie die Mütze herunter. Wir brauchen nur ein Wort zu sagen, und sie fahren uns gern mit der Kutsche aus. [...]
Die Deutschen halten hier sehr zusammen. Am Sonnabend war hier im Dorfe eine Umsiedlung. 12 polnische Familien mußten das Dorf verlassen. In aller Frühe ging die Sache los. Auf einen Kastenwagen mußten die Polen ihre wenigen Habseligkeiten laden, und ab ging es mit Kind und Kegel. Dafür zogen nachmittags schon Deutsche ein. Damit ist das Dorf um 6 deutsche Familien reicher geworden. Heute findet in einer anderen Ortschaft schon wieder eine Umsiedlung statt.
Nun bin ich schon fast zwei Wochen hier. Ich komme mir vor wie eine Prinzessin im Märchen. Jeden Tag spazieren gehen, eingeladen werden und so leben, wie es mir gefällt. Aber das wird man auch leid. Ich könnte es auf die Dauer nicht aushalten.

Grete St., Detmold
Quedlinburg, 14.11.1941

Friedchen meinte, Du hättest geäußert, Fräulein von Biedenweg wäre mit der Oberin dort bekannt und könnte erwirken, daß wir dann gleich in ein Kriegslazarett kämen. Sollen wir nun mal an Frl.v.B. darum schreiben? Oder wie meinst Du das? Nebenbei möchten wir auch ganz gern die Frontzulage haben, denn immer ist man ja in unserem Alter auch nicht mit so ein paar Kröten zufrieden.

Lilli F., Detmold
Riga, 19.11.1941

Von Fräulein K. werden Sie sicher gehört haben, daß ich so plötzlich nach dem Osten versetzt bin. Ich sollte und wollte so gern nach Kiew. Aber was nützt das Wollen! Als ich nach Berlin kam und erfuhr, daß aus Kiew nichts würde, war ich sehr, sehr traurig. Heute denke ich anders darüber; denn in Riga ist der Einsatz herrlich. [...]
Als ich in Berlin ankam und am Abend weiterfahren wollte, war Zugsperre nach dem Osten. Also mußte ich in Berlin übernachten. Im 'Albrechtshof' war es brechend voll. Ich mußte auf einer 'Knautsch' in einem Zimmer schlafen, in dem schon zwei Kameradinnen untergebracht waren, die auch nach dem Osten einberufen waren. Soldatenheim-Einsatz in Rowno. Wir gingen alle drei zur Bahnhofs-Verpflegungseinheit zum Erbsensuppe essen. Im Bahnhof konnte kein Apfel mehr zur Erde fallen. Die Soldaten konnten ja auch nicht weiterfahren. [...]
So fuhr ich am Abend gegen 11 Uhr nach Tilsit. Ich hatte einen leidlichen Sitzplatz und konnte etwas schlafen. [...]
Gegen 11 Uhr Mittag waren wir in Tilsit. Ach, was war das ein Gedränge auf dem klimperkleinen Bahnhof. Soldaten, Soldaten, Soldaten und dazwischen Zivilisten.

Ich brauchte 1/2 Stunde, ehe ich mein Handgepäck abgegeben hatte. Dann tippelte ich zum Bahnhofsoffizier. Ein Prachtkerl! Er begleitete mich höchstpersönlich zum Quartieramt und verschaffte mir ein Hotelzimmer, in dem ich einige Stunden schlafen konnte und warmes Wasser vorfand. Die Gaststätten waren mehr als überfüllt!

Da es in Tilsit tüchtig schneite, mußte ich schon im Zimmer bleiben. Der Zug fuhr erst um 0.25 Uhr nach Riga weiter. Der Bahnhofsoffizier hatte mir noch versprochen, für ein Damenabteil zu sorgen, da erfahrungsgemäß sich immer mehrere Schwestern einfänden. In weiser Vorsorge war ich schon ein paar Stunden vor Abgang des Zuges auf dem Bahnhof, und ich tat gut daran; denn es war bald unheimlich voll. [...]

Nun stellen Sie sich vor, wir sind 16 Stunden (solange dauert in Kriegszeiten die Fahrt von Tilsit nach Riga) zusammengewesen in einem kleinen Abteil. Da gibt es nur eines: in Kameradschaft zusammenhalten, und das haben wir in so schöner Weise getan, daß wir alle sehr gern an diese Fahrt zurückdenken. Im Zug gab es weder Licht noch Wasser, außerdem stand er jeden 5. Kilometer mit heftigem Ruck still. Uns hat das alles nichts getan. Wir haben gemeinsam geschlafen, gemeinsam gefrühstückt und uns gemeinsam auf offener Strecke im Schnee gewaschen. [...]

Abb. 13: Feldmarschmäßig ausgerüstet versammeln sich Rotkreuz-Schwestern zum Abmarsch an die Front.

In Riga mußten wir uns alle trennen. Ich war ganz traurig, eben noch die schöne Kameradschaft, und nun mußte ich allein durch Schnee und Matsch zum Hotel stapfen. [...]

Ich übernahm 395 erledigte Ermittlungsanträge und an die 600 laufende. Vorläufig bin ich in meiner Abteilung noch alles: Chefin, 'Registratöse', Stenotypistin, eben alles, denn die Lettin kann eben nur dolmetschen. – Es ist etwas herrliches, wenn man so beim Aufbau mit dabei sein kann. In derselben Etage, wo unsere Diensträume sind, ist eine kleine Wohnung, d.h. ein früheres russisches Krankenrevier, für uns beschlagnahmt. Die Möbel dazu mußten 'organisiert' werden. Jetzt ist alles entgast, nur der Maler muß noch ein bißchen drinnen zaubern. Wir werden es uns puttgemütlich machen.

Leider gibt es in Riga überhaupt nichts zu kaufen, absolut nichts. Alles auf Bezugschein. Weder Briefpapier, noch Stiefelwichse, noch irgendeine Kleinigkeit künstlerischer Art, nichts, nichts. Die meisten Geschäfte sind geschlossen. Unser Oberstführer hat eine ehemalige Judenwohnung zugewiesen bekommen, in der er jetzt mit seinem Adjudanten haust. [...]

In Riga gibt es ein paar Soldatenkinos, eine Oper, ein einziges Café, wo ein wenig Musik ist, das ist alles. – Wir sind Selbstversorger und essen im Hotel; jeder, was er will, d.h. wie er sich seine Marken einteilt. Die Essensfrage ist ein Problem in Riga.

Es gibt nur 2 Lokale, wo man hingehen kann. Im 'Rom' ist das Essen schlecht und eine fürchterliche Bedienung; und in den deutschen Gaststätten sollen eigentlich nur Zivilpersonen essen, aber es ist hier besser.

Hertha H., Detmold
Wettringen, 04.02.1942

Das ganze Haus ist belegt. Es sind so ungefähr 260 Patienten[,] und 2/3 davon müssen zu Bett liegen, da können Sie sich wohl denken, daß es für mich hier kaum ein paar freie Stunden gibt. Wir haben hier sehr viele Soldaten mit erfrorenen Gliedmaßen. Die armen Menschen sind doch bedauernswerte Geschöpfe. Wenn man so sieht, wie ein Glied nach dem anderen amputiert wird, ohne daß eine Verwundung vorausgegangen ist, dann wird es einem ganz anders. Ich bekomme hier ja nun viel zu sehen, denn ich arbeite außer auf meiner Station auch noch drei Vormittage im Operationssaal.

Agnes T., Detmold
Leslau/Warthegau, 21.04.1942

Unsere Arbeit ist sehr schön. Fast ausschließlich Erfrierungen. Amputierte Füße, schwere Verwundungen. – Auf 45 Patienten eine Schwester. Ich habe schon in 2 Tagen eine Menge neu gelernt. – Glauben Sie mir, ich bin froh und stolz, hier sein zu dürfen.

Elisabeth M., Heidenoldendorf
Hamm, 30.05.1942

Gleich nach meiner Ankunft hier im Lazarett merkte ich, daß hier doch ein anderer Wind weht als im Lazarett Detmold. Unsere gestrenge Oberschwester mustert erst jeden Neuankömmling von unten bis oben, und so erging es mir auch. Kaum hatte ich meinen Mantel abgelegt, so sagte sie auch schon: „Ihr Kleid ist aber zu kurz, das muß länger gemacht werden." Ich muß sie wohl ganz entsetzt angeschaut haben, denn man kann wohl sagen, daß mein Kleid wirklich nicht kurz war. Doch gleich darauf sagte sie mir: „Ja, für eine Schwester ist es zu kurz." Sie achtet sehr auf unsere Tracht. Mein Kleid reicht fast bis auf die Erde, und das Haar muß streng zurückgekämmt unter der Haube sitzen. Ja, jede Helferin ist froh, wenn wir aus ihrem Blickfeld entschwunden sind.
Was die Arbeit anbelangt, gefällt es mir hier sehr gut. Ich arbeite hier ziemlich selbständig. Ich komme an jede Arbeit dran, ja, ich kann schon sagen, ich habe hier viel Neues hinzugelernt. Bis vor kurzem war ich immer auf einer chirurgischen Abteilung. Da gab es viel Leid zu sehen, als die Transportzüge von der Krim kamen. [...]
Wenn alles gut geht, komme ich nächsten Monat in ein Mutterhaus vom DRK, einen Monat, und wenn dann alles glückt, vielleicht als Hilfsschwester an die Front. Sie glauben gar nicht, wie ich mich darauf freue. [...]

Martha K., Eichholz
Prag, 30.05.1942

> Ehrlich gesagt, Grete und ich sind nicht böse, daß wir vorübergehend diese herrliche Stadt [Prag] in seiner Schönheit kennenlernen können. Mir persönlich gefällt leider die Arbeit auf der Station recht wenig, es ist alles so wenig geordnet. Ich bin auf der neurologischen Station, wo es teilweise ja wirklich traurig aussieht: zerrüttete Nerven, Lähmungen und dergl. Pflegerisch ist dabei wenig zu tun. Ich wäre ja zu gern auf eine chirurgische Station gegangen, aber das glückte mir leider nicht. An sich habe ich es hier viel besser, aber das befriedigt mich einfach nicht. Grete ist auf einer großen chirurgischen Abteilung, wo es ihr gut gefällt. Doch gibt es wohl auf allen Stationen keine richtige Ordnung; es läuft soviel Personal herum, und einer verläßt sich auf den anderen. Niemand weiß, wie lange wir hierbleiben werden; jedenfalls hoffen wir alle, daß es bald weitergeht. Für diesen Betrieb haben wir unsere Kriegsausrüstung ja nicht nötig. Andererseits sind wir natürlich gern hier in dieser herrlichen Umgebung. Morgen haben Grete und ich frei, da werden wir alles Schöne, soweit es geht, genießen. Pfingsten haben wir ja einfach wunderbar erlebt auf diese Art und Weise. Darum kannst Du uns wirklich beneiden. Wir waren auf dem Hradschin, der das ganze Stadtbild überragt in seiner gewaltigen und stolzen Schönheit. Erinnert Du Dich an Bilder in der Wochenschau? Das alles konnten wir jetzt in Wirklichkeit sehen und erleben.

Margarete R., Mossenberg
Reichshof, 19.06.1942

> Am 2. Ostertag kamen dann Verwundete oder genauer gesagt: es waren fast alle Erfrierungen, und ich mußte zur anderen Station, die mit 25 Mann belegt wurde. Hier waren wir zu 2 Schwestern und hatten alle Patienten in einem großen Saal. Da ging dann die Arbeit los. Erst wurde mal für reichlich Essen und Trinken gesorgt,

Abb. 14: Auf vielen Soldatenfriedhöfen, wie hier in Shitomir in der Ukraine, ruhen DRK-Schwestern, die bei ihrem Einsatz gefallen sind.

denn wenn die Soldaten einige Tage mit dem Lazarett-Zug unterwegs sind, ist die Verpflegung doch nur behelfsmäßig. Als alle frisch gestärkt waren, ging es an das Verbinden. Fast alle hatten die Zehen erfroren, teils waren sie schon ganz abgefallen, aber man mußte sich oft wundern, wie tapfer auch dann die Jungens waren. Wir haben uns dann alle Mühe gegeben, ihnen den Lazarettaufenthalt so angenehm wie eben möglich zu machen. Und sie waren auch wirklich sehr gern hier, was uns immer wieder durch die vielen lieben Briefe von den in Heimatlazarette oder zur Truppe zurück Entlassenen bestätigt wird. Ich muß auch sagen, daß es hier eine sehr gute Verpflegung gibt und ab und zu auch mal Sonderzuteilungen von Apfelsinen oder Schokolade, Drops oder Wein. So haben wir manch freie Stunde mit den Soldaten zusammen gesessen und selbstgemachten Eierlikör und Plätzchen verzehrt und haben nette Gesellschaftsspiele gemacht und gesungen. [...]
Heute vor 14 Tagen kam dann wieder ein Lazarett-Zug mit 480 Mann; da bin ich mit zur Entlausungsanstalt gewesen. Zu 3 Schwestern haben wir dann von morgens 9 Uhr bis abends 1/2 10 Uhr ununterbrochen geschafft. 1 Schwester hat die Verbände losgeschnitten und beim Ausziehen geholfen, und wir zwei anderen haben alles frisch verbunden und einigen Schwerverwundeten beim Waschen geholfen.
Da auch unsere Station wieder voll belegt ist mit 30 Mann, so bin ich wieder auf meiner alten Station gelandet, und es ist einfach prima da. Wenn unsere Patienten einigermaßen erholt sind, geht's mit dem Lazarett-Zug weiter in die Heimat.

Grete K., Detmold
Tapiau/Ostpr. b. Königsberg, 13.07.1942

Denn schon nach 8 Tagen erhielt ich meinen Stellungsbefehl nach Duisburg. Von da ging es am 29.06. mit 70 Schwestern und Schwesternhelferinnen nach Ostpreußen; am 01.07. landeten wir hier in Tapiau, und sehr wahrscheinlich bleiben wir auch hier. Es ist ein großes Durchgangslazarett mit fast zweitausend Betten. Früher war es eine Heil- und Pflegeanstalt; einige Häuser sind noch mit diesen Kranken belegt.

Erika J., Detmold
Zichenau, Süd-Ostpr., 19.07.1942

Obwohl natürlich von Ostpreußens Schönheit hier nichts zu sehen ist; es ist hier noch die schrecklichste Walachei – fast ohne Baum und Strauch und Zichenau, bis auf ein paar deutsche Häuser, ein wahres Zigeunerdorf mit seinen Polen und Juden. – Das Reservelazarett ist ein großer Kasernenblock, umgeben von Bäumen und einem Garten. Es faßt 1.400 Mann. [...]
Hier liegen meist Schwerverwundete mit Streckverbänden. Sie haben schreckliche Wunden und Knochenzertrümmerungen.
Die Genesenden kommen in Baracken, bis sie abtransportiert werden. In so einer Baracke arbeite ich zur Zeit. Sie faßt 39 Mann in 3 Stuben. Ich bin dort mit einem Sanitäter und einer Polin. Es gibt viel zu tun, aber wenig zu pflegen. Sonst ist man ganz selbständig.
Trotzdem möchte ich gern bald ins Haus, um Schwerverwundete zu pflegen, was ich mir doch so wünschte, und noch was hinzulernen.

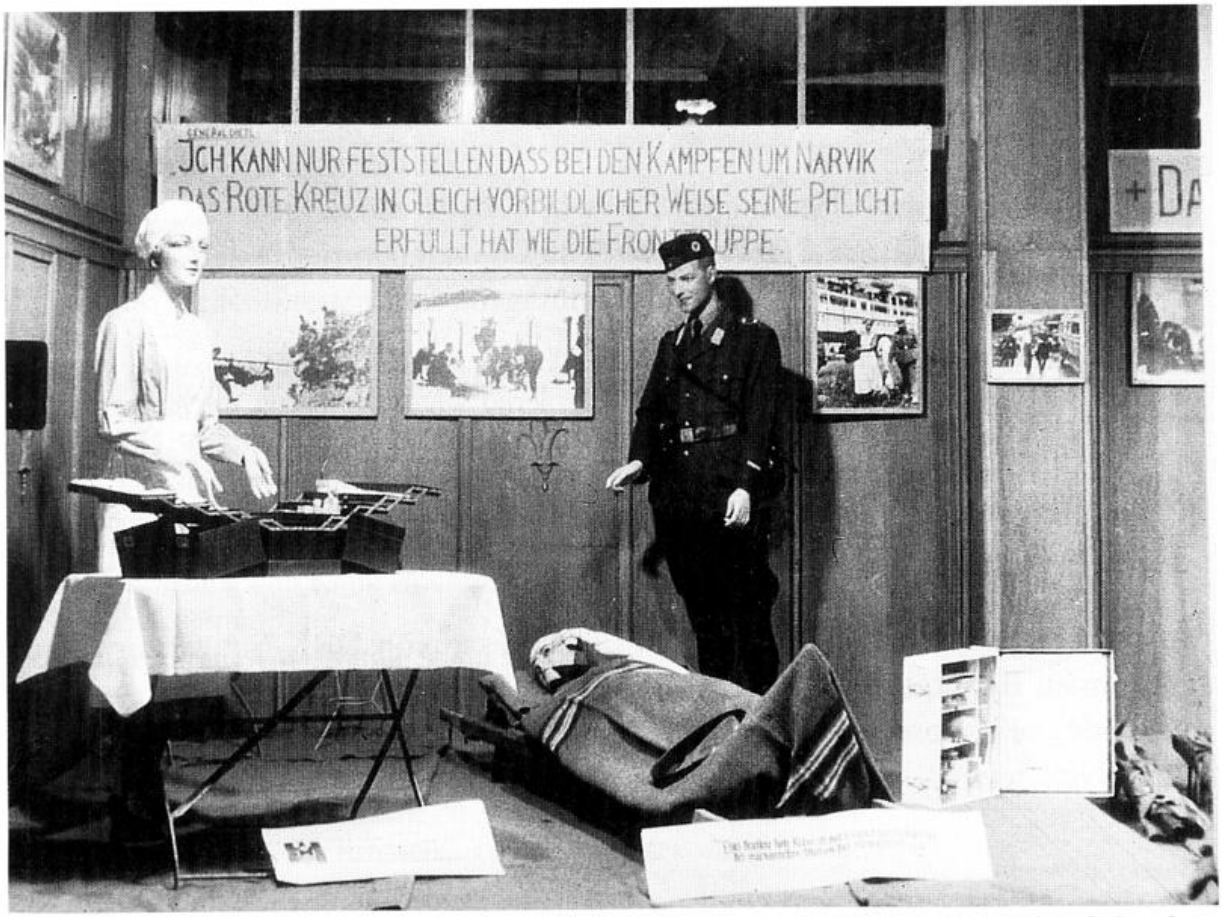


Abb. 15: Noch in den letzten Kriegsmonaten des Zweiten Weltkrieges wirbt eine Schaufenster-Ausstellung in Bad Salzuflen für die Arbeit im Roten Kreuz. Auch hier darf der Hinweis auf die Unterstützung der Fronttruppe nicht fehlen.

Frida K., Detmold
Bensberg b. Köln, 30.07.1942

> Auf meiner Station sind 113 Betten belegt; es sind fast alles Arm- u. Beinamputierte. Bei Fliegeralarm muß alles in den Keller; gestern hatten wir am Tage viermal und in der Nacht einmal Alarm, aber hier in Bensberg sind noch nicht viel Bomben gefallen. Das ist man auch gut, denn das Lazarett ist sehr gut sichtbar. Gestern am Tage haben sie wieder einige Bomben auf Köln geworfen.

Magdalene D.
Im Osten, 21.08.1942

> Ich bin gestern, nach einer Fahrt voller Hindernisse, wohlbehalten hier angelangt. Sie glauben gar nicht, wie sehr ich mich gefreut habe, als es hieß, sie kommen nach draußen! Und ich freue mich, daß die Frau Oberin mich als Ersatz für eine Vollschwester hinausgeschickt hat.
> Wir haben hier vollauf zu tun. Unaufhörlich rollen die Sanitätswagen nach hier und wieder fort; es sind hier ja auch augenblicklich heftige Kämpfe im Gange. Und dieses Lazarett liegt der Front sehr nahe. Unterwegs ist unser Zug noch auf eine Mine gelaufen, und da konnte ich mich nun gleich betätigen. Zum Glück hatten wir keine Toten. [...]

> In Smolensk hatte ich dann noch einen Tag Zeit und habe mir dort die Kathedrale, die als einziges heiles Bauwerk aus den Trümmern hervorragt, angesehen. Sie ist reich an Kunstschätzen. Dann mußte ich noch einen Tag fahren und bin gestern hier angekommen.

Erika W.
Recklinghausen, 31.08.1942

> Mir geht es soweit ganz gut, und die Arbeit kann ich auch sehr gut aushalten, wenn nur der elende Alarm in der Nacht nicht dauernd wäre; der bringt uns immer um den schönen Schlaf. Aber auch das kann mich nicht mehr erschüttern! Nur eins kränkt mich ein ganz wenig, und zwar ist die Verpflegung hier sehr schlecht, und die Oberschwester von hier ist auch gerade nicht sehr gut auf die Schwesternhelferinnen zu sprechen.

Soweit einige authentische Texte über Erlebnisse von DRK-Schwestern in der grausamen Realität des Krieges. Sie sind aber auch Beispiele dafür, wie aufopfernde, selbstlose und unermüdliche Arbeit zum Nutzen eines unmenschlichen Systems mißbraucht wurden.

Das Kriegsende und der Beginn eines Neuaufbaues

Nach der Kapitulation des Nazi-Regimes, als Deutschland in Schutt und Trümmern lag und den 'absoluten Tiefpunkt der deutschen Geschichte der Neuzeit' erreicht hatte, beginnt bereits eine neue Epoche.

Abb. 16: Bei Kriegsende wurden auch in unserer Heimat, wie hier in der Nähe von Lemgo, Rotkreuz-Schwestern und Sanitäter der Wehrmacht zur Bergung von Gefallenen eingesetzt.

Zwar war das Vermögen des Roten Kreuzes – wie eingangs dargestellt – gesperrt, aber die britische Besatzungsmacht ließ das DRK auf Orts- und Kreisebene praktisch weiterarbeiten, forderte allerdings eine strikte Entnazifizierung der jeweiligen Leitungspersonen.

Bereits am 5. September 1945 – also 4 Monate nach Kriegsende – wird in einem Erlaß des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Dr. Amelunxen, für die zukünftige Rotkreuzarbeit ausgeführt:

> Nach gründlicher Beseitigung des nationalsozialistischen Einflusses ist das Rote Kreuz für die Provinz Westfalen neu aufgebaut worden und hat sich der seinem Wesen und seinen Satzungen entsprechenden Tätigkeit wieder zugewandt. Mit Rücksicht auf die gegenwärtigen in unserer heimischen Bevölkerung herrschenden Notstände ergeben sich folgende vordringliche Aufgaben für das Rote Kreuz:
> 1.) Ausbildung von Krankenschwestern, Helfern und männlichen Assistenten,
> 2.) Krankentransporte,
> 3.) Einrichtung von Notfall-Stationen (Erste Hilfe),
> 4.) Kriegsgefangenen-Fürsorge,
> 5.) Nachforschungen nach vermissten Personen,
> 6.) Zurückführung von Flüchtlingen,
> 7.) Lebensmittelhilfe für Kriegsbeschädigte und Kriegswaisen,
> 8.) Bahnhofsmission (Erfrischungsräume für Reisende).
>
> Das Rote Kreuz kann von mir auch mit besonderen Aufgaben beauftragt werden.

Damit waren die gewaltigen Arbeitsfelder vorgezeichnet, die die Arbeit des Deutschen Roten Kreuzes in der Nachkriegszeit – teilweise bis heute noch – prägen, getreu den Worten Friedrich Schillers: „Ob alles in ewigem Wechsel kreist, es beharret im Wechsel ein ruhiger Geist."

Anmerkungen

1. Mit Kaufvertrag vom 22. Juni 1942 zwischen dem Präsidium des Deutschen Roten Kreuzes in Berlin-Babelsberg und Münsterbergs Erben (je 1/3 für Mary, Anna, geb. 31.3.1914; Hugo, geb. 13.9.1916; Elisabeth, geb. 2.2.1919) wurde das Grundstück für Zwecke des Deutschen Roten Kreuzes erworben. Der Grundstückspreis betrug 30.000 RM.
2. Aktenarchiv des Kreisverbandes Detmold des DRK
3. Schreiben des Regierungspräsidenten Detmold vom 4.9.1953 – HL 22-10.11 – an den Kreisverband Detmold des DRK
4. StA DT L 80 Nr. 51
5. Rd.Erlaß des Reichsministers des Innern vom 4.11.1933 – IIB 5405/30.10; StA DT L 76 B 18a-b
6. StA DT L 13 Nr. 423
7. Freiherr von Biedenweg, geb. am 1.7.1864 in Hannover; gest. am 5.3.1940 in Münster i.W.; Lippischer Staatsminister vom 1.1.1913 – 20.2.1919. StA DT L 76 B 18a-b

8. StA DT L 76 B 18a-b. Mit den 'schwebenden Verhandlungen' sind die vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen zwischen dem Land Lippe und dem zuletzt regierenden Fürstenhaus gemeint, die schließlich durch einen Schiedsvertrag vom 27. Mai 1936 beendet wurden. (Gesetz vom 27. Aug. 1936 – RGBl. II, S. 289)
9. Der Vaterländische Frauenverein war eine Untergliederung des DRK
10. Zitiert von Heiner Lichtenstein, Angepaßt und treu ergeben, S. 22
11. RGBl. I S. 1330
12. Satzung des DRK vom 24. Dez. 1937, § 3
13. Wie Anm. 12, § 20
14. Zitiert von Anton Schlögel, Neuaufbau des Deutschen Roten Kreuzes nach dem Zweiten Weltkrieg. Bonn 1987, S. 86
15. Zitiert von Anton Schlögel, Geist und Gestalt des Roten Kreuzes, Bonn 1988, S. 250
16. Jean-Claude Favez: Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich, Zürich 1989, S. 58-60
17. Aus dem noch nicht verzeichneten Nachlaß des Freiherrn von Biedenweg im StA DT
18. Wie Anm. 17. Handschriftlicher Entwurf.
19. StA DT L 76 B 18a-b; Schreiben vom 9.1.1937
20. StA DT L 113 Nr. 349
21. Die ausgewählten Texte mußten in den meisten Fällen aus Gründen des Umfangs gekürzt werden. Auslassungen am Anfang oder am Ende eines in sich geschlossenen Textes habe ich i.d.R. nicht angezeigt. Hingegen habe ich Auslassungen innerhalb eines Textes durch [...] kenntlich gemacht. – Unbeholfenheiten in Orthographie und Zeichensetzung sowie offensichtliche Verschreibungen wurden korrigiert, wenn dadurch die Authentizität der Dokumente nicht beeinflußt wurde.

Literaturverzeichnis

Benz, Ute (Hrsg.): Frauen im Nationalsozialismus. Dokumente und Zeugnisse. München 1993

Boberach, Heinz: Jugend unter Hitler. Düsseldorf 1982

Burckhardt, Carl Jakob: Der Geist des Roten Kreuzes. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 35-36/63

Favez, Jean-Claude: Das Internationale Rote Kreuz und das Dritte Reich. War der Holocaust aufzuhalten? Zürich 1989

Focke, Harald/Uwe Reimer: Alltag unterm Hakenkreuz. Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten. Hamburg 1995

Forrer, Friedrich: Sieger ohne Waffen. Das Deutsche Rote Kreuz im Zweiten Weltkrieg. Hannover 1962

Gruber, Walter: Das Rote Kreuz in Deutschland. Zum 125. Jahrestag von Solferino. Wiesbaden 1985

Haug, Hans: Menschlichkeit für alle. Die Weltbewegung des Roten Kreuzes und des Roten Halbmonds. Bern, Stuttgart 1991

Kraft, Sybille: Zwischen den Fronten. Münchner Frauen in Krieg und Frieden 1900 – 1950. München 1995

Lichtenstein, Heiner: Angepaßt und treu ergeben. Das Rote Kreuz im „Dritten Reich". Köln 1988

Müller-Werthmann, Gerhard: Konzern der Menschlichkeit. Die Geschäfte des Deutschen Roten Kreuzes. Hamburg 1984

Riesenberger, Dieter: Für Humanität in Krieg und Frieden. Das Internationale Rote Kreuz 1863 – 1977. Göttingen 1992

Ruediger, Wilma: Frauen im Dienst der Menschlichkeit. Erlebtes im „Deutschen Roten Kreuz" von 1941 bis Friedland. München 1962

Sauermann, Elisabeth/Christa Halatscheff: Zum Nachdenken blieb keine Zeit. Frauen in Lippe nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 – 1949. Bielefeld 1995

Schlögel, Anton: Haben die Genfer Rotkreuz-Abkommen noch eine Chance? In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 34/64

Szepansky, Gerda: „Blitzmädel", „Heldenmutter", „Kriegerwitwe". Frauenleben im Zweiten Weltkrieg. Frankfurt am Main 1989

Wortmann, Magdalena: Was haben wir nicht alles mitgemacht. Kriegserinnerungen einer Rotkreuzschwester. Paderborn 1995

Johannes Vossen

Das staatliche Gesundheitsamt im Dienst der Rassenpolitik

Gesundheit ist nicht nur ein privates, sondern auch ein öffentliches Gut. Die Entstehung eines öffentlichen Gesundheitsdienstes in Gestalt von Gesundheitsämtern ist untrennbar mit der Entwicklung des modernen Sozialstaats in Deutschland verbunden.[1] Die Entwicklung einer Infrastruktur öffentlicher Gesundheitspflege und -fürsorge war eine Reaktion auf die gesundheitlichen und sozialen Verwerfungen des Industrialisierungsprozesses. Bereits das Kaiserreich führte daher in den 1880er Jahren die Sozialversicherungen ein, um den weitverbreiten gesundheitlichen und sozialen Belastungen zu begegnen und die Arbeiter stärker in das politische System zu integrieren.[2] Parallel dazu organisierten sich in den Kommunen im Rahmen der bürgerlichen Sozialreform Initiativen einer vorbeugenden Gesundheitsfürsorge für die Arbeiterbevölkerung. Aus der im Ersten Weltkrieg zur Unterstützung der Kriegerfamilien improvisierten 'Kriegswohlfahrtspflege' entwickelten sich zunehmend Strukturen einer öffentlichen Wohlfahrtspflege überhaupt. Das im Krieg entstandene Organisationsgerüst der 'Kriegswohlfahrtszentralen' wurde schließlich in Gestalt von Wohlfahrtsämtern auf Landes-, Bezirks- oder Kreisebene (die meist auch eine Abteilung für Gesundheitsfürsorge enthielten) zum Grundorgan der Wohlfahrtspflege in der Weimarer Republik. Ein derartiges Landeswohlfahrtsamt mit umfangreichen Kompetenzen wurde im Jahre 1919 auch für Lippe eingerichtet.[3] Das im Weimarer Wohlfahrtsstaat reichsweit in öffentliche Trägerschaft übernommene Gesundheitswesen geriet allerdings bereits in seiner Entstehungsphase unter den Einfluß eugenischer bzw. rassenhygienischer Orientierungen.[4] Deren zunehmende Verbreitung in verschiedenen Wissenschaften, in der Politik und in der öffentlichen Meinung bereitete in den 20er Jahren eine rassenhygienische Umgestaltung des öffentlichen Gesundheitsdienstes vor (vgl. Kapitel 1)[5]. Der NS-Staat hat das bereits in den Jahrzehnten zuvor immer breiter diskutierte Programm der Eugenik bzw. Rassenhygiene in entsprechende Gesetze gegossen und mit stetig sich steigernder Radikalität durchgesetzt.[6] Der dazu erforderliche Behördenapparat wurde im Jahre 1935 in ganz Deutschland in Gestalt vorwiegend staatlicher Gesundheitsämter eingerichtet (vgl. Kapitel 2). Die beiden in Lippe errichteten Gesundheitsämter in Lemgo (mit der Nebenstelle in Bad Salzuflen) und in Detmold trugen entschieden dazu bei, die rassenhygienische Politik in der NS-Zeit in vollem Umfang zu verwirklichen.[7] Dies zeigte sich u.a. bei der Kontrolle von Eheschließungen, bei

der Durchführung der 'erbbiologischen Bestandsaufnahme' und bei den Überprüfungen für die Vergabe des 'Ehrenkreuzes der deutschen Mutter', auf die als Beispiele für die praktische Tätigkeit der nationalsozialistischen Gesundheitsämter eingegangen wird (vgl. Kapitel 3). Nach 1945 verschwand die Erbgesundheitspolitik im öffentlichen Gesundheitsdienst keineswegs sofort und total, personelle und inhaltliche Kontinuitäten führten vielmehr zu ihrem partiellen Fortbestehen bis in die 50er Jahre (vgl. Kapitel 4).

1. Die Entwicklung der Eugenik bzw. Rassenhygiene vor 1933

Kern der Eugenik ist die Sorge um eine gesunde Nachkommenschaft und die Hoffnung, man könne durch gezielte Fortpflanzung bessere Menschen züchten. Solche Züchtungsutopien sind uralt; man findet sie bereits in Platons Politeia. Eugenische Bestrebungen erhielten allerdings im vorigen Jahrhundert durch den Darwinismus und die Entdeckung der Vererbungsgesetze neuen Auftrieb. Eine wissenschaftliche Planung und Steuerung der menschlichen Fortplanzung mit dem Ziel einer Verbesserung des Erbguts einer Bevölkerung wurde nun als möglich angesehen. Ein solcher Steuerungsprozeß schien den Eugenikern auch deshalb notwendig, weil sie in dem seit der Jahrhundertwende in Europa sich abzeichnenden Geburtenrückgang eine Gefahr für die 'Erbgesundheit' der jeweiligen Bevölkerung sahen.[8] Da sich nach einer damals weit verbreiteten Meinung die Unterschichten stärker 'vermehrten' als die Mittel- und Oberschichten, sah man die Gefahr einer 'Entartung' der jeweiligen Bevölkerung heraufziehen. Eine Verbesserung des 'Volkskörpers' setzte in den Augen der Eugeniker daher auf der einen Seite eine Förderung gesunder und 'hochwertiger' Nachkommenschaft aus gesunden Familien voraus (das nannte man 'positive' Eugenik) und bedingte andererseits den Ausschluß kranker oder 'minderwertiger' Menschen von der Fortplanzung, etwa durch Sterilisierung, Asylierung oder Eheverbote ('negative' Eugenik). Als 'minderwertig' galten dabei diejenigen Menschen, die sich nicht in die Gesellschaft einfügen wollten, die als faul, unstet, unordentlich, schmutzig, sexuell triebhaft oder alles zusammen galten, die also die bürgerlichen Tugenden Ordnung, Fleiß, Sparsamkeit, Disziplin und Sittenstrenge nicht verinnerlicht hatten. Von Anfang an war also das eugenische Programm aufgeladen mit sozialen Werturteilen, die ihre Normen aus den Wertvorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft bezogen. Eugenik fällte und fällt „soziale Urteile über die Fortpflanzungswürdigkeit". Es handelt sich von daher bei dem eugenischen Rassismus nicht um eine „Diktatur der Gene", sondern um eine wissenschaftlich verschleierte „Diktatur von Menschen über Menschen"[9].

Das eugenische Programm wurde in England in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts entwickelt und verbreitete sich um die Jahrhundertwende auch in

Deutschland. Zunächst nur eine Sache kleiner, elitärer Zirkel, konnte sich die deutsche Eugenik, die sich selbst 'Rassenhygiene' nannte, durch geschicktes Agieren schnell institutionalisieren und damit gesellschaftlichen Einfluß gewinnen. Gesellschaften, Zeitschriften, Forschungsinstitute und Lehrstühle für Rassenhygiene wurden gegründet, die intensive Öffentlichkeitsarbeit betrieben. Rassenhygienisches Gedankengut drang so auch in andere Wissenschaftsdisziplinen ein, besonders in die Anthropologie[10], die Kriminologie und Teilbereiche der Medizin, vor allem in die Psychiatrie[11]. Auch politisch wurde die Rassenhygiene durch eine intensiv betriebene Politikberatung immer einflußreicher. Sie war in den 20er Jahren längst gesellschaftsfähig geworden: rassenhygienische Forderungen wurden lange vor 1933 in allen politischen und weltanschaulichen Lagern, vor allem im Bürgertum, aber auch in der Sozialdemokratie und den Kirchen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß und in unterschiedlicher Radikalität, vertreten.[12]

Gegen Ende der Weimarer Republik, in der Weltwirtschaftskrise, wurde die Agitation der Rassenhygieniker gegen die als 'minderwertig' definierten Bevölkerungsgruppen, also vorwiegend die Unterschichten, Randgruppen und Fürsorgeempfänger, für die staatlichen Behörden auch aus ökonomischen Gründen immer attraktiver. Die Weltwirtschaftskrise löste in Deutschland einen massiven Sozialabbau aus. Überall bemühten sich die Behörden, die 'Sozialallasten' zu verringern. In diesem Zusammenhang schienen die rassenhygienischen Vorstellungen von der 'Ausschaltung der Minderwertigen' durch Sterilisierung – eine 'Asylierung' wurde inzwischen als zu teuer verworfen – auch ökonomisch nützlich zu sein. Denn dadurch ließen sich in den Augen der Verantwortlichen viele zukünftige Wohlfahrtsempfänger gewissermaßen 'einsparen'. Ein Entwurf für ein derartiges Sterilisierungsgesetz, das allerdings noch eine Einwilligung der Betroffenen vorsah, wurde im Jahre 1932 von einem Expertengremium, dem preußischen Landesgesundheitsrat, erarbeitet, konnte aber in den Wirren der untergehenden Weimarer Republik nicht mehr verabschiedet werden.[13]

Die Interessen der Rassenhygieniker nach einer Durchsetzung ihrer Ideen, die nur durch den Staat erfolgen konnte, trafen sich mit denen der aufsteigenden NSDAP, die für die Durchsetzung ihres rassistischen Programms die Unterstützung der Wissenschaft benötigte. Als Hitler am 30. Januar 1933 Reichskanzler wurde, konnte die Umgestaltung der Gesellschaft nach rassenhygienischen Prinzipien beginnen. Unmißverständlich wurden die neuen Prioritäten klargestellt. Unerbittlich griff der Staat in den nächsten 12 Jahren in die intimsten und persönlichsten Lebensbereiche ein, in die Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen über Sexualität, Ehe und Familie. Es galt nun „die Autorität des Staates, die er sich auf dem Gebiet des Lebens, der Ehe und der Familie endgültig gesichert hat."[14] Die in der Weimarer Republik diskutierten Entwürfe zu einem Sterilisierungsgesetz, die zuletzt auf einem weitgehenden gesell-

schaftlichen Konsens beruhten, erleichterten dem Nationalsozialismus ein Jahr später die Verabschiedung eines Gesetzes 'zur Verhütung erbkranken Nachwuchses'. Dieses zum 1. Januar 1934 in Kraft getretene Gesetz gab dem öffentlichen Gesundheitsdienst die Handhabe zur Durchführung von insgesamt etwa 400.000 *Zwangs*sterilisation von Menschen, bei denen ärztlicherseits bestimmte Erbkrankheiten diagnostiziert worden waren und deren Fortpflanzung deshalb staatlicherseits als 'unerwünscht' galt.[15]

Im Laufe der nächsten Jahre ab 1933 wurden zahlreiche weitere Gesetze erlassen, die das Programm der Rassenhygiene verwirklichten. Die vom NS-Staat eingeführten Maßnahmen waren mehrgleisig: Einerseits schuf der Staat Anreize – meist finanzieller Art – für erwünschte Geburten aus 'erbgesunden' Familien, um dadurch die Geburtenrate und die biologische Substanz des 'Volkskörpers' zu verbessern ('positive' Eugenik), andererseits wurde versucht, unerwünschte Nachkommenschaft durch Sterilisierung und Eheverbote zu verhindern und dadurch als schlecht empfundene Erbanlagen 'auszumerzen' ('negative' Eugenik). Außerdem wurden gesetzliche Maßnahmen gegen die als 'Fremdrassige' Ausgegrenzten, besonders gegen die Juden erlassen, um 'Rassenmischungen' zu verhindern. Dieses gesamte Programm faßten die Nationalsozialisten unter dem Begriff der 'Erb- und Rassenpflege' zusammen. Die dazu zwischen 1933 und 1945 erlassenen Gesetze Verordnungen und Erlasse füllen in einer zeitgenössischen Gesetzessammlung allein 1000 Seiten![16]

2. Die Einrichtung staatlicher Gesundheitsämter als Zentralstelle der Rassenhygiene[17]

Eine Neuordnung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die im Kern seine Zentralisierung und Verstaatlichung sowie seine Umgestaltung zum rassenhygienischen Selektionsapparat anstrebte, wurde von der nationalsozialistischen Reichsregierung seit ihrem Amtsantritt 1933 vorbereitet. Nach schwierigen Verhandlungen mit den beteiligten Ministerien und den kommunalen Spitzenverbänden wurde am 3. Juli 1934 das entsprechende 'Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens' verabschiedet.[18] Kern des Gesetzes war die flächendeckende Errichtung von Gesundheitsämtern im ganzen Deutschen Reich zum 1. Mai 1935 bei gleichzeitiger Verstaatlichung des bisherigen kommunalen Gesundheitswesens. Nur wenige bestehende kommunale Gesundheitsämter, vorwiegend in den Großstädten, wurden vom Staat anerkannt. In Detmold wurde ein staatliches Gesundheitsamt eingerichtet. Amtsarzt, und damit Leiter des Gesundheitsamtes, wurde der bisherige Kreisarzt Dr. Otto Augener.[19]

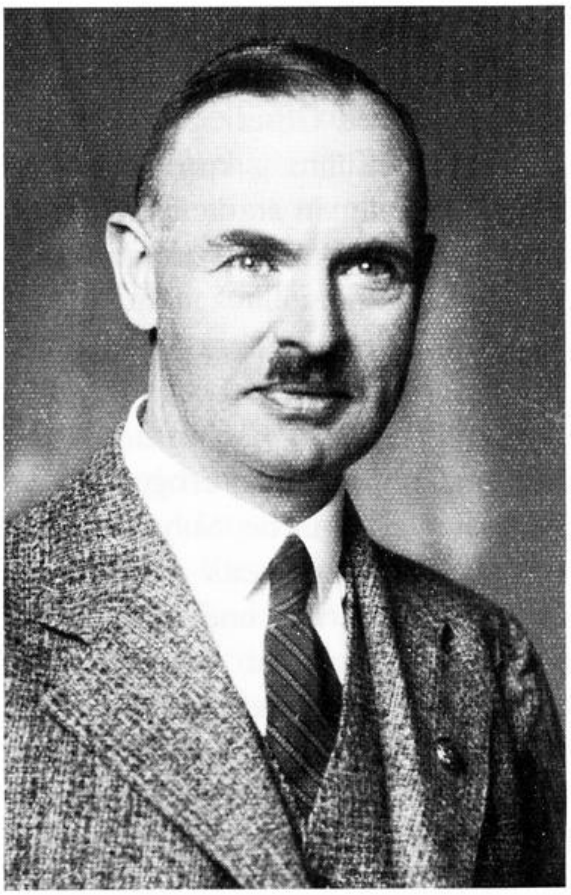


Abb. 1: Dr. Augener
(aus: L 80 I c, Gr. 7, Fach 13, Nr. 1)

Sämtliche bisherigen Aufgabengebiete wurden in den neuen Gesundheitsämtern unter den Primat der 'Erb- und Rassenpflege' gestellt. Die Gesund-heitsämter wurden damit zu dem Erfassungs- und Selektionsapparat, der der staatlichen Gesundheitspolitik bislang gefehlt hatte:

> Das Gesundheitsamt stellt die biologische Zentrale des deutschen Volkes dar. In ihm laufen alle Fäden des öffentlichen Gesundheitsdienstes zusammen. Es ist das Werkzeug des Staates und gleichzeitig der Garant des Reiches für die Durchführung einer zielbewußten nationalsozialistischen Gesundheitspolitik.[20]

Die Vorbereitung und Durchführung von Untersuchungen im Rahmen der 'Erb- und Rassenpflege' und deren Dokumentation in Form von Untersuchungsbögen, Aktenvermerken, Karteikarten sowie der damit verbundene Schriftwechsel war Aufgabe der 'Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege' bei den Gesundheitsämtern.[21] Sie wurde in der Regel vom Amtsarzt persönlich geleitet. Diese 'Beratungsstellen' hatten nur wenig zu beraten, da die Menschen nur gezwungenermaßen zu ihnen kamen. In ihnen wurde eine Vielzahl von Untersuchungen durchgeführt, bei denen die 'Erbgesundheit' der Patienten eine entscheidende Rolle spielte: Untersuchungen und Beurteilungen der Bewerber und Bewerberinnen um Ehestandsdarlehen, für Kinder- und Ausbildungsbeihilfen für kinderreiche Familien, für das Ehrenkreuz der deutschen Mutter, für die bäuerlichen Neusiedler und für das Leitungspersonal der HJ, Untersuchungen von Heiratswilligen auf 'Ehetauglichkeit' und zur Vorbereitung von Zwangssterilisationen, um nur die wichtigsten zu nennen. Die 'Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege' verwalteten zudem die sogenannte 'Erbkartei', in der erstmals die Ergebnisse aller Untersuchungen dokumentiert und zentral erfaßt wurden. In allen diesen Fällen führten die Gesundheitsämter Selektionen durch, d.h. sie entschieden auf der Grundlage von Untersuchungen, wer in den Genuß bestimmter finanzieller Beihilfen kam und wer nicht, wer heiraten durfte und wer nicht, wer zur Zwangssterilisation vorgeschlagen wurde und wer nicht. Wer dem Menschenbild und den Wertvorstellungen des Nationalsozialismus entsprach, konnte auf Förderung und Unterstützung hof-

fen, wer mit diesen nicht überstimmte, mußte Benachteiligung, Verstümmelung und Verfolgung befürchten. Die von den Gesundheitsämtern durchgeführten Untersuchungen waren also keineswegs wertneutral, sondern von den Wertvorstellungen der 'Erb- und Rassenpflege' durchdrungen. Ein Kontakt mit dem Gesundheitsamt konnte für die Gesundheit des Einzelmenschen zerstörerische Folgen haben, denn es galt ja der Grundsatz: „Du bist nichts, dein Volk ist alles".

Im folgenden werden exemplarisch drei wichtige Aufgaben dieser 'Beratungsstellen', die in Wirklichkeit die hochbürokratisierten Erfassungszentralen der Gesundheitsämter waren, beschrieben: Die Ehegesundheitsuntersuchungen mit Eheverboten als Beispiel für die sogenannte 'negative Eugenik', die 'erbbiologische Bestandsaufnahme', mit der Informationen über den 'Erbwert' der Bevölkerung erhoben und für rassenhygienische Maßnahmen zur Verfügung gehalten werden sollten, und die Verleihung des 'Ehrenkreuzes der deutschen Mutter' als Beispiel für die geburtenfördernden Maßnahmen des nationalsozialistischen Staates.

3. Die Durchführung rassenhygienischer Maßnahmen

3.1. Ehegesundheitsuntersuchungen

Bereits kurz nach ihrem Amtsantritt begann die NS-Regierung, ihre rassistische Politik der 'Auslese' und 'Ausmerze' umzusetzen. Mit dem Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit vom 1. Juni 1933 wurden sogenannte 'Ehestandsdarlehen' eingeführt.[22] Wichtigste Voraussetzung für den Erhalt des Darlehens war, daß die Ehefrau vorher erwerbstätig gewesen war und ihren außerhäuslichen Arbeitsplatz mit der Eheschließung aufgab. Es handelte sich also ursprünglich um den Versuch, Erwerbsarbeit im Sinne der NS-Ideologie geschlechtsspezifisch umzuverteilen. Sehr schnell erhielten die Ehestandsdarlehen aber auch eine rassenhygienische Dimension. Auf Initiative des Reichsinnenministeriums wurde eine obligatorische ärztliche Untersuchung für alle Personen eingeführt, die ein Ehestandsdarlehen beantragten. Damit war zu belegen, „daß keiner der Ehegatten an vererblichen geistigen und körperlichen Gebrechen leidet, die seine Verheiratung nicht als im Interesse der Volksgemeinschaft liegend erscheinen lassen, und die Tatsache, daß keiner der Ehegatten zur Zeit der Antragstellung an Infektionskrankheiten leidet"[23], womit vor allem Geschlechtskrankheiten und die Tuberkulose gemeint waren. Aber auch bestimmte soziale Kriterien stellten einen Ausschlußgrund dar. Eine Anweisung des Reichsfinanzministeriums an die Behörden bestimmte, daß „gewohnheitsmäßige Trinker, Gewohnheitsverbrecher, als arbeitsscheu bekannte Personen, Landstreicher, Dirnen u.ä."[24] von der Vergabe des Ehestandsdarlehens

ausgeschlossen waren. Zudem mußten die Antragsteller auch die Gewähr dafür bieten, sich „jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat" einzusetzen, was durch ein politisches Führungszeugnis zu belegen war. Die Vergabe der Ehestandsdarlehen geriet so unter der Hand zur ersten Selektionsaktion des NS-Staates, allerdings noch ohne die späteren, zum Teil tödlichen Folgen für diejenigen Betroffenen, die den Ansprüchen und Normen der Volksgemeinschaft nicht genügen wollten oder konnten. Noch wurde allerdings 'nur' Geld verweigert.

Dennoch waren die Folgen von Ablehnungen für die Betroffenen mitunter schmerzhaft. Abgelehnte Anträge schürten Mißtrauen und Zwietracht in der Bevölkerung. Das Ehepaar St. aus Detmold beschwerte sich im Oktober 1933 empört bei der Landesregierung:

> Unser Antrag vom 7. Septbr. 1933 auf ein Ehestandsdarlehen wurde angeblich wegen 'ungünstiger Auskunft' 'ohne nähere Angaben' vom Magistrat Detmold abgelehnt [...] Sollte böswillige Verleumdung oder ein Racheakt vorliegen, so ist es Pflicht des Magistrats, uns diese, uns übelgesinnten Personen, zu benennen, damit selbige zur Rechenschaft gezogen werden können. Wir bitten die Lipp. Regierung sich unserer Beschwerde anzunehmen und hier Klarheit zu schaffen, da uns der Magistrat nähere Auskunft verweigert. Wir erwähnen hierzu, daß unsere Vermählung inzwischen stattgefunden [hat] und [wir] durch die Nichtbewilligung des beantragten Ehestandsdarlehens in eine mißliche Lage geraten sind, wofür wir den Magistrat Detmold verantwortlich machen! Anläßlich unserer jetzigen heiklen Lage bitten wir die Lippische Regierung um eine schnelle Entscheidung dieser Angelegenheit![25]

Die Untersuchungen der Bewerberinnen und Bewerber für Ehestandsdarlehen sollten sicherstellen, daß die geburtenfördernden Maßnahmen des Staates nur an 'erbgesunde' Paare vergeben wurden. Damit war nur eine begrenzte Kontrolle über Eheschließungen und Fortpflanzung zu erreichen, da Untersuchungen nur dann erfolgten, wenn sie seitens der heiratswilligen Bevölkerung beantragt wurden. Die Eheeignungsuntersuchungen für Ehestandsdarlehen betrafen von daher nur einen relativ kleinen Teil der Gesamtbevölkerung. Sie boten außerdem keine Handhabe, um unerwünschte Eheschließungen staatlicherseits zu verhindern. Im Jahre 1935 wurde die nationalsozialistische Kontrollpolitik gegenüber dem Heirats- und Fortpflanzungsverhalten der Bevölkerung daher ausgeweitet und weiter verschärft. Mit der flächendeckenden Errichtung von Gesundheitsämtern, denen obligatorisch 'Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege' angeschlossen waren, verfügte der NS-Staat ab 1935 über den Apparat zur Durchsetzung seiner Rassenpolitik. Dadurch erst wurde die seit 1933 angestrebte Ausdehnung der Rassenhygiene auf die gesamte Bevölkerung möglich. Diesem Zweck diente das am 18. Oktober 1935 von der Reichsregierung beschlossene 'Gesetz zum Schutz der Erbgesundheit des deutschen Volkes' (Ehegesundheitsgesetz), das seit 1933 vorbereitet worden war und in en-

gem Zusammenhang mit dem fast zeitgleich entstandenen 'Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre' zu sehen ist. Suchte das 'Blutschutzgesetz' Eheschließungen und Geschlechtsverkehr zwischen Deutschen und Juden zu unterbinden, wurden durch das 'Ehegesundheitsgesetz' erstmals staatlicherseits Eheverbote zwischen Deutschen für den Fall verhängt

> a) wenn einer der Verlobten an einer mit Ansteckungsgefahr verbundenen Krankheit leidet, die eine erhebliche Schädigung der Gesundheit des anderen Teils oder der Nachkommen befürchten läßt,
> b) wenn einer der Verlobten entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
> c) wenn einer der Verlobten, ohne entmündigt zu sein, an einer geistigen Störung leidet, die die Ehe für die Volksgemeinschaft unerwünscht erscheinen läßt,
> d) wenn einer der Verlobten an einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses leidet.[26]

Während sich die erste Bestimmung unter Absatz a) vor allem gegen tuberkulose- und geschlechtskranke Menschen richtete, ermöglichte die bewußt unpräzise gefaßte Diagnose 'geistige Störung' unter Absatz c) den Kampf gegen alle diejenigen Personen(-gruppen), die sich in die 'Volksgemeinschaft' nicht einfügen wollten. Zu ihnen rechnete zum Beispiel Kurt Holm, der Leiter des Hamburger 'Gesundheitspaßarchivs', in einem Aufsatz in der Fachzeitschrift der Gesundheitsämter „u.a. Kriminelle, wie Schwindler, Betrüger, Bauernfänger, Rückfall- und Frühverbrecher, Zuhälter, ferner die ganz große Gruppe der Haltlosen und Willensschwachen, wie die chronisch Arbeitsscheuen, Landstreicher, Fürsorgeschmarotzer, aus Anlage Verwahrlosten, weiter die Süchtigen und Alkoholiker [...]"[27].

Bei der organisatorischen Durchführung dieses Gesetzes arbeiteten Gesundheitsämter und Standesämter in Lippe wie im ganzen Reich Hand in Hand.[28] Vor jeder Eheschließung war laut Gesetz dem Standesbeamten ein sogenannte 'Ehetauglichkeitszeugnis' vorzulegen, das – vom Gesundheitsamt ausgestellt – bestätigte, daß keiner der oben erwähnten Gründe für ein Eheverbot vorlag. Diese im Paragraphen 2 des Gesetzes vorgeschriebene Ausstellung eines obligatorischen 'Ehetauglichkeitszeugnisses' für alle Eheschließungen durch das zuständige Gesundheitsamt trat allerdings nie in Kraft. Damit wären die Gesundheitsämter organisatorisch und personell bei weitem überfordert gewesen. Statt dessen wurden Ehegesundheitsuntersuchungen zunächst nur dann durchgeführt, wenn der zuständige Standesbeamte Zweifel an der 'Ehetauglichkeit' des Paares hatte, das bei ihm das Aufgebot beantragte. In diesem Fall verlangte er von den Brautleuten ein Ehetauglichkeitszeugnis, daß nach Untersuchung beider Partner vom Gesundheitsamt der Braut auszustellen oder zu verweigern war. In dieser frühen Phase war das Ehegesundheitsgesetz also noch relativ durchlässig. Seine Anwendung war weitgehend in das Belieben der Standesbe-

amten gestellt. Die sich noch im Aufbau befindenden Gesundheitsämter wurden nur aktiv, wenn sie von einem Standesbeamten dazu aufgefordert wurden.

Nach etwa einem Jahr wurde dieses mit vielfältigen Zufällen behaftete Verfahren im Sinne einer besseren Erfassung von Kranken, die unter das Gesetz fielen, bürokratisch aufgerüstet. Mit Erlaß vom 16. Juni 1936 führten die Behörden ein Benachrichtigungsverfahren ein, mit dem dem Gesundheitsamt vom Standesamt ab 1. August 1936 auf einem Vordruck von *jedem* Aufgebot Kenntnis gegeben wurde. Die Gesundheitsämter fragten dann in der Regel mit Hilfe eines besonderen Formulars bei den relevanten Fürsorgestellen für Tuberkulosekranke, Nervenkranke und Geschlechtskranke an, ob die vom Standesamt gemeldeten Personen anhand der dort geführten Akten und Listen bekannt waren. War das der Fall, wurden sie zu einer Ehetauglichkeitsuntersuchung ins Gesundheitsamt vorgeladen. Von nun an konnten sowohl Standesamt wie Gesundheitsamt Ehebedenken geltend machen, und damit auf Eheverbote oder Zwangssterilisationen hinarbeiten.

„Der Lebenswandel ließ zu wünschen übrig." Eheverbote in Lippe

Ein Beispiel ist das Schicksal von Albert H.[29] H. war am 4. August 1936 auf Beschluß des Erbgesundheitsgerichts Detmold wegen Schizophrenie zwangssterilisiert worden. Als er 1940 seine geschiedene Frau erneut heiraten wollte, wurde ihm vom Staatlichen Gesundheitsamt in Detmold durch den Amtsarzt Dr. Augener nach einer Untersuchung am 16. Mai 1940 das Ehetauglichkeitszeugnis verweigert, so daß eine Eheschließung zunächst nicht stattfinden konnte. Dr. Augener begründete die 'Versagung' des Ehetauglichkeitszeugnisses in einem Schreiben an die lippische Landesregierung vom 30. Juli 1940 wie folgt:

> Wie bereits mündlich mehrfach besprochen, versucht Herr H. seit einigen Monaten bei allen möglichen Stellen, seine Eheschließung mit seiner von ihm geschiedenen Ehefrau Mathilde [...] durchzukriegen. Eine erneute Eheschließung dieser beiden geschiedenen Eheleute kann aber von hieraus nicht befürwortet werden, da nach der Lebensführung der beiden die Ehe nicht im Sinne der Volksgemeinschaft liegt. H. ist ein vorbestrafter und schwachsinniger Mann, bei dem außerdem Schizophrenie festgestellt worden ist [...] Die Ehefrau ist als eine Frau bekannt, die nicht in der Lage ist, mit Geld umzugehen und ihren Haushalt entsprechend zu führen. Das Sorgerecht über ihre Kinder wurde ihr entzogen; die Kinder sind in einem Heim untergebracht. Der Lebenswandel ließ ebenfalls zu wünschen übrig. Im Juli 1939 bekam sie ein uneheliches Kind und stand in dem Verdacht, sich herumzutreiben. Die Beweggründe, die zu einer erneuten Eheschließung führen sollen, sind ganz offensichtlich:
> 1. H. hat niemanden, der ihm die Wäsche wäscht.
> 2. Er hat durch die Unterbringung der Kinder wirtschaftliche Nachteile.
> 3. Die Ehefrau braucht einen Verdiener, weil sie nicht mehr auf Arbeit gehen will.

> Von irgend welchen seelischen oder ideellen Bindungen kann überhaupt keine Rede sein. Nach dem Gesundheitszustand des Mannes und der Unfähigkeit der Frau wird keine Gewähr dafür geboten für die einfachste ordnungsmäßige Haushaltsführung und Eheführung.

H. beschwerte sich in zwei Schreiben an den Reichsinnenminister über die 'Versagung' des Ehetauglichkeitszeugnisses und begründete seinen Wunsch nach Wiederverheiratung wie folgt:

> Ich bin Reichsdeutscher und arbeite auf den Chemischen Werken Marl-Hüls, Kr. Recklinghausen, meine Frau ist schwächlich und hat es bitter bei mir selbst bereut, daß sie von mir weg ging. Ihr wird dauernd schlecht bei ihrer Arbeit, sie will ihren Haushalt und ihre Kinder wieder zurück haben und für Mann und Kinder sorgen. Und ich selbst will dafür aufkommen, jetzt unterstütze ich sie schon dauernd und zahle für meine Kinder extra mein Geld der Fürsorge in Detmold, da die Kinder in einem Heim untergebracht sind [...] Meine geschiedene Frau ist froh, wenn sie mich wieder hat, und ich auch, sie fehlt mir bitter [...] ich will ein Heim haben, und bei ihr in die Wohnung kommen. Augenblicklich fahr ich nach meiner Frau Eltern, und sie kommt dahin, und wir schreiben uns beide und verkehren zusammen [...] Ich weiß sonst nicht, wo ich mich hinwenden soll und die Frau hat eingesehen und leidet genau wie ich, darum bitte ich höflichst um baldige Erlaubnis.

Da H.s Beschwerdeantrag gegen die 'Versagung' des Ehetauglichkeitszeugnisses vom Erbgesundheitsgericht in Detmold abgelehnt wurde, blieb schließlich nur noch ein Weg, um eine Ehegenehmigung zu erreichen: Ein sogenannter 'Antrag auf Befreiung von den Vorschriften des Ehegesundheitsgesetzes', durch den die Ehegenehmigung nach Beantragung durch das Gesundheitsamt auf dem 'Gnadenwege' von der Landesregierung bzw. vom Reichsinnenministerium erteilt oder auch versagt werden konnte.[30] Nach einer erneuten Untersuchung am 31. Dezember 1940 stellte Dr. Augener diesen Antrag am gleichen Tag an die Landesregierung, allerdings ohne ihn zu befürworten. Die lippische Landesregierung lehnte den nicht befürworteten Antrag, wie nicht anders zu erwarten war, mit folgender Begründung ab:

> H. leidet nach den Feststellungen des Erbgesundheitsgerichts Detmold an einer Erbkrankheit, so daß er nach Paragraph 1 Abs. 1 Zif. d des Ehegesundheitsgesetzes vom 18. Oktober 1935 eine Ehe nicht schließen darf. Eine Befreiung von diesem gesetzlichen Verbot kann ich nicht erteilen, da nach den Ermittlungen alle Voraussetzungen für eine solche Befreiung fehlen. Insbesondere lassen es die Verhältnisse, die während der ersten Ehe bestanden haben, nicht zu, erneut eine nicht im Interesse der Volksgemeinschaft liegende Bindung mit der früheren Ehefrau zu genehmigen.

Auch eine weitere Beschwerde H.s an den Reichsinnenminister blieb erfolglos. Das Eheverbot war damit rechtskräftig geworden.

Insgesamt wurden in den Jahren 1936 bis 1947 von den 42 eingereichten *Ausnahme*anträgen auf Ehegenehmigung in Lippe 38 positiv beschieden, nur 4 – darunter der von Albert H. – wurden in allen Instanzen abgelehnt, wodurch ein Eheverbot verhängt wurde.[31] Insgesamt zeigen die noch vorhandenen Unterlagen, daß das Ehegesundheitsgesetz in Lippe – und vor allem im Gesundheitsamt Detmold – eher verhalten umgesetzt wurde. Das Schicksal Albert H.s ist also ein Extrembeispiel, das gleichwohl zeigt, wozu das System der NS-Gesundheitsbürokratie jederzeit fähig sein konnte.

3.2. Die Erfassung der 'Minderwertigen': Die erbbiologische Bestandsaufnahme[32]

Mit der Errichtung der Gesundheitsämter und der obligatorischen Einrichtung einer ihnen angeschlossenen 'Beratungsstelle für Erb- und Rassenpflege' erfüllte sich ein langgehegter Traum der Eugenik: Eine wichtige Aufgabe der Gesundheitsämter wurde der Aufbau einer 'erbbiologischen Kartei', in der alle „bei den Gesundheitsämtern vorhandenen Untersuchungsergebnisse und Vorgänge" zu sammeln waren.[33] Die 'Erbkartei' wurde zum Steuerungsinstrument der 'negativen Auslese'. Ziel war es, durch sie vor allem die sogenannten 'Minderwertigen' und 'Erbkranken' zu erfassen.

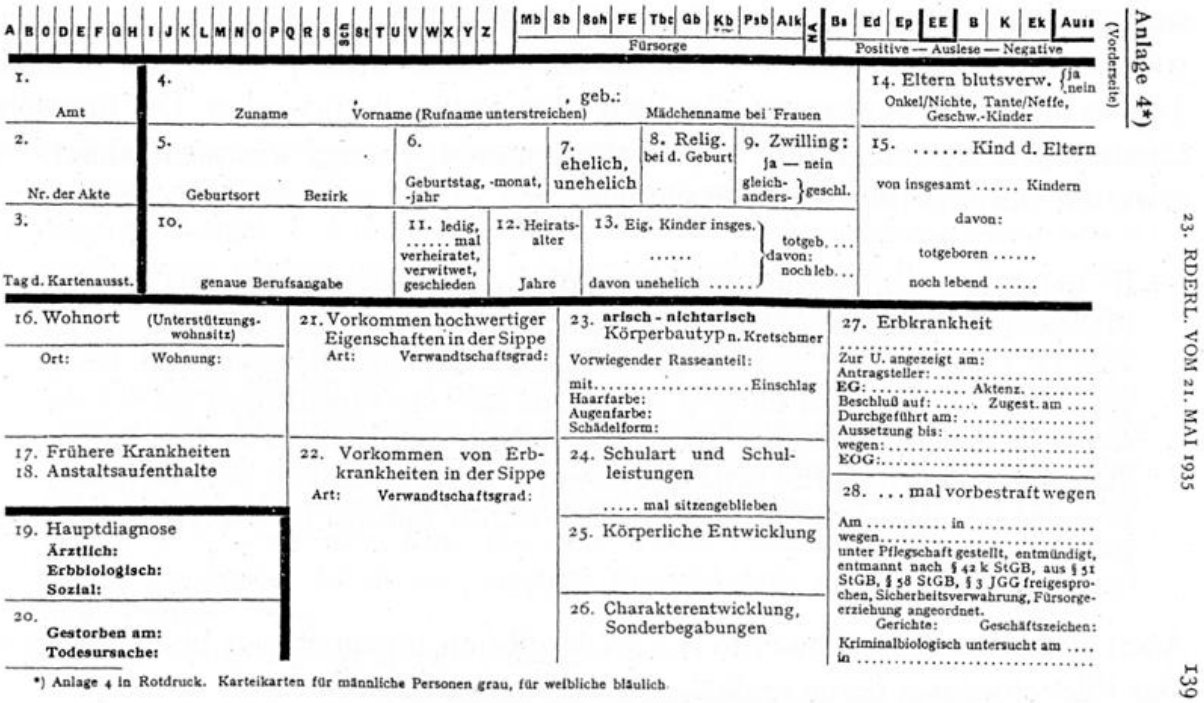


Abb. 2: Dokument: Abbildung der Erbkarteikarte

Fixiert wurde dieses Arbeitsgebiet der Gesundheitsämter im Frühjahr 1935 als Teil einer umfangreichen, vom Reichsinnenministerium erlassenen Dienstanweisung.[34] Wichtigste organisatorische Maßnahme für die Durchführung der sogenannten 'Erbbestandsaufnahme' war die Einführung einer einheitlichen Karteikarte. Bis dahin waren in den einzelnen Fürsorgestellen die unterschiedlichsten Typen von Karteikarten, teilweise auch Listen, in Gebrauch gewesen, was eine einheitliche Auswertung der Untersuchungsbefunde erschwert hatte. Damit war nun Schluß. Die neue Karteikarte (für Männer in grau, für Frauen in blau gehalten) umfaßte auf dem knappen Raum eines DIN A 5-Formats alles, was die nationalsozialistischen Gesundheitsbürokraten über ihre Klientel zu wissen wünschten. Neben den persönlichen Daten richtete sich das Informationsbedürfnis auch darauf, ob die entsprechende Person von einer Fürsorgestelle betreut wurde (das sind die Kürzel in der oberen Kopfleiste, wobei *Mb* für Mütterberatung, *Sb* für Säuglingsfürsorge, *Sch* für Schulfürsorge, *FE* für Fürsorgeerziehung, *Tbc* für Tuberkulosefürsorge, *Gb* für Geschlechtskrankenfürsorge, *Kb* für Krüppelfürsorge, *Psb* für Psychopathen- und Geisteskrankenfürsorge, *Alk* für Trinkerfürsorge stand). Die Abkürzungen in der Kopfleiste weiter rechts bezogen sich auf den zweiten wichtigen Arbeitsbereich der Gesundheitsämter, die 'Erb- und Rassenpflege'. Zur 'positiven Auslese' war die Person dann zu rechnen, wenn sie Bauernsiedler (*Bs*) war, ein Ehestandsdarlehen (*Ed*) erhalten hatte oder für eines ihrer Kinder eine Ehrenpatenschaft (*Ep*) Hitlers bewilligt worden war, was als besondere Auszeichnung galt. Auch wenn die Person eine 'Erb- und Eheberatung' (*EE*) hatte über sich ergehen lassen müssen, konnte das vermerkt werden. Wurde dagegen eines der vier Kürzel ganz rechts in der Kopfleiste der Karteikarte angestrichen, bedeutete das eine Stigmatisierung der betroffenen Person im Sinne einer 'negativen Auslese': *B* stand für Belastung mit Erbleiden, *K* für Kriminalität, *Ek* für Erbkrank und *Auss* angeblich für 'Aussetzung eines auf Unfruchtbarmachung lautenden Erbgesundheitsgerichtsbeschlusses'.[35] In weitere Felder konnten Informationen über Schullaufbahn, evtl. vorhandene 'Erbkrankheiten', ein Sterilisationsverfahren, Vorstrafen, 'Konstitutions- oder Rassentyp' und Anstaltsaufenthalte eingetragen werden. Bereits an diesen Vorgaben wird deutlich, daß die Karteikarte überwiegend als Instrument für die 'negative Auslese' entworfen wurde.

Zur Durchführung der 'Erbbestandsaufnahme' wurde den Gesundheitsämtern ein erheblicher Handlungsspielraum zugestanden, vor allem durch eigenständige Recherchen bei anderen Ämtern und Behörden. Zur Vervollständigung der 'Erbkartei' sollten die Gesundheitsämter „eine enge Zusammenarbeit mit den Standesämtern, Einwohnermeldeämtern, Jugendämtern, Parteidienststellen und allen übrigen Organisationen, die sich mit Familienfürsorge oder Familienforschung befassen und Auskunft erteilen können"[36], anstreben. Durch die Integration von Gesundheitsfürsorge und 'Erb- und Rassenpflege' unter dem Dach der Gesundheitsämter konnten außerdem durch die Besuche der Gesundheits-

fürsorgerinnen in den Familien ihrer Bezirke schon von Geburt an Daten gesammelt werden. Die Gesundheitsämter brauchten deshalb nicht zu warten, bis im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften Menschen notgedrungen zu ihnen zur Untersuchung kamen; ihr Arm reichte sogar noch über den Personenkreis, der mit der Gesundheitsfürsorge in Berührung kam, hinaus: „Wenn dann im Laufe der Arbeit Rückfragen bei Jugendämtern, Gerichten und Wohlfahrtsämtern nach asozialen, kriminellen und wegen Erbkrankheiten der Fürsorge zur Last fallenden Personen gehalten werden, muß es auf diese Art gelingen, die Kartei nach und nach zu einem lückenlosen Nachschlagewerk über die im Bereiche des Gesundheitsamts wohnenden erbkranken Sippen auszugestalten."[37]

Die Erbkartei sollte der Schlüssel zum gesamten Erfassungsapparat des Gesundheitsamtes sein. Sie lieferte z.B. schnellen Aufschluß, ob und wo weitere Informationen über die betreffende Person gesammelt waren. War z.B. der Besuch einer Fürsorgestelle vermerkt, konnte das dortige Material angefordert und eingesehen werden. Außerdem enthielt die Karteikarte die Nummer der zugehörigen 'Sippenakte', in der Untersuchungsergebnisse über die zu einer Familie gehörenden Personen, Schriftwechsel mit anderen Behörden und weitere die jeweilige Familie betreffende Unterlagen (z.B. auch Schreiben und Beschwerden der Patienten) abgelegt waren.

Im Rahmen der 'Erbbestandsaufnahme' hatten die Gesundheitsämter einander zuzuarbeiten. Bei jedem Gesundheitsamt waren nämlich zwei Karteien zu führen, eine sogenannte 'Geburtsortkartei' und eine 'Wohnortkartei'. Die Geburtsortkartei umfaßte Karteikarten von Personen, die im Bezirk des jeweiligen Gesundheitsamtes geboren waren, die Wohnortkartei die jeweils aktuelle Wohnbevölkerung. Für im Ausland geborene Deutsche gab es eine zentrale Kartei im Reichsgesundheitsamt in Berlin. Wenn eine Person im Gesundheitsamt untersucht wurde, die im Bezirk eines anderen Gesundheitsamtes geboren war, so wurde diesem Gesundheitsamt die entsprechende Wohnortkarteikarte zugeschickt; verzog eine Person, die mit dem Gesundheitsamt zu tun gehabt hatte, an einen anderen Ort, so wurde dem dortigen Gesundheitsamt die Karteikarte aus der Wohnortkartei übersandt. Durch diese interne Vernetzung und Zuarbeit, von der die Betroffenen natürlich keine Ahnung hatten, wurde der Aufbau der 'Erbkartei' erheblich gefördert.

Dieser interne Kreislauf von Informationen per Karteikarte innerhalb des öffentlichen Gesundheitsdienstes ergänzte sich durch zwei weitere Datenzuflüsse. Die 'erbbiologische Bestandsaufnahme' wurde nämlich auch in den Heil- und Pflegeanstalten und in den Gefängnissen durchgeführt, wobei die gleichen Formulare und Karteikarten Verwendung fanden wie bei den Erhebungen der Gesundheitsämter. Zur Koordination dieser Aktivitäten wurden in den Ländern und Provinzen des Deutschen Reiches 'erbbiologische Landeszentralen' eingerichtet. Die 'erbbiologische Landeszentrale' für Lippe befand sich ab 1938 in der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus bei Lemgo.[38] Durch die 'Verkartung'

der in den Heilanstalten und den Gefängnissen einsitzenden Menschen fielen für die Gesundheitsämter Zweitschriften von Karteikarten ab, wodurch sich ihre eigenen Karteien vergrößerten.

In den beiden lippischen Gesundheitsämtern wurde die 'erbbiologische Bestandsaufnahme' offenbar in unterschiedlicher Intensität durchgeführt. Dr. Augeners Berichte lassen erkennen, daß das Gesundheitsamt Detmold wegen des herrschenden Personalmangels – ein Dauerproblem aller Gesundheitsämter in dieser Zeit – Schwierigkeiten mit der Durchführung der erbbiologischen Erhebungen hatte. Der Detmolder Amtsarzt berichtete im Mai 1936 an die Regierung:

> Die Unterlagen für alle Untersuchten des Gesundheitsamtes bezüglich Erb- und Rassenpflege sind jedoch im Sinne der Verfügung durch Nachforschung von Erbkrankheiten in jedem einzelnen Fall bei Ehestandsdarlehensbewerbern, Siedlern und Erbkranken durchgeführt worden, sie waren allerdings infolge der unzureichenden Anzahl der Gesundheitspflegerinnen lückenhaft und trafen häufig erst recht spät ein. Die Angaben der Gesuchsteller und Erbkranken sowie deren Angehörigen werden immer unzuverlässiger und ungenauer. Die vorgeschriebenen Karteikarten werden seit Mitte April d.J. geführt, nachdem der 2. Arzt wieder zur Verfügung steht.[39]

Mehr System bei der Durchführung und wohl auch mehr Lust an der Fahndung nach 'Erbkranken' lassen dagegen die ebenfalls vom Mai 1936 datieren Ausführungen des Amtsarztes von Lemgo, Dr. Frenzel[40], erkennen. Sie zeigen auch, daß die Erfassungstätigkeit der NS-Gesundheitsämter keineswegs bei Null anfing. Vielmehr bildeten die seit den 20er Jahren im Rahmen der Gesundheitsfürsorge angelegten Akten und Krankenblätter den Grundstock für die spätere 'Erbbestandsaufnahme': „Im staatlichen Gesundheitsamt in Lemgo sind bisher folgende Akten gelagert worden: 1. die Säuglingsbogen, 2. die Schulgesundheitsbogen, 3. die Bogen der Tuberkulosefürsorge, 4. die Bogen der Krüppelfürsorge. Bestimmungsgemäß sind zunächst die Bogen der Schulgesundheitspflege zusammengetragen worden und in diese werden nunmehr die Bogen der Säuglings- und Kleinkinderfürsorge eingelegt."[41] Wichtig waren bei dieser Erfassungstätigkeit vor allem die Gesundheitsfürsorgerinnen, die für das Gesundheitsamt und andere soziale Ämter Ermittlungstätigkeiten wahrnahmen und dadurch in der Lage waren, zahlreiche Informationen zu sammeln: „Für jede Gesundheitspflegerin besteht eine einfache Kartei, damit sie in deren Karten Befunde bei den Hausbesuchen oder auf meinen Sprechtagen eintragen kann, die dann von Zeit zu Zeit in die Hauptbögen des Gesundheitsamtes nachgetragen werden." In Lemgo verfügte die Beratungsstelle für 'Erb- und Rassenpflege' im Gegensatz zu Detmold auch über einen festen Termin, an dem

> Eheberatungsstunden abgehalten werden, Ehestandsdarlehensbewerber untersucht, Bauernsiedler und Kleinsiedler begutachtet und Ehetauglichkeitsatteste ausgefertigt

> werden. Die untersuchten Personen erhalten ihre vorgeschriebene Karteikarte [...] Auf diese Weise wird allmählich die erbbiologische Kartei entstehen.

Insgesamt war die 'erbbiologische Bestandsaufnahme' zwar ein gigantomanisch angelegter Entwurf, dessen Durchführung allerdings oft weit hinter den gesetzten Zielen zurückblieb. „Die die 'Erbkarteizentralen' führenden Gesundheitsämter waren oft überlastet. Es fehlte an den erforderlichen Budgets und an den Haushaltsstellen für speziell abgestellte Karteiführer. Rückfragen der einschlägigen Behörden konnten oft wegen Arbeitsüberlastung nicht beantwortet, die Karteisysteme nicht auf dem laufenden gehalten werden."[42] Dies tat der Datensammelwut allerdings keinen Abbruch. Trotz kriegsbedingter Einschränkungen wurde die 'Erbbestandsaufnahme' auch nach Beginn des 2. Weltkrieges mit dem Ziel der möglichst totalen Erfassung des Menschen durch die Gesundheitsbehörden fortgesetzt. Der Reichsgesundheitsführer, Dr. Leonardo Conti, zog gegenüber Himmler 1942 eine Zwischenbilanz der Erfassungstätigkeit. 10 Millionen erbbiologische Karteikarten waren zu diesem Zeitpunkt bereits von den Gesundheitsämtern angelegt worden, in denen, so Conti, „schon heute ein großer Teil der negativen und belastenden Dinge über jeden Deutschen" niedergelegt sei.[43] Zu der von Conti skizzierten Erweiterung der 'erbbiologischen Bestandsaufnahme', es sollten nun auch die Betriebsuntersuchungen der Deutschen Arbeitsfront in die Karteien der Gesundheitsämter einbezogen werden, ist es aus Kriegsgründen allerdings nicht mehr gekommen.

3.3. Verleihung des 'Ehrenkreuzes der deutschen Mutter' [44]

Der NS-Staat hat keineswegs eine für alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen geltende geburtenfördernde Politik betrieben. Anderslautende Aussagen gehören in den Bereich der historischen Legende. Nur für bestimmte Bevölkerungsgruppen, die als 'hochwertig' und 'erbgesund' galten, wurde eine fördernde Geburtenpolitik mit Hilfe von Ehestandsdarlehen, Kinderbeihilfen etc. betrieben. Andere erhielten nichts. Wieder andere, die als 'erbkrank' galten oder an Infektionskrankheiten wie Tuberkulose oder Geschlechtskrankheiten litten, wurden von der Fortpflanzung ausgeschlossen, sei es durch Zwangssterilisation, sei es durch Eheverbot. Ihre Kinder galten staatlicherseits als unerwünscht und durften nicht zur Welt kommen. „Die Parole lautet also nicht: 'Kinder um jeden Preis', sondern: 'eine möglichst große Kinderschar aus der erbgesunden deutschen Familie'."[45]

Eine der bevölkerungspolitischen Maßnahmen des NS-Staates war das sogenannte 'Ehrenkreuz der deutschen Mutter', das durch den Erlaß Hitlers vom 16. Dezember 1938[46] gestiftet wurde. Es sollte „sichtbares Zeichen des Dankes des Deutschen Volks an kinderreiche Mütter sein" und wurde in drei Stufen verliehen: In der dritten Stufe für Mütter von vier und fünf Kindern, in der

zweiten Stufe Müttern von sechs und sieben Kindern und schließlich in der höchsten, der ersten Klasse, für Mütter von acht und mehr Kindern. Voraussetzung war allerdings, daß die Eltern der Kinder 'deutschblütig' und 'erbtüchtig' waren, die Mutter der Auszeichnung würdig war und die Kinder lebend geboren sein mußten.

Das auf den ersten Blick harmlos anmutende 'Ehrenkreuz' ist ein gutes Beispiel dafür, wie es dem NS-Staat gelang, mit Symbolen Politik zu machen, dabei die eigene Anhängerschaft zu belohnen, Gegner zu bestrafen und so die Bevölkerung in 'Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde'[47] zu spalten. Denn für die Verleihung des 'Ehrenkreuzes' wurde fast die gesamte relevante Partei- und Staatsmaschinerie in Gang gesetzt. Die Vorschlagslisten für die 'Ehrenkreuze' wurden „von Amtswegen", also in der Regel durch den zuständigen Bürgermeister, zusammengestellt. Die zur Ehrung vorgesehenen Frauen wurden zunächst an Hand eines in einem Merkblatt festgelegten Kataloges überprüft, der die Kriterien für die 'Auslese' der zu ehrenden Mütter enthielt. 'Unwürdig' waren danach Mütter, die im Zuchthaus gewesen oder wegen Abtreibung etc. bestraft worden waren, als 'unwürdig' galten auch Mütter, denen vorgeworfen wurde, „das Ansehen der Deutschen Mutter schwer geschädigt" zu haben, „z.B. durch Gewerbsunzucht oder nicht strafbare Rassenschande".[48] Geächtet wurden vor allem die Mütter sog. asozialer Großfamilien. Als 'asozial' galten dabei solche Familien, „die fortgesetzt mit den Strafgesetzen, der Polizei und den Behörden in Konflikt geraten, deren Mitglieder arbeitsscheu, [...] unwirtschaftlich und hemmungslos sind", deren Kindererziehung nach der Meinung der NS-Behörden zu wünschen übrig ließ oder „deren Angehörige Trinker sind oder durch unsittlichen Lebenswandel auffallen." Daran schloß sich die Überprüfung durch das Gesundheitsamt an, das dieses vorwiegend auf der Basis bereits vorhandener Unterlagen, vor allem der 'Erbkartei' und der 'Sippenakten', durchzuführen hatte. Die letzte Entscheidung über den Antrag lag dann bei der Kreisleitung der NSDAP, da die Verleihung der Ehrenkreuze Sache der Partei war. Erst danach wurden die derart für 'würdig' befundenen Anträge an den Regierungspräsidenten und von ihm an die Präsidialkanzlei in Berlin weitergeleitet, die die Urkunden und die 'Ehrenkreuze' ausfertigte und an den Ort ihrer Bestimmung zurückschickte.[49]

„Ruf: asozial, arbeitsunlustig, unwirtschaftlich": staatliche Bürokratie und Ehrenkreuzverleihungen

Wie das konkret aussah, zeigt das Beispiel von Josepha R., der das Ehrenkreuz 1939 verweigert wurde, obwohl sie in 2 Ehen 9 Kinder geboren hatte, von denen zum Zeitpunkt der Antragstellung noch 7 lebten.[50] Nachdem ihr Ehren-

kreuz-Antrag bei der Stadt Detmold eingegangen war, prüfte das Polizeiamt zunächst, ob die Antragstellerin vorbestraft war. Sie war es nicht. Danach wurde der Antrag am 12. Oktober 1939 an die für die Stadt Detmold zuständige Bezirksfürsorgerin Schwester Margarete weitergereicht, die den Auftrag bekam, Leumund und Erbgesundheit von Josepha R. und ihrer Familie zu überprüfen, wobei das 'Merkblatt für die Auslese der Mütter, die für die Verleihung des Ehrenkreuzes der Deutschen Mutter vorgeschlagen werden sollen', als Richtschnur zu dienen hatte. Ausdrücklich wurde die Fürsorgerin gemahnt: „Die Ermittlungen sind in den Familien selbst möglichst zu unterlassen." Die Fürsorgerin mußte sich also bei ihrer Untersuchung auf bereits vorhandene Unterlagen diverser städtischer Ämter und Behörden stützen, ein im damaligen Fürsorgealltag keineswegs unübliches Verfahren. Auf diesem Wege kam einiges an Informationen zusammen. Am 16. Oktober 1939 berichtete die Fürsorgeschwester über Frau R. und ihre Familie: „Ruf: asozial, arbeitsunlustig, unwirtschaftlich, unwahr; Familie hat Wohlf.[ahrts]Amt Jahre hindurch in Anspruch genommen. Ehemann: trinkt gerne, mußte im Arbeitshaus untergebracht werden. Kinder ebenfalls arbeitsunwillig, haben s.[einer] Z.[eit] die Hilfsschule besucht. Sohn Wilhelm steht unter Fürsorgerziehung. Erbgesund: nein. Näheres kann das Gesundheitsamt angeben."

Nachdem der Antrag zum Bürgermeister zurückgekommen war, reichte ihn dieser zur Stellungnahme bei der zuständigen NSDAP-Ortsgruppe ein. Deren Blockleiter bestätigte die Aussagen der Bezirksfürsorgerin am 24. Oktober, worauf der Detmolder Bürgermeister zu dem Ergebnis kam, er könne den Antrag „aus den in dem Bericht der Bezirksfürsorgerin vom 16.10.39 angeführten Gründen nicht befürworten." Schließlich hatte auch noch das Detmolder Gesundheitsamt Stellung zu nehmen. Amtsarzt Dr. Augener bestätigte auf Grund der ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen die Angaben der Bezirksfürsorgerin: „Die Familie ist asozial; eine Tochter nachgewiesen erbkrank, die übrigen Kinder [...] Hilfsschüler, Fürsorgezöglinge." Der Kreisleiter Wedderwille lehnte daraufhin als letzte Instanz den Antrag auf Ehrenkreuz-Verleihung ab.

Insgesamt handelte es sich bei den Ehrenkreuz-Verleihungen um ein gigantisches Vorhaben; schließlich sollten am Muttertag, dem 21. Mai 1939, im ganzen Deutschen Reich die Ehrenkreuze durch die Ortsgruppenleiter der NSDAP im Rahmen einer kleinen Feierstunde an die in Frage kommenden Mütter vergeben werden. Wegen der zeitaufwendigen Überprüfungen war dieser Terminplan nicht einzuhalten. So kam es, daß mit der Verleihung der ersten Ehrenkreuze aus dem Landkreis Detmold am Muttertag 1939 (insgesamt wurden an diesem Tag 228 Ehrenkreuze der I. Stufe, 240 Ehrenkreuze der II. Stufe und 416 Ehrenkreuze der III. Stufe übergeben), die Gesamtaktion wegen der schleppenden Bearbeitung der Anträge noch lange nicht zu Ende war. In seinem Runderlaß vom 2. Juni 1939 mußte der Reichsinnenminister einräumen, daß am Muttertag 1939 „eine hinter den gehegten Erwartungen zurückbleiben-

de Zahl von Ehrenkreuzen zur Ausgabe gelangt"[51] war. Als neuer Verleihungstermin wurde deshalb das Erntedankfest (1. Oktober 1939) festgesetzt, wobei alle über 60 Jahre alten Mütter berücksichtigt werden sollten.

Auch dieser Termin ließ sich nicht einhalten. Die beteiligten Behörden stöhnten unter der Arbeitslast. Die Lippische Landesregierung mußte schließlich in einem Schreiben an den Reichsinnenminister einräumen, daß die Fristen nicht einzuhalten waren. Dieses Problem tauchte aber offenbar nicht nur in Lippe auf. Denn Hitler ordnete an, „daß das Verleihungsverfahren unverzüglich, und zwar mit größter Beschleunigung, weiter durchgeführt wird."[52] Schließlich war inzwischen Krieg. Deshalb sollten die älteren Mütter, die Mütter der Soldaten, besonders hofiert werden. „Es soll möglichst erreicht werden, daß ein großer Teil der in Frage kommenden Mütter, vor allem sämtliche Mütter über 50 Jahre, bis Weihnachten im Besitz des Ehrenkreuzes sind. Ein etwa verbleibender Rest an Anträgen muß unbedingt bis zum Muttertag 1940 aufgearbeitet sein."[53] So kam es, daß in Lippe erst wieder in der Woche vor Weihnachten, am 17. Dezember 1939, Ehrenkreuze zur Verleihung gelangten: Darunter im Kreis Detmold 202 Ehrenkreuze der I. Stufe, 418 der II. Stufe und 1040 der III. Stufe, dies jeweils ausweislich der noch erhaltenen Vorschlagslisten.[54] Die Ehrenkreuzverleihungen an bestimmten nationalen Festtagen wurden so, anders als ursprünglich geplant, auch in den folgenden Jahren zur feststehenden Einrichtung. Geehrt konnten sich allerdings nur diejenigen Frauen fühlen, die den Normen des nationalsozialistischen Menschenbildes genügten. Die 'Ehrenkreuz'-Verleihungen ordneten sich auf diese Weise in die seit 1933 verschärft durchgeführten staatlichen Kampagnen gegen Personen ein, die ein von den spießbürgerlichen Normen der nationalsozialistischen 'Volksgemeinschaft' abweichendes Sozialverhalten an den Tag legten und die daher – nicht nur im Nationalsozialismus – als 'asozial' angesehen wurden.[55]

4. Öffentliches Gesundheitswesen und Rassenhygiene nach 1945

Der vom nationalsozialistischen Staat als rassenhygienische Selektionsinstanz geschaffene öffentliche Gesundheitsdienst ist niemals durchgreifend entnazifiziert worden.[56] Dies zeigt sich u.a. an der überwiegenden personellen Kontinuität der Amtsträger in den Gesundheitsämtern. Der Amtsarzt des staatlichen Gesundheitsamtes in Detmold, Dr. Otto Augener, war von 1924 bis 1950 in Lippe tätig. Er diente der Weimarer Republik und dem 'Dritten Reich', wurde 1947, obwohl NSDAP-Mitglied seit 1937, im Rahmen der Entnazifizierung als 'unbelastet' eingestuft und blieb Amtsarzt bis zu seiner Pensionierung. Zwar wurden 1945 auch einige Amtsärzte des späteren Regierungsbezirks Detmold aus dem Amt entlassen oder suspendiert, damit war jedoch keine wirkliche 'Entnazifizierung' vollzogen worden. Sämtliche der 1945 entlassenen bzw. suspendierten Beamten befanden sich, wie meine personengeschichtlichen

Untersuchungen ergeben haben, sofern sie nicht aus Altersgründen ausgeschieden oder verstorben waren, im Jahre 1950 wieder im öffentlichen Gesundheitsdienst 'in Amt und Würden', wenn auch meist nicht in Leitungspositionen. Ein Beispiel aus Lippe ist Dr. Heinrich Czerlinsky vom Gesundheitsamt Lemgo.[57] Dr. Czerlinsky, NSDAP-Mitglied seit dem 1. Dezember 1931 und damit ein sogenannter 'alter Kämpfer', war von 1939 bis 1945 kommissarischer Amtsarzt des Gesundheitsamtes Lemgo, wurde 1945 wegen seiner frühen NSDAP-Mitgliedschaft aus dem Staatsdienst entlassen und war von 1945 bis 1949 in Lemgo als praktischer Arzt tätig. 1949 stellte er nach durchgeführter 'Entnazifizierung' einen Antrag auf Wiedereinstellung, dem stattgegeben wurde, so daß Dr. Czerlinsky bis zu seiner Pensionierung im öffentlichen Gesundheitsdienst als stellvertretender Amtsarzt tätig bleiben konnte.

Wie die Personen, so bewiesen auch die Vorstellungen, die das NS-Gesundheitswesen geprägt hatten, in den ersten Jahren nach 1945 eine erstaunliche Zählebigkeit. Ein Beispiel ist die Debatte um die Fortdauer des Ehegesundheitsgesetzes. Es blieb auf Anweisung der zuständigen Militärregierung durch einen Erlaß des Oberpräsidenten von Westfalen vom 10. September 1945, der auch für Lippe Gültigkeit besaß, weiterhin in Kraft, da es „weder dem Wortlaut noch dem Sinne nach Bestimmungen, die gegen eine Religion, Rasse oder Staatsangehörigkeit gerichtet sind oder dem Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz widersprechen"[58], enthalte. Gegen die von den lippischen Gesundheitsämtern damit weiterhin praktizierte Politik, Eheschließungen auf ihre staatliche 'Erwünschtheit' zu überprüfen, wandte sich, soweit bekannt, lediglich eine mutige Einzelstimme: Der Lemgoer Rektor Hagemann, ein Mitglied des Lippischen Landesrats. Er schrieb am 5. Dezember 1945 an den Landespräsidenten Drake: „Wie mir durch ein Vorkommnis beim Staatlichen Gesundheitsamt in Lemgo bekannt wurde, kann das Ehetauglichkeitszeugnis verweigert werden, wenn ein Teil der Heiratswilligen zeugungsunfähig und der andere zeugungsfähig ist. Diese gesetzlichen Bestimmungen sind Auswirkungen nationalsozialistischen Denkens. Eine solche gesetzliche Bindung kann heute nicht mehr aufrechterhalten werden, da sie den heutigen Begriffen von Freiheit und Recht des Einzelnen nicht entspricht. Falls beide Teile der Eheschließenden ggf. über den Gesundheitszustand des anderen in Kenntnis gesetzt sind und die Ehe miteinander eingehen wollen, sollte der heutige Staat sie nicht daran hindern. Das noch bestehende Ehegesundheitsgesetz müßte entsprechend geändert werden."[59]

Diese Intervention Hagemanns blieb erfolglos. In Westfalen und in Lippe wurden noch bis 1947 'Ehetauglichkeitsuntersuchungen' in den Gesundheitsämtern durchgeführt und Eheverbote ausgesprochen, bevor am 13. Mai 1947 durch den Innenminister von Nordrhein-Westfalen das Ehegesundheitsgesetz außer Kraft gesetzt wurde. Damit löste er einen Proteststurm seitens der Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes aus. Die zu einer Tuberkulosetagung ver-

sammelten Amtsärzte des Regierungsbezirks Detmold formulierten unter Federführung des Lemgoer Amtsarztes Dr. Fischer am 22. Juni 1947 ein Protestschreiben an ihre vorgesetzte Behörde, das nordrhein-westfälische Sozialministerium, in dem dieses gebeten wurde, die Außerkraftsetzung des Gesetzes „dem Herrn Innenminister gegenüber als eine unserer Überzeugung nach schwere Beeinträchtigung, ja Schädigung des Grundgedankens einer öffentlichen Gesundheitspflege und Fürsorge zu kennzeichnen mit dem Ziel, die Aufhebung rückgängig zu machen". Die Amtsärzte vertraten die Meinung, daß die Formulierung des Gesetzes im Jahre 1935 „ursächlich in keinem Zusammenhang mit dem damaligen Regierungssystem" gestanden habe. Sie schlossen mit einem nachdrücklichen Bekenntnis zur Notwendigkeit einer weiteren Durchführung der Eugenik:

> Wir sind abschließend der Überzeugung, daß es über unsere verantwortungsschwere Berufsaufgabe hinaus unsere kulturelle Pflicht ist, die Erkenntnisse der Eugenik und die hieraus abgeleiteten Maßnahmen nicht nur nicht zu schmälern, sondern als eine wesentliche und tiefgreifende Ursachenbekämpfung des chaotischen Niedergangs aller Gesellschaftsordnung zu fördern und zu vermehren.[60]

Der derart unter Druck gesetzte Innenminister sah sich im September 1947 zu einer Klarstellung genötigt. Das 'Ehegesundheitsgesetz' sei keineswegs aufgehoben, vielmehr als mit dem inzwischen erlassenen Ehegesetz des Kontrollrates vom 20. Februar 1946 in Widerspruch stehend außer Kraft gesetzt worden. Gegenwärtig würden von der Militärregierung Entwürfe eines neuen Ehegesundheitsgesetzes geprüft.[61]

Mit der Außerkraftsetzung des Gesetzes vom Mai 1947 war also keineswegs ein Ende der Ehegesundheitsdebatte erreicht. Eine weichere Neufassung für ein nordrhein-westfälisches Landesgesetz „über die Vorlage eines Gesundheitszeugnisses vor der Eheschließung", wie es nun hieß, lag im Mai 1948 vor.[62] Dieser Entwurf ging von einer obligatorischen 'Ehetauglichkeitsuntersuchung' durch niedergelassene Ärzte aus, die vom Gesundheitsamt überprüft werden mußte. Im Falle von gesundheitlichen Bedenken gegen die Eheschließung sollte das Gesundheitsamt die Heiratswilligen vorladen und auf diese Bedenken hinweisen können. Das zur Heirat notwendige Ehetauglichkeitszeugnis war aber nach einer Bedenkzeit von vier Wochen in jedem Fall auf Verlangen der Brautleute vom Gesundheitsamt auszustellen. Die vom NS-Staat eingeführten direkten Zwangsmaßnahmen und Eheverbote sollten also wegfallen.

Eine Gesetzesvorlage oder gar -verabschiedung kam allerdings nicht zustande, weil man in den zuständigen NRW-Ministerien eine bundesgesetzliche Regelung erwartete, die aber immer länger auf sich warten ließ. Es war allein das Bundesland Württemberg-Baden, das am 14. März 1949 ein neues Gesetz „über die Vorlegung eines Gesundheitszeugnisses vor der Eheschließung"[63] verabschiedete, das im Tenor stark an den nordrhein-westfälischen Entwurf

anknüpfte. In den zuständigen Bundesministerien wurde das Thema Ehegesundheitsgesetz erst im Jahre 1953 zu den Akten gelegt, ohne daß es zur Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes gekommen wäre.[64] Damit war das Thema in der wissenschaftlichen Debatte jedoch noch keineswegs vom Tisch. Der Lemgoer Amtsarzt und spätere 2. Medizinaldezernent der Regierung Detmold, Dr. Joachim Fischer, propagierte in der Fachöffentlichkeit ab 1949 im Rahmen der von ihm gegründeten 'Arbeitsgemeinschaft für Jugend- und Eheberatung'[65] auch eine 'negative und positive Fortpflanzungshygiene', die sich an Positionen Grotjahns aus der Weimarer Zeit anlehnte. Fischer bekräftigte dabei auch die Notwendigkeit einer eugenischen Eheberatung, mit der das Gefühl vermittelt werden sollte,

> daß die Eheschließenden über ihr gegenseitiges persönliches Wohl hinaus auch der Gesundheit ihrer Kinder und damit der erbbiologischen Gesundheit ihres Volkes verantwortlich sind. Das Beispiel zahlreicher Staaten in aller Welt hat aber gezeigt, daß hier ohne Eheverbote gegenüber Uneinsichtigen schließlich nicht auszukommen ist, soweit es sich nachweislich um Träger von Erbleiden handelt, deren Vermehrung in Keines Interesse liegt.[66]

1957 verließ Fischer die Regierung Detmold und wurde 'beratender Sozialhygieniker' des Diakonischen Werks der EKD. Dort setzte er seinen Einsatz für die Eugenik fort, u.a. hatte er in seinem neuen Arbeitsfeld den Co-Vorsitz des 1951 wiedergegründeten 'Eugenischen Arbeitskreises' des Diakonischen Werkes inne.[67]

Eine 'Stunde Null' hat es also auch im öffentlichen Gesundheitsdienst nicht gegeben. Wie die Debatte um ein neues Ehegesundheitsgesetz zeigt, waren Vorstellungen einer 'Bevölkerungseugenik' noch bis in die 50er Jahre greifbar und mündeten z.T. auch in entsprechende Gesetze ein. Es waren nicht zuletzt die durch halbherzige Entnazifizierungsmaßnahmen erzeugten personellen Kontinuitäten unter den Amtsträgern, auf die dieser *langsame* Abschied von der Rassenhygiene zurückzuführen ist. Der vom Nationalsozialismus auf die Spitze getriebenen 'Bevölkerungseugenik' wurde durch die Weiterentwicklung der Vererbungslehre zu einer stärker individualisierten 'Genetik' in den 50er und 60er Jahren der Boden entzogen, ohne daß damit die alte eugenische Utopie vom perfekten Menschen verschwunden wäre.[68] Dem Rückzug des Staates aus einer praktischen eugenischen Politik folgte eine „Rückverlagerung der eugenischen Reproduktionsverantwortung auf das Individuum."[69] Die Erzeugung von „Menschen nach Maß" mit Hilfe der neuen Gen- und Reproduktionstechniken rückt am Ende des 'eugenischen Jahrhunderts' – denn ein solches war das 20. Jahrhundert ohne Zweifel *auch* – erstmals in den Bereich des Möglichen, mit noch unabsehbaren Konsequenzen für das menschliche Zusammenleben.[70]

Anmerkungen

1. Dazu ist grundlegend: Alfons Labisch u. Florian Tennstedt, Der Weg zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens". Entwicklungslinien und -momente des staatlichen und kommunalen Gesundheitswesens in Deutschland, Düsseldorf 1985; Christoph Sachße u. Florian Tennstedt, Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland. Bd. 2: Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871–1929, Stuttgart u.a. 1988.
2. Vgl. Paul Weindling, Hygienepolitik als sozialintegrative Strategie im späten deutschen Kaiserreich, in: Alfons Labisch u. Reinhard Spree (Hg.), Medizinische Deutungsmacht im sozialen Wandel des 19. und frühen 20. Jahrhunderts, Bonn 1989, S. 37-55.
3. Vgl. dazu die Akten im Staatsarchiv Detmold (= StA DT), L 79, Nr. 4611 und L 80 I c, Gruppe 1, zusätzlich Heinrich Drake (Hrsg.), Die lippische Landesverwaltung in der Nachkriegszeit, Detmold 1932, bes. S. 241-264.
4. Vgl. Jürgen Reyer, Alte Eugenik und Wohlfahrtspflege. Entwertung und Funktionalisierung der Fürsorge vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Freiburg 1991.
5. Dazu ist grundlegend: Paul Weindling, Health, Race and German Politics between National Unification and Nazism, 1870 – 1945, Cambridge 1989.
6. Vgl. dazu vor allem: Hans-Walter Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung „lebensunwerten Lebens", Göttingen 1987; sowie Peter Weingart,Jürgen Kroll u. Kurt Bayertz, Rasse, Blut und Gene. Zur Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt/M. 1988.
7. Die Sachakten des Gesundheitsamtes Lemgo sind erhalten, vgl. StA DT, D 102 Lemgo. Der folgende Aufsatz über die Entwicklung des Gesundheitswesens im Raum Detmold stützt sich, da die Sachaktenregistratur des Gesundheitsamtes Detmold nicht überliefert ist, auf die Parallelüberlieferung im Bestand der Fürsorgeabteilung der Lippischen Landesregierung (StA DT, L 80 I c). Sämtliche Patientenakten beider Gesundheitsämter müssen, sieht man von einen kleinen Restbestand Detmolder Akten ab (StA DT, D 102 Detmold), ebenso wie die Fallakten des Erbgesundheitsgerichts Detmold als verloren gelten. Eine Ersatzüberlieferung zu den Zwangssterilisationen bieten die erhaltenen Sachakten bzw. Register des Erbgesundheitsgerichts Detmold (in: StA DT, D 23 C) sowie die Sachakten zu diesem Thema im Bestand StA DT, L 80 I c.
8. Vgl. dazu: Anna Bergmann, Die verhütete Sexualität. Die Anfänge der modernen Geburtenkontrolle, Hamburg 1992; Cornelie Usborne, Frauenkörper – Volkskörper. Geburtenkontrolle und Bevölkerungspolitik in der Weimarer Republik, Münster 1994; Christiane Dienel, Kinderzahl und Staatsräson. Empfängnisverhütung und Bevölkerungspolitik in Deutschland und Frankreich bis 1918, Münster 1995.
9. Gisela Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 302.
10. Vgl. Stephen Jay Gould, Der falsch vermessene Mensch, Stuttgart 1983; Michael Pollak, Rassenwahn als Wissenschaft, Frankfurt/M. 1990.
11. Vgl. Hans Ludwig Siemen, Menschen blieben auf der Strecke. Psychiatrie zwischen Reform und Nationalsozialismus, Gütersloh 1987.
12. Vgl. dazu vor allem Michael Schwartz, Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Diskurs und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933, Bonn 1995 (= Diss. phil. Münster 1992); Ders., Konfessionelle Milieus und Weimarer Eugenik, in: HZ 261 (1995), S. 403-448.

13. Vgl. Die Eugenik im Dienste der Volkswohlfahrt. Bericht über die Verhandlungen eines zusammengesetzten Ausschusses des preußischen Landesgesundheitsrates vom 2. Juli 1932, Berlin 1932; Joachim Müller, Sterilisation und Gesetzgebung bis 1933, Husum 1985, S.93-105.
14. Arthur Gütt, Ernst Rüdin u. Falk Ruttke, Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14. Juli 1933. Kommentar, München 1934, S. 5.
15. Auf dieses Gesetz und seine Durchführung wird hier nicht weiter eingegangen. Vgl. dazu allgemein das Buch von Gisela Bock (wie Anm. 9) und den Beitrag von Sabine Hanrath in diesem Band.
16. Hans Reiter u.a. (Hg.), Sammlung deutscher Gesundheitsgesetze, Bd. 1: Erb- und Rassenpflege, Leipzig 1940.
17. Zu diesem Thema bereitet der Verfasser derzeit eine Doktorarbeit mit regionalem Schwerpunkt auf Westfalen vor. Vgl. auch meine zweiteilige regionale Fallstudie: Die Gesundheitsämter im Kreis Herford während der NS-Zeit, Teil 1: Die Durchsetzung der „Erb- und Rassenpflege", in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1993, Bielefeld 1992, S. 89-119 und Teil 2: Gesundheitsfürsorge und Rassenhygiene, in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford 1994, Bielefeld 1993, S. 155-184, die das Themenspektrum andeutet, das in der Dissertation behandelt werden wird.
18. Vgl. dazu die Pionierarbeit von Labisch und Tennstedt (wie Anm. 1). Zur Durchführung des Gesetzes in Lippe, siehe StA DT, L 80 I c, Gr. 7, Fach 1-2, Nr. 1, Bd. 1-3.
19. Dr. Otto Augener, geb. 1885 in Baruth/Mark, Ostern 1904 Abitur, 1904–1909 Medizinstudium, 1909/10 Medizinalpraktikant an der Lungenheilstätte Cottbus der LVA Brandenburg und am Städt. Krankenhaus Brandenburg, 1910 Ärztl. Approbation in München und Promotion in Leipzig, seit 1911 prakt. Arzt, 1914 bis 1918 Kriegsdienst, danach wieder in Privatpraxis tätig, 5.7.1924 Kreisarztexamen, 15.11.1924 Eintritt in den lippischen Staatsdienst als Kreisarzt in Blomberg, 1933 Wechsel als Kreisarzt nach Detmold, 1935 staatlicher Amtsarzt des staatlichen Gesundheitsamtes Detmold und medizinischer Sachbearbeiter der lippischen Landesregierung, NSDAP-Mitglied seit 1937, 1945 Verbleiben im Amt, 1947 bei der Entnazifizierung direkt in Kat. V (d.h. als 'Entlasteter') eingestuft und bis zum Erreichen der Altersgrenze weiterbeschäftigt; vgl. StA DT, L 80 Ic, Gr. VII, Fach 13, Nr. 1 und Fach 24, Nr. 4; Ebd., L 80 I Pers., Nr. 29 und D 72 Augener (Nachlaß) sowie seine Entnazifizierungsakte im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1055, Nr. 72.
20. Krahn, Das Gesundheitsamt und seine Bedeutung für Volk und Staat, in: ÖGD 2 A (1936/37), S. 450-462, Zitat S. 452.
21. Vgl. dazu Herbert Linden, Erb- und Rassenpflege bei den Gesundheitsämtern, in: Der öffentliche Gesundheitsdienst (= ÖGD) 1 A (1935/36), S. 3-13.
22. Vgl. dazu Gabriele Czarnowski, Das kontrollierte Paar. Ehe- und Sexualpolitik im Nationalsozialismus, Weinheim 1991; sowie Christiane Borchers, Die Vergabe von Ehestandsdarlehen – ein Instrument des nationalsozialistischen Regimes zur Lenkung des Arbeitsmarktes und zur Durchsetzung seiner rassenhygienischen Geburtenpolitik, Magistra-Arbeit Universität Bielefeld 1993.
23. StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 6, Nr. 19b: Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit v. 26. Juli 1933.
24. Ebd.: Richtlinien für die Gemeinden zum Gesetz über Förderung der Eheschließungen vom 12. Juli 1933 in der Fassung vom 7. März 1934, S. 2.

25. In: STA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 6, Nr. 19a. Dort auch die Ermittlungen der Landesregierung und zahlreiche weitere Beschwerden.
26. Text des Gesetzes nach: Reichsgesetzblatt (= RGBl.) I, 1935, S. 1146. Vgl. auch den Kommentar von Arthur Gütt, Ernst Rüdin u. Franz Massfeller, Blutschutz- und Ehegesundheitsgesetz, Berlin 1936.
27. Kurt Holm, Durchführung des Ehegesundheitsgesetzes unter besonderer Berücksichtigung des erbbiologischen Materials des hamburgischen Gesundheitspaßarchivs, in: ÖGD 2 B (1936/37), S. 537-546, Zitat S. 538f.
28. Zur Durchführung des Gesetzes, vgl. Johannes Vossen, Tuberkulosekrankheit und Rassenhygiene: Die Durchführung des nationalsozialistischen „Ehegesundheitsgesetzes" im Landkreis Herford 1935 bis 1947, in: Andreas Wollasch (Hg.): Wohlfahrt und Region. Beiträge zur historischen Rekonstruktion des Wohlfahrtsstaates in westfälischer und vergleichender Perspektive, Münster 1995, S. 125-141.
29. Sämtliche Vorgänge und Zitate nach: StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 2, Nr. 4.
30. Für Lippe liegen diese Ausnahmeanträge gesammelt in der Akte StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 2, Nr. 4 vor.
31. Vgl. das „Verzeichnis der Personen, denen Befreiung von den Vorschriften der Paragraphen 1 u. 2 des Ehegesundheitsgesetzes erteilt ist" und das „Verzeichnis der abgelehnten Fälle...", beide in der Akte L 80 I c, Gr. 24, Fach 2, Nr. 4.
32. Dazu ist grundlegend: Karl Heinz Roth, „Erbbiologische Bestandsaufnahme" – ein Aspekt 'ausmerzender' Erfassung vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges, in: Ders. (Hg.), Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe", Berlin 1984, S. 57-100.
33. 3. Durchführungsverordnung zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens" v. 30.3.1935, Paragraph 53, zit. nach: Arthur Gütt (Hg.), Der Öffentliche Gesundheitsdienst, Berlin 1935, S. 88.
34. Grundsätze für die Errichtung und Tätigkeit der Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege, hrsg. vom Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern, Berlin 1935, in: StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 8, Nr. 23. Dort auch die überarbeitete Fassung aus dem Jahre 1938: Grundsätze für die Tätigkeit der Beratungsstellen für Erb- und Rassenpflege in den Gesundheitsämtern und Richtlinien für die Durchführung der Erbbestandsaufnahme, hrsg. vom Reichs- und Preußischen Ministerium des Innern.
35. Die Erläuterungen zur Erbkarteikarte nach RdErl. d. RuPrMdI. vom 21.5.1935 (Anhang 5: Erläuterung zur Karteikarte), in: Gütt, Der öffentliche Gesundheitsdienst, S. 139-144.
36. 3. Durchführungsverordnung zum „Gesetz über die Vereinheitlichung des Gesundheitswesens" v. 30.3.1935, Paragraph 53, zit. nach: Gütt, Der Öffentliche Gesundheitsdienst, S. 88.
37. RdErl. d. RuPrMdI. vom 21.5.1935, in: Gütt, Der öffentliche Gesundheitsdienst, S.128-154, Zitat S.132 f.
38. Dazu mehr in: L 80 I c, Gr. 24, Fach 9, Nr. 25; vgl. dazu auch die Aufsätze von Jutta Bott und Sabine Hanrath in diesem Band.
39. L 80 I c, Gr. 24, Fach 8, Nr. 23: GA Detmold an Lipp. Regierung, 8.5.36.
40. Dr. Max Frenzel, geb. 1886 in Berlin, Medizinstudium in Berlin, Ärztl. Approbation 1914, 1914 bis 1918 Kriegsdienst als Truppenarzt, Promotion 1918, Anstaltsarzt in den Heilstätten der LVA Berlin in Beelitz, Weiterbildung zum Facharzt für Lungenkrankheiten, Leiter der TBC-Fürsorgestelle Berlin-Kreuzberg, 1925 Kreisarztexamen, 1925 Eintritt in den lippischen Staatsdienst als Kreisarzt in Detmold, seit

1935 Amtsarzt und Leiter des staatlichen Gesundheitsamtes Lemgo, gestorben 19.7.1939; vgl. StA DT, L 80 Ic, Gr. 7, Fach 24, Nr. 5; D 102 Lemgo, Nr. 1.

41. L 80 I c, Gr. 24, Fach 8, Nr. 23: GA Lemgo an Lipp. Regierung, 12.5.36. Dort auch die folgenden Zitate.
42. Roth (wie Anm. 31), S. 89.
43. Nach Bundesarchiv Potsdam, NS 19, Nr. 2397, Bl. 16-19: Conti an Himmler, 18.3.1942 (Zitat Bl. 16).
44. Dazu ist grundlegend: Irmgard Weyrather, Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die deutsche Mutter im Nationalsozialismus, Frankfurt/M. 1993.
45. Zit. nach Gisela Bock: Gleichheit und Differenz in der nationalsozialistischen Rassenpolitik, in: GG 19 (1993), S. 277-310, hier S. 291.
46. RGBl. I, 1938, S. 1923–1925. Dort auch die folgenden Zitate. Vgl. auch die Akte StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 11, Nr. 40 (dort die relevanten Erlasse zu den 'Ehrenkreuz'-Verleihungen).
47. Diese machiavellistische Politik der Belohnung und Bestrafung zum Zwecke der Herstellung von „Volksgemeinschaft" ist eindrucksvoll beschrieben in: Detlev Peukert, Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Köln 1982.
48. StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 11, Nr. 40: Anhang zum Erl. v. 28.1.39.
49. Durchführungsverordnung zur Verordnung über die Stiftung des Ehrenkreuzes der dt. Mutter vom 16.12.1938, in: RGBl. I, 1938, S. 1926.
50. Dieser Antrag befindet sich mit zahlreichen weiteren abgelehnten Ehrenkreuz-Anträgen in der Akte StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 12, Nr. 41.
51. StA DT, L 80 Ic, Gr. 24, Fach 11, Nr. 40: Rd. Erl. d. RMI v. 2.6.39.
52. Ebd.: Rd.Erl. d. RMI v. 10.10.39.
53. Ebd.
54. Ebd.
55. Vgl. dazu: Klaus Scherer, 'Asozial' im Dritten Reich. Die vergessenen Verfolgten, Münster 1990; Wolfgang Ayaß, 'Asoziale' im Nationalsozialismus, Stuttgart 1995.
56. Vgl. Hans-Ulrich Sons, Gesundheitspolitik während der Besatzungszeit. Das öffentliche Gesundheitswesen in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1983, bes. S. 46-65.
57. Vgl. zu Dr. Czerlinsky die Akten StA DT, L 80 I c, Gr. 7, Fach 25, Nr. 11 und D 99, Nr. 1121; sowie seine umfangreiche 'Entnazifizierungsakte' im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1072, LB 279.
58. StA DT, D 1, Dez. 24, Nr. 221: Oberpräsident Westfalen, 10.9.1945.
59. In: StA DT, L 80 I c, Gr. 24, Fach 2, Nr. 3.
60. Sämtliche Zitate nach StA DT, D 102 Lemgo, Nr. 242: Amtsärzte des Regierungsbezirks Detmold an den Sozialminister NRW, 26.6.1947.
61. StA DT, D 102 Lemgo, Nr. 242: Innenminster NRW an RP Münster, 5.9.1947.
62. In: StA DT, D 1, Dez. 24, Nr. 222.
63. Text des Gesetzes in: StA DT, D 102 Halle, Nr. 5.
64. Vgl. Bundesarchiv Koblenz (= BAK), B 142, Nr. 4115.
65. Vgl. dazu StA DT, D 1, Nr. 2533 und BAK, B 142, Nr. 2043.
66. Nach J. Fischer, Zur Frage der negativen und positiven Fortpflanzungshygiene, in: Volksgesundheitsdienst 2 (1951), S. 278-281, Zitat S. 281.
67. Nach Sabine Schleiermacher, Die Innere Mission und ihr bevölkerungspolitisches Programm, in: Heidrun Kaupen-Haas (Hg.), Der Griff nach der Bevölkerung.

Aktualität und Kontinuität nazistischer Bevölkerungspolitik, Nördlingen 1986, S. 73-89, hier S. 87.

68. Vgl. Weingart, Kroll u. Bayertz (wie Anm. 5), S. 562-668; Ludger Weß (Hg.), Die Träume der Genetik. Gentechnische Utopien von sozialem Fortschritt, Nördlingen 1989.
69. Stefan Kühl, Die Internationale der Rassisten. Aufstieg und Niedergang der internationalen Bewegung für Eugenik und Rassenhygiene im 20. Jahrhundert, Frankfurt u. New York 1997, Zitat S. 235. Vgl. dazu auch: Anne Waldschmidt, Das Subjekt in der Humangenetik. Expertendiskurse zu Programmatik und Konzeption der genetischen Beratung 1945–1990, Münster 1996.
70. Vgl. Swantje Köbsell, Die Guten ins Töpfchen, die Schlechten...? Alte und neue Eugenik in Deutschland, in: Christa Wichterich (Hg.), Mensch nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen 1994, S. 85-106.

Peter Respondek

Die Engländer und die Entnazifizierung in Detmold

Am 4. April 1945 ging für Detmold der Zweite Weltkrieg zu Ende.[1] Mit dem Abklingen der Kampfhandlungen und der Besetzung der Stadt durch amerikanische Panzertruppen begann für Detmold die Nachkriegszeit.

Den kämpfenden amerikanischen Verbänden folgten im Abstand von nur wenigen Tagen die Briten, die von nun an die Kontrolle der Stadt übernahmen.

Dem Besatzungsvorgang vorausgegangen waren umfangreiche Planungen während des Krieges in Großbritannien wie in den USA.[2] Spätestens mit Beginn des Jahres 1943 hatte man in Großbritannien, im Vorfeld und parallel zu den Planungen auf alliierter Ebene damit begonnen, sich Gedanken darüber zu machen, was mit Deutschland nach seiner Niederlage geschehen sollte. Obgleich Amerikaner wie Briten sich hinsichtlich einer einheitlichen deutschlandpolitischen Konzeption und somit konkreter Handlungsorientierungen für die Zeit nach Beendigung der rein militärischen Aktionen nicht einigen konnten – partikulare Eigeninteressen standen dem zu sehr entgegen – so verfolgten sie doch gemeinsam eine Politik, deren dominantes Motiv das Streben nach Sicherheit vor Deutschland war.

> We are in Germany [...] to make sure that Germany does not launch another war upon the World.[3]

Mit ihm eng verknüpft waren jene Maßnahmen, die man in Washington wie in London unter die Begriffe 'Demilitarisierung', 'Denazifizierung' und 'Demokratisierung' faßte.

Deutschland zu demokratisieren bedeutete, es zunächst einmal von all den Gesetzen, Institutionen und nicht zuletzt Personen zu 'säubern', die zwölf Jahre lang für das NS-Regime standen und dessen Existenz ermöglicht hatten. Diesen Grundsatz formulierte auch die Proklamation Nr. 1 des obersten Befehlshabers der alliierten Streitkräfte, General Dwight D. Eisenhower vom April 1945:

> Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten, die Herrschaft der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei beseitigen, die NSDAP auflösen sowie die grausamen, harten und ungerechten Rechtssätze und Einrichtungen, die von der NSDAP geschaffen worden sind, aufheben. Den deutschen Militarismus, der so oft den Frieden der Welt gestört hat, werden wir endgültig beseiti-

> gen. Führer der Wehrmacht und NSDAP, Mitglieder der geheimen Staatspolizei und andere Personen, die verdächtig sind, Verbrechen und Grausamkeiten begangen zu haben, werden gerichtlich angeklagt und, falls für schuldig erklärt, ihrer gerechten Bestrafung zugeführt.[4]

Die Frage, wie eine solche Bestrafung aussehen konnte und welche Personengruppen konkret von ihr betroffen sein würden, war zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht geklärt.

Bereits im Februar 1945 hatten sich Stalin, Roosevelt und Churchill auf der Konferenz von Jalta (3. – 11. Februar) darüber verständigt, „alle nationalsozialistischen und militärischen Einflüsse aus den öffentlichen Dienststellen sowie dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschalten."[5] Die in der Deutschlandfrage zwischen ihnen immer wieder aufbrechenden Interessengegensätze verhinderten jedoch die Formulierung konkreter Ausführungsbestimmungen, so daß der von ihnen gefaßte Plan, Deutschland zu entmilitarisieren und zu entnazifizieren, über das Stadium einer gemeinsamen Absichtserklärung nicht hinauskam. Die Beschlüsse der Potsdamer Konferenz einige Monate später (17. Juli – 2. August 1945) waren ebenfalls zu allgemein und zu formelhaft, als daß sie den Alliierten als Vorlage für ein einheitliches Vorgehen in der Frage der Entnazifizierung hätten dienen können. Ungeachtet dieser ungünstigen Voraussetzungen erwies sich die Entnazifizierung dennoch als ein den deutschen Nachkriegsalltag prägendes Element alliierter Besatzungspolitik. Vor allem die britische Militärregierung, unter deren Regiment von nun an auch Detmold stand, maß ihr große Bedeutung bei.[6]

Der Beginn der Entnazifizierung

Als Teil der 'Reeducation-/Reorientation-Policy' gehörte die Entnazifizierung zu den vorbereitenden Maßnahmen des von den Briten geplanten demokratischen Neuaufbau Deutschlands. Ihre Aufgabe war, auf dem Wege einer umfassenden Personalsäuberung alle ehemaligen Träger des NS-Regimes aus dem öffentlichen Dienst, aus den Führungspositionen der Wirtschaft und aus dem Bereich der Bildung und der Kultur eine Zeitlang oder auf Dauer zu entfernen und politisch wie moralisch zur Verantwortung zu ziehen.

Während die 'Reeducation-/Reorientation-Policy'[7] mehr für die inhaltlichen Aspekte der britischen Besatzungspolitik stand und z.B. durch gegenseitigen Kulturtransfer auf die politische Neuorientierung Deutschlands konstruktiv Einfluß zu nehmen versuchte, beinhalteten die unter dem Begriff der Entnazifizierung subsumierten Maßnahmen mit dem Ziel, die deutsche Gesellschaft personell und organisatorisch-institutionell zu säubern, vor allem einen destruktiven Kern. Die Auflösung der nationalsozialistischen Organisationen erwies sich dabei, da sie per Gesetz einfach verboten werden konnten, als die einfach-

ste und gleichzeitig wirksamste Maßnahme zur ansonst recht schwierigen politischen Säuberung.[8]

Nicht einfach war allein schon der Beginn der Entnazifizierung. Die Versorgung der Bevölkerung und der eigenen Administration mit Lebensmitteln und anderen zum Leben notwendigen Dingen zwang die britische Militärregierung zu einer Politik, in der die Entnazifizierung praktisch zunächst nur eine untergeordnete Rolle spielen konnte. Die Notwendigkeiten des Nachkriegsalltags, die Gefahren eines 'administrative breakdown' und die Furcht vor einem allgemeinen Chaos verlangten von der britischen Militärregierung wenigstens für die erste Zeit ihrer Besatzung hinsichtlich der Entnazifizierung eine gewisse Zurückhaltung.

Auch das für Detmold zuständige '823 (S/K) Military Government Detachment' unter der Leitung von Major Major stand vor einem Berg zu bewältigender Aufgaben. Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Medikamenten, Kleidung, Decken, Nachrichten von Vermißten, in Gefangenschaft befindlichen oder evakuierten Angehörigen und Nachbarn mußten die vor Ort eingesetzten Offiziere und Mannschaftsgrade zunächst einmal für die Unterbringung obdachlos gewordener Detmolder Bürger, aber auch für ihr eigenes Unterkommen sorgen. Noch benutzbare private und öffentliche Gebäude wurden zu diesem Zweck beschlagnahmt.[9] Nicht weniger wichtig war die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung. Gegen Plünderungen und andere Straftaten wurde rigoros vorgegangen.

Trotz einer oft erstaunlichen Fülle von Informationen, die während des Krieges von deutschen Emigranten, aus den Mitteilungen der Geheimdienste und des Politischen Nachrichtendienstes (PID) oder aus einfacher zugänglichen Dokumenten gewonnen worden waren, wußten die Besatzungsoffiziere zu wenig über die Deutschen und ihren Staat. Früh hatten die Briten erkannt, daß sie Deutschland nur dann erfolgreich demokratisieren und ihr eigenes Land wirksam schützen konnten, wenn sie auf Kooperation statt auf Konfrontation mit den Deutschen setzten. Das von ihnen für die Zeit der Besatzung gewählte Prinzip der indirekten Kontrolle ('indirect rule') kam ihnen dabei zugute. Mit den Deutschen zu kooperieren, setzte vor allem im Umfeld der Entnazifizierung voraus, daß die Militärregierung genau wußte, mit wem sie es in dieser oder jener Stadt zu tun hatte, d.h. wer für eine Zusammenarbeit mit ihr in Frage kam und wer aufgrund seiner politischen Vergangenheit als Bürgermeister, Verwaltungsbeamter, Lehrer usw. nicht geeignet war. Dies zu klären, war zunächst Aufgabe der 'Public Safety Officers' (Offiziere für öffentliche Sicherheit), die in Zusammenarbeit mit den Experten der Nachrichtendienste sofort nach dem Einmarsch mit Nachforschungen über den Verbleib lokaler bzw. regionaler NS-Größen begannen.[10] Diese Spezialisten verfügten über Unterlagen, anhand derer sofortige Entlassungen durchgeführt wurden. Darüber hinaus existierten Listen, nach denen der Geheimdienst gezielt Verhaftungen vornahm.

Betroffen waren alle NSDAP-Mitglieder, die vor dem 1. April 1933 der Partei beigetreten waren, Funktionäre der Partei oder ihrer Gliederungen, SS- und SA-Führer, sowie alle 'aktiven' Nationalsozialisten. Um sicher zu gehen, die kommunalen Verwaltungen nicht in den Kollaps zu treiben und dennoch alle Partei-Aktivisten zu erfassen, die man vor allem in den Führungspositionen der lokalen, regionalen etc. Verwaltungen vermutete, ersetzten die örtlichen Militärregierungen die jeweilige Nummer 1 der Verwaltung durch die jeweilige Nummer 2 oder 3, wenn dies möglich war.

Der erste Nachkriegsbürgermeister in Detmold

Daß diese Vorgehensweise nicht immer die Norm war, zeigt die 'Wahl' des Fabrikanten Alexander Hofmann zum ersten Nachkriegsbürgermeister in Detmold. Da Hofmann über Verhandlungsgeschick und englische Sprachkenntnisse verfügte, drängten ihn Detmolder Bürger, das Amt des Bürgermeisters zu übernehmen.

> Herr Dr. Nacke und Herr Rechtsanwalt Schnitger [...] forderten mich auf, mich für den Bürgermeisterposten zur Verfügung zu stellen, weil ich englisch spreche und mit den Leuten umzugehen verstehe. [...] Nach anfänglich entschiedener Weigerung [...] habe ich mich dann doch bereit erklärt, den Bürgermeisterposten für drei Tage zu übernehmen, d.h. bis ein geeigneter Mann gefunden worden wäre.[11]

Aus den drei Tagen wurden schließlich gut zwei Monate. Der zu diesem Zeitpunkt noch zuständige amerikanische Kommandeur ernannte Hofmann ohne große Umschweife und ohne ihn zuvor einer gründlichen Überprüfung unterzogen zu haben, zum Bürgermeister in Detmold.

> Ins Zimmer zurückgekommen, stellte man mich dem amerikanischen Kommandeur als Bürgermeister vor. Die von dem [...] an mich gerichtete Frage, ob ich Nazi gewesen wäre konnte ich ihm befriedigend beantworten, worauf er mir die Hand gab und erklärte: 'Ich mache Sie hiermit zum Bürgermeister.' Ich bekam dann eine Armbinde, die mich als Bürgermeister auswies.[12]

Hofmanns Nachfolger wurde am 15. Juni 1945 der 1887 in Breslau geborene Dr. Richard Moes. Moes, der von 1925 bis 1937 das Amt des Bürgermeisters in Bünde bekleidet hatte, und dessen Wiederwahl 1937 die Nationalsozialisten seiner politischen Unzuverlässigkeit wegen abgelehnt hatten, galt als erfahrener Verwaltungsfachmann.[13] Dies und seine erwiesene unbescholtene politische Vergangenheit machten ihn zu einem wichtigen Gesprächs- und Verhandlungspartner mit Major Major, dem Chef der örtlichen britischen Militärregierung.

Probleme der Entnazifizierung

Weitaus schwieriger als die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes gestaltete sich die Entnazifizierung der übrigen Verwaltung wie der Detmolder und der deutschen Bevölkerung insgesamt. Der Mangel an qualifiziertem Personal, das sich in den örtlichen Gegebenheiten auskannte, bewog die britische Militärregierung, die mittlere und untere Verwaltungsebene von der Entnazifizierung zunächst einmal ganz auszunehmen. Um den Entnazifizierungsprozeß aber nicht zu gefährden und ihn möglicherweise in den Randbereich ihrer Besatzungspolitik abgleiten zu lassen, entschlossen sich die Briten, die soeben ernannten deutschen Verwaltungsspitzen an der Entnazifizierung zu beteiligen, indem sie sie mit der Umsetzung der zu diesem Zeitpunkt noch ad hoc erlassenen Entnazifizierungsanordnungen beauftragten. Allein die praktische Umsetzung dieser Bestimmungen wurde nicht nur in Detmold zu einem Problem. Das Fehlen einheitlicher und konkreter Richtlinien führte auf britischer wie auf deutscher Seite wiederholt zu Irritationen und verhinderte so eine klare Vorgehensweise.

Das Fragebogenverfahren

Um festzustellen, wer aktiver Nationalsozialist gewesen war, hatten die von der Militärregierung eingesetzten 'Public Safety Officers' Fragebögen zur politischen Vergangenheit in Umlauf gebracht. Das Ergebnis dieser Art der Befragung war indes alles andere als zufriedenstellend. Statt der Wahrheitsfindung zu dienen, erzeugten die Fragebögen in Verbindung mit der Flut immer neuer, oft widersprüchlicher Erlasse bei der Bevölkerung erhebliche Unsicherheiten.[14]

Die britische Militärregierung erkannte schon bald die Schwächen ihres bisherigen, zu diesem Zeitpunkt noch nicht sehr weit entfalteten Entnazifizierungsverfahrens. Ihr Versuch, die Deutschen mittels eines Fragebogens zu überprüfen und auf diese Weise den Grad ihres Engagements für den Nationalsozialismus auszuloten, erwies sich vor allem aus zwei Gründen als unzulänglich.[15]

1. Wie alle Fragebögen waren auch die von der britischen Militärregierung verwendeten ihrer gesamten Struktur nach zu schematisch und zu allgemein, als daß sie zur Klärung der politischen Verstrickung des einzelnen mit dem Nationalsozialismus hätten beitragen können. Mehr als formelle Belastungskriterien, wie etwa die Mitgliedschaft in der Partei, ließen sich mit ihrer Hilfe allein nicht feststellen.

2. Hinzu kam, daß die mit der Überprüfung der Fragebögen beauftragten 'Public Safety Officers' wiederholt hatten feststellen müssen, daß die Fragebö-

gen keineswegs immer wahrheitsgemäß beantwortet wurden. Eine Tatsache, die auch vom Detmolder Stadtrat und der Lippischen Landesregierung bestätigt wurde.[16]

Nicht einfach war vor allem die Überprüfung zugewanderter Personen.

> Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß die Angaben im Militärfragebogen von Bewerbern, die aus den östlichen Gebieten kommen, in Bezug auf ihre politische Betätigung für die NSDAP der genauen Überprüfung bedürfen. Es ist auffallend, wie wenig Bewerber aus den östlichen Gebieten [...] eine Tätigkeit für die NSDAP ausgeübt haben wollen. Im Gegensatz hierzu darf angenommen werden, daß die NSDAP in diesen Gebieten genauso aktiv war wie z.B. in der jetzt britischen Zone.[17]

Zu schaffen machte der Militärregierung noch ein anderes Problem. War es noch relativ einfach, die Minderheit der aktiven Nationalsozialisten herauszufinden und aus ihren Ämtern zu entfernen, so war es schon weitaus schwieriger, die Fälle derjenigen Amtsinhaber zu beurteilen, die aus Opportunismus, Angst, Sorge um die Familie usw. der Partei beigetreten waren.

Sollte die von den Briten intendierte politische Säuberung einen Sinn haben, dann mußten schnellstens Maßnahmen ergriffen werden, die ihre Wirksamkeit erhöhten und die Schablonenhaftigkeit des bisher gültigen Fragebogenverfahrens korrigierten. Die durch den Fragebogen vorgegebene starre Einteilung in 'im Amt zu Belassende' und 'zu Entlassende' ließ sich praktisch nicht durchhalten. Nur wenige politisch unbelastete und gleichzeitig fachlich qualifizierte Amtsinhaber wären übrig geblieben.

Weiterer Verlauf der Entnazifizierung

Die zunehmende Kritik der Bevölkerung an der Entnazifizierung besonders wegen ihres pauschalierenden Charakters, die Leichtgläubigkeit gegenüber Denunziation und die fehlende Transparenz in der Urteilssprechung sowie die inzwischen gemachte Erfahrung, ohne aktive deutsche Hilfe nicht wirkungsvoll entnazifizieren zu können, veranlaßten die Militärregierung, Maßnahmen zu ergreifen, die ihr die Mitarbeit der Deutschen sicherten. Mit der 'Instruktion Nr. 28' erließ die Militärregierung Anfang Dezember 1945 eine Anordnung, die die Bildung deutscher Entnazifizierungsausschüsse vorsah und den Deutschen erstmals ein Mitspracherecht im Entscheidungsprozeß einräumte.

> Beratende deutsche Ausschüsse werden zur Unterstützung von Militärregierungsoffizieren eingesetzt, deren Aufgabe es ist, gemäß der Vorschrift vom 18. September 1945 über die Entnazifizierung [...] sämtliche Mitglieder der Nazi-Partei aus amtlichen und halbamtlichen Stellen, sowie aus verantwortlichen Stellungen in wichtigen Privatunternehmen zu entfernen.[18]

Die in den Provinzen, Regierungsbezirken, Kreisen und Städten einzurichtenden Ausschüsse sollten Empfehlungen aussprechen dürfen und hauptsächlich in den Fällen befragt werden, „wo die Entfernung oder Ausschließung in Belieben“[19] stand. Praktische Anwendung erfuhr die Instruktion Nr. 28 nur in wenigen Fällen. Obwohl es der Militärregierung an gutem Willen nicht fehlte, gelang ihr in den ersten Monaten ihrer Besatzung die Durchsetzung einheitlicher Entnazifizierungsbestimmungen nicht. Viele der von ihr herausgegebenen Verfügungen blieben widersprüchlich oder erreichten aufgrund schlecht funktionierender Kommunikation nicht immer den Adressaten. Dies änderte sich erst 1946.

Nachdem die im Dezember 1945 erlassene Instruktion Nr. 28 nur begrenzt zur Anwendung gekommen war, entschloß sich die Militärregierung erneut, eine Anordnung zu treffen, mit der sich die Beteiligung deutscher Ausschüsse am Entnazifizierungsverfahren regeln ließ. Die Zonen-Exekutiv-Anweisung (ZEA) Nr. 3 vom 17. Januar 1946 bestimmte die Bildung deutscher Entnazifizierungsausschüsse auf Kreis- und Stadtebene.[20] Wie schon in der Instruktion Nr. 28 festgelegt, sollten die aus 6 bis 16 Mitgliedern bestehenden Ausschüsse lediglich beratend tätig werden. Ihre Arbeit unterlag der Kontrolle der PSSB (Public Safety Special Branch).[21]

Die Arbeit des Entnazifizierungsausschusses in Detmold

Wie viele andere Städte erhielt auch Detmold von der Militärregierung den Auftrag, einen Entnazifizierungsausschuß zu bilden, und unter Verwendung des seit 1946 gültigen, erweiterten Fragebogens damit zu beginnen, Informationen über die politische Vergangenheit aller zu überprüfenden Personen zu sammeln und der örtlichen PSSB zur abschließenden Begutachtung vorzulegen.[22] Vorsitzender des Entnazifizierungsausschusses der Stadt und des Kreises Detmold wurde der Bäckermeister August Becker.[23] Welche Bedeutung die Militärregierung diesem Ausschuß beimaß, erklärte Capt. O'Hara (823 S/K, MilGovDet) auf einer Sitzung des Landesausschusses am 22. Mai 1946.

> Bisher hat die Militärregierung die Entnazifizierung allein gemacht. Es ist jedoch Zeit, daß die Deutschen es selbst übernehmen, da die Militärregierung die Tätigkeit der NSDAP nicht richtig kennen kann. Sie sind alle gewählt worden, weil Sie alle Anti-Nazis sind. Sie haben hier gelebt und können uns helfen, die Nazis auszurotten. Wir haben es so gemacht, daß von jeder politischen Partei welche dabei sind.[24]

Unterstützt werden sollte der städtische Entnazifizierungssausschuß durch bei den Betrieben, Behörden und anderen öffentlichen Dienststellen einzurichtende Unterausschüsse. Ihre Aufgabe war es, als sog. 'Sichtungsausschüsse' eine erste Beurteilung des zu überprüfenden Personenkreises vorzunehmen. Etwa zur

selben Zeit entstand in Detmold ein sich aus fünf Personen zusammensetzender Berufungsausschuß, an den sich jeder, der mit der Entscheidung des Hauptausschusses nicht einverstanden war, wenden und Einspruch erheben konnte.[25]

Mit der Kontrollratsverordnung Nr. 24 vom 12. Januar 1946 verfügte die Militärregierung über Richtlinien, welche die Entnazifizierungspraxis auf eine solide Rechtsgrundlage stellten und den äußerst widersprüchlichen Maßnahmen des Jahres 1945 ein Ende bereiteten.[26] Die Kontrollratsverordnung Nr. 24 bestimmte die Entfernung aller Nationalsozialisten aus öffentlichen Ämtern und verantwortlichen Stellungen und legte die Grundsätze fest, anhand derer die deutschen Haupt- und Unterausschüsse ihre Sichtungsarbeit durchzuführen hatten.[27] Jeder, der sein berufliches Fortkommen politischer Nutznießung oder denunzierendem Verhalten verdankte und maßgeblich dazu beigetragen hatte, die Ideologie des Nationalsozialismus zu verbreiten, sollte seine Stellung verlieren. Insbesondere diejenigen, die nach 1933 beruflich Karriere gemacht hatten, waren den Alliierten verdächtig.

Obwohl sich die Entnazifizierung seit Inkrafttreten der VO Nr. 24 und der ZEA Nr. 3 in relativ geordneten Bahnen bewegte, war die Militärregierung mit ihrem Verlauf nicht zufrieden. Ihr Ziel, den Deutschen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und überflüssige Konflikte mit ihnen zu vermeiden, ließ sich mit den gültigen Richtlinien nicht realisieren. Beschwerden seitens der deutschen Bevölkerung blieben an der Tagesordnung.

> Es erregt in der Bevölkerung viel Unwillen, daß die ehemaligen Nationalsozialisten sich gegenseitig Beschäftigung auf dem Flugplatz in Detmold verschaffen. Eine politische Überprüfung der dort beschäftigten Personen ist dringend erforderlich.[28]

Nicht wenige waren der Ansicht:

> Die Nazis werden leider immer noch wie rohe Eier behandelt [...][29]

Ein Ärgernis war vielen vor allem die Ungleichbehandlung:

> In der Bevölkerung herrscht lebhaft Unwille darüber, daß alte Kämpfer und Parteigenosssen im Wirtschaftsleben weiter unbehindert tätig sind, während bei den Behörden diese Personen entlassen werden und ihr Vermögen der Beschlagnahme verfällt.[30]

Die Einführung der Kategorisierung

Die Entnazifizierung mußte noch stärker individualisiert werden und der Komplexität menschlichen Handelns Rechnung tragen. Um der Verwirklichung die-

ses Anspruchs zumindest ein wenig näher zu kommen, gab die britische Besatzungsmacht weitere Anweisungen zur Entnazifizierung heraus. In Verbindung mit der Kontrollratsverordnung Nr. 38 vom 12. Oktober 1946 erließen die Briten am 30. November 1946 die ZEA Nr. 54. Mit ihr etablierten sie das in der amerikanischen Besatzungszone seit dem 5. März 1946 gültige Kategoriensystem und definierten gleichzeitig die Rahmenbedingungen für dessen Anwendung in der britischen Zone. Die Mitte April 1947 hier in Kraft tretende Kategorisierung unterteilte den Kreis der Entnazifizierungspflichtigen in fünf Gruppen:

1. Hauptschuldige
2. Belastete
3. Minderbelastete
4. Mitläufer
5. Entlastete.

Die Entscheidung, wer in welche Kategorie einzureihen war, trafen die deutschen Ausschüsse. Für sie bedeutete die ZEA Nr. 54 einen weiteren Schritt in Richtung Selbständigkeit. Erreicht wurde sie von ihnen am 1. Oktober 1947 mit der von der Militärregierung in Kraft gesetzten VO Nr. 110 betr. 'Übertragung der Eintnazifizierungsaufgaben auf die Regierungen der Länder'.[31]

> Am 1. Oktober 1947 wurde eine Verordnung in Kraft gesetzt, die die Verantwortung für die Entnazifizierung den Länderregierungen übergibt. Die Länderregierungen sind aufgefordert, einen dem Landtag verantwortlichen Minister zu ernennen, der die sich auf die Entnazifizierung beziehenden Gesetze handhaben soll. [...] Die Länderregierungen müssen an der Entnazifizierungspolitik, die in den Direktiven Nr. 24 und 38 festgelegt ist, beteiligt werden, aber sie sind frei darin, sie in der Weise auszuführen, die sie als am meisten angemessen betrachten.[32]

Der in Detmold eingesetzte Entnazifizierungsausschuß begann im April 1946 mit seiner Arbeit.[33]

Einzelheiten über seine Tätigkeit und seine Mitglieder ließen sich anhand der zugänglichen Akten nicht in Erfahrung bringen. Eine Vorstellung, wie er gearbeitet haben mag, liefert uns ein Zeitungsbericht aus dem Jahre 1946 über die Entnazifizierung in Gütersloh.

> Unser Berichterstatter hatte [...] eine Unterredung mit dem Leiter des Ausschusses, der mit großer Offenheit unsere Fragen beantwortete.
>
> „Mitglied eines Entnazifizierungsausschusses zu sein", so sagte er, „ist das schwerste Amt, das heute einem Deutschen übertragen werden kann. Ich führe dieses Amt so, daß ich mir keinen Vorwurf zu machen brauche, jemandem Unrecht getan zu haben. Wir lassen uns nicht von kleinlichen Rachegefühlen leiten und schalten alles Persönliche aus. Der Hauptausschuß besteht aus Männern, die über den Dingen stehen. Keiner von uns ist an irgendwelche Interessen gebunden. Wir urteilen nicht nur nach dem objektiven Tatbestand, sondern prüfen vor allem die menschliche Seite jedes Falles. Diese Aufgabe wird uns dadurch erleichtert, daß wir

> alteingesessene Gütersloher [...] sind, so daß wir die Bürger unserer Stadt kennen. [...] Diese Kenntnis muß aber versagen, wenn es sich um Ortsfremde und Flüchtlinge handelt, deren Angaben auf den Fragebogen schwer nachzuprüfen sind".[34]

Nicht einfach war insbesondere die Arbeit der Unterausschüsse, „deren es in Gütersloh neun gibt, die nach Berufsgruppen geordnet sind, und zwar für Industrie, Handel und Gewerbe, freie Berufe, Landwirtschaft, Verkehrswesen, Justiz, öffentlich rechtliche Körperschaften, Post und Eisenbahn"[35]. Ihre Aufgabe war es, die Vorprüfung vorzunehmen und die Ergebnisse an den Entnazifizierungshauptausschuß weiterzuleiten.

Die Beurteilung der politischen und weltanschaulichen Haltung ihrer Kollegen stellte die Mitglieder dieser Sichtungsausschüsse vor große Probleme. Da sie sich bei ihrer Urteilsbildung in erster Linie auf die im Fragebogen gemachten Angaben und das meist zufällige persönliche Kennen der zu überprüfenden Personen stützen mußten, war es ihnen kaum möglich, das Ausmaß ihrer politischen Verstrickung mit dem Nationalsozialismus zu erfassen. Eigene Nachforschungen waren ihnen genauso untersagt wie der Einblick in die Personalakten.[36]

Erlaubt waren mündliche Verhandlungen. Die Mitglieder der Sichtungsausschüsse hatten das Recht, Amts- und Arbeitskollegen, die sie nicht näher kannten, um eine Aussprache zu bitten. In Gesprächen, die häufig unter vier Augen stattfanden, versuchten sie, die Motive in Erfahrung zu bringen, die den einzelnen zum Eintritt in die Partei und zur Übernahme einer Funktion bewogen hatten.

> Vor allem wird festgestellt, wann er in die Partei eingetreten ist, welche Ämter er bekleidet hat und welchen Organisationen er angehörte. Je nach dem Grad seiner Betätigung in der Partei, wobei vor allem die Zahl und Art der Ämter ins Gewicht fällt, wird der Pg in mehrere Stufen eingeteilt, die über sein weiteres Schicksal entscheiden. In erster Linie aber wird Wert auf die Würdigung der Persönlichkeit gelegt. Auch die Engländer wünschen, daß man sich zuerst den Menschen ansieht, ehe ein Urteil gefällt wird.[37]

Inwieweit diese Gespräche den Sichtungsausschüssen in Detmold eine Entscheidungshilfe waren, läßt sich anhand der greifbaren Akten nicht sagen. Da die Mitglieder ihre Informationen in der Regel nur aus zweiter und dritter Hand bezogen, ist zu vermuten, daß sie dem hier Gesagten keine entscheidende Bedeutung beimaßen, sondern die gewonnenen Eindrücke lediglich als Ergänzung und Korrektiv zum Fragebogen werteten. Konkrete Aussagen über die Arbeit der Sichtungsausschüsse in Detmold sind der mangelhaften Aussagekraft des (noch) vorhandenen Aktenmaterials, wie dessen erschwerter Zugänglichkeit aufgrund rechtlicher Hemmnisse und gültiger Sperrfristen wegen im Rahmen dieses Beitrages nicht möglich.

Nützlich waren die Gespräche in jedem Fall den zu Überprüfenden, welche die ihnen gebotene Chance, sich in ein positives Licht zu setzen, in der Regel wohl genutzt haben.

Da sich die Einwohner Detmolds in ihrem Verhalten nicht wesentlich von dem der übrigen Bevölkerung des Nachkriegsdeutschlands unterschieden haben dürften, ist anzunehmen, daß auch sie auf die im Rahmen der Entnazifizierung übliche Benennung von Entlastungszeugen zurückgriffen. Wie die meisten werden auch sie ihrem Fragebogen 'Beweismaterial' beigefügt haben, das ihre politische Unbescholtenheit dokumentieren sollte.

Ein Zeitzeuge:

> Viele höhere Beamte, die Parteimitglieder waren, [...] können nur wieder in ihre Ämter eingesetzt werden, wenn sie 'entnazifiziert' worden sind. Das ist oftmals eine langwierige Angelegenheit, denn die Betreffenden benötigen Zeugnisse, in denen Persönlichkeiten, die nicht der Partei angehörten, bestätigen, daß sie sich nichts zu Schulden kommen ließen.[38]

Das solche häufig aus Freundschaft, Gefälligkeit oder einfach Mitleid ausgestellten 'Entlastungsschreiben' Konjunktur hatten, bestätigt ein anderer Zeitzeuge, der an der Universität Münster lehrende Mathematiker Prof. Heinrich Behnke:

„Persilscheine hatte jeder [...] So etwas stellte man sich sogar gegenseitig aus."[39]

Selbst Personen, die in der Vergangenheit dienstlich oder privat als überzeugte Nationalsozialisten aufgetreten waren, wurden von ihren Amts- und Arbeitskollegen bzw. ihren Nachbarn nicht einfach fallengelassen. Wurden ihre beruflichen Leistungen anerkannt und hatten sie im Umgang mit ihren Mitmenschen nicht jegliche Sympathie verspielt, war man bereit, auch ihnen ein entlastendes Zeugnis auszustellen.

Neben dieser Bereitschaft, sich gegenseitig zu helfen, existierte in der damaligen Gesellschaft noch ein ganz anderes, ihr völlig entgegengesetztes, sehr destruktives Gefühl. Nicht wenige Zeitgenossen nahmen die Entnazifizierung zum Anlaß, offene, aus alten Rivalitäten oder neuem Neid herrührende Rechnungen zu begleichen. Ein typisches Beispiel hierfür ist der Fall einer Detmolder Bürgerin, die aus einem Gefühl der Rache, des Neides oder aber des Schmerzes gegen Mitbürger intrigierte. Einzelheiten gibt die eidesstattliche Erklärung der Dolmetscherin Else Helmken-Tubbe wieder:

> Als ich in den ersten Tagen nach dem Einmarsch der amerikanischen Truppen auf dem Rathaus freiwillig ein Amt als Übersetzerin und Dolmetscherin bekleidete, [...] ereignete es sich, daß [...] in einer 'Schlange' von vielen Menschen, die vor und in dem Zimmer von Herrn Stadtoberinspektor Röhler warteten, um ihre Wünsche vorzubringen, auch diese Frau St. an mich herantrat, ich möchte sie sofort bedienen und ihr einen Schein ausstellen, daß sie den Kommandanten [...] sprechen könnte.

> Ich hatte den Auftrag, jeden genau zu fragen, was [...] er dort wollte [...]. Frau St. wurde dann sehr anmaßend. Sie erklärte mir, daß mich das gar nichts anginge, daß ganz Detmold nach Rache schriee, denn die Sch.s hätten den Tod ihres Mannes auf dem Gewissen, und jeder auf der Straße spräche sie an, daß sie nun sofort Rache nehmen sollte. [...] Als ich mich dann bald darauf mit einem Übersetzungsbüro selbständig machte [...] lag auch in den ersten Tagen eine umfangreiche Übersetzung von Frau St. in der Angelegenheit vor. Ich las diese [...] und sah, daß es sich um eine Klatschbase und rachsüchtige Denunziantin handelte. [...] Ganz offensichtlich ist [...], daß Frau St. nur erreichen will, daß Herr Sch. aus seinem Laden und der Wohnung auf Grund seiner Parteizugehörigkeit ausgewiesen wird, damit sie dann voller Triumpf [...] einziehen kann.[40]

Denunziationen und gegenseitige Vorwürfe wurden wieder, wie schon zur Zeit des 'Dritten Reiches', Teil der Tagesordnung.

> Im Wirrwarr von Anzeigen und Gegenanzeigen kannte sich keiner aus. Das gaben auch die englischen Offiziere zu.[41]

Den richtigen Beurteilungsmaßstab zu finden, war in einer Zeit, in der jeder ums Überleben kämpfte, für alle Beteiligten, nicht zuletzt für die Mitglieder des Entnazifizierungs-Hauptausschusses der Stadt Detmold äußerst schwierig, wenn nicht gar unmöglich. Soziale Rücksichtnahmen, kollegiale oder nachbarschaftliche Verbundenheit sowie personelle Engpässe im öffentlichen Dienst, in der Wirtschaft usw. und das fachliche Können des zu Entnazifizierenden schränkten ihren Entscheidungsspielraum zusätzlich ein. Jede negative Beurteilung hatte nicht nur Folgen für den Betreffenden, sondern sie traf auch immer und vor allem dessen Familie. Nicht zuletzt die Sorge um ihre Zukunft dürfte die Mitglieder aller Entnazifizierungsausschüsse bewogen haben, öfter für ein Belassen im Amt zu votieren, wo eine Entlassung eher angebracht gewesen wäre.

> Jedes Mitglied des Ausschusses weiß, daß durch seine Entscheidungen ganze Familien an den Bettelstab gebracht werden können.[42]

Mit Umsicht und, wo nötig, mit Rücksicht zu agieren, war auch die Maxime der Detmolder Verwaltungsspitze. Richard Moes:

> Ich habe meiner Anschauung entsprechend pflichtgemäß die Reinigung der mir anvertrauten Verwaltung von nationalsozialistischen Aktivisten durchgeführt und dieses Ziel besonders bei der Neueinstellung mit allem Nachdruck verfolgt. Soweit vereinzelt noch Parteimitglieder eingestellt wurden, die den Nachweis einer nur listenmäßigen Zugehörigkeit erbringen konnten, waren insbesondere soziale Rücksichten auf Kriegsbeschädigte oder heimatlose Flüchtlinge maßgebend. [...] Nach dem 1. Januar 1946 sind weder Angestellte noch Arbeiter, die der NSDAP oder SA angehörten, eingestellt worden. Ein Anteil von noch nicht 10 % darf wohl einwandfrei als sehr geringfügig betrachtet werden, wenn man berücksichtigt, daß die

fachlich gebildeten Kräfte unter dem Druck der Verhältnisse doch größtenteils Mitglieder der NSDAP werden mußten. Bei diesen Ausnahmen ist ein strenger Maßstab dahin angelegt worden, daß es sich wirklich nur um Mitläufer und nicht um Aktivisten handelt.[43]

Das Ende der Entnazifizierung

1949 war das Jahr, in dem sich die Entnazifizierung langsam ihrem Ende näherte. Der größte Teil der Verfahren war abgeschlossen, das Interesse an ihnen in der Öffentlichkeit und bei den Ausschüssen nahezu erloschen.

Mit der 'Verordnung zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen' vom 24. August 1949 nahm die bereits stattfindende Liberalisierung innerhalb der Entnazifizierung offiziellen Charakter an. Kriegsheimkehrer und in die Kategorie IV ohne Beschäftigungsbeschränkungen eingestufte Personen gelangten ebenso wie die in die Kategorie III Eingereihten in die Kategorie V, die bis dahin den politisch Unbelasteten vorbehalten war.

Diejenigen, denen die Rückkehr in ihr Amt bzw. an ihren Arbeitsplatz bisher verwehrt worden war, durften Hoffnung schöpfen. Zwei Jahre später konnten sie mit ihrer Rückkehr fest rechnen. Am 11. Mai 1951 beschloß der Bundestag das 'Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen'. Dieses Gesetz, auch 'Regelungsgesetz' oder '131er Gesetz' genannt, bezog sich unmittelbar auf den Artikel 131 des Grundgesetzes, in dem der Bundesgesetzgeber direkt beauftragt worden war, die Rechtsverhältnisse der Personen neu zu regeln, „die am 8. Mai 1945 im öffentlichen Dienst standen, aus anderen als beamten- oder tarifrechtlichen Gründen ausgeschieden sind und bisher nicht oder nicht ihrer früheren Stellung entsprechend verwendet werden."[44] Für die Städte und ihre Verwaltungen hatte diese Regelung zur Folge, daß bei Neueinstellungen zunächst solche Bewerber berücksichtigt werden mußten, die unter dieses Gesetz fielen, also Personen, die ihrer politischen Belastung wegen nach 1945 aus ihren Positionen entfernt worden waren. Damit war die Entnazifizierung auch in Detmold praktisch abgeschlossen.[45]

Formell beendet wurde sie am 12. Februar 1952 durch das 'Gesetz zum Abschluß der Entnazifizierung im Lande Nordrhein-Westfalen'.[46]

Reaktionen und Ergebnisse

Die Entnazifizierung führte in Detmold wie andernorts zu recht unterschiedlichen Reaktionen. Nicht wenige Detmolder lehnten sie als Anmaßung und Unrecht seitens der britischen Besatzungsmacht ab und leisteten ihr nur widerwil-

lig Folge. Existenzangst, politische Naivität und Desinteresse, Gleichgültigkeit gegenüber dem Gewesenen, aber auch die Überzeugung, den Blick nur nach vorn, auf die Gegenwart und in die Zukunft richten zu müssen, waren einige Motive für ihre Ablehnung.

Vom Oktober 1947 an waren die deutschen Behörden für den weiteren Verlauf der Entnazifizierung verantwortlich gewesen. Wenngleich auch sie sich ernsthaft um eine gerechte Durchführung der Bestimmungen bemühten, setzte sich die unter britischer Aufsicht begonnene Entwicklung fort. Fatal war, daß die ursprünglich als politische Säuberung gedachte Entnazifizierung immer mehr den Charakter einer Rehabilitierung der politisch Belasteten annahm und das Nachdenken über eine Mitverantwortung am NS-Regime und seinen Verbrechen in den Hintergrund drängte. Je größer der Abstand zur Zeit des NS-Regimes wurde, desto leichter fiel es der Bevölkerung, ihre einstige Parteinahme als einen verzeihlichen politischen Irrtum oder als zwar bedauerlichen, aber notwendigen Opportunismus zu entschuldigen.

> Die Selbstbesinnung vieler [...] wurde in ihr Gegenteil, in eine ihnen im Interesse ihrer Existenzerhaltung geradezu aufgezwungene Selbstrechtfertigung verkehrt [...] an die sie, oft genug wiederholt, dann schließlich selbst glaubten.[47]

Als die Ministerien damit begannen, in ihrer Gesetzgebung das Reinigungsprinzip zugunsten des Versorgungsgedankens zu vernachlässigen, wurde es möglich, daß selbst Verwaltungsbeamte, Lehrer, Polizisten, Richter u.a., die wenige Jahre zuvor ganz offen für Hitler und den Nationalsozialismus eingetreten waren, in ihre Berufe zurückkehrten.[48]

Obwohl die Entnazifizierung ein konstitutiver Bestandteil britischer Besatzungspolitik war, führte sie in keinem Bereich zu personell oder strukturell tiefgreifenden Veränderungen. Daran schuld waren sowohl die Konstruktionsfehler des Verfahrens als auch die Entwicklung der politischen Gesamtkonstellation. Der Versuch der Militärregierung, Deutschland einer gründlichen politischen Säuberung zu unterziehen, mußte scheitern, da er von Anfang an mit anderen, den Wiederaufbau Deutschlands betreffenden Zielsetzungen kollidierte. Um das von ihnen besetzte Gebiet verwalten zu können, mußte sich die britische Militärregierung mit der deutschen Administration verständigen, da nur sie sich in der Verwaltung deutscher Angelegenheiten wirklich auskannte. Den Briten war bekannt, daß nur relativ wenige Deutsche dem Nationalsozialismus Widerstand geleistet hatten und die Mehrheit aus Mitläufern, aus nominellen Mitgliedern der NSDAP bestand. Sie erkannten, daß sie nicht alle ehemaligen Pg's aus ihren Ämtern und Positionen entlassen durften, da sonst niemand mehr dagewesen wäre, mit dem sie Deutschland wiederaufbauen und demokratisieren konnten. Das deutsche Volk völlig auszutauschen, zu entlassen und von allen Pflichten zu suspendieren, wäre unmöglich gewesen. Auch den deutschen Behörden war dies klar:

> Bei zuletzt etwa zehn Millionen Mitgliedern der NSDAP ist der Teil des deutschen Volkes, der als nationalsozialistisch angesprochen wird, viel zu groß, als daß es politisch vertretbar wäre, diesen Volksteil dauernd von der Teilnahme am politischen und wirtschaftlichen Leben des deutschen Volkes auszuschließen.[49]

Gefragt waren vernünftige Kompromisse, mit denen beide Seiten, Briten wie Deutsche, leben konnten. Durch die 1947/48 im Kalten Krieg gipfelnde Ost-West-Konfrontation und die damit verknüpfte Integration Westdeutschlands in den westlichen Machtbereich verlor die Entnazifizierung für die Alliierten schon relativ früh an Bedeutung.[50] Als sie 1948 langsam zu versanden begann, trauerte niemand ihr nach; schon gar nicht die britische Militärregierung, die bereit war, unter das allgemein als fehlerhaft kritisierte Verfahren einen Schlußstrich zu ziehen.

> Es ist das Ziel der Militärregierung und der deutschen Behörden, die Entnazifizierung so rasch wie möglich und ein für alle Mal zu Ende zu führen. Es ist uns allen klar, daß das Gefühl der ständigen Beängstigung in der Form des Damoklesschwertes der Entnazifizierung dem deutschen Volk genommen werden muß.[51]

Mit welchen Gefühlen die Bevölkerung Detmolds den Abschluß der Entnazifizierung erlebte, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden. Sicherlich wird es den einen oder anderen gegeben haben, dem die Maßnahmen der Entnazifizierung nicht weit genug gingen, und der enttäuscht hatte feststellen müssen, daß nicht wenige dem NS-Regime einst ergeben dienende Zeitgenossen unbehelligt davongekommen waren.

Ein allgemeines Bedauern über das Ende der Entnazifizierung in Detmold ist jedoch weder den zugänglichen Detmolder noch den Düsseldorfer Akten zu entnehmen.

Anmerkungen

1. Siehe Bericht von Adolf Potthoff, Staatsobersekretär i..R., Detmold. 31. Juli 1960. StADT, D 106 Dt A Nr. 26 Nr. 2620. Vgl. zu den Ereignissen im Einzelnen: Georg Eisenhardt: Der 4. April 1945 – Die 'Stunde Null' in Detmold? In: Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts. Hg. von der Stadt Detmold. Bielefeld 1994. S. 43-66.
2. Zu den deutschlandpolitischen Nachkriegsplanungen Großbritanniens während des Krieges vgl. bes. Lothar Kettenacker: Krieg zur Friedenssicherung. Die Deutschlandplanung der britischen Regierung während des Zweiten Weltkrieges. Göttingen/Zürich 1989; Albrecht Tyrell: Großbritannien und die Deutschlandplanung der Alliierten 1941 – 1945. Frankfurt/M. 1987.
3. Speech delivered by Lord Pakenham to the Foreign Press Association in London on Wedesday, 24th Sept. 1947 (Copy). StA DT, D A Nr. 19774.

4. Zit. n. Peter Steinbach: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1982. S. 15.
5. Zit. n. Wolfgang Krüger: Entnazifiziert! Zur Praxis der politischen Säuberung in Nordrhein-Westfalen. Wuppertal 1982. S. 20.
6. Zur Entnazifizierung vgl. u.a.: Klaus-Dietmar Henke/Hans Woller (Hg.): Politische Säuberung in Europa. Die Abrechnung mit Faschismus und Kollaboration nach dem Zweiten Weltkrieg. München 1991. Henke, K.-D.: Die Grenzen der politischen Säuberung in Deutschland nach 1945. In: Ludolf Herbst (Hg.): Westdeutschland 1945 – 1955. München 1986. S. 127-133. Volker Dotterweich: Die 'Entnazifizierung'. In: Josef Becker/Theo Stammen/Peter Waldmann (Hg.): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. zwischen Kapitulation und Grundgesetz. München 1979. S. 123-161. W. Krüger (1982). Für den Hochschulbereich vgl. Peter Respondek: Besatzung – Entnazifizierung – Wiederaufbau. Die Universität Münster 1945 – 1952. Münster 1995. Zur britischen Zone gehörten: die Provinz Westfalen, Hannover und Schleswig-Holstein sowie der nördliche Teil der Rheinprovinz, die ehemaligen Länder Lippe, Schaumburg-Lippe, Braunschweig und Oldenburg und die Hansestadt Hamburg. Die Entscheidung über die Grenzen der Besatzungszonen in Deutschland fiel auf der Konferenz von Jalta. Zu den Planungen hinsichtlich der Aufteilung Deutschlands in Besatzungszonen vgl. Tony Sharp: The Wartime Alliance and the Zonal Division of Germany. Oxford 1975 .
7. Zur Reeducation, Planung und Diskussion in GB vgl. u.a. Michael Balfour: Vier-Mächte-Kontrolle in Deutschland 1945 – 1946. Düsseldorf 1959. S. 45 ff. Kurt Koszyk: 'Umerziehung' der Deutschen aus britischer Sicht. Konzepte und Wirklichkeit der 'Re-education' in der Kriegs- und Besatzungsära. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. B 29/78. 1978. S. 3-12. Weitere Literatur zum Thema vgl. Respondek (1995) S. 46 ff.
8. Vgl. z.B. Ullrich Schneider: Niedersachsen 1945. Kriegsende. Wiederaufbau. Landesgründung. Hannover 1985. bes. S. 64 ff.
9. Vgl. dazu Diether Kuhlmann: Alter Stamm und neue Köpfe im Detmolder Rathaus. In: Detmold in der Nachkriegszeit. Dokumentation eines stadtgeschichtlichen Projekts, hg. von der Stadt Detmold. Bielefeld 1994. S. 67-94. bes. S. 75 f.
10. Vgl. dazu bes. Ullrich Schneider: Britische Besatzungspolitik 1945. Besatzungsmacht, deutsche Exekutive und die Probleme der unmittelbaren Nachkriegszeit, dargestellt am Beispiel des späteren Landes Niedersachsen von April bis Oktober 1945. Hannover 1980. bes. S. 23 ff.
11. Alexander Hofmann: 'Erinnerungen' des Bürgermeisters von Detmold A. Hofmann, mit Begleitschreiben an Regierungspräsident Heinrich Drake vom 22. 6. 1950. StA DT, D 1 Pr. Nr. 7823.
12. Hofmann: 'Erinnerungen'. StA DT, D 1 Pr. Nr. 7823. „Ich blieb ca. 3 Monate Bürgermeister, obwohl ich darum gebeten hatte, mich so bald wie möglich von meinem Posten zu entbinden, da ich mich meiner Fabrik wieder widmen wollte und es angezeigt sei, daß ein Fachmann Bürgermeister wurde. Ich schlug Herrn Dr. Moes als Fachmann vor, der dann auch ... akzeptiert wurde." Hofmann: 'Erinnerungen'. StA DT, M 1 Pr. Nr. 1106.
13. Kuhlmann (1994). S. 72.
14. „In jeder Zone bestehen ... Durchführungsbestimmungen der Besatzungsmacht, die sehr unterschiedlich sind. In der britischen Zone sind diese Bestimmungen am unklarsten ..." Auszug aus „Volks-Echo für Westfalen und Lippe": „Vor der Mindener Berufungskammer". 23. Aug. 1946. StA DT, M 1 Pr. Nr. 1106.

15. 1951 veröffentlichte der Schriftsteller Ernst von Salomon seinen Bestseller 'Der Fragebogen', in dem er die Methoden der Entnazfizierung auf sarkastische Weise in Frage stellte.
16. Siehe Sitzung der Stadträte und Ratsherren am 26. Nov. 1945 betr. 'Bereinigung des Wirtschaftslebens'. StA DT, D 106 Dt A Nr. 2593.
17. Schreiben der Lippischen Landesregierung (gez. Drake) betr. 'Politische Zuverlässigkeit der aus den östlichen Gebieten Zugewanderten' vom 19. März 1946. StA DT, L80 III Nr. 4373.
18. Instruktion Nr. 28. HSTA D, NW 110 – 190 Bl. 28 f. Vgl.: Lange, Irmgard: Entnazifizierung in Nordrhein-Westfalen. Richtlinien, Anweisungen, Organisation. Siegburg 1976. S. 101. Anm. 21.
19. Instruktion Nr. 28. HSTAD, NW 110 – 190 Bl. 28 ff.
20. Vgl. Lange (1976), Dokument 108. S. 233 ff.
21. Die PSSB war die Abteilung der britischen Militärregierung, die für die politische Überprüfung der deutschen Bevölkerung zuständig war. Alle personellen Entscheidungen wurden von ihr getroffen bzw. stark beeinflußt. Siehe Anhang B zu HQ-06209-3/Sec betr. 'Grundsätze der Entnazifizierung' 25. Jan. 1946. HSTAD, RWN 133-1 Bl. 1-17 B 9 (Nachlaß Clemens von Oer).
22. Siehe: 'Direktive für die ernannten, repräsentativen Ratsausschüsse bzgl. Entnazifizierung'. StA DT, D 72 Rothaus Nr. 042.
23. Siehe Protokoll über die erste Sitzung des E.-Ausschusses am 3. 4. 1946. HSTAD, NW GN 1060-10; weitere Ausschußmitglieder waren: H. Schnittger, W. Kottmeyer, W. Große-Brunkmann, G. Plogstert, W. Meier, E. Rinsche, W. Vehmeier, B. Schulz, A. Libor und H. Busekros.
24. HSTA D, NW GN 1055 – 9. Siehe auch Mitt. von 507 L/R MilGovDet an den Regierungspräsidenten in Minden vom 31. Januar 1946. StA DT, M 1 Pr. Nr. 1157.
25. Vgl. Lange (1976), S. 39 ff.
26. Siehe Amtsblatt des Kontrollrates in Deutschland. Nr. 5 vom 31. März 1946. S. 98 – 115. HSTA D, NW 1037-180.
27. Dabei ging es um diejenigen, die der Partei aktiv und nicht nur nominell angehört hatten. Als aktive Parteigenossen galten alle Personen, die der NSDAP beigetreten waren, sich in ihr engagiert, d.h. nicht nur ihre Mitgliedsbeiträge gezahlt hatten, sondern Parteiämter bekleidet hatten. S. Amtsblatt d. Kontrollrates. Nr. 5 v. 31. März 1946. S. 98; S. 102 f.
28. Schreiben des Landrats vom 26. Juni 1946 an die Mil. Reg. 823. StA DT, D 100 Dt Nr. 16.
29. Mitt. v. Harald Scholz vom 9. Juni 1946. StA DT, D 106 Dt A 2623.
30. Mitt. der Landräte des Kreises Detmold/Lemgo an die Bürgermeister ... v. 29. Okt. 1945 betr. 'Bereinigung des Wirtschaftslebens von aktiven Pg's und unsauberen Geschäftsleuten.' StA DT, D 106 Dt A Nr. 2593.
31. Vgl. Lange (1976), S. 515 ff; Krüger (1982), S. 54 ff. Justus Fürstenau: Entnazifizierung. Ein Kapitel deutscher Nachkriegspolitik. Neuwied 1969, S. 111 f.
32. Auszug eines Telegramms des 'Foreign Office' vom 28. Oktober 1947 betr. 'Denazification, summary of history and procedure'. Public Record Office, London (PRO), FO 939-7; vgl. a. Respondek (1995), S. 214.
33. Protokoll der 1. Sitzung vom 3. 4. 1946. HSTAD, NW GN 1060-10.
34. Auszug aus: 'Freie Presse' vom 19. Oktober 1946. 'Wie steht es mit der Entnazifizierung in Gütersloh?' StA DT, Dt M 1 Pr. Nr. 1106.
35. 'Freie Presse' Bericht. StA DT, DT M 1 Pr. Nr. 1106.

36. Vgl. Krüger (1982), S. 30.
37. 'Freie Presse' bericht. STAD, DT M 1 Pr. Nr. 1106.
38. Rensch, Bernhard: Lebensweg eines Biologen in einem turbulenten Jahrhundert. Stuttgart, New York 1979. S. 123. Rensch war seit 1947 ord. Professor der Zoologie an der Universität Münster.
39. Behnke, Heinrich: Semesterberichte. Ein Leben an deutschen Hochschulen im Wandel der Zeit. Göttingen 1978. S. 172.
40. 'Eidesstattliche Erklärung' betr. die Angelegenheit Strauss-Schulze von Else Helmken-Tubbe. Detmold, den 28. 1. 1946. StA DT, D 106 Dt A Nr. 2593.
41. Behnke (1978), S. 172.
42. 'Freie Presse'. Bericht. StA DT, M1 Pr. Nr. 1106.
43. Schreiben des Stadtdirektors von Detmold (Moes) an die Ratsversammlung vom 19. 2. 1946. StA DT, D 106 Dt A Nr. 2057.
44. Grundgesetz, Art. 131, 1. Satz. Zu den 'anderen' Gründen zählte u.a. auch die Dienstentfernung als Folge der Entnazifizierung.
45. Siehe Schreiben des Sonderbeauftragten für die Entnazifizierung im Lande NRW an den Entnazifizierungs-Hauptausschuß für den Regierungsbezirk Detmold vom 24. 2. 1950 betr. 'Abberufung der hauptamtlich tätigen Ausschußmitglieder'.StA DT, D 1 Pr. Nr. 7805.
46. Vgl. Lange (1976), S. 57. Krüger (1982), S. 161.
47. Otto Bachof: Die 'Entnazifizierung'. In: Andreas Flitner (Hg.): Deutsches Geistesleben und Nationalsozialismus. Tübingen 1965, S. 195-216, hier S. 204.
48. Vgl. Falk Pingel: Wissenschaft, Bildung und Demokratie – der gescheiterte Versuch einer Universitätsreform. In: Josef Foschepoth/Rolf Steininger (Hg.): Britische Deutschland- und Besatzungspolitik 1945 – 1949. Paderborn 1985, S. 183-209, hier S. 194. Hinsichtlich der Unzulänglichkeiten u. des Fehlschlagens der Entnazifizierung vgl. auch Peter Graf Kielmannsegg: Lange Schatten. Vom Umgang der Deutschen mit der nationalsozialistischen Vergangenheit. Berlin 1989.
49. 'Niederschrift über die Besprechung der Oberpräsidenten und Chefs der Länderregierungen am 25. Januar 1946 im Sitzungszimmer des Oldenburgischen Staatsministeriums'. PRO, FO 1037-71. Vgl. auch Jürgen Kocka: Zerstörung und Befreiung: Das Jahr 1945 als Wendepunkt deutscher Geschichte. In: Ders.: Geschichte und Aufklärung. Göttingen 1989. S. 120-139 Henke (1986), S. 131 ff.
50. Vgl. Ernst Nolte: Deutschland und der Kalte Krieg. 2. Aufl. München 1985.
51. Erklärung General Bishop's von der Mil.Reg. betr. 'Endphase der Entnazifizierung' aus der Zeitung „Die Welt". Nr. 17. 2. Jg. 8. Febr. 1947. StA DT, D 72 Rothaus Nr. 044.

Henrike Hampe

„Das war für uns 'ne Ehre..."

Detmolder Mädchen in Uniform

I. Hintergründe

Jugendliche im Nationalsozialismus

> Wir wollen,
> daß dieses Volk einst nicht verweichlicht wird,
> sondern; daß es hart sei,
> daß es den Unbilden
> des menschlichen Lebens Widerstand zu leisten vermag,
> und ihr müßt euch in der Jugend dafür stählen!
> (Adolf Hitler)[1]

Diesen Appell des Führers erhielten alle lippischen Vierzehnjährigen mit auf den Weg, als sie am 31. März 1940 feierlich von der unteren in die obere Altersstufe der Hitler-Jugend übernommen wurden. Derartige pathetische Aufrufe gehörten im 'Dritten Reich' zum politischen Alltag. Sie zwängten nicht nur Erwachsene, sondern bereits Jugendliche vom zehnten Lebensjahr an in das ideologische Korsett des NS-Regimes.

Seit dem 1.12.1936 wurde von allen Mädchen und Jungen erwartet, daß sie in die Jugendorganisation eintraten. An diesem Tag war nämlich das „Gesetz über die Hitler-Jugend" erlassen worden, in dem der Verband zur dritten Erziehungsinstanz neben Schule und Elternhaus erhoben und alle anderen Jugendbünde aufgelöst worden waren. Gut zwei Jahre später, am 25.3.1939, wurde die Zwangsmitgliedschaft dann in der zweiten Durchführungsverordnung zu diesem Gesetz zementiert. Seither traten ganze Jahrgänge geschlossen in die Organisation ein.

Die Nationalsozialisten maßen Jugendlichen eine tragende Rolle beim Aufbau ihrer Herrschaft zu. Mädchen und Jungen waren leichter als Erwachsene für die gefühlsbetonte Gedankenwelt der NS-Ideologen zu begeistern. Im Unterschied zu ihren Eltern hatten sie vorher keine andere Staatsform bewußt erlebt, die ihnen einen Vergleich ermöglicht hätte. Ihr Taten- und Erlebnisdrang traf sich mit den Angeboten der Hitler-Jugend: Lagerfeuerromantik, Naturerlebnis, Spiel, Musik, Gemeinschaftsgeist und gemeinnützigen Aktionen.

Die bis ins kleinste durchorganisierten Verbände der Organisation erlaubten eine gezielte, flächendeckende Indienstnahme des jugendlichen Idealismus für den totalitären Staat. Dabei gehörte es zum Kalkül, die Neigung der Kindergeneration, sich gegen das Lebensmuster der Eltern aufzulehnen, auszunutzen. Die Hitler-Jugend bot ihren Mitgliedern einen vermeintlichen Freiraum zur eigenen Entfaltung, wie er in den Familien zu dieser Zeit nicht möglich war. Daß dieser Freiraum eine Täuschung war, daß in Wirklichkeit das Denken und Tun in gezielte Bahnen gelenkt wurde, daß Jungen wie Mädchen zur größtmöglichen Identifikation mit dem System angeleitet wurden – dies zu erkennen, war und ist bis heute vielen Mitgliedern der Organisation nicht möglich.

Abb. 1: Lippische Jungmädel marschieren, 1941 (Foto: Privatbesitz)

Die verheerenden Folgen für diese Generation sind bekannt. Wenn die Hitler-Jugendlichen marschierend sangen „die Fahne ist mehr als der Tod" (aus dem bekannten HJ-Lied „Vorwärts, vorwärts, schmettern die hellen Fanfaren"), war das mehr als nur ein Liedertext. Es drückte das Gedankengut aus, das Jungen und Mädchen dazu brachte, den Einsatz an der Kriegsfront, in Rüstungsbetrieben und Lazaretten für ihre Pflicht zu halten.

Nach dem Ende des Krieges begann man zu erforschen und zu erklären, wie dieses menschenvernichtende System einen derartigen Einfluß auf die Jugendlichen ausüben konnte. Zunächst wurden vor allem die Jungengruppierungen untersucht – also die 10- bis 13jährigen Pimpfe (Deutsches Jungvolk – DJ) und

die 14- bis 18-jährigen Hitlerjungen (Hitler-Jugend – HJ).[2] Der Bund Deutscher Mädel (BDM), bestehend aus Jungmädeln (JM, 10-13 Jahre) und „eigentlichem" BDM (14-21 Jahre), wurde erst danach als gesondertes Forschungsthema erkannt.[3]

Die Untersuchungen des BDM zeigen, welch große Rolle bestimmte nationalsozialistische Leitbilder für die Mädchen gespielt haben. Bedeutsam war nicht so sehr das propagierte Ziel der Mutterschaft, sondern Ideale wie Gemeinschaftgeist, Kameradschaft, Natürlichkeit, Sauberkeit, Sportlichkeit und Nationalbewußtsein. Indem diese Eigenschaften als typisch deutsch dargestellt wurden, erhielt ihre Idealisierung einen rassistischen Einschlag. Daß die Mädchen diese Werte verinnerlichten, lag weniger an ihrer weltanschaulichen Schulung als an ihren Erlebnissen und Erfahrungen im BDM.

NS-Ideologie und BDM-Kluft

Zu den Elementen, die einer solchen indirekten Beeinflussung der Mädchen Vorschub leisteten, gehörte die BDM-Uniform, die sogenannte 'Kluft'.[4] Das Wort Kluft leitet sich von „klaffot" her, das im Rotwelschen, der Vagabunden-Geheimsprache, Kleid bedeutete.[5] Im 18. Jahrhundert wurde es in die Studentensprache übernommen[6] und später von der Jugendbewegung aufgegriffen.

Wie jede Uniformierung (von lat. uniformis = gleichförmig) verlieh die BDM-Kluft einer Gruppe von Mädchen ein einheitliches Äußeres, das auf jede Einzelne disziplinierend wirkte – vergleichbar der Wirkung einer Schuluniform. Daneben machte sie die Trägerin für Außenstehende auf den ersten Blick als Mitglied dieser Gruppe kenntlich – ähnlich einem Arztkittel oder einer Schaffneruniform.

Die Kleiderordnung der Hitler-Jugend war seit 1933 bis ins kleinste festgelegt. Vom Scheitel bis zur Sohle reglementierten Vorschriften das äußere Erscheinungsbild der JM- und BDM-Mitglieder.[7] Dahinter stand das Ziel, durch Gleichförmigkeit das einzelne Mädchen auf die vielzitierte (Volks-)Gemeinschaft einzuschwören. Folgende angeblich von einem BDM-Mädchen geschriebenen Sätze wurden in ein NS-Lesebuch aufgenommen:

> Jawohl, wir sind nicht nur äußerlich durch die Kluft und das gemeinsame große Ziel eins, wir sind es auch wirklich innerlich, von Mädel zu Mädel. Und wie das jetzt ist, so soll das auch später bleiben im Leben – und damit ist das Endziel erreicht, daß alle deutschen Frauen dann [...] Schwestern untereinander sind, eine Volksgemeinschaft bilden, die unserm Volkskanzler ohne Bedenken folgt, wohin er sie auch immer führt.[8]

Wenn auch vermutet werden kann, daß es sich hier um einen zu Propagandazwecken verfaßten Text handelt – der Band erschien zu einer Zeit, als die Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend noch freiwillig war –, so spiegelt er doch deut-

lich die Einbindung der Uniform in die Jugenderziehung wider. Die Kluft zu tragen, bildete gewissermaßen die erste Stufe des deutschen Mädchens auf dem Wege zur nationalsozialistisch denkenden Frau. Das wird auch in einem der periodisch erscheinenden BDM-Schulungsbriefe deutlich, die in Lippe als Grundlage für den weltanschaulichen Unterricht bei Heimabenden des BDM dienten. Zur Jungmädel-Schulung heißt es folgendermaßen:

> Wir zeigen wohl heute nach aussen ein einheitliches Gesicht, es ist aber nicht mit einem Organisieren und Uniformieren getan, es gilt das Typische für unsere Zeit in seelische Werte umzugestalten, es gilt, nach den Formen des äusseren Menschen seiner Seele das Gepräge zu geben.[9]

Damit die Mädchen lernten, gleich zu denken (und zu fühlen, was als frauengemäßer galt), wurden sie also zunächst gleich angezogen. Dabei mußte die Art der Kleidung der zu erweckenden nationalsozialistischen Gesinnung entsprechen: Sauber, ordentlich, nicht modisch verspielt, sondern klar und neutral, aber nicht unweiblich. Derartige Kriterien galten im NS-Staat nicht nur für Uniformen. Zum Frauen- und Mädchenbild der Nationalsozialisten gehörten weder Modekleidung noch Schminke. Stattdessen wurden Schlichtheit und Natürlichkeit propagiert. Wenn möglich, sollte die Kleidung von den Frauen selbst hergestellt werden, in jedem Fall aber sollte sie aus deutschen Materialien bestehen.[10] Was im Rahmen von Kriegsvorbereitungen und deutschen Autarkiebestrebungen erklärt werden kann, wurde den Mädchen als 'deutsche Art' aufgedrängt:

> Ich bin ein deutsches Mädchen, und deutsch sei mein Gewand!
> Nichts will ich davon wissen, was eitler Flittertand.
> Was soll mir Samt und Seide, was blitzendes Geschmeid'?
> Es glänzt an Rock und Mieder als Schmuck die Sauberkeit.[11]

Sauberkeit bezog sich in der NS-Ideologie nicht nur auf fleckenlose Reinheit des Äußeren, sondern auch auf eine zum Ideal erhobene innere Aufrichtigkeit im Glauben an den Führer. Äußeres und Inneres sollten übereinstimmen. Wenn diese Auffassung schon im alltäglichen Leben zum Leitbild erhoben wurde, so mußte die Dienstkleidung der noch zu prägenden Jugendlichen erst recht danach ausgerichtet sein. Man kann vermuten, daß sich die Forderung nach Sauberkeit und Ordentlichkeit bei Mädchen leichter durchsetzen ließ als bei ihren männlichen Altersgenossen. Gehörten doch Sorgfalt, Fleiß, hauswirtschaftliches Geschick und Freude am Schönen zu einem Frauenbild, das nicht erst die Nationalsozialisten eingeführt hatten.

Zu diesem ideologischen Überbau der BDM-Uniformierung trat schließlich noch der Sozialismus-Gedanke in seiner auf 'arische' Deutsche beschränkten NS-Form:

> Das deutsche Mädel kennt weder Klasse noch Stand. Die Schülerin marschiert neben der Arbeiterin, die Studentin neben dem Lehrmädchen. Sie tragen dasselbe Kleid, das sie alle gleich macht, das Kleid der Kameradschaft, das Gewand des deutschen Sozialismus, wie es unser Jugendführer genannt hat. Jede in unseren Reihen will nichts für sich, sondern alles für die Gemeinschaft.[12]

Daß die damit belegten Erziehungsabsichten zum Programm des NS-Staates gehörten, zeigen Stellungnahmen der höchsten Führungspitze. Reichsjugendführer Baldur von Schirach, der als enger Mitarbeiter Hitlers der gesamten Hitler-Jugend vorstand, äußerte sich 1934 in einer Rundfunkansprache folgendermaßen:

> Die Uniform ist [...] das Kleid der Kameradschaft. Diese Uniform hindert den Wohlhabenden, sich reicher zu kleiden als der Ärmere, indem sie alle nach dem Leistungsgesetz der Gemeinschaft schmückt. Sie macht nicht alle gleich, aber sie kennzeichnet den Unterschied und den Rang der Menschen nach Können und Leistung, nicht nach Geburt und Vermögen. Wir uniformieren die Jugend nicht eines kriegerischen Gepräges willen, sondern weil wir damit der sozialistischen Gesinnung dieser Jugend Gestalt geben wollen.[13]

Zusammenfassend heißt das: Vordergründig bezweckte die Uniformierung die Förderung von Kameradschaft und Gemeinschaft, von sozialistischer Gleichheit und leistungsbezogener Gerechtigkeit. Im Verborgenen bildete sie die äußere Form für eine totalitäre Unterdrückung von Individuen zugunsten einer abstrakten, mit Hilfe von Feindbildern konstruierten Volksgemeinschaft.

Soweit die theoretischen Ansprüche an die BDM-Uniform. Bevor ihnen die Erinnerungen ehemaliger Klufträgerinnen gegenübergestellt werden sollen, gebe ich zunächst einen Überblick, aus welchen Elementen diese Uniform bestand und wie ihre Herstellung und ihr Verkauf geregelt waren.

Elemente der BDM-Kluft

Die Kleidungsstücke, die in der Umgangssprache Kluft genannt wurden,[14] untergliederten sich der NS-Amtssprache zufolge in „Sommer-" und „Wintertracht" sowie „Sportdienstkleidung".[15] Ferner wurde nach Jungmädel- und BDM-Ausstattung unterschieden, wobei dies bei einigen Teilen lediglich die Größen bezeichnete, bei anderen aber tatsächliche Verarbeitungsunterschiede.

Den harten Kern der Kluft – also den unabdingbaren Besitz jedes BDM-Mädchens – bildeten die folgenden Kleidungsstücke: Bluse, Rock, Jacke, Dreiecktuch und Lederknoten. Die kurzärmelige Bluse bestand aus weißem Feinleinen, sogenanntem Seidenleinen. Auf ihrem linkem Ärmel war ein dreieckiges, schwarz-weißes Abzeichen mit dem Namen des Untergaus (in Detmold war es „Westfalen West") aufgenäht. Dazu kam der geknöpfte Rock aus dunkelblauem Wollstoff, den es in zwei Varianten gab. Zur größeren Ausfüh-

rung (für BDM-Mädchen) gehörte ein blauer Ledergürtel. Die kleineren Jungmädel befestigten ihren Rock mit großen weißen Knöpfen an ihrer Bluse.

Unter dem Blusenkragen wurde das Dreiecktuch (genannt Schlips) aus schwarzem Baumwollsatin getragen. Es mußte von der langen Seite her aufgerollt werden, so daß ein Stück des gegenüberliegenden Zipfels überstand. Dieses Tuch gab es in zwei Größen. Die beiden Enden wurden mit einem aus einem Lederband geflochtenen braunen Knoten befestigt, der bis zum Hals hochgezogen wurde. Im Zuge der kriegsbedingten Materialknappheit gab es zeitweilig auch Knoten aus Kunstleder, dem sogenannten Alkor[16].

Bei kühlem Wetter wurde eine hellbraune Jacke – die sogenannte Kletterweste – aus Velveton, einem samtähnlichen Baumwollgewebe, getragen. Sie war kurz und tailliert und konnte mit zwei am Rückenteil befindlichen

Abb. 2: Das vorschriftsmäßige Äußere der BDM-Mitglieder. Abgebildet sind Mädchen verschiedener Rangstufen, links in Wintertracht, rechts in Sommertracht (Organisationsbuch der NSDAP, Tafel 60)

Abb. 3: Detmolder Führerinnen in Kluft, um 1940. Das Ärmeldreieck bezeichnete den Untergau, die um den Hals getragenen Schnüre den Dienstgrad (Foto: Privatbesitz)

Das Stoffabzeichen für HJ., DJ., BDM. und JM.

Abb. 4: Das Abzeichen der Hitler-Jugend, ein rot-weißer Rhombus mit schwarzem Hakenkreuz, wurde auf Kletterweste und Turnhemd getragen. Es befand sich außerdem auf Fahnen und Wimpeln der HJ

Riemchen weiter oder enger geschnallt werden. Auf ihrem linken Ärmel befanden sich zwei Stoffabzeichen: das schwarz-weiß-rote der Hitler-Jugend und das Untergau-Dreieck.

Im Sommer sollten die Mädchen zu dieser Grundausstattung weiße Baumwollsöckchen tragen, die umgeschlagen wurden, im Winter braune Strümpfe, die es in einer langen und einer bis zum Knie reichenden Ausführung gab.[17] Dazu waren braune Halbschuhe, die sich zum Wandern eigneten, vorgeschrieben. Auch gab es einen extra für den BDM hergestellten Lederschuh im Derbyschnitt zu kaufen, der von den Mädchen – unzutreffenderweise – Bundschuh oder Haferlschuh genannt wurde.[18]

Neben diesen unentbehrlichen Kleidungsstücken existierten ergänzende Teile, deren Anschaffung offenbar weniger streng reglementiert war. Sie wurden zum Teil erst im Laufe der Jahre eingeführt oder auch wieder abgeschafft. So gab es eine schmutzunempfindliche graue Trikotbluse – die sogenannte Fahrtenbluse – und eine blaue Strickmütze mit weißen Streifen, die in der Amtssprache Skikappe hieß. Von den Mädchen wurde sie hingegen Teufelsmütze genannt, weil sie in der Mitte der Stirn in eine Spitze auslief. Für die älteren Mädchen gab es außerdem einen braunen Mantel und eine schwarze Samtkappe.

In den Bereich der Sportdienstkleidung[19] fielen ebenfalls Kleidungsstücke von unterschiedlichem Pflichtcharakter. Jedes Mädchen mußte die 'Turnkluft' besitzen. Das waren ein weißes Trikothemd mit auf der Brust aufgenähtem HJ-Abzeichen und eine schwarze Turnhose aus Baumwollsatin, die genauso aussah wie die sonst üblichen Sporthosen.[20] Daneben gab es einen dunkelblauen Trainingsanzug, eine dunkelblaue Skihose (auch als Überfallhose bezeichnet), eine dazugehörige olivbraune Jacke (genannt Skibluse) und – dies aber nur für die älteren Mädchen – einen schwarzen Badeanzug. In den Sportbereich gehörten schließlich auch Volkstanzkleider und ein BDM-Regenumhang, der bei Fahrten über dem Rucksack (dem sogenannten Affen) getragen werden konnte.

Zu den eigentlichen Bekleidungsstücken kamen die schon genannten Stoffabzeichen (Hitler-Jugend, Untergau) sowie verschiedenfarbige Führerinnen-

Abb. 5: Detmolder Mädchen beim Schulsport, die meisten tragen auch hier ihre BDM-Turnkluft, um 1942 (Foto: Privatbesitz)

Schnüre, die den Dienstrang der Trägerin bezeichneten. Sie wurden mit dem Schlips um den Hals gelegt und ihre Enden in die linke Brusttasche der Bluse gesteckt.

Herstellung und Verkauf der BDM-Kluft

Farbe und Schnitt der genannten Kleidungsstücke waren genauestens festgelegt. Um eine reichsweite Vereinheitlichung aller NS-Uniformen zu erreichen, mußten ungeregelte Herstellung und freier Verkauf dieser Kleidung unterbunden werden. Zu diesem Zweck hatte Hitler bereits Ende 1928 eine Behörde ins Leben gerufen, die Reichszeugmeisterei der NSDAP.[21] Sie hatte ihren Sitz in München.

Das am 20.12.1934 erlassene „Gesetz gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei und zum Schutz der Parteiuniformen" sowie drei darauffolgende Durchführungsverordnungen aus dem Frühjahr 1935 legten fest, welche Gegenstände und Gewebe einer amtlichen Erlaubnis bedurften und wie Zuwiderhandlungen bestraft werden sollten. Im Gesetz hieß es unter § 5 Abs. 1:

> Wer parteiamtliche Uniformen, Uniformteile, Gewebe, Fahnen oder Abzeichen der NSDAP., ihrer Gliederungen oder der ihr angeschlossenen Verbände ohne Erlaubnis des Reichsschatzmeisters der NSDAP gewerbsmäßig herstellt, vorrätig hält, feilhält oder sonst in Verkehr bringt, wird mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bestraft.

Abb. 6: Das Siegel der Reichszeugmeisterei mußte sich auf allen Kleidungs- und Ausrüstungsstücken des BDM befinden

Alle an diesem – wegen der großen Bedeutung von Uniformen im NS-Staat recht einträglichen – Geschäft interessierten Hersteller und Händler mußten zunächst gegen eine Gebühr die Genehmigung des Reichsschatzmeisters beantragen. Die Reichszeugmeisterei informierte sie dann in ihrem regelmäßig erscheinenden Mitteilungsblatt sowie in detaillierten Herstellungsvorschriften über alle Richtlinien. Neben genauesten Fabrikationsvorgaben (Material, Farbe, Größen und Verarbeitung) enthielten diese Hefte die reichseinheitlichen Verkaufspreise. Hier wurden auch sämtliche Firmen genannt, die die amtliche Genehmigung besaßen, sowie die, denen die Erlaubnis entzogen worden war. So verschärfte die Behörde durch gegenseitige Kontrollmöglichkeiten den Druck auf Produzenten und Verkäufer.

Alle Kleidungsstücke mußten nach Vorschrift gekennzeichnet werden, damit sie von Nachahmungen zu unterscheiden waren. Auch Stoffe, Knöpfe, Lederwaren und Ausrüstungsgegenstände (z.B. HJ-Brotbeutel) bedurften einer Herstellungserlaubnis, die durch das Siegel der Reichszeugmeisterei bescheinigt wurde.

Neben der Original-BDM-Ausstattung waren dennoch viele ähnliche, nicht genehmigte Textilien auf dem Markt. Die Partei versuchte daher, nicht nur auf Hersteller und Händler Druck auszuüben, sondern auch die Mädchen zu Markenbewußtsein zu erziehen. So hieß es in den Bekleidungsvorschriften für Jungmädel:

> Du mußt nur darauf achten, daß Du auch den richtigen, dunkelblauen Übungsanzug mit der Erkennungsmarke aus einem 'Braunen Laden' bekommst, denn es gibt viele Übungsanzüge, die dem vorschriftsmäßigen ähnlich und doch falsch sind.[22]

Ein zehnjähriges Mädchen sollte also seinen Eltern gegenüber durchsetzen, daß sie ihre Tochter im von der NSDAP zugelassenen Fachgeschäft für den Jungmädel-Dienst einkleideten. Wieviel Erfolg derartige Appelle bei den Ju-

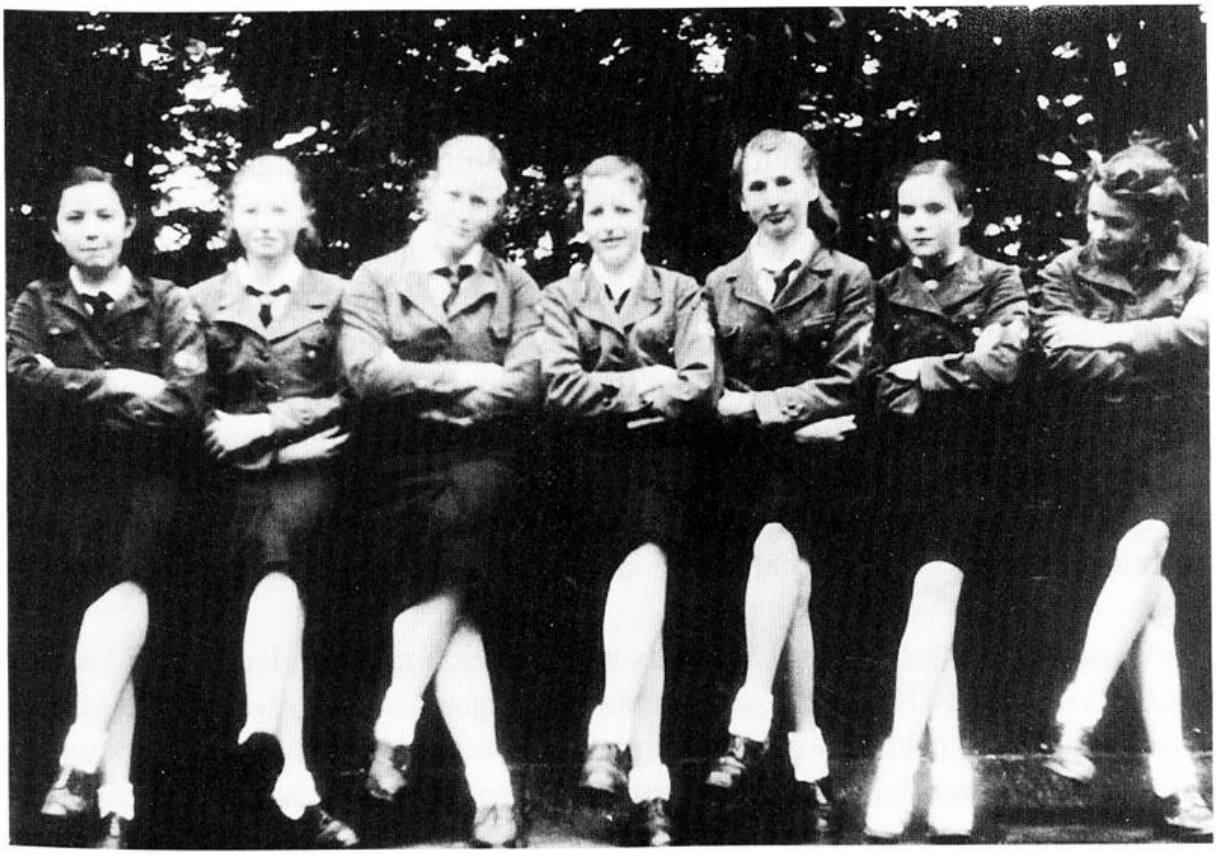


Abb. 7: Detmolder JM-Führerinnen am Hermannsdenkmal, um 1940. Auf den ersten Blick sehen alle gleich aus, und wie es scheint, betonen sie dies absichtlich durch ihre Sitzhaltung. Ein Mädchen jedoch durchbricht die Uniformierung mit weißen Schuhen. (Foto: Privatbesitz)

gendlichen hatten, inwieweit überhaupt der aufwendige Organisations- und Kontrollapparat Einfluß auf ihr Kleidungsverhalten ausübte, diese Fragen sollen sich im nun folgenden Abschnitt klären.

II. Erinnerungen

Gesprächspartnerinnen

Um zu erfahren, welche Rolle die Kluft tatsächlich gespielt und was sie den Mädchen bedeutet hat, sprach ich mit sechs ehemaligen Detmolder BDM-Mitgliedern,[23] die zwischen 1924 und 1927 geboren worden sind. Zum Zeitpunkt der nationalsozialistischen Machtergreifung noch Kinder, kamen sie im Alter zwischen zehn und zwölf Jahren zu den Jungmädeln. Bis zum 17. oder 18. Lebensjahr blieben sie aktive Mitglieder der Organisation. Eine weitere befragte Frau des Jahrgangs 1910 (Frau Dietrich) trat nicht als Jugendliche, sondern als Erwachsene in den BDM ein. Aufgrund ihrer Erfahrungen aus der Jugendbewegung der 1920er Jahre bekleidete sie dort während zwei Jahren eine hauptamtliche Führerinnenposition. Schließlich sprach ich mit der 1921 ge-

borenen Frau Sander, die dem BDM kritisch gegenüberstand und sich der Mitgliedschaft entziehen konnte. Sie wuchs in einem lippischen Ort zwischen Detmold und Bielefeld auf, zog aber noch während des Krieges in die Residenzstadt. Ihre Erinnerungen fügen denen der übrigen Befragten also eine Außenwahrnehmung der Uniformierung hinzu.

Alle acht Frauen entstammen bürgerlichen Familien, teils aus der für Detmold typischen Beamtenschaft, teils aus Handwerk und Gewerbe. Sie haben gemeinsam, daß sie das Lyzeum besuchten, also zu einer hinsichtlich Bildung privilegierten Minderheit gehörten. Gleichwohl war die materielle Situation ihrer Familien recht unterschiedlich. Mehrere Frauen haben die stark einschränkende Knappheit der 1930er und 1940er Jahre noch in eindringlicher Erinnerung. Diese war sowohl durch private Umstände als auch durch Einflüsse der vorausgegangenen Wirtschaftskrise und des ausbrechenden Krieges entstanden.

Als ein Charakteristikum Detmolds im Vergleich mit dem ländlichen Umland stellte sich der BDM-Werdegang mehrerer Frauen heraus. Nachdem sie etwa zwei Jahre Jungmädel gewesen waren, stiegen sie zur Schaft- und später zur Scharführerin auf.[24] In dieser Position leiteten sie eine 'Schar' von etwa 50 Zehn- bis Vierzehnjährigen. Anstatt nach dem vorgeschriebenen Schema mit 14 Jahren vom Jungmädelbund in den BDM überzuwechseln, blieben sie weiterhin Führerinnen der Jüngeren, bis sie ein Jahr vor dem Abitur vom Dienst freigestellt wurden.[25] Diese JM-Laufbahn blieb den bereits berufstätigen Mädchen dadurch verschlossen, daß die Jungmädel-Treffen am Mittwochnachmittag und Samstagvormittag stattfanden. Die älteren BDM-Mädchen versammelten sich dagegen erst am Abend.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die bei den Jungmädeln bleibenden Mädchen über den BDM etwas die Nase rümpften:

> Wir wollten alle nicht in diesen BDM, wir fanden das so als Alte-Damen-Verein (Frau Arnold).

Diese Abneigung hatte mehrere Ursachen. Zum einen genossen die Mädchen bei den Zehn- bis Vierzehnjährigen ihren herausgehobenen Führerinnen- und Älterenstatus. Zum anderen empfanden sie aber auch eine Distanz zu den im BDM erfaßten Jugendlichen.

> Da war man ganz stolz, wenn man dann Jungmädelführerin war und in den doofen BDM nicht mußte, denn das waren ja oft Mädchen mit ganz anderen Interessen, die schon gerne mit Jungen irgendwas hatten und ausgingen und berufstätig waren (Frau Harms).

Dagegen war die Identifikation mit der eigenen Jungmädelschar stark, auch wenn zu ihr ein Altersunterschied von etlichen Jahren bestand. Bis zu dem

Zeitpunkt, an dem das eigene Interesse an anderen Freizeitunterhaltungen überhandnahm – eine wichtige Phase dafür war die Tanzstundenzeit – fühlten sich die Führerinnen sehr für 'ihre' Jungmädel verantwortlich.

> Wir als Jungmädel, wir waren immer sehr engagiert. Und der BDM war immer so'n bißchen lockerer. Die nahmen das nicht mehr so ernst, und das fanden wir nicht so gut. [...] Aber man hatte nachher auch so andere Interessen, nun war man da ja auch schon siebzehn, das war ja dann doch schon 'ne lange Zeit, die man da engagiert war (Frau Kron).

Aus den Berichten der Frauen geht hervor, daß sich das Wir-Gefühl nicht nur auf die geleitete Mädchenschar bezog, sondern auch auf die Gruppe gleichrangiger Jungmädelführerinnen. Das ist nicht verwunderlich, handelte es sich doch im wesentlichen um Schulkameradinnen:

> Ja also, ich muß wirklich sagen, wir waren viele untereinander befreundete Mädel, die eben dann auch Jungmädelführerinnen waren (Frau Harms).

Hieran läßt sich erkennen, daß die von der HJ-Führung propagierte Gemeinschaft, zu der die Jugendlichen in der Organisation erzogen werden sollten, genau an den traditionell vorhandenen sozialen Grenzen endete. Innerhalb der bürgerlichen Bildungsschicht fühlten sich die Mädchen eingebunden, darüber hinaus grenzten sie sich deutlich ab. Nur in der Rolle der anführenden Älteren bezog sich ihr Teamgeist auch auf Mädchen anderer Sozialmilieus.

Dies macht deutlich, daß die im folgenden ausgewerteten Erinnerungen zum Thema Uniformierung überwiegend der Erfahrungswelt des Jungmädelbundes und der Sphäre der sogenannten höheren Töchter entspringen. Eine ergänzende Perspektive bieten jedoch die Aussagen Frau Dietrichs, die als bezahlte Kraft mit älteren BDM-Mädchen in ländlichen Gebieten Lippes arbeitete.

Wie standen die Mädchen zu ihrer Kluft? Bei welchen Anlässen wurde sie getragen – vorschriftsmäßig oder freiwillig, gern oder ungern? Welche Probleme waren mit der Beschaffung der Kleidungsstücke verbunden? Auf solche Fragen geben die befragten Frauen verschiedene Antworten.

„Das war für uns 'ne Ehre..."

Mit dem Tragen des 'Kleides des Führers' – wie die Uniform in der Propaganda gern bezeichnet wurde – verbinden sich viele positive Erinnerungen. Am deutlichsten spürbar war wohl das Empfinden, einer Gruppe anderer Mädchen zuzugehören und darin aufgehoben zu sein. So resümiert Frau Harms:

> Dieses Tragen der Uniform: Von mir, muß ich sagen, war das eigentlich das Gefühl, ich gehöre dazu [...], dieses Zusammengehörigkeitsgefühl.

Nach außen gezeigte Zusammengehörigkeit hatte natürlich eine Kehrseite: Wer keine Kluft trug, war optisch aus der Gruppe ausgeschlossen. Für die betroffenen Jugendlichen war dies eine unangenehme Erfahrung. Allerdings wurde eine solche Distanzierung nicht immer als Makel angesehen, wie die folgende Äußerung zeigt.

> Sonnabends mußte manchmal die Schule marschieren, zu irgendwelchen Festtagen. [...] Und dann hatten natürlich alle die Uniform an, und wir waren zu dritt und liefen in Zivilkleidung immer hinter unserer Klasse her. Und ich erinnere mich, daß wir manchmal doch ein bißchen beschämt waren. [...] Auf der anderen Seite war's auch [...] so'n Zeichen von innerer Opposition. Und da hat man sich gar nicht so unwohl dabei gefühlt (Frau Sander).

Abb. 8: Zwei Detmolder Jungmädel mit angeknöpften Röcken, 1936 (Foto: Privatbesitz)

Das einheitliche Äußere der Gruppe bot ihren Mitgliedern einen Schutz nach außen. Das galt nicht nur für die gleichrangigen Mädchen, sondern auch für die Führerin. So entstand ein Raum, in dem ungeahnter Mut entwickelt werden konnte, beängstigende Situationen durchzustehen. An ein derartiges Erlebnis erinnert sich Frau Arnold:

> Wir haben auch viel gesungen, und da mußten wir manchmal ins Lazarett, da wurde dann gesungen. [...] Ich war an sich wahnsinnig schüchtern. [...] Wenn die Kinder

> dabei waren, dann war man ja nicht so exponiert, man gehörte ja dazu. Sonst wäre ich allein da bestimmt nie hingegangen.

Daß das nach außen bekundete Zusammengehören aber auch einen gleichmachenden, die Einzelne vereinnahmenden Aspekt besaß, wurde wohl eher den Außenstehenden bewußt als den klufttragenden Mädchen. So urteilt die unterrichtende Frau Dietrich über ihre BDM-Mädchen:

> Die Uniform war selbstverständlich, denn Uniform macht ja gleich, ist ja Uni-form. [...] Das ist wie mit allen Uniformen. Manche tragen Uniform gerne. Aber sie haben sich nichts dabei gedacht, als Uni-form, daß sie den sozialen Unterschied nicht feststellen können. Ich glaube nicht, daß das 'ne große Rolle spielte.

Mädchen, die mit Begeisterung zum Jungmädel-Dienst gingen, übertrugen diese uneingeschränkte Zustimmung auch auf ihre Dienstkleidung. Für sie bedeutete es ein bewußtes Zeichen, wenn sie mit Schlips und Knoten unterwegs waren. Frau Kron empfindet es so:

> Das war für uns 'ne Ehre. Das war also ganz was Tolles, und es waren eigentlich wenige, die dagegen waren.

Inwieweit hier auch das Gefühl, mittels der Kleidung eine politische Aussage zu treffen, eine Rolle spielte, war aus den Erinnerungen der ehemaligen Jungmädel nicht zu rekonstruieren. Aus der Sicht der damals bereits erwachsenen Frau Dietrich jedoch hatte der Rassengedanke bei den BDM-Mädchen durchaus Bedeutung:

> Wenn sie für Hitler waren [...], und wenn sie sich im Spiegel beguckten [...], dann waren sie wirklich deutsch: deutsche Mädchen. [...] Dann war auch Nationalstolz dabei, der gehörte ja dazu.

Da die Kluft dem nationalsozialistischen Kleidungsideal von Einfachheit und Schlichtheit entsprach, fanden manche Mädchen ihre Kleidung schön, ohne daß damit ein rassistischer Gedanke verbunden sein mußte. So fiel es für sie wohl nicht sehr ins Gewicht, daß die Uniformierung nicht durch Schmuck oder ergänzende Kleidungsstücke aufgebrochen werden durfte.

> Und außerdem war das ja 'ne hübsche Tracht, denn Weiß steht jedem Mädchen. Also ein bißchen, um die Eitelkeit auch zu beachten. Denn die Mädchen wollen ja auch ein bißchen hübsch aussehen. Und weiße Blusen sehen immer hübsch aus. Gerade im Kontrast zum dunklen Rock. [...] Bei den Jungens spielte das keine Rolle. Der Junge legt keinen Wert auf Äußeres, normalerweise (Frau Dietrich).

So besaß die Kluft für alle die Mädchen, die ihren Dienst mit Begeisterung und Ernsthaftigkeit versahen, eine stärkende, Sicherheit verleihende und integrierende Wirkung.

„Was mich nicht umwirft, macht mich stärker!"

Die Kluft ist aber für die Frauen durchaus auch mit unangenehmen Erinnerungen verbunden. Sie hängen zum einen mit dem Anziehen, zum anderen mit Beschaffung und Pflege der Kleidungsstücke zusammen.

So regte sich bisweilen innerer Widerstand gegen das eigene Äußere. Ein Stein des Anstoßes waren die großen weißen Knöpfe, mit denen die noch taillenlosen Jungmädel ihren Rock an ihrer Bluse befestigten. Sie leuchteten unübersehbar auf dem dunkelblauen Grund und sagten den Führerinnen im fortschreitenden Alter immer weniger zu. So erinnert sich Frau Harms:

> Bei uns, wie wir nun älter waren und Führerinnen waren, war das eine Tortur, denn man hatte 'nen Busen, und man mußte dann unter dem Busen diese Knöpfe anknöpfen. [...] Ich war immer etwas pummelig – das war nicht so schön.

Für die pubertierenden Mädchen war also das Unvorteilhafte der JM-Kluft, die Betonung der Brust, ein Problem. Möglicherweise empfanden sie auch die Kleine-Mädchen-Ausstrahlung des angeknöpften Rockes als störend. Trotz ihres Unwohlseins schien es Frau Harms aber undenkbar, statt des Jungmädelrocks einfach den BDM-Rock anzuziehen.[26] Wenn sie auch als Führerin an herausgehobener Stelle stand, bekannte sie sich doch durch das Tragen der Knöpfe zu ihrer Jungmädeleinheit.

Hieran wird deutlich, daß der Zwangscharakter der Uniform im Prinzip von den Mädchen als gegeben hingenommen wurde. Sie lehnten sich, auch wenn sie mit der Kluft unglücklich waren, nicht dagegen auf. Auch war für sie die Tatsache, uniformiert zu sein, an sich nichts Negatives. Selbst Frau Sander, die den BDM ablehnte, fand an der Einheitskleidung nichts auszusetzen, sondern wandte sich nur gegen den Zwang der ideologischen Vereinnahmung.

Das Tragen der Kluft hatte jedoch weitere unangenehme Seiten. Immer wieder betonen die Frauen, wie sehr sie im Winter gefroren hätten.[27] Mußten die Mädchen zu winterlichen Aufmärschen antreten, durften sie am Oberkörper nur ihre kurzärmelige Bluse und die Kletterweste tragen, am Unterkörper den Wollrock mit Kniestrümpfen. Frau Harms beschreibt eine solche Veranstaltung in Detmold:

> Ich erinnere mich an einen Aufmarsch auf dem Kronenplatz, da war ein wunderbares klares Winterwetter mit Frostgraden. Und alle hatten wahnsinnig kalte Hände, denn Handschuhe gehörten ja nicht zur Kluft. [...] Und dann standen wir in Dreierreihen [...]. Die erste Reihe mußte nun sich irgendwie behelfen, mit möglichst lang-

> gemachten Ärmeln. Und die dahinter standen, die hatten ihre Hände in den Achselhöhlen der vorderen.

Einige Mädchen verstießen bei solchen Anlässen – wohl meist auf Drängen ihrer Mütter – gegen die Uniformierungsregeln, indem sie wärmende Kleidungsstücke unterzogen. Wenn ihre Kletterweste weit genug war, konnte eine Jacke oder ein Wollpullover darunter getragen werden. Viele Mädchen hatten dann die sogenannte Berchtesgadener Jacke[28] an. Sie gehörte zwar nicht zur Kluft, wurde aber in vielen Situationen als Ergänzung toleriert: „Die durfte allenfalls mal druntergezogen werden" (Frau Harms). Sich unter der Kletterweste mehrere Schichten anzuziehen, wurde offenbar eher akzeptiert als eine regelwidrige Bekleidung der Beine, zum Beispiel mit langen Strümpfen. Das lag vermutlich daran, daß diese bei Bewegungen sichtbar werden und so die vielbeschworene Einheitlichkeit stören konnten. Frau Deinhards Eltern setzten sich aber über solche Einwände hinweg:

> Und normalerweise waren überhaupt im Winter lange Strümpfe verpönt. Aber das machten ja manche Eltern nicht mit. [...] Dann haben wir schon mal, wenn's sehr, sehr kalt war, so'ne Trainingshose druntergezogen.

Mädchen, deren Bekleidung derart der Vernunft entsprang und der Disziplin widersprach, wurden allerdings von den anderen Teilnehmerinnen mit Verachtung gestraft.

> Manche durften keine Kniestrümpfe anziehen, dann hatten die Mütter vernünftigerweise gesagt: Du ziehst nur lange Strümpfe an. Aber die wurden etwas belächelt (Frau Harms).

Im Hintergrund dieser von allen verlangten Disziplin standen die von den Nazis ausgegebenen Abhärtungsparolen wie: „Ein deutsches Mädchen friert nicht" (Frau Kron) und „Was mich nicht umwirft, macht mich stärker" (Frau Harms). Der Reichsjugendführer schmähte „schwächliche 'Damen'" und forderte die Mädchen auf, als „heroische Frauen" die Zukunft des deutschen Volkes mitzugestalten.[29] Frau Kron drückt aus, wie diese Werte von den Mädchen verinnerlicht wurden:

> Das war Ehrensache – man durfte das Frieren doch nicht so zeigen.

Gruppenzwang und Ideologie trugen dazu bei, daß das winterliche Frieren von den Frauen bis heute weniger als unvernünftige Zumutung denn als Beweis der eigenen Tapferkeit geschildert wird.

Weniger quälend als das Frieren scheint das umgekehrte Problem gewesen zu sein. Während die leichte Bluse im Sommer angenehm zu tragen war, konnte der dunkle Rock lästig werden.

Abb. 9: Nicht immer nach Vorschrift: Zwei der Mädchen haben wegen der Hitze ihren Lederknoten gelockert, um 1938 (Foto: Privatbesitz)

Abb. 10: Ein Jungmädel auf Fahrt bügelt für alle, 1941 (Foto: Privatbesitz)

Der Rock war sehr schön warm, aber im Sommer auch zu warm. Oh, was haben wir dann geschwitzt! (Frau Harms).

Die Bluse freilich hatte auch ihre Nachteile. Beim Dienst mußte sie sauber und ordentlich aussehen – wie deutsche Mädchen eben sein sollten – auch wenn Geländespiele oder Wanderungen stattfanden. Anders als das Braunhemd der Jungen war der weiße Stoff[30] schmutzempfindlich. Außerdem knitterte das Leinen, so daß sie obendrein gebügelt werden mußte. Wenn die Mädchen längere Fahrten unternahmen, ging es also nicht, ohne ein schweres Bügeleisen mitzunehmen – Ballast zugunsten des adretten Äußeren. Da außerdem in den Familien nur in mehrwöchigen Abständen gewaschen wurde, konnte die Reinhaltung der Bluse sich schwierig gestalten.

Sinnvoll war es daher, mindestens zwei Blusen zu besitzen, damit man sie wechseln konnte. Frau Harms, die als Gruppenführerin viel Zeit im JM-Dienst verbrachte, hatte ihrer Erinnerung zufolge mindestens vier Exemplare. In der Regel dürften es aber weniger gewesen sein, da die Mädchen – vor allem seit Kriegsausbruch – insgesamt knapp mit Kleidung ausgestattet waren.

Da hatte man vielleicht zwei von. Das war ja 'ne finanzielle Sache, wie die Eltern halt konnten. Sonst hatte man nur eine, und sonst trug man eben irgend 'ne weiße Bluse (Frau Kron).

Damit ist ein weiteres Problem angesprochen, der finanzielle Aspekt. Alle

Bestandteile der Dienstkleidung sollten beim Eintritt in die Jungmädelschaft vorhanden sein. Für viele Eltern bedeutete das eine erhebliche finanzielle Herausforderung. Besonders schwierig war die Beschaffung der Kluft in den Kriegsjahren, in denen zahlreiche Mädchen noch nicht einmal ausreichende Zivilkleidung besaßen. Frau Deinhard sagt über den Beitritt zur Hitler-Jugend:

> Wenn man dazukam, dann hatten sie das natürlich noch nicht alle, denn das war ja durch sämtliche Schichten, und die ärmeren Leute konnten sich das nicht leisten, so 'ne Uniform.

Eine Preisübersicht aus dem Jahre 1936 zeigt deutlich, welche Kluftteile am schwierigsten zu beschaffen waren.[31] Schlips (0,65 RM) und Knoten (0,15 RM), Bluse (je nach Größe 3,20 bis 3,70 RM), Sporthemd (2,30 RM) und -hose (2,10 RM) konnten relativ leicht besorgt werden. Dagegen mußte für den Rock (6,80 bis 9,60 RM) tiefer in die Tasche gegriffen werden. Am teuersten war die Kletterweste mit 8,30 bis 11,20 RM – diese Summe entsprach dem Wert von 30 Kilo Brot oder zwei Zentnern Kartoffeln.[32]

> Kletterwesten, die waren teuer. Ja, dann wünschte man sich zum Geburtstag 'ne Kletterweste, und ich kriegte dann auch eine zum Geburtstag und war glücklich. [...] Wer's unbedingt wollte, der schaffte das dann auch (Frau Kron).

Auch das am 1939 eingeführte Bezugsscheinsystem, nach dem Kleidung und andere Textilien nicht mehr gegen Geld, sondern gegen eingeschränkt ausgegebene Scheine erhältlich waren, brachte in dieser Hinsicht keine Verbesserung. Vielmehr wirkte sich die kriegsbedingte Rationierung genauso spürbar aus wie im gesamten Kleidungsbereich. Die schlechte Versorgungssituation war dadurch verschärft, daß sich die Jugendlichen noch in einer Phase starken Wachstums befanden. Besonders Schuhe waren ein Problem, wie sich Frau Arnold erinnert:

> Die wurden dann vorgeschuht. Sie kamen zum Schuster, dann wurden sie über'n Leisten gezogen, damit sie länger wurden, weil man ja wuchs. [...] Immer taten mir die Füße weh, weil die Schuhe zu klein waren. [...] Meine Füße sind auch relativ groß, und das war also 'ne Katastrophe.

Dieses Problem war natürlich nicht auf die Kluft beschränkt, sondern erfaßte den gesamten Kleidungsbestand der Mädchen. Dennoch spielten die Einschränkungen, die der Krieg mit sich brachte, eine wesentliche Rolle im Umgang mit der Uniform, wie sich im folgenden Abschnitt zeigen wird.

„Es kam niemand in Zivil, niemand."

Bei welchen Anlässen haben die Mädchen ihre Kluft überhaupt getragen? Die Frage mag auf den ersten Blick erstaunlich scheinen. Denn als Dienstuniform war die Kluft bei allen zum Dienst gehörenden Veranstaltungen vorgeschrieben, bei Heimabenden und Sportveranstaltungen ebenso wie bei großen Paraden.[33] So ist – trotz der genannten Beschaffungsschwierigkeiten – das hier zitierte Jungmädeldienst-Resümee von Frau Harms einleuchtend.

Die große Bedeutung eines einheitlichen Aussehens wurde den Mädchen immer wieder vorgehalten. Selbst auf Fernwanderungen war Kleidungsdisziplin höchstes Gebot. So mahnte der Schulungsbrief 6 des Obergaus Westfalen im Juni 1934:

> Wir wollen immer tadelloses einheitliches Bild bieten, es sieht aber nicht gut aus, wenn aus einer wandernden Gruppe alle Farben herausleuchten.[34]

Daher kann man sich vorstellen, wie wichtig es für ein Mädchen sein mußte, sich unverzüglich die Kluft anzuschaffen, wenn es Mitglied der Hitler-Jugend werden wollte. Die Eltern bemühten sich dann, die Kosten möglichst zu begrenzen. Frau Deinhards Mutter kaufte die Jungmädelbluse für ihre Tochter in reichlicher Größe, so daß sie sie mehrere Jahre tragen konnte. Und Frau Kron weiß noch:

> Die Kletterweste nahm man sowieso ein bißchen größer, weil man ja was drunterziehen mußte.

Auch war es üblich, daß zu klein gewordene Kleidungsstücke an jüngere Geschwister oder Bekannte weitervererbt wurden. Darüber hinaus organisierte seit 1934 das 'Referat für soziale Sofortmaßnahmen' des BDM die Versorgung bedürftiger Mädchen mit Dienstkleidung.[35] Zu diesem Zweck mußten Führerinnen in Zusammenarbeit mit der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV) die Notsituation der betreffenden BDM-Mitglieder bescheinigen.

Zum Teil wurden die Kleidungsstücke bei Heimabenden von älteren BDM-Mädchen genäht – die Reichszeugmeisterei hatte dafür eine Sondererlaubnis erteilt.[36] Den vorgeschriebenen Stoff für die Kluft konnte man gegen Vorlage eines BDM-Mitgliedsausweises erwerben.[37]

Was aber taten Mädchen, die aus irgendeinem Grunde nicht in der Lage waren, sich die Kluft kaufen oder auf andere Weise beschaffen zu lassen? Aus den Erinnerungen der Detmolder Frauen wird deutlich, daß es vielfältige Strategien gab, dieses Dilemma zu lösen. Frau Harms' Mutter ließ der Tochter einen Rock aus dem dunkelblauen Mantel ihrer Tante nähen. Er entsprach genau dem vorgeschriebenen Schnitt. Auch Frau Schmidts Röcke wurden immer von

ihrer Mutter selbstgenäht. Schnittmuster hierfür gab es in Modezeitschriften[38] oder durch Vermittlung des BDM[39].

Andere Mädchen – und nach den Erzählungen waren es nicht wenige – trugen zum Dienst einen beliebigen dunkelblauen Rock und eine normale Baumwollbluse. Deren Kragen mußte allerdings so geschnitten sein, daß sich der Schlips darunter hindurchziehen ließ. So konnten zivile Kleidungsstücke für den BDM genutzt werden, ohne daß der Unterschied auf den ersten Blick zu erkennen war.

Auffällig ist die Tatsache, daß die einzelnen JM-Führerinnen von einer ganz unterschiedlichen Kleidungsdisziplin ihrer Jungmädel berichten. Frau Harms sagt:

> Ich kann mich nicht erinnern, daß es welche gab, die keine Kluft anhatten. Wohl welche, die nicht die Original-BDM-Röcke anhatten [...], dann aber 'ne Original-Bluse dazu.

Dagegen ging es in Frau Krons Mädchenschar bei den regulären Treffen recht ungezwungen zu.

> Manche zogen, wenn sie keine weißen Blusen hatten – weiße Blusen hatte man ja nicht so viel, und sie mußten immer gewaschen werden – eine andere an. [...] Das wurde alles nicht so eng gesehen, das war ja 'ne finanzielle Sache.

Offenbar prägte die Pflichtauffassung der jeweiligen Führerin die der ihr unterstellten Mädchen entscheidend. Diese Auffassung hing nicht unbedingt davon ab, ob die Führerin selbst ihre Kluft leicht oder mühsam beschaffen konnte: Auch Frau Harms' alleinerziehende Mutter mußte mit sehr wenig Geld auskommen. Eher haben individuelle Pflichtvorstellungen eine Rolle gespielt.

Beim BDM-Sport gab es ebenfalls Uniformierungs-Freiräume, wie sich Frau Deinhard erinnert:

> Zwischendurch konnte man schon mal was anderes anziehen, nur so zum Trainieren. Aber wenn man richtig antreten mußte, dann mußte natürlich alles stimmen.

Also unterschieden die Mädchen, die die Uniformierung weniger streng befolgten, zwischen normalem Dienst und Großveranstaltungen. Bei Wettkämpfen und Aufmärschen war die Kontrolle eine ganz andere als bei den regelmäßigen Treffen. Plötzlich mußte die Einheitlichkeit stimmen, jedenfalls für außenstehende Betrachter. Frau Deinhard, die normalerweise eine gewöhnliche Alltagsbluse ohne das vorgeschriebene Armdreieck zum Dienst anzog, griff bei solchen Anlässen zur Nadel:

> Wenn heiße Sommertage waren und es war irgend so'n Parademarsch, dann mußte man sich das da schnell so draufnähen.

Abb. 11: Das Dirndlkleid und die Berchtesgadener Jacke – auch eine Art von Uniformierung, 1939 (Foto: Privatbesitz)

Auch bei längerdauernden Veranstaltungen – zum Beispiel Fahrten – schätzten die Mädchen ihren Kleidungsspielraum verschieden ein. Frau Harms trug als Betreuerin landverschickter Kinder wochenlang nur die Kluft. Frau Hofer hatte während einer zweiwöchigen Fahrt ihre Uniform bei allen „offiziellen Anlässen" an. Wanderungen, Stadtbesichtigungen und Spiele fanden im Dirndlkleid statt. Dieses Kleidungsstück war seit den 1920er Jahren zunehmend populär geworden und entsprach der NS-Forderung nach Unabhängigkeit von der in ternationalen Mode.[40] Bei der erwähnten Fahrt wurde das Dirndl jedoch strenggenommen nicht als Zivilkleidung getragen, sondern stellte ebenfalls eine Uniformierung der Mädchen dar, deren Zwangscharakter nur weniger deutlich hervortrat.[41] Dirndl und Berchtesgadener Jacke spielten insofern eine Sonderrolle, als sie in einem Grenzbereich zwischen Uniform und Zivilkleidung angesiedelt waren. Das zeigt sich auch daran, daß Mädchen häufig das kurze Jäckchen als Ergänzung zur Kluft trugen.

So befolgten einerseits Frau Harms und Frau Hofer die Kleidungsregeln sehr diszipliniert. Auf der anderen Seite nahmen einige Mädchen selbst bei Aufmärschen die Vorschriften nicht allzu ernst. Neben den genannten verborgenen Verstößen – wie nicht-originale Kleidung oder lange Strümpfe – kamen unübersehbare vor. So berichtet Frau Kron:

> Wenn irgendwas war, und wir mußten einen Rock anziehen, dann hat man auch die Stiefel zum Rock angezogen, wenn Schlackerwetter war.[42]

Daß solch auffallende Verstöße gegen die Uniformierung möglich waren, ist erstaunlich, wenn man sich den immer wieder proklamierten Einheitsgedanken vor Augen hält. Obendrein, da Frau Krons Jungmädelzeit drei Jahre vor Kriegsausbruch und Notzeit begann. In der Gründungs- und Ausbreitungsphase der Organisation sowie in den letzten Kriegsjahren freilich dürfte es solche Ausnahmen häufiger gegeben haben.

Frau Dietrichs zufolge trug eine ihrer Freundinnen in der Anfangszeit des Detmolder BDM anstelle der Original-Kluft eine Bluse, die aus einem Nacht-

hemd ihrer Mutter genäht worden war. Als Kletterweste diente das Oberteil eines Motorradanzugs, an dem BDM-Lederknöpfe angebracht worden waren. Da jedoch die Farbe der Jacke nicht mit dem vorgeschriebenen Braun übereinstimmte, wurde das Mädchen bei Aufmärschen in die hintere Reihe gestellt.

Es gab also im System der BDM-Uniformierung durchaus Nischen, innerhalb derer ein Mitglied je nach seiner eigenen Pflichtvorstellung von der obligatorischen Kluft abweichen konnte. Dennoch wurde eine Grenze von allen Mädchen akzeptiert: Schlips und Knoten waren ein Muß.

Das hatte mehrere Gründe. In den Anfangsjahren des BDM wurde das schwarze Tuch als Symbol der Mitgliedschaft verliehen.[43] Die Mädchen mußten nach ihrem Beitritt erst eine Probe ablegen, bevor sie Schlips und Knoten tragen durften.[44] Mit dem Ende des freiwilligen Beitritts entfiel aber dieser Aufnahmeritus und damit auch die Trennung des Schlipses von der restlichen Kluft.

Dennoch blieb seine Sonderrolle erhalten. Zum einen wohl einfach, weil es keinen besonderen Anlaß gab, ihn zu ersetzen oder abzulegen. Weder waren Tuch und Lederknoten besonders teuer, noch brachte ihr Tragen Nachteile für das Wohlbefinden mit sich. Zum anderen fiel dem schwarzen Schlips gerade in der Mangelsituation der Kriegsjahre eine ganz besondere Signalfunktion zu, wie Frau Kron betont:

> Tuch und Knoten, das war ja das Zeichen der Jungmädel. Den Rock und die Bluse konnte man ja auch so tragen.

Der Schlips wurde als einziges Element der Kluft ausschließlich zum BDM-Dienst angezogen. Alle anderen Kleidungsstücke waren in dieser Zeit als Zivilkleidung unentbehrlich. Frau Arnold faßt zusammen:

> Da wir ja wenig anzuziehen hatten, [...] da haben wir teilweise auch die Kluft getragen. Aber ohne Schlips, ohne Knoten. Und das war eigentlich erlaubt.

So trugen die Mädchen Rock, Bluse und Kletterweste auch in Alltagssituationen, teilweise in Kombination mit anderen, zivilen Kleidungsstücken. Dabei scheint es sie nicht gestört zu haben, daß auf dem Ärmel der weißen Bluse das Untergau-Dreieck befestigt war, das diese als Uniformteil kennzeichnete.[45] Der praktische Nutzen der Dinge stand im Vordergrund.

> Die Jacke vor allen Dingen hab' ich viel getragen, wenn's kühler war,

resümiert Frau Arnold. Dagegen besaßen das schwarze Tuch und der Lederknoten keine im Zivilbereich wertvolle Funktion.[46] Ihre Bedeutung lag allein in ihrem Zeichencharakter: Sie machten auf den ersten Blick deutlich, daß sich ein Mädchen im Dienst befand. Das verdeutlicht Frau Harms' Erinnerung:

Abb. 12: Die BDM-Bluse wurde bei Bedarf zum Zivilkleidungsstück umfunktioniert, 1939 (Foto: Privatbesitz)

Abb. 13: Ein Mädchen aus einem westdeutschen Untergau trägt seine Kletterweste zum Dirndl, 1941 (Foto: Privatbesitz)

> Meine Mutter hat dann gesagt: Am Sonntag zum BDM kannst du hingehen – aber erst gehen wir zur Kirche. Und dann wurde also dieser schwarze Schlips und der Knoten irgendwo hingesteckt, vielleicht in die Handtasche meiner Mutter, das weiß ich nicht mehr. Ich ging also mit dunkelblauem Rock und weißer Bluse in die Kirche, und wenn sie zu Ende war, hab' ich's schnell umgemacht, und dann los zum Dienst.

Das Umbinden des Schlipses war das Zeichen für den Wechsel vom privaten in den dienstlichen Bereich. Dieses Beispiel zeigt, daß die Teile der Uniform nicht nur ein Notersatz für fehlende Alltagskleidung waren, sondern auch fein genug für festliche Anlässe wie den Sonntagskirchgang. Ein solcher Anlaß führte zu folgendem Erlebnis Frau Arnolds:

> Wenn wir diese Kluft richtig anhatten, durften wir nicht ins Café oder irgendwo rein. Und da wurde in Detmold ein Café eröffnet. [...] Also, jedenfalls hab' ich mir erlaubt, ohne diesen Schlips und Kragen da ins Café zu gehen, hatte Bluse und Jakke und Rock an. Und da hat mich eine von diesen Führerinnen gesehen [...] und hat mich da zur Rechenschaft gezogen: Wie ich denn dazu käme? [...] Und da war ich also tief gekränkt, ich hatte das wirklich deshalb angezogen, weil man kaum was anzuziehen hatte in der Zeit.

Hier stießen zwei Auffassungen aufeinander. Frau Arnold fühlte sich in ihrer unvollständigen Kluft zu Unrecht angegriffen, zumal sie sonst nichts Angemessenes hätte anziehen können. Dagegen pochte die Führerin auf die BDM-Disziplin und übersah – oder ignorierte – das Zeichen des fehlenden Schlipses. Dieser Konflikt zeigt, daß Vorschrift und Realität in Zeiten materieller Not zunehmend auseinanderklafften, so daß die Disziplin des BDM ins Wanken zu geraten drohte.

Schluß

„Was heißt Uniform? Die Mädchen heute tragen doch auch Uniform!"

Diesen Vergleich zog eine Frau, als ich mich nach ihren Kluft-Erinnerungen erkundigte. Für sie ist es kein besonderer Unterschied, ob Mädchen im Nationalsozialismus die BDM-Kluft trugen oder heute einheitlich der jährlichen Mode folgen.

Es scheint mir typisch für die Generation ehemaliger 'deutscher Mädel', daß sie ihre damalige Zwangsuniformierung und die dadurch mit ermöglichte Vereinnahmung für das NS-Regime nicht als gefährlich erkannt haben. Wie andere Untersuchungen zum Nationalsozialismus zeigen, überwiegt bei diesen Frauen die Erinnerung an gemeinsame Erlebnisse und Aktionen, während Vorgänge der Indoktrination sich kaum eingeprägt haben.

Die von mir geführten Gespräche mit den einstigen JM- und BDM-Mitgliedern sowie einer Außenstehenden haben deutlich gezeigt, daß sie alle die Uniformierung an sich nicht ablehnten. Das Tragen der Kluft brachte eher positive Gefühle – wie Sicherheit und Zusammengehörigkeit – mit sich. Die Zustimmung der Mädchen zur Kluft wurde in Sondersituationen verringert, z.B. konnte die Kleidung mit fortschreitendem Alter als unvorteilhaft empfunden werden.

Im Umgang mit dem Zwang zur Einheitlichkeit waren Kompromisse möglich. Ihre Ausnutzung hing in erster Linie von der persönlichen Pflichtauffassung der jeweiligen Führerin ab, weniger von materiellen Umständen: Wer wollte, kriegte die vorschriftsmäßige Kluft schon irgendwie. Auch Eingriffe der Eltern führten zum Aufweichen der strengen Uniformierung: Gründe dafür waren Kälte, Geldmangel und praktische Erwägungen der Kriegsjahre. So verschwammen die Grenzen: Zivilkleidung wurde zu Kluft, Kluft wurde zu Zivilkleidung.

Eine besondere Bedeutung hatten Schlips und Knoten als Zeichen der JM- und BDM-Mitgliedschaft. Während alle anderen Kluftelemente auch privat nutzbar waren, kam ihnen ausschließlich Symbolfunktion zu. Gleiches gilt für die damit zusammen getragenen Führerinnenschnüre.

Was ist aus der Kluft der Mädchen seither geworden? In den Kriegs- und Nachkriegsjahren wurden alle verwertbaren Kleidungsstücke und Teile bis zum

Ende aufgetragen. Frau Schmidt erzählt, daß sie aus dem Rückenteil ihrer unbrauchbar gewordenen Kletterweste eine Buchhülle für ein im Studium benutztes Lehrbuch angefertigt hat. Allerdings besitzt eine der Frauen noch heute Knöpfe ihrer BDM-Bluse, eine andere hat ihren Lederknoten aufbewahrt. Was erhalten blieb, verdankt dies seiner Nützlichkeit und der Tatsache, daß es nicht als im nachhinein zu unterdrückendes Symbol der eigenen NS-Vergangenheit vernichtet worden ist.

Anmerkungen

1. StA DT, L 113 Nr. 697. Das Zitat gehört zu den vorgegebenen Textmaterialien für die Verpflichtungsfeier der lippischen Hitler-Jugend, es entstammt Hitlers Rede auf dem Nürnberger Reichsparteitag von 1934 (vollständig abgedruckt in Baldur von Schirach, Die Hitler-Jugend. Idee und Gestalt, Berlin 1934, S.192-195).
2. Vor allem: Arno Klönne, Jugend im Dritten Reich. Die Hitler-Jugend und ihre Gegner, München 1982, ferner: Werner Klose, Generation im Gleichschritt. Die Hitler-Jugend. Ein Dokumentarbericht, Oldenburg u.a. 1982 (Erstausgabe 1964).
3. In den letzten Jahren erschienen zahlreiche Publikationen: Birgit Jürgens, Zur Geschichte des BDM (Bund Deutscher Mädel) von 1923 bis 1939, Frankfurt a.M. u.a. 1994 (Europäische Hochschulschriften Reihe III, Bd. 593). Gabriele Kinz, Der Bund Deutscher Mädel. Ein Beitrag zur außerschulischen Mädchenerziehung im Nationalsozialismus, Frankfurt a.M. u.a. 1990 (Europäische Hochschulschriften Reihe XI, Bd. 421). Martin Klaus, Mädchen im Dritten Reich. Der Bund Deutscher Mädel (BDM), Köln 1983. Lisa Kock, „Man war bestätigt und man konnte was!" Der Bund Deutscher Mädel im Spiegel der Erinnerungen ehemaliger Mädelführerinnen, Münster/New York 1994 (Internationale Hochschulschriften, Bd. 131). Dagmar Reese, Straff, aber nicht stramm – herb, aber nicht derb. Zur Vergesellschaftung von Mädchen durch den Bund Deutscher Mädel im soziokulturellen Vergleich zweier Milieus, Weinheim u.a. 1989 (Ergebnisse der Frauenforschung, Bd. 18). Sylvia Rogge, „Mädel, komm zum BDM!" In: Hart und zart. Frauenleben 1920-1970, Berlin 1990, S. 149-159.
4. Einen Überblick über die Rolle dieser Kleidung im NS-Staat gibt Ingeborg Weber-Kellermann, Der Kinder neue Kleider. Zweihundert Jahre deutsche Kindermoden, Frankfurt a.M. 1985, S. 196-213.
5. Jacob Grimm/Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch, Leipzig 1873.
6. Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin/New York ^{22}1989.
7. Dies zeigt die präzise Bekleidungsvorschrift für Jungmädel, abgedruckt bei Weber-Kellermann, S. 204-208.
8. Aus: Waldemar Damer u.a. (Hrsg.), Nationalpolitisches Lesebuch, Breslau 1935, S. 210.
9. StA DT, L 113 Nr. 45, Schulungsbrief 3 des BDM, Obergau Westfalen, Mai 1934.
10. Die Modevorstellungen der Nationalsozialisten behandelt Sigrid Jacobeit, Aspekte der Kleidungsgeschichte im faschistischen Deutschland. In: Hessische Blätter für Volks- und Kulturforschung NF 25 (1989), S. 153-170. Jacobeit macht aber auch deutlich, daß diese Propaganda zumindest in der Hauptstadt Berlin keine nennenswerten Veränderungen des Kleidungsgeschmacks herbeiführen konnte.

11. Zweite Strophe des Gedichtes „Ein deutsches Mädchen", nach: Paul Großmann (Hrsg.), Gedenke! Gedichte für die Volksschule und ihre Feiern, Frankfurt a.M. 1934, S. 55.
12. Margarete Mallmann, Obergauführerin Ostland, im Völkischen Beobachter vom 8.11.1934. Zitiert nach: Damer u.a. (wie Anm. 8), S. 207.
13. Das Zitat ist einem Schulbuch entnommen: Peter Petersen/K. Heinecke, Lese- und Lehrbuch. Ausgabe B: Für die weibliche Jugend. Zweites Berufsschuljahr, Breslau/Halle a.d.S. 1937 (Unterrichtswerk für ländliche Berufsschulen, Abt. I), S. 25. Die Aufzählung Schirachs wandte sich gegen eine Gleichsetzung von Uniformierung und Militarismus – ganz im Widerspruch zur tatsächlichen militärischen Schulung der Hitlerjungen. Die Kluft der Mädchen blieb hingegen von aggressiven Elementen frei und betonte eher kindlich-mädchenhafte Züge.
14. Das Wort Kluft stand nicht – wie man vermuten könnte – in bewußtem, womöglich sogar abwertendem Kontrast zur Amtsterminologie. Vielmehr wurde sein Gebrauch von politischer Seite unterstützt, indem die Bezeichnung in BDM-Schulungsblättern und -zeitschriften (z.B. in „Das deutsche Mädel") immer wieder benutzt wurde – vor allem, wenn die Mädchen durch scheinbar authentische Berichte direkt angesprochen werden sollten.
15. Das Wort Tracht verschleierte den politischen Hintergrund der Mädchenuniform, weckte aber gleichzeitig Vorstellungen von Traditionspflege und Nationalgefühl, fügte sich also in die NS-Rassenideologie ein. Die Jungenuniform hieß hingegen „Dienstanzug", mahnte also in Anlehnung an die Erwachsenenwelt zu Pflichtbewußtsein und Verantwortungsbereitschaft.
16. Derartige neugeschaffene Kunstwörter spiegeln die Tatsache wider, daß die deutsche Industrie versuchte, importierte Materialien durch Eigenproduktionen zu ersetzen.
17. Mehrere daraufhin befragte Detmolder Frauen konnten sich nur an Knie-, nicht an lange Strümpfe erinnern.
18. Während Haferlschuhe die bis heute bei verschiedenen Jugendbünden üblichen Wanderschuhe sind, erklärte eine von mir befragte Detmolderin den Namen Bundschuh damit, er habe eben zum „Bund Deutscher Mädel" gehört.
19. Sport spielte in der NS-Jugenderziehung eine große Rolle. Hitler verlangte vom „völkischen Staat": „Er muß vor allem dafür sorgen, daß nicht eine Generation von Stubenhockern herangebildet wird" (in: Mein Kampf, München 1938, S. 453).
20. Zeitweilig wurde erwogen, durch Vorschriften eine eindeutige Unterscheidung herbeizuführen. So sollten alle zivilen Turnhosen mit einer farbigen Biese gekennzeichnet werden. Dieser Plan wurde 1938 fallengelassen (StA DT, L 113 Nr. 494, Mitteilungsblatt der Reichszeugmeisterei 5 [1938] 9, S. 65).
21. Organisationsbuch der NSDAP. Hg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, München 1937, S. 292a.
22. Die gesamte Vorschrift ist abgedruckt bei Weber-Kellermann (wie Anm. 4), S. 207.
23. Meinen Gesprächspartnerinnen danke ich für ihre Geduld und Auskunftbereitschaft sowie für die Fotografien, die sie mir zur Verfügung gestellt haben. Auf Wunsch ersetze ich in diesem Text ihre Namen durch Pseudonyme. Alle hier zitierten Aussagen liegen mir als Tonbandaufzeichnung vor. Sie erfuhren eine leichte schriftsprachliche Glättung, die jedoch ihren Inhalt unberührt ließ.
24. Die Leiter der BDM-Rangstufen reichte von der Schaftführerin, Scharführerin, Gruppenführerin, Ringführerin und Untergauführerin bis zur Obergauführerin. Je höher eine Führerin stand, für desto mehr Mädchen war sie verantwortlich.

25. Dieses Aufstiegsmuster hatte seine Entsprechung im Jungvolk, in dem die Gymnasiasten die höheren Führerpositionen bekleideten. Untersuchungen in anderen Städten zeigen die große Verbreitung dieses Prinzips, das in deutlichem Gegensatz zum sozialistischen Gemeinschaftsgedanken der NS-Ideologie stand. Vgl. Klaus (wie Anm. 3), S. 110f.
26. Frau Kron hingegen hatte keine Bedenken, als JM-Führerin einen BDM-Rock zu tragen.
27. Auch in Autobiographien wird diese Erinnerung sehr häufig erwähnt, z.B. in den Erinnerungen der aus Lage stammenden Katharina Köhnen, Wenn alles in Scherben fällt. Eine Kindheit im 3. Reich, Lemgo 1994, S. 150. Der Frost setzte den Mädchen auch während ihrer Sammlungen für das Winterhilfswerk sehr zu, vgl. Jürgens (wie Anm. 3), S. 143f.
28. Dieses Trachtenjäckchen war in JM und BDM so verbreitet, daß bei einigen Befragten Unsicherheit herrschte, ob es zur Kluft gehört hätte. Von der Reichszeugmeisterei wurde es eindeutig als Zivilkleidungsstück bezeichnet (StA DT, L 113 Nr. 494, Mitteilungsblatt der Reichszeugmeisterei 4 [1937] 15, S. 195).
29. Schirach, Die Hitler-Jugend (wie Anm. 1), S. 97.
30. Die oben erwähnte Fahrtenbluse aus grauem Stoff besaßen nach übereinstimmenden Aussagen die wenigsten Mädchen.
31. StA DT, L 113 Nr. 238: HJ.-Preisliste für Bekleidung – Ausrüstung – Abzeichen, November 1936, ist als Beilage zum Mitteilungsblatt der Reichszeugmeisterei 3 (1936) 23 erschienen.
32. Die genannten Nahrungsmittelpreise gelten für Berlin im Jahre 1936 (nach: Vierteljahreshefte zur Statistik des Deutschen Reiches 46 [1937] 1, S. 155). In einer Stadt wie Detmold dürften sie noch darunter gelegen haben.
33. Eine Ausnahme bildeten die vom BDM organisierten Ernteeinsätze, zu denen die Mädchen in zweckmäßiger Arbeitskleidung zu erscheinen hatten. Frau Deinhard trug beispielsweise zur Kartoffelernte Trainingshosen, so daß sie sich besser hinknien konnte. Im allgemeinen war es allerdings nicht üblich, als Mädchen eine Hose anzuziehen.
34. StA DT, L 113 Nr. 45, Schulungsbrief 6 (Brachet 1934), S. 24.
35. StA DT, L 113 Nr. 1216, Rundschreiben 2/34 der Hitler-Jugend, Gau Westfalen, 24.4.1934.
36. StA DT, L 113 Nr. 238, Mitteilungsblatt der Reichszeugmeisterei 3 (1936) 6, S. 98.
37. StA DT, L 113 Nr. 494, Mitteilungsblatt der Reichszeugmeisterei 4 (1937) 4, S. 42.
38. Zeitgenössische Abbildungen finden sich bei Rogge (wie Anm. 3), S. 150.
39. Das belegt ein Brief der Ringführerin Elfriede Brenker, in dem sie 1934 Untergauführerin Margarete Strate um Schnittmuster für die Uniform bittet (StA DT, L 113 Nr. 1217).
40. Jacobeit 1989 (wie Anm. 10), S. 155f.
41. In Frau Hofers Fahrtentagebuch wird deutlich, wie genau sie wahrnahm, wann Kluft und wann Dirndl angesagt war. Während sie das Tragen der Dienstkleidung nirgends vermerkt hat, hielt sie mehrfach fest, bei welchen Gelegenheiten die Mädchen im Dirndl loszogen. Dieses Kleid wurde offenbar als Freizeit-Gegenstück zur Kluft empfunden.
42. Es ist interessant, daß Frau Kron hier nicht „ich", sondern „man" sagt. Wie sie messen auch die anderen Frauen im Gespräch ihren Erinnerungen Allgemeingültigkeit bei. Erst im Vergleich wird deutlich, wie verschieden sie die Kleidungsvorschriften beurteilten.

43. Das symbolhafte Tuch entstammte ursprünglich der Wanderkleidung der bündischen Jugend in der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg. Verschiedene, gegen die Erwachsenenwelt opponierende Jugendgruppen grenzten sich damit voneinander ab. Schlipstragende Mädchen gab es beispielsweise bei den Pfadfindern; sie sind abgebildet bei Frigga Tiletschke/Christel Liebold, Aus grauer Städte Mauern. Bürgerliche Jugendbewegung in Bielefeld 1900-1933, Bielefeld 1995 (Schriften des Historischen Museums Bielefeld, Bd.7), S. 211.
44. Weber-Kellermann (wie Anm. 4), S. 203. Von den befragten Frauen konnte sich keine mehr an ein besonderes Verleihungsritual erinnern.
45. Nach der Dienstvorschrift der Hitler-Jugend durfte die weiße Bluse eigentlich nur ohne Abzeichen zu Zivilzwecken angezogen werden; so Weber-Kellermann (wie Anm. 4), S. 109.
46. Eine praktische Bedeutung des Dreieckstuchs wurde den Mädchen bei der Hitler-Jugend vermittelt: Sie sollten damit nötigenfalls einen gebrochenen Arm ruhigstellen. Dieser Zweck dürfte die Jugendlichen fasziniert haben, hatte er doch etwas von Abenteuer- und Lebensrettungsphantasien. In der Realität wird das Tuch wohl nur selten dazu benutzt worden sein.

Annette Hennigs

Der Detmolder Fliegerhorst vor 1945[1]

Die Geschichte des Detmolder Fliegerhorstes beginnt streng genommen erst 1934, als die ersten Spatenstiche auf dem Hohenloh zur Vorbereitung einer Landebahn und zum Bau von Gebäuden erfolgten. Zum besseren Verständnis der Vorgänge, die zum Baubeginn 1934 führten, muß aber ein Rückgriff auf die allgemeine Entwicklung der Luftfahrt in Deutschland und in Lippe zumindest ansatzweise geleistet werden. Schon in der Weimarer Zeit wurden wesentliche Schritte eingeleitet, die letztendlich den Aufbau einer Luftwaffe im 'Dritten Reich' ermöglichten.

Aufgrund der Quellenlage konzentriert sich der Aufsatz auf die Jahre bis 1936, als der Flughafen in die Hände der Luftwaffe übergeben wurde. Durch diesen Vorgang entzog sich das Geschehen auf dem Gelände in weiten Teilen der öffentlichen Wahrnehmung, zugleich bricht aber auch die Quellenüberlieferung im Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Detmold ab.[2] Allerdings sind die Anfangsjahre des Detmolder Flughafens besonders aufschlußreich, da hier die wesentlichen Weichen für die militärische Entwicklung ab 1936 gestellt wurden. Insofern ist die von den Quellen auferlegte Beschränkung inhaltlich durchaus sinnvoll.

Die Aufarbeitung der Sekundärliteratur zeigte, daß Luftfahrtgeschichte bis heute vor allem die Geschichte von technischem Fortschritt und von Rekordflügen ist.[3] Dabei gerät leicht in Vergessenheit, daß dieser Fortschritt nicht Selbstzweck war, sondern insbesondere in der Zeit nach 1918 der zunächst heimlich betriebenen Wiederaufrüstung diente. Dieser Zusammenhang läßt sich auch am Beispiel des Detmolder Fliegerhorstes deutlich aufzeigen.

Die Quellen bieten für die Bezeichnung des Fluggeländes auf dem Hohenloh verschiedene Bezeichnungen an, die einige Verwirrung stiften: Flugplatz, Flughafen und Fliegerhorst. Die Begriffe Flugplatz und Flughafen wurden in den 30er Jahren offensichtlich noch synonym verwand, eine scharfe Differenzierung erfolgte vermutlich erst später. Heute fällt das Detmolder Fluggelände in die Kategorie der Flugplätze, der Begriff Flughafen ist Einrichtungen mit größeren Kapazitäten vorbehalten. Da der Detmolder Fliegerhorst aber von einer Organisation eingerichtet wurde, die sich selbst „Flughafen Lippe-Detmold GmbH" nannte, und 1934 als „öffentlicher Flughafen II. Ordnung"[4] eingestuft wurde, soll dieser Begriff hier als zeitgenössisch korrekt mit Verwendung finden. Fliegerhorst ist grundsätzlich eine Bezeichnung, die nur militärische Einrichtungen tragen.

Vorgeschichte

Nach dem Ersten Weltkrieg war in Deutschland durch den Versailler Vertrag die Luftfahrt stark eingeschränkt worden. Sämtliche Militärflugzeuge waren den Alliierten übergeben worden bzw. mußten zerstört werden. Bis 1924 war das Fliegen mit Motorflugzeugen grundsätzlich verboten. Diese Situation begünstigte die Weiterentwicklung im Bereich der Segelfliegerei, die von den Bestimmungen des Versailler Vertrages nicht betroffen war. Auf der Wasserkuppe in der Rhön nahm so 1920 eine Bewegung ihren Anfang, die für viele Jahrzehnte nicht nur in Deutschland auf breitester Ebene begeisterte Anhänger fand. Entsprechend fand ein schnell voranschreitender technischer Fortschritt statt, der in rascher Folge zahlreiche Rekordflüge ermöglichte, die auf ein großes öffentliches Interesse stießen. Die hier gesammelten Erfahrungen im Bereich der Meteorologie und der Aerodynamik wurden zu einer wichtigen Grundlage für die Weiterentwicklung des Motorfluges, der ab 1924 im zivilen Bereich wieder auflebte und technische Innovationen brachte, die wiederum für Militärflugzeuge genutzt werden konnten.

Die Einschränkungen in der Fliegerei hatten aber auch eine starke ideologische Bedeutung in der zeitgenössischen Diskussion um den Versailler Vertrag. Völkisch gesinnte Kreise verstanden den Verlust der Lufthoheit als weiteres Argument gegen den als 'Schandvertrag' aufgefaßten Friedensschluß. Vor diesem Hintergrund bekommt die Nutzung von Flugzeugen im Wahlkampf 1932/33 durch Adolf Hitler auch durchaus eine symbolische Bedeutung, die über die reine Nutzung eines modernen und schnellen Verkehrsmittels deutlich hinaus geht. Man wollte die 'Wehrfreiheit' wieder erlangen, ohne die man keine wirkliche Freiheit besäße. Dazu gehörte auch die Luftwaffe.

Als Initialzündung für den Luftsport in Lippe gilt Robert Kronfelds offiziell anerkannter 100-km-Flug vom 15. Mai 1929 von Rheine/Westf. nach Detmold.[5] Seine Landung auf dem Königsberg fand große öffentliche Beachtung, ist aber für den Segelflug in Lippe nur ein herausragendes Ereignis in einer schon länger andauernden Entwicklung. Doch noch in der Festschrift zum 50jährigen Bestehen des Luftsportvereins Detmold heißt es:

> Der Anlaß zur Gründung eines Vereins für am Segelflug Interessierte war der seltsame Vogel, der am 15.5.1929 am Teutoburger Wald entlang an Detmold vorbeiflog. Einige Bürger unserer Stadt sahen das Flugzeug und vermißten Motorenlärm. Wer kannte auch damals schon etwas vom motorlosen Fliegen, wenn es nicht Luftschiff oder Ballon war. Das Flugzeug landete auf dem Königsberg und alles, was Zeit und Beine hatte, lief, um persönlich dabeigewesen zu sein. Der Pilot der „Wien" (so hieß dies Flugzeugmuster) war ein junger Mann namens Robert Kronfeld, ein Österreicher aus Wien.[6]

Tatsächlich war der Segelflug aber längst auch in Lippe eine bekannte Sportart.

Am 18. April 1923 wurde in Detmold der „Lippische Verein für Flugwesen" gegründet, über den außer diesem Gründungsdatum nichts weiter zu erfahren war.[7] Seit 1928 veranstalteten mehrere Berufsschulen in der Region Luftfahrtlehrgänge, die sich allerdings hauptsächlich mit Modellflug befaßten. Der Gewerbeschuldirektor Paul Schmeißer gründete in Bielefeld eine erste Segelfliegergruppe. 1934 rief er die „Schule für Leiter von Luftfahrtlehrgängen" in Oerlinghausen ins Leben, wo sich seit 1930 ein Zentrum des Flugsportes herausbildete. Schmeißer hielt Kontakt zu dem Rekordflieger Kronfeld und verhalf ihm u.a. 1929 zu einem Stipendium des VDI zur Beendigung seines Ingenieurstudiums. Schmeißer war auch einer der Organisatoren, die Kronfelds Rekordflug von 1929 ermöglichten, d.h. es gab Bemühungen, gezielt hier durch die Veranstaltung eines Rekordfluges die öffentliche Aufmerksamkeit auf den Segelflug zu ziehen. Da nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages eine Förderung des Segelflugwesens aus der öffentlichen Hand nicht möglich war, versuchte man, durch spektakuläre Veranstaltungen private Geldgeber zu finden. Finanznot war ein Problem, mit dem sich Ende der 20er und Anfang der 30er Jahre viele Vereine herumschlagen mußten. Ein Detmolder Segelflugzeug vom Typ 'Zögling' wurde nach seiner Fertigstellung auf den Namen 'Kuckuck' getauft, weil während des Baues allzu häufig der Gerichtsvollzieher vor der Tür gestanden hatte.[8] In Detmold wurde der Geschäftsmann Heinrich Kühlmuss einer der wichtigsten Sponsoren des Vereines, der sich aber auch darüber hinaus als Vorsitzender für die Belange des Vereins einsetzte.

Auf Initiative von Kühlmuss fanden schon vor 1933 umfangreiche Spendensammlungen statt. In einem in privater Hand erhaltenen Buch sind diese z.T. recht umfangreichen Spenden seit 1932 dokumentiert. Die einzelnen Einträge sind teilweise mit kalligraphisch ausgestalteten Widmungen versehen, die interessante Einblicke in die Motivation der Spender geben. Die Mehrzahl zeigte sich, wie die Lippische Holzindustrie in Blomberg, national: „Vorwärts, nicht rückwärts schauen muß deutsche Art sein und bleiben!". Für die Vertreter der Stadt Detmold dagegen bedeutete der Ausbau des Flugwesen 1932 vor allem noch einen verkehrswirtschaftlichen Vorteil: „Wir betrachten den Luftfahrtverein als den Wegbereiter für die Zeit, wo auch unsere Stadt in das grosse Netz der Luftverkehrslinien mit eingeschlossen sein wird." Ab 1933 gebrauchten die Spender eifrig Zitate von Adolf Hitler und Hermann Göring.

Auch ein Großflugtag vom 4. Oktober 1931 ist als Werbeveranstaltung zu verstehen. Interessant ist, daß dabei Vorführungen stattfanden, die deutlich den militärischen Aspekt der Luftfahrt vor Augen führten: Neben einem Luftkampf wurde auch ein simulierter Bombenabwurf gezeigt.[9] Ab 1933 wurden die Bemühungen um Spenden und mehr Vereinsmitglieder massiv verstärkt.

Die Luftsportbegeisterung der 20er Jahre wurde in Lippe auch von der Industrie aufgegriffen: Die Blomberger Holzindustrie produzierte seit Ende der 20er Jahre u.a. auch zunehmend Flugzeugsperrholz. Motorflugzeuge wurden zu die-

sem Zeitpunkt bereits verstärkt aus Metall produziert, aber für den Segelflugzeugbau war das leichte und stabile Buchensperrholz ein idealer Baustoff. 1931 konnten die Blomberger ihren Bedarf an Buchenholz für das Flugzeugsperrholz nicht mehr im Lippischen decken, so stark war die Produktion angestiegen.[10] Der Blomberger Segelflugverein wurde von der Blomberger Holzindustrie mit Buchensperrholz kostenlos versorgt.[11] Damit hatte das Werk sowohl eine Möglichkeit, die eigenen Produkte testen zu lassen, als auch einen sehr öffentlichkeitswirksamen Werbeträger.

Das erste Detmolder Fluggelände, das die Segelflieger nach einigen Versuchen in der Augustdorfer Senne nutzten, befand sich auf dem Königsberg unmittelbar bei dem Landeplatz Robert Kronfelds. 1931 fand hier der bereits erwähnte erste Detmolder Großflugtag statt. Ab 1934 konnten die Segelflieger kurzfristig den neu geschaffenen Flughafen auf dem Hohenlohberg nutzen, mußten aber 1936 vor dem Militär wieder auf den Königsberg ausweichen. Hauptschauplatz ihrer Aktivitäten wurde allerdings Oerlinghausen, dessen Segelflugplatz schon vor dem Detmolder eingerichtet und systematisch ausgebaut wurde. 1931 hatten hier die Detmolder bereits eine Halle für ihre Flugzeuge gebaut.

Luftsport nach 1933

Als 1933 die Vereine und Verbände gleichgeschaltet wurden,[12] betraf dies auch die Sportfliegerei. Der DLV wurde am 25. März 1933 vom „Deutschen Luftfahrtverband" umbenannt in „Deutscher Luftsportverband" und unterstand ab Mai desselben Jahres dem neu gegründeten Reichsluftfahrtministerium. Neben dem alten Kürzel wurde auch das Symbol des DLV mit einer Ikarus-Darstellung in einer abgewandelten Form und unter Ergänzung eines Hakenkreuzes weiter verwandt. Die Fliegerortsgruppe Detmold war Mitglied im DLV. Ihre offizielle Bezeichnung lautete seit der Gleichschaltung „Fliegerortsgruppe Detmold e.V. der Fliegerlandesgruppe V Westfalen des Deutschen Luftsportverbandes e.V. Berlin".[13] Die Fliegergruppen des 'Sturmvogels', der als „Flugverband der Werktätigen" eingetragener Verein war und auch in Oerlinghausen Mitglieder hatte, wurden aufgelöst,[14] die Mitglieder mußten sich dem DLV anschließen, wenn sie weiterhin ihren Sport ausüben wollten.

Die Detmolder Segelflieger hatten wenig Probleme, sich mit den neuen Verhältnissen zu arrangieren. Der erste Vorsitzende der Fliegerortsgruppe Detmold, Heinrich Kühlmuss, schrieb im November 1934: „Am 12. März 1933 habe ich persönlich die Fahne des Dritten Reiches trotz einer drohenden Meute Oerlinghauser Roter auf die Masten unserer Oerlinghauser Halle gesetzt."[15] Das neue Regime versprach die bis dahin vermißte offizielle Förderung der Sportfliegerei, die diese Entwicklung daher begrüßte. Deutlich wird dies auch

in einem Aufruf, den die Detmolder Segelflieger am 28. Oktober 1933 in der Lippischen Landeszeitung veröffentlichten:

> Weißt Du, daß die Entwicklung der deutschen Fliegerei noch immer durch die schmachvollen Ketten des Versailler Vertrages gehemmt ist? Der Staat darf die Fliegerei nicht unterstützen. Darum ist jeder einzelne Deutsche verpflichtet, zu helfen! Deshalb werde Mitglied des Deutschen Luftsportverbandes e.V. Ortsgruppe Detmold.

Auf der Generalversammlung der Fliegerortsgruppe Detmold im April 1934 wird deutlich, wie sehr der Verein nach seiner Umstrukturierung durch die Gleichschaltung im Kontakt zu den Schaltstellen der Macht stand. Staatsminister Riecke wurde im Beisein von anderen Vertretern aus der Politik und der Reichswehr zum Ehrenmitglied erklärt. Der kommissarische Ortsgruppenführer Bracht erklärte: „Politisch segele die Ortsgruppe [...] unter den Farben des neuen Deutschland."[16] Bracht hatte kurz zuvor die Ortsgruppe mit 117 Mitgliedern übernommen. Bis zum Herbst desselben Jahres strebte er eine Erweiterung des Vereins auf 3.000 (!) Mitglieder an.[17] Polizeihauptmann Hellweg führte aus, der Detmolder Verein sei 1929 „entgegen den pazifistischen Bestrebungen der damaligen Regierung entstanden".[18] Die Landung des ersten Motorflugzeugs in Detmold am 8. Juli 1934, mit dem der Fluglehrer Heidt zu seinem neuen Arbeitsplatz nach Detmold gebracht wurde, wurde zu einer politischen Inszenierung: Staatsminister Riecke erschien eigens auf dem Flughafengelände zum Pressetermin.[19]

Bald jedoch merkten nicht nur die Detmolder Segelflieger, daß die neuen Fördermaßnahmen einen Preis hatten:

> Mit der frisch-fröhlichen Fliegerei, wie sie bislang in den Vereinen frei und ungezwungen üblich war, ist es nunmehr zu Ende. Es geht wie bei allen nationalsozialistisch unterwanderten Verbänden dieser Jahre nun nicht mehr ohne Strammstehen, Gleichschritt und Dienstgrade. Obgleich keine Gliederung der NSDAP [...] erfolgt die Einführung einer Rangordnung, die trotz der zivil anmutenden Dienstgradbezeichnungen allein aus der Tatsache heraus, daß eine solche überhaupt existiert, ihren halbmilitärischen Charakter nicht verleugnen kann.[20]

Zipper bestätigt diese Entwicklung für den Flugplatz Hornberg, einem Segelflugzentrum auf der Schwäbischen Alb, das in den 20er Jahren durch den Rhönpionier Wolf Hirth einen gewissen Ruhm erlangt hatte.[21] Wie am Hornberg hatten diese neuen Strukturen auch im Detmolder Verein Konflikte zur Folge.

Bis 1933 war der Detmolder Geschäftsmann Heinrich Kühlmuss der Vorsitzende der Fliegerortsgruppe Detmold. Er hatte sich nicht nur in der für den Verein prekären finanziellen Situation Ende der 20er Jahre als Retter in der Not erwiesen, er war auch die treibende Kraft in der unermüdlichen Werbung

neuer Mitglieder. Von dem 1933 neu strukturierten DLV wurden aber neue Vorsitzende eingesetzt, die jetzt den Titel 'Ortsgruppenführer' trugen. Nach raschem Wechsel mehrerer Ortsgruppenführer gelangte 1934 der frühere Industrielle Bracht in diese Position. Kühlmuss verblieb im Vorstand des Vereins, geriet aber bald in Auseinandersetzungen mit Bracht. Bracht war mit seiner Firma schon in den 20er Jahren in Konkurs gegangen und befand sich seitdem ständig in Zahlungsschwierigkeiten. Bracht selbst betrachtete seine wirtschaftliche Situation als „Ehrennarbe, die ich durch meinen Einsatz meiner Kraft und meines Könnens für Deutschlands Wiederaufstieg erhalten habe."[22] Seinen Posten im Verein verdankte er seiner langjährigen Mitgliedschaft in der NSDAP, die nach 1933 versuchte, bestimmte Schlüsselpositionen durch für sie ideologisch einwandfreie Personen zu besetzen. Bracht versuchte, aus seiner Stellung im Verein, die seine Vorgänger und auch seine Nachfolger ehrenamtlich inne hatten, Profit zu schlagen. Dies war sicher für seine spätere Entlassung ausschlaggebender als seine militärischen Beeinflussungsversuche.

Die Vorgänge, die zum Konflikt in der Fliegerortsgruppe Detmold geführt hatten, beschrieb Heinrich Kühlmuss im November 1934 in einer Stellungnahme an die Fliegerlandesgruppe V Westfalen in Dortmund folgendermaßen:

> Mit Unterstützung der Lippischen Landesregierung konnte der Mitgliederstand erhöht werden, doch zeigte sich bald, dass der mit der Leitung beauftragte Herr Bracht mit diesem Erfolge den Masstab verlor und den Mitgliedern gegenüber ein unkameradschaftliches Wesen an den Tag legte. (Einzelfälle dürften der Lippischen Landesregierung nicht unbekannt sein). Das Interesse der Mitglieder hat sich daher leider in grossem Ausmasse abgewandt. So kann es nicht ausbleiben, dass auch die breite Öffentlichkeit die Fliegerortsgruppe nach ihrer Führung beurteilt. Waren die Leistungen [...] in den Jahren 1932 und 1933 noch recht erfreuliche, so nahmen diese im Jahre 1934 so erheblich ab, dass die Ortsgruppe von dem innegehabten ersten Platze auf den Stand einer Anfängergruppe zurückfällt. So ergibt sich das sonderbare Bild, dass die zahlenmässig stärkste Fliegerortsgruppe mit den relativ geringsten fliegerischen Leistungen dasteht. War es früher üblich, sämtliche eingehenden Gelder restlos für die fliegerische Ausbildung und den Bau von Maschinen einzusetzen, so wird heute der grösste Betrag im Bürobetriebe aufgebraucht. Zwar gelang es der Fliegerortsgruppe, zwei Maschinen geschenkt zu bekommen, doch stellt diese Spende nicht den Verdienst der Fliegerortsgruppenführung dar, sondern sie wurde durch meine Verbindung mit der Industrie und den städtischen Körperschaften ausschließlich erreicht. Als ich mich s.Zt. in meiner Eigenschaft als stellv. Ortsgruppenführer veranlasst sah, den Fliegerortsgruppenführer auf die Höhe der Spesenrechnungen aufmerksam zu machen, wurde meine Beanstandung völlig unbeachtet gelassen und mit dem Hinweise abgetan, die Ausgabe sei lediglich Sache des Fliegerortsgruppenführers. Als gesetzlich mitverantwortlicher stellv. Führer unterbreitete ich dann der Fliegeruntergruppe die Kassenbelege über die unnütz verausgabten Gelder. Aus formalen Gründen wurde ich wegen Nichteinhaltung des Dienstweges von der Fliegerortsgruppe im Auftrage der Fliegeruntergruppe beurlaubt. Nach meinen jahrelangen Erfahrungen in der Geschäftsführung der Fliegerortsgruppe kann ich mir unter Berücksichtigung der heutigen Verhältnisse wohl ein Urteil

> darüber erlauben, inwieweit Ausgaben im Interesse der Fliegerortsgruppe liegen. Die Sorge um das Gedeihen der Fliegerortsgruppe veranlasst mich, die vorliegenden Darlegungen zu unterbreiten.[23]

Zu diesem Zeitpunkt war eine Neubesetzung der Stelle von Bracht bereits in der Diskussion. Kühlmuss bat um Beteiligung der Fliegerortsgruppe bei der Stellenbesetzung. Bisher war dies nicht üblich gewesen. Ob die Fliegerortsgruppe allerdings mehr Einfluß im administrativen Bereich erreichen konnte, ist nicht überliefert. Im Oktober 1935 wurde die Entlassung Brachts beschlossen. Über die Anforderungen an seinen Nachfolger hieß es in einem Schreiben der Luftsport-Landesgruppe X Westfalen an den lippischen Regierungsrat Dr. Behlen:

> Es muss ein Mann von nationalsozialistischer Gesinnung sein, derselbe muss über entsprechende Führertalente verfügen und auch sonst Eigenschaften besitzen, die man von einem Führer einer so bedeutungsvollen Ortsgruppe wie Detmold verlangen muss.[24]

Bis 1937 war Dr. Alm Ortsgruppenführer, dann wurde der Leiter des Detmolder Arbeitsamtes, Regierungsrat Süß, auf diesen Posten berufen. Über weitere Probleme in der Vorstandsarbeit ist nichts überliefert, vermutlich versuchte keiner der Ortsgruppenführer nach Bracht mehr, sein persönliches Geltungsbedürfnis und seine militärische Grundeinstellung derartig in den Vordergrund zu stellen.

Am 17. April 1937 wurde der DLV umgewandelt in das NSFK (Nationalsozialistisches Fliegerkorps). Das NSFK war eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und wurde nicht in die NSDAP eingegliedert. Die Bildung dieser neuen Organisation geschah,

> um den fliegerischen Gedanken im deutschen Volke wachzuhalten und zu vertiefen, eine vor der militärischen Dienstzeit liegende Ausbildung durchzuführen und die vielseitigen luftsportlichen Betätigungen in Deutschland einheitlich zusammenzufassen.[25]

Deutlich wird hier das Ziel, den Jugendlichen eine zielorientierte vormilitärische Erziehung zu geben und diesen Prozeß überwachen zu können. Die Detmolder Segelfliegergruppe erhielt die militärisch klingende Bezeichnung NSFK Standarte 60.

Die Flughafen Lippe-Detmold GmbH

Nach der Besichtigung verschiedener möglicher Gelände war im Winter 1933/34 die Entscheidung getroffen worden, auf dem Hohenloh bei Detmold

einen Flughafen zu bauen. Am 30. April 1934 wurde auf Betreiben der Lippischen Landesregierung die Flughafen Lippe-Detmold GmbH gegründet. Die Motivation für diese Vorgänge läßt sich aus den Quellen nicht unmittelbar ersehen. Vielleicht wollte man die Gunst der Stunde nutzen und die Verkehrsanbindung Lippes fördern, was bisher in diesem Bereich ja nicht möglich gewesen war. Als Zweck der Gesellschaft wurde ins Handelsregister eine sehr offene Formulierung eingetragen: „Gegenstand des Unternehmens sind der Ausbau und der Betrieb des Flughafens bei Detmold, sowie die Förderung des gesamten öffentlichen Motor- und Segelluftfahrtwesens und die Beteiligung an ähnlichen Unternehmen."[26] Die Gesellschafter waren das Land Lippe mit dem größten Anteil, die Landkreise Detmold und Lemgo und die Städte Detmold, Bad Salzuflen und Schötmar. Nach einer Vereinbarung mit der Fliegerortsgruppe Detmold sollte diese ihr gesamtes Eigentum mitsamt dem Schulungszwecken dienenden Adolf-Hitler-Heim in Oerlinghausen (ehemaliges Naturfreunde-Haus) in die GmbH einbringen und dafür ebenfalls Gesellschafterin werden.[27] In späteren Quellen erscheint die Fliegerortsgruppe Detmold aber nicht in dieser Position. Statt dessen wurde am 16. August desselben Jahres ein Vertrag geschlossen:

> Die Flughafengesellschaft stellt der Fliegerortsgruppe Detmold e.V. den Detmolder Flugplatz zur Benutzung nach Freigabe durch das Luftamt bis auf Weiteres zur Verfügung. Die Flughafengesellschaft stellt ferner das ihr gehörige Klemmflugzeug Kl 25 d VII r, Werknummer 780 (Zulassungsnummer D – EVIL) der Fliegerortsgruppe Detmold zur fliegerischen Fortschulung geeigneter Mitglieder der Fliegerortsgruppe bis auf Weiteres zur Verfügung. Die Maschine verbleibt in Detmold und darf außerhalb nur mit Genehmigung der Flughafengesellschaft verwendet werden. [...] Die Flughafengesellschaft stellt den Fliegerortsgruppen und -stützpunkten Lippes das im 2. Stock des Turmes der Flughalle gelegene Zimmer zur unentgeltlichen Nutzung bis auf Weiteres zur Verfügung.[28]

Wenige Wochen später wurde dieser Vertrag um die Nutzung eines Grunau Baby II, das die Flughafen GmbH zur Segelflugschulung erworben hatte, erweitert.[29]

Schon fünf Tage vor der Gründung der Flughafen GmbH fand auf dem Hohenloh der erste Spatenstich statt. Mitglieder des freiwilligen Arbeitsdienstes, die in Pivitsheide untergebracht waren, aber auch zahlreiche Privatunternehmen bewältigten umfangreiche Erd- und Bauarbeiten. Am 21. Juni 1934 fand unter großer Beteiligung die Grundsteinlegung auf dem Flughafen durch Staatsminister Riecke statt, der den Zweck der Einrichtung der Sportfliegerei zuwies:

> Hier soll die Motorfliegerei geschult und die Segelfliegerei weiter ausgedehnt werden. Dieser Flugplatz soll eine wertvolle Ergänzung zu dem Fluggelände in Oerlinghausen werden. [...] Wir haben zu dieser Feier den Tag der Sommersonnenwende gewählt, den Tag, an dem in ganz Deutschland die Freiheitsfeuer lohen.[30].

Die Urkunde, die bei der Grundsteinlegung eingemauert wurde, trug folgenden Text:

> Unter den Fesseln des Versailler Schandvertrages entstand dieses Werk zur sportlich-fliegerischen Ertüchtigung der Jugend des Landes der Rose. Möge der aktive Geist, mit dem dieses Werk begonnen, immer in den jungen deutschen Menschen weiter wirken zum Wohle der engeren Heimat und zum Segen des gesamten deutschen Vaterlandes. Diese Urkunde wurde Herrn Staatsminister Riecke zur Einmauerung übergeben am Tage der Sommersonnenwende des Jahres 1934.[31]

Am 14. Oktober 1934 waren die Bauarbeiten so weit vorangeschritten, daß der Flughafen mit großem Aufwand eingeweiht werden konnte. Trotz schlechten Wetters fand unter reger Beteiligung der Bevölkerung ein Programm statt, das ähnlich wie der Großflugtag 1931 auf dem Königsberg auch mit simulierten Bombenabwürfen und Luftkämpfen militärische Elemente aufwies.[32]

Exakt zwei Jahre nach der Gründung beschloß die Gesellschafterversammlung die Auflösung der Flughafen Lippe-Detmold GmbH. In dieser Versammlung wurde die Tätigkeit der vergangenen Jahre bilanziert, und der Zweck dieser Organisation tritt im Protokoll dieser Versammlung klarer zu Tage, als in der allgemeinen Formulierung im Handelsregister:

> Anfang Februar 1935 zog die Bauleitung des RLM [= Reichsluftfahrtministerium] auf dem Flughafen ein. Am 15.2.36 zog mit klingendem Spiel die Luftwaffe in ihrer Garnison, dem Flughafen Detmold,[33] ein, z.Zt. in Stärke von ca. 600 Mann. Inzwischen sind die weiteren Gebäude schon im Bau, die zum 1.Oktober die Verstärkung auf ca. 1600 Mann ermöglichen. Somit ist die Aufgabe der Flughafen-GmbH nunmehr restlos erfüllt.[34]

Nach der Auflösung der GmbH wurde das Eigentum der Gesellschaft an das Land Lippe übertragen. Die Verhandlungen darum zogen sich allerdings noch bis Juli 1938 hin, da Fürst Leopold zur Lippe als ehemaliger Eigentümer eines Teiles des Flughafengeländes ein Widerspruchsrecht gegen die Eintragung des Landes Lippes im Grundbuch hatte. Erst am 27. März 1939 erfolgte der endgültige Liquidationsbeschluß der Flughafen Lippe-Detmold GmbH.[35]

In der Zwischenzeit waren aber die Weichen gestellt worden, in Detmold einen Militärflughafen entstehen zu lassen. Nur eine Woche nach der Einweihung des Flughafengeländes erreichte die Lippische Landesregierung bereits ein Schreiben aus dem Reichsluftfahrtministerium in Berlin: „Detmold ist für eine andere als ursprünglich gedachte Verwendung, für die wesentlich andere Geschäftspunkte maßgebend sind, in Aussicht genommen."[36] In der Tat ließ sich nur drei Monate später die erwähnte Bauleitung des Reichsluftfahrtministeriums auf dem Detmolder Flughafen nieder und begann mit der Umwandlung in einen Fliegerhorst.

„Zum Zwecke der Propaganda"

Vor der Fertigstellung der militärischen Anlagen und der endgültigen Übernahme des Geländes durch das Militär fand aber auf dem Flughafen Flugschulung statt, für die der Fluglehrer Heidt aus Hannover eigens angestellt worden war. Heidt hatte mit seinem Dienstvertrag die Verpflichtung übernommen, neben der reinen Schulungstätigkeit auch Propagandaflüge über Lippe zu veranstalten:

> Der Fluglehrer Heidt ist seinerzeit angestellt worden, um im Lande Lippe eine möglichst intensive Propaganda für den Gedanken der Luftfahrt durchzuführen. Die dem Fluglehrer gewährte Berechtigung zum freien Flug in Lippe und gelegentlich zu den benachbarten Flughäfen diente dieser Aufgabe.[37]

Dazu gehörte auch das Abwerfen von Flugblättern z.B. bei Großveranstaltungen wie dem Reinoldimarkt, einem Jahrmarkt in Pottenhausen, im Oktober 1934. Fast zeitgleich beantragte der Fliegerstützpunktleiter der Blomberger Segelflieger, Dr. Alm, einen Flugzeugschlepp[38] über Blomberg, „zum Zwecke der Propaganda für die deutsche Luftfahrt".[39] Schon vor der Einweihung des Flughafengeländes fanden zahlreiche Freiflüge statt, zunächst vor allem für Vertre-

Abb. 1: Sammlung der Flieger-HJ Detmold für das Winterhilfswerk: Präsentation eines Rhön-Bussards auf dem Detmolder Marktplatz, ca. 1940 (Foto: Heinrich Hennigs, Detmold)

ter des öffentlichen Lebens wie dem Präsidenten der Handwerkskammer, dem Kreisbauernführer, dem Kreisleiter und stellvertretenden Staatsminister Wedderwille, Angehörigen der Polizei, des Militärs und der SA, aber auch für Heinrich Kühlmuss als Repräsentanten der Fliegerortsgruppe. Im November 1934 wurden weitere Freiflüge vergeben „in Anerkennung Ihrer Verdienste anläßlich der Flugplatzeinweihung". Dazu gehörten auch Mitglieder der HJ, die bei den Absperrungen geholfen hatten.[40] Diese Freiflüge waren später attraktive Tombolagewinne bei verschiedenen Veranstaltungen, wie etwa dem Bühnen- und Presseball des Jahres 1935 in Detmold. Seit dem Sommer 1935 erhielten die Gewinner dieser Freiflüge aber keineswegs mehr ungehindert Zugang zum Flughafengelände. Bevor sie ihren Gewinn einlösen konnten, wurden sie „in Anbetracht der besonderen Verwendung des Detmolder Flughafens" auf ihre politische Zuverlässigkeit hin überprüft.[41] Trotzdem wurde der Flughafen noch bis kurz vor dem Krieg zeitweilig zu besonderen Gelegenheiten wie dem jährlichen 'Tag der Wehrmacht' geöffnet. Schüler erhielten hier die Möglichkeit, für 5 RM einen halbstündigen Rundflug in einem der Motorflugzeuge mitzumachen. Diese Rundflüge fanden unter recht unbequemen Voraussetzungen statt (man hatte die Sitze aus den Flugzeugen ausgebaut), zudem waren 5 RM eine nicht unerhebliche Summe für ein solches Vergnügen. Trotzdem erfreuten sich diese Veranstaltungen eines regen Zuspruches.[42] Der 'Tag der Wehr-

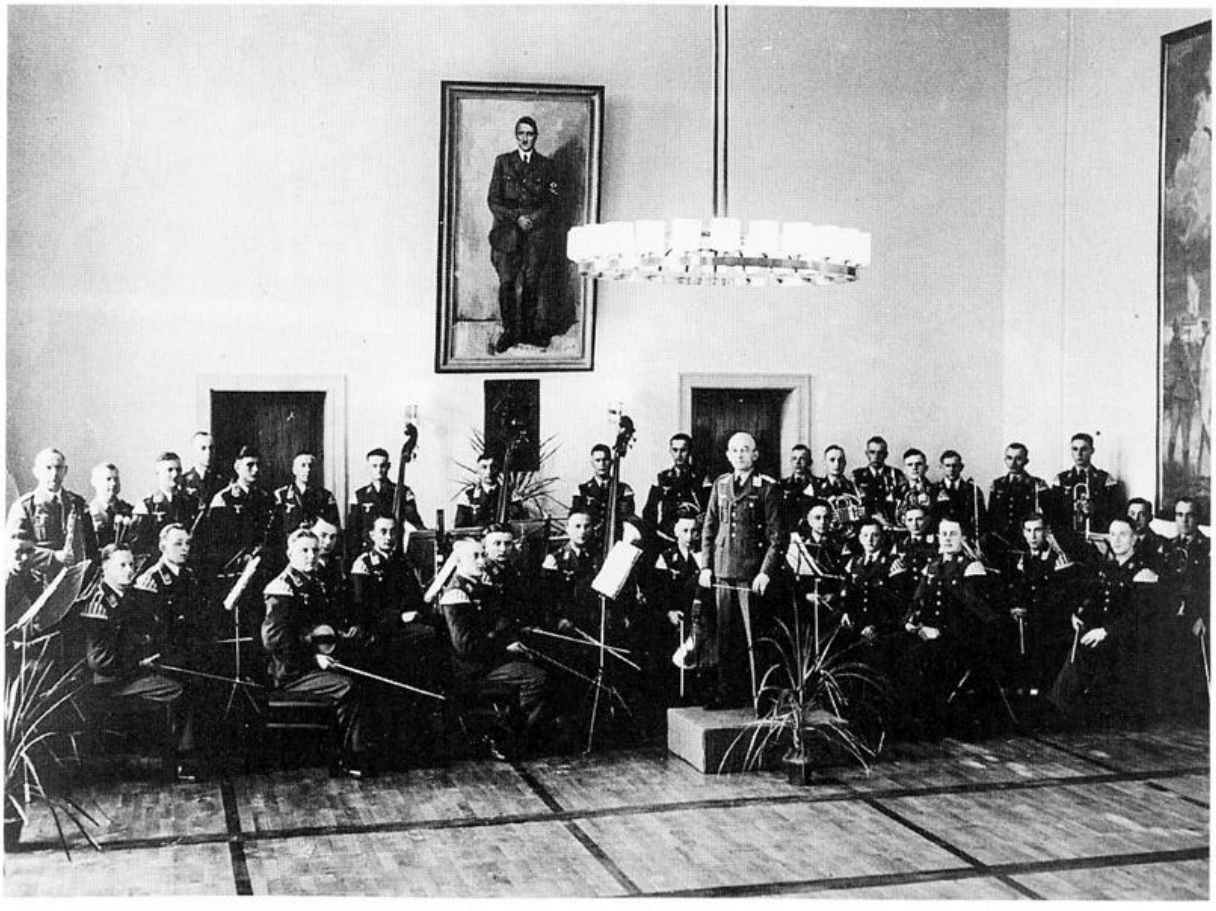


Abb. 2: Musikkorps der Detmolder Luftwaffengarnison unter der Leitung von Paul Flkeming, ca. 1938 (Foto: Archiv Holger Sprick, Detmold).

macht' hatte vor allem das Ziel, publikumswirksame Öffentlichkeitsarbeit für die Interessen des Militärs zu leisten. 1937 lockte der Tag trotz heftigen Schneegestöbers einige tausend Menschen auf das Flughafengelände und in die Detmolder Kasernen. Am Abschlußkonzert war auch die Militärkapelle der Flieger unter Kapellmeister Paul Flemming beteiligt, die sich bei der Bevölkerung Detmolds einer besonderen Beliebtheit erfreute.[43] Der Detmolder Heinrich Heuer schreibt in seinen Erinnerungen:

> Bei den sonntäglichen Platzkonzerten oder bei sonstigen Veranstaltungen schnitt die Fliegerkapelle unter Musikmeister Paul Flemming, die sogar Saxophone hatten, immer etwas besser ab als die Infanteriekapelle.[44]

Schon 1934 fand in der Zeit vom 1. bis 8. Juni im ganzen Reich die Luftfahrtwerbewoche des DLV statt. In Lippe war dies schon im Vorfeld von zahlreichen Presseartikeln begleitet. Da der Flughafen noch nicht fertig ausgebaut war, sollte eine Staffel von 15 Sportmaschinen lediglich über Detmold kreisen und Flugzettel abwerfen. Am Sonntag, den 3. Juni fand in der Innenstadt ein umfangreiches Programm mit Spielmannszügen, Flaggenparade, Propagandamarsch der HJ, Märschen der SA-Kapelle und öffentlichen Reden statt.[45]

Im Januar 1935 diskutierte man auf einer Gesellschafterversammlung der Flughafen Lippe-Detmold GmbH die Notwendigkeit der Propaganda. Man verbuchte zwar Erfolge in der „fliegerischen Entwicklung in Lippe", kam aber zu folgendem Schluß:

> Trotzdem könne die Werbung für den Luftsport wenigstens so lange nicht entbehrt werden, als noch nicht alle Einrichtungen vollendet seien, da man sonst Gefahr laufe, mindestens psychologisch den Anschluß an die Fliegerei zu verlieren.[46]

Darum konnte sich im August 1935 die SA bei der Flughafen GmbH bedanken:

> Anläßlich des Reichswettkampfs der SA stellten Sie am Sonntag, den 18.d.M., entgegenkommenderweise ein Flugzeug zur Verfügung, um auf diese Weise die Durchführung der der SA gestellten Aufgaben beim Propagandamarsch usw. interessanter zu gestalten. Damit haben Sie dazu beigetragen, daß die Veranstaltung ein großer Erfolg wurde.[47]

Wie sehr diese Propagandamaßnahmen in der Bevölkerung Beachtung fanden, zeigt der Brief eines neunjährigen Jungen aus Reelkirchen, der auf einen Zeitungsartikel über Heidt, in dem dieser geäußert hatte, einen Hitlerjungen im Flugzeug mitnehmen zu wollen, reagierte und daraufhin einen Freiflug spendiert bekam. Er bedankte sich bei dem Geschäftsführer der Flughafen Lippe-Detmold GmbH mit folgenden Zeilen:

Abb. 3: Mitglieder der Flieger-HJ Detmold vor einem Rhön-Bussard, ca. 1943 (Foto: Heinrich Hennigs, Detmold)

Lieber Herr Dr. Behlen
Ich wollte Ihnen schon immer noch herzlich danken. Das Fliegen vom 14. September war so herrlich, ich werde es nie vergessen. Mein Lehrer brachte mich mit dem Motorrad hin. Herr Fluglehrer Heidt hat mehrere male über unserm Hause gekreist. Wir hatten die große Fahne herausgehangen, da wußte Herr Heidt, wo wir wohnten. Alle Leute im Dorf haben gewinkt. Wenn ich bloß erst so alt bin, das ich Fliegen lernen kann. Darf ich dann zu Ihnen kommen und fragen, wo ich mich melden muß? Ich möchte auch gern Monteur werden. Wenn dann das Flugzeug kaputt ist, kann ich selbst bessern. Am Sonntag wäre ich gern nach Detmold gegangen, aber meine Eltern konnten nicht mit. Habe in der Zeitung gelesen, daß es so schön war, da habe ich müssen heulen. Nochmals vielen Dank Ihr Jungvolkjunge Günter Freitag.[48]

„Luftfahrt und Schule"

Diese Begeisterungsfähigkeit wurde intensiv ausgenutzt. An den Berufsschulen fanden in der Region schon seit 1928 Luftfahrtlehrgänge statt.[49] Gewerbeschuldirektor Schmeißer richtete in Bielefeld einen solchen Lehrgang ein, in

Lemgo war Heinrich Althöfer der Leiter dieser Veranstaltungen, an denen bis 1930 insgesamt 127 junge Leute teilnahmen. Diese Luftfahrtlehrgänge, in denen Gleitflugzeuge und vor allem Flugzeugmodelle gebaut wurden, wurden vom Arbeitsamt gefördert. Eine öffentliche Förderung des Luftfahrtwesens fand also schon vor 1933 unter dem Deckmantel der Weiterbildung statt, wurde danach aber noch in besonderer Weise ausgebaut. Am 15.4.1934 machte ein Erlaß des Reichserziehungsministeriums die Luftfahrtlehrgänge zum festen Bestandteil der Ausbildung in den Berufsschulen. Daraufhin wurden auch die Detmolder Schüler von Lehrkräften unterrichtet, die zuvor in Oerlinghausen die neu eingerichtete 'Schule für Leiter von Luftfahrtlehrgängen' unter ihrem Gründer Paul Schmeißer besucht hatten. Zwei Jahre später wurde in Berlin eine Wanderausstellung „Luftfahrt und Schule" unter starker Beteiligung aus Lippe eröffnet.[50]

> Nachdem Dr. Memmler als Vertreter des Zentralinstituts [für Erziehung und Unterricht, A.H.] die entsprechenden Einrichtungen im lippischen Schulwesen kennengelernt hatte, erklärte er die geleistete Arbeit wörtlich als „unerhört wertvoll, wichtig und richtungweisend" und übergab dem Land Lippe den Auftrag, den Glanzpunkt der Ausstellung als Musterland zu übernehmen.[51].

Eine der hier aufgestellten Schrifttafeln verdeutlichte die Zahlenverhältnisse, in der die schulische Erziehung zur Luftfahrt stand: An allen 150 Volks-, Mittel- und Höheren Schulen Lippes fanden Modellbaukurse statt, 'Flugwissenschaftliche Arbeitskreise' gab es an drei von fünf höheren Schulen. Alle acht Berufsschulen boten Luftfahrtlehrgänge an, 40% der Lehrerschaft war für Modellbaulehrgänge ausgebildet. 45% der Gewerbelehrer hatten darüber hinaus eine Ausbildung für Luftfahrtlehrgänge absolviert. Von den 4.000 Schülern der 6. bis 8. Klasse hatten 61% einen Modellbaukurs besucht. An den Berufsschulen war der Anteil an männlichen Jugendlichen zwischen 14 und 18 Jahren, die einen Luftfahrtlehrgang oder Modellbaukurs besuchten, mit 12% deutlich geringer. Beachtenswert ist, daß die enorme Zahl von 91% der lippischen Lehrer Mitglied im DLV waren.[52]

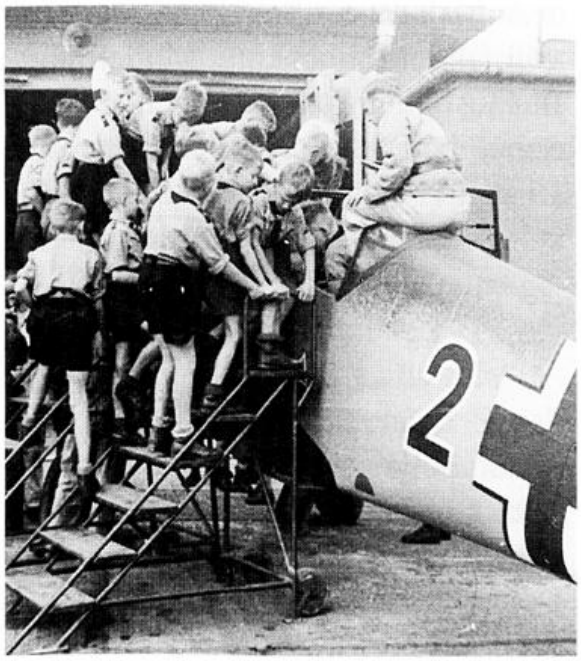


Abb. 4: Pimpfe besichtigen eine Me 109 auf dem Fliegerhorst Detmold, ca. 1940 (Foto: Archiv Holger Sprick, Detmold).

Abb. 5: Mitglieder der Flieger-HJ und des NSFK Detmold auf einer Röder-Winde zum Schleppen von Segelflugzeugen, im Hintergrund getarnte Flugzeughallen der Luftwaffe, ca. 1942 (Foto: Heinrich Hennigs, Detmold).

Außerhalb der Schule bestand für die Jungen unter 14 Jahren schon im Jungvolk die Möglichkeit, Modellflug als Vorbereitung für eine spätere Segelflugausbildung zu betreiben. Später konnten die Jungen in der Flieger-HJ auf Schulgleitern erste eigene Flugversuche unternehmen und nacheinander die A-, B- und C-Prüfung ablegen, mit denen auch heute noch die verschiedenen Leistungsstandards im Segelflug unterschieden werden.

Der Fliegerhorst

Schon Anfang 1935 wurde der Flughafen Detmold unentgeltlich dem Reichsluftfahrtministerium (RLM) zur Verfügung gestellt, das ab dem 15. Februar zunächst einen Bautrupp für die Einrichtung einer Verkehrsfliegerschule nach Detmold schickte. Gleichzeitig wurde ein Antrag auf Entlassung des Detmolder Flughafens aus dem Reichsverband der Deutschen Flughäfen e.V. (RDF) gestellt. „Er ist damit für die zivile Luftfahrt bedeutungslos geworden."[53] Mit der Aufhebung der zivilen Nutzung des Flugplatzgeländes wurde auch das kleine Flughafen-Café wieder abgebaut, das für den Publikumsverkehr errichtet worden war. Die Gebäudeteile wurden für eine spätere Nutzung in Oerlinghau-

sen eingelagert,[54] die Bepflanzung des Café-Bereichs, der mit Taxus gestaltet worden war, wurde in den Palaisgarten gebracht.[55]

Noch vor der Überstellung des Geländes an das RLM erging am 1. Februar 1935 ein Rundschreiben der zivilen Organisation des RDF, in dem Empfehlungen für die Gestaltung von Fluggeländen gegeben wurden:

> In der letzten Zeit entstehen in den verschiedensten Gegenden Deutschlands Flugplätze. Für die Abpflanzung derselben, für die Tarnung der Hallen und Berasung der Flächen werden grosse Summen verausgabt. Bei sachkundiger, kritischer Betrachtung dieser Pflanzungen zeigt sich nun, dass die Arbeiten an vielen Stellen zum großen Teil unsachgemäß, ja sogar zweckwidrig durchgeführt werden. U.a. werden in den Tälern grosse Lichtungen geschlagen. Die scharfen Ränder der Restbestände fallen ganz besonders ins Auge. Oft sind die zur Tarnung verbleibenden Waldstücke so gering an Ausdehnung, dass sie mit ziemlicher Sicherheit in wenigen Jahren ein Opfer des Windes geworden sind. Die Abgrenzung nach aussen besteht auch oft aus heckenartigen Pflanzungen. Durch die Straffheit solcher Linienführung wird wiederum von oben und aussen der Blick angezogen.

Um den Flugplatz den örtlichen landschaftlichen Gegebenheiten anzupassen, wurde die Hinzuziehung eines Landschaftsgärtners empfohlen.[56] Wie konkret in Detmold die Bepflanzung geschah, ist nicht überliefert, bemerkenswert ist aber der frühe Hinweis auf Tarnung, noch dazu von einer nichtmilitärischen Organisation. Zeitzeugen berichten, daß später über das Flughafengelände zum Schein ein Weg angelegt wurde, der den Verlauf einer Straße imitieren sollte. Anhand von Fotos läßt sich noch nachvollziehen, daß die Gebäude auf dem Flughafengelände mit einer Fachwerkimitation versehen wurden, um sich der landschaftstypischen Bauweise anzupassen.

Militärische Präsenz bzw. Rücksichtnahme auf militärische Belange lassen sich in Detmold bereits vor der offiziellen Wiederbegründung einer Luftwaffe feststellen. Der Wiederaufbau einer Luftwaffe war zu diesem Zeitpunkt aber keineswegs eine überraschende Neuerung, die aus dem Nichts heraus geschaffen wurde. Schon das Reichswehrministerium, daß im Herbst 1919 geschaffen wurde, betrieb Wiederaufrüstungspläne, die auch die Luftwaffe betrafen. Neben einer gezielten Förderung der seit 1920 stattfindenden Segelflugwettbewerbe in der Rhön unterstützte man die Weiterentwicklung der Luftfahrttechnik in ausländischen Zweigbetrieben deutscher Flugzeugwerke, die offiziell nur an der Entwicklung von Sportflugzeugen arbeiten durften. Parallel dazu wurden ab 1923 durch Verhandlungen mit der UdSSR Möglichkeiten geschaffen, im russischen Lipezk deutsche Reichswehroffiziere zu Piloten auszubilden.[57] Zeitgleich entstanden im Reichsgebiet Sportflieger-Ausbildungzentren, die keineswegs rein zivilen Zwecken dienten. Nach der offiziellen Erlaubnis von ziviler Motorfliegerei 1924 wurde in Berlin-Staaken die Deutsche Verkehrsfliegerschule gegründet, wo ab 1926 vor allem Lufthansa-Piloten ausgebildet wurden. Der Unterrichtsstoff umfaßte auch Fächer, die vor allem im

militärischen Bereich wichtig waren. Schon 1927 platzte diese Schule aus allen Nähten und mußte um zwei Nebenstellen erweitert werden. Hermann Göring soll sich nach 1933 in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für Luftfahrt des öfteren persönlich vom Ausbildungsstand und Schulbetrieb in diesen drei Schulen überzeugt haben.[58] Diese Verkehrsfliegerschulen, die später um weitere Standorte erweitert wurden, blieben bis zur offiziellen Bekanntgabe der Gründung einer Luftwaffe am 1. März 1935 bestehen. Die Baugruppen, die zwei Wochen vor diesem Termin auf dem Detmolder Flughafen Einzug hielten, sollten noch im Auftrag des Reichsluftfahrtministeriums eine Verkehrsfliegerschule errichten. Den Aufbau einer Fliegerschule beschrieb Bongartz 1943 in idealtypischer Weise, sein Text gibt aber sicher auch die zeitgenössische Sicht der Vorgänge in Detmold wieder:

> Sie [die ersten Leiter der Fliegerhorste, A.H.] erlebten es, wie die ersten Architekten in den noch provisorischen Horst kamen, wie später Material- und Arbeitertransporte anrollten; die erste vollwertige Flugzeughalle wurde gebaut, schön zwischen Bäumen eingebettet, und während die Arbeiter das Kommandanturgebäude und die erste Fliegerkaserne ausschachteten, kamen die ersten regelrechten Kampfmaschinen an.[59]

In den Wochen nach der Wiedereinführung der Luftwaffe verzehnfachte sich die Zahl der Angestellten des Personalamtes der Luftwaffe.[60] In Detmold kann dies etwas zeitversetzt anhand der Adreßbücher nachvollzogen werden. 1936 waren hier die Flughafen GmbH und die Fliegerortsgruppe verzeichnet. 1938 erscheinen nur die Standortverwaltung und der Fliegerhorstkommandeur im Adreßbuch. 1940/41 dagegen benennt das Adreßbuch außer den Vertretern des Militärs auch 17 Zivilpersonen, die auf dem Gelände wohnten und einen Teil der notwendigen Infrastruktur aufrecht erhielten (Hausmeister, Hausangestellte, Kantinenpächter, aber auch ein Friseurmeister und eine Verkäuferin).

Bis zum 1. November 1939 war in Detmold die Flugzeugführerschule stationiert, die die Rekruten der Flieger-Ersatz-Abteilung 14 (seit Frühjahr 1938 Flieger-Ersatz-Abteilung 72) des zuständigen Luftkreises VII ausbildete. Über die Tätigkeit dieser Schule ist nichts überliefert. Möglicherweise wurde hier auch der Pilot Bernhard Staercke aus Detmold ausgebildet, der schon als Gründungsmitglied der Segelfluggruppe Detmold in Erscheinung tritt und später in der Legion Condor im Spanischen Bürgerkrieg Einsätze flog. 1939 erhielt er dafür das goldene Spanienkreuz mit Brillanten, die zu diesem Zeitpunkt höchste militärische Auszeichnung für Piloten.[61]

Über die Zeit des Detmolder Flughafens als Ausbildungsstätte für Piloten geben die Quellen kaum Hinweise. Mit dem Übergang in militärische Hände entglitt der Flughafen nicht nur der zeitgenössischen öffentlichen Wahrnehmung, auch die Quellenüberlieferung bricht weitgehend ab. Zufällig hat sich in der Biographie eines Fliegers aus Gremmendorf im Münsterland, der von No-

vember 1938 bis Mai 1939 in Detmold einen Teil seiner militärischen Grundausbildung absolvierte, ein kurzer Abschnitt über diese Zeit erhalten. Der Autor der Biographie zitiert wiederholt aus Briefen dieses Fliegers. Über die Garnison schreibt er: „Sämtliche Gebäude des Horstes sind neu, teilweise geschmackvoll eingerichtet. Die Gartenanlage ist großzügig und gut gepflegt." Im übrigen unterschied sich das Leben in der Garnison wohl kaum von dem in anderen:

> Meine Stubenkameraden und ich haben ausgemacht, daß jeden Sonntag von den Eltern eines Kameraden ein Kuchen geschickt wird. [...] Ich habe angefangen, auch Bier zu trinken, obwohl ich noch keinen rechten Geschmack daran habe. Hin und wieder rauche ich eine Zigarette mit.

Nach fünf Monaten Ausbildung wurde die Gruppe dieses Fliegers vor ihrer Versetzung zur Luftkriegsschule Werder an der Havel feierlich aus Detmold verabschiedet:

> Im großen Saal war festlich geschmückt und waren die Teller mit den Servietten schnurgerade ausgerichtet. Oberst Sturm und viele Offiziere waren anwesend. Weißgekleidete Ordonnanzen trugen wohlschmeckende Speisen zum gemeinsamen Abendessen herein, dazu wurde vornehme Tafelmusik der Horstkapelle geboten. Es wurden witzige Begebenheiten aus der hinter uns liegenden Zeit erzählt, kurz, es herrschte eine recht frohe Stimmung.[62]

Die Schulungen der in Detmold stationierten Fliegerschule fanden keineswegs ausschließlich in Detmold statt. Binnen kurzer Zeit stellte sich heraus, daß der Platz insbesondere bei Regenwetter weitgehend unbrauchbar war, da dann das Rollfeld mit einer schmierigen Schicht überzogen war. Nur zwei Monate nach Aufnahme des Schulungsbetriebes am 1. Dezember 1936 lag die Erlaubnis vor, den Flugplatz in Bad Lippspringe als Ausweichplatz zu nutzen. Für den Transport der Flugschüler wurde ein Omnibus eingesetzt. Die 10 bis 14 Übungsmaschinen wurden mit Wochenbeginn nach Bad Lippspringe geflogen und zum Wochenende wieder zurückgeholt. 1937 fanden hier an 250 Tagen Schulungsflüge statt.[63] 1938 wurden in Bad Lippspringe von der Detmolder Schule auch spanische Piloten ausgebildet.[64]

Am 1. November 1939 begann der Umzug dieser Flugzeugführerschule nach Brünn, da Detmold im Bereich alliierter Bomber lag. Schon Ende September hatte ein britisches Aufklärungsflugzeug Detmold überflogen und Aufnahmen des Flughafengeländes gemacht.[65] In Detmold verblieb ein Werftbetrieb, in dem Frontflugzeuge überholt und instandgesetzt wurden. Möglicherweise fanden von Januar 1941 bis Juli 1942 wiederum Schulungen des Fliegerausbildungsregimentes 33 in Detmold statt.[66] Ab Februar 1943 wurde fliegertechnisches Personal ausgebildet, das zunächst aus der Fliegertechnischen Schule Jüterbog nach Detmold überstellt wurde und ab Juni 1944 eine eigenständige

Schule (Fliegertechnische Schule 7 Detmold) bildete. Kommandeur dieser Einrichtung war Oberst Kunold. Ab Juli dieses Jahres war die Umrüstung von Focke-Wulf Ta 154-Maschinen Teil der schulischen Ausbildung. Zudem wurden Teile dieses Flugzeuges gefertigt (u.a. auch in Detmolder Möbelfabriken), die in Hannover-Langenhagen zu vollständigen Maschinen montiert wurden. Sprick kann für November 1944 die Existenz der Luftnachrichtenschule 8 Detmold nachweisen, vermutet aber deren Betrieb für das gesamte Jahr 1944.

Holger Sprick ermittelte für die Zeit 1938 bis 1944 181 verschiedene Flugzeuge auf dem Detmolder Flughafengelände. Hier eine Liste der Flugzeugtypen aufzustellen, würde den Rahmen der Arbeit sprengen. Es handelte sich vor allem um Militärmaschinen (sowohl Transport- als auch Kampfflugzeuge), aber auch die zeitweilig hier genutzten Segelflugzeuge sind mit erfaßt worden. Die exotischste Maschine landete aber sicher schon am 17. April 1937 in Detmold: Japanische Rekordflieger, die einen Flug von Tokio nach London hinter sich gebracht hatten und auf dem Rückweg die europäischen Hauptstädte besuchen wollten, legten wegen schlechten Wetters in Detmold einen kurzen Zwischenstop ein.[67]

Vermutlich ab dem Sommer 1940 konnte aufgrund des Abzuges der Fliegerschule das Flughafengelände auch wieder von den Segelfliegern mit genutzt werden. Neben den Detmolder Segelfliegern unterhielt auch die Luftwaffe, die durch das Personal des Werftbetriebes ja weiterhin in Detmold vertreten war, eine Segelfluggruppe. Diese Luftwaffen-Segelfluggruppe mußte am 2. Novem-

Abb. 6: Mitglieder der Luftwaffen-Segelfluggruppe Detmold, im Hintergrund Tarnboxen zum Abstellen der Militäflugzeuge, ca. 1942/43 (Foto: Heinrich Hennigs, Detmold).

ber 1943 aufgelöst werden. Ende 1944 endete auch der Segelflugbetrieb der Fliegerortsgruppe in Detmold.

Das Ende

Vor dem Einrücken der amerikanischen Truppen in Detmold Anfang April 1945 wurden auf dem Flughafengelände umfangreiche Zerstörungen vorgenommen. Teile der Anlagen wurde gesprengt. Die Verwaltung des Flughafens

Abb. 7: Zerstörte Flugzeughallen auf dem Detmolder Fliegerhorst, April 1945 (Foto: StA DT D75 Nr. 8009).

war bereits einige Monate zuvor in das Café Thusnelda nach Hiddesen (heute Römerhof) verlegt worden.[68] Der Feinmechanikermeister Rudolf Binz (Detmold), der in den Monaten vor dem Kriegsende dienstverpflichtet war und Elektroarbeiten im Werftbetrieb erledigte, berichtete, daß beim Vorrücken der Front die Werftbesatzung und das Flughafenpersonal unter Mitnahme von Verpflegung in Richtung Lemgo flüchteten. Binz war mit an den Sprengungen beteiligt, für die aus Paderborn 2-Zentner-Bomben geholt wurden. Die Elektriker mußten die Bomben untereinander verdrahten, was sie aber hinauszögerten. Einige der Drähte wurden sogar heimlich wieder durchgekniffen. Offensichtlich hatten sich die Elektriker schon vorher über die Sinnlosigkeit dieser Zerstörungen unterhalten und begingen im gegenseitigen Einverständnis diese von der Wehrmacht sicher als Sabotageakt eingestufte Eigenmächtigkeit. Trotzdem richteten die Sprengungen große Schäden vor allem im Bereich der Hallen, Garagen und Tanklager an. Die Kasernengebäude und Wohnhäuser blieben verschont. Nach dem Einzug der amerikanischen Truppen wurde Binz am 5. April von einigen Soldaten auf den Flughafen gebracht, um die Wasser- und Stromversorgung wieder in Gang zu bringen. Da die Sabotage auch die Sprengung des Wasserwerks verhindert hatte, war dies binnen einiger Tage möglich. Mit dem Einzug der Amerikaner nahmen auch die Plünderungen ein Ende, die nach dem Abzug der deutschen Soldaten auf dem Flughafengelände stattfanden. In den letzten Kriegswochen waren hier umfangreiche Lebensmittelvorräte angelegt worden. Reste von den zerstörten Gebäuden, Versorgungseinrichtungen und Flugzeugen landeten in der sog. Roten Kuhle, die damit ebenfalls zum Anziehungspunkt für Plünderungen wurde.[69] Nicht wenige Detmolder hatten später Flugzeugteile zu Hause, die keineswegs nur Souvenire waren. So wurden z.B. die Spornräder der Flugzeuge für den Bau von Schubkarren verwendet.

Waldemar Becker ermittelte, daß neben den Zerstörungen durch Sprengungen auch das Rollfeld umgepflügt worden war, um eine baldige Wiederbenutzung unmöglich zu machen. Zudem fand er eine Liste mit den auf dem Flughafen erbeuteten Ausrüstungsgegenständen. Neben den Gebäuden handelte es sich vor allem um 43 Flugzeuge (zum Teil zerstört), Motoren, Luftschrauben, Funkausrüstung und Waffen bzw. Munition. Von den 43 Flugzeugen waren 37 Me 109 (Jagdflugzeuge), drei Focke-Wulf 190s, zwei Sturzkampfflugzeuge und ein zweimotoriges Kabinenflugzeug für 14 Passagiere.[70]

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Einschränkungen in der Fliegerei stärker als 1919: Nach der Direktive Nr. 23 des Alliierten Kontrollrates wurden die

> Leitung und Weiterentwicklung militärischer und militärähnlicher Sportorganisationen innerhalb der deutschen Bevölkerung verboten. Dieses Verbot bezieht sich insbesondere auf Organisationen, die sich mit Fliegen, Fallschirmspringen, Segelfliegen, Fechten, militärischer oder militärähnlicher Ausbildung sowie mit Schießen (Feuerwaffen) befassen.[71]

1951 wurde der Segelflug als Luftsport wieder erlaubt. Auf dem Detmolder Flugplatz, der nach dem Zweiten Weltkrieg von britischen Streitkräften als Militärflugplatz genutzt wurde, wurde erst 1963 wieder Segelflug betrieben, der Verein selbst fand sich aber schon vor 1951 wieder zusammen und ging zunächst in Oerlinghausen an den Start. Der Rücknahme des Flugverbotes gingen jahrelange Diskussionen voraus, inwieweit tatsächlich ein Zusammenhang zwischen Segelflug und militärischer Ausbildung zu sehen sei.[72] Erich Lorenz wies den Zusammenhang weit von sich:

> Von Seiten der Segelflieger muß klargestellt werden, daß die Kreise, die die geheime Aufrüstung der Luftwaffe vollzogen haben, gar nicht unter den Segelfliegern zu suchen waren. Für gewisse militärische und politische Kreise mag die Entwicklung des Segelflugs wohl von Interesse gewesen sein, ähnlich wie die rasche Entwicklung des Kraftfahrwesens für die Organisatoren der Panzerwaffe. Jedenfalls sind aus Segelfliegerkreisen keine Anregungen zur Bildung einer Luftwaffe gegeben worden.[73]

Was er dabei außer acht ließ: Die Begeisterung für die Segelfliegerei wie für den Flugsport insgesamt wurde ausgenutzt, um Jugendliche an eine vormilitärische Ausbildung heranzuführen. Die Euphorie, mit der die Bevölkerung Interesse am Flugsport zeigte, erleichterte die Bereitschaft, eine kriegsorientierte Aufrüstung zu akzeptieren. Zu diesem Zweck wurde die Fliegerei gezielt als propagandistisches Mittel eingesetzt.

Anmerkungen

1. Dieser Aufsatz wäre nicht möglich gewesen ohne die Unterstützung meiner Eltern Gudrun und Heinrich Hennigs, die einen sehr großen Teil der Quellenrecherche übernommen haben. Einen Großteil der Informationen hätte ich ohne die Hilfe einiger Zeitzeugen und an der Geschichte der Luftfahrt Interessierter nie erhalten. Heinrich Heuer (Detmold) stellte neben eigenen Erinnerungen Zeitzeugeninterviews zur Verfügung, die er selbst vor einigen Jahren durchführte und die heute nicht mehr möglich gewesen wären, weil die betreffenden Personen z.T. nicht mehr leben. Herr Wilhelm Heine (Bad Meinberg) betätigt sich seit vielen Jahren als eifriger Chronist der lippischen Luftfahrt und stellte vor allem Material aus seinen umfangreichen Zeitungsauswertungen zur Verfügung. Herr Holger Sprick (Detmold) erarbeitete 1989 gemeinsam mit dem britischen Segelflieger Kevin Moloney eine Ausstellung zur Geschichte des Luftsportvereins Detmold e.V., für die auch Unterlagen aus britischen Beständen eingesehen werden konnten, die normalerweise nicht zugänglich sind. Seine Arbeitsergebnisse sowie einiges Fotomaterial sind mit in diesen Aufsatz eingeflossen. Herr Reinhard Altenbernd (Detmold) stellte Literatur zur Verfügung und war ebenso wie Herr Georg Klöpper (Detmold) ein auskunftsfreudiger Gesprächspartner. Ihnen allen sei an dieser Stelle ganz herzlich gedankt.
2. Im Folgenden abgekürzt mit „StA DT".

3. So z.B. Georg Brütting, Geschichte der Segelflugbewegung, in: Wolf Hirth, Handbuch des Segelfliegens, Stuttgart 1942, S. 11-35. Dieser Text erschien auch noch in späteren Auflagen des Buches nach 1945. Das Ignorieren der ideologischen Hintergründe, die die Entwicklung der Jahre nach 1933 bestimmten, zeigt sich deutlich auch in neueren Publikationen, in denen z.B. die Hakenkreuze auf historischen Fotografien von Segelflugzeugen geschwärzt werden (Günter Brinkmann/Hans Zacher, Die Evolution der Segelflugzeuge, Bonn 1992, S. 74, 78.).
4. StA DT L 80 II D F Nr. 48.
5. Zu Robert Kronfeld s. Gudrun Hennigs, Ein Rekordflug brachte den Segelflug in das Lipperland, in: Heimatland Lippe 2/1993, S. 39-41.
6. 50 Jahre Luftsportverein Detmold e.V., Detmold 1979, S. 5.
7. Wilhelm Heine (Bad Meinberg) ermittelte diese Gründung im Vereinsregister unter der Nr. 93.
8. 50 Jahre Luftsportverein Detmold e.V., Detmold 1979, S. 5.
9. Lippische Landeszeitung vom 5. Oktober 1931.
10. Ingrid Schäfer, 100 Jahre Buchen-Sperrholz. Aus der Geschichte der Blomberger Holzindustrie 1893–1993. Eine Zeitstudie, Blomberg 1993, S. 111.
11. Festschrift zum 60jährigen Jubiläum der Luftsportgemeinschaft Lippe-Südost e.V. Blomberg im Deutschen Aero-Club, Blomberg 1991, S. 8.
12. Allgemein dazu: Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 188-122.
13. StA DT L 80 II D F Nr. 81.
14. 40 Jahre Segelflugverein Oerlinghausen e.V. im Deutschen Aero-Club e.V., Oerlinghausen 1991, S. 13. Leider ist über die Hintergründe dieser SPD-nahen „Sturmvogel"-Vereine nichts Näheres zu ermitteln gewesen.
15. StA DT L 80 II D F Nr. 82.
16. Lippische Landeszeitung vom 19. April 1934.
17. Es ist nicht ganz auszuschließen, daß dem Setzer der Landeszeitung hier eine Null zuviel in die Zahl geraten ist, denn die Erweiterung des Vereins um mehr als doppelt so viel Mitglieder innerhalb eines sehr kurzen Zeitraums wäre auch ein mehr als beachtliches Ergebnis.
18. Lippische Landeszeitung vom 19. April 1934.
19. Lippische Landeszeitung vom 10. Juli 1934.
20. Karl Ries, Die Maulwürfe 1919–1935, Mainz 1970, S. 95.
21. Gerd Zipper, Der Hornberg. Geschichte und Porträt eines traditionsreichen Segelfluggeländes, Planegg 1992, S. 113.
22. StA DT L 80 II D F Nr. 82.
23. Ibid.
24. Ibid.
25. Der vollständige Erlaß, der die Umbildung des DLV in das NSFK ermöglichte, wurde abgedruckt in: Lippische Staatszeitung vom 20.4.1937.
26. StA DT L 80 II D F Nr. 2 und Nr. 98.
27. StA DT L 80 II D F Nr. 2.
28. StA DT L 80 II D F Nr. 47.
29. Ibid.
30. Lippischer Allgemeiner Anzeiger vom 22. Juni 1934.
31. Ibid.
32. Lippische Landeszeitung vom 15. Oktober 1934.

33. Tatsächlich findet sich die Formulierung von der Luftwaffe, die in Detmold am 15. Februar in Detmold einzog, auch in den Tageszeitungen, obwohl die Luftwaffe offiziell erst am 1. März ins Leben gerufen wurde (Lippische Staatszeitung vom 14. Februar 1935 und vom 15. Februar 1935).
34. StA DT L 80 II D F Nr. 2.
35. Ibid.
36. StA DT L 80 II D F Nr. 100.
37. StA DT L 80 II D F Nr. 2.
38. Beim Flugzeugschlepp wird ein Segelflugzeug von einem Motorflugzeug hochgeschleppt.
39. StA DT L 80 II F D Nr. 19.
40. Ibid.
41. Ibid.
42. Nach Bericht des Zeitzeugen Heinrich Heuer (Detmold).
43. Lippischer Staatsanzeiger vom 20. März 1937.
44. Aufzeichnungen von Heinrich Heuer in Privatbesitz.
45. Lippischer Staatsanzeiger vom 31. Mai 1934.
46. StA DT L 80 II F D Nr. 2.
47. StA DT L 80 II D F Nr. 1.
48. StA DT L 80 II F D Nr. 19.
49. Günther Rhiemeier, Die Luftfahrtlehrgänge der Berufsschule Lemgo 1928–1936, in: Lemgoer Hefte 3/96, S. 10-14.
50. StA DT L 80 III Nr. 4913; s. a. Lippische Staatszeitung vom 28. Januar 1936 und Volker Wehrmann (Bearb.), Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933–1939, Detmold 1984, S. 211-213.
51. StA DT L 80 III Nr. 4913.
52. Ibid.
53. StA DT L II 80 D F Nr. 48.
54. StA DT L 80 II D F Nr. 2.
55. StA DT L 80 II D F Nr. 1.
56. StA DT L II 80 D F Nr. 48.
57. Karl Ries, Die Maulwürfe 1919–1935, Mainz 1970, S. 24-25 und S. 80-83.
58. Ibid., S. 41-43.
59. Heinz Bongartz, Luftmacht Deutschland. Aufstieg, Kampf, Sieg, Bd. 1, 3. Aufl. Essen 1943, S. 69.
60. Ibid., S. 71.
61. Lippische Staatszeitung vom 4. August 1939.
62. Eduard Schulte, Flieger Sven, ein deutsches Lebensbild 1917 bis 1940, Wöbbel 1957, S. 154-155; auf S. 160 ein Foto vom Fliegerhorst Detmold.
63. Walter Göbel, Der Flugplatz Bad Lippspringe, in: Uwe Piescek (Hg.), Truppenübungsplatz Senne. Zeitzeuge einer hundertjährigen Militärgeschichte. Chronik, Bilder, Dokumente, Paderborn 1992, S. 512.
64. Ibid., S. 514.
65. Auskunft von Holger Sprick (Detmold).
66. Auskunft von Holger Sprick (Detmold).
67. Lippische Staatszeitung vom 18. April 1937.
68. Zeitzeugenaussage von Gertrud Brandhorst (Detmold), im Krieg zivile Verwaltungsangestellte auf dem Flughafen (Befragung durch Heinrich Heuer (Detmold) 1993).

69. Zeitzeugenaussage von Rudolf Binz (Detmold) 1992; nach freundlicher Mitteilung von Heinrich Heuer.
70. Waldemar Becker, Die Besetzung Lippes im Frühjahr 1945, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde Bd. 64/1995, S. 241-242.
71. Zitiert nach: Erich Lorenz, Ist der Segelflug heute noch für vormilitärische Zwecke brauchbar? In: Thermik. Monatsschrift für den internationalen Segelflugsport, 3. Jg. März 1950, S. 42.
72. Dazu s. zahlreiche Beiträge in der Zeitschrift „Thermik. Monatsschrift für den internationalen Segelflugsport", die 1948 als zentrales Organ der Segelfliegerei entstanden war.
73. Erich Lorenz, Ist der Segelflug heute noch für vormilitärische Zwecke brauchbar?, in: Thermik. Monatsschrift für den internationalen Segelflugsport, 3. Jg. März 1950, S. 42.

Dorthe Fechtemeier, Werner Freitag, Larissa Kölling

Der 1. Mai und die 'Deutsche Woche' 1933 in Detmold

Bürgerliche Festkultur zwischen Tradition und nationalsozialistischem Aufbruch[1]

Feste und Feiern waren und sind Ausdruck menschlicher Selbstdarstellung; sie gehören zu den grundlegenden Faktoren des sozialen Lebens, denn sie haben integrative Funktionen für ein Gemeinwesen. Sie zeigen in diesem Zusammenhang Ansehen und Ehre vor Ort. Neuzeitliche Feste geben darüber hinaus Gelegenheit, Öffentlichkeit zu konstituieren und sich auf diese Weise zum Staat und seinen Maßnahmen zu äußern.[2] Der Vortrag von Frau Fechtemeier, Frau Kölling und mir zur Deutschen Woche, die vom 9. bis 17. September 1933 stattfand, und zum 1. Mai in Detmold von 1933 bis 1938, geht davon aus, daß bürgerliche Kreise, d.h. Handwerker und Unternehmer, Händler und Verwaltungsbeamte nicht nur in Feierlichkeiten ihre Bereitschaft ausdrückten, Adolf Hitler und der NS-Diktatur zu folgen. Vielmehr ist unsere Überlegung, daß sich in den Detmolder Festen des Jahres 1933 nicht nur die rassistischen und chauvinistischen Aspekte des Nationalsozialismus zeigen lassen, sondern auch Tendenzen existierten, die den Nationalsozialismus als Fortsetzung bzw. sogar als Katalysator moderner Entwicklungen aufzeigen. Erst durch diese Verschränkung von Moderne und Rückwärtsgewandtheit kann die Stabilität der menschenverachtenden Diktatur des Nationalsozialismus in Teilen erklärt werden.

Die Festteilnehmer zeigten sich bei diesen Festen als leistungsfähige Marktsubjekte. Marketingexperten würden dies zielgruppenorientiert und markenbildend nennen. Man suchte die Bedarfsstruktur bei konstanter Ausgabe zu verändern und generell die Nachfrage zu wecken. Zudem ließen sich am 1. Mai 1933 Wirtschaftsbürger, Handwerker und Verwaltungsbeamte auf den von der staatlichen Propaganda vorgegebenen Wunsch ein, gemeinsam mit der Arbeiterschaft zu marschieren. Die Feiern waren also eine Möglichkeit, den Blick in eine marktwirtschaftliche Zukunft zu wagen, oder wie es der Historiker David Schoenbaum ausgedrückt hat, in eine ökonomisch und sozial 'offene Gesellschaft', wie es die Bundesrepublik wurde.[3]

Der Vortrag behandelt für den 1. Mai und die Deutsche Woche die jeweiligen Voraussetzungen im Reich und vor Ort, betrachtet ferner die Veranstaltungen als Werbung dynamischer und innovativer Produzenten, stellt die lokalen

Traditionsbestandteile heraus, die der Deutschen Woche und dem 1. Mai erst ihren Erfolg gaben und arbeitet die weiteren modernisierenden Wirkungen im politischen Bereich heraus. Frau Fechtemeier und Frau Kölling werden die Feiern des 1. Mai von 1933 bis 1938 vorstellen; ich werde mich auf die Deutsche Woche und dabei insbesondere auf das Auftreten der Handwerker konzentrieren.

I. Der 1. Mai 1933–1935 in Detmold (von Dorthe Fechtemeier)

1. Einleitung

Der Tag des 1. Mai war ursprünglich der Festtag der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung, ja des ganzen Arbeitermilieus. Sie benutzte diesen Tag, um den Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit und politischer Reform wirksam zum Ausdruck zu bringen.

Die Nationalsozialisten hatten 1933 zwei Möglichkeiten, mit der Maifeier der Arbeiter umzugehen. Die eine bestand in der vollständigen Unterdrückung, die andere lag in einer ideologischen Transformation. Die Nationalsozialisten entschieden sich für die zweite. Demzufolge funktionierten sie den 1. Mai für ihre Zwecke um. Der Festtag sollte nicht mehr, wie bisher, allein der Tag der Arbeiterklasse sein, sondern der Tag aller arbeitenden Menschen. Das gesamte deutsche Volk sollte mobilisiert und für die nationalsozialistische Ideologie gewonnen werden. Zu diesem Zweck mußte dem 1. Mai der ursprüngliche Charakter genommen werden, um ihn mit einem neuen nationalsozialistischen Sinn besetzen zu können. Die Volksgemeinschaft sollte gefeiert werden, wie Goebbels in seiner Rede über den 'Sinn des 1. Mai' deutlich machte: „Deutsche aller Stände, Stämme und Berufe, reicht euch die Hände! Geschlossen marschieren wir in die neue Zeit hinein!"[4]

Wenn dieses Ziel zunächst den Eindruck einer positiven Einbeziehung aller sozialen Gruppierungen erweckt, so muß an dieser Stelle die Aufmerksamkeit auf den 2. Mai 1933 gelenkt werden. Denn an diesem Tag stürmten die Nationalsozialisten die Büros der verschiedenen Gewerkschaften und beschlagnahmten die Kassen. Die Ausschaltung der Gewerkschaften, die noch am Tag zuvor im Umzug mitmarschierten, war innerhalb von 24 Stunden perfekt. So berichtet auch die „Lippische Tageszeitung" am 3. Mai 1933 vom „Ende der freien Gewerkschaften".[5] Am Montag vormittag um 10 Uhr sei, wie im ganzen Reich, auch in Lippe eine Aktion gegen die roten Gewerkschaften durchgeführt worden. Dabei seien auch das Volkshaus in Detmold von der NSBO besetzt und die Gewerkschaftsführer Linne, Rubach, Feldmann, Pinkowski, Jansen und Bicker in 'Schutzhaft' genommen worden. Obwohl der 1. Mai 1933 nicht ohne

die Geschehnisse am Folgetag gesehen werden darf, soll hier trotzdem der Schwerpunkt auf die Feierlichkeit selbst, auf die Gestaltung und den Ablauf des 1. Mai gelegt werden.

Um den 1. Mai im nationalsozialistischen Interesse einsetzen zu können, waren Umgestaltungen erforderlich. Zunächst wurde der 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt und Lohnfortzahlung garantiert.[6] Damit war die Grundlage zu einem neuen Feiertag geschaffen.

Im folgenden sollen die von den Nationalsozialisten getroffenen Anordnungen aufgeführt und herausgestellt werden, wie sie von der Detmolder Bevölkerung aufgenommen und umgesetzt wurden. Anhand der weiteren Ausführungen wird die Eigeninitiative der Bewohner Detmolds verdeutlicht.

2. Inszenierung und Organisation

Der Verlauf des Feiertages unterlag vollständig den staatlichen Vorgaben. Gemäß der hierarchischen Struktur des Partei- und Staatsapparates wurden die Anordnungen zur Begehung des Feiertags von Berlin aus an die einzelnen Gaue weitergegeben. Die Verantwortung für die Organisation und den reibungslosen Ablauf zum 1. Mai 1933 trug für den Gau Westfalen-Nord Alfred Jäger und für den Kreis Detmold Pg. Herrich, Stellvertreter war der Leiter der NSBO Uhle.[7] Der für die Detmolder Veranstaltungen eingesetzte zuständige Organisationsausschuß regelte die Beteiligung der verschiedenen Gruppierungen, legte den zeitlichen Ablauf fest und plante den Umzug durch die Stadt. Der Detmolder Organisationsausschuß gab den Verlauf der Veranstaltungen in Detmold in allen Tagesblättern detailliert bekannt. So war die Detmolder Bevölkerung nicht nur über das Programm der Rundfunkübertragung aus Berlin informiert, sondern auch über die Aufstellung des Festzuges, der in drei Staffeln aufgeteilt wurde. Ferner konnte der geplante Verlauf der Feier vor dem Detmolder Rathaus der Zeitung entnommen werden.[8] 1935 lag dagegen die Verantwortung für die Ausgestaltung der Feierlichkeiten des Vorabends, für den Umzug am 1. Mai und für die Abendfeiern in den Händen der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude'. Dieser Anweisung der Gaupropagandaleitung kam man in Detmold offensichtlich nicht nach. Das ging aus dem Beschwerdeschreiben des Kreiswartes der KdF hervor, der, sehr verärgert, über das Ignorieren der Anordnung, bei der Detmolder Regierung Einspruch erhob.[9]

3. Die Innovationen im Detmolder Festzug

Zu den neuen Aspekten des 1. Mai gehörten zum einen Werbung, Demonstration von Leistungsfähigkeit und technischem Fortschritt, zum anderen aber

auch die soziale Öffnung des 1. Mai für alle Bevölkerungsgruppen. Zunächst soll auf die erstgenannten Aspekte näher eingegangen werden.

In Detmold hatte der Aufmarsch am 1. Mai 1933 für die verschiedenen Gruppierungen, wie das Handwerk und die anderen Gewerbetreibenden, vorrangig den Charakter einer Werbeveranstaltung. Der 1. Mai bot ein Forum zur Selbstdarstellung. Allein schon aus diesem Grund ging man den verschiedenen Aufrufen in der Presse bereitwillig und gerne nach, denn man wollte die Chance zur Werbung für seine Produkte nicht vergeben. Dieser Effekt mobilisierte die einzelnen Verbände in einem für die Nationalsozialisten wünschenswerten Ausmaß. Der Aufruf des Kreisfachberaters für Landwirtschaft, gemeinsam an dem 'Tag der nationalen Arbeit' mit allen 'schaffenden Volksgenossen' zu feiern, wurde von den Landwirten des Kreises Lippe mit großer Bereitwilligkeit aufgenommen. Der Landwirtschaftliche Amtsverein Detmold versammelte sich am 28. April 1933 im Hotel 'Teutoburger Hof', um die Teilnahme an der Maifeier zu besprechen. Der Vorsitzende Landwirt Schönlau schlug vor, die Landwirtschaft im Festzug durch einen mit Dünger beladenem Wagen, Egge, Pflug, einer Düngemaschine, einer Drillmaschine, einem Binder und einem Ernte- und Gemüsewagen darzustellen. Er fand damit allgemeine Zustimmung.[10] Hier kam der technische Fortschritt zum Ausdruck. Aber nicht nur die Landwirte präsentierten sich auf diese Weise, sondern auch der Wagen der Telegraphenbeamten ließ durch verlegte Fernsprech- und Kabelleitungen die

Abb. 1: Wagen der Reichsbahn mit einem funktionierenden Läutewerk.

Modernität dieses Dienstleistungssektors erkennen.[11] Der Motorenölhandel in Lippe nahm mit einem neuartigen Tankwagen am Festzug teil, und die Reichsbahn demonstrierte eine moderne Signaleinrichtung mit einem vollständigen Läutewerk.[12]

Diese Demonstration von Leistungsfähigkeit aufgrund technischen Fortschritts war für die Nationalsozialisten ein willkommener Aspekt, denn sie versprachen, für den Fortbestand einer funktionierenden Wirtschaft zu sorgen. Die Detmolder glaubten dieser Versprechung – die Eigeninitiativen bei der Gestaltung und beim Schmücken der Festwagen mit dem nationalsozialistischen Hakenkreuz zeigen, daß Fortschritt und nationalsozialistische Ideologie miteinander verbunden wurden.

Die Nationalsozialisten legten auf die zahlreiche Beteiligung der Gewerbetreibenden und der Handwerkerinnungen wert. Der Kommissar des Ministeriums für Volksaufklärung und Propaganda, Jäger, betonte in einem Schreiben, Handwerk und Gewerbe sollten den Zug durch künstlerisch dekorierte Wagen verschönen, auf welchen die einzelnen Wirtschaftsbereiche dargestellt und Hinweise auf die Wirtschaftsbelebung unter Hitlers Führung gebracht würden.[13] Diesem Aufruf kam man in Detmold in einem überaus hohen Maße nach. Insgesamt nahmen am Umzug 130 Wagen teil.[14] Von den in den Mitteilungen des Festausschusses genannten Handwerkergruppen, die am Umzug teilnahmen, führten annähernd alle einen Schmuckwagen mit, und zahlreiche Gruppen er-

Abb. 2: Wagen der Firma Willy Mügge

schienen in der gewünschten Berufskleidung, wie zum Beispiel die Bäcker und Konditoren.[15]

Einige der Wagen sollen im weiteren näher vorgestellt werden. Die Firma Willy Mügge stellte auf ihrem Wagen 'MÜWA' Fabrikate aus, dazu gehörten neben Holzschuhen in allen Größen auch Klosettsitze aus Hartholz.[16]

Die Möbelfabrik August Brandt, Leopoldshöhe, und die Küchenmöbel Marke 'Rose' präsentierten sich ebenfalls im Festzug.[17] Das Baugewerbe zeigte sich mit einem eigens auf den Wagen aufgebauten Fachwerkgerüst.[18]

Im folgenden wird auf einen weiteren modernisierenden Aspekt des 1. Mai, nämlich die soziale Öffnung des Feiertages für alle Bevölkerungsteile, eingegangen. Das Ziel der Nationalsozialisten bestand darin, am 1. Mai das gesamte arbeitende Volk zu erreichen. 'Volksgemeinschaft' sollte inszeniert werden. So kamen mehrere bürgerliche Gesangvereine den Aufrufen des Lippischen Sängerbundes in der „Lippischen Landeszeitung" nach, aber auch der Westdeutsche Spielerverband des Gaus Lippe forderte die lippischen Sportvereine zur Teilnahme auf, so daß im Detmolder Umzug mehrere Sportvereine und Turnergruppen marschierten.[19] Auch andere bürgerliche Gruppen, Studenten, Reiterverein, Kriegsopfer, Beamte und Förster, nahmen teil und demonstrierten damit die in Detmold gelungene Einbeziehung bürgerlicher Bevölkerungsteile in das vormalige Fest der Arbeiter, ihrer Gesang- und Sportvereine.[20]

Abb. 3: Förster in klassischer Berufskleidung

Besonders betont werden muß die Teilnahme der Detmolder Betriebsleitungen. Diese war ein Zeichen für die in Detmold erfolgte Umsetzung der nationalsozialistischen Ziele, denn die Betriebsleitungen hatten sicherlich mit dem früheren Motto des 'roten' 1. Mai nichts im Sinn, zeigten aber am 1. Mai 1933 eine große Bereitschaft zur Beteiligung.

Abb. 4: Detmolder Betriebsleitungen

Außerdem feierten verschiedene Detmolder Belegschaften am Morgen des 1. Mai 1933 betriebsinterne Feiern, bei denen die Betriebseinheit von Arbeitgeber und Arbeitnehmer propagiert wurde. Damit gingen sie in 'reger' Weise der allgemeinen Anordnung nach, die darin bestand, am Morgen des 1. Mai nach dreiminütigem Ertönen der Sirene, den von der Gaubetriebszellenleitung verfaßten Text zu verlesen und anschließend die Hakenkreuzfahne zu hissen.[21] Die Küchenmöbelfabrik Huxoll & Co. nutzte zum Beispiel die Gelegenheit zu einem Gruppenphoto der vollständig anwesenden Belegschaft und der Betriebsleitung.[22] Der Fabrikdirektor Geyer der Firma Phönix, Möbelwerke Detmold, hielt vor seiner Belegschaft eine längere Ansprache, in der er der neuen Regierung sein Vertrauen aussprach.[23] Auch die Meyersche Hofbuchdruckerei, die Firma Schnittger, Matratzen- und Polstergestelle, und die Firma Schäferhenrich hielten interne Betriebsfeiern ab.

Aufgrund des Gesetzes zur 'Ordnung der nationalen Arbeit' vom 20. Januar 1934 sollte nach den Bestimmungen des § 10, Abs.1 die Ablegung eines Ge-

löbnisses des Betriebsführers und den Mitgliedern des Vertrauensrates vor allen Betrieben stattfinden. Die Bestimmungen lauteten wie folgt:

> Die Mitglieder des Vertrauensrates legen vor der Gefolgschaft am Tage der nationalen Arbeit (1. Mai) das feierliche Gelöbnis ab, in ihrer Amtsführung nur dem Wohle des Betriebes und der Gemeinschaft aller Volksgenossen unter Zurückstellung eigener Interessen zu dienen und in ihrer Lebensführung und Diensterfüllung den Betriebsangehörigen Vorbild zu sein.[24]

Die Absicht, die hinter diesem Gesetz lag, wurde in dem Aufruf des Reichsobmanns der NSBO zum 1. Mai 1934 deutlich: „Betriebsführer und Gefolgschaften werden am 1. Mai 1934, dem Tage der nationalen Arbeit, geloben, dem Geiste Raum zu schaffen, der diesem Gesetz seinen großen Sinn gegeben hat."[25] Wessen Geist gemeint war, wurde in seinen weiteren Ausführungen offensichtlich, wo dem Geist und dem Willen des Führers Dankbarkeit und Treue entgegengebracht wurde, dafür, daß er Deutschland den 'deutschen Sozialismus' gab. Anläßlich dieser Feierlichkeiten entstand folgendes Foto:

Abb. 5: Die Firma Schäferhenrich aus Detmold am 1. Mai 1934

Auch die Schulen wurden 1933 dazu angewiesen, den 'Tag der nationalen Arbeit' zu feiern. Die Lippische Landesregierung teilte mit, daß neben dem Beflaggen und Schmücken der Schulen für sämtliche Schülerinnen, Schüler und Lehrkräfte die Pflicht zur Teilnahme an den Schulfeiern bestand. Nach

einleitenden Worten der Schulleitung hörten alle der Rundfunkübertragung des Staatsaktes aus dem Lustgarten in Berlin zu und sangen schließlich gemeinsam das Deutschlandlied. Für den Rest des Tages war schulfrei.[26]

Anhand der zahlreichen Teilnahme der Detmolder Bevölkerung wird deutlich, daß es gelungen war, auch diejenigen einzubinden, die vorher, als der 1. Mai noch allein der Kampftag der Arbeiterklasse war, kaum etwas damit zu tun hatten.

Der 1. Mai 1933 und 1934 verlief somit für die Nationalsozialisten wunschgemäß, sie konnten einen neuen Feiertag, den nationalsozialistischen Interessen entsprechend, etablieren.

4. Traditionelle Elemente im Festzug

Die Teilnahme am Fest konnte aber zumindest 1933 nicht erzwungen werden. Überkommene Festelemente machten es den bürgerlichen Teilnehmern leichter, den 1. Mai mitzufeiern. Einerseits fühlte man sich eingebunden in die eigene Geschichte der Region, andererseits demonstrierte man Offenheit gegenüber dem technischen Fortschritt. Ein Beispiel dafür liefert der Wagen der „Lippischen Tageszeitung". Sie stellte auf dem Wagen den Erfinder des Buchdrucks, Gutenberg, dar, zusammen mit seinen 'Jüngern', die mittelalterliche Kostüme trugen.

Abb. 6: Der Festwagen der „Lippischen Tageszeitung"

Auch die Reichspost griff auf ihre Geschichte zurück. Die Postbeamten nahmen am Umzug mit der letzten Postkutsche teil, die die Strecke Lage-Detmold befahren hatte.[27] Der nationalsozialistische Organisationsausschuß verzichtete ebenfalls nicht auf traditionelle Elemente. So eröffnete er den Festakt vor dem Rathaus mit dem 'Niederländischen Dankgebet'.[28] Diese Vermischung war sehr wichtig für die Nationalsozialisten, weil dadurch das Fest des 1. Mai für die Zeitgenossen noch Anknüpfungspunkte an alte (bürgerliche) Festgewohnheiten aufwies. So befand sich der 1. Mai in einer Linie mit alter Festtraditionen, besaß aber gleichzeitig neue, nationalsozialistische Elemente.

5. Die nazifizierte Öffentlichkeit

Die Detmolder Bevölkerung kam dem allgemeinen Aufruf nach, ihre Häuser zu begrünen und zu beflaggen. Auch der Bürgermeister Keller rief jedes Jahr die Detmolder zum Schmücken auf: „Detmolder! Macht den 1. Mai zum Tag der Freude!"[29] Photos und Zeitungsberichte geben Aufschluß darüber, daß zumindest 1933 viele Straßen reichhaltigen Fahnenschmuck besaßen. Schaufenster wurden dekoriert und Plakate mit Parolen an den Häusern angebracht.[30] Auch die von oben für den 1. Mai vorgegebenen Parolen, die in den Umzügen mitgetragen werden sollten, wurden von den Detmoldern aufgenommen. Folgende Parolen gab die Gauleitung 1933 vor:[31]

1.) „Deutscher Arbeiter! Deine Freiheitsstunde ist da!"
2.) „Hinein in die NSBO!"
3.) „Die NSBO ist die Deutsche Gewerkschaft!"
4.) „Freiheit und Brot für alle Schaffenden!"
5.) „Nieder mit Klassenhaß und Standesdünkel!"
6.) „Es gibt nur ein Deutschland!"
7.) „Wir haben wieder ein Vaterland!"
8.) „Nie wieder Deutsche gegen Deutsche!"
9.) „Klassenhaß ist bezahlte Dummheit!"
10.) „Standesdünkel ist unbezahlte Dummheit!"
11.) „Ist Deutschland einig, dann geht es dir gut!"

Diese Parolen wurden von dem Detmolder Organisationsausschuß aufgenommen und durch folgende Parolen ergänzt:[32]

1.) „Für einen Deutschen Sozialismus!"
2.) „Für ein vernünftiges Tarifrecht!"
3.) „Für die Sozialversicherung – Gegen Not und Elend im Alter!"
4.) „Für eine gesunde ständisch gegliederte Wirtschaft!"

Diese Parolen fanden sich im Festumzug wieder, wie auf mehreren Photos zu sehen ist.

Darüber hinaus entwickelten die Detmolder ein hohes Maß an Eigeninitiative, wenn es galt, überregionale politische und kulturelle Themen einzubezie-

hen. Neben die Politisierung von 'oben' trat die Bereitschaft von 'unten', politische Aussagen zu machen. Hieraus erst wird das Fest als Ausdruck einer nazifizierten Öffentlichkeit faßbar. Zum Beispiel stellte die Meyersche Hofbuchdruckerei auf ihrem Wagen ein 1931 erschienendes nationalsozialistisches Buch von Ernst Graf von Reventlow aus mit dem Titel: 'Der Weg zum neuen Deutschland'.

Abb. 7: Das Foto läßt das überdimensional große Buch gut erkennen.

Die Detmolder Turnerschaft wies in dem Umzug 1935 bereits auf die Olympiade 1936 in Berlin hin und warb damit schon ein Jahr vorher für ein überregionales Ereignis.[33] Die Bevölkerung Detmolds benutzte den 1. Mai auch in diesem Sinne als Forum zur politischen Meinungsäußerung. 1933 geschah das aus freien Stücken; man begrüßte die neue Regierung und bekundete Vertrauen. 1934 und 1935 bewegte möglicherweise der Faktor Zwang die Menschen, so daß es schwierig ist, Freiwilligkeit festzumachen.

Abschließend sollen noch einige Zahlen genannt werden, um das Ausmaß der Umzüge zu verdeutlichen. An dem Umzug 1933 beteiligten sich insgesamt 14.000 Männer, hinzu kamen die verschiedenen weiblichen Verbände mit zusammen 4500 Teilnehmerinnen. Mit den Zuschauern befanden sich am 1. Mai 1933 etwa 30.000 Menschen in der Detmolder Innenstadt. Die Dauer des Umzugs betrug für Anmarsch und Aufstellung der Teilnehmer zwei Stunden, und

der Abmarsch nahm noch einmal zweieinhalb Stunden in Anspruch.[34] 1934 und 1935 war der Umfang schon wesentlich geringer. In diesen Jahren durften nur noch Abordnungen der verschiedenen Verbände mitmarschieren.

Zusammenfassend läßt sich für die Maifeier 1933 sagen, daß sie unter der Vorgabe der Öffnung für das gesamte deutsche Volk stand – 'Volksgemeinschaft' sollte inszeniert werden. In Detmold ist es den Nationalsozialisten gelungen, dieses Ziel zu verwirklichen. Die Mobilisierung der Bevölkerungsgruppen, insbesondere die nahezu vollständige Beteiligung des Handwerks und der Industrie, wurde in Detmold in einem großen Umfang erreicht. Auch im Jahr 1934 feierte Detmold den 1. Mai im großen Rahmen. Jedoch läßt sich für 1934 eine verstärkte Inszenierung im Vergleich zum Vorjahr feststellen. 1935 trat der für die folgenden Jahre so typische Zwangscharakter ein.

II. Die Feierlichkeiten des 1. Mai 1936 bis 1938 in Detmold (von Larissa Kölling)

Die Feier des 1. Mai 1933 hatte vordergründig den Charakter eines Volksfestes, doch in den folgenden Jahren wurden die Maifeiern zunehmend von der nationalsozialistischen Ideologie durchdrungen und entwickelten sich zu völlig reglementierten Veranstaltungen. War die Beteiligung 1933 zahlreich und freiwillig, so ging sie ab 1934 aufgrund des sich entwickelnden Zwangscharakter des Festes zurück.[35] Demzufolge gelang die Integration der 'Volksgenossen' in die nationalsozialistische Selbstdarstellung nur noch ansatzweise.

1. Die zunehmende Inszenierung der Feiern

In der Betrachtung der Maifeiern 1936 bis 1938 läßt sich im formellen Ablauf zunächst eine Akzentverschiebung gegenüber den Jahren 1933 bis 1935 feststellen.

Bildete zuvor der 1. Mai selber den Mittel- und Höhepunkt in Detmold, so wurde ab 1936 der Vorabend des 1. Mai mit Elementen, wie dem Aufrichten des Maibaums und der Proklamation der 'Maikönigin', in die Feierlichkeiten eingebunden. Zu diesem Zweck erfolgten bereits eine Woche vor dem 1. Mai Anordnungen der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Gau Westfalen – Nord/Kreis Detmold an die Ortsgruppenleiter der NSDAP, die 'Ortswalter' der DAF und die 'Ortswarte der Nationalsozialistischen Gemeinschaft – Kraft durch Freude'.

Dieses Programm regelte die Feier des 30. April:

– gegen 19 Uhr trafen sich auf dem Marktplatz in Detmold alle 'Volksgenossen', insbesondere Werksscharen, Werkschöre, Singgruppen, die Mäd-

chen des 'Bund Deutscher Mädchen' (BDM), die 'Hitlerjugend' (HJ), das 'Jungvolk' und Musikkapellen
- das Programm umfaßte: Aufrichten des Maibaums, kurze Ansprache des Kreisleiters Wedderwille oder des Propagandaleiters Beetz, die Proklamation der Maikönigin durch den Ortsgruppenleiter, 'Lieder der Arbeit', Volkslieder usw.
- von 20 bis 22.15 Uhr wurde die Rede des Reichsministers Dr. Goebbels mit Lautsprechern öffentlich übertragen[36]
- Marsch eines 'buntgeschmückten' Festzugs durch die Straßen der Stadt
- abschließender 'Rundtanz' auf dem Theaterplatz.[37]

Dem Aufruf zu der Feier am Vorabend des 1. Mai folgten meist bereits 'Tausende', um dem Aufrichten des Maibaums und der Wahl der Maikönigin beizuwohnen.[38] Die Wahl einer Maikönigin erfolgte in Detmold seit 1936 und wurde in der „Lippischen Tageszeitung" aus dem Jahr 1937 als „alter schöner Brauch" bezeichnet. Die Maikönigin hatte, laut der DAF, besondere Voraussetzungen zu erfüllen: Sie mußte jung und berufstätig sein, blonde Haare haben, bei den Umzügen ein weißes Kleid tragen und auf einem mit Blumen geschmückten Wagen sitzen.

Zusätzlich zu diesen Anordnungen wurde seit 1937 ein Maikönig gewählt. Beide, Königin und König, sollten frisch und jung sein, um somit „als lebendige Verkörperung der Kraft von Volk und Natur zu gelten".[39] Die Wahl des Maikönigs war nicht in den Akten vorgegeben und basierte damit wohl auf Eigeninitiative der Detmolder und auf dem Wunsch zur Mitgestaltung der Feier.

Seit 1936 wurde folglich der Vorabend des 1. Mai durch scheinbar traditionelle Aspekte aufgewertet. Mit dem Aufstellen des Maibaums und der Wahl der Maikönigin versuchten die Nationalsozialisten an germanische Traditionen anzuknüpfen. Der 1. Mai geriet zum Frühlingsfest: Nach dem Motto 'Alles neu macht der Mai' sollte der Einzug des Frühlings begangen werden:

> Die Sitte, einen Maibaum aufzurichten, ist in deutschen Landen in einer unabgebrochenen Überlieferung noch weit verbreitet. Der Baum als Sinnbild des Lebens ist auch der heutigen Vorstellung noch durchaus geläufig. Er ist ein Lebensbaum, ist ein Zeichen dafür, daß aus dem Boden immer wieder die Kräfte des Wachstums und der Erneuerung strömen. Der Baum ist meist eine weiß geschälte Tanne. Die im Durchmesser immer größer werdenden Kränze sind ein Zeichen für die mit dem Fortschreiten des Jahres immer größer werdende Bahn der Sonne. Das Hakenkreuz ist ein Zeichen des Jahreslaufs. Es ist das 'aus sich selbst rollende Rad', das Symbol für das aus sich selber immer wieder sich erneuernde Leben. An dem heute nachmittag auf dem Marktplatz zu errichtenden Maibaum werden auch die Zeichen der einzelnen Stände und Berufe angebracht, die sich so sichtbar unter Schutz und Gesetz des ewigen Lebensbaums ihres Volkes stellen.[40]

Genau vorgeschrieben war den Detmoldern die Ausschmückung des Baums durch Anordnungen und Skizzen der DAF.[41] Der Baum sollte eine 12 m hohe entastete Tanne oder Fichte sein, die mit einer Tannengirlande umwunden und mit einem Hakenkreuzsymbol sowie einem Kranz aus Grün und farbigen Bändern geschmückt wurde. Zusätzlich mußte der Baum vom Tischlerhandwerk verziert und aufgestellt werden. Um eine genaue Befolgung dieser Anweisung zu erreichen, war sogar eine handschriftliche Skizze mit genauen Abmessungen beigefügt (Abbildung 8).[42]

Abb. 8: Der Maibaum

Der Tag des 1. Mai war auch in den Jahren 1936 bis 1938 durch Umzüge geprägt, die sich in ähnlicher Art und Weise gestalteten wie 1934 und 1935.

2. Der Reichsberufswettkampf als neues Element im Fest

Zusätzlich zu diesen Umzügen wurden seit 1934 im Rahmen der Jugendkundgebungen am Morgen des 1. Mai die Sieger des Reichsberufswettkampfes geehrt. In diesen jährlichen Wettkämpfen sollte die Jugend durch das Prinzip von Leistung und Belohnung zu gesteigerten Arbeitsleistungen animiert werden.[43]

Es wurden jedes Jahr die Gau- und Kreissieger in den verschiedenen Berufssparten wie Banken und Versicherungen, Hauswirtschaft, Holzverarbeitung, Eisen und Metall, Baugewerbe u.a. vom Kreisleiter Wedderwille geehrt.

Der Wettkampf sollte es den Nationalsozialisten ermöglichen, bereits der Jugend ihre Zielsetzung der Arbeits- und Leistungssteigerung anzuerziehen. Der 'Obergebietsführers' Axmann, der diesen Wettkampf ins Leben gerufen hatte, brachte diese Ziele genauer zum Ausdruck:

> Der Reichsberufswettkampf ist ein praktisches Beispiel für die Erziehung zum neuen Ethos der Arbeit. Gerade der Reichsberufswettkampf ist geeignet, die Ehre der Handarbeit herauszustellen. Wir wollen zum Ausdruck bringen, daß sich das Volk aufbaut auf den Schultern der deutschen Arbeiterschaft. [...] Unser Ziel ist die Beteiligung des Klassenkampfes durch die Jugend in den Betrieben. [...] Wir werden in jedem Jahr mit dem Reichsberufswettkampf ein politisches Bekenntnis verbinden.[44]

3. Die Rekrutierung der Bevölkerung

Der 1. Mai sollte, so Fritz Schellack, „ein sichtbares Symbol für den Anbruch einer neuen Volksgemeinschaft" darstellen. Demzufolge versuchten die Nationalsozialisten, den 1. Mai zu einem Fest für das gesamte Volk zu gestalten.[45] Bedingung hierfür war eine hohe Beteiligung der Bevölkerung Detmolds an den Feiern der Jahre 1936, 1937 und 1938. Zu diesem Zweck rief die Kreisleitung Detmold zunächst die 'Parteigenossen' zur Teilnahme an den gesamten Feierlichkeiten auf. Weitere Bestimmungen der DAF an die Ortsgruppenleiter forderten alle 'Volksgenossen' auf, an den Kundgebungen teilzunehmen. Diese Aufrufe enthielten eine latente Drohung: „Die Prominenz und Reaktion hat sich grundsätzlich zu beteiligen. Es darf nicht vorkommen, daß irgendein Volksgenosse sich ausschließt."[46] Die Partizipation an der Feier wurde somit zur Pflicht gemacht und entbehrte jeder freiwilligen Basis.

Noch deutlicher wird dieser Zwang in Anordnungen der Lippischen Landesregierung an die Stadtverwaltung Detmolds. So erfolgte am 28. April 1938 ein Schreiben des Bürgermeisters:

„Ich erwarte, daß alle Arbeitskameraden pünktlich zur Stelle sind. Die Teilnahme wird jedem einzelnen zur besonderen Pflicht gemacht."[47] Ein zweites Schreiben war auf den 2. Mai 1938 datiert:

> Ich habe zu meinem Bedauern festgestellt, daß an dem Aufmarsch am 1. Mai des Jahres längst nicht alle Gefolgschaftsmitglieder teilgenommen haben. [...] Für die Haltung dieser Kameraden an einem der höchsten Feiertage des deutschen Volkes, an welchem ausnahmslos alle schaffenden Deutschen aufmarschieren, habe ich absolut kein Verständnis. Ich will dieses Mal von entsprechenden Maßnahmen gegen die Genannten Abstand nehmen, erwarte jedoch, daß sich ein solches Vorkommnis in Zukunft nicht wiederholt. Jeder, den es angeht, möge sich aber merken, dass er sich außerhalb der Betriebs- und Volksgemeinschaft stellt, wenn er ohne wichtigen Grund derartigen Aufmärschen und Veranstaltungen fernbleibt. Für solche ist auch kein Platz mehr insbesondere in einer öffentlichen Verwaltung oder einem öffentlichen Betrieb.[48]

Die Drohung, die Stelle zu verlieren, macht das Zwangsprinzip der Maifeier deutlich. Es ließ dem einzelnen nicht die Möglichkeit einer freiwilligen Beteiligung; die Teilnahme wurde von 'oben' bestimmt, um 'Volksgemeinschaft' vorzugaukeln.

Die Androhung einer Entlassung findet sich nicht nur in dem Schreiben des Bürgermeisters. Vielmehr wurde der gesamten Arbeitnehmerschaft öffentlich gedroht, und zwar in Gestalt einer 'Rechtsberatung': Unter der Überschrift 'Rechtsfragen um den 1. Mai von Dr. jur. Weigelt' erschienen am 28. April 1938 folgende Ausführungen in der „Lippischen Staatszeitung": „Kündigungsfragen. Die Verpflichtung des Unternehmers zur Zahlung des Lohns ist an sich nicht davon abhängig, daß der Gefolgsmann an den Veranstaltungen des 1.

Mai auch wirklich teilgenommen hat. Wohl aber stellt die bewußte Nichtteilnahme an der Maifeier einen Verstoß gegen den Gedanken der Betriebsgemeinschaft dar, der sehr wohl zu einer Kündigung des betreffenden Gefolgsmannes ausreichen kann. Insonderheit hat die Rechtsprechung dann sogar die fristlose Entlassung für zulässig erklärt, wenn das Fernbleiben offensichtlich auf asozialer oder staatsfeindlicher Gesinnung beruht.“[49]

Somit wurde der Druck nicht nur auf die Beamten, sondern allgemein auf alle Berufsgruppen ausgeübt.

Trotz dieser Zwänge kann man davon ausgehen, daß die Teilnahme an den Feierlichkeiten des 1. Mai ab 1934/35 stark abnahm, andernfalls wären diese radikalen Androhungen nicht notwendig gewesen. Eine Begründung für ein solches Verhalten läßt sich u.a. mit einer gewissen Feiermüdigkeit der Bevölkerung erklären, gab es doch im Verlauf der einzelnen Jahre verschiedene Feste, die mit unterschiedlichster Beteiligung der Bevölkerung begangen wurden, so zum Beispiel ‘Führergeburtstag’, ‘Heldengedenktag’ oder Schützenfeste.

4. Die Rolle der Jugend

Es kam aber auch zu Verschiebungen innerhalb der Bevölkerungsgruppen. Hier sind insbesondere die Schulkinder und Jugendlichen zu nennen. Viele Jugendliche waren direkt in die Feier eingebunden. Zum einen wurden sie am Vorabend des 1. Mai bei den Feierlichkeiten um das Aufrichten des Maibaumes einbezogen. Hierbei nahmen sowohl die HJ, das Jungvolk als auch Mädchen des BDM teil.[50] Dieser Vorabend des 1. Mai galt als ‘Tag der Jugend’.[51] Zusätzlich kam der Jugend am Tag des 1. Mai eine besondere Bedeutung zu. Am 1. Mai 1936 und am 1. Mai 1938 gegen 6.00 Uhr zogen die HJ und der BDM mit dem Musikkorps des Detmolder Fliegerhorstes unter Musik- und Fanfarenklängen zum Wecken durch die Stadt, um von den Sammelplätzen aus zum Marktplatz zu marschieren.[52] Die allgemeine Feierstunde des 1. Mai begann 1936, 1937 und 1938 mit einer Jugendkundgebung. Zu diesem Anlaß richtete Studiendirektor Beetz eine kurze Ansprache an die Zuhörer, die zu Beginn der Übertragung aus dem Berliner Olympiastadion gegen 8.30 Uhr beendet sein mußte. Im Anschluß daran erfolgte die Ehrung der Sieger des Reichsberufswettkampfes, bei der laut Anordnung alle Jugendlichen Anwesenheitspflicht hatten.[53]

5. Die Ausgrenzung der Frauen

Nachdem die Frauen 1933 noch am Festzug teilgenommen hatten, wurden sie in den folgenden Jahren ausgegrenzt. Die Nationalsozialisten machten den 1. Mai zu einem Fest der Männer, bei dem Frauen nur als Zuschauer oder als Helferinnen auftreten durften. Die DAF-Kreisverwaltung Lippe wies die Be-

triebsobmänner der Ortsgruppen Detmolds an: „Frauen nehmen an diesem Aufmarsch nicht teil."[54] Auch in den Anordnungen für die Angestellten der Stadtverwaltung Detmolds findet man eine Verfügung: „Die weiblichen Teilnehmer nehmen an dem Aufmarsch nicht teil."[55]

Bis auf die Mädchen des BDM und die Maikönigin war somit keine Frau direkt in die Feier eingebunden; lediglich als Zuschauer sollten die Frauen das Bild der inszenierten 'Volksgemeinschaft' unterstreichen. In den Zeitungen erschienen zusätzlich Aufrufe bzw. Anordnungen, die sich an Frauen richteten. Unter dem Motto 'Achtung, Hausfrauen' wurden wohlhabende Frauen aufgefordert, ihren Hausangestellten die Teilnahme an den Feierlichkeiten zu ermöglichen.[56] Auch gab es genaue Anordnungen zur Gestaltung des 1. Mai in der Sphäre der Frau, dem Haushalt: „Wie Hausfrau und Gehilfin den 1.Mai begehen sollen.

Die Reichsfachgruppe 'Hausgehilfin' im Frauenamt DAF gibt gemeinsam mit der Abteilung Volksgemeinschaft-Hauswirtschaft im Deutschen Frauenwerk zum 1. Mai einen Aufruf heraus. Darin heißt es,

> 'Wenn der Mann als Betriebsführer oder Gefolgschaftsmitglied in gemeinsamem Marsch die große Stunde erlebt, feiern Hausfrau und Gehilfin durch Gemeinschaftsempfang in der häuslichen Umgebung. Am Nachmittag und Abend genießt die Hausgehilfin im Kreise ihrer Arbeitskameraden ein paar frohe Stunden. Er [sic!] sei dies der äußere Ausdruck einer gemeinsamen inneren Haltung : deutsche Hausgemeinschaft.'[57]

Die Frauen waren nicht in den gemeinsamkeitschaffenden Prozeß des 1. Mai eingebunden, sondern sollten nach dem Prinzip 'die Frau an den Herd und zu den Kindern' im Haushalt der 'Volksgemeinschaft' dienen.

6. Der Einsatz verschiedener Propagandamittel

Die Nationalsozialisten versuchten in immer höherem Maße, durch die Übertragung der Reden der 'großen' Politiker (wie Hitler, Goebbels, Ley usw.) ihre Ideologie auf die lokale Ebene zu übertragen. Damit sollte eine Verbindung zwischen lokaler und großer Politik ermöglicht werden.

Zur Verstärkung dieses Anspruchs bedienten sich die Nationalsozialisten neuester Technik. So wurden auf dem Detmolder Marktplatz große Lautsprecher aufgebaut. Auch das Radio und die Presse wurden gezielt von den Nationalsozialisten eingesetzt. Das Radioprogramm zum 1. Mai konnte die Detmolder Bevölkerung den Tageszeitungen entnehmen.[58] Bereits vor dem 1. Mai wurden Aufrufe und Berichte über das Radio verbreitet, und am 1. Mai umrahmte ein komplettes Programm, das sich von 5.00 Uhr am Morgen bis 3.00 Uhr in der Nacht hinzog, die Festlichkeiten.

Abseits des Zwangs gab es ein Moment, mit dem die Nationalsozialisten versuchten, die Bevölkerung Detmolds in ihre Propaganda um die Feiern des 1. Mai einzubinden. Waren es 1933 noch die lokalen Festtraditionen, die die Teilnahme attraktiv machte, so sollte nun die DAF den Menschen etwas bieten. Sie bemühte sich, den Veranstaltungen getreu dem Motto 'Freut Euch des Lebens' zu KDF- Veranstaltungen werden zu lassen. So sollte am 1. Mai ein Lied mit der Melodie des Liedes 'Freut Euch des Lebens' von der Bevölkerung angestimmt werden. Dieses bekannte Volkslied war von der DAF mit einem neuen Text versehen worden, der neben der alltäglichen schweren Arbeit auch den Ausgleich durch Tanz und Spiel thematisierte und anbot.

Die DAF versuchte auf diese Weise, die Freizeit der Bevölkerung zu beeinflussen und in dieser Veranstaltung für ihre Reisen und Ausflüge zu werben.

III. Die 'Deutsche Woche' vom 9.-17. September 1933 (von Werner Freitag)

1. Inszenierung

Die 'Deutsche Woche' war zunächst ein Ereignis, das von außen an Lippe herangetragen wurde. Ihr Ziel war es, die Inlandsproduktion durch eine verstärkte Nachfrage nach deutschen Produkten zu Lasten ausländischer Produkte zu beleben. Die Veranstaltung stand aber auch für das Ziel, unabhängig von der Abkehr vom Freihandel die Binnennachfrage anzuregen, um die Arbeitslosigkeit zu senken. Die Idee für die Deutsche Woche kam vom volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienst, der nach dem 30.1.1933 dem Propagandaministerium zugeordnet wurde, ohne formal eingegliedert zu werden. Der Aufklärungsdienst firmierte nun als Organisation der 'Arbeitsgemeinschaften der Deutschen Woche', die in sieben Gaue unterteilt war. Westfalen, Rheinland und Lippe waren zu einem dieser Gaue zusammengefaßt, in dem bereits im Sommer 1933 eine 'Deutsche Woche' in Köln organisiert worden war.[59]

Der Beauftragte für den Gau, Christian Peterson aus Essen, beabsichtigte, die nächste Veranstaltung für ein in „jeder Hinsicht einheitliches Gebiet zu organisieren" und entschied sich für Lippe.[60] Am 26.7.1933 lud der Landesbeauftragte für die 'Deutsche Woche' die Vertreter von NSDAP, Stadtverwaltung, Landesregierung, Handel, Handwerk und Industrie in den Detmolder Kaiserhof, um ihnen das Konzept der 'Arbeitsgemeinschaft' vorzustellen.[61] Es enthielt eine Gewerbeausstellung, einen Werbeumzug, eine staatliche Eröffnungsveranstaltung, die Bereitstellung von Logos, Filmen und Vorlagen für eine Anzeigenkampagane. Das Konzept mit Leben auszufüllen, war Aufgabe der Lipper und Detmolder, aber dies erforderte Arbeit, Organisationsaufwand, Ideen und Geld.[62] Peterson betonte in diesem Zusammenhang, die Veranstaltung

solle zeigen, daß man sich bei der Bekämpfung der Wirtschaftskrise nicht so sehr auf staatliche Maßnahmen verlassen sollte, sondern selbst seine Chancen nützen müsse. Unterstützung fand Peterson bei der lippischen NSDAP in Gestalt ihres Propagandaleiters Diehl. Als dieser die Anwesenden fragte, ob man in Detmold auch eine 'Deutsche Woche' wolle, wurde 'ein einhelliges Ja' ausgesprochen. Die daraufhin gegründete 'Landesarbeitsgemeinschaft' zur Organisation der 'Deutschen Woche' stand unter dem Protektorat der Lippischen Staatsregierung. Beteiligt waren Detmolder und lippische Behörden, Handel, Handwerk und Industrie; aus der Anregung Petersons erwuchs eine lippische Angelegenheit. Als Geschäftsführer und Vorsitzender des Ausschusses fungierte NSDAP-Propagandaleiter Diehl. Weitere Mitglieder waren für die Landwirtschaft der Vorsitzende der Landwirtschaftskammer Helms, für das Handwerk der Vorsitzende der Handwerkskammer Diekmann, für die Industrie der Unternehmer Schmidt, für den Einzelhandel der Detmolder Kaufmann Bauer und für das Verkehrsamt der Detmolder Bürgermeister Dr. Droegenkamp.[63] Man firmierte unter folgendem Briefkopf: „Landesarbeitsgemeinschaft Deutsche Woche des Lipperlandes. Untergruppe der Landesarbeitsgemeinschaft Deutsche Woche für Westfalen und Lippe, Münster im Volkswirtschaftlichen Aufklärungsdienst e.V. Berlin."[64] Das neue Kommitee traf sich mehrmals, um weitere Einzelheiten der 'Deutschen Woche' zu besprechen. Um Handwerk, Industrie und Landwirtschaft zur Teilnahme zu motivieren, besuchten Mitglieder des Kommitees die entsprechenden Gremien. So trug Peterson am 8. August 1933 in der Handwerkskammer vor. „Mit Einmütigkeit stellte sich der gesamte Vorstand der Handwerkskammer, in der Erkenntnis, daß die Werbung für das deutsche Handwerk von ungeheurem Vorteil ist, hinter die Ausstellungsleitung."[65] Dieser Beschluß führte am 16. August 1933 in Detmold zu einer Versammlung aller lippischen Innungen. Im Beisein des Geschäftsführers der Detmolder 'Landesarbeitsgemeinschaft' Diehl beschlossen die Innungsvertreter eine Handwerkerausstellung im Neuen Krug. Diese „Ausstellung soll zeigen, was das Handwerk noch leisten kann."[66] Den Besprechungen auf der höheren Ebene folgten die Präzisierungen in den Innungen, bei Industrie und Handel. Hier überlegte man sich, in welcher Form die Teilnahme an der Gewerbeausstellung möglich war und welche Formationen und Schmuckwagen am 'Werbeumzug' am Sonntag, dem 17. September, teilnehmen sollten. So trafen sich die Malerinnungen am 22.8.1933 in Lage, um zu überlegen, in welcher Form man am Werbeumzug mitwirken könnte. Die Detmolder Innung wurde beauftragt, den Wagen zu erstellen. Alle Meister, Gesellen und Lehrlinge sollten dem Detmolder Obermeister Markmann ihre Ideen mitteilen.[67] Die 'arischen'(!) Detmolder Einzelhändler besprachen den von der Berliner 'Arbeitsgemeinschaft' vorgeschlagenen Schaufensterwettbewerb. Als Jury dachten sie an das Detmolder Publikum; Preise sollten die Arbeit in der Jury versüßen.[68] Das Detmolder Verkehrsamt zielte auf zusätzliche Einnahmen

aus dem Fremdenverkehr. Am 10. August 1933 berichtete Bürgermeister Dr. Droegenkamp über die geplanten Maßnahmen der Abteilung Fremdenverkehr der 'Arbeitsgemeinschaft'. Das Lipperland 'als begehrtes Reiseziel müsse bei der Veranstaltung unbedingt wirkungsvoll in Erscheinung treten.' Für diesen Zweck sollten 200.000 Einladungen verschickt werden. In einem Umkreis von 150 Kilometern galten Sonntagsfahrkarten der Reichsbahn, um den Auswärtigen die Fahrt nach Detmold zur Gewerbeschau und zum Werbeumzug am 17. September zu ermöglichen.[69]

2. Eine Werbeveranstaltung – Umzug und Gewerbeausstellung

Wie Peterson bei der Vorstellung der 'Deutschen Woche' gegenüber der Presse betonte, sei es Ziel der Deutschen Woche, den entscheidenden Augenblick des Kaufes langfristig zu beeinflussen, denn hier habe der „Verbraucher keine Statistiken mehr im Kopf".[70] Diese Marketingstrategie durchzog auch tatsächlich die Gewerbeausstellung im Neuen Krug und den Werbeumzug am Sonntag, dem 17. September 1933. So waren alle Sparten des Handwerks und der Industrie mit Ständen und Wagen vertreten. Man präsentierte sich als moderner Betrieb, nicht als museale Werkstatt, zeigte sich konkurrenz- und anpassungsfähig. Der große Werbeumzug, organisiert vom Detmolder Verkehrsamt, zählte 120 Schmuckwagen und 12.000 Teilnehmer; der Umzug erstreckte sich über

Abb. 9: Die Uhrmacher

eine Länge von neun Kilometern.[71] 50.000 Zuschauer, so die amtliche Zahl, reisten aus Lippe und der Umgebung nach Detmold und besahen sich das Schauspiel. Die Sonderkarten der Reichsbahn wurden genutzt. Anderthalb Stunden bewegte sich der Zug durch die Stadt, unter anderem auch an der Ehrentribüne vor der Landesbrandversicherungsanstalt vorbei.[72]

Ich komme nun zu einigen der Schmuckwagen und Formationen des Werbeumzuges.[73] Die Uhrmacher fielen durch ihre guten Ideen auf. Vier übergroße Wecker sollten den Zuschauern zeigen, daß man sich auf die Detmolder Uhrmacher verlassen konnte. Pünktlichkeit wurde durch die Qualitätsprodukte des Uhrmachers gesichert, so die Botschaft (Abbildung 9). Auch die Maler waren einfallsreich, um Aufträge zu akquirieren: Sie griffen zum überdimensionalen Pinsel, und der Detmolder Innungswagen demonstrierte die Vorteile eines neuen Hausanstrichs. Die Zimmerleute fuhren mit einem Fachwerkgerüst durch die Stadt. Die Klempner stellten beim Werbeumzug Meisterwerke ihres Handwerks und insbesondere die Entwicklung der Toilette vom Plumpsklo zur Wasserspülung vor. Auch die gewerbliche Industrie hatte Ideen, wenn es um die Präsentation ihrer Produkte ging. Die Schötmarschen Pantoffelhersteller zeigten eine strickende Großmutter, deren Füße vor der Kälte geschützt waren. Die Hoffmannsche Stärkefabrik warb mit einer großen Katze, dem Markenzeichen der Firma (Abbildung 10).

Abb. 10: Der Wagen von Hoffmanns Stärkefabrik

Bei der Gewerbeausstellung vor dem Gebäude des Neuen Kruges führten die Zimmermeister eine Dachkonstruktion vor; die Maurer zeigten Verputz und Fußplatten aus Zement und all das „was zum Schmuck eines Hauses innen und außen gehört".

Das Selbstverständnis von Handwerk und Industrie wird anhand der Abbildungen deutlich: Ein hohes Arbeitsethos, der Stolz auf die Qualität der hergestellten Produkte, der Wunsch, die Konkurrenzfähigkeit unter Beweis zu stellen sowie die Flexibilität bei der Auftragsannahme bildeten die Grundmuster dieser Zurschaustellung in der Gewerbeausstellung und beim Werbeumzug.

Darüber hinaus herrschte im September 1933 eine ökonomische Aufbruchstimmung, da ein wachsender und innovativer Markt wahrgenommen wurde, der Chancen bot und den man zu beeinflussen vermeinte. Ansatzpunkte waren hier die Steigerung der Nachfrage im sich abzeichnenden Konsumparadies 'Drittes Reich' und das Erkennen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge.

Zunächst ging es darum, neue Produkte kenntlich zu machen: Die Detmolder Händler Hermann Heine sowie Landwehr und Schultz warben für ein Radio von Siemens mit beleuchteter Skala, Lautsprechern, Tonabnehmeranschluß, „kurz all die Annehmlichkeiten, die ein Gerät schätzenswert macht".[74] Zudem wurde auf den Schmuckwagen, den Ausstellungsständen und in den Inseraten die Fähigkeit, auf Modetrends einzugehen, herausgestellt. Die Friseure und Friseurinnen zogen für den Handwerkertag ihre weißen Kittel an; sie demonstrierten neue Errungenschaften der Technik und der Mode: die Dauerwelle mit der dazugehörigen Trockenhaube. Das Kaufhaus Wiese lud „zu einem Modespaziergang durch unser Haus ein. Wir zeigen die neuen Mäntel mit den breiten Schulterpartien, die ihre ganze Erscheinung größer und schlanker wirken lassen."[75] Die Autowerkstatt Hugo Schüren kündigte anläßlich der Werbewoche die Eröffnung einer Tankstelle an. Die Klempner, Gas- und Wasserinstallateure stellten auf der Gewerbeschau im Neuen Krug 'neuzeitliche Bade- und Sanitäranlagen, Gasherde und Öfen' aus. Die neuen Baumaterialien Asbest und Zement- (Eternit-)Platten fanden die Besucher im Außenteil der Gewerbeausstellung.[76] Die Stellmacher, Wagen- und Karosseriebauer hatten sich den geänderten Verhältnissen angepaßt und demonstrierten diesen Wandel bei der Gewerbeausstellung. Sie produzierten keine Kutschen mehr, sondern Gestelle für die neuen, motorisierten Milch- und Viehtransporter.[77] Zudem warben die Künstler beim Umzug für die generelle Nutzung von Reklame.

Neben dem Erkennen der individuellen Chancen am potentiell expandierenden und sich ändernden Marktgeschehen wurde auf der Gewerbeausstellung und beim 'Generalappell' des lippischen Handwerks auch die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Handwerks herausgearbeitet. Bei diesem Appell am 15. September im Landestheater verkündete der Vorsitzende der Handwerkskammer Diekmann, die Zeit des 'Dornröschenschlafes' des lippischen Handwerks sei zu Ende, denn man wolle am „Aufbau des Vaterlandes mitwirken".

Als Vertreter des Staatsministers Riecke formulierte Kreisleiter Wedderwille, daß im 'Dritten Reich' gerade die Privatinitiative gefordert sei. Der Vizepräsident des Reichsstandes des Deutschen Handwerks, Dr. Zelany, betonte, die Zeit der Zünfte kehre nie wieder, dies würde den Neubau der deutschen Wirtschaft nur stören. Die Handwerker sollten nicht nach staatlichen Gesetzen rufen, denn es sei nicht die Aufgabe des Staates, das „Füllhorn seines Segens über das Handwerk zu ergießen." Stattdessen sei das Handwerk selbst gefordert.[78] Diese Gedanken waren nicht nur Appell, sondern ebenso Überzeugung der Handwerker wie der Unternehmer. Auf der Gewerbeschau und beim Umzug ging es deshalb darum, neben der persönlichen Werbung auch die Einbindung als Teil des Dienstleistungs- und Produktionssektors in einer wachsenden Marktwirtschaft zu präsentieren. Im Neuen Krug wurde zunächst in einer gemeinsamen Sonderschau aller Innungen die „volkswirtschaftliche Bedeutung in Statistiken und Erläuterungen herausgestellt." Das Deutsche Handwerksinstitut zeigte die Wichtigkeit des kaufmännischen Rechnungswesens, der Erfolgskontrolle, des rationellen Material- und Maschineneinsatzes im Handwerk. Ein Ingenieur des Instituts stand für die Rückfragen der Handwerker bereit.[79]

Im ehemaligen Volkshaus, das nun Horst-Wessel-Haus hieß, stellte sich unter Federführung des Detmolder Verkehrsamtes das Land Lippe als Wirtschaftsstandort und als Ziel des Fremdenverkehrs vor.[80] Das Arbeitsamt zählte die Vorteile des Wirtschaftsstandortes Lippe auf, neue Gewerbebetriebe sollten ins Land gelockt werden. Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs wurde den Betrachtern mittels einer vom Verkehrsamt erstellten Grafik vor Augen geführt. Der Besuch des Lipperlandes zeitigte nicht nur Einnahmen für Beherbung und Bewirtung. Vielmehr nahmen alle Wirtschaftsbe reiche über Multiplikatoreffekte daran teil. Die Grafik suggerierte diese Macht der Nachfrage nachdrücklich (Abbildung 11).

Abb. 11: 'Die wirtschaftliche Bedeutung des Fremdenverkehrs in Lippe'

Die einzelnen Städte des Lipperlandes wurden vor diesem Hintergrund nicht müde, ihr Wirtschaftspotential und ihre Fremdeverkehrstauglichkeit zu rühmen; zu sehen ist in Abbildung 12 der Stand von Bad Salzuflen. Zudem präsentierten sich die Städte beim Werbeumzug. Die Oerlinghausener 'Steinzeit-

Abb. 12: Der Werbestand Bad Salzuflen

Abb. 13: Der Wagen aus Oerlinghausen

Schönen' geizten nicht mit ihren Reizen, wenn es hieß: „Besucht das vorgeschichtliche Oerlinghausen" (Abbildung 13).

3. Lokale Traditionen

Daß sich Handwerker, Unternehmer und Fremdenverkehrsämter als Marktsubjekte definierten und die Einbindung in die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge betonten, war nur die eine Seite der Selbstdarstellung. Auf der anderen Seite trachteten die Akteure der 'Deutschen Woche' danach, sich als Glied der Stadt und des Landes und seiner Geschichte zu definieren. Die Deutsche

Woche funktionierte nur, weil Handwerker, Unternehmer und Beamte bei der Ausstellung und beim Umzug durch die Stadt nach sozialer Anerkennung Ausschau hielten. Man war auf originelle Ideen aus, wollte Beifall einheimsen, auch die Lacher auf seine Seite ziehen, alles um seine Ehre, seine Integration in dem Ort rituell zu erneuern und zu stärken.[81] Deshalb rekurrierten die Handwerker auf ihre zünftischen Traditionen, was zudem ihrem Geschichtsbild entsprach. Man zog sich Berufskleidung an und gestaltete sie besonders, denken wir etwa an die kleinen Schornsteinfeger; man führte vergangene Techniken vor, etwa die Müller mit einer Mühle, die im Zeitalter der Elektrifizierung bereits keine Bedeutung mehr besaßen. Gerade deshalb betonte man auch das vergangene Brauchtum, etwa wenn ein Aussteuerwagen durch Detmold fuhr oder wenn als einer der bejubelten Höhepunkte des Werbeumzuges die Schwalenberger Trachtengruppe eine Hochzeit nachstellte und Volkstänze aufführte (Abbildung 14)

Abb. 14: Der Hochzeitszug der Schwalenberger Trachtengruppe

Auch auf andere Weise zog man Kraft aus der Geschichte: Das Wahrzeichen der Stadt Detmold, der Lippische Schütze, der vor dem Schilderhaus Posten steht, wurde beim Umzug mitgeführt, wie es auch schon 1927 geschehen war.[82] Am Detmolder Bahnhof sahen die auswärtigen Besucher den Lippischen Schützen versehen mit dem Slogan: 'Lippe-Detmold eine wunderschöne Stadt' als Willkommensgruß des städtischen Verkehrsamtes.[83]

Ein weitere Anbindung an die Festkultur war ganz profaner Art. Mann und Frau wollten Spaß und Freude. Das Ende der Feierlichkeiten unterschied sich in nichts von den bürgerlichen Schützen- und Kriegerfesten: „Zur deutschen Woche echt deutsches Bier vom Falkenkrug. Deutscher trinke deutsches Bier aus deutschem Malz, aus deutschen Hopfen, das gute Strate Bier."[84] Da paßte denn auch der Schmuckwagen der Detmolder Brauerei gut hinzu: 'Trinkt Deutsches Bier!' So kam es nach der Schlußveranstaltung des Werbeumzugs zum gemütlichen Beisammensein in den Detmolder Gaststätten.

Dadurch, daß die Deutsche Woche auch zum geselligen Ereignis geriet, verstärkte sich der positive Eindruck bei den Ausstellern und den potentiellen Kunden nachhaltig.

4. Die pseudomoderne Politisierung[85]

Im Gegensatz zu den überkommenen Festen ging es darum, die Zustimmung zum Staatswesen und seinen Maßnahmen zu demonstrieren. Politik, und nicht nur die Wirtschaftspolitik, gelangte massiv und aktiv in die Stadt. Die Handwerker und Gewerbetreibenden waren Teil einer extrem politisierten Stadtöffentlichkeit, zu der sie selbst und nicht nur die Partei beitrugen. Dies ist etwas Neues im Vergleich zum Ritual der Kaisergeburtstagsfeiern, dem Kriegerfest oder zu vorherigen stereotypen Präsentationen von Handwerkerforderungen.[86]

Abb. 15: Die Detmolder Schornsteinfeger mit dem Hakenkreuz

Der Umzug bot die Gelegenheit, Mitgliedschaft in der NSDAP zur Schau und mit vielen Fähnchen und Wimpeln Zustimmung und Begeisterung unter Beweis zu stellen. In Abbildung 15 sind die Schornsteinfeger zu sehen.

Das Hakenkreuz erwuchs zum Signum handwerklicher Identität. Ähnliches galt für die Stadtverwaltung, denn den Lippischen Schützen am Bahnhof flankierte ebenfalls das Hakenkreuz. Genau hier, am Schnittpunkt von modifizierter Selbstwahrnehmung und NS-Ideologie befand sich das Einfallstor der NSDAP und ihres Führers. In den Redebeiträgen und auf den Wagen wurde das 'Dritte Reich' überschwenglich gefeiert, und zwar nicht nur durch die Übernahme der vorgegebenen Parolen, sondern durch lokalen Ideenreichtum. So hieß beim Generalappell des deutschen Handwerks im Landestheater Malermeister Müller, der Vorsitzende des Plattdeutschen Vereins, die Besucher mit einem Plattdeutschen Gruß willkommen:

> Niu waaget jau en annern Wind,
> de waaget dür un dür
> [...]
> Un niu willkummen, hauge Herren
> un leuwe Handwerker-Collegen....
> In'n drüiten Rüik, da läuw' wüi gern
> dor kümmt das Handwerk wir teo Ehrn
> Un denn motet ja w'all better wern.[87]

Die Schlosser feierten auf ihrem Schmuckwagen den Dreiklang des 'Dritten Reiches' durch ihre Arbeit. Die Stadt Barntrup warb für ihre Stadt mit dem Slogan: 'Von allen Städten in der Rund, war Barntrup die erste mit Hitler im Bund.'

Schlußbetrachtung:

Anhand der Feste sollten die Etablierung und das Funktionieren der NS-Herrschaft untersucht werden. Zum einen ist das wirtschaftliche Selbstverständnis der Handwerker, Händler, Unternehmer sowie der Verwaltungen gezeigt worden, wobei sich der 1. Mai und die Deutsche Woche als Werbeveranstaltung zur Imageaufbesserung erwiesen. Die Gesetze des Gütermarktes und die Faktoren, die ihn beeinflußbar machten, waren bekannt. Diese ökonomische Modernisierung war in der Weimarer Republik angelegt und fand in den Feiern, die die nazifizierte Industrie-und Handwerksführung, die Partei und das Verkehrsamt inszenierten, ihre Verstärkung. Darüber hinaus wurde der 1. Mai für bürgerliche Gruppen geöffnet; für die Arbeiter wurden betriebliche Solidaritäten statt Arbeitersolidaritäten erzwungen.

Diese sozialökonomisch-technologische Modernisierung war aber mit politischer Gewalt verbunden, denn während die bürgerlichen Gruppen von sich aus

aktiv wurden, unterlagen die Arbeiter dem Terror, aber auch dem sozialen Zwang, den 1. Mai in der nazifizierten Form zu feiern. Später erlebten Frauen den Ausschluß vom Fest des 1. Mai – der Zwangscharakter wurde immer stärker.

Ein modern anmutender Faktor ist von uns herausgestellt worden, der aber fatale Konsequenzen zeigte: Es entstand eine nazifizierte Öffentlichkeit, unkritisch-bejahend, aber extrem politisiert. Zumindest das Bürgertum hatte das Gefühl, ganz nahe am Pulsschlag der Zeit zu sein. Zu erinnern ist hier an politische Parolen, an die euphorische Hinwendung zum 'Volkskanzler' Hitler 1933 und an die Wahrnehmung aktueller Wirtschaftspolitik.

Als traditionelle Elemente, die notwendige Bedingung für den Erfolg der Feste, lassen sich die gestillte Gier nach Ehre, der damit verbundene Rückgriff in die Geschichte und die Festkultur bis hin zu ihrem profanen Abschluß nennen. Dieser Komplex von Tradition und Modernität ist eine entscheidende Ursache für eine über das aktuelle Tagesgeschehen hinausgehende und somit längerfristige Zustimmung und Bejahung bürgerlicher Kreise des NS-Herrschaftssystems.

Wenn wir bilanzieren und unter Moderne den westlichen Weg parlamentarischer Demokratie einschließen – alles andere wäre schlichtweg skandalös und wissenschaftlich unredlich –, so sehen wir im Denken des Detmolder Bürgertums ein hohes Ausmaß an ökonomischer Rationalität und einen hohen Politisierungsgrad, doch fehlte ein demokratischer und emanzipatorischer Bürgergeist. Hier verweisen wir nochmals auf die Zerschlagung der Gewerkschaften am 2. Mai 1933, die Ausgrenzung der Juden aus dem Fest, die Benachteiligung der Frauen und auf die Zwangsvergemeinschaftung 1934 ff. Der Weg der Schmuckwagen durch die Stadt war vor diesem Hintergrund ein Kreuzweg in die Zeit nach 1949.

Anmerkungen

1. Ergänzte Fassung des Vortrages vom 31. Mai 1995. Der Duktus der wörtlichen Rede wurde beibehalten, die Anmerkungen auf die zentralen Nachweise beschränkt.
2. Vgl. Michael Maurer, Feste und Feiern als historischer Forschungsgegenstand. In: HZ 253 (1991), S. 101-130.
3. David Schoenbaum, Die braune Revolution. Eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches. Köln ^{2}1980, S. 289-335; Günter Könke, 'Modernisierungsschub' oder relative Stagnation? Einige Anmerkungen zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Moderne. In: Geschichte und Gesellschaft 20 (1994), S. 584-608.
4. „Lippische Landeszeitung" (künftig: LLZ) vom 25. April 1933.
5. „Lippische Tageszeitung" (künftig: LTZ) vom 3. Mai 1933.
6. .Staatsarchiv Detmold, L 80 Ia Gr.XVI Tit.6 Nr.8.
7. StA DT, L 113 Nr.19.
8. LTZ vom 24. April 1933.

9. StA DT, L 113 Nr.437, S.47.
10. LLZ vom 29. April 1933.
11. LLZ vom 2. Mai 1933.
12. Institut für Lippische Landeskunde (künftig: IfLL), III/16 u. LLZ vom 2.5.1933.
13. StA DT, L 113 Nr.19.
14. LTZ vom 2. Mai 1933.
15. Neben den erwähnten Gruppen gehörten außerdem dazu: Maurer, Zimmerleute, Tischler, Dachdecker, Klempner, Kupferschmiede, Glaser, Maler, Anstreicher, Polsterer, Dekorateure, Bierbrauer, Elektrotechniker, Friseure, Gärtner, Buchdrucker- und Zeitungsgewerbe, Gas- und Wasserwerke, Straßenbahner, Reichspost, Spediteure, Photographen, Bildhauer, Gasthausangestellte, Schornsteinfeger, Personal des staatlichen Bad Meinberg, Tischlerfachschule Detmold und die Kaufmännische Handwerkerschule, LLZ vom 22. April 1933.
16. IfLL, DT- 33/15.
17. IfLL, DT- 33/16.
18. IfLL, DT- 33/11.
19. LLZ vom 22. April 1933.
20. IfLL, DT-33/17 u. DT-33/24.
21. StA DT, L 113 Nr.340.
22. LTZ vom 3. Mai 1933.
23. LLZ vom 2. Mai 1933.
24. LLZ vom 29. April 1934.
25. „Lippische Post", 27. April 1934.
26. „Lippische Post", 27. April 1933.
27. IfLL, DT-33/26.
28. LLZ vom 2. Mai 1933.
29. LLZ vom 29. April 1934.
30. IfLL, DT-31/21.
31. StA DT, L 113 Nr.19, S. 3a.
32. LLZ vom 22. April 1933.
33. IfLL, DT-32/68.
34. LLZ vom 2. Mai 1933.
35. Daß 1933 nicht die gesamte Arbeiterschaft freiwillig mitmarschierte, ist oben bereits ausgeführt worden.
36. StA DT, L 113 Nr.62, Band 1, Bl.12-16 und LTZ vom 30. April 1937.
37. LTZ vom 29. April 1938.
38. „Lippische Staatszeitung" vom 30. April 1937.
39. LTZ vom 30. April 1937.
40. LTZ vom 30. April 1937.
41. STA DT, L 113 Nr. 62, Band 1, Bl. 12-15.
42. StA DT, L 113 Nr. 52, Band 1, Bl. 15.
43. „Lippische Post" vom 25. April 1936.
44. „Lippische Post" vom 25. April 1936.
45. Fritz Schellack, Nationalfeiertage in Deutschland 1871–1945. Frankfurt 1990, S. 287.
46. StA DT, L 113 Nr. 264, Bl. 58.
47. StA Dt, D 106 Dt/A Nr. 2795.
48. StA Dt, D 106 Dt/A Nr. 2795.
49. „Lippische Staatszeitung" vom 28. April 1938.

50. StA Dt, L 113 Nr. 62, Band 1.
51. LTZ vom 2. Mai 1938.
52. LTZ vom 3. Mai 1936 und LTZ vom 3. Mai 1938.
53. StA DT, L 113 Nr. 62, Band 1, Bl. 13: „Beteiligung aller Jugendlichen ist Pflicht."
54. StA DT, D 106 Dt/A Nr. 2795.
55. StA DT, D 106 Dt/A Nr. 2795.
56. „Lippische Staatszeitung" vom 28. April 1936.
57. „Lippische Post" vom 29. April 1936.
58. „Lippische Post" vom 30. April 1938.
59. Vgl. die Hinweise in SADt, L 113 Nr. 1227 und LLZ vom 28.7.1933.
60. LLZ vom 9.9.1933.
61. Alle Informationen nach: LLZ vom 27., 28. und 30. Juli 1933.
62. Peterson formulierte: „Kurz, es würde eine ganz umfangreiche und großzügige Werbewoche werden, zu der keinerlei staatliche Mittel zu beanspruchen sind oder zur Verfügung stehen. Die ganze Sache muß sich selbst tragen". LLZ vom 27. Juli 1933.
63. LLZ vom 10. August 1933; SADt, L 113 Nr. 1227, Bl. 7, Anlage.
64. SAD, L 113 Nr. 1227, Bl. 6, Brief der Landesarbeitsgemeinschaft Deutsche Woche an den Kreisleiter der NSBO Diehl.
65. LLZ vom 13. August 1933.
66. LLZ vom 17. August 1933.
67. LLZ vom 23. August 1933. Vgl. auch ebd. vom 27. August 1933, Besprechung der Tischlerinnungen.
68. LLZ vom 3. und 11. September 1933. Immerhin 200 Einsender nahmen an diesem Wettberwerb teil, vgl. LLZ vom 19. September 1933.
69. LLZ vom 11. August 1933. Vgl. auch ebd. vom 10. September 1933 über die Zusammenkunft der lippischen Städte wegen der 'Deutschen Woche'.
70. LLZ vom 9. September 1933.
71. LLZ vom 18. September 1933. Vgl. auch die Anmeldungen für den Festzug in SADt, L 113 Nr. 340, Bl. 3f. und die Einteilung in LLZ vom 16. September 1933.
72. Alle Angaben nach LLZ vom 18. September 1933.
73. Im Rahmen der Veröffentlichung können nicht alle Schmuckwagen im Bild vorgestellt werden. Im Bildarchiv des IfLL befindet sich eine Sammlung zur 'Deutschen Woche'.
74. Anzeigen in der LLZ vom 10. September 1933.
75. LLZ vom 10. September 1933.
76. LLZ vom 13. September 1933.
77. LLZ vom 13. September 1933.
78. LLZ vom 15. September 1933.
79. LLZ vom 13. September 1933.
80. LLZ vom 24. August 1933.
81. Vgl. zur Analyse von Durchzügen Werner Freitag: Volks- und Elitenfrömmigkeit in der Frühen Neuzeit. Marienwallfahrten im Fürstbistum Münster. Paderborn 1991, S. 258-272.
82. LLZ vom 18. September 1933. Die Abbildung des Schmuckwagens anläßlich des Kriegerfestes von 1927 befindet sich im Bildarchiv des IfLL, DT – 38/8.
83. LLZ vom 16. September 1933. Der Slogan lautete: 'Besucht die Deutsche Woche des Lipperlandes, Detmold 9.-17.9.1933.'
84. LLZ vom 17. September 1933.

85. Die inszenierten Feste des Nationalsozialismus brachten Veränderungen der Festkultur mit sich, da die neuen Elemente vor Ort akzeptiert und in die Festkultur integriert wurden. Insofern durchsetzte der Nationalsozialismus die lokalen Milieus. Diese Phänomene können jedoch nicht mit einer politischen Modernisierung gleichgesetzt werden, da diese immer mit einem Wachstum an Partizipation und kritischer Öffentlichkeit einhergehen muß. Um vor diesem theoretischen und normativen Hintergrund nicht den Eindruck zu erwecken, hier werde dem Nationalsozialismus eine modernisierende Funktion unterstellt, spielt die Überschrift auf Herfs 'Reactionary Modernism' an.
86. Aufschlußreich der Vergleich mit der Bundestagung des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes vom 9. und 10. Juli 1927. Vgl. die Berichte in „Lippische Post" vom 9. und 11. Juli 1927.
87. LLZ vom 15. September 1933.

Abbildungsverzeichnis :

Die verwendeten Abbildungen stammen, wenn nicht anders vermerkt, aus dem Fotoarchiv des Instituts für Lippische Landeskunde. Wir danken für die vielen Hilfestellungen des Instituts.

Abbildung 1: DT – 33/19
Abbildung 2: DT – I/17
Abbildung 3: DT – 33/15
Abbildung 4: DT – 33/23
Abbildung 5: DT – 31/30
Abbildung 6: DT – II/18
Abbildung 7: DT – 33/21
Abbildung 8: StA DT, L 113 Nr. 62, Band 1, Bl. 15.
Abbildung 9: Li/Zg -3/21
Abbildung 10: Li/Zg – 3/18
Abbildung 11: Li/Zg – 2/26
Abbildung 12: Li/Zg – 2/20
Abbildung 13: Li/Zg – 3/13
Abbildung 14: Li Zg – 3/19
Abbildung 15: Li/Zg – 3/21

Gunda Gaus / Maik Hattenhorst / Marcel Plöger

'Heldengedenktage' in Detmold.

Politisches Gefallenengedenken zwischen 1933–1945

Alljährlich gedachte man im Nationalsozialismus der im Ersten Weltkrieg gefallenen Soldaten, nach Kriegsbeginn 1939 auch der auf deutscher Seite getöteten Soldaten des neuen Krieges, mit öffentlichen militärischem Zeremoniell. Solche Gedenkfeiern und Feste sind ein Teil der öffentlichen Kommunikation, in ihnen manifestiert sich das politische Selbstverständnis der Veranstalter und offiziellen Teilnehmer in ihrer Zeit.[1] Daher wird im folgenden die feierliche Inszenierung des politischen Totenkults am sogenannten Heldengedenktag zwischen 1933 und 1945 für Detmold, der Hauptstadt des ehemaligen Landes Lippe, untersucht.

Die Forschung geht von der Instrumentalisierung des Heldengedenktages durch die NS-Propaganda aus.[2] Diese Untersuchung wird daher von der zentralen Frage geleitet: Auf welche Weise gelang es den Nationalsozialisten die Zustimmung weiter Kreise der Bevölkerung zur NS-Herrschaft zu gewinnen und zu erhalten? Öffentliche Feiertage besitzen insbesondere die Funktion, den Menschen ein Angebot zur Integration unter eine zentrale Aussage zu bieten oder sie auf diese einzustimmen. Die Gefallenengedenktage wurden als Untersuchungsgegenstand gewählt, da sich an diesen Feiern der Umgang einer Gesellschaft mit dem Tod offenbart, in diesem Fall mit dem Kriegstod. In den Gedenktagen wurde auf Bedürfnisse der Menschen nach Sinngebung reagiert, daher rücken Inhalt und Funktion der politischen und religiösen Sinnangebote in den Blick. Welche vorhandenen Wertvorstellungen nutzten die Machthaber, und wie konnten sie während der Feiern originär nationalsozialistische Ideologie durchsetzen?

Um der Wirkung der Detmolder Feierlichkeiten näherzukommen, unterschieden wir zwischen den Redebeiträgen und der Inszenierung des öffentlichen Raumes. Die Analyse des politischen Rituals erfaßt somit zwei Aspekte von Kommunikation: die verbale Ebene der Reden, die auf aktuelle Ereignisse reagiert, und eine non-verbale, symbolische Ebene, die an Traditionen anknüpfte. Es wird versucht, die rituellen Elemente der Gedenkfeiern zu typisieren und sie zu deuten. Die Interpretation codierter Zeichen kann einen Zugang zum Verständnis der Funktion dieser Feierlichkeiten ebnen. Gleichzeitig werden die Ansprachen und Predigten betrachtet, für die das Ritual den Aufnahmerahmen schuf. Bei der Interpretation wird auf die Ergebnisse einer Studie An Kershaws zum 'Hitler-Mythos'[3] zurückgegriffen.

Nach Kershaw kam Hitler als politischem Führer grundsätzliche Zustimmung und Unterstützung durch die Mehrheit der deutschen Bevölkerung bis in den Krieg hinein zu. Sie war von entscheidender Bedeutung für den Fortbestand der nationalsozialistischen Herrschaft. Eine Rolle von vergleichbarer Bedeutung habe allein noch die gewaltsame Zerschlagung und Repression der politischen Gegnerschaft und anderer oppositioneller Gruppen gespielt. Die Wirkungsweise des Führer-Mythos und die Erwartungen, die an die Herrschaft Hitlers gerichtet wurden, beschreibt Kershaw mit dem Weberschen Modell 'Charismatischer Herrschaft'.[4] Mit Charisma meint Weber die Eigenschaften einer Person, die als absolut außergewöhnliche, außeralltägliche Begabung wahrgenommen werden (zum Beispiel „magische Fähigkeiten" oder die „Macht der Rede"[5]). Eine solche Person wird als quasi gottgesandte Führerautorität anerkannt, der eine vertrauensvolle, gläubige Hingabe entgegengebracht wird. Dieser Legitimitätsglaube ist entscheidend für den Grad der Unterordnung unter die Führung. Gegenüber einer solchen Gefolgschaft muß sich der Führer durch fortwährenden Erfolg beweisen.

Kershaw unterscheidet sieben Themenkreise, anhand derer Hitler charismatische Führereigenschaften zugeschrieben wurden. Demzufolge erschien Hitler im Mythos erstens als Verkörperung einer wiedergeschaffenen nationalen Einheit und Gemeinschaft und in der Mitte der dreißiger Jahre als Schöpfer eines deutschen Wirtschaftswunders. Darüber hinaus habe er drittens den sogenannten 'gesunden Volkswillen' repräsentiert und damit als Garant für die energische Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung gegolten. Viertens sei Hitler seinen Landsleuten als persönlich frommer Führer erschienen. Besonders in den Jahren zwischen der Besetzung des Rheinlandes und dem Beginn des Krieges, habe sich Hitler sein Image als außenpolitisch genialer und nahezu grenzenlos erfolgreicher Staatsmann gefestigt. In den ersten Kriegsjahren seien Hitler, sechstens, anschließend die Qualitäten eines geradezu unbesiegbaren Kriegsführers zugeschrieben worden, der bei all seinen vermeintlichen Erfolgen die Tugenden eines einfachen Frontkämpfers habe bewahren können. Als siebten Themenkreis verortet Kershaw die Beobachtung, daß die Bevölkerung über den gesamten Zeitraum sicher sein konnte, es bei Hitler mit einem konsequenten Antimarxisten und radikalen Antisemiten zu tun zu haben.

Das politische Gefallenengedenken, das schließlich im Heldengedenktag institutionalisiert wurde, entstand während der Weimarer Republik. Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. hatte die Rolle als Träger und Initiator inne. In Verbindung mit einer theologischen Strömung in Teilen der protestantischen Kirche entstand ein Gefallenenkult, in dem sich religiöse, nationale, mythische und politische Elemente bündelten. Im Anschluß an eine kurze Beschreibung dieser Erscheinungen wird die Analyse des Heldengedentages im nationalsozialistischen Detmold im folgenden in drei Phasen unterteilt, in der eine je eigene Formung des Zeremoniells wie auch Ausprägung des

Mythos aufgezeigt werden soll. Der Zeitabschnitt von der Machtübernahme bis 1935 kann als eine Konsolidierungsphase beschrieben werden. Darauf folgt in unserer Darstellung die 'Erfolgsphase' des Regimes bis 1939, die mit einer Standardisierung der Gedenkfeierlichkeiten einhergingen. Mit Kriegsbeginn wurde das offizielle Totengedächtnis dann nahezu gänzlich durch den neuen Krieg bestimmt. Der Charakter des Tages änderte sich vollständig, schließlich büßte auch der in ihm zuvor zum Ausdruck gekommene 'Führerglaube' unter dem Eindruck der Kriegsgeschehnisse mehr und mehr seine legitimierende Kraft ein.

Für diese lokalgeschchtliche Studie werden drei Quellentypen berücksichtigt: Zum einen Berichte und Kommentare der lokalen Tagespresse zu den Heldengedenktagen. Sie dienten der Vorbereitung und der propagandistischen Rückschau. Ab 1934 ist die zuvor breit gefächerte Lipper Presse gleichgeschaltet[6] und ab Frühjahr 1936 war die parteieigene „Lippische Staatszeitung" für die Region um das 17.000 Einwohner zählende Detmold das einzige Presseorgan. Darüber hinaus bildete der im Staatsarchiv Detmold umfangreich überlieferte Schriftverkehr der NSDAP-Kreisleitung Detmold beziehungsweise Lippe eine weitere Basis. Die Kreisleitung stand in Kontakt mit Gau- und Ortsgruppenleitungen, sie erhielt ferner Richtlinien und Anweisungen aus dem Reichspropagandaministerium und stimmte sich mit den örtlichen Wehrmachtsstellen schriftlich ab. Drittens wurden Aufnahmen der Feierlichkeiten herangezogen, die Aufschluß über den Umfang der Teilnehmerschaft und deren Reaktion geben konnten.

Vom Volkstrauertag zum Heldengedenktag, 1933–1935

Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gab es angesichts der allein auf deutscher Seite über zwei Millionen getöteten Soldaten das Bedürfnis nach Rechtfertigung und Gedenken. Seit 1921 propagierte der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V. (VDK) für die Einführung eines auf nationaler Ebene begangenen Trauertages.[7] Diese Organisation übernahm in der Zeit der Weimarer Republik die Rolle einer quasi-amtlichen Institution ein, denn das Reichsinnenministerium war nicht in der Lage, einen alle Länder zufriedenstellenden Termin durchzusetzen.[8]

Das Gedenken in relativ privatem christlichen Rahmen am Totensonntag, wie es bis 1914 üblich war, genügte den Anwälten des Gefallenenkults auch in Detmold nicht mehr.[9] In jedem Jahr hielt der Volksbund im Evangelischen Vereinshaus Detmold am Vorabend des Volkstrauertags eine Gedenkfeier ab.[10] 1929 ermahnte der VDK die Bevölkerung Lippes durch Pressemitteilungen, die Feier „geschlossen und würdig" zu begehen, alle Reichs-, Staats- und Kirchenbehörden hätten ihre Unterstützung zugesichert.[11] Nicht der Ausdruck von

Trauer stand im Vordergrund, sondern die Transformation der Trauer in Ehrgefühl und Stolz. Exemplarisch für diese Form der Erinnerung sei hier ein Kommentar aus der Lippischen Landeszeitung zum Volkstrauertag 1926 genannt:

> Die Stimme [der Toten] mahnt uns aber auch bei der Gestaltung des deutschen Schicksals immer zuerst das Wesentliche und das Notwendige zu tun, damit wir der Männer nicht unwert sind, die für Deutschland und die höhere Einheit der Nation ihre persönlichen Ziele und Gefühle opfern mußten. Wenn wir [...] der Toten gedenken, die als Soldaten für Deutschland eingestanden sind, dann werden wir uns besinnen müssen auf die auch im bürgerlichen Leben notwendige Soldatenmoral.[12]

Im Gefallenenkult und der Mythenbildung des VDK, der Heroisierung von Krieg und Volk bündelten sich vor 1933 Elemente, auf deren Basis sich ohne weiteres eine antidemokratisch-völkische und revanchistische Botschaft formulieren ließ, diese Elemente waren wegbereitend für den Führer-Mythos.

Der Volkstrauertag fiel 1933 auf den 12 März und fand somit eine Woche nach der Reichstagswahl (die NSDAP erhielt mit 43,9% breite Zustimmung, aber trotz starker Repression gegen politische Gegner keine absolute Mehrheit) und neun Tage vor dem 'Tag von Potsdam' statt. Der Gestaltung des Volkstrauertages wurde von seiten der Reichsregierung keine größere Aufmerksamkeit geschenkt, es waren von der NSDAP keine Bestimmungen herausgegeben worden. Am Vortag des Totengedenkens veröffentlichte die nationalsozialistische Lippische Landesregierung eine Bestimmung, mit der das bestehende Versammlungsverbot für den Tag des Gefallenengedenkens aufgehoben wurde, da die teilnehmenden Gruppen – ausnahmslos militärische Verbände oder Veteranenvereinigungen – keinen politischen Charakter hätten.[13] Demnach waren allein linke und demokratische Parteien politisch, sie galten als Unterwanderer des nicht zu kritisierenden Selbstverständnisses völkisch-nationalen Denkens.

1933 blieb der VDK Träger der Gedenkfeiern, und obwohl zu diesem Zeitpunkt noch keine Richtlinien der Feiergestaltung existierten, waren wesentliche Elemente der Detmolder Gedenkveranstaltungen schon in diesem Jahr vorhanden. In den darauffolgenden Jahren wurde diese Zeremonie lediglich erweitert: Jedes Jahr trafen sich unter freiem Himmel Verbände, die mit dem Weltkrieg oder mit Kampf an sich in Verbindung gebracht wurden, und die Bevölkerung zusammen. Dabei übernahmen die Verbände den aktiven Teil durch militärische Symbolik (Anmarsch der Verbände durch die Stadt, Formierung zu einem klar umgrenzten Raum, hervorgehobene Präsentation von Fahnen etc.), während die Zivilisten das Ritual der Feier passiv, ähnlich einem Gottesdienst, verfolgten. Zu Beginn erklang Musik, dann folgte ein Wortbeitrag zum Gefallenengedenken, anschließend die symbolische Ehrung der Kriegstoten und das „Lied vom guten Kameraden".

Der Ort der Gedenkveranstaltung war 1933 der Heldenfriedhof. Die Teilnehmenden waren Vertreter der Stadt Detmold, der Verband der Kriegsbeschädigten, die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener, Detmolder Ortsgruppen von Offiziersvereinigungen und der Lippische Kriegerbund. In diesem ersten Jahr der nationalsozialistischen Herrschaft erfolgten separate Veranstaltungen der SA, SS und des Bundes der Frontsoldaten/Stahlhelm am gleichen Ort.

Die Lippische Landeszeitung stellte, wie in den folgenden Jahren, eine Seite der Sonntagsausgabe für verschiedenste Artikel zum Volkstrauertag zur Verfügung. 1933 faßten die Autoren ihre Kommentare unter der Schlagzeile „Totendienst – nicht Totenklage" zusammen. Der Schwerpunkt wurde auf die Erfüllung des Vermächtnisses der Gefallenen durch die neue nationalsozialistische Regierung gelegt. Ein anonymer Autor begeistert sich:

> Die Nation ist mit erneuter und endlich gesammelter Kraft im Aufbruch zu neuen Zielen und im Begriff, alte Ketten völlig zu brechen. Deutschland beginnt, für das zu leben, wofür sie [die Soldaten des Weltkriegs] gestorben sind.[14]

Hitler erscheint nicht namentlich als Urheber der Veränderungen, doch die von ihm proklamierten Ziele, die Schaffung der Volksgemeinschaft und die 'Wiederauferstehung' einer starken Nation ohne ausländische Bevormundung, wurden in dieser Form rezipiert. Diese Zuschreibungen bedeuten das Einlösen der angeblichen Mahnung der Toten, wieder ein stolzes und 'freies' Deutschland anzustreben.

Zwar legten die Nationalsozialisten 1933 wenig Wert auf die Nutzung der Feier durch propagandistische Einflußnahme, doch sie verknüpften den Volkstrauertag wirkungsvoll mit einer Bestimmung zum wichtigsten Nationalsymbol, der Flagge.[15] Am Volkstrauertag wurde eine reichsweit geltende Bestimmung des Reichspräsidenten von Hindenburg und des Reichskanzlers Hitler veröffentlicht, daß bis zu einer endgültigen Regelung die Farben schwarz-rot-gold ersetzt werden sollten durch die Farben des Kaiserreiches und die Hakenkreuzflagge.[16] Begründet wurde die Maßnahme mit der Ehrenbezeugung für die toten Soldaten, darüber hinaus symbolisierten beide Fahnen vergangene und wiedergewonnene deutsche Größe. Die Nachbereitung des Volkstrauertages wurde in der noch publizierenden Detmolder Presse[17] durch den Flaggenerlaß dominiert. Er wurde als ein großer Schritt zur Überwindung des pluralistischen Parteienstaates der Weimarer Republik und des in ihr vorherrschenden Kampfes um Partikularinteressen begriffen.[18] Hier wird Hitler gezeichnet als der Mann, der den Wunsch der Bevölkerung nach einer Volksgemeinschaft wahrgenommen und zum Ausdruck gebracht habe. Es sei sein Erfolg gewesen, die Krise und Auseinandersetzungen um ein einendes Zeichen für die Nation geklärt zu haben.

Im Jahr 1934, dem zweiten Volkstrauertag unter nationalsozialistischer Herrschaft, wurden bedeutende Veränderungen vorgenommen: Durch eine Eingabe an das Reichspropagandaministerium gelang dem VDK, den Volkstrauertag reichsweit auf den Sonntag Reminiscere festlegen zu lassen.[19] Die Nationalsozialisten verankerten den Tag in ihrem Feiertagskalender und gaben ihm einen neuen Namen und er hieß nun – dem Inhalt entsprechend – 'Heldengedenktag'. Ebenso veränderte sich die Organisationsstruktur: Anstatt des VDKs sollten die Verwaltungsbehörden in Zusammenarbeit mit Vertretern der Wehrmacht für die Gestaltung zuständig sein. Gegenüber 1933 besaßen die Detmolder Feierlichkeiten vermehrt liturgischen Charakter und eine stärker herausgestellte militärische Symbolik.

Vor Beginn der offiziellen Veranstaltung marschierten die Kriegervereine und eine Abordnung der Fahnenkompagnie[20] durch die Stadt, in der vielerorts auf halbmast gesetzte Hakenkreuzflaggen präsentiert wurden. Am neuen Ort der Gedenkfeier, dem Hof der Kaserne III in Detmold, trafen die Verbände auf Wehrmachtseinheiten und Organisationen der NSDAP,[21] die 1933 noch nicht teilgenommen hatten. Unter Marschmusik formierten sich die Organisationen zu einem Viereck. Hohe Vertreter der Detmolder Behörden und die Offiziere der alten Armee waren neben einem Podium plaziert, das von einer Hakenkreuzfahne geschmückt war. Davor befand sich ein Feldaltar. Mit dem Einmarsch der Fahnenkompagnie, die auf dem Podium Platz nahmen, wurde die Heldengedenkfeier eröffnet. Die Reichswehrkapelle intonierte das Stück „Deutsches Gebet" und danach sprachen sowohl der evangelische als auch der katholische Militärpfarrer. Nach Wagners Trauermarsch „Siegfrieds Tod" wurde, zeitlich genau abgestimmt auf den Staatsakt in der Hauptstadt, die Rede des Reichswehrministers Blomberg aus Berlin mit moderner Technik übertragen und verstärkt. Der Gedenkteil der Feier begann mit dem Senken der Fahnen, die alle mit einem Trauerflor versehen waren. Der Befehl „Helm ab zum Gebet" bildete den Auftakt zu schweigender Andacht, die leise und instrumental mit dem „Guten Kameraden" untermalt wurde. Währenddessen wurden drei Salven Salut geschossen. Nachdem sich die Fahnen gehoben hatten, sang man nacheinander das Deutschlandlied und das Horst-Wessel-Lied, die beiden Nationalhymnen. Die Verbände schworen feierlich den Eid, das 'Vermächtnis' der Toten „würdig und treu unserem Vaterland und unserem Führer zu verwalten".[22]

Die Gedenkfeier 1934 war im Vergleich zu 1933 straffer organisiert und von den Nationalsozialisten mit Aufmerksamkeit bedacht worden, abzulesen an der Verbindung zur politischen Zentrale in Berlin und der Betonung des weihevollen, die Emotionen der Beteiligten ansprechenden Charakters. Der Ablauf erinnert an die Liturgie protestantischer Gottesdienste,[23] die trotz Säkularisierungserscheinungen von vielen Menschen verstanden wurde. Das tradierte und bekannte militärische Zeremoniell kann im Kontext des Heldengedenktages als

wehmütige Erinnerung an die vergangene machtvolle Größe der Nation gedeutet werden, aber auch als Zurschaustellung vorbildlicher soldatischer Tugenden wie Gemeinschaftsgeist, Disziplin und Gehorsam, mit denen zukünftige Stärke errungen werden könne. Der Eid an die Toten konnte als Bekräftigung der Aussage – Treue gegenüber den Toten, dem Vaterland und dem Führer – und als Bestätigung der Gemeinschaft während und nach der Feier wahrgenommen werden. Mit der Wahl dieser Formen und Symbole zielten die Nationalsozialisten auf die Hoffnungen, Wünschen und mentalen Dispositionen der Teilnehmenden ab, sie versuchten ihre in Traditionen verankerten Wahrnehmungshorizonte anzusprechen, um die Aufnahme partiell neuer Inhalte vorzubereiten.

In ihren Ansprachen spielten die Detmolder Militärpastoren beider Konfessionen mit der Uneindeutigkeit der Bezüge zu Gott und Nation und ließen damit verschiedene Interpretationen zu. Direkte Bezüge zu Hitler als einem gottgesandten Erlöser des Volkes wurde während der Feier nicht hergestellt. Deutlicher wurde der Pfarrer i.R. Goehrke, der in der Lippischen Landeszeitung auf der Heldengedenktag-Sonderseite eine Predigt veröffentlichte. Darin hieß es:

> Das ist die Zeit, da Gott selber aus dem düsteren Gewölk seine rettende Hand herniedergreifen läßt, das er aus dem verstörten Volke einen einzigen heraushebt, einen Auserwählten, der allein zu retten vermag, den Gott zum Führer bestellte [...].[24]

In dieser Haltung tritt die nationalprotestantische Erlösungserwartung klar hervor, die einen Flügel der evangelischen Kirche seit dem Kaiserreich prägte.[25] Der Pastor erklärte den christlichen Gott zum Gott der Deutschen. Dieser Gott ließe 'seinem' Volk nach der Leidenszeit der Weimarer Republik nun Gnade widerfahren, indem er Hitler zum Propheten erwählte. Auf diese Weise erhielt Hitlers Herrschaft den einen Teil der mythisch-religiösen Legitimation, auf die sich der uneingeschränkte Führungsanspruch im wesentlichen stützte.

Im Jahr 1934 hatte der Glaube an die Berechtigung seiner Führerschaft zwar schon die Detmolder Militärpastoren, Presseredakteure und andere antidemokratisch-national gesinnte Kreise erfaßt, dennoch waren umfassende Treue und Disziplin nicht durchgesetzt. In Detmold nahm die HJ, die die Ehre ihrer Organisationsfahne über das Gebot des Tages, der Demonstration von gemeinschaftlicher Geschlossenheit stellte nicht an der offiziellen Feier teil.[26] Presseveröffentlichungen rund um den Detmolder 'Heldengedenktag' betonten auch 1934 den Kampf des deutschen Volkes um Würde und Ehre. Es ist nicht wahrscheinlich, daß die erwähnten Multiplikatoren der öffentlichen Meinung allesamt propagandistisch geschulte Parteimitglieder waren. Ihnen war aber eine nationalkonservative, revisionistische Grundüberzeugung und eine säkularisierte, völkische Erlösungserwartung zu eigen, auf deren Hintergrund sie in ihren Beiträgen ein Einverständnis mit der Herrschaft Hitlers formulieren konnten.

1935 stellt für das politische Gefallenengedenken unter den Nationalsozialisten das erste Jahr der reichsweiten Standardisierung dar. Der Ablauf wurde per Erlaß aus Berlin angeordnet.[27] Zeitlich getrennt vom Staatsakt in Berlin sollte die Wehrmacht an ihren Standorten militärische Gedenkfeiern abhalten. Die Durchführung von Gottesdiensten wurde freigestellt, nicht jedoch die Ehrung der Gefallenen durch das Anbringen von Ehrenkreuzen an die Standortfahnen der alten Armee.

Ein auffälliges Kennzeichen für die Gedenkfeiern 1935 ist der enge zeitliche Zusammenhang mit dem „Gesetz für den Aufbau der Wehrmacht", also die Wiedereinführung der Wehrpflicht, das am Vortag des Gefallenengedenkens von Hitler und dem Reichskabinett beschlossen worden war. Damit war eine wesentliche Bestimmung des Versailler Vertrages, die Beschränkung der Wehrmacht auf 100.000 Mann, gebrochen worden.

Die Detmolder Gedenkfeier[28] begann um 10 Uhr zur traditionellen Gottesdienstzeit, die Detmolder mußten sich zwischen Kirche und offizieller Gedenkfeier entscheiden. In der Veranstaltung wurde das Ritual vom Vorjahr wiederholt, doch diesmal habe die Bevölkerung die einmarschierende Fahnenkompagnie „ehrfurchtsvoll" mit erhobenem rechten Arm gegrüßt. Neben dem Feldaltar waren Lorbeerbäumchen, Gewehrpyramiden, Maschinengewehre, Geschütze und Trommeln präsentiert. Diese Zurschaustellung der Waffen am Altar, dem Symbol für Opfer und Opferbereitschaft, kann als Ausdruck militärischer Wehrhaftigkeit gelten, besonders in Verbindung mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht vom Vortag. Redner war der Detmolder Standortälteste Oberst Meyer-Rabingen. Den rituellen Höhepunkt der Feier stellte die Ehrung der Fahnen und der Eid auf die Traditionsfahne des Detmolder Regiments 55 dar: Auf Befehl senkten sich die Fahnen, alle Teilnehmer nahmen Helme und Hüte ab, während der Oberst die Tücher mit Ehrenkreuzen auszeichnete. Dem Eid folgte ein dreifaches Hurra auf den Führer und das gemeinschaftliche Singen der Hymnen.[29] Den Abschluß bildete 1935 nicht die Kranzniederlegungen, sondern zum ersten Mal eine militärische Parade. Alle Truppenteile des Detmolder Standorts sowie Bataillone und Regimentsabteilungen aus Paderborn und Münster marschierten zwischen dem Ehrenmal der 55er auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz und dem Landestheater mit ihren nun geehrten Fahnen an der Bevölkerung vorbei.

Der enge zeitliche Zusammenhang der Wiedereinführung der Wehrpflicht mit dem Heldengedenken wurde von den Rednern der Gedenkfeier sofort aufgegriffen. Während die Presse den Ansprachen der Militärgeistlichen wenig Beachtung schenkte, zitierten die Berichterstatter die Rede des Oberst:

> Aus der Saat von 1914–1918 ist das geeinte Reich hervorgegangen. Der Frontsoldat Adolf Hitler ist der Wegbereiter für jetzt und alle Zukunft. Er hat die neue Volksgemeinschaft gebildet ohne Klassenkampf und Standesdünkel. [...] Ungeheures ist in den letzten zwei Jahren geleistet! Die Arbeitslosigkeit ist fast beseitigt, das

> Winterhilfswerk hat Tausenden von Volksgenossen geholfen, Zuversicht und Glaube sind wieder eingekehrt bei uns. Wir haben unsere Selbstachtung wiedergeholt und sind im Begriff, die Ketten von Versailles endgültig abzuschütteln. Durch eine starke Außenpolitik des Friedens hat der Führer und Kanzler den Weg für ein starkes und gleichberechtigtes Deutschland freigelegt. Mit einem Schneid sondergleichen hat er am gestrigen Tage die allgemeine Wehrpflicht wieder eingeführt.[30]

Der Detmolder Oberst Meyer-Rabingen schrieb der Person des 'Führers' eine Fülle von außergewöhnlichen Leistungen zu, zum ersten Mal wurde nicht allein in Andeutungen auf die 'Erfolge' der Nationalsozialisten hingewiesen. Die 'Leistungen' Hitlers waren ausschließlich immaterieller Natur, die auf dem Hintergrund des mythisch-religiösen Weltbildes großer Teile der Bevölkerung anerkannt wurden. Er bot den Menschen Integrationspunkte, so beispielsweise die Illusion von der Überbrückung aller sozialen und politischen Gegensätze in der Volksgemeinschaft, die bereitwillig rezipiert wurde. Meyer-Rabingen erkannte diese Weltsicht an. In Anlehnung an das Gleichnis vom Sämann[31] deutete der Oberst die heroische Haltung, mit der die Soldaten des Ersten Weltkrieges den Tod für das Vaterland in Kauf genommen hätten, als die Saat, die in der Weimarer Republik auf schlechten Boden gefallen war. Doch nun ginge sie auf in dem durch Hitler wiederbelebten Reich. Das Massensterben sei nicht umsonst gewesen, denn die Erinnerung an diesem Kampf habe den nationalen Wiederaufstieg ermöglicht.

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht war eine der außeralltäglichen Leistungen, die dem Führer in den Heldengedenktagsreden zugeschrieben wurde. denn sie stellte eine Provokation an die Adresse der Siegermächte des Ersten Weltkrieges dar. Die Entscheidung war im Kalkül internationaler Machtpolitik gefallen, doch der Detmolder Armeevertreter versicherte, es ginge um die Souveränität Deutschlands und nicht um einen Revanchekrieg. Hitler erschien damit im Detmolder Gedenkzeremoniell als Mann mit außergewöhnlichen Fähigkeiten, ein kluger und maßvoller Erneuerer nationaler Größe ohne Kriegsambitionen. Darüber hinaus habe er die materielle Not der Deutschen beendet, sie aus der Arbeitslosigkeit geführt und den Grundstein für den weiteren Wirtschaftsaufschwung gelegt. Weitaus wichtiger als Hitlers Einflußnahme auf die Verbesserung der ökonomischen Lage in Deutschland war allerdings de facto der Einfluß der sich nach der großen Krise erholenden Weltwirtschaft. Hitler war nicht Verursacher, sondern Nutznießer politischer Ereignisse.

Die Ausführungen Meyer-Rabingens waren eindeutig Zuschreibungen an die Person Hitlers, die die realen Vorgänge überhöhten. Dennoch, die in geballter Form vorgetragenen erfolgreichen Taten den 'Führers' für Deutschland konnten im Kontext des mit starker Symbolik durchsetzten Gedenktrituals bei der Bevölkerung enttäuschte Erwartungen kompensieren, so daß Hitlers Herrschaft zum Wohl der Deutschen als berechtigt und mit Vertrauen akzeptiert wurde.

1936–1939: Heldengedenktage in der Funktion der mentalen Vorbereitung des Krieges

In den Jahren zwischen 1936 und 1939 richtete die Armee selbst an Standorten der Wehrmacht das feierliche Gedenken aus und stimmte sich hierzu mit der Partei ab.[32]

1936 verlegte man den Veranstaltungsort in die neu eingerichtete Artilleriekaserne an der Klüterstraße. In diesem Jahr arbeitete daher der Standortälteste von Oven als Chef des Detmolder Offizierskorps für Detmold einen zeitlichen Ablaufplan aus und fertigte eine Skizze für den Aufmarsch an.[33] Alle beteiligten Truppenteile, Verbände und Behörden erhielten daraufhin von der Wehrmacht Einladungen. An die Kreisleiter Wedderwille und Prüßner wandte man sich persönlich. Nach der begonnenen Wiederaufrüstung bot sich den Detmolder Wehrmachtstruppen die Gelegenheit, selbstbewußt den Umfang der militärischen Stärke anhand der Artillerie zu demonstrieren. Diese Waffengattung war schließlich der Reichswehr gemäß des Versailler Vertrages nur in sehr beschränktem Maße gestattet worden. Ebenso hatte der Friedensvertrag Deutschland eine Luftwaffe untersagt, doch diese Bestimmungen hatten längst ihre Gültigkeit eingebüßt, wie nicht zuletzt der Aufmarsch von 450 Angehörigen der örtlichen Fliegerausbildungsstelle zum Heldengedenktag verdeutlichte.

Auf dem Kasernenhof war ein Feldaltar errichtet worden, vor den zu Beginn der Veranstaltung in feierlichem Einmarsch die Traditionsfahnen der Lippischen Regimenter getragen wurden. Die urpsrüngliche Bedeutung des Altars als Opfertisch korrespondierte in dieser Szenerie mit der Verklärung des Soldatentodes als Opfertod, das die räumliche Nähe von Fahnen und Altar unterstrich. Statt eines Tuches schmückte den Altar die Reichskriegsflagge, profane und nationale Symbolik flossen an dieser Stelle ineinander. Der Feierlichkeit in der Kaserne folgte eine Kranzniederlegung am Ehrenmal des Infanterieregiments 55 etwa eine Stunde später.

Wie bereits zuvor bot sich den Kommandeuren in den Jahren bis zum Kriegsausbruch während der Gedenkveranstaltung die Gelegenheit zu einer feierlichen Ansprache. Dabei machten die Militärs in jedem Jahr in spezifischer Weise die Person Hitlers zum Thema. Die Rezeption des Führer-Mythos geschah somit in direkter öffentlicher Form innerhalb des Heldengedenktages allein durch Repräsentanten militärischer Eliten, NS-Funktionäre redeten nicht. Die Leistungen und Attribute, die die Redner Hitler zuschrieben, waren primär an den zeitlichen Kontext der Heldengedenktage geknüpft. Immer nahm man zu den parallel stattfindenden außenpolitischen Ereignissen Stellung und führte ihren positiv gewerteten Ausgang vornehmlich auf das Wirken Hitlers zurück. In diesen Jahren von 1936 bis 1939 gelang es dem Regime mit der Rheinlandbesetzung 1936, der Annexion Österreichs und dem Einmarsch in die Tschechoslowakei drei 'Coups' zu landen, die nicht nur die Begeisterung der Bevöl-

kerung fanden, sondern zeitlich mit den Heldengedenktages koinzidierten. Die gelungenen Vabanque-Stücke hielten den oftmals außeralltäglichen Charakter der Herrschaft aufrecht und schufen überdies die notwendige Dynamik, um die Anhängerschaft in immer neu entfachten Krisen auf Hitler einzuschwören. Anschließend konnte das Volk erleichtert sein Bekenntnis erneuern, wie die Plebiszite der Jahre 1936 und 1938 zeigten.[34]

1936 wurde das bis dato entmilitarisierte Rheinland am gleichen Wochenende militärisch besetzt, an dem der Heldengedenktag stattfand. Am Sonntagmorgen hatte die Kunde Detmold bereits erreicht, und der damalige Redner der Gedenkfeierlichkeiten, der Standortälteste Oberst von Oven, kennzeichnete die Besetzung als „Wiederherstellung der vollen Souveränität" der Nation unter der Führung Hitlers. Von Oven stellte den Bruch des Vertrages von Locarno in eine Linie mit der sogenannten Wiederherstellung der Wehrfreiheit des Jahres 1935.[35] Für die Militärs bedeuteten beide Maßnahmen nationale Befreiungstaten aus dem Würgegriff der Siegermächte des I. Weltkriegs. In ihrem Triumphgefühl stimmten sie mit der breiten Mehrheit der Bevölkerung überein, in diesem Jahr feierte man im Zuge der anschließenden 'Wahlkampagne' regelrechte Volksfeste.[36]

Andererseits war sich Oberst von Oven offensichtlich den Gefahren der Politik des 'fait accompli' auf realpolitischer Ebene bewußt, als er neben Dankbarkeit und Vertrauen Hitler auch die Loyalität des Volkes in einer außenpolitisch prekären Situation versicherte:

> Mag auf den großen Entschluß des Führers kommen was will, mag eine übermächtige Umwelt uns den Krieg erklären, mag die Übermacht noch so groß, der Kampf noch so schwer sein, darauf kann der Führer sich verlassen, der deutsche Soldat ebenso wie das ganze deutsche Volk stehen in Not und Tod einig wie ein Mann hinter ihm [...].

Hinter diesen markigen Worten, mit den Heroentum für die gesamte Bevölkerung wie zur Verpflichtung erhoben wurde, mochte sich zum Teil latente Kriegsangst verborgen haben.

Mit der Vorstellung, daß es sich beim Tod eines Soldaten um einen heldenhaften 'Opfertod' für die Nation handele, der eine moralische Verpflichtung für die Nachwelt in sich trüge, ging ein weiteres Element in den Hitler-Mythos ein. In den Erfolgen der revisionistischen und expansionistischen Außenpolitik in den Jahren vor dem Kriegsbeginn suchten die Militärs letztlich den verspäteten Triumph des vermeintlich heroischen 'Frontgeistes' des I. Weltkrieges zu erkennen. Hitler fiel in ihren Augen durch seine außergewöhnlichen politischen Erfolge das Verdienst zu, den Zweck des 'Opfers' nun erfüllt zu haben. Einem Heiland gleich hatte er demnach das 'Vermächtnis' der Toten vollstreckt und mit der Aufrechterhaltung ihrer selbstlosen Gesinnung den nationalen Wiederaufstieg begründet. In diesem Sinne bekannte von Oven 1936: „Heute wissen

wir: die Opfer des Weltkrieges und die Opfer der schmachvollen Nachkriegszeit waren nicht umsonst, sie haben vielfache Frucht getragen; die blutige Saat ist nach langen, langen Jahren herrlich aufgegangen."[37]

Wie im zuletzt aufgeführten Zitat bereits ersichtlich wird, so distanzierten sich die Offiziere in ihren jährlichen Ansprachen deutlich von der Weimarer Republik. Im Selbstverständnis der geschlagenen Armee hatte sich die Niederlage offenbar im Frieden fortgesetzt. Erst mit dem politischen Sieg des Nationalsozialismus, so wurde nun verkündet, sah man ein im Innern gespaltenes Land wieder geeint. Von Oven bekräftigte: „Seit der Machtergreifung leben wir in einem wehrhaften und nationalen Staat, im heutigen Deutschland wird die Erinnerung an unsere Helden so gepflegt, wie es die Selbstachtung der Nation gebietet."[38] Hitler nahm der Oberst als Befreier wahr, der die Demokratie zu Recht beseitigt hatte. Er dankte dem Nationalsozialismus, der, „unter der Führung Adolf Hitlers den Sieg brachte, der Sieg, der aus einem zerrissenen, in Parteihader zerfallenen Volke eine einige, wehrhafte Nation machte [...][39].

In den nachfolgenden Jahren ab 1937 verlegte man den Veranstaltungsort der Heldenfeiern an das Denkmal des Infanterieregimentes 55 am Kaiser-Wilhelm-Platz.[40] Die Wahl dieses Platzes brachte nicht nur die Gedenkveranstaltung in das Zentrum der Stadt, sondern vermittelte darüber hinaus Kontinuität. Sie zeugte vom Vertrauen der Detmolder Führung in die integrative Wirkung des Bekannten. Nicht zuletzt den Parteigliederungen selbst bot sich so eine günstige Gelegenheit, auch zum Heldengedenktag durch die Stadt zu marschieren und gleichzeitig von der Wirkung der Wehrmachtsformationen zu profitieren, die man von nun an in zahlenmäßig starken Formationen präsentierte.[41] Ebenso wurde am 20.4. der Geburtstag Hitlers auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz begangen.[42]

Vor der Feierstunde wurden in den Kasernen innerhalb eines Appells die Fahnen gehißt, und in den Morgenstunden marschierte man durch die Straßen Detmolds, die mit Hakenkreuzfahnen geschmückt worden waren.[43] Die öffentliche Trauersymbolik wurde zunehmend reduziert, indem man allein für die Zeit des Gedenkzeremoniells halbmast flaggte, die Fahnen ansonsten jedoch auf vollstock standen, insbesondere in den Jahren 1938 und 1939 zur Feier der Annexion Österreichs.[44] Das nicht zuletzt durch das Aufrüstungsprogramm des Reiches gesteigerte Selbstbewußtsein der Militärs wurde in der diesjährigen Rede sichtbar, als Oberst Sturm darlegte, daß die mit „geradezu unvorstellbarer Schnelligkeit entstehende[] Wehrmacht" zum Schutz des Friedens und der Gleichberechtigung von unbedingter Notwendigkeit sei, „die schlechterdings nicht widerlegt werden kann."[45] Um 12 Uhr wurde in diesem Jahr (wie 1943) die Rundfunkrede des Reichskriegsministers von Blomberg aus Berlin über Lautssprecher auf den Kaiser-Wilhelm-Platz übertragen.[46] Die Ausrichtung auf den Berliner Staatsakt, der auch die Anfangszeit um 11.45 Uhr entsprach, ist um so erstaunlicher, als die Richtlinien der Wehrmacht und der Propaganda-

stellen für Detmold im Jahr zuvor noch vorgesehen hatte, die örtlichen Heldenfeiern zeitlich von der Übertragung des Staatsaktes zu trennen, um der Bevölkerung Möglichkeit zum Empfang der Rundfunksendung zu geben. Für die Wehrmacht hatte man Gemeinschaftsempfang vorgesehen.[47] Nach der Kranzniederlegung marschierten von nun an Wehrmachtstruppen, Parteigliederungen und Veteranenverbände mit Fahnen und Standarten vom Denkmal zum nahegelegenen Landestheater. Dort nahmen der Standortälteste und Kreisleiter Wedderwille am gegenüberliegenden Lortzing-Denkmal die Parade ab. Eine Aufnahme aus dem Jahre 1937 zeigt dichtes Gedränge entlang des Aufmarschweges während der Parade. An geöffneten Fenstern und selbst in Bäumen sind Zuschauer zu sehen. Die Fahnen der Lippischen Traditionsregimenter bildeten die Spitze der Parade, dahinter präsentierte sich die Wehrmacht. Als zahlenmäßig stärkste Waffengattung marschierte die Infanterie vor Artillerie und Luftwaffe. Der Menge bot sich zusätzlich ein imposantes Schauspiel, als vor dem Beginn der Feierstunde Flugzeuge mit Trauerwimpel über der Stadt erschienen.[48] Von nun an nahm die Hauptveranstaltung des Trauertages eher den Charakter einer Heerschau an und diente nahezu unverhohlen dazu, militärische Stärkedemonstrationen populär zu machen.

1938 geschah der Einmarsch der Wehrmacht in Österreich am Wochenende der Heldengedenkfeier. Der Ausgang der Aktion brachte Hitler den Höhepunkt seiner Popularität als genialer Staatsmann ein. Er konnte sich zu diesem Zeitpunkt des außerordentlichen Vertrauens in seine Person an der Spitze des Regimes gewiß sein. Weiteste Teile der Bevölkerung teilten Begeisterung und Bewunderung für seine riskante Politik, die als Wiedergewinnung nationaler Größe und Gleichberechtigung verstanden wurde, selbst über die einzelnen weltanschaulichen Lager hinweg.[49]

Ganz in diesem Sinne dankte Oberst Sturm in seiner Ansprache zum Detmolder Heldengedenktag Hitler für die Schaffung 'Großdeutschlands'. Zusätzlich betonte er die Erfolge gegenüber dem Ausland aus den Jahren 1935 und 1936, indem er darauf verwies, daß der Gedenktag wie in den Jahren zuvor im Zeichen „wichtiger Geschehnisse" stehe. Mit der Okkupation Österreichs habe Hitler eine ganze Nation „froh und glücklich" gemacht. Es sei ein „Traum aller Deutschen Wirklichkeit" geworden.[50] Hitler wurde in dieser Situation als Erlöser gefeiert, der das geradezu Unvorstellbare ermöglicht hatte und eine Einigung der deutschsprachigen Nationen herbeigeführt hatte, ganz im Sinne völkischen Aspekte der NS-Ideologie. Hitler legitimierte sich durch immer neue Erfolge, die die Basis der 'charismatischen Herrschaft' schlechthin sind. Die Dynamik, die seine 'Gefolgschaft' immer wieder aufs neue mit ihm in Verbindung bringen konnte, entsprang dabei den Aktionen, die krisenhaftes Geschehen mit Erfolgen wechseln ließen. Im Licht des glorreichen Scheins dieser ständig wiederkehrenden außeralltäglichen Situationen konnten konkrete Nöte

und enttäuschte politische Erwartungen kompensiert werden. Hitler repräsentierte die Sonnenseite des Regimes.

Im darauffolgenden Jahr 1939 wurde die Feierlichkeit von einer nahezu halbstündigen Parade beschlossen.[51] An einen besinnlichen Teil des Rituals schloß sich ein lauter Ausklang an, der alten Ruhm und neugewonnene militärische Stärke in den Vordergrund stellte. Der Kommentator der Staatszeitung berichtete von einer außerordentlichen großen Zuschauerzahl, von „Tausende[n] und aber Tausende[n]"[52], die sich um den Platz und an den Straßen versammelt hätten. Selbst wenn man von propagandistischen Schönfärberei hinsichtlich dieser Zahlen ausgehen kann, so kann man dennoch annehmen, daß die Parade durch das Zentrum der Stadt im Jahr des Kriegsausbruchs auf Begeisterung gestoßen ist.[53] Den Vertretern der Partei gegenüber bekundeten Teilnehmer wie Zuschauer ihre Zustimmung durch den Hitlergruß. Die Hinterbliebenen und Kriegsopfer salutierten Kreisleiter Wedderwille ebenso mit erhobenen rechtem Arm, wie man den marschierenden Verbänden der Partei die Ehre erwies. Die NSDAP konnte mit Hilfe der Wehrmacht die angestrebte organische Volksgemeinschaft zelebrieren. Um die Geschlossenheit von Jung und Alt zu symbolisieren, ließ man HJ und Jungvolk ebenso antreten wie die Veteranen, die mittlerweile im Reichskriegerbund Kyffhäuser gleichgeschaltet worden waren. Der Reichsarbeitsdienst präsentierte sich mit geschultertem Spaten, was der militaristischen Veranstaltung ebenso wenig Abbruch zu tun schien wie die Teilnahme der Kriegsversehrten im NSKOV.[54] Wie groß die Genugtuung über Paraden dieser Art auf seiten der Offiziere war, wird im Rückblick Oberst Sturms auf die Weimarer Republik im Jahre 1939 deutlich. In seiner Gedenkrede rief er nochmals den als Mißachtung und Demütigung empfundenen Umgang der Demokratie mit den Gefallenen in Erinnerung:

> Als der größte aller Kriege beendet war, wollten die damaligen Machthaber das Gedenken an alle die Männer, die mit unvergleichlichem Heldenmut ihr Leben und ihre Gesundheit dem deutschen Vaterland zum Opfer gebracht hatten, möglichst unterdrücken, indem sie dem Volk weiszumachen versuchten, daß Heldenmut und Opferbereitschaft Dummheit wären.[55]

Anschließend wurde abermals Hitler zum Befreier von der Herrschaft der Vaterlandsverräter stilisiert, ihm als Retter schrieb Sturm die Umwälzung zu, die den Soldaten wieder zu Ehren verholfen hatte:

> Es hat nur eines Anstoßes hierzu bedurft [,] und dieser Anstoß ist auch dann so mächtig gekommen, daß alles Hinterhältige und Feige weggeschwemmt worden ist [,] als wäre es nie gewesen. Es ist Ihnen allen klar, wann dieser Zeitpunkt war: als nämlich Adolf Hitler die Führung des deutschen Volkes übernahm.[56]

Mit dem Ende der Heldengedenkfeiern auf den Kasernenhöfen verschwanden die Militärgeistlichen aus dem Programm der zentralen Veranstaltung des Ge-

denktages in Detmold. Lediglich bei der Gedenkveranstaltung des VDK, die wie gewöhnlich am Samstag zuvor im Evangelischen Gemeindehaus stattfand, hielten weiterhin auch Geistliche Ansprachen. Für viele Hinterbliebene mag diese Feierlichkeit eine wichtige Rolle gespielt haben, da sie durch ihren stilleren und intimeren Rahmen die Möglichkeit zur Erinnerung an die Verstorbenen vielleicht eher bot als die lautstarke Inszenierung vor dem Denkmal und dem repräsentativen Landestheater. Staatliche und kirchliche Feiern fortan zu trennen, entsprach einer Anordnung von 1937. Die Verdrängung der Geistlichkeit gehörte zu den Zielen des Propagandaministeriums. Die Kirchen sollten als Konkurrenten um die Weltanschauung ausgeschlossen werden.[57] Solches geschah sukzessive, aber bestimmt. Hatte 1935 eine Anordnung zur einheitlichen Regelung des Heldengedenktages das Abhalten von Militärgottesdiensten noch den Stellen vor Ort überlassen, empfahl 1937 der Kreisorganisationsleiter Lückhoff für Detmold, die „Geistlichkeit nicht unbedingt einzuladen".[58] Obwohl es die Militärgeistlichen zuvor nicht unbedingt an nationalistischer Gesinnung oder revanchistischen Verlautbarungen hatten fehlen lassen, hielt 1936 der katholische Seelsorger Alke die letzte Ansprache auf einer Hauptveranstaltung vor Beginn des Krieges.[59] Der Abschied von religiösen Traditionen zeigte sich ferner in der Verlegung der Anfangszeiten seit 1938. In diesem und dem folgenden Jahr setzte man den Beginn der Veranstaltung auf 8.45 Uhr bzw. 9.00 Uhr morgens fest.[60] Zum Besuch eines Gedenkgottesdienstes bedurfte es daher einer sehr engen Terminwahl, wenn man zuerst die Gedenkfeier mit Kranzniederlegung und nachfolgender Parade sehen wollte. Das Zeremoniell nahm üblicherweise ungefähr eine Stunde in Anspruch. Es entsprach jedoch zumindest dem Bedürfnis einiger Veteranen, seelsorgerische Begleitung zum Gefallenengedenken zu beanspruchen. Dieses läßt sich aus einer 1939 zum Heldengedenktag in der Staatszeitung veröffentlichten Aufforderung des Reichskriegerbundes Kyffhäuser erkennen, in der er seinen Mitgliedern nahelegt, nicht in geschlossener Formation am Kirchgang teilzunehmen.[61] Die Veteranen trugen während der Paraden dunkle Anzüge und die Fahnen des Reichskriegerbundes. In diesem Jahr sollten sie laut Anordnung direkt hinter der Wehrmacht noch vor den Gliederungen der Partei aufmarschieren. In früheren Jahren waren sie zumeist auf einer Position weiter hinten gefolgt. Es ist denkbar, daß die NSDAP damit die im Jahr zuvor geschehene Eingliederung des Kyffhäuser betonen wollte. Ein anschließender geschlossener Gottesdienstbesuch dieser Formation hätte den propagandistischen Absichten, die weltanschauliche Vereinnahmung der Veteranen durch die Partei zur Schau zu stellen, entgegengestanden.

Verglichen mit dem bis in den Krieg hinein moderaten Verhalten der NSDAP gegenüber dem VDK und den Kriegervereinen,[62] bedeutete der Ausschluß der Kirchen von den Gefallenenfeiern die rigideste Veränderung des Rituals im Nationalsozialismus.[63] Ab 1937 verblieb den Kirchen in Detmold einzig die

Möglichkeit, ihre Gottesdienste thematisch am Heldengedenktag auszurichten.[64]

Schließlich löste die NSDAP 1939 auch den Termin des Gedenktages aus dem christlichen Kalender, in dem zukünftig auf Weisung Hitlers das Heldengedenken am 16. März begangen werden sollte. Dieses Datum diente zur Erinnerung an den Tag der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht am 16. März 1935. Der Reminiscere-Sonntag hatte niemals primär dem trauernden Erinnern gedient. Das neue Datums sollte das Gefallenengedenken mit der Feier des Beginns der Aufrüstung verknüpfen. Damit war kurz vor Beginn des Krieges auch terminlich der Schlußpunkt unter die Instrumentalisierung des Gedenktages gesetzt worden.

1940–1945: Heldengedenktage zur Stärkung der Kampfmoral und des Opferwillens

1940 kam es zum ersten Heldengedenktag während des „[...] von haßerfüllten Feinden aufgezwungenen Krieges [...]"[65]. Der Ablauf der Detmolder Gedenkfeier orientierte sich an dem des Vorjahres. Die Angehörigen des Standortes sowie Vertreter der Partei, Formationen der Bewegung, Mitglieder des NSKOV und des NS-Reichskriegerbundes trafen sich am Denkmal des ehemaligen Infanterieregimentes 55 auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Nachdem der Standortälteste zu den Klängen des „Liedes vom guten Kameraden" einen Kranz niedergelegt hatte, hielt er eine kurze Gedenkrede. In ihr wurden der 'Opfertod' der Gefallenen des Krieges 1914–18 und die Gefallenen der neuen Wehrmacht gewürdigt. Daran anschließend legten der Kreisleiter sowie Vertreter der verschiedenen Organisationen und Verbände ebenfalls Kränze nieder und bezeugten so ihre Achtung vor den Toten. In stillem Gedenken fand die Veranstaltung ihren Abschluß.

Im Gegensatz zu den vorausgegangenen Heldengedenktagen wurde die Inszenierung des Heldengenktages 1940 jedoch dahingehend reduziert, daß u.a. auf die abschließende Parade verzichtet wurde, die in den Vorjahren besonders zur Demonstration militärischer Stärke benutzt worden war. Während beim Staatsakt in Berlin erstmals der Führer selbst sprach, beschränkten sich die Detmolder Veranstalter mit einer laut „Lippischer Staatszeitung" „schlichten" Feier.[66] Dafür war die Rede Hitlers, die jeder im Radio verfolgen sollte, geeignet, nachhaltig auf die Kriegsmoral der Bevölkerung einzuwirken.[67]

Im Jahr 1941 nahm der Umfang der Feierlichkeiten zum Heldengedenktag in Detmold wieder die Ausmaße der Vorkriegsjahre an. Wehrmacht, Partei und die angeschlossenen Verbände bildeten zum Auftakt der Gedenkfeier ein Karree auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz. Während die Zuschauer sich außerhalb davon gruppierten, kam den Kriegsversehrten und den Hinterbliebenen der Ge-

fallenen eine besondere Rolle zu. Sie wurden zu Ehrenplätzen innerhalb des Karrees geleitet und dadurch in das visuelle Zentrum gerückt. Sie sollten als 'Stellvertreter' der Gefallenen dienen, die ihr Vermächtnis persönlich nicht mehr einfordern konnten. Um 9.30 Uhr begann die Feier mit dem Abschreiten der Fronten, bei dem der Standortälteste von Kreisleiter Wedderwille und einem hohen Offizier der 'alten Armee' begleitet wurde. Die so demonstrierte Verbundenheit zwischen Wehrmacht und Partei wurde in der anschließenden Gedenkrede durch den Standortältesten noch bekräftigt:

> Wie in allen Städten und Dörfern des Reiches, so hat sich auch hier die Wehrmacht als die waffentragende Säule des Reiches mit den Männern der anderen Säule, der Partei, [...] zusammengefunden, um gemeinsam mit den alten Kameraden diese ernste und heilige Pflicht zu erfüllen[68]

Es sollte der Eindruck entstehen, daß im 'Dritten Reich' Machthaber und Soldaten zusammenstanden, hier wurde, anders als in der Weimarer Republik, Verständnis gezeigt für „Kameradschaft, Soldatentreue und Dankbarkeit". „Erst durch die Hilfe des 'Ersten Frontsoldaten', des unbekannten Gefreiten des Weltkrieges, Adolf Hitler, der selbst Blut und Gesundheit eingesetzt hätte [...]", so führte der Standortälteste weiter aus, würde den Gefallenen nun die richtige Anerkennung zuteil. Die Wehrmacht würde im jetzigen Kriege beweisen, daß sie sowohl die alten Traditionen, als auch die Erwartungen ihres 'Schöpfers' getreu erfüllen werde. Hitler wurde zum Erneuerer der militärischen Wiedererstarkung des Reiches deklariert, ohne den es weder die Wehrfreiheit noch die Wehrmacht oder ein geeintes Großdeutschland gegeben hätte. Man war neben den Gefallenen nicht zuletzt ihm verpflichtet, den Weg zum 'Endsieg' weiter zu gehen. Der Standortälteste beendete seine Rede mit den Worten:

> Einer, der Führer, befiehlt[,] und ganz Deutschland folgt ihm. Daß wir dieser heiligen Verpflichtung erfüllen wollen, bekräftigen wir dem Schöpfer und Führer des Dritten Reiches und der Wehrmacht mit dem Rufe: Der Führer und Oberste Befehlshaber Adolf Hitler: Sieg Heil!

Die anwesenden Bürger fielen mit den angetretenen Formationen in dieses Treuegelöbnis ein. Sie versprachen sich dem 'Führer', der für den erfolgreichen Krieg garantierte. Somit verpflichteten sie sich auch den Zielen des Krieges und den dafür zu bringenden Opfern. Anschließend an die Gedenkfeier gab es 1941 wieder einen Vorbeimarsch der teilnehmenden Einheiten, Formationen und der angeschlossenen Verbände und Vereine, der laut „Lippischer Staatszeitung" den 'Höhepunkt' des Heldengedenktages ausmachte.

Nachdem man sich 1940 mit einer schlichten Feier in Detmold begnügt hatte, kehrte man 1941 wieder zu der gewohnten Großveranstaltung zurück. Primäres

Ziel dieser Feier war dabei keineswegs ein stilles Gedenken an die Gefallenen. Vielmehr versuchten die Veranstalter an das einzulösende Vermächtnis der Gefallenen[69] sowie, an die Person Hitler gekoppelt, die Bevölkerung auf die Fortführung des Krieges einzuschwören. Gelingen konnte dies nur, da in der Folge noch einmal militärische Erfolge erzielt wurden, die das Ansehen des 'Führers' und damit das Vertrauen in ihn festigten.

Als diese militärischen Erfolge aber immer mehr ausblieben, kam es im März 1942 zum dritten Heldengedenktag während des Krieges. In Detmold glich sich der Ablauf an den des Vorjahres an. Nach der feierlichen Flaggenhissung in der Kaserne Klüterstraße und der Kranzniederlegung des Standortältesten Oberst Geerkens auf dem Ehrenfriedhof und am Ehrenmal der 256er im Bismarckhain traten die Einheiten der Wehrmacht, die Formationen der Partei sowie die angeschlossenen Verbände und Vereine um 9.00 Uhr auf dem Kaiser-Wilhelm-Platz an. Nachdem der Standortälteste und der Kreisleiter die Fronten abgenommen hatten, hielt Oberst Geerkens die Gedenkansprache. Er gedachte zunächst der Toten des Weltkrieges, der Gefallenen der Bewegung und der Getöteten des andauernden Krieges. Wieder wurde ihr Tod den noch Lebenden zu Vorbild und Vermächtnis erklärt:

> Wohl empfinden wir den Schmerz der Hinterbliebenen, wir teilen ihr Leid um einen lieben Familienangehörigen und fühlen die Lücke, die ihr Opfertod hinterlassen hat. Aber wir richten die Gedanken aufwärts und sind uns der Verpflichtung dieses, alle Kräfte für den Endsieg einzusetzen, voll bewußt.[70]

Daran anschließend senkten sich die Fahnen, und das „Lied vom guten Kameraden" ertönte, während Oberst Geerkens und Kreisleiter Wedderwille gemeinsam Kränze am Ehrenmal der ehemaligen 55er niederlegten. Die für das Durchstehen des Krieges als unabdingbar propagierte Geschlossenheit sollte durch diesen symbolischen Akt auf ein neues bestätigt werden. Wehrmacht und Partei standen zusammen, demonstrierten Verbundenheit. In der Fortführung seiner Ansprache ging der Standortälteste auf den „Garanten des Sieges", den „Führer" und „Obersten Befehlshaber" ein.[71] Mit der durch das gemeinschaftliche 'Sieg Heil' bekräftigten Ehrzuweisung endete die Rede. Auch 1942 fand die Feier zum Heldengedenktag in Detmold ihren Abschluß in einer Parade, die neben der Geschlossenheit von Wehrmacht und Partei auch die Wehrhaftigkeit unter Beweis stellen sollte. Die Bevölkerung sollte noch einmal auf die Fortführung des Krieges und das Ertragen der zu bringenden Opfer verpflichtet werden, doch gab es die für das Vertrauen in den Führer und in das System so wichtigen Erfolgsmeldungen immer seltener. Trotzdem oder gerade deshalb wurde vor Ort versucht die Bürger zu mobilisieren, ihre Kräfte weiter in den Dienst der Sache zu stellen, dann würde der Krieg ein erfolgreiches Ende nehmen.

1943 waren die Voraussetzungen für die Erhöhung der Kriegsbereitschaft mittels des Heldengedenktages noch schlechter bestellt. Die seit Stalingrad herrschende 'Katastrophenstimmung' wurde durch die kurzfristige und unbegründete Verlegung des Heldengedenktages um eine Woche zusätzlich angeheizt.[72] In Detmold lief die Vorbereitung trotzdem ohne größere Probleme ab, auch die angeordnete Umstrukturierung des Feierablaufes wurde ohne Mühen vorgenommen. Die bisher am Denkmal des ehemaligen Infanterieregiment 55 stattfindende Gedenkfeier wurde 1943 an bzw. in das Landestheater verlegt. Mit den im Theater plazierten Hinterbliebenen von Gefallenen und Vermißten des andauernden Krieges und des Ersten Weltkrieges sowie den Angehörigen des NSKOV rückte die bisher als nützliche Staffage für den Vermächtnisgedanken benutzte Klientel in den Vordergrund. Zu ihnen gesellten sich neben Abordnungen der Truppenteile, den Offizieren des Standortes und den hohen Beamten nur noch die HJ. Die vormals bevorzugten Wehrmachtssoldaten wie die Gruppen und Verbände der NSDAP blieben mit der restlichen Bevölkerung außerhalb des Feierraumes. Sie konnten die Veranstaltung aber über Lautsprecher, die vor dem Landestheater aufgestellt waren, verfolgen.[73] Den Anwesenden Rechnung tragend, bildete der aus dem Tod der Gefallenen an die Lebenden erwachsende Anspruch den Hauptteil der Gedenkrede, die ein Offizier der Luftwaffe hielt. Die

> [...] Wehrmacht wird die sowjetische Armee zertrümmern und wird siegen. Freilich müssen für diesen Sieg Opfer gebracht werden, aber sie werden gebracht! Und die Heimat weiß um das Muß, sie weiß aber auch, daß diese Opfer ihr Pflichten auferlegen.[74]

Des weiteren führte er aus, daß der Bolschewismus ein weiteres Mal vor den Deutschen kapitulieren werde. Wie schon 1933 durch die Machtübernahme die bolschewistische Zersetzung aufgehalten wurde, werde jetzt der zweite Versuch durch die seit 1935 auf Geheiß des 'Führers' aufgebaute Wehrmacht vereitelt werden. Das Fehlen aktueller Erfolge sollte durch die Rückbesinnung auf die alten 'Wunder' kompensiert werden. Die von der Bevölkerung damals bejubelten Aktionen sollten ein weiteres Mal ihre Wirkung entfalten. Der langsam zerbröckelnde Nimbus des erfolgreichen Staatsmannes und unbesiegbaren Feldherren Hitler sollte so künstlich am Leben gehalten werden. Die Bürger wurden angehalten, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen bis zum 'Endsieg' und ihr Vertrauen in Hitler weiter aufrechtzuerhalten. Doch gerade dieses Vertrauen schwand durch den Kriegsverlauf zusehens.

1944, am fünften Heldengedenktag des Krieges, versuchten die Detmolder Ausrichter noch einmal, einen besonderen Festakt zu gestalten. Nach den Kranzniederlegungen des Standortältesten und des Kreisleiters an den Ehrenmalen der 55er und der 256er sowie auf dem Ehrenfriedhof trafen die Teilnehmer im bzw. am Landestheater zusammen. Nachdem die Fronten abgeschritten

waren, begaben sich Standortältester und Kreisleiter ins Innere, wo die eigentliche Feierstunde abgehalten wurde. Wie 1943 hatten sich dort die Hinterbliebenen, Abordnungen der Wehrmacht sowie diesmal auch Teile der Detmolder Bevölkerung eingefunden. Ihr Blick richtete sich auf die Bühne, die noch eindrucksvoller als im Vorjahr geschmückt worden war. Standen 1943 nur die Fahnen der nationalsozialistischen Bewegung und der Truppenteile dort, um ihre Ehrerbietung zu bezeugen, wurde das Bild 1944 dominiert von dem „[...] Symbol des heldenhaften Kampfes, dem Eisernen Kreuz, das mächtig und mahnend über allen stand."[75] Durch die Symbolik wurde an den heldenhaften Opfermut apelliert, der auch in den Reden des Standortältesten und erstmals eines parteipolitischen Vertreters, des Kreisleiters, beschworen wurde. Der Standortälteste begann seine Rede mit dem schon 1943 geäußerten Gedanken, daß man gegen die bolschewistische Gefahr, die schon während der Weimarer Republik herrschte, nunmehr zum zweiten Mal bestehen müsse. Daran anschließend berief er das Vermächtnis der Gefallenen. „Nie aber dürfen wir ihrer Opfer unwürdig werden! Der Wille der Toten ist, daß Deutschland lebe; hierin liegt die Erfüllung ihres Opfers."[76] Der Kreisleiter verwies in seiner Rede ebenfalls auf das Vermächtnis der Toten, um mit dem Aufruf zu schließen:

> Unser Glaube und unser Wille ist stärker als alle Macht und alle List der Feinde. Wir sehen die Bataillone der toten Helden vor uns und vernehmen ihren Ruf: Haltet aus! Kämpft weiter! Einmal wird Deutschland frei sein![77]

In dem immer auswegloser werdenden Krieg versuchten die Redner unter Zuhilfenahme des Vermächtnisgedankens noch einmal die Opferbereitschaft der Bevölkerung zu stärken. Dem Rufen der Toten folgend, sei der Krieg doch noch siegreich zu beenden. Daß dieser Appell zum Durchhalten noch einmal große Teile der Bevölkerung überzeugt hat, ist angesichts der aktuellen Lage kaum noch anzunehmen. Die am Heldengedenktag propagierten Durchhalteparolen wurden schon zu lange zitiert, um noch besondere Wirkung zeigen zu können. Militärische Erfolge waren die einzig noch überzeugenden Argumente, doch diese gab es fast gar nicht mehr.

Auch im März 1945 wurde noch einmal der Heldengedenktag begangen. In Detmold gab es eine Feier im Landestheater, die „... durch Soldatenchöre wirkungsvoll umrahmt und durch eine tiefschürfende und mitreißende Ansprache von Kreisleiter Wedderwille einen nachhaltigen Eindruck bei den zu Hunderten erschienenen Zuhörern hinterließ."[78] Daß vielerorts jedoch ganz andere Dinge Priorität besaßen bzw. der Heldengedenktag kaum noch interessierte, belegt die Eingabe des Ortsgruppenleiters von Heiligenkirchen, Schwarze. Darin beschwerte er sich über den Führer der im Ort stationierten Wehrmachtseinheit, der trotz mehrmaliger Aufforderung seinen Pflichten bei der Organisation des Heldengedenktages nicht nachkäme.[79] Während im Detmolder Landestheater noch einmal mit großem Brimborium vom Kreisleiter die aus dem Vermächtnis

der Gefallenen abzuleitende Opferbereitschaft zitiert und an die Durchhaltebereitschaft der Bevölkerung apelliert wurde, interessierte dies den Leutnant der Wehrmacht in Heiligenkirchen nicht mehr. Wieweit die Durchhalteparolen von der Realität entfernt waren, zeigte sich in Detmold am 5. April 1945, als amerikanische Truppen in die Stadt einmarschierten. Nicht einmal einen Monat nach dem letzten Heldengedenktag war in Detmold der Krieg vorbei.

Die Versuche, mittels der Heldengedenktage die Opferbereitschaft und den Durchhaltewillen der Bevölkerung zu festigen bzw. auszuweiten, hatten nicht zuletzt durch den Kriegsverlauf ihre legitimierende Basis verloren. Da dabei auch das 'Führerbild' an Faszination verlor, blieben den Veranstaltern nur noch wenig überzeugende Argumente, um auf die Bevölkerung einzuwirken. Hatte man – mit Abstrichen – bis 1942 die Kriegsbereitschaft noch einmal zu steigern vermocht, bekamen die Veranstaltungen danach mehr und mehr den Charakter von Durchhaltefeiern.

Fazit

Das Gefallenengedenken in Detmold war, wie im Reich insgesamt, während derAnfangsjahre des Nationalsozialismus (1933–35) ein politischer Totenkult. Redebeiträge sowie Ablauf und Symbolik lehnten sich an bekannte Formen und Zeichen aus dem christlichen und militärischen Ritus an. Das jährlich wiederholte Ritual nutzten die Nationalsozialisten als 'Einfallstor', um die Integration der Bevölkerung unter das völkische Nationskonzept zu erreichen. Ab 1935 übernimmt die Wehrmacht die Organisation des Festtages. Bis 1937 verschwinden die Kirchenvertreter aus der öffentlichen Hauptveranstaltung und der VDK, ursprünglicher Initiator der Veranstaltung, hat nur noch zweitrangige Bedeutung. Bereits vor 1933 bestand in weiten Kreisen der deutschen Bevölkerung ein ideologischer Konsens (empfundene Demütigung durch die Bestimmungen des Versailler Vertrages, Ablehnung der pluralistischen Staatsform und Sehnsucht nach einer starker Führungspersönlichkeit) mit zentralen Positionen des Nationalsozialismus. Dies wurde nicht zuletzt in den Volkstrauertagsfeiern vor 1933 deutlich.

Die gemeinsame Basis bildeten Forderungen und Wunschvorstellungen, die sich aus einem gekränkten nationalen Selbstbewußtsein ergeben hatten. Hitler bot sich in seinem Erscheinungsbild wie eine nationale Rettergestalt als geeignete Projektionsfläche der Hoffnungen an. Im Image Hitlers verbanden sich identitätsstiftende Symbolik und festgefügte Werte in Anbindung an traditionelle und mythische Deutungen der deutschen Geschichte sowie mit der 'Volksgemeinschaft' ein integrierendes Gerechtigkeitsideal. Diese Einladung zu einschlägigen Denkmustern wurde von vielen in der Bevölkerung dankbar angenommen, so zum Beispiel von den Detmolder Presseredakteuren und der

Militärgeistlichkeit. Hier lag eine zentrale Legitimationsbasis des Hitlerregimes. Bestätigt und bestärkt wurde der Glaube an die hervorragenden Fähigkeiten des Führers durch politische Ereignisse, von denen einige wichtige zeitlich mit dem Heldengedenktag zusammenfielen: Der Flaggenerlaß 1933 und die Umbenennung der Feier 1934 in 'Heldengedenktag' waren geplante Schritte und auf die Gedenktermine abgestimmt. Demgegenüber waren die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht 1935, die militärische Besetzung des Rheinlandes 1936 und die Annexion Österreichs willkommene Anlässe zur Zelebration des Mythos, von denen sicherlich auch die Planer der Feierlichkeiten überrascht waren. In jedem Jahr bot sich den Veranstaltern auf diese Weise Gelegenheit zur Reproduktion des Führerkults, wobei die Chancen, 'Gläubigkeit' zu erzeugen, in den Jahren sensationellen Erfolges am größten gewesen sein dürften. Den Detmolder Militärs konnte man getrost die Organisation des Tages überlassen, denn in ihren Reden transportierten die Offiziere bereitwillig die NS-Ideologie hinsichtlich der erwünschten Soldatentugenden. Durch die Reproduktion des Mythos verstärkten die Standortältesten der Wehrmacht die Mobilisierungspotenzial des 'Dritten Reiches' und bereiteten die Bevölkerung und insbesondere ihre Rekruten mental auf den Waffengang vor. Die Wiederkehr des Mythos potenzierte die politische Instrumentalisierung des Festtages. Seine flexible Struktur eröffnete die Möglichkeit, auf die verschiedensten Facetten der Sehnsüchte des Volkes zu antworten. Wichtige Multiplikatoren der öffentlichen Meinung unterstützten rund um den Kriegstotenkult Hitlers Führung und vermittelten Begeisterung für die Erfüllung immaterieller, irrationaler Bedürfnisse. Der menschenverachtende, das Individuum verhöhnende Charakter des Regimes findet sich in den Zeugnisse ihrer Wahrnehmung nicht direkt wieder.

Die anfänglichen Erfolge während des Krieges sorgten dafür, daß der Heldengedenktag weiterhin im Sinne nationalsozialistischer Ideen eingesetzt werden konnte. Der Führerkult erhielt zusätzliche Nahrung und wurde demgemäß zelebriert. Als sich die Kriegslage änderte und nicht nur an den Fronten, sondern auch in der Heimat die zu erbringenden Opfer immer gewichtiger wurden, begann die Zersetzung des Mythos'. Mit ihm verfiel auch die Möglichkeit, ihn am Heldengedenktag erfolgreich zu instrumentalisieren. Dies wurde von Partei und Wehrmacht trotzdem weiterhin versucht; die Bevölkerung sollte zu Opferbereitschaft und Durchhaltewillen bewegt werden, indem vor allem die bisherigen Opfer zu 'Einklägern' deklarierte.

Anmerkungen

1. In den letzten Jahren hat sich das Interesse an diesem Thema in der Auseinandersetzung mit anthropologisch orientierten Forschungsansätzen verstärkt. Der Blick richtet sich auf Rituale und Symbole, die 'Selbstdeutungen' der Teilnehmer und die

gesellschaftliche Funktion der Feste. Vgl. dazu folgende Aufsätze und Aufsatzsammlungen: Hugger, Paul (Hrsg.), Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, Stuttgart 1987; Düding, Dieter u.a. (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum ersten Weltkrieg, Reinbek 1988; Hettling, Manfred/Nolte, Paul (Hrsg.), Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993; Freitag, Werner, Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der „Tag von Potsdam", in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 379-430.

2. Vgl. Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 5, Heidelberg 1986, S. 385-388; Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland, S. 302-305; Schneider, Gerhard, „ ... nicht umsonst gefallen? Kriegerdenkmäler und Kriegstotenkult in Hannover, Hannoversche Geschichtsblätter, Sonderband, Hannover 1990, S. 224-229; Vondung, Klaus, Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus, Göttingen 1991, S. 76.
3. Kershaw, Ian, The 'Hitler Myth'. Image and Reality in the Thrid Reich, Oxford 1987.
4. Weber, Max, Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Erster Halbband, Tübingen [5]1976, 140-148.
5. Ders., Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen [3]1968, S. 481.
6. Staercke, Monika, Die Gleichschaltung der Presse im Land Lippe in der ersten Hälfte des Jahres 1933, in: Lippische Mitteilungen 44 (1975), S. 160-200.
7. Zu Sozialstruktur, politischen Selbstverständnis und Zielen des in der gesamten Republik agierenden VDK: Zililen, Johann, Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V." in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum politischen Denkmalskult zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Archiv für Kulturgeschichte 75 (1993), S. 445-478.
8. Schellack, Nationalfeiertage, S. 189-191, S. 231-234 und 266-268; Lurz, Meinold, Kriegerdenkmäler Bd. 4, Heidelberg 1985, S. 413-426.
9. LLZ vom 2.3.1926 und LLZ vom 21.2.1932.
10. In Lippe beging man den Volkstrauertag am fünften Sonntag vor Ostern, dem Passionssonntag Reminiscere (= Erinnern).
11. LLZ vom 21.2.1929.
12. LLZ vom 28.2.1926. Wie viele der Zeitungskommentare erschien auch dieser ohne Verfasserkürzel. Der Inhalt entspricht der VDK-Position. Entweder war der Artikel von einem VDK-Mitglied verfaßt oder die Position war im Umfeld der DVP-nahen, auflagenstärksten Tageszeitung Lippes schon Konsens. Nur ein einziges Mal druckt das „Volksblatt", das Parteiorgan der Lippischen SPD, in der Zeit von 1925–1929 einen Artikel zum Volkstrauertag, am 27.2.1926. Hier erfuhr der Tag und das Gedenken eine andere Deutung: Die Lebenden trauerten um die Toten, deren Tod eine Anklage gegen den Völkermord und deren Verursacher sei. Der Sinn der Trauer liege in dem „Bekenntnis zur Idee des Friedens und der Verbrüderung".
13. LK vom 1.3.1933, Erlaß der Lippischen Landesregierung: „[...] als Versammlungen und Aufzüge unpolitischer Art gelten an diesem Tage nur die Veranstaltungen der nationalen Parteien und Verbände sowie der privilegierten Krieger- und Militärvereine und sonstigen Vereine ohne politischen Charakter [...]".
14. LLZ vom 12.3.1933.
15. Vgl. Ribbe, Wolfgang, Flaggenstreit und Heiliger Hain. Bemerkungen zur nationalen Symbolik in der Weimarer Republik, in: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag, Berlin 1972, S. 175-188.

16. LLZ vom 13.3.1933.
17. Das sozialdemokratische Volksblatt war zu diesem Zeitpunkt schon verboten und das Pressehaus von Nationalsozialisten besetzt.
18. LLZ vom 13.3.1933 und LK vom 14.3.1933.
19. Lurz, S. 383-384.
20. Die Fahnenkompagnie zeigt die Stammlinien der Truppenteile eines Armeestandorts, indem sie die Fahnen der alten Regimenter mit sich führt, vgl. Stein, Hans-Peter, Symbole und Zeremoniell in deutschen Streitkräften vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Herford/Bonn 1984.
21. LStZ vom 26.2.1934. Der Pressebericht nennt SA, SS, SA-Sportschulen und Jungvolk.
22. Ebd.
23. Vgl. Vondung, S. 117. Die Abfolge von Musik und Wortbeiträgen glich dem christlichen Ritus, das Gelöbnis auf Hitler fand eine Entsprechung im Glaubensbekenntnis.
24. LLZ vom 23.2.1934.
25. Vgl. Tilgner, Wolfgang, Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933), in: Horst Zilleßen (Hrsg.), Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalsozialismus, Gütersloh 1970, S. 135-171.
26. StA Detmold, L113/250, Bl. 23. Die HJ-Fahne wurde nicht zum Feldaltar zugelassen. Der Grund könnte in der Tatsache liegen, daß unter der HJ-Fahne keine opferbereiten Kämpfer für das Vaterland getötet worden waren.
27. RdErl. d. RuPrMdI vom 22.2.1935, im StA Detmold L76, B1j.
28. Zu den folgenden Ausführungen siehe LLZ und LStZ vom 19.3.1935.
29. Nach dem Bericht der LLZ, ebd., war „Die Einwohnerschaft ohne Ausnahme Teilnehmer" der Veranstaltung.
30. Ebd.
31. Mt 13, 1-23; Mk 4, 1-20; Lk 8, 4-15.
32. StA Dt., L113/251, Bl. 342-33: Anweisungen des Reichskriegsministers Blomberg vom 27.1.1936; StA Detmold: Anweisungen der Gaupropagandaleitung Westfalen-Nord vom 27.2.1936, L113/251, Bl. 30-31; StA Detmold, L113/256, Bl. 24: Anweisungen der Kreisleitung Detmold vom 16.2.1937; StA Detmold, L113/856, Bl. 306-308: Anweisungen der Gaupropagandaleitung Westfalen-Nord vom 6.3.1939.
33. StA Detmold, L 113/203, Bl. 40 und 42; StA Detmold, L 113/474, Bl. 159 und 162.
34. Vgl. Kershaw, 'Myth', S. 126-127 und 133.
35. LStZ vom 10.3.1936.
36. Vgl. Kershaw, 'Myth', S. 71, 77 und 126-129; für Detmold vgl. ebenso den Bericht über den Fackelzug der SA Standarte 55 in: LStZ vom 8.3.1936.
37. LStZ vom 10.3.1936.
38. Ebd.
39. Ebd.
40. StA Detmold L 113, Nr. 203, Bl. 15.
41. StA Detmold, L 113/251, Bl. 30-31. Der Gaupropagandaleiter des Gaues Westfalen-Nord betonte in einem Rundschreiben an alle Kreisleiter und Kreispropagandaleiter vom 27.2.1926 den Effekt von Aufmärschen zum Heldengedenktag. Partei und Armee sollte gemeinsam zu eindrucksvollen Aufmärschen verholfen werden.
42. StA Detmold, L 113/203, Bl. 33.

43. LStZ vom 19.2.1937. Der in der Zeitung veröffentlichte Zeitplan des Heldengedenktages sah nach dem Fahnenappel um 7.00 Uhr den Aufmarsch am Kaiser-Wilhelm-Platz bis 11.30 vor.
44. StA Detmold, L 78, Bij; LStZ vom 23.2.1937; für die veröffentlichte Anordnung des Propagandaministers 1938 vgl. LStZ vom 10.3.1938; für die Anweisungen der Kreisleitung vgl. LStZ vom 13.3.1938; ebenso LStZ vom 15.3.1938; für die veröffentlichte Anordnung des Propagandaministeriums 1939, die auch für den Montag nach dem Heldengedenktag am 13.3.1939 zur Erinnerung an die Besetzung Österreichs vollstock vorsah, vgl. LStZ vom 12.3.1939; vgl. hierzu auch Schellack, Nationalfeiertage, S. 302; Vondung, Magie, S. 76.
45. Für beide Zitate siehe LStZ vom 23.2.1937.
46. StA Detmold, L 113/203, Bl. 15; LStZ vom 19.2.1937.
47. StA Detmold, L 76, Bij; Anweisungen zum Heldengedenktag 1936 seitens Reichskriegsminister von Blomberg, StA Detmold, L 113/251, Bl. 32-33; ferner für 1936 das Rundschreiben der Gaupropagandaleitung Westfalen-Nord an alle Kreisleiter und Kreispropagandaleiter, StA Detmold, L 113/251, Bl. 30-31.
48. LStZ vom 23.2.1937.
49. Vgl. Kershaw, 'Myth', S. 126-132; ders., Hitlers Macht. Das Profil der NS-Herrschaft, München 1992, S. 120-129.
50. LStZ vom 15.3.1938; alle Zitate in diesem Textabschnitt ebd.
51. LStZ vom 14.3.1939.
52. Ebd.
53. Vgl. ähnliche Zahlenangaben für die Vorjahre: LStZ vom 23.2.1937 und vom 15.3.1938.
54. LStZ vom 23.2.1937; LStZ vom 15.3.1938; LStZ vom 14.3.1938. Insgesamt handhabte man die Marschfolge in den drei Jahren allerdings nicht einheitlich.
55. LStZ vom 14.3.1939.
56. Ebd.
57. Vgl. Ackermann, Volker, Nationale Totenfeiern in Deutschland. Von Wilhelm I. bis Franz Josef Strauß. Eine Studie zur politischen Semiotik. Stuttgart 1990, S. 250; Vondung, Magie, S. 39-47.
58. Vgl. StA Detmold, L 76, Bij; zitiert nach StA Detmold, L 113/265, Bl. 24.
59. Die Abwesenheit eines reformierten Geistlichen könnte ein Indiz für die Spannungen zwischen der Kreisleitung und der Lippischen Landeskirche sein. Bis in den Spätherbst 1936 hatten Partei und Kirche eine Auseinandersetzung um die Autonomie der Lippischen Landeskirche geführt. Vgl. Bödeker, Heinrich, Gefahr und Rettung. Die Lippische Landeskirche unter dem Nationalsozialismus 1933–1945, in: Heimatland Lippe 77 (1984), S. 145-155 und S. 205-212.
60. Vgl. Programm für die „militärische Gedenkfeier", LStZ vom 10.3.1938; entsprechend für 1939 LStZ vom 9.3.1939.
61. LStZ vom 12.3.1939.
62. Vgl. Lurz, Kriegerdenkmäler Bd. 5, S. 72-76.
63. Schneider zählt die Ansprache eines Militärgeistlichen zu den spezifischen Bestandteilen des Gefallenengedenkens vom Ende der 1870er Jahre über die 1920er Jahre bis in die Gegenwart. Er liefert für die Zeit der Weimarer Republik nahezu durchgehend Belege für die Beteiligung der Geistlichen an den Volkstrauertagen in Hannover, u.a. noch zur Heldengedenktagsfeier 1934. Vgl. Schneider, Kriegstotenkult, S. 107, 105, 171-179 und S. 223.

64. Vgl. Programm der Gottesdienste für Detmold am 21.2.1937, LStZ vom 20.2.1937; Programm der Gottesdienste für Detmold am 13.3.1938, LStZ vom 12.3.1938.
65. so zumindest der Redakteur der LStZ vom 12.03. 1940
66. vgl. LStZ vom 12.03. 1940
67. vgl. hierzu: Kershaw, Ian, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980, S. 135 (= Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Nr. 41)
68. LStZ vom 18.03. 1940; alle Zitate in diesem Textabschnitt ebd.
69. Die Idee dahinter war, daß nun der Tod der Soldaten des Weltkrieges mit Sinn erfüllt würde, ihr Kämpfen für Deutschland nicht umsonst gewesen sei. Das von Ihnen begonnene Werk sollte nun erfolreich zu Ende gebracht werden. Ihnen war man verpflichtet, genauso wie den Gefallenen des neuen Krieges, die für eben diese Ziele schon gefallen waren.
70. LStZ vom 16.03. 1942
71. Vgl.: ebd.
72. Vgl. hierzu: Kershaw, Hitler-Mythos, S. 170
73. Vgl. Stanort-Sonderbefehl vom 10.03. 1943, StA Detmold L113/698, Bl. 149
74. LStZ vom 22.03 1943
75. LStZ vom 13.03. 1943
76. Ebd.
77. Ebd.
78. LStZ vom 12.03. 1945
79. siehe hierzu: StA Detmold L113/1069, Bl. 137

Quellen

Lippische Landeszeitung
Lippischer Kurier
Lippische Staatszeitung
Bestand L113 im StA Detmold (Schriftverkehr der Kreisleitung Detmold/Lippe)
Bestand L76 im StA Detmold (Rundschreiben, Erlasse, Bestimmungen der nationalsozialistischen Regierung und Ministerien)

Literatur

Düding, Dieter u.a. (Hrsg.), Öffentliche Festkultur. Politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum ersten Weltkrieg, Reinbek 1988
Freitag, Werner, Nationale Mythen und kirchliches Heil: Der „Tag von Potsdam", in: Westfälische Forschungen 41 (1991), S. 379-430
Hettling, Manfred/Nolte, Paul (Hrsg.), Bürgerliche Feste. Symbolische Formen politischen Handelns im 19. Jahrhundert, Göttingen 1993
Hugger, Paul (Hrsg.), Stadt und Fest. Zur Geschichte und Gegenwart europäischer Festkultur, Stuttgart 1987
Kershaw, Ian, The 'Hitler Myth'. Image and Reality in the Thrid Reich, Oxford 1987
Lurz, Meinhold, Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 5, Heidelberg 1986
Ders., Kriegerdenkmäler in Deutschland, Bd. 4, Heidelberg 1985

Ribbe, Wolfgang, Flaggenstreit und Heiliger Hain. Bemerkungen zur nationalen Symbolik in der Weimarer Republik, in: Aus Theorie und Praxis der Geschichtswissenschaft. Festschrift für Hans Herzfeld zum 80. Geburtstag, Berlin 1972, S. 175-188

Schellack, Fritz, Nationalfeiertage in Deutschland von 1871–1945, Frankfurt/M. 1990

Schneider, Gerhard, „ ... nicht umsonst gefallen? Kriegerdenkmäler und Kriegstotenkult in Hannover, Hannoversche Geschichtsblätter, Sonderband, Hannover 1990

Staercke, Monika, Die Gleichschaltung der Presse im Land Lippe in der ersten Hälfte des Jahres 1933, in: Lippische Mitteilungen 44 (1975), S. 160-200

Stein, Hans-Peter, Symbole und Zeremoniell in deutschen Streitkräften vom 18. bis zum 20. Jahrhundert, Herford/Bonn 1984

Tilgner, Wolfgang, Volk, Nation und Vaterland im protestantischen Denken zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus (ca. 1870–1933), in: Horst Zilleßen (Hrsg.), Volk – Nation – Vaterland. Der deutsche Protestantismus und der Nationalsozialismus, Gütersloh 1970, S. 135-171

Vondung, Klaus, Magie und Manipulation. Ideologischer Kult und politische Religion des Nationalsozialismus, Göttingen 1991

Weber, Max, Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, Tübingen ^{3}1968

Ders., Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriß der verstehenden Soziologie, Erster Halbband, Tübingen ^{5}1976

Zililen, Johann, Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V." in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum politischen Denkmalskult zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Archiv für Kulturgeschichte 75 (1993), S. 445-478

Zililen, Johann, Der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V." in der Weimarer Republik. Ein Beitrag zum politischen Denkmalskult zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, in: Archiv für Kulturgeschichte 75 (1993), S. 445-478

Harald Pilzer

Die Lippische Landesbibliothek als nationalsozialistische Weltanschauungsbücherei

Vorbemerkung

Im folgenden soll versucht werden, die ersten Jahre der Lippischen Landesbibliothek in der Zeit des 'Dritten Reiches' und unter dem beginnenden Direktorat Eduard Wiegands bis ca. 1937/38 ausschnittsweise darzustellen. Zu zeigen ist, welchen gestaltenden Einfluß die von den Nationalsozialisten selbst als Machtergreifung und Revolution apostrophierte Regierungsübernahme auf die Lippische Landesbibliothek hatte, wie sich die Bibliothek unter der Leitung eines überzeugten Nationalsozialisten entwickelte, und wie Direktor Eduard Wiegand die Bibliothek vor allem der NSADP gegenüber zu positionieren suchte.

Diese auf einige Abläufe aus der Geschichte der Landesbibliothek beschränkten Ausführungen können nur als Bestandteil einer zu erarbeitenden Gesamtdarstellung der Geschichte der Landesbibliothek zwischen 1933 und 1945 sein. Wichtige Bereiche wie die konkrete Bestandsentwicklung, die Erwerbung großer und wichtiger Sammlungen – in diesem Band geht Klaus Nellner auf die Erwerbung des Grabbe-Archivs Alfred Bergmann ein –, die Aufgabenstellung der Landesbibliothek bezüglich des öffentlichen kommunalen Bibliothekswesens, der Ausschluß der jüdischen Leserinnen und Leser oder die Situation der Bibliothek während des Krieges bedürfen erst noch einer Aufarbeitung und werden Gegenstand weiterer Darstellungen sein.

Der Dienstantritt Eduard Wiegands und die Umsetzung einer neuen Bestands- und Sammlungspolitik

Im Sommer 1933 wurde die seit der Verabschiedung des Direktors des Lippischen Landesarchivs und nebenamtlichen Leiters der Lippischen Landesbibliothek Hans Kiewnings zum 31.3.1933 vakante Stelle mit dem aus Detmold gebürtigen Eduard Wiegand, einem promovierten Philologen, besetzt.[1] Wiegand, ein „Mann der münsterschen alten Garde"[2], war Mitglied der NSDAP seit 1923 bzw. seit 1925 nach ihrer Wiederzulassung, nachmaliger Träger des Goldenen Parteiabzeichens[3] und nach 1933 unbesoldeter Stadtrat und Kultur-

dezernent in Münster. Bei seiner Bewerbung konnte er trotz des Fehlens einer für den bibliothekarischen bzw. Archivdienst vorgeschriebenen Zusatzausbildung zuversichtlich sein, zumal einer Weisung Adolf Hitlers zufolge unbeschäftigten 'Alten Kämpfern' eine Arbeitsmöglichkeit verschafft werden sollte.[4] Auch konnte Wiegand auf eine mehrjärige kulturelle Arbeit für die NSDAP auf Gau- und Bezirksebene verweisen, die er auch später im Parteiauftrag nach außen und parteiintern in Fragen des Bibliothekswesens fortsetzte.[5]

Der nach dem Ausscheiden Kiewnings nicht veränderte Zustand personeller Auszehrung, unter dem die Bibliothek litt, hatte auch deren früheren, 1924 ausgeschiedenen Direktor Prof.Dr. Ernst Anemüller auf den Plan gerufen und ihn zu deutlicher Kritik veranlaßt. Die daraufhin durch die Lippische Landesregierung zur Stellungnahme aufgeforderte Oberbibliothekarin Margarethe Stahl erwiderte am 20.5.1933, daß die Landesbibliothek, solle sie nicht weiter dem Verfall preisgegeben werden, neben einer entsprechenden Dotierung ihrer Erwerbungsmittel auch unbedingt eines wissenschaftlich gebildeten Leiters bedürfe, der aber auch freilich ein bibliothekarisch ausgebildeter Fachmann sein müsse, „der die oft verwickelten bibliothekstechnischen Fragen beherrscht".[6] Diese Qualifikation brachte Wiegand jedoch nicht mit.

Eduard Wiegand wurde zunächst als wissenschaftlicher Mitarbeiter zum 1.7.1933 eingestellt und kommissarisch mit der Leitung der Landesbibliothek und des Landesarchivs betraut; seine planmäßige Anstellung in den Bibliotheksdienst erfolgte zum 1.11.1933.[7]

Wenn von einer nationalsozialistischen Machtergreifung im Kulturleben des Deutschen Reiches im ganzen und im Bibliothekswesen im besonderen gesprochen wird, so geraten sofort die propagandistisch groß aufgezogenen und ausgewerteten Bücherverbrennungen in den ersten Maiwochen des Jahres 1933, die sogenannten 'Schwarzen Listen' und die damit verbundenen Bestandsentnahmen und Bestandsvernichtungen in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Die von der Deutschen Studentenschaft, einer zur 'geistigen SA' stilisierten Zwangskörperschaft aller Studierenden, inszenierten ritualisierten und symbolträchtigen Bücherverbrennungen waren aber doch auch Ausdruck einer zu diesem Zeitpunkt wenig strukturierten nationalsozialistischen Literaturpolitik, die zunächst brachial und plakativ sozialistisches und marxistisches Schrifttum wie auch die Vertreter der literarischen Moderne angriff.[8]

Für den Sektor der Öffentlichen Bibliotheken bildeten die von den Berliner Bibliothekaren Wolfgang Herrmann, Max Wieser und Hans Engelhard zusammengestellten 'Schwarzen Listen' eine erste Handreichung zur Aussonderung des unerwünschten Schrifttums, wobei zahlreiche Bibliothekarinnen und Bibliothekare öffentlicher Bibliotheken diese neue Variante einer ja schon immer praktizierten qualifizierenden Literaturbegutachtung eher routiniert sahen und erledigten[9]. Erst die ab 1935 von der Reichsschrifttumskammer herausgegebe-

ne und regelmäßig aktualisierte 'Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums' begründete hier eine reichsweit einheitliche und von Länderregelungen unabhängige Vorgehensweise. Es ist bekannt, daß im ersten Ansturm der Bestandssäuberungen und des rabiaten Vorgehens im Mai 1933 häufig die kommerziellen, privat geführten Leihbüchereien zu den Opfern gehörten. Für Lippe ist zumindest punktuell belegbar, daß z.B. im Mai 1934, also erst mit einem Jahr Verzug, in Lage vier Leihbüchereien durch den Direktor der Lippischen Landesbibliothek auf Wunsch der Lippischen Landesregierung durchgeprüft wurden. Wiegand benutzte die damals vorhandenen Listen und stieß weniger auf politische Literatur als vielmehr auf die sogenannte Schund- und Schmutzliteratur, die den „schlechten Geschmack der Massenleser" bediente und den Anbieter mit einem „guten Leihgeschäft" belohnte. Wiegand empfahl die Entfernung der inkriminierten Titel, stellte aber auch anheim, den eigentlich zuständigen Bezirksrektor Grote mit einer erneuten oder ergänzenden Durchsicht zu befassen[10]. Über dessen Tätigkeit ist bekannt, daß er die Schüler- und Lehrerbibliotheken der kommunalen Schulen prüfte; 1935 konnte er u.a. befriedigt feststellen, daß das „Schrifttum der neuen Zeit" in diesen Sammlungen in ausreichendem Maße vertreten sei.[11] Ähnliches hatte schon die Aufbauschule in Detmold an die Oberschulbehörde im Juni 1934 vermeldet.[12] Inwieweit dieser Neuausrichtung der Bestände von der Lippischen Landesregierung einheitlich angeordnete Sichtungen und Säuberungen vorausgegangen waren, ist derzeit nicht dokumentierbar. Auf jeden Fall betrafen die auf die nichtstaatlichen, privaten oder vereinlichen sowie öffentlichen kommunalen Bibliotheken bezogenen Maßnahmen auch die seit 1912 bei der Landesbibliothek angesiedelte Landeswanderbücherei. Ihre Aufgabe war es, aus ihrem rund 9.000 Bände umfassenden Bestand die Landgemeinden Lippes für einen begrenzten Zeitraum mit einer begrenzten Sammlung von jeweils ca. 300 Bänden zu versorgen. Die Beaufsichtigung vor Ort übernahm in der Regel ein Volks- oder Gemeindeschullehrer. Die betreuende Oberbibliothekarin in der Landesbibliothek, Frau Dr. Betty Schladebach, beantwortete am 24.4.1933 die telefonische Anfrage eines Regierungsassessors nach der weltanschaulichen Ausrichtung der Bestände mit einer umfassenden schriftlichen Stellungnahme. Darin erklärte Frau Dr.Schladebach den vorhandenen Bestand an Jugendschriften für beanstandungsfrei, hielt den der Erwachsenenabteilung jedoch für durchaus sichtungswürdig und tat das, was vermutlich viele ihrer Berufskolleginnen und Berufskollegen aus eigenem Impetus, ohne staatliche Vorgaben abzuwarten, auch taten. Sie sichtete selbst und sonderte nach eigener Einschätzung aus: „Massgebend waren mir bei der kritischen Durchsicht des Kataloges die Richtlinien des Völkischen Beobachters für die Dichtung im neuen Deutschland."[13] Kongenial mit der nationalsozialistischen Bewegung als einer auch sozialen Bewegung hegte Dr. Schladebach bei den sozialen Romanen große Zweifel an der Berechtigung einer Aussonderung, zumal wenn es sich um die Romane welt-

bekannter Arbeiterdichter wie Martin Andersen-Nexös handelte, die „ein schweres Gewicht an aufbauenden, rein menschlichen Werten haben, gegen das die Klassentendenz weniger schwer wiegt."[14] Haltbar war diese Position allerdings nicht: die „Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums" indizierte später die Romane Andersen-Nexös. Ein Roman wie Alfred Döblins 'Alexanderplatz' hingegen, der als hervorragendes Beispiel sogenannter jüdischer, zersetzender Asphaltliteratur angeführt und immer mit besonderer Wut verfolgt wurde, war, so Schladebach, gar nicht erst beschafft worden, was sicherlich eher auf die Leseinteressen der lippischen Landbevölkerung denn auf ein besonderes völkisches Bewußtsein zurückzuführen gewesen sein dürfte.

In den Jahren bis 1935 wurden auch die wenigen öffentlichen Volks-, Gemeinde- und Stadtbücherein durch Mitarbeiter der Landesbibliothek gesichtet. Eine Bestandsaufnahme für den 1.4.1935 nannte sechs ortsfeste Büchereien in Horn, Lemgo, Brake, Schötmar, Blomberg und Barntrup mit insgesamt knapp 8.000 Bänden. Da allein auf die Volksbibliothek und Lesehalle der G.A.B. Schierenberg-Stiftung in Horn 4.600 Bände entfielen, waren die anderen Bibliotheken nicht sehr viel mehr als gut gefüllte Bücherschränke. In Detmold bestand zudem als private, oder besser vereinliche Gründung die Bibliothek des Bildungsvereins, damals am Wall 13a untergebracht.[15] Direktor Wiegand konnte 1935 in seinem Jahresbericht resümierend feststellen, daß nach dieser Sichtungsaktion, über deren Umfang und Ergebnis aber keine detaillierten Unterlagen vorliegen, die Bestände nunmehr einwandfrei seien und vor allem nach der Einrichtung der 'Landesberatungstelle für volkstümliches Büchereiwesen' im Jahre 1935 auch eine Aufsichtsinstanz über die kommunalen und kirchlichen öffentlichen Bibliotheken bestünde:

> Der Bücherbestand der Volksbüchereien ist durch ihre Arbeit vom verbotenen Schrifttum bereits gesäubert worden und wird darüber hinaus nach den von der Beratungsstelle ausgegebenen Richtlinien Schritt für Schritt von den veralteten, in ihrer geistigen Haltung heute wertlos gewordenen Büchern entlastet werden.[16]

Die durch die 'Aktion wider den undeutschen Geist' verursachten Verluste der wissenschaftlichen und Hochschulbibliotheken fielen im Vergleich mit denen der öffentlichen und Leihbüchereien weitaus glimpflicher aus. Auch in Münster, der Gauhauptstadt, gab es Übergriffe und Bücherverbrennungen, für die in Detmold allerdings die Deutsche Studentenschaft als Initiator und Akteur fehlte.[17] Der bereits zitierte Jahresbericht 1935 benannte für die Landesbibliothek einen Gesamtbestand von 78.782 Bänden. Die Zählung war von Frau Dr. Schladebach durchgeführt und ausführlich beschrieben worden. Dabei benannte sie als den einschneidendsten Fall einer Bestandsverminderung der letzten Jahre die große Brandkatastophe des Jahres 1921, als die oberen Stockwerke der Landesbibliothek ausbrannten.[18] Weitere Angaben über ausgesonderte oder abgegebene Bestände erscheinen nicht, vielmehr konnte die

Landesbibliothek als wissenschaftliche Bibliothek des Landes Lippe und als in einem Umkreis von 100 Kilometern einzige wissenschaftliche Bibliothek als Depotbibliothek für das verbotene Schrifttum dienen. Die Benutzungsbedingungen bzw. den Zugang zu politisch unerwünschter oder verbotener Literatur regelte in den wissenschaftlichen Bibliotheken auf Reichsebene zunächst der Erlaß der Reichs- und Preußischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vom17.9.1934.[19] Dieser erste Erlaß wurde durch den Erlaß des REM No.828 vom 3.April 1935 präzisiert, wonach die den Bibliotheken von den Gerichts- und Polizeibehörden überwiesene beschlagnahmte und zur Vernichtung bestimmte Literatur in einem Exemplar nur der nachgewiesenermaßen wissenschaftlichen Benutzung offenstehen würde.[20] Die Durchführung der Sekretierung stellte sich das Ministerium wie folgt vor:

> Die Sekretierung dieser Literatur ist nicht dadurch vollzogen, daß sie im Dienstzimmer irgend eines leitenden Beamten aufgestellt wird, sondern sie ist in einer besonderen Abteilung der Bibliothek, die ständig unter Verschluß zu halten ist, durchzuführen, zu der auch nur die zur Überwachung dieser Literatur bestimmten Beamten Zutritt haben dürfen. Diese sind dafür verantwortlich, daß die Bestimmungen für die Benutzung gewissenhaft beachtet werden und daß diese Literatur auch denjenigen Bibliotheksbeamten vorenthalten bleibt, die nicht unmittelbar mit der Beachung zu tun haben.[21]

Im März 1936 folgte die erneute Aufforderung nach Sekretierung der verbotenen Literatur, diesmal unter Zuhilfenahme der „Liste1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums".[22] Die Liste trug den Vermerk „Streng vertraulich!" und galt als Staatsgeheimnis im Sinne des Strafgesetzbuches. Sie sollte nur den Bibliotheksleitern und ihren Vertretern im Amt zugänglich gemacht werden und war zudem mit einer einem Verteilungsplan folgenden Numerierung versehen. Das Exemplar für die Landesbibliothek trägt die Nummer 409.[23] Es folgten in den Jahren danach verschiedene Ergänzungen [24] und ab 1938 die „Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums",[25] die anschließend um Jahreslisten ergänzt wurde.[26] Diesmal hatten die Exemplare für die Landesbibliothek die Nr. 05118. In der Präsentation ihrer Bestände stand die Landesbibliothek als reine Magazinbibliothek vor nicht allzu großen Problemen: die Bücher waren mit Ausnahme des Referenzbestandes im Lesesaal sowieso nicht frei zugänglich. Ebenso wurde in der Auslage von Zeitschriften das Angebot vollständig oder nahezu vollständig ausgewechselt.[27] Selbstverständlich stellte Wiegand auch die Erwerbungspolitik seiner Bibliothek ganz auf die neue Zeit um. 1938 bezeichnete er es in einem Beitrag für den 5. Nationalsozialistischen Kalender für Lippe als eine seiner hervorragendsten Aufgaben, die Bestandpolitik ganz unter dem Gesichtspunkt der neuen, der nationalsozialistischen Wertordnung zu betreiben, um die Bibliothek aus einer nicht mehr zeitgemäßen Position des l'art-pour-l'art herauszuführen, und um sie in den politischen

Kampf um die Seele des deutschen Volkes einzubringen.[28] Im Vordergrund eines der nationalsozialistischen Weltanschauung dienenden Bestandsaufbaus mußte daher, so Wiegand, die wissenschaftliche Literatur treten, die die nationalsozialistischen Höchstwerte Rasse und Volk in Weltanschauungslehre, Geschichte, Sippenkunde, Vorgeschichte, Rassenkunde und Vererbungslehre präsentierte.[29] Doch wäre dies allein ein zu schmales Bibliotheksprogramm gewesen. Zudem betraf auch die Lippische Landesbibliothek das, was Richard Sander auf dem Bibliothekartag 1937, dem Jahreskongreß der wissenschaftlichen Bibliothekare, als das „negative Hauptmerkmal" der Landesbibliotheken genannt hatte: das Fehlen einer Universität im Einzugsgebiet der Bibliothek respektive die Übernahme der Literaturversorgung einer Hochschule als ständiges Regulativ der Erwerbung und Benutzung.[30] Aus dieser Situation heraus konnte es auch für die LLB nur in Frage kommen, sich auf mehreren Feldern zu profilieren und neben der Befriedigung des „Wissenschaftsverlangen aller Volksschichten" die landeskundlichen Aufgaben der Sammlung, Verzeichnung und Erschließung des auf Lippe bezogenen Schrifttums zu übernehmen, sich die Aufgaben einer Landesberatungsstelle für die öffentlichen Bibliotheken übertragen zu lassen, Nachlässe bedeutender lippischer Persönlichkeiten zu erwerben zu versuchen und vor allem auch durch Ausstellungen und Vorträge nach außen zu wirken zu suchen.[31] Ein solches Programm war allerdings unter den gegebenen Umständen einer äußersten Mittelknappheit, die Wiegand im internen Schriftverkehr und öffentlich in seinem Artikel im Nationalsozialistischen Heimatkalender beklagte, und die auch die Bibliothek an den Rand der Arbeitsfähigkeit brachte, nicht umzusetzen.[32] Der allgemeine Mangel an Erwerbungsmitteln vertrug sich, so Wiegand 1936, nicht mit dem Anliegen des Reichsstatthalters und Gauleiters Alfred Meyer, Lippe zu einem „Herzlande der deutschen Kulturpflege" zu machen.[33]

Wiegand konnte in der Mittelfrage Erfolge verbuchen und 1938 auf eine Steigerung des Erwerbungsetats verweisen. Es gelang ihm auch, den eingeschlagenen Weg, bedeutende Sammlungen für die Bibliothek zu erwerben, erfolgreich fortzusetzen, dessen spektakulärstes Beispiel sicherlich die Übernahme der außergewöhnlichen Grabbe-Sammlung Alfred Bergmanns zwischen 1936 und 1938 darstellte. Festzuhalten bleibt jedoch, daß mit der Übernahme weiterer Sammlungen auch eine Tendenz weg von den Aufgaben einer wissenschaftlichen Gebrauchsbibliothek und hin zur Musealisierung der Bibliothek begründet wurde, die sich in Dauerpräsentationen im Hause und vielfach in Ausstellungen außerhalb der Bibliothek niederschlug, womit man sich andererseits dem andauernden Inszenierungs- und Selbstdarstellungsdruck seitens der Partei und ihrer Größen beugte.

Daß die Bibliotheken, insbesondere die öffentlichen, und die von ihnen veranstalteten Buchausstellungen als ein wichtiges Instrument zur Verbreitung und Vermittlung nationalsozialistischer Inhalte angesehen wurden, war ein oft wie-

derholter Topos nationalsozialistischer Büchereipolitik und auch für die wissenschaftlichen und Universitätsbibliotheken ist ein deutlicher Wandel ihrer Öffentlichkeitsarbeit nach 1933 festgestellt worden.[34] Bereits kurz nach seinem offiziellen Dienstantritt organisierte Wiegand 1933 eine Weihnachtsausstellung, die dem kulturpolitischen Anspruch folgte, Leserinnen und Leser mit den Grundlagen der nationalsozialistischen Weltanschauung vertraut zu machen. Das Themenspektrum reichte von der Vor- und Frühgeschichte über die Erd- und Rassenkunde bis hin zur Eugenik. Die Presse berichtete ausführlich und druckte auch das einschlägige Bücherverzeichnis ab.[35] Die Eröffnung nahmen Staatsminister Riecke und Landesschulrat Wollenhaupt vor, dem wiederum die Thematik der Austellung sehr genehm sein mußte, hatte er doch im Mai 1933 vor der Lehrerschaft des Landes die Frage genannt, die an jeden Erzieher nunmehr gestellt werden würde: „Wie stehst Du zur Rassenfrage?"[36]

Es gelang Eduard Wiegand bereits 1935, im zweiten Obergeschoß auf der Südseite einen Vortrags- und Ausstellungsraum einrichten zu lassen, der in den Folgejahren verschiedenen Ausstellungen Platz bot, sei es eine Bandel-, Wagner- oder Lortzing-Ausstellung, bis auch diese Räume dauerhaft zur Aufbewahrung von Sammlungen genutzt wurden, wie das mit dem gegenüberlichen nördlichen Gebäudeteil seit Unterbringung des Grabbe-Archivs geschehen war.

Entstehung und Einsatz der Zeitgeschichtlichen Sammlung

Brannten im Mai 1933 in vielen Städten Deutschlands die Scheiterhaufen der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen und waren oftmals die Bestände der öffentlichen Bibliotheken davon betroffen gewesen, so konnte sich Eduard Wiegand 1938 rühmen, diese simple Politik nicht mitverfolgt zu haben: In Lippe seien zwar die Bestände der Volksbüchereien gesäubert worden, die „volksschädliche, seichte oder veraltete Literatur" sei aber nicht „wahllos verbrannt", sondern „in ihren wichtigsten Erzeugnissen als ein geschichtlich wertvolles und aufschlußreiches Dokument der Zeit der zeitgeschichtlichen Sammlung der Landesbibliothek überwiesen" worden.[37] Diese Zeitgeschichtliche Sammlung wurde von Eduard Wiegand seit 1933 zielstrebig aufgebaut und sollte außer Druckschriften, Plakaten, Photos, Zeitungen, Handzetteln und Rundschreiben der NSDAP sowie persönlichen Erinnerungen das Schrifttum und anderes Material der parteipolitischen und weltanschaulichen Gegner der NSDAP versammeln, das einem, wie Wiegand 1938 schrieb, „psychologisch zwar verständlichen, im Grunde genommen aber unzweckmäßigen Zerstörungseifer"[38] zum Opfer zu fallen drohte. Beiträger dieser Sammlung waren Wiegands Parteigenossen, die Druckschriften oder handschriftliche Erinnerungen an die Aufbauzeit der NS-Organisationen, ihrer Vorläufer und die sogenannte Kampfzeit beisteuerten[39]. Darüberhinaus erhoffte sich Wiegand und er-

hielt auch behördliches Aktenmaterial, das er der Sammlung einverleibte. Desweiteren wurde der Landesbibliothek beschlagnahmtes verbotenes Schrifttum übergeben, was sich anhand einiger weniger in der Bibliothek vorhandener Schriften belegen läßt.[40]

Wiegand konnte für sich beanspruchen, als Landesarchiv- und Landesbibliotheksdirektor eine gleichsam staatliche Hoheitsfunktion bezüglich der Sichtung und Archivierung des parteipolitischen und Aktenmaterials auszufüllen; eine parteiamtliche Bestätigung seiner Tätigkeit, die unter Umständen wichtiger und einen Schutz vor der Pflicht zur Abgabe von Beständen bilden konnte, mußte hingegen noch unbedingt erreicht werden.

Es ist anzunehmen, daß Eduard Wiegand und der mit ihm im freundschaftlichen Kontakt stehende Leiter des Münsteraner Gauarchivs für den Gau Nordwestfalen-Lippe, Eduard Schulte, der zugleich Münsteraner Stadtarchivdirektor war, sich einig waren in ihrem Bemühen, die regionale Geschichte der völkischen und nationalsozialistischen Bewegung und ihrer Gegner umfassend zu dokumentieren und die materiellen Zeugnisse in Form von Druckerzeugnissen, Photographien, Plakaten und dergleichen zu erfassen. Bis in die ersten Kriegsjahre hinein lieferte Wiegand auch Doppelstücke von Schriften und anderem Material an das Gauarchiv in Münster ab.[41] Schulte und Wiegand verstanden sich als nationalsozialistische Zeitgeschichtler und das Vorbild ihrer Sammlungs- und Dokumentationstätigkeit war die in München durch Friedrich Josef Maria Rehse, einen Photographen und nachmaligen ausschließlichen Sammler, zustande gekommene und nach ihm benannte „Sammlung Rehse“[42]. Rehses 1914 einsetzende Sammeltätigkeit betraf zunächst nur Dokumentarisches zum Weltkrieg; nach dem Kriege kamen Photographien, Plakate, Druckschriften, Handzettel und Flugblätter hinzu, was schließlich in ein privates ‘Archiv für Zeitgeschichte und Publizistik’ mündete. Frühzeitig mit der völkischen Bewegung respektive der NSDAP in Kontakt gekommen, wurde die Sammlung 1929 von der NSDAP übernommen und nach einer Interimslösung ab 1935 repräsentativ untergebracht. Sie wurde unter Leitung ihres Gründers neben dem Hauptarchiv der NSDAP geführt und ihre Bestände mehrfach zu großen Propagandaausstellungen wie der „Anti-Komintern-Ausstellung“ 1936 oder der Ausstellung „Der ewige Jude“ 1937 herangezogen[43]

Die Zeitgeschichtliche Sammlung wurde 1937 im Erdgeschoß bzw. Hochparterre der Lippischen Landesbibliothek eingerichtet und umfaßte zu diesem Zeitpunkt einem statistischen Bericht zufolge mehrere zehntausend Einzelstükke.[44] Die Unterbringung im Hochparterre, wo sich auch das Direktorzimmer befand, sicherte zugleich die in den genannten Erlassen enthaltene Beschränkung des persönlichen Zugangs zu verbotenem Schrifttum. In seinem Sammeleifer schreckte Wiegand anscheinend auch nicht davor zurück, auch solche Materialien zu übernehmen, die offenen Terror- und Willkürakten des NS-Staates und der Massenorganisationen der NSDAP enstammten. So wurden

beim Brand der Detmolder Synagoge entwendetes Tempelgerät, Ritualgegenstände und Thorarollen der Zeitgeschichtlichen Sammlung zugeführt, wobei der Begründer der Grabbe-Sammlung und Bibliothekar der Landesbibliothek Alfred Bergmann seinem damaligen Vorgesetzten kein gutes Zeugnis auszustellen vermochte: „Wenn es sich um die Vermehrung des Zeitgeschichtlichen Archivs handelte, dann kannte er keine Bedenken".[45] Im Zuge der 1944 vorgenommenen kriegsbedingten Auslagerung der wertvollsten Bestände der Lippischen Landesbibliothek wurden auch wesentliche Teile der Zeitgeschichtlichen Sammlung in ein Salzbergwerk in Grasleben bei Helmstedt verbracht, wo einige Bestandsverluste infolge von Plünderungen und Brandstiftungen eintraten. Weitere Verluste waren dem totalen Kriegseinsatz 1945 geschuldet. So antwortete Direktor Wiegand auf die am 1.3.1945 an ihn im Rahmen der Spinnstoffsammlung gestellte Aufforderung, alle Vorhänge abzuliefern, daß dies nicht möglich sei, da wertvolle Sammlungsgegenstände einen Schutz gegen direkte Sonneneinstrahlung benötigten. Guten Willen hingegen habe die Landesbibliothek bereits im Januar 1945 bewiesen:

> Stattdessen wurde neben 6 grossen entbehrlichen Gardinen auf die gesamte Sammlung von Transparenten aus der Kampfzeit aus der Zeitgeschichtlichen Sammlung der Landesbibliothek im Umfange von mehreren 100qm guten Spinnstoffes verzichtet und dieser Bestand der öffentlichen Spinnstoffsammlung übergeben.[46]

Im Sommer 1945 wurden auf Bergmanns Initiative hin die deponierten Kisten und Pakete vom Bergungsort wieder nach Detmold zurücktransportiert und, wie Bergmann später schrieb, wurde auch das Zeitgeschichtliche Archiv wieder in der gewohnten Form eingerichtet,[47] was aber auch die Aufrechterhaltung eines Zustandes fehlender Erschließung und Verzeichnung bedeutete, da erst in den sechziger Jahren ein in der Bibliothek verbliebener Bestand von rund 2.000 Druckschriften erschlossen wurde. In die unmittelbare Nachkriegszeit war ein Beschluß der Britischen Militärregierung und der Lippischen Landesregierung gefallen, die Sammlungsgegenstände der Landesbibliothek zu übereignen.[48] Neben den in der Landesbibliothek verbliebenen Schriften liegt heute ein umfangreicher Bestand an Archivmaterialien im nordrhein-westfälischen Staatsarchiv Detmold.[49]

Die Zeitgeschichtliche Sammlung und die Erinnerungsaustellungen

Die Sammlungsgegenstände des Zeitgeschichtlichen Archivs und Parteiarchivs Westfalen-Nord, Zweigstelle Lippe, lieferten gleichsam den Rohstoff für die ab 1936 von der Landesbibliothek ausgerichteten Erinnerungsausstellungen, die zum Festprogramm der alljährlich mit großem Pomp in Lippe veranstalteten Erinnerungstreffen aus Anlaß des lippischen Wahlkampfes 1933 gehörten. Eine

erste Erinnerungsausstellung im Jahre 1936 wurde nach Wiegands Worten von Gauleiter Alfred Meyer angeregt und sollte zunächst am Traditionsort Hotel Kaiserhof in Detmold, dem Stand- und Hauptquartier der nationalsozialistischen Wahlkämpfer des Jahres 1933 stattfinden.[50] Aus propagandistischen Gründen wurde die Ausstellung dann in den großen Festsaal des Landestheaters verlegt, weil man sich dort eine bessere Wirkung auf die Ehrengäste erhoffte, die im Anschluß an den Vorbeimarsch der alten Kämpfer noch die Ausstellung hätten besichtigen können.[51] Die Gegenstände der Ausstellung – Fotos, Plakate, Druckschriften, Pläne und Karten – waren nahezu sämtlich nationalsozialistischer Provenienz und hatten den Wahlkampf der NSDAP im Jahre 1933 zum Inhalt. Viel Ausstellungsmaterial war erst kurzfristig eingetroffen und vieles mußte improvisiert werden, wie eine Bemerkung Wiegands an seinen Freund Eduard Schulte in Münster belegt.[52] Die nationalsozialistische Presse stellte die Ausstellung geradezu enthusiastisch vor.[53] Errungen hatte der instrumentell denkende Wiegand mit der Ausstellung jedoch zweierlei: Zum einen gewann er die Anerkennung des Gauleiters Meyer, der sich befriedigt zeigte über „das erstmalige Heraustreten an die Öffentlichkeit" und ihn mit der Ausrichtung einer noch aufwendigeren Ausstellung in 1937 betraute;[54] zum anderen hatte er die Anerkennung der Zeitgeschichtlichen Sammlung der Landesbibliothek als einer Zweigstelle des Gauarchives Westfalen-Nord gewonnen. Es ist anzunehmen, daß diese Entscheidung in informeller Weise zwischen Wiegand und dem Gauschulungsleiter Wihelm D. Rosenbaum am Rande eines Ausstellungsbesuches fiel. Verabredet wurde, daß das auf Lippe bezogene Material in Lippe verbleiben sollte, da für 1937 bereits die nächste Ausstellung angeordnet worden war.[55] Eine gewisse offizielle Institutionalisierung erfuhr die Zweigstelle Lippe dann im weiteren Verlauf des Jahres 1936 auf dem Wege der Anerkenntnis ihres Zweigstellenstatus durch den Gauschatzmeister August Mietz und die Zuweisung einer monatlichen Dotierung in Höhe von 20.- RM. [56]

Für die Erinnerungsausstellung 1937 unter dem Titel „Kampf und Sieg der NSDAP in Lippe" entfaltete der leidenschaftliche Sammler Wiegand eine umfangreiche Korrespondenz mit den lippischen Veteranen des völkischen und nationalen Kampfes, in der er um eine zeitweilige und sicher auch intendiertermaßen endgültige Überlassung von Materialien aus deren politischem Leben bat.[57] Die Resonanz war gut und schlußendlich war so viel Material beisammen, daß ein ursprünglicher Ausstellungsteil, nämlich die Darstellung der weltanschaulichen Gegner mittels authentischen Materials, entfallen mußte.[58] Das Erinnerungstreffen und die aus diesem Anlaß zustandegekommenen Ausstellungen hatten mittlerweile auch die Begehrlichkeit des Hauptarchivs der NSDAP auf den Plan gerufen. Dessen Leiter, Pg. Uetrecht, forderte Wiegand auf, anläßlich der Erinnerungstreffen einen Aufruf zu verbreiten, in dem um die Spende dokumentarischen Materials nach München gebeten wurde.[59] Wiegand,

der schon die eifersüchtige Haltung des Gauschulungsleiters Rosenbaum anläßlich der ersten Erinnerungsausstellung bemerkt hatte, parierte diese Aufforderung mit einer einleuchtenden Antwort: Viele mit ihrem Lande und ihrer Heimat verwachsene völkische und nationalsozialistische Veteranen sähen ihre Gaben lieber am Ort untergebracht. Auch sei oftmals das persönliche Verhältnis zwischen Spender und Bewahrer ausschlaggebend für die Bereitschaft, persönliche Erinnerungen herauszugeben.[60] Wiegand wollte daher auf die Verbreitung des Münchener Aufrufs verzichten; stattdessen sollte der von ihm vorbereitete verteilt werden.[61] Eine weitere Quelle dokumentarischen Materials stellten die lippischen Behörden dar, die, wie aus einer Antwort der Schutzpolizei Detmold und anderen amtlichen Dokumenten erhellt, durch den Reichsstatthalter angewiesen wurden, Material aller politischen Parteien und Bewegungen an die Landesbibliothek abzuliefern.[62] Die Schutzpolizei Detmold wies beispielsweise darauf hin, daß das nationalsozialistische Material bereits kurz nach dem Machtantritt der NSDAP an die Landesbibliothek abgegeben worden sei und anderes, nämlich das der Linksparteien, sich bei der Staatsanwaltschaft befinde. Insgesamt war das Werben Wiegands sehr erfolgreich, wie auch die verschiedentlich genannte Bestandszahl der zeitgeschichtlichen Sammlung von mehreren zehntausend Stück belegt.

Die Erinnerungsausstellung 1937 sollte auf jeden Fall noch repräsentativer ausfallen als die des Vorjahres. Vorgesehen waren drei Abteilungen: In der ersten wurde auf die revolutionären Vorgänge des Jahres 1918 eingegangen, in einer zweiten umfangreicheren Abteilung wurden die völkischen Vorkämpfer präsentiert, und in einer dritten Abteilung wurde das Wirken der NSDAP von ihrem ersten Wirken in Westfalen bis hin zum erfolgreichen Wahlkampf 1933 gezeigt.[63] Damit all die Bemühungen nicht umsonst waren, kämpfte Wiegand auch darum, der Ausstellung den gebührenden Platz im Rahmen der Feierlichkeiten des Erinnerungstreffens einzuräumen. So war Wiegand von den ersten gedruckten Einladungen enttäuscht, da der Hinweis auf die Ausstellung fehlte, worüber er sich bei der Gauleitung beschwerte. Anscheinend jedoch erfolglos, denn am 16.1.1937 eröffnete Gauleiter Dr. Meyer die Ausstellung im Festsaal des Landestheaters, wozu eine gesonderte gedruckte Einladung ergangen war.[64] Auch in den folgenden Jahren bestritt Eduard Wiegand mit den Beständen der Bibliothek und der Zeitgeschichtlichen Sammlung die Erinnerungsausstellungen. Dabei zeigte sich bereits 1938, daß der reine Rekurs auf die 'Kampfzeit' der NSDAP als bestimmendes Moment der Ausstellungskonzeption nicht ausreichte. Nach fünf Jahren nationalsozialistischer Arbeit galt es, die positiven Ergebnisse vorzustellen; der Gau Westfalen-Nord wollte sich als „Qualitätsgau" präsentieren.[65] Wiegands Artikel über Landesbibliothek und Landesarchiv im Nationalsozialistischen Heimatkalender für 1938 las und liest sich ebenfalls wie ein Rechenschaftsbericht über die sogenannte Aufbauarbeit der Jahre 1933 – 1938. 1941 schließlich standen die Erinnerungsfeierlichkeiten ganz un-

ter dem Jubiläum des 10jährigen Bestehens des Gaues Westfalen-Nord. Wiegand veranstaltete dazu im Festsaal des Landestheaters ein Ausstellung, die natürlich wieder Erinnerungen an die Frühgeschichte und Kampfzeit der NSDAP präsentierte und darüber hinaus auch die Leistungen der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt (NSV), der Deutschen Arbeitsfront (DAF) oder der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude' (KdF) vorstellte. Die Bilanz der Lippischen Landesbibliothek, der „Hüterin des Vermächtnisses großer Männer aus lippischem Stamme und lippischer Geschichte", wies als Positiva die für sie spektakulären Großprojekte aus, nämlich die Erwerbungen der Bandel-, Freiligrath-,Grabbe- und Lortzing-Sammlung.[66]

Die Zeitgeschichtliche Sammlung und der Vorgang 'Logenbibliothek'

Anhand des Vorganges 'Logenbibliothek' läßt sich in eindeutiger Weise zeigen, wie die Lippische Landesbibliothek in das Vorgehen des NS-Staates gegenüber Regime- und Weltanschauungsgegnern eingebunden war.

Waren die Freimaurerlogen im Deutschen Reiche nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten im Sommer des Jahres 1933 vornehmlich 'wilden' Übergriffen seitens der SA ausgesetzt, wie z.B. die Loge 'Armin zur deutschen Treue' Bielefeld, so mag dies, wie vermutet worden ist, auch darauf zurückzuführen gewesen sein, daß kraft eines Führerbefehls vom 22. Juli 1933 der SS die Behandlung der Freimaurerfrage zugewiesen worden war, und die SA daraufhin noch einmal Kraft und Stärke drastisch (und nicht nur der Freimaurerei gegenüber) demonstrieren wollte.[67] Der Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten Göring vom 4.Januar 1934 markierte einen weiteren Schritt auf dem Wege der Unterdrückung der Freimaurerei und löste zugleich eine Welle antimaurerischer Übergriffe seitens der SA, der SS und auch einiger Staatspolizeiämter aus. Im Erlaß wurde den Logen deutlich anheimgestellt, sich aufzulösen und allen materiellen Besitz dem Verfahren einer ordnungsgemäßen Liquidation zu unterwerfen.[68] Als wirkungsvollstes und auch den Detmolder Fall beeinflussendes Element in der Zerschlagung der Freimaurerei sollte sich jedoch der parteieigene Inlandsnachrichtendienst, nämlich der Sicherheitsdienst der SS, der SD, erweisen. Spätestens seit 1932, nachdem der SD der SS Reinhard Heydrich unterstellt worden war, wurde dieser zu einer schlagkräftigen Waffe im Kampf gegen den sogenannten „weltanschaulichen Gegner" ausgebaut. Zwar besaß der SD als nicht-staatliche Organisation keine hoheitliche Exekutivgewalt, und in Ländern mit einer stark ausgebauten politischen Polizei wie z.B. in Bayern agierte er deutlicher als anderswo im Hintergrund. Er erwies sich dennoch häufig als Initiator des Vorgehens seitens der Geheimen Staatspolizei. Sobald die SS Heinrichs Himmlers sich der politischen Polizei bemächtigt hatte bzw. sich eine „Realunion aus Führergewalt und staatlichem

Amt, aus SS- und Polizeipersonal" (Bracher) entwickelt hatte, der zudem noch der SD als Nachrichtendienst und weltanschauliches Überwachungsinstrument beigegeben war, waren die vormaligen Kompetenzbereiche sowieso nicht mehr als gesondert zu erkennen.[69] Bereits frühzeitig hatte der SD auch ein Freimauererreferat eingerichtet, das seit dem 15.10.1934 von Theodor Christensen geleitet wurde, dem wir in diesem Bericht noch begegnen werden. Das zur Erforschung und Bekämpfung des weltanschaulichen Gegners zunächst beim Hauptamt des SD in der Berliner Wilhelmstraße gebildete Archiv nebst Bibliothek und Freimaurermuseum wurde 1936/1937 in die Emser Straße im Berliner Stadtteil Wilmersdorf verlegt, wo die Berliner Tochterloge der 'Großen Loge von Hamburg' ein geräumiges Gebäude besessen hatte. Hierhin flossen die reichsweit beschlagnahmten Archive, Bibliotheken und zeremonielles Sachgut aus den aufgelösten Logen – eine Sammlung, die auch den im Mai 1936 aus Münster angereisten Stadtarchivdirektor und Gauarchivar Eduard Schulte nachhaltig beeindruckte:

> In den pompösen Räumen dieser schwerreichen Judenloge sind in eindrucksvollster Weise zahlreiche Gegenstände verschiedener Art aus 2 Jahrhunderten zur Schau gestellt [...]. Der Gesamteindruck muß für jeden Deutschen dahingehend zusammengefaßt werden: Vollkommen verjudete, internationale, nationsfeindliche Institution ausgefallenster Art.[...] Illegale Bücherei [...] Heutiger Bestand 500 bis 600 tausend Bände, in modernen Magazingestellen untergebracht. Katalogarbeiten führen Fachleute aus.[70]

Die Maßnahmen zur Bekämpfung der Freimaurerei wurden auch trotz aller Ergebenheitsadressen national gesinnter Logen nicht eingestellt, und was als planloses Wüten der SA begonnen hatte, erhielt 1935 eine weitere staatliche Sanktionierung. In einem auf den 17. August 1935 datierenden Erlaß des Reichsminister des Innern Frick erfuhren die preußischen Erlasse ihre Ausdehnung auch auf die nichtpreussischen Länder im Deutschen Reich, was die zwangsweise Auflösung der Logen bedeutete, wenn diese dem nicht durch Selbstauflösung zuvorgekommen waren. Das Vermögen der Freimaurerlogen war zu beschlagnahmen und einzuziehen.[71]

In Verfolg dieses Erlasses muß es in Detmold zur Beschlagnahmung der Besitzes der ehemaligen Loge 'Rose zum Teutoburger Wald' durch die Außenstelle Detmold der Geheimen Staatspolizeiamtes Bielefeld gekommen sein. Im April 1933 war berichtet worden, daß die Detmolder Loge sich aufgelöst habe und den von der 'Großen National-Mutterloge zu den drei Weltkugeln' vorbezeichneten Weg zur Umwandlung in den regimetreuen 'Nationalen christlichen Orden Friedrich der Große' nachvollziehen wollte.[72] In der Regel wurden jedoch die Umwandlungen der Logen von der NSDAP nicht akzeptiert; ein Schutz vor Verfolgung erwuchs ihnen aus diesen Versuchen nicht.[73] So faßten

die drei bedeutenden altpreußischen Großlogen im Juni und Juli 1935 die vom Regime erpreßten Auflösungsbeschlüsse.[74]

Am 4. November 1935 konkretisierte der Reichsminister des Innern seinen Erlaß vom 17. August dahingehend, daß das gesamte beschlagnahmte historisch wertvolle Material aus Logenarchiven und -bibliotheken durch die örtlichen Dienststellen der Geheimen Staatspolizei zu sichten und zu inventarisieren sei, vor allem aber unter Verschluß gehalten werden müsse bis zum Zeitpunkt der Verbringung zur zentralen Verwertungsstelle in Berlin.[75] Damit dürfte die eingangs genannte zentrale Abteilung Logen beim Geheimen Staatspolizeiamt, einem Vorläufer des späteren Reichssicherheitshauptamt (RSHA) gemeint gewesen sein. Der Erlaß Fricks sah aber auch vor, das an zentraler Stelle nicht benötigte Archiv- und Bibliotheksgut wieder den jeweiligen Landesregierungen zuzuleiten.

In dieser Situation und unter dem Eindruck einer Besichtigung des beschlagnahmten Logenbesitzes forderte Dr. Wiegand am 3.12.1935 die Lippische Landesregierung auf, „die berechtigten Interessen des Landes Lippe [...] geltend zu machen".[76] Seine Aufmerksamkeit galt zunächst der Logenbücherei, die ihm einerseits sehr wertvoll und andererseits anderen Logenbüchereien wiederum als zu ähnlich erschien, so daß sie ohne weiteres auch der zentralen Verwertungsstelle in Berlin vorenthalten werden könne. Wiegand bediente sich dabei einer Argumentation, die auf das Profil einer wissenschaftlichen Bibliothek und ihren weltanschaulichen Auftrag gleichermaßen abhob:

> Hier würde sie [die Logenbibliothek, H.P.] eine sehr begrüßenswerte Ergänzung der bereits vorhandenen Freimaurerliteratur darstellen, zumal diese Ergänzung nach der Aufhebung der Logen auf andere Weise nicht mehr möglich ist. Der wissenschaftliche Charakter der Landesbibliothek macht es ihr zur Pflicht, auch eine Vervollständigung ihrer Bestände an freimaurerischen Schriften zu erstreben, damit sie auch auf diesem Gebiete den Anforderungen wissenschaftlich-historischer Forschung gewachsen ist und hinter anderen Bibliotheken nicht unnötig zurücksteht. Insbesondere würde der beantragte Bücherzuwachs auch zu weltanschaulichen Schulungszwecken der Parteidienststellen des Landes Lippe stets unmittelbar zur Verfügung stehen.
> Wir bitten daher, beim Herrn Reichsinnenminister die Überweisung der gesamten Logenbücherei einschließlich des für Schulungszwecke äußerst wichtigen und aufschlußreichen, das *Logenritual* [Hervorhebung im Original] behandelnden Schrifttums an die Lippische Landesbibliothek zu beantragen.[77]

Für das Landesarchiv reklamierte Wiegand das gesamte Aktengut der aufgelösten Loge. Abschließend empfahl er, da für Detmold ein Logenmuseum nach Erlanger Vorbild nicht vorgesehen war, zumindest doch die wertvollsten zeremoniellen Gegenstände wie Logenhämmer, Leuchter, Logenschwerter, Schurzfelle, Handschuhe und Orden dem Zeitgeschichtlichen Archiv der Landesbibliothek zu überlassen:

> Sie würden hier zur Aufklärung über den Logenunfug anläßlich von Ausstellungen treffliche Dienste leisten und dazu beitragen, die Freimaurerei in weitesten Volksschichten der verdienten Lächerlichkeit preiszugeben. Auch diese Gegenstände sind sicherlich in der zentralen Verwertungsstelle entbehrlich, da sie in weitaus besserer Ausfertigung von anderen Logen anfallen dürften.[78]

Die Lippische Landesregierung scheint die Stellungnahme Wiegands an den RMdI weitergeleitet zu haben, denn dieser behielt es sich in einem Schreiben vom 29.Januar 1936 explizit vor , eine Entscheidung über den Verbleib der Sachen erst nach der abschließenden Sichtung des ehemaligen Logenbesitzes durch einen Beauftragten der Geheimen Staatspolizei treffen zu wollen.[79] Zwischenzeitlich war es Wiegand gelungen, Hand auf den Logenbesitz zu legen. Ebenfalls am 29. Januar 1936 bescheinigte er der Außenstelle Detmold des Bielefelder Staatspolizeiamtes, den Logenbesitz treuhänderisch übernommen zu haben; er verpflichtete sich, den gesamten Besitz bis zu einer Übereignung an die Landesbibliothek unzugänglich aufzubewahren und auch niemandem zugänglich zu machen.[80] Im März 1936 waren die Sichtungsarbeiten in der Landesbibliothek insoweit abgeschlossen worden, als eine – nicht mehr bei den Akten befindliche – Liste der Bibliotheksbücher und eine noch vorhandene Liste der übernommenen zeremoniellen Gegenstände angefertigt worden war, die wiederum die Gegenstände als in die Zeitgeschichtliche Sammlung übernommen deklarierte.[81] Am 9. April wiederum beschied der RMdI die Lippische Landesregierung erneut dahingehend, daß die Überprüfung des ehemaligen Logenbesitzes durch die Staatspolizeiämter keinesfalls beendet, vielmehr die Lippische Landesregierung gehalten wäre, sich mit den betreffenden Dienststellen in Verbindung zu setzen.[82] Wiegand war es anscheinend gelungen, die örtliche Staatspolizeiaussenstelle davon zu überzeugen, daß der Frick-Erlaß vom August 1935 explizit den Verbleib des weniger wichtigen Logenbesitzes in den jeweiligen Herkunftsländern des Deutschen Reiches einräumte, und er scheint die Aussenstelle davon überzeugt zu haben, daß auch der Detmolder Besitz darunter zu fallen habe. Der Lippischen Landesregierung konnte er angesichts eines gewissen Kompetenzwirrwarrs im April dem RMdI entgegenhalten, den Verbleib des ehemaligen Logenbesitzes zudem mit dem Vertreter des nunmehr zuständigen SD-Oberabschnitts West in Düsseldorf vereinbart zu haben:

> Nach Rücksprache mit der Staatspolizeidienststelle Bielefeld und dem vom Reichs- und Preußischen Minister des Innern bevollmächtigten Vertreter des S.D.Oberabschnittes West, Pg S.S. Oberscharführer Lüttgen, Düsseldorf, sind die von der Geheimen Staatspolizei beschlagnahmten Logensachen der Detmolder Loge „Rose am Teutoburger Walde" dem Land Lippe als Eigentum übergeben worden. Sämtliche vorerwähnten Gegenstände (Logenbücherei, Logenarchiv und Ritualgegenstände aus dem Logentempel) sind in das Gebäude der Lippischen Landesbibliothek überführt und teils im Magazin (Bücherei und Archiv), teils in den Räumen des Zeitgeschichtlichen Archivs untergebracht. Gemäß Anordnung der Geheimen

> Staatspolizei stehen die Ritualgegenstände hier zu Ausstellungszwecken für ausgewählte Kreise sowie zu Schulungszwecken der Partei zur Verfügung. Bücherei und Archiv werden nur weltanschaulich einwandfreier wissenschaftlicher Forschung zugänglich gemacht.[83]

Im Bemühen, den Logenbesitz dauerhaft zu sichern und vielleicht auch mit der Absicht, dem Lande Lippe doch ein der weltanschaulichen Schulung dienendes Logenmuseum zu bescheren, arbeitete Wiegand wiederum mit dem Münsteraner Stadt- und Gauarchivar Eduard Schulte zusammen. Schulte wiederum versuchte erfolgreich, beim SD-Oberabschnitt West zu erreichen, als Gauarchivar zugleich auch zuständig für alle Fragen der Freimaurerei zu werden und vor allem die Bevollmächtigung zu erhalten, über das gesamte beschlagnahmte materielle Gut der aufgelösten Logen seines Zuständigkeitsbereiches verfügen zu können[84]. Dieses Bemühen, das eine gewisse Unterstützung der Detmolder Ansprüche bedeutete, schien sich jedoch bereits im Juni 1936 deutlich in sein Gegenteil zu verkehren, als der bereits erwähnte SS-Oberscharführer Lüttgen in Detmold im April und Mai mit Wiegand konferiert hatte, und daraufhin der SS-Obersturmführer Bachmann am 7. Juni 1936 die Verbringung des Detmolder Logenarchivs nach Münster zu Schulte und die Verbringung der Logenbibliothek nach Berlin an das Geheime Reichsarchiv verfügte.[85] Im Juli 1936 berichtete Schulte nach Detmold, in der Gauführerschule im Schloß Nordkirchen bei Münster die Archive, Büchereien, Bilder und Gegenstände von 10 Logen in den Städten Münster, Hamm, Unna, Bielefeld, Herford, Oeynhausen und Minden versammelt zu haben.[86] Hinsichtlich des Detmolder Gutes versuchte Schulte seinem Parteigenossen Wiegand Mut zu machen; er stellte ihm sogar weitere Logematerialien aus Hameln in Aussicht:

> Wir sind aufs schärfste daran interessiert, die gesamten Archivalien und Gegenstände der Logen in unserem Gaubezirk in ihm zu belassen, möglichst in Nordkirchen und Detmold; auch in Bezug auf die Büchereien bemühen wir uns um dasselbe.[87]

Und für den schlimmsten aller denkbaren Fälle, der vollständigen Abgabe der Detmolder Bestände, stellte Schulte zur Befriedigung der Detmolder Ansprüche eine Auffüllung aus den Nordkirchener Sammlungen in Aussicht.[88]

Jedoch gerade diese Anerkennung eines Dezentralisierungsprinzips scheint dem SD nicht gefallen zu haben; auch die wiederholten Einlassungen Schultes dem SD gegenüber, doch die Landesbibliothek als offizielle Nebenstelle des Gauarchivs anzuerkennen, scheinen fruchtlos geblieben zu sein.[89] Es ist vielmehr zu vermuten, daß der SD keinerlei Eigenmächtigkeiten in dieser als sensibel zu handhabenden weltanschaulichen Frage dulden wollte und sich auch insgesamt mit der Frage der Freimaurerei schwertat. So war man bereits vom Vorhaben eines Freimaurermuseums in Düsseldorf und Münster abgerückt[90]. Verwirklicht wurde reichsweit bis 1937 nur die Einrichtung dreier Logenmu-

seen und zwar in Berlin, Erlangen und Hannover.[91] Sensibel zu handhaben war die Freimaurerfrage, wie auch schon Eduard Schulte im Mai 1936 auf einer Dienstreise nach Berlin vom zuständigen Leiter des Freimaurerreferats beim Geheimen Staatspolizeiamt, Obersturmführer Theodor Christensen, erfahren mußte:

> In einer öffentlichen Schausammlung, etwa in einem zeitgeschichtlichen Museum seien falsch laufende Anregungen durchaus gegeben, weil bei weitem nicht jeder Deutsche die inneren Zusammenhänge der Weltfreimaurerei erkenne. Insbesondere bereite eine öffentliche Schau über die Grosse Nationale Mutterloge zu den 3 Weltkugeln eine ganz erhebliche Schwierigkeit, weil diese in Preußen führende Loge bekanntlich vom Alten Fritz gegründet und von anderen preussischen Königen gefördert worden sei. Der einfache Mann könne den Kampf des heutigen Staates gegen die Freimaurerei auch dann kaum verstehen, wenn er als einen der rührigsten Meister vom Stuhl den volkstümlichen Fürst Blücher im grossen Bilde und mit zahlreichen Schriftstücken sähe, weil gerade an dessen Deutschtum und Preussentum das Volk fest glaube. Ähnlich sei die Schwierigkeit auch bei Goethe usw. Die Bedenken gegen eine öffentliche Museumsbehandlung der Weltfreimaurerei sei vornehmlich in der gesamten Geschichte der grossen preussischen Loge begründet.[92]

Eine gewisse Bestätigung erfuhren diese Äußerungen Christensens durch auch später im Logenmuseum in Hannover gemachte Beobachtungen, wonach sich durchaus nicht, wie ja auch Wiegand gemeint hatte, eine spontane Abwehr des 'Logenunfugs' seitens des betrachtenden Publikums eintrat, sondern vielmehr eine gewisse Ergriffenheit eintrat – sehr zum Mißfallen des Aufsichtspersonals.[93]

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, daß das Hauptamt des SD selbst einer Nebenstelle Gauarchiv Westfalen in Nordkirchen nur ganz ausnahmsweise ehemaligen Logenbesitz zugestehen wollte, was aber, um einer weiteren Zersplitterung vorzubeugen, auch bedeutete, Logenarchiv und Logenbibliothek von Detmold nach Münster zu verbringen.[94] Dort, im Schloß Nordkirchen, hatte Eduard Schulte in 16 Zimmern und 2 Sälen u.a. eine Logenbibliothek mit 6.000 Bänden eingerichtet, er hatte die Archivmaterialien untergebracht und dies mit anderen Materialien zum einem Parteigeschichtlichen Museum für Schulungszwecke und als Anschauungsobjekt kombiniert.[95] Und obwohl sich Eduard Schulte für den August 1936 in Detmold anmeldete, um den Abtransport zu besprechen, geschah de facto vermutlich nicht viel. Dramatisch wurde die Situation erst im März 1937, als der SD Oberabschnitt West nunmehr definitiv die Überführung des Detmolder Logenmaterials in die Obhut des SD-Unterabschnitts für den Regierungsbezirk Minden-Lippe verfügte.[96] In höchster Not wandte sich Eduard Wiegand an die Gauleitung in Münster, die am 8.3.1937 den Detmolder Beharrungswillen und Starrsinn stärkte, indem sie durch Eduard Schulte mitteilen ließ, daß eine Herausgabe nicht zu erfolgen habe, bevor nicht der Gauleiter über diese treuhänderische Sammlungen ent-

schieden habe.[97] Doch dieser Aufschub war nur von kurzer Dauer, denn am 12.3.1937 stellte der Oberabschnitt West in aller Deutlichkeit gegenüber dem Gauarchiv bei der Gauleitung in Münster klar, daß das gesamte Detmolder Material abzugeben sei, und zwar, um ein nun doch durch Reinhard Heydrich höchstpersönlich genehmigtes Freimaurermuseum in Düsseldorf ausstatten zu können und um die nicht benötigten Gegenstände dem Generalliquidator zur Verwertung zuführen zu können.[98] Alle Versuche, eine nachträgliche Änderung dieses SD-Befehls zu erwirken, wurden von der Gauleitung als wirkungs- und aussichtslos erachtet; dabei wurde auch nicht einmal den Plänen zur Errichtung einer Erinnerungshalle an den lippischen Wahlkampf im Januar 1933 nebst einem Museum der Bewegung genügend Überzeugungskraft beigemessen, um den Erhalt der Bestände am Ort, d.h. in Detmold, plausibel erscheinen zu lassen.[99] Am 25.3.1937 wurden die Materialien durch einen SS-Rottenführer aus Detmold abtransportiert,[100] bei den Bibliotheksakten befinden sich keine Hinweise auf den Verbleib der Bestände. Obwohl der Vorgang mit dem Abtransport am 25.3.1937 zu seinem Ende gekommen war, hatte die Sache bis nach Berlin Wellen geschlagen: Mit Datum vom 22.4.1937 wies der Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im RM des Innern die Lippische Landesregierung an, ihren halsstarrigen Bibliotheks- und Archivdirektor doch zur Räson zu bringen:

> Der Unterabschnitt Minden-Lippe des Sicherheitsdienstes, der vom Chef des Sicherheitshauptamtes mit der Auswertung des Materials der ehemaligen Loge „Zur Rose am Teutoburger Wald" beauftragt worden ist, hat die Landesbibliothek bereits wiederholt um Herausgabe der Sachen gebeten.
> Die Herausgabe des Materials wurde jedoch mit der Begründung abgelehnt, Herr Gauleiter Dr. Meyer habe in seiner Eigenschaft als Treuhänder des ehemaligen Logenmaterials eine entsprechende Anweisung nicht erteilt.
> Die Auffassung der Landesbibliothek in Detmold ist insofern unzutreffend, als ein Verfügungsrecht über das Logenmaterial allein der Geheimen Staatspolizei zusteht.
> Da die Auswertung des s.Zt. bei den Logen erfassten Materials und insbesondere der Bibliotheken im staatspolitischen Interesse dringend geboten erscheint, bitte ich, die Landesbibliothek in Detmold anzuweisen, das in Betracht kommende Material nunmehr beschleunigt der Staatspolizeidienststelle Bielefeld zur Weiterleitung an den SD-Unterabschnitt Minden-Lippe, der es bis zur späteren Unterbringung in einem noch zu schaffenden Geheimen Reichsarchiv in meinem Auftrage treuhänderisch verwaltet, zur Verfügung zu stellen.[101]

So scheiterten alle Versuche der Lippischen Landesbibliothek wie auch die der Gauleitung in Person des Gauleiters und des Leiters des Hauptarchivs, Eduard Schulte. Nicht, daß in Münster oder Detmold an die Sicherung dieser Materialien aus Sympathie für Freimaurerei gedacht worden wäre; vielmehr versuchten Wiegand und auch Schulte einer Art Territorialprinzip Geltung zu verschaffen, wonach die beschlagnahmten Besitztümer in ihrem geographischen Raum verbleiben sollten, was sich mit ihrem Anspruch einer zeitgeschichtlichen natio-

nalsozialistischen Dokumentationsarbeit vermischte. Ihnen ging es darum, sowohl die Dokumente der Bewegung und die Erinnerung an ihre Siege lebendig zu erhalten, wie auch ihre weltanschaulichen Gegner der Diskreditierung und Bekämpfung auszusetzen. Auf der Gegenseite, auf seiten des SD, der SS und auch der Reichsleitung in weltanschaulichen Fragen, haben Vorbehalte gegen eine möglicherweise zu dilettantische Vorgehensweise wie Kompetenzstreitigkeiten und Profilierungsstreben eine Rolle gespielt, sowie das Bemühen der zentralen Instanzen überhaupt, immer einen kontrollierbaren Zugriff auf das als weltanschaulich brisant erachtete Material haben zu können.[102]

Anmerkungen

1. Zum Auscheiden Kiewnings: Geheimer Archivrat Kiewning tritt in den Ruhestand. In: Lippische Landeszeitung vom 1.4.1933. – Die Dissertation Wiegands trägt den Titel „Die Weltanschauung des reifen Raabe." Phil.Diss. Münster 1933.
2. Lippische Landesbibliothek (LLB) Bibliotheksarchiv (BA) Gr.III, A, Schrifttumsstelle der NSDAP 1936–39: Wilhelm Deimann, Ortsgruppenleiter aus Werne an der Lippe am 4.1.1936 an den Leiter der Landesstelle Westfalen-Nord zur Förderung des Deutschen Schrifttums, Pg. Dannehl.
3. Zur Mitgliedschaft: LLB BA,Gr.III,A, 4., Dienststellen der NSDAP: Meldung der Lippischen Landesbibliothek an die Kreisleitung Detmold bezüglich der vor dem 30.1.1933 der NSDAP beigetretenen und bei der Landesbibliothek beamteten bzw. beschäftigten PG vom 3.11.1936.- Zum goldenen Parteiabzeichen: Schröder, Arno: Mit der Partei vorwärts! Zehn Jahre Gau Westfalen-Nord. Detmold 1940, S.256.
4. Wie das Verfahren, bewährte Kämpfer für die nationale Sache im Öffentlichen Dienst des Reiches, der Länder und der Kommunen unter Umgehung der beamtenrechtlichen Voraussetzungen in eine Beamtenlaufbahn zu übernehmen, umzusetzen war, scheint nicht ganz unstrittig gewesen zu sein, wie aus dem in den Akten der Landesbibliothek dokumentierten Rundschreiben des Reichsministers des Innern (RMdI) vom 27.Februar 1935 erhellt, worin dem Reichsarbeitsminister gegenüber klargestellt wurde, daß der RMdI bereits seit 1933 'alte Kämpfer' bevorzugt behandelt habe, zugleich aber das alleinige Recht beanspruchte, in all diesen Fällen in Übereinstimmung mit dem Reichsminister der Finanzen über Ausnahmeregelungen, Besoldungsfragen und Beförderungen zu entscheiden. (LLB BA III,A,1.a, Allgemeines 1933–41: RMdI an Reichsarbeitsminister am 27.2.1935)
5. Vgl. Habermann, Alexandra / Klemmt, Rainer / Siefkes, Frauke: Lexikon deutscher wissenschaftlicher Bibliothekare 1925–1980. Frankfurt a.M. 1985, S. 383. – Zur parteiamtlichen Tätigkeit: LLB BA Gr.III,A,4., Dienststellen der NSDAP 1939–1944: Schriftwechsel und Tätigkeitsberichte Wiegands als Leiter der Hauptstelle Büchereiwesen.
6. LLB BA, Gr.I,A, Geschichte der Bibliothek 1925–1935: Stahl an Lippische Landesregierung, Abt.I vom 20.5.1933.
7. LLB BA GrI,I, Statistik 1932–1939:Nachweisung der wissenschaftlichen Beamten an der Landesbibliothek in Detmold. Die Nachweisung erfolgte auf Anordnung des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung (REM) vom 19.2.1935, um ein „...planmäßiges Verfahren nach einheitlichen Richtlinien im Sinne der nationalsozialistischen Staatsauffassung an allen wissenschaftlichen Bibliotheken,

und zwar zunächst bei den Staats- Universitäts- und Landesbibliotheken sicherzustellen..."(LLB BA Gr.III,A,1.a, Allgemeines 1933–41)

8. Vgl. Strätz; Wolfgang: Die studentischen „Aktionen wider den undeutschen Geist". In: Vierteljahressschrift für Zeitgeschichte 16 (1968), S.347-372.
9. Vgl. Böse, Engelbrecht: Das öffentliche Bibliothekswesen im Dritten Reich. Bad Honnef 1987, S.222-237.
10. LLB BA GR.III,A,3.,Regierung 1933–1940: Bericht des Direktors Wiegand vom 3.5.1934.
11. StA DT, L80Ia, Grp X Tit.3,Nr.14,Bd.III:Bericht des Kreisrektors Grote vom 27.12.1935.
12. Vgl. den bei Wehrmann, Volker: Lippe im Dritten Reich. Detmold 1984, S.226 wiedergegebenen Bericht.
13. StA DT,I D111 C Nr.23 Lippische Wanderbibliothek: Bestandsbeschrebung vom 24.4.1933
14. Ebda.
15. LLB BA Gr.I,I, Statistik 1932–1939: Verzeichnis der Volksbüchereien in Lippe nach dem Stande vom 1.4.1935.
16. LLB BA Gr.I,I, Statistik 1932–1939: Jahresbericht über das Etatjahr 1935.
17. Vgl. zum Gesamtkomplex des wissenschaftlichen Bibliothekswesens im Dritten Reich: Happel, Hans-Gerd: Das wissenschaftliche Bibliothekswesen im Nationalsozialismus. Unter besonderer Berücksichtigung der Universitätsbibliotheken. München 1989, vgl. hier S.79-80.
18. LLB BA Gr.I,I,Statistik 1932–1939: Bericht über die Bücherbestandsaufnahme in der Lippischen Landesbibliothek im Jahre 1935.
19. Vgl. Happel 1989, S. 85-100
20. LLB BA Gr.III,A,1.a, Runderlasse 1933–37: REM Runderlaß WIeNr.828 vom 3.4.1935.
21. Ebda.
22. LLB BA Gr.III,A,1.a, Runderlasse 1933–37: REM Runderlaß WIe Nr.669/36 vom 23.3.1936.
23. Liste 1 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Gemäß §1 der Anordnung des Präsidenten der Reichschrifttumskammer vom 25.April 1935 bearbeitet und herausgegeben von der Reichsschrifttumskammer. Stand Oktober 1935. Berlin o.J.
24. LLB BA Gr.III,A,1.a, Runderlasse 1933–37: RME an Reichsstatthalter in Detmold vom 11.9.1937.
25. Liste des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Stand vom 31.12.1938. Leipzig:Hedrich o.J.
26. Jahresliste 1939 des schädlichen und unerwünschten Schrifttums. Leipzig: Hedrich o.J.
27. Vgl. die Aufzählung in : „Hunderttausend Bücher warten auf Leser..." In: Lippisches Staatszeitung vom 20./21.4.1935.
28. Wiegand, Eduard: Die Entwicklung der Lippischen Landesbibliothek und des Lippischen Landesarchivs im Dritten Reich. In: 5. Nationalsozialistischer Heimatkalender für Lippe 1938, S.97-109, hier: S.98
29. Einen eindeutigen Auftrag an die Adresse der Öffentlichen Bibliotheken formulierte 1934 der Leiter der Stadtbibliothek Danzig Fritz Prinzhorn (Zentralblatt für Bibliothekswesen 51 (1934) S.465-471: „Alles, was für das Ideengut des Nationalsozialismus von Wert ist, muß den Kern jeder Volksbücherei bilden."(S.466). Die wissenschaftlichen Bibliotheken hätten das deutsche wissenschaftliche Buch zu erwerben

und den Fortgang der Wissenschaft unter den Vorzeichen des NS zu dokumentieren – gleichgültig ob nun bei den deutschen Naturwisssenschaften oder der Volkskunde: „Jeder dieser Wissenschaften gibt die nationalsozialistische Staatsführung Anregungen, wie sie bisher niemals gegeben worden sind."(S.469)

30. Sander, Richard: Die Landesbibliotheken und ihre Aufgaben
31. StA DT L80Ia Gr.X,Tit.3,Nr.3 Anstellung eines hauptamtlichen Leiters: Undatierte Darstellung dieses Bibliotheksprogrammes durch Wiegand, vermutlich entstanden in Zusammenhang mit Eingruppierungsfragen Ende der dreißiger Jahre. – Zum Ausstellungswesen der Bibliotheken: Sattler, Paul: Ausstellungen als bibliothekarische Aufgabe. In: Zentralblatt für Bibliothekswesen 54 (1937) 498-511.
32. „Die Lippische Landesbibliothek dürfte die einzige wissenschaftliche Bibliothek Deutschlands sein, die schon seit Jahren keine Zeitschriftenbibliographie für den Handgebrauch mehr besitzt. Seither ist ein wissenschaftliches Arbeiten auf diesem Gebiete bis zur Unerträglichkeit erschwert. Nur die aus grotesker Unwissenheit und marxistisch-kulturfeindlicher Einstellung geborene 50prozentige Herabsetzung der Etatmittel auf Grund eines 'sogenannten' Spargutachtens konnte seiner Zeit einen derartigen Zustand herbeiführen. Das Dritte Reich muß hier Wandel schaffen und durch die beantragte Erhöhung dieses Etattitels die Möglichkeit zur laufenden Ergänzung der notwendigen bibliographischen Hilfsmittel wiederherstellen." LLB BA Gr.I,I, Statistik 1932–39: LLB zur Aufstellung des Staatshaushaltsplanes für 1937 am 24.10.36.
33. Ebda.
34. Happel 1989, S. 106-114
35. Lippische Staatszeitung vom 19.12.1933 und 20.12.1933.
36. Lippische Staatszeitung vom 16.5.1933, Beilage.
37. Wiegand 1938, S.103
38. Ebda.
39. LLB BA,GR.I,I,Statistik 1932–39: Jahresbericht über das Etatjahr 1935.- „Hunderttausend Bücher warten auf Leser." In: Lippische Staatszeitung vom 20./21.April 1935.
40. Z.B. ist in dem in der LLB vorhandenen Exemplar der antimaurerischen Schrift der Mathilde Ludendorff: Der ungesühnte Frevel. München 1936, ein Beschlagnahmevermerk des Geheimen Staatspolizeiamtes Bielefeld vom 30.5.1936 eingeklebt. Die Wege Hitlers und Erich Ludendorffs hatten sich nach anfänglicher Kooperation in den frühen zwanziger Jahren nach 1925 getrennt, und die pseudoreligösen und völkischen Schwärmereien des Weltkriegsgenerals und seiner Frau führten sogar zum Verbot seiner Sekte im Dritten Reich.
41. LLB BA Gr.III,A, 4, Dienststellen der NSDAP 1939–1944: Wiegand in einer Mitteilung an den Leiter des Hauptarchivs der NSDAP Oppel am 11.5.1943.
42. LLB BA, Gr.III D, 10.,Logenbibliothek: Eduard Schulte an Eduard Wiegand am 17.April 1936. E.S. redet E.W. als seinen 'lieben Freund Bobby' an und erwähnt im Zusammenhang mit einer für Essen angesetzten unterstützungswürdigen Ausstellung den „Vatter Rehse" und das Hauptarchiv der NSDAP in München, die dorthin ebenfalls entleihen würden: „Wir Zeitgeschichtler müssen selbstverständlich solche Dinge unterstützen." Schulte selbst widmete sich umfassend den linken und separatistischen Bestrebungen in Münster nach 1918: Schulte, Eduard: Münstersche Chronik zu Novemberrevolte und Separatismus 1918. Münster 1936 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde VI. Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster. 7). – ders.: Mün-

stersche Chronik zu Spartakismus und Separatismus. Anfang 1919. Münster 1919 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission des Provinzialinstituts für Westfälische Landes- und Volkskunde VI. Quellen und Forschungen zur Geschichte der Stadt Münster. 10).

43. Vgl. Maier-Hartmann, Fritz: Dokumente der Zeitgeschichte. Hrsg. von Adolf Dresler. München 1938 (Die Sammlung Rehse. 1) und ders.: Dokumente des Dritten Reiches. 4. Auflage. München 1942 (Die Sammlung Rehse. 2).
44. LLB BA,Gr.I,J, Statistik 1932–39: Undatierter statistischer Bericht für 1937/38.
45. Bergmann, Alfred: Die Lippische Landesbibliothek im Jahre 1945. Eine Chronik. Detmold-Hiddesen 1961, S. 33. Siehe dort auch den Bericht über die Rückgabe an die Vertreter der jüdischen Gemeinde im März 1946 auf S.74-75.
46. LLB BA Gr.III,A,3.Regierung 1941–1945: Wiegand an Lippisches Hochbauamt am 12.3.1945.
47. Bergmann 1961, S. 46.
48. LLB BA Gr.III,D,3.Zeitgeschichtliche Sammlung: Schreiben des Direktors der Lippischen Landesbibliothek an die Deutsche Forschungsgemeinschaft 21.3.1968.
49. Staatsarchiv Detmold. NSDAP und NS-Organistionen in Lippe. Findbuch bearb. von Andreas Ruppert. Detmold 1990, Bd. 2, S.586-620: Zeitgeschichtliches Archiv für das Land Lippe und Parteiarchiv NSDAP Westfalen-Nord. Abt. Lippe („Sammlung Wiegand").
50. LLB BA Gr.V,2.Erinnerungsausstellung 1936. Wiegand an Freifrau Jutta von Oeynhausen am 8.1.36. – Vgl. auch die Schilderung über das Hotel Kaiserhof im lippischen Wahlkampf in: Hitler kämpft und siegt in Lippe 1933. Hrsg. zum 13. und 14. Januar 1934 von der Gauleitung Westfalen-Nord der NSDAP. Detmold 1934, S.28-31.
51. LLB BA Gr.V,2.Erinnerungsausstellung 1936: Wiegand an das Gauschatzamt in Münster am 27.1.1936.
52. LLB BA Gr.V, 2., Erinnerungsausstellung 1936: Wiegand an Schulte am 17.1.1936.
53. Vgl. den ganzseitigen bebilderten Artikel in der Lippischen Staatszeitung vom 15.1.1936.
54. LLB BA Gr.V, 2., Erinnerungsausstellung 1936: Wiegand an Reg.präs. Frh. von Oeynhausen am 27.1.1936.
55. LLB BA Gr.V, 2., Erinnerungsausstellung 1936: Wiegand an Schulte am 17.1.1936.
56. Zum Zweigstellenstatus: LLB BA Gr.V,2.,Erinnerungsausstellung 1936: Mietz an Wiegand am 16.4.1936: „Betr.: Zweigstelle Lippe des Gauarchivs. .....Mit dem Gauleiter ist die Angelegenheit so besprochen, dass Sie eine Zweigstelle des Gauarchivs des Gaues Westfalen-Nord in Detmold führen." – Zur Dotierung: LLB BA Gr.V,2., Erinnerungsausstellung 1936: Bibliothekskanzleiassistent Edelhard Gallaun an Wiegand am 26.6.1936.
57. Vgl. die Briefe an Carl Herdejost (Detmold), August Meier-Böke (Hohenhausen) oder Wilhelm Schröder (Helpup) u.a. und deren Antworten in LLB BA Gr.V,2., Erinnerungsausstellung 1937.
58. LLB BA Gr.V,2., Erinnerungsaustellung 1937: Wiegand an den Leiter des Hauptarchivs der NSDAP Uetrecht am 27.1.1937.
59. LLB BA Gr.V,2., Erinnerungstreffen 1937: Uetrecht für das Hauptarchiv der NSDAP an Wiegand am 12.1.37.
60. LLB BA Gr.V,2., Erinnerungsaustellung 1937: Wiegand an Uetrecht am 27.1.1937.
61. LLB BA Gr.V,2., Erinnerungsaustellung 1937: „Aufruf. Parteigenossen, Volksgenossen !" hektographiert, undatiert.

62. LLB BA Gr.V, 2.; Erinnerungsausstellung 1937: Schutzpolizei Detmold an Landespolizeiführer 4.1.1937.
63. LLB BA Gr.V, 2., Erinnerungsausstellung 1937: „Kampf und Sieg der NSDAP im Lande Lippe". Undatierte hektographierte Pressemitteilung und handschriftlicher Entwurf.
64. LLB BA Gr.v., 2., Erinnerungsausstellung 1937: Wiegand an Landesstellenleiter Schmidt am 30.12.1937. – Gedruckte Einladung „4.Erinnerungstreffen in Lippe.1937" unter Soz 27A/17 in LLB. – Gedruckte Einladung zur Ausstellungseröffnung unter Soz 27 A/17 Beilage.
65. So war ein Artikel über die NSV in der Lippischen Staatszeitung vom 9.1.1938 betitelt mit „Westfalen.Nord ist ein Qualitätsgau". Gauleiter Meyer gewährte der Lippischen Staatszeitung für die Ausgabe vom 31.1.1938 ein umfangreiches Interview, in dem er ebenfalls auf die Erfolge in Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik abhob. Siehe auch: Daube, Otto: Kulturelle Großereignisse in Lippe. In: Lippische Staatszeitung 10/172 (1938) Nr.13 vom 15.1.1938.
66. Eröffnung der Ausstellung „10 Jahre Kampf". In: Lippische Staatszeitung 13 (1941) Nr.5 vom 6.1.1941. – Zehn Jahre Kampf. Eine stolze Bilanz der NSDAP in Lippe. In: Lippische Staatszeitung vom 15.1.1941. – Vgl. auch die Stellwandentwürfe und Korrespondenzen bezüglich Ausstellungsmaterials in LLB BA Gr.V, 2., Ausstellung „10 Jahre Gau ....." und LLB BA Gr.V, 2., Ausstellung Grabbe-Woche 1941.
67. Helmut Neuberger, Freimaurerei und Nationalsozialimus. Das Ende der deutschen Freimaurerei. Bd.2, Hamburg 1980, S. 11-13.
68. Vgl. ebenda, S.21-32.
69. Vgl. ebenda, S. 43
70. Reisebericht, Berlin 19. und 20.Mai 1936. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek.
71. Zum Text des Erlasses des RMdI vgl. Neuberger 1980, S.319. Siehe auch den Kurzbericht auf S.1 „Auflösung aller Freimaurerlogen. Schlußstrich unter getarnte volks- und staatsfeindliche Bestrebungen". In: Lippische Staatszeitung vom 18.August 1935. Im August 1935 wurden die aktiven und pensionierten Beamten durch die Lippische Landesregierung aufgefordert, ihre Zugehörigkeit zu Freimaurerlogen zu erklären. Anschreiben und Vordruck in LLB BA Gr.III, A, 1.a, Runderlasse 1933–37.
72. Lippische Landeszeitung vom 24.4.1933.
73. Neuberger (1980) Bd.2, S.90
74. ebda., S.101
75. LLB BA Gr.III, D, 10.Logenbibliothek: RMdI 4.11.1935.
76. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Wiegand an Lippische Landesregierung 3.12.1935.
77. Ebda.
78. Ebda.
79. LLB BA Gr.III,D;10., Logenbibliothek: RMdI 29.1.1936.
80. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Wiegand an Gestapa Bielefeld, Aussenstelle Detmold 29.1.1936.
81. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Verzeichnis der am 11. März 1936 in das Zeitgeschichtliche Archiv übernommenen Gegenstände aus dem Besitz der aufgelösten Freimauerloge „Rose zum Teutoburger Wald".- In einem auf den 20.2.1936 datierenden Jahresbericht über das Etatjahr 1935 aus der Feder Wiegands an den stellvertretenden Staatsminister Wedderwille heißt es: „Die Landesbibliothek hat vorerst als Treuhänderin die zum Teil wertvolle Bücherei, das Archiv, sowie eine heimat- und kulturgeschichtlich interessante Bildersammlung der Detmolder Freimaurerloge über-

nommen. Die Übereigung der Sammlungen an die Landesbibliothek ist beantragt." LLB BA,Gr.I, J, Statistik 1932–1939.

82. LLB BA Gr.III,D;10.LogenbibliothekRMdI an Lippische Landesregierung 9.4.1936.
83. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Wiegand an Lippische Landesregierung im April 1936.
84. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: [Gau-] Dienststelle 9.-Archiv-.Reisebericht Düsseldorf 6.Mai 1936.
85. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Sicherheitsdienst des Reichsführers SS. SD Oberabschnitt West Düsseldorf 7.6.1936 an Lippisches Staatsarchiv. – Laut Neuberger 1980, S.242 wurden am 28.5.1936 alle SD-Oberabschnitte angewiesen, das bei ihnen lagernde Logengut nach Berlin in die Emser Straße zu schicken.
86. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord. Gauschulungsleiter. Hauptstelle Archiv an Gauarchivstelle Land Lippe-Detmold 1.7.1936.
87. Ebda.
88. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord. Gauschulungsleiter. Hauptstelle Archiv an Gauarchivstelle Land Lippe-Detmold 20.7.1936.
89. Ebda.
90. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: [Gau-] Dienststelle 9.-Archiv-.Reisebericht Düsseldorf 6.Mai 1936.
91. Vgl. Neuberger 1980 S.159-163. – Vgl. auch den vom Leiter des Hannoveraner Logenmuseums Scharlach herausgegebenen Führer durch das Logenmuseum: „Die Wahrheit über die Freimaurerei". Hannover: nach 1937. LLB Soz 28/21.
92. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Reisebericht, Berlin 19. und 20.Mai 1936.
93. Vgl. Neuberger 1980, S.162
94. LLB BA, Gr.III,D;10.Logenbibliothek: Eduard Schulte an Eduard Wiegand 17.8.1936.
95. Ebda.
96. LLB BA, Gr.III,D;10., Logenbibliothek: SD des RFSS. Der SD-Führer des Oberabschnitts West 5.3.1937.
97. LLB BA, Gr.III,D;10., LogenbibliothekNSDAP Gauleitung Westfalen-Nord. Gauschulungsleiter. Hauptstelle Archiv an Gauarchivstelle Land Lippe-Detmold 8.3.1937. LLB BA, Gr.III,D;10.
98. LLB BA, Gr.III,D;10., Logenbibliothek: SD des RFSS. Der SD-Führer des Oberabschnitts West 12.3.1937.
99. LLB BA, Gr.III,D;10., Logenbibliothek: NSDAP Gauleitung Westfalen-Nord. Gauschulungsleiter. Hauptstelle Archiv an Gauarchivstelle Land Lippe-Detmold 16.3.1937. – Zu den Bauvorhaben in Detmold vgl. u.a. Schröder, Arno: Westfalen-Nord. o.O. 1940, S. 45.
100. LLB BA, Gr.III,D;10., LogenbibliothekLippische Landesbibliothek. Bescheinigung des Transportführers 25.3.1937.
101. LLB BA, Gr.III,D;10., Logenbibliothek: Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei im RMdI 22.4.1937.
102. Wie eifersüchtig gerade die Freimaurerfrage behandelt wurde, zeigt auch der bei Neuberger 1980, S. 217 geschilderte Vorgang aus den Jahren 1940 oder 1941, wonach dem „Archiv für Zeitgeschichte" und ihrem Leiter F.J.K.Rehse die geraubte Einrichtung der Freimaurerloge aus Hilversum komplett übergeben wurde, der daraus eine ständige Freimaurerausstellung machen wollte, was wiederum die Intervention

des für weltanschauliche Fragen zuständigen Reichsleiters Rosenberg auf den Plan rief, der dieses Privileg einer Zurschaustellung einer Loge allein der „Hohen Schule" der NSDAP zugebilligt sehen wollte.

Uta Halle

Detmold und die deutsche Vorgeschichtsforschung

Vorgeschichtsforschung und Zeitgeschichte bilden in der Regel sehr gegensätzliche Forschungsgegenstände. Archäologie und Zeitgeschichte, verknüpft mit der Geschichte der Stadt Detmold, lassen sich für Außenstehende nur schlecht miteinander verbinden. Wenn aber 1937 die Druckschrift „Die Detmolder Vorgeschichtsrichtung" trotz staatlicher Zensur und obwohl sich Heinrich Himmler, der 'Reichsführer SS', gegen die Herausgabe dieser Arbeit ausgesprochen hatte, in dem NS-Verlag „Lippische Staatszeitung" gedruckt und vertrieben werden konnte, wird klar, daß dieses Thema in einer Stadtgeschichte zum Nationalsozialismus in Detmold nicht fehlen darf.[1]

Daß die Landeshauptstadt Detmold für die Vorgeschichtsforschung in der Zeit zwischen 1933 und 1945 bedeutend wurde, lag nicht an den vielfältigen Bodendenkmälern des Lipperlandes oder der Museumslandschaft. Vielmehr ist als eine Ursache anzusehen, daß seit der Mitte der 20er Jahre von Wilhelm Teudt aus dem Kreis der Laienforscher, der 'Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte', zahlreiche „germanische Heiligtümer", wie die Externsteine bei Horn, die Hügelgräber und die „Rennbahn" in Oesterholz und die „Steinalleen" im Leistruper Wald, öffentlich vorgestellt wurden.[2]

Schon seit 1926 mußten sich die führenden Fachwissenschaftler an den verschiedenen Universitäten und Museen mit der 'Detmolder Richtung' auseinandersetzen. Dieser Konflikt verschärfte sich seit 1933 und entwickelte sich zu einer Auseinandersetzung zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen innerhalb der NSDAP, wobei entscheidende Impulse jeweils aus der völkischen Laienforschung in Detmold kamen.

Durch die Vorgeschichtsforschung in Lippe während der nationalsozialistischen Diktatur wurde der schon vorhandene Riß in der wissenschaftlichen Forschung erheblich vergrößert, so daß eine Kluft entstand, über die nach 1945 keine Brücke zwischen beiden Seiten mehr gebaut werden konnte. Diese Kluft bestand bis in die Gegenwart hinein und kann vielleicht erst jetzt, nach dem Tod der damaligen Kontrahenten, überbrückt werden.

Die Vorgeschichtsforschung in Lippe zwischen 1933 und 1945 hat aber auch dazu geführt, daß im Ausland über die deutsche prähistorische Wissenschaft gespottet wurde.[3]

Bevor ich nachfolgend auf die deutsche Vorgeschichtsforschung und auf die 'Detmolder Richtung' zwischen 1933–1945 eingehe, zunächst noch einige Vorbemerkungen. Unter Vorgeschichtsforschung verstehe ich die prähistorische Archäologie, die „Wissenschaft des Spatens"[4], die versucht, die „Hinter-

lassenschaft untergegangener Kulturen zu erforschen"[5] und die damit neben der klassischen und provinzialrömischen Archäologie steht, die sich mit der Erforschung Griechenlands und des römischen Herrschaftsgebietes befaßt. Dazu gehört aber neben der archäologisch-wissenschaftlichen Tätigkeit in Forschungsinstitutionen auch die didaktische Umsetzung archäologischer Forschungsergebnisse in Museen oder in Publikationen.

Die Auflistung der verschiedenen Teilbereiche der archäologischen Forschung leiten aber auch schon über zu einem der größten Probleme, die diese Wissenschaft in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts beschäftigte. Die Forscher, die in den geographischen Gebieten arbeiteten, in die die Römer nicht vorgedrungen waren, fühlten sich benachteiligt gegenüber den sogenannten 'Römlingen', den provinzialrömischen bzw. den klassischen Archäologen. Ausbildung und Forschungsgelder gingen ihrer Meinung nach zu sehr in die Erforschung der römischen oder außerdeutschen Geschichte, und die 'nationale' Vorgeschichte wurde vernachlässigt. So gab es nur einen Lehrstuhl für deutsche Vorgeschichte in Berlin, der mit Gustaf Kossinna[6] besetzt war. Hinzu kam, daß die Vorgeschichtswissenschaft sich noch in einem Stadium der methodischen Ausdifferenzierung befand.

Hier muß ich auf Kossinna verweisen, der mit seiner Methode der 'ethnischen Deutung' den Germanen und ihren Vorfahren bestimmte, durch die archäologischen Fundobjekte definierte Kulturkreise zuwies. Dieser methodische Ansatz kann als „Teil einer Zeitströmung"[7] angesehen werden. War diese Methode unter den Fachwissenschaftlern umstritten, so finden sich Kossinnas Ideen von einer 'Kulturhöhe der Germanen' in den 20er Jahren in den Schriften der völkischen Heimatforscher, so z.B. bei den 'Freunden der germanischen Vorgeschichte' um Wilhelm Teudt in Detmold und mit mehreren Ortsgruppen im gesamten Reichsgebiet. Das Vorgeschichtsverständis dieser Gruppe – deren Mitglieder sich alle als Schüler und Anhänger Kossinnas verstanden – läßt bei einer Betrachtung ihrer Wissenschaftsauffassung erkennen, daß die 'Freunde der germanischen Vorgeschichte' sich immer nur

Abb. 1: Wilhelm Teudt und seine Anhänger auf einer Exkursion zur vorgeschichtlichen Wallanlage Piepenkopf bei Hillentrup. (1939)

bestimmte Ergebnisse der Kossinnaschen Forschung heraussuchten. Diese betrachteten sie isoliert, andere Forschungsergebnisse nahmen sie nicht zur Kenntnis. Ihre Aufgabe sah diese Gruppe „im Kampf [...] gegen Gegner, die alles Deutsche ausmerzen" und „fremdländisches Wesen zur Herrschaft bringen wollen".[8] Daneben benutzte die Gruppierung um Teudt nicht nur die Ergebnisse der archäologischen Wissenschaft, sondern arbeitete auch mit der „Logik der geschichtlichen, landschaftlichen und sonstigen Tatsachen, ferner der Seelenkunde und der Vererbungslehre" und dem „artgemäßigen Empfinden", um in dem Laienkreis ein bestimmtes Weltbild über die Germanen zusammenzustellen.[9] So wurden z.B. die vor- und frühgeschichtlichen Wallanlagen zu den „Wallfahrtsorten und Kirchen" der „Vorfahren".[10] Außerdem bemühte sich die Gruppe verstärkt darum, eine vorgeschichtliche „Astronomie", vorgeschichtliche „Signallinien" bzw. ein altes „Nachrichtenwesen" nachzuweisen.[11] Neben diesen Theorien bestand das Weltbild dieser Gruppe im wesentlichen darin, daß die Germanen ein den Römern nicht nur vergleichbares, sondern sogar überlegenes Volk gewesen seien, das endgültig durch Karl den Großen um 800 n. Chr. zerstört wurde. In der Argumentation finden sich Formulierungen wie „Zerspaltung und Zerklüftung germanischer Blutseinheit und Kultureinheit" und „Erbgut aus Ahnenzeiten".[12] Diese Theorien verbreiteten Teudt und seine Anhänger in zahlreichen Vorträgen, Exkursionen und regelmäßig stattfindenden Tagungen.

Kritik an ihrem zusammengestellten 'germanischen Weltbild' von seiten der Fachwissenschaftler konnte die 'Vereinigung' nicht akzeptieren. Die fachwissenschaftliche Kritik richtete sich im wesentlichen gegen die Intuition, aus der heraus die 'Vereinigung' ihre Ergebnisse gewann. Die Wissenschaftler forderten nachprüfbare Ergebnisse durch archäologische Untersuchungen, konnten sich aber auf Dauer nicht der Beeinflussung aus der 'Detmolder Richtung' entziehen.

Mehrere Fallbeispiele sollen die Einflußnahme, die von dieser Gruppierung ausging, verdeutlichen.

Wie war die Vorgeschichtsforschung in Lippe bis 1933 organisiert?

Nachdem sich 1835 der Naturwissenschaftliche Verein in Lippe organisiert hatte, waren es die Mitglieder dieses Vereins, die die seit 1821 gesetzlich verankerte Bodendenkmalpflege übernahmen. Zu nennen ist hier der Name Otto Weerth, der zahlreiche Grabungen an den obertägig sichtbaren Denkmälern, wie der Herlingsburg, der Grotenburg usw., durchführte. In Kontakt und zum Teil auch in Zusammenarbeit stand Weerth dabei mit dem führenden Archäologen Deutschlands, Carl Schuchhardt. Seit 1920 organisierten auch die Ortsheimatpfleger, in der Regel Lehrer, verschiedene Grabungen.

Die Veröffentlichungen Wilhelm Teudts seit 1926 über die angeblich 'germanischen Heiligtümer' in Lippe lösten eine ernsthafte Krise in der lippischen Bodendenkmalpflege aus. Nachdem Fachwissenschaftler und führende Mitglieder des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins feststellen mußten, „daß der Dilettantismus in der Altertumsforschung [...] in Lippe [...] merkwürdige Blüten" trieb und als „ein beliebter Tummelplatz für mehr oder weniger beschäftigungslose alte Herren" angesehen werden mußte,[13] wurde die Bodendenkmalpflege Ende 1929 dem Leiter der vor- und frühgeschichtlichen Abteilung des Landesmuseums Münster, August Stieren, unterstellt.[14] Diese Krisenlösung führte für kurze Zeit zu einer Beruhigung der Situation. Die Fachwissenschaftler wußten die Belange der Bodendenkmalpflege bei August Stieren in wissenschaftlichen Händen, die Laienforscher der 'Vereinigung' übernahmen die Rolle des Opfers der gegen sie verschworenen Fachwissenschaftler.

Die nationalsozialistische Machtübernahme veränderte die Lage. Innerhalb der parteipolitischen Organisation entstanden zwei Institutionen, die für die Vorgeschichtsforschung zuständig waren: Das 'Amt Rosenberg für die geistige und weltanschauliche Erziehung in der NSDAP'[15], das seit 1934 offiziell mit der Wahrnehmung der Vorgeschichtsforschung betraut war, und das „Ahnenerbe", die Wissenschaftsorganisation der SS unter Heinrich Himmler, die Mitte 1935 hinzukam[16]

Alfred Rosenberg, der 'Chefideologe' der NSDAP und Verfasser des Buches „Der Mythus des 20. Jahrhunderts", erstmals 1930 veröffentlicht[17], bezeichnete die „Ergebnisse der vorgeschichtlichen Forschung" als „das Alte Testament des deutschen Volkes".[18] Heinrich Himmler, der „Reichsführer SS"[19], betrachtete die prähistorische Archäologie als „die unmittelbare, mit allen Sinnen erfaßbare Berührung mit den wieder ans Licht gebrachten Häusern, Waffen und Geräten unserer Vorfahren."[20] Schon diese Einstellungen Himmlers und Rosenbergs verdeutlichen, daß die Vorgeschichtsforschung von den Nationalsozialisten als politisch-ideologisch zu nutzendes Fach angesehen wurde, deren Ergebnisse in den politischen Alltag umgesetzt werden konnten. Gleichzeitig wird erkennbar, daß Rosenberg und Himmler beide die germanozentrischen Thesen der völkischen Richtung und dabei auch oft die der völkischen Laienforscher wie Teudt vertraten. Untereinander fochten sie aber einen erbitterten Kampf um die Vormachtstellung in dieser Wissenschaft.

Die 'Vereinigung' um Wilhelm Teudt übernahm sofort einen aktiven Part bei der Beeinflussung nationalsozialistischer Landes- und Reichspolitiker, um so ihre Interessen in dem neuen Staat durchzusetzen. Die Rolle, die diese Gruppe übernommen hatte, ist bislang immer unterbewertet worden. Nachfolgend soll anhand einiger Beispiele vorgestellt werden, wie sehr Wissenschaftler und nationalsozialistische Machthaber sich durch diese Gruppe haben beeinflussen lassen. Die Einflußnahme der völkischen Laienforscher reicht hierbei, wie die

ausgewählten Beispiele verdeutlichen, von personellen Entscheidungen über die Planung und Realisierung von Institutsplänen und das Umgehen von Zensurmaßnahmen bis zum gegenseitigen Ausspielen der verschiedenen NS-Forschungsinstutionen, dem 'Amt Rosenberg' und dem 'Ahnenerbe' der SS.

Personelle Entscheidungen

Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme wurden die Kritiker der Teudtschen Theorien, die Herren Kiewning, Wilhelm Meyer, Emil Altfeld und Karl Weerth, mit beruflichen Repressalien belegt.[21] Dr. August Stieren wurde die Verantwortung für die Bodendenkmalpflege in Lippe entzogen.[22] Die Fäden im Hintergrund zogen dabei die führenden Mitglieder der völkischen 'Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte' um Wilhelm Teudt.[23] Diese Akteure gehörten zu der bürgerlichen Schicht des 'Völkischen Stammtisches', die in die Belange der NSDAP eingriffen, ohne Parteimitglieder zu sein.[24] Genauso griff die 'Vereinigung' aber auch in die Belange der lippischen und überregionalen Vorgeschichtsforschung ein.

Nachdem die 'Vereinigung' schon in den Sommermonaten des Jahres 1933 die Landesregierung dahingehend beeinflußt hatte, für die geplanten Ausgrabungen an den Externsteinen den von ihr angeworbenen Münsterschen Geologieprofessor Julius Andree zu bestimmen,[25] schloß die Vereinigung andere – ihr unliebsame – Archäologen aus. Anfang Dezember 1933 fragte die Landesanstalt für Vorgeschichte in Halle beim Reichsstatthalter für Lippe nach, ob die Landesanstalt die Ausgrabungen an den Externsteinen durchführen könnte.[26] Meyer ließ diese Anfrage an die Landesregierung Lippe schicken und bat „um Stellungnahme". Ein handschriftlicher Vermerk auf diesem Brief läßt erkennen, was weiter geschah. Die Landesregierung schickte beide Schreiben an „Herrn Direktor Teudt, [...] mit der Bitte um Stellungnahme". Wilhelm Teudt nahm wie folgt Stellung:

> Nach meiner Ansicht empfiehlt es sich, die [...] Ausgrabungen an den Externsteinen den [...] beauftragten Sachverständigen in Detmold und Münster vorzubehalten, wobei ich annehme, daß es sich in Detmold um Herrn Studienrat Suffert[27], in Münster um Herrn Professor Andree handelt.

Für andere Wissenschaftler gab Teudt vor, die „gastweise Anteilnahme an den Grabungen zu gestatten", wobei er die Herren Müller-Brauel[28] und „den Museumsdirektor a.D. Dr. h.c. Rademacher"[29] festlegte. Nach dieser Teudtschen Stellungnahme antwortete die Landesregierung dem Büro des Reichstatthalters, daß sie „beabsichtigen [würden], die Grabungen an den Externsteinen den Sachverständigen in Detmold und Münster vorzubehalten." Anderen Wissenschaftler könne allerdings „die Erlaubnis" erteilt werden, „als Gäste an den [...]

Grabungen teilzunehmen". Auf diesem Wege hatte die völkische 'Vereinigung' den Kossinna-Schüler Professor Hans Hahne ausgeschlossen, ein NSDAP-Mitglied, das „schon vor dem 30. Januar der Partei und dem Kampfbund für deutsche Kultur seine freie Zeit gewidmet" hatte.[30] Wir würden heute Hans Hahne aufgrund seiner parteipolitischen Arbeit, die sich auch in seinen wissenschaftlichen Publikationen widerspiegelt, als einen 'absolut überzeugten Nationalsozialisten' bezeichnen.

Der hier ausführlich geschilderte Fall der Einflußnahme steht stellvertretend für mehrere Fälle dieser Art. Werden die Gründe für die Ausschaltung Hans Hahnes in diesem Fall in den Regierungsakten nicht klar erkennbar, so zeigt ein Brief aus dem internen Schriftwechsel der 'Vereinigung' deutlich, warum Hahne nicht für die Ausgrabungen an den Externsteinen herangezogen werden sollte: „Teudt hat in letzter Zeit mit Hahne einige Reibereien gehabt."[31] Die anderen Fälle, in denen die 'Vereinigung' ihr nicht genehme Archäologen ausschloß, zeigen, daß die 'Vereinigung' Wissenschaftler, die sich Ende der 20er Jahre öffentlich gegen den 'Phantasten' Teudt ausgesprochen hatten, an Ausgrabungsarbeiten hinderte und dies nicht nur für die Grabungen an den Externsteinen. Zu nennen ist hier noch der damalige Assistent an der Universität Göttingen, Gerhard Brüns, der „nach Rücksprache mit Herrn Teudt"[32] „ausgeschaltet" werden mußte, weil „sein Chef [...] ein heftiger Gegner Teudt's" war.[33] Gefragt waren also eher ein wohlwollendes Verhalten der Fachwissenschaftler Teudt gegenüber und nicht unbedingt nationalsozialistische Parteizugehörigkeit.

Es zeigt sich in diesen Fällen ganz deutlich, daß die eigentliche Entscheidungsebene von den nationalsozialistischen Landespolitikern an die 'Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte' delegiert worden war, und daß die dort gefällten Entscheidungen von den Politikern umgesetzt wurden. Folglich entstand durch diese Vorgehensweise für die Grabungsleitung ein stärkeres direktes Abhängigkeitsverhältnis von der 'Vereinigung' als von den nationalsozialistischen Landespolitikern.[34]

Zensurmaßnahmen

Berichte über Ausgrabungen oder Ergebnisse der Vorgeschichtsforschung wurden nicht nur in Fachzeitschriften veröffentlicht, sondern oft in großer Aufmachung in der lokalen und überregionalen Tagespresse, die vom Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda unter Josef Goebbels als „ein ungeheuer wichtiges und bedeutsames Massenbeeinflussungsinstrument" benutzt wurde.[35] Die Berichterstattung unterlag damit den allgemeinen Zensurmaßnahmen, die nur wenige Tage nach der Machtübernahme eingeführt wurden.[36]

Trotz der allgemeinen Zensurbestimmungen konnte sich in Detmold nicht nur der o.g. Vorfall mit der Herausgabe der Schrift „Die Detmolder Vorgeschichtsrichtung" ereignen. Es gibt noch ein weiteres Beispiel, wie die staatliche Zensur eines Regierungsbeamten verhindert wurde. Es ist als ein kurioses Beispiel nationalsozialistischer Maßnahmen einzustufen und betraf einen Bericht über die Ergebnisse der Ausgrabungen an den Externsteinen. Die Grabungen dort waren Anfang Mai 1934 begonnen worden. Anfang Juni erregten dann die Entdeckungen des Grabungsmitarbeiters Breitholz Aufsehen, der auf der Spitze des sogenannten 'Turmfelsens' eine 26 cm breite und 27 cm tiefe Vertiefung entdeckt hatte, die er und nach ihm auch der wissenschaftliche Leiter Andree als Standloch des sächsischen Heiligtums der Irminsul interpretierte. In dem offiziellen Grabungsbericht, den der Grabungsleiter Julius Andree der Landesregierung zukommen ließ, heißt es zu diesem Befund:

„Dieses Standloch kann in seiner ganzen Art nach und nach dem Ort seiner Anbringung nur zur Aufnahme einer kurzen und kräftigen Säule gedient haben, sodass man wohl nicht fehlgeht, hier den Standort der hier gesuchten Irminsul gefunden zu haben."[37] Auf Wunsch des Regierungsrates Oppermann, eines Vorstandsmitglieds der Externsteinestiftung, sollte der Grabungsbericht bezogen auf diesen Befund abgeändert werden[38]: Anstatt die „lang gesuchte Irminsul" sollte geschrieben werden: „die von Teudt seit langem gesuchte Irminsul". Ferner sollte der Zusatz „sofern man nicht eine erhebliche Abtragung durch Verwitterung annehmen will" hinzugefügt werden, eine Ergänzung, die sich auf die Entstehung der Vertiefung bezieht. Der Satz „damit ist der unumstößl. Beweis erbracht" sollte nach Oppermanns Meinung umgeändert werden in „damit dürfte der Beweis erbracht worden sein".

Warum wollte der nationalsozialistische Regierungsbeamte Oppermann diese Textabänderungen? Hier zeigt sich die Vermutung, die Suffert in einem Schreiben andeutete, als richtig. Suffert vermerkte nämlich, daß „O.[ppermann] [...] damit auch Andree – nicht nur die Regierung – vor zu sicheren Behauptungen bewahrt".[39] Da aber „Teudt [...] in seiner Impulsivität darauf gedrängt" hatte, „daß der Bericht gleich nach seiner Fertigstellung einem Pressebüro übergeben werden sollte",[40] mußte Oppermann erleben, daß der Bericht ohne seine Zensurmaßnahmen, denn anders kann man die geplanten Korrekturen nicht bezeichnen, in der „Lippischen Landeszeitung" gedruckt wurde.[41]

Betrachtet man diesen Vorgang, so wird deutlich, daß ein Mitglied der nationalsozialistischen Landesregierung, von der man eigentlich vermuten würde, daß sie das 'germanische Heiligtum' noch stärker ausdeuten würde, die zu weit gehenden Interpretationen des nationalsozialistischen Wissenschaftlers auf ein, zwar nach heutigen Maßstäben auch nicht zuläßliches Maß an Interpretation zurückstufen wollte. Ihm war aber die 'Vereinigung' zuvorgekommen, indem sie den Bericht schon an die Presse weitergeleitet hatte.

Oppermann war aber nicht das einzige Mitglied der nationalsozialistischen Landesregierung, das die angeblich bewiesenen Thesen eines 'germanischen Heiligtums an den Externsteinen' mit einem gewissen Mißtrauen betrachtete. Auch beim Kreisleiter der NSDAP, bei Alfred Wedderwille, finden sich skeptische Überlegungen. Er bemerkte zumindest, daß „verschiedene Auffassungen in einigen Punkten betr. Externsteine bestehen"[42] und „daß namhafte Wissenschaftler des eigenen Lagers über die Untersuchungen an den Externsteinen anderer Ansicht sein könnten".[43] Wedderwille, „als Laie"[44], besaß „nicht den Ehrgeiz", sich „in diese Dinge einzumischen oder [sich] sogar ein Urteil zu erlauben."[45]

Man könnte im Rückblick sogar den Eindruck gewinnen, daß es mit einer gemeinschaftlichen Aktion zwischen den nationalsozialistischen Fachwissenschaftlern und Landespolitikern zum damaligen Zeitpunkt durchaus noch möglich gewesen wäre, die eigentliche wissenschaftliche Befund- und Fundsituation an den Externsteinen (hoch- und spätmittelalterlich/frühneuzeitlich) zu benennen und gegen die 'Vereinigung' durchzusetzen. Hier ist also deutlich, daß das Versagen bzw. der vorauseilende Gehorsam des nationalsozialistischen Wissenschaftlers Andree zu kritisieren ist, der durch seinen Bericht den pseudowissenschaftlichen Theorien einen angeblich 'wissenschaftlichen Nachweis' lieferte.

Durch die Annäherung und Übernahme der Teudtschen Theorien durch Julius Andree, den Grabungsleiter an den Externsteinen, kam es zu einer unheilvollen Entwicklung unter den nationalsozialistischen Fachwissenschaftlern, die in der Zeit vor und in den ersten Monaten nach der Machtergreifung noch bis zum Herbst 1934 eine relativ einheitliche Front gegen die 'Vereinigung' gebildet hatten. Innerhalb dieser Front kam es zu Ablösungen, weil man erkannte, daß es „ein Jammer [ist], daß sich Andree hat so einfangen lassen."[46] Hans Reinerth[47], verantwortlicher Fachmann im 'Amt Rosenberg' galt seit dem Herbst 1934 als „mit Teudt verbrüdert"[48], was dazu führte, daß Teudt seine Verbindung zu Reinerth „stark positiv auswerten" konnte. Trotzdem zeigt das nachfolgende Beispiel der Gründung der 'Pflegstätte für Germanenkunde' in Detmold, daß Teudt sich mit seinen Ideen bei Reinerth im 'Amt Rosenberg' nicht durchsetzen konnte; dies war erst nach dem Eingreifen Himmlers möglich.

Die Pflegstätte für Germanenkunde

Nach Gesprächen zwischen der 'Vereinigung' und der nationalsozialistischen Landesregierung entstand Anfang 1934 der Plan, eine 'Lehr- und Forschungsanstalt der Germanenkunde' in Detmold einzurichten. Dieser Plan fußte auf einer Idee Wilhelm Teudts, wurde von ihm weiterentwickelt und der Landesre-

gierung am 12. März 1934 eingereicht.[49] In der geplanten 'Lehr- und Forschungsanstalt' sollten „Aufgaben, die den spezialwissenschaftlichen Aufgabenkreis der hauptamtlichen oder nebenamtlichen Lehrstühle an den deutschen Universitäten sowie der Museumsdirektoren und sonstigen vorgeschichtlich arbeitenden Instanzen überschreiten", bearbeitet werden. Die Aufgaben, die Teudt vorgesehen hatte, stellte er in vier Punkten zusammen. Danach sollte dort die „pflichtmässige *Zusammenarbeit* aller an der Erforschung der germanischen Vorgeschichte beteiligten Wissenschaftszweige" erfolgen. Weiterhin hatte Teudt eine „kartographische-archivalische *Erfassung*" und „*Erforschung* der sich oberirdisch in der deutschen Landschaft noch findenden Zeugnisse der germanischen Vergangenheit" vorgesehen. Der lokalkundliche Aspekt wurde natürlich auch nicht außer acht gelassen und so forderte er als zusätzliche Aufgabe die „besondere wissenschaftliche *Betreuung*" der lippischen Denkmäler. Neben diesen Forschungsaufgaben war ferner der Bereich der „Lehre und Erziehung" mit „Kursen, Vorträgen, Besichtigungen und praktischen Übungen am Ort und auswärts" und „Ferienlehrkursen für berufliche und unberufliche Vorgeschichtswissenschaftler" vorgesehen. Personell sah dieser Plan „zwei Dozenten", zwei „wissenschaftliche Assistenten" und fünf Hilfskräfte für verschiedene Arbeiten vor. Als Kosten hatte Teudt insgesamt rund 31.000 RM kalkuliert. Schon dieser erste Entwurf läßt erkennen, daß die 'Pflegstätte' von Teudt als ein gigantisches Institut vorgesehen war, um seine Theorien unter optimalen Bedingungen verbreiten zu lassen.[50] Dieses Institut wäre nach Teudts Entwurf personell und finanziell besser ausgestattet gewesen als die wenigen Universitätsinstitute oder Museen.

Unterstützung fand Teudts Antrag in diesen Märzwochen bei Landesschulrat Wollenhaupt,[51] der diesem Antrag hinzufügte: „Zu einer 'Lehr- und Forschunganstalt' eignet sich in Detmold das Landesmuseum (Palais). Es hat die notwendigen Arbeitsräume u. Anschauungsmittel". Wollenhaupt und die „Vereinigung" hatten dabei vollkommen übersehen, daß sich das Landesmuseum im Palais in einem desolaten Zustand befand. Ein Zustandsbericht, aufgenommen im April 1934, verdeutlicht dies:[52]

> Das Museum bot den Anblick völliger Verwahrlosung. Neben der Auffahrtsrampe an der Straßenfront war ein Haufen Pferdeäpfel, etwa 1 cbm groß aufgeschichtet, [...] Ein Ofenrohr, mehrere Matratzenbestandteile und ein Closetrohr aus Steingut machten das Bild nicht anziehender. Auch in den Sammlungen größerer Gegenstände, die sich nicht so leicht entfernen lassen, scheint manches zu fehlen. So fand sich im Erdgeschoß ein einzelner, mit Stroh ausgestopfter Löwenschwanz, zu dem der zugehörige Löwe bis jetzt nirgends zu ermitteln war [...].
>
> Im Direktorenzimmer war der Fußboden und der Tisch bedeckt mit einer Schicht, die sich aus Akten, Urnenscherben, Büchern, vergessenen Frühstücksbroten, Briefen und Hirschgeweihen zusammensetzte und von einer zusammenhängenden dicken Staubschicht überkleidet war. Auf den Schränken verteilt lag ein Ge-

Abb. 2: Das Direktorenzimmer. (1934)

Abb. 3: Im Keller des Museums (1934)

> menge von Heften mehrerer z.T. unvollständiger Jahrgänge mehrerer verschiedener Zeitschriften [...].

Ganz katastrophal müssen die Zustände im Keller des Landesmuseums gewesen sein.

Dieser Zustandsbericht zeigt, daß die Nationalsozialisten in den ersten 15 Monaten nach der Machtergreifung bislang ihr besonderes Augenmerk noch nicht auf eine museale Umsetzung des Faches Vor- und Frühgeschichte in Detmold gerichtet hatten.

Nachdem dem Mitglied der 'Vereinigung' Oskar Suffert zuerst die kommissarische Leitung und später die Leitung des Landesmuseums übertragen worden war,[53] setzte dieser umfangreiche Renovierungs- und Aufräumarbeiten an. Damit wäre für die geplante 'Lehr- und Forschungsanstalt' zumindest die räumliche Frage geklärt gewesen, allerdings mußte Suffert feststellen, daß „die Bestände" der vorgeschichtlichen Abteilung „für die Begründung einer Lehr- und Forschungsanstalt für Germanenkunde nicht im geringsten" ausreichten.[54]

In dieser Situation wurde die 'Vereinigung' von einer Nachricht überrascht, die die weitere Entwicklung der Vorgeschichtsforschung reichsweit beeinflußte. Alfred Rosenberg berief im März 1934 den Tübinger Privatdozenten für

Vor- und Frühgeschichte, Hans Reinerth, zu seinem Berater. Reinerth sollte zu den Fragen der „germanischen Vorgeschichte [...] eine einheitliche Linie in der N.S.D.A.P. sicherstellen."[55] Reinerth wurde von der 'Vereinigung' als „Archäologe [...] im strengeren Sinne" eingeschätzt, der „auf alle Fälle kein Freund der Vereinigung" werden würde.[56] Deutlich wurde der 'Vereinigung' auch, daß ein Fachmann wie Reinerth bei einer „Besichtigung [des Landesmuseums, U.H.] natürlich sofort bemerken" würde, wo das Hauptproblem der 'Lehr- und Forschungsanstalt' läge: die fehlenden Sammlungsbestände.

Diese Rosenbergsche Entscheidung führte zu einer Änderung im Verhalten des Landesschulrats Wollenhaupt, der seit der Machtübernahme als Mitglied des Deutschbundes immer die Belange der 'Vereinigung' gegenüber der Landesregierung unterstützte. Hatte er sich bisher „durchaus für Teudt ein-[ge]setzt", so mußte er nun „aus Parteidisziplin selbstverständlich der Linie folgen, die Reinerth vorschreibe".[57] Wollenhaupts verändertes Verhalten mußte die „Vereinigung anerkennen", denn „sie legt[e] natürlich gar keinen Wert darauf, sich das Wohlwollen der Regierungsstellen zu verscherzen."[58]

Die 'Vereinigung' reagierte aber sofort auf die Ernennung Reinerths und nahm von sich aus Kontakt zu dem Tübinger Privatdozenten auf. Allerdings mußte sie hinnehmen, daß eine für Ende April 1934 geplante „Aussprache zwischen der Vereinigung und den 'reformwilligen' zünftigen Vorgeschichtlern", die Teudt angestrebt hatte, von Reinerth auf unbestimmte Zeit verschoben wurde.[59] Es kam nur zu einem Treffen im kleinen Kreis im Kaiserhof. Hier wurde von Reinerth die Forderung gestellt, daß die 'Vereinigung' sich dem Reichsbund für deutsche Vorgeschichte im Amt Rosenberg anschließen sollte. Reinerth ließ Vordrucke zum Beitritt für die Vereinigung zurück, bekam dann allerdings einige Tage später ein Schreiben der 'Vereinigung', daß die „Bedingungen zum Beitritt [...] so wenig auf unsere Bewegung zugeschnitten sind, dass es [...] nicht möglich ist, sie in dieser Form anzunehmen."[60] Nach längeren Verhandlungen kam es im Herbst 1934 zum Beitritt der 'Vereinigung' in den 'Reichsbund für deutsche Vorgeschichte', weil Teudt sich davon eine Unterstützung für seinen 'Institutsplan' versprach.[61] Obwohl die anderen Mitglieder der 'Vereinigung' erkannten, daß Reinerths Verhalten nur auf „eine Duldung", nicht aber auf die erhoffte „öffentliche Anerkennung" hinauslief,[62] konnten sie Teudt bei seinen Verhandlungen mit Reinerth nicht mehr bremsen. Wenige Wochen nach dem Beitritt erhielt Teudt am 23. November 1934 die offizielle Beauftragung der nationalsozialistischen Landesregierung, alle „zweckmässigen Vorarbeiten" für die 'Pflegstätte'[63] zu erledigen. Dazu bekam er die Zusage, die Räume im Landesmuseum unentgeltlich mitnutzen zu können.[64] Gleichzeitig mußte Teudt aber feststellen, daß die „völlige Selbständigkeit" in der Zusammenarbeit mit dem 'Reichsbund für deutsche Vorgeschichte' nicht möglich war.[65] In Verhandlungen mit Reinerth im Dezember 1934 mußte er erleben, daß dieser für den Reichsbund Forderungen im Hinblick auf das ge-

plante Institut stellte. Gefordert wurden eine Angliederung der geplanten 'Pflegstätte' an das von Reinerth geplante 'Reichsinstitut für deutsche Vorgeschichte'[66] und ein „Facharchäologe"[67].

Direkt im Anschluß an die Gespräche mit Reinerth wandte sich Teudt an das Reichserziehungsministerium und bekam ein Gespräch mit Reichsminister Rust, um dort auch seinen eigenen Institutsplan vorzustellen.[68] Immer deutlicher kristallisierte sich heraus, daß Teudt dieses „Institut [...] sozusagen als Krönung seines Lebenswerks" betrachtete und an dem er „zähe fest" hielt.[69] Zugleich wird deutlich, daß Teudt bereit war, dafür auf die Forderungen des 'Amtes Rosenberg' einzugehen, ja, er war sogar bereit, sich von seinem langjährigen Weggefährten und Deutschbundbruder Oskar Suffert zu trennen.[70] Obwohl Teudt Reinerth namentlich die Wissenschaftler Gerhard Brüns[71] oder Herbert Jankuhn[72] vorschlug, verhielt sich dieser „ausserordentlich schweigsam" und beantwortete Teudts Anfragen nicht.[73] Reinerth und damit das 'Amt Rosenberg', die mit dem Anschluß der 'Vereinigung' an den Reichsbund das eigentliche Ziel erreicht hatte, nämlich diese 'gleichzuschalten', arbeitete nun auf politischer Ebene gegen Teudt und erklärte gegenüber der Landesregierung, daß „Teudt für die Leitung eines Instituts nicht in Frage käme"[74]. Eine weitere Unterstützung der 'Vereinigung' konnte sich das 'Amt Rosenberg' auch nicht mehr leisten, hatte doch das Ansehen Reinerths unter dieser Annäherung im Kreis der Fachwissenschaftler schon sehr gelitten und mit dazu geführt, daß es in diesen Monaten Probleme aufgrund des geplanten Reichsinstituts für deutsche Vorgeschichte gab.[75] Gleichzeitig wurde der Plan vom Reicherziehungsministerium zurückgestellt, und auch die Landesregierung verhielt sich nun abwartend.[76] Aus diesen Gründen kam es in den ersten Monaten des Jahres 1935 noch nicht zur Realisierung des Institutsplanes.[77]

Die Augen und noch mehr die Ohren der 'Deutschbundbrüder' waren aber überall, und so wurde die neueste parteiinterne Entwicklung, wonach in der 'SS-Führerschule' bemerkt würde, daß „Reinerth keineswegs so fest im Sattel sitze" schon im Dezember 1934 nach Detmold gegeben.[78]

Als sich bis Ende Februar die Situation noch nicht zu Gunsten Teudts geändert hatte, nutzte er diese Information und begann nun seinerseits, das 'Amt Rosenberg' gegen die SS auszuspielen. Er brach seine Verhandlung mit dem 'Amt Rosenberg' ab und wandte sich an die SS.[79] Ende Februar/Anfang März 1935 unternahm er eine Reise nach Berlin und begann seine Verhandlung mit Heinrich Himmler. Dieser war im Frühjahr 1934 erstmals an den Externsteinen gewesen, hatte „sein großes Interesse" an der Felsgruppe gezeigt und war seit April 1934 im Vorstand der Externsteine-Stiftung, ohne allerdings größere Aktivitäten zu entwickeln.[80] In dem Gespräch am 6. März zeigte sich Himmler „auf das lebhafteste" interessiert an dem Institutsplan[81], und in der Folgezeit kam es zu einem ersten stärkeren Eingreifen seitens der SS in bezug auf die Externsteine-Grabungen und den Institutsplan: So bat Himmler Staatsminister

Riecke um ein Gespräch, in dem weitere Maßnahmen besprochen worden sein dürften.[82] Teudt hatte bei diesem Wechsel zur SS genau den richtigen Zeitpunkt getroffen, denn seit dem Herbst 1934 distanzierten sich zahlreiche Archäologen von Reinerth und begannen ab dem Frühjahr 1935 eine Zusammenarbeit mit der SS.[83] Die nachfolgenden Tage und Wochen zeigten, welche Konsequenzen sich aus dieser veränderten Konstellation ergaben. Teudt-Kritiker mußten erleben, daß „Himmler sehr die Hand in der Externsteinesache hat und dass er am liebsten keinen Gegner der Teudtsache dort sähe."[84] Kritiker an Teudts Theorien wurden endgültig eingeschüchtert und „mundtot" gemacht,[85] erste Zensurmaßnahmen über die Grabungsergebnisse an den Externsteinen eingeführt[86], und die geplante 'Scherbenkonferenz' konnte nur noch unter Beteiligung der SS in Detmold stattfinden.[87]

Exkurs: Die 'Scherbenkonferenz' im April 1935

Um die Scherben aus der Grabung 1934 an den Externsteinen entstand noch im gleichen Jahr ein heftiger Streit. Der Grabungsleiter Andree schrieb dazu in einem Brief vom März 1935:

> Altes Material ist ja leider nur in geringem Umfange vorhanden, aber es steht fest, daß Scherbenmaterial aus der Zeit vor der Christianisierung da ist. Und das war ja bezügl. des ganzen Externstein-Problems zunächst das Wichtigste. Mehr läßt sich z.Zt. noch nicht sagen. [...] Eine genauere Zeitbestimmung ist augenblicklich nicht durchführbar. Es ist zu hoffen, daß bei weiteren Grabungen noch mehr Scherbenmaterial zutage kommt.

Hier wird deutlich, daß Andree wußte, daß er mit seiner Keramikdatierung angreifbar ist.

Obwohl Andree mehrfach von Fachkollegen aufgefordert wurde, die Scherbenfunde z.B. zur 'Tagung des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte' im Oktober 1934 in Halle mitzubringen und zu zeigen oder auch Zeichnungen anzufertigen[88] und zu publizieren, unterließ er dieses.

Im März 1935 wurde Andree vom 'Amt Rosenberg' gezwungen, bei einer Besprechung einen Bericht über die Grabungen 1934 abzugeben und „unter Vorlage [...] des Fundmaterials" dieses Material den teilnehmenden Fachkollegen vorzuzeigen.[89] An der Besprechung nahmen neben den Fachwissenschaftlern Stampfuss, Schulz, Reinerth, Wiegers, Matthes und Müller-Brauel[90] noch führende nationalsozialistische Landespolitiker[91] und Mitglieder der „obersten SS-Führung" teil. Alle hier angeführten Fachwissenschaftler waren Mitglieder der NSDAP. Weil diese nationalsozialistischen Wissenschaftler der Meinung waren, daß Himmler „am besten tun [würde], wenn er entweder von der Vorgeschichte die Hand weg liesse, oder wenn er den *Laien* die Beschäftigung mit

der Vorgeschichte untersagte", empfanden sie die Besprechung als ein „abgekartetes Spiel politischer Färbung"[92] und als ein „Theaterspiel [...], zu dem Zweck, das germanische Heiligtum zu retten"[93]. Die SS wollte mit ihrer Anwesenheit „Vorsorge" treffen, damit „den Gegnern unseres Vorhabens an den Externsteinen kein Erfolg beschieden sein konnte".[94] Über diese Besprechung gibt es eine schriftliche Aufzeichnung des Archäologen Wiegers, die dieser an den niedersächsischen Landesarchäologen Karl-Hermann Jacob-Friesen schickte. Das nachfolgende Zitat aus diesem Bericht verdeutlicht die damaligen Diskussionsbedingungen:

> Andree las dann sein Manuskript vor, darauf wurde eine Anzahl von Scherben ausgepackt und vorgelegt und nach 10 Minuten die 'Sachverständigen' um Äußerung ersucht. Der eine sagte, am Rhein sähen die Töpfe anders aus,[95] der andere: er sei aus Hamburg[96] und kenne die Gegend hier nicht, der dritte[97]: er sei zwar mal hier gewesen, aber er kenne die neueren Arbeiten von Schroller nicht.

Wiegers, der als „altes SA- und NSDAP-Mitglied" und stellvertretendes Führungsmitglied in der 'Berufsvereinigung deutscher Vorgeschichtsforscher'[98] bestimmt nicht extrem gefährdet war, gab keine Stellungnahme zu den Funden ab, denn wenn er „gesagt hätte, was [...] zu sagen" gewesen wäre, „wäre ich [Wiegers, U.H.] mutmasslich am Abend vom Amte suspendiert gewesen oder es wäre [...] noch schlimmeres passiert."[99] Wiegers verblieb nur noch der Vermerk: „Die Externsteine sind bis auf weiteres Germanisch" und versteckte hinter dieser ironischen Aussage seine aufkommende Resignation.

Wiegers reagierte nicht ohne Grund mit einer gewissen Angst, hatte er doch schon feststellen müssen, daß Kontakte mit dem Teudt-Kritiker Altfeld nur mit Erlaubnis der nationalsozialistischen Machthaber zustande kommen durften. Altfeld hatte Wiegers auch darauf aufmerksam gemacht, daß er (Altfeld) bespitzelt wurde.

Die bei der 'Scherbenkonferenz' anwesenden Wissenschaftler versuchten, unter dem Druck der Anwesenheit der SS-Mitglieder mit den oben angeführten Formulierungen eine genaue Datierung der Funde, die nämlich ganz und gar nicht 'germanisch' waren, zu vermeiden. Da sie nicht die Wahrheit über den mittelalterlichen Charakter des Fundgutes sagten, machten sie sich somit endgültig zu Handlangern des politischen Systems und der völkischen Laienforschung. Damit war die bisher noch mögliche freie Diskussion durch das von Teudt initiierte Eingreifen der SS noch vor der Gründung des 'Ahnenerbes' zu Ende.

Kommen wir nun wieder zurück zur 'Pflegstätte für Germanenkunde'.

Hatte schon die Scherbenkonferenz in Detmold gezeigt, daß die Ausgrabungen an den Externsteinen seit Teudts Besuch bei Himmler unter den Einfluß der SS geraten war, so wird dies noch deutlicher ab Mai 1935, als die Extern-

steine-Stiftung stärker an die SS angebunden wurde.[100] Und mit Unterstützung der SS konnte Teudt nun auch an die Verwirklichung der 'Pflegstätte' gehen.[101] Schon ein Jahr bevor die 'Pflegstätte' offiziell eröffnet wurde, fanden dort 1935 drei je zweitägige Kurse des nationalsozialistischen Lehrerbundes statt, die rund 340 Teilnehmer verzeichneten. Dazu wurden zahlreiche Vorträge gehalten, zu denen über 900 Zuhörer kamen.[102] Trotz des großen Zulaufes fühlte sich Teudt durch die SS nur unzureichend unterstützt. Auch die Lippische Landesregierung betrachtete die 'Pflegstätte' als ein „privates Unternehmen".[103] Diese für Teudt unbefriedigende Situation der „organisatorischen Stellung [...] zum Staate" klärte sich aber durch die SS in der ersten Hälfte des Jahres 1936.

Der Klärungsprozeß begann mit der Bereitschaft Teudts, die von ihm „ins Leben gerufene Pflegstätte [...] dem Kuratorium des Deutschen Ahnenerbes zu unterstellen".[104] Teudt sah dabei vor, „selbstverständlich [...] nach wie vor die Leitung der Pflegstätte" zu behalten.[105] Am 22. Juni schlossen die beiden Gruppierungen einen Vertrag, mit dem die 'Pflegstätte' offiziell zu einer Abteilung des Ahnenerbes wurde.[106] Teudt glaubte, daß mit diesem Vertrag eine „gemeinsame und fruchtbringende Arbeit" entstände, die für ihn persönlich keine Einschränkung bringen würde. Die Realität sah aber anders aus; dies zeigte sich schon wenige Tage nachdem die 'Pflegstätte für Germanenkunde'

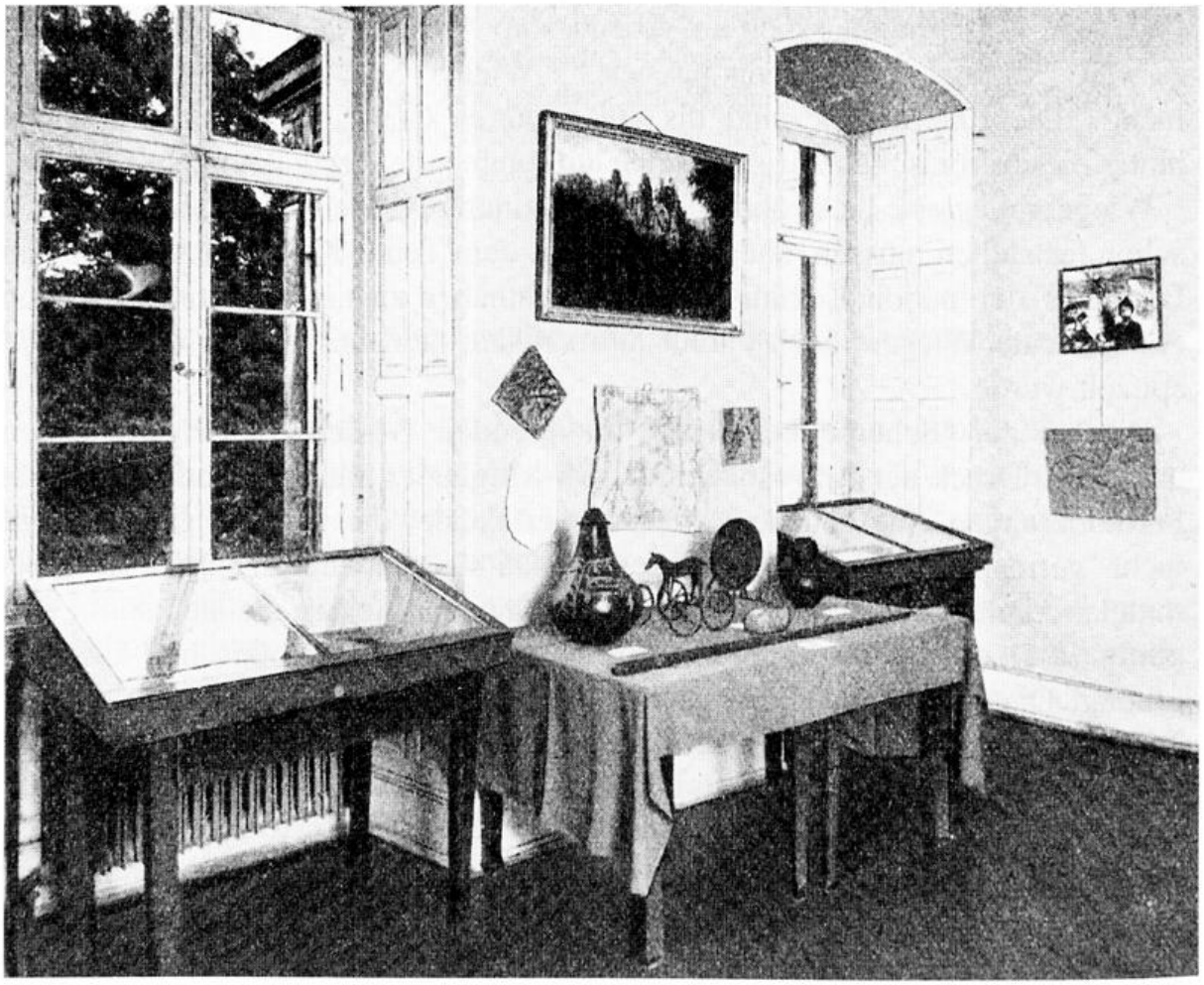


Abb. 4: Blick in die Ausstellung der Pflegstätte. (1936)

in Detmold als „erste Burg germanischen Geistes in deutschen Landen“[107] am 5. Oktober 1936 offiziell eröffnet worden war.

Archäologische Forschung wurde von der ‘Pflegstätte für Germanenkunde’ nicht mehr betrieben. Die Arbeit in dieser Institution wandte sich verstärkt der Sagen- und Namensforschung zu. Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Schulung von Lehrern und die Führungen an den Externsteinen. Dafür hatte man die ‘Pflegstätte’ – soweit die wenigen vorhandenen Fotos es erkennen lassen – mit den Nachbildungen einiger archäologischer Funde ausgestattet.[108]

Schon am 16. Oktober vermerken die Archivalien die ersten Differenzen und Kompetenzüberschneidungen zwischen Teudt und dem ‘Ahnenerbe’. Teudt, eigenmächtiges Handeln gewöhnt, hatte Entscheidungen getroffen, von denen das ‘Ahnenerbe’ meinte, daß er dafür nicht die erforderliche „Legitimation“ besäße.[109] Er kritisierte das Führerprinzip als einen „Fehler des dritten Reiches“ und lieferte dem ‘Ahnenerbe’ damit selber hinreichende Gründe, mit denen dieses die Auseinandersetzungen beginnen konnte. Teudt erkannte sich und die ‘Pflegstätte’ als Opfer einer „Politik der Entrechtung“ und versuchte, die Macht wieder für sich zurückzugewinnen. Dabei wandte er allerdings die falsche Taktik an:[110] Er sagte dem ‘Ahnenerbe’ zwar zu, eine „Kampfstellung“ zum ‘Reichsbund für deutsche Vorgeschichte’ einzunehmen und aus diesem auszutreten, drohte aber gleichzeitig mit der Niederlegung seiner Leitungstätigkeit.[111] Nun mußte er postwendend erleben, daß das ‘Ahnenerbe’ ihm mitteilte, daß er „sich für die Einweisung der Nachfolger zur Verfügung“ halten sollte.[112] Damit dürfte auch der letzte Zweifel bei Teudt am wirklichen Vorhaben des ‘Ahnenerbes’ verschwunden sein, und er mußte erkannt haben, daß dieses ihn entmachten wollte. Verzweifelt versuchte er eine neue Strategie. Er wandte sich an Gauleiter Meyer mit der Bitte um dessen Einverständis zur Kündigung des Vertrages zwischen ihm und dem ‘Ahnenerbe’ wegen „Undurchführbarkeit“.[113]

Dieses Vorgehen Teudts löste eine Zusammenarbeit aller politischen Instanzen – Gauleitung, Landesregierung und SS – aus, denn alle sahen „die Angelegenheit der Pflegstätte für Germanenkunde [...] als Schwierigkeit und als unerfreulich“ an, da „Teudt stets verschiedene Forderungen je nach Auftreten der ihn besuchenden Vertreter bezw. nach seiner Laune stellt“.[114] Gauleitung, Landesregierung und SS einigten sich auf ein gemeinsames Vorgehen und im November 1937 erzielte man eine Einigung mit Teudt, wonach alle „aufgetretenen Meinungsverschiedenheiten [...] beseitigt“ sein sollten. Gleichzeitig wurde SS-Gruppenführer Pohl[115] als Ansprechpartner für Teudt benannt und ihm mit Dr. Schweitzer ein neuer Mitarbeiter zugeteilt. Teudts Gegenleistung bestand darin, sein Ausscheiden aus der ‘Pflegstätte’ für den 31. Mai 1938 festzuschreiben. Innerhalb der SS glaubte man mit dieser Vereinbarung „Teudt [...] gebändigt“ zu haben[116] und bat die Gauleitung und die Landesregierung, sich in Zukunft aus dem „Verkehr Teudt/Ahnenerbe“ herauszuhalten.[117]

Aber schon die nächsten Wochen zeigten, daß die Auseinandersetzungen noch nicht beigelegt waren. Nach einem Treffen im Januar 1938 zwischen Gauleiter Meyer und Himmler beschloß dieser, das 'Ahnenerbe' von Berlin nach Detmold zu verlegen.[118] Dieses Vorhaben führte zur Eskalation in den Auseinandersetzungen zwischen Teudt und dem 'Ahnenerbe'. Mitarbeiter des 'Ahnenerbes' berichteten nach Berlin, daß Teudt sie als „Ignoranten und Schafsköpfe" bezeichnet hätte, Freunde Teudts legten schriftlich nieder, daß für sie durch die Übernahme der 'Pflegstätte' ins 'Ahnenerbe' diese in „den Händen Unsachverständiger" läge.[119] Gleichzeitig suchte Teudt neue Unterstützung, dieses Mal bei SS-Standartenführer Kinkelin, der den Reichsnährstand unter Darré als stellvertretender Präsident im Ahnenerbe vertrat. Teudt konnte nicht wissen, daß die Beziehungen zwischen Himmler und Darré zu diesem Zeitpunkt kurz vor dem Zerreißen waren und Kinkelins Einfluß deshalb schon seit dem Frühjahr 1937 erheblich eingeschränkt worden war.[120] Kinkelin und andere Mitglieder des Reichsnährstandes versprachen, die Personalentscheidungen in Teudts Sinne zu beeinflussen.[121]

Dieses Verhalten und Vorgehen Teudts lieferte dem 'Ahnenerbe' die Gründe, um den endgültigen Bruch mit drei Personen durchzuführen:

1. Fritz Fricke, seit 1935 mit dem Einverständnis Himmlers eingesetzt als Fremdenführer an den Externsteinen. Ihn traf der Bruch mit Terrormaßnahmen seitens der SS. [122] Er wurde für drei Monate in „Schutzhaft" genommen, aus der SS ausgeschlossen, und er wurde des Landes Lippe verwiesen.[123]
2. Wilhelm Kinkelin, Stabsleiter im Reichsnährstand und stellvertretender Präsident des 'Ahnenerbes', wurde aus dem 'Ahnenerbe' entlassen.
3. Wilhelm Teudt wurde wegen „Unsachlichkeit und der krankhaften Art, Streit zu suchen" am 25. Februar 1938 aus dem 'Ahnenerbe' entlassen.[124]

Es stellt sich bei der Betrachtung dieser Vorgänge um die 'Pflegstätte für Germanenkunde' die Frage, ob diese Maßnahmen dem für die SS üblichen Schema zur Ausschaltung unliebsamer Gegner entsprachen. Kater charakterisiert das typische Prinzip der SS als „eine langsame, aber stetig eskalierende Auseinandersetzung der SS mit dem Gegner, die hervorragend geeignet war, den Feind in den Anfangsphasen der Verfolgung über das wahre Endziel der Aktion hinweg zu täuschen".[125]

Auf den ersten Blick wirken die Maßnahmen als untypisch, denn es entsteht der Eindruck, als hätte die SS Teudt mehrfach noch eine Chance zum Einlenken und zur Zusammenarbeit gegeben. Verstärkt wird dieser Eindruck noch dadurch, daß Teudt es dem 'Ahnenerbe' sehr erleichterte, Gründe für seine 'Entmachtung' zu finden, indem er versuchte, die verschiedenen Parteiorganisationen gegeneinander auszuspielen. Auf den zweiten Blick zeigen aber einige Äußerungen und Aktionen, daß die 'Entmachtung' Teudts, wenn auch nicht direkt geplant, so doch schon näher ins Auge gefaßt worden war. Deutlich erkennbar wird eine 'Hinhaltetaktik' der SS gegenüber Teudt in der Zeit zwi-

BDC • THIS COPY HAS BEEN MADE AT THE BERLIN DOCUMENT CENTER • BDC

[illegible] Galke zur Kenntnisnahme

A b s c h r i f t .

R e i c h s f ü h r u n g - SS München
Fernschreibnebenstelle der B.P.P.

S o f o r t vorlegen e i l t ===

Nr. 518 Pers. Stab RFSS Berlin No.384 12.2.38. 13.50 BT =

An SS-Gruf. P o h l München ===

= Für die heutige Abendbesprechung mit SS-Gruf. W o l f f , SS-Stubaf. G a l k e und SS-H'Stuf. S i e v e r s teile ich Folgendes mit :

Ich habe soeben SS-Oberf. M e t z n e r bei mir gehabt und habe ihn gebeten im Interesse der Freundschaft Darré und Himmler dafür zu sorgen, dass T e u d t keinerlei Unterstützung mehr beim Reichsnährstand findet.

Hinsichtlich Teudt wünsche ich Folgendes :

1.) Teudt ist sofort aus dem Ahnenerbe zu entlassen.
2.) Ich verbiete mir jede Meinung des Herrn Teudt, wie das Ahnenerbe zu organisieren, finanzieren und personell zu besetzen wäre, da ihn das nichts angeht.
3.) Ich hielte es für das Richtigste, ihm den von uns gestellten Assistenten Dr. S c h w e i z e r sofort wegzunehmen, Herr Teudt soll sehen, wie er selbst zu etwas kommt.
4.) Diese Massnahmen bitte ich mir möglichst bald im Entwurf zur Unterschrift vorzulegen. In dem Entwurf muss irgendwo der nachstehende Satzanfang enthalten sein: "Wegen Ihrer Unsachlichkeit und der krankhaften Art, Streit zu suchen usw.".

Ich habe vor, diese Entlassung Teudt's aus dem Ahnenerbe auch im Reichserziehungsministerium Mentzel, Meier usw. mitzuteilen. Sobald Sie Zeit haben, bitte ich Sie, an die Externsteine zu fahren und dort mit Reichsstatthalter M e y e r zu sprechen. Ich habe vor, Fricke aus der SS zu entfernen und ihm Aufenthaltsverbot für Detmold und Lippe aufzuerlegen. Letzteres müsste mit Reichsstatthalter Meyer besprochen werden.

Heil Hitler !

Gez. H. H i m m l e r , Reichsführer - SS

F.d.R.d.A.

SS-Hauptsturmführer

+1 RR F Pers.Stab RFSS Berlin Nr.384
12.2.38 14.00 /Dreier RFSS München +

Abb. 5: Anweisung Heinrich Himmlers, Teudt aus dem 'Ahnenerbe' zu entlassen. (1938)

schen Oktober 1936 und Mai 1937, die hier dargestellt werden soll am Beispiel des Problems der vorgeschichtlichen Zeitstufenbenennungen.

Exkurs: Die Frage der Zeitstufenbenennungen

Die Frage der Zeitstufenbenennung in der deutschen Vorgeschichtsforschung war für Teudt schon vor der nationalsozialistischen Machtübernahme aktuell.[126] Nach der Machtübernahme hatte Teudt schon mehrfach auf eine Entscheidung dieser Frage gedrängt, war damit aber immer nicht unterstützt worden. Im Oktober 1936 stand diese Frage schließlich auch in Fachkreisen zur Entscheidung an.

Teudt fühlte sich durch das wohlwollende Verhalten des Reichsführers SS Himmler gestärkt, und so unternahm die 'Detmolder Richtung' einen weiteren Versuch, in die Belange der Vorgeschichtsforschung bezüglich dieser Frage einzugreifen. Die Möglichkeit dazu ergab sich schon wenige Tage nach der offiziellen Eröffnung der 'Pflegstätte' auf der '3. Reichstagung für deutsche Vorgeschichte', die im Oktober 1936 in Ulm stattfand. Da der Gauleiter damit „einverstanden" war, daß Kreisleiter Wedderwille Teudt zu dieser Tagung mitnahm, unterbreitete Teudt der dort versammelten Gesellschaft seine Vorschläge, wie die Zeitstufen der Vorgeschichte zu benennen wären. Teudt ließ sich dabei genau wie ein Teil der Fachwissenschaftler von der Vorstellung leiten, daß „Neubenennungen [...] bei der Bedeutung, die Vorgeschichte heute für jeden Deutschen besitzt, so einfach und klar wie möglich geprägt" werden sollten, „damit sie allgemeinverständlich" blieben.[127] Hinter dieser Vorstellung verbirgt sich in Wirklichkeit aber eine Anpassung der Benennungen an die nationalsozialistische Terminologie.

Teudt konnte sich „in [der] eingehenden Aussprache"[128] auf der Tagung nicht mit seinen Vorschlägen durchsetzen, aber die Benennungen, auf die sich die Gesellschaft einigte, zeigen, daß Teudt mit seinen Vorschlägen nicht zu weit von der offiziellen Benennung einzelner Zeitstufen entfernt war. Obwohl Teudts Vorschläge abgelehnt wurden, hoffte die 'Vereinigung' weiterhin, daß die Fachwissenschaftler doch noch „hinsichtlich der Benennung und Bemessung des Anfangs und Endes der Germanengeschichte zu einer Korrektur" der in Ulm festgelegten Zeitstufenbenennungen kommen würden.[129] Teudt mußte allerdings enttäuscht feststellen, daß auch das 'Ahnenerbe' ihn hierbei nicht unterstützte.[130]

Trotzdem mußte Himmler bis zum Frühjahr 1937 Teudt das Gefühl geben, im 'Ahnenerbe' nicht nur „geduldet"[131] sondern anerkannt zu sein, denn noch hatte die 'Vereinigung' einen Trumpf in der Hand, ihre Mitgliedschaft im 'Reichsbund für deutsche Vorgeschichte' des 'Amtes Rosenberg'. Dennoch zeichnetete sich im Mai 1937 eine Änderung in der Hinhaltetaktik der SS ge-

genüber Teudt ab. Erstmals war Himmler in der Frage der Herausgabe der Schrift „Die Detmolder Vorgeschichtsrichtung" nicht mehr bereit, „Teudt in dem von ihm entfachten Sturm zu decken".[132] Die SS empfand die Arbeit als „eine Lobhudelei der Person und Ansichten" Teudts, die eine „Auseinandersetzung seitens des Reichsbundes für Vorgeschichte und anderer uns gegenüberstehender Kreise" geradezu „herausfordern" würde.[133] Trotzdem konnte die Schrift erscheinen, ohne daß sich in den Archivalien eine Verschärfung der Auseinandersetzungen zwischen dem 'Ahnenerbe' und dem 'Reichsbund' feststellen läßt.

Nachdem die Vereinigung endgültig aus dem 'Reichsbund für deutsche Vorgeschichte' ausgeschieden war, konnte das 'Ahnenerbe' stärkere Maßnahmen gegen Teudt einleiten, die letztendlich im Februar 1938 zu Teudts Entlassung aus dem 'Ahnenerbe' führte.

Die weitere Entwicklung zwischen der 'Detmolder Vorgeschichtsrichtung' um Wilhelm Teudt soll an dieser Stelle nur noch kurz dargestellt werden. Teudt fühlte sich nach seiner Entmachtung als Opfer und wurde auch vielfach so dargestellt.[134] Opfer des nationalsozialistischen Regimes war er aber nicht. Seine Anhänger folgten ihm willig in eine neue Organisation, in die 'Osningmarkgesellschaft', die nach Teudts Tod 1942 in 'Wilhelm-Teudt-Gesellschaft' umbenannt wurde[135]. Diese wurde mit Teudt ab 1939 wieder vom 'Amt Rosenberg' mit offenen Armen aufgenommen. Die Aktivitäten zwischen der Gruppe um Wilhelm Teudt und dem 'Amt Rosenberg' wurden durch Mitglieder des 'Ahnenerbes' und des Sicherheitsdienstes der SS (SD) genaustens überwacht. Diese Zusammenarbeit zwischen dem 'Amt Rosenberg' und der Gruppe um Teudt, die besonders deutlich auch in der Trauerfeier für Teudt nach außen demonstriert wurde, vertiefte die Kluft zwischen den Archäologen des 'Ahnenerbes' und den Wissenschaftlern des 'Amtes Rosenberg' weiter und trug mit zum endgültigen Bruch bei. Dabei ging es den Mitarbeitern des 'Amtes Rosenberg' 1939/40 schon längst nicht mehr um Wilhelm Teudt. Ziel war vielmehr, als sichtbares Symbol die Externsteine wieder dem 'Amt Rosenberg' zuzuordnen und so die Vormachtstellung des Amtes nach außen zu dokumentieren. Das 'Ahnenerbe', dessen Verlegung nach Detmold angedacht worden war, sollte in die geplanten Bauten am Hiddeser Berg einziehen. Der 2. Weltkrieg und das Ende der nationalsozialistischen Diktatur haben den Bau und damit die Verlegung des 'Ahnenerbes' nach Detmold verhindert.

Das Ämterchaos im Bereich der deutschen Vorgeschichtsforschung und die Auseinandersetzungen zwischen Fachwissenschaftlern und der 'Detmolder Vorgeschichtsrichtung' haben dazu geführt, daß die archäologische Wissenschaft über alle Maßen hinaus politisiert wurde. Diese Auseinandersetzungen haben allerdings mit dazu beigetragen, daß ein großer Teil der deutschen Archäologen sich bereitwillig mit der SS eingelassen hat, und damit gleichzeitig indirekt stark mit den nationalsozialistischen Verbrechen verbunden war.

Anmerkungen

1. Alle an dieser Stelle vorgestellten Ergebnisse konnten einer weitreichenden Studie zum Thema „Archäologie im Dritten Reich – Die Politisierung einer Wissenschaft. Archäologische und zeitgeschichtliche Quellen zur Vorgeschichtsforschung zwischen 1933 und 1945 am Beispiel Lippes" entnommen werden. Die Untersuchung konnte im Rahmen eines Lise-Meitner-Stipendiums des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen durchgeführt werden. Sie enthält auch zahlreiche Hintergrundinformationen zu diesem Thema, die jedoch aus Platzgründen nicht mit in diesen Aufsatz aufgenommen werden konnten. Deshalb verweise ich hier mehrfach auf die Studie. Dieser Aufsatz stellt im wesentlichen eine etwas erweiterte Fassung meines Vortrages vom 13.9.1995 in Detmold dar.
2. Die 'Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte' wurde 1928 von Wilhelm Teudt gegründet und besaß schon bald weitere Ortsgruppen in anderen Teilen Deutschlands. Innerhalb dieser Gruppe in Detmold und in den anderen Ortsgruppen gab es zahlreiche personelle Verflechtungen mit dem 'Deutschbund', einem völkisch-elitären Bund, als dessen Tochtergesellschaft die 'Vereinigung' angesehen werden kann. Zu Wilhelm Teudt, 'Deutschbund' und 'Vereinigung der Freunde germanische Vorgeschichte' (im folgenden: 'Vereinigung') vgl. Halle (in Vorbereitung). Biographische Angaben zu Teudt finden sich auch bei Erich Kittel, Die Externsteine als Tummelplatz der Schwarmgeister. In: Lippische Mitteilungen 33 (1964), S. 5-68, hier S. 19. Teudt war der Verfasser des Buches „Germanische Heiligtümer", Jena 1929.
3. Vgl. Bettina Arnold, The Past as Propaganda: How Hitler`s Archaeologists Distorted European Prehistory to Justify Racist and Territorial Goals. In: Archaeology 45/4 (1992), S. 30-37, hier S. 34.
4. Hans Jürgen Eggers, Einführung in die Vorgeschichte. München (1974), S. 14.
5. Eggers (wie Anm.4), S. 14.
6. Zu Kossinnas Bedeutung für die Vorgeschichtsforschung vgl. Günter Smolla, Das Kossinna-Syndrom. In: Fundberichte aus Hessen 19-20 (1979–80), S. 1-9; ders., Gustaf Kossinna nach 50 Jahren. In: Acta Praehistorica et Archaelogica 1984/85, S. 9-14.
7. Smolla 1979/80 (wie Anm. 6), hier S. 8.
8. Bericht über die Tagung der 'Freunde germanischer Vorgeschichte' im Mai 1932 in Bad Oeynhausen. StA Dt D 107P Nr. 76.
9. Paul G. Beyer u. Erich Stuckel, Die Detmolder Vorgeschichtsrichtung. Eine Würdigung und Inhaltsübersicht des Teudtschen Buches „Germanische Heiligtümer". Detmold 1937, S. 2.
10. Beyer / Stuckel (wie Anm. 9) S. 7.
11. Beyer / Stuckel (wie Anm. 9) S. 8.
12. Bericht 1932 (wie Anm. 8).
13. Schreiben Kiewning an das lippische Landespräsidium vom 24.1.1929. StA Dt L 80 Ia Gr. XXX Tit. 4 Nr. 8 Bd. 1.
14. Zu August Stieren vgl. Karl Zuhorn, August Stieren zum 75. Geburtstag. In: Westfälische Forschungen 13, 1960, S. 6-12; Karl Ditt, Raum und Volkstum. Die Kulturpolitik des Provinzialverbandes Westfalen 1923 – 1945. (= Veröffentlichungen des Provinzialinstituts Bd. 26) Münster (1988), hier S. 83-85.
15. Zum Amt Rosenberg vgl. Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem. Stuttgart (1970).

16. Zum Ahnenerbe vgl. Michael Kater, Das „Ahnenerbe" der SS. 1935–1955. Ein Beitrag zur Kulturpolitik des Dritten Reiches. Stuttgart (1974).
17. Zum persönlichen und politischen Werdegang Alfred Rosenbergs vgl. Reinhard Bollmus, Alfred Rosenberg – „Chefideologe" des Nationalsozialismus? In: Ronald Schmelser u. Rainer Zitelmann (Hg.), Die braune Elite: 22 biographische Skizzen. Darmstadt (1989), S. 223-235, hier S. 223ff.
18. Alfred Rosenberg, Germanische Lebenswerte im Weltanschauungskampf. Rede, gehalten auf der 3. Reichstagung für Deutsche Vorgeschichte in Ulm am 18. Oktober 1936. In: Germanen-Erbe 1, 1936, S. 198-203, hier S. 198.
19. Zum Aufstieg Heinrich Himmlers zum Reichführer SS vgl. Josef Ackermann, Heinrich Himmler – „Reichsführer SS". In: Schmelser / Zitelmann, (wie Anm. 17) S. 115-133.
20. Alexander Langsdorff u. Hans Schleif, Die Ausgrabungen der Schutzstaffeln. In: Germanien 1936, S. 391-399, hier S. 391.
21. Es handelt sich hierbei um die Vorstandsmitglieder des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, die sich schon seit 1926 konsequent gegen Teudts Theorien ausgesprochen hatten. Kiewning (Archiv) und Meyer (Landesmuseum) mußten ihre Ämter abgeben. Als offizielle Begründung wurde angegeben, daß die beiden Herren die Altersgrenze überschritten hatten. Oberstudiendirektor Altfeld vom Leopoldium wurde zurückgestuft und Karl Weerth „aus gesundheitlichen Gründen" pensioniert. Schreiben Weerths vom 13.12.1949 und Schreiben Altfelds vom 19.12.1948. StA Dt D 99 9199.
22. Dr. Stieren erhielt folgendes Schreiben: „Wir beabsichtigen als Sachverständigen für Grabungen und für die Pflege der kulturgeschichtlichen Bodenaltertümer im Lande Lippe eine hiesige Persönlichkeit zu bestimmen und bitten Sie, Ihre Tätigkeit auf diesem Gebiet nunmehr als beendet anzusehen." Schreiben der Landesregierung an Stieren vom 24.4.1933. StA Dt L 80 Ia XXX Tit. 4 Nr. 8.
23. Zur Person Wilhelm Teudts und zur Struktur der „Vereinigung der Freunde germanischer Vorgeschichte" vgl. Halle in Vorbereitung. Teudt war seit 1935 Ehrenbürger der Stadt Detmold, erhielt 1936 den Professorentitel und 1940 die Goethemedaille für Kunst und Wissenschaft. Vgl. StA Dt Findbuch D 72 Teudt Vorbemerkungen.
24. Vgl. dazu auch Beitrag Ruppert in diesem Band.
25. Zur Anwerbung Julius Andrees und zu seiner Person vgl. Halle. (in Vorbereitung.
26. Zusammengestellt nach dem Briefwechsel zwischen der Landesregierung und Wilhelm Teudt im Dezember 1933. StA Dt L 80 Ia Gr. XXXI Tit. 4 Nr. 1.
27. Suffert war bis 1935 einer der engsten Mitarbeiter Teudts. Vgl. Halle. (in Vorbereitung)
28. Müller-Brauel war Mitglied der 'Vereinigung' und Leiter des Vaterländischen Museums in Bremen. Zu Müller-Brauels Bedeutung für die niedersächsische Vorgeschichtsforschung vgl. Herbert Jankuhn, Das Germanenproblem in der älteren archäologischen Forschung. In: Germanenproblem in heutiger Sicht. Ergänzungsbände zum Reallexikon der Germanischen Altertumskunde Bd. 1, Berlin/New York (1986), S. 304.
29. Carl Rademacher war bis 1931 Direktor des Kölner Museums für Vorgeschichte.
30. Werner Hülle, Professor Hans Hahne – Halle zum Gedächnis. In: Nationalsozialistische Monatshefte 6 (1935), S. 215-219, hier S. 218.
31. Schreiben Sufferts an Kurt Schmidt, einem Autor der Zeitschrift „Germanien" vom 28.10.1933. StA Dt L 115E Nr. 29. Dieser wurde gebeten, „die paar Zeilen, in denen das neue Büchlein von Hahne empfohlen wird, zu streichen". Der Konflikt 'Teudt/ Hahne' läßt sich aber nicht näher beschreiben, da keine Archivalien hierzu vorhanden sind.

32. Schreiben Sufferts an ein Mitglied der 'Vereinigung' vom 18.7.1933. StA Dt L 115E Nr. 23.
33. Schreiben Sufferts an ein Mitglied der 'Vereinigung' vom 18.7.1933. StA Dt L 115E Nr. 23: „Nach Rücksprache mit Herrn Teudt halte ich es vorläufig nicht für angebracht, mit Herrn Brüns zusammenzuarbeiten". Brüns wollte die geplanten Grabungen in Obermarsberg durchführen.
34. Zu den Auswirkungen auf die Grabungsergebnisse vgl. Halle. (in Vorbereitung)
35. J. Goebbels über die Aufgaben der Presse. In: Zeitungs-Verlag vom 18.3.1933. Hier zit. nach Joseph Wulf, Presse und Funk im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Berlin u. Wien (1983), S. 65.
36. Vgl. Wulf (wie Anm. 35) S. 16ff.
37. Grabungsbericht Andrees an die Lippische Landesregierung und die 'Vereinigung'. StA Dt L 76 Gr. C Nr. 20a.
38. Zusammengestellt nach einem Schreiben Sufferts an seinen Mitarbeiter vom 18.7.1934. Suffert war z.d. Zeitpunkt in Urlaub. StA Dt L 115E Nr. 18.
39. Schreiben Sufferts an seinen Mitarbeiter vom 18.7.1934. StA Dt L 115E Nr. 18.
40. Schreiben Sufferts an den Leipziger Verleger von Hase vom 13.7.1934. StA Dt L 115E Nr. 6.
41. Lippische Landeszeitung vom 19.7.1934.
42. Schreiben Wedderwilles an Gauleiter Meyer vom 28.8.1935. StA Dt L 80 Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3.
43. Schreiben Wedderwilles an Gauleiter Meyer vom 5.10. 1935. Sta Dt L 80 Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3.
44. Schreiben Wedderwilles an Gauleiter Meyer vom 28.8.1935. StA Dt L 80 Ia Nr. 48.
45. Schreiben Wedderwilles an Gauleiter Meyer vom 5.10. 1935. Sta Dt L 80 Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3.
46. Schreiben Tackenbergs an Altfeld vom 3.9.34. StA Dt D72 Altfeld Nr. 1.
47. Zur Person Hans Reinerth vgl. Halle. (in Vorbereitung)
48. Schreiben Tackenbergs an Altfeld vom 15.10.1934. StA Dt D72 Altfeld Nr. 1.
49. Schreiben mit der Begründung. StA Dt L 80 Ia Gr. XXXI Tit. 3 Nr. 3.
50. In dieser Zeit betrug der Jahresetat der 'Vereinigung' rund 4000 RM. Volker Schokkenhoff, „Stonehenge" contra „Störrische Kuh". Die Externsteine im Spannungsfeld der NS-Germanenkunde. In: Wir zeigen Profil. Aus den Sammlungen des Staatsarchivs Detmold (Ausstellungskatalog). Detmold (1990), S. 97-115, hier S. 101.
51. Landesschulrat Wollenhaupt war nicht nur seit 1912 Mitglied im Deutschbund sondern auch seit dem 1.1.1930 Mitglied der NSDAP. StA Dt D 99 9199.
52. Bericht über den Zustand vom Lippischen Landesmuseum vom 26.6.1934. StA Dt D 72 Suffert Nr. 353.
53. Suffert war von April 1934 bis September 1936 kommisarischer Leiter des Landesmuseums, dann erfolgte seine Ernennung zum Direktor.
54. Schreiben Sufferts an ein Vorstandsmitglied der 'Vereinigung' vom 14.4.1933. StA Dt L 115E Nr. 13.
55. Abgedruckt als Verfügung des Reichsüberwachungsamtes in: Völkischer Beobachter, Norddeutsche Ausgabe vom 25/26.3.1934.
56. Schreiben Sufferts an ein Vorstandsmitglied vom 31.3.1934. StA Dt L 115E Nr. 13.
57. Schreiben Sufferts an ein Vorstandsmitglied vom 5.4.1934. StA Dt L 115E Nr. 13.
58. Schreiben Sufferts an Plassmann vom 6.4.1934. Sta Dt L 115E Nr. 15.
59. Schreiben Reinerths an Teudt vom vom 5.4.1934. Archiv des Pfahlbaumuseums Unteruhldingen (im folgenden APM Unteruhldingen) Akte Briefwechsel 1934 Sch-Z.

60. Schreiben eines Vorstandsmitgliedes an Reinerth vom 4.5.1934. Sta Dt L 80Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 1.
61. Die Archivalien lassen keine genaue Datierung des Anschlusses an den Reichsbund zu. Reinerth hatte am 6./7.10.1934 in Detmold mit Teudt gesprochen.APM Unteruhldingen Akte Briefwechsel 1934 Sch-Z. Wahrscheinlich erfolgte der Anschluß kurz nach diesem Treffen, aber noch vor der Tagung des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte in Halle am 16.-19.10.1934.
62. Schreiben Sufferts an den Vorstand der 'Vereinigung' vom 27.12.1934. StA Dt L115 E Nr. 19.
63. Die Bezeichnung 'Pflegstätte' wurde wahrscheinlich gewählt, weil die Begriffe 'Forschungsanstalt' und 'Institut' nicht 'germanisch' genug klangen.
64. Schreiben der Landesregierung an Teudt vom 23.11.1934. Dieses Schreiben befindet sich als Abschrift im Briefwechsel Teudts mit dem 'Ahnenerbe' der SS, der den Hintergrund der Auseinandersetzungen Teudts mit dem 'Ahnenerbe' enthält. Dieser fand sich im Nachlaß Reinerth im Pfahlbaumuseum Unteruhldingen. Der Leiter des Pfahlbaumuseums G. Schöbel hat dankenswerterweise einen Satz Abschriften an das Staatsarchiv Detmold abgegeben, so daß diese nun auch dort eingesehen werden können. Signatur L 115 E Nr. 32. Dieser Briefwechsel scheint von Teudt an Reinerth gegeben worden zu sein, denn es finden sich auf den Abschriften Hinweise wie z.B. „Handschriftl. Vermerk Teudts". Es ist denkbar, daß Teudt bei seiner erneuten Annäherung an das Amt Rosenberg im Jahr 1939 diesen Briefwechsel an Reinerth übergab, der dann die Abschriften davon fertigen ließ.
65. Schreiben Sufferts an den Koehler-Verlag vom 20.11.1934. StA Dt L 115E Nr. 6.
66. Schreiben Teudts an Suffert vom 8.12.1934 nach einem Gespräch zwischen Reinerth und Teudt vom 6.12.1934 in Berlin. APM Unteruhldingen und StA Dt L 115 E Nr. 32.
67. Schreiben Sufferts an ein Mitglied der 'Vereinigung' vom 9.1.1935. StA Dt L 115 E Nr. 26.
68. Schreiben Teudts an Reinerth vom 11.12.1934. APM Unteruhldingen Akte Briefwechsel 1934 Sch-Z.
69. Schreiben Sufferts an Plassmann vom 16.6.1934. StA Dt L 115E Nr. 15.
70. Schreiben Teudts an Suffert vom 8.12.1934. APM Unteruhldingen und StA Dt L 115 E Nr. 32.
71. Es handelt sich hierbei um jenen Gerhard Brüns, den Teudt 1933 nicht mit den Ausgrabungen an den Externsteinen betrauen wollte und der mittlerweile Museumsdirektor in Hagen geworden war. Schreiben Teudts an Reinerth vom 11.12.1934. APM Unteruhldingen/StA Dt L 115 E Nr. 32.
72. Herbert Jankuhn leitete zu diesem Zeitpunkt die Ausgrabungen in der Wikingersiedlung Haithabu in Schleswig-Holstein. Jankuhn muß von diesem Stellenangebot erfahren haben, denn er berichtete 1938, daß er das Stellenangebot abgelehnt hätte, weil er keine „Verquickung mit Teudt" hätte haben wollen. Schreiben Jankuhns an Sievers vom 16.3.1938 Bundesarchiv Berliner Documentcenter (im folgenden BA BDC Berlin) Bestand Ahnenerbe Unterlagen Jankuhn.
73. Schreiben Sufferts an ein Mitglied der 'Vereinigung' vom 23.1.1935. StA Dt L 115E Nr. 31
74. Schreiben Sufferts an Hans Müller-Brauel, Mitglied der 'Vereinigung', Leiter des 'Museums für Väterkunde' in Bremen, vom 5.3.1935. StA Dt L 115E Nr. 26.
75. Zu den parteiinternen Vorgängen vgl. Bollmus (wie Anm. 15) S. 167.
76. Schreiben Sufferts an ein Mitglied der 'Vereinigung' vom 25.2.1935. StA Dt L 115E Nr. 31

77. In diese Zeit fällt auch der Konflikt zwischen der 'Vereinigung' und dem 'Amt Rosenberg' bzw. später mit dem 'Ahnenerbe' über die Zeitschrift „Germanien", der an dieser Stelle nicht näher behandelt werden kann. Zu 'Germanien' vgl. Theodor Helmert-Corvey, „Germanien" – Portrait einer Zeitschrift. In: Heimatland Lippe (1987), S. 258-262.
78. Schreiben eines Deutschbundbruders aus Essen an Suffert vom 7.12.1934. StA Dt L 115E Nr. 28.
79. Vgl. hierzu auch ein Schreiben Wollenhaupts für die Landesregierung an den Reichsstatthalter Meyer vom 11.2.1936. StA Dt L 76 Gr. C Nr. 20b.
80. Schreiben Sufferts an den Koehler-Verlag vom 17.4.1934. StA Dt L 115E Nr. 5.
81. Bericht Teudts an die lippische Landesregierung vom 6.3.1935. StA Dt L 80Ia Gr. XXXI Tit. 3 Nr. 3 Bd. 1. Vgl. auch das längere Zitat über das Treffen Himmler/ Teudt bei Schockenhoff (wie Anm. 50) hier S. 109 Anm. 39.
82. Riecke wurde von Himmler am 10.3.1935 angeschrieben. StA Dt L80 Ia Gr. XXX Tit.1 Nr. 3. Das Gespräch zwischen Riecke und Himmler scheint nicht stattgefunden zu haben. Überliefert ist nur ein Gespräch zwischen einem Beauftragten Himmlers und Riecke am 23.3.1935. Schreiben Prechts an Rieke vom 27.3.1935 mit Bezug auf dieses Gespräch. StA Dt L 80Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3.
83. Zu der Entwicklung zwischen dem 'Amt Rosenberg', dem Reichserziehungsministerium und der SS in der Zeit zwischen dem 7. März und dem 30. April 1935 vgl. Bollmus (wie Anm. 15) S. 167-169.
84. Brief von Wiegers an Hermann Schroller Archäologe des Provinzialmuseums Hannover, vom 22.3.1935. Unterlagen Landesmuseum Hannover.
85. Der Teudtkritiker Altfeld wurde von politscher Seite von Landesschulrat Wollenhaupt und Staatsminister Riecke eingeschüchtert, indem man ihm mitteilte, die SS hätte seine Suspendierung beschlossen. Vertrauliches Schreiben Wiegers an Karl-Hermann Jacob-Friesen. Geschrieben kurz nach der Scherbenkonferenz in Detmold Anfang April 1935.Niedersächsisches Landesmuseum Hannover Handakte Jacob-Friesen. Dr. Günter Wegner, Landesmuseum Hannover, stellte dem Staatsarchiv Detmold dankenswerterweise Kopien dieser Akte zur Verfügung, so daß sie jetzt auch dort eingesehen werden können. StA Dt D 70 Nr. 231. Aus dem Kreis um Teudt wurde Altfeld mitgeteilt, „der Herr Reichsführer hätte erklärt: Wer jetzt noch dagegen meckert, wird erschossen!!" Schreiben Altfelds an Wiegers vom 13.3.1935. StA Dt D 72 Altfeld Nr. 1
86. Der Grabungsleiter Andree wurde von Himmler aufgefordert, Publikationen vorab bei ihm einzureichen. Die Originaldokumente hierzu sind nicht überliefert, jedoch wird diese Maßnahme in zwei voneinander unabhängigen Quellen erwähnt. Vgl. Schreiben Altfelds an Wiegers vom 9. März 1935 (StA Dt D 72 Altfeld Nr. 1) und Schreiben Müller-Brauels an Suffert vom 4.3.1935 (StA Dt L 115E Nr. 26).
87. Vertrauliches Schreiben Wiegers an Karl-Hermann Jacob-Friesen. Geschrieben kurz nach der 'Scherbenkonferenz' in Detmold Anfang April 1935.Niedersächsisches Landesmuseum Hannover Handakte Jacob-Friesen/StA Dt D 70 Nr. 231.
88. Andree war schon wenige Wochen nach Beginn der Grabung durch Reinerth dazu aufgefordert worden, die Scherben zu „skizzieren". Schreiben Reinerths an Teudt vom 22.5.1934. Sta Dt L 115E Nr. 28.
89. Schreiben Reinerths an Wiegers vom 12.3.1935. StA Dt D 72 Altfeld Nr.1.
90. Nicht eingeladen worden waren die Fachwissenschaftler August Stieren aus Münster, der 1932 die Grabungen an den Externsteinen geleitet hatte, und der nationalsozialistische Archäologe Hermann Schroller des Provinzialmuseums Hannover, der

seit 1934 die planmäßigen Untersuchungen an der mittelalterlichen Pfalz Werla bei Goslar leitete. Dieser hätte vermutlich den mittelalterlichen Charakter des Fundgutes sofort erkannt. Schroller hatte sich in den Wochen vor der 'Scherbenkonferenz' aus unbekannten Gründen „sehr unbeliebt" gemacht. Schreiben Wiegers an Schroller vom 4.4.1935. Unterlagen Landesmuseum Hannover.

91. Auffallend ist, daß Reichsstatthalter Meyer, der mit Rosenberg befreundet und Vorstandsmitglied der Externsteinestiftung war, keine Einladung zu der Besprechung erhielt. Als Entschuldigung hierfür benannte Staatsminister Riecke, daß weder er noch „andere Regierungsstellen [...] Einfluß auf die Dinge hatten". Schreiben Meyers an Riecke vom 26.4.1935 und das Antwortschreiben vom 7.5.1935. StA Dt L 80Ia Gr. XXX Tit. 4 Nr. 1.
92. Vertrauliches Schreiben Wiegers an Karl-Hermann Jacob-Friesen, geschrieben kurz nach der 'Scherbenkonferenz' in Detmold Anfang April 1935. Niedersächsisches Landesmuseum Hannover Handakte Jacob-Friesen.StA Dt D 70 Nr. 231.
93. Schreiben Wiegers an Altfeld vom 9.4.1935. Sta Dt D 72 Altfeld Nr. 1.
94. Schreiben des SS-Sturmbannführers Precht an SS-Obersturmführer von Knobelsdorff vom 10.4.1935. Bundesarchiv (im folgenden BA) Koblenz NS 19 1631.
95. Stellungnahme des Duisburger Museumsdirektors Rudolf Stampfuss.
96. Stellungnahme von Walter Matthes, seit 1934 Professor an der Universität Hamburg.
97. Walther Schulz, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Museum in Halle.
98. Stellungnahme von Richthofens, undatiert, aber wahrscheinlich entstanden Juni 1934. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Materialien Hermann Wirth.
99. Wiegers hatte schon im März 1935 vermutet, daß man durch kritische Stellungnahmen ins „Konzentrationslager" kommen könnte. Schreiben Wiegers an Altfeld vom 11.3.1935. Sta Dt D72 Altfeld Nr. 1. Auch dem kommisarischen Leiter des Landesmuseums, Suffert wurde von der SS im Anschluß an die 'Scherbenkonferenz' mit Verhaftung gedroht. Aktennotiz Sufferts aus dem Jahr 1953. Unterlagen Lippisches Landesmuseum.
100. Im Mai 1935 kam es zu einer teilweisen Entmachtung Oppermanns in der Externsteine-Stiftung. Oppermann wurde aus dem Vorstand genommen und als Geschäftsführer eingesetzt. Protokoll der Vorstandssitzung vom 13.5.1935. Im Oktober wurde die Geschäftsführung stärker mit der SS verbunden und nach Berlin verlegt, angeblich aus „organisatorischen Gründen". Dies bedeutete die endgültige Entmachtung Oppermanns. Schreiben Himmlers an Oppermann vom 25. Oktober 1935. StA Dt L 80 Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3.
101. Die historischen Quellen sind im Fall der 'Pflegstätte' nicht sehr umfangreich, so daß sich ein detaillierter Ablauf des Eingreifens nicht klar herausarbeiten läßt. In der nationalsozialistischen Presse wird die Eröffnung der Pflegstätte der „Tatkraft" Himmlers zugeschrieben. Lippische Staatszeitung vom 6.10.1936.
102. Angaben nach einem Schreiben Teudts an Reinerth vom 4.12.1935. StA Dt L80 Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3. Bd. 3.
103. Schreiben Wollenhaupts für die Landesregierung an Gauleiter Meyer vom 11.2.1936. StA Dt L 76 Gr. C Nr. 20b.
104. Schreiben Teudts an Himmler vom 3.3.1936. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.
105. Schreiben Teudts an Himmler vom 3.3.1936. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.
106. Vertrag zwischen Teudt und dem 'Ahnenerbe' vom 22.6.1936. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.

107. Joseph Plassmann, Eröffnung der Pflegstätte für Germanenkunde in Detmold am 5. Oktober 1936. In: Germanien 1936, S.328-331, hier S. 331.
108. Auf dem Foto ist eine Nachbildung des 'Sonnenwagens von Trundholm', der 1902 in Dänemark gefunden wurde, zu sehen.
109. Schreiben SS-Hauptsturmführer Bruno Galke an Teudt vom 16.10.1936. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.
110. Erstmals soll Teudt damit schon in den Gesprächen am 17. und 18.2.1937 gedroht haben. Bericht über die Gespräche am 17.und 18.2.1937. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt. Schriftlich legte er diese Drohung in einem „Persönlichen Schreiben" an den Geschäftführer des Ahnerbes Wolfram Sievers mit dem Vermerk „Nicht für die Akten!" vom 12.4.1937 nieder. APM Unteruhldingen/ StA DT L 115 E Nr. 32.
111. Schreiben Teudts an Sievers vom 12.4.1937. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.
112. Schreiben Sievers an Teudt vom 15.4.1937. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.
113. Schreiben Teudts an Meyer vom 21.4.1937. APM Unteruhldingen/StA DT L 115 E Nr. 32.
114. Aktennotiz einer Besprechung zwischen Mitgliedern der Gauleitung, Landesregierung und SS am 24.6.1937. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Sievers.
115. Zu den Aufgaben Oswald Pohls im Ahnenerbe vgl. Kater (wie Anm.16) hier S. 65f. Zu seinem speziellen Bereich in der SS vgl. Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager. Gütersloh (1974), hier S. 360-362.
116. Aussage des SS-Obersturmbannführers Mentzel, dem damaligen Präsidenten der Deutschen Forschungsgemeinschaft. Bericht des Ahnenerbes über die Auseinandersetzungen mit Teudt vom 12.2.1938. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt.
117. Schreiben Meyers an SS-Gruppenführer Pohl vom 10.12.1938 mit Bezug auf diese Bitte. StA Dt L 113 Nr. 1315.
118. Schreiben Pohls an Meyer vom 14.1.1938. StA Dt L 80 Ia Gr. XXX Tit. 1 Nr. 3 Bd. 3.
119. Bericht Sievers vom 12.2.1938. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt.
120. Kater (wie Anm. 16), S. 58.
121. Bericht Sievers vom 12.2.1938. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt.
122. Auf die Person Fitz Fricke kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden. Vgl. Schockenhoff (wie Anm. 50), S. 108.
123. Schreiben des Hauptamtes des SS-Gerichtes an die NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord vom 24.10.1939. StA Dt L 113 Nr. 1037. Der Vorwurf lautet: „[Fricke] in seinem Briefwechsel sich über den Reichsführer-SS sowie von ihm geschaffene Einrichtungen abfällig [...] geäußert [...]. Personen, die das Vertrauen des Reichsführers-SS genießen, [...] angegriffen und völlig Außenstehenden Kenntnis von SS-dienstlichen Angelegenheiten gegeben".
124. Himmler gab diese Begründung am 12.2.1938 für das Entlassungschreiben an Teudt vor. Fernschreiben Himmlers an Pohl vom 12.2.38. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt. Himmler reagiert mit dem Fernschreiben auf einen Bericht von Sievers vom 12.2.1938.

125. Kater (wie Anm. 16), S. 43. Dort beschrieben am Beispiel des Ausschaltens von Hermann Wirth aus dem 'Ahnenerbe'. Wirth leitete die 'Pflegstätte für Schrift- und Sinnbildforschung'. Der Konflikt 'Hermann Wirth/Ahnenerbe' begann Anfang 1936 und endete mit dem Ausscheiden Wirths im Dezember 1938, d.h. der Konflikt verlief zeitparallel zu den Auseinandersetzungen 'Teudt/Ahnenerbe'. Kater stuft den Konflikt 'Teudt/Ahnenerbe' als „Generalprobe für alle weiteren Aktionen" zur Übernahme „wesenverwandter Institutionen" ein. Vgl. Kater, hier S. 126-127.
126. Vgl. Bericht über die Tagung der 'Vereinigung' 1932. StA Dt D 107P Nr. 76.
127. Werner Hülle, Die Zeitbestimmung und Zeiteinteilung in der Vorgeschichtswissenschaft. In: Nationalsozialistische Monatshefte 7 (1936), S. 302-311, hier S. 310.
128. Hülle (wie Anm. 127), hier S. 310.
129. Beyer u. Stuckel (wie Anm. 9), S. 6.
130. Aktennotiz über eine Besprechung zwischen Teudt und dem 'Ahnenerbe' am 17.2.1937. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt.
131. Intern sprach man im 'Ahnenerbe' darüber, daß Himmler Teudt seit Jahren nur duldete. Schreiben Sievers vom 12.2.1938. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt.
132. Es ging um die Herausgabe der Schrift „Die Detmolder Vorgeschichtsrichtung". Schreiben Himmlers ans Ahnenerbe vom 9.5.1937. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Materialien Teudt.
133. Schreiben Sievers an Galke vom 13.4.1937. BA BDC Berlin Bestand Ahnenerbe Unterlagen Teudt.
134. Vgl. dazu Schockenhoff (wie Anm. 50), S. 110 Anm. 52.
135. Eintragung im Vereinsregister Detmold im September 1942. StA Dt D 23 Nr 4731.

Dirk Mellies

„Blickt auf den Recken, den Hermann dort oben... "

Das Hermannsdenkmal im 'Dritten Reich'

„Blickt auf den Recken, den Hermann dort oben [...]"[1] Dieser Satz aus dem 1930 von Heinrich Weweler komponierten lippischen SA-Marsch hätte ein Motto des Nationalsozialismus in Lippe sein können. Zumindest die Wurzeln für eine stärkere Vereinnahmung des Hermannsdenkmals waren bei der Machtübernahme der Nationalsozialisten gelegt. Doch zuerst ein Blick auf die schon vor 1933 'politisierte' Geschichte des Denkmals.

1. Politische Nutzung vor der Machtübernahme der Nationalsozialisten

1.1 Instrumentalisierung durch andere politische Kräfte

Das Hermannsdenkmal wurde 1875 nach jahrelanger Arbeit Ernst v. Bandels fertiggestellt und in einer großen Zeremonie im Beisein Kaiser Wilhelms I. eingeweiht. Anfangs noch Instrument zur Mahnung an eine Einigung der deutschen Kleinstaaten unter liberalen Gesichtspunkten, wandelte sich schnell die Bedeutung unter dem Eindruck des deutsch-französischen Kriegs. So war allein die offensive Stellung der Figur gen Westen, also zum französischen 'Erzfeind', ein politischer Affront. Hinzu kommen die eingemeißelten Sätze in den Nischen des Denkmals, deren nationalistische Aussagekraft manchem heutigen Besucher die Schamröte ins Gesicht steigen ließe, – könnte er sie denn von unten lesen.

Der nächste Schritt für eine weitere Stigmatisierung des Denkmals wurde 1893 vollzogen. In diesem Jahr versammelten sich am Hermannsdenkmal die 'Deutschen Antisemiten', eine Splitterpartei mit einigen Reichstagsabgeordneten, unter dem 'freundlichen Gastrecht der Fürstenfamilie'.[2] Die eigentliche politische Nutzung setzte allerdings erst im Ersten Weltkrieg ein. Hier kämpfte man auf farbenprächtigen Postkarten dutzendmal 'unter Hermanns Zeichen, bis alle unsere Feinde bleichen!'[3]

In der Weimarer Republik war die Grotenburg der lippische Versammlungsort, auf dem immer wieder die 'Dolchstoßlegende' geschürt und die 'Lüge des Versailler Schandvertrages' angeprangert wurde. Allein zur Fünfzigjahrfeier im Jahr 1925 kamen rund 40.000 Anhänger der Vaterländischen Verbände. Diese waren ein Sammelbecken diverser nationalistischer, völkischer und monarchi-

stischer Gruppen. Dazu gehörten in Lippe u.a. der Kolonialverein Lippe, der Deutschbund, der Cheruskerbund, der Kavallerieverein, der Stahlhelmbund, der Alldeutsche Verband, der Jungdeutsche Orden, der Nationalverband Deutscher Offiziere, der Lippische Sängerbund und der Königin-Luise-Bund, – Gruppen, die wie auch der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund (DVSTB) und die Nationalsozialistische Freiheitsbewegung (NSFB), Vorreiterbewegungen der NSDAP, regelmäßig in monatlichem Abstand Einzelveranstaltungen am Denkmal abhielten.[4] In diesem Zusammenhang erinnerte man immer wieder an die Hermannsfigur, die „die deutschen Stämme zusammenschweißte und gegen die damaligen Gegner [führte]." Nach dem Vorsitzenden des Cheruskerbundes Wilhelm Teudt sollte „Hermann uns Vorbild sein" und unser „Angesicht [sich] nach Westen" wenden.[5] General von Sakenberg dagegen sprach auf der Versammlung der Vaterländischen Verbände davon, daß „einst die Zeit kommen [wird], wo ein Arminius uns sein Schwert hinunterreicht, und dann wehe den Widersachern Deutschlands."[6] Anhand dieser beiden kurzen Redeausschnitte erkennt der Rezipient auf der einen Seite, welch verbittertes und vergiftetes Verhältnis ein Großteil der Menschen damals zur Weimarer Republik hatte, und auf der anderen Seite, inwieweit das Hermannsdenkmal eingebunden war. Ein Boden, der geradezu wie für die Nationalsozialisten geschaffen schien.

1.2 Erste Nutzung durch die NSDAP

Schon 1926 besuchte Adolf Hitler persönlich die Grotenburg, wobei er auch zwei seiner Leitsätze im Wirtschaftsbuch des dortigen Restaurants hinterließ.[7]

Um 1930 begann die Verdrängung der eher 'völkischen' Gruppen. Stattdessen wurde das Hermannsdenkmal zu einem Kristallisations- und Identifikationssymbol der lippischen Nazis. So wurde im selben Jahr auch der lippische SA-Marsch mit der entsprechenden Strophe geschrieben und veröffentlicht. 1932 gab es eine größere Veranstaltung der lippischen NSDAP am Denkmal, und auf den Werbekarten der SA spielte das Hermannsdenkmal nun eine zentrale Rolle. Diese Karten waren mit Sätzen wie 'Unser die Zukunft', oder z.B. 'Deutscher, kämpfe mit für ein freies Deutschland der Arbeiter, Der Stirn und Der Faust, Werde Nationalsozialist!' versehen.[8]

Als der Stern der Nationalsozialisten in den Reichstagswahlen von 1932 langsam zu sinken drohte, beschloß die Parteiführung, im lippischen Wahlkampf vom Januar 1933 alle Mittel einzusetzen, um die Wahl zu gewinnen.[9] Hierbei halfen auch zwei Wahlplakate, auf denen das Hermannsdenkmal abgebildet ist. Auf dem einen, auf dem ein Modell des Denkmals im Vordergrund eines riesigen Hakenkreuzes zu sehen ist, wird mit dem Satz 'Macht frei das Hermannsland' bewußt an 'völkische' Tradition, Lippe sei altes 'Germanenland', angeknüpft. Auf einem anderen Plakat, auf dem Hitler groß und gewaltig

Lippischer S-A Marsch!

Auf, deutsche Brüder!

Text u. Musik von
Prof. A. Weweler

Verlag T. H. Fritsch jun.,
Leipzig, C1, Härtelstr. 23

1. Auf, deutsche Brüder mit ehernen Schritten, vorwärts mit klingendem, singendem Spiel! Was wir ersehnten, um was wir gestritten, nahe schon winkt es, das herrliche Ziel! Deutschland, erwache! Der Ruf tönt durchs Land, dein Banner entfache mit mächtiger Hand!

Refrain: O Deutschland, aufs neue sei allen Feinden kund, wir schwören dir Treue aus des Herzens Grund! Die Falschheit muß weichen, die Lüge verwehn, das Land heil'ger Eichen muß ewig bestehn!

2. Aufwärts die Blicke zu ihm laßt uns heben, der uns erschaffen und der uns erhält, der deutsches Blut unsern Adern gegeben, daß es gedeihe im Kampfe der Welt! Daß sichs entfalte, rein, lauter und hell, daß nie es erkalte, ein lodernder Quell!

3. Einer für alle und alle für einen, das ist das Wort, das sich immer bewährt; endlich muß wieder die Sonne uns scheinen, die wir so lange, so lange entbehrt. Auf, deutsche Brüder! - Der Sieg steht bevor, bald flammen die Lieder der Freiheit empor!

4. Blickt auf den Recken, den Hermann dort oben, den uns ein gnädiger Himmel beschert, sehet die Klinge, von Sagen umwoben, grüßet das herrliche, heilige Schwert! Das einst gewettert in siegreicher Schlacht, das kraftvoll zerschmettert die römische Macht!

Buch- und Kunstdruckerei
Fritz Koch, Bonn a. L., Rittersstr. 75

in einer Strahlenkorona mit dem Hermannsdenkmal im Hintergrund gezeigt wird, scheint Hitler den schon von den Vaterländischen Verbänden angekündigten neuen Arminius darstellen zu wollen.[10]

2. Das Hermannsdenkmal im 'Dritten Reich'

2.1. Das Hermannsdenkmal als Wallfahrtsstätte der deutschen Nation?

Auffallend im Wahlkampf war, daß trotz vorheriger Instrumentalisierung und Nutzung des Denkmals im Wahlkampf keine der vielen nationalsozialistischen Großveranstaltungen am Hermannsdenkmal selbst stattfanden und die Führungsgruppe der NSDAP, die in Lippe weilte, nur als Touristen 'inoffiziell' die Grotenburg besuchte.

Trotz dieses Hinweises, daß die Führung der NSDAP die zukünftige Rolle des Denkmals anders sah als die lokalen nationalsozialistischen Vertreter, beantragte die Stadt Detmold nach der Machtübernahme 1933, das Denkmal zur Wallfahrtsstätte der deutschen Nation zu erklären. Das Schreiben verfaßte der damalige Detmolder Bürgermeister Droegenkamp in seiner Funktion als Vorsitzender des Städtischen Verkehrsausschusses. Adresse war das Ministerium für Propaganda und Volksaufklärung, weitere Abschriften gingen an den Reichspräsidenten Hindenburg, Reichskanzler Hitler und an sein Kabinett.

Der Bürgermeister weist u.a. in seinem Schreiben darauf hin, daß „bereits in der letzten Zeit größere vaterländische Kundgebungen stattgefunden haben, die den Anlaß bilden müssen zu weiteren großen vaterländischen Veranstaltungen am Hermannsdenkmal in diesem Jahr des Erwachens unseres Volkes." Weiterhin versucht er im Hinblick auf die Verdienste des Denkmals für die Nationalsozialisten, in den Wahlkämpfen eine positive Stimmung herzustellen. So führt er aus:

> Eine Anzahl der dem Reichskabinett angehörigen Mitglieder hatte Gelegenheit, diese historische Stätte anläßlich des lippischen Wahlkampfes im Januar dieses Jahres kennenzulernen. Hier im lippischen Lande kam die nationale Welle erneut zum Durchbruch. Insofern hat das Hermannsdenkmal im lippischen Lande auch eine symbolische Bedeutung für die Freiheitsbewegung der Jetztzeit.[11]

Doch die Bitte war vergeblich, die Petition wurde abgelehnt. Nach einem langwierigen Briefwechsel mit dem Propagandaministerium kam die Absage. So schreibt das Ministerium im Auftrage Goebbels' an Droegenkamp, daß es „[...] sich vorläufig nicht offiziell für Ihren Vorschlag einsetzen kann." Stattdessen antwortet das Ministerium der Stadt Detmold, daß das Hermannsdenkmal im Prinzip „bereits eine nationale Wallfahrtsstätte [sei]."[12]

Dieses ist zwar eine inoffizielle Bestätigung der Petition der Stadt Detmold, offiziell aber eine eindeutige Absage. Ein erhoffter mehr oder wenig 'halbstaatlicher Tourismus', der nach einer Erklärung des Denkmals zur 'Wallfahrtsstätte' gefolgt wäre und dem 'Hermannslande' einigen Aufschwung gebracht hätte, konnte nun ad acta gelegt werden.

Es ist anzunehmen, daß die von Droegenkamp oben erwähnten früheren 'vaterländischen Kundgebungen' der Grund für die Absage waren. Das Denkmal paßte aufgrund seiner Nutzung seit seiner Einweihung eher in das 'gestrige' 'völkische' bis monarchistische Spektrum der vaterländischen Verbände als in die 'moderne' Diktatur Hitlers. Nationalsozialistische Großveranstaltungen, die als perfekte Show aus Rhetorik und Technik aufgeführt wurden, ließen sich z.B. besser in Detmolds Flugzeughallen als in der freien Natur auf der Grotenburg durchführen.[13]

2.2 Erinnerungstreffen anläßlich des lippischen Wahlkampfes am Hermannsdenkmal

Trotz des Vorhabens der NSDAP-Führung, das Denkmal nicht in größerem Ausmaß zu instrumentalisieren, erscheint es immer wieder als Identifikationsfigur der Nationalsozialisten, wenigstens auf lokaler Ebene. So waren es vor allem Versammlungen, die im Stile völkischer Kundgebungen der Weimarer Zeit organisiert wurden, in denen das Denkmal im Mittelpunkt stand. Auf politischer Seite sind besonders die Erinnerungstreffen anläßlich der Jubiläumstage

des lippischen Wahlkampfes zu nennen, z.B. das Jahr 1934, in dem sich auf der Grotenburg rund 5.000 Mitglieder verschiedener nationalsozialistischer Gliederungen, darunter einige NSDAP-Prominenz, und zudem einige 'zivile' Besucher versammelten.[14]

Staatsminister Riecke, selbst ein alter 'Lippekämpfer', nahm besonders zum Wahlkampf, aber auch zur Bedeutung des Denkmals Stellung:

> Dieses Denkmal, daß in die Wolken hineinragt, erneut uns an die Tat des großen Cheruskerfürsten gedenkt, der vor mehr als 1900 Jahren ganz Deutschland bis zum Rhein vom römischen Joch befreite. Das Schicksal hat gewollt, daß vom gleichen Cheruskerland uns zum zweitenmal der Anstoß gegeben wurde für die Befreiung unseres Vaterlandes.[15]

In der Anfangsphase des 'Dritten Reiches' verglich man noch auf offizieller Seite den germanischen Sieg über die Römer mit dem nationalsozialistischen Sieg über die alten Weimarer Parteien.

Die Erinnerungstreffen wurden bis 1945 lippische Tradition. Das Hermannsdenkmal verliert allerdings seine Bedeutung als Versammlungsort und ist kein Zentrum für die nachfolgenden Festlichkeiten mehr. Trotzdem werden später Floskeln wie 'im Lande Hermanns des Cheruskers' und Hermannslande' benutzt. Zudem wird der lippische Wahlkampf zur 'zweiten Schlacht im Teutoburgerwald' hochstilisiert. Weiterhin werden die Inschrift auf dem Hermannsschwert: 'Deutschlands Einigkeit meine Stärke, meine Stärke Deutschlands Macht,' und die beiden Sätze, die Hitler 1926 in das Gästebuch des Restaurants geschrieben hatte, wiederholt genannt.[16]

2.3 Weitere Instrumentalisierungen kurz nach der Machtübernahme

Eine feste Institution im 'Dritten Reich' war das sogenannte 'Teutoburgerwald-Sportfest', bei dem sich regelmäßig im Sommer jeden Jahres die 'Kämpfende Jugend' in einer eher politischen als sportlichen Versammlung am Denkmal traf.

Nur in einem einzigen Satz nimmt der Redner 1936 Bezug zum Ort der Feierstunde: „Wofür ein Armin als Befreier deutscher Stämme vom römischen Joch gekämpft und gelitten habe, wofür ein Jahn sein Leben eingesetzt habe, das habe unsere Zeit durch den großen Führer Adolf Hitler Wirklichkeit werden lassen: die unerschütterliche Einheit des Deutschen Reiches."[17]

Besonders im Vergleich zum Turnfest der Fünfzigjahrfeier 1925 verliert die historische Figur Arminius an Bedeutung. Stattdessen ist Adolf Hitler der reale Held der Gegenwart.[18]

Eine weitere Versammlung, in der es um Erinnerung und Jubiläum ging, fand am 21.10.1934 statt. Gefeiert wurde das zehnjährige Bestehen des Cheruskerbundes und des Heimatbundes Lippe mit dem Frontkämpferbund Stahlhelm.

Weiterhin sollte an den 111. Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig gedacht werden. Vor 2000 Besuchern und über hundert Stahlhelmflaggen bezeichnete der bereits erwähnte Staatsminister Riecke Arminius als den „ersten großen Deutschen" und das Denkmal als „Mahnmal [...] und Sinnbild zugleich für die deutsche Einigkeit und deutsche Stärke."[19]

Am 30. April 1935 feierte der 'Deutsche Automobil-Club' – inzwischen wie alle öffentlichen Verbände gleichgeschaltet bzw. politisch benutzt – seine Walpurgisnacht auf der Grotenburg. Für den Kassierer der Detmolder Ortsgruppe ist das Hermannsdenkmal eine 'heilige Stätte deutscher Geschichte.' In seiner Rede huldigte er vor allem Hitlers angeblichen Leistungen:

> Immer haben wir die Feier des kommenden Mai auch zu einer Stunde des Gedenkens an unseres Vaterlands Not werden lassen. So wollen wir auch heute in dieser Weihestunde Rückblick halten und aufs Neue unsere unverbrüchliche Treue zum Führer, zum Vaterlande und zur wahren Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringen. Als ich vor nun zwei Jahren [...] Ihnen zurief: 'Die Ketten jahrelanger Knechtschaft sind gesprengt, der Weg zur Freiheit ist gemacht, da ahnte wohl kaum einer von uns, in welch genialer Weise unser Führer die Aufgabe, unserem Vaterlande wieder die Ehre, Wohlfahrt und Macht zu geben, lösen würde. [...] Der Führer gab uns Freiheit und Ehre wieder durch die neue Wehrmacht. Stolz und beglückt wollen wir unseren Dank durch die Tat beweisen.[20]

Der Redner stellte die Weimarer Zeit so dar, als ob das deutsche Volk in dieser Zeit nur geschunden und geknechtet worden sei. Zudem zeigte sich die militaristische Grundeinstellung bestimmter Volksschichten, die die Umwandlung der deutschen Wehrmacht in eine kleine Berufsarmee nie verwunden hatten. Diese Vorstellungen stimmten auch mit den Inhalten der flammenden Reden in der Weimarer Republik am selben Ort überein. Doch während damals die Hermannsfigur Vorbild war, die Ketten zu sprengen, so war diese Funktion nun von Hitler verdrängt worden. Das Hermannsdenkmal war jetzt nur noch aus Tradition, weil es eben historische Stätte war, Versammlungsort.

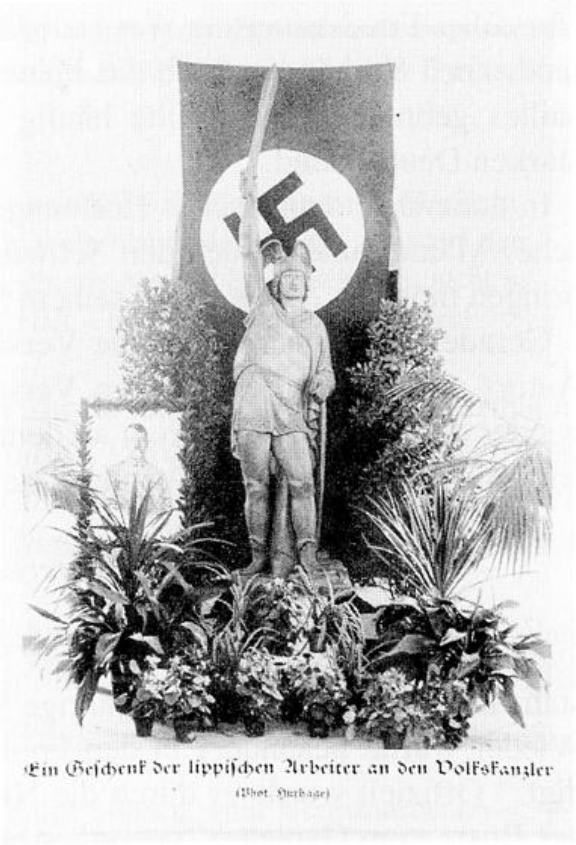
Weitere größere Kundgebungen waren die am 26. Mai 1935 stattfindende Schlußfeier der lippischen HJ im Rahmen der Woche der HJ, die mit einem Fackelzug von der Grotenburg hinunter nach Detmold beendet wurde. Am 1. Juli 1935, seinem 75jährigen Jubiläumstag, marschierte der Bund ehemaliger Fünfundfünfziger des Infanterieregiments Nr. 55 zum Hermannsdenkmal. Schließlich fand am 9. April 1936 eine Feierstunde der 'Deutschen Arbeitsfront' statt. Die Kundgebung wurde von der Detmolder Kreisdienststelle geleitet und von weiteren etwa '2000 Hamburger Volksgenossen' begleitet.[21]

Zwei Beispiele sollen zeigen, inwieweit das Hermannsdenkmal 1933 lippisch-nationalsozialistische Symbolfigur war.

So wurde fünf Monate nach der Machtübernahme von den BDM-Schulgruppen Detmolds eine 'Botschaft vom Hermannsdenkmal' für die ausländische 'Deutsche Jugend' zur deutschen Westgrenze geschickt. Folgende Bot-

schaft mit einem Bildnis der Hermannsfigur stand auf der Urkunde: „Das Hermanns-Denkmal, das Wahrzeichen deutscher Freiheit und Einheit auf der Höhe des Teutoburger Waldes, grüßt die Deutsche Jugend im Ausland mit der Schwertinschrift: Deutsche Einigkeit meine Stärke, Meine Stärke Deutschlands Macht! Volk Heil!"[22]

In diesen Rahmen gehörte auch ein „Geschenk der lippischen Arbeiter an den Volkskanzler", überreicht im Mai 1933. Es bestand aus einer Hermannsfigur mit Hakenkreuzfahne und einem Portrait Hitlers. Der Redner Heinz Rosteck verglich das frühere römische 'Joch' mit dem 'bösen Feinde' Marxismus, der „viele Deutsche verseucht." Am Ende seiner Rede schloß er diesen Bogen mit der Gleichsetzung von Arminius und Hitler: „Adolf Hitler, unser Kanzler, der schon fast einen übermenschlichen Kampf gegen das Hauptübel unserer Not, die marxistisch verseuchten Führer der deutschen Arbeiter führte, schlug auch seine entscheidende Schlacht in unserem Lipperlande."[23]



Ein Geschenk der lippischen Arbeiter an den Volkskanzler

(Phot. Hurbage)

2.4 Sechzig Jahre Hermannsdenkmal

Neben den oben genannten kleineren Versammlungen, die vor allem in der Anfangsphase des 'Dritten Reiches' stattfanden, gab es noch zwei weitere Großereignisse: 1935 die Sechzigjahrfeier des Hermannsdenkmals und 1941 die Hundertjahrfeier der Grundsteinlegung.

In der Sechzigjahrfeier nahm eine in diesem Ausmaß erstmalige und ungewöhnliche Verehrung Ernst v. Bandels großen Raum ein. So wird dem „kraftvoll gestalteten Urbild eines Deutschen" (nicht Arminius, sondern Bandel!) ein Denkmal gesetzt.[24]

In den Zeitungsberichten wird an erster Stelle verklärend die Geschichte des 'Alten vom Berg' (ebenfalls Bandel) erzählt.[25] Unter anderem wird auch an den nun weit zurückliegenden Streit um den Denkmalsentwurf – diesmal aus nur allzu verständlicher Perspektive – erinnert. Der Gegenentwurf Schinkels wird aus der Sichtweise der neuen Machthaber folgendermaßen bezeichnet: „Diese kokette Figur, die das Schwert friedfertig nach unten senkt, kann selbst gegen-

über dem unfertigen Entwurf Bandels nicht standhalten."[26] 1941, also mitten im Zweiten Weltkrieg, ist es in erster Linie das Wort 'friedfertig', das Bandels Entwurf gegenüber anderen rechtfertigt.

In einem weiteren Aufsatz zur Feier nimmt ein Autor ganz in alter Tradition Stellung zu der Bedeutung des Hermannsdenkmals in früherer Zeit: „Seit dem Versailler Friedensvertrag war sie [die Grotenburg] der Treffpunkt aller vaterländischen Verbände. Auch der Führer, der die schmachvolle Fessel von Versailles gebrochen hat, weilte häufig an dieser Stätte, geweiht einem freien, starken Deutschland."

In äußerst unrealistischer Hoffnung schreibt er, daß „hunderttausende deutscher Männer und Frauen den Schwur erneuern, der über die deutschen Gaue bringen möge, [...] was er auf seinem Schwerte eingegraben trägt."[27]

Gerade die Erinnerung an die Versailles-Problematik zeigt die Bindung des Autors an die Zeit der früheren Versammlungen. Hier war es nämlich immer wieder der Versailler Vertrag, an dem sich die Redner in Vergleichen zur persönlichen Geschichte des Arminius rieben.

2.5 Hundertjährige Wiederkehr der Grundsteinlegung 1941

Die letzte große Veranstaltung in der NS-Zeit am Hermannsdenkmal fand 1941 statt. Diesmal war die hundertjährige Wiederkehr der Grundsteinlegung Anlaß. Wieder wurde besonders in den lippischen Zeitungen Ernst v. Bandel gehuldigt.[28] Offiziell wurde er durch die Niederlegung eines Lorbeerkranzes an seiner Büste vom Gauleiter 'geehrt'. Aber auch Arminius und Hitler kamen nicht zu kurz. So huldigte man ersterem mit dem von Weweler komponierten Hermannsschwert-Lied und letzterem mit einem Treuegelöbnis der anwesenden SA, SS, HJ, des Jungvolks und des Reichskriegerbundes.[29]

Näher auf das Hermannsdenkmal wird – in ähnlichem Stil wie in der Weimarer Republik in – einer Denkschrift Ulrich von Motz' eingegangen. Dieser Ulrich von Motz, dessen 'Touristenheftchen', wenn auch nun in überarbeiteter Form in der 21. Auflage, immer noch am Denkmal verkauft werden, verfaßte 1941 diesen Aufsatz ganz im Zeichen der neuen Machthaber.[30] Mit Hilfe der Denkmalshistorie begrüßte er die Entwicklung der jüngsten deutschen Geschichte. Von Motz betrachtete es aus seiner lokalpolitischen Sichtweise als einen

> bemerkenswerten Umstand, daß der entscheidende Wahlkampf gerade in dem Lande stattfand, das 92 Jahre vorher die erste Kundgebung für ein Großdeutschland gesehen hatte. 1838 begann Großdeutschlands Kupferschmied den Bau seines Mahnmals. Genau ein Jahrhundert später wurde Großdeutschland Wirklichkeit durch des Führers Tat.

Hier verdrehte der Autor allerdings die Tatsachen. So war das Denkmal ursprünglich als Mahnmal gedacht, die zahlreichen deutschen Kleinstaaten zu vereinigen. Die Diskussion um ein Klein- oder Großdeutschland war damals nicht Anlaß zum Bau des Denkmals gewesen.

Weiter ging es um die Bedeutung des Denkmals im Hinblick auf den Erbfeind Frankreich. Hier argumentiert von Motz im Widerspruch zur damals aktuellen Lage – Frankreich war gerade in einem Blitzfeldzug von den Deutschen angegriffen und besetzt worden:

> Auf dem massigen Steinunterbau steht in gewaltiger Größe der Befreier Germaniens; den Blick nach Westen gerichtet, nach Welschland, den linken Arm auf den mächtigen Schild gestützt, in der Rechten, hoch erhoben das Siegesschwert, nicht in Angriffsstellung, sondern als wolle er sagen: Halt – bis hierher und nicht weiter!

Auch der Vergleich Arminius und Hitler durfte nicht fehlen: „Ein Hermann, dux belli heißt es [...]. So nennt denn unser Volk den größten Helden und Heerführer stolz den Hermann (Heer-Mann), genauso, wie wir heute den größten Sohn unseres Volkes und Führer in die deutsche Zukunft – den Führer nennen."

Am Ende des Aufsatzes über das 'Mahnmal zur Einigkeit aller deutscher Stämme' steht wie immer der Schwertspruch. Vorher aber stellt von Motz noch die Frage an die Zukunft des Denkmals:

> Wird man in Zukunft noch vom Hermann reden können, vom Hermannsdenkmal, von der Hermannsschlacht und dem Hermannsland? – – – Ja !!! Nichts könnte verfehlter sein als den Namen Hermann und Hermannsdenkmal auszulöschen. Es wäre dies ein Mangel an Ehrfurcht vor der Geschichte![31]

Wie interessant wäre es, diesem Menschen zu ermöglichen, einmal in unsere Zeit zu springen. Er würde mit großem Erstaunen feststellen, daß man sehr wohl noch über das Hermannsdenkmal redet. Das von ihm gelobte 'Hermannsland' ist allerdings dabei, von Lippe nach Osnabrück verlagert zu werden. Ob die Autoren des 'Dritten Reiches' diesen Vorgang mit ihrer 'Ehrfurcht vor der Geschichte' vereinbaren könnten?

2.6 Die lippische HJ und das Hermannsdenkmal

Für wen, wenn nicht für die neue Deutsche Jugend hätte es ein besseres Vorbild als die Hermannsfigur geben können? War das Denkmal ja schon bei den Teutoburgerwald-Festpielen für die sportliche Jugend ein Themenschwerpunkt, so doch erst recht für die kämpfende Jugend – die HJ. Neben diversen Versammlungen auf der Grotenburg lebte der Hermannsmythos auch im Wei-

hespruch der lippischen Hitlerjugend und in einem Kampflied der HJ in Lage weiter:

Weihespruch

So wie des Hermanns ragend Bild
ein Zeichen deutscher Heldentugend
So sei ein blanker Ehrenschild
Dem Drittem Reich die Hitlerjugend.

Begeistert, willig, zäh und stark
Hat sie wie Hitler nur ein einzig Streben,
Der Heimat weiht sie Herz und Mark,
Trutz, Not und Tod! Deutschland soll leben!

Kampflied der Hitler-Jugend in Lage

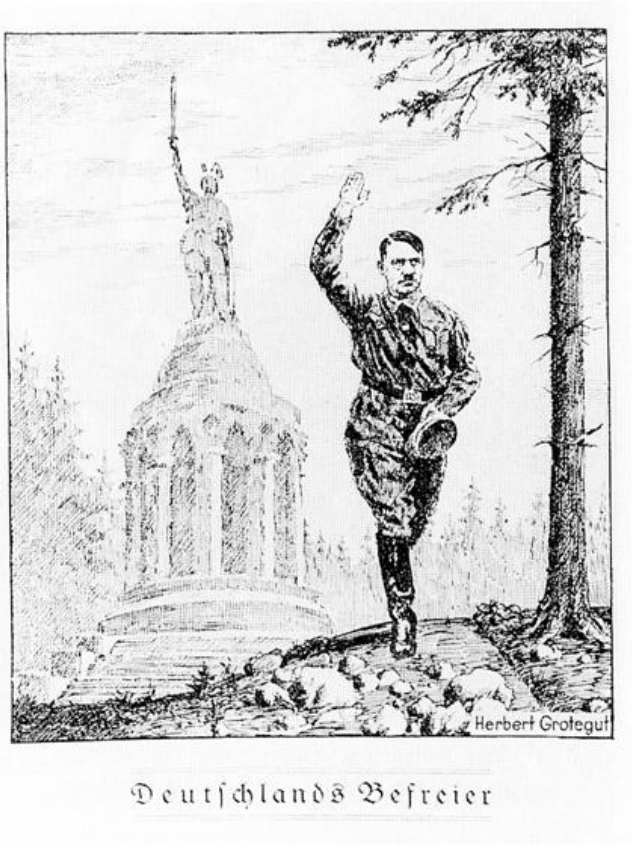
3. In Teutburg hell das Hermannsschwert blitzt,
Wild flattern die Wimpel, die roten,
Die Lag'sche Hitler-Jugend schützt
Die Heimat, den lippischen Boden.
Hat man uns stets auch höhnend verlacht,
Kampf die Parole bis Deutschland erwacht![32]

2.7 Touristische Postkarten?

Die Gestaltung einfacher touristischer Postkarten ist in der Geschichte vor der Gründung der BRD ein interessanter Indikator für gesellschaftliche und politische Verhältnisse. So wurde das Hermannsdenkmal zum Beispiel im Ersten Weltkrieg zusammen mit dem Eisernen Kreuz und der Schwarz-Weiß-Roten Fahne abgebildet, während man in der Weimarer Republik das Denkmal, z.B. um die Trauer über den angeblichen Zustand des deutschen Staates auszudrükken, mit einer in Ketten liegenden Germania, oder um Hoffnung zu zeigen, mit einem kettensprengenden Arminius kombinierte.

Im 'Dritten Reich' bevorzugte man Abbildungen des Denkmals mit dem Hakenkreuz in dunklen, düsteren Naturgewalten. Die Wolken sind nur an einigen Stellen, vorzugsweise an der Schwertspitze oder um das Hakenkreuz herum, aufgerissen. Diese Darstellung soll verdeutlichen, daß die geballte altgermanische Kraft eines Hermannsdenkmals mit der neuen Kraft des Hakenkreuzes die dunkle Zeit überwinden werde und eine neue strahlende Zukunft beginnen werde. Diese Postkarten wurden in der Regel kurz nach der Machtergreifung angefertigt und hatten noch einen Bezug zu der aus nationalsozialistischer Sicht dunklen Weimarer Zeit.[33]

Bemerkenswert ist die Postkarte, die der Hamburger Zeichner Herbert Groteburg gezeichnet hat. Da sie kein zweites Mal aufgetaucht ist, kann man ver-



muten, daß die Zeichnung als mißlungen, wenn nicht gar als Parodie gewertet wurde. So wirkt Hitler hier als bloßes – und dazu auch noch einbeiniges – Plagiat der Denkmalfigur, und nicht als unumschränkter, alleiniger Diktator Deutschlands. Unterstrichen wird die Ähnlichkeit Hitlers mit dem Denkmal durch seinen rechten, zum Hitlergruß angewinkelten Arm und seine ungewöhnlichen Proportionen, die auch beim Hermann ersichtlich sind.[34]

Ein letzter Postkartentyp ist der, bei dem das Hermannsdenkmal eher im Hintergrund (allerdings in einer Strahlenkorona) steht und im Vordergrund mit SA- oder SS- Leuten und einer Hakenkreuzfahne mit einer Parole oder einem kleinen Vierzeiler kombiniert wird.[35]

3. Zusammenfassung und Ausblick

Um die Rolle des Hermannsdenkmals im 'Dritten Reich' beurteilen zu können, muß man die Instrumentalisierung des Denkmals mit seiner Bedeutung gerade in der Weimarer Zeit vergleichen. Man kommt zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß die lippische Symbolfigur weniger benutzt wurde, als man erwartet hätte. War das Denkmal in der Weimarer Republik noch monatlicher Treffpunkt diverser völkischer, nationalistischer und zum Schluß auch nationalsozialistischer Gruppierungen, die meist stark besucht und auch in der Presse beachtet wurden, verlor die Grotenburg ab 1934 an Bedeutung.

„Wo einst der Führer der Germanen
Deutsches Land vom Feind befreit"

„Wehen Hitler's Siegesfahnen
Machtvoll in die neue Zeit."

Ein Grund war sicherlich, daß durch die Auflösung und Gleichschaltung der nicht-nationalsozialistischen Gruppen des rechten Spektrums ein Großteil der Besuchergruppen eleminiert worden war. Ein zweiter Grund ist in dem fehlgeschlagenen Versuch zu suchen, das Hermannsdenkmal zur Wallfahrtsstätte des deutschen Volkes zu erklären. Dieses geschah vermutlich deshalb, weil die deutsche Führung das Denkmal mehr dem völkisch-nationalistischen Spektrum der Weimarer Republik als der nationalsozialistischen Diktatur zuordnete. Aus diesem Grund verlor die Grotenburg einen Großteil ihrer gesamtnationalen Attraktivität, die sie noch in der Weimarer Republik besessen hatte.

Ein eher praktischer, aber deshalb nicht weniger wichtiger Grund für den geringeren Stellenwert des Hermannsdenkmals war der Standort im Wald auf einer Bergkuppe. Das Hermannsdenkmal paßte nicht mehr ins nationalsozialistische Konzept der großen und gewaltigen, elektrisch verstärkten Massenveranstaltungen, die in Detmold eher in den Flughafenhallen realisiert werden konnten.

Trotz des Verlustes der gesamtnationalen Beachtung war das Hermannsdenkmal aber immer noch die nationalsozialistische Identifikationsfigur Lippes, was die verschiedenen Feierlichkeiten, aber auch z.B. die Verknüpfung von Hermannsfigur und Hakenkreuz auf den lippischen Postkarten zeigen.

Signifikant ist, daß im Gegensatz zu früheren Jahren das Hermannsdenkmal immer mehr in den Hintergrund rückte und Platz machen mußte für die Sym-

bole des Nationalsozialismus und für Hitler selbst. War vielleicht auch die Konkurrenzangst zu groß? Hatte man Sorge, nicht neben dem Arminius bestehen zu können? Zumindest hatte die nationalsozialistische Propagandamaschinerie andere Vorstellungen von der Symbolik und Aussagekraft ihrer Ziele und vermeintlichen Ideale.

Das Hermannsdenkmal blieb in der Zeit des 'Dritten Reiches' zwar ein probates Instrument, das man benutzte, wenn man es für nötig hielt, und das vor allem von den lippischen Nazigrößen als Identifikationsmittel für ihre Gefolgschaft mißbraucht wurde. Ob allerdings der Hermann 1975 seinen hundertsten Geburtstag noch hätte feiern können, wenn der Wunsch des damaligen Detmolder Bürgermeisters nach Umwandlung in eine nationale Wallfahrtsstätte Erfolg gehabt hätte, ist mit Recht zu bezweifeln. So steht auch heute noch, 121 Jahre nach seiner Einweihung, das Standbild des 'Recken [...] dort oben' auf der Bergkuppe der Grotenburg und verschafft dem Landesverband Lippe als seinem 'Besitzer' in jeder Saison gute Einnahmen. Eine ernsthafte und zufriedenstellende Auseinandersetzung mit der Rolle des Hermannsdenkmals in den verschiedenen Epochen der deutschen Geschichte steht allerdings immer noch aus.

Anmerkungen

1. Siehe Postkarte Nr. 1. Alle hier verwendeten Postkarten stammen aus dem Privatbesitz von Wilfried Mellies.
2. Vgl. Festschrift in StA DT, D 70 Nr.154 und LZ vom 24.5.1893.
3. Postkartenmotiv, ohne Abbildung.
5. Vgl. Sta DT D 106 DT A Nr.989, L 80 Ie III Nr.7, L 80 (LLV) 86/85 XXIX 2.5 I und 2.3 (Akten der Hermannsdenkmalstiftung zur 50 Jahrfeier am Hermannsdenkmal).
6. LZ vom 21.9.1924.
7. „Lippische Tageszeitung" und LZ vom 11.8.1925.
8. Vgl. Postkarten mit den beiden Sprüchen 'Ich glaube an mein Volk, an die Kraft der Person und an die Notwendigkeit des Kampfes,' sowie 'Keiner rede von alten Helden, der nicht die Pflicht zu gleichem Wirken für die Zukunft in sich fühlt,' ohne Abbildung.
9. Postkartenmotiv, ohne Abbildung.
10. Wahlergebnisse der NSDAP: 31.7.1932: 37,3%; 6.11.1932: 33,1%.
11. Vgl. Abbildung der Plakate in: Kreis Lippe u.a. (Hg.), Hakenkreuz über Lippe – Ein Rückblick. Detmold 1983, S. 24, Abb. 3; und: Volker Wehrmann, Lippe im 3. Reich – Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Detmold 1984, S.73.
12. Vgl. Brief des Bürgermeisters in: 'Teutoburgerwald', Jg. 9 (Detmold 1933), Nr.4.
13. Vgl. Antwortsschreiben des Propagangaministerium, in StA DT D 106 Detmold A.
14. Vgl. auch Andreas Dörner, Politischer Mythos und symbolische Politik, Opladen 1995, S. 359 f.
15. Siehe Postkarte Nr. 2. Vorne, 2. von links, Prinz August Wilhelm, der Sohn des letzten deutschen Kaisers, in SA-Uniform.

16. Vgl. Rede in LZ vom 23.10.1934.
17. Vgl. Januarberichterstattung der lippischen und z.T. westfälischen Zeitungen, hier z.B. LZ vom 15.1.1936.
18. LZ vom 6.7.1936.
19. Vgl. Berichte über die Festversammlung der deutschen Turnerschaft, z.B. LZ vom 17.8.1925.
20. LZ vom 23.10.1934 und StA DT L 76 L16 F.
21. „Lippische Staatszeitung" vom 1.5.1935.
22. Sta DT L76 L16 I.
23. LZ vom 25.6.1933.
24. Vgl. LZ vom 15.5.1933 und Postkarte Nr. 3.
25. „Lippische Staatszeitung" vom 15.8.1935.
26. LZ vom 11.8.1935.
27. Friedrich Castelle, „Der Türmer", 37. Jg. (Berlin 1935), Heft 11 37, S. 382.
28. Rudolf Kiepke, „Die Warte", Heft 8 3. Jahrgang, Paderborn 1935, S. 133.
29. Siehe z.B. LZ vom 13.9.1941.
30. Vgl. Programmauszug in StA DT L 113 Nr. 697.
31. Vgl. Ulrich von Motz, Das Hermannsdenkmal und die Schlacht am Teutoburger Wald. Detmold 1996.
32. Siehe Denkschrift von Ulrich von Motz in StA DT L 113 Nr. 697.
33. StA DT Nr. 942 (Chronik des HJ-Bannes Lippes (55)).
34. Siehe Postkarte Nr. 4.
35. Siehe Postkarte Nr. 5.
36. Siehe Postkarte Nr. 6.

Dieser Text basiert im wesentlichen auf meiner Arbeit 'Arminius der Mega-Star, Mißbrauch und Vermarktung des Hermannsdenkmals von seiner Einweihung bis heute', die ich im Rahmen des Schülerwettbewerbes 'Deutscher Geschichte' 1992 verfaßte. Die Arbeit ist im NW Staatsarchiv und in der Landesbibliothek Detmold einzusehen.

Michael Vogt

„Durchbruchsschlacht für Grabbe"

Die Grabbe-Woche 1936 als Beispiel nationalsozialistischer Kulturpolitik in der Region

Grabbes Tod, 1836, jährt sich zu Beginn des 'Dritten Reiches', in einer Phase der noch nicht abgeschlossenen Machtkonsolidierung, zum 100. Mal. Das Ableben des Dramatikers steht in keinerlei logischem Zusammenhang mit jener Phase der Naziherrschaft, in der unter dem Namen 'Gleichschaltung' eine beispiellose Propagandakampagne betrieben wird – ein solches zeitliches Zusammentreffen muß daher zweifellos als Moment des historischen Zufalls aufgefaßt werden und entzieht sich somit der Reichweite einer historischen Erklärung.

Erklärbar ist hingegen, jedenfalls soweit die Quellenlage es zuläßt, wie die Repräsentanten der Macht mit dieser ihnen zugefallenen Koinzidenz umgehen und für ihr übergeordnetes Ziel – die Stabilisierung der politischen Machtverhältnisse – dienstbar machen. Aus diesem Blickwinkel kann eine Darstellung der Grabbe-Woche 1936, wie sie hier unternommen wird, durchaus exemplarischen Wert reklamieren. Querverbindungen, etwa zum Schillerjahr 1934 (175. Geburtstag), lassen sich ohne weiteres herstellen. Zugleich gewährt das regional, ja lokal begrenzte Beispiel ein hohes Maß an Anschaulichkeit und Konkretheit.

Es zeigt überdies, daß nicht nur Hitler als charismatische Führerfigur, als der 'große Einzelne' für die Schrecknisse des 'Dritten Reiches', für seine propagandistische Verblendung verantwortlich ist, sondern daß mit ihm die vielen Einzelnen, vielleicht naiv, jedenfalls aber willentlich, dazu beitragen. Im Fall der Grabbe-Woche geht die planende und organisatorische Initiative von einem der vielen Namenlosen aus.

***

1. Planungen

Die Idee zu einer Grabbe-Woche stammt von Dr. Heinrich Hollo, Lehrer an einem Detmolder Gymnasium, und später, nach Gründung der Grabbe-Gesellschaft 1937, deren Geschäftsführer. Hollo entwirft – ohne Datum – ein elfseitiges Memorandum unter dem Titel 'Plan einer Grabbe-Woche in Detmold'. Es kursiert spätestens seit dem 30. November 1935; bei Kreisleiter Adolf Wedderwille geht das Papier am 27. Januar 1936 ein; Absender ist Dr. Eduard

Wiegand, der Leiter der Lippischen Landesbibliothek. In seiner Antwort empfiehlt Wedderwille, eine Abschrift an den Gauleiter zu senden.

So leitet Dr. Wiegand das Papier an verschiedene Stellen in Partei und Verwaltung weiter; ein Exemplar findet sich in den Akten der Gauleitung in Münster.

Hollos Absicht besteht darin, eine „festliche Veranstaltung der Reichstheaterkammer" auszurichten, „verbunden mit einer Grabbeausstellung in der Woche der 100. Wiederkehr seines Todestages am 12. September 1936"[1]. Hollo beginnt mit Betrachtungen zu Grabbes Leben und einzelnen seiner Dramen. Schon die ersten Sätze lassen sich nur allzu deutlich als auf der emotionalisierenden Blut-und-Boden-Theorie fußend erkennen: „Grabbe ist niedersächsischer Art: 'Glut inwendig, von außen Stein!' „Seine Eltern kamen aus kleinem Bauernstand, ihr Blut bestimmte wesentliche Züge seines Charakters."[2] Anhand ausgewählter Brief- und Werkausschnitte ist Hollo darum bemüht, die unterstellte Heimatverbundenheit Grabbes zum 'Deutschtum' emporzustilisieren: „So tief der Grund seines Lebens im Heimatboden ruhte, so hoch strebten sein deutsches Sein und Wollen empor. Er überragt darin seine Zeitgenossen und schaut tief und weit in das Werden und Wesen deutscher Geschichte."[3] Nach einem Ausschnitt aus Fausts Auftrittsmonolog („Was ist mir näher als das Vaterland?"[4]) gelangt Hollo zu einer ersten Zusammenfassung, bei der wiederum die Begriffe 'Blut' und 'Boden' den Ausgangspunkt bilden:

> a) Grabbes Vaterstadt ist Detmold, und das Land des Teutoburger Waldes war die Werkstatt seiner Seele.
> b) Sein Leben und Werk sind nur vom Herzland und der Seele des Niedersachsentums aus zu begreifen.
> c) Sein Künstlertum entsteht aus dem Blut und Boden seiner Heimat und wächst bis zur Gestaltung des Übermenschentums.[5]

Die regionale Bindung an das 'Herzland' Niedersachsens wird mit verschwommenen Schlagworten in eine nationale umgemünzt; die Sätze, im wesentlichen sind es aneinandergereihte Hauptsätze, lassen jeden logischen Bezug untereinander vermissen. In ihrer Funktion sind sie auf der Höhe der Zeit: nicht diskursiv, sondern appellativ. In ihrer Gesamtheit bilden sie eine Anhäufung von Vokabeln, die ihrerseits jenes Agglomerat ausmachen, das als 'nationalsozialistische Weltanschauung' nach dem Willen von Partei und Staat möglichst weite Verbreitung in der Bevölkerung finden soll. Im Rahmen dieser Gleichschaltungspropaganda ist auch der Begriff 'Übermenschentum' einzuordnen, der einer grob verkürzten Nietzsche-Rezeption entstammt und seit Ferdinand Josef Schneiders Monographie[6] häufig auf die Grabbe'schen Dramenhelden, aber auch auf seine eigene Person angewandt wird.

So reiht Hollo denn im einführenden Teil seiner Denkschrift zentrale Begriffe nationalsozialistischer Ideologie aneinander, die er allesamt in Grabbes Dra-

men vorzufinden vermeint: „Führertum und Gefolgschaft werden in wechselnder Spielfolge gestaltet und in lebendiger Wechselwirkung dargestellt,"[7] heißt es mit Bezug auf 'Kaiser Heinrich VI.' In den Anmerkungen zum 'Napoleon'-Drama bemerkt Hollo: „Grabbe hat nie die Masse verherrlicht, sondern nur die Gemeinschaft, die Führer und Volk umschließt. Zerreißt diese Bindung, so wird daraus die willenlose Masse."[8] Das Thema 'Führer und Gefolgschaft' bestimmt auch den Blickwinkel, unter dem die beiden letzten Dramen, 'Hannibal' und 'Die Hermannsschlacht' gesehen werden; das letzte Grabbe-Drama will Hollo im übrigen als Freilichtspiel aufgeführt wissen:

> Die Örtlichkeit dieser Dichtung finden wir im Teutoburger Wald und in der Nähe Detmolds, vor allem auf der Berghöhe des Hermannsdenkmals. Grotenburg und Hünenring werden immer wieder genannt. Hier sind in Wort und Werk, in einer Dichtung und einem Denkmal eigenes und des Volkes höchstes Wollen und Vollbringen vereinigt.
>
> Eine Aufführung der Dichtung will uns deswegen auch besonders an dieser Örtlichkeit als richtig erscheinen. Damit würde sich auch das Wort des Dichters erfüllen, daß er nicht für die Bühne schrieb, sondern für die Welt.
>
> [...] Hier unter dem ragenden Schwerte Hermanns muß Grabbes Werk in einer gewaltigen Freilichtaufführung lebendig werden. Das tiefste Erlebnis der Künstler Grabbe und Bandel, ihre ganze Kraft und ihr gewaltigster Ausdruckswille sind hier in Einheit gestaltet und können von uns in einer Einheit nacherlebt werden, die unser ganzes Sein und Denken ergreifen wird, jetzt, wo sich die Zeit erfüllt![9]

Eine solch gigantische Freilichtinszenierung wird also nicht nur als werkgerecht empfunden, sondern gäbe in den Augen Hollos als Kulminierung monumentaler Eindrücke einen ästhetischen Vorschein von der erfüllten säkularisierten Heilserwartung des nationalsozialistischen Reiches.

Das Märchenspiel 'Aschenbrödel', so schlägt Hollo vor, soll im Detmolder Palaisgarten, also ebenfalls im Freien aufgeführt werden. Das Stück sei durchaus bedeutsam, denn „in seinem Märchen ist viel gesunder Menschenverstand, und bei aller Derbheit eine ideale Lebensauffassung. Des Dichters deutsches Blut zeigt sich auch besonders in der drastischen Ablehnung des Judentums."[10] Eine musikalische Untermalung zu 'Aschenbrödel' „würde von einem Künstler zu schaffen sein, dessen Blut und Herz hier seinen Ursprung haben. Ich denke hier an Pg. Prof. Weweler [...], der so viele Werke großen Stils geschaffen hat."[11]

Zur Organisation der Festwoche schlägt Hollo vor: „Veranstaltungsträger ist die Reichskulturkammer, Ich gestatte mir diesen Vorschlag, weil ich glaube, daß eine Grabbe-Festwoche als reichswichtige Veranstaltung aufgezogen werden sollte."[12] „Die weitere Durchführung der Organisation übernimmt der Landeskulturwart der Landesstelle des Gaues Westfalen-Nord, der als Ausstellungsleiter und Veranstaltungsleiter örtlich Beauftragte für Detmold ernennt. Als Arbeitsausschuß stehen denen zur Seite je ein Vertreter des Gauleiters, des

Landes und der Stadt."[13] Indem Hollo die Leitung der Festorganisation durch die Gauleitung vorsieht, offenbar bestrebt, die unmittelbar lokale Organisationsebene zu überschreiten und der Veranstaltung so von vornherein eine gewisse überregionale Bedeutung zuwachsen zu lassen, erscheint es ihm einfach, auswärtige Theaterintendanten zur Aufführung von Grabbe-Stücken zu bewegen: „Darum [wegen des angestrebten großzügigen institutionellen Rahmens, M.V.] sollten mit der Aufführung vier benachbarte große Bühnen beauftragt werden." Daß Hollo ein solches Verfahren – die Beauftragung der Theaterleiter – so unbefangen vorsieht, wirft ein bezeichnendes Schlaglicht auf eine hierarchisch-autoritäre Struktur der Kulturverwaltung, die heute unvorstellbar wäre.

Schließlich stellt Hollo eine Reihe einführender Vorträge in Aussicht. Dabei erscheint es ihm „von ausschlaggebender Bedeutung zu sein, daß nicht ein Grabbe-Forscher, sondern der Grabbedichter Hanns Johst gebeten wird, die Vortragsreihe aufzustellen und die Vortragenden zu bestimmen."[14]

Am Ende des Konzepts stehen erste Überlegungen zu einer möglichen Programmstruktur:

1. Ausstellung der Grabbe-Sammlung[15], verbunden mit einer Vortragsreihe, die durch den Dichter Hanns Johst festgesetzt wird.
2. Aufführung Grabbe'scher Dramen
   a) im Landestheater, veranstaltet von benachbarten großen Bühnen:
      Kaiser Friedrich Barbarossa
      Kaiser Heinrich VI.
      Hannibal
      Napoleon oder die Hundert Tage
   b) als Freilichtspiele, veranstaltet vom Landestheater Detmold unter Mitwirkung der Bevölkerung:

Die Hermannsschlacht	Hünenring
Aschenbrödel	im Palaisgarten

3. Tagesfolge:

Am Vormittag	einführende Vorträge
am Nachmittag	erste Aufführungen für allgemeinen Besucherkreis mit 50 % Preisnachlaß
am Abend	Festaufführung[16]

2. Das Programm

Das spätere Programmfaltblatt, wie es zur Grabbe-Woche selbst verteilt wurde, zeigt, daß die Akzente doch schließlich ein wenig anders gesetzt worden sind, ohne daß im einzelnen rekonstruierbar wäre, welche Entscheidungsträger die einzelnen Abänderungen treffen und welche Gründe hierfür den Ausschlag geben. Festzustellen ist lediglich, daß von den vorgeschlagenen Dramen nur 'Napoleon' und 'Hannibal' wie vorgesehen im Programm bleiben; die 'Her-

mannsschlacht' wird, wie die übrigen Dramen auch, im Lippischen Landestheater aufgeführt. An sechs Abenden werden insgesamt sieben Grabbe-Stücke dargeboten: sechs aus seiner Feder und die heroische Überhöhung und Verklärung seiner Biographie von Johst aus dem Jahr 1917.

Sonntag, 27. Sept.:	
Der Einsame, von Hanns Johst	hierauf: Marius und Sulla
Stadttheater Münster	Inszenierung: Intendant Willi Hanke
Montag, 28. Sept.:	
Napoleon oder die Hundert Tage	Inszenierung:
Stadttheater Bochum	Intendant Dr. Saladin Schmitt
Dienstag, 29. Sept.:	
Scherz, Satire, Ironie und tiefe Bedeutung	Inszenierung: Intendant Dr. A. Kruchen
Stadttheater Bielefeld	
Mittwoch, 30. Sept.:	
Hannibal	Inszenierung:
Städtische Bühnen Hannover	Intendant Alfons Pape
Donnerstag, 1. Okt.:	
Nannette und Maria	Inszenierung:
Lippisches Landestheater Detmold	Intendant Otto Will-Rasing
Freitag, 2. Okt.:	
Die Hermannsschlacht	Inszenierung:
Städtische Bühnen Düsseldorf	Generalintendant B. Iltz[17]

Beim Vergleich von Entwurf und Ausführung zeigt sich, daß Hollos Plan – mit Ausnahme des Märchenspiels – ausschließlich jene Grabbe-Dramen vorsieht, in denen Ereignisse um Herrscherpersönlichkeiten der Weltgeschichte nachgestaltet sind. In der Reihe de Geschichtsdramen fehlt allein das Fragment 'Marius und Sulla'. Hollos Interesse konzentriert sich augenscheinlich auf den Herrschaftsaspekt, auf das oben bereits erwähnte Modell von Führer und Gefolgschaft, das er in Grabbes späteren Dramen (seit 'Barbarossa') vorzufinden meint.

Demgegenüber nimmt sich das schließlich realisierte Programm weniger streng und monoperspektivisch aus: Der Anteil der Geschichtsdramatik ist auf die drei letzten Stücke[18] geschrumpft, jeweils im Wechsel mit Stücken von einem höheren Unterhaltungswert. Aus der Abfolge ist das Bemühen zu erkennen, ein für den zeitgenössischen Theaterbesucher attraktives Programm zu bieten, in dem sich 'unterhaltende' und 'erste' Bestandteile die Waage halten. Daher scheint es auch nicht zufällig, daß alle Dramen – mit Ausnahme von

'Nannette und Maria' und 'Die Hermannsschlacht' – bereits zur Zeit der Weimarer Republik regelmäßig auf dem Spielplan der deutschsprachigen Bühnen standen. Nachgerade zum Repertoirestück hatte sich bereits seit 1915 'Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung' entwickelt; die Popularität der Komödie ist 1936 nach wie vor ungebrochen, und die Organisatoren der Festwoche können sicher sein, mit der Aufnahme dieses Stücks ins Programm auf ein großes Interesse beim breiten Publikum zu treffen. Eine interpretative Inbesitznahme Grabbes kann nur gelingen, wenn das Interesse an der Literaturkomödie aufgenommen und im Zuge einer völkischen Neuinterpretation des Stücks perpetuiert wird. Auch wenn das Stück sich in späteren Jahren letzten Endes als inkompatibel mit nationalsozialistischen Literaturanschauungen erweist[19], so verfügt es zu dieser Zeit doch im Hinblick auf Publikumswirksamkeit und Bekanntheit über so viel Eigendynamik, daß die Entscheidung, es trotz seiner inhaltlichen Sprödigkeit gegen propagandistische Indienstnahme während der Grabbe-Woche zu spielen, sich im Sinne der Veranstalter nur günstig auswirken kann.

Außerordentlich geschickt in der Dramaturgie des Festablaufs ist auch 'Die Hermannsschlacht' am Schluß der Woche plaziert: Das kolossale Teutonendrama, schon der Stoff bietet der Nazipropaganda eine Fülle von Identifikationsangeboten, bis dahin noch nie auf dem Theater gespielt, das letzte Grabbe-Drama, bildet als Utopie charismatisch legitimierter Herrschaft und zugleich als germanischer Mythos den absoluten Höhepunkt, den krönenden Abschluß des Festes. Leider bleibt im dunkeln, weshalb und auf wessen Veranlassung 'Die Hermannsschlacht' nicht, wie von Hollo angeregt, als Freilichtspektakel realisiert wird. Immerhin begeben sich die Veranstalter auf diese Weise einer Gelegenheit, mit Hilfe einer solchen Massenaktion via gespielter Rollen bei den Laienschauspielern Identifikationen hervorzurufen, die durchaus im Sinne der herrschenden ideologischen Ziele gewesen wären. Es ist jedoch zu vermuten, daß hier technisch-organisatorische, vielleicht auch finanzielle, Kostüme und Ausstattung, aber schließlich auch die praktische Dramaturgie der Masse betreffende Probleme fr die Ablehnung den Ausschlag gaben.

Von der beabsichtigten Vortragsreihe bleibt lediglich ein Referat von Hollo selbst zum Thema „Grabbes Lebenskampf in seinen Werken"[20] übrig. Eine intellektuelle, an Rationalität appellierende Auseinandersetzung mit Grabbes dramatischem Werk scheint nicht im Interesse der Organisatoren zu liegen. Wie Hollos Vortragsthema, so akzentuiert das Programm in seiner Zusammenstellung und Abfolge insgesamt – nicht zuletzt mit der Inszenierung von Hanns Johsts Grabbe-Drama – deutlich biographisch-personale Aspekte gegenüber einer (wie auch immer beschaffenen) diskursiven, d.h. rational dimensionierten metasprachlichen Textausdeutung.

Auch das Rahmenprogramm scheint dazu angetan, eher emotional als rational einzuwirken: Von den symbolträchtigen germanischen Überresten der Re-

gion wird keine ausgelassen; „unter sachkundiger Führung" bietet das Programmfaltblatt Fahrten zu den Externsteinen, zum Hermannsdenkmal und zur neueröffneten Germanensiedlung in Oerlinghausen. Insgesamt: Die „Durchbruchsschlacht für Grabbe" – so der Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser über die Grabbe-Woche – richtet sich auf das Gefühl, nicht auf Logik und Verstand.

3. Die Reden

Der Frage, welche Bedeutung Grabbe und sein Werk in der Literatur und im modernen Kulturleben denn hätten, gehen nicht Philosophen oder Philologen in Vorträgen, sondern Politiker in Ansprachen nach. An der Grabstätte sprechen der Bürgermeister der Stadt Detmold, Hans Keller, und Staatsrat Hanns Johst; bei der Eröffnung der Bergmann'schen Grabbe-Ausstellung Dr. Wiegand und während der Gedenkfeier im Lippischen Landestheater ergreifen der Reichsstatthalter beider Lippe, Gauleiter Dr. Alfred Meyer und Reichsdramaturg Schlösser das Wort. Der letztgenannte ist im Reichspropagandaministerium unmittelbar dem Schirmherrn der Veranstaltung, Reichspropagandaminister Dr. Josef Goebbels, unterstellt.

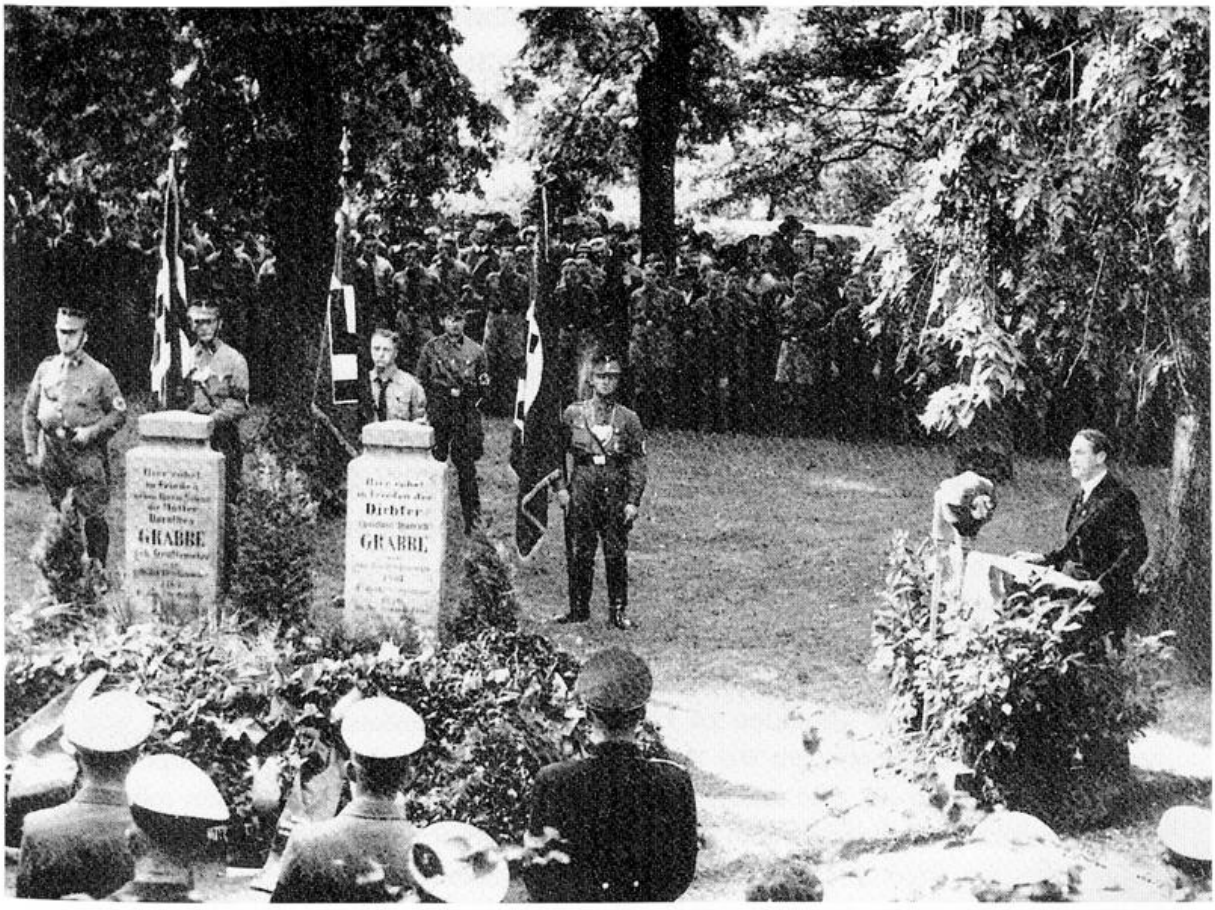


Abb. 1: Die Feierstunde am Grab, Sonnabend, 26. September 1936, 11.00 Uhr.
Es sprechen der Bürgermeister der Stadt Detmold, Hans Keller, und Staatsrat Hanns Johst.

Eröffnet wird die Grabbe-Woche 1936 am Sonnabend, 26. September, um 11.00 Uhr. Am Grab des Detmolder Dramatikers spricht nach dem Bürgermeister der expressionistische Literat Hanns Johst, von den Nazi-Oberen schon 1933 zum Staatsrat und Dramaturgen am Berliner Schauspielhaus, 1935 zum Präsidenten der Reichsschrifttumskammer, Reichskultursenator und SS-Brigadeführer befördert.

Die Fotografie zeigt – direkt hinter den Grabsteinen und, besonders zahlreich, im Hintergrund – SA-Uniformen, Hakenkreuzflaggen und militärisches Zeremoniel fragwürdiger Tribut eines rigiden Ordnungsstaates an einen Dichter, dessen äußerliche Erscheinung nichts mit dem Idealbild des 'nordischen Hünen' gemein hatte und der obendrein nicht nur jede Form menschlicher Ordnung, sondern gleich die ganze Weltordnung in Frage stellte. Dessenungeachtet erblickt Bürgermeister Keller im nationalsozialistischen Staat die Verwirklichung der utopischen Vision Grabbes: „'Jede Nation kann sich befreien, wenn sie es nur will"!' Auf dieses Wort des toten Sehers über ein Jahrhundert hinweg die Antwort: Christian Dietrich Grabbe! Wir sind frei!"[21]

Auch die Schleifen der am Grab niedergelegten Kränze insinuieren eine ähnliche transhistorische Verbundenheit: „Dem ringenden Deutschen";[22] „dem Dramatiker, der die Größe Deutschlands ersehnt hat".[23]

Auch ein mit H.L.S. gezeichnetes maschinenschriftliches Redemanuskript über die Grabbe-Ausstellung im Lippischen Landestheater zeigt deutlich das Bestreben, Grabbe für die eigene Anschauung einzuvernehmen. Dabei gerät auch Alfred Bergmann als Besitzer der ausgestellten Sammlung, der sich selbst nie anders als streng philologisch über Grabbe geäußert hat,[24] in den rhetorischen Sog solch verkürzender Aktualisierung: Bergmann habe, so unterstellt der Redner,

> aus Liebe zur Sache diese Sammlung aus eigenen Mitteln zustandegebracht, um das Einzigartige, Einmalige und so *Urdeutsche* [Hervorhebung von mir, M.V.] der Person Grabbes und das seines Werkes, so schmählich verkannt, verlästert und unterdrückt, aus den Fesseln einer mißgeleiteten und von Vorurteilen befangenen Literarhistorik zu befreien. [...] Niemals hätte sich aus dem zwar literarischen Fall Grabbe das Antlitz eines wahrhaft nationalen deutschen Dichters, wie wir ihn in der Geschlossenheit und Konsequenz seiner einzigartigen Weltanschauung in Deutschland nicht besitzen, aus dem Wuste einer aus falschen und verfälschten Quellen gespeisten und verwirrenden Literarhistorik herausschälen und zu einem eindeutigen, klar umgrenzten Bilde abrunden zu können. Der fast fünfundzwanzig Jahre währende Kampf Bergmanns um die Anerkennung eines so deutschen Dichters wie Grabbe wird immer als eine nationale Tat des Forschers gewertet werden müssen, und besonders wir Lipper danken Dr. Bergmann, daß er das Andenken des größten Sohnes unserer engeren Heimat von allen entstellenden Flecken einer fälschlichen Überlieferung reinigte, die Ehre des Dichters wiederherstellte und den Grund legte, die tatsächliche Bedeutung des dichterischen Werks Grabbes zu erkennen.[25]

Grabbe wird, wie die Rede deutlich belegt, politisch funktionalisiert, Bergmanns Sammlung als national bedeutsam usurpiert. Unwahrheiten und Unstimmigkeiten innerhalb der Ansprache sind für den Redner offensichtlich ohne Belang: So muß die Behauptung in Zweifel gezogen werden, Bergmann sei es um das 'Urdeutsche' bei Grabbe zu tun gewesen; jedenfalls sind keine Äußerungen Bergmanns in dieser Richtung bekannt. Außerdem: Grabbe ist keine Entdeckung der Nazis. Das Stigma des asozialen Pseudogenies, seit Wilhelm Scherers Verdikt über Grabbe ein weit verbreitetes Vorurteil, hatte schon die Theaterkultur der Weimarer Republik entkräften können; die Monographie von Ferdinand Josef Schneider[26] aus dem Jahre 1934 adaptiert lediglich die Grabbe-Interpretation an die neuen politischen Wertvorstellungen.

Die Abbildung offenbart sinnfällig die Wertigkeiten dieser Festwoche: Grabbe unter einem Hakenkreuz, das das Bild insgesamt beherrscht.

Mit besonderer Deutlichkeit und Offenheit gehen Gauleiter Dr. Meyer, Dr. Heinz Wiesmann, Stellvertretender Präsident der Reichsschrifttumskammer und Reichsdramaturg Schlösser in ihren Reden während der Feierstunde im Landestheater auf die propagandistischen Absichten ein, die sie mit der Festwoche verbinden.

Meyer schlägt bereits zu Beginn seiner Rede den Bogen von Grabbe zur nationalsozialistischen 'Bewegung' und ihrer charismatischen Integrationsfigur Hitler: „Es ist uns Herzenspflicht, zu Beginn dieser großen kulturellen Veranstaltung zunächst des Führers und Reichskanzlers zu gedenken. Wir grüßen den Führer Adolf Hitler, Sieg Heil."[27] Meyer verliest ein Telegramm an Hitler, aus dem auch der Zweck der Veranstaltung hervorgeht: „Die Grabbe-Woche will dem volksverwurzelten deutschen Dichter Grabbe die verdiente Ehre geben, sein Werk der Vergessenheit entreißen, um es dem deutschen Volke wieder zum Bewußtsein zu bringen. Heil mein Führer!"[28] Auch Meyer unterstellt, daß Grabbe eine Entdeckung des 'Dritten Reiches' sei. Sie ist ebenso unwahr wie letzten Endes wirksam – über das Ende des Dritten Reiches hinaus –, denn nach 1945 entwickelt man gegenüber Grabbe Vorbehalte und Berührungsangst. Diese Scheu blockiert die Grabbe-Rezeption in der Nachkriegszeit bis weit in die 60er Jahre hinein.[29]

Vordergründig und durchschaubar sind auch die Argumente, mit denen Grabbe von Meyer zum „völkischen Vorkämpfer"[30] stilisiert wird. Die eigenen politischen Ziele, Vorstellungen und Gedankengänge werden einfach Grabbe unterstellt:

> In der Biedermeierzeit, als ein saturiertes Bürgertum sich dem Traum eines Weltbürgertums hingab, kämpfte er fanatisch für eine völkische Wiedergeburt. Den leidenschaftlichen Dichter ließen Instinkt und Erkenntnis weit über seine Zeit hinauswachsen. Unverstanden von seiner Mitwelt, bekannte sich Grabbe als junger Mensch zur nordischen Natur und Geschichte und erkannte die blutsmäßig-

> geschichtlichen Zusammenhänge. So ist uns *Nationalsozialisten* Grabbe in vielem verwandt. Wir werden aus seinen Werken erkennen, wie er schon vor hundert Jahren für völkische Grundsätze eintrat, wie wahres Führertum, Gefolgschaft, Treue, Heroismus, Volksgemeinschaft, Volk, Nation, Blut und Boden, ja, sogar für eine Staatspolitik, die nicht durch Prestige und imperialistische Wünsche diktiert wird, sondern lediglich beherrscht wird durch völkische Ziele und die Stabilisierung der deutschen Macht in Deutschland selbst.[31]

Neben weiteren, auch in anderen Reden während der Grabbe-Woche vorfindbaren Topoi sei vor allem auf das Konstrukt der Ungleichzeitigkeit Grabbes hingewiesen: Seiner eigenen Epoche fremd, habe Grabbe Werte und Einsichten vorweggenommen, die eben erst, in der unmittelbaren eigenen Gegenwart, ihre Gestalt und Gültigkeit gewonnen hätten. Ebenso unhistorisch und unredlich ist die Gleichsetzung nationaler Einigungsbestrebungen vor 1848 mit dem eigenen, rassistisch inspirierten Chauvinismus. Auffällig und typisch für den Redestil der Zeit ist schließlich die Auflösung der Syntax zur bloßen Aufzählung von Schlagwörtern; sie wurde bereits eingangs an Hollos 'Plan' beobachtet.

Am Schluß seiner Rede hebt Meyer noch einmal in pathetischen Formulierungen den Zweck der gesamten Veranstaltung hervor. Literarisches und politisches Interesse stehen dabei unvermittelt nebeneinander:

> Die Grabbe-Woche schließt die großen kulturellen Veranstaltungen im olympischen Jahr ab. Ich hoffe, daß sie einen würdigen Abschluß bilden und daß es gelingt, einem völkischen deutschen Dichter den Weg zum Nationaltheater zu bahnen. Auch diese große kulturelle Veranstaltung soll unter dem Motto stehen: Alles für Deutschland, alles für den Führer Adolf Hitler![32]

Auch die Rede von Ministerialrat Dr. Wiesmann an der Grabstätte weist transhistorische Bezüge auf, ohne daß sich ihr Urheber auch nur in geringstem um valide Vermittlungen kümmerte:

> Gerade wir, die wir das Glück haben, miterleben zu dürfen, wie nach einer Zeit unsagbaren Niedergangs sich in einem Geschehen von wahrhaft welthistorischem Ausmaß das Schicksal des deutschen Volkes erfüllt – wir, die wir den Anblick menschlicher Größe so unmittelbar vor Augen haben – gerade wir können nachfühlen und ermessen, wie sich die Leere und Tatenlosigkeit jener Jahre nach dem Wiener Kongreß das Leben dieses Dichters, in dem die Flamme politischer Leidenschaft brannte, belastet und bedrückt haben muß.[33]

Die innere Beziehung von Führer und Gefolgschaft sei bei Grabbe in ständig zunehmendem Ausmaß das beherrschende Problem;

> in der Darstellung und Deutung dieser inneren Beziehung kommt Grabbe unserer Gegenwart am nächsten, denn darin besteht ja zuriefst das Wunder unserer Zeit, daß es dem Führer gelang, aus der atomisierten, beziehungslosen Masse eine ihm innerlich auf Leben und Tod verbundene Gefolgschaft zu machen und aus der Ge-

folgschaft das Volk wieder erstehen zu lassen. Man lese Grabbes tiefstes und in diesem Betracht aufschlußreichstes Werk[34]

'Die Hermannsschlacht', die „großartige Vision [...] erwuchs allein aus der Schau des Dichters“[35]. Mit der Vorstellung, das 'Dritte Reich' sei die Erfüllung der Grabbeschen Utopie, gelingt es den Rednern nicht nur, beliebig zwischen Aussagen zu Grabbe und zur eigenen Zeitgeschichte zu changieren, sondern vor allem, der neuerworbenen Herrschaft einen legitimierenden historischen Sinn zu verleihen.

Die Rede Schlössers umfaßt elf z.T. engbeschriebene Typoskriptseiten. Die folgenden Ausschnitte sind vielerorts in der deutschen Tagespresse nachzulesen, auch hier ein Agglomerat inhaltsleerer Phrasen, eher auf die eigene Gegenwart gemünzt als auf Grabbe bezogen:

Ein Phänomen wie Grabbe erschließt sich nicht der materialistischen Befingerung, es will seelisch und geistig, es will aus dem Blute begriffen sein. Dieser Mühewaltung haben wir jungen nationalsozialistischen Deuter des deutschen Geisteserbes uns zu unterziehen. Die liberale, ja, die nationale Literaturwissenschaft läßt uns so gut wie völlig im Stich. [...] Gültig geblieben ist aber auch das völkische Vermächtnis Grabbes, das den Inbegriff seines Ringens um die sittliche Aufgabe des deutschen politischen Menschen folgendermaßen umschrieb: 'Alle Staatsrevolutionen helfen nichts, wenn nicht auch jede Person sich selbst revolutioniert, das ist: wahr gegen sich und andere wird. Darin steckt alle Tugend und alles Genie.' Grabbe hat diesem schönen Bekenntnis, auf das wir Nationalsozialisten eingeschworen sind, den Nachsatz hinzugefügt: 'Ist das nicht toll?' Armer Christian Dietrich! Achtzehnhundertdreißig war es toll, was heute selbstverständlich ist, was wolltest, nein mußtest du alles auf dich nehmen: Die Erinnerung an die Toten unter Vergeßlichen predigen, Antisemit unter Judengenossen, Franzosenfresser unter Frankophilen, Volksmann unter Bürgern, soldatischer Geist unter Pazifisten, Heldenverehrer unter Milieutheoretikern, Volksdichter unter Feuilletonisten sein! Und am Ende forderte man dir Eintracht mit der Zeit ab. Zuerst hast du darüber gelacht, deinen Spott über diese Welt gegossen, dann hast du mit zusammengebissenen Zähnen getrotzt und es schließlich nicht mehr ertragen, Kein Wunder, daß bei dieser Sachlage das gereifte und gerundete Werk ausblieb, zumal der Trunk, den wir begreifen, deswegen aber nicht entschuldigen wollen, das seine tat. Künstlerisch wollte Grabbe mehr, als er zu geben hatte. [...] Das Unvermögen der gestaltenden Ganzheit hatte Grabbe nicht. [...] Was uns indessen trotz dieser Feststellungen an seinen sämtlichen Dichtungen fesselt, ist seine stilistische Bemühung, volkhaft zum Volke zu sprechen. [...] Wer aber wirft da den ersten Stein auf ihn? Wir wissen, was es heißt, die Sehnsucht eines heldischen Vermächtnisses künden und verwirklichen zu sollen gegen den Widerstand eines matten und dumpfen Alltags der Kläglichkeit. Uns wurde die Gnade der nationalen Erhebung. Den Grabbes vor hundert Jahren versagte das Schicksal ein Gleiches. Wer weiß, wohin sich der einzelne unter uns verirrt hätte, wenn der Führer nicht die Führung ergriffen hätte! Wer wirft auf Grabbe den ersten Stein? Nein, wir wissen dem Dichter mit einer neuen Liebe zu danken. Den Einsamen ging er auch unter. Wurde er auch geistig und körperlich brüchig, blieb sein Leben und

> Werk auch Torso --- wir nehmen ihn in dieser Stunde neuerlich in die Gemeinschaft aller Deutschen auf. Die Kreuze all derer, die am Wege zu größeren Zeiten starben, haben die Enkel das hohe Ziel leichter finden lassen. Darum ehren wir sie. Und sei es nach hundert Jahren. Hundert Jahre sind nichts vor dem, was wir völkische Willenhaftigkeit nennen. Im reifsten, was Grabbe schuf, leuchtet diese Willenhaftigkeit auf. Dieses sein Feuer ist unverloschen. Hier und heute soll es, so ist der Wille des Schirmherrn dieser Woche, so ist es der Wunsch des Reichsstatthalters und Gauleiters, so ist unser aller Wille, heute und hier soll es aufflammen: Dem Dichter und seinem Volk zu Ruhm und Ehre! [Rechtschreibung wie im Original, M.V.][36]

Schlösser scheint selbst bei dieser so offensichtlichen Klitterung seine Bedenken zu haben, wenn er einer möglichen Kritik an seinen Worten vorbeugend begegnet:

> Meine Volksgenossen, ich weiß, diese Darstellung wird bei den Ewig-Gestrigen und bei den unentwegten Philologen auf Widerstand stoßen. Es wird heißen, hier werde gewaltsam in Grabbe etwas hineininterpretiert und hineingeheimnist. Dem halte ich eines jener Dokumente entgegen, welche unsere neue Sicht der Dinge auch aktenmäßig untermauern.[37]

Im weiteren Verlauf folgt ein aus dem Zusammenhang gerissenes Briefzitat. Isolierte Textstellen sollen denn die Behauptung gelegen:

> Die Frankophilen wird's geschaudert haben. Mehr freilich noch die Philosemiten eines ganzen Jahrhunderts. Denn der böse Krischan war ein ausgesprochener Judenfeind. Sein Instinkt in dieser Hinsicht untrüglich. [...] In 'Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung', in 'Napoleon', im 'Barbarossa' und 'Aschenbrödel' hat er sich offen gegen die Gegenrasse ausgesprochen. [...] So stand Christian Dietrich Grabbe zu Reich, Volk und Rasse.[38]

Erwähnt wird „mit Genugtuung", daß „Grabbe Heinrich Heine einmal ganz gehörig verprügelt hat."[39]

Schlösser verschweigt, daß beide in Berlin miteinander befreundet waren, ebenso z.B., daß der jüdische Kanonier in 'Napoleon', Ephraim, von seinem Kameraden betrauert wird, als eine Kanonenkugel ihn tötet[40]. Die für Grabbes Schreibweise eigentümliche Ambivalenz wird, so läßt sich der Gesamteindruck der Reden zusammenfassen, durch willkürliche Auswahl und Montage von Textstellen in einer Weise in Eindeutigkeit überführt, daß in der Tat bei unbefangenen Zuhörern der Eindruck entstehen muß, Grabbe sei wirklich der völkische Visionär aus dem 19. Jahrhundert, dessen utopische Entwürfe nun, im 'Dritten Reich', endlich ihre Erfüllung fänden.

4. Der Rahmen

Bereits Hollos Entwurf hatte vorgesehen, die Grabbe-Woche zum 'reichswichtigen Ereignis' zu deklarieren. Betrachtet man den gesamten Aufwand, der im Zusammenhang mit dieser Festveranstaltung betrieben wird, so ist nur zu bestätigen, daß das Aufgebotene diesem Anspruch durchaus gerecht wird: Partei- und Staatsorgane entsenden hohe Funktionäre, die sich als Repräsentanten der neuen Ordnung feiern lassen und sich dabei auf Grabbe als Garanten einer legitimierenden Tradition eben dieser Ordnung zu berufen. Bei dem Entschluß, die Grabbe-Feier in solch pompösen Dimensionen zu begehen, mag auch die Tatsache mitgespielt haben, daß die lippischen Wähler nur wenige Jahre vorher zur Machtergreifung das Ihre beigetragen haben: die Atmosphäre ist für ein solches Unternehmen nur als günstig zu bewerten.[41] So steht die gesamte Veranstaltung im Zeichen der Selbstrepräsentation des 'Dritten Reiches' während seiner optimistischen Anfangsphase. Nicht umsonst ist die Grabbe-Woche in das kulturelle Rahmenprogramm der Berliner Olympiade eingebunden: Der Staat hat sowohl nach außen wie auch nach innen einen erhöhten Bedarf an Legitimation und Repräsentation. Ungleich geringer im Ausmaß, qualitativ aber in genau derselben Weise, trägt die Grabbe-Woche ebenso

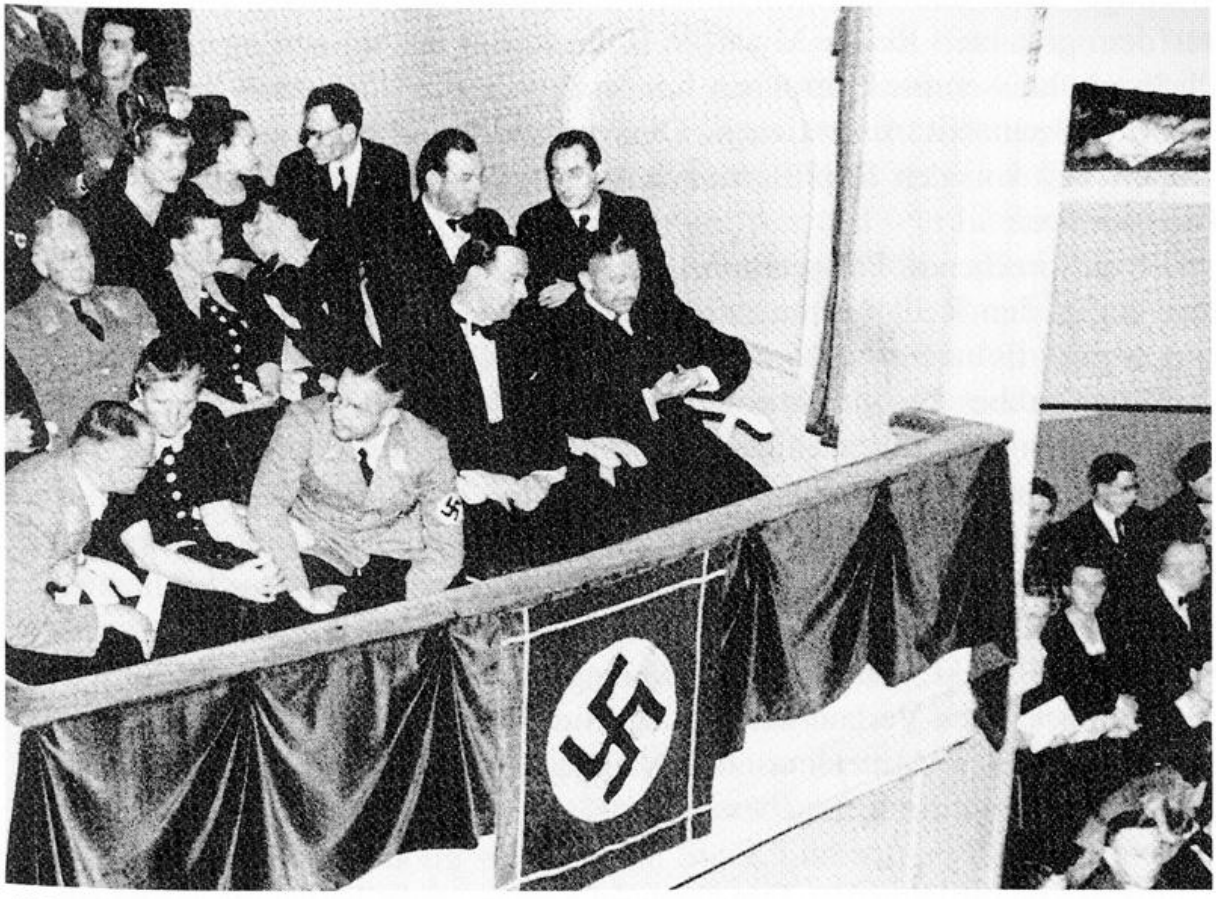


Abb. 2: Die Loge des Reichsstadthalters während der Aufführung der „Hermannsschlacht" am Freitag, 2. Oktober 1936. Vordere Reihe in der Mitte: Gauleiter Dr. Alfred Meyer, zu seiner Rechten Frau Meyer, zur Linken Reichsdramaturg Dr. Rainer Schlösser.

wie die Olympiade zur zunächst erfolgversprechenden Selbstdarstellung und Aufwertung des Nazistaates bei.[42] Dementsprechend pompös präsentiert sich die äußere Kulisse: „Hans *Wagner*, der die Olympia-Ausstattung geschaffen hat, der auch Nürnberg zum Parteitag schmückte, hat auch diesen Schmuck erdacht. Besonders eindrucksvoll dem Theater gegenüber eine Doppelwand von Fahnen, die fast eine geschlossene Fläche sind."[43]

Bei der Morgenfeier im Lippischen Landestheater nehmen die geladenen Ehrengäste mit ihren Damen 74 der insgesamt ca. 700 Plätze ein. Neben einer Abordnung aus dem Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda befinden sich unter ihnen eine Vertreterin der NS-Gemeinschaft 'Kraft durch Freude', der Dresdner Oberbürgermeister Zörner und Reichskultursenator Dr. Heinrich Glasmeier, Intendant des Reichssenders Köln.

Geladen sind auch zwölf Theaterintendanten, zumeist aus dem westfälischen Raum, aber auch darüber hinaus. Aus dem Gau schließlich Regierungspräsident Klemm, Landräte und weitere Verwaltungsspitzen.

5. Wirkungen

Wichtiger noch und zahlreicher sind die mehr als 80 Vertreter von Zeitungen aus dem gesamten Reich. Mit ihrer Hilfe gelingt es, bei den eingeschränkten Platzverhältnissen im Lippischen Landestheater ein Höchstmaß an publizistischer Wirksamkeit zu erreichen. Die vorhandenen Plätze werden zu einem großen Teil von den Repräsentanten und Lenkern der öffentlichen Meinung eingenommen.

Die entsprechende Pressearbeit ist gut vorbereitet: Manuskripte der Festreden liegen den Redakteuren nebst Erläuterungen als hektographierte Typoskripte vor. Es nimmt nicht wunder, daß jene Passagen, die die aktuelle Bedeutung Grabbes besonders pointiert und griffig formulieren, sich in der Berichterstattung der Tageszeitungen im gesamten Reich wiederfinden – die zentralistische Pressestruktur tut ein übriges.

Nach Ablauf der Festwoche stellt Hollo ein kleines Heft zusammen: „Die Detmolder Grabbe-Woche 1936 im Urteil der deutschen Presse",[44] herausgegeben vom Reichspropagandaamt Westfalen-Nord. Die einzelnen Abschnitte gelten dem Festakt, den Theateraufführungen[45] und abschließenden Beurteilungen zum gesamten Verlauf der Woche. Stellvertretend sei an dieser Stelle die Einschätzung der 'Mitteldeutschen National-Zeitung', Halle, vom 9. Oktober 1936, im Auszug wiedergegeben:

> Als Gewinn der Detmolder Tage bleibt, daß Grabbe wieder Einzug halten wird im deutschen National-Theater, weil unsere Zeit erst die Voraussetzungen für eine echte, für eine 'grabbesche' Auffassung schuf. Und die Hoffnung, daß Grabbe von dieser Woche und von diesen Aufführungen aus seinen Weg wieder und von neuem

über deutsche Bühnen machen wird, ist durchaus berechtigt. Einst rief der Dichter nach seinem Volke, und sein Volk hörte nicht seine Stimme. Jetzt, nach hundert Jahren, war Grabbe aufgerufen, zu eben diesem Volke zu sprechen – und man verstand ihn. Das macht: Grabbes Sehnen ward uns Erfüllung. So stehen wir zu ihm und er zu uns.[46]

Dieser Optimismus erfüllt sich nicht. Zwar werden in den folgenden Jahren weitere Grabbe-Wochen veranstaltet, (freilich in ihrem Ausmaß um einiges bescheidener), dennoch sind sie deutlich von einem politischen Funktions- und damit Bedeutungsverlust gekennzeichnet. Der „völkische Seher und Künder"[47] ist für die Konsolidierung der Herrschaftsverhältnisse nicht länger vonnöten. Die vom NS-Staat planmäßig inszenierte Grabbe-Umdeutung verläuft zusehends im Sande.

***

Ein abschließender Blick auf den gesamten Ablauf der Grabbe-Woche 1936 zeigt, daß der Machtwechsel ein erhöhtes – politisch motiviertes – Interesse an Grabbe nach sich zieht. Im Bestreben, den Wechsel gesellschaftlicher Orientierungen und Werte zum einen möglichst deutlich zu dokumentieren, die Herrschaftsübernahme nach der geschmähten 'Systemzeit' als Neubeginn zu konstruieren und sich zum anderen zugleich auf die legitimierende Kraft der (Literatur-)Geschichte zu stützen, wendet man einiges Bemühen daran, der Bevölkerung ein neues, nationalsozialistisches Grabbe-Bild zu vermitteln.

Im Mittelpunkt stehen dabei nicht der Dramatiker und sein Jubiläum, sondern die Behauptung, eine von Grabbe zum Ausdruck gebrachte säkularisierte nationale Heilserwartung habe erst jetzt, im 'Dritten Reich', ihre Erfüllung gefunden. Das Telos der Geschichte sei, so ließe sich pointiert formulieren, von Grabbe allererst entdeckt, vielleicht auch nur erahnt worden, von den Nazis nun endlich werde es eingelöst. Die Vorstellung, daß die Veränderungen der eigenen Gegenwart, denen mancher Zeitgenosse noch mit Skepsis begegnet, in einen historischen Sinn eingebettet seien, der sich gegen alle Widernisse und über ein ganzes Jahrhundert hinweg doch durchsetzt und am Ende einer sich erfüllenden Heilsgeschichte steht, hat sicherlich etwas Beruhigendes an sich. Sie schafft Vertrauen in die eigene Gegenwart: Grabbe – ein unfreiwilliger Prophet für den Nationalsozialismus als Ersatzreligion.

Die unternommenen Anstrengungen, Grabbe in dieser Weise zu stilisieren, die Vielzahl praktischer und organisatorischer Überlegungen und Aktivitäten, die im 'Dritten Reich' nötig sind, um ein Stück Literaturgeschichte in der beschriebenen Weise politisch nutzbar zu machen, konnten aufgrund einer unzureichenden Quellenbasis nicht im einzelnen ans Licht gehoben werden; ein Blick ins Innere der nationalsozialistischen Kulturverwaltung, in die Schrift-

wechsel zwischen dem Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda, der Gauleitung in Münster und Detmolder Verwaltungsstellen hätte sicherlich hinsichtlich der kulturpolitischen Alltagspraxis im 'Dritten Reich' weitere Aufschlüsse gegeben.

Aber auch ohne die Kenntnis interner Vorgänge im Verwaltungsapparat manifestiert sich in der Grabbe-Woche 1936 jene Erscheinung, vor der Walter Benjamin in seinem berühmt gewordenen 'Kunstwerk-Aufsatz'[48] aus demselben Jahr eindringlich warnt: die Ästhetisierung der Politik durch den Faschismus.

Anmerkungen

1. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche in Detmold. Maschinenschr. Manuskr. ohne Datum. Hektographierte Abdrucke befinden sich in den Akten der Grabbe-Gesellschaft und des Gauleiters beider Lippe, Dr. Alfred Meyer (Nordrhein-Westfälisches Staatsarchiv, Detmold), Bestand L110.
2. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche.
3. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche.
4. Christian Dietrich Grabbe, „Don Juan und Faust". Werke und Briefe – Historisch-kritische Ausgabe in sechs Bänden, hrsg. von der Akademie der Wissenschaften in Göttingen, bearbeitet von Alfred Bergmann, Emsdetten 1960–1973, Bd. 1, S. 430 ff. Hollo zitiert die Zeilen, die mit „Erdball, Boden..." beginnen und bei „Die Träne hängt mir an der Wimper, wenn ich dein gedenke" enden.
5. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche.
6. Ferdinand Josef Schneider, Christian Dietrich Grabbe, München 1934.
7. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche.
8. Ebenda.
9. Ebenda.
10. Diese Behauptung ist schlicht falsch, weil unterschoben. Vgl. dazu die Arbeit des Verfassers: 'Literaturrezeption und historische Krisenerfahrung. Die Rezeption der Dramen Christian D. Grabbes 1827–1945', Frankfurt/a.M./Bern 1983, S. 154 ff.
11. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche.
12. Ebenda.
13. Ebenda.
14. Ebenda.
15. Es handelt sich um die Grabbe-Sammlung Alfred Bergmanns, die, inzwischen weiter vervollständigt, heute den Kernbestand des lippischen Literaturarchivs an der Lippischen Landesbibliothek bildet. Bergmann hatte bereits als Sechzehnjähriger lebhaftes Interesse an Grabbe gewonnen, das ihn nie mehr losließ: 70 Jahre lang stellte er sich in den Dienst der Grabbeforschung. Dabei ist keine Äußerung von ihm bekannt, die je als politische Stellungnahme zu deuten wäre.
16. Heinrich Hollo, Plan einer Grabbewoche.
17. Grabbe-Woche anläßlich des 100jährigen Todestages Christian Dietrich Grabbes im Landestheater Detmold; Schirmherr: Reichsminister Dr. Goebbels. Programm-Faltblatt (8 Seiten), Grabbe-Archiv.
18. Hinzukommt die Aufführung des Fragments „Marias und Sulla".

19. Vgl. dazu die Arbeit des Verfassers 'Literaturrezeption und historische Krisenerfahrung', S. 140.
20. Programm-Faltblatt.
21. Der Detmolder Bürgermeister Keller in seiner Rede am Grab des Dichters, wie sie in den 'Düsseldorfer Nachrichten vom 29. Sept. 1936 im Ausschnitt wiedergegeben ist, zit. n. Heinrich Hollo, Die Detmolder Grabbe-Woche 1936 im Urteil der deutschen Presse, herausgegeben vom Reichspropagandaamt Westfalen-Nord. Bearbeitet von Dr. Hollo, Detmold 1937, S. 20. (Grabbe-Archiv).
22. Hektographierte Presseinformation mit den Reden des Gauleiters, des Ministerialrates Dr. Wiesmann und des Reichsdramaturgen Dr. Schlösser. Auf der letzten Seite der Schlösser-Rede sind als „Notizen zur Feierstunde am Grabe" auch die Inschriften der Kranzschleifen vermerkt. (Grabbe-Archiv).
23. Ebenda.
24. Ein Indiz dafür ist die Tatsache, daß Bergmann von der englischen Besatzung 1945 zum Kommissarischen Leiter der Lippischen Landesbibliothek ernannt wurde. Über 'Die Lippische Landesbibliothek im Jahre 1945' hat Bergmann übrigens eine Chronik verfaßt. Sie befindet sich als Typoskript in der Lippischen Landesbibliothek.
25. Die Abkürzung H.L.S. heißt: Hermann L. Schäfer.
26. Ferdinand Josef Schneider, Christian Dietrich Grabbe.
27. Hektographierte Presseinformation.
28. Ebenda.
29. Unter einer ähnlichen Hypothek hatte bis vor wenigen Jahren die Nietzsche-Rezeption zu leiden.
30. Hektographierte Presseinformation.
31. Ebenda.
32. Ebenda.
33. Ebenda.
34. Ebenda.
35. Ebenda.
36. Ebenda.
37. Ebenda.
38. Ebenda.
39. Ebenda.
40. Christian Dietrich Grabbe, Werke und Briefe, Bd. 2, S. 435
41. Die benachbarte Stadt Bielefeld hingegen wird von der Nazi-Prominenz gemieden. Die Industriestadt ist politisch stark von der Arbeiterbewegung geprägt. Nur einmal, 1932, hält Hitler dort selbst eine Rede.
42. Auch die Entscheidung, daß die Olympiade 1936 in Deutschland stattfinden soll, ist bereits vor der Machtergreifung im Internationalen Olympischen Komitee gefallen – ebenso wie das Grabbe-Jubiläum, freilich in weit größeren Dimensionen, ein Glücksfall für das Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.
43. 'Lippische Tageszeitung' (Detmold) vom 27. Dezember 1936. Fotografien bestätigen diesen Eindruck: Detmold präsentiert sich in einem gigantischen Gepränge.
44. Heinrich Hollo, Die Detmolder Grabbe-Woche 1936 im Urteil der deutschen Presse.
45. Auch hektographierte Redemanuskripte der als Gäste anwesenden Intendanten finden sich in den Archivalien; ich habe sie an dieser Stelle ebensowenig ausgewertet wie die Theaterkritiken zu den Aufführungen.
46. Heinrich Hollo, Die Detmolder Grabbe-Woche 1936 im Urteil der deutschen Presse, S. 47.

47. Heinrich Hollo, Grabbe-Worte, Detmold 1938, S. 13. Eine der vier Abteilungen dieser Zitatensammlung ist mit dieser Überschrift versehen.
48. Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: Ders.: Illuminationen. Ausgewählte Schriften, Frankfurt/a.M. 1961, S. 148 bis 184.

Werner Broer

Die Grabbe-Gesellschaft in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft

Bei der Rückschau auf den Nationalsozialismus in Detmold gebührt dem Bereich der Grabbe-Pflege ein herausragender Platz. In den Bemühungen um den in Detmold 1801 geborenen und 1836 gestorbenen Dichter Christian Dietrich Grabbe, wohl Detmolds größten Sohn, stellt sich nationalsozialistisches Denken und Handeln konzentriert dar. Welchen Stellenwert die Grabbe-Rezeption und die Entwicklung der Grabbe-Gesellschaft damals hatten, wie die Öffentlichkeit in die Aktivitäten um Grabbe eingebunden wurde und wie sie diese mittrug, das gibt tiefen Aufschluß über den Nationalsozialismus, seine Methoden und sein schließlich in den Untergang führendes Handeln in Detmold und weit darüber hinaus.

Die Grabbe-Gesellschaft hatte 1986, zum 150. Todestag Grabbes, begründeten Anlaß, sich der Frage der Verquickung ihrer Anfänge mit dem Dritten Reich zu stellen und sich eingehend damit auseinanderzusetzen. So entstand damals ein Aufsatz „Die Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich", abgedruckt im Grabbe-Jahrbuch 1987,[1] der bis heute Gültigkeit behalten hat. Die seitherige Diskussion um das Thema und die neuerliche Durchsicht der Akten, die sich zum größten Teil noch im Besitz der Grabbe-Gesellschaft, sonst im Staatsarchiv Detmold befinden, hat einige weitere Aspekte erbracht, jedoch die Einsichten und Wertungen von 1986 insgesamt bestätigt.

Schon für den Sammelband „Grabbe im Dritten Reich", der im Grabbe-Jahr 1986 herauskam,[2] war auch eine Darstellung der Rolle der Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich vorgesehen, im Grunde eine Selbstverständlichkeit. Bei dem Versuch einer endgültigen Aufarbeitung eines aus heutiger Sicht unangenehmen Kapitels der Geschichte der Grabbe-Rezeption, bei der Offenlegung des Fehlverhaltens bestimmter Vertreter der wissenschaftlichen Germanistik, der Einbindung von Grabbe-Aufführungen „in die große Inszenierung einer völkischen Legende", bei der modellhaften Untersuchung der Rolle der Grabbeschen „Hermannsschlacht" im faschistischen Deutschland und der Behandlung der Grabbe-Woche 1936 als „Beispiel nationalsozialistischer Kulturpolitik in der Region" durfte eigentlich die Selbstreflektion, der Blick auf die eigene Vergangenheit der Grabbe-Gesellschaft, nicht fehlen, auch wenn dieser Blick Unangenehmes erkennen ließ. Der damals vorgesehene Bearbeiter lieferte seinen Beitrag nicht termingerecht ab, trat statt dessen ganz von seiner Aufgabe zurück. Vermutlich scheute er sich – und die Begründung verdient Respekt –,

einige noch lebende Mitglieder der Grabbe-Gesellschaft aus jener Zeit in das schmerzhaft grelle Licht des Scheinwerfers zu stellen und vielleicht nahen Angehörigen der Akteure von damals wenig Erfreuliches oder halb Verdrängtes wieder vor Augen stellen zu müssen.

Es kommt hinzu, daß ein Zeitgenosse des Dritten Reiches es ohnehin schwerer hat mit einem Verdikt der damaligen Geschehnisse und Verhaltensweisen als Jüngere, denen die Zeit des Nationalsozialismus nur aus Erzählungen oder den Geschichtsbüchern bekannt ist. Im Gespräch mit Jüngeren und Außenstehenden fällt immer wieder auf, daß sie schneller urteilen und auch verurteilen als diejenigen, die das 'Dritte Reich' selbst miterlebt haben. Diese Erfahrung wiederholt sich seit 1989 im Umgang mit der ehemaligen DDR: Viele Beurteiler aus dem Westen geben schnelle und oft kränkende Urteile über die Menschen und ihre Verhaltensweisen unter der Herrschaft von Hammer und Sichel ab, ohne das Leben im zurückliegenden sozialistischen Alltag zu kennen. Den meisten unmittelbaren Zeitzeugen sind dagegen die Verflechtungen und Durchdringungen, der schimmernde Glanz und das tiefe Elend im schillernden Miteinander noch gegenwärtig; die Kraft der Verlockungen und Verführungen über dem Sumpf des Unrats und des Verbrechens spüren sie aus der persönlichen Erinnerung heraus deutlicher. Ihr Urteil ist daher im Regelfall differenzierter und vorsichtiger.

Wie verschieden überhaupt die Erfahrungen bei den einzelnen Menschen waren, zeigt sich zum Beispiel an einem mir kürzlich zugegangenen Bericht über die Bombardierung und den Brand Dresdens vom Februar 1945, eine der furchtbarsten Katastrophen gegen Ende des Krieges. Ein damals Elfjähriger beobachtete von Radebeul aus, also wenige Kilometer elbabwärts, das Inferno – und genoß es als ein optisches Schauspiel von hohem ästhetischen Reiz. Daß er dem qualvollen Tode von einigen Zigtausend Menschen zusah, kam ihm nicht zu Bewußtsein, eher ließ ihn ein Götterdämmerungs-Pathos erschauern. Kann man ihn wegen seiner damaligen Haltung verurteilen? Daß er aus seiner heutigen Einsicht heraus sich dessen schämt, ehrt ihn. Uns kann dieser Bericht aber nur zur Vorsicht im pauschalen Urteil über 'das Dritte Reich' oder 'die Menschen im Dritten Reich' oder auch nur 'die Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich' mahnen und uns vor schnellen Verurteilungen warnen.

Selbstverständlich muß sich der Autor einer Teil-Studie über das 'Dritte Reich' auch fragen lassen, wie er selbst jene Zeit erlebt hat, wo er selbst gestanden hat. Als Angehöriger des Geburtsjahrgangs 1926 habe ich das 'Dritte Reich' von Anfang an mit vollem Bewußtsein erlebt, schon die Berichte über die Ereignisse in Berlin am Tage der 'Machtergreifung' Hitlers 1933 im Radio (der Nachbarn) mitgehört. In meinem von christlichen Vorstellungen geprägten Elternhaus gab es eine starke Zustimmung zum Ende der wirtschaftlichen Not unter der neuen Regierung, erhebliche Vorbehalte gegenüber ihrer Kirchen- und Judenpolitik. Die großen Fragen traten allerdings zurück, als vier von den

fünf Kindern meiner Eltern an den verschiedenen Fronten im Krieg standen. Ich selbst war Hitlerjunge, Luftwaffenhelfer, Marinesoldat, Kriegsgefangener.

Diese persönlichen Erfahrungen sind für die Kenntnisse über die 'braune' Zeit zweifellos von Vorteil, sie können im Einzelfall jedoch auch eine Verurteilung erschweren. Da ich das 'tausendjährige Reich' nicht in Detmold verbracht habe, ist es nicht überflüssig, zu bemerken, daß ich aus den Akten und den Erzählungen alter Detmolder ein Bild gewonnen habe, das sich sehr wohl mit den Eindrücken aus meiner Heimat, dem nördlichen Sauerland, vergleichen läßt. Manches ist im überschaubaren Lippe und in Detmold wohl etwas schärfer konturiert gewesen und auch anders als bei uns. So regierte in meiner Heimat vor 1933 (und nach 1945 zunächst wieder) die Zentrumspartei, was von den Voraussetzungen und manchen Erscheinungsformen her sicher Unterschiede zum sozialdemokratischen Lippe bedeutete.

Wie dem auch sei – die Grabbe-Gesellschaft, die sich in den Veranstaltungen zum 150. Todestag Grabbes 1986 sehr deutlich von der 'braunen' Periode der Grabbe-Rezeption abgesetzt hat,[3] schuldet es der Öffentlichkeit angesichts ihrer Bedeutung in der nationalsozialistischen Zeit, die eigene Vergangenheit, mehr noch: die eigenen Ursprünge im 'Dritten Reich' in der gebotenen Nüchternheit aufzuarbeiten und dabei der Wahrheit, auch wenn sie schmerzen sollte, ins Auge zu sehen.

Die Entstehung und Entwicklung der Grabbe-Gesellschaft

Mitten im Pseudo-Glanz der Aufstiegszeit des Nationalsozialismus – die Olympiade in Berlin lag gerade ein Jahr zurück – wurde die Grabbe-Gesellschaft am 12. September 1937 in Detmold gegründet. Dies Ereignis wurde in einer großen Morgenfeier im Rahmen der Grabbe-Tage am 31. Oktober 1937 festlich begangen; am 16. Februar 1938 wurde die Grabbe-Gesellschaft unter Nr. 135 in das Vereinsregister beim Amtsgericht Detmold als rechtsfähiger Verein eingetragen. Nach dem großen Erfolg der Grabbe-Woche 1936 bestand das Bedürfnis, eine Gesellschaft zu gründen, die vor allem die Kontinuität der Grabbe-Wochen oder -Tage sichern und alle Bemühungen um Grabbe unterstützen und zusammenfassen sollte.

Schon durch die Richard-Wagner-Wochen, die seit 1934 regelmäßig für den Frühsommer geplant und veranstaltet wurden, hatte sich Detmold als aufstrebende Musenstadt ausgewiesen. Motor dieser Unternehmungen, die aus Detmold einen 'Vorort von Bayreuth' machen wollten, war der Städtische Musikbeauftragte, Obermusiklehrer und spätere Studienrat an der Höheren Mädchenschule, der „Reichsbundführer des Bayreuther Bundes" und spätere Landesleiter der Reichsmusikkammer Otto Daube. Frau Winifred Wagner fungierte als 'Schirmherr' und sandte huldvolle Grußworte. In den zehn Jahren des Be-

stehens der Richard-Wagner-Woche gab es in Detmold große Aufführungen verschiedener Bühnen, auch eigene Inszenierungen des Detmolder Theaters, die nicht nur für die Detmolder attraktiv waren, sondern auch eine Menge auswärtiger Besucher nach Detmold zogen. Höhepunkt der Bemühungen Daubes war die Errichtung einer 'Richard-Wagner-Schule' in der Trägerschaft der Stadt Detmold im Jahre 1941,[4] die Kurse zur Fortbildung von Lehrern abhielt, aber auch bedeutende Sonderveranstaltungen ausrichtete, so am 6. Juli 1941 eine Hans-Pfitzner-Morgenfeier, bei der der Komponist selbst am Flügel mitwirkte, am selben Abend ein Festkonzert, bei dem wiederum Hans Pfitzner das Niedersachsen-Orchester Hannover dirigierte.

In diesem Umfeld installierten sich seit 1936 die Grabbe-Wochen und -Tage. 1941 wurden die Büsten Wagners und Grabbes, von dem Bielefelder Bildhauer G. Hengstenberg modelliert, nebeneinander vor dem Lippischen Landestheater aufgestellt, ein auch im Nebeneinander symbolischer Akt. Die feierliche Enthüllung ging unter großer Beteiligung der Bevölkerung, besonders der NS-Formationen mit Uniformen und Fahnen, vor sich.

Wie in dem oft monolithisch erscheinenden Block des nationalsozialistischen Partei- und Staatsapparates und seiner Feiern aber auch die spöttische Distanz noch ihre Nische fand, davon zeugt eine Anekdote, die unter den damals Anwesenden noch lebendig ist: Als die Hüllen von den Denkmälern fielen, soll an der Grabbe-Büste eine halbleere Schnapsflasche zum Vorschein gekommen sein, die (mit Absicht oder versehentlich) von den Bauarbeitern zurückgelassen wurde. Die Zuschauer wurden beim Höhepunkt der Ehrung plötzlich an die sehr menschliche, unselige Trunksucht des Dichters erinnert. Nach damaliger Auffassung war das ein Staatsverbrechen, selbst Lachen wäre in diesem Moment nicht erlaubt gewesen.

Die Büsten der beiden durch das 'Dritte Reich' Kompromittierten wurden bei Kriegsende entfernt und kamen auf den städtischen Bauhof, bis Richard Wagner 'entnazifiziert' wurde, was bei seiner notorischen Judenfeindschaft doch sehr überrascht und zum Nachdenken anregen kann. Er erhielt einen Ehrenplatz gegenüber dem Theater in den Anlagen (wo ihn jetzt ein Baum weitgehend verdeckt), während die Grabbe-Büste einen weitaus bescheideneren Platz im Gebüsch am Nebeneingang der Lippischen Landesbibliothek an der Hornschen Straße zugewiesen bekam. (Vielleicht gelingt es ja, die beiden Büsten spätestens zum 200. Geburtstag Grabbes im Jahre 2001 wieder an ihren eigentlichen Platz vor dem Landestheater zu bringen. Dies wäre nicht nur ein Akt der Wiedergutmachung an Grabbe; es täte auch der etwas streng klassizistischen Fassade des Theaters gut.)

Zurück zur Grabbe-Gesellschaft! Der 1989 verstorbene und vielen Menschen in Detmold noch bekannte Buchhändler und Verleger Ernst Schnelle, Ehrenmitglied und langjähriger Vorsitzender der Grabbe-Gesellschaft, glaubte sich zu erinnern, daß der Gedanke an Grabbe-Wochen und eine Grabbe-

Abb. 1: Grabbe-Gedenkfeier zum 100. Todestag des Dichters am 12.9.1936. Kreisleiter Adolf Wedderwille (1), Staatsschauspieler Heinrich George (2), Reichsstatthalter Dr. Alfred Meyer (3).

Abb. 2: Grabbe-Gedenkfeier 1936. Heinrich George legt an Grabbes Grab einen Kranz nieder.

Abb. 4: Enthüllung der Büsten von Wagner und Grabbe vor dem Theater 1941.

Gesellschaft bei einem Gespräch zwischen Otto Daube, Dr. Heinrich Hollo und ihm in seiner Buchhandlung aufkam. Allerdings hatte schon 1907 Georg Richard Kruse, Fachleuten bekannt als der 'Lortzing-Kruse', in einem Brief an den lippischen Fürsten in Detmold „Grabbe-Festspiele" gefordert.[5] Der Schauspieler Friedrich Forster berichtet 1944 in einem Brief an die Grabbe-Gesellschaft, daß er schon 1910 als Pennäler nach der Mitwirkung an einer Schüler-Aufführung des „Gothland" mit seinen Mitschülern die Idee zu einem „Grabbe-Verein" erörtert habe. Derartige Dinge lagen also seit langem in der Luft.

Nun wurden die 'Grabbe-Wochen' 1936 Wirklichkeit. Eine bewundernswerte Kette von Aufführungen, auch qualitativ zumeist hervorragend, reihte sich auf der Bühne des Detmolder Theaters (seit 1940 auch einiger anderer Spielorte) aneinander:

1936 Marius und Sulla. Stadttheater Münster
Napoleon oder die hundert Tage. Stadttheater Bochum
Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. Stadttheater Bielefeld
Hannibal. Städtische Bühnen Hannover

Nannette und Maria. Lippisches Landestheater Detmold
Die Hermannsschlacht. Städtische Bühnen Düsseldorf

1937 Aschenbrödel. Lippisches Landestheater Detmold
Don Juan und Faust. Stadttheater Münster
Napoleon oder die hundert Tage. Stadttheater Bochum

1938 Hannibal. Stadttheater Bochum
Die Hohenstaufen. Stadttheater Münster
Die Hermannsschlacht. Stadttheater Bielefeld

1940 Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung. Stadttheater Bielefeld.

Auch im Kriege kam es noch zu Aufführungen, die den Besuchern bis heute unvergeßlich sind, so 1941 die Hannibal-Aufführung des Berliner Schiller-Theaters mit Heinrich George in der Titelrolle. Allerdings durchsetzte man das Programm ab 1941 mit Lortzing-Opern, was die Puristen in der Grabbe-Gesellschaft heftig befehdeten. In Vorträgen und Feiern wurde ebenfalls der Themenkreis erweitert: um den Erbauer des Hermannsdenkmals, Ernst von Bandel (schon 1938), um den ebenfalls in Detmold geborenen Dichter Ferdinand Freiligrath (1941). Andere Detmolder erschienen dagegen nicht, so die Revolutionäre Georg Weerth, Theodor Althaus und Malwida von Meysenbug; sie paßten nicht in das politische Programm.

Aus den Akten wird deutlich, welch großen Zuschnitt alle Unternehmungen hatten und welchen Zuspruch die Veranstaltungen fanden. Es ist sicher zu bedauern, daß die Tradition solcher kultureller Festtage in Detmold nach dem Kriege völlig abgebrochen und bisher nicht wiederbelebt worden ist. Da konnte z.B. Bayreuth unter US-amerikanischer Hilfe den Schutt der Hitler-Zeit schneller wegräumen und die Festspiel-Tradition wieder aufnehmen. Offenbar hatte es die Musik leichter als das gesprochene Wort.

Während des Krieges mußten die Aufführungen wachsenden Schwierigkeiten abgetrotzt werden. Da ging ein Theater-Fundus bei einem Bombenangriff in Flammen auf (Kassel 1943), und die Ersatzkostüme mußten aus Darmstadt besorgt werden, nachdem sie in Berlin nicht aufzutreiben waren. Da brauchte die Bühne Bielefeld Autogas für den Transport der Kulissen und Requisiten, Bezugscheine für Leim u.a. Aber auch die Rest- und Rumpfveranstaltungen behielten noch den großen Atem, selbst als das Programm zusammenschmolz auf eine Morgenfeier, die im Dezember 1944 „mit Rücksicht auf die Fluglage" auf morgens 8 Uhr (!) angesetzt wurde. Die Sprecher der Grabbe-Texte waren Mitglieder der ersten Schauspieler-Garnitur des Reiches, Anna Dammann, Eugen Klöpfer, Bernhard Minetti. In den Jahren vorher mußte der Geschäftsführer der Grabbe-Gesellschaft oft genug Kartenwünsche aus dem ganzen Reich

mit dem Bemerken „völlig ausverkauft" abweisen. Die Schuljugend wurde grundsätzlich auf den dritten Rang geschickt, was der Begeisterung, wie die noch Lebenden bezeugen, keineswegs Abbruch tat. Man erinnert sich an den Volksfest-Charakter der Grabbe-Tage in Detmold, an unvergeßliche Veranstaltungen in einem Klima der Gemeinsamkeit und des Einverständnisses mit dem kulturellen Erleben bei alt und jung, bei reich und arm, auch an eine strahlende Kulisse in einer Stadt voller Blumen und Fahnen.[6] Die Ruhrfestspiele in Recklinghausen haben nach dem Zweiten Weltkrieg mindestens in den ersten Jahren, wenn natürlich auch unter ganz anderem Vorzeichen, die Menschen ähnlich angesprochen.

Auf diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die Grabbe-Gesellschaft von Anfang an regen Zuspruch erfuhr. Schon die Tatsache, daß sie die Verteilung der begehrten Eintrittskarten für die Aufführungen in der Hand hatte, machte sie attraktiv. Bereits ein Jahr nach der Gründung konnte sie mit beachtlichen Zahlen und prominenten Mitgliedern aufwarten:[7] Da erschienen Schriftsteller, Wissenschaftler, Intendanten, Programmleiter des Rundfunks, aber auch Privatleute; unter den Körperschaften Wirtschaftsunternehmen, Schulen, Zeitungen, Gemeinden und Städte, Kreise u.a.

Auch die Art und Weise, wie die Mitglieder geworben wurden, ist bemerkenswert:

30% durch Einzeichnungslisten an den Grabbe-Tagen
25% durch Vorträge
10% durch Editionen und Werbesendungen
20% durch persönliche Werbung in Briefen
15% alte Grabbe-Freunde.

Die Werbung blieb nicht dem Zufall überlassen, sie wurde vielmehr generalstabsmäßig geplant und betrieben. Eine Art Denkschrift aus dem Jahre 1937 zeugt davon. Ein Mitglied schloß mit der Gesellschaft einen regelrechten Vertrag, der ihm für alle Werbungen ein Honorar (!) sicherte. Immer wieder meldeten Mitglieder voller Stolz die Anwerbung weiterer Grabbe-Freunde. Schon bald griff die Werbung weit über Detmold, Lippe, Westfalen hinaus. Wie andere literarische Gesellschaften auch (Hebbel-Gesellschaft, Brüder-Grimm-Gesellschaft) suchte man 'Ortsgruppen' im ganzen Reich zu gründen, in Hamburg, Kassel, Frankfurt, Wien, München, Freiburg, Regensburg, Hannover, später auch in Straßburg, Danzig und Reichenberg/Sudetenland, sogar in Riga. Diese Ortsgruppen sollten dann wieder Keimzellen von 'Landschaftsgruppen' (Kurhessen, Mitteldeutschland) werden. Einige Ortsgruppen brachten es auf ein starkes Eigenleben mit eigenen Grabbe-Tagen (Hamburg, Erfurt) oder gar mit einem eigenen Geschäftsführer (Kassel, Hamburg). Daneben gab es auch Rückschläge und Enttäuschungen. Das Mitteilungsblatt der Grabbe-Gesellschaft Nr. 1 vom Herbst 1938 stellt fest (S. 8), „daß es noch nicht zum guten Ton gehört, sich zu Grabbe zu bekennen". Es gab kühle und abweisende Ant-

worten auf persönliche Anschreiben, auch solche, bei denen Ironie durchschimmert: „Eine bessere Referenz als den Herrn Gauleiter konnten Sie nicht anführen!" Bei der großen Grabbe-Woche von Saladin Schmitt in Bochum im Jahre 1941 wurden 5000 Werbeprospekte ausgelegt – ohne den erwarteten Erfolg. Ein Werber berichtete: „Kein Mensch will heute gern zahlen".[8] Immerhin brachte es die Grabbe-Gesellschaft bis 1945 auf über 700 Mitglieder, wahrlich eine respektable Zahl. Einmal ist sogar, wahrscheinlich unter Einschluß von Karteileichen, von 850 Mitgliedern die Rede. Zum Vergleich: die Grabbe-Gesellschaft hat 1996 etwa 340 Mitglieder, allerdings in der ganzen Welt, während in der NS-Zeit die Mitglieder ausnahmslos aus dem Deutschen Reich kamen, ein deutliches Zeichen für die Rolle Grabbes als nationalen Dichters.

Aus dem Schriftwechsel der Grabbe-Gesellschaft in ihren Anfangsjahren wird aber deutlich, daß sich unter den Mitgliedern auch eine ganze Reihe von solchen Menschen befand, die fern von allem politisch bestimmten Grabbe-Rummel durch ihre Mitgliedschaft ihrer Begeisterung für Grabbes Werke Ausdruck zu geben oder ihre Beschäftigung mit Grabbe zu vertiefen suchten. Dies trifft für Universitätsprofessoren und Studenten, aber auch für den vielzitierten einfachen Arbeiter und Frontsoldaten, für Schauspieler und Pfarrer, für Frauen und Männer, für Jugendliche und Ältere zu.

Inhaltlich betrieb der Vorstand der Grabbe-Gesellschaft eine eifrige Tätigkeit im Sinne des §2 der Satzungen vom 12. 9. 1937:

> Die Grabbe-Gesellschaft will die Erinnerung an den großen deutschen Dramatiker Christian Dietrich Grabbe im deutschen Volk wecken und lebendig erhalten, die Grabbe-Forschung fördern und mit allen Mitteln im Theater, in der Schule und im Schrifttum, durch Aufführungen, Vorträge und Veröffentlichungen zur wahren Erkenntnis von Grabbes Eigenart und Bedeutung und zum tiefen Erlebnis seiner Werke führen.
>
> Die von der Lippischen Landesregierung zu erwerbende Grabbe-Sammlung von Dr. Alfred Bergmann in Weimar soll erweitert, eine Grabbe-Bücherei neu gegründet werden...

Die Beschränkung der Tätigkeit der Grabbe-Gesellschaft auf „das deutsche Volk" muß für eine Zeit, in der das Wort 'international' vorwiegend als Schimpfwort benutzt wurde, nicht verwundern. Daß die „wahre Erkenntnis von Grabbes Eigenart und Bedeutung" nur die nationalsozialistische Sicht sein konnte, versteht sich von selbst.

Jedenfalls nahm sich der Vorstand zusammen mit dem Beirat seiner Aufgaben tatkräftig an. Schon am 15. Oktober 1938 konnte die Grabbe-Sammlung von Alfred Bergmann als „Grabbe-Archiv Alfred Bergmann" in der Lippischen Landesbibliothek feierlich eröffnet werden. Die Neugründung einer gesonderten Grabbe-Bibliothek dagegen unterblieb: Der wissenschaftlich orientierte Alfred Bergmann sah darin eine unsinnige Konkurrenz zum Grabbe-Archiv und

lehnte sie ab. Gedacht war zeitweilig an die Unterbringung in Grabbes Geburtshaus, das 1938 der Grabbe-Gesellschaft zur Nutzung überstellt und vier Jahre später auch übereignet wurde. Die großen Umbaupläne von 1940 fielen aber dem Kriege zum Opfer.

Abb. 3: Grabbe-Ehrung an seinem 101. Geburtstag. Der Geschäftsführer der Grabbe-Gesellschaft, Dr. Heinrich Hollo, ehrt das Andenken des Dichters.

Außer den Publikationen, die die junge Grabbe-Gesellschaft wohlwollend zur Kenntnis nahm und deren Entstehen sie mehr ideell förderte, brachte sie auch eigenes Schrifttum heraus. Mit den Jahrbüchern verwirrte sie freilich die Bibliothekare, da zwischen das erste Jahrbuch von 1939 und das folgende Jahrbuch von 1940 als Band 2 der Schriftenreihe der Grabbe-Gesellschaft eine Dissertation von Richard Kaprolat über Chr. D. Grabbes Drama „Napoleon oder die hundert Tage" eingeschoben wurde.

Alles in allem bot die Grabbe-Gesellschaft das Bild einer blühenden literarischen Gesellschaft, die ihren hochgesteckten Zielen vor allem in den Detmolder Grabbe-Tagen sehr wirkungsvoll nachging. Man arrangierte Vorträge über Grabbe und seine Umwelt, ließ z.B. Petris Enkel über „Moritz Leopold Petri, den Freund Christian Dietrich Grabbes" sprechen (21.6.38) und unterstützte auch musikalische und bildnerische Bemühungen, die sich auf Grabbe bezo-

gen, so die des Illustrators Malek, des Bildhauers Hengstenberg, bemühte sich um Aufführungen der 3. Sinfonie („Grabbe-Musik") von Balthasar Bettingen oder eines Quintetts von Rinkens „Grabbe zum Gedächtnis" (1943). Schon 1938 überlegte der Vorstand der Grabbe-Gesellschaft, wie man junge Dramatiker der Gegenwart fördern könne, 1943 wurde bereits der Gedanke eines Grabbe-Preises voll ausformuliert.

Eine gewaltige Freilichtbühne an den Hängen des Teutoburger Waldes kam in die Überlegung, auf der Grabbes „Hermannsschlacht" aufgeführt werden sollte. Später schloß man sich der Planung der großen Volkshalle etwa am selben Platz und zum selben Zweck an.

Der Krieg, gegen Schluß die Proklamation des totalen Krieges mit der Schließung der Theater, brachte einen Großteil der Aktivitäten zum Erliegen. In den Briefen wird das „Trotzdem" oder „Nun erst recht!" häufiger, ebenso der Trost: „Das verschieben wir bis nach dem Kriege". So äußerte der Literaturwissenschaftler Fritz Martini in einem Brief an die Grabbe-Gesellschaft vom 15.8.1944 die Hoffnung auf eine „endgültige, würdige Grabbe-Ausgabe" nach dem Kriege, eine Erwartung, die dann auch erst Alfred Bergmann mit seiner Göttinger Akademie-Ausgabe 1960–1973 erfüllen konnte.[9]

Im Prinzip war die Denkweise der Leitung der Grabbe-Gesellschaft bis Kriegsende immer noch auf Expansion, Erweiterung, Ausbau der Gesellschaft eingestellt. Zweifel an einem siegreichen Ausgang des Krieges werden in den Akten nirgendwo erkennbar – sie zu äußern wäre allerdings auch selbstmörderisch gewesen.

Grabbe-Gesellschaft und Nationalsozialismus

Das lichte Bild der erfolgreichen Grabbe-Gesellschaft bekommt starke Flekken, wenn man die unselige Verquickung der Arbeit der Gesellschaft mit der Politik des Nationalsozialismus betrachtet. Hier hat es von Anfang an keine Distanz gegeben, und die Bindungen sind im Laufe der Jahre eher noch enger geworden.[10] Diese Bindungen zu leugnen oder sie mit einzelnen Gegenargumenten herunterspielen zu wollen, wäre blind und töricht. Schon die Satzung von 1937 atmet durch und durch den Geist der Zeit. Das beginnt schon mit dem Schirmherrn, dem NS-Gauleiter Westfalen-Nord und Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe, Dr. Alfred Meyer. Als Vorsitzender der Grabbe-Gesellschaft fungierte der 'Reichsdramaturg' und spätere 'Präsident der Reichstheaterkammer', Ministerialdirigent Dr. Rainer Schlösser. Er brachte zwar ein Bändchen „Grabbes Vermächtnis" heraus,[11] repräsentierte im wesentlichen aber nur und half gelegentlich sprachregelnd aus.[12]

Immerhin ernannte er nach dem damals üblichen Verfahren und satzungsgemäß die übrigen Mitglieder des Vorstands. Er bestellte auch die Mitglieder des

Beirats und die Leiter der Arbeitsausschüsse. In dem fünfköpfigen Vorstand war die Überzahl der Staats- und Parteifunktionäre schon dadurch gegeben, daß zum stellvertretenden Vorsitzenden „stets der Landeskulturwalter des Gaues Westfalen-Nord zu ernennen" war und außerdem ein weiterer Vertreter des Gaues Westfalen-Nord der NSDAP dem Vorstand satzungsgemäß angehörte.

Wes Geistes Kind der Beirat war, wird an der Aufzählung der Mitglieder in § 5 der Satzung deutlich. Ihm gehörten an:

> 1. ein Vertreter des Schirmherrn, den dieser selbst bestimmt,
> 2. der Gaukulturhauptstellenleiter des Gaues Westfalen-Nord,
> 3. der Landesleiter der Reichsschrifttumskammer,
> 4. der Landesleiter der Reichstheaterkammer,
> 5. ein Vertreter des Reichsbundes der Volks- und Freilichtspiele,
> 6. der Bürgermeister der Stadt Detmold,
> 7. der Direktor der Lippischen Landesbibliothek,
> 8. der Gauwalter der DAF,
> 9. der Kulturabteilungsleiter der Gebietsführung der HJ,
> 10. der Gauamtsleiter von der Gauamtsleitung des NSLB.
>
> Der Schirmherr und der Vorsitzende können weitere Persönlichkeiten in den Beirat berufen.[13]

Insgesamt fällt die völlige Rechtlosigkeit der Mitgliederversammlung auf. Die Mitglieder hatten auf die personelle Zusammensetzung des Vorstands und Beirats, auf Satzungsänderung oder Auflösung der Gesellschaft keinen Einfluß, ebensowenig auf das Programm. Alles war nach dem nationalsozialistischen Führerprinzip von oben her geregelt.

Die Zielformulierung, daß man zur „wahren Erkenntnis von Grabbes Eigenart und Bedeutung" führen wolle (§ 2 der Satzung), konkretisierte sich schon im ersten Heft der „Mitteilungen der Grabbe-Gesellschaft" vom Herbst 1938 ganz im Sinne des Nationalsozialismus, wie die folgende Blütenlese zeigt:

> Über allem stand bei ihm [Grabbe] unbeirrbar fest das Bewußtsein seiner nationalpolitischen Aufgabe.
> In einem neuen Sinne haben sich hier Blut und Boden gefunden.
> [Er war ein] Königssohn völkischer Erneuerung, [...] erdverbunden, [...] deutsch und zukunftweisend, [aus der] [...] Urkraft seines westfälischen Stammvolkes, [...] [er spürte den] mythischen Anruf [...], die Auferstehung.
> So zog auch Grabbe aus, das Große, Wunderbare und Gewaltige zu suchen: Im Rassischen das Grundgesetz geschichtlicher Entwicklung!

Die Vokabeln 'völkisches Vermächtnis', 'ewiges Gesicht', 'völkischer Seher und Künder', 'der Einmalige und Unsterbliche', 'der Bannerträger kühnster Ideen' u.ä.m. kehren in den schriftlichen Äußerungen der Grabbe-Gesellschaft

immer wieder und bezeugen nicht nur in damaliger Sicht die Verträglichkeit Grabbes mit dem Nationalsozialismus, sondern machen ihn geradezu zu einem Vorkämpfer der neuen, der 'großen Zeit'.

Bis in die allgemeine Wortwahl paßte sich die Grabbe-Gesellschaft dem Regime an: Das Anwachsen über die Ortsgruppe und Landesverbände hinaus wurde in Parallele zur Entwicklung der Partei zu einer 'Bewegung'. Grabbe-Pflege war politisches Tun, die Grabbe-Bewegung schwang sich in die nationalsozialistische Bewegung ein. Das Jahrbuch der Grabbe-Gesellschaft 1940 erschien mit dem Zusatz in Golddruck auf dem Einband: „Zum zehnjährigen Bestehen des Gaues Westfalen-Nord", was die enge Verbindung der Grabbe-Gesellschaft mit dem 'Dritten Reich' und der herrschenden Partei unterstreichen sollte.

Die erhaltenen Fotos von Grabbe-Festveranstaltungen zeigen uns die Redner und die Mehrzahl der Anwesenden in der braunen oder schwarzen Uniform. Unter den Festrednern fanden sich auch immer wieder politisch Prominente, so der Reichsjugendführer Baldur von Schirach 1938, während der Schirmherr der Grabbe-Tage, der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Josef Goebbels, die Gesellschaft mit Grußworten abspeiste.

Freilich müssen wir manches, was uns den Kopf schütteln läßt, einer für uns heute nur schwer vorstellbaren Politisierung des gesamten Lebens zuschreiben. Selbst eine in Lippe beheimatete 'Gesellschaft für deutsche Gartenkultur' stellte sich in den Dienst des neuen Reiches; sie wollte aus Deutschland den „Garten des Deutschen Volkes" machen, wie es eine Eingabe an den Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe vom 29.5. 1934 erklärt. Ein besonders absurdes Beispiel: Eine Untersuchung über Latein oder Englisch als Anfangssprache in den Gymnasien wurde mit rassischen Argumenten betrieben (30.3.1935). Auch der schon erwähnte Wagner-Enthusiast Otto Daube segelte ganz im Fahrwasser der Partei. So berief er sich in einem Vortrag 1941 auf Alfred Rosenbergs „Mythus des 20. Jahrhunderts" als geistige Grundlage der Arbeit an der 'Richard-Wagner-Schule', die ihrerseits von der Presse als ein „nationalsozialistisches Bollwerk unseres Gaues"[14] bezeichnet wurde. Wie hätte sich da die Literaturpflege dem Politischen entziehen können! Die Gauleitung Westfalen-Nord schreibt an die Reichsstatthalterei in Detmold am 29. 12. 1933: „Die Reichsleitung der NSDAP legt höchsten Wert auf Erziehung der Bevölkerung zu wahrer Kunst".[15] Dementsprechend wurden die werbenden Grabbe-Vorträge fast nur in öffentlichen Versammlungen der Partei und ihrer Gliederungen gehalten. So wie die Grabbe-Gesellschaft die Vorteile (auch die finanziellen!) einer Auslieferung an die allmächtige Partei genoß, so nutzte diese das von der Grabbe-Gesellschaft bereitgestellte und gepflegte kulturelle Erbe für ihre Zwecke.

Schließlich bestätigte das Echo aus der Mitgliedschaft die Leitung der Grabbe-Gesellschaft in der Richtigkeit ihres Weges. Die vorgegebenen Vokabeln

nationalsozialistischen Geistes kehren in den Zuschriften wieder. Umgekehrt bestätigte der Geschäftsführer ein Mitglied in seiner Meinung, daß „die Feinde, vor allem nicht die Russen, eine auch nur ähnliche geistige Qualität besitzen" wie das deutsche Volk (28.4.1944). So wurde Grabbe-Pflege zur Selbstbestätigung des germanischen Herrenmenschentums.

Immer wieder wird man sich ins Gedächtnis rufen müssen, daß das 'Dritte Reich' nicht nur bei Grabbe so zugriff. Eine Literaturgeschichte für den Schulgebrauch vermochte es sogar, Goethe von seiner berühmten Bemerkung über die Kanonade von Valmy her („Von hier und heute geht eine neue Epoche der Weltgeschichte aus") zum 'Seher und Künder' des Nationalsozialismus zu machen.[16] Andere literarische Gesellschaften, wie die Hebbel-Gesellschaft in Wesselburen und die Kleist-Gesellschaft in Berlin, hatten später ähnlich wie die Grabbe-Gesellschaft mit den Schatten der Vergangenheit zu kämpfen. Aus einer Untersuchung, die Marcus Gärtner auf dem Germanistentag 1992 über „Das Kleist-Jubiläum 1936 im Spiegel der deutschen Presse" vorgelegt hat, gehen die Ähnlichkeiten und Übereinstimmungen mit der Grabbe-Rezeption im 'Dritten Reich' deutlich hervor.[17] Gärtner hebt „die Affinität des Nationalsozialismus zum Festkalender und zu Weihestunden" hervor; er verweist auf die Kleist-Wochen 1936 in Bochum und in der Kurmark zur 125-Jahr-Feier des Todesjahres von Heinrich von Kleist. Genauso wie Grabbe wird Kleist von den Nationalsozialisten vereinnahmt. Willkürliche Umdeutungen machen sein Werk für das 'Dritte Reich' passend. So liest man aus dem „Prinzen von Homburg" ab: Gehorsam dem Willen des Führers, Anerkennung der Staatsraison, Demut vor dem Göttlichen. Michael Kohlhaas wird in einer haarsträubenden Simplifikation Leitbild für den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund! Kleists Leben versteht man als „Tragödie eines Dichters ohne Volk". Kleist habe als Lebensziel „nie ein anderes [...] als sein Volk und Vaterland" gehabt. Daß in diesem Kleist-Bild z.B. die Komödie „Amphitryon" keinen Platz hatte, findet eine bemerkenswerte Parallele in der nationalsozialistischen Wertung der Komödie Grabbes „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung". Diese unsterbliche Vollblut-Komödie brachte die völkischen Interpreten Grabbes ebenso immer wieder in Verlegenheit wie seine unbürgerliche Biographie.

Ohne Zweifel war die Grabbe-Gesellschaft ein dankbarer Partner der Verbrüderung mit dem Nationalsozialismus. Es gab im widerspruchsvollen Werk des Autors umdeutbare Ansatzpunkte, auch war die Gesellschaft neu und konnte die Hilfe des Staates und der Partei gut gebrauchen. Nicht ganz unerheblich war umgekehrt, daß die Partei und der nationalsozialistische Staat dem Lande Lippe Dank schuldeten: Die Januarwahlen 1933 in dem kleinen Lande Lippe hatten unter ungeheurem propagandistischem Druck der Parteispitze den dringend benötigten Erfolg gebracht, der vor allem psychologisch den Weg für die Machtübergabe an Hitler vorbereitet hatte. Dem engen Kontakt war es überdies sehr förderlich, daß die Grabbe-Gesellschaft Männer an ihrer Spitze

hatte, die bereit waren, den von Staat und Partei vorgezeichneten Weg bedingungslos mitzugehen.

Der Geschäftsführer

Die Zentralfigur der Grabbe-Gesellschaft in der Zeit des Nationalsozialismus war der Mittelschullehrer Dr. Heinrich Hollo, der schon vor der Gründung der Gesellschaft zum Geschäftsführer ernannt wurde. Ohne Hollo hätte es vermutlich keine Grabbe-Wochen in Detmold gegeben, gäbe es bis heute vielleicht keine Grabbe-Gesellschaft. Er war der unermüdliche Motor, Kopf und Herz der Gesellschaft, ein Mann, der Anregungen aufzunehmen und weiterzugeben verstand, der Organisator der Festaufführungen, der Werbeleiter, der Schriftführer und vieles mehr. Da der Vorsitzende, der 'Reichsdramaturg' Rainer Schlösser, in Berlin lebte, war der Geschäftsführer Hollo der eigentliche Leiter der Gesellschaft, der alle Fäden in der Hand hielt, viel für Grabbe unterwegs zu neuen Mitgliedern oder Ortsgruppen, wendig und geschickt in den Verhandlungen, mit unbändigem Durchsetzungswillen seiner Sache, eben Grabbes. Zäh und zielbewußt, besaß er die große Gabe einer individuellen Zuwendung zum Gesprächspartner. Auch noch die sachlichsten Briefe im Dienste der Gesellschaft vermochte er in ansprechender Weise persönlich zu färben.

Geboren wurde Heinrich Hollo am 3.5.1887 als Sohn eines Bauern in Minden/Westfalen. Im benachbarten Petershagen beschritt er den Weg zum Lehrer, der damals über die Präparande und das Seminar führte, die auf dem Volksschulabschluß aufbauten. Aus dem ersten Weltkrieg kehrte er als Leutnant der Reserve heim. Nach einigen Semestern Studium an der Universität Münster legte Heinrich Hollo das Mittelschullehrer-Examen ab und promovierte zum Doktor der Staatswissenschaften mit einer Arbeit, die unter dem Titel „Die Volksschule im politischen Kampf nach der Revolution" in Essen 1922 veröffentlicht wurde. Nach kurzer Tätigkeit als Lehrer im Volksschul-Dienst war er seit 1924 Rektor an der Volksschule in Barkhausen bei Minden. Er war verheiratet; aus seiner Ehe gingen zwei Töchter hervor.

Seine berufliche Tätigkeit scheint Hollo nicht ganz ausgefüllt und befriedigt zu haben. Auch hat ihn offenbar, wie viele seiner Generation, das Erlebnis des ersten Weltkrieges sehr beschäftigt. Dies wird z.B. in einem Vortrag von 1924 vor dem Kriegerverein Minden über den „Sinn der Geschichte und unsere Gegenwart" deutlich.[18] Darin begegnen uns bereits Wendungen, die in die nationalsozialistische Zukunft weisen:

> Dann vermag nur eine gottbegnadete Persönlichkeit, ein schöpferischer Führer die Lebensburg eines Volkes aufzubauen [...] aber auch nur mit rücksichtsloser Energie (!)

Diese Linie setzte sich fort in seinen späteren Vorträgen als Kreiskulturwart über die „Weltanschaulichen Grundlagen des Nationalsozialismus“[19] und in seinen Äußerungen über Grabbe.

Große Bedeutung gewann Hollo als Leiter der Freilichtbühne Porta. Hier organisierte und inszenierte er in den Jahren 1928 bis 1933 mit einer großen Schar von Laiendarstellern denkwürdige Aufführungen, die starken Zuspruch fanden:

1928 Hebbel, Die Nibelungen (1.und 2.Teil)
1929 Schiller, Die Räuber
1931 Goethe, Faust 1
1932 Schiller, Wilhelm Tell
1933 Hebbel, Die Nibelungen (1.-3.Teil)

Für Hollo wie für seine Spielschar muß es ein Höhepunkt ihrer Tätigkeit gewesen sein, als kein Geringerer als Gerhart Hauptmann im Mai 1932 die Freilichtbühne in Porta besuchte und nach einer Aufführung mit dem Blick auf die Lage der Bühne über dem Durchbruch der Weser durch das Wiehengebirge die raunenden Worte ins Gästebuch schrieb:[20]

EWIGE KRÄFTE; HIER UND DORT,
STROM, GESTEIN UND DICHTERWORT:
WIRKE ALLES FORT UND FORT,
ALS DER HEIMATLIEBE HORT,
ENG VEREINT UND NIE GETRENNT!
DASS DER MYTHOS SEI UND LEBE
UND DER HEIL'GEN PFORTE GEBE
IHRES WESENS ELEMENT!

Die Vorgänge, die dazu geführt haben, daß Hollo von Barkhausen nach Detmold kam, sind nicht ganz zu durchschauen. Es muß Schwierigkeiten gegeben haben, obwohl Hollo der NSDAP schon seit einiger Zeit vor der 'Machtergreifung' angehörte.[21] Da half der Lippische Staatsminister Rieke und sorgte dafür, daß Hollo an der neu zu gründenden Mittelschule am Gymnasium Leopoldinum eine Stelle erhielt. Als dieser Schulversuch auslief, blieb Hollo am Leopoldinum und unterrichtete dort hauptsächlich in den Unter- und Mittelstufenklassen Deutsch und Geschichte. Seine ehemaligen Schüler berichten von einem einseitig politisierten Unterricht mit der klaren Ausrichtung auf 'unseren Führer', den er ständig anführte. Hollo war bei den geistig nicht ganz Gleichgeschalteten wegen seiner hohen Beziehungen zur Parteihierarchie gefürchtet. Mit seiner Begeisterung für Grabbe konnte er aber auch ansteckend wirken. Grabbe hatte er wohl mittlerweile für sich entdeckt und wandte ihm seine ganze Energie über den Unterricht hinaus zu.

Eine auffallende und bedenkenswerte Parallele findet sich bei Lion Feuchtwanger in seinem Roman „Die Geschwister Oppermann" von 1934.[22] Dort wird von dem nationalsozialistischen Deutschlehrer Dr. Vogelsang gesagt, der im allgemeinen seine Gedanken in einem „papierenen Neudeutsch" äußert, daß er bei der Lektüre von Grabbes „Hermannsschlacht seine Begeisterung auf die Jungens [sic!] zu übertragen" wußte. Da er „aus dem Herzen sprach", bleibt sein Vortrag nicht ohne Wirkung. „Die Hermannsschlacht, der großartige Eintritt der Deutschen in die Geschichte, dieser erste große Sieg der Deutschen über die Welschen, das war ein Lieblingsthema Bernd Vogelsangs." Die ästhetische Qualität des Grabbe-Stückes spielt dabei in Vogelsangs (und sicher auch Feuchtwangers) Einschätzung keine Rolle. Grabbes „Hermannsschlacht" ist nach Vogelsangs Meinung „roh, im Gedanklichen schwach, aber voll echter Wildheit, zuweilen sehr bildhaft". Offenbar rührt die Grabbe-Begeisterung des Lehrers aus anderen, nämlich politischen Quellen. Das Zeugnis, das hier von Feuchtwanger als einem offenen Gegner des nationalsozialistischen Regimes ausgesprochen wird, weist uns darauf hin, daß Grabbe schon sehr früh im 'Dritten Reich' vor den politischen Karren gespannt wurde, und das nicht nur in Detmold und bei Dr. Hollo, sondern auch andern Ortes.

Die Arbeit, die von den Grabbe-Tagen und der Grabbe-Gesellschaft auf den Geschäftsführer Hollo zukam und die er auf sich nahm (nach der Errichtung der Ortsgruppen außerhalb Detmolds nannte er sich 'Hauptgeschäftsführer'), überstieg die Kraft eines Mannes. Dies wurde kaum anders, als eine Verwandte Hollos, Frl. Meßmann, als Hilfskraft für die Geschäftsstelle angestellt wurde. Es ist durchaus wörtlich zu nehmen, wenn Hollo im März 1944 schreibt: „Jeder Tag ist morgens mit meinem Dienst und bis in die Nacht mit den Geschäften der Grabbe-Gesellschaft ausgefüllt." Ein einziges Mal ist von Urlaub die Rede, von einer vierzehntägigen Erholung im Schwarzwald nach einer schweren Krankheit. Die große Zahl seiner Werbe-Vorträge, die Fülle seiner Briefe, die Leistung bei der Organisation der Grabbe-Tage, der Kampf mit der auch im 'Dritten Reich' auftretenden bürokratischen Enge und mit Lappalien (bei einer Grabbe-Veranstaltung hat sich jemand seine Hose verbrannt und bittet um Kleiderpunkte für den Erwerb einer neuen), das Verkraften von Enttäuschungen (wenn z.B. Goebbels' große Zeitung „Das Reich" nicht über die Grabbe-Aktivitäten berichtet), die Betreuung der von ihm verantworteten Schriften („Grabbe-Worte", Münster; „Die Detmolder Grabbe-Woche im Urteil der deutschen Presse"; „Mitteilungen der Grabbe-Gesellschaft", die Jahrbücher) – das alles nötigt als Arbeitsleistung eines einzelnen Mannes dem heutigen Betrachter große Achtung ab.

Nicht zu übersehen ist aber auch, daß Heinrich Hollo die Grabbe-Gesellschaft mit vollen Segeln in das Fahrwasser des Nationalsozialismus gesteuert hat. Als Beispiel für seine Identifikation mit der herrschenden Partei kann das Memorandum mit dem Titel „Plan einer Grabbe-Woche in Detmold" aus dem

Jahre 1935 dienen, das Michael Vogt auf diese Zusammenhänge hin untersucht hat.[23] Hier seien nur die Kernworte angeführt: 'Blut und Boden', 'Führer und Gefolgschaft', 'Übermenschentum', 'deutsches Blut', 'Ablehnung des Judentums', 'reichswichtige Veranstaltung'. Derartige Formeln kehren bei Hollo immer wieder. In seiner Sammlung „Grabbe-Worte" ist ein ganzes Kapitel „Der völkische Seher und Künder" überschrieben. Wenn Gauleiter Meyer in einer Ansprache erklärte: „Wir Nationalsozialisten fühlen instinktiv, daß Grabbe ein völkischer Dichter ist, der als einer der ganz großen Vorkämpfer unserer Ideenwelt und Weltanschauung anzusprechen ist" (16.10.38), so war dies ganz im Sinne Hollos gesprochen. Auch in den Größenwahn des Systems wußte sich Hollo hineinzusteigern. Der Plan einer großen Freilichtbühne „unter dem ragenden Schwerte Hermanns" zur jährlichen Aufführung der Grabbeschen „Hermannsschlacht" wandelte sich bei ihm mit den offiziellen Plänen zum Gedanken einer in Detmold am Hiddeser Berg zu bauenden großen Volkshalle.[24] Das Jahrbuch der Grabbe-Gesellschaft sollte nach Hollos Vorstellungen „das führende Jahrbuch aller Dichtergesellschaften werden", die Geschäftstelle Detmold wird im Briefwechsel zur „Reichsstelle der Grabbe-Gesellschaft". Am 2. 4. 1943 fordert Hollo in der Art eines Generalstabsoffiziers die Ortsgruppe Kassel auf, zu prüfen, „ob nicht von Kassel aus ganz Mitteldeutschland erfaßt werden kann, denn ich plane die bisher zentral gebundene Leitung nach Landschaften aufzuteilen". Hier noch zwei weitere Proben von Hollos pathetischem, pseudo-sakralem Denk- und Schreibstil:

> Hier unter dem ragenden Schwert Hermanns muß Grabbes Herz in einer gewaltigen Freilichtaufführung lebendig werden. Das tiefste Erlebnis der Künstler Grabbe und Bandel, ihre ganze Kraft und ihr gewaltigster Ausdruckswille sind hier in Einheit gestaltet und können von uns in einer Einheit nachempfunden werden, die unser ganzes Sein und Denken ergreifen wird, jetzt, wo sich die Zeit erfüllt.[25]
>
> Die geistige Haltung ist entscheidend, sie wird durch die ererbten Eigenschaften aus Boden, Blut und Geist bestimmt. Die Rassenfrage ist die Kernfrage ... In der Hand und in der Art der Frau aber liegt die Erhaltung unserer Rasse. Wie in aller Welt, so auch bei uns, muß die Reinhaltung der Rasse die heiligste und größte Aufgabe der Frau sein [...] Aufgabe ist, den neuen Typus des Deutschen zu züchten.[26]

Daß dieser Stil auch schon während des 'Dritten Reiches' bei manchen Mitgliedern der Grabbe-Gesellschaft auf Ablehnung stieß, ist verständlich und z.B. für Alfred Bergmann ausdrücklich bezeugt. Bergmann, der zwar ein für Grabbe begeisterter, aber doch positivistisch nüchterner Wissenschaftler war, mied den Umgang mit Hollo. Man saß an getrennten Tischen, wenn die gemeinsame Teilnahme an einer Veranstaltung unvermeidlich war. Daß der Umgang Bergmanns mit dem politischen System zuweilen skurrile Formen annahm, belegt der in Detmold schnell umlaufende Bericht, daß Bergmann bei einer der vielen öffentlichen Geldsammlungen seine (auch nach dem damaligen Wert geringfü-

gige) Spende von 50 Reichpfennigen auf einem Scheck in die Sammelbüchse steckte.

Der Neuanfang 1948

Als im Jahre 1945 das nationalsozialistische Deutschland zusammenbrach und wegen der engen Bindung konsequenterweise auch die Grabbe-Gesellschaft, als ihr Vermögen unter Kontrolle gestellt wurde, war es der politisch unbelastete Alfred Bergmann, der den Neuanfang wagen konnte. Heinrich Hollo wurde für mehrere Jahre in ein Lager gesteckt, später allerdings in einem offiziellen Entnazifizierungsverfahren als Mitläufer eingestuft und entlastet. Seinen Lehrberuf am Gymnasium nahm er nicht wieder auf, auch bei der Grabbe-Gesellschaft trat er nicht wieder in Erscheinung. Zu seinem 75. Geburtstag 1962 gratulierte die Stadt Detmold mit einem freundlichen Schreiben, und eine Detmolder Zeitung widmete ihm einen ehrenden Artikel. Darin ist von seinen Verdiensten um die Freilichtbühne Porta, um Grabbe, dann aber auch von einem soeben geschriebenen „Volksspiel" mit dem Titel „Solange die Erde stehet", von einem Romanmanuskript „Gehen – aber nicht untergehen" sowie von einer abgeschlossenen, umfangreichen Arbeit „Demokratie als Lebensform" (!) die Rede.[27] Heinrich Hollo starb 1967 bei einer Reise auf der Insel Korsika.

Das angesammelte Vermögen, vor allem der Besitz von Grabbes Geburtshaus, hielt neben dem Ideellen die Grabbe-Gesellschaft am Leben. Schon bald nach Kriegsende trafen sich einige Mutige, die die Bemühungen um Grabbe wiederaufnehmen wollten. Es dauerte aber noch bis 1948, bis man wieder offen – und dann auch noch sehr bescheiden – aufzutreten wagte. Die Leitung der Gesellschaft übernahm statt des leidenschaftlichen Propagandisten Hollo und des 'Reichsdramaturgen' Schlösser der kühlere Wissenschaftler Alfred Bergmann. Er sprach in einem an den Regierungspräsidenten gerichteten Memorandum vom 3.2.1948 aus, „daß man der Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich nicht alles Verdienst absprechen könne". Sie habe den „Namen Grabbes bekannter gemacht", auch „Bühnen veranlaßt, Grabbe zu spielen". Insbesondere sei die „Bochumer Grabbe-Woche 1941 ein glanzvoller Höhepunkt dieser Bemühungen" gewesen. Anderseits habe die Grabbe-Gesellschaft „von vornherein einen viel zu einseitigen propagandistischen Charakter" gehabt, habe durch ihre

> laute und theatralische Propaganda für Grabbe mit ihren ärgerlichen Übertreibungen und ihrem krampfhaften und unsachlichen Bemühen, Grabbe zu einem Vorläufer, ja Vorkämpfer des Nationalsozialismus umzufälschen, mehr abgeschreckt als gewonnen, mehr geschadet als genützt.[28]

Diesem Urteil wird sich der heutige Betrachter weithin anschließen müssen. Auch der Regierungspräsident sah die Dinge seinerzeit so. In einem Aktenvermerk vom 18.2.1948 ist festgehalten, daß die Grabbe-Gesellschaft „ohne Zweifel durch ihre alte Führung politisch stark kompromittiert worden" sei, jedoch habe Grabbe selbst „den Mißbrauch, den man mit ihm getrieben hat, überdauert".[29]

So konnte die Grabbe-Gesellschaft am 19. 8. 1948 neu gegründet werden. Es dauerte lange, sehr lange, bis auch im Bewußtsein der Detmolder die verhängnisvolle Bindung der Grabbe-Gesellschaft an den Nationalsozialismus gelöst war. Als das Aufbaugymnasium Detmold im Jahre 1966 den Namen „Christian-Dietrich-Grabbe-Gymnasium" annahm,[30] war von alten Detmoldern zu hören: „Das konnte nur von Zugezogenen ausgehen; ein Detmolder hätte das nicht gewagt." Drei Vorurteile gab es zu überwinden, weshalb nach Meinung vieler Detmolder Bürger der Dichter Grabbe schlecht Namensgeber einer Schule und 'Vorbild für die Jugend' sein könne: seine lebenszerstörende Trunksucht, seine politische Einbindung in den Nationalsozialismus, seine (an der Klassik gemessen) unbefriedigenden ästhetischen Normen. Ganz abgesehen davon, daß es in vielen Fällen problematisch wäre, wenn die Schüler den Namensgeber ihrer Schule zum persönlichen Vorbild nähmen, kann man doch heute über die unglückselige, krankhafte Veranlagung Grabbes nur mit Bedauern sprechen. Seine ästhetischen Vorstellungen und Praktiken haben sich gerade nach der Entwicklung des Dramas im 20. Jahrhundert als fortschrittlich und zukunftweisend gezeigt. Ein Nazi war Grabbe sicher nicht, und die Grabbe-Gesellschaft hat die Fehler aus der Zeit des 'Dritten Reiches', die sie mit anderen literarischen Gesellschaften teilt, längst erkannt und sich deutlich davon distanziert. Sie hat einzelnen Neonazis, die bei ihr aus dem alten Verständnis heraus Unterschlupf suchten, klar und unmißverständlich die Mitgliedschaft verweigert. So sind die Vorwürfe, die noch 1986 vor den Grabbe-Tagen zum 150. Todestag Grabbes durch einen Teil der Presse geisterten, gegenstandslos.[31] Für den festen Willen, der unseligen Vergangenheit abzuschwören, zeugt aber nicht nur die Arbeit der neuen Grabbe-Gesellschaft in den vergangenen fast fünfzig Jahren, sondern auch schon das beziehungsreiche Motto der ersten gedruckten Mitgliedskarten von 1948 mit dem Motto aus Grabbes „Gothland" (III.Akt, 1.Szene): „Nur der Reue wird verziehen".

Anmerkungen

1. Werner Broer, Die Grabbe-Gesellschaft im Dritten Reich. In: „Was tragisch ist, ist auch lustig ...", Grabbe-Jahrbuch 1987. Hrsg. von Werner Broer, Detlev Kopp und Michael Vogt. Emsdetten 1987, S. 65ff.
2. Werner Broer und Detlev Kopp, Grabbe im Dritten Reich. Zum nationalsozialistischen Grabbe-Kult. Hrsg. im Auftrag der Grabbe-Gesellschaft, Bielefeld 1986. Die

einzelnen Beiträge, deren Themen stichwortartig genannt sind, stammen von Detlev Kopp, Maria Porrmann, Lothar Ehrlich und Michael Vogt.

3. Vgl. dazu u.a. Werner Broer und Detlev Kopp (Hrsg.), Christian Dietrich Grabbe 1801–1836. Beiträge zum Symposium 1986 der Grabbe-Gesellschaft. Tübingen 1987, darin besonders: Werner Broer, Grabbe in heutiger Sicht, S. 22ff.
4. StA DT, Akte Richard-Wagner-Schule, L 80 Ia Gr.XXXII Tit.2 Nr. 6a.
5. W. Schramm, Georg Richard Kruse. Der getreue Eckhart Lortzingscher Kunst. Lippische Staatszeitung Nr. 267. Detmold, 29.9.1941.
6. Alle Angaben, bei denen nichts anderes vermerkt ist, sind in den jahrgangsweise geordneten Akten-Bänden der Grabbe-Gesellschaft belegt oder beruhen auf persönlichen Zeugnissen von Zeitgenossen des 'Dritten Reiches'.
7. Die Entwicklung der Grabbe-Gesellschaft. In: Mitteilungen der Grabbe-Gesellschaft Nr. 1, Herbst 1938, S. 8ff. (zusammengestellt offensichtlich von H. Hollo).
8. Der in der Grabbe-Gesellschaft unvergessene Hermann L. Schäfer am 17.4.1938.
9. Christian Dietrich Grabbe, Werke und Briefe. Historisch-kritische Gesamtausgabe in sechs Bänden. Hrsg. von der Akademie der Wissenschaften in Göttingen. Bearbeitet von Alfred Bergmann. Emsdetten 1960–1973.
10. Dies wird deutlich z.B. bei einer Satzungsänderung von 1942. Der Punkt 'Auflösung' wird von einer neutralen Fassung so geändert: „Das Vermögen kann nur für gemeinnützige Zwecke der NSDAP oder einer mit sozialen Aufgaben besonders betrauten Dienststelle der NSDAP verwendet werden."
11. Rainer Schlösser, Grabbes Vermächtnis. Westfalen-Bücher, Münster i.Westf. 1937.
12. Unter Berufung auf Schlössers Sprachgebrauch legt der Geschäftsführer Hollo die Bezeichnung „Landschaftsgruppe Kurhessen" fest.
13. Die Abkürzungen bedeuten: HJ Hitlerjugend, DAF Deutsche Arbeitsfront (die gleichgeschaltete Organisation der Arbeiterschaft), NSLB Nationalsozialistischer Lehrerbund (von spöttischen Lehrern „Konsonantenbund" genannt). Unter 5 spürt man die ideologische Ausrichtung der Freilichtbühnen im 'Dritten Reich', auch wohl persönliche Vorliebe des Geschäftsführers Hollo.
14. Lippische Staatszeitung Detmold vom 23.2.1941.
15. Akten des Reichsstatthalters für Lippe und Schaumburg-Lippe. Betr. Kulturelle Angelegenheiten 1933–38. StA DT L76 B 20.
16. Erich Schulze und Hans Henning, Die deutsche Literatur. Geschichte und Hauptwerke in den Grundzügen. Wittenberg ^{4}1940, S. 168f.
17. Marcus Gärtner, Das Kleist-Jubiläum 1936 im Spiegel der deutschen Presse. In: Thomas Gey (Hrsg.), Germanistentag 1992. Fachgruppe der Deutschlehrerinnen und Deutschlehrer. Vortragsmanuskripte.
18. Mindener Tagblatt vom 25.1.1924.
19. Mindener Tagblatt vom 17.8.1933.
20. Lippische Rundschau vom 3.5.1962; Mindener Tageblatt vom 1./2.5.1987.
21. Mindener Tagblatt vom 18.4.1934. Volle Klarheit über die Umstände des Wechsels dürfte die Freigabe der Personalakte Hollo bringen, die im StA DT aufbewahrt wird, aber noch nicht zugänglich ist.
22. Lion Feuchtwanger, „Die Geschwister Oppermann". Berlin 1993 S. 52.
23. Michael Vogt, „Durchbruchsschlacht für Grabbe". Die Grabbe-Woche 1936 als Beispiel nationalsozialistischer Kulturpolitik in der Region. In: Werner Broer und Detlev Kopp (Hrsg.), Grabbe im Dritten Reich, Bielefeld 1986, S. 91ff.

24. Theodor Helmert-Corvey, Architektur und Städtebau im Dienste des Nationalsozialismus. Die geplanten Staats- und Parteibauten auf dem Hiddeser Berg bei Detmold. In: Lippische Mitteilungen 53 (1984), S. 113ff.
25. Denkschrift vom 21.12.1938. StA DT, Akte Grabbe-Gesellschaft L 80 Ia Gr.XXXII Tit.2 Nr. 7.
26. Vogt wie Anm. 23.
27. Lippische Rundschau vom 3. Mai 1962.
28. StA DT, Akte Grabbe-Gesellschaft L 80 Ia Gr.XXXII Tit.2 Nr. 7.
29. StA DT, Akte Grabbe-Gesellschaft L 80 Ia Gr.XXXII Tit.2 Nr. 7, Unterakte Regierungspräsident seit 1945.
30. Werner Broer, Christian-Dierich-Grabbe-Gymnasium – Was bedeutet der Schule dieser Name? In: Winfried Freund und Karl Alexander Hellfaier, „Aus Nichts schafft Gott, wir schaffen aus Ruinen!" (Grabbe-Jahrbuch 1986). Emsdetten 1986, S. 157ff.
31. Bielefelder StadtBlatt vom 7.8. und 4.9.1986.

Vera Scheef

Die bildende Kunst in Lippe während der Zeit des Nationalsozialismus

In einem totalitären System wie dem des NS-Staates war es schwer für einen bildenden Künstler, seine Identität zu wahren.

In einem Staate, in dem der einzelne nichts und die Gemeinschaft alles galt, war es fast unmöglich für jeden künstlerisch schaffenden Menschen, seine individuelle Eigenart, seinen Ausdruck oder vielleicht sogar seine Botschaft dem Betrachter, Leser oder Hörer zu vermitteln, wenn man nicht mit Sanktionen und gewaltigen Repressionen rechnen wollte.

Die nationalsozialistische Regierung verlangte von dem bildenden Künstler die Ausführung gegenständlicher Malerei und Plastik.

Eine andersartige Formensprache im Bereich der bildenden Kunst wurde von seiten der Regierung diffamiert und mit dem ideologisch geprägten Begriff 'entartet' umschrieben.

Diese Bezeichnung ist jedoch keine Wortschöpfung der Nationalsozialisten, sondern eine Übernahme des im späten 19. Jahrhundert verwendeten Vokabulars des jüdischen Schriftstellers Max Nordau, der für die expressive Kunst den Begriff 'entartet' ins Feld geführt hat. Hitler gebot 1937, zur Eröffnung des Hauses der Deutschen Kunst in München, daß Maler nur Farben verwenden dürfen, die das Auge wahrnehmen kann. Benutzen die Künstler andere Farben, so sei dies ein Zeichen von Krankheit; die Betreffenden müßten sich dem Strafrecht beugen.

Die Kunst der Expressionisten wurde verboten, ja, man versuchte sie sogar zu vernichten.

Expressionistische Maler und Bildhauer wurden der Lächerlichkeit preisgegeben in der berühmten und erfolgreichen Ausstellung 'Entartete Kunst', die 1937 im 'Haus der Deutschen Kunst' in München gezeigt wurde.

Der Verzicht auf die Rahmung der Bilder, ihre vollkommen unsachgemäße Hängung im Haus der Deutschen Kunst sollte zunächst den Eindruck von Chaos erzeugen, der sich bei näherer Bildbetrachtung als bewußt hergestelltes didaktisches System erwies.

Emil Nolde, zeitweise Mitglied der NSDAP, der seine Kunst als 'deutsch' empfand, wurde als 'entarteter' Künstler diskriminiert und mit einem Malverbot belegt.

Zahlreiche Künstler sowie ihre intellektuellen Kollegen fühlten sich zur Emigration gezwungen. Sie flohen in fremde, freiere Länder.

Max Beckmann verließ nach der Ausstellung 'Entartete Kunst' Berlin und ging nach Amsterdam, wo er seine künstlerische Produktion hinter verschlossener Tür fortsetzte.

Durch sogenannte 'Säuberungen' wurde der zeitgenössische Kunstbestand der Museen beträchtlich reduziert, nur sehr langsam erholte sich die Kunst von diesem Einschnitt in ihre Entwicklung.

Künstler waren einem erheblichen Anpassungsdruck ausgesetzt, wollten sie nicht Arbeit und Brot verlieren – wie es damals nicht selten vorkam –, die Heimat oder sogar das Leben.

Daß trotz dieser Repressalien in Deutschland und auch in Lippe zahlreiche Künstler ihrer Begabung, Neigung und Ambition folgend, ihren Beruf als Maler, Graphiker, Architekt oder Bildhauer ausübten, kann uns heute, die wir frei leben können, nur wundern.

Sie verdienen unsere Achtung und Anerkennung, auch wenn sie in Einzelfällen dem lebensbedrohlichen Druck der NS Regierung nachgegeben haben.

Wenden wir uns nun den Künstlern in Lippe zu, die während der nationalsozialistischen Zeit hier ihren Lebens- und Arbeitsraum aufrechterhielten. Ihre Aufgabe bestand darin, ihre Kunst in den Dienst politisch-ideologischer Funktion zu stellen, indem sie Porträts, Landschaftsdarstellungen, Genre- und Historienbilder sowie die weit verbreitetete Mutter-Kind-Thematik, Stilleben und kriegsverherrlichende Sujets als immer wiederkehrende Bildinhalte nationalsozialistischer Kunst gegenständlich, naturgetreu und realistisch ausführten. Die Nationalsozialisten forderten ein „harmloses, unpolitisches Bild in glatter Technik."[1] Eine besondere Vorliebe entwickelten sie für muskulöse Leiber, Pathos und Selbstverherrlichung.

> Jedes Sujet wurde ideologisch aufgeladen, jedes Thema allegorisch, mythologisch oder symbolisch überhöht. Die innere und äußere Wirklichkeit wurde durch ein Wunschbild, durch eine Illusion ersetzt, wobei dem Naturalismus wieder einmal die Aufgabe zufiel, dem Dargestellten Glaubwürdigkeit zu verleihen.[2]

Sowohl formal als auch inhaltlich knüpft diese von den Nationalsozialisten als Ausdruck einer geistigen Erneuerung gepriesene Kunst an den akademischen Klassizismus und die Historien- und Genremalerei des 19. Jahrhunderts an. Für den Künstler blieb bei der Formgebung des rein Gegenständlichen wenig Spielraum, seine künstlerische Eigenart, seine Formensprache, seine persönliche Handschrift zu realisieren. Trotzdem können bezüglich des Bildaufbaus, der Bildkomposition, der Linienführung, der Farb-, Licht- und Schatteneffekte Unterschiede aufgezeigt werden. Auch die Darstellungsmittel der Künstler variieren, die Bildaussage allerding erschöpft sich im Anekdotischen.

Ilse Häfner-Mode

Die 1902 in Kempen geborene Ilse Häfner-Mode, Tochter eines jüdischen Apothekers, hatte eine akademische Ausbildung erhalten und widmete ihr künstlerisches Augenmerk der Nadelmalerei. Nachdem das 'Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre' am 1.1.1936 in Kraft getreten war, galt ihre Ehe als ein Verbrechen am Volke.

> Durch die Willkürakte gegen ihren Ehemann Herbert [Häfner], mit dem sie seit 1927 verheiratet war, war sie zwar seelisch betroffen, konnte aber im Gegensatz zu ihrem Mann, der nach seinem Ausschluß aus der Reichskammer der bildenden Künste kaum noch arbeitete, im Konzentrationslager malen und ihrer 'Nadelmalerei' nachgehen. [...] Ein Zufall hatte es mit sich gebracht, daß der Rüstungsminister Speer auf ihre große Begabung aufmerksam geworden war und eine schützende Hand über ihr Tun im Lager hielt. Über das, was man ihr angetan hatte, sprach sie nie [...], ihr Leben, ihr Werk sind bewältigte Vergangenheit, bewältigt in Liebe und Freundschaft zum Menschen.[3]

Ilse Häfner-Mode überstand die achtmonatige Haft im Konzentrationslager Elben bei Kassel, das 1945 von US-Truppen befreit wurde. Anschließend lebte und arbeitete sie von 1945 bis 1955 im lippischen Leopoldshöhe und schuf für das Grabbe-Gymnasium in Detmold ein großformatiges Tryptichon.

Margarete Krieger

Die seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Schwalenberg lebende Künstlerin Margarete Krieger (1877–1953) nahm in Kassel bei dem Landschaftsmaler Carl Bantzer ihren Zeichenunterricht. Sie malte in Öl und Aquarell Architekturbilder, Landschaftsaufnahmen und Interieurs.

Entscheidenden Einfluß auf ihren künstlerischen Werdegang übte der aus Berlin stammende Impressionist Hans Licht aus, Gründungsvater der im lippischen Schwalenberg entstandenen Künstlerkolonie.

Die Auswirkungen der nationalsozialistischen Zeit auf die bildende Kunst wird Margarete Krieger aus eigener Anschauung miterlebt haben. Leider wird in ihrer Biographie die Zeit von 1933 bis 1945 nicht berührt. Wahrscheinlich hat auch sie sich dem Regime untergeordnet, um ihr Überleben, ihre Existenz als Kunstschaffende zu sichern. 76jährig verstarb die Künstlerin in Detmold im Jahre 1953.

Karl Henckel

Der aus Horn stammende Karl Henckel (1881–1950) besuchte die Kunstakademien in Kassel und Dresden und malte zahlreiche Bilder mit lippischen Motiven. In seinem Oeuvre begegnen uns Genredarstellungen, die den Menschen bei der täglichen Arbeit darstellen, den Schmied, den Schuhmacher, den Leinenweber. Man nimmt das typisch handwerkliche Repertoire als der Wirklichkeit nachempfunden wahr. Die Gesichter der arbeitenden Menschen wirken konzentriert, die Haltung dem Arbeitsprozeß angepasst, die Hände den sie bedienenden Geräten entsprechend und anatomisch korrekt wiedergegeben, ein Zeichen für sicherlich vorausgegangene anatomische Studien des menschlichen Körperbaus. Seine Werke sind von großem kulturhistorischen Wert, bewahren sie doch die Tradition handwerklicher Arbeit. (Abb.1)

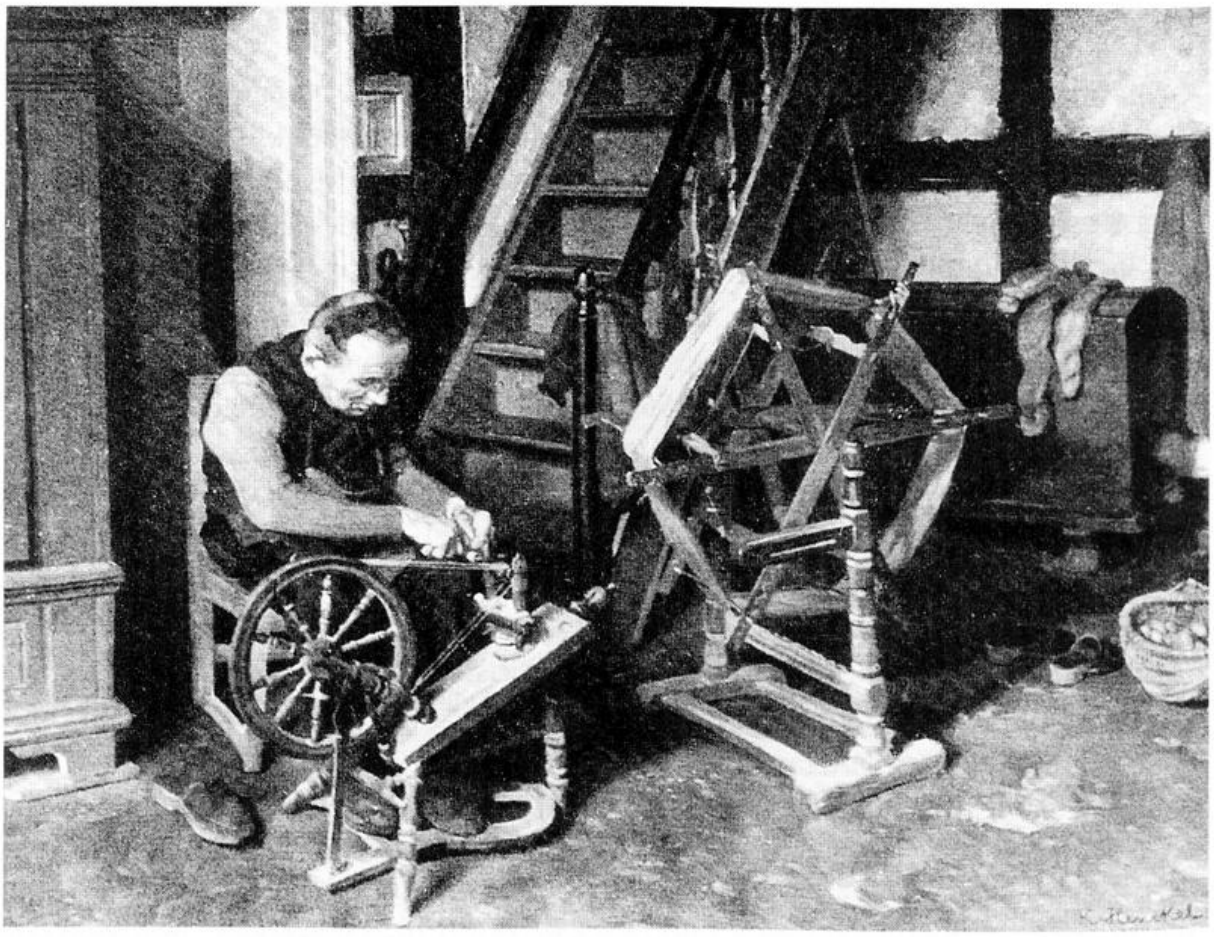


Abb. 1: Karl Henckel: Lippischer Leineweber, 1941, Öl/L, Lippisches Landesmuseum Detmold

In Detmold bekleidete Henkel auch den Vorsitz des Lippischen Künstlerbundes, eine kulturelle Einrichtung, die 1918 in Detmold ins Leben gerufen worden war und die bereits im Jahre 1931 die bis dahin zu Ausstellungszwekken dienende Landeskunsthalle entbehren mußte.

„Im Juli 1933 zog die Hitler-Jugend ein."[4] Das obere Foyer des Detmolder Landestheaters nahm die Kunst des 'Dritten Reiches' auf, Mitglieder des Künstlerbundes mußten der Reichskammer der bildenden Künste beitreten.

> Bis zum 15. Dezember muß jeder einzelne, der beruflichen Anteil an dem kulturellen Leben nimmt, seinen Eintritt in eine Körperschaft vollzogen haben, die einer der Kulturkammern angehört. Nach diesem Termin läuft jeder deutsche Künstler Gefahr, durch Polizeigewalt an der Ausübung seines Berufes gehindert zu werden, falls er der Meldepflicht nicht nachkommt.[5]

Wilhelm Köster

Wilhelm Köster, 1899 im sauerländischen Hemer geboren, lebte und arbeitete seit 1945 als freischaffender Künstler in Horn-Bad Meinberg. Nach seiner künstlerischen Ausbildung an der Werkkunstschule in Dortmund studierte er an der Münchner Kunstakademie. Als Maler und Graphiker arbeitete er mit unterschiedlichen Darstellungsmitteln, auch seine Formensprache unterlag permanenten Stilbrüchen. Ihn einer bestimmten Kunstrichtung zuzuordnen, fällt daher schwer. In den 30er und 40er Jahren wird er sich auch der naturalistischen, realistischen Malerei verschrieben haben. Das Porträt seiner Frau von 1937 unterstreicht diese Vermutung. Der Betrachter erblickt ein Halbfigurenbildnis einer in sich gekehrten jungen Frau, die den Blickkontakt zum Betrachter ablehnt. Köster stellt seine Frau sitzend in einem Interieur dar, das ohne die malerische Zugabe von Details anonym bleibt. Sowohl das Motiv als auch die realistische Sprache der Komposition stimmt mit der Kunstauffassung der Nationalsozialisten überein. Erst in den 50er, 60er und 70er Jahren setzt sich Kösters Interesse an der Welt der nichtfigurativen Kunst durch.

Walter Steinecke

Als einer der produktivsten Künstler der NS-Zeit galt der aus Lemgo stammende Walter Steinecke (1888–1976), der als Gaukommissar der NSDAP auch den Vorsitz des 1933 sich konstituierenden 'Reichsverband Bildender Künstler' in Lippe inne hatte. Darüber hinaus hatte er noch weitere Aufgaben zu erfüllen, hierzu gehörte etwa die Realisierung und Kontrolle der Gleichschaltung von Vereinen und Verbänden. Als Künstler schuf er ein umfangreiches Werk, das formal und inhaltlich dem nationalsozialistischen Gedankengut entsprach und zunehmend kriegsverherrlichende Sujets aufgriff. Eines seiner Hauptwerke, der 'Kamerad', ein Bild, das am 27. Oktober 1938 in der „Lippischen Staatszeitung" veröffentlicht wurde, dokumentiert den damaligen Zeitge-

schmack. „Hier marschiert der Waffenträger der Nation neben dem Arbeiter, dem SA-Kameraden und einem Mann vom Reichsarbeitsdienst. Das Gewehr, die Hacke, die Fahne der Bewegung und der Spaten sind Symbole unserer Zeit."[6]

Ernst Rötteken

Die malerischen Arbeiten des Detmolder Malers und Graphikers Ernst Rötteken (1882–1945), der als Zeichenlehrer im Schuldienst beschäftigt war, spiegeln auch Natur- und Heimatverbundenheit wider, was der nationalsozialistischen Kunstauffassung sehr entgegen kam. Auch Rötteken, der in Lippe und darüberhinaus einen durchaus anerkannten Malernamen trug, zeigt eine den Erwartungen offizieller Kunstdiktatur konforme Malerei und Graphik. Er erhielt Aufträge von seiten der damaligen Regierung, die er nicht ablehnen konnte, wollte er als Künstler überleben. Mitte der 30er Jahre führte Ernst Rötteken malerische Arbeiten im Namen der NSDAP aus. Für den damaligen Detmolder Oberregierungsrat Dr. Oppermann malte er ein Bild von den Externsteinen, der es in seiner Eigenschaft als Vorsitzender und Geschäftsführer der Externsteinestiftung Heinrich Himmler zum Geburtstag schenkte.

Abb. 2: Ernst Rötteken: Wewelsburg, 1935, Öl/L, 70 x 85,8 cm, Lippisches Landesmuseum Detmold

> Für das wunderschöne Bild von den Externsteinen, das Sie mir im Namen der Externsteinestiftung zum Geburtstag schickten und für Ihre persönlichen Wünsche sage ich Ihnen meinen allerherzlichsten Dank. Könnten Sie den Künstler veranlassen, mir zu schreiben? Ich möchte nämlich ein solches Bild von den Externsteinen bei ihm für die Wewelsburg bestellen.[7] (Abb. 2)

Nicht nur die Wewelsburg, auch den Quedlinburger Dom, die dortige Krypta Heinrichs I. sowie den Sachsenhain und die Sonnwendfeier an den Externsteinen malte Rötteken in Öl für Himmler. Zur Anfertigung dieser Bilder wurde Rötteken vom Schuldienst freigestellt.

Ausstellungen des 'Reichsverbandes Bildender Künstler'

Zahlreiche lippische Künstler wie z.B. Margarethe Hasse (1870–1940), Walter Kramme (1888–1949) und Ernst Rötteken (1882–1945) gehörten dem 'Reichsverband Bildender Künstler' an. Diese Mitgliedschaft garantierte die Ausübung des Berufes, die Versorgung mit Materialien wie Leinwand und Farbe, Ausstellungsbeteiligung sowie die soziale Absicherung durch Kranken- und Sozialversicherung. Der 'Reichsverband Bildender Künstler' organisierte auch Ausstellungen in Lippe. Sie wurden durch die Einführung einer sogenannten Lizenzkarte reglementiert und durften nur von heimischen Künstlern bestückt werden. Zum Ausstellungsleiter ernannte man den aus Horn stammenden Künstler Karl Henckel, der sich bestimmten Normen und Richtlinien zu fügen hatte.

Die alljährlich stattfindenden Weihnachtsausstellungen in Detmold kommentierte 1937 der seit 1903 in Detmold lebende Künstler Bruno Wittenstein (1890–1953): „Deutsch zu sein in der Technik bemühten sich deshalb alle Ausstellenden, aber, wo es anging, bringen sie auch Artgerechtes und Abstammungsbewußtes, so daß man diese Ausstellung wohl als programmatisch bezeichnen darf."[8]

Vier Jahre zuvor präsentierten heimische Künstler ihre Arbeiten in der Wandelhalle in Bad Salzuflen. Die zu der Eröffnungsausstellung erfolgte Kunstbetrachtung – kunstkritische Berichte wurden in der NS-Zeit verboten – lautete folgendermaßen:

> Die lippischen Künstler fühlen sich, das sieht man an ihren Schöpfungen, mit ihrer lippischen Heimat recht innig verbunden. Der Wald in seiner Urwüchsigkeit, die anmutigen Berge und Täler, der Wildreichtum, die Jagd, die Blumen in ihrer Farbenpracht, der Mensch daheim und draussen, alles das bewegt unsere heimischen Künstler.[9]

Ausstellungen in der Buchhandlung Ernst Schnelle

Neben dem 'Reichsverband Bildender Künstler' konzipierten und organisierten in der NS-Zeit auch Privatpersonen Ausstellungen. Zu ihnen gehörte in Detmold der Buchhändler Ernst Schnelle, der in seiner Werbung auf die von ihm veranstalteten Wechselausstellungen hinwies, die häufig auch als Verkaufsausstellungen deklariert wurden. Sie fanden in seinem Geschäft an der Lange Straße in Detmold statt. Das Gästebuch Schnelles, heute im Besitz des Nordrhein-Westfälischen Staatsarchivs Detmold, enthält für die Zeit bis 1939 Informationen über Ausstellungstitel und über die Ausstellungsbesucher.[10]

Vor der Machtergreifung im Januar 1933 fand eine solche Präsentation statt, die graphische Arbeiten u.a. von Max Slevogt, Käthe Kollwitz oder Lovis Corinth für 30 bis 40 RM anbot, eine Preisvorstellung, die den heutigen Anforderungen des Kunstmarktes nicht mehr gerecht werden würde.

Allein 100 Personen, die z.T. aus Herford, Hannover oder Kassel anreisten, besuchten diese Ausstellung, was als Beweis für eine breite kunstinteressierte Öffentlichkeit inner- und außerhalb Lippes gelten kann.

Seine Präsentationen, die unter der Rubrik 'Kunstnachrichten' in der regionalen Presse angekündigt wurden, waren nicht nur kunstgeschichtlich ausgerichtet. Auch die 'Deutsche Vorgeschichte', Ausstellungsinhalt einer im Jahre 1939 gezeigten Schau, entspricht thematisch der dem nationalsozialistischen Gedankengut konformen Verherrlichung deutscher Geschichte und deutscher Kultur.

Der Ausstellungstitel 'Das schöne Lipperland' ist ebenfalls als ideologisch überhöhter Titel anzusehen, der den Patriotismus und die Heimatliebe symbolisiert, Tugenden, die dem einzelnen vergegenwärtigt werden sollten.

Im Gegensatz zu den Ausstellungen des 'Reichsverbandes Bildender Künstler' bestückten auch nichtlippische Künstler die Ausstellungen an der Langen Straße in Detmold. Im Jahre 1936 stellte der aus Hameln stammende Künstler R. Riege Holzschnitte, Aquarelle und Zeichnungen aus.

Die Präsentation von Werken des lippischen Künstlers Heinrich Hopmeier im Juni 1939 war die letzte Ausstellung Schnelles, der zum einen durch sein breitgefächertes Ausstellungsangebot seinen Kunst- und Sachverstand unter Beweis stellte und zum anderen dem Künstler und Publikum ein zusätzliches Forum künstlerischer Auseinandersetzung bot.

* * *

Sehr bedauerlich ist es, daß in den meisten lippischen Künstlerbiographien die Zeit des Nationalsozialismus ausgespart wird. Bewußt hat man diese Zeit des Grauens und der Gewalt verdrängt. Nur sehr sporadisch und vereinzelt wird die Gesinnung lippischer Künstler überliefert. Wie gestalteten sich während der

zwölfjährigen Schreckensherrschaft ihre Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten? Welche Sanktionen mußten sie auf sich nehmen? Gab es unter den zahlreichen Künstlern auch solche, die Widerstand leisteten? Emigrierten einige Künstler aus Lippe? Diese Fragen können im Rahmen sieses Beitrages nicht gelöst werden.

Anmerkungen

1. Joseph Wulf, Die bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Gütersloh 1963, o.S.
2. Sandro Bocola, Die Kunst der Moderne. Zur Struktur und Dynamik ihrer Entwicklung. Von Goya bis Beuys. München 1994, S. 393.
3. Lippischer Künstlerbund, Dokumentation. Detmold 1982, S. 42.
4. Lippischer Künstlerbund, Dokumentation. Detmold 1982, S. 65.
5. Rötteken 1995, S. 43.
6. Volker Wehrmann, Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933-1939. Detmold 1984, S. 144.
7. Brief des Reichsführers SS Heinrich Himmler an Dr. Oppermann vom 25.10.1935 (Privatbesitz).
8. „Lipp. Landeszeitung" 1937, o.S.
9. Kunstkritik. In: „Lippischer Allgemeiner Anzeiger. Salzufler Zeitung", Jg. 191, 1933. STA DT L 113, Nr.1251.
10. Besucherbuch der Ausstellung der Buchhandlung Schnelle. STA DT D 72 Schnelle Nr.16.

Literaturverzeichnis:

Besucherbuch der Ausstellung der Buchhandlung Schnelle. In:STA DT D 72 Schnelle Nr.16.

Sandro Bocola: Die Kunst der Moderne. Zur Struktur und Dynamik ihrer Entwicklung. Von Goya bis Beuys. München 1994.

Brief des Reichsführers SS Heinrich Himmler an Dr. Oppermann, 25.10.1935, Privatbesitz.

Malte Jens Fischer: Entartete Kunst. Zur Geschichte eines Begriffs. In: Merkur 38 (1984), S.346-352.

Berthold Hinz: Die Malerei im deutschen Faschismus. München 1974.

Kunst, Wissenschaft, Literatur, Verschiedenes. STA DT L80 Ia Gr.XXXII (1892–1951).

Kunstkritik. In: 'Lippischer Allgemeiner Anzeiger. Salzufler Zeitung', Jg. 191, 1933. STA DT L 113, Nr.1251.

Lippischer Künstlerbund, Dokumentation. Detmold 1982.

Hermann Ludwig Schäfer: Lippische Künstlerbiographien (alphabetisch). In: „Lippische Landeszeitung“ und „Lippische Rundschau“.

Volker Wehrmann: Lippe im Dritten Reich. Die Erziehung zum Nationalsozialismus. Eine Dokumentation 1933–1939. Detmold 1984.

Joseph Wulf: Die bildenden Künste im Dritten Reich. Eine Dokumentation. Gütersloh 1963.

Paul-Wolfgang Herrmann

Die Zerschlagung der Gewerkschaften

Am 2. Mai 1933 berichtet der „Lippische Kurier", die Lokalzeitung der NSDAP in Lippe, unter der Überschrift „Die roten Gewerkschaften unter der Führung der NSBO" über die Besetzung der Gewerkschaftshäuser in Detmold, Bad Salzuflen und Schötmar:

> Heute morgen 10 Uhr wurden von der NSDAP unter der Führung der NSBO, in Lippe wie im ganzen Reich, Aktionen durchgeführt, die die roten Gewerkschaftsbonzen hinwegfegten. Die Bezirksstellen der einzelnen Gewerkschaften wurden mit Nationalsozialisten besetzt. Ebenso die Volks- und Gewerkschaftshäuser. Zu Zwischenfällen ist es nirgends gekommen [...] Die Aktionen wurden von der Hilfspolizei durchgeführt.[1]

Damit ist auch in Lippe der von langer Hand vorbereitete entscheidende Schritt der Nazis zur Ausschaltung der freien Gewerkschaften aus dem sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben in Deutschland vollzogen. In den nächsten Wochen und Monaten wird mit der völligen Zerschlagung der alten Gewerkschaftsstrukturen und deren Ersetzung durch willfährige Organisationen der Nationalsozialisten eine Entwicklung abgeschlossen und zementiert, die lange vor dem 2. Mai 1933 eingeleitet wurde und deren Vollendung nun selbst von der liberalen Presse als „großes Einigungswerk"[2] bezeichnet wird.

I. Die mühsamen Anfänge der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO)

Noch Anfang 1932 beklagte der ungenannte Verfasser einer NSBO- Schrift den geringen Einfluß der NSBO unter den Detmolder Arbeitern:

> Da von der NSBO bisher wenig gearbeitet ist, sind die hiesige Arbeiter- und Angestelltenschaft in Gewerkschaften und Angestelltenverbänden organisiert, oder aber, und das trifft wohl für den größten Teil zu, sie gehören gar keiner Organisation an. In Betrieben ist die NSBO bzw. unsere Bewegung durch einzelne Mitglieder vertreten.[3]

Zu diesem Zeitpunkt gab es in Detmoid lediglich zwei Angestellten-Betriebszellen.

Der Verfasser rief daher alle NSDAP-Mitglieder auf, in ihren Betrieben „auf geschickte Art Propoganda-Material unterzubringen", und konnte als erste Er-

folge die Einrichtung einer NSBO-Geschäftsstelle in Detmold und die Rekrutierung von täglich fünf neuen Mitgliedern melden. Andererseits mußte er eingestehen, daß auch viele NSDAP-Mitglieder der NSBO keine Bedeutung beimaßen oder die Organisation nicht einmal kannten.[4]

Bis Ende 1932 scheint jedoch weder das Rekrutierungstempo für die NSBO beibehalten worden zu sein, noch hatte sich die finanzielle Situation der NSBO wesentlich gebessert.

Am 28. November 1932 beschied Walter Steinecke, Landesleiter der NSDAP für Lippe, eine Bitte des NSBO-Kreises Detmold um finanzielle Unterstützung negativ mit dem Hinweis auf 12.000 Reichsmark Schulden, die die lippische NSDAP noch aus der Ära seines Vorgängers Fuhrmann habe.[5]

Die NSBO wurde von den Nationalsozialisten aber nicht nur als Instrument zur Infiltrierung der Arbeiterschaft benutzt, sondern spielte auch eine wichtige Rolle bei der Agitation in der Öffentlichkeit, vor allem im Wahlkampf. So war sie unter anderem auch eingebunden in die Auseinandersetzung mittels der Presse.

In einem Schreiben an den Gauleiter Dr. Meyer in Münster schlug der Landeshauptabteilungsleiter VI Lippe am 8. Dezember 1932 vor, den Parteigenossen Kampmann aus Eichholz mit der speziellen Aufgabe der 'Überwachung' der lippischen Zeitungen und der Abfassung von Gegenartikeln zu beauftragen, da die NSBO wegen der Inanspruchnahme durch den beginnenden Wahlkampf dazu nicht mehr in der Lage war.[6] Diese Anregung ist zweifellos ein Indiz für die geringe personelle Decke der NSBO in Lippe.

Daher forderte auch am 27. Januar 1933 der stellvertretende Gau-Hauptabteilungsleiter VI in Münster in einem Schreiben an den stellvertretenden Landesleiter der NSBO Lippe, Uhle, daß in allen NSDAP- Ortsgruppen NSBO-Betriebszellen gegründet werden und alle in einem Arbeitsverhältnis stehenden Parteimitglieder den Betriebszellen beitreten sollten. Jedes NSBO-Mitglied sollte verpflichtet werden, monatlich wenigstens ein weiteres Mitglied zu werben, um so in einem Vierteljahr in jeder Ortsgruppe eine schlagkräftige Betriebszelle zustande zu bringen.[7]

Erst nach den Landtagswahlen in Lippe am 15. Januar 1933 und der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler am 30. Januar 1933 scheint sich die Mitgliederzahl der NSBO in nennenswertem Umfang erhöht zu haben, allerdings sind konkrete Zahlenangaben kaum zu finden. Lediglich für Schötmar läßt sich die Verdoppelung der Mitgliederzahl von 53 auf ca. 100 zwischen Ende Januar und Mitte März 1933 nachweisen.[8]

Auch leicht ansteigende Mitgliederzahlen führten aber offenbar vorerst nicht zu einer wesentlichen Bedeutungserweiterung der NSBO. Erst am 1. März 1933 traute sich die NSBO-Ortsgruppe Detmold mit einer Versammlung im 'Neuen Krug' an die Öffentlichkeit. Anläßlich dieser Veranstaltung zeigte sich, daß auch in Lippe Querelen und Kompetenzgerangel zwischen verschiedenen

Organisationen der Nationalsozialisten an der Tagesordnung waren. So formulierte der Verfasser eines Schreibens der NSBO- Ortsgruppe Detmold an den SA- Standartenführer Willi Dettmer, er würde sich freuen, „wenn die SA auch an dieser Versammlung teilnehmen würde, es würden dadurch sicher erheblich viele Mißverständnisse aus der Welt geschafft werden".[9]

Selbst innerhalb des NSBO-Verwaltungsapparates gab es offenbar Reibereien, wie eine Dienstanweisung des Detmolder Ortsgruppenbetriebswarts Uhle beweist, in der er „wahre Kameradschaft und Solidarität" forderte, um „einen reibungslosen Verkehr in der Geschäftsstelle sicherzustellen", und drohte: „Ich werde in Zukunft einen Krach dadurch vermeiden, daß ich beide Parteien von der Mitarbeit in der Geschäftsstelle ausschließe."[10] Auch sonst war der Ton innerhalb der NSBO nicht gerade zimperlich. Die Landesleitung der NSBO Lippe informierte in einem vertraulichen Schreiben vom 23. Februar 1933 den Lemgoer NSBO-Kreisleiter Matthias Naudorf darüber, daß in den Dörentruper Sand- und Thonwerken 60 bis 100 Einstellungen anstünden und daß versucht werden solle, NSBO-Mitglieder dort unterzubringen, drohte aber gleichzeitig: „Falls irgendein NSBO-Mitglied, daß Du informieren mußt, die Schnauze nicht hält, fliegt (es) aus der NSBO raus. Also mach die Sache so schnell wie möglich fertig."[11]

Die Mitglieder der NSBO hielten es offenbar auch mit der Erfüllung ihrer Pflichten mehr als lax und mußten immer wieder zur Ordnung gerufen und zur Teilnahme an Aktionen aufgefordert werden.

So verbot der Detmolder Ortsgruppenbetriebszellenwart Uhle in einem Schreiben „An die Amtswalter und Mitglieder der NSBO" vom 12. März 1933 unter Berufung auf eine Hitler-Rede im Rundfunk „allen mir unterstellten Mitgliedern der NSBO Detmold und des Kreises Detmold, eine Beteiligung an Maßnahmen, die das Ansehen und die Würde unserer Bewegung schädigen." Er warnte vor einer „Beteiligung an Maßnhmen gegen Beamte und Angestellte des Landes, des Reiches und der Stadt", die „einzig und allein der Landesregierung bzw. der Landesleitung vorbehalten" seien und beschloß das Schreiben wie folgt:

> Desgleichen verbiete ich den mir unterstellten NSBO-Leuten ein offenes Tragen von Pistolen und Gummiknüppeln. Nichtbefolgung dieser Anordnung werde ich ohne Rücksicht auf die Person verfolgen und den sofortigen Ausschluß des Mitglieds bei der NSBO-Landesleitung beantragen.[12]

Auch mußten NSBO-Mitglieder immer wieder zur Teilnahme an Versammlungen und öffentlichen Auftritten bis hin zur Teilnahme am 1.-Mai-Aufmarsch ermuntert und verpflichtet werden. Dabei schreckten die verantwortlichen lokalen Führer nicht einmal vor Drohungen gegenüber anderen Funktionsträgern zurück, um so weniger, wenn es um die Öffentlichkeitswirkung von Aktionen ging. Das soll an zwei Beispielen belegt werden.

NSBO-Kreisleiter Rosteck erließ im März 1933 folgende Anordnung der NSBO-Kreisleitung Lippe, die auch im NS-Organ Lippischer Kurier am 13. März 1933 veröffentlicht wurde:

> Ich ordne hiermit an, daß alle Sprechabende der NSBO von den Mitgliedern besucht werden müssen. Die Kreisleitung wird selbst auf jedem Sprechabend erscheinen und die Mitgliederliste prüfen. Die Mitglieder, die es nicht für nötig halten, auf unseren Sprechabenden zu erscheinen, werden rücksichtslos ausgeschlossen, wenn keine dringende Entschuldigung vorliegt.[13]

Und in einem Schreiben an den Pg. Hasse formulierte Uhle für die NSBO Lippe:

> und machen nochmals darauf aufmerksam, daß eine gründliche Propaganda für ein Gelingen und guten Besuch der Versammlung unbedingte Voraussetzung ist. Für einen Fehlschlag werden wir Sie persönlich verantwortlich machen, denn wenn die Vorbereitungen richtig getroffen sind, ist eine NSBO-Versammlung immer gut besucht.[14]

Auch die Finanzsituation der NSBO scheint sich bis Mitte März 1933 kaum verbessert zu haben, wie Mahnschreiben der Organisation im März 1933 zeigen, in denen ausstehende Beträge für Zeitungen, Flugblätter etc. bei NSBO-Untergliederungen und Parteimitgliedern (selbst beim Landesleiter der NSDAP Lippe!) mit der Begründung angemahnt wurden, daß das Geld dringend für Propaganda und die Miete für die Geschäftsstelle sowie die Aufrechterhaltung des Geschäftsbetriebs benötigt werde.[15]

Und am 24. März 1933 bestellte die NSBO Lippe 500 Exemplare der Broschüre „Bringt Hitler Brot" bei der NSBO Hauptabteilung VI in Münster mit der Bemerkung: „Leider können wir im Moment keine größeren Mengen abnehmen, weil uns die Mittel fehlen".[16] Alle diese Indizien deuten darauf hin, daß es der NSBO bis zu diesem Zeitpunkt nicht gelungen war, größere Wirkung unter den lippischen Arbeitern zu erzielen oder gar den euphorischen Anspruch einzulösen, den der Lippische Kurier am 2. Januar 1933 in seiner Berichterstattung über eine NSBO-Amtswaltertagung am 1. Januar 1933 in Lage formuliert hatte:

> Die Tagung war gut besucht. Sämtliche Ortsgruppen hatten Vertreter entsandt. Eine ausgezeichnete Stimmung und unerschütterlicher Siegeswillen klang aus allen Reden und aus den Berichten der Ortsgruppen hervor. Die Erfolge der NSBO im Freistaat Lippe sind gewaltig. Unaufhörlich wird der Vormarsch fortgesetzt. Unser Ziel ist: Keine Betriebsstätte ohne nationalsozialistische Betriebszelle.[17]

II. Die Bedeutung der Gewerkschaften im Konzept der Nationalsozialisten

Die Situation der Gewerkschaften in der Weimarer Republik

So vielfältig und zersplittert wie das politische war auch das gewerkschaftliche Spektrum der Weimarer Republik. Zwar waren die im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) zusammengeschlossenen freien Gewerkschaften mit fast 5 Millionen Mitgliedern im Jahre 1930 die mit Abstand stärkste Arbeiterorganisation vor den im DGB zusammengefaßten christlichen Gewerkschaften mit etwa 1,35 Millionen Mitgliedern, daneben aber gab es eine Vielzahl kleinerer Gewerkschaftszusammenschlüsse und Gewerkvereine. Unter diesen gehörte der aus dem Zusammenschluß der liberal ausgerichteten Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit einigen Angestellten- und Beamtenbünden hervorgegangene Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände noch zu den bedeutenderen. Die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsorganisation (RGO) versuchte zum Teil innerhalb des ADGB Einfluß zu nehmen, allerdings ohne nennenswerte Erfolge.[18]

Die gewerkschaftliche Orientierung der deutschen Arbeiterschaft nahm im Verlauf der Weimarer Republik deutlich ab. Allein zwischen 1922 und 1924 verlor der ADGB fast die Hälfte seiner ursprünglich nahezu 8 Millionen Mitglieder.[19] Zudem veränderte sich mit zunehmender Arbeitslosigkeit die Mitgliederstruktur der Gewerkschaften. Bei über 6 Millionen Arbeitslosen Ende 1932 waren 45,6 Prozent der ADGB-Mitglieder arbeitslos, also ohne Verankerung in den Betrieben; 22,2 Prozent arbeiteten kurz.[20]

Erst in der Endphase der Weimarer Republik gab es Ansätze zu einer Zusammenarbeit der zerstrittenen Richtungsgewerkschaften angesichts der Drohung einer Nazi-Diktatur. Doch kamen diese zu spät und wurden nicht intensiv genug verfolgt. Zudem wogen viele Gewerkschaftsführer sich in der Illusion, auch in einem totalitären nationalsozialistischen System sei Platz für gewerkschaftliche Organisationen und gewerkschaftliche Arbeit. So bot Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, Adolf Hitler in einem Schreiben vom 29. März 1933 an, sich von der SPD zu lösen, mit der der ADGB gemeinsam mit anderen Organisationen seit Dezember 1931 in der Eisernen Front zusammenarbeitete, in der Hoffnung, so den ADGB als Organisation zu retten.[21] Zu diesem Zeitpunkt waren bereits die ersten Gewerkschaftshäuser in Deutschland von SA und SS besetzt und geschlossen worden.

Die Rolle der NSBO in der Strategie der Nationalsozialisten

Die Zerstrittenheit und Zersplitterung der deutschen Arbeiterschaft versuchten die Nationalsozialisten mit der Gründung der Nationalsozialistischen Betriebszellen-Organisation (NSBO) im Jahre 1928 auszunutzen.[22] Sie war als

Kampfinstrument gegen die Gewerkschaften, besonders gegen die Gewerkschaftsführungen, gedacht, die immer wieder als 'Bonzen' attackiert wurden.

Die Nazis hatten jedoch vor 1933 kein einheitliches Konzept im Umgang mit den Gewerkschaften. Zwar wollten sie möglichst viele 'Arbeiter der Stirn und Faust' in die NSBO hineinziehen, die NSBO-Mitglieder blieben jedoch ähnlich wie die Mitglieder der kommunistischen RGO weitgehend in den etablierten Gewerkschaften, die sie mit Hilfe der Zellenbildung von innen heraus zu erobern und auszuhöhlen versuchten.[23] Dabei spielte die Agitation gegen die Gewerkschaftsführung und deren Verquickung mit der SPD eine wesentliche Rolle, auch vor Ort in Lippe.

So war am 15. Februar 1933 auf der Seite 'Der soziale Kämpfer in der NSBO' im „Lippischen Kurier" folgendes zu lesen:

> Die Betriebszellen-Organisation der NSDAP ist die Organisation, die es sich zur höchsten Aufgabe macht, für die Belange der Deutschen Arbeiter der Stirn und Faust zu kämpfen, um ihnen ihre sozialen Rechte zu sichern. Jeder Arbeiter weiß und spürt heute am eigenen Leibe, wie die größten, die freien Gewerkschaften versagt haben. Die sogenannten „freien" Gewerkschaften mußten versagen und konnten die Interessen der Arbeiter nicht mehr vetreten, weil sie unter dem Kommando der SPD standen. Damit wurden sie eine Partei-Einrichtung [...]
> In dieser großen Arbeiterbewegung entwickelte sich ein Bonzenflügel, der den großen sozialen Gedanken „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" in „Eigennutz geht vor Gemeinnutz" umwandelte [...]
> Dabei wurden ihre Führer Kapitalisten und die höchsten Gehälter bewilligten sie sich selber. Alles dieses führte zum Untergang der Gewerkschaften und ihrer Anhänger.[24]

Ein weiterer Artikel rief alle NSBO-Kämpfer auf, bei den Reichstagswahlen am 5. März 1933 „alle Kraft gegen den Marxismus" einzusetzen:

> Bei dieser Wahl gilt es mehr denn je : Nun erst recht!
> Alle Mann an die Arbeit! Jeder NSBO-Mann muß dafür sorgen, daß unsere Arbeiterbewegung immer stärker wird. Jeder uns noch fernstehende Mann muß davon überzeugt werden, daß er nur in unseren Reihen sein Recht auf Arbeit und Brot erkämpfen kann. Kämpfen wir für den Erfolg unserer Bewegung, dann kämpfen wir für Deutschland.[25]

In diesen Artikeln kommt der Primat des Politischen gegenüber dem Gewerkschaftlichen, die Unterordnung der NSBO unter die Parteiinteressen der NSDAP klar zum Ausdruck, und gerade dies warf die NSBO den Führern der freien Gewerkschaften in deren Verhältnis zur SPD vor.

Den Vorwurf, sie hätten die Arbeiterinteressen durch Anlehnung an die SPD verraten, verband die NSBO agitatorisch geschickt mit der Anschuldigung, die Gewerkschaftsführer würden ihre Mitglieder ausbeuten und Gewerkschaftsbeiträge veruntreuen. Dabei verwendete sie auch das von den Nazis immer

wieder beschworene antisemitische Bild des schmarotzenden kapitalistischen Juden.

> Auch danken wir für eine Sorte Arbeiterführer, die sich aus den Erträgen des Arbeiters ein Wohlleben schafft, während Millionen deutscher Arbeiter darben müssen [...] Heute sind die Gewerkschaften nur noch dazu da, um den 60.000 bezahlten Bonzen ihre Gehälter zu garantieren. Es ist bezeichnend, daß man immer wieder bei manchem Führer der SPD-Gewerkschaften engste verwandtschaftliche und sonstige Bindungen an das Judentum feststellen kann.[26]

Die NSBO wurde wegen ihrer Angriffe auf die Gewerkschaften mit dem Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit konfrontiert, verwahrte sich aber dagegen mit einer Erklärung, die am 28. Februar 1933 im „Lippischen Kurier" veröffentlicht wurde:

> Die NSBO ist kein Mittel zur Zerstörung der Gewerkschaften!
> Die NSBO ist keine Streikbrecherorganisation!
> Die NSBO ist keine gelbe Gewerkschaft!
> Die NSBO ist ein Kampfmittel gegen die politische Führung der Gewerkschaften, gegen die marxistische Bevormundung des deutschen Arbeiters, gegen die Feigheit heutiger Gewerkschaftsbonzen, gegen die Lügenflut von der Arbeiterfeindlichkeit der NSDAP!
> Haß, Lüge, Terror, Verleumdung haben nichts gefruchtet, die NSBO hat sich durchgesetzt und ist der gefürchtete Gegner aller Verräter von Arbeiterinteressen, der unerbittliche Feind aller Volksverführer.
> Der Platz des deutschen Arbeiters, der den Verrat seiner bisherigen Führer erkannt hat, ist in der NSBO.[27]

Diese im typisch agitatorischen Nazi-Jargon formulierte Darstellung entbehrte jedoch zumindest in ihren letzten Punkten jeder Realität. Im Januar 1933 lag die Mitgliederzahl der NSBO in ganz Deutschland bei 170.000[28]; daß es der NSBO auch in Lippe nicht gelungen war, nennenswerten Rückhalt in der Arbeiterschaft zu finden, ist oben schon dargestellt worden.

Die Betriebsrätewahlen 1933

Obwohl nach der Machtübernahme der Nazis am 31. Januar 1933 eine Reihe von Gesetzen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit erlassen wurden und die Nationalsozialisten durch Agitation und Terror, wie erste Besetzungen von Gewerkschaftshäusern schon Anfang März 1933, versuchten die organisierte Arbeiterschaft einzuschüchtern, endeten die Betriebsrätewahlen im Frühjahr 1933 für die Nationalsozialisten mit einem Desaster, soweit sie überhaupt noch durchgeführt wurden.

Nach einer Übersicht des ADGB von April 1933 wurden in 1.387 Betrieben 9.235 Arbeiterratsmitglieder gewählt. Die Freien Gewerkschaften des ADGB

erhielten 6.777 Mandate (73,4 %), die NSBO 1.083 (11,7 %), die Christlichen Gewerkschaften des DGB 693 (7,6 %).

Lediglich im Ruhrbergbau konnte die NSBO größeren Rückhalt unter den Arbeitern finden. Bei den Wahlen zu den Betriebsvertretungen auf 150 Schachtanlagen lag die NSBO mit 46.595 Stimmen knapp vor den Freien Gewerkschaften mit 46.197, gefolgt von den Christlichen Gewerkschaften mit 34.745 Stimmen. Deutlich abgeschlagen landete die RGO mit 14.038 Stimmen auf Rang 4.[29]

Obgleich die NSBO damit nicht einmal 30 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten hatte, feierte der Lippische Kurier das Ergebnis als großen Sieg und „Ohrfeige für bürgerliche Allerweltskritiker".[30]

Für Detmold und Lippe liegen kaum Ergebnisse vor. Bemerkenswert ist eine Meldung der Lippischen Landeszeitung vom 24. März 1933, nach der die Belegschaft der Firma S. in Lage eine Betriebsversammlung durchführte, in der der stellvertretende NSBO-Kreisleiter Adolf Uhle eine Rede hielt. Nach dem Bericht waren seine Worte so „eindrucksvoll", daß „die anwesenden Vertreter der Freien Gewerkschaften von sich aus die Aufstellung einer gemeinsamen Liste [mit der NSBO] anregten."[31]

Diese Meldung ist allerdings insofern mit Vorsicht zu behandeln, als nicht einmal der nationalsozialistische „Lippische Kurier" darüber berichtete.

Die einzige Erfolgsmeldung betrifft die Stadtverwaltung Detmold, wo nach einem Bericht des Lippischen Kurier vom 28. März 1933 nur eine einzige Liste, nämlich die der Nationalen Sozialisten eingereicht worden war, so daß die Vertreter dieser Liste automatisch gewählt waren. Unter der Überschrift „Großer NSBO-Sieg" kommentierte der „Lippische Kurier" das Ergebnis überschwenglich und übertrieben:

> Die städtische Angestelltenschaft hat mit dieser Wahl bekundet, daß sie sich bedingungslos hinter das Aufbauwerk der Reichsregierung unter der Führung Adolf Hitlers stellt. Es erfreut uns, daß die städtische Angestelltenschaft als erste in den lippischen Verwaltungen den Weg zu unserem Führer gefunden hat.[32]

Es erübrigt sich , diese Interpretation eines solchen 'Wahl'-Ergebnisses zu kommentieren.

> Am 4. April 1933 brechen die Nationalsozialisten die Betriebsrätewahlen durch Gesetz ab. Die für sie katastrophalen Ergebnisse machen deutlich, daß die Arbeiter die Politik und die Ziele der NS-Bewegung nach wie vor ablehnen, im Gegensatz zur Anpassungspolitik der Gewerkschaftsführung.[33]

Terror und Agitation zeigen Wirkung

Ab April 1933 scheinen dann Agitation und Terror auch in Lippe zu einem deutlichen Anstieg der NSBO-Mitgliedschaft geführt zu haben, auch wenn die Meldung des „Lippischen Kurier" vom 22. April 1933 sicherlich zu euphorisch klingt und daher kritisch zu bewerten ist:

> Riesige Erfolge der NSBO in Lippe. Mit Riesenschritten geht die NSBO in Lippe voran. Täglich kommen die verführten Arbeitskameraden zu uns und geben ihrer Anerkennung Ausdruck. Sie alle wollen Mitkämpfer der NSBO unter der Führung von Adolf Hitler werden [...] Ein Betrieb nach dem anderen wird erobert. Eine gewaltige Arbeit ist bereits von den Leitern der NSBO in Lippe geleistet worden.[34]

Das Datenmaterial ist zwar sehr fragmentarisch, doch weisen interne Unterlagen der NSBO konkrete Zahlen für einzelne Betriebe und Institutionen aus. So waren beim Finanzamt Detmold am 5. April 1933 14 Beschäftigte in der NSDAP, davon 3 auch in der NSBO, 13 weitere waren Mitglieder der NSBO ohne der NSDAP anzugehören, und 7 Beschäftigte waren eingetragene Mitglieder der Beamten-Arbeitsgemeinschaft der NSDAP, ohne in der NSDAP zu sein.[35]

24 Mitarbeiter der Lippischen Tageszeitung traten in die NSBO ein, der zuvor schon drei Betriebsangehörige beigetreten waren.[36]

Nicht genau zu datieren ist der Eintritt der gesamten Angestelltenschaft der Firma Neugarten und Eichmann (27 Personen) in die NSBO.[37]

Die Listen der NSBO-Ortsgruppe Detmold weisen für die Betriebszelle Bauhof 14 Mitglieder aus, ebenfalls 14 Mitglieder für die Betriebszelle Gaswerk und sechs Mitglieder der Betriebszelle Lippische Spar- und Leihekasse.[38] Eine weitere Liste enthält die Namen von 32 Detmoldern ohne Berufs- oder Betriebszugehörigkeitsangaben.[39]

Unverhohlen deklarierte die NSBO als Ziel, „im neuen Deutschland die alten Gewerkschaften ersetzen" zu wollen. Sie definierte sich als „Kampfgemeinschaft der deutschen Arbeitnehmer" und „Teil der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei". Mit der „grundsätzlichen Anerkennung des Tarifrechts", dem Ausbau der Sozialversicherung und der Beibehaltung der Betriebsräte vertrat sie verbal Positionen, wie sie auch von den Freien Gewerkschaften vertreten wurden, kritisierte jedoch deren marxistische und internationalistische Ausrichtung und überhaupt die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung. Dem setzte sie als ihre Position entgegen:

> Der Sozialismus der Nationalsozialisten ist allerdings ein anderer als der der Marxisten, der in eine internationale Gefühlsduselei ausgeartet ist. Sozial unter allen Umständen, aber nur ein deutscher Sozialismus hat im neuen Reiche Lebensrechte [...] Zusammenfassung: Die NSBO ist eine soziale Organisation, die die Belange der deutschen Arbeiter der Stirn und Faust in allen Lebenslagen wahren will. Sie kämpft

> für einen nationalen Sozialismus, für ein Deutschland der sozialen Gerechtigkeit, für Freiheit und Brot für jeden schaffenden Volksgenossen. Dieses Ziel wird erreicht werden und damit wird die soziale Frage gelöst sein, nicht für wenige, sondern für die gesamte deutsche Arbeiterschaft.[40]

III. Die Besetzung der Gewerkschaftshäuser

Die zentrale Planung

Die schlagartige Besetzung der Gewerkschaftshäuser in ganz Deutschland am 2. Mai 1933 durch die SA und SS ging auf den Beschluß einer Konferenz der Nationalsozialisten Mitte April 1933 zurück.[41] Der Befehl zur Besetzung wurde in einem von Robert Ley unterzeichneten Rundschreiben der Obersten Leitung der Politischen Organisation (PO) vom 21. April 1933 gegeben. Darin war genau festgelegt, welche Räumlichkeiten besetzt werden sollten, wer seitens der Nationalsozialisten an den Aktionen beteiligt sein sollte und welche Gewerkschaftsfunktionäre 'in Schutzhaft' genommen werden sollten.

Danach lag die Verantwortung für die Durchführung der Aktion gegen den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) und den Allgemeinen Freien Angestelltenbund (AfA) bei den Gauleitern. Träger der Aktion sollte die NSBO sein. SA und SS sollten bei der Besetzung der Gewerkschaftshäuser und der Verhaftung der Funktionäre eingesetzt werden.

Daß die Nazis sich auch zu diesem Zeitpunkt, da sie viele ihrer Gegner durch Gesetze und Zwangsmaßnahmen oder bloßen Terror bereits ausgeschaltet hatten und zumindest die Führer der Gewerkschaften in der Hoffnung auf die Rettung ihrer Organisation schon vor den Nationalsozialisten zu Kreuze gekrochen waren, über möglichen Widerstand der Arbeiterschaft noch sehr unsicher waren, zeigte ein Kernsatz des Rundschreibens:

> Die Übernahme der Freien Gewerkschaften muß in der Form vor sich gehen, daß dem Arbeiter und Angestellten das Gefühl gegeben wird, daß diese Aktion sich nicht gegen ihn, sondern gegen ein überaltertes und mit den Interessen der deutschen Nation nicht übereinstimmendes System richtet.

Das Rundschreiben sah ferner vor, daß ein Kommissar der NSBO die vorläufige örtliche Leitung des ADGB und des AfA-Bundes übernehmen sollte und daß die Gewerkschaftsmitglieder in Massenveranstaltungen „bei freiem Eintritt" über den Sinn und die Notwendigkeit der Aktionen informiert werden sollten.[42]

Aktionen vor Ort

Schon lange vor diesem zentral organisierten Schlag gegen die Gewerkschaften waren jedoch in Einzelaktionen von SA und SS in vielen deutschen Städten Gewerkschaftshäuser besetzt und Funktionäre inhaftiert worden. So berichtete die Lippische Landeszeitung am 8. März 1933, daß das Gewerkschaftshaus in Kassel von SA-Leuten besetzt worden sei, die anschließend Flugblätter, Papiere und rote Fahnen der Gewerkschaften öffentlich verbrannt hätten.[43]

Bis zum 25. März 1933 waren nach Mitteilung der „Gewerkschaftszeitung des ADGB" 47 Gewerkschaftshäuser besetzt worden, weitere Besetzungen erfolgten in den ersten Apriltagen. „Trotz Zusagen von NS-Seite, die Besetzungen aufzuheben, bleibt es dabei und kommen noch weitere Willkürakte, darunter vielerorts auch Mißhandlungen der Gewerkschaftsangestellten, hinzu."[44] Unmittelbar nach dem Sieg der Nationalsozialisten bei den letzten Reichstagswahlen am 5. März 1933 waren auch viele Rathäuser und andere öffentliche Gebäude von den Nazis gestürmt worden. Demonstrativ wurden Hakenkreuz- und schwarz-weiß-rote Fahnen gehißt, so in Detmold nach einem Bericht der „Lippischen Landeszeitung" auf dem Turm des Regierungsgebäudes, dem Landtags- und Landratsgebäude sowie dem Finanzamt.

Am Spätnachmittag des 6. März 1933 zogen die Nationalsozialisten die Hakenkreuzfahnen trotz Protestes des Bürgermeisters Dr. Drögenkamp, der zuvor einen Stadtratsbeschluß herbeiführen wollte, auch auf dem Detmolder Rathaus auf.[45]

Der Terror der Nazis gegen alle, die sich ihnen als Gegner in den Weg stellten, verstärkte sich, wobei sie versuchten, ihren Aktionen noch einen quasilegalen Anstrich zu geben, indem sie ihre parlamentarische Mehrheit für Gesetze und Verordnungen einsetzten. Am 7. März 1933 wurde die KPD verboten, ihre Abgeordneten verloren Sitz und Stimme im Reichstag.

Auch in Lippe wurden, wie die „Lippische Landeszeitung" am 14. März 1933 meldete, über 100 Kommunisten „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit [...] in Schutzhaft genommen [...] Die Zahl der Festgenommen ist so groß, daß die zur Verfügung stehenden Hafträume in den Städten kaum mehr ausreichen, die Inhaftierten aufzunehmen".[46]

Mitte März folgte das Verbot der 'Eisernen Front' und des 'Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold'.

Mit Verordnung vom 17. März 1933 gab auch die Lippische Landesregierung die Auflösung dieser Organisationen bekannt. Die Verordnung war unterzeichnet von den Nationalsozialisten Dr. Krappe, Klöpper und Wedderwille.[47]

Am 23. März 1933 beschlossen die Parteien des Reichstags gegen die Stimmen der SPD das Ermächtigungsgesetz.

Die Nazis verstärken den Druck

Auch der Druck auf die Gewerkschaften wurde weiter erhöht. Während in mehreren Städten schon Gewerkschaftshäuser besetzt waren, veröffentlichte der Lippische Kurier am 15. März 1933 einen Artikel, in dem unverhohlene Drohungen gegenüber den Gewerkschaften ausgesprochen wurden:

> Von außerordentlichem Interesse ist die Unsicherheit, mit der die dem Zentrum und der SPD nahestehenden Gewerkschaften der politischen Entwicklung gegenüberstehen. Wir haben bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die gesunden Kräfte der Gewerkschaftsbewegung darauf hindrängen die Gewerkschaften dem Kabinett Hitler zur Aufbauarbeit zur Verfügung zu stellen, und daß diese Kräfte von der Bonzokratie der Parteien gezwungen werden, ihr widernatürliches Bündnis mit diesen Parteien auch in Zukunft anzuerkennen [...]
> Wenn die Gewerkschaftsführer in den Parlamenten der Sozialdemokratie bzw. dem Zentrum folgen und damit den Versuch unternehmen, das Aufbauwerk des Kabinetts Hitler zu sabotieren, dann wird das nicht ohne Folge für die Gewerkschaften in ihrer jetzigen Form sein.
> [...] daß die breiten Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter [...] für den Fall daß die bis jetzt maßgebenden Leute der Gewerkschaften die Zeichen der Zeit nicht verstehen, von unten her eine Änderung des Kurses der Gewerkschaften erzwingen und die vollständige Umorganisation und Loslösung der Berufsverbände aus den Fesseln des Zentrums und der SPD durchführen werden.
> Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter werden es nicht zulassen, daß der gesunde und notwendige Gewerkschaftsgedanke von skrupellosen Hetzern und Parteiegoisten zu Tode gehetzt wird.[48]

Der von Berlin offenbar zentral an alle nationalsozialistischen Blätter abgesetzte Artikel kann bereits als Ankündigung einer zentral gesteuerten Aktion gegen die Gewerkschaften interpretiert werden. Die darin enthaltenen Drohungen verfehlten ihre Wirkung nicht. Am 21. März 1933 erklärte der 1. Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, die Bereitschaft des ADGB zur Lösung aller Verbindungen zur SPD und zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern.[49] Noch am 12. Februar 1933 hatte Peter Graßmann, 2. Vorsitzender des ADGB, beim Führerappell der 'Eisernen Front' in Berlin erklärt:

> Der neue Reichskanzler hat der organisierten Arbeiterschaft den Kampf angesagt. Sie wird nicht ins Mauseloch kriechen, sondern den Kampf aufnehmen in der festen Zuversicht, ihn erfolgreich zu bestehen. Die deutsche Arbeiterschaft kann versichert sein, daß die sozialdemokratischen Führer in Not und Gefahr zu ihr stehen werden.[50]

Nun waren die Gewerkschaften 'ins Mauseloch gekrochen' Lediglich der Vorsitzende des Allgemeinen freien Angestelltenbundes (AfA), Aufhäuser, legte als einziger Gewerkschaftsführer sein Amt aus Protest gegen die Weigerung

des ADGB-Vorstandes, die Hitlerdiktatur aktiv zu bekämpfen, am 28. März 1933 nieder.[51]

Anfang April beschloß der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes seine Selbstauflösung, der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband löste seine Beziehungen zum christlichen DGB. Der zaghafte Versuch von Vertretern des ADGB, des DGB und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, Ende April ein Einheitsabkommen zur Vorbereitung eines Zusammenschlusses zu beschließen,[52] kam zu spät. Die Entwicklung der nächsten Tage fegte die freie Gewerkschaftsbewegung hinweg.

Zur Eindämmung des gewerkschaftlichen Einflusses taten die Nazis ein übriges, ehe sie im Mai 1933 die Gewerkschaften ganz ausschalteten. Wie oben ausgeführt, waren die Betriebsrätewahlen trotz Agitation und Terror der Nationalsozialisten für sie zu einer Katastrophe geworden. Noch bevor die Wahlen überall durchgeführt werden konnten, erließ der Reichstag daher mit seiner NS-Mehrheit das „Gesetz über Betriebsvertretungen und wirtschaftliche Vereinigungen", nach dessen Artikel 1 die oberste Landesbehörde „aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung" die Wahlen zu den Betriebsvertretungen bis längstens zum 30. September 1933 aussetzen konnte. Das Gesetz ermöglichte der Behörde auch, Mitglieder aus der Betriebsvertretung auszuschließen, „die in staats- oder wirtschaftsfeindlichem Sinne eingestellt sind" und an ihrer Stelle neue Mitglieder zu bestimmen.[53]

Der 1. Mai

Mit der Ernennung des 1. Mai zum 'Tag der deutschen Arbeit' versuchte die NSDAP, dem Anspruch, eine Arbeiterpartei zu sein, zu entsprechen. Der Tag sollte eine gewaltige Demonstration der Macht der Nazis und ihres angeblichen Rückhalts in der Arbeiterschaft sein. Entsprechend früh und detailliert setzten auf allen Ebenen die Vorbereitungen für den beabsichtigten Erfolg ein.

Die Kreisleitung Lippe der NSBO ordnete daher Anfang April an:

> Am 1. Mai 1933 findet in Detmold ein gewaltiger Aufmarsch der NSBO des Kreises Lippe statt. Um der lippischen Bevölkerung die Stärke der Nationalsozialistischen Betriebszellen in eindrucksvoller Weise vor Augen zu führen, werden die Ortsgruppenbetriebswarte, Stützpunktleiter und Zellenobleute schon heute darauf hingewiesen, daß Sonderveranstaltungen an diesem Tage in keinem Orte vorzunehmen sind. Es ist zu empfehlen, schon jetzt Vorbereitungen zu treffen, besonders für die Beförderung der Mitglieder nach Detmold. Kein NSBO-Mitglied darf dieser Demonstration fernbleiben, die Zeugnis ablegen soll für das lawinenartige Anwachsen der Betriebszellen und für den Gedanken des deutschen Sozialismus.[54]

Die vom NSBO-Kreisleiter Heinz Rosteck unterzeichnete Anordnung wurde auch in den lippischen Zeitungen veröffentlicht.[55]

Welche Bedeutung die Nazis diesem Tag beimaßen, der unbedingt ein öffentlicher Erfolg werden sollte, wird unterstrichen von einer Anordnung, die von der Betriebszellen-Abteilung der NSDAP-Gauleitung in Münster am 19. April 1933 an alle Kreisleiter, Kreispropaganda-Leiter, Kreisbetriebszellen-Leiter, Ortsgruppenleiter und Ortsgruppen-Betriebswarte erging:

> Dieser Tag bringt das Bekenntnis des schaffenden Volkes zum nationalen Staat, im Gegensatz zu den internationalen Bestrebungen des Marxismus und ist gleichzeitig der Beginn des ersten Jahres planmäßiger Aufbauarbeit unter Führung des Reichskanzlers Adolf Hitler.

Auf insgesamt sieben Seiten wurden detailliert Vorgaben zum Tagesablauf gemacht, in denen u.a. exakt vorgeschrieben war, welche Redner wo und wann zu sprechen hatten und welche Kleidervorschriften für die Teilnehmer an den Aufmärschen galten. Folgende Detailbestimmung sei hier erwähnt: „Anschließend [an die Rede] erfolgt die Hissung der Hakenkreuzfahne auf dem Fabrikgelände. Hierbei hat der Sprecher ein dreifaches Heil auf den Führer auszubringen."[56] Den ganzen April über war die NS-Gazette "Lippischer Kurier" voll von Vorberichten und Aufrufen zum 1. Mai. Immer wieder wurde darauf hingewiesen, daß die Teilnahme an den Märschen für die NSBO-Mitglieder Pflicht und die Teilnahme an Sonderveranstaltungen verboten war.

Für die Durchführung der Maiveranstaltung in Lemgo war der Lemgoer NSDAP-Kreisleiter Prüßner, für die in Detmold der Detmolder NSDAP-Kreisleiter Herrich verantwortlich. Sie erließen gemeinsam folgende Anordnung, die am 28. April 1933 im Lippischen Kurier veröffentlicht wurde:

> Für die Zeit von 11 Uhr vormittags bis 6 Uhr abends werden in den einzelnen Orten Sonderveranstaltungen untersagt. Während dieser Zeit finden nur die Großkundgebungen in Detmold und Lemgo statt. Vor und nach dieser Zeit bleibt es den Ortsgruppen überlassen, Sonderveranstaltungen zu veranstalten.[57]

Unmittelbar vor dem 1. Mai 1933 rief der NSBO-Kreisleiter für Lippe, Heinz Rosteck, noch einmal alle „lippischen Arbeiter der Faust und Stirn" im Lippischen Kurier zur Teilnahme am 1. Mai auf. Sein Aufruf war ein Paradebeispiel für den übertrieben schwülstigen Nazi-Jargon, Führerkult und Deutschtümelei:

> Die Regierung unter der Führung Adolf Hitlers hat den 1. Mai zum gesetzlichen Feiertag erhoben. Damit ist eine jahrzehntelange Sehnsucht der deutschen Arbeiterschaft erfüllt worden. Jahrzehntelang ist der deutsche Arbeiter einer ihm innerlich fremden Internationale nachgelaufen. Im Inneren ist er jedoch stets deutsch geblieben [...] Volksfremde Verführer haben in seine Seele das Gift der Internationale eingeimpft [...] Nun hat Adolf Hitler die Sehnsucht des deutschen Arbeiters erfüllt. Der deutsche Arbeitsmann ist zum gleichberechtigten Glied der deutschen Volksgemeinschaft geworden [...] Arbeiter der Faust und Stirn des Lipperlandes, schließt die Reihen. Klassenkampf und Standesdünkel gehören einer überwundenen Zeit an.

> Der 1. Mai erfüllt das Vermächtnis unserer Toten, erfüllt das Vermächtnis des für die Freiheit und für das deutsche Volk gefallenen Horst Wessel.
> Es schaun aufs Hakenkreuz voll Hoffnung schon Millionen, der Tag für Freiheit und für Brot bricht an."[58]

In seiner Berichterstattung über den 1. Mai überschlug sich der „Lippische Kurier" geradezu. Auf der ersten Seite wurde in epischer Breite und mit überschwenglichen Formulierungen über die Hauptveranstaltung in Berlin berichtet, die als „größte Kundgebung der Welt" gefeiert wurde:

> Im ganzen Reiche, in Stadt und Land, wehten heute die Fahnen, waren Häuser und Straßen mit frischem Grün bekränzt, marschierte die Arbeiterschaft zusammen mit den uniformierten Verbänden, um die Wiedererstehung deutschen Volkstumes zu bekunden. Vom Reichspräsidenten und Reichskanzler heran bis zum letzten Arbeiter, bis zum jüngsten Schulkind nahm das deutsche Volk an diesem Festtag teil.[59]

Im Lokalteil wurde auf drei Seiten nicht minder pathetisch über die Maiaufmärsche und Kundgebungen berichtet. Unter der mehrzeiligen Überschrift

> Ganz Lippe ehrt die deutsche Arbeit!
> Detmold im Zeichen des deutschen Arbeiters!
> 25.000 Volksgenossen legen ein begeistertes Bekenntnis zu dem Führer Adolf Hitler
> und seiner Idee ab!

wurde ein fast lyrisches Stimmungsbild ausgebreitet. Daneben ging der Bericht über die Besetzung der lippischen Gewerkschaftshäuser am Morgen des 2. Mai 1933, mit dem dieser Beitrag eingeleitet wurde, fast unter.

Die Besetzungen in Lippe

Das sollte sich in den nächsten Tagen ändern, in denen die Berichterstattung von Aktionen gegen die Gewerkschaften und deren Rechtfertigung beherrscht war. In Lippe schlug die große Stunde des NSBO-Kreisleiters Heinz Rosteck. Rosteck hatte sich, wie der „Lippische Kurier" in einer Laudatio auf regionale und lokale NSBO-Führer am 29. April 1933 berichtete, um die Gründung der NSBO und deren Aufbau in Lippe verdient gemacht. Er wurde nunmehr zum Kommissar für Gewerkschaftswesen für das Land Lippe ernannt und stand der Landeshauptabteilung VI der NSDAP, der Betriebszelle Lippe, vor. „Im Lippischen Kurier" vom 3. Mai 1933 informierte Rosteck alle „organisierten Belegschaftsmitglieder" darüber, daß in dieser Funktion „alle gewerkschaftlichen Belange durch mich vertreten werden".

Der „Lippische Kurier" berichtete noch einmal über die Besetzung der Volkshäuser in Bad Salzuflen und Detmold sowie der Turnhalle der Freien

Turnerschaft in Schötmar und teilte mit, daß auch die Büros der Vorsitzenden, Kassierer und Funktionäre der einzelnen Gewerkschaften durchsucht worden seien. Die eingesetzten nationalsozialistischen Kommissare sollten zunächst die Geschäfte der Organisationen weiterführen und die Kassenverhältnisse und Kassenführung überprüfen. Außerdem wurde berichtet, daß folgende Gewerkschafts- und Parteisekretäre „vorläufig in Schutzhaft genommen" worden seien: Bicker, Linne, Ruhbach sen., Pinkowski, Hansen, Feldmann und Gottenströter.

Im überregionalen Teil wurde die Verhaftung von 50 Gewerkschaftsführern gemeldet, darunter 12 führende Mitglieder des ADGB und die 28 Vorsitzenden der ihm angeschlossenen Verbände.[60]

Am 4. Mai 1933 berichtete der „Lippische Kurier" in großer Aufmachung unter der Überschrift „Wieder eine Bonzenburg gestürmt", daß bei der Durchsicht der Kassenbücher im besetzten Detmolder Volkshaus Unterschlagungen in großem Stil festgestellt worden seien. Ohne daß bei der vorgefundenen Unordnung der Akten schon ein vollständiger Überblick möglich sei, stehe doch schon fest, daß jeder zweite Unterkassierer des Verbandes der Fabrikarbeiter Unterschlagungen begangen habe, die sich zwischen 10,20 Mark und 626,70 Mark bewegten. Acht Unterkassierer wurden namentlich aufgeführt. Außerdem hätten der Gewerkschaftssekretär August Linne aus Detmold und der frühere Gewerkschaftssekretär Konrad Potthast aus Hiddesen erklärt, daß sie von den Unterschlagungen einiger Ortskassierer und der Fälschung von Belegen gewußt hätten. Der Lippische Kurier kommentierte:

> Der lippische Arbeiter, der mit diesem Bonzentum auch nicht das geringste gemein hat, wird und muß seine Führer erkennen, damit er richten und die Ehre seines Standes auch im Lipperlande wieder aus dem Sumpf der Verbonzung wieder herausheben kann auf den festen Boden der Sauberkeit und Ordnung.[61]

In der gleichen Ausgabe war ein Aufruf von Heinz Rosteck abgedruckt, in dem er für den 6. Mai 1933 alle Gewerkschaftsmitglieder zur Teilnahme an einer Versammlung aufforderte, auf der „wir euch Aufklärung geben über unser Vorgehen und euch gleichzeitig berichten, wie eure Führer die soziale Frage lösen wollten und wie sie für euer Geld lebten".[62]

Am 5. Mai 1933 meldete der Lippische Kurier die Aufdeckung weiterer Korruptionsfälle, diesmal beim Holzarbeiterverband, und faßte in der Ausgabe vom 6. Mai 1933 die vorläufigen Ergebnisse der NS-Aktionen gegen die Detmolder Gewerkschaften folgendermaßen zusammen:

> Kommissar Pg. Heinz Rosteck räumt auf!
> Unsere bisherigen Veröffentlichungen über die skandalösen Zustände bei den Bezirksstellen der Freien Gewerkschaften im Volkshause in Detmold haben in weiten Kreisen ungeheueres Aufsehen erregt. Mit fester Hand hat unser Pg. Rosteck die Bonzenburg ausgemistet. Unterschlagungen am laufenden Band wurden festge-

> stellt, Briefe von Mitgliedern vorgefunden, die den Bonzen schon vor längerer Zeit schonungslos die Wahrheit sagten. Es war alles vergeblich. Man lebte das Leben in Freiheit, Schönheit und Würde weiter [...]
> Wie in Detmold, so werden die Verhältnisse bei den roten Gewerkschaften im ganzen Reiche liegen. Es ist zu begrüßen, daß Pg. Rosteck gleich gründliche Arbeit gemacht hat. Die Gewerkschaftssekretäre haben nunmehr Gelegenheit, in Schutzhaft über ihr Treiben nachzudenken.[63]

IV. Der Vollzug der Gleichschaltung

Am Anfang herrscht das Chaos

Die Gleichschaltung erfolgte für die einzelnen Gewerkschaftsverbände bzw. lippischen Orte offenbar in sehr unterschiedlichem Tempo. Schon mit Schreiben vom 4. Mai 1933 meldete der kommissarische Ortsgruppenleiter der NSBO Blomberg, Rudolf Blankenburg, der NSBO-Kreisleitung in Detmold, daß am 2. Mai 1933 „die Bestände des Holzarbeiter-Verbandes, des Arbeiter-Athletenbundes und des Sportclubs Union festgestellt und in Polizeigewahrsam gegeben" worden seien. Am 3. Mai 1933 seien auch die Bestände des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs beschlagnahmt worden. „Inhaftnahmen" hätten nicht stattgefunden.[64]

Andererseits wies in einem Schreiben vom 19. Juni 1933 Fritz Grüttemeyer, der als „Beauftragter für Gewerkschaftswesen im Land Lippe" Ende Mai Nachfolger von Heinz Rosteck geworden war, den Beauftragten der NSBO für den Deutschen Tabakarbeiter-Verband in Herford darauf hin, daß in den einzelnen Zahlstellen des Tabakarbeiter-Verbandes in Nordlippe die „Gleichschaltung baldmöglichst vorgenommen werden muß" und fügte in diesem Zusammenhang eine Beschwerde der NSBO-Ortsgruppe Hohenhausen bei.

Auch auf höchster Ebene herrschte offensichtlich noch keine klare Linie in bezug auf das Vorgehen gegenüber den Gewerkschaften. So erhielt Heinz Rosteck am 4. Mai 1933 ein Telegramm des Gaubetriebszellen-Leiters Nagel aus Münster, in dem dieser mitteilte, daß auf Anordnung des Führers der Deutschen Arbeitsfront (DAF), Robert Ley, sofort „auf allen Gebäuden des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands, Gewerkschaftsring Deutscher Angestellter-, Arbeiter- und Beamtenverbände, Gewerkschaftsbund der Angestellten sowie kleinerer Verbände" die Hakenkreuzfahne „feierlichst" aufzuziehen sei. Die Gebäude sollten allerdings nicht besetzt und der Betrieb nicht gestört werden. Eine „Ehrenwache" aus zwei SA-Männern sei an das Tor zu stellen.[65]

Schon am nächsten Tag folgte ein Telegramm, in dem auf Anordnung Leys mitgeteilt wurde, daß die SA-Besetzung der Gewerkschaftshäuser aufzuheben sei.[66]

In einem Sonder-Rundschreiben vom 15. Mai 1933 ging die Gau-Betriebszellenleitung Westfalen-Nord auf das Verhältnis der Nationalsozialisten zu den Gewerkschaften ein:

> Auf Anordnung der Reichsleitung der NSBO sollen die Mitglieder der Gewerkschaften vorläufig in ihren Gewerkschaften bleiben und dort auch ihre Beiträge zahlen. Durch diese Anordnung soll erreicht werden, daß die Kassen der Gewerkschaften in Ordnung bleiben, d.h. daß an die Unterstützungsberechtigten weiter gezahlt werden kann [...]
> Zur weiteren Information kann heute schon mitgeteilt werden, daß die NSBO auf jeden Fall als alte Garde die Dachorganisation aller Gewerkschaften sein wird. Wie die Einordnung der einzelnen Gewerkschaften erfolgt, darüber wird zur Zeit in Berlin der Organisationsplan aufgestellt. Es wird also in naher Zukunft schon festgelegt, daß die Zugehörigkeit zur NSBO Ehrensache eines jeden Deutschen Werktätigen sein wird.[67]

Unklarheit scheint auch über die Befugnisse und Zuständigkeiten verschiedener NS-Organisationen bzw. Ebenen bestanden zu haben, wie zwei weitere Sonder-Rundschreiben der Gaubetriebszellen-Leitung vom Mai 1933 zeigen. Am 17. Mai 1933 wurde den Kreisleitern und Ortsgruppen-Betriebswarten mitgeteilt, daß der Gaubetriebszellen-Leiter Nagel zum Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront ernannt worden sei. Zu den Aufgabenbereichen eines Bezirksleiters gehörten „die Ordnung der Tarifverhältnisse, Überwachung des Arbeiterschutzes und des Arbeitsrechtes sowie der sozialen Maßnahmen und Verhinderung jeglicher wirtschaftlicher Sabotage mit allen Mitteln."

Die Inhaber von NSBO-Funktionen wurden aufgefordert, bis zur Rückkehr Nagels, der offensichtlich zur Amtseinführung in Berlin weilte, „sich jeglicher selbständigen Handlungen in der Wirtschaft zu enthalten. Pg. Nagel wird aufgrund der ihm erteilten Befugnisse in seinem Dienstbereich in kurzer Zeit Ordnung schaffen".[68]

Aus Berlin zurückgekehrt, verschickte Nagel am 22. Mai 1933 ein weiteres Sonder-Rundschreiben:

> Nach den letzten Vorfällen im Gau-Bereich, verbiete ich alle Einzelaktionen und alle Maßnahmen ohne Einverständnis der Gaubetriebszellen-Leitung Münster. Es ist ein unhaltbarer Zustand geworden, weiterhin zu dulden, daß Amtswalter der NSBO sich in Dinge der politischen Leitung einmischen. Jeder erneute Versuch, ohne Einverständnis der Gaubetriebszellen-Leitung Maßnahmen zu ergreifen, ohne mich verständigt zu haben, wird mit sofortigem Partei-Ausschluß geahndet.[69]

Rosteck: Provinzgröße der NSBO

Vor Ort in Lippe bemühte sich der durch die Gleichschaltungspolitik der Nazis zu erhöhter Machtbefugnis aufgestiegene 'Staatskommissar für das Gewerkschaftswesen' Heinz Rosteck, diese Macht weidlich auszunutzen, indem er Personalpolitik in den Betrieben machte. In mehreren Fällen versuchte er, sich für alte Kampfgenossen einzusetzen, um ihnen einen Arbeitsplatz zu verschaffen, so z.B. im Falle des August Grote aus Schweineberg bei Dörentrup, dessen Tochter Lina sich hilfesuchend an Rosteck gewandt hatte. In seinem Antwortschreiben empfahl Rosteck Grote, sich mit dem Pg. Wiebusch in den Dörentruper Sand- und Thonwerken in Verbindung zu setzen, dem er mitgeteilt habe, daß er als Staatskommissar Grotes Wiedereinstellung wünsche.[70]

Andererseits sorgte er dafür, daß Systemgegner ihren Arbeitsplatz verloren, wie z.B. Hermann Bicker aus Detmold, dem Rosteck mit einem Schreiben vom 10. Mai 1933 ohne Begründung mitteilen ließ: „Auf Veranlassung des Staatskommissars [...] werden Sie hiermit fristlos entlassen. Eine Beschwerde gegen diese Kündigung steht Ihnen nicht zu."[71] Außerdem mischte er sich unter Ausnutzung des im April 1933 erlassenen Betriebsvertretungsgesetzes in innerbetriebliche Vorgänge ein. So ernannte er z.B. mit einem Schreiben vom 22. Mai 1933 an die Eichenmöbelfabrik Otto Gössling in Detmold den dort beschäftigten Maschinenarbeiter Hans Sachs zum Vertrauensmann mit der Berechtigung, „die Verhandlungen sei es in Lohn- oder in Betriebs-technischen Fragen innerhalb Ihres Betriebes mit Ihnen aufzunehmen".[72]

Nur wenige Tage später schied Rosteck aus der lippischen NSBO-Leitung aus. Ein vom 30. Mai 1933 datiertes Schriftstück trägt bereits die Unterschrift von Rostecks Nachfolger Grüttemeyer.

Der Grund für diesen plötzlichen Wechsel war nicht herauszufinden, da gerade die hierzu Auskunft gebenden Akten der Lippischen Landesregierung im Staatsarchiv Detmold fehlen. Interessant ist jedoch in diesem Zusammenhang ein Briefwechsel zwischen der Gauwaltung der DAF, Gau Westfalen-Nord, in Münster und dem lippischen DAF-Kreiswalter Garnjost aus dem Jahre 1935.

Mit Schreiben vom 29. Oktober 1935 erkundigte sich die Gauwaltung nach Möglichkeiten, Rosteck, der offenbar zu diesem Zeitpunkt in einer NSDAP-Organisation in Hannover beschäftigt war, in der DAF in Lippe einzusetzen. In seinem Antwortschreiben vom 4. November 1935 lehnte Garnjost mit Einverständnis des NSDAP-Kreisleiters Wedderwille eine Übernahme Rostecks ab:

> Ganz abgesehen davon, daß m.E. eine Stelle in der DAF für Rosteck nicht frei ist, muß ich Rosteck als Kreiswalter der DAF und Kreispersonalamtsleiter Detmold ablehnen. Ich verweise in diesem Zusammenhang auch auf Vorgänge, die sich bei der Lippischen Landesregierung befinden. Der Herr Staatsminister Riecke hat alle Eingaben des Rosteck, wieder in Lippe angestellt zu werden, abgelehnt [...] Es würde zu weit führen, im einzelnen alle verrückten Streiche und Maßnahmen des

> Parteigenossen Rosteck im Jahre 1933 hier aufzuführen [...] Ich kann der Gauwaltung nur empfehlen, wenn sie sich größere Unannehmlichkeiten ersparen will, dem Parteigenossen Rosteck eine deutliche Absage zu erteilen.[73]

Grüttemeyer: Rostecks Nachfolger

Mit dem Wechsel von Rosteck zu Grüttemeyer waren jedoch nur Personen ausgetauscht. An der Politik der hiesigen NSBO-Führung änderte sich nichts - Grüttemeyer schloß mit seinen Aktionen nahtlos an Rosteck an und machte von seiner neuen Machtposition Gebrauch. Seine erste Amtshandlung war am 30. Mai 1933 die Mitteilung an den „Lippischen Kurier", daß er „mit dem heutigen Tage mit der vorläufigen kommissarischen Regelung aller Gewerkschafts- und Konsumvereinsfragen im Einvernehmen mit der Gauleitung beauftragt" sei, die ihm auch die Leitung der NSBO in Lippe übertragen habe. In dieser Funktion bestätigte er das NSDAP-Mitglied Naudorf, Bad Salzuflen, als Kreisleiter der NSBO für Lemgo und bestimmte das NSDAP-Mitglied Klöpper aus Hiddesen zum Kreisleiter der NSBO für Detmold.

Deren Anordnungen sei „unbedingt Folge zu leisten". Grüttemeyer erklärte außerdem die Schutzstaffeln innerhalb der NSBO für aufgelöst.[74]

Pikanterweise richtete sich eines der ersten amtlichen Schreiben Grüttemeyers an den Detmolder SS-Sturmbannführer Jürgen Stroop, der 1943 durch die Vernichtung des Warschauer Ghettos eine traurige Berühmtheit erlangen sollte. Es datiert vom 30. Mai 1933 und lautet: „Ich ersuche Sie, mir bis zum 31. Mai d. Mts. mittags [also bis zum folgenden Tag!] ein vollständiges Inventarverzeichnis Ihres Büros einzureichen."[75] Wie Rosteck versuchte auch Grüttemeyer, seinen Einfluß in Betrieben geltend zu machen, um Parteigenossen zu Arbeit und Brot zu verhelfen. So setzte er sich mit Schreiben vom 8. Juni 1933 an die Küchenmöbel- Fabrik Huxoll & Co in Detmold für die Wiedereinstellung des Hilfsarbeiters Hermann Kleesiek ein, der bei einem Unfall in dem Betrieb im Jahre 1928 zwei Finger verloren hatte und deswegen entlassen worden war. Seine Unfallrente war durch die Notverordnung weggefallen und er hatte kein Einkommen mehr. Während dieses Schreiben noch sehr höflich und zaghaft formuliert war („Wir möchten Sie bitten..."), war ein Schreiben vom 22. Juni 1933 an den Ortsbeauftragten der NSBO beim Lippischen Konsumverein Lage, in dem es um die Einsetzung dreier SA-Leute als Leiter der Konsumverteilungsstellen in Augustdorf, Klüt und Bösingfeld ging, im Befehlston formuliert:

> In den nachstehenden Konsum-Verteilungsstellen sind die dort angestellten Lagerhalter sofort zu entlassen und dafür die angegebenen SA-Leute einzustellen. Ich erwarte umgehende Regelung.

Den amtierenden Verteilungsstellenleitern wurde von Grüttemeyer vorgeworfen, Marxisten zu sein bzw. Geld unterschlagen zu haben.[76]

Grüttemeyers Einflußmöglichkeit in den letzgenannten Fällen war ebenfalls ein Ergebnis der Gleichschaltungspolitik. Wie andere Organisationen waren auch die Konsumgenossenschaften in die Deutsche Arbeitsfront übergeführt worden und wurden vor Ort von Beauftragten der Nazis kontrolliert. Als Staatskommissar für das Gewerkschaftswesen in Lippe war Grüttemeyer gleichzeitig Beauftragter beim Lippischen Konsum-Verein. Grüttemeyer oblag auch die Durchführung und Überwachung der Gleichschaltung der dem ADGB angeschlossenen Einzelgewerkschaften sowie der Genossenschaften in Lippe. So läßt sich sein Einfluß nachweisen u.a. beim Deutschen Baugewerksbund, Detmold;[77] Deutschen Landarbeiterverband, Detmold;[78] Deutschen Holzarbeiterverband, Detmold[79] und der Baugenossenschaft 'Volkswohl' in Lage.[80]

Der Einfluß Grüttemeyers und der NSBO erstreckte sich auch auf zu dieser Zeit formal noch existierende Arbeiterorganisationen wie z.B. den Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband, der ursprünglich dem christlichen DGB nahegestanden, sich aber schon im April 1933 vom DGB losgesagt und NSDAP-Vertreter in seinen Vorstand aufgenommen hatte.[81]

So fragte z.B. die Ortsgruppe Bad Salzuflen-Schötmar des DNHV am 20. Juni 1933 bei Grüttemeyer an, ob die von ihm über den Lippischen Kurier veröffentlichte Anordnung vom 15. Juni 1933, daß „jede Versammlung der NSBO und den einzelnen gewerkschaftlichen Fachgruppen 24 Stunden vorher bei der örtlichen politischen und SA-Führung anzumelden sei"[82], auch für den DNHV gelte.[83] Grüttemeyer bejahte am 22. Juni 1933[84] diese Anfrage ebenso wie die ähnlich lautende der Geschäftsstelle Bielefeld des DNHV, der er folgende Begründung gab:

> Die von mir im Lippischen Kurier herausgegebene Anordnung war notwendig und zwar aus folgenden Gründen.
> In letzter Zeit mehren sich die Fälle, daß unsere ehemaligen Gegner von rechts und links versuchen, unter dem Namen der NSBO Versammlungen einzuberufen, um die Volksgenossen, die sich heute hinter den Führer Adolf Hitler stellen, wieder dasselbe Gift einzuimpfen wie sie es in den letzten 14 Jahren gemacht haben. Wir können es nicht dulden, daß heute von gewissenlosen Elementen Unruhe in die deutsche Arbeiterschaft gebracht wird. Aus diesem Grunde habe ich angeordnet, daß alle Versammlungen von politischen NSBO- und SA-Führern überwacht werden.[85]

Die Deutsche Arbeitsfront (DAF)

Wie oben ausgeführt, waren schon vor der Besetzung der Gewerkschaftshäuser am 2. Mai 1933 die Mitgliederzahlen der NSBO in Lippe wie im Reich deutlich angestiegen. Durch die Vereinnahmung der noch zahlenden Mitglieder der

Freien Gewerkschaften wuchs die Zahl der NSBO-Mitglieder in Lippe um 3.500 an, davon entfielen auf den Kreis Detmold 2.000 neue Mitglieder.[86] Der Anstieg der Mitgliederzahlen war offensichtlich so groß, daß der Verwaltungsapparat der NSBO damit überfordert war. So erließ die Reichsleitung schon Anfang Mai 1933 eine Mitgliedersperre, über die die Gaubetriebszellen-Abteilung der NSDAP Westfalen-Nord die Untergliederungen mit dem Rundschreiben Nr. 21 vom 8. Mai 1933 informierte.[87]

Die Fortsetzung der Gleichschaltungsmaßnahmen und der weitere Ausbau der DAF, in der auch die NSBO mehr und mehr aufging, führten dann in den Folgejahren zu einem starken Anstieg der DAF-Mitgliedschaft auch in Lippe.

Am 24. Juni 1933 wurden die christlichen Gewerkschaften des DGB in die DAF zwangseingegliedert. Auch ihnen hatte die Anbiederung an die Nationalsozialisten keine Überlebenschance gebracht. Die Auflösung der Arbeitgeberverbände und ihre Überführung in die DAF führte dann zu einem weiteren Anwachsen ihrer Mitgliedschaft. In Lippe entwickelte sich die DAF-Mitgliedschaft wie folgt: am 1. Mai 1934 waren es 19.000, im Jahre 1938 36.000 Mitglieder.

Für den Kreis Detmold liegen detailliertere Zahlenangaben vor:

1. Mai 1934: 10.000, 1. Oktober 1934: 16.500, 1. Mai 1935: 20.000, 1. Februar 1936: 21.000, in denen aber auch 2.100 Mitglieder der Ortsgruppen Oerlinghausen und Lügde enthalten waren.

Im Kreis Detmold gab es 1936 drei Verwaltungsdienststellen der DAF in Detmold, Lage und Blomberg, die wiederum in 50 Ortsgruppen und Stützpunkte unterteilt waren. 1.500 Amtswalter und Amtswarte waren nach einem Bericht des DAF-Kreiswalters Detmold vom 20. Februar 1936 an den NSDAP-Kreisleiter Wedderwille für die DAF tätig.[88]

Die arbeitende Bevölkerung in Lippe wie im gesamten deutschen Reich war damit von den Nationalsozialisten erfaßt und „gleichgeschaltet". Statt demokratischer gewerkschaftlicher Rechte herrschte entsprechend der Nazi-Ideologie das Führer- und Gefolgschaftsprinzip auch in der Wirtschaft und in den einzelnen Betrieben. Als letztes, wenn auch schon lange wirkungsloses Symbol aus demokratischer Zeit, wurden durch das „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" vom 20. Januar 1934 die Betriebsräte beseitigt, an deren Stelle sogenannte „Vertrauensleute" traten, die jedoch nur beratende Funktion hatten.[89]

Anmerkungen

1. „Lippischer Kurier", 02. Mai 1933.
2. „Lippische Landeszeitung", 04. Mai 1933.
3. NSBO-Veröffentlichung vom 28. Januar 1932, StA DT, L 113 Nr. 1220/175.
4. Ebenda.

5. StA DT, L 113 Nr. 1220/191.
6. StA DT, L 113 Nr. 1220/220.
7. StA DT, L 113 Nr. 1220/187.
8. StA DT, L 113 Nr. 1220/54 und 177.
9. StA DT, L 113 Nr. 1220/124.
10. StA DT, L 113 Nr. 1220/105.
11. StA DT, L 113 Nr. 1220/130.
12. StA DT, L 113 Nr. 1220/106.
13. StA DT, L 113 Nr. 1220/25.
14. StA DT, L 113 Nr. 1220/40.
15. StA DT, L 113 Nr. 1220/ z.B. 83, 87, 92-95,116-118.
16. StA DT, L 113 Nr. 1220/50.
17. „Lippischer Kurier", 02. Januar 1933.
18. S. Dieter Schuster, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, Düsseldorf [4]1978, S. 56f.
19. Hans Limmer, Die deutsche Gewerkschaftsbewegung, München 1966, S. 62.
20. Dieter Schuster, S. 69.
21. Rudolf Herbig, Notizen aus der Sozial-, Wirtschafts- und Gewerkschaftsgeschichte vom 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Düsseldorf [5]1976, S. 201.
22. Ebenda, S. 190.
23. Dieter Schuster, S. 69.
24. Lippischer Kurier, 15. Februar 1933.
25. Ebenda.
26. Ebenda.
27. Lippischer Kurier, 28. Februar 1933.
28. Rudolf Herbig, S. 190, ebenso: Dieter Schuster, S. 69.
29. Rudolf Herbig, S. 201.
30. „Lippischer Kurier", 06. April 1933.
31. „Lippische Landeszeitung", 26. März 1933.
32. „Lippischer Kurier", 28. März 1933.
33. Rudolf Herbig, S. 201.
34. „Lippischer Kurier", 22. April 1933.
35. StA DT, L 113 Nr. 1230/3.
36. StA DT, L 113 Nr. 1230/4.
37. StA DT, L 113 Nr. 1230/9.
38. StA DT, L 113 Nr. 1230/19.
39. StA DT, L 113 Nr. 1230/20.
40. „Was will die NSBO?", Lippische Landeszeitung, 09. April 1933.
41. Rudolf Herbig, S. 201.
42. S. Hans-Gerd Schumann, Nationalsozialismus und Gewerkschaftsbewegung. Die Vernichtung der deutschen Gewerkschaften und der Aufbau der „Deutschen Arbeitsfront", Hannover 1958, S. 169f.
43. „Lippische Landeszeitung", 08. März 1933.
44. Rudolf Herbig, S. 201.
45. „Lippische Landeszeitung", 07. März 1933.
46. „Lippische Landeszeitung", 14. März 1933.
47. „Lippische Landeszeitung", 19. März 1933.
48. „Lippischer Kurier", 15. März 1933.
49. Hans Limmer, S. 71.
50. Ebenda, S. 69.

51. Rudolf Herbig, S. 201.
52. Ebenda, S. 201f.
53. „Lippische Tageszeitung", 06. April 1933.
54. StA DT, L 113 Nr. 1220/3.
55. So z.B. in der „Lippischen Landeszeitung" vom 03. April 1933.
56. StA DT, L 113 Nr. 1222/191-194.
57. „Lippischer Kurier", 28. April 1933.
58. „Lippischer Kurier", 29. April 1933.
59. „Lippischer Kurier", 02. Mai 1933.
60. „Lippischer Kurier", 03. Mai 1933.
61. „Lippischer Kurier", 04. Mai 1933.
62. Ebenda.
63. „Lippischer Kurier", 06. Mai 1933.
64. StA DT, L 113 Nr. 1229/222f.
65. StA DT, L 113 Nr. 1229/282.
66. StA DT, L 113 Nr. 1229/281.
67. StA DT, L 113 Nr. 1222/183.
68. StA DT, L 113 Nr. 1222/181.
69. StA DT, L 113 Nr. 1222/180.
70. StA DT, L 113 Nr. 1229/226 und 227.
71. StA DT, L 113 Nr. 1229/213
72. StA DT, L 113 Nr. 1229/229.
73. StA DT, L 113 Nr. 472/327.
74. StA DT, L 113 Nr. 1229/147.
75. StA DT, L 113 Nr. 1229/188.
76. StA DT, L 113 Nr. 1229/139.
77. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 45.
78. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 46.
79. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 47a.
80. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 84.
81. Rudolf Herbig, S. 201f.
82. StA DT, L 113 Nr. 1229/146.
83. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 40.
84. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 39.
85. StA DT, L 113 Nr. 1229/ 37.
86. StA DT, L 113 Nr. 457/144.
87. StA DT, L 113 Nr. 1222/184.
88. StA DT, L 113 Nr. 457/144.
89. Dieter Schuster, S. 71.

Jürgen Hartmann

„Die durchgeführte Aktion hat hier wahre Befriedigung hervorgerufen." –

Der November-Pogrom in Detmold 1938

Im Mittelpunkt dieses Beitrages stehen die Ereignisse der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in der lippischen Landeshauptstadt. Die Vorgeschichte des Pogroms, die Lage der jüdischen Bewohner Detmolds nach der 'Machtergreifung' 1933 wird nur kurz angerissen. Vielmehr geht es um die Abläufe des Gewaltaktes, die Befehlswege, die Reaktionen und vor allem um die Beteiligten: sowohl die Täter als auch die 'passiven' Zuschauer.

Auch die Vorgänge der 'Reichskristallnacht' haben nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes die Justiz beschäftigt. Es ist ein Ereignis, das so ausführlich wie kaum ein anderes aus den 12 Jahren der NS-Diktatur in den Ermittlungsakten der Detmolder Staatsanwaltschaft dokumentiert ist. Diese Stelle hatte sich bereits gegen Ende des Jahres 1945 mit den Geschehnissen in Lippe zu befassen.

Die guten Absichten des damaligen lippischen Polizeichefs August Linne, der Täter habhaft zu werden und sie einer gerechten Bestrafung zuzuführen, laufen letztendlich ins Leere. Es ließe sich trefflich darüber streiten, ob dieses für die Aufarbeitung und Verfolgung von NS-Verbrechen durch die deutsche Justiz – zumindest in den ersten 15 bis 20 Jahren – typisch ist.

Nicht erst mit dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus war allgemein bekannt, daß es sich bei den antijüdischen Aktionen des 9. und 10. November 1938 nicht um einen „spontanen Ausbruch des Volkszorns" handelte, sondern vielmehr um eine von Staat und Partei durchgeführte Maßnahme. Relevant für unsere Nachbetrachtung, das war es nach 1945 allerdings auch für die Strafverfolgung, ist das Engagement, mit dem der Befehl vor Ort ausgeführt wurde.

In einem größeren und acht abgetrennten Ermittlungsverfahren versuchten Polizei und Justiz in den Jahren 1946 bis 1948, den Straftatbeständen der Brandstiftung, des Landfriedensbruches, der Nötigung und Freiheitsberaubung, sowie der Sachbeschädigung Täter zuzuordnen. Die Ermittlungen umschlossen einen Kreis von etwas mehr als 60 Personen. Die dabei auftretenden Schwierigkeiten schildert ein Bericht der Detmolder Staatsanwaltschaft vom August 1946:

> Es wurde festgestellt, daß die Zeugen in ihren Ausführungen sehr zurückhaltend waren. Sie können oder wollen sich nicht mehr auf Einzelheiten entsinnen, trotzdem

> der Synagogenbrand doch kein alltägliches Ereignis war. Zudem handelte es sich doch hier um einen erst- und einmaligen Gewaltakt, der dem Menschen doch im Gedächtnis haften bleibt. [...] Bezeichnend sind die Angaben solcher Leute, die neben der Synagoge wohnten und alles genauestens gesehen haben müssen. So will Frau B. [...] an dem Abend ein Schlafmittel eingenommen haben und will nichts von dem Treiben in der Synagoge gehört haben. Frau F. [...] will ohnmächtig geworden sein und kann sich an nichts mehr erinnern. Bei dem Ermittlungsverfahren kommt man zu dem Ergebnis, daß die besagten Leute – Zeugen wie Beschuldigte – nicht aus ihrer Haut können und sehr mißtrauisch sind.[1]

So gelingt den Ermittlern zwar eine relativ dichte Rekonstruktion der Vorgänge in Detmold, doch eigentliche Täter scheint es nicht oder nicht mehr zu geben. Zwei Jahre später wird das Hauptverfahren eingestellt, ebenso sieben der acht angeschlossenen Einzelverfahren.[2] Es kommt nicht einmal zu einer Anklage und einem Prozeß. Zwischen den Aktendeckeln finden sich die Zeugnisse der Verdrängung und Verschleierung in Hülle und Fülle. Das Schema der Aussagen von Beschuldigten ist hinlänglich bekannt. Wie die angeklagten NS-Größen in Nürnberg schnell in Adolf Hitler den 'wahren' Schuldigen ausgemacht hatten und sich schlichtweg keiner Schuld bewußt waren, so war es in Detmold nicht anders. Da gab es einmal die Schutzbehauptungen: man sei eigentlich erst später – nach der eigentlichen Tat – hinzugekommen, durch Lärm oder Feuerschein angezogen. Zum anderen das Phänomen des nahezu kollektiven Gedächtnisschwunds: man könne sich beim besten Willen nicht erinnern. Eine weitere Variante: die Schuldzuweisung an – möglichst unbekannte – Fremde. Wenn überhaupt jemand als Täter in Frage kommen konnte, dann nur Personen, die es nicht mehr stören konnte: Verstorbene und Verschollene wurden so zu den Haupttätern des Novemberpogroms in Detmold.

Da sie natürlich nicht mehr greifbar waren, wurden die Verfahren gegen diese eingestellt. Die noch verbliebenen anderen Beschuldigten konnten auch aufatmen. Weil, so die Begründung, ihnen eine Beteiligung nicht einwandfrei nachweisbar sei, gingen auch sie straffrei aus. Bei anderslautenden Aussagen wurde den Zeugen einfach unterstellt, sie wollten eine alte Rechnung begleichen oder sie seien nicht zuverlässig.

In der Frage nach der Haupttäterschaft hatte sich der Kreis der Beschuldigten rasch auf folgende Personen geeinigt: den während der Ermittlungen an Krebs verstorbenen lippischen NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille[3] – viele Beschuldigte werden da sicherlich erleichtert gewesen sein, denn ansonsten hätte es zweifellos zu einem Prozeß kommen müssen –, den verschollenen SS-Standartenführer Georg Martin, den gefallenen NSDAP-Ortsgruppenleiter Hugo Preyer, den gefallenen HJ-Bannführer Sandvoss, den Studiendirektor Betz[4], den gefallenen Parteigenossen Hans Kaul, den gefallenen SA-Mann Konstantin Lapisch und den gefallenen Landesbranddirektor Robert Günther. Andere, die von Zeugen gesehen worden waren, wuschen ebenfalls ihre Hände in Unschuld: die als 'SS-Mutter' bekannte Pfarrerswitwe Meta Ulmke, der stellver-

tretende Bürgermeister Wilhelm Schürmann, der Landrat Karl Schweiger, der Landesschulrat Ludwig Wollenhaupt, die stadtbekannten SA- und SS-Männer Walter Pethig, Wilhelm Sonntag, Hans Pieper, Paul Wiese und Josef Focke. Die beiden letzteren waren übrigens im August 1933 an der Ermordung Felix Fechenbachs beteiligt.[5] Der Bürgermeister Hans Keller und der Landesarchivdirektor Eduard Wiegand konnten schließlich noch Bestätigungen beibringen, daß sie nicht am Ort des Geschehens weilten.[6]

Nur in einem einzigen Fall kommt es zu einem Urteil. 1948 wird der SS-Mann Wilhelm Radau, von Detmoldern ehrfürchtig 'der weiße Schimmel' genannt, zu 6 Monaten Haft verurteilt. Anzeigende und Zeugin war die Ehefrau des als 'Halbjuden' verfolgten Kaufmannes Otto Baer. Ihre Aussage mochte man ebensowenig wie die der Haushälterin Baers anzweifeln.[7]

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Situation der jüdischen Bevölkerung in Detmold vor 1938. Ein latenter Antisemitismus existierte bereits seit der Jahrhundertwende in der Stadt. Immer wieder machten verschiedene Gruppierungen und Verbände mobil: die sogenannten Christlich-Sozialen, die rechten Konservativen, die Deutsche Vaterlandspartei, die Deutschnationale Volkspartei, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, der Cheruskerbund, der Deutschbund, der Jungdeutsche Orden, die Deutschvölkische Freiheitspartei und schließlich die NSDAP.[8] Die Anfangsjahre der Weimarer Republik waren in Detmold von einem besonders scharfen antisemitischen Klima gekennzeichnet. 1919 unterschrieben mehr als 600 Bürger einen Aufruf gegen die Einstellung von Moritz Rülf als Lehrer an der Knabenbürgerschule. Der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund, die größte antisemitische Kampforganisation der Weimarer Republik mit reichsweit mehr als 300.000 Mitgliedern, verfügte in Detmold über eine bedeutende Ortsgruppe, die mit Flugblättern, Veranstaltungen und über die nationalistische „Lippische Tageszeitung" gegen jüdische Bürger Front machte. Die Nationalsozialisten spielten erst gegen Ende der 20er Jahre eine größere Rolle. Im Januar 1932 gelang der NSDAP der erste große Erfolg: Bei den Kommunalwahlen wurde sie in Detmold mit 32,2% stärkste Fraktion. Von da an nahm auch die antisemitische Agitation auf der Straße wieder zu. Im April 1932 wurde ein Auftritt des in Detmold geborenen Schauspielers und Humoristen Joseph Plaut im Landestheater von einem Trupp Nationalsozialisten gestört. Der Detmolder Stadtverordnetenversammlung fiel daraufhin nichts besseres ein, als Plaut aufzufordern, die Lieder 'Lippe-Detmold' und 'Lippische Schützen' wegen „bedenklicher Vortragsweise" aus seinem Repertoire zu streichen.[9] Ein weiteres Beispiel: wiederholtes Opfer von nationalsozialistischen Attacken war die polnische Jüdin Regina Bonom, die eine Pfandleihe betrieb. Das NS-Organ „Lippischer Kurier" unterstellte ihr Wucher und „dunkle Machenschaften". Im Dezember 1932 wurden zwei Anschläge auf ihr Geschäft verübt. Einer der Täter war ein 24jähriger SS-Mann und Student der Theologie.

Von den 510 Personen jüdischen Glaubens, die bei der Volkszählung vom 16. Juni 1933 in Lippe erfaßt wurden, lebten ungefähr 160 in der Landeshauptstadt. In einem 1933 erschienenen Aufsatz beklagte der jüdische Lehrer Moritz Rülf aus Detmold die ungesunde Struktur der jüdischen Bevölkerung in Lippe: Überalterung und ein starker Frauenüberschuß (auf 100 Männer kamen 120 Frauen; in der Gesamtbevölkerung: 100 zu 103).

Der „Geist der Neuen Zeit" zeigte sich den Juden in Detmold in den ersten Februartagen des Jahres 1933. Wiederholt wurden jüdischen Geschäftsleuten die Fensterscheiben eingeschlagen. Einen ersten Höhepunkt des staatlichen Terrors aber stellte der 11. März 1933 dar. SA und sogenannte Hilfspolizei waren bemüht, die 'nationale Revolution' von unten voranzutreiben. Bereits um 8 Uhr morgens wurden die Eingänge der Geschäfte Schuhhaus 'Teutonia' (Inh. Eduard Kauders) und „Alsberg & Co." von SA und SS besetzt. Die Besitzer mußten Schilder mit der Aufschrift „Deutsche, kauft nicht beim Juden!" aushängen. Prominentes Opfer an jenem Tag war Felix Fechenbach. Er wurde in 'Schutzhaft' genommen und später, am 7. August 1933, bei der Überführung ins Konzentrationslager Dachau von Friedrich Grüttemeyer, Paul Wiese, Karl Segler und Josef Focke ermordet. Boykottaktionen gegen jüdische Geschäfte setzten in Detmold nicht erst am 1. April ein, sondern bereits zwei Tage zuvor.

Im Sommer 1935 erreichte die nationalsozialistische Judenpolitik eine neue Stufe. Im Juli prangerte die „Lippische Staatszeitung" fortwährend angebliche jüdische „Frechheiten" an. Konkrete Maßnahmen zur Ausgrenzung der Juden waren die Folge. Der Zutritt zu den Externsteinen wurde ihnen ebenso verboten wie das Betreten der Freibäder. Überall wurden Tafeln aufgestellt: „Juden sind hier unerwünscht", und Anfang August erließ Detmold wie die anderen lippischen Städte und Gemeinden eine sogenannte Ortsjudensatzung. Damit sollte Juden der Zuzug sowie der Erwerb von Grundstücken und Gebäuden untersagt werden. Auch die direkte Bedrohung wuchs. SA-Leute verprügelten auf offener Straße den Händler Ernst Maas. Parteifunktionäre organisierten Menschenansammlungen vor jüdischen Wohnungen und Geschäften. Vergiftet wurde das Klima zusätzlich durch die NS-Presse, die sich im Sommer 1935 vor allem am Thema 'Rassenschande' weidete. Die Gestapo Bielefeld vermeldete für den August eine regelrechte 'Rassenschandepsychose' – mit bitteren Konsequenzen. Als der frühere NSDAP-Ortsgruppenleiter Otto Keller den 63jährigen David Boehm wegen angeblicher 'Rassenschande' denunzierte – Boehm hatte sich mit einem Mädchen am Donoper Teich unterhalten – wurden gehässige Berichte über angebliche Schandtaten in die Welt gesetzt. Der Unschuldige wurde vom Sondergericht Hannover zu 9 Monaten Haft verurteilt, die er im KZ Esterwegen verbüßte. Boehm starb nach der Entlassung im September 1936 an den Folgen.[10]

Die Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz war in Detmold weitgehend bis zur Jahreswende 1937/38 erfolgt: Die meisten Geschäfte waren zu Schleuder-

preisen in nichtjüdischen Besitz übergegangen, den verbliebenen Händlern wurden die Wandergewerbescheine und Legitimationskarten entzogen. Im Herbst 1938 lebten nur noch rund 90 Juden in der Stadt. Und das bereits weitestgehend isoliert.

Willkommener Anlaß zum Schlag gegen die Juden war das Attentat des 17jährigen Herschel Grynszpan auf den deutschen Botschaftsangestellten vom Rath in Paris. Der Attentäter gehörte zum Kreis in Deutschland lebender oder geborener Juden mit polnischer Staatsangehörigkeit. Im Frühherbst hatte die polnische Regierung eine Verordnung erlassen, nach der die Auslandspässe der im Ausland lebenden Staatsangehörigen zu ihrer Gültigkeit eines Kontrollvermerkes bedurften. Anderenfalls drohte die Ausbürgerung. Die Reichsregierung war nun ihrerseits darum bemüht, sich schnellstens der rund 17.000 polnischen Juden durch Ausweisung zu entledigen. Die Nationalsozialisten führten daraufhin ihre erste Massendeportation durch. Von der Ausweisungsaktion, die am 28. Oktober erfolgte, waren auch drei in Detmold lebende polnische Juden betroffen: Regina Bonom, Josef Vogelhut und seine Schwester Necha Vogelhut. Über Hannover wurden sie mit der Reichsbahn zur polnischen Grenze deportiert. Dort wurden sie ins Flüchtlingslager Zbaszyn eingewiesen. Vogelhuts Frau mußte Deutschland im Juli 1939 verlassen.

Das Motiv Grynszpans: seine Eltern gehörten zu den Deportierten, die im Niemandsland zwischen deutscher und polnischer Grenze festsaßen.

Anhand der vorhandenen Akten läßt sich ein relativ verläßlicher Überblick über die Geschehnisse in Detmold in der Nacht des 9. auf den 10. November 1938 geben. Der Ablauf wird unter Berücksichtigung der allgemeinen Entscheidungen und Befehlswege dargelegt.[11]

Am Nachmittag des Mittwochs (9.11.) um 17.30 Uhr erliegt in Paris der Botschaftsangehörige Ernst vom Rath seinen Schußverletzungen. In München halten sich seit Dienstagabend die gesamte Parteiprominenz und die Spitzen von SA und SS auf. Hier in der 'Hauptstadt der Bewegung' fand seit 1928 die zentrale Veranstaltung zum Jahrestag des gescheiterten Hitlerputsches von 1923 statt. Eine günstige Ausgangssituation. Auch in Detmold hielt die Partei am Abend Gedenkveranstaltungen in mehreren Sälen und Gaststätten („Neuer Krug") ab. Die SA hatte sich im SA-Gebäude in der Langen Straße versammelt. An den Externsteinen sollte um Mitternacht eine große Vereidigung von SS-Bewerbern der Standarte 72 stattfinden.

Um 21 Uhr wird Hitler in München die Nachricht vom Tod des Legationsrates gemeldet. Er unterhält sich mit Propagandaminister Goebbels und verschwindet dann in seine Münchener Wohnung. Etwa um 22 Uhr teilt Goebbels den Anwesenden den Tod mit und hält eine Rede, in der er auf judenfeindliche Kundgebungen in Kurhessen und Magdeburg-Anhalt hinweist. Er fügt außerdem an: „Der Führer habe auf seinen Vortrag entschieden, daß derartige De-

monstrationen von der Partei weder vorzubereiten noch zu organisieren seien, soweit sie spontan entstünden, sei ihnen aber auch nicht entgegenzutreten."

Eine kaum versteckte Aufforderung zu Aktionen. Um 22.30 Uhr löst sich der Kameradschaftsabend auf. Noch aus dem 'Alten Rathaus' rufen die anwesenden Gauleiter – darunter aller Wahrscheinlichkeit auch Alfred Meyer – ihre Gau- bzw. Gaupropagandaleitungen an und instruieren sie in mehr oder minder präziser Form, mit entsprechenden Aktionen gegen Synagogen, jüdische Häuser und Geschäfte loszuschlagen. Historiker vermuten, daß in den Anordnungen, die über den Parteiweg liefen, das Niederbrennen der Synagogen besonders betont wurde.

Noch vor Mitternacht – vermutlich um 23.30 Uhr herum – erhält der lippische NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille in Detmold von der Gauleitung Westfalen-Nord den Befehl zu Aktionen gegen die Juden in Lippe. Wo genau Wedderwille sich zu diesem Zeitpunkt aufhält, ist unklar. Wedderwille unterrichtet offensichtlich als einen der ersten den Detmolder Ortsgruppenleiter Hugo Preyer. Mit diesem und seinem Chauffeur setzt sich der Kreisleiter dann in Bewegung, um möglichst viele Parteigenossen zu mobilisieren. Die befinden sich nach den beendeten Veranstaltungen größtenteils noch in den Gaststätten der Stadt.

In München hat SA-Stabschef Viktor Lutze mittlerweile die anwesenden SA-Führer in einer gesonderten Rede eingeschworen. Um 23 Uhr kehren diese in ihr Hotel zurück und versuchen bis 24 Uhr ihre Gruppen zu erreichen. In den Weisungen der SA stand vermutlich die Demolierung der Synagogen und jüdischer Geschäfte im Vordergrund.

Aller Wahrscheinlichkeit nach noch vor Mitternacht wurde der Führer der lippischen SA, zugleich der Leiter der lippischen Polizei, Paul Faßbach, von seiner vorgesetzten Dienststelle informiert. Faßbach versetzte sofort telefonisch die gesamte SA aus dem Sturmbereich Detmold in Alarmzustand. Die Männer hielten sich aufgrund der Feierlichkeiten noch im SA-Gebäude in der Langen Straße auf.

Eine Absprache Wedderwilles, der ja zugleich Vertreter der lippischen Landesregierung war, mit Faßbach ist nicht belegt, aber wahrscheinlich. Denn: die Aktionen der Partei und der SA verlaufen – anders als in vielen anderen Orten – in enger Kooperation. Die Regie in diesem Akt der Gewalt – sowohl für Detmold, als auch danach für ganz Lippe – oblag dem NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille.

Um 23.55 Uhr unterrichtet der Chef des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin, Heinrich Müller, die Staatspolizeileitstellen per Fernschreiben von zu erwartenden Aktionen gegen die Juden und erteilt den Befehl, daß die Gestapo sich heraushalten solle. Über Münster und Bielefeld wird die Detmolder Gestapo offensichtlich gegen 1 Uhr unterrichtet. Die Gestapo-Beamten Walter Lapstich und August Solle befinden sich gegen 1.30 Uhr an der Synagoge.[12]

Die Aktionen in Detmold sind zu diesem Zeitpunkt mit dem Niederbrennen der Synagoge bereits beendet.

Politische Leiter und Parteigenossen der Detmolder Ortsgruppen und SA setzen sich um etwa 0.30 Uhr in einem ersten Zug in Bewegung. Der Ausgangspunkt ist vermutlich das SA-Gebäude in der Langen Straße. Ihr erstes Ziel: das Küchen- und Spielwarengeschäft Rosenbaum (Inh. Eugen Wolff) in der Langen Straße 76. Die Schaufenster werden eingeschlagen, die Einrichtung wird demoliert und die Auslagen werden auf die Straße geworfen. Im offiziellen Bericht wird der Sachschaden auf 4.000 Mark beziffert. Nahezu zeitlich parallel werden zwei weitere Geschäfte demoliert und zerstört. Zum einen das Altwaren- und Konfektionsgeschäft des ausgewiesenen polnischen Juden Josef Vogelhut in der Krummen Straße 27. Hier wird der Schaden auf 3.500 Mark bemessen. Für einige Auseinandersetzungen sorgt später, daß das Haus im Besitz einer Nichtjüdin ist.

Zerstört – und das auf besondere Weisung Wedderwilles – wird auch das Porzellan- und Geschenkartikelgeschäft des 'Halbjuden' Otto Baer in der Bruchstraße 26. Leiter der Aktion ist hier der Detmolder SS-Mann Wilhelm Radau, bekannt als 'weißer Schimmel'. Die Stimmung vor Baers Geschäft wurde besonders durch Sprechchöre aufgereizt, die unter dem Einfluß der NS-Frauenschaftsführerin Meta Ulmke standen. Die Aktion wird von Radau mit einem Pfiff aus seiner Trillerpfeife eingeleitet. Während der blindwütigen Zerstörung von Geschäft und Inventar bedroht Radau die Ehefrau Baers mit seinem Dolch. Der Sachschaden betrug 11.000 Mark.

Auch zwei Privatwohnungen werden von der Meute heimgesucht. Am Haus der Witwe Rosa Levysohn in der Hornschen Straße 33 werden Fensterscheiben im Wert von 80 Mark zertrümmert. Und ein ähnlich hoher Schaden entsteht im Haus Woldemarstraße 10, das von der Familie Gustav Examus bewohnt wird.

Adolf Wedderwille, der Regisseur der Aktionen in Lippe, befindet sich gegen 1 Uhr am 'Lippischen Hof'. Dort hält er die Busse mit den SS-Männern an, die von der Vereidigung an den Externsteinen zurückkehren. Mit dem SS-Standartenführer Georg Martin bespricht Wedderwille das weitere Vorgehen. Man zieht nun geradewegs in die Lortzingstraße. SS und SA beginnen sofort mit der Absperrung des Bereiches um die Synagoge. Der Sohn des Landesbranddirektors erinnert sich:

> Wir schauten aus den Fenstern und erblickten eine Gruppe von SA- und SS-Angehörigen auf der Wiesenstraße. Wie sich später herausstellte, waren dies Vorbereitungen zur Absperrung der Eingänge sämtlicher Häuser des Karrees Wiesenstraße-Lortzingstraße-Bismarckstraße-Doktorweg. [...] Ich erinnere mich [...], daß in unserem Haus mehrfach Anrufe über die Dienstverbindung mit der Feuerwache am Doktorweg ankamen. Im folgenden sah ich vom Treppenhaus aus, daß mein Vater und sein ebenfalls im Haus wohnender Stellvertreter, Brandmeister Fritz Kate, versuchten, das Haus zu verlassen, was ihnen jedoch von den Uniformierten an der Haustür zunächst verwehrt wurde. Nach weiteren Telefonaten, die mein Vater

> mit der Feuerwache führte, wurde beiden dann doch gestattet, das Haus zu verlassen.[13]

Mittlerweile dringen SS-Leute, darunter der SS-Mann Buschulte, in das Gotteshaus ein und zertrümmern die Inneneinrichtung, Bänke und vermutlich auch Kultgegenstände. Zwischen Kreisleiter Wedderwille, Ortsgruppenleiter Preyer und der Feuerwehr kommt es zu Absprachen. Augenzeugen sagten bei den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft aus, daß mittlerweile auch der Detmolder Bürgermeister Hans Keller, der stellvertretende Bürgermeister Wilhelm Schürmann (zugleich Dezernent für das Feuerlöschwesen der Stadt und SD-Abschnittsleiter) und die Gestapo-Beamten Lapstich und Solle eingetroffen waren. Zugegen sind aber auch Männer der SA und SS, die zuvor die jüdischen Geschäfte zerstört hatten. Auch die NS-Frauenschaftsleiterin Meta Ulmke befindet sich an der Synagoge.

Späteren Zeugenberichten zufolge wird der Besitzer einer Autovermietung beauftragt, ein Faß Benzin herbeizuschaffen. Vermutlich stammt das Faß sogar aus dem Feuerwehrhaus. Mittlerweile sind die Täter auch in die angrenzende Wohnung der Synagoge eingedrungen. Hier lebt der Synagogendiener Louis Flatow mit seiner Familie. Ein Augenzeuge konnte sich noch 40 Jahre später an die Schreie und das Weinen der Kinder erinnern. Unter Beschimpfungen und Schlägen wird die Familie aus der Wohnung herausgeholt. Die Eheleute werden von der Gestapo später verhaftet und abgeführt.

Ein Bewohner der Wiesenstraße erinnerte sich 1978 an die weiteren Ereignisse:

> Schließlich setzte sich ein Wagen [vom Feuerwehrhaus] in Bewegung und fuhr zur Synagoge, die vom Feuerwehrhaus etwa 100 Meter entfernt lag, von meinem Fenster höchstens 60 Meter. [...] Man rollte Fässer vom Auto, die – wie sich später herausstellte – mit Benzin gefüllt waren. [...] Das ganze Innere der Synagoge hatte man nun mit Benzin übergossen und der Brandmeister höchstpersönlich schoß mit einer Brandpistole hinein. Es gab eine kleine Explosion, von dem Luftdruck wurde der Brandmeister einige Meter weit nach hinten geschleudert und auch verletzt. Bald darauf stand die Synagoge in hellen Flammen. Die Feuerwehrleute hatten einen Ring um die Synagoge gebildet und ließen niemanden heran.[14]

Trotz einer Brandanzeige, die nach 1 Uhr bei der Polizei einging, wird von weiteren Veranlassungen abgesehen.[15] Die Feuerwehr beschränkt sich in den folgenden 11 Stunden mit 35 Männern darauf, den Brand zu kontrollieren und das Übergreifen auf die anliegenden Gebäude zu verhindern.[16] Die Synagoge selbst brennt bis auf die Grundmauern nieder. Zahlreiche Schaulustige verfolgen den Brand.

Als Heydrich um 1.20 Uhr den Stapoleitstellen per Blitz-Fernschreiben befiehlt, sie sollen Plünderungen verhüten und sich um Schutz der Personen und die Sicherung jüdischen Vermögens kümmern und bei Bränden dafür Sorge

tragen, daß die umliegenden Gebäude von der Feuerwehr geschützt werden, hat dieses für Detmold keinerlei Bedeutung mehr. Die Gestapo kommt allerdings der zweiten Anweisung nach, daß nämlich so viele Juden – „insbesondere wohlhabende" – wie möglich verhaftet werden.

Nach 2 Uhr nachts und am späteren Morgen werden noch 14 Männer und 4 Frauen in der Stadt festgenommen und ins Gefängnis eingeliefert: Max Alexander, Otto Baer, Arthur Buchholz, David Examus, Louis Flatow, Moritz Herzberg, Dr. Albert Hirschfeld, Eduard Kauders, Leo Steinweg, Wilhelm Steinweg, Samuel Valk, Julius Wertheim und Eugen Wolff, sowie Wilhelm Ehrmann aus Heidenoldendorf.

Zwei Stunden zuvor war Ehrmann noch von einem Mann gewarnt worden. Festgenommen werden auch die Geschwister Flatow, Frau Examus, Elise Steinweg. Die Frauen werden am Morgen wieder entlassen.[17] Insgesamt werden in Lippe rund 60 Männer ergriffen. Einige der Betroffenen – vor allem jene über 65 Jahre – entläßt die Polizei im Laufe des 10. November wieder. Die anderen werden am folgenden Tag mit dem Omnibus nach Bielefeld in den Turnsaal der Falk-Mittelschule gebracht.[18] Die Abwicklung erfolgt über die Landräte in Detmold und Brake. Am 12. November 1938 verlassen zwei Züge mit insgesamt 406 Männern den Bielefelder Bahnhof. Bestimmungsziel ist das KZ Buchenwald bei Weimar. 45 lippische Juden waren nun den Drangsalierungen ihrer SS-Bewacher schutzlos ausgeliefert. Otto Baer hat Glück im Unglück. Er, der auf massives Betreiben Wedderwilles verhaftet worden war, wird auf dem Bielefelder Bahnhof vom 'Judenreferenten' der Bielefelder Gestapo, Wilhelm Pützer, nach Hause geschickt. Eugen Wolff aber stirbt am 25. November an den Mißhandlungen im Lager.

Zu den weiteren Ereignissen in Lippe ein paar Anmerkungen: Nach der Aktion in Detmold werden durch Wedderwille und Faßbach die Partei- und SA-Führer in den Orten telefonisch oder durch NSKK-Kuriere informiert. Wedderwille selbst scheint zumindest zeitweise an der Aktion in Horn beteiligt gewesen zu sein. Eine besondere Rolle in Lippe spielen aber – obwohl Heydrich eine Beteiligung der SS durch Blitz-Fernschreiben von 1.20 Uhr untersagte – die in ihre Heimatorte zurückkehrenden SS-Männer, so in Lemgo, Bad Salzuflen, Lage, Bösingfeld und Alverdissen. In Schötmar wird die Synagoge von SS-Männern erst am Abend des 10. November angezündet.

Die Berichterstattung in der NS-Presse war ebenso gesteuert und inszeniert wie der Pogrom selbst. Die Linie war von Propagandaminister Joseph Goebbels, dem Deutschen Nachrichtenbüro und dem „Völkischen Beobachter" detailliert vorgegeben. Die lokalen Geschehnisse hatten demnach nichts auf der Titelseite zu suchen; außerdem durften keine Fotos veröffentlicht oder gar Sammelmeldungen über die Vorkommnisse im Reich gedruckt werden. Damit sollte der Eindruck gepflegt werden, die Aktionen seien „spontane antisemitische Aktionen" bzw. der „Zorn des Volkes" gewesen. In der „Lippischen

Staatszeitung" kommentierte ein Redakteur unter dem Kürzel M.H.[19] in zynischer Weise die Ereignisse auf der ersten Seite. Die linientreue Schlagzeile: „Das Volk gab Antwort":

> Wenn verschiedene Synagogengemeinden jetzt feststellen müssen, daß da und dort einmal ein Judentempel stand, wenn jüdische Geschäfte so behandelt wurden, daß ihnen der Appetit vergeht, ihre Läden noch einmal zu renovieren, und wenn darüberhinaus besonders „verdiente" Vertreter des auserwählten Volkes Gelegenheit haben, hinter schwedischen Gardinen über die Sünden und Verbrechen ihrer Rasse nachzudenken, dann geschah ihnen nur Recht.[20]

Die Vorgänge in Lippe fanden nach einer vom Deutschen Nachrichten-Büro vorgeschriebenen Einleitung Erwähnung im Lokalteil. Ein umfassender Überblick über die Geschehnisse in ganz Lippe wurde vermieden. Verschwiegen wurde natürlich auch der Tod von Julie Hirschfeld in Horn[21] – vielmehr hieß es: „es wurde keinem Juden ein Haar gekrümmt." Es verwundert auch nicht, daß die Detmolder Geschehnisse den Juden selbst zugeschrieben werden:

> In Detmold versammelten sich gegen 1 Uhr vor mehreren jüdischen Geschäften, deren Inhaber gerade in jüngster Zeit durch ihr freches Auftreten die Bevölkerung wiederholt gereizt hatten, die aufgebrachten Menschenmassen. Auf der unteren Langen Straße, in der Nähe der Bahnüberführung, auf der Bruchstraße und in der Krummen Straße wurden die Schaufensterscheiben jüdischer Geschäfte zertrümmert und die Auslagen auf den Bürgersteig geworfen. Die Zahl der Empörten wurde hier immer größer, wobei gegen die Vertreter des „auserwählten Volkes", die hier zum Teil unter geschickter Tarnung ihre Geschäfte machten, Schmährufe ausgestoßen wurden. Kurz darauf, etwa gegen 2 Uhr nachts, brach in der Synagoge in der Nähe des Lippischen Landestheaters, Feuer aus.[22]

Soweit die offiziellen Verlautbarungen über den Pogrom. Welche Folgen die Aktion aber auf Einstellung und Stimmung der Bevölkerung tatsächlich hatte, das wollten die Machthaber erfassen und ausloten. Mit der Rundverfügung 224/38 vom 14. November richtete die Gestapo Bielefeld 14 Fragen an die Ortspolizeibehörden bzw. die Bürgermeister. Neben Angaben zum Ablauf der Aktion und den verursachten Schäden galt den Reaktionen besonderes Interesse.[23] Der stellvertretende Bürgermeister Wilhelm Schürmann, bei der Aktion selbst dabei, berichtete:

> Bei der Bevölkerung in Detmold sind die Maßnahmen verstanden und werden auch gebilligt. Die durchgeführte Aktion hat hier wahre Befriedigung hervorgerufen. Abfällige Äußerungen sind nicht bekannt geworden. Nachteilige Auswirkungen sind demnach hier nicht zu befürchten.[24]

Keine Rede von Protest; nicht einmal von verhaltener Kritik. Waren die Detmolder einfach zum normalen Alltag übergegangen? Auch die Partei war an den Reaktionen der Bevölkerung auf die Gewaltaktionen interessiert. In einem ausführlichen Schreiben forderte die Gauleitung die Kreisleitungen zur Berichterstattung auf. Darin der Auftrag an die Kreisleiter, unter „Darstellung des gefährlichen Einflusses des Judentums" immer wieder auf die Berechtigung der Aktion hinzuweisen.[25] Weisungsgemäß erstattete Kreisleiter Wedderwille Bericht. Hier allerdings wird schon ein differenzierteres Bild über die Resonanz in Lippe gezeichnet:

> Die Aktion ist gemeinsam von der SA, SS und Politischen Leitern durchgeführt. Von einer Rivalität der einzelnen Gruppierungen untereinander habe ich nichts feststellen können. [...] Von den Parteigenossen ist diese Aktion mit größter Befriedigung aufgenommen. Andererseits sind aber noch sehr viele Volksgenossen vorhanden, die politisch nicht reif genug sind, um diese Dinge richtig zu sehen und daher die Maßnahmen zu kritisieren versuchen. Es sind dies in erster Linie die Spießer und kirchlich beeinflußte Personen. In der Arbeiterschaft hat die Aktion gegen das Judentum allgemeine Befriedigung ausgelöst.[26]

Tatsächlich scheint die Aktion in Detmold aber nicht zu größerer Unruhe geführt zu haben. Ein Augenzeuge des Synagogenbrandes in Detmold erinnerte sich allerdings daran, daß am Sonntag darauf Pastor Hermann van Senden in der Stadtkirche „eine unerschrockene und mutige Predigt gehalten [habe], in der er ausdrücklich auf diese Vorgänge zu sprechen kam und sie scharf verurteilte."[27] Angeblich, so Zeitzeugen, soll van Senden daraufhin in 'Schutzhaft' genommen worden sein. In den vorhandenen Listen taucht er jedoch in diesem Zeitraum nicht auf.[28]

Von offener Kritik wurde allerdings auch nicht aus den anderen lippischen Orten berichtet. Nur in seltenen Fällen wiesen die Berichterstatter daraufhin, daß die Zerstörung von Sachwerten nicht verstanden worden sei. Das Bedauern darüber war aber – wie beispielsweise in Schötmar – größer als die Gedanken an den jüdischen Mitmenschen:

> Ein Teil der Bevölkerung soll dem Vernehmen nach die Aktion nicht billigen. Es wurden Ausdrücke laut, daß man lieber 100 oder 1.000 Juden hätte erschießen sollen.[29]

Doch auch andere Indizien finden sich dafür, daß die Bürger der Stadt Detmold schnell wieder zur Tagesordnung übergingen, die Leiden der jüdischen Männer, Frauen und Kinder nur wenig interessierten. Bereits wenige Tage nach dem Terrorakt gingen bei den einzelnen Stellen Anträge und Wünsche zur Übernahme der noch bestehenden Holz- und Furnierhandlung von Julius Wertheim ein.[30] Und der SS-Mann Buschulte, der besonders heftig in der Synagoge

gewütet hatte, machte sich sogar auf den Weg ins KZ Buchenwald, um Julius Wertheim zu erpressen. Der sollte ihm möglichst billig sein Geschäft überlassen.[31]

Noch über mehrere Monate hinweg zeugte die Brandruine der Synagoge von den Vorgängen der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938.[32] Im Februar 1939 folgte dann der Versuch eines Detmolder Fahrradhändlers, das Gelände zu kaufen. Für 2.500 Rentenmark gedachte man, es ihm zu überlassen. Der Kreiswirtschaftsberater der NSDAP bat um baldige Genehmigung, da „in nächster Zeit die Wagner-Woche in Detmold stattfindet, und die ausgebrannte Synagoge, die neben dem Landestheater sichtbar ist, für die Fremdenwerbung nicht einladend wirken würde." Die NSDAP aber sah das Gelände für andere Zwecke vor, die Stadt Detmold wollte darum das Vorkaufsrecht ausüben.[33] Lange Zeit geschah allerdings nichts mit dem Gelände, was den Inhaber einer Firma zu einer Eingabe an den Detmolder Bürgermeister veranlaßte, mit der Bitte, „den Platz an der Lortzingstraße, auf dem der Judentempel stand, einebnen und entweder mit Gras oder sonstwie bepflanzen zu lassen."[34]

Zerstört wurde nicht nur die Synagoge, beseitigt wurden auch die Spuren des jüdischen Gemeindelebens. Im Mai 1950 schrieb die neue jüdische Gemeinde in Detmold zwar, daß sie „das seltene Glück gehabt [habe], daß ein großer Teil der Synagogengegenstände gerettet worden" sei[35], aber: „Die Urkunden der jüdischen Gemeinden in Lippe sind beim Synagogenbrand und später durch die Gestapo vernichtet worden."[36] Dieses ist größtenteils richtig. Aber 8 Pakete mit etwa 200 Akten, darunter der Schriftwechsel der früheren Synagogengemeinden und des Landesverbandes der Synagogengemeinden Lippes, der sich in der Detmolder Synagoge befand, wurden durch Gestapo und SD an Eduard Wiegand, den Leiter von Landesarchiv und Landesbibliothek, übergeben. Sie waren im November 1938 vorerst zur „Auswertung" in das ehemalige HJ-Heim an der Ameide gebracht worden. Im August 1953 wurden sie von einem Beauftragten der Jewish Trust Corporation (Jetco) Hannover abgeholt und sind seitdem verschollen.[37]

„Diese Elemente, die sich damals mit ihren Taten brüsteten, sind heute zu feige, zu ihren Taten zu stehen." So schrieb die „Freie Presse" im November 1948 im Zusammenhang mit den Ermittlungen der Detmolder Justiz. Nicht nur im Fall Detmold tat sich die Justiz schwer mit einer Anklage, einem Prozeß, einem Urteil. Ähnlich verliefen die Verfahren in den anderen lippischen Städten und Gemeinden. In einzelnen Fällen wurden ein oder zwei sogenannte 'Haupttäter', in der Regel der Ortsgruppenleiter oder der örtliche SA-Führer, zu Haftstrafen verurteilt. Das Strafmaß bewegte sich dabei zwischen 4 und 10 Monaten. Die anderen Täter blieben einfach – 'unbekannt'. So leider auch im Fall Julie Hirschfeld, Horn. Die alte Frau war während der Pogromnacht die Treppe heruntergestürzt oder heruntergestürzt worden. Der behandelnde Arzt glaubte nicht an einen Unglücksfall. Die Ermittlungen verliefen im Sande, denn

in Horn waren es ja ebenfalls nur „unbekannte" Täter: fremde SA- und SS-Leute.

Also gab es keine Auseinandersetzung der Täter mit ihren Taten, keine Auseinandersetzung der Gesellschaft mit den Tätern.

Anmerkungen

1. Ermittlungsbericht im Verfahren gegen Adolf Wedderwille u.a. wegen Brandstiftung, 29.8.46; StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 149.
2. Die Verfahrensakten befinden sich im StA DT: Verfahren gegen Adolf Wedderwille u.a. wegen Brandstiftung, 1946-48; StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 149; Verfahren gegen Dr. Weber wegen Brandstiftung, 1946; StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 114; Verfahren gegen den Justizangestellten K. wegen Beteiligung an Brandstiftung, 1946; StA DT D 21 B Zg. 43/1960 Nr. 115; Verfahren gegen Wilhelm Schürmann wegen Diebstahls in der Synagoge, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 325; Verfahren gegen Meta Ulmke u.a. wegen Freiheitsberaubung Flatow, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 326; Verfahren gegen Meta Ulmke u.a. wegen Nötigung, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 322; Verfahren gegen unbekannt zum Nachteil Wolff, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 323; Verfahren gegen unbekannt zum Nachteil Vogelhut, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 324.
3. Zum NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille vgl. Andreas Ruppert: Der Kreisleiter in Lippe. Zur Funktion einer Mittelinstanz der NSDAP zwischen Ortsgruppen und Gau. In: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 199-229.
4. Betz nahm sich beim Einmarsch der Amerikaner Anfang April 1945 das Leben.
5. Vgl. zum Mord an Felix Fechenbach: Wolfgang Müller: „Nie ganz vergessen". Die Erinnerung an Felix Fechenbach in Lippe. In: Felix Fechenbach, 1894-1933. Journalist, Schriftsteller,Pazifist. Hrsg. vom Landesverband Lippe, Detmold 1994. S.118-150.
6. Verfahrenseinstellung, 6.8.48; StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 149.
7. Verfahren gegen Wilhelm Radau wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit, 1948; StA DT D 21 B Zg. 34/1976 Nr. 154.
8. Vgl. zum folgenden: Jürgen Hartmann: Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP. In: Lippische Mitteilungen 60 (1991), S. 149-198; sowie: „... dennoch Menschen von Gott erschaffen" – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung. Bearbeitet von Dina van Faassen und Jürgen Hartmann, Bielefeld 1991. S.70 ff.
9. Siehe zum Fall Plaut auch den Beitrag von Andreas Ruppert in diesem Band.
10. Urteil des Sondergerichts Hannover gegen David Boehm, 27.9.35; StA DT M 1 IP Nr. 670 Bl. 233-235. Die Verurteilung erfolgte wegen Vergehens gegen das „Heimtückegesetz".
11. Zugrunde gelegt wurde die vorzügliche Arbeit von Uwe Dietrich Adam: Wie spontan war der Pogrom?. In: Walter H. Pehle (Hg.), Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht" zum Völkermord, Frankfurt 1988. S. 74-93. Für die Ereignisse in Detmold neben den schon genannten Ermittlungsakten: Bericht des stellv. Bürgermeisters Wilhelm Schürmann an die Gestapo-Außendienststelle Detmold, 18.11.38; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 31-33; Bericht der SS-Standarte 72 an die vorgesetzte Dienststelle, undatiert (Nov. 1938); StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 6; NSDAP-

Kreisleitung Lippe an Gauleitung Westfalen-Nord, 12.11.38; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 28-29.

12. Die Gestapo in Detmold war eine Außenstelle der Bielefelder Gestapo. Sie war in Detmold 1935 aus Bediensteten der Landeskriminalpolizeistelle gebildet worden und bestand aus vier Personen. Der erste Leiter war der Kriminalkommissar Heinrich Hanke. Er wurde 1937/38 zur Preisüberwachungsstelle versetzt. Leiter wurde dann – zumindest für 2 Jahre – August Solle.
13. Bericht von Hans-Helmut Günther, 15.4.96; Schreiben im Besitz des Verfassers.
14. Erinnerungen des Helmut Hirsch, 8.8.78; Kopie im Besitz des Verfassers. Die Täterschaft des Brandmeisters – hier ist auch unklar, wen Hirsch damit meint – ist fraglich. Auch die Zeugen im Ermittlungsverfahren machen unterschiedliche und widersprüchliche Angaben zur Täterschaft.
15. Eintragung Nr. 2349 im Tagebuch der Kripo Detmold, 10.11.38; StA DT D 2 C Detmold Nr. 19.
16. Jahresbericht der Freiwilligen Feuerwehr Detmold, 1938; StA DT D 107 Detmold A Nr. 62.
17. Eintragung im Dienstbuch der Kripo Detmold, 10.11.38; StA DT D 2 C Detmold Nr. 64 Bl. 313. Außerdem: Eintragung Nr. 868 im Tagebuch der Kripo Detmold, 10.11.38; StA DT D 2 C Detmold Nr. 110.
18. Funkspruch der Gestapo Bielefeld, 11.11.38; Stadtarchiv Blomberg IV Nr. 213-01/3.
19. Vermutlich handelte es sich um Hugo Muth.
20. LStZ vom 11.11.38.
21. Julie Hirschfeld stürzte in der Nacht, als ihr Haus von SA-Männern heimgesucht wurde, aus ungeklärten Gründen die Treppe hinunter.
22. LStZ vom 11.11.38; vgl. ähnliche Berichterstattung in der Lippischen Volkszeitung vom 11.11.38.
23. Rundverfg. 224/38 der Gestapo Bielefeld, 14.11.38; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 21 ff.
24. Bürgermeister Schürmann an Gestapo Bielefeld, 18.11.39; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 31-33.
25. NSDAP-Gauleitung an Kreisleitung Lippe, 14.11.38; StA DT L 113 Nr. 996.
26. NSDAP-Kreisleiter Wedderwille an Gauleitung Westfalen-Nord, 23.11.38; StA DT L 113 Nr. 996.
27. Erinnerungen Helmut Hirsch, 8.8.78; Kopie im Besitz des Verfassers.
28. Eine Inschutzhaftnahme Hermann van Sendens (geb. 1880) gab es Ende 1937 für 6 Wochen. Vgl. Otto Reinhold Voget: Meine Verhaftung, Gefangenschaft und Befreiuung (6.4.1944-22.4.1945). In: Unsere Kirche, Jg. 40, Bielefeld 1985, Nr. 18 (28.4.85) bis Nr. 24 (9.6.85). Van Senden war daraufhin im März 1938 ein Reisepaß versagt worden wegen eines Verfahrens gegen das „Heimtückegesetz". Vgl. Vorgang Hermann van Senden, 1938; StA DT L 80 Ie IV.3 Nr. 46.
29. Ortspolizeibehörde Schötmar an Gestapo Bielefeld, 18.11.38; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 86 f.
30. Johann P. an Kreisleitung Lippe, 14.11.38; StA DT L 80 II a XVII 1.3 Anlage.
31. NSDAP-Kreiswirtschaftsberater Reinhold Uhl an Gauwirtschaftsberatung Münster, 1.12.38; StA DT L 113 Nr. 924.
32. In Angelegenheiten der sog. Wiedergutmachung nach dem Krieg: u.a. Schadensberechnung der Jetco Mülheim/Ruhr, 4.6.58, über 396.160 DM. Dazu: StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 352 und 834. Die zuständige Lippische Landesbrandversicherung hat die Schadensberichte knapp 30 Jahre nach den Ereignissen vernichtet. Vgl. Mitteilung der Landesbrandversicherung an den Verfasser.

33. Vgl. Vorgang: Verkauf der Synagogenruine, Februar 1939; StA DT L 113 Nr. 995.
34. Firma F. an Bürgermeister Detmold, 31.7.41; StA DT L 113 Nr. 995.
35. Jüdische Gemeinde Detmold an Jewish Comittee for Relief Abroad, London, 24.5.50. In: Bestand Jüdische Gemeinde Herford, Briefe Gemeinde Detmold, 1950-51.
36. Jüdische Gemeinde Detmold an Stadt Lage, 16.1.51; StA DT D 72 Archiv der Jüdischen Gemeinde Herford, Briefe Gemeinde Detmold, 1950-51.
37. Vgl. dazu die diversen Vorgänge: Jetco gegen Landesbibliothek Detmold, 1953 (VA 151/52); StA DT D 27 KA Nr. 49. Darin Hinweise auf weitere Archivalien, z.B. der Marks-Haindorf'schen Stiftung Münster, der Joel-Herford'schen Stiftung Detmold, des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens für Ostwestfalen und Lippe (87 Bände), des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden (9 Bände), sowie rund 1.500 Büchern aus jüdischem Besitz. Außerdem: Jetco gegen Landesarchiv Detmold, 1953 (VA 930/51); StA DT D 27 KA Nr. 48; sowie Vorgang Archivalien der jüdischen Gemeinden Lippes, 1951-53; StA DT D 29 Nr. 284. Anfragen des Verfassers in diversen Archiven in Deutschland, Israel, den USA und Großbritannien und bei Nachfolgeorganisationen der Jetco erbrachten leider kein Ergebnis.

Jürgen Hartmann

Die Deportation Detmolder Juden 1941 – 1945

Die Zeugenaussage eines Detmolders aus dem Jahre 1947 ist es, die diesem Beitrag die Richtung und die Fragestellung gibt. Der Mann erinnerte sich zwei Jahre nach Kriegsende an folgende Begebenheit:

> Als später einmal vom Marktplatz in Detmold Juden auf einen Lastwagen zum Abtransport aufgeladen wurden, stand die [Meta] Ulmke dabei und schrie: 'Diesen Itzigs sollte man erst den Bauch aufschneiden und [sie] dann wegbringen!'[1]

Die Aussage stammt aus einer Ermittlungsakte der Detmolder Staatsanwaltschaft in Zusammenhang mit den Pogromübergriffen auf Otto Baer. Die Deportationen der lippischen Juden aus ihrer Heimat sind nie gerichtsrelevant gewesen. Schließlich gab es nach Auffassung der deutschen Gesellschaft für den Holocaust nur wenig tatsächlich Verantwortliche: die Führung des NS-Regimes und die Institution Reichssicherheitshauptamt mit ihren regionalen Gestapo-Dienststellen. Um die Verschleppung der Juden aus der Region ging es zudem erst in den 60er Jahren mit den Ermittlungen der Bielefelder Staatsanwaltschaft gegen die Gestapodienststelle Bielefeld. Die anderen Rädchen im Getriebe der bürokratischen Abwicklung – sprich: Organisation und Durchführung – der 'Endlösung' der Juden waren nie Gegenstand der juristischen oder gar gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

„Wir wußten von nichts" – diese Formel gehörte nach 1945 zum festen Repertoire der meisten Deutschen, und auch der Detmolder. Über mehr als vier Jahrzehnte hinweg war der Nationalsozialismus vor Ort kein Thema. Auch die zahlreichen Verfolgungsopfer der Stadt interessierten erst gegen Ende der 80er Jahre. Und ohne die engagierte Arbeit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit wäre sicherlich bis heute wenig geschehen. Dies liegt sicherlich nicht nur in der ungünstigen Quellenlage begründet – viele städtische Akten waren noch kurz vor Kriegsende vernichtet worden.

Der rituellen Formel „Wir wußten nicht" läßt sich aus den vorhandenen Quellen auch ein anderes Bild gegenüberstellen. Und das heißt: Die meisten Bürger und Bürgerinnen der Stadt Detmold 'wußten', spielte sich doch die nationalsozialistische Judenpolitik gut sichtbar vor ihren Augen ab. Ließen sich viele gar – häufig bereitwillig – in die Abläufe mit einbeziehen und wirkten mit an der sozialen und gesellschaftlichen Ausgrenzung, am gesellschaftlichen Tod der jüdischen Nachbarn. Die meisten Detmolder wußten: vom Abtransport, und daß die Deportierten nie zurückkehren würden und – wahrscheinlich vom

wirklichen Schicksal. Sicher gab es vereinzelt Hilfe und Anteilnahme, gab es das beschämte Wegschauen, das ängstliche Schweigen. Aber es gab offensichtlich vor allem Desinteresse und die Tolerierung der sozialen Ausgrenzung, auch die Akzeptanz und begrüßende Zustimmung bis hin zur Gewaltbereitschaft und -anwendung gegen Sachen und Menschen.

Vorab ein kurzer Überblick über die staatlichen Maßnahmen gegen die jüdische Bevölkerung vom November 1938 bis zum Vorabend der Deportationen. Lebten 1933 rund 160 Menschen jüdischen Glaubens in Detmold, so waren es 1939 vor Kriegsbeginn etwa 100. Trotz Aus- und Abwanderung hielt sich diese Zahl bis zum Winter 1941/42. Der Grund: es gab einige Zuzüge von außerhalb in die 'Judenhäuser' und das jüdische Altersheim in der Gartenstraße. Eine Fülle von Maßnahmen schränkte die Bewegungsfreiheit und das alltägliche Leben ein. Übergriffe wie im November 1938 waren nicht mehr erwünscht. In einer Rundverfügung vom 8. September 1939 verbot die Gestapo Bielefeld grundsätzlich und mit Nachdruck jegliche Ausschreitungen gegen Juden und kündigte behördliche Maßnahmen an.[2] Zu diesem Zeitpunkt waren die ersten Schritte zur Erfassung, Kennzeichnung und Ausgrenzung längst erfolgt. Eine Polizeiverordnung vom 28. November 1938 bot den Bürgermeistern die Handhabe, der jüdischen Bevölkerung räumliche und zeitliche Aufenthaltsbeschränkungen aufzuerlegen. Während des Krieges gab es feste Ausgangssperren (20 bzw. 21 bis 5 bzw. 6 Uhr), und das Verlassen des Wohnortes bedurfte der schriftlichen Genehmigung. Mit Jahresbeginn 1939 mußte dem Vornamen ein 'Israel' oder 'Sara' hinzugefügt werden. Seit dem 30. April 1939 gab es 'Judenhäuser'. Hier legten die Behörden die noch in den Gemeinden lebenden Juden zusammen. Diese Maßnahme diente nicht nur der Ghettoisierung und Absonderung von der übrigen Bevölkerung, sondern auch der leichteren Kontrolle. In Detmold gab es 6 dieser 'Judenhäuser': Sachsenstraße 4 und 25, Paulinenstraße 6 und 10, Hornsche Straße 33 und Gartenstraße 6.[3]

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 erfuhr die Ausgrenzung eine weitere Verschärfung. Die Benutzung von Schlaf- und Speisewagen wurde verboten. In den öffentlichen Verkehrsmitteln war Juden nur die 3. Klasse erlaubt, und das Sitzen nur dann, wenn die Nichtjuden ausreichend bedient waren. Hinzu kamen Verbote für öffentliche Fernsprecher, des Zeitungsbezugs, des Kaufs von Büchern, des Haltens von Haustieren usw. Auch verschlechterte sich die Versorgungslage für Juden ständig. Kakao und Schokolade wurden im Dezember 1939 verboten. 1940 gab es keine Kleiderkarte mehr, ebenso keine Schuhe. 1942 wurden sie von der Zuteilung von Fleisch, Eiern, Mehl und Milch ausgeschlossen.

Ab dem 19. September 1941 mußten die deutschen Juden den 'Judenstern' tragen. Ausgenommen waren nur die in 'Mischehe' lebenden Juden. Das rief, wenn man einem Bericht der SD-Außenstelle Detmold vom Juli 1942 glauben

darf, allerdings Unverständnis in der Bevölkerung hervor. Ein Parteifunktionär hatte einem Schötmaraner Juden unwissend einen Sitzplatz angeboten.[4]

Soweit die äußeren Bedingungen. Wie aber entwickelte sich das gesellschaftliche Klima in der Stadt, das Verhalten der Detmolder gegenüber der jüdischen Minderheit?

Tatsächlich scheinen die Geschehnisse der Pogromnacht einen Wendepunkt darzustellen. Eine starke Abkehr von den jüdischen Nachbarn und ihre wachsende Isolierung läßt sich seitdem verzeichnen. Das war in den Jahren 1933 bis zum Sommer 1935 noch anders. Die Übergriffe und der Terror gegen die Juden waren weitgehend Angelegenheit der Partei, ihrer Funktionäre und eifrigsten Anhänger gewesen. Und auffallend: Partei, Überwachungsorgane und Presse beschäftigten sich noch in starkem Maße mit 'Abweichlern'. Der Handel mit und das Einkaufen bei jüdischen Kaufleuten wurde durch die „Staatszeitung" oder ausgehängte Listen in den „Stürmer"-Kästen angeprangert. Die 'Unbelehrbaren' wurden nicht selten von der Partei gerügt oder sogar vom Kreisleiter vorgeladen. Genüßlich wälzten Redakteure der „Staatszeitung" sogenannte 'Rassenschande'-Fälle aus. Das ging soweit, daß die Bielefelder Gestapo in ihrem Monatsbericht vom August 1935 feststellte, daß sich eine wahre Rassenschande-Psychose breitgemacht habe; der Ausgangspunkt jener Aktionen sei Lippe gewesen.

Interessant ist außerdem, daß Kontakte mit Juden hauptsächlich in den Jahren 1935/36 Gegenstand von Denunziationen waren. Nach der sogenannten 'Reichskristallnacht' sind für ganz Lippe nicht einmal mehr eine Handvoll Fälle aktenkundig. Mögliche Folgerung: Die Ausgrenzung war bereits erfolgreich verlaufen, die Masse der Detmolder 'Volksgenossen' hatte sich von ihren jüdischen Nachbarn distanziert.

Eine Distanz, die es auch mit sich brachte, daß eine zunehmende Zahl von ganz normalen Bürgern moralische Bedenken mittlerweile weit in den Hintergrund drängen konnte. Daß mit den Detmolder Juden nicht gerade zimperlich umgesprungen wurde, war gemeinhin bekannt. Die meisten wußten auch, daß die Hatz auf die Juden bereits drei Opfer in der Stadt gefordert hatte: Im August 1933 war Felix Fechenbach erschossen worden, im September 1936 war David Boehm an den Folgen der Haft im KZ Esterwegen gestorben, und Ende November 1938 verlor Eugen Wolff im KZ Buchenwald sein Leben. Nicht wenige waren im Lauf der Jahre in die Rolle des schaulustigen Zuschauers geglitten, wenn jüdische Kaufleute von SA oder SS durch die Straßen geführt wurden oder auch während der Gewaltaktion gegen die Synagoge, gegen jüdische Geschäfte und letztendlich auch gegen Männer und Frauen. Als der Synagogendiener Louis Flatow in der Nacht zum 10. November 1938 von einem Gestapo-Bediensteten abgeführt wurde, wurde er dabei von den Umstehenden beschimpft und geschlagen. Es muß nicht die *einzige* Wahrheit sein, was der

stellvertretende Bürgermeister und SD-Außenstellenleiter Wilhelm Schürmann in seinem Bericht an die Gestapo festhielt:

> Bei der Bevölkerung in Detmold sind die Maßnahmen verstanden und waren auch gebilligt. Die durchgeführte Aktion hat hier wahre Befriedigung hervorgerufen.[5]

Kritik an der Judenhatz wurde in der Stadt offensichtlich nur noch aus konfessionellen Kreisen laut. Die, die es wagten, ihrem Abscheu noch Ausdruck zu verleihen, waren einige Diakonissenschwestern. Ein Ereignis nur einen Monat nach der 'Reichskristallnacht' verdeutlicht die wachsende Akzeptanz für die antijüdische Gewalt. Im Dezember 1938 kam es bei der Neueröffnung des Geschäfts von Otto Baer erneut zu einem Zwischenfall. Selbst nach den NS-Rassegesetzen galt Baer nur als 'Mischling 1. Grades', was aber den NSDAP-Kreisleiter Adolf Wedderwille und andere fanatische Antisemiten nicht davon abhielt, ihn mit Nachdruck in sämtliche Maßnahmen einzubeziehen. Ein aufmerksamer Detmolder richtete kurz vor der Wiedereröffnung ein Schreiben an den Kreisleiter – anonym versteht sich:

> Was ist das für ein Mensch, der eine Jüdin als Mutter hat? Das gesunde Volksempfinden des Volkes sagt, es ist ein Jude. In Deutschland zeigt man augenblicklich, daß es ein gleichberechtigter deutscher Staatsbürger ist. Deshalb wird sein vom Volk gestürmter Laden wieder aufgebaut, obwohl das Volk der Meinung ist, daß dieser Mensch sich schlimmer als 3 Juden benommen hat.[6]

Ein SA-Mann in Zivil, der übrigens in einem Konkurrenzgeschäft arbeitete, machte Passanten darauf aufmerksam, daß das Geschäft 'jüdisch' sei. Am Abend des 9. Dezember 1938 versammelten sich rund 80 Menschen vor dem Laden, beschimpften und bespien verschiedene Frauen, die dort kauften. Der Schriftleiter der „Staatszeitung", August Prüßner, wußte dem Kreisleiter noch am selben Tage zu berichten, daß es besonders Diakonissenschwestern gewesen seien, die demonstrativ den Laden betreten hätten. Die Polizei mußte anrücken, und der Diensthabende berichtete:

> In der Menge herrschte eine Erregung über die Wiedereröffnung des Geschäftes Baer, die sich in keiner Weise wiedergeben läßt.[7]

Am folgenden Abend fand ein erneuter Auflauf statt. Erst standen etwa 20-30 Menschen vor dem Haus. Sprechchöre skandierten: „Der Jude muß heraus! Wir wollen das Judenblut fließen sehen!"[8] Schließlich war die Menge auf 600 Personen angewachsen. Die Familie flüchtete. Die Polizei befürchtete unkontrollierte Ausschreitungen und ließ Fenster und Türen vernageln.

Ein weiteres Beispiel für eine breite Akzeptanz und Zustimmung zu den Maßnahmen: Nicht wenige gedachten von der wirtschaftlichen Ausschaltung der Juden nach dem Pogrom zu profitieren. Bereits zwei Tage nach den Ereig-

nissen gingen Anfragen von Detmoldern nach der Furnierhandlung von Julius Wertheim ein.[9]

Ohne Zweifel hatte die NS-Propaganda ihren Anteil an der Senkung der Hemmschwellen. Fortwährend erschienen Artikel aus den Federn Detmolder Redakteure, die sich in gehässiger und grausamer Art und Weise mit einzelnen Juden der Stadt befaßten. Besonders beliebt war es, 'historische' Abrisse zu veröffentlichen, die natürlich das 'üble Treiben' der Detmolder Judenschaft in den vergangenen Jahrhunderten zum Inhalt hatten. Einer dieser übereifrigen Schreiber war August („Asko") Koch, Redakteur der „Staatszeitung". Sein Kürzel: ko. Der 1898 in Horn geborene Journalist arbeitete in den 20er Jahren und zu Beginn der 30er Jahre für die deutschnationale „Lippische Tageszeitung". Zurückhaltung und Menschenachtung waren es nicht, die beispielsweise aus seinem Artikel über die Vermögensanmeldung der jüdischen Bevölkerung herausklangen:

> [...] Zu jener Zeit, es war kurz nach dem Kriege, erlebten wir in Detmold auch die widerlichen Orgien des Juden Marks in der Sachsenstraße, hörten damals auch von dem geheimnisvollen Tod einer arischen Hausangestellten, die kurz vor der Niederkunft stand, erinnern schließlich an die Schweinereien, die ein Jude in einem alten Pferdestall an der Karlstraße trieb. Doch darüber wollen wir heute nicht berichten [es folgt eine Aufzählung von vermögenden Juden aus Lippe, d.V.]. Sehr typisch sind die Angaben einer in einem alten Leibzuchtgebäude zwischen Wellentrup und Kachtenhausen wohnenden Jüdin, die es immer verstand, sich als unterstützungsbedürftige Jüdin auszugeben und auch Mitleid erregt hat. Diese Rebekka Trompetenschleim, sie kann sich auch Sarah Treppengeländer oder Rosalie Katzenfett nennen, entpuppte sich jetzt als reine Kapitalistin, [...], denn diese Judenschickse gab zu, ein Vermögen von rund 140.000 Mark in Wertpapieren zu besitzen.[10]

Für seine aufopferungsvolle Tätigkeit als Journalist erhielt Asko Koch übrigens den Wappenteller des Kreises Detmold. Das allerdings während seiner Tätigkeit für die „Lippische Landeszeitung" – nach dem Krieg. Das Bundesverdienstkreuz gab es obendrein.[11] Ähnliche Biographien mit ähnlichem Erfolg bei ähnlichen Kontinuitäten wiesen übrigens auch die Detmolder „Staatszeitungs"-Redakteure Erich Meinhard und Hugo Muth auf.[12]

Diese emsigen Schreiber klatschten bereitwillig Beifall, wenn Staat und Partei neue gesetzliche Maßnahmen zur Einschränkung des jüdischen Lebensbereichs durchführten. Mit dem Applaudieren allein begnügte man sich nicht, man regte auch weitere diskriminierende Schritte an. Unermüdlich präsentierte das lippische NS-Organ angebliche Untaten und Verstöße Detmolder Juden, die natürlich geahndet werden sollten. So würden sich Jüdinnen auf dem Detmolder Wochenmarkt das beste Obst, Gemüse und Fleisch dadurch sichern, daß sie es trotz Verbotes berühren würden:

> Wir brauchen kaum betonen, daß über dieses unverantwortliche und widerliche Verhalten der hier nur geduldeten Juden große Empörung und Erregung herrscht.[13]

Es verwundert kaum, daß Staatsdiener, Funktionäre und Parteigänger der NSDAP die Juden nicht nur als 'Feind', sondern auch als 'Freiwild' betrachteten. Die jüdischen Bürger waren entmenschlicht. Waren tätliche Übergriffe von SS- oder SA-Männern die eine Seite, konnten die Opfer auch von der deutschen Polizei keinerlei Schutz und Hilfe erwarten. Einzelne Ordnungshüter hatten auch hier ihre ureigene Auffassung von Recht: Im Frühjahr 1939 vergriff sich ein Detmolder Polizeibeamter an der 17jährigen Ilse Wertheim. Der Mann wurde nicht wegen versuchter Vergewaltigung, sondern wegen „versuchter Rassenschande" zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.[14]

Von den politischen Leitern der NSDAP und ihrer Organisationen wurde ein wachsames Auge auf das 'Treiben' der Juden geworfen. Auffällig ist hier, daß ebenso wie in den Presseartikeln regelmäßig ein Vorschlag zur 'Abhilfe' mitgeliefert wird. Der stellvertretende Ortsgruppenleiter Detmold-Süd, der Hausmeister des Leopoldinums, Schmidtmeier, kümmerte sich um das 'Judenhaus' Hornsche Straße 33. Im Mai 1942 – die ersten Detmolder waren bereits deportiert – drängte er in einer Meldung darauf, die Bewohner doch umgehend zum Arbeitseinsatz heranzuziehen, „und sei es als Straßenfeger unter Aufsicht der jetzigen Straßenfeger." Denn: „Bei dem schönen Wetter [...] lagen die Juden mit ihren Weibern [...] in Liegestühlen im Garten hinter dem Haus und sonnten sich. 7 Liegestühle habe ich persönlich gezählt." Den deutschen Menschen würde „diese gemeine Herausforderung des Judenpacks" empören.[15]

Die Entrechtung drückte sich aber nicht nur in den Schikanen der Behörden und den Übergriffen der NS-Organisationen aus – auch die 'normalen' Detmolder Bürger beteiligten sich an der alltäglichen Diskriminierung ihrer Nachbarn. Die Bereitschaft zur Gewaltanwendung stieg. Gegen Sachen allemal. Karla Raveh, geb. Frenkel, berichtet in ihren Erinnerungen, daß häufig Steine in die jüdische Schule in der Gartenstraße 6 geworfen wurden. Dieses nahm solche Ausmaße an, daß selbst die „Staatszeitung" zu Weihnachten 1941 darüber berichtete – ohne den Hinweis auf die Hausnummer. Hier war nicht nur von Steinen die Rede, sondern sogar von Eisenteilen. Gegenstände seien um ein Haar an einem schlafenden Kind vorübergeflogen.[16] Ruth Margalit, geb. Ehrmann, aus Heidenoldendorf, berichtet außerdem von Schmierereien am Haus: immer wieder Judensterne und Parolen wie 'Juden raus!'

Täglich waren die Kinder der jüdischen Schule den Schlägen anderer Schüler, die vor dem Haus lauerten, ausgesetzt. Als sich der Schüler Karl Ehrmann seines Peinigers erwehrte, schritt ein Ofensetzer ein und verprügelte Karl Ehrmann. Selbst der Schulweg bedeutete für Ruth Ehrmann einen Spießrutenlauf:

> Aber der Weg von der Gartenstraße zur Haltestelle in der Elisabethstraße war oft eine Hölle für uns. Steine wurden auf uns geschmissen, wir wurden angespuckt und verprügelt. Ab September 1941 mußten wir den gelben Stern tragen. Jetzt sahen auch diejenigen, die uns nicht kannten, daß wir Juden waren. Wenn die Straßenbahn überfüllt war, hieß es 'Judenkinder raus!' So gingen wir zu Fuß verängstigt bis zur Waldheide.

Kontakte oder gar Hilfestellungen nichtjüdischer Nachbarn hielten sich in Grenzen. Die Kleinrentnerin Martha Reuter hatte aber offensichtlich keine Furcht vor Repressalien. Im Mai 1942 überließ sie in einer Bäckerei Julius Beerens Marken für 150 Gramm Brot. Der Vorgang wurde sogleich von einem 'aufmerksamen Volksgenossen' gemeldet. Der Ortsgruppenleiter Detmold-Ost, Betz, bat die NSDAP-Kreisleitung „um weitere Veranlassung":

> Fräulein Reuter ist [...] alleinstehend und gehört dem Vorstand des lutherischen Frauenvereins an. Sie ist die 'rechte Hand' des Pastors Scheumann und gilt als fanatische Anhängerin der Bekenntniskirche.[17]

Konsequenzen hatte diese menschliche Tat für Martha Reuter nicht. Gegenüber dem vernehmenden Polizisten gab sie einfach an, erst hinterher gesehen zu haben, daß der Mann einen Judenstern trug. Daß ihre Unwissenheit allerdings nur vorgetäuscht war, und es eine bewußte Handlung war, offenbart jedoch ihre geschickt formulierte Antwort:

> Wenn es nicht gerade der Jude Behrend [=Beerens, d.V.] gewesen wäre, hätte ich einem andern Juden die Brotmarken nicht gegeben. Ich kenne den Juden Behrend durch Hörensagen selber als einen hilfsbereiten Menschen.[18]

Eine Ausnahme stellte auch der Schutzpolizist Berkemeier in Heidenoldendorf dar. Er informierte die Familie Ehrmann regelmäßig von bevorstehenden Aktionen.

Aktenkundig sind allerdings auch Besuche von Nichtjuden bei den Bewohnern des 'Judenhauses' Hornsche Straße 33 im Mai 1942. Über die Motive oder eine Ahndung dieser Kontakte ist nichts bekannt. NSDAP-Ortsgruppenleiter Schmidtmeier:

> Es ist von Parteigenossen [...] schon oft beobachtet worden, daß sich in diesem Haus augenblicklich ein reger Verkehr mit arischen Personen abspielt, die mit Kisten und Koffern ein- und ausgehen. Die Juden lassen die Volksgenossen, daß es nicht auffallen soll, durch ein Tor [...] heraus. Was die Volksgenossen zu den Juden in ihren Kästen tragen, entzieht sich meiner Kenntnis.[19]

Vor den lippischen Amtsgerichten ist anscheinend nur ein einziger Fall von Hilfeleistung verhandelt worden. Eine Frau, katholisch und Mitglied der NSV, hatte Hildegard Levi in Schlangen im Winter 1940/41 Lebensmittel überlassen

und war von ihrem Mann denunziert worden. Entgegen den nach dem Krieg weitverbreiteten Klischees von drohender KZ-Haft war die Helferin nicht bestraft worden.[20]

Zu den Standhaften gehörte auch das Ehepaar Heumann. Ernst Heumann, Lehrer und vor 1933 Mitglied der DDP, pflegte trotz Ermahnungen und Drohungen weiterhin Kontakt zu seinen jüdischen Freunden. Auch die Versetzung an eine Schule in Sabbenhausen hielt ihn von der Aufrechterhaltung seiner Überzeugung nicht ab.

Wie wurde nun die 'Endlösung der Judenfrage' in Lippe und Detmold organisiert und durchgeführt? Welche Stellen und Funktionsträger waren beteiligt? Welcher Kenntnisstand über Bestimmungsorte und -zweck dürfte vorhanden gewesen sein?

Organisation und Abwicklung bis zu den Toren der Ghettos und Vernichtungslager waren ein verwaltungstechnischer Vorgang mit vielen Einzelschritten. Diese Arbeitsteilung hatte natürlich einen bestimmten psychologischen Effekt: Die winzigen Teilschritte konnten routinemäßig mit einer großen Distanz zu den von der Handlung Betroffenen erledigt werden. Der bürokratische Charakter erleichterte zudem die Beteiligung an den – vielleicht unliebsamen – Vorgängen.

Die Deportationslisten für Detmold wurden von der Gestapo-Außenstelle Bielefeld zusammengestellt.[21] Sie bekam von der Leitstelle in Münster Abfahrtszeiten und Ziele eines Transportes sowie die Zahl der aus dem Bielefelder Gestapo-Bezirk zu stellenden Personen mitgeteilt. In der Regel handelte es sich um Transporte mit einer Gesamtzahl von 900 bis 1.000 Menschen. Die Detmolder Nebenstelle der Gestapo war offensichtlich nicht beteiligt. Die Reichsvereinigung der Juden (Bezirksstelle Bielefeld) wurde von der Gestapo Bielefeld – zuständig war hier als 'Judenreferent' der Kriminalobersekretär Wilhelm Pützer – in die Vorbereitungen des Abtransportes zwangsweise mit einbezogen. Die Reichsvereinigung gab die Direktiven für Lippe an ihr Detmolder Büro in der Hornschen Straße 33 weiter. Leiter bzw. Vertrauensmann dort war Eduard Kauders; sein Stellvertreter war Moritz Herzberg.[22]

Anfangs scheinen die für die Judenangelegenheiten zuständigen Sachbearbeiter der Landratsämter[23] noch zur Unterrichtung von der Bielefelder Gestapo vorgeladen worden zu sein. Sie erhielten die Personenlisten, welche die Gestapo anhand ihrer 'Judenkartei' erstellt hatte.[24] Vom Landratsamt in Detmold ging die Liste mit den Richtlinien zur Durchführung der 'Evakuierung' an den Detmolder Bürgermeister als zuständiger Ortspolizeibehörde. Ansprechpartner bei Nachfragen war für ihn in erster Linie das Landratsamt, das wiederum die Verbindung zur Gestapo hielt. Eingeweiht in die bevorstehenden Maßnahmen war auch der NSDAP-Kreisleiter Wedderwille. In seinem Notizbuch findet sich die Eintragung: „Judenfrage: wird gelöst." Und einige Seiten

weiter außerdem Notizen über die Abwicklung.[25] Wedderwille wußte aufgrund seiner Funktion zweifellos, was die Deportierten im Osten erwartete.

Die Jüdische Gemeinde in Detmold erhielt eine Mitteilung durch die Reichsvereinigung der Juden, Bezirksstelle Bielefeld. Sie hatte den betroffenen Personen ein Rundschreiben mit Anweisungen für den Transport zuzustellen. Hierin wurde der Zeitpunkt der Deportation mitgeteilt; außerdem gab es Anweisungen zum Verlassen der Wohnungen, zur Abgabe der Wertgegenstände und zum mitzunehmenden Gepäck. Dies geschah anfangs wenige Wochen, später nur noch wenige Tage zuvor.

Notwendige Ämtergänge wickelten in der Regel die sogenannten Vertrauensmänner der Reichsvereinigung vor Ort ab. Das waren zumeist die ehemaligen Vorsteher der Jüdischen Gemeinden. Für den gesamten Bielefelder Gestapo-Bezirk gab es außerdem einen jüdischen Vertrauensmann: Louis Sternberg aus Paderborn.[26]

Inwieweit nun dem Bürgermeister und den beteiligten Amtspersonen (Schutzpolizei, Einwohnermeldeamt, Finanzamt) der tatsächliche Zweck der Deportationen bekannt war, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Aber bekannt war: Es war eine endgültige Maßnahme. In den Karteien des Einwohnermeldeamtes hieß es: „abgemeldet nach unbekannt" oder „abgemeldet in den Osten". Im Behördenschriftgut wurden umschreibende Begriffe wie 'Evakuierung', 'Abschiebung', 'Umsiedlung' oder 'Verschickung' verwendet. Klar dürfte aber jedem – falls es überhaupt noch interessierte – gewesen sein, daß die betroffenen Männer, Frauen und Kinder nie wieder zurückkehren würden. Das war selbst den Sachbearbeitern in der Detmolder Stadtverwaltung bewußt. Als Wilhelm Steinweg am 13. Dezember 1941 nach Riga deportiert wurde, hatte er ein altes Darlehen der Stadt noch nicht gänzlich zurückgezahlt. Der zuständige Bedienstete schloß die Akte im Juli 1942, denn er ging davon aus, „daß Steinweg nach Detmold nicht wieder zurückkommt."[27]

Die erste Deportation aus dem Gestapobezirk Bielefeld erfolgte am 13. Dezember 1941 nach Riga. Aus dem Bereich der Gestapoleitstelle Münster waren von der Deportation nach Riga rund 1.000 Juden betroffen, davon etwa 420 aus dem Gestapobezirk Bielefeld. Aus dem Land Lippe wurden am 10. Dezember 1941 25 Juden in das Sammellager 'Kyffhäuser' nach Bielefeld gebracht, von wo aus sie drei Tage später mit der Reichsbahn in den Tod geschickt wurden.

Von den 25 lippischen Juden stammten 10 aus Detmold und Horn (darunter Erna Friedländer, die Eheleute Steinweg und die Familie Valk), 11 aus Schötmar, 2 aus Lemgo und 2 aus Oerlinghausen. Mit Schreiben vom 20. und 22. November 1941 erhielten die Landräte in Lemgo und Detmold von der Gestapoaußendienststelle Bielefeld Mitteilung von der bevorstehenden 'Evakuierung' jüdischer Menschen, über die zu veranlassenden Maßnahmen und ein

namentliches Verzeichnis der zu stellenden Personen.[28] Die Landräte reichten die Verzeichnisse und Anordnungen an die Ortspolizeibehörden weiter.

Unbedingte Sorge war für die 'reibungslose Durchführung' des Abtransportes zu tragen, insbesondere seien „Belästigungen durch die deutschblütige Bevölkerung zu verhindern." Das Gauamt für Kommunalpolitik der NSDAP, Gauleitung Westfalen-Nord, wies in einem Schreiben an die Landräte in diesem Zusammenhang darauf hin, daß es „anläßlich der Abschiebung von Juden vielfach zu unerfreulichen Erscheinungen" gekommen war, deren Vermeidung notwendig wäre. Häufig wäre es zur Versteigerung der zurückbleibenden Wohnungseinrichtung „an Ort und Stelle" und „meistbietend" gekommen; dieses Werben deutscher Menschen um jüdische Ware in aller Öffentlichkeit sei „unwürdig" und müsse mit den Finanz- und Wirtschaftsämtern auf andere Art angefaßt werden.[29]

Die Nachricht von ihrer bevorstehenden 'Umsiedlung' erhielten die 26 betroffenen Juden in Lippe ebenfalls spätestens am 20. November.[30] Der äußere Anschein einer reinen Umsiedlungsaktion wurde nicht nur durch die zugelassene Mitnahme von Spaten und anderem Werkzeug aufrechterhalten und verstärkt; für die zum Transport ausgewählten Juden wurden am 29. und 30. November Impftermine bei Dr. Freudenthal, einem jüdischen Arzt aus Bielefeld, in Herford angesetzt.[31]

Am 9. Dezember 1941 um 17.40 Uhr wurde Hedwig Schlamm aus der Gartenstraße 6 in die Zelle 3 des Detmolder Gefängnisses zur 'Evakuierung' eingeliefert (verzeichnet unter „Zwangsgestellungen und Festnahmen"). Die Verpflegung erfolgte durch die Detmolder Judenschaft.[32] Das Dienstbuch der Polizei verzeichnete zwar ihren Abtransport am folgenden Tag um 13 Uhr. Obwohl die Meldekartei ebenfalls die Deportation nach Riga vermerkt, ist es dazu nicht gekommen. Vermutlich weil Hedwig Schlamm häufiger unter „geistiger Verwirrtheit" litt, wurde sie vom Transport zurückgestellt. Am 14. Dezember wurde ihr Zuzug in Gartenstraße 6 wieder in der Meldekartei eingetragen.[33]

Das Detmolder Büro der Reichsvereinigung stellte „auf eigene Kosten" einen Lastkraftwagen, mit dem am 10. Dezember 15 Juden aus Schötmar, Lemgo und Oerlinghausen nach Bielefeld gefahren wurden.[34] Die Ortspolizeibehörden luden die für den Transport bestimmten Personen in das Rathaus vor. Die Wertgegenstände und das Bargeld waren bereits am 9. Dezember gegen Quittung abgenommen und in Umschlägen versiegelt worden. Auch das Gepäck war schon einige Tage zuvor nach Bielefeld gebracht worden.[35] Für den Transport nach Bielefeld hatte die Detmolder Polizei die beiden Schutzpolizisten Harting und Schmidt abgestellt („Sektionsdienst").[36] Letzterem wurden als Transportleiter die versiegelten Umschläge ausgehändigt.[37]

Nach drei Tagen im Sammellager wurden die Juden am 13. Dezember mit Autobussen zum Bielefelder Hauptbahnhof gebracht und gegen 15 Uhr, nach Eintreffen des Transportzuges mit Juden aus den Regierungsbezirken Münster

und Osnabrück, in Personenwagen dritter Klasse nach Riga abtransportiert. Die Deportierten wurden zur Zwangsarbeit, manche – wie Günter Wallhausen und Bruno Eichmann aus Schötmar – zum Aufbau des Lagers Salaspils eingesetzt. Gerade die jüngeren und kräftigeren unter ihnen wurden zum Arbeitseinsatz in andere Lager verlegt. Der einzige lippische Überlebende der Riga-Deportation, Günter Wallhausen, machte bis zum Kriegsende eine Odyssee durch zahlreiche Lager durch.[38]

Die Hauptaußenstelle des SD in Bielefeld berichtete über die Reaktionen beim Abtransport:

> Obwohl diese Aktion von [s]eiten der Staatspolizei geheim gehalten wurde, hatte sich die Tatsache der Verschickung von Juden doch in allen Bevölkerungskreisen herumgesprochen. Dementsprechend war auch eine Vielzahl von stimmungsmäßigen Äußerungen zu erfassen. Es muß festgestellt werden, daß die Aktion von dem weitaus größten Teil der Bevölkerung begrüßt wurde. [...] Erstaunen zeigte man vielfach in der Bevölkerung, daß man den Juden zum Transport nach dem Bahnhof die gut eingerichteten städt. Verkehrsautobusse zur Verfügung stellte. Lediglich aus konfessionellen Kreisen wurden, wie bei allen staatlichen Aktionen zur Gewohnheit geworden, ablehnende Stimmen laut. Ja, man ging sogar soweit, diese Aktion zu benutzen, wildeste Gerüchte zu verbreiten. So wurde ausgeführt, die Juden würden alle nach Rußland abgeschoben. [...] In Rußland würden die Juden zu Arbeiten in ehemals sowjetischen Fabriken herangezogen, während die älteren und kranken Juden erschossen würden.[39]

Dieses Dokument ist Beleg dafür, daß es innerhalb der Bevölkerung bereits das Wissen oder zumindest eine Ahnung von der Ermordung der Juden gab.

Die zweite Deportation von lippischen Juden fand am 31. März 1942 statt. Ihr Ziel war das Warschauer Ghetto. Am 20. März teilte die Gestapo den Abtransport von 1.000 Juden aus dem Bezirk der Stapoleitstelle Hannover, dem 325 Juden aus dem Bezirk der Bielefelder Gestapo angegliedert werden sollten, mit.[40] In Lippe waren 34 Juden von dieser Verfügung betroffen. Allein 26 von ihnen kamen aus Detmold. Darunter die Ehepaare Max und Elli Alexander, David und Emmy Examus, die Familien Flatow und Rosenbaum, die Eheleute Marx und Wertheim.

Wiederum waren zwei Detmolder Schutzpolizisten laut Dienstplan mit der Abwicklung des 'Judentransportes' betraut: die Bediensteten Müssner (6-8 Uhr) und Harting (8-20 Uhr). Letzterer fungierte als Transportleiter bis nach Bielefeld.[41] Der Transport von Bielefeld nach Warschau erfolgte – anders als im Dezember 1941 – vom Güterbahnhof aus und diesmal in Viehwaggons.[42] Von einigen der Deportierten ist bekannt, daß sie bei der Firma Schulz, einem Textilunternehmen, das für die Wehrmacht produzierte, im Arbeitseinsatz waren. Den zahllosen 'Auskämmaktionen' der SS im Ghetto, die zumeist im 65 Kilometer entfernten Treblinka endeten, fielen unter anderem Hans Marx und Ilse Wertheim aus Detmold zum Opfer.[43]

Robert Levi aus Schlangen wurde am 9. April 1942, wenige Tage nach Ankunft in Warschau, mit 200 weiteren arbeitsfähigen Männern nach Treblinka gebracht:

> Als wir im Arbeitslager ankamen, wateten wir buchstäblich bis zu den Knöcheln im Blut zu unserer Baracke. Man hatte tags zuvor polnische Juden mit Kolben und Äxten erschlagen, um Platz für uns Neuzugänge zu machen. Von unserem Transport wanderten die Geisteskranken und die durch den langen Anmarschweg Schwachgewordenen sofort ins 'Sanatorium'. Es bestand damals aus einer Erschießungsstätte in der Nähe des Waldes.[44]

Die Transporte in das Ghetto Theresienstadt begannen im Juni 1942. Theresienstadt diente als sogenanntes Alters- und Vorzugsghetto für Juden über 65 Jahre, solche mit Kriegsauszeichnungen oder Juden, die sich ihre privilegierte Stellung durch 'Heimkaufverträge' erkauft hatten.[45] Das Ghetto Theresienstadt wurde später als 'Musterghetto' ausländischen Delegationen und Diplomaten vorgeführt, um den Gerüchten von Vernichtungslagern entgegenzutreten.

Mit einer Anordnung vom 20. Juli 1942 teilte die Gestapo Bielefeld den Landräten die am 31. Juli bevorstehende 'Evakuierung' von 925 Juden aus dem Bezirk der Staatspolizeileitstelle Münster mit.[46] Sammelpunkt für die von dem Transport betroffenen 80 lippischen Juden war wiederum der 'Kyffhäuser' in Bielefeld. Unter ihnen 44 Männer, Frauen und Kinder aus Detmold: u.a. Ida Arensberg, Arthur Buchholz, Moritz Herzberg, Albert und Leonie Hirschfeld, Eduard und Frieda Kauders, Familie Linz, die Geschwister Michaelis-Jena, Familie Ries und Sophie Plaut. Bereits telefonisch wurden die Ortspolizeibehörden am 23. Juli durch die Landratsämter mit Benennung der Juden in Kenntnis gesetzt.[47] Die schriftliche Weisung traf einen Tag später ein. Sie enthielt die Modalitäten für die Kreise Detmold und Lemgo. Das Gepäck wurde bereits am 27. Juli abgeholt.

Sämtliche Insassen des jüdischen Altersheims in der Detmolder Gartenstraße 6 waren von der Deportation nach Theresienstadt betroffen. Ida Arensberg schrieb am Vorabend noch einen Brief an ihren Sohn in Chile, der erhalten ist. Sie bat darin um ein Lebenszeichen ihres Jungen.[48] Eine Augenzeugin, Irene Hesse, erinnerte sich 1953 an den Abtransport der alten Juden in Autobussen:

> Bei ihrem Auszug aus der Gartenstraße nahmen sie soviel Kleider mit, wie sie konnten, und zogen sich mehrere übereinander. Ich mußte noch helfen, Taschen machen, damit sie das, was sie mitnehmen wollten, transportieren konnten. Das waren in erster Linie Lebensmittel. [...] Beim Abtransport aus der Gartenstraße durften auch verschiedene Geräte mitgenommen werden, z.B. Eimer, Schalen, etwas Geschirr, Schöpfkellen u.ä. Wie ich nachher gehört habe, wurden alle diese Sachen vor dem endgültigen Abtransport von Bielefeld nach dem Osten eingesammelt und in einen besonderen Waggon verladen. Als dann der Transport abging, wurde dieser Waggon mit dem Gerät zurückgelassen.[49]

Am 31. Juli 1942, drei Tage später, erfolgte vom Bielefelder Güterbahnhof der Transport nach Theresienstadt.

Die SD-Außenstelle Detmold berichtete der Hauptaußenstelle Bielefeld über den Abtransport der Juden aus Lemgo. Offensichtlich hatte dieser innerhalb der Bevölkerung größeres Aufsehen erregt. Gerade ältere Bürger, darunter sogar Parteigenossen, hätten die Maßnahme „negativ kritisiert". Der Abtransport der alten Juden traf auf Unverständnis, denn „sie täten keiner Fliege etwas zuleide." Zudem seien Juden dabei, „die viel Gutes getan hätten und die noch lange nicht so schlecht seien wie die 'Weißen Juden'".[50]

Praktischen Beistand ohne Rücksicht auf eine eigene Gefährdung, und dies vor den Augen der Polizei und des Sicherheitsdienstes, leistete nur noch die Ehefrau des nach Sabbenhausen versetzten Detmolder Lehrers Ernst Heumann. Frieda Heumann wurde festgenommen, als sie versuchte, den Juden noch Wurst und andere Lebensmittel zu bringen.[51]

Andererseits kam es zu Äußerungen, die nicht nur von Akzeptanz in den nationalsozialistisch gesonnenen Teilen der Bevölkerung zeugten, sondern darüber hinaus volle Unterstützung bekundeten. Die bereits zitierte Äußerung Meta Ulmkes, man solle den Juden vor dem Abtransport die Bäuche aufschlitzen, datiert vermutlich von der 'Verladung' für die Deportation nach Theresienstadt.

Es gab noch zwei weitere Deportationen aus Lippe. Insgesamt rund 180 jüdische 'Mischehepartner' und 'Mischlinge 1. Grades', darunter 23 Personen aus Lippe, wurden am Abend des 19. September in Zwangsarbeitslager der Organisation Todt transportiert. In Kassel erfolgte eine Trennung der Deportierten. Die Frauen kamen nach Elben bei Kassel, die Männer in ein Arbeitslager bei Zeitz in Thüringen. Darunter auch Angehörige der Familie Ehrmann aus Heidenoldendorf.

Noch zu Beginn des Jahres 1945 erteilte das Reichssicherheitshauptamt die Weisung, alle verbliebenen in Zwangsarbeitslagern beschäftigten Juden, 'Mischehepartner', 'jüdische Mischlinge' und 'Geltungsjuden' nach Theresienstadt zu deportieren. Die Anordnung der Bielefelder Gestapo an die Landräte und Bürgermeister erfolgte mit Schreiben vom 8. Februar 1945. Damit tatsächlich alle noch im Bezirk lebenden Juden über 16 Jahren für den sogenannten 'Arbeitseinsatz' in Theresienstadt erfaßt wurden, hatte die Gestapo es den Behörden auferlegt, auch die nicht in einem anliegenden Verzeichnis erfaßten Personen 'auszuliefern'.[52] Die geplante Aktion der Gestapoleitstelle Münster kam allerdings nicht mehr in vollem Maße zur Ausführung. Bis zum 12. Februar sollten die in Frage kommenden Personen in das Bielefelder Sammellager, das Hotel 'Stadt Bremen', überführt werden.[53] Transportunfähige waren von dem Transport ausgenommen.

Von 58 Juden aus dem Bezirk Münster stammten 5 aus Lippe. Darunter waren die Geschwister Ehrmann und ihr Vater. Sie wurden nach Bielefeld überführt. Von dort aus ging der Transport einen Tag später ab, erreichte Theresienstadt allerdings erst am 20. Februar.[54] Die Überlebenschancen der Deportierten waren groß, denn schon kurze Zeit später wurden sie von der Roten Armee befreit.

Nach den Deportationen setzte die Verwertung des hinterlassenen und an das Deutsche Reich verfallenen jüdischen Eigentums, der Wohnungen und des Hausrates, ein. Dem gesellschaftlichen Tod folgte somit noch der allgemeine Beutefeldzug auf die letzten Überbleibsel, auch das unter großer Beteiligung der Bevölkerung. In der Regel erschien kurze Zeit nach dem Abtransport ein Gerichtsvollzieher oder Taxator des zuständigen Finanzamtes in der Stadt. Nach dem Empfang der Schlüssel von der Ortspolizeibehörde suchte der Beamte die ehemals jüdischen Wohnungen auf und fertigte eine Liste des dort aufgefundenen Hausrates (Möbel, Bücher, Eßgeschirr und Fotoalben etc.) an. Eine Durchschrift der Liste erhielt der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde. Ihm oblag die Versteigerung des Hausrates. Die Einkünfte wurden bis zum taxierten Wert von der Finanzbehörde eingefordert, Überschüsse konnten der Stadtkasse gutgeschrieben werden. Auf spezielle Anforderung wurde der NSV das Inventar einiger 'Judenwohnungen' zur Verwertung übergeben. Nicht selten bedienten sich zuvor lokale Parteigrößen, suchten sich das für sie Brauchbare aus und kamen auf diese Weise für wenig Geld an wertvolle Gegenstände.

Die öffentlichen Versteigerungen fanden in der Bevölkerung großen Anklang. Vom versteigerten Hausrat des Hauses Gartenstraße 6 ist eine Aufstellung über den Erlös erhalten. Der taxierte Wert belief sich auf 2.000 Reichsmark. Der Erlös der Versteigerung lag um 300 Reichsmark darüber. Auch die Käufer sind in der Liste aufgeführt. Darunter finden sich nicht nur politische Leiter der NSDAP oder Vertreter der NSV, sondern auch Privatpersonen.[55]

Ganz besondere Erfahrungen mit dem Eifer der Detmolder, sich das ein oder andere 'Schnäppchen' zu sichern, machte der Kreisleiter Adolf Wedderwille:

> Aus politischen Gründen und um zu verhindern, daß sich die Bevölkerung bei der Versteigerung der Hinterlassenschaften der evakuierten Juden stritt, wurde vom Kreisleiter angeordnet, daß die Kreisamtsleitung der NSV Detmold mit der Verwertung der Judenmöbel beauftragt wurde.[56]

Eine Aufstellung über von der NSV veräußerte „Judenmöbel" in Detmold vom September 1942 weist einen Erlös von 2.200,05 RM aus.[57] Überhaupt übernahm die NSV 'alles'. So auch bei einem Spediteur untergestellte Gegenstände der Geschwister Michaelis-Jena. Dafür mußte sie allerdings dem Spediteur die Lagermiete erstatten.[58] Nach der Räumung der Wohnungen durch die NSV wurden die Schlüssel dann wieder an das zuständige Finanzamt zurückgegeben.[59]

Auch das Finanzamt Detmold selbst bediente sich eifrig an jüdischem Mobiliar und brauchbaren Gegenständen. Eine Aufstellung des Detmolder Finanzamtes vom 1. September 1942 ist erhalten. Es bediente sich aus zwölf Haushalten lippischer Juden, darunter acht aus Detmold. Das reichte von einer Wolldecke, Teppichen, Bildern und Büchern, Eimern, Matten, einer Wanne, einer Nähmaschine der Familie Flatow, bis hin zu Aschenbechern, Tischdecken und Ölgemälden aus dem Besitz Dr. Albert Hirschfelds.[60]

Der freigewordene Wohnraum wurde unter Einschaltung des NSDAP-Kreisleiters an kinderreiche, natürlich politisch zuverlässige Ehepaare oder Kriegsbeschädigte abgegeben. Kreisleiter Wedderwille erinnerte den Detmolder Bürgermeister im März 1942 daran, daß ihm das Verfügungsrecht über freiwerdende Judenwohnungen zustände. Bei den örtlichen Behörden eingegangene Anträge mußten umgehend nach Detmold zur Kreisleitung weitergegeben werden.[61] Das geschah in der Regel über die Finanzämter. Die letztendliche Entscheidung hielt sich die Partei, und hier Kreisleiter Adolf Wedderwille persönlich, vor.[62]

Mehr als 80 Detmolder jüdischen Glaubens fielen der nationalsozialistischen Rassenpolitik zum Opfer, wurden erschlagen, erschossen, vergast. In der Aufarbeitung ihrer Schicksale steht noch eine Menge an notwendiger und wünschenswerter Arbeit bevor. Nur einige wenige kehrten in ihre Heimatstadt zurück: die Familie Ehrmann, Helene Hamlet, Helene Kaufmann, das Ehepaar Emma und Julius Linz, Ernst Maas, Erna Quadfass (geb. Boehm) und Minna Ries. Die Überlebenden hatten es nicht leicht in ihrer alten Heimat. Vielleicht war das der wesentliche Grund dafür, daß sie Detmold innerhalb der folgenden fünf Jahre den Rücken kehrten und Deutschland verließen.

Detmold stellt in bezug auf die Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit eine Besonderheit dar. Vielleicht sind die Schwierigkeiten typisch, auf die die Staatsanwaltschaft nach 1945 beim Versuch der Ahndung von Taten während des Novemberpogroms stieß. Bis auf ein Verfahren wurde keines zu einem Abschluß geführt. In den anderen lippischen Städten und Gemeinden war dieses anders. Hier gab es auch viel früher eine Beschäftigung mit den Opfern. Das erste Gedenken an die jüdischen Opfer aus Lippe fand 1948 bezeichnenderweise nicht in Detmold, sondern in Lemgo statt. Und in Lemgo, Bad Salzuflen, Blomberg, Horn, Oerlinghausen und anderen Orten des ehemaligen Landes Lippe hat man sich mittlerweile mehr oder weniger intensiv mit diesem Kapitel der Geschichte befaßt.

Vielleicht liegt diese 'Zurückhaltung' in gewissen Kontinuitäten begründet, die besonders in der Landeshauptstadt zu verzeichnen sind. Gesellschaftliche Eliten überstanden die NS-Zeit nahezu unbeschadet und bestimmten weiterhin die gesellschaftliche Meinung. Die gleichen 'Meinungsmacher' wie früher prägten die Berichterstattung in der Presse. Und das bis in die 60er und 70er Jahre hinein. Egal ob August Koch, Erich Meinhard, Hugo Muth, ihr Bild blieb

größtenteils das alte. In Geburtstagswidmungen oder Nachrufen wurden ohne Skrupel ehemals gestandene Nationalsozialisten und Antidemokraten wie der NSDAP-Stadtrat Hans von Donop, der Komponist und Parteigenosse August Weweler, der Ministerialdirigent und Abteilungsleiter im Propagandaministerium Heinrich Hunke, der Gaukommissar Walter Steinecke oder der antisemitische Dichter Friedrich Fischer-Friesenhausen gewürdigt.[63]

Auch der Lippische Heimatbund gehörte zu denjenigen, die die 12 Jahre der NS-Diktatur weitgehend ausklammerten. Die eigene völkische Tradition (seit 1908/09 mit dem Vorsitzenden Manfred Fuhrmann und Wilhelm Pecher) war nie Thema, in „Heimatland Lippe" durften weiterhin Autoren veröffentlichen, die während der NS-Zeit ihrer völkischen und nationalsozialistischen Gesinnung übereifrig Ausdruck verliehen hatten: August Meier-Böke oder Hermann Diekmann seien hier genannt. Solchen 'unauffälligen' Beteiligten wurde schnell wieder der nötige Stellenwert verschafft.

Anmerkungen

1. F. H., 20.6.47; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 322. Interessant dabei auch der Hinweis auf den Marktplatz als Sammelstelle für den Abtransport. Auch in Lemgo erfüllte der Marktplatz diese Funktion. D.h. die 'Verladung' der jüdischen Nachbarn auf einen Lastwagen war für viele sichtbar.
2. Gestapo Bielefeld, Rvfg. 78/39, 8.9.39; StAdtA Blomberg IV Nr. 213-01/3.
3. Zum 'Judenhaus' Gartenstraße 6 die Abhandlung von Wolfgang Müller: Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder Judenhauses und seiner Bewohner. (Panu Derech – Bereitet den Weg 7), Detmold 1992.
4. SD-Außenstelle Detmold an SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 17.7.42; StA DT M 11 Nr. 18 Bl. 94f.
5. Wilhelm Schürmann an Gestapo Bielefeld, 18.11.38; StA DT M 1 IP Nr. 1106 Bl. 31-33. Vgl. dazu auch den Beitrag des Verf. zum Novemberpogrom in diesem Band.
6. Anonym an Kreisleiter Wedderwille, etwa 5.12.38; StA DT L 113 LP Nr. 401 Bl. 28.
7. Bericht der Ortspolizeibehörde Detmold, 12.12.38; StA DT D 2C Detmold Nr. 110.
8. Verfahren gegen Meta Ulmke u.a. wegen Nötigung z.N. Baer, 1946; StA DT D 21 B Zg. 38/1959 Nr. 322.
9. Johann P. an NSDAP-Kreisleitung, 14.11.38; StA DT L 80 IIa.XVII.1.3 Anlage.
10. LStZ vom 27.11.38.
11. Vgl. den vom ehemaligen „Staatszeitungs"-Redakteur Erich Meinhard verfaßten Nachruf in der LZ vom 27.10.70.
12. In Geburtstagswidmungen der 60er Jahre huldigte man sich gegenseitig in der LZ.
13. LStZ vom 9.6.40. Vgl. Auch LStZ vom 2.12.38.
14. Haftliste der Kriminalpolizei Detmold, 1938–47, Eintragung 24/1939; StA DT D 2C Detmold Nr. 43; LStZ vom 12.5.39.
15. Meldung des stellv. Ortsgruppenleiters Detmold-Süd, 30.5.42; StA DT L 113 Nr. 849.
16. LStZ vom 24.12.41.
17. Ortsgruppenleiter Detmold-Ost an Kreisleitung, 16.5.42; StA DT L 113 Nr. 1045.

18. Vernehmung Martha Reuters durch Schutzpolizei Detmold, Mai 1942; StA DT L 113 Nr. 1045.
19. Meldung des stellv. Ortsgruppenleiters Detmold-Süd, 30.5.42; StA DT L 113 Nr. 849.
20. Verfahren gegen Elisabeth Sch. aus Schlangen vor dem Amtsgericht Horn, 1941; StA DT D 23 Horn Nr. 778.
21. Die Deportationen aus dem Gestapo-Bezirk Bielefeld standen 1961–63 im Mittelpunkt von Ermittlungen der Bielefelder Staatsanwaltschaft; StA DT D 21 A Nr. 4852.
22. Nach der Deportation beider wurde Ludwig Hesse zum Vertrauensmann bestimmt. Hesse lebte in sog. 'Mischehe'. Er wurde am 18. September 1943 in Gestapo-Haft genommen und am 1. Februar 1944 ins Vernichtungslager Auschwitz deportiert. Ludwig Hesse kehrte nicht zurück. Seine Frau Irene wurde im September 1943 ins KZ Ravensbrück eingeliefert und am 2. Mai 1945 von alliierten Truppen befreit.
23. Sachbearbeiter der 'Judenämter' bei den Landräten waren die Amtmänner Schäfer (Detmold) und Sackmann bzw. Kaup (Lemgo).
24. Die Ortspolizeibehörden bzw. Einwohnermeldeämter meldeten ab Juni 1935 sämtliche Änderungen, d.h. Fortzug, Auswanderung, Todesfall u.ä. mit dem Betreff 'Judenkartei' an die Gestapo in Bielefeld. Dies und die Tatsache, daß z.B. Änderungen wie der Wunsch eines jungen Mannes, mit seinen Eltern deportiert zu werden, immer mit der Gestapo in Bielefeld abgesprochen werden mußten oder daß noch 'Freistellungen' auf dem Bielefelder Bahnhof möglich waren, zeigt die Federführung der Gestapo Bielefeld bei der Erstellung der Listen. Die Beamten im dortigen Judenreferat besaßen also in der Auswahl der Opfer einen Dispositionsspielraum.
25. Eintragungen Wedderwilles in sein Notizbuch, undatiert (Ende 1941); StA DT L 113 Nr. 1073.
26. Zur Rolle Louis Sternbergs vgl. Erwin Angreß: Im Arbeitslager am Grünen Weg in Paderborn. In: Opfer und Täter. Zum nationalsozialistischen und antijüdischen Alltag in Ostwestfalen-Lippe; hrsg. von Hubert Frankemölle, Bielefeld 1990. S. 72-86 (hier: S. 82).
27. Vgl. entspr. Vorgang, 1940–42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 373.
28. Gestapo an Landrat Brake, 22.11.41 (Kopie an Bgm. Schötmar), StAdtA BS, Schötmar III.470.3.
29. Gauamtsleiter für Kommunalpolitik an Landrat Brake, 1.12.41, StAdtA Schötmar III.470.3.
30. Fritz Grünewald an OPB Schötmar, 20.11.41, StAdtA Schötmar III.470.3. Grünewald ersucht um eine Erlaubnis für die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel, da „verschiedene von der demnächstigen Umsiedlung betroffene Juden" ihn um notwendige Amtsgänge u.ä. baten.
31. Schötmaraner Juden an Ortspolizeibehörde, 26.11.41, StadtA Schötmar III.470.3.
32. Dienstbucheintragung vom 9.12.41, StA DT D 2C Detmold Nr. 67; Eintragung 1361 ins Tagebuch 1940–42, 9.12.41, StA DT D 2C Detmold Nr. 113.
33. Auskunft Einwohnermeldeamt Detmold. Hedwig Schlamm kam später in die jüdische Heilanstalt in Bendorf-Sayn, wo sich ihre Mutter bereits befand, und wurde von dort 1942 nach Izbica deportiert.
34. Bgm. Detmold an Bgm. Schötmar, 5.12.41, StAdtA BS, Schötmar III.470.3.
35. Der Vertrauensmann der jüdischen Gemeinde Bad Salzuflen-Schötmar, Max Kornberg, an Bgm. Schötmar, 4.12.41, StadtA BS, Schötmar III.470.3. Kornberg erwähnt eine vorgesehene Abholung des Gepäcks am 8.12.41.

36. Eintragung im Dienstplan vom 10.12.41, StA DT D 2C Detmold Nr. 67. Harting und Schmidt waren am 11.12.41 wieder im Dienst in Detmold.
37. Vgl. Quittungen vom 9.12.41, StadtA BS, Schötmar III.470.3.
38. Wallhausen wanderte bei Kriegsende nach Schweden und 1950 nach Australien aus, wo er 1967 verstarb.
39. Bericht der SD-Hauptaußenstelle Bielefeld, 16.12.41, StA DT M 18 Nr. 11 Bl. 45.
40. Gestapo Bielefeld an Landräte, 20.3.42, StadtA BS, Schötmar III.470.3.
41. Eintragungen im Dienstplan, 29.-30.3. und 30.-31.3.42; StA DT D 2 C Detmold Nr. 68.
42. Joachim Meynert: Was vor der Endlösung geschah. S. 261.
43. Todeserklärung Hans Marx, Aussage von Robert Levi; StA DT D 23 Detmold Zg. 99/1986 Az. II 63/50.
44. Vgl. Einwohner-Bürger-Entrechtete. Sieben Jahrhunderte jüdisches Leben im Raum Bielefeld, Bielefeld 1988. S. 246. Bis zu seiner Flucht zurück nach Warschau am 2. November 1942 wurde Levi zum Bau von Baracken und Stallungen eingesetzt. Im Ghetto arbeitete er schließlich als Koch unter dem Namen Max Flatow aus Detmold. Nach Ausbruch des Ghetto-Aufstandes am 16. Mai 1943 gelang es Levi, durch die Kanalisation Warschau lebend zu verlassen. Am 6. Juni wurde er verhaftet und ins Vernichtungslager Lublin gebracht, wo er zwei Monate Zwangsarbeit im Straßenbau leistete, bevor er nach Auschwitz transportiert wurde. Bis zum 13. Januar 1945 mußte Robert Levi in einem Bergwerk schwerste Arbeit verrichten. Über Groß-Rosen, Buchenwald und Tröglitz gelangte Levi Anfang Mai 1945 nach Theresienstadt, von wo er nach der Befreiung durch sowjetische Truppen am 25. Mai nach Lippe zurückkehrte. Er war der einzige lippische Überlebende der Deportierten nach Warschau vom März 1942.
45. Der Detmolder Rechtsanwalt Dr. Albert Hirschfeld überwies der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Bezirksstelle Westfalen in Bielefeld, 8.858 RM für einen Heimkaufvertrag für sich und seine Frau Leonie. Vgl. StA DT D 27 – 61/14/1435. Siehe auch Aufstellungen von Überweisungen Hirschfelds an die RVJD, Winterhilfe, sowie 'Sühneraten' und Judenvermögensabgabe (14.752,58 RM); StA DT D 21 B Zg. 1/1989 Rü 345/50.
46. Gestapo Bielefeld an Landräte, 20.7.42, StadtA Bad Salzuflen, Schötmar III.470.3.
47. Vermerk OPB Schötmar, 23.7.42, StadtA Bad Salzuflen, Schötmar III.470.3.
48. Ida Arensberg an Kinder in Chile, 26.7.42; StA DT D 23 Detmold Zg. 99/1986 Nr. 37/48. Abgedruckt in: „... dennoch Menschen von Gott erschaffen"; S. 119.
49. Aussage der Irene Hesse, Oktober 1953, StA DT D 20B Zg. 1/1989 Rü 7/52 Bl. 77f.
50. SD Detmold an SD Bielefeld, 31.7.42, StA DT M 18 Nr. 11 Bl. 95. Die Lemgoer Schutzpolizei hatte hingegen andere Wahrnehmungen: „Der Abtransport der Juden ist im hiesigen Stadtbezirk reibungslos erfolgt. Bei der Abfahrt, die vom hiesigen Marktplatz aus erfolgte, hatten sich wohl mehrere Volksgenossen eingefunden, die sich aber durchaus ruhig verhalten haben." Vgl. Bericht der Schutzpolizei Lemgo, 29.7.42; Stadtarchiv Lemgo A 11852. Vom Lemgoer Marktplatz aus mitdeportiert wurden die letzten verbliebenen Juden von Barntrup, Bösingfeld und Silixen. Der 'Auszug der letzten Juden aus Lemgo' ist von einem städtischen Bediensteten fotografiert worden; die vier Filme sind nebst einer Liste der 'Abgeschobenen' dem Stadtarchiv übergeben worden. Ihr Verbleib ist unbekannt. Vgl. Bürgermeister Lemgo an Stadtarchiv, 17.8.42, StadtA Lemgo, A 1417.
51. SD Detmold an SD Bielefeld, 31.7.42; StA DT M 18 Nr. 11 Bl. 95.

52. Gestapo Bielefeld an Landräte, 8.2.45, zit. nach: Meynert/Schäffer, Juden in Bielefeld, S. 189.
53. Dienstbucheintragung vom 12.2.45, StA DT D 2C Detmold Nr. 71.
54. Vgl. Meynert/Schäffer, Juden in Bielefeld, S. 125, Anm. 117.
55. Aufstellung, 12.10.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 124.
56. Aktennotiz des NSV-Kreisamtsleiters Kersting, 10.9.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 131.
57. Aufstellung über die verkauften Judenmöbel in der Stadt Detmold, 12.9.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 128.
58. Finanzamt Detmold an Spediteur W., 29.8.42; StA DT D 106 Detmold A Nr. 342 Bl. 127.
59. NSDAP, Amt für Volkswohlfahrt Lippe an Finanzamt Detmold, 20.9.42 (Abschrift); StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 38/51 Bl. 75. Dort u.a. Mitteilung über Räumung der Wohnungen Quadfass (Langestraße) sowie Sachsen- und Hornsche Straße.
60. Aufstellung des Finanzamtes Detmold über in Anspruch genommene Gegenstände aus jüdischen Haushaltungen, 1.9.42 (Abschrift); StA DT D 20 B Zg. 14/1989 Rü 68/51 Bl. 80.
61. Kreisleitung an Bgm. Detmold, 23.3.42, StA DT L 113 LP Nr. 11a (alte Signatur). „Da in nächster Zeit in Detmold mit dem Freiwerden von weiteren Judenwohnungen zu rechnen ist, bitte ich umgehend etwa dort eingegangene Anträge auf Verteilung von Judenwohnungen hereinzureichen."
62. Finanzamt Lemgo an Kreisleitung, 7.9.42, StA DT L 113 Lp Nr. 169 (alte Signatur)
63. Vgl. beispielsweise: Hermann Ludwig Schaefer: Walter Steinecke, in: LZ vom 29.9.56; August Koch: August Weweler zum Gedenken, in: LZ vom 14.12.52; N.N.: Prof. Dr. Heinrich Hunke wird 65 Jahre alt, in: LZ vom 7.12.67; N.N.: Volle Bewährung in einem langen Leben: Oberstleutnant a.D. Hans von Donop vollendet morgen das 95. Lebensjahr, in: LZ vom 5.8.67.

Sabine Hanrath

Die Durchführung von Zwangssterilisationen an lippischen Patienten in der Heil- und Pflegeanstalt 'Lindenhaus' im Zeitraum von 1934 bis 1939

Die Geschichte der lippischen Heil- und Pflegeanstalt 'Lindenhaus' während der ersten sechs Jahre des Nationalsozialismus ist sehr komplex und durch verschiedene Entwicklungen gekennzeichnet. Prägend waren vor allem die 'Säuberung' der Ärzteschaft und des Pflegepersonals von politisch und rassisch mißliebigen Beamten aufgrund des 'Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums', die parallel dazu verlaufende Politisierung der weiterhin im Dienst befindlichen Ärzte, die im Bereich der Heil- und Pflegeanstalten durchgeführten staatlichen Sparmaßnahmen und schließlich die unter dem Primat der 'Rassenhygiene' veränderten Handlungsweisen der Psychiater gegenüber psychisch kranken Menschen.

Im folgenden soll ein Aspekt der Anstaltsgeschichte beleuchtet werden, der die Lebensbedingungen der rund 520 in der Anstalt untergebrachten männlichen und weiblichen Patienten besonders verdeutlicht: die im Lindenhaus durchgeführten Zwangssterilisationen. Zu diesem Zweck erscheint es sinnvoll, in einem ersten Teil die ideologischen Voraussetzungen für das 1933 erlassene 'Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuches' zu skizzieren. In einem zweiten Schritt werden dann der Inhalt des nationalsozialistischen Sterilisationsgesetzes und der formale Ablauf des Sterilisationsverfahrens dargelegt. Der daran anschließende Hauptteil des Aufsatzes beschreibt die Durchführung der Zwangssterilisationen im Lindenhaus. Ein besonderes Augenmerk wird – neben der quantitativen Dimension der Zwangssterilisationen – hierbei auf die Reaktionen der Ärzte, Patienten und der lippischen Bevölkerung gerichtet.

1. Die ideologischen Voraussetzungen

1.1. Der moderne Rassismus

Die ideologische Grundlage der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik ist der 'moderne Rassismus'.[1] Rassistische Erklärungsmuster sind jedoch nichts genuin nationalsozialistisches, sondern haben sich seit der Aufklärung herausgebildet. Ausschlaggebend für den Durchbruch des 'modernen Rassismus' En-

de des letzten Jahrhunderts waren ein tiefgreifender Umbruch in der Biologie, die darwinistischen Evolutions- und Selektionstheorien und die Anfänge der modernen Genetik. Rassistische Theorien traten (und treten immer noch) mit dem Anspruch auf, soziale Strukturen, gesellschaftliche Entwicklungen und Konflikte biologisch zu erklären. Diese Erklärungsansätze gründen sich zumeist auf Rassentheorien, welche die Menschheit anhand von körperlichen oder genetischen Merkmalen in verschiedene Gruppen einteilen. Die frühen Rassentheorien gingen meist von äußerlich sichtbaren Merkmalen aus, z.B. der Hautfarbe oder der Schädel- und Nasenform. Mit der Entstehung der modernen Genetik – das ist in unserem Zusammenhang besonders wichtig – lösten sich die Rassentheorien zunehmend von dem äußeren Erscheinungsbild (Phänotyp) des Menschen und wandten sich seinen Erbanlagen (Genotyp) zu. Damit war es möglich, den Rassenbegriff nicht mehr nur auf Großgruppen der Menschheit, z.B. Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, zu beziehen, sondern auch auf genetische Anomalien innerhalb dieser Großgruppen. Diese Erweiterung des Rassenbegriffs hatte eine Aufspaltung in einen 'anthropologischen' und einen 'hygienischen' Rassismus zur Folge. In Deutschland richtete sich der 'anthropologische Rassismus' vor allem gegen Sinti, Roma und Juden. Der 'hygienische Rassismus' dagegen wandte sich gegen die Gruppen, die als 'erbkrank' eingestuft wurden. Zu ihnen gehörten z.B. psychisch Kranke, geistig Behinderte, Bettler, 'Gewohnheitsverbrecher' und Prostituierte.[2]

Die Annahme der modernen rassenhygienischen Theorien, daß Armut, Kriminalität und psychische Krankheiten genetisch bedingt, vererbbar und damit unbeeinflußbar seien, hatte weitreichende sozial- und gesundheitspolitische Folgen. Solange das deviante Verhalten dieser Gruppen als umweltbedingt angesehen wurde, schien eine Wiedereingliederung dieser Menschen in die Gesellschaft möglich. In bezug auf psychisch Kranke hieß dies: Solange seelisches Leiden als Reaktion auf bestimmte krisenhafte Lebenssituationen und auf soziale Einflüsse zurückgeführt wurde, schien Heilung möglich, nicht aber, wenn psychische Krankheit – wie es die rassenhygienischen Krankheitskonzepte taten – als Ausdruck eines genetischen Defekts galt. Getragen von der Vorstellung, daß sich 'erblich belastete' Menschen stärker fortpflanzen als sogenannte 'erbgesunde' und 'rassisch wertvolle' Bevölkerungsanteile, sahen führende Rassenhygieniker, Psychiater und Demographen die Notwendigkeit, einerseits eine Nachkommenschaft aus 'gesunden' Familien durch 'positiv eugenische' Maßnahmen z.B. finanzielle Vergünstigungen bei einer Familiengründung zu fördern und andererseits 'erbkranke' Menschen durch 'negativ eugenische' Maßnahmen von der Fortpflanzung auszuschließen, z.B. durch Sterilisierung, Asylierung oder Eheverbote.

1.2. Der Sterilisationsgedanke im rassenhygienischen Diskurs

Der Sterilisationsgedanke war von Anfang an ein wichtiges Element des rassenhygienischen Diskurses. Forderungen nach eugenischer Sterilisierung wurden bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts von Rassenhygienikern gestellt. International vergleichende Studien haben gezeigt, daß sich die Sterilisationsdebatte in Deutschland vor der nationalsozialistischen 'Machtergreifung' nicht grundlegend von derjenigen anderer nordeuropäischer Staaten mit vorwiegend protestantischem Bevölkerungsanteil unterschied.[3] Sowohl in Ländern wie z.B. Großbritannien, Norwegen und Schweden als auch in Deutschland gab es über alle Parteigrenzen hinweg Befürworter und Gegner der Sterilisation.[4] Seit dem Ersten Weltkrieg waren in Deutschland von verschiedenen Seiten auf Reichs- und Länderebene Gesetzentwürfe und Petitionen eingereicht worden, die eine rechtliche Verankerung und politische Umsetzung der eugenischen Sterilisation durchsetzen wollten. Während der Weltwirtschaftskrise wurden 'negative eugenische' Maßnahmen verstärkt von Anhängern der rechts-konservativen und nationalsozialistischen Parteien gefordert, die dabei vor allem von Ärzten, Psychiatern und Rassenhygienikern unterstützt wurden.[5] Auch aus den Veröffentlichungen des von 1927 bis 1933 im Lindenhaus als Anstaltsdirektor tätigen Psychiaters Erich Friedländer geht hervor, daß er die Sterilisation psychisch kranker Menschen als geeignetes Mittel der Bevölkerungspolitik befürwortete, und zwar mit einem für die Zeit der Weltwirtschaftskrise typischen Argument: Indem man psychisch Kranke durch Sterilisation von der Fortpflanzung ausschließe, könne man Fürsorgekosten bei zukünftigen Generationen einsparen.[6] Obgleich die Forderung nach eugenischer Sterilisation am Ende der Weimarer Republik weit verbreitet war, soll herausgestellt werden, daß die Einführung einer Sterilisationsgesetzgebung trotz wichtiger ideologischer und konzeptioneller Vorarbeiten für das nationalsozialistische 'Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses' während der Weimarer Republik scheiterte und erst unter den politischen Voraussetzungen des Nationalsozialismus verabschiedet werden konnte.[7]

2. Das 'Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses' (GzVeN)

2.1. Verabschiedung und Inhalt des GzVeN

Bereits ein knappes halbes Jahr nach Hitlers Amtsantritt wurde in der Reichskabinettssitzung vom 14. Juli 1933 das von Reichsinnenminister Frick in Zusammenarbeit mit dem Sachverständigenbeirat für Bevölkerungs- und Rassenpolitik erarbeitete GzVeN verabschiedet. Es konnte gegen den energischen Widerspruch des Vizekanzlers von Papen durchgesetzt werden, der auf die

Unsicherheiten der Erbprognose und den befürchteten Widerstand der katholischen Kirche verwies.[8]

Im ersten Paragraphen legte das Sterilisationsgesetz die Personengruppe fest, die auch gegen ihren Willen und unter Anwendung von polizeilichem Zwang sterilisiert werden sollte:

> (1) Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen und geistigen Erbschäden leiden werden.
> (2) Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Erbkrankheiten leidet:
> 1. angeborener Schwachsinn,
> 2. Schizophrenie,
> 3. Zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein,
> 4. erblichem Veitstanz (Huntingtonscher Chorea),
> 5. erblicher Blindheit,
> 6. erblicher Taubheit
> 7. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung.
> (3) Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet.[9]

Um die Zulässigkeit der Sterilisation zu belegen, verlangte das Gesetz lediglich den ärztlichen Nachweis einer der genannten Erkrankungen, es war nicht notwendig, die Erblichkeit im Einzelfalle durch eine Untersuchung der Verwandtschaft nachzuweisen. Dieser Nachweis hätte auch gar nicht erbracht werden können: man ging zwar davon aus, *daß* sich diese Krankheiten vererbten, *wie* sie sich jedoch vererbten, konnte man nicht beantworten.

2.2. Durchführungsbestimmungen des GzVeN

Das Gesetz trat erst zum 1. Januar 1934 in Kraft. Bis dahin sollte eine reichseinheitliche Durchführungsbestimmung erlassen werden, die den genauen Ablauf des Sterilisationsverfahrens regelte und gleichzeitig die notwendigen Instanzen zu seiner Umsetzung schuf. Die Durchführung des Sterilisationsverfahrens begann mit einer Anzeige beim zuständigen Amtsarzt. Diese Anzeige konnte von dem Betroffenen selber oder seinem gesetzlichen Vertreter gestellt werden. Darüber hinaus waren alle mit 'Heilbehandlung, Untersuchung und Beratung von Kranken' befaßten Personen, also auch die Ärzte der Heil- und Pflegeanstalten, zur Anzeige verpflichtet. In einem zweiten Schritt stellte der Amtsarzt einen Antrag auf Unfruchtbarmachung und leitete damit das 'Erbgesundheitsgerichtsverfahren' ein.[10]

Zur juristischen Durchführung des Verfahrens wurden Erbgesundheitsgerichte (EG) eingerichtet, die den jeweiligen Amtsgerichten zugeordnet waren. Das lippische Erbgesundheitsgericht hatte seinen Sitz in Detmold und wurde mit einem Richter und zwei Ärzten besetzt.[11] Die Ärzte waren also nicht nur in der Mehrzahl, sondern traten auch in doppelter Funktion auf: Einerseits als medizinische Sachverständige, andererseits als Laienrichter. Das Verfahren war nicht öffentlich. Das Gericht hatte die notwendigen Ermittlungen anzustellen. Es konnte Zeugen und Sachverständige vernehmen, das persönliche Erscheinen und die ärztliche Untersuchung des Betreffenden anordnen und ihn sogar unter Zwangsanwendung vorführen lassen. Ärzte, die als Zeugen oder Sachverständige vernommen wurden, waren, ohne Rücksicht auf das Berufsgeheimnis, zur Aussage verpflichtet. Ebenso hatten Gerichts- und Verwaltungsbehörden sowie Krankenanstalten dem EG auf dessen Ersuchen Auskunft zu erteilen. Wie aus den wenigen noch erhaltenen Akten des EG Detmold hervorgeht, wurden als Zeugen auch Nachbarn oder Arbeitgeber verhört. Nachdem das EG entschieden hatte, konnten die Betroffenen innerhalb einer Beschwerdefrist, die zunächst einen Monat und später – ab Juni 1935 – nur noch zwei Wochen umfaßte, bei den zuständigen Instanzen, den ebenfalls neu eingerichteten Erbgesundheitsobergerichten (EGO), Berufung einlegen. Das für Lippe zuständige EGO hatte seinen Sitz in Celle und entschied in letzter Instanz.[12] War eine Sterilisation angeordnet worden, mußte der Eingriff innerhalb weniger Wochen an einer der fünf von den lippischen Landesbehörden dazu ermächtigten Krankenanstalten durchgeführt werden.[13]

3. Die Durchführung der Zwangssterilisationen im Lindenhaus

3.1. Die Reaktion der Ärzte auf das GzVeN

Anhand verschiedener Quellen läßt sich zeigen, daß die Sterilisationsgesetzgebung in Lippe insbesondere von den im öffentlichen Dienst beschäftigten Ärzten begrüßt wurde, sie ferner auf eine rasche und umfassende Durchführung drängten. Wie bereits erwähnt, hatte sich der frühere Anstaltsleiter Erich Friedländer schon während der Weltwirtschaftskrise in wissenschaftlichen Aufsätzen für die Sterilisation psychisch Kranker stark gemacht. Auch sein Nachfolger Wilhelm Theopold, der das Lindenhaus ab 1933 leitete, nachdem Friedländer aufgrund seiner jüdischen Herkunft von den neuen Machthabern aus dem Anstaltsdienst entlassen worden war, stand einer Sterilisationsgesetzgebung positiv gegenüber. Theopold drängte auf eine rasche und umfassende Durchführung des GzVeN und nutzte das halbe Jahr zwischen der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des Gesetzes, um das Ausmaß an potentiellen Sterilisationen im Lindenhaus zu klären. Große Teile der Anstaltspopulation wur-

den zu diesem Zweck voruntersucht, um ein reibungsloses Anlaufen der Maßnahmen im Frühjahr 1934 zu ermöglichen.[14]

Der lippische Kreisarzt und spätere Beisitzer des EG Detmold, Augener, wollte nicht auf die Durchführungsbestimmungen warten und unterbreitete deshalb dem Oberarzt des Lindenhauses, Georg Müller, im November 1933 einen Vorschlag zur Ausführung des Verfahrens, der vor allem auf eine enge Kooperation zwischen den Kreisärzten und der Heil- und Pflegeanstalt abzielte. Müller bremste Augeners Enthusiasmus, indem er ihm zwar grundsätzlich zustimmte, jedoch „die in Kürze zu erwartenden Ausführungsbestimmungen zum Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" abwarten wollte, „damit hier einheitlich mit dem Reich verfahren werden kann."[15]

Es ist als ein weiteres Indiz für die breite Zustimmung der lippischen Ärzteschaft zum GzVeN zu bewerten, daß bereits kurze Zeit nach Inkrafttreten der Regelung die notwendigen Anzeige- und Antragsformulare vergriffen waren und nachbestellt werden mußten. Die lippische Regierung drängte den für den Druck der Formulare zuständigen Bertelsmann-Verlag zur Eile.[16] In dem Antwortschreiben bat die Verlagsleitung um etwas Geduld und versprach den lippischen Auftrag so bald wie möglich auszuführen: „Durch unerwartet große Beanspruchung sind fast alle Vordrucke ausverkauft und werden soeben neu gedruckt."[17]

3.2. Die Stellung der Ärzte und Patienten im Sterilisationsverfahren

Ein Grund dafür, daß die Ärzte das Sterilisationsgesetz positiv aufnahmen war, daß es für sie eine erhebliche Kompetenzerweiterung bedeutete und darüber hinaus den Handlungsspielraum und die Autonomie gegenüber den Patienten erhöhte. Insgesamt waren fünf Anstalten in Lippe dazu ermächtigt, Zwangssterilisationen durchzuführen. Nachdem im Dezember 1933 zunächst nur das Landeskrankenhaus Detmold und das städtische Krankenhaus in Lemgo für diesen Eingriff zugelassen waren, bekamen im Laufe des Jahres 1934 auch das Lindenhaus und die städtischen Krankenhäuser in Lage und Schötmar eine Operationserlaubnis.[18] Aus dem Briefwechsel Theopolds mit der Landesregierung geht hervor, daß der Anstaltsleiter sich frühzeitig darum bemühte, die Sterilisation der psychisch Kranken in der Heil- und Pflegeanstalt durchführen zu dürfen. Gegenüber der Regierung argumentierte er folgendermaßen:

> 1.) Die Einrichtung der Anstalt Lindenhaus bezüglich seiner operativen Möglichkeiten sind derart, daß die nach dem Gesetz vorgeschriebenen Operationen auch im Operationssaal der Anstalt Lindenhaus vorgenommen werden können.
> 2.) Der Zustand einiger Kranker erfordert gerade im Anschluß an die Vornahme der Unfruchtbarmachung eine erhöhte Aufmerksamkeit und Überwachung, wie sie im Krankenhaus nur unter Stellung einer besonderen Tag- und Nachtwache möglich

> sein dürften, während die betr. Kranken durch Verlegung auf die Wachabteilung die Stellung einer besonderen Wache nicht mehr erforderlich machen.
> 3.) Die Einleitung der Narkose in der Anstalt Lindenhaus, der Transport zum Krankenhause, die Vornahme der Operation im Krankenhause und der Rücktransport sofort nach der Operation schließen mancherlei Schwierigkeiten und Gefahren in sich, denen man auf dem Transport nicht immer sicher begegnen kann.[19]

Obgleich Theopold gegenüber seinem Dienstherrn ökonomische und medizinische Gründe anführt, um eine Operationserlaubnis für das Lindenhaus zu erhalten, lassen sich andere Motive hinter seinem Engagement vermuten, die entgegen seiner Argumentation den wohlverstandenen Interessen der psychisch Kranken zuwiderliefen. Neben einer unmittelbaren Kompetenzerweiterung für die Anstalt konnte der Direktor damit rechnen, daß die Unfruchtbarmachung der Patienten, wenn sie hinter den eigenen Anstaltsmauern geschah, kaum öffentliches Aufsehen erregen und somit dem Image der Institution Psychiatrie weniger schaden würde. Darüber hinaus war bei einer solchen Verfahrensweise mit einem geringeren Widerstand der Patienten und vor allem ihrer Angehörigen zu rechnen.

Grundsätzlich stimmte die Landesregierung Theopolds Antrag zu, verlangte aber eine amtsärztliche Bescheinigung darüber, daß nicht nur der vergleichsweise unkomplizierte Eingriff an Männern, sondern auch die risikoreicheren Sterilisationen von Frauen im Lindenhaus durchführbar waren. Das Gutachten stellte der Lemgoer Kreisarzt Frenzel aus. Es soll an dieser Stelle zitiert werden, da es Aufschluß über die Stellung der Patienten im Sterilisationsverfahren bietet:

> Grundsätzliche Bedenken bestehen meinerseits nicht. Das Lindenhaus hat einen Operationssaal, in welchem unbedenklich auch operative Eingriffe vorgenommen werden können, und zwar bei Mann und Weib. Es wäre auch vorteilhafter, wenn der Chirurg ins Lindenhaus käme, als daß die Patienten in das Krankenhaus erst verlegt werden müßten. Gerade bei solchen Insassen, die sich dem Eingriff widersetzen, wäre die Vornahme im Lindenhaus besser, als wenn derartige Menschen im Krankenhaus die unausbleibliche Unruhe ins Haus bringen.[20]

Aus dieser Quelle wird ersichtlich, daß die Anwendung von Zwang nicht nur legal war, sondern auch als legitimes Mittel eingestuft wurde. Mit keinem Wort erwähnte der Kreisarzt die individuelle Dimension der Zwangssterilisationen. Augenscheinlich war man nicht um die zu Sterilisierenden bemüht, sondern versuchte präventiv, negativen Reaktionen breiter Bevölkerungsschichten zu begegnen. Kurze Zeit nachdem der Landesregierung das Gutachten vorlag, erteilte sie den Heil- und Pflegeanstalt die gewünschte Operationserlaubnis. Da keiner der im Lindenhaus beschäftigten Ärzte eine chirurgische oder gynäkologische Ausbildung absolviert hatte, ermächtigte die Regierung den für diesen

Fachbereich zuständigen Arzt des städtischen Krankenhauses in Lage, Legerlotz, die Eingriffe in der Heil- und Pflegeanstalt vorzunehmen.

Obgleich die lippischen Anstaltspsychiater die Operationen nicht selber vornahmen, kam ihnen eine Schlüsselrolle innerhalb des gesamten Erbgesundheitsverfahren zu. Während der Direktor die in Frage kommenden psychisch Kranken vorschriftsmäßig anzeigte, fungierten der Oberarzt oder Assistenzarzt in der entsprechenden Sitzung des EG als ärztliche Sachverständige, um formal dem Anspruch der Unbefangenheit zu genügen.[21] Unter Berücksichtigung der hierarchischen Strukturen des Lindenhauses war es jedoch nicht zu erwarten, daß die untergeordneten Ärzte gegen das Urteil ihres Vorgesetzten votieren würden. Weiterhin spricht auch die außerordentlich kurze Dauer der Gerichtsverhandlungen, in denen über Lindenhaus-Patienten entschieden wurde, dafür, daß die Erbgesundheitsgerichtsverfahren eine reine Formsache waren. Aus dem für den Zeitraum vom Sommer 1935 bis zum Herbst 1936 erhaltenen Terminkalender des EG Detmold wird ersichtlich, daß das Gericht in dieser Zeitspanne siebenmal im Lindenhaus tagte. Soweit man die Patienten überhaupt persönlich vernahm und nicht, wie in der Mehrzahl der Fälle, aufgrund der vorliegenden Gutachten der Anstaltsärzte entschied, mußten sie nicht eigens zum Amtsgericht nach Detmold gebracht werden.[22] Diese Regelung diente vor allem der Beschleunigung des Verfahrens und sicherte außerdem ein hohes Maß an Geheimhaltung der Prozesse vor der Öffentlichkeit. Am 29. November 1935 wurden z.B. binnen zwei Stunden 12 Fälle vor dem EG verhandelt. In einer der darauffolgenden Sitzungen, in der unter anderem über einen Detmolder Patienten entschieden wurde, der Berufung eingelegt hatte und dessen Verfahren sich insgesamt drei Jahre hinzog, entschied man im gleichen Zeitraum 'nur' über 6 Patienten.[23] Der Vorsitzende des EG Detmold, Amtsgerichtsrat Cordes, konstatierte in einem Bericht an die Landesregierung im Frühjahr 1935:

> Das Verfahren hat sich sehr schnell eingespielt und ist in allen Fällen reibungslos vonstatten gegangen. Nachdem wie bisher im wesentlichen die Erbkranken aus den geschlossenen Anstalten, wie Lindenhaus, Eben-Ezer, sterilisiert worden sind, wird in Zukunft mit dem Eingang einer erheblichen Anzahl von Anträgen aus der Bevölkerung zu rechnen sein.[24]

3.3. Die quantitative Dimension der im Lindenhaus durchgeführten Zwangssterilisationen

Neuere Studien, die sich mit der Anzahl der vorgenommenen Zwangssterilisationen beschäftigen, weisen unterschiedliche Ergebnisse auf. Den Angaben Bocks zufolge sind in der Zeitspanne vom Inkrafttreten des Gesetzes bis 1945 reichsweit ca. 400.000 Menschen, zu gleichen Teilen Männer und Frauen, sterilisiert worden. Die genaue Zahl der Bewohner psychiatrischer Anstalten, ge-

gen die Sterilisationsprozesse geführt und die sterilisiert wurden, ist unbekannt.[25] Orientiert man sich an den Angaben Siemens, sind bis zum Kriegsende sogar rund ein Viertel aller Psychiatriepatienten unfruchtbar gemacht worden. Beide Autoren stimmen darin überein, daß der zeitliche Schwerpunkt der Sterilisationen im Reichsgebiet auf die Jahre 1934–1936 fiel.[26]

Gemäß den Richtlinien zur Durchführung des GzVeN sollten vorrangig Menschen sterilisiert werden,

> bei denen die Diagnose einer Erbkrankheit im Sinne des Gesetzes völlig gesichert und außerdem die Gefahr der Erzeugung erbkranken Nachwuchses vorhanden ist [...] Schwachsinnige aller Formen, insbesondere auch leichte Fälle, also körperlich gesunde lebhafte, weibliche und männliche Erbkranke zwischen 16 und 40 Jahren; jugendliche Schizophrene und Manisch-Depressive, Epileptiker und fortpflanzungsfähige Alkoholiker unter dem 50. Lebensjahr. Dagegen ist es [...] ohne jeden Sinn, die Erbgesundheitsgerichte mit Anträgen auf Unfruchtbarmachung 45jähriger und älterer Frauen, 60jähriger Trinker, 10jähriger Schwachsinniger, vertierter Idioten und alter Katatoniker zu belasten, solange nicht die im Fortpflanzungsalter befindlichen triebstarken Erbkranken unfruchtbar gemacht sind.[27]

Diese Regelung hatte zur Folge, daß in dem Zeitraum von 1934–1936 vor allem Menschen, die in Psychiatrien, Fürsorgeheimen und Strafvollzugsanstalten untergebracht waren, zwangssterilisiert wurden, da die Erblichkeit ihres devianten Verhaltens als erwiesen galt. Unter den Psychiatriepatienten waren die Opfer insbesondere junge Menschen mit leichten Störungen, denn entsprechend der rassenhygienischen Logik sollten in erster Linie nicht die schwerkranken Anstaltsbedürftigen, sondern 'leichte' Fälle, deren Entlassung bevorstand, sterilisiert werden. Seit 1934 durften 'Erbkranke' nicht mehr ohne Sterilisationsprozeß entlassen oder auch nur beurlaubt werden.

Für die lippische Heil- und Pflegeanstalt liegen für den Zeitraum von 1934–1939 lückenlose Angaben über die Anzahl der zwangssterilisierten Patienten vor. Da die Daten nach Geschlechtern differenziert aufgeführt wurden, ist es darüber hinaus möglich, diese beiden sozialen Kategorien einander gegenüberzustellen.

Tabelle I[28]

Jahr	Sterilisationen in absoluten Zahlen	Anteil Sterilisationen an der Gesamtpopulation in %	Sterilisationen von Frauen in absoluten Zahlen	Anteil Sterilisationen an d. weibl. Patientenpopulation	Sterilisationen von Männern in absoluten Zahlen	Anteil Sterilisationen an d. männl. Patientenpopulation	Anzahl vor d. EG Detmold verhandelten Patienten
1934	26	4,96%	5	2,13	21	7,26	22
1935	48	9,09%	28	11,7	20	6,93	29
1936	26	4,9%	9	3,75	17	5,85	31
1937	29	5,47%	9	3,77	20	6,68	10
1938	12	2,29%	4	1,71	8	2,74	1
1939	9	1,72%	7	3	2	0,69	2
insg.	150		62		88		95

Insgesamt wurden im Lindenhaus im Untersuchungszeitraum (1035-39) 150 männliche und weibliche Patienten zwangssterilisiert. Der zeitliche Schwerpunkt der Sterilisationen fiel in die Jahre 1934 bis 1937. Im Jahr 1935 wurden mit 9,09% der Gesamtpopulation die meisten psychisch Kranken unfruchtbar gemacht. Nach 1937 nimmt die Zahl der durchgeführten Eingriffe deutlich ab und sinkt auf 1,72%. Für diese Entwicklung waren mehrere Gründe ausschlaggebend: Erstens waren die Anstalten nach 1937 'durchgekämmt', und die Zahl der neu- bzw. wiederaufgenommenen Patienten, die schon sterilisiert waren, war hoch. Zweitens zwang der zunehmende Widerstand weiter Bevölkerungskreise gegen die Zwangssterilisationen das nationalsozialistische Regime, das Ausmaß der Eingriffe einzuschränken, und drittens legte die Verordnung vom 31. August 1939 fest, daß nur noch Fälle, bei denen „besonders große Fortpflanzungsgefahr" herrsche, sterilisiert werden sollten.[29]

Daß im Lindenhaus im Vergleich zu anderen Heil- und Pflegeanstalten weniger Menschen unfruchtbar gemacht wurden, geht sicherlich nicht auf eine mangelnde Sterilisationsbereitschaft der lippischen Anstaltspsychiater zurück, da aus einer Vielzahl von Quellen ersichtlich wird, daß die Ärzte dem GzVeN positiv gegenüberstanden. Es läßt sich vielmehr vermuten, daß die Altersstruktur und die große Zahl der chronisch kranken Langzeitpatienten für diese Tatsache ausschlaggebend waren. Die Altersstruktur der Kranken geht aus den Jahresberichten der Anstaltsleitung an die lippische Fürsorgeabteilung hervor. Demzufolge gehörten im Zeitraum von 1934 bis 1939 rund ein Drittel der Patienten der Altersgruppe der Zwanzig- bis Vierzigjährigen an, während die anderen zwei Drittel vierzig Jahre und älter waren. Bemerkenswert ist, daß rund 40% der gesamten Population über fünfzig Jahre alt waren. Die Altersstruktur war wohl auch ein Grund für die geschlechterspezifisch unterschiedliche Anzahl der an Frauen und Männern durchgeführten Sterilisationen. Zwar liegen keine nach Geschlecht differenzierten Altersangaben vor, es ist jedoch anzunehmen, daß die weiblichen und männlichen Patienten dem Proporz an der Gesamtpopulation entsprechend in den Altersgruppen gleich vertreten waren. Die Tabelle zeigt, daß Frauen im Verhältnis zu ihrem jeweilig geschlechterspezifischen Anteil an der Gesamtpopulation seltener sterilisiert wurden als Männer. Dieses Ergebnis ist darauf zurückzuführen, daß Frauen mit Beginn der Menopause, also im Alter von ca. 45 Jahren, nicht mehr für 'Unfruchtbarmachungen' vorgesehen waren, während Männer auch noch in höherem Alter sterilisiert wurden. Da der Anteil der überfünfundvierzigjährigen Patientinnen vermutlich über 40% lag, relativ wenige Frauen sterilisiert wurden.

Die Tatsache, daß mehr Menschen im Lindenhaus sterilisiert wurden (150) als Fälle vor dem EG Detmold verhandelt wurden (95), ist darauf zurückzuführen, daß über die in der Anstalt untergebrachten westfälischen Patienten – sie machten fast die Hälfte der Patienten aus – vor den für sie zuständigen EGs

außerhalb Lippes entschieden, sie aber im Lindenhaus sterilisiert wurden. Es ist also anzunehmen, daß 55 der 150 Patienten aus Westfalen stammten.

3.4. Die Sterilisationsdiagnostik: Sozialdiagnostik und Geschlechterdiagnostik

Das GzVeN sah vier psychiatrische Diagnosen vor, nach denen Menschen sterilisiert werden konnten: Schizophrenie, angeborener Schwachsinn, Epilepsie und manisch-depressives Irresein. Bock hat erstmals gezeigt, daß der Sterilisationsdiagnostik nicht medizinisch-naturwissenschaftliche, sondern soziale Kriterien zugrunde lagen, die sich an den Normen und Werten der bürgerlichen Schichten orientierten. Die Sterilisationsdiagnostik sei in doppelter Hinsicht Sozialdiagnostik gewesen, da sie einerseits nach Schichtzugehörigkeit und andererseits nach Geschlecht differenziert habe.[30] Dieses Ergebnis ist auch auf die lippische Sterilisationsdiagnostik übertragbar.

Das vom EG Detmold angelegte 'Namensverzeichnis für Erbgesundheitssachen' enthält Informationen über die Namen, die Adressen, das Verhandlungsdatum und die Berufszugehörigkeit der verhandelten Menschen. Leider wurden die gefällten Beschlüsse nicht vermerkt.[31] Es ist jedoch gesichert, daß trotz regionaler Differenzen reichsweit im Durchschnitt 94% der Anträge zum Sterilisationsurteil führten.[32] Von den 95 im Untersuchungszeitraum verhandelten Patienten waren 68 männlich und 27 weiblich. 13 der weiblichen Betroffenen waren zuvor als Dienstmädchen, eine als Angestellte tätig, bei sieben Frauen wird als Beruf Ehefrau angeführt, und bei den restlichen sechs fehlen die Berufsangaben. Von den Männern hatten vor ihrer Einweisung ins Lindenhaus 29 als Arbeiter im landwirtschaftlichen oder industriellen Bereich, 14 in handwerklichen Berufen, sechs als Kaufleute, zwei als Landwirte und die übrigen neun als niedere Angestellte gearbeitet; bei insgesamt acht Patienten fehlen die Berufsangaben. Es ist auffällig, daß sich unter den verhandelten Menschen keine Akademiker befanden. Dieser Befund bestätigt die Ergebnisse der einschlägigen Literatur, wonach bei den Frauen an erster Stelle Dienstmädchen und Arbeiterinnen und bei den Männern Arbeiter und Handwerker sterilisiert wurden.[33] Es handelt sich um eine höchst einseitige Auswahl aus der Gesamtgesellschaft, die deutlich macht, daß die nationalsozialistische Sterilisationspolitik sich vorwiegend gegen Angehörige aus Arbeiter- und Kleinbürgerschichten richtete.

Auf der Basis der stichprobenartig eingesehenen Krankengeschichten kann nachgewiesen werden, daß die Kriterien der Sterilisationsdiagnostik geschlechterspezifisch differenziert waren. Dies soll exemplarisch anhand eines männlichen und eines weiblichen Fallbeispiels verdeutlicht werden. Die Bewertung und Interpretation von Patientenakten ist allerdings nicht unproblema-

tisch. So birgt die Auswahl individueller Fälle immer die Gefahr einer gewissen Willkür. Allerdings wurden bewußt keine spektakulären Ausnahmefälle ausgewählt – z.B. Sterilisationsverfahren, die sich über mehrere Jahre hinzogen – vielmehr wurden solche Fälle ausgesucht, die als typisch gelten können. Außerdem sind die Akten häufig unvollständig und nicht immer in allen wichtigen Punkten vergleichbar. Aus diesem Grund ist es notwendig, als männliches Fallbeispiel einen Sterilisanden herauszugreifen, dessen Erbgesundheitsverfahren erst 1943 stattfand.

Nach der Geburt ihres ersten vorehelichen Kindes wird Luise S. 1930 mit achtzehn Jahren das erste Mal polizeilich in die Heil- und Pflegeanstalt eingewiesen. Die vom Anstaltsleiter gestellte Diagnose lautet Schizophrenie. Frau S. blieb jedoch nur drei Monate in der Anstalt, da ihre Verwandten gegen den „ausdrücklichen ärztlichen Rat" auf eine Entlassung drängten. Drei Jahre später, im September 1933 – die Patientin hatte inzwischen den Vater ihres ersten Kindes geheiratet – wurde sie nach der Geburt ihres zweiten Kindes erneut in die Anstalt eingewiesen. Im Februar 1934 wurde von dort aus der Antrag auf Sterilisation gestellt und eine Pflegschaft für das Sterilisationsverfahren beantragt, da sie nach Meinung der Ärzte nicht in der Lage war, sich selbst vor Gericht zu vertreten. Obgleich die Patientin als „gebessert und entlassungsfähig" eingestuft wurde und die Anstaltsleitung auf beschleunigte Durchführung drängte, zog sich das Sterilisationsverfahren bis zum November des Jahres hin. Das EG entschied am 8. November 1934 auf Sterilisation. In der Urteilsbegründung heißt es:

> Die Kranke hat ein voreheliches Kind, nach dessen Geburt bei ihr allmählich religiöse Wahnvorstellungen hervortraten. Sie sah den lieben Gott hinter sich stehen, wurde plötzlich sprach- und bewegungslos und nahm an nichts mehr teil. Sie hatte kein Interesse für ihr Kind und bekam steife Glieder.

Im Anschluß an den operativen Eingriff, der offenbar ohne Komplikationen verlief, wurde Frau S. versuchsweise nach Hause entlassen, jedoch bereits ein halbes Jahr später auf Veranlassung ihres Ehemannes erneut ins Lindenhaus eingewiesen, wo sie bis zur Auflösung der Anstalt 1951 blieb.[34]

Die Akte des zum Zeitpunkt der Aufnahme einundvierzigjährigen Hilfsarbeiters Gustav S. dient als männliches Fallbeispiel. Der Ehemann und Vater von zwei Kindern wurde im Sommer 1943 vom Amtsarzt des Lemgoer Gesundheitsamtes eingewiesen. Herr S. wirkte den Angaben des Anstaltsleiters zufolge „unorientiert und macht einen ängstlichen gehemmten Eindruck; später etwas lebhafter, wird auch mal gewalttätig. Hält Selbstgespräche." Man diagnostizierte Schizophrenie und zeigte den Patienten, nachdem sich sein Zustand leicht gebessert hatte, im Mai 1944 zur Sterilisation an. Das Erbgesundheitsgerichtsverfahren, bei dem die Ehefrau den Kranken vertrat, fand am 13. Juli 1944 statt. Das EG ordnete die Unfruchtbarmachung von Herrn S. mit der

Begründung an, daß dieser zwar „früher fleißig und ordentlich gearbeitet und mit seiner Frau in guter Beziehung gelebt" habe, jedoch seit ungefähr zwei Jahren „sinnlose Handlungen" begehe und „die häusliche Gartenwirtschaft" vernachlässige. Obgleich Gustav S., wie es in der Krankengeschichte heißt, „vor seiner Erkrankung die Arbeit liebte", habe er in der letzten Zeit in der Papphülsenfabrik nicht mehr die gewohnte Leistung erbracht. In Anlehnung an das Gutachten des Anstaltsleiters erkannte das EG auf Schizophrenie und ordnete die Sterilisation des Patienten an. Er wurde kurze Zeit nach dem Eingriff aus der Heil- und Pflegeanstalt entlassen.[35]

Vergleicht man die zwei vorgestellten Patientenakten und die Begründungen, mit denen das EG Detmold auf Sterilisation entschied, lassen sich zwei Aspekte herausarbeiten: die geschlechterspezifische Sexualdiagnostik und die geschlechterspezifische Arbeit. Bock hat in ihrer Untersuchung dargelegt, daß sich die Sterilisationsdiagnostik in der Regel nur bei Frauen an der Sexualität orientierte. Frauen seien häufig aufgrund von Promiskuität, Prostitution und unehelichen Schwangerschaften sterilisiert worden. Bei Männern hingegen habe das Sexualverhalten keine entscheidende Rolle gespielt. Während in der vorliegenden lippischen Urteilsbegründung ausdrücklich die außereheliche Geburt von Frau S.' erstem Kind hervorgehoben wurde, wurde das Sexualverhalten von Gustav S. vernachlässigt. Bei einer Analyse der Urteilsbegründung wird darüber hinaus deutlich, daß sich die Richter und Psychiater nach dem Geschlecht richteten, dem jeweils bestimmte soziale Aufgaben zugeordnet wurden. Während Luise S. angelastet wurde, daß sie nach der Geburt ihres Kindes ihre 'mütterlichen Pflichten' vernachlässigt habe, spielten bei Gustav S. das Verhältnis zu seinen Kindern, seine 'väterlichen Pflichten', keine Rolle. Er wurde nach seiner Leistung im Berufsleben beurteilt. Bock zeigt, daß Versagen im Berufsleben ein häufiger Sterilisationsgrund bei Männern war.

3.5. Die Reaktionen der Patienten auf ihre Zwangssterilisation

Neben den geschlechterspezifisch unterschiedlichen Diagnosekriterien lassen sich andere Reaktionsweisen von Männer und Frauen auf die Zwangssterilisationen konstatieren. Deutlich heftigere Reaktionen sind in den Patientenakten der sterilisierten Frauen vermerkt. Die fünfunddreißigjährige Patientin Wanda B. wurde im Dezember 1937 ins Lindenhaus aufgenommen. Sie war seit 1925 verheiratet und hatte ein Kind. Auf dem Vordruck der erbbiologischen Bestandsaufnahme wurde sie als „erbbiologisch bedenklich" und „sozial anstaltsbedürftig" eingestuft; ihre Diagnose lautete auf Schizophrenie. Kurze Zeit nach ihrer Aufnahme stellte der Anstaltsleiter Müller einen Antrag auf Sterilisation. Aus der Krankengeschichte geht hervor, daß Frau B., die vermutlich von der Anzeige erfahren hatte, vier Tage später versuchte, aus der Anstalt auszubre-

chen, indem sie sich an einem nicht vergitterten Fenster abseilte. Der Ausbruchsversuch mißlang jedoch. Unter dem nächsten Eintrag ist vermerkt. „Ist sehr ruhig geworden. [...] Glaubt hier im Strafvollzug zu sein, habe nun genug gebüßt; sie glaubt ein Kind zu erwarten. Droht mit Entweichungsversuchen, wenn sie nicht bald entlassen werde." Ungeachtet dieser Reaktion entschied das EG Detmold am 1. April 1938 auf Sterilisation. Der Beschluß wurde der Patientin jedoch erst vierundzwanzig Stunden vor dem Eingriff mitgeteilt:

> 16. Mai: Die Sterilisation ist am 7. d. M. durchgeführt worden. Pat. wurde es am Abend vorher mitgeteilt. Sie regte sich sehr auf, schlief die Nacht nicht trotz Stymo. M.scopolamin. Des Morgens war die Unruhe so groß, daß Pat. für die Vorbereitung zur Operation schon Eunarcon bekam. Die Operation ist gut verlaufen, glatter Wundverlauf, keine Fadeneiterung. Fäden heute gezogen.
> 25. Mai Pat. wurde heute nach Hause entlassen. Sie war still und zurückgezogen, wollte gern nach Hause, obgleich sie diesen Wunsch nicht von sich aus äußerte. Regte sich nur gelegentlich auf: 'Wenn ich keine Kinder mehr bekomme, ist für mich alles dahin, das war meine einzige Freude und Hoffnung.'[36]

Für eine Frau, die sich am propagierten Frauen- und Mutterideal der Zeit orientierte, bedeutete die Zwangssterilisation etwas anderes als für einen Mann, der vor allem an seiner außerhäuslichen Erwerbsarbeit gemessen wurde. Diese Feststellung soll jedoch keine Wertung oder gar Gewichtung des individuellen Unglücks, das der Eingriff für den einzelnen Menschen beinhaltete, implizieren. Dennoch läßt sich zeigen, daß die zwangssterilisierten Männer, soweit dies aus den Patientenakten überhaupt hervorgeht, deutlich gefaßter reagierten. In der Krankengeschichte des bereits vorgestellten Gustav S. findet sich lediglich der Eintrag: „Weitere Besserung; wird jetzt im Garten beschäftigt, über Entlassung und vorhergehende Sterilis. wird mit ihm und den Angehörigen gesprochen; S. findet sich in die Notwendigkeit und zeigt für die Sache Verständnis."

3.6. Die Reaktionen der lippischen Bevölkerung auf die Opfer der Zwangssterilisationen

Ein bemerkenswertes Dokument ist der Bericht des Lemgoer Kreisarztes Frenzel an die Landesregierung. Bereits im ersten Jahr der Durchführung des GzVeN konstatierte er negative Reaktionen der lippischen Bevölkerung gegenüber den sterilisierten Menschen und der Institution Psychiatrie:

> Es macht sich zunehmender Widerstand in der Bevölkerung bemerkbar gegen die Durchführung. Während anfänglich die Fragebogen bereitwillig ausgefüllt werden konnten, sind manche ängstlich geworden und erschweren die Auskünfte. Für Lindenhaus hat sich herumgesprochen, es käme niemand aus der Anstalt, der nicht ste-

rilisiert worden wäre. An der Tatsache, daß, wie mir mitgeteilt wurde, die Sterilisierten als Sorte 2. Klasse angesehen wurden, tragen diese wohl selbst Schuld, denn sie erzählten von den an ihnen vorgenommenen Eingriffen.[37]

Aus dieser Quelle geht hervor, daß die Zwangssterilisationen eine unpopuläre Maßnahme waren, die von breiten Bevölkerungskreisen abgelehnt wurden. Trotz der geringen gesellschaftlichen Akzeptanz der Sterilisationspolitik wurden die Opfer nach ihrer Entlassung aus der Heil- und Pflegeanstalt jedoch diskriminiert und ausgegrenzt. In zynischer Weise machte Frenzel die Betroffenen für die negativen Reaktionen ihres sozialen Umfelds verantwortlich, da diese von den Operationen berichtet hätten. Die Haltung des Kreisarztes ist kennzeichnend für die nationalsozialistische Sterilisationspolitik, die aus einer Mischung von Öffentlichkeit und Geheimhaltung bestand. Nachdem sich reichsweit wachsender Widerstand gegen das GzVeN bemerkbar machte, wies der Reichsjustizminister die Landesregierungen ausdrücklich darauf hin, daß die Sterilisationen keine Strafmaßnahmen seien, daß grundsätzlich auf polizeilichen Zwang verzichtet werden solle und eine Geheimhaltungspflicht bestehe. Der gesamte Schriftverkehr dürfe nur über Briefe und nicht über Postkarten abgewickelt werden. Auch die lippischen Anstaltspsychiater hatten ein Interesse an der größtmöglichen Geheimhaltung, da sie einen Imageverlust befürchteten. Weite Bevölkerungskreise sahen im Lindenhaus mehr denn je ein repressives Instrument staatlicher Gesundheitspolitik.

4. Fazit

Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß die ideologische Basis der Gesundheitspolitik im 'Dritten Reich' nichts genuin nationalsozialistisches war, sondern sich auf rassenhygienische Theorien stützte, die sich seit dem 19. Jahrhundert herausgebildet hatten. Auch die Forderung nach eugenischer Sterilisation sogenannter 'erbkranker' Bevölkerungsgruppen, zu denen die psychisch Kranken gerechnet wurden, lassen sich bereits im Kaiserreich finden. Trotz mehrerer Versuche konnte eine gesetzliche Regelung der eugenischen Sterilisation während der Weimarer Republik nicht durchgesetzt werden. Erst der Nationalsozialismus schuf die politischen Voraussetzungen, unter denen ein Sterilisationsgesetz verabschiedet werden konnte. Das GzVeN wurde von den lippischen Ärzten begrüßt und insbesondere in den ersten Jahren nach Inkrafttreten des Gesetzes verstärkt durchgeführt, obgleich sich schon bald Widerstand in der lippischen Bevölkerung gegen die Zwangssterilisationen bemerkbar machte. Die Zahl der im Lindenhaus von 1934 bis 1939 zwangssterilisierten Patienten ist mit 150 im Vergleich zu anderen Heil- und Pflegeanstalten relativ gering. Dieser Befund ist jedoch nicht auf eine mangelnde Sterilisationsbereitschaft der lippischen Psychiater, sondern auf den hohen Altersdurch-

schnitt und den großen Anteil chronisch kranker Patienten im Lindenhaus zurückzuführen. Der Sterilisationsdiagnostik lagen entgegen dem Selbstverständnis der Psychiater nicht medizinisch-naturwissenschaftliche, sondern soziale Kriterien zugrunde, die sich an dem Geschlecht und der Schichtzugehörigkeit der Patienten orientierte. Erschütternd sind die – wenn auch nur lückenhaft und aus der Sicht der Psychiater in den Patientenakten dokumentierten – Reaktionen der Opfer, auf die gegen ihren Willen an ihnen vorgenommenen Zwangssterilisationen. Einer wesentlichen Lebensperspektive beraubt, zeugen die Aussagen, insbesondere der Patientinnen, von Mut- und Hoffnungslosigkeit.

Anmerkungen

1. Die neuere Zeitgeschichtsschreibung hat die Bedeutung des modernen Rassismus, seine Funktion als Staatsideologie und seine Stellung in der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik herausgestellt, seit Mitte der achtziger Jahre sind eine große Anzahl von Monographien und Aufsätzen erschienen, hier eine Auswahl: G. Bock, Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986; C. Gansmüller, Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reichs. Planung, Durchführung und Durchsetzung, Köln 1987; S. Kühl, The Nazi Connection. Eugenics, American Racism, and German National Socialism, New York 1994; R. Proctor, Racial Hygiene. Medicine and the Nazis, Harvard 1988; H.-W. Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung 'lebensunwerten Lebens', 1890–1945, Göttingen 1992[2]; P. Weingart u.a., Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassehygiene in Deutschland, Frankfurt/Main 1988.
2. Diese Ausführungen stützen sich vor allem auf die Definition des moderen Rassismus, die H.-W. Schmuhl in einem Aufsatz ausführlich darlegt. H.-W. Schmuhl, Rassismus unter den Bedingungen charismatischer Herrschaft. Zum Übergang von der Verfolgung zur Vernichtung gesellschaftlicher Minderheiten im Dritten Reich, in: K.-D. Bracher u.a. (Hg.), Deutschland 1933–1945. Neue Studien zum NS-Herrschaftssystem, Düsseldorf 1992, S. 182-197, hier vor allem S. 186 f.
3. P. Weindling u. M. Thompson, Sterilisationspolitik in Großbritannien und Deutschland, in: F.-W. Kersting u.a. (Hg.), Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft im 20. Jahrhundert, Paderborn 1993, S. 137-149, hier S. 142.
4. P. Weindling, Die Verbreitung rassenhygienischen/eugenischen Gedankenguts in bürgerlichen und sozialistischen Kreisen der Weimarer Republik, in: Med Jour, 22, 1987, S. 352-368.
5. H.-W. Schmuhl, Rassenhygiene, S. 99-105; G. Bock, Zwangssterilisation, besonders S. 46-76.
6. „Dazu kommt noch, die nach dem bisherigen Stand unserer Gesetzgebung unvermeidbare Fortpflanzung des schlechten Erbguts dieser sich in relativer Freiheit bewegenden geistig Minderwertigen, die eine weitere Belastung unserer Irrenfürsorge in der nächsten Generation sicherstellt." E. Friedländer, Kann die Versorgung der Geisteskranken billiger gestaltet werden und wie?, in: PNW, 1932, Nr. 31, S. 373-381, hier S. 379.

7. Bereits im Juli 1932 übermittelte der Ausschuß für Bevölkerungswesen und Eugenik, dem auch führende Psychiater angehörten, dem preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt einen Sterilisationsgesetzentwurf, der jedoch nicht verabschiedet wurde. Die Gesetzesvorlage sah im Vergleich zu den später im 'Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses' festgelegten Bestimmungen einen relativ großen Personenkreis zur Sterilisation vor, behielt aber den Grundsatz der Freiwilligkeit bei. H.-W. Schmuhl, Rassenhygiene, S. 103.
8. G. Bock, Zwangssterilisation, S. 154 f.
9. Zitiert nach B. Richarz, Heilen, pflegen, töten: Zur Alltagsgeschichte einer Heil- und Pflegeanstalt bis zum Ende des Nationalsozialismus, Göttingen 1987, S. 114.
10. J. Simon, Die Erbgesundheitsgerichtsbarkeit im OLG-Bezirk Hamm. Rechtsprechung zwischen juristischen Vorgaben und ideologischen Anforderungen, in: Justizministerium NRW (Hg.), Justiz und Nationalsozialismus, Düsseldorf 1993, S. 131-167, hier S. 141 f.
11. StA DT, L 80 IC, XXIV, 3, Nr. 5, Bd. II, Entwurf zur Ausführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses vom 14.7.1933 und der Reichsausführungsverordnung vom 5.12.1933, sowie zur Ergänzung der Verordnung vom 23.12.1933 über das Erbgesundheitsgericht für das Land Lippe.
12. Wie Anm. 10.
13. StA DT, L 80 IC, XXIV, 4, Nr. 7, Zulassung von Anstalten zur Durchführung von Unfruchtbarmachungen 1933–1944.
14. StA DT, L 107 D, 5b, Nr. 72, Schreiben Theopolds an die lippische Landesregierung Ab. I. vom 16. Mai 1934.
15. StA DT, L 107 D, 2, Nr. 3., Schreiben Müllers an Augener vom 14. November 1933.
16. StA DT, L 80 IC, XXIV, 3, Nr. 5, Bd. I, Schreiben der lippischen Regierung an den Bertelsmann-Verlag vom 14. April 1934.
17. StA DT, L 80 IV, XXIV, 3, Nr. 5, Bd. I, Brief des Verlags Bertelsmann an die lippische Landesregierung vom 17. April 1934.
18. StA DT, L 80 IC, XXIV, 4, Nr. 7, Zulassung von Anstalten zur Durchführung von Unfruchtbarmachungen 1933–1944. Eine Einrichtung, in der die ab 1936 erlaubten Zwangssterilisationen an Frauen über 38 Jahre durch Radium- oder Röntgenbestrahlung durchgeführt werden konnten, gab es in Lippe nicht.
19. StA DT, L 80 IC, XXIV, 4, Nr. 7, Antrag Theopolds auf Ausdehnung des § 4 der Verordnung vom 23. Dezember 1933.
20. StA DT, L 80 IC, XXIV, 4, Nr. 7, Gutachten vom 3. Mai 1934 für die Anstalt Lindenhaus.
21. StA DT, D 23 C, Nr. 1980, Geschäftskalender für Termine in Erbgesundheitssachen.
22. StA DT, D 23 C, Nr. 1977, Gerade wenn es um Anstaltspatienten ging, hielt es der Vorsitzende des EG Detmold nicht für nötig, die Betroffenen zu vernehmen. In einem an das EG in Paderborn gerichteten Brief vom 11. Juli 1934 schreibt Amtsgerichtsrat Cordes: „Das Erbgesundheitsgericht Detmold hat es noch nie für erforderlich gehalten, [...] den schwachsinnigen Erbkranken selbst zu hören und hat sich stets lediglich auf das Gutachten des Anstaltsarztes gestützt."
23. Wie Anm. 22.
24. StA DT, L 80 IC, XXIV, 3, Nr. 5, Bd. 2. Bericht von Cordes an die Landesregierung.
25. G. Bock, Zwangssterilisation, S. 8, S. 11.
26. H.-L. Siemen, Menschen blieben auf der Strecke ... Psychiatrie zwischen Reform und Nationalsozialismus, Gütersloh 1987, S. 142.

27. Richtlinien für Amtsärzte, zitiert nach J. Vossen, Die Gesundheitsämter im Kreis Herford während der NS-Zeit, Teil 1. Die Durchsetzung der 'Erb- und Rassenpflege', in: Historisches Jahrbuch für den Kreis Herford, 1994, S. 89-118, hier S. 97.
28. Die Angaben über die Zahl und das Geschlecht der im Lindenhaus erfolgten Zwangssterilisationen gehen für das Jahr 1934 aus der Aufstellung des EG Detmold an das Reichsgesundheitsamt in Berlin zurück. StA DT, L 80 IC, XXIV, 3, Nr. 5, Bd. I. Für den Zeitraum von 1935 bis 1939 liegen die monatlichen Sterilisationsberichte der Anstalt Lindenhaus an das Gesundheitsamt des Kreises Lemgo vor. StA DT, D 102 Lemgo, Nr. 396, Sterilisationsberichte. Dem geschlechterspezifischen Anteil der Sterilitierten an der Gesamtpopulation liegen die zu Jahresdurchschnittswerten zusammengefaßten Daten der Anzahl der männlichen und weiblichen Patienten zugrunde. StA DT, L 80 IC, XXIII, 81, Nr. 126, Angaben zur Personal- und Krankenbewegung. Informationen über die Anzahl der vor dem lippischen EG verhandelten Lindenhaus-Patienten finden sich auch im Bestand StA DT, D 23 C, Nr. 1969, Namensverzeichnis für Erbgesundheitssachen.
29. G. Bock, Zwangssterilisation, S. 234-241, hier S. 234.
30. Ebd., S. 410.
31. Wie Anm. 22.
32. G. Bock, Zwangssterilisation, S. 247.
33. Ebd., S. 419.
34. StA DT, L 107 D, unverzeichnete Patientenakte Luise S..
35. StA DT, L 107 D, unverzeichnete Patientenakte Gustav S..
36. StA DT, L 107 D, unverzeichnete Patientenakte Wanda B.
37. StA DT, L 80 IC, XXIV, 5, Nr. 19, Bericht des Kreisarztes Frenzel über die Durchführung des GzVeN vom 1. Oktober 1934 an die lippische Landesregierung.

Cordula Marx

Die katholische Gemeinde in Detmold 1933–1945

I. Charakterisierung der Gemeinde

> Detmold ist eine typische Diasporagemeinde mit 34 Ortschaften, zahlreichen gemischten Ehen, stark fluktuierender Bevölkerung, vielen Jugendlichen, besonders Mädchen, in nicht katholischen Häusern. Detmold ist zudem eine Garnisonsstadt mit ihren Licht- und Schattenseiten. Wie Sie sehen, ein gerade nicht leichtes, aber dankbares Arbeitsfeld.

Mit diesen Worten charakterisiert 1937 Pfarrer Alke, der die katholische Gemeinde in Detmold von 1924 bis 1947 leitet, einem Kollegen sein Aufgabengebiet.[1] Die Struktur der Gemeinde ist dadurch geprägt, daß es sich bei den Katholiken um eine Minderheit handelt. Laut Missionsbericht von 1935 gibt es 1528 Katholiken und 15.637 Nichtkatholiken in Detmold. Noch unausgeglichener ist das Verhältnis in den Außenbezirken: Dort werden 300 Katholiken, jedoch 22500 Nichtkatholiken gezählt. Diese leben auf 34 Ortschaften verstreut, vereinzelt in den ländlichen Bezirken. Hinzu kommen noch etwa 100 Katholiken aus einem Arbeitsdienstlager, 15 Saisonarbeiter, Landhelfer und 1.000 Kurgäste.[2] Die Kurgäste prägen den Teil der katholischen Gemeinde in Horn-Bad Meinberg, der jeweils vom Vikar betreut wird. In Detmold wächst die Militärgemeinde an, deren Zahl Pfarrer Alke im November 1936 mit 1.673 Personen angibt, 793 davon seien Angehörige des Heeres, 880 der Luftwaffe.[3]

Im Detmolder Stadtbild tritt die Gemeinde mit der Kirche St. Bonifatius und dem Pfarrhaus, beide am Wallgraben gelegen, dem St. Elisabethstift in der Luisenstraße und der katholischen Schule in der Wiesenstraße hervor. Den Bauplatz am Schubertplatz, wo sich die heutige Kirche befindet, erwarb die Gemeinde bereits 1917. Die personelle Situation der Gemeinde ist durch zwei konträre Bedingungen bestimmt. Zum einen durch die lange Kontinuität mit Pfarrer Alke, der die Gemeinde während der gesamten Zeit der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung und Herrschaft von 1924 bis 1947 leitet. Er verstirbt plötzlich im Dezember 1947, ohne noch entscheidende Akzente für den Neuanfang nach dem Kriegsende setzen zu können.[4] Daneben steht eine starke Fluktuation der Vikare, was in einer Diasporagemeinde nicht verwundert, da sie schwierigere Bedingungen bietet als eine Pfarrei in katholisch dominiertem

Umfeld.[5] Für die meisten unter ihnen ist es die erste Stelle nach der Priesterweihe. Bedonders starke Wirkung und eigene Impulse scheinen nach Quellen und Zeitzeugenaussage von Vikar Alois Grawe ausgegegangen zu sein, der Anstöße im Bereich der Jugendarbeit gab.[6] Vikar Huckschlag machte sich besonders um die Kolpingfamilie und den Chor verdient, allerdings vor der Bedrängung der Verbände durch die Nationalsozialisten.[7] Die Überlieferung über das Vereins- und Verbandswesen ist lückenhaft und spärlich. Die Gemeinde besaß einen recht aktiven Mütterverein. Eine Mitgliedsliste des 1905 gegründeten Vereins führt 1928 211 Mitglieder. An den Versammlungen und Ausflügen nehmen 1933 zwischen 18 und 38 Mitglieder teil. Die Überlieferung zum Mütterverein endet im Jahr 1938. Den letzten Tätigkeitsbericht unterzeichnet Katharina Stroop, Mutter von Joseph bzw. Jürgen Stroop, die ein aktives Mitglied der Gemeinde und wiederholt Vorsitzende des Vereins ist. Noch weniger Quellen existieren zur Jungfrauenkongregation, die 1929 52 Mitglieder hat, 32 davon über 20 Jahre und 20 unter 20 Jahre. Es bestehen eine gesonderte Theatergruppe und Paramentenabteilung. Hintergrund dieser Gründung ist die Gefahr der gemischten Ehe, vor der die weibliche Jugend der Diaspora geschützt bzw. gewappnet werden soll.[8] Zum Männerverein sowie dem Bund 'Neudeutschland' finden sich für die Jahre 1933–1945 nur fragmentarische Erwähnungen. Die Neudeutschen besitzen ein Heim im Norden Detmolds, 50 Personen des Männervereins machen im Juni 1935 einen Ausflug nach Bad Pyrmont.[9] Der Kolpingverein besitzt eigene Protokollbücher. Nach zähen Anfängen und mehreren Neubelebungen tritt er 1930 zur Feier seines 50. Jubiläums mit einem Festgottesdienst im Palaisgarten und Festzug zum Hermannsdenkmal, an dem 3.000 Gesellen und Meister teilnehmen und Altreichskanzler Marx die Festrede hält, „in gänzlich akatholischer Umgebung in dieser Weise zum ersten Mal an die Öffentlichkeit", um den Kolpingsgedanken und die „katholische Sache überhaupt" publik zu machen.[10]

1929 wird in Detmold auf Anregung und mit Kostenunterstützung eines Wohltäters das „Essener Kirchenblatt" eingeführt, das eine gesonderte erste Seite für Detmold hat und dessen Auflage von März bis Dezember 1929 schon von 270 auf 350 gestiegen ist.[11] Damit soll der Tatsache abgeholfen werden, daß die meisten Katholiken nur eine nichtkatholische Zeitung halten.

Seit 1922 hat das Zentrum einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung. 1932 wird August Gunst, Lehrer an der katholischen Schule, als Stadtverordneter des Zentrums gewählt. Außer ihm war unter anderem auch Frau Stroop aufgestellt. Bei den Gemeindewahlen verzeichnet das Zentrum eine kontinuierliche Steigerung von 313 auf 426 Stimmen. Das politische Gewicht bleibt gering. Ende 1932 wird Gunst strafversetzt. Bei der Umbildung der Gemeindevertretung der Stadt Detmold am 25.4.1933 wird kein Zentrumsvertreter mehr erwähnt.[12]

Die Stellung des Dekanats Lippe im Bistum ist durch den Gegensatz Diaspora – Hochburg des Katholizismus in und um Paderborn bestimmt. Hinzu kommen die relativ jungen Wurzeln seit dem Edikt vom 9. März 1854 und die ständigen finanziellen Schwierigkeiten einer Diasporagemeinde.

II. Reaktionen auf Nationalsozialismus und NS-Staat Angriffe auf einzelne Katholiken und katholische Verbände

Die Quellenlage zum Thema ist ungünstig und erlaubt oft keine befriedigenden Antworten. Die Überlieferung ist punktuell, konzentriert sich auf amtlichen Schriftwechsel. Gerade das Denken des Einzelnen und seine Haltung zum Nationalsozialismus bleiben in einer Zeit der politischen Verfolgung und des ideologischen Totalitätsanspruchs unausgesprochen. Konflikte mit den Nationalsozialisten werden nur in der Formel 'der Grund dürfte in den Zeitverhältnissen liegen' angedeutet.[13] Ausdrücklich wie im Fall der Mitgliederverzeichnisse der kirchlichen Vereine oder aus unausgesprochener Vorsicht ist der Briefwechsel zwischen Pfarrer und Generalvikariat auf Tatsachen beschränkt und in Wertungen sehr zurückhaltend.[14] Für Beurteilungen der Nationalsozialisten, ihres Herrschaftsapparates und ihrer Kirchenpolitik ist man oft auf Einzelvorgänge angewiesen, die zum Teil als symptomatisch gelten können. Es besteht aber auch die Gefahr einer überbewertenden Generalisierung.

Reaktionen auf den Aufstieg des Nationalsozialismus sind nicht erkennbar. 1933 zieht Pfarrer Alke mit Genehmigung des Generalvikariats als Spitzenkandidat für die Katholische Volksvertretung in die lippischen Landtagswahlen, die von den Nationalsozialisten als Testwahl für das Reich ausgesucht wurde.[15] Der Propagandaaufwand der Nationalsozialisten wird in der Pfarrchronik mißbilligend erwähnt, sonst ist keine Auseinandersetzung mit dem Wahlgegner belegt. Der Wahlkampf Pfarrer Alkes steht allein unter dem Motto der katholischen Privatschulen und deren finanzieller Gleichstellung mit den staatlichen Volksschulen.[16] Eine weiter gefaßte gesellschaftliche Verantwortung wird nicht übernommen, sondern man beschränkt sich auf die Vertretung katholischer Interessen.[17] Die Partei erhält 2.556 Stimmen, den Großteil in Köterberg und Niese, und ist nicht im Landtag vertreten.[18] Die Stimmenzahl bleibt konstant: Von den bekenntnistreuen Wählern der Katholischen Volksvertretung bzw. des Zentrums ist keine große Abwanderung zu den Nationalsozialisten zu erwarten.[19] Trotz des Fehlens des unmittelbaren Erfolges ist für Alke, 'der Kampf nicht unnütz geführt worden und, was ebenso wichtig ist, die lippische Regierung und die Parteien wissen, was wir wollen.' Der amtierende Oberschulrat habe ein Gespräch mit Paderborn über die Schulverhältnisse angekündigt. Bevor es dazu kommt, sind die Oberschulbehörden und Schulaufsichtsbeamten aus dem Dienst entlassen und im Sinne der 'nationalen Erhebung' erneuert.[20]

In der Gemeinde scheint eine intensive Auseinandersetzung mit den politischen Ereignissen im Anschluß an die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler stattgefunden zu haben. Die Unsicherheit und die Beschäftigung mit den politischen Veränderungen spiegeln sich jedoch nur im Jahresbericht des Müttervereins wider. Im Jahr 1933 finden zehn Versammlungen des Müttervereins statt, bei denen Pfarrer Alke jeweils ein Referat zu zeitpolitischen Fragen hält.[21] Die Themen sind sehr allgemein gefaßt. Die Referate informieren über die politischen Ereignisse und stehen für den Versuch, Orientierungshilfen zu geben. Ab Mitte des Jahres geht es konkret um die Positionsbestimmung der katholischen und karitativen Vereine im NS-Staat und die Stellung der Kirche nach dem Konkordat. Aber auch der Kern der nationalsozialistischen Ideologie, der Rassismus, wird ins Zentrum gerückt. Wie die Entwicklung im Reich und auf lokaler Ebene von den Frauen und dem Pfarrer bewertet werden, bleibt leider offen.

Der Kolpingverein lehnt zwar die Teilnahme an der deutschen Messe ab, die 1933 in Detmold abgehalten wird. Dahinter steht aber nicht die Weigerung der Teilnahme an einem Zug zur Selbstdarstellung und Legitimierung des Regimes, sondern ausdrücklich die Ablehnung der kommerziellen Werbung.[22] Auf der nächsten Versammlung erhält ein Kolpingbruder das Wort, der sich aus Zweckoptimismus oder Überzeugung der Illusion hingibt, die Ziele Kolpings und des nationalsozialistischen Staates seien zu vereinbaren: Treue zur Kolpingfamilie und das Mitwirken am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes werden von ihm gefordert. Der Präses informiert anschließend über die neuen Bestimmungen der Reichsführung, über den Aufbau und die Organisation des Gesellenvereins.[23] Ein Jahr später hat der Detmolder Kolpingverein dem Gleichschaltungsdruck der Parteigliederungen weitere Konzessionen gemacht. Die Teilnahme an den Versammlungen wird spärlich: Der 'Dienst in anderen Wehrformationen' geht vor. Der Vorstand ist laut Bestimmung der Reichsführung nach dem Führerprinzip umgebildet. Allerdings wird diese Anordnung nur formell umgesetzt: Alle aktiven Vorstandsmitglieder werden in ihrem Amt bestätigt. Der Verein hat 1934 an allen Aufmärschen teilgenommen, mit denen die Volksgemeinschaft und ihre Zustimmung zur NS-Politik in Szene gesetzt wird.[24] Der Mitgliederstand sinkt kontinuierlich. Sind im Oktober 1933 28 Jung- und 48 Altkolpingmitglieder angemeldet, so spricht der Bericht über das Vereinsjahr 1934/35 von einer Mitgliederzahl, die sich ungefähr auf gleicher Höhe bewege und gibt sie mit 39 an. 1935/36 sind es noch 32 Mitglieder. Im letzten überlieferten Jahresbericht heißt es: „Leider ist unser Kreis recht klein geworden."[25] Auch der Kirchenchor stellt im Herbst 1934 seine Tätigkeit ein. Hier wirken sich einerseits die Verhältnisse innerhalb der Gemeinde aus: die Versetzung von Vikar Huckschlag. Aber laut Einschätzung von Pfarrer Alke überwiegt der Einfluß der „ungünstigen Zeitverhältnisse".[26]

Auch die Jugendorganisation 'Neudeutschland' sieht sich Pressionen seitens der Nationalsozialisten ausgesetzt. „Am Sonntag vor Pfingsten 1934 'stürmten' Mitglieder des Jungvolks das von den Neudeutschen zum Heim eingerichtete Gartenhaus in Sunders Garten. Die Fensterscheiben wurden mit Steinen eingeworfen, die Schränke aufgebrochen, Bilder von den Schränken gerissen und zertrümmert." Von einer Anzeige bei der Kriminalpolizei wurde Abstand genommen, weil die Gefahr bestand, daß Neudeutschland wegen 'Störung des Friedens' aufgelöst würde. In realistischer Tatsacheneinschätzung erkennen Pfarrer und katholische Jugend hier klar die Taktik der Nationalsozialisten, durch Übergriffe die Verbände zur Aufgabe zu zwingen.[27]

Die Gleichschaltungsmaßnahmen richten sich nicht nur gegen die Verbände, sondern auch gegen einzelne Katholiken.

Aktenkundig wird der Fall des Sparkassendirektors Bernhard Winkler. Schon in der von den Nationalsozialisten vor der Machtergreifung angelegten schwarzen Liste über die Mitglieder der Stadtverwaltung wird er als Zentrumsmann bezeichnet.[28] Am 8.4.1933 wird er für die Dauer der gegen ihn eingeleiteten Untersuchungen beurlaubt. Das 'Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' gibt die Handhabe zu seiner Versetzung ins Städtische Gaswerk. Laut Aussage Winklers ist seine Zugehörigkeit zur katholischen Kirche ein besonderer Grund, gegen ihn zu hetzen. Die Nationalsozialisten hätten ihm vorgeworfen, Katholiken und Juden bei der Bewilligung von Geldern bevorzugt zu haben.[29]

Nach Auffassung der Nationalsozialisten ist die Reinigung der Beamtenschaft nur unvollständig. Kreisleitung und Kreispropagandaleiter Lückhoff fürchten bis in den Krieg hinein den Einfluß der „in leitenden Staats- und Verwaltungsstellen eingesetzten Katholen". Nach Ansicht Lückhoffs „ist es selbstverständlich, dass diese Volksgenossen katholischen Glaubens eine Zelle für die katholische Aktion bilden und immer wieder muss man feststellen, dass gerade katholische Volksgenossen durch diese Männer in manchen Dingen begünstigt werden."[30] Auch dem Arbeitsamt wird eine Begünstigung der Katholiken vorgeworfen, das Katholiken trotz Arbeitspflichtgesetz nicht einsetzt. Hintergrund dieser Vorwürfe ist der Zuständigkeitskonflikt zwischen dem nationalsozialistischen Kreisleiter Wedderwille, der Material gegen den Arbeitsamtsleiter sammelt, der als katholischer Rheinländer im protestantischen Lippe durch seine konfessionelle Gebundenheit Angriffsfläche bietet.[31]

Die Kirchenfeindlichkeit der Nationalsozialisten, aber auch eine diffuse Furcht vor dem weltanschaulichen Konkurrenten und seiner „versteckten, unterirdischen Wühlarbeit"[32] äußert sich auch in der sorgfältigen Beobachtung der eigenen Reihen. Im Februar 1934 steht in einem nachrichtendienstlichen Bericht an Staatsminister Riecke: „In die Detmolder SS haben sich ein grosser Teil alter Zentrumsangehöriger eingeschlichen."[33]

Es stellt sich die Frage, inwieweit die Nationalsozialisten in diesen Fällen ihrer eigenen Feindbild-Optik erliegen. Diesen Einschätzungen liegen stärker die typisch nationalsozialistischen Fehlperzeptionen zugrunde, die den Gruppenzusammenhalt des katholischen Milieus als politische Absage an die 'Volksgemeinschaft' interpretieren als die regionalen Machtverhältnisse. Der Katholik wird per se als ideologischer Gegner angesehen bzw. wird die Zugehörigkeit zur katholischen Kirche als zusätzliches oder entscheidendes Argument zum Ausschluß aus öffentlichen oder Parteiämtern genutzt.[34]

Die Ereignisse um den sogenannten Röhmputsch am 30. Juni 1934 nutzt die Detmolder SS zur Entlassung zweier Katholiken 'wegen Untauglichkeit', weil sie am 1. Juli die Sonntagsmesse besuchten. Bei dem einen handelt es sich um den Sohn einer Detmolder Katholikin, die 1929 für die Zentrumspartei kandidiert hat. Der Vater, Reichsbankkassierer, ist im März 1931 in die kirchliche Gemeindevertretung gewählt.[35] Pfarrer Alke interveniert für seine Gemeindemitglieder beim Generalvikariat und bittet um Unterstützung.[36] Dort bringt man in Verkennung der Inszenierung des Putschversuches Verständnis für die Entscheidung der SS auf, da die jungen Leute den Ernst der Lage eventuell nicht erkannt hätten.[37] Die örtlichen Instanzen verweigern jegliche Verhandlungen auf Wiederaufnahme. Ebenso abschlägig wird eine Eingabe an die Reichsparteileitung, Abteilung für kulturellen Frieden, beschieden, die das Generalvikariat doch noch unternimmt.[38]

Dieser Vorgang spiegelt mehrere charakteristische Haltungen wider. Pfarrer Alke ist immer bereit, den Protest gegen in seinen Augen kirchenfeindliches, aber auch allgemein diffamierendes Unrecht zu wagen. Sein persönlicher Mut scheint ihn aber auch nie in Gefahr von Inhaftierung oder anderer Benachteiligung gebracht zu haben, die viele andere Weltgeistliche des Erzbistums Paderborn trafen.[39] Für ihn steht das Vertrauen der Gemeindemitglieder auf die Unterstützung der Kirche im Vordergrund. Der grundsätzlichen Unvereinbarkeit von Bekenntnistreue und Zugehörigkeit zur SS, die durch die Entmachtung der SA während der Juniereignisse mehr und mehr zur ideologischen Vorhut Hitlers wird, schenkt er keine Beachtung. Die Reaktionen des Generalvikariats entsprechen der Eingabenpolitik, an der der deutsche Episkopat unter Kardinal Bertram auf der Basis des Konkordats festhält, ohne zu einem neuen Abwehrkonzept zu finden.[40] In Paderborn macht man sich jedoch kaum Illusionen über die Erfolgsaussichten.

Nach dem Scheitern dieser Intervention wählt Pfarrer Alke im Fall einer Denunziation eines Katholiken durch einen SA-Führer einen anderen Weg. Er scheut sich nicht, alte Beziehungen zu einem ihm bekannten Pfarrer, der Mitglied der NSDAP und in der Partei zu Ehren gekommen ist, zu nutzen, um eine Revision des Urteils – sofortige Entlassung aus dem Staatsdienst – zu erreichen. Dieser fühlt sich sichtlich geschmeichelt durch die wohl opportunistischen Glückwünsche seines Amtsbruders zu der hohen Ehrung, die ihm durch

Ministerpräsident Göring zuteil geworden sei, macht aber keinen Versuch, seine persönlichen Beziehungen zu nutzen. Er erlaubt Alke lediglich, bei einem Besuch bei seinem Freund, dem Gauleiter und Reichsstatthalter für Lippe Dr. Meyer, sich auf ihn zu beziehen. Das Urteil selbst steht für ihn nicht in Frage.[41]

Pfarrer Alke ist während der Zeit des Nationalsozialismus wiederholt selbst Opfer von Verunglimpfungen und körperlichen Angriffen. Auf dem Höhepunkt des Kirchenkampfes 1936 macht sich die kirchenfeindliche Atmosphäre auch in Detmold bemerkbar. Der Bürgersteig vor dem Kindergarten ist mit nationalsozialistischen Parolen wie 'Nieder mit dem politischen Katholizismus', 'die Pfaffen sind unser Unglück' beschmiert, der Pfarrer wird nachts ans Telefon gerufen. Unter seinem Fenster werden unflätige Lieder gesungen. Ein Betrunkener bricht ins Pfarrhaus ein.[42] Im selben Jahr kommt es auch zu einem Zusammenstoß mit drei Polizeibeamten in Paderborn, die Pfarrer Alke belästigen. Dieses eine Mal ist der Protest Alkes erfolgreich. Er wendet sich nämlich in seiner Eigenschaft als Standortpfarrer an den Standortältesten in Detmold. Der Fall geht bis zum Generalkommando in Münster, das eine Bestrafung der Polizeibeamten durchsetzt.[43] 1937 ist die Wehrmacht noch ein einflußreicher Verbündeter gegen die nationalsozialistischen Ansprüche, wie sich auch in bezug auf die Kirchbaupläne zeigen wird.

Ein weiterer Überfall auf Pfarrer Alke findet 1938 statt, als sich dieser auf dem Weg zu einem Sterbenden ins Landeskrankenhaus befindet. Er wird beschimpft und zusammengeschlagen. Der Täter wird gefaßt und verurteilt. In Anerkennung der Tatsache, daß sich der Täter als 'gottgläubig' bezeichnet und Reue zeigt, wird das Urteil abgemildert. Der katholische Pfarrer erhält vor Gericht Recht, aber die Treue zur nationalsozialialistischen Weltanschauung, die sich hinter der Bezeichnung 'gottgläubig' verbirgt, beeinflußt die Rechtssprechung.[44]

Die Detmolder Katholiken und ihr Pfarrer haben unter der Kirchenfeindlichkeit der Nationalsozialisten und ihrer Kirchenpolitik zu leiden. Aber die ideologische Gegnerschaft nimmt auch Anteile von Dumme-Jungenstreichen und traditionellen Ressentiments und Vorurteilen gegenüber Minderheiten in sich auf, ohne daß diese im einzelnen nachzuweisen wären.[45]

Die Gleichschaltung trifft Einzelne, aber nicht stärker als andere politische oder Berufsgruppen.[46] Von den Jugendverbänden ist außer dem Überfall nicht bekannt, welche Auswirkungen beispielsweise das Verbot der gleichzeitigen Mitgliedschaft in nationalsozialistischen und konfessionellen Jugendverbänden oder die anderen gegen die katholischen Jugendverbände getroffenen Maßnahmen hatten.[47] Die Aktivitäten des Kolpingvereins leiden unter der Konkurrenz der Parteiorganisationen mehr als durch die Anordnungen zur inneren Anpassung.

III. Auseinandersetzung mit staatlichen und ideologischen Ansprüchen – Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens

1. Religionsunterricht und Katholische Schule

Im Juli 1935 verkündet Reichsinnenminister Frick ein Programm zur 'Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens'. Gleichzeitig läuft der Gesetzgebungs- und Verordnungsapparat der NS-Regierung an, um das Reichskonkordat nun auch im Bereich des Schulwesens zu unterlaufen. Die Kontrolle über die hauptamtlichen Lehrkräfte und die Religionsunterricht erteilenden Geistlichen wird verschärft. Am 7.10.1935 wird ein neues Zulassungsverfahren für Geistliche eingeführt, die Religionsunterricht erteilen wollen.[48] Auf Aufforderung stellt Pfarrer Alke im Juli 1937 den ersten Antrag, der ohne Probleme jährlich verlängert wird. Allein 1938 lehnt es der Oberschulrat zunächst ab, neben Pfarrer Alke auch Vikar Herr einen Unterrichtserlaubnisschein auszustellen. Dieser Widerstand scheint revidiert worden zu sein, denn im November 1937 erteilt Herr Religionsunterricht am Gymnasium, an der Deutschen Oberschule und der Aufbauschule, Alke am Lyzeum.[49] Im Juli 1936 startet Kreisrektor Grote einen ersten Angriff auf die Rechte der katholischen Privatschule. Ansatzpunkt sind Stundenplan und Zahl der Religionsstunden. Der Religionsunterricht soll gekürzt, der Sportunterricht dementsprechend erweitert werden. An die Pflicht des Deutschen Grußes wird erinnert.[50] Alke und das Generalvikariat protestieren und ziehen sich auf die Rechtsgrundlage des Reichskonkordats zurück. Die Schulabteilung und Landesregierung begrenzen das Aufsichtsrecht der Kirche auf den Lehrstoff, behalten sich jedoch die Aufsicht über die Gewichtung der Fächer vor: Das heißt, die 'vom heutigen Staat bevorzugten Fächer' – Turnen, Erdkunde und Naturgeschichte, insbesondere Rassenkunde – dürfen auch an der katholischen Schule nicht zu kurz kommen, bei aller Rücksichtsnahme auf den Charakter der Schule. Die Schreiben der Schulabteilung werden von massiven Drohungen begleitet: Die Einsparung der gewährten vierten Lehrerstelle und die Streichung der staatlichen Zuschüsse wird in Aussicht gestellt. Schließlich wird das Recht der Pfarrgeistlichkeit, an Schulen den Religionsunterricht zu erteilen, in Frage gestellt. Das Generalvikariat besteht auf den vier Religionsstunden zusätzlich des Besuchs der Schulmesse, die zur Bewältigung des Lehrstoffs notwendig seien. Nach einem zweiten Schreiben gibt das Generalvikariat den Widerstand auf, „da wir für unsere Haltung doch kein Verständnis finden werden, unseren Standpunkt aber genügend gewahrt zu haben glauben."[51] Die weitere Klärung wird in das 'kluge Ermessen' Alkes gestellt, gleichzeitig aber angeregt, die fortfallende Religionsstunde durch außerschulplanmäßigen Unterricht zu ersetzen. Aus heutiger Sicht erscheint das Festhalten an vier Religionsstunden angesichts der Gefährdung der Bekenntnisschule als nicht gerechtfertigt. Vermutlich beginnt in den

Augen der Geistlichkeit die Verteidigung der Bekenntnisschule aber schon in diesem Punkt. Andererseits muß man sich vor Augen führen, daß das Generalvikariat, unter Druck gesetzt, relativ schnell vor den Ansprüchen des weltanschaulichen Gegners kapituliert und den Konflikt auf die lokale Ebene zurückverweist.

Im März/April 1937 schafft der lippische Landtag mit dem Volksschulfinanzierungsgesetz und dem Volksschulverwaltungsgesetz die Grundlage für die Auflösung der Bekenntnisschulen. Den Schulgemeinden wird das Besteuerungsrecht und damit die Existenzgrundlage entzogen. In einer Besprechung schlägt Oberschulrat Wollenhaupt Pfarrer Alke angesichts der materiellen Probleme die Übernahme der katholischen Schule durch den Staat vor. Die lippische Regierung erwartet eine Initiative Paderborns, die von Alke befürwortet wird, auch wenn „unsere Wünsche sicherlich nicht alle erfüllt werden."[52] Paderborn lehnt direkte Verhandlungen ab und beauftragt damit die widerstrebenden Pfarrer Alke und Dechant Liefländer. Diese sind überrascht vom entgegenkommenden Ton der Verhandlungen. Aber schon die schriftliche Wiedergabe des Resultats ist desillusionierend und mahnt zu größter Vorsicht. Vor allem fehle, wie bei der Lippischen Regierung moniert wird, die Garantie für die Beibehaltung des Charakters der bisherigen katholischen Schulen![53] Ein Gegenentwurf des Generalvikariats wird abgelehnt und mit der Ankündigung der Sperrung der staatlichen Zuschüsse beantwortet. Durch die sich hinziehenden Verhandlungen nehmen die finanziellen Schwierigkeiten und die Mißstimmung an der katholischen Schule zu. Sie muß um staatliche Zuschüsse betteln, die immer wieder verweigert werden bzw. beim Schutzengelverein monatlich die Zahlung der Gehälter erbitten. Die Regierung nutzt eine Beschwerde aus, um auch die qualitativen Leistungen der Schule in Zweifel zu ziehen.[54] Erst die Intervention des Reichsstatthalters bringt die Verhandlungen wieder in Gang.[55] Nun entsendet Paderborn Weihbischof Baumann und Domkapitular Pieper als Vertreter. Ergebnis ist eine vom Generalvikariat begrüßte Angleichung an die preußischen Regelungen, die in der Ausführungsverordnung den katholischen Charakter auch nach der Überführung in öffentliche Schulen garantieren soll. Aber genau diese Verordnung wird von Reichserziehungsminister Frank abgelehnt. Der Kirche wird vorgegaukelt, sie sei nur bis zu einer allgemeinen Regelung auf Reichsebene zurückgestellt. Im Mai wird in einer abschließenden Besprechung vereinbart, daß die Stadt Detmold das Schulgebäude an der Wiesenstraße übernimmt und für das erste und zweite Schuljahr, das im Elisabethstift untergebracht ist, ein Klassenzimmer einbaut. Die Lehrkräfte werden übernommen. Die Frage der Gastschulkinder wird später geregelt. Das Ergebnis wird vom Generalvikariat gebilligt.[56]

Pfarrer Alke glaubt, daß die Erzbischöfliche Behörde, die Pfarrer und Lehrer „alles getan hätten, was in dieser schwierigen Angelegenheit getan werden konnte, um die katholische Schule zu erhalten. Wie sich das Schulwesen in

Zukunft gestalten wird, ist z.Z. nicht zu übersehen."[57] Jahrzehntelang wünschten die Katholiken in Lippe eine Verstaatlichung der katholischen Privatschulen. Die permanenten finanziellen Probleme und der schon oft vorgetragene Antrag lassen die kirchlichen Behörden vermutlich rascher einlenken. Resignation mischt sich mit der Hoffnung auf Wahrung des konfessionellen Charakters, die 1938 nach den Erfahrungen in den übrigen Ländern, wie Hessen, Bayern und dem Rheinland, haltlos ist.[58] Da die Verwaltung die 'verständnisvolle Verhandlungsführung' Alkes und Liefländers hervorhebt, stellt sich die Frage, ob diese die katholischen Außenpositionen nicht energischer behaupten konnten, statt schnell einzulenken und sich zu bescheiden. Dazu wäre jeweils ein stärkerer Rückhalt aus Paderborn nötig gewesen. Aber der Übergang in Detmold vollzieht sich glatt, und dieses Beispiel soll nach Ansicht der Verwaltung die Befürchtungen Falkenhagens zerstreuen.[59]

Schon im Oktober des Jahres wird die vierte Lehrerstelle an der katholischen Schule nach dem Ausscheiden eines Lehrers, der zum Heeresdienst einberufen wird, nicht neubesetzt. Stattdessen werden die unteren Jahrgänge auf die städtischen Schulen aufgeteilt. Der 'energische Protest' des Generalvikariats ändert nichts an den vollendeten Tatsachen. In zynischer Weise begründet die Schulverwaltung den Schritt mit den katastrophalen Raumverhältnissen, denen sie laut Vereinbarung durch den Umbau der Lehrerwohnung Abhilfe schaffen sollte. Alke erhebt in Abstimmung mit dem Dechanten keinen Einspruch, um nicht auch noch die Unterrichtserlaubnis für die höheren Schulen zu verlieren. Protest würden auch die nicht zustimmenden Eltern aus „bestimmten Gründen" nicht erheben.[60]

Zu Ostern 1939 wird der Aushöhlungsprozeß mit der offiziellen Einführung der Gemeinschaftsschule abgeschlossen. Ein Lehrer der katholischen Schule legt nun sogar den Religionsunterricht nieder. Öffentlichen Protest und von den Nationalsozialisten registrierte Mißstimmung wegen der Einführung der 'Deutschen Schule' gibt es in Lippe nur in Orten mit mehrheitlich katholischer Bevölkerung wie Niese, Köterberg und Falkenhagen.[61] Dort, wo die Position der Katholiken traditionell stärker ist, ist der Solidarisierungseffekt und der Protest gegen den Druck des NS-Staates größer. In Detmold findet die Geistlichkeit keine öffentliche Unterstützung durch das Kirchenvolk.

Schon 1939 wird der Religionsunterricht beschnitten und in den außerschulischen Bereich abgedrängt. Er wird bei den oberen Jahrgängen durch Seelsorgestunden ersetzt. Hinzu kommt eine halbe Stunde Religionsunterricht, den zwei Lehrkräfte freiwillig vor Unterrichtsbeginn erteilen. In der Volksschule fällt der Unterricht völlig aus. Der Krieg dient als Deckmantel, um weitere Schikanen gegen den Religionsunterricht zu rechtfertigen. 1940 darf Religionsunterricht unter der Prämisse erteilt werden, daß er den übrigen Unterricht nicht beeinträchtigt, d.h. nicht am Vormittag und nur an HJ-freien Nachmittagen. Der Erfolg der Lehrkräfte ist sehr bescheiden. Die Mehrzahl der Kinder

findet sich nicht ein. Ein Protest des Generalvikariats gegen die Kürzungen, insbesondere wenn Lehrkräfte zur Verfügung stehen, scheint ohne Resonanz zu bleiben. Im Sommer 1940 wird daher der Religionsunterricht endgültig in den kirchlichen Bereich verlegt. Nur an der Oberschule für Mädchen wird er weiter erteilt.[62] Auch gegen die Beschneidung der kirchlichen Feiertage regt sich kein aktiver Widerstand der Detmolder Gemeindemitglieder im Gegensatz zu Niese und Köterberg, wo die katholischen Schulkinder auf Anweisung ihrer Eltern die Schule versäumen und den Gottesdienst besuchen. An allen anderen Orten hat der Gottesdienst außerhalb der Schulzeit stattgefunden, wie mit Dechant Liefländer vereinbart. 1939 findet auch erstmals die Fronleichnamsprozession am Sonntag statt.[63]

2. Die geplante Kirche am Schubertplatz

Mit ihren Kirchbauplänen tritt die Kirche in Konkurrenz zur legitimierenden Selbstüberhöhung des Regimes in der Form der geplanten Großbauten am Hiddeser Berg. Der Bauplatz am Schubertplatz ist in den von Hitler 1938 genehmigten Bauplänen als Ausgangspunkt der 'Siegesallee' vorgesehen.[64] Der Kirchbau wird trotz Erweiterung der Kirche 1925 durch das Anwachsen der Detmolder Garnison notwendig. Die Verhandlungen ziehen sich von Anfang 1936 bis zur endgültigen Zurückstellung des Bauantrages am 17.1.1940 hin. Die Stadt Detmold versucht mit der vorgeschobenen Begründung, der Schubertplatz solle als Grünanlage erhalten bleiben, die katholische Gemeinde zum Ausweichen auf andere Bauplätze zu veranlassen.

Während andere Pfarrer Alke daraufhinweisen, daß die erste Schlacht auf lokaler Ebene auszutragen sei, verweist dieser die Entscheidung auf die Staatsebene. Alke glaubt, die Zustimmung der Stadt sei 1937, auf dem Höhepunkt der Kampagne zur Entkonfessionalisierung des öffentlichen Lebens mit der Kirchenaustrittskampagne, den Devisen- und Sittlichkeitsprozessen, abhängig von der weiteren Entwicklung des Verhältnisses von Kirche und Staat. Auch die Stadt wolle die weitere Entwicklung abwarten.[65] Aber die Rücksprache des Standortältesten mit dem Bürgermeister der Stadt Detmold und dem Landrat des Kreises bewirken, daß die Stadtverwaltung scheinbar einlenkt. Es werden keine Bedenken mehr gegen den Neubau auf dem Schubertplatz erhoben. Es wird allerdings bedauert, daß der weiblichen Jugend die Möglichkeit zur Leibeserziehung genommen wird.[66] Während das Eingreifen der militärischen Stellen den Neubauplänen Vorschub leistet, stößt die Gemeinde nun auf entscheidende Schwierigkeiten bei den kirchlichen Behörden. Diese lehnen die Baupläne zur bitteren Enttäuschung der Gemeinde ab. Zum einen geht es immer noch um die Finanzierung: Der Kostenvoranschlag entspräche nicht den Bauzeichnungen. Zum anderen wird die Konzeption der Kirche, insbesondere die Position des Altares, in Frage gestellt. Die Bedenken und „unheimliche

Ruhe des Generalvikariats“[67] verärgern Pfarrer Alke dermaßen, daß er sogar einen Vorstoß zum Erzbischof persönlich unternimmt. Einen ‘Diaspora-Sparbau’ lehnt er für Detmold entschieden ab: ‘Detmold ist nicht Veldrom. Die neue Kirche soll errichtet werden im Villenviertel und an der Hauptstraße zu den in Detmold geplanten Bauten grössten Stils (Kongreßhalle für 29.000, Gauschulungsburg, Hitlerschule, Freilichtbühne).’ Der christozentrische Charakter entspricht nach Meinung des Architekten den politischen Umständen: „Eine Zeit, die von jedem entschiedenen Christen stärkste Opferbereitschaft verlangt, fordert in der Religion als zentraler Kraftquelle das Miterleben des Messopfers in ähnlicher Weise, wie es die ersten Christen erlebt haben.“ Für Alke ist entscheidend, daß der Bau den Bedürfnissen und Wünschen der Jugend entspricht. Die bornierten, traditionalistischen Architekturvorstellungen in Paderborn bringen ihn regelrecht in Rage.[68] Nach Ausräumung dieser architektonischen-theologischen Streitigkeiten, die nicht ganz den Wünschen Alkes entsprechend gelöst werden, besteht dann ein Bauverbot. Durch die Aufhebung des pflichtmäßigen Gottesdienstbesuchs für Soldaten sinken die Chancen für größere Zuschüsse aus dem Militärfiskus, und die ursprüngliche Begründung für den Neubau verliert an Zugkraft.[69] Die Stadtverwaltung schiebt die Erteilung der baupolizeilichen Genehmigung unter verschiedensten Vorwänden hinaus, bis der Krieg eine endgültige Vertagung begünstigt. Interne Begründung ist, daß „das Verfahren über die anderweitige Benutzung des Grundstückes noch nicht abgeschlossen ist“.[70] Der Kirchbau ist damit in Detmold ein zweites Mal gescheitert. Nicht finanzielle Gründe wie in der Inflationszeit sind dieses Mal ausschlaggebend. Letztendlich wären die Widerstände der lokalen Parteigrößen zwar nicht zu überwinden gewesen. Bei zügigen Entscheidungen und klarer Haltung von kirchlicher Seite wäre diese Tatsache für die Gemeinde und ihre Leitung aber durchschaubarer geworden.

3. Überregionale Ereignisse des Kirchenkampfs und ihre Wirkung

Die überregionalen Ereignisse im Kirchenkampf wie die Sittlichkeits- und Devisenprozesse, die Kirchenaustrittskampagne und der Klostersturm hinterlassen nur indirekt Spuren in der kirchlichen Überlieferung. Die Devisenprozesse sind Auslöser für eine Denunziation, die zeigt, daß sie in der Bevölkerung diskutiert werden. Mehr noch aber beweist die Denunziation eines katholischen Beamten durch einen SA-Führer, daß die Auseinandersetzung mit der Kirche auf lokaler Ebene durch die Parteigenossen unterstützt und mitgetragen wird. Bei aller Vorsicht des Katholiken wird er schon durch bedachte Stellungnahmen zugunsten der Kirche verletzbar.[71] Eine ähnliche Provokation, die jedoch in der Öffentlichkeit stattfindet, wird im Lagebericht aus Lügde erwähnt. In dieser streng katholischen Gegend wird sie als taktisch unklug verurteilt, da sie die Lage des Nationalozialismus dort erschwere.[72]

Ende 1932 fürchtet Pfarrer Alke, daß ein Sittlichkeitsvergehen in der Gemeinde von den Nationalsozialisten breitgetreten würde und der Diasporagemeinde großer Schaden zugefügt werde. Aber die Nationalsozialisten scheinen im Rahmen der staatlich gesteuerten Sittlichkeitsprozesse in späteren Jahren keine Nachforschungen auf lokaler Ebene unternommen zu haben.[73]

Der Höhepunkt des Kirchenkampfes 1936/37 und der damit verbundenen Propaganda schlägt sich auch in Detmold in der Kirchenaustrittsstatistik nieder. 1937 ist mit 45 Austritten in Detmold der Höhepunkt erreicht. Für die Jahre 1936 bis 1938 sind auch die meisten Abmeldungen vom Religionsunterricht in den höheren Schulen Lippes überliefert.[74] Die Sittlichkeitsprozesse werden einmal explizit als Grund genannt. Für die Kirchenaustritte während der gesamten Zeit lassen sich keine sozialen Schwerpunkte feststellen. Als Berufsgruppe fallen die Wachtmeister auf, die auch gesammelt austreten. Hier scheint der Druck innerhalb der Gruppe oder von oben stark gewesen zu sein, dem Staat auch in dieser Beziehung die Treue zu erweisen. Vielleicht spielt das Beispiel Stroops eine Rolle.[75] Häufig wird der Bruch fern des gewohnten sozialen Umfelds unter Einfluß der NS-Propaganda vollzogen, z.B. in der SS-Schule Wewelsberg, im Arbeitsdienstlager Schlangen, im Jugenderholungsheim Asemissen. Politische Gründe sind z.B. erkennbar bei Mitgliedern der SS, einer Mädelringführerin, bei einem Angestellten der DAF. Die Kirche hingegen betont den Diaspora-Aspekt der Mischehen oder Scheidungen. In diesen Fällen besteht bereits Distanz zur Kirche, die traditionelle Bindung ist gelokkert, so daß die Hemmschwelle, den Austritt zu vollziehen, nicht mehr hoch ist. Die Einschätzung, daß v.a. die Kirchenferneren austreten, wird von der Tatsache unterstützt, daß der Gottesdienstbesuch nicht abnimmt. Die Gemeinde reagiert 1938 mit einem Vortrag eines Jesuitenpaters mit dem Thema 'Warum trete ich nicht aus der Kirche aus?'.[76] Kreisschulungsleiter Rehm registriert in seinem Stimmungsbericht 1939 zufrieden die rapide Zunahme der Kirchenaustritte, aber kritisiert die Hindernisse, die laut Beschwerden den Austrittswilligen von zwei Justizbeamten in den Weg gestellt würden. Von kirchlich ungebundenen Staatsdienern erwartet er schnellere Bearbeitung.[77]

Der Klostersturm, die Euthanasie, die Enzyklika 'Mit brennender Sorge' beeinflussen, wie die Lageberichte des SD zeigen, nachhaltig die Stimmung der katholischen Bevölkerung, aber die Detmolder Pfarrchronik enthält sich ihrer Bewertung. Diese überregionale Entwicklung bleibt undokumentiert, da sie keine direkten Auswirkungen auf das Gemeindeleben hat.[78] Schriftliche Fixierung erfährt nur die Anteilnahme der Gemeinde an den politisch weniger relevanten Ereignissen auf Bistumsebene: an der Libori-Jubiläumswallfahrt nehmen 74 Pilger teil, 170 Andachtbücher werden verkauft.[79] Ein Lichtbildervortrag anläßlich des Todes von Papst Pius XII. wird stark besucht. Pfarrer Alke nimmt an der Beerdigung von Erzbischof Klein und der Einsetzung von Erzbi-

schof Lorenz Jäger teil. Mit großer Begeisterung nehmen die Jugendlichen der Gemeinde am Christkönigsfest an einer Feierstunde im Dom teil.[80]

4. Weitere Verbote und Beschlagnahmen

Ab 1. April 1938 fällt das „Essener Kirchenblatt" den nationalsozialistischen Presseverboten zum Opfer, ebenso wie zwei Monate später das Nachfolgeblatt „St. Liborius". Als Ausgleich findet eine Werbekampagne für den „Leo", das Kirchenblatt des Bistums Paderborn, statt, die 150 Abonnenten in Detmold und Horn gewinnt. Zu Beginn des Jahres 1939 kann das „Katholische Kirchenblatt" wieder geliefert werden.[81] Ab 1. Juni 1941 fallen 'dann aus kriegswirtschaftlichen Gründen', so der die kirchenpolitische Zielrichtung verschleiernde Vorwand, die meisten Organe der konfessionellen Presse weg, darunter der „Leo".[82]

Im September 1941 muß auch der konfessionelle Kindergarten der Elisabethanstalt schließen. Statt finanzieller Daumenschrauben wie im Fall der katholischen Schule werden nun neue bauliche Vorschriften erlassen. Der katholische Kindergarten entspricht ihnen weder in bezug auf die Bodenfläche bzw. Gartenanlagen noch auf die Toiletten. Baugenehmigungen werden nicht erteilt, so daß ein Umbau nicht möglich ist. Um einer Schließung bzw. Übernahme durch die NSV vorzubeugen, wird der Kindergarten vorbeugend vorläufig geschlossen.[83]

Das Elisabethheim selbst scheint auch gefährdet gewesen zu sein. Davon zeugt ein Gutachten über die rechtliche und wirtschaftliche Situation der St. Elisabeth-Anstalt, das im Auftrag Alkes erstellt wird, sowie ein 'Persilschein' für einen stellvertretenden Landrat, der Alke vertraulich Hinweise gab, wie man einer Beschlagnahme der St. Elisabethanstalt durch die Partei entgehen könnte. Die Satzung der Anstalt kann in einzelnen Bestimmungen 'den veränderten Zeitverhältnissen' angepaßt werden. Das Generalvikariat empfiehlt den Zweck der Anstalt auf 'Erziehung zu vaterländischer Gesinnung' auszuweiten. Damit wäre der einseitig konfessionelle Charakter abgeschwächt worden. Ende 1942 verzichtet das Generalvikariat auf die Steuerfreiheit von Schwesternniederlassungen und empfiehlt diese Entscheidung für das Elisabethstift, „um so mehr, als gar keine Aussicht besteht, daß ihre Satzungen vom 9.9.1941 die Genehmigung der Lippischen Staatsregierung finden werden."[84]

Zuletzt werden 1944 noch die Bücher der Detmolder Borromäusbücherei beschlagnahmt. 1939 begannen schon erste Nachforschungen des Gauschulungsamtes Westfalen-Nord. Der Diözesanverband der Borromäusvereine empfiehlt Einspruch gegen die Beschlagnahme.[85]

IV. Das religiöse Leben – Rückzug auf den kirchlichen Bereich und Verinnerlichung?

Das religiöse Leben der Detmolder Gemeinde könnte Anhaltspunkt dafür sein, ob der staatliche Druck und die Bemühungen, das öffentliche Leben zu entkonfessionalisieren, zu einem inneren Zusammenschluß und zu einer Belebung des religiösen Lebens geführt haben. Als Diasporagemeinde sind den Detmolder Katholiken rechtliche und gesellschaftliche Restriktionen im Bewußtsein, so daß Selbstbewahrung und -behauptung für sie nicht ungewohnt sind. Gleichzeitig geht es darum, nachzuvollziehen, welche Formen aktiven Bekenntnisses bestehen bleiben.

Zunächst einige Fallbeispiele:

Der nationalsozialistische Schüler ist an der katholischen Schule 1932 in der Minderheit. Er hat keinen Gesinnungsgenossen und zieht bei Prügeleien den kürzeren. Dieser katholische Nationalsozialist verläßt die Gemeinschaft und geht an eine protestantische Schule. Die 'politische Verhetzung' seiner Mutter führt zu zwei weiteren Abmeldungen.[86] Der aktive Nationalsozialist distanziert sich vom katholischen Umfeld.

Einer Zeitzeugenaussage zufolge führt der praktizierte Glaube nicht zwangsläufig zu Benachteiligungen. Es ist möglich, gleichzeitig in der HJ Führungspositionen auszuüben oder Klassenobmann am Gymnasium zu sein, ein Amt, das eigentlich dem höchsten HJ-Führer in der Klasse zusteht. Beurlaubungen vom HJ-Dienst für den Gottesdienst seien problemlos gewesen. Koexistenz ist ohne große Benachteiligungen möglich, aber nicht angstfrei oder ohne Unbehagen: Ein Zusammentreffen katholischer Jugendlicher mit einer HJ-Gruppe auf einer Radtour löst starke Beunruhigung aus und Angst, zur Rede gestellt zu werden, da solche Ausflüge nicht erlaubt sind.

Ein Lehrling des Amtsgerichts und HJ-Scharführer wird vom Kreisleiter in Anwesenheit der Ortsfrauenschaftsleiterin unter Druck gesetzt, da er katholischer Priester werden will. Der Bannführer hegt auch sofort den Verdacht, „daß B. schon seit einiger Zeit eine Schar von jungen Menschen um sich sammle, um diese in seinem Geiste zu beeinflussen."[87]

Hier sind die Grenzen der Glaubensbezeugung in der nationalsozialistischen Gesellschaft wie auch im Fall der bereits genannten SS-Leute gezogen.

Die Statistik der Kirchenbesucher zeigt während der dreißiger Jahre keine Intensivierung der Teilnahme am Gottesdienst. Ebenso wie keine deutliche Zunahme nachzuweisen ist, kann jedoch nicht von einer zunehmenden Leere gesprochen werden. Die Kirche füllt sich durch die steigende Zahl von Soldaten, die in Detmold stationiert sind. 1933 ist die Christmette so stark besucht wie noch nie, eine Entwicklung, die sich nicht fortsetzt. Eine Steigerung der Zahl der Kirchenbesucher läßt sich erst für den Krieg feststellen, erkennbar mit dem

Anwachsen der Evakuierten aus dem Rheinland und den Flüchtlingen in den letzten Kriegsjahren.[88]

Versuche, die Widerstandskraft der Gläubigen durch den Glauben zu stärken bzw. sich auf Bereiche zurückzuziehen, die dem totalen Zugriff der Nationalsozialisten entzogen sind, sind jedoch erkennbar. Die Impulse kommen zum Teil aus Paderborn, zum Teil von Pfarrer Alke. Im Fall von Vikar Grawe, der Kontakt zu dem Diözesanjugendseelsorger Augustinus Reineke hat, überschneiden sich die Kreise.[89]

1935 wird Pfarrer Alke zum Obmann für die von den Nationalsozialisten politisch überbewertete Katholische Aktion für das Dekanat Detmold eingesetzt und nimmt an einer Tagung der Katholischen Aktion in Werl teil.[90] Im selben Jahr wird ein Bibelzirkel in der Gemeinde gegründet, an dem 40 bis 60 Frauen und Jungmädchen unter der Leitung von Pfarrer Alke teilnehmen.[91] Ab 1938 finden an den Mittwochabenden Winterschriftlesungen für die Jungmänner und Männer statt. Ungefähr 30 finden sich ein. In diesem Jahr wird die Pfarrjugend zu sechs Jugendfeierstunden schriftlich eingeladen. Man initiiert auch Abende für ortsfremde junge Mädchen im Elisabethstift und reagiert damit auf ein neuerkanntes und stark angewachsenes Phänomen. Großen Beifall finden die Fastenpredigten eines Jesuitenpaters. Im Herbst werden die Abendpredigten der Jesuiten leider nicht wieder aufgenommen, da – wie Alke bemerkt – von den sechs Düsseldorfer Patres fünf Redeverbot hätten. Anfang 1938 findet eine durch Paderborn vorgegebene 'Eucharistische Familienwoche' statt, deren Erfolg nicht den Erwartungen Pfarrer Alkes entspricht, wofür er die Zeitverhältnisse verantwortlich macht. Es nehmen aber immerhin morgens um 6 Uhr 60 bis 80 junge Leute, um 15 Uhr 120 bis 150 Frauen und Mädchen und am Abend 300 Gemeindemitglieder teil. 1938 jähren sich die Gründung der Jungfrauenkongregation und des Frauen- und Müttervereins zum 25. Mal. Die Jubiläumsfeierlichkeiten finden notgedrungen im rein kirchlichen Rahmen statt. Selbst der 'sogenannte religiös-wissenschaftliche Vortrag' eines ortsfremden Geistlichen fällt aus. Vor allem im Vergleich mit dem Jubiläum des Kolpingvereins 1932 ist augenscheinlich, wie stark beschnitten die Aktionsmöglichkeiten der Gemeinde sind. Die Aktivitäten des Müttervereins verändern sich nicht. Allerdings näht man jetzt für die Winterhilfe und ist stolz auf das Lob, das man von dieser Seite erhält. Man steuert zu Basaren der NSV bei und sammelt im Dienst des WHW. Daneben läuft die übliche caritative Arbeit. Es finden sich Klagen darüber, daß mehrere Arbeiterinnen fehlen und immer dieselben sich beteiligen.[92] Im Juni 1939 empfiehlt ein Parteigenosse eine Überwachung der ehemaligen Mitglieder des Kolpingvereins, die sich immer noch träfen.[93] 1940 werden 153 Jugendliche von Weihbischof Baumann gefirmt. Etwa ein Dutzend Firmlinge, die regelmäßig am Unterricht teilgenommen haben, erscheinen nicht. Die Entschuldigungen erscheinen fadenscheinig. Die Jugendarbeit belebt sich erst mit Vikar Grawe, der seit 1940 zur zentralen Figur

der Jugendarbeit wird, wie ein Zeitzeuge berichtet. Es entstehen Jugendgruppen und finden gemeinsame Heimabende und Unternehmungen statt. Die Zahl der kirchlich engagierten Jugendlichen bleibt aber klein. Als Grawe die Umwandlung der Pfarrjugendmesse in einen Abendgottesdienst beim Generalvikariat beantragt, erregt er die Aufmerksamkeit des SD, der die Neubelebung der katholischen Jugendarbeit durch den jungen Klerus vor allem im Anschluß an den Bischofswechsel mißtrauisch beobachtet.[94] Pfarrer Alke unterstützt diese Bitte Grawes nicht. Gegenüber dem Generalvikariat erklärt Alke, „ein Bedürfnis für einen wöchentlichen Jugendgottesdienst am Abend besteht in Detmold nicht." Grawes Verdienste um die Pfarrjugend werden bestätigt, aber es stellt sich die Frage, inwieweit sie auf amtlicher Ebene anerkannt werden.[95] Vikar Ketteler führt die Jugendarbeit weiter. 1943 sind mit dem Anwachsen der Flüchtlinge bereits vier Abende von der 'jungen Kirche' belegt. 1944 wird ein Singkreis aus Jugendlichen gebildet.[96]

Der Kern der Gemeinde scheint intakt zu bleiben. Im Vereinswesen und in der Jugendarbeit ist ein Rückgang festzustellen. Neue Impulse werden teilweise aufgenommen. Ihre Umsetzung ist im Fall von Grawe sehr engagiert. Sie bleibt im Rahmen einer Diasporagemeinde und gebunden an die Arbeitsfähigkeit der Hauptamtlichen, die mit einer Vielzahl von Aufgaben mit der Vergrößerung der Gemeinde zunehmend überlastet sind. Dominierende Haltung ist der Versuch, trotz der aktiven Glaubenstreue, die von den Nationalsozialisten grundsätzlich als Beeinträchtigung ihres Totalitätsanspruchs gesehen wird, als loyale Staatsbürger im nationalsozialistischen Herrschaftssystem zu leben. Einzelne scheitern und erfahren die Ausgrenzung aus dem System. Die übrigen leiden unter Mißtrauen und Überwachung.

V. Kirchliches Leben und Aufgaben während des Krieges

Der Ausbruch des Krieges veranlaßt Pfarrer Alke erstmals zu einer ausführlichen Erörterung der politischen Ereignisse in der Pfarrchronik. Er zeigt sich dem Revisionismus der Weimarer Zeit verpflichtet und interpretiert den Kriegsausbruch lediglich als notwendigen Endpunkt einer durch den Versailler Vertrag eingeleiteten Entwicklung, die durch das Versagen des Völkerbundes unausweichlich wurde. Damit ist der Krieg in seinen Augen gerechtfertigt. Staatsloyalismus und Nationalismus haben die Oberhand, aber 'Hurrapatriotismus' und Kriegsbegeisterung fehlen völlig. Pfarrer Alke, dem die Preußische Staatsregierung 1920 das Verdienstkreuz für Kriegshilfe verleiht, ist durch den Ersten Weltkrieg geprägt. Seine Reden als Militärseelsorger vor den Rekruten und am Heldengedächtnistag zeugen von derselben deutschnationalen Einstellung.[97]

Der Krieg bietet den Vorwand für neue Einschränkungen des kirchlichen Lebens. Das Läuten der Kirchenglocken wird streng geregelt, zunächst sogar bis auf das Siegesläuten völlig verboten. 1942 werden die beiden größeren Glokken der Pfarrgemeinde abgenommen, „schweren Herzens, doch opferbereit, um unseren Soldaten auch weiterhin die besten Waffen in die Hand zu geben, zu ihrem und des Vaterlandes Schutz."[98] Luftschutzräume müssen gewährleistet sein. Die Stadt Detmold macht keine größeren Schwierigkeiten und stellt sonntags die Luftschutzräume der Oberschule für Mädchen am Wall und der Mädchenbürgerschule in der Gerichtstraße zur Verfügung. Mit Berufung auf die Betreuung der Lazarette und Wehrmacht weigert sich Alke aber, eine Luftschutzausbildung mitzumachen.[99] Das Elisabethstift kommt in Konflikt mit den Verdunkelungsvorschriften. Die Oberin soll für das Vergehen zweier Jugendlicher bestraft werden. Paderborn erhebt Protest gegen die 'Führerentscheidung', nach der kirchliche Veranstaltungen nach nächtlichem Fliegeralarm vor 10 Uhr morgens verboten werden, gibt aber die Anordnungen weiter.[100] 1939 wünscht sich Alke noch: „Hoffentlich wird uns auch die kommende Zeit keine Störung der Gottesdienste bringen." Die Beunruhigung und Angst durch Fliegeralarme ist in der Pfarrchronik aber intensiv spürbar. 1941 findet die Messe dreimal nachmittags statt, 1942 an einigen wenigen Sonntagen erst um 10 Uhr. Der Kirchenbesuch ist nach Alarmen besonders stark.[101]

Den Geistlichen stellt der Krieg vor neue Aufgaben: Er versucht den Kontakt zu den Soldaten im Feld zu halten und er wird verantwortlich für die Lazarette und die Kriegsgefangenen.

Der bereits überlastete Pfarrer der Detmolder Gemeinde hat 1939/40 allerdings zwei neue Kräfte zur Seite gestellt bekommen. Schwester Walfridis erteilt im Elisabethstift in den unteren und mittleren Jahrgängen Religions- und Beichtunterricht. Sie wird laut Zeitzeugenbericht darüberhinaus zu einer Anlaufstelle für alle Gemeindemitglieder. Auf Antrag Alkes wird 1940 eine Seelsorgehelferin eingestellt, die 1942 320 junge Mädchen und einzelne ausländische Erntearbeiterinnen betreut: Pflichtjahrmädchen, Schülerinnen des Technikums, katholische Arbeiterinnen einer Konservenfabrik in Lage und „uneheliche Mütter".[102]

Nach anfänglichen Schwierigkeiten, wegen des schnellen Vormarsches in Polen, mit den Einberufenen in Kontakt zu kommen, wahrt der Pfarrer den Kontakt zu den Soldaten. Ihm sind 70 Feldadressen bekannt, und er hält auch nach dem staatlichen Verbot der Feldpostadressen am regelmäßigen Briefkontakt fest.[103] 1940 verzeichnet Alke die ersten Gefallenen aus der Detmolder Gemeinde, bis Kriegsende werden es 60 sein.[104] Alke betreut weiterhin die neuen Rekruten und bereitet sie auf die Vereidigung vor. Auf Veranlassung des Standortältesten und Regimentskommandeurs, „der ein überzeugter und eifriger Katholik ist", finden seit Herbst 1941 bis Ende des Krieges wieder beson-

dere Wehrmachtgottesdienste statt. 1944 sind es 14, die besonders im Herbst und Winter sehr gut besucht sind.[105]

1944 zieht Pfarrer Alke das Fazit, daß die Seelsorge in den Lazaretten jederzeit frei ausgeübt werden konnte und verständnisvolle Unterstützung der Chefärzte fand. Nach eigenem Urteil werden Soldaten der Feindstaaten mit derselben Gewissenhaftigkeit wie die Deutschen betreut. Anfangs findet im Standortlazarett eine heilige Messe statt, ab 1941 bleibt es bei acht- bis vierzehntägigen Besuchen in allen Lazaretten. Die Neuregelung der Krankenbesuche durch das Reichsministerium – der Priester darf nur noch auf ausdrücklichen Wunsch des Kranken kommen – wird formell befolgt, scheint aber zu keinen Beschneidungen geführt zu haben. Ende 1944 werden in fünf Lazaretten 500 bis 600 katholische Soldaten betreut.[106]

Im November 1939 erhält Alke aus Paderborn die Anweisung, sich als Zivilgeistlicher um die polnischen Kriegsgefangenen zu kümmern und mit dem Kommandanten des Lagers Haustenbeck zu verhandeln, da den Militärpfarrern noch kein Zutritt erlaubt sei. Im Dezember gelingt Alke durch Fürsprache des Regierungs-Baurates ein Besuch im Gefangenlager Kreuzkrug bei Oesterholz. Die Lagerleitung erklärt sich mit der Abhaltung einer Messe einverstanden. Entsprechend der Bestimmungen wird nicht erlaubt, die Beichte abzunehmen. Gegenüber dem polnisch sprechenden Pater Gelasius aus Paderborn, der die Messe halten soll, äußert Alke, daß die Gefangenen gut behandelt würden. Die Lagerleitung versuche, ihnen ihr hartes Los möglichst erträglich zu machen. An diesen läßt Alke im Februar 1940 die Polenseelsorge delegieren, da er selbst kein polnisch spreche und darum gebeten worden sei, für einen Gottesdienst alle drei bis vier Wochen im Gefangenenlager zu sorgen und für die seelsorgerliche Betreuung polnischer Kranker im Reservelazarett. Für das Gefangenen-Arbeitskommando in Müssen bei Lage hält Pfarrer Trinn aus Lage einen Gottesdienst. Im Auftrag des Generalvikariats wird Alke im April 1941 wegen der Betreuung der Polen im Bezirk Lippe bei Kreisleiter Wedderwille vorstellig, erntet aber nur heftige Vorwürfe gegen den polnischen und auch den deutschen Klerus: „Mir persönlich hat er nicht den Vorwurf undeutscher Gesinnung und Haltung gemacht. Auf meine Frage, ob die von ihm erhobenen Vorwürfe auch mir gelten sollten, hat er ausdrücklich mit 'Nein' geantwortet." Alke verteidigt seine nationale Ehre, kann aber nichts für die polnischen Fremdarbeiter erreichen.[107] Er betreut nur noch die Franzosen und Theologiestudenten, die in den Focke-Wulf-Werken eingesetzt sind.[108]

Besonders betroffen macht Pfarrer Alke die Hinrichtung eines jungen Fahnenflüchtigen, die ihm sinnlos erscheint, da der Feind schon auf deutschem Boden steht.[109]

Seit 1943 wird das Gemeindeleben zunehmend durch den Zustrom der Evakuierten geprägt. Die 1944 zuziehen, stammen fast alle aus dem Bistum Aachen und sind durchweg katholisch. Pfarrer Lüttschwager aus dem Bezirk Gel-

senkirchen wird mit der Evakuiertenseelsorge betraut, da sich auch der Detmolder Vikar zunehmend weniger den Aufgaben gewachsen zeigt.[110] Als 1945 der Kommunionunterricht beginnt, hat sich die Zahl, die sich immer um 40 bewegte, auf 80 Kinder verdoppelt.[111] Das Ende des Krieges bringt noch die Beschädigung der St. Elisabethanstalt, die einen Volltreffer erhält. Die Schwestern des Stiftes haben während des Krieges eine Vielzahl von Aufgaben bewältigt. 400 bis 500 Kinder erhielten dort Religionsunterricht. Zuletzt werden dort 130 alte Leute und Kinder statt der ursprünglichen 46 untergebracht. Soldatenfrauen, die ihre Männer besuchen, werden einige Nächte beherbergt. Trotz der Lebensmittelknappheit gelingt es, täglich 180 Personen Mittagessen zu stellen. Das soziale und karitative Engagement der Paderborner Vinzentinerinnen ist enorm.[112]

Pfarrer Alke beschließt die Berichterstattung über das Leben der Gemeinde während des 'Dritten Reiches' mit den Worten: „So brach ein System, das auf Lüge, Massensuggestion und brutaler Gewalt aufgebaut war, in der Stunde der Bewährung schmachvoll zusammen." Bei aller Verurteilung des Regimes bleibt er durch seinen tiefen Nationalismus an dessen außenpolitische Entscheidungen gebunden und kann auch in der Niederlage nicht die Befreier begrüßen, sondern verwahrt sich gegen die Verleumdung, er habe die Amerikaner mit einer weißen Fahne begrüßt.

Die katholische Gemeinde hat sich den politischen Zwängen des Systems beugen müssen und gebeugt. Sie hat mit ihrer geistlichen Leitung Glauben und religiöses Leben weitergeführt. Das Vereinswesen und das Wirken in der Öffentlichkeit gingen – vorher schon nicht stark ausgeprägt – noch weiter zurück. Der Rückzug auf den engen kirchlichen Bereich entspricht dem Muster von Minderheiten in der Diaspora. Mit den kriegsbedingten Migrationen verändert sich die Situation der Gemeinde stark.

Anmerkungen

1. Pfarrarchiv (PA), A7, Pfarrer Alke an Pater Senge, Bottrop, Paulushaus, Missionare vom göttlichen Wort.
2. PA, A1, Brief von Pfarrer Alke an das GV (GV = Generalvikariat) vom 8.9.1936; A7 Missionsbericht von 1935.
   Volkszählung Mai 1939: Land Lippe 11813 Katholiken, Kreis Detmold 7539, Kreis Lemgo 4274, in: „Staatsanzeiger für das Land Lippe" 5.8.1941, Nr. 33.
3. PA, A1 Brief von Pfarrer Alke an Wehrkreispfarrer Albert vom 1.2.1936.
4. Pfarrer Anton Alke, geb. 15.4.1882 in Ottenhausen, 1902 Abitur in Paderborn, Studium in Paderborn und Würzburg, 1906 Priesterweihe, 1906–1924 Kaplaneiverwalter in St. Marien, Hagen, dann in St. Georg, Gelsenkirchen, April 1924 bis zu seinem Tod am 14.12.1947 Pfarrer in Detmold, begraben in Ottenhausen.

5. Vikare in Detmold:
   März 1928 – Mai 1934 Heinrich Huckschlag, der später von 1943 bis 1971 in Stukenbrok als Vikar und Pfarrer wirkt.
   1934–1936 Friedrich Hermann, geht 1936 mit Erlaubnis des Auswärtigen Amtes und im Auftrag des Reichsverbandes für katholische Auslandsdeutsche nach Rosario, Argentinien, während des Krieges Sanitäter in Rußland. 1936–1937 Adolf März später Pfarrer von St. Bonifatius, Dortmund;
   1938–1940 Adolf Herr, später Mönch in der Trappistenabtei Marienstatt, 1940 beurlaubt zum Besuch des Noviziats der Weltpriester in Leipzig, dann Vertreter in Ostpreußen, 1944 Heeresdienst;
   1940–1943 Alois Grawe, 1943 nach Torgau versetzt im Wechsel mit
   1943–1952 Vikar Hans Günther Ketteler, der aus gesundheitlichen Gründen von Torgau nach Detmold versetzt wird.
   Pfarrchronik, Erzbistumsarchiv Paderborn (EBAP).
6. Gespräch mit Herrn B., geb. 1923, im Jahr 1938 nach Detmold zugezogen.
7. Chronik der Kolpingfamilie.
8. PA, A10 Vereine 1) Mütterverein: Jahresberichte bis 1938;
   2) Jungfrauenkongregation, erhält 1912 ihre Statuten. Für 1929 Aufgliederung der Berufe der Mitglieder: zwölf Haustöchter, 13 Hausangestellte, neun kaufmännische und Büroangestellte, elf Handwerkerinnen, drei Arbeiterinnen, eine Lehrerin, zwei Schülerinnen, drei Beamtinnen.
9. Keine Auskünfte im PA unter A10 Vereine zum Männerverein für die Jahre 1933–1945, beide Erwähnungen in der Pfarrchronik 1933 und 1935.
10. PA, St4, Vikar Huckschlag an Generalsekretär Dr. Nattermann, 12.6.1930;
    Chronik-Konzept 1955.
11. PA, Pfarrchronik 1929, 1932, 1938. 1932 beträgt die Auflage 360.
12. Protokollbuch des katholischen Gesellenvereins, Protokoll der Versammlung vom 6.1.1932 und 21.2.1932; StA DT, D 106 Dt Nr. 1496, 1497;
    PA, A45, Brief von Pfarrer Alke an das GV vom 15.11.1932.
13. hier PA, Pfarrchronik 1936.
14. PA, A22, Anweisung des GV an sämtliche Pfarrämter und Pfarrvikarieämter der Erzdiözese Paderborn vom 12.8.1935, keine Mitgliederverzeichnisse nach Paderborn zu schicken.
15. PA, A5, Erzb. GV an Pfarrer Alke vom 7.12.1932,
    „Lipp. Landeszeitung" vom 24.12.1932 und H. Hüls, Wähler und Wahlverhalten in Lippe während der Weimarer Republik. Detmold 1974, S.145: Kandidatenliste der Katholischen Volksvertretung
16. PA, Pfarrchronik 1933; ebd. A47, Pfarrer Alke am 24.2.1933 an die katholische Schulorganisation in Düsseldorf: 'Der Wahlkampf stand ganz im Zeichen der Schulfrage'.
17. S.a. H. Hüls, S. 80.
18. In Detmold erhält die Katholische Volksvertretung 465 Stimmen. StA DT, L 80 I a Gr. II Titel 2 Nr. 7 Bd. III.
19. R. Padberg, Kirche und Nationalsozialismus am Beispiel Westfalen, Paderborn 1984, S. 39-43;
    G. Schmidtchen, Protestanten und Katholiken. Soziologische Analyse konfessioneller Kultur, S. 220-222; EBAP, XXII, 3: Wählervolk und Zentrumspartei – Eine wahlstatistische Untersuchung: Novemberwahlen 1932:
    Katholische Bevölkerung: 1392

Von Katholiken wählten: 920
Stimmen des Zentrums: 538
Prozentsatz der Zentrum wählenden Kath.: 58,5%.
M. Broszat warnt davor, die Treue zur katholischen politischen Vertretung zu überschätzen, da es sich oft um Bevölkerungsgruppen handelt, deren Politisierungsgrad schwach war und der Wahlgang einer religiösen Pflichterfüllung entsprach, in: Ein Landkreis in der fränkischen Schweiz. Der Bezirk Ebemannstadt 1929–1945, in: Bayern in der NS-Zeit, Bd. 1, München u.a. 1977, S. 21-192, hier S. 52.

20. PA, A47, Schreiben Alkes an Erzb. GV vom 11.4.1933,
s. Fußnote 16, H. Hüls, 52, 81; E. Kittel, Heimatchronik des Kreises Lippe, Köln, 2. Aufl., 1978 (=Heimatchroniken der Städte und Kreise des Bundesgebietes, Bd. 44), S. 306/307.
21. PA, A10, Jahresbericht 1933
Feb.33 Aussprache über die in Lippe stattgefundenen Wahlen
3.3.33 Referat über die neuesten politischen Zeitereignisse
5.5.33 Ausführungen des Pfarrers über politische Fragen
2.6.33 Vortrag des Pfarrers: 'Wie sich die karitativen Vereine in der jetzigen Zeit betätigen sollen?
7.7.33 Herr Pfarrer sprach über aktuelle Zeitfragen
4.8.33 Vortrag des Pfarrers über die Stellung der Kirche in der Gegenwart
1.9.33 Das Aufhören des Liberalismus in unserer Zeit
6.10.33 Stand und Tätigkeit der kirchlichen Vereine in unserer Zeit
3.11.33 Referat über Rasse- und Rassenpflege
1.12.33 Vortrag über Erbanlagen und Vererbung.
22. Protokollbuch des katholischen Gesellenverein, Protokoll der Versammlung vom 6.9.1933.
23. Ebd., Protokoll des Altmitgliedertags am 15.10.1933.
24. Ebd., Bericht über das Vereinsjahr 1933–1934.
25. Ebd., Jahresbericht 1938/39.
26. PA, A10, Brief von Pfarrer Alke an den Diözesan-Verein, Paderborn vom 3.4.1935.
27. U. von Hehl, Katholische Kirche und Nationalsozialismus im Erzbistum Köln 1933–1945, Mainz 1977 (Veröff. d. Komm. f. Zeitgesch., Reihe B, Bd. 23), S. 72.
28. StA DT, L 113 Nr. 1254.
29. StA DT, Personalakte Bernhard Winkler.
30. StA DT, L 113 Nr. 845, Bd. 1, Lagebericht von Kreispropagandaleiter Lückhoff an die Gauleitung Westfalen-Nord vom 23.8.1941.
31. StA DT, L 113 Nr. 965, Bd. 1, Schreiben von Oberabschnittsleiter, Kreisobmann der DAF, Müller an den Kreisleiter Wedderwille vom 19.8.1943; L 113 Nr. 963, Schreiben Wedderwilles an Meyer vom 10.6.1939; s.a. A. Ruppert, „Der nationalsozialistische Geist läßt sich nicht in die Enge treiben, auch nicht vom Arbeitsamt". Zur Auseinandersetzung zwischen dem Kreisleiter der NSDAP in Lippe und dem Leiter des Arbeitsamtes Detmold in den Jahren 1939 bis 1943, in: „Lipp. Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde", 62 (1993), S. 253-283.
32. R. Padberg, S. 19: Zitat aus dem Lagebericht Nr. 76 aus Westfalen.
33. StA DT, L 113 Nr. 6.
34. Vgl. C. Rauh-Kühne, Katholisches Sozialmilieu, Region und Nationalsozialismus. In: H. Möller u.a. (Hrsg.), Nationalsozialismus in der Region. München 1996, S. 232.
35. H. Hüls, S. 140; PA, Protokollbuch der kirchlichen Gemeindevertretung, Protokoll vom 8.3.1931.

36. PA, A22, Pfarrer Alke am 24.7.1934 an das Erzb. GV.
37. ebd. Antwort vom 28.7.1934.
38. ebd., Pfarrer Alke am 7.8.1934 an das Erzb. GV.
ebd., Erzb. GV am 14.8.1934 an Pfarrer Alke und Abschrift eines Schreibens der NSDAP
Reichsparteileitung an das Erzb. GV vom 2.11.1934: „Zu dieser Entscheidung, die aus rein innerlichen Gründen getroffen ist, kann die Reichsleitung der NSDAP, Abteilung für kulturellen Frieden, nichts hinzufügen."
39. G. Baumjohann, Weltpriester des Erzbistums Paderborn in Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, in: P.-W. Scheele (Hg.), Paderbornensis Ecclesia. Beiträge zur Geschichte des Erzbistums Paderborn. Festschrift f. Lorenz Kardinal Jaeger zum 80. Geb., München 1972, S. 711-746.
40. L. Volk, Der deutsche Episkopat, in: K. Gotto, K. Repgen (Hg.), Kirche, Katholiken und Nationalsozialismus, Mainz 1980, S. 49-62.
41. PA, A22, Briefwechsel vom Dezember 1935 bis Januar 1936 zwischen Pfarrer Alke und Pg. Pfarrer König
Zeitungsausschnitte aus der „Tegernseer Zeitung" vom 8.10. und 18.10.1935, der „Bad Nauheimer Zeitung" vom 6.12.1935 über Pfarrer König sowie eine Predigt Königs anläßlich des Einmarsches in die entmilitarisierte Zone des Rheinlands: „Wahrhaftig, wenn dieser Mann (Hitler) nicht von Gott gesandt ist, so weiß ich nicht, wer von Gott gesandt ist!"
42. PA, Pfarrchronik 1936.
43. PA, Pfarrchronik 1936, A12, Brief des Generalkommandos V. Armeekorps vom 2.4.1937
s.a. EBAP Pb., Acta specialia zur Pfarrei Detmold 1856–1937.
44. PA, Pfarrchronik 1938. H.-G. Hockerts, Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester 1936/37. Eine Studie zur NS-Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf, Mainz 1971 (Forsch. d.Komm. f. Zeitgesch. Reihe B, Bd. 6), S. 186/187: Ende 1936 führt das Reichsinnenministerium für kirchlich ungebundene bzw. nicht mehr gebundene Personen die günstiger klingende Bezeichnung 'Gottgläubige' ein. Gleichzeitig wird der Kirchenaustritt von der Propaganda als verdienstvolles Treuebekenntnis zum NS-Staat hingestellt.
45. StA DT, L113 Nr. 845, Bd. 1, Lagebericht von Kreispropagandaleiter Lückhoff an die Gauleitung Westfalen-Nord vom 23.8.1941: „Es ist nach unserem Dafürhalten absolut abwegig zu glauben, dass durch den Austausch von evangelischen Beamten und umgekehrt einen Ausgleich der Gegensätze zwischen Katholizismus und evangelischer Bevölkerung geschaffen würde. Im Gegenteil, evangelische Beamte werden niemals in einer Gegend mit rein katholischer Bevölkerung Fuß fassen können, wogegen die katholische Bevölkerung durch ihre straffe Aktion (katholische Aktion) und durch die Oberflächlichkeit und Dummheit der Bevölkerung in Bezug auf die Durchführung von Anordnungen u. Massnahmen der Regierung grossen Schaden anrichten können."
46. vgl. E. Kittel, S. 306.
47. s. z.B. B. Schellenberger, Katholische Jugend und 3. Reich. Eine Geschichte des katholischen Jungmännerverbandes 1933–39 unter besonderer Berücksichtigung der Rheinprovinz, Mainz 1975, P. Padberg, 60-77.
48. W. Damberg, Der Kampf um die Schulen in Westfalen 1933–1945, Mainz 1986 (Veröff. d. Komm. f. Zeitgesch., Reihe B, Bd. 43), S. 113 ff.

49. PA, A5 und A8; StA DT, L 80 III 4580: Schreiben vom 12.10.1937 vom Oberschulrat an Vikar Herr. Auch in Westfalen sind die Anträge relativ problemlos bearbeitet worden. s. W. Damberg, S. 117/118.
50. PA, A8, Briefwechsel, insbes. Brief von Kreisrektor Grote an Schulleiter Schaefle vom 4.7.1936; von Kreisrektor Grote an die Abteilung III der lipp. Landesregierung vom 24.8.1936.
51. PA, A8, Brief des Erzbischöflichen Gereralvikariats an die Landesregierung Lippe, Abteilung III, vom 4.9.1936; dass. an Pfarrer Alke am 20.10.1936.
52. PA, A41, Alke am 16.4.1937 an Erzb. GV
StA DT, L 80 III Nr. 1893: Lipp. Gesetz-Sammlung 1937, Nr. 9, S. 21: Abänderungsgesetz v. 5.4.1937; Staatsanzeiger f. Land Lippe, Nr. 18, S. 57 betr. Gewerbesteuer 1937; Staatshaushaltsgesetz 1937/38.
53. PA, A47: Schreiben von Liefländer an Alke vom 6.5.1937; Bericht von Liefländer an das GV über die Besprechung mit der Lipp. Landesregierung vom 16.6.1937.
54. StA DT, L 80 III Nr. 1893 und 1882.
EBAP, Acta specialia Kirchl. Gebäude 3) 36-43.
55. PA, A47, Kreisleiter Wedderwille an Liefländer am 5.11.1937.
56. PA, A47 und A 41: Gesetzentwurf, Entwurf der Ausführungsverordnung und Änderungsvorschläge des GV; StA DT, L 80 III Nr. 1882 und L 80 III Nr. 1866, Protokoll der Besprechung vom 9.5.1938, Schreiben des GV vom 17.5.1938.
57. PA, Pfarrchronik 1938.
58. StA DT, L 80 III Nr. 1882: Im Anschluß an den Wahlkampf wird am 24.2.1933 für die katholischen Schulgemeinden noch ein Antrag auf Verstaatlichung der katholischen Privatschulen gestellt.
59. StA DT, L 80 III Nr. 1893, Oberschulrat an Erzb. GV am 20.5.1938, abgedruckt in: W. Gerking, Die Wiedereinführung der kath. Bekenntnisschulen in Lippe (Teil I), in: Heimatland Lippe 88. Jg., Nr. 4, April 1995, S. 109-116.
60. StA DT, L 80 III Nr. 1866 und L 80 III Nr. 1882, PA, A41, Alke an das Erzb. GV am 29.10.1938.
61. StA DT, L 113 Nr. 870, Rehm , Kreisschulungsleiter an Gauschulungsamt Westfalen-Nord, 19.6.1939: „Einsprüche gegen die Einführung der Deutschen Schule wurden im Kreis Lippe nicht erhoben. Lediglich gab es eine kleine Auseinandersetzung in einer kleinen vorwiegend kath. Gemeinde, in Falkenhagen." S.a. L 113 Nr. 872, Bericht zur weltanschaulichen Lage vom 5.10.1938 und 7.11.1938.
62. StA DT, L 80 III Nr. 2328, L 80 III Nr. 1889, D9 Dt 1 Nr. 282, PA, A7, Pfarrchronik 1939, 1940.
63. StA DT, L 80 III Nr. 2328, Oberschulrat an Schulleiter Gelhard in Niese, 13.1.1939, L 113, Nr.1029, Bl. 192 f., PA, Pfarrchronik 1939.
64. Hakenkreuz über Lippe. Ein Rückblick. Detmold 1983 (=Ausstellungskataloge staatl., Archive, Heft 16, Reihe D, S. 149-153.
65. PA, A1, Alke an Dr. Schmiemann, 22.6.1937.
PA, A1, Brief von Rendant Schmiemann an Pfarrer Alke, 26.4.1937. „Er [Wehrkreispfarrer Walter, Münster] bestätigte meine Vermutung, daß die erste Schlacht zunächst in Detmold selbst ausgetragen werden müsse."
66. PA, A1, Bürgermeister der Landeshauptstadt Detmold an das kath. Pfarramt am 25.10.1937, ebd., Pfarrer Alke an den Wehrkreispfarrer am 5.11.1937: „Ich bin überzeugt, dass nur der energische Vorstoss des Herrn Standortältesten den Widerstand hier gebrochen hat." s.a. Pfarrchronik 1937.
67. PA, A1, Architekt Lucas an Alke, 28.2.1938.

68. EBAP, Akten über Gebäude, Detmold 1936–1943, Alke an Erzbischof Caspar Klein, 22.3.1938. ebd. und PA, A1, Alke an GV, 5.4.1938.
69. Ebd. und PA, A1, Alke an GV, 5.4.1938 und Alke an Architekt Lucas, 7.3.1939.
70. PA, A1, fehlende Unterlagen für Bauamt, statistische Berechnungen etc., s.a. Pfarrchronik 1940.
    StA DT, L113 Nr. 872, Monatlicher Stimmungsbericht vom 7.1.1939 von Kreisschulungsleiter Rehm: „Auch die kath. Kirche beabsichtigt, eine Kirche in Detmold zu bauen. Im letzteren Falle war schon alles so weit gediehen, dass mit dem Bau begonnen werden sollte. Von seiten der Partei wird selbstverständlich alles getan, um derartiges zu verhindern. Der Gauleiter ist vom Kreisleiter über die Vorgänge unterrichtet."
    StA DT, D 106 Dt A Nr. 4658-4661: unter einem Brief von Architekt Lucas handschriftliche Notiz vom Stadtbauamt v. 24.6.1939.
71. PA, A22, Abschrift der Anklageschrift gegen R. J. vom 10.7.1935.
72. StA DT., M 1 I P Nr. 632, Bl. 304/305.
73. PA, A45, Schreiben von Alke an das Erzb. GV vom 15.11.1932.
74. Austritte aus der Kirche:
    StA DT, L 80 III Nr. 4076 Abmeldungen vom Religionsunterricht des Leopoldinums: 1936 1, 1937 5, 1938 6. Bei drei Abmeldungen wird ausdrücklich der katholische Religionsunterricht, bei sechs der evangelische genannt.
75. PA, A9: Im ersten Quartal 1939 treten vier Gend.- Wachtmeister aus, vorher schon einzelne. vgl. H.-G. Hockerts, S. 191 ff.
76. PA, Pfarrchronik 1938.
77. StA DT, L 113 Nr. 872, Stimmungsbericht vom 7.1.1939.
78. StA DT, M 18, 2 und 15 zu Klosterauflösungen, M I P Nr. 636 zur Verbreitung der Enzyklika des Papstes.
79. PA, A6, Teilnehmerliste, A10, Teilnehmerliste für 1935: 33 Wallfahrer; Die Pfarrchronik verzeichnet für 1936 sogar 78 Pilger und 30-40 Einzelpilger aus Detmold.
80. Pfarrchronik, 1939, 1941.
81. PA, Pfarrchronik 1938
    Die Nationalsozialisten versuchen hingegen die lippische „Staatszeitung" aus Detmold in Paderborn und Umland zu verbreiten. Aber die 'ausgesprochen evangelische Zeitung' wird abgelehnt.
    StA DT, M1 I P Nr. 632, S. 406.
82. StA DT, M 18 Nr. 15, S. 270.
83. PA, A24, Kath. Pfarramt an Caritasverband f. Erzb. Pb., 16.7.1941 und Bericht über die rechtliche und wirtschaftliche Lage der St. Elisabeth-Anstalt in Detmold PA, Chronik des St. Elisabethstiftes.
    StA DT, L 113 Nr. 931 Bl. 146 f., L 113 Nr. 928, Bl. 233 ff.:
    Bereits 1938 wird erwogen, die Gemeindekindergärten der NSV zu übertragen.
    ebd., M 18, Nr. 15: Der Lagebericht der SD-Außenstelle Bielefeld hält im August 1941 fest, daß die Überführung der Kindergärten in die NSV die ablehnende Stimmung in der katholischen Kirche gegen Partei und staatliche Organe verstärkt.
84. PA, A11 und A24.
85. StA DT, L 113 Nr. 870, Kreisschulungsleiter Rehm am 25.4.1939 an die Gauleitung Westfalen-Nord und Kreisorganisationsleiter Lückhoff am 21.4.1939 an s.o.
    PA, A22, Diözesanverband der Borromäusvereine an Alke, 24.3.1944.
86. PA, A45, Brief von Alke am 15.11.1932.
87. StA DT, L 113 Nr. 1043, Aktenvermerk von Kreisleiter Wedderwille vom 11.7.1941.

88. PA, Pfarrchronik 1933, A23, Kirchliche Statistik.
89. StA DT, M 18 20,II, Bl. 393: „Er [Vikar Aloys Grawe] gehört zum Kreis derjenigen jungen Geistlichen, die sich um ihren Diözesan-Jugendseelsorger Reineke geschart hatten und die katholische Jugendseelsorge und den katholischen Jugendgottesdienst neu geformt haben."
90. PA, A5, Ernennung durch den Erzbischof vom 5.2.1935. A10, Mitschrift Alke, U. v. Hehl, S.133/134.
91. Die Angaben dieses Abschnittes stammen, wenn nicht anders vermerkt aus den jeweiligen Jahresabschnitten der Pfarrchronik.
92. PA, A 10, Jahresberichte des Müttervereins von 1935, 1936, 1937 und 1938, Pfarrchronik 1938.
93. StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 212.
94. StA DT, M 18 Nr. 20,II, Bl. 393, s.a. M 18 Nr 19, Sonderbericht der Außenstelle Paderborn vom 12.3.1942.
95. PA, A5, Pfarrer Alke an GV, 7.9.1943, Pfarrchronik 1943.
Ebenso erstaunen Grawes Versetzung 1943 und eine Auflistung seiner Besuche in der Gemeinde nach seiner Abberufung.
96. PA, A8, Brief von Vikar Ketteler vom 29.10.1943, Pfarrchronik 1944.
97. PA, Pfarrchronik 1939, A5, Brief des Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen an Kaplan Alke vom 7.2.1920, vgl. überlieferte Texte der Ansprachen in A13, z.B. Ansprache bei der Rekrutenvereidigung, Niederschrift vom 7.4.1933: „Der Gottgläubige steht treu zur Autorität, er läßt sich von ihr führen und stützt sie. Dem Gottgläubigen ist die Nation die Verwirklichung eines göttlichen Lebens."
98. PA, A22 und Pfarrchronik 1939, 1942; s.a. M I P Nr. 636, Bl.57.
99. PA, A22 'Hitlerzeit – Erschwerung des Gottesdienstes'.
100. PA, A22, Brief des Erzbischofs von Paderborn an alle Pfarrer der Erzdiözese.
101. PA, Pfarrchronik 1939, 1941, 1942.
102. PA, A6, Arbeitsbericht des 2. Arbeitsjahres, 11.6.1940 Alke informiert die kath. Pfarrämter des Dekanates über die Einstellung von Betty Hilker.
103. PA, Pfarrchronik 1939, 1942; StA DT, L 113 Nr. 845, Bd. 1, Mitteilung des RMVP an die Reichspropagandaämter vom 11.11.1942.
104. PA, Pfarrchronik: 1940 sind 2, 1941 6, 1942 14, 1943 20 und 1944 18 gefallene Soldaten aus der Detmolder Gemeinde verzeichnet.
vgl. A23, 35 Totenzettel bzw. Todesanzeigen aus Zeitungen sind hier gesammelt.
105. PA, Pfarrchronik 1939, 1941, 1944.
106. PA, A14, Mitteillung vom 24.2.1943: „folgende Patienten sind mit Besuch des Geistlichen einverstanden: 20 im Reservelazarett Detmold." Pfarrchronik, 1941.
107. PA, A7, „Polenseelsorge".
108. PA, Pfarrchronik 1943, 1944: im Juli 1944 findet noch ein slowenischer Gottesdienst in Detmold statt, an dem 150-160 slowenische Fremdarbeiter teilnehmen.
109. PA, Pfarrchronik 1945, Abgedruckt bei: A. Reineke, Katholische Kirchengemeinde Detmold im Gestern und Heute in Wort und Bild, Paderborn 1988, S. 49.
110. PA, A15, Brief von Alke an Erzb. GV vom 28.11.1944, Ernennung Pfarrrer Lüttschwagers durch Dr. Rintelen am 2.12.1944.
111. PA, Pfarrchronik 1933–1945.
112. PA, Pfarrchronik und Chronik des St. Elisabethstiftes, A7, Missionsbericht 1935: 50 verfügbare, 46 belegte Plätze im St. Elisabethheim, A24, Bericht über rechtliche und wirtschaftliche Lage der St. Elisabeth-Anstalt in Detmold.

Hansjörg Riechert

Bibelforscher

I. Die Internationale Bibelforschervereinigung

Die numerisch verhältnismäßig, kleine aber in über 200 Ländern[1] vertretene christliche Glaubensgemeinschaft der 'Bibelforscher' oder 'Ernsten Bibelforscher', die seit 1931 unter der Bezeichnung 'Zeugen Jehovas' firmiert, während in Deutschland noch lange die oben genannten älteren Bezeichnungen verwendet wurden, war in den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts im Staat Pennsylvania, USA, entstanden.[2] 1881 wurde für die Verbreitung von Schriften unter dem Namen „Zion's Watch Tower Tract Society" – 1896 in „Watch Tower Bible and Tract Society" (Wachturm Bibel- und Traktatgesellschaft) abgeändert – eine eigene Verlagsgesellschaft gegründet. Mit dem Ziel der Zusammenfassung der Gläubigen erfolgte 1914 in London die Gründung der „International Bible Students Association" (Internationale Bibelforschervereinigung bzw. Internationale Vereinigung Ernster Bibelforscher, im folgenden IBV). Dieser Schritt bedeutete die endgültige Konstituierung der Glaubensgemeinschaft und führte zur Veränderung ihres Charakters; von einer überkonfessionellen biblischen Bewegung, deren Anhänger vielfach nominelles Mitglied verschiedener Kirchen waren, zu einer eigenen Gemeinschaft.[3]

In Deutschland nahm die IBV erst zu Beginn dieses Jahrhunderts ihre Tätigkeit auf. Erste kleine Versammlungen bildeten sich im Schwarzwald, im Bergischen Land und in Westfalen.[4] Einen starken Aufschwung erlebte der deutsche Zweig der IBV nach dem 1. Weltkrieg. Zwischen 1918 und 1926 stieg die Zahl der Bibelforscher von rund 4.000 auf etwa 22.000 Gläubige an. Deutschland entwickelte sich in dieser Zeit neben den USA zu einem Zentrum der internationalen Bibelforscherbewegung. Die Ursachen für diese Entwicklung sind komplex. Die Erfahrung eines 'modernen', letztlich verlorenen Krieges, der Verlust von Angehörigen, soziale Nöte sowie der Umbruch des gesellschaftlichen Gefüges nach 1918 riefen bei vielen Menschen Zweifel an den alten Werten, Überzeugungen hervor und veranlaßten sie, sich neu zu orientieren, nach einem neuen Halt zu suchen. Zudem ging von der Präsentation eines weiteren, sich auf das Jahr 1925 beziehenden Endzeittermins eine große Wirkung aus.[5] Für das Jahr 1933 wird die Zahl der IBV-Anhänger in Deutschland auf 25.000 bis 30.000 geschätzt.[6]

Wesentlicher Kern ihrer Lehre war und ist der Glaube an die Errichtung eines die Weltgeschichte beendenden tausendjährigen Gottesreiches auf Erden, in das nur jene einziehen werden, die sich zuvor zu Gott Jehova bekannt und sich seinen Anweisungen unterstellt haben. Gestützt auf die biblische Prophezeiung des Daniel und die Offenbarung des Johannes[7] lehren sie, daß dem unmittelbar bevorstehenden 'goldenen Zeitalter' auf Erden eine Entscheidungsschlacht – die Schlacht von Harmagedon – vorausgehen werde, in der Jehova die Mächte des Teufels vernichtet und in der die Nichtbekehrten der Vernichtung anheimfallen. Diese bevorstehende Entwicklung verlange daher gegenwärtig von jedem Menschen eine Entscheidung: für das ewige Leben oder den immerwährenden Tod. Für die Zeugen Jehovas gilt es deshalb, vor Harmagedon intensive Missionsarbeit zu betreiben, d.h. möglichst vielen Menschen die Botschaft vom Königreich Christi zu verkünden, um diese rechtzeitig für Jehova zu gewinnen und den 'Nichtbekehrten' deutlich zu machen, welche Strafe ihnen droht. In dieser Hinsicht unterscheidet sich ihre Lehre nicht oder nur geringfügig von derjenigen anderer chiliastischer Glaubensgemeinschaften.[8]

Die Annahme, daß der baldige Untergang der irdischen Ordnungen, Regierungen und Nationen bevorstehe, regte die Bibelforscher immer wieder zu Prophezeiungen[9] über das genaue Datum dieses Ereignisses an. So wurde auch das Datum '1914' als entscheidendes Jahr durch die Kombination verschiedener Bibelstellen ermittelt. Der Ausbruch des 1. Weltkrieges galt als Erfüllung der prophezeiten Schlacht von Harmagedon.[10] Seit diesem Jahr wurde in den Bibelforschertraktaten verstärkt die Zeitenwende verkündet. Seit Mitte der 20er Jahre ging dieses Verkündungswerk mit einer sich zunehmend radikaler artikulierenden Infragestellung der tragenden Säulen der bestehenden Gesellschaftsordnung – der Politik, der Großfinanz, der Kirchen – einher, die in ihrer Gesamtheit als „sichtbare Organisation des Teufels" gebrandmarkt wurde, während der Papst als „Urgrund des Bösen" galt.[11] Solche Töne waren nicht zuletzt auch Reaktion auf eine in Deutschland vom katholischen Klerus, deutschnationalen Kreisen der evangelischen Kirche und von völkischen Gruppen entfachten Propaganda gegen die Bibelforscher, deren rasches Wachstum, ihr missionarischer Eifer als bedrohlich, insbesondere jedoch die Prophezeiung der baldigen Vernichtung der irdischen Mächte durch Jehova zu Unrecht als von der IBV betriebener Umsturzplan interpretiert wurden.

Mit dem Ziel ihrer Diskreditierung und für die interessierte Öffentlichkeit im Zeitalter der russischen Revolution sowie in Anbetracht der von der Bibelforscherlehre verkündeten Schaffung eines „Friedensreiches ohne Klassen- und Rassenschranken auf Erden", wiesen insbesondere einzelne völkische Publizisten wie Alfred Rosenberg auf die vermeintlich geistige Verwandschaft der Lehre mit der kommunistischen Ideologie hin. Zugleich deckten sie angeblich der logistischen Unterstützung dienende Verbindungslinien zwischen Bibelforschern, Juden und Freimaurern auf. Bereits der Name 'Internationale Bibelfor-

schervereinigung' diente ihnen als Beleg einer politischen Tätigkeit im Sinne der verhaßten 'Internationale', und die Unterordnung ihrer Mitglieder unter die 'Watch Tower Zentrale' in New York und ihren dort amtierenden Präsidenten war für sie der Beweis, daß Bibelforscher einer ausländischen Macht dienten.[12] Dieser Diskreditierungskurs sollte auch die spätere Verfolgung dieser Gruppe prägen.

Im Gefolge seit 1930 immer lauter werdender Forderungen nach einem staatlichen Einschreiten gegen die Bibelforscher kam es zu zahlreichen Gerichtsprozessen vor allem wegen Verunglimpfung der Religion und unbefugten Hausierens. Druckschriften wurden beispielsweise in Bayern, Württemberg und Baden polizeilich verboten, eingezogen und bis auf das letztgenannte Land ohne zeitliche Begrenzung einbehalten. Für Lippe lassen sich derartige Aktivitäten nicht nachweisen.[13] Ein Teil der Einschränkungen blieb trotz der in der Reichsverfassung garantierten Religionsfreiheit bestehen, gleichwohl hatte die an die Weimarer Reichsregierung herangetragene Forderung nach Auflösung der Glaubensgemeinschaft keinen Erfolg.[14]

Bibelforscher lehnten die ihrer Bibelauslegung widersprechenden weltlichen Anforderungen ab, wie etwa Wehr- und Kriegsdienst, Wahlen, parteipolitische Arbeit oder Gesetze, die sie in ihren Pflichten als Bürger der im Kommen befindlichen 'neuen Welt' behinderten. Sie fühlten sich zur politischen Neutralität strikt verpflichtet, die jedoch die gewissenhafte Befolgung staatlicher Gesetze nicht ausschloß.[15] Diese Konzeption einer „Eigenstaatlichkeit", wie der deutsch-kanadische Historiker Michael Kater formulierte,[16] die seit Ende der 20er Jahre unter dem Einfluß des 2. Präsidenten der IBV, Rutherford, besonders betont wurde, empfand vor allem der NS-Staat mit seinem Totalitätsanspruch als Herausforderung, der in seinem Bemühen um die politische Indoktrination der Bevölkerung und den Erhalt seiner Macht keine nach eigenen politischen wie religiösen Vorstellungen und Geboten handelnde Gruppen tolerierte. Dieser Anspruch erzeugte bei Bibelforschern eine zwar nicht umstürzlerisch, aber dennoch eine religiös motivierte radikale Ablehnung des Systems. So wurden sie als erste Religionsgemeinschaft[17] zwischen April 1933 und April 1935 zunächst auf Länder-, schließlich auch auf Reichsebene verboten.

Am 10. April 1933 begann auf Länderebene die Serie der 'Bibelforscherverbote'. Als erstes Land erließ Mecklenburg-Schwerin ein Verbot, ihm folgte drei Tage später Bayern. Mitte Juni war die IBV in den meisten Ländern des Deutschen Reiches verboten oder mit verbotsähnlichen Einschränkungen belegt. Ausnahmen bildeten u.a. Preußen, auf dessen Boden, nämlich in Magdeburg, sich die Zentrale der IBV befand, sowie Lippe.[18] Während Preußen am 24. Juni folgte, erging 'erst' am 3. Juli durch die Lippische Landesregierung ein Verbot, welches mit gleichem Datum in Kraft trat.[19] Danach waren die bestehenden Ortsgruppen aufzulösen und die von der IBV herausgegebenen Druckschriften verboten. Bei Zuwiderhandlung wurde Gefängnis nicht unter

einem Monat oder eine Geldstrafe von 150 bis zu 15.000 RM angedroht.[20] Zwei Tage später informierte die Lippische Landeszeitung unter der Überschrift „Bibelforscher in Lippe verboten" die Leserschaft über die Anordnung.[21] Die Verbote basierten auf der Grundlage der Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat, der sogenannten 'Reichstagsbrandverordnung' vom 28. Februar 1933,[22] nach der die Bibelforscher, wie auch andere mißliebige Personen und Gruppierungen, als kommunistische staatsgefährdende Gewalttäter und somit als Staatsfeinde stigmatisiert wurden.

Am 1. April 1935 ordnete der Reichs- und Preußische Minister des Innern schließlich ein endgültiges Verbot der IBV an, das die bisher geltenden Länderverbote ersetzte. Die im Herbst 1933 von der US-Diplomatie auf Drängen der New Yorker Watch-Tower-Zentrale in Preußen durchgesetzten Verbotsmilderungen, die der 'Wachturmgesellschaft' eine eingeschränkte Wiederaufnahme ihrer Arbeit ermöglicht hatten, waren damit hinfällig. Von nun an standen nicht nur die Herstellung und der Vertrieb von Schriften, sondern auch jegliche Betätigung im Sinne der Glaubensgemeinschaft unter Strafe. Zudem war das Gesamtvermögen der IBV endgültig beschlagnahmt. Der seit Anfang 1933 von der Magdeburger Leitung gegenüber der Verfolgungsbürokratie betriebene Verhandlungskurs[23] war damit gescheitert. Die zuletzt von Teilen der Bibelforscherbewegung und der New Yorker Zentrale dabei vollzogene Abkehr vom Bemühen um einen Ausgleich bei gleichzeitigem Einschwenken auf einen Konfrontationskurs hatte die Einführung des endgültigen 'Bibelforscherverbots' beschleunigt.[24]

II. Zur Größe der lippischen Bibelforschergemeinschaft und der Berufsstruktur ihrer Mitglieder

Das lippische Bibelforscherverbot betraf nach vorsichtiger Schätzung 100 bis 200 Mitglieder. Ein 1936 von der Außenstelle Detmold der Gestapostelle Bielefeld für den Reichsstatthalter für Lippe und Schaumburg-Lippe erstelltes Personenverzeichnis über die im „Bereich des Landes Lippe wohnenden Bibelforscher" weist 156 Namen auf[25]. Von ihnen gehörten 98 Personen dem Kreis Detmold und 58 Personen dem Kreis Lemgo an.[26] Nach dem Gesamtverzeichnis verteilte sich die Mehrzahl der Bibelforscher auf folgende lippische Gemeinden: Blomberg: 29 Personen, Pivitsheide VL: 18 Personen, Pivitsheide VH: 5 Personen, Pivitsheide: 1 Person, Horn-Bad-Meinberg: 19 Personen, Lemgo: 11 Personen, Detmold: 9 Personen sowie Bad Salzuflen: 6 Personen. Die übrigen 58 lebten verstreut in anderen Orten. Zu den 156 insgesamt Erfaßten müssen für das gleiche Jahr noch mindestens 22 weitere Bibelforscher gezählt werden, deren Namen und Personenangaben Quellen unterschiedlicher Provenienz sowie auf die Region bezogener Literatur entnommen wurden.[27]

Unter den 156 als Bibelforscher benannten Personen sind auch Eheleute und Kinder mitaufgeführt, die im Einzelfall der Glaubensgemeinschaft in keiner Weise nahestanden, d.h. sie besuchten weder die Versammlungen, noch waren sie aus einer der beiden großen Kirchen ausgetreten, noch waren sie getaufte Mitglieder, noch bezeichneten sie sich selbst als 'Bibelforscher' oder 'Zeugen Jehovas'. Nach einer Befragung von noch lebenden Zeitzeugen der Gemeinschaft sowie ihren Angehörigen sind wenigstens 9 der 156 Personen als nicht zur Bibelforscherbewegung gehörend einzuordnen.[28] Da unter den Bedingungen des Nationalsozialismus – abgesehen von den ersten Jahren – kaum noch missioniert wurde, gilt der für Lippe oben angegebene quantitative Rahmen bis für das Jahr 1936, in dem die großen reichsweiten Verhaftungsaktionen anliefen. Für die Zeit danach ist, vor allem für die Kriegsjahre, von einer reduzierten Zahl von Gläubigen auszugehen.

Der über den eigentlichen Kreis dieser 'Staatsfeinde' hinausgehenden Erfassung von zum weiteren Umfeld gehörenden Personen und 'Zweifelsfällen' durch die Verfolgungsbürokratie lag ein präventives Kalkül zugrunde. Im Gegensatz zu Verfolgtengruppen, die aus 'rassenanthropologischen' und '-hygienischen' Gründen verfolgt wurden, wie etwa Juden, 'Zigeuner', 'Asoziale' und 'Kriminelle', verfügten Bibelforscher in den Augen einiger Verfolgungsbürokraten über ein gewisses Sozialprestige. Zu deren Leidwesen entsprachen sie in Teilen dem Idealbild des 'Deutschen Volksgenossen', da sie geforderte Tugenden wie etwa Familienbindung, Disziplin, Fleiß, Aufrichtigkeit, aber auch Glaubensstärke verkörperten. So beabsichtigte denn auch Himmler unter dem Druck der Kriegsereignisse, die positiven Eigenschaften in Konzentrationslager inhaftierter Bibelforscher für eigene Interessen zu mobilisieren und damit die 'Bibelforscherfrage' mehr von einem pragmatischen denn von einem ideologischen Standpunkt aus anzugehen.[29]

Die lippische Bibelforschergemeinde war größer als zwei auf der Grundlage von rund 700 Einzelfällen der Sondergerichte Dortmund und Bielefeld erstellte neuere Statistiken über die regionale Häufigkeitsverteilung bzw. geschlechtsspezifische Verteilung westfälischer Bibelforscher suggerieren.[30] Auch ist fraglich, ob das in dem statistischen Zahlenwerk deutlich werdende numerische Ungleichgewicht zwischen dem ostwestfälisch-lippischen Raum und dem westfälischen Teil des Ruhrgebiets realiter so deutlich ausfiel.[31] Neben den allgemeinen sozialökonomischen und psychologischen Faktoren waren für die Entstehung der lippischen Bibelforschergemeinschaft und deren Zuwachs der in Lippe dominierende Protestantismus mit seiner im Verhältnis zum Katholizismus tendenziell geringeren Bindungskraft sowie freikirchliche Einflüsse ausschlaggebend.

Die Glaubensgemeinschaft wurde von einigen Historikern als „Arme-Leute-Religion" und somit als weitgehendes Unterschichtphänomen bewertet.[32] Ihrer Auffassung widerspricht jedoch der für Lippe vorliegende statistische Befund.

Anhand der erwähnten Gestapostatistik, in der auch die Berufe der Erfaßten genannt sind, und anderer Quellen[33] läßt sich feststellen, daß zumindest Mitte der 30er Jahre der soziale Schwerpunkt eindeutig in der Unterschicht *und* der unteren Mittelschicht lag. Zudem zählten zur lippischen Bibelforschergemeinde auch einige Angehörige des Mittelstandes. Von 152 Bibelforschern – darunter 62 Frauen – betätigten sich 41 als Gelegenheits-, Land-, Fabrik- und einige wenige als Facharbeiter. 19 arbeiteten als angestellte Handwerker, 21 als Selbständige.[34] Die zweitgrößte Gruppe stellten die Haus-, bzw. Ehefrauen mit 39 Personen. Bei den übrigen 32 Personen handelt es sich um Witwen (10), Invaliden und andere Wohlfahrtsempfänger (7), Personen ohne Beruf (6), Angestellte (4), Rentner(innen) (3), Beamte der unteren/mittleren Laufbahn (1) und Hausangestellte (1). Nach der Statistik war der Grad der Erwerbstätigkeit der Frauen niedrig (8), was jedoch keineswegs auf eine auch tatsächlich geringe Notwendigkeit zum Zuverdienst hindeutet. Gerade in Lippe hatte sich ein gewerbliches Selbstversorgungssystem, d.h. die Bewirtschaftung einer kleinen Landwirtschaft zum Zwecke des Nebenerwerbs oder der wirtschaftlichen Selbstversorgung ausgeprägt.[35] Es ist daher davon auszugehen, daß ein Teil der als Haus- bzw. Ehefrauen Rubrizierten sich auch auf diese Weise betätigte und somit zum Lebensunterhalt der Familien beitrug. Die Berufs- bzw. Sozialstruktur lippischer Bibelforscher war wesentlich durch den von kleinbäuerlicher Landwirtschaft, Handwerk, aber auch fortschreitender Industrialisierung gekennzeichneten Lebensraum geprägt und entsprach daher in etwa derjenigen der übrigen lippischen Bevölkerung.[36]

III. Die Verfolgung in Detmold und Lippe

Bereits im Vorfeld des lippischen Bibelforscherverbots verhafteten Mitte April Gendarmerie- und Polizeibeamte, unterstützt durch Hilfspolizisten, Angehörige des Bibelforscherkreises in Horn-Bad Meinberg. Wie die Lippische Landeszeitung berichtete, legte man ihnen zur Last, pazifistische Schriften in der Reichswehr unterbringen zu wollen. Zudem hätte nach Angaben der Polizei ein Teil dieser Gruppe eine kommunistische Vergangenheit. Diese Mischung aus Vorwurf und Verdächtigung erwies sich als haltlos. Noch am gleichen Tag mußten die in Detmold Inhaftierten wieder freigelassen werden. Die rasche Entlassung aus dem Polizeigewahrsam wurde mit dem Hinweis auf eine nicht bestehende Fluchtgefahr erklärt.[37] Tatsächlich ging es der Polizei und letztendlich der lippischen Landesregierung unter dem Eindruck der einsetzenden Welle von Länderverboten darum, die Bibelforscher in ganz Lippe mit dieser Aktion einzuschüchtern, sie zur raschen Einstellung ihrer Glaubensversammlungen, ihres Predigtdienstes und der Verbreitung ihrer Publikationen zu zwingen; ein Unterfangen, das insgesamt scheiterte.

Das lippische Bibelforscherverbot stellt zwar nicht den Auftakt zu einer systematischen Verfolgung dar, dennoch beeinträchtigte es im gleichen Jahr die Arbeit der Organisation und war Anlaß für Ausschreitungen gegenüber einzelnen Gläubigen. So wurden Zeitschriften, Bücher sowie das Inventar der einzelnen Gruppen beschlagnahmt. Während die Publikationen bei den Ortspolizeibehörden verwahrt wurden, gaben diese auf Anordnung der Landesregierung das Inventar an Behörden ab.[38] Ferner ist es möglich, daß es bereits im Zusammenhang mit der Reichstagswahl vom 5. März und der Volksabstimmung vom 12. November, bei der es um den Austritt des Deutschen Reiches aus dem Völkerbund ging, in Einzelfällen zu einem ersten offenen Konflikt mit Vertretern des Regimes, insbesondere der SA und anderen Parteiformationen, kam. Ein solcher Konflikt läßt sich zumindest für das Jahr 1936 belegen, als am 29. März anläßlich einer Scheinwahl SA-Leute in die Wohnungen von Bad Meinberger Bibelforschern eindrangen und sie unter massiven Drohgebärden aufforderten, in den Wahllokalen zu erscheinen. Da diese sich dennoch hartnäckig weigerten, organisierte die NSDAP vor Ort am 4. April – einem Sonntag – eine 'spontane' Kundgebung, an der nach Angaben des Ortsgruppenleiters Tölle bis zu 150 jüngere und ältere Meinberger Bürger teilgenommen hätten. Unter Rufen wie 'Vaterlandsverräter' und mit eindeutigen Drohgebärden zog der Mob vom Haus eines Bibelforschers zum nächsten. Damit nicht genug; rund eine Woche später wurde ein Vorschlag Tölles vom Kreisleiter der Partei, Adolf Wedderwille,[39] und der Gestapo-Außenstelle Detmold für gut befunden, und daraufhin wurden (mindestens) die Mehrzahl der Meinberger Bibelforscher aufgrund ihres 'volksverräterischen' Verhaltens vorübergehend in sogenannte 'Schutzhaft' genommen.[40] Diese Bad Meinberger Ereignisse gehen maßgeblich auf das Konto der Profilierungssucht Tölles, der wie nicht wenige seiner örtlichen Parteikollegen im Reichsgebiet bei Wahlen ein 100% - Resultat anstrebte.[41] In dieses gesteuerte Klima des Hasses und der Ausgrenzung waren auch Meinberger Schulen miteinbezogen, an denen gegen Bibelforscher gehetzt wurde. Diese Art von 'Unterricht' hatte beispielsweise zur Folge, daß Schüler wiederholt das Haus des Schuhmachers W. mit Steinen bewarfen. Die verschreckte Kundschaft blieb größtenteils aus. Die Mutigen schlichen sich erst bei Dunkelheit in das Geschäft, um dringende Schuhreparaturen durchführen zu lassen.[42]

Die Wahlenthaltungen lippischer Bibelforscher, die von Ortsgruppen der Partei und Parteiformationen der Kreisleitung[43] und über diese vermutlich der Detmolder Gestapo mitgeteilt wurden, mündeten nicht nur in einen parteilich dekretierten Zorn, der sich auf der Straße austobte, sondern führten in Einzelfällen auch zu einer Gefährdung oder gar Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz. So veranlaßte der Detmolder Kreiswalter der 'Deutschen Arbeitsfront' unter Einschaltung der Kreisleitung, daß der bei dem Detmolder Matratzen-Hersteller Hermann Schnittger beschäftigte August W. entlassen wurde. Weni-

ger der Hinweis auf die Mißachtung der Wahl-'Pflicht'[44] W.s und seiner Zugehörigkeit zu den Bibelforschern als vielmehr der drohende Ton des Kreisleiters scheint den Firmeninhaber beeindruckt zu haben. Irritiert zeigte sich das Detmolder Arbeitsamt, das im Gegensatz zur Partei in dieser Angelegenheit rationalen Argumenten folgte. Es bat um Mitteilung, ob noch andere Gründe zur Entlassung W.s beigetragen hätten.[45]

Es bedurfte jedoch nicht (immer) eines konkreten Anlasses. Solch ein Anlaß konnte, abgesehen von der Betätigung für die IBV, auch die Weigerung zur Ableistung eines Beamten- oder anderen Diensteides, die Nichtteilnahme an Betriebsappellen, die Ablehnung des Beitritts zur 'Deutschen Arbeitsfront' oder die Verweigerung des Hitlergrußes sein, der von Bibelforschern als Menschenverherrlichung und zugleich als Gotteslästerung empfunden wurde.[46] Allein ihre Zugehörigkeit zu den Bibelforschern reichte in manchen Fällen aus, um sie insbesondere aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.[47] So wurde der lediglich stundenweise beim Postamt in Pivitsheide beschäftigte Fritz B. auf Druck der Kreisleitung vom Postamt Detmold entlassen, obgleich die Personalleitung bedauernd feststellte, daß solche Teilaushilfen nicht leicht zu bekommen seien. Dem Amt genügte jedoch die Feststellung der Kreisleitung, daß B. 'Ernster Bibelforscher' sei und sich in der Bewegung sehr hervorgetan habe.[48] Mehr Schwierigkeiten bereitete der Kreisleitung hingegen die 'Entfernung' des bei der Postagentur Lüdenhausen angestellten schwer kriegsbeschädigten Posthelfers Hermann B. Während der für den Bezirk Lippe zuständige 'Verband der Nationalsozialistischen Kriegsopferversorgung' sich mit dessen 'Entfernung' und dem gleichzeitgen Ersatz durch einen 'bedürftigen alten Kämpfer'[49] – einen SA-Mann – bereiterklärte, genügte der Abteilung Minden der Reichspostdirektion Münster die Begründung 'Bibelforscher' nicht. Sie bat, noch ganz traditionellem Verwaltungsdenken verhaftet, um ausführliche Mitteilung, weshalb B. als politisch unzuverlässig zu gelten habe, und verwies darüber hinaus auf die Notwendigkeit einer bei Schwerkriegsbeschädigten einzuholenden Zustimmung der Hauptfürsorgestelle beim Landeshauptmann der Provinz Westfalen.[50] Der Ausgang des Verfahrens ist nicht überliefert.

Der öffentliche Dienst wurde akribisch nach beamteten Bibelforschern überprüft, die bei ihren Kollegen und Vorgesetzten zumeist als zuverlässige Bedienstete galten.[51] Auf Anordnung des Führers der Landespolizei Detmold vom 30. August 1934 waren die Bürgermeister und Amtmänner des Kreises Lippe gehalten, binnen 20 Tagen über den Landrat in Detmold mitzuteilen, welche Beamte der IBV angehörten bzw. angehört hatten.[52] Für Blomberg ist das Resultat der Nachforschung überliefert. Danach konnte kein Bibelforscher festgestellt werden. Dieses Resultat erschien der Blomberger Verwaltung als derart mager, daß sie eilfertig mit dem Hinweis auf die Ehefrau eines beim dortigen Postamt beschäftigten Angestellten aufwartete, die als ehemaliges IBV-

Mitglied bekannt war. Des weiteren unterstellte die Verwaltung dem Angestellten Sympathien für die Glaubensgemeinschaft, da man vor geraumer Zeit in der Wohnung der beiden einschlägige Zeitschriften beschlagnahmt hatte.[53]

Die nahezu ausnahmslose Entlassung von Bibelforschern aus dem öffentlichen Dienst, die in der Mehrzahl der Fälle auf der Grundlage des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums" erfolgte,[54] genügte einigen 'Scharfmachern' nicht. Im Jahr 1936 wurde in der NS-Presse sogar ihre Entfernung aus sämtlichen deutschen Betrieben gefordert. Zunehmender Arbeitskräftemangel, aber auch der persönliche Einsatz von Betriebsleitern und Firmeninhabern zu ihren Gunsten – nicht zuletzt aufgrund ihrer Zuverlässigkeit – ließ diese Forderung verstummen.[55]

Nach einer vollzogenen Entlassung konnten sich weitere Formen gezielter Existenzgefährdung und -vernichtung durch Behörden anschließen, die auch lippische Bibelforscher betrafen. Vielfach lehnten Arbeitsämter die Vermittlung in eine andere Arbeit ab.[56] Ein Ausweichen in die berufliche Selbständigkeit wurde durch die Verweigerung der Aushändigung von Gewerbescheinen oder durch deren Widerruf unmöglich.[57] Hinzu kamen die Konfiszierung von Privateigentum, die Streichung und Kürzung von Renten und Pensionen sowie die generelle Verweigerung von Arbeitslosenunterstützung. Selbst die 'Wohlfahrtsunterstützung' wurde ihnen verwehrt, so daß im schlimmsten Fall lediglich die kargen Mindestsätze der Fürsorgeverbände blieben.[58] Den Anstoß zu einer Streichung der Wohlfahrtsunterstützung für lippische Bibelforscher erfolgte durch die Gestapo-Außenstelle Detmold. Anläßlich der Verhaftung einer Bibelforscherin aus Bad Salzuflen wies diese in einem Schreiben an Wedderwille vom 19. November 1936 auf die Notwendigkeit hin, zum einen in nationalsozialistischen Versammlungen die von der IBV für die Bevölkerung und damit für den Staat ausgehenden Gefahren deutlich zu machen und zum anderen zu prüfen, ob „die Herren Bürgermeister und Landräte nicht angewiesen werden können", zukünftig die Anträge auf Wohlfahrtsunterstützung von 'Ernsten Bibelforschern' „rücksichtslos abzulehnen". Es gehe nicht an, daß die „fanatischen" Bibelforscher Wohlfahrtsunterstützung vom Staate beziehen, während sie auf der anderen Seite dem Staat gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllen würden. Wie immer und immer wieder festgestellt werden müsse, hätten sich die Angehörigen der IBV an der am 29. März 1936 durchgeführten Wahl nicht beteiligt und seien daher auch als Gegner des heutigen Staates anzusehen.[59] Diese Politik der 'wirtschaftlichen Ausblutung'[60] stellte die Betroffenen vor die Wahl, entweder materiell zugrunde zu gehen oder ihrem Glauben abzuschwören.

Neben der wirtschafliche Existenzgefährdung bzw. -vernichtung und anderen Repressionsmitteln kann man auch die behördlich angeordnete Trennung von Kindern und ihren Eltern nicht nur als Indiz für eine Verfolgung der Bibelforscher lesen, sondern als staatlich organisierten Kinderraub[61] bezeichnen. Mit

dieser Zwangsmaßnahme wurden zweierlei Ziele verfolgt: zum einen sollten die Kinder dem unerwünschten Einfluß der Eltern entzogen werden, um sie im Sinne der NS-Weltanschauung zu erziehen, zum anderen wollte man auch mit dieser Maßnahme die Eltern oder wenigstens einen Elternteil zur Aufgabe ihrer Überzeugung zwingen. Dabei konnten sich Schul-, Jugendämter und Gerichte eines schon vorhandenen gesetzlichen Instrumentariums bedienen, das von der sogenannten 'Schutzaufsicht', die in der Praxis eine Überwachung der elterlichen Erziehung durch Jugendamt bzw. Fürsorgerin bedeutete, über die Entziehung des Sorgerechts bei gleichzeitiger Anordnung einer Amtsvormundschaft bis hin zur Fürsorgeerziehung reichte, wobei die Schutzaufsicht über die Jahre immer seltener Anwendung fand.[62]

Diese Form von Kinderraub läßt sich für Lippe belegen. So unterlag seit geraumer Zeit eine Frau H. aus Pivitsheide VL mit ihren beiden Töchtern wie auch die Familie ihrer Schwägerin der Überwachung durch das Amt für Volkswohlfahrt des Kreises Lippe – Abteilung Wohlfahrt und Jugendhilfe in Detmold. Das besondere Augenmerk der Abteilung galt dabei der Glaubenshaltung beider Familien sowie der Erziehung der Kinder. Gegenüber 'ihrem' Ortsgruppenleiter, der von der Kreisleitung beauftragt worden war, der Mutter 'klar zu machen', daß sie dem Staat gegenüber verpflichtet sei, ihre Kinder im nationalsozialistischen Sinne zu erziehen, lehnte sie diese Aufforderung ab und äußerte zugleich aus Verzweiflung, daß sie mit den Kindern lieber „zusammen auf der Totenbahre liegen" wolle. Daraufhin nahm man ihr die Töchter und verbrachte diese getrennt in Kindererziehungsanstalten.[63] Rund zwei Jahre später wurde die ihrer Kinder beraubte Bibelforscherin in, wie es offiziell hieß, 'Polizeigewahrsam' genommen und teilte damit das Schicksal ihres bereits geraume Zeit zuvor in das Konzentrationslager Buchenwald gebrachten Ehemannes.[64]

Im Gefolge einer vom 7. bis zum 9. September 1934 stattgefundenen Bibelforschertagung in Basel, an der auch zahlreiche deutsche Mitglieder teilgenommen hatten, wurde ungeachtet aller Verbote und gegen den in den eigenen Reihen umstrittenen Verhandlungskurs der deutschen IBV-Leitung auf Geheiß der New Yorker Zentrale unter völliger Fehleinschätzung der innenpolitischen Situation im Reich das 'Verkündigungswerk' in vollem Umfang wiederaufgenommen. Die New Yorker Zentrale ordnete etwa alle zwei Monate sogenannte Dienstwochen an, in denen in großem Umfang von Tür zu Tür missioniert werden sollte. Diese 'illegalen' Aktivitäten sind für das Reichsgebiet und im besonderen für Westfalen nachgewiesen.[65] Es ist davon auszugehen, daß dieser Missionsdienst auch in Lippe durchgeführt worden ist. Nicht zuletzt aufgrund des hohen Risikos, das die Bibelforscher damit eingingen, verhaftete die Polizei reichsweit zahlreiche von ihnen.[66] Trotz zunehmenden Verfolgungsdrucks wurden für einige Reichsteile Missionserfolge registriert, die jedoch in Relation zur Zeit vor 1933 bescheiden ausfielen.[67]

Im Vorfeld eines für den 4. und 7. September 1936 anberaumten internationalen Kongresses in Luzern (Schweiz), welcher der Aufklärung der Öffentlichkeit über die Verfolgung der deutschen Glaubensbrüder sowie der Intensivierung des Protests dienen sollte, lief im Reichsgebiet die erste umfassende Verhaftungswelle an. Sie begann jedoch nicht erst im Anschluß an die am 24. August erfolgte Verhaftung des stellvertretenden IBV-'Reichsleiters' für Deutschland, Fritz Winkler,[68] sondern kam zumindest bereits im April im Bezirk der Bielefelder Gestapostelle in Gang.[69] Im Zuge dieser „systematischen Aufrollung" des IBV-Apparates im Bezirk wurden 122 Personen festgenommen, von denen man 76 Personen vorübergehend in 'Schutzhaft' nahm. Dieser 'Aufrollung' waren Einzelfestnahmen vorausgegangen, die anscheinend die für das umfassende Vorgehen notwendigen Ermittlungsergebnisse erbracht hatten. Unter den Festgenommenen befand sich auch der für Lippe zuständige IBV-'Dienstleiter' Heinrich Holste aus Pivitsheide VH sowie 15 weitere namentlich nicht genannte Mitglieder.[70] Die Festnahmen gingen mit umfangreichen Durchsuchungen einher, bei denen nach Angaben der Bielefelder Gestapo insgesamt etwa 25 Zentner einschlägige Druckschriften beschlagnahmt wurden.[71] Die Verhafteten erwartete ein Verfahren vor dem beim Landgericht Dortmund eingerichteten Sondergericht.

Der Gestapo fielen im Rahmen der Verhaftungswelle vom August/September reichsweit über eintausend IBV-Angehörige – darunter zahlreiche Schlüsselfunktionäre – in die Hände.[72] Dennoch bedeutete dieser Gestapoeinsatz nicht das Ende der IBV und ihrer Organisation im Reich und damit auch nicht in Lippe. Um einer Zerschlagung der Organisation durch die Festnahme weiterer Funktionäre vorzubeugen und sich den Bedingungen der Illegalität besser anzupassen, wurde eine Reorganisation der 13 im Reichsgebiet bestehenden Bezirke durchgeführt. In den größeren Bezirken installierte man Unterbezirke. Jeder Bezirk oder Unterbezirk wurde in Hauptgruppen und Gruppen unterteilt, die sich in Untergruppen und Zellen gliederten, die in der Regel aus drei bis sechs Personen bestanden. Des weiteren erhielt jeder höhere Funktionär einen Stellvertreter zur Seite und war damit im 'Ernstfall' ersetzbar.[73] Neben dieser verfeinerten Struktur wurden aus der Erkenntnis heraus, daß alle Bibelforscher bzw. 'Zeugen Jehovas' gleichermaßen 'Diener' des Wortes Gottes seien, die Amtsbezeichnungen, nicht jedoch der Status oder die Funktion des jeweiligen Amtsträgers der Organisation geändert. Die Spitze der Hierarchie bildete nunmehr der Reichsdiener, zuvor Reichsleiter, es folgten die Bezirksdiener (Bezirksdienstleiter), Gruppendiener (Gruppendienstleiter) und Zellendiener (Zellendienstleiter).[74]

Über die Struktur der IBV-Organisation in Lippe, die Zahl ihrer möglichen Hauptgruppen, Gruppen, Untergruppen gibt es kaum verwertbare Hinweise; ein Resultat des aus Sicherheitserwägungen resultierenden Bemühens der einzelnen Gruppen um 'Abschottung'. Festzustellen ist, daß es neben anzuneh-

menden vertikal verlaufenden Verbindungswegen, die also von einer Organisationseinheit zur nächsten reichten, auch horizontal verlaufende Kontaktwege gab. So bestanden zwischen der Gruppe Blomberg und Gruppen bzw. IBV-Angehörigen in Pivitsheide und Bad Lippspringe Kontakte. Man tauschte aus dem Ausland, zumeist der Schweiz und den Niederlanden, eingeschmuggelte Erbauungsschriften der New Yorker Zentrale – intern 'Speise' genannt – nach der Besprechung im Gruppenkreis untereinander aus.[75] Diese Kontakte scheinen jedoch eher loser Art gewesen zu sein.[76]

Eine weitere Stufe im eskalierenden Konflikt bedeutete die Durchführung einer von Bibelforschern in der 1. Hälfte des Jahres 1937 organisierten und reichsweit angelegten Flugblattaktion, deren Vorbereitung in erheblichem Maße in Lemgo betrieben wurde. Bereits im Dezember 1936 war zur Überraschung des Polizeiapparates im Reichsgebiet eine solche Aktion durchgeführt worden. Dabei waren bis zu 100.000 Flugblätter verteilt worden die eine auf dem Luzerner Kongreß verabschiedete Resolution enthielten, in der neben der Hitlerregierung vor allem und zu Unrecht die Spitze der katholischen Kirche für die Verfolgung verantwortlich gemacht wurde.[77] Als Reaktion auf diese generalstabsmäßig und schlagartig durchgeführte Aktion hatte der Leiter des Gaupersonalamtes der Gauleitung Westfalen-Nord in einem Rundschreiben an alle Gauamtsleiter, Gauinspekteure und Kreisleiter eindringlich davor gewarnt, die Angehörigen der IBV als harmlose Sektierer anzusehen. Die Bibelforscher stellten vielmehr eine starke Gefahr für die Volksgemeinschaft dar. Es sei daher nicht nur notwendig, die Gestapo bei der Bekämpfung dieser Gefahr zu unterstützen, sondern sich überhaupt der Angelegenheit der Bibelforscher mit besonderer Aufmerksamkeit zu widmen.[78]

Die Vorbereitungen zur zweiten Flugblattaktion wurden maßgeblich vom Reichsdiener Erich Frost, einem 35jährigen Leipziger Kapellmeister, bzw. nach dessen Verhaftung von seinem Nachfolger, dem 46jährigen Bochumer Schlosser Heinrich Dietschi und dem westdeutschen Bezirksdienstleiter Albert Wandres geleitet.[79] Mit einem 'Offenen Brief' sollten eingehender als in der (eher allgemein gehaltenen) Luzerner Resolution, die Verfolgungspraktiken der Gestapo und die Zustände in den Gefängnissen und Konzentrationslager angesprochen und verurteilt werden. Das Berner Büro der IBV erarbeitete auf der Grundlage von Berichten, die deutsche Bezirksdiener gesammelt hatten, einen Text, der von NS-Quellen ergänzt wurde. Der 'Offene Brief' unterrichtete unter anderem über Details von Folterungen an Bibelforschern und nannte Ort sowie Namen der beteiligten Beamten der Kriminalpolizei und Gestapo. Der Text dokumentiert, daß sich die Bibelforscher als „Märtyrer des christlichen Glaubens" verstanden und nicht bereit waren, sich der nationalsozialistischen Verfolgungsbürokratie zu beugen. So heißt es darin: „Die Verfolgung hat die treuen Zeugen Jehovas jedoch keineswegs abgeschreckt und wird sie auch fernerhin von ihrem Dienste nicht abhalten". An den 'Offenen Brief' war zudem

die Intention geknüpft, die Menschen zur Aufkündigung ihrer Loyalität gegenüber dem verbrecherischen NS-Staat zu bewegen. Dabei sollte es jedoch nicht um den Sturz des NS-Systems an sich gehen, sondern der geforderte Widerstand galt dem Kampf um das Gottesreich:[80] „Die Stunde eilt heran, da Christus im Auftrag Jehovas Satan und alle seine Diener vernichten wird". In der noch verbleibenden Zeit sollten sich die Menschen „gänzlich auf die Seite Gottes und Jesu Christi" stellen.

Offener Brief

An das bibelgläubige und Christus liebende Volk Deutschlands!

Der biblische Name für den allmächtigen Gott ist JEHOVA; er hat in seinem Wort, der Bibel, welches Christus die Wahrheit nannte, sein Vorhaben mit allen Menschen guten Willens geoffenbart. Die Kenntnis von diesem Vorsatz des Höchsten ist darum für jeden Menschen von lebenswichtiger Notwendigkeit.

D. Martin Luther prophezeite einst:

„Nach unser Zeit wird die Strafe auch über Deutschland und andere mehr gehen um der gräulicher Undankbarkeit und Verachtung Willen des lieben seligen Worts, das ihnen rein und reichlich geprediget wird. Und wird nach diesem hellen Licht ein gräuliche, schreckliche Finsternis kommen."

[Aus D. Martin Luthers Werke, Kritische Gesamtausgabe, Tischreden 6. Band Weimar 1921, Nr. 6361]

Es ist nun eine erschreckende Tatsache, daß die gegenwärtigen Machthaber in Deutschland alle aufrichtigen *Bibelchristen*, die offen ihren Glauben an Jehova Gott bekennen und ihm dienen, schmähen, verleumden und *mit grausamen Mitteln verfolgen.*

Jehovas Zeugen betfolgt

Ägyptens Pharao mißhandelte einst Jehovas auserwähltes Volk. Die Schrift erklärt, daß Pharao der Vertreter des Teufels war, und daß er samt seinen Helfershelfern von Gott bestraft und vernichtet wurde.

Mose war ein Hebräer, ein von Gott inspirierter Prophet, der einen Teil der Bibel verfaßt und darin erklärt hat, daß Jehova einen Größeren, von dem Mose ein Schattenbild war, erwecken würde, und daß dieser Größere der Messias sei und dem rechtmäßigen Herrscher der Erde ernannt werden würde. Viele weitere Bibelstellen und Jesu eigenes Zeugnis beweisen, daß *Jesus Christus* jener Größere, das heißt *der Messias* und *Erretter* ist.

Seit vielen Jahren haben wir, Jehovas Zeugen, früher Bibelforscher genannt, in Deutschland unseren Volksgenossen die Bibel und ihre trostreichen Wahrheiten gelehrt und dabei in selbstloser Weise zur Linderung materieller und geistiger Not Millionen verausgabt.

Als Dank dafür sind Tausende von Zeugen Jehovas in Deutschland aufs grausamste verfolgt, mißhandelt und in Gefängnisse und Konzentrationslager eingesperrt worden. Trotz größtem seelischen Druck und trotz sadistischer körperlicher Mißhandlung, auch an deutschen Frauen, Müttern und an Kindern im zarten Alter, hat man in vier Jahren nicht vermocht die Zeugen Jehovas auszurotten; denn sie lassen sich nicht einschüchtern, sondern fahren fort, *Gott mehr zu gehorchen als den Menschen*, wie es seinerzeit die Apostel Christi auch taten, als man ihnen verbot, das Evangelium zu verkündigen.

Die gegenwärtige unchristliche und bibelfeindliche Regierung maßt sich ferner an zu erklären, daß nur die römisch-katholische Kirche und die Staatskirche eine Art Religionsfreiheit ausüben kann, daß aber allen anderen wahrhaft bibelgläubigen Christen *keine Glaubens- und Gewissensfreiheit* gewährt wird.

Gewissenszwang

In vielen Teilen Deutschlands bemühen sich die Kreisleiter vergeblich, die Zeugen Jehovas zur Unterzeichnung von Ehrenerklärungen zu zwingen, worin es wörtlich heißt:

„ich versichere hiermit an Eidesstatt, daß ich die staatsfeindlichen Machenschaften der jüdischen internationalen Bibelforscher-Vereinigung erkannt habe und ich mich als treuer Deutscher von dieser Vereinigung, so weit ich ihr angehörte oder zuletzt, losgesagt habe ... ich werde die Gesetze und die Anweisungen der Partei und des Staates befolgen und vor allen Dingen auch in meiner Familie den Geist des Führers, besonders im Herzen meiner Kinder, aufrichten. Ich bedauere, daß ich früher einmal noch irreführen ließ und damit mich und meine Familie in Gefahr brachte ... Ich bin mir bewußt, daß jede weitere Betätigung für die Internationale Bibelforscherbewegung, ganz gleich in welcher Beziehung, schärfste Bestrafung nach sich zieht, da ich dann nicht mehr wert und würdig bin in der Gemeinschaft des deutschen Volkes zu leben und zu arbeiten. Falls in der kommenden Zeit staatsfeindliche Elemente an mich herantreten sollten mit Broschüren, Flugblättern, Büchern etc., werde ich die Täter sofort der zuständigen Partei- oder Polizeistelle melden und die Druckschriften abliefern.

Heil Hitler!"
(Unterschrift)

Bibelglaube — Wahnsinnslehre?

In einem persönlichen und vertraulichen Begleitschreiben der Kreisleitung W...., datiert den 5. April 1937, heißt es wörtlich:

„Jede Betätigung im Sinne dieser jüdisch- verbrecherischen Machenschaften [unsere Bemerkung: nämlich an Gott zu glauben und die Lehren der Bibel zu verkündigen] wird schärfstens bestraft."

Der Kreisleiter fährt fort:

„Da ich davon überzeugt bin, daß nur ganz wenige Verbrechernaturen an diese Wahnsinnslehre, die der Auswurf der Menschheit erdacht hat, wirklich glauben und für sie auch noch unter Einsatz der ganzen Person kämpfen können, nehme ich an, daß der größte Teil der uns namhaft bekannten früheren Bibelforscher oder der damit Sympathisierenden entweder durch falsche Information, Gedankenlosigkeit oder Gutgläubigkeit sich dieser Organisation anschlossen. Trotz des Verbots und erfolgter harter Bestrafungen gibt es noch Unbelehrbare, die immer wieder sich und ihre Familien in sinnloser Weise der Gefahr einer Bestrafung aussetzen."

Dann werden noch weitere Drohungen ausgesprochen, um den Bibelchristen zum Heuchler zu machen und die Erklärung zu unterzeichnen, indem es heißt:

„Sollte einer der Volksgenossen später sich erneut verfehlen, kann ich ihm nicht mehr helfen, es muß dann die ganze Härte des Gesetzes in Kraft treten. Falls ein ganz Verbohrter die Unterzeichnung dieser Erklärung ganz verweigern sollte, muß ich daraus entnehmen, daß er sich offensichtlich gegen Partei und Staat stellt und auch dann mit den Konsequenzen dieser Stellen zu rechnen hat."

Die Konsequenzen dieser Stellen sind Gefängnisstrafen bis zu fünf Jahren und nach Entlassung aus dem Gefängnis Konzentrationslager, und mancherorts, besonders im Ruhrgebiet, Ostpreußen und in Bayern, Mißhandlungen, die sich von den *Folterungen der Inquisitionszeit* nicht mehr unterscheiden.

Bibelfeindschaft

In amtlichen Blättern werden Jehovas Zeugen als Verbrecher, als Staatsfeinde, als Kommunisten, und die Führer der Bewegung als Juden hingestellt, obwohl alle Welt außerhalb Deutschlands und Millionen bibelgläubige Deutsche davon überzeugt sind, daß die Zeugen Jehovas weder Staatsverbrecher noch Kommunisten noch Juden sind, sondern einfache, anständige, gottgläubige Christen. Die christentum- und bibelfeindliche Einstellung der deutschen Parteijustiz wird ferner bewiesen durch einen Artikel der Zeitschrift: „Der Deutsche Justizbeamte" Berlin, Ausgabe vom 21. März 1937. Unter der Überschrift: „Der Bibelforscher im Strafvollzuge", von Strafanstaltsvorsteher Liesche, heißt es wie folgt:

„Welche Greueltaten die Internationale Bibelforscher-Vereinigung über Deutschland und unseren Führer bewußt zu verbreiten sucht, zeigt uns eine Resolution, die der Mitteleuropäische Kongreß der Zeugen Jehovas in Luzern, während der Tagung vom 4.-7. September 1936, faßte und alle gutgesinnten Menschen aufforderte, davon Kenntnis zu nehmen, daß Jehovas Zeugen in Deutschland, Österreich und anderswo grausam verfolgt, mit Gefängnis bestraft und auf teuflische Weise mißhandelt und manche von ihnen getötet werden. Die Hitler-Regierung hat den wahren Christen jede Art von grausamen Bestrafungen auferlegt und fährt fort dies zu tun. ..."

„Diesen Zeugen Jehovas liegt bei ihren Einlieferungen in die Gefängnisse daran, die Bibel zu bekommen, damit sie ihre staatsfeindliche Einstellung durch planvoll zusammengesetzte Bibelstellen weiter verfolgen und wenn möglich auf andere Insassen der Gefängnisse übertragen können. Sache der Vollzugsbehörden soll es sein, zu verhindern, daß das Studium der Bibel zu Aufzeichnungen führt, die in staatsgefährlicher Weise verwendet werden können. Es ist somit dem pflichtgemäßen Ermessen der Vollzugsbehörden überlassen, wie sie das verhindern; die Hauptsache ist, daß sie es verhindern."

„Der Paragraph 112, Ziffer 3, der Dienst- und Vollzugsordnung besagt: ‚Den christlichen Gefangenen sind die von den kirchlichen Behörden eingeführten Gebet- und Gesangbücher zu verabreichen; evangelische Gefangene erhalten ferner ein Neues Testament mit Psalmen, katholische Gefangene den Diözesan-Katechismus und ein Neues Testament oder die Biblische Geschichte. Jüdische Gefangene erhalten ein Gebetbuch.' *Diese Bestimmungen treffen aber für die Ernsten Bibelforscher als Strafgefangene nicht zu. ..."*

„Da nach Paragraph 112 StPO. der Zweck der Untersuchungshaft auch darin besteht, den Häftling an neuen strafbaren Handlungen zu hindern, würde es offensichtlich dem Haftzweck widersprechen, den Untersuchungsgefangenen diejenigen Bücher (Bibel und Neues Testament) zu verabfolgen, aus denen sie für ihre innere Zugehörigkeit zu ihrer verbotenen Sekte und deren staatsfeindlichen Einstellung fortdauernd neue Nahrung und Ermunterung entnehmen könnten. Der zuständige Richter wird mithin auf entsprechenden begründeten Antrag des betreffenden Strafanstaltsvorstehers in aller Regel *die Entziehung der ganzen Bibel für die Ernsten Bibelforscher anordnen.* ...

Abb. 1: Flugblatt-Text. Martin Luchterhandt, Berlin, danke ich für die freundliche Überlassung einer Kopie.

Der Text des Briefes war in Bern auf Aluminiummatrizen geschrieben worden und sollte über Prag durch eine Vertraute des Reichsdieners Frost im März 1937 nach Berlin geschmuggelt werden. Es war beabsichtigt, ihn dort mit einem Rotaprintgerät zu vervielfältigen, jedoch machte die Verhaftung des Reichsdieners in der Nacht vom 20. auf den 21. März 1937 diesen Plan zunichte. Nachdem es auch nicht gelungen war, 200.000 in Bern gedruckte Exemplare des Briefes nach Deutschland zu bringen, wurden erneut Matrizen aus der Schweiz in das Reichsgebiet nach Lemgo eingeschmuggelt. Es handelte sich dabei um sogenannte Pappmatern, die zuerst stereotypisiert werden mußten, um die Druckplatten für die Schnellpresse zu erhalten.[81] In Lemgo wurde

die Druckvorlage von Hermann Strohmeier – Inhaber einer Druckerei in der Kluskampstraße – erwartet. Strohmeier, der nach Feststellung der Gestapo-Außenstelle Detmold seit 1925 Anhänger der IBV war[82] und den die Stadt, und ihr nachfolgend andere Behörden, aufgrund seiner Nichtteilnahme an der Wahl vom 29. März 1936 boykottierten,[83] druckte von diesem Flugblatt rund 90.000 Stück. Dabei wurde er von seinem Sohn, ferner von seinem Angestellten und zugleich Glaubensbruder Heinrich Kluckhuhn sowie seinem Drucker Paul M. unterstützt. Letztgenannter, der maßgeblich die drucktechnische Arbeit ausführte, tat diese einzig aufgrund seiner kommunistischen Überzeugung. Diese Zusammenarbeit belegt eine sehr seltene 'punktuelle Kooperation' zwischen Kommunisten und Bibelforschern in jener Zeit.[84] Es war nicht das erste Mal, daß nach 1933 in der Druckerei Strohmeier für die Bibelforschergemeinschaft Schriften gedruckt wurden. Der Abtransport der gedruckten Exemplare, die reichsweit mit der Post verschickt wie auch direkt über Hausbriefkästen verteilt werden sollten, erfolgte durch einen LKW. Den in diese Aktion nicht eingeweihten ortsunkundigen Fahrer hatte man zuvor in Lemgo bei Dunkelheit stundenlang im Kreis fahren lassen, um ihm jegliche Orientierung zu nehmen. Unmittelbar nach Abtransport der druckfrischen Exemplare verließen die Beteiligten Lemgo und fuhren in Urlaub.[85] Wie auch bei der ersten Flugblattaktion wurde die Gestapo von der am 20. Juni 1937 – einem Sonntag – durchgeführten Verteilung überrumpelt. Einige Exemplare verteilte man auch in Lippe, wenngleich der Schwerpunkt dieser und der vorhergegangenen Aktion in den Großstädten lag.[86] Bereits Anfang Juli ließ die Gestapo Strohmeier und die anderen an ihren Urlaubsorten verhaften. Der LKW-Fahrer hatte in einer Wirtschaft in Bierlaune von seinem Transport erzählt, worüber die Gestapo informiert wurde. Beamte setzten daraufhin den Fahrer in einen Dienstwagen und fuhren mit ihm tagelang in Lemgo umher, zunächst ohne Erfolg. Erst ein tiefes Schlagloch, die einzige markante Erinnerung des Fahrers an die Strecke, verhalf der Gestapo zum Ermittlungserfolg, denn es befand sich nur wenige Meter entfernt vom Strohmeierschen Firmenschild.[87]

Als Standort der Gestapo-Außenstelle[88] und des Landgerichtsgefängnisses, in das Strohmeier sen. eingewiesen wurde, war die Bedeutung der Stadt Detmold im Rahmen der Verfolgung lippischer Bibelforscher vornehmlich institutioneller Art. Die Stadt beherbergte keine numerisch auffällige Bibelforschergruppe, aber die Lippe betreffenden einschlägigen Verfolgungs- und Bedrückungsmaßnahmen setzte in Detmold die Gestapo-Filiale insbesondere in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie und der Partei um. So überwachte die Gendarmerie im Auftrag der Bielefelder bzw. Detmolder Gestapo Anhänger der IBV in Lippe[89] und nahm auch in der Regel die Verhaftungen vor, während die Partei auf Bitten der Gestapo für die 'politische Nachüberwachung' der aus Polizei- oder KZ-Haft entlassenen Bibelforscher sorgte, die von Mitgliedern der zuständigen Ortsgruppen im persönlichen Umfeld der Haftentlassenen betrieben wurde.[90]

Des weiteren wurde der überwiegende Teil der in Lippe Verhafteten in Detmold durch die Gestapo verhört, erkennungsdienstlich behandelt und im Rahmen der Untersuchungshaft im dortigen Landgerichtsgefängnis inhaftiert. Für die Mehrzahl dieser Insassen war es anscheinend nur eine Durchgangsstation auf dem Weg in das Bielefelder Gerichtsgefängnis, das Polizeigefängnis an der Turnerstraße[91] oder für das Gerichtsgefängnis in Hannover,[92] um vor den dortigen Sondergerichten abgeurteilt zu werden.

In beiden letztgenannten Städten waren im Zuge der Verordnung der Reichsregierung über die „Bildung von Sondergerichten" vom 21. März 1933 Sondergerichte eingerichtet worden, vor denen das Gros der Bibelforscherprozesse durchgeführt wurde.[93] Nach Paragraph 2 der genannten Verordnung waren die Sondergerichte zuständig für die Aburteilung der nach der 'Reichstagsbrandverordnung' und der nach der 'Verordnung zur Abwehr heimtückischer Angriffe gegen die Regierung der nationalen Erhebung' vom 21. März 1933 – abgelöst durch das 'Heimtückegesetz' – unter Strafe gestellten Tatbestände. Ab 1938 wurde die Zuständigkeit der Sondergerichte ausgeweitet. Statt bei der normalen Gerichtsbarkeit konnte die Staatsanwaltschaft vor dem Sondergericht anklagen, wenn ihr die Tat besonders schwer oder verwerflich erschien, sie in der Öffentlichkeit Unmut hervorgerufen hatte oder ihre sofortige Aburteilung durch das Sondergericht geboten war.[94] Aufgrund ihrer besonders kurzen, da rechtsmittellosen Verfahren ermöglichten sie die rasche Aburteilung von 'Straftätern'. Für Roland Freisler, zuletzt Vorsitzender des Volksgerichtshofes, sollten sie die 'Panzertruppe' der Rechtspflege bilden.[95]

Das Bielefelder Sondergericht wurde erst am 1. Dezember 1940 eingerichtet. Bis dahin war das seit dem 15. Mai 1933 arbeitende Dortmunder Sondergericht, das auch über lippische Bibelforscher im Rahmen von Sammelprozessen Urteile fällte,[96] das einzige im Oberlandesgerichtsbezirk Hamm. Zeitweilig tagte es in den Räumlichkeiten des Bielefelder Landgerichts.[97] Der Geschäftsbereich des Bielefelder Sondergerichts umfaßte die Landgerichtsbezirke Bielefeld, Münster und Paderborn,[98] während der Zuständigkeitsbereich des Sondergerichts Hannover, welches das einzige im Oberlandesgerichtsbezirk Celle blieb, auch ganz Lippe umfaßte. Folglich wurden auch lippische Bibelforscher mehrheitlich vom Sondergericht Hannover abgeurteilt. Durch die per Erlaß vom 20. Juli und 18. September 1944 verordnete Anbindung des Landgerichts Detmold an das Oberlandesgericht Hamm und das Sondergericht Bielefeld fanden diese Prozesse schließlich in Bielefeld statt. Zuvor hatte das Landgericht Detmold dem Oberlandesgericht Celle und damit dem Sondergericht Hannover angehört.[99]

Auch wenn die Justiz – von NSDAP und Gestapo als reaktionär sowie verbürgerlicht kritisiert und kritisch beäugt[100] – in einer Mischung aus Opportunismus und politischer Überzeugung ihren Beitrag zur schrittweisen Aushöhlung und Beseitigung geltender Rechtsnormen leistete, bedeutete diese Ent-

wicklung keineswegs, daß über lippische Bibelforscher von den Richtern der Amts-, Land- und Sondergerichte durchgehend Höchststrafen verhängt wurden. Wohl die Mehrzahl der verhafteten Bibelforscher und Unterstützer in Lippe wurden auch von den Sondergerichten zu vergleichsweise mäßigen, in der Regel mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt; insbesondere dann, wenn sie erstmalig 'auffällig' geworden waren.[101] Über bereits einmal oder mehrmals Verurteilte sowie Funktionäre verhängten Richter hingegen deutlich höhere Haftstrafen, an die sich seit Frühjahr 1937 vielfach eine polizeiliche 'Schutzhaft' anschloß, die von der Gestapo als strafergänzendes und strafverschärfendes Instrument mit dem Ziel fortwährender KZ-Haft aller unbeugsamen Bibelforscher angewandt wurde.[102] So verurteilte das Sondergericht Hannover den Lemgoer Druckereibesitzer Hermann Strohmeier zu drei Jahren Gefängnis,[103] blieb damit aber deutlich unter der vom Reichsjustizminister Franz Gürtner in der 2. Hälfte der 30er Jahre in bezug auf Funktionäre und Aktivisten dieser Personengruppe geforderten Höchststrafe von fünf Jahren.[104] Selbst im Krieg scheint diese Haftstrafe über lippische Bibelforscher nicht verhängt worden zu sein.[105] Auch Sondergerichte in anderen Teilen des Reichsgebiets fällten trotz ihrer Mißachtung des offiziell nie in Frage gestellten 'Grundrechts auf religiöse Vereinigungsfreiheit' zum Leidwesen des Reichsjustizministers und vor allem der Gestapo „milde" Urteile.[106] Aufgrund dieser für jene Verfechter eines härteren Kurses unbefriedigenden Entwicklung forderte Minister Gürtner in einem vertraulichen Schreiben vom 6. November 1936 den Generalstaatsanwalt in Hamm dazu auf, anhand einer mitübersandten Denkschrift der Gestapo zur Gefährlichkeit der IBV in den Verfahren beim Sondergericht [Dortmund; der Verf.] nicht nur „besonders harte Strafen gegen Funktionäre zu beantragen", sondern „mit dem Inhalt der Denkschrift die Höhe der Strafanträge zu begründen".[107] Letztlich 'korrigierte' die Gestapo auf ihre Art das gegen Strohmeier gefällte Urteil, indem sie ihn wie manch anderen lippischen Bibelforscher in 'Schutzhaft' nahm.

Mit dem Stigma 'Wühlarbeit für den Kommunismus' zu betreiben und damit zur 'fünften Kolonne' des 'Bolschewismus' zu zählen, wurde nicht nur die Gesamtheit der deutschen Bibelforscher, sondern mitunter auch gezielt ein Einzelner unter ihnen belegt. So diffamierte im Bielefelder Gefängnis die Verfolgungsbürokratie kühl kalkulierend Strohmeiers Flugblattaktivitäten als 'Aktion für den Kommunismus' und trieb damit einen Keil zwischen den inhaftierten Druckereibesitzer und anderen inhaftierten Glaubensanhängern, die, wie die meisten Bibelforscher, den Kommunismus mit dem ihm inhärenten Atheismus sowie den stalinistischen Terror verurteilten. Fortan wurde er im Gefängnis gemieden.[108] Unter dem Eindruck der Verhaftung und der Verhöre, bei denen die Detmolder und Bielefelder Gestapo im Gegensatz zu ihren Kollegen im Ruhrgebiet auf systematisches Foltern verzichteten,[109] erklärten sich einige lippische Bibelforscher zur Unterschrift unter eine Verzichterklärung bereit, mit

der sie bekundeten, sich zukünftig „nicht weiter für die IBV zu betätigen".[110] Die Unterschrift unter solch eine Erklärung konnte den Betroffenen vor der 'Schutzhaft' bewahren oder unter bestimmten Bedingungen die unmittelbare Freilassung aus dieser Haft zur Folge haben. Da solche Erklärungen keine Verleugnung des Glaubens verlangten, leisteten nicht wenige Bibelforscher aus taktischem Kalkül – wenn auch mit Skrupeln – ihre Unterschrift.[111]

Nach der Durchführung der zweiten Flugblattaktion intensivierte die Gestapo nochmals ihre Aktivitäten zur Bekämpfung der IBV. Es gelang ihr, den Reichsdiener Heinrich Dietschi und den leitenden Funktionär Albert Wandres zu verhaften. Im Gefolge dieser Festnahmen verhaftete man weitere leitende IBV-Funktionäre und -Aktivisten. Nach dieser in der 2. Hälfte 1937 durchgeführten reichsweiten Verhaftungswelle, die in einigen Orten Schleswig-Holsteins bis Anfang 1938 andauerte, bestand die IBV als umfassende reichsweite Organisation nicht mehr.[112] Auf regionaler Ebene hingegen gab es in der folgenden Zeit in einzelnen Landesteilen des Reiches Reorganisationsversuche.[113] Derartiges ist für Lippe nicht festzustellen. Nach der Verhaftungswelle vom April 1936, der 'Enttarnung' und 'Zerschlagung' der von Strohmeier sen. betriebenen 'illegalen' Druckerei sowie als Reaktion auf die Verhaftung einzelner Bibelforscher in Lippe in jenen Jahren scheinen die Bibelforscherzirkel in der Region, bedingt durch die Nichtwiederherstellung ihrer organisatorischen Verknüpfung oder Teilverknüpfung, sich mehr und mehr voneinander abgeschottet zu haben. Der Verfolgungsdruck hat jedoch den Bekennermut vieler von ihnen keineswegs gebrochen. Dieser war zumindest mit ein Anlaß für die im April 1941 erfolgte letzte größere Verhaftungsaktion in Lippe, die sich gegen acht Mitglieder[114] der rund 20 Personen umfassenden regional bedeutsamen Blomberger Gruppe richtete.[115] Das vom Sondergericht Hannover gegen sie verhängte Strafmaß blieb vergleichweise moderat. Es bewegte sich je nach Angeklagtem zwischen fünf und zehn Monaten.[116] Zwar kam die am 25. November 1939 erlassene 'Verordnung zur Ergänzung der Strafvorschriften zum Schutz der Wehrkraft des deutschen Volkes' durch das Gericht zur Anwendung nach der jeder, der „an einer wehrfeindlichen Verbindung teilnimmt oder sie unterstützt", – und Bibelforschern wurde generell eine wehrfeindliche Gesinnung unterstellt – „mit Zuchthaus [...] bestraft" werden konnte.[117] Da das Gericht sie aber als weitgehend harmlos einstufte, bot diese Verordnung auch die Möglichkeit, sie in „minder schweren Fällen" mit Gefängnis zu bestrafen. Die während der Kriegsjahre jedoch insgesamt deutlich zunehmende Strafhöhe geht in erheblichem Maße auf diese Verordnung und die sogenannte 'Kriegssonderstrafrechtsverordnung' zurück, die in Paragraph 5 den Straftatbestand der 'Wehrkraftzersetzung' einführte, die mit dem Tode zu bestrafen war. Nur in minder schweren Fällen sollte von dieser 'Normalstrafe' abgesehen werden.[118] Von den acht Verurteilten weigerten sich zwei – darunter eine Frau – die ihnen vorgelegte Verzichterklärung zu unterschreiben, mit der Folge, daß

man sie in 'Schutzhaft' nahm.[119] Zudem wurde ein zur Wehrmacht eingezogenes Mitglied der Blomberger Gruppe aufgrund seiner Verweigerung des Kriegsdienstes durch ein nicht genanntes Militärgericht zum Tode verurteilt und das Urteil vollstreckt. Er war einer von geschätzten 250 bis 300 deutschen und österreichischen Bibelforschern, die während des Zweiten Weltkrieges nach kriegsgerichtlichem Urteil hingerichtet wurden.[120] Der Wehrmachtbeauftragte der Gauleitung Westfalen-Nord ermahnte über die Kreisleitung den Blomberger Ortsgruppenleiter, diesen Todesfall vertraulich zu behandeln, damit „diesem Soldaten nicht aus Unkenntnis die Ehren eines Gefallenen erwiesen werden".[121]

Noch in den letzten Kriegsmonaten und -wochen, in denen im Reichsgebiet die Justiz bestrebt war, die Kriegsgesetzgebung unnachsichtig zum Schutz der 'inneren Front' anzuwenden und dabei eine Vielzahl von Todesurteilen fällte[122], außerdem Standgerichte der Wehrmacht kriegsmüde desertierte Soldaten hinrichten ließen, bekannten sich Bibelforscher auch in Lippe zu ihrer Überzeugung und riskierten dadurch ihr Leben. Mit Verweis auf den von der Bibelforscherlehre untersagten Waffendienst und das biblische Nichttötungsgebot weigerten sich in Lippe zumindest jeweils ein Anhänger aus Barntrup,[123] Blomberg[124] und Hörstmar,[125] am Dienst im 'Volkssturm' und an der Vereidigung als 'Volkssturmmann' teilzunehmen. Diese Verweigerungshaltung erstreckte sich im Fall des Blomberger Bibelforschers auch auf die ihm unterbreitete 'Notdienstverpflichtung' zu Schanzarbeiten am Westwall. Lediglich der 'Glaubensbruder' aus Hörstmar bezeichnete sich in der Gestapo-Vernehmung als aktiver Anhänger der Lehre, der noch nach dem Verbot der IBV versucht habe zu missionieren, wenngleich ohne Erfolg. Bei den beiden anderen handelte es sich nach ihrer Selbsteinschätzung wie auch nach Überzeugung der Gestapo um nicht mit der IBV und damit einer Gruppe in Verbindung stehende Anhänger der Lehre. Aufgrund ihrer passiven Haltung und isolierten Position innerhalb der Bibelforscherbewegung empfahl die Gestapo der Detmolder Oberstaatsanwaltschaft, die beiden „exemplarisch zu bestrafen". Eines noch deutlich schärferen und für die Justiz eindeutigeren Vokabulars bediente sich die Gestapo im Fall des Bibelforschers aus Hörstmar. In Anbetracht seiner aktiven Anhängerschaft und seiner im Vergleich zu den beiden anderen noch radikaler artikulierten Ablehnung des NS-Systems und seiner Führung forderte der den Schlußbericht über die Ermittlungen verfassende Gestapomitarbeiter, daß der Festgenommene „mit aller Härte ausgerottet werden" müsse.

Die seit Mitte Februar und März 1945 im Detmolder Landgerichtsgefängnis Inhaftierten sollten dem Sondergericht Bielefeld überstellt werden, das gegen sie wegen 'Wehrkraftzersetzung' aufgrund der Kriegssonderstrafrechtsverordnung urteilen sollte,[126] dazu kam es jedoch nicht mehr. Selbst der an den Bielefelder Kollegen gerichteten schriftlichen Bitte des Detmolder Oberstaatsanwalts vom 21. März um rasche Überführung des Hörstmarer Todeskandidaten

wurde nicht nachgegeben. Zu diesem Zeitpunkt, rund zwei Wochen vor Einmarsch der Amerikaner[127], war das Bielefelder Gericht nicht mehr oder bestenfalls nur noch bedingt arbeitsfähig. Ihre Entlassung aus dem Landgerichtsgefängnis erfolgte zwischen dem 3. und 5. April, also unmittelbar vor Einmarsch der Amerikaner in Detmold bzw. einen Tag nach Einnahme der Stadt.

Aus den vorliegenden Akten geht auch hervor, daß die Staatsgewalt nicht gegen die von den drei Bibelforschern wiederholt gezeigten 'sozialen Auffälligkeiten', wie Boykottierung der 'Wahlpflicht', Verweigerung von Spenden für NS-Sammlungen, Verweigerung des 'Hitler-Grußes', überhaupt gegen deren 'offene' Bekennung zur Glaubensgemeinschaft der 'Bibelforscher' eingeschritten war, obgleich die beiden letzgenannten Verhaltensweisen in anderen Fällen längst mit Konzentrationslagerhaft bestraft worden waren[128] und die betroffenen Ortsgruppen die Gestapo-Nebenstelle in Lage über jene 'Auffälligkeiten' sicherlich mittlerweile informiert hatten. Einer von den dreien gab während des Verhörs an, er habe „stets damit gerechnet," verhaftet zu werden. Anscheinend hatte sich die Gestapo auf 'Beobachten' und 'Registrieren' beschränkt.

Schlußbetrachtung

Fragen bleiben offen. Nach wie vor ist die Struktur der IBV-Organisation in Lippe, die Zahl ihrer Gruppen, Zellen und Verbindungen untereinander unklar. Ferner wäre zu überprüfen, ob es wie für Altona[129], Mannheim[130] und Osterode[131] auch innerhalb von Lippe ein lokales Verteilerzentrum für Bibelforschertraktate gegeben hat, von dem aus in der Region oder sogar über sie hinaus, Bibelforscher mit 'Speise' versorgt wurden.

Abschließend ist festzustellen, daß die lippische Bibelforscher-Gemeinschaft größer war als angenommen. In Relation etwa zur preußischen Provinz Westfalen war sie jedoch unbedeutend, für die auf der Grundlage eines bestimmten Prozentfaktors[132] Bibelforscher errechnet wurde! Gleichwohl erregten einige ihrer Mitglieder durch das 'illegale' Drucken des 'Offenen Briefes' die Aufmerksamkeit der überregionalen Verfolgungsbürokratie. Danach befand sich Lippe erneut im 'Windschatten' der andernorts die reichsweite Verfolgung der Bibelforscher kennzeichnenden Ereignisse. Der religiös motivierte Widerstand der Bibelforscher, der auch durch ihre provozierende Hartnäckigkeit in eine stufenweise Eskalation mit dem Regime mündete, wurde dort zum Politikum, wo er es herausforderte. In diesem Sinne wirkten auch Bibelforscher in Detmold und Lippe.

Anmerkungen

1. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich". (= Studien zur Zeitgeschichte. Hrsg. vom Institut für Zeitgeschichte; Bd. 42). München 1993, S. 41 (Anm. 1).
2. Detlev Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen". Neuzeitliche Christenverfolgung im nationalsozialistischen Hamburg. In: Verachtet-verfolgt-vernichtet. Zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes, hrsg. von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V, Hamburg 1986, S. 172-219, hier S. 180.
3. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 42.
4. Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen", S. 81.
5. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 56ff.
6. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 78. Dort sind auch Erläuterungen zu den in der Forschung genannten Schätzzahlen enthalten, die z.T. erheblich voneinander abweichen, S. 78 (Anm. 160 und 161) sowie bei Christian Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher" in Westfalen 1933 bis 1945. Unveröffentlichte Magisterarbeit der philosophischen Fakultät der Universität Münster 1992, S. 18.
7. Offenbarungsschriften finden sich auch bei den beiden anderen Abrahamsreligionen, dem Islam und dem Judentum.
8. Ausführlich zur Bibelforscherlehre der Abschnitt „Die Lehre der Glaubensgemeinschaft und ihre Beziehung zur staatlichen Ordnung" bei Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium.
9. In neueren Schriften der Wachturm-Gesellschaft wird nicht ohne Kalkül eingeräumt, daß „wir nicht die Gabe der Prophetie haben". „Es [war] deshalb hin und wieder notwendig, einige Ansichten zu korrigieren", Jehovas Zeugen. Menschen aus der Nachbarschaft. Wer sind sie? Hrsg. von der Wachturm-Bibel- u. Traktat-Gesellschaft, Deutscher Zweig 1995, S. 31.
10. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 22f.
11. Zitiert nach Garbe. Das erste Zitat in: Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 52, das zweite in: „Gott mehr gehorchen als den Menschen", S. 181.
12. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 61ff, 83. Siehe hierzu auch Michael Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 (1969), S. 181-218, hier S. 186.
13. Die Bände der die Zwischenkriegszeit betreffenden „Gesetzsammlung für den Freistaat Lippe" enthalten keine Hinweise auf 'Bibelforscher'.
14. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 80ff.
15. Zu den für das Verhältnis von 'Bibelforschern' bzw. 'Zeugen Jehovas' zum Staatswesen relevanten Grundzügen ihrer Glaubenslehre insbesondere Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 48f.
16. Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 188.
17. Ende 1933/Anfang 1934 ergingen auch Maßnahmen gegen Gruppierungen, wie etwa die „Freie Bibelforscher-Vereinigung" oder die „Menschenfreundliche Versammlung (Engel Jehovas)", die sich Jahre zuvor von der Wachturm-Gesellschaft abgespalten hatten, s. Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 110.
18. Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 86f., 94, 96f.
19. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 92, datiert das Verbot unzutreffend und zudem ohne Belegstelle auf Mitte Mai. Lippe bildete jedoch nicht das Schluß-

licht. So stammt die Auflösungsverfügung der Hamburger Polizeibehörde vom 15. Juli, ders., „Gott mehr gehorchen als den Menschen", S. 185.

20. Lippische Gesetzsammlung Nr. 38 (4. Juli 1933), S. 115.
21. Lippische Landeszeitung vom 5. Juli 1933.
22. Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 191.
23. Einen Tag nach dem Verbot der IBV vom 24. Juni 1933 und in dessen Unkenntnis war auf einem von 5.000 bis 7.000 Delegierten aus dem ganzen Reich besuchten Bibelforscher-Kongreß in der Berlin-Wilmersdorfer Sporthalle eine an den Reichskanzler adressierte Erklärung angenommen worden, in der versichert wurde, daß keinerlei Gegensätze zur nationalen Regierung des Deutschen Reiches vorlägen. Den in den Ländern erlassenen Verbotsanordnungen werde Folge geleistet, da man gewiß sei, „daß der Herr Reichskanzler bzw. die einzelnen hohen Landesregierungen diese Maßnahmen – durch welche zehntausende christliche Männer und Frauen schließlich einem dem Urchristen – Leiden vergleichbaren Märtyrertum verfallen müßten – nach Kenntnis der wirklichen Sachlage aufheben werden", zit. nach Hans-Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945. (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 71) Bonn-Bad Godesberg 1973, S. 160 (Anm. 4).
24. Siehe hierzu die detaillierten Ausführungen von Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, Kapitel II.
25. Staatspolizeistelle Bielefeld Außendienststelle Detmold LKP. 23/34 vom 14. Juli 1936, Staatsarchiv Detmold (im folgenden StA DT), L 113 Nr. 461, Bl. 5-11.
26. Kreisgeschäftsführer an Landrat Schweiger vom 4. Dezember 1936, StA DT, L 113 Nr. 449, Bl. 244-248; Kreisgeschäftsführer an Landrat Gruner mit gleichem Datum, L 113 Nr. 449, Bl. 79-82.
27. Siehe hierzu den Quellen- und Literaturanhang.
28. Die Namen der Interviewten und das Datum der Interviews sind gleichfalls im Anhang zusammengefaßt.
29. Näheres zu diesen Plänen Himmlers bei Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 451ff.
30. Die Tabellen sind enthalten bei Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher" in Westfalen, S. 14f. Für Lippe ermittelte er fünf 'Bibelforscher', die er dem „Weser- und Lipperbergland" sowie der „Warburger Börde" zuordnet, also Räumen, die politisch und kulturgeographisch nur zu einem Teil mit Lippe zu tun haben.
31. Zahlreiche Fälle verhafteter Bibelforscher aus dem östlichen Westfalen werden genannt bei Monika Minninger, Politisch und religiös Verfolgte in Stadt und Kreis Bielefeld. Ein Überblick. In: Joachim Meynert/Arno Klönne (Hg.), Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945, Bielefeld 1986, S. 67f., sowie bei ders./Bärbel Sunderbrink/Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk". NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Bielefeld vom 17. September bis 31 Oktober 1992. (= Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte 11), S. 61.
32. Geistiger Urheber dieser Charakterisierung ist Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit. Berlin 1965, S. 203. Ihm schlossen sich unkritisch an: Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen, S. 159; Manfred Koch, Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945. Hrsg. von Michael Bosch und Wolfgang Niess. (= Schriftenreihe zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs; Bd. 10). Stuttgart 1984, S. 95-103, hier S. 97. Auch Kunath mochte in seiner Arbeit auf diese

Formulierung nicht verzichten, Die „Ernsten Bibelforscher" in Westfalen, S. 16. Zur Kritik an dieser Einschätzung insbesondere Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 58 (Anm. 71).

33. Berufsangaben zu fünf Bibelforschern wurden entnommen, Staatsarchiv Münster (im folgenden StA MS), Sondergericht Dortmund/1905; StA DT, D 21 A Nr. 324, 1327, 1357; Stadtarchiv Horn-Bad Meinberg, 100-012.
34. Die Zahlen zu den angestellten Handwerkern und Selbständigen basieren zum Teil auf Vermutungen, da aus den in der Statistik und anderen Quellen enthaltenen Angaben nicht ersichtlich ist, ob etwa ein Handwerksmeister selbständig war oder nicht. Neben fünf Händlern und Kaufleuten wurden der Gruppe der Selbständigen vier Handwerksmeister, drei Landwirte, zwei Schmiede sowie jeweils ein Buchdrucker, Friseur, Schneider, Schuhmacher, Photograph, Architekt und Optiker zugeordnet.
35. Vgl. die Tabelle 6 (Agrarstruktur des Lipperlandes 1925) bei Hans Hüls, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik. (= Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe; Bd. 22). Detmold 1974, S. 23.
36. Zur Wirtschaftsstruktur des Landes Lippe siehe die knappen Ausführungen bei Hüls; S. 18ff. Sie betreffen jedoch nicht die Zeit nach 1933.
37. Lippische Landeszeitung vom 14. April 1933, „Polizeiaktion in Bad Meinberg. Zersetzende pazifistische Schriften beschlagnahmt". In einem Artikel des NS-Blattes „Lippischer Kurier" vom 5. Mai des gleichen Jahres wurde ebenfalls eine Verbindung zwischen 'Bibelforschern' und KPD ausgemacht. Bei Durchsuchungen von Häusern kommunistischer Funktionäre (ohne Angabe des Ortes) sei eine „Unmenge religiöser Schriften" der 'Bibelforscher' gefunden worden, in denen Artikel über Pazifismus und Antifaschismus enthalten seien. Dieser Umstand mache es erforderlich, daß sich die Behörden näher mit dieser „Sekte" und ihren „geheimen" Verbindungen zur KPD befassen sollten.
38. Stellvertretend für Lippe ist dieser Vorgang in Blomberg, Verfügung vom 19. Juni 1934 durch den Bürgermeister als Ortspolizeibehörde an den Führer der Landespolizei in Detmold, Stadtarchiv Blomberg (im folgenden StA B), Blomberg III Nr. 927.
39. Kreisleiter an Gestapo Bielefeld – Außendienststelle Detmold vom 4. April 1936, StA DT, L 113 Nr. 961, Bl. 171.
40. Ortsgruppe Bad Meinberg an Kreisleitung vom 27. April 1936, StA DT, L 113 Nr. 346, Bd.1, Bl. 199; Kreisleiter an Gauleitung Westfalen-Nord – Gaugeschäftsführer – vom 7. Mai 1936, Bl. 197; Ortsgruppe Bad Meinberg an Kreisleitung vom 17. Mai 1936, L 113 Nr. 395; Bl. 12.
41. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium: S. 152. Der Unmut der örtlichen Parteileitung war auch geraume Zeit nach dem 4. April noch nicht ganz verflogen. Er richtete sich gegen die nicht mehr zur Glaubensgemeinschaft gehörende Frau eines der durch den Mob bedrohten Bibelforscher, die seine Glaubensgefährten an jenem Tag gewarnt und zugleich aufgefordert hatte, die Türen zu verriegeln, da die SA die Männer verprügeln wolle. Tölle schlug der Kreisleitung vor, die als Vorarbeiterin bei der dortigen Badeverwaltung angestellte Frau auf einen schlechteren Posten zurückzustufen. Ihre Entlassung hielt er nicht für ratsam, um sie nicht zur Märtyrerin zu machen, Tölle an Wedderwille vom 17. Mai 1936, StA DT, L 113 Nr. 395, Bl. 12f.
42. Interview mit dem Sohn vom 15. November 1995.
43. Beispiele für derartige Mitteilungen in StA DT, L 113 Nr. 191, Bl. 123; L 113 Nr. 407, Bl. 236.
44. Im Dritten Reich gab es de jure keine Wahlpflicht.

45. Kreiswalter der Kreiswaltung Detmold an Kreisleitung vom 2. April 1936, StA DT, L 113 Nr. 433, Bl. 150; Kreisleiter an Matratzenfabrik Schnittger vom 4. April 1936, Bl. 149; Firma Schnittger an Kreisleitung vom 25. April 1936, Bl. 148; Arbeitsamt Detmold – Az I/10237 Kü/Tö an Kreisleitung vom 12. Mai 1936, Bl. 148.
46. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 153.
47. Auch eine Inhaftierung war nicht grundsätzliche Voraussetzung für ihre Entlassung, wie dies in bezug auf die Mannheimer Bibelforschergemeinde behauptet wird; Erich Matthias und Hermann Weber (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim. Mannheim 1984, S. 417-431, hier S. 428.
48. Ortsgruppe Pivitsheide an Kreisleitung vom 7. August 1936, StA DT, L 113 Nr. 400, Bl. 129; Kreisorganisationsleiter an das Postamt Detmold vom 8. August 1936, Bl. 127; Postamt an Kreisleitung vom 13. August 1936, Bl. 128.
49. Gemeint sind Angehörige der NSDAP mit einer Mitgliedsnummer unter 100.000.
50. Heinrich B. an Kreisleitung Lemgo vom 20. April 1934, StA DT, L 113 Nr. 169, Bl. 151; Bescheinigung des Pastors Ruperti (Lüdenhausen) vom 18. April 1934, Bl. 153; Nationalsozialistische Kriegsopferversorgung, Bezirk Lippe an Kreisleitung Lemgo vom 5. April 1934, Bl. 156; Kreisleitung Lemgo an Reichspostdirektion Minden vom 7. Juni 1934, Bl. 139; Abteilung Minden der Reichspostdirektion Münster III B3 an Kreisleitung Lemgo vom 16. Juni 1934, Bl. 138.
51. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 159.
52. Der Führer der Landespolizei III. IV.5.1. an den Landrat in Detmold; der Landrat Gesch. St. II an die Bürgermeister und Amtmänner als Ortspolizeibehörden vom 5. September 1934, StA B, Blomberg III Nr. 928.
53. Verfügungen des Bürgermeisters als Ortspolizeibehörde vom 18. September 1934, StA B, Blomberg III Nr. 928.
54. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 159f.
55. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 169.
56. Der Tischler Eduard H. aus Pivitsheide VL wurde durch das Arbeitsamt nicht weitervermittelt, da er sich zuvor aufgrund seiner aus seinem Glauben motivierten Weigerung, Arbeit beim Detmolder Fliegerhorst anzunehmen, als Bibelforscher zu erkennen gegeben hatte. Bekannte (Landwirte/Kleingewerbetreibende) versorgten ihn mit Aufträgen; Interview mit Frau H. vom 19. Juni 1995. Privat unterstützt wurde auch der wegen seiner Bibelforscherzugehörigkeit als Maurer entlassene W. aus Bad Meinberg. Ein Verwandter half ihm finanziell, Interview mit Herrn W.W. vom 15. November 1995.
57. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 171.
58. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 173, 175ff.; ders.: „Gott mehr gehorchen als den Menschen", S. 187.
59. StA DT, L 113 Nr. 961, Bl. 112, Unterschrift: Kriminal-Sekretär Koch, gesehen: Landespolizeiführer.
60. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 179.
61. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 188. Diese Formulierung geht auf Michael Kater zurück: Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich, S. 200.
62. Zur Verschärfung der Kinderraubpraxis durch das Einwirken der Gestapo auf die Rechtsprechung der damit befaßten Zivilgerichte: Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, insbesondere S. 192ff.
63. StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 66, 182. Aufgrund der geäußerten Selbstmord-, bzw. Tötungsabsicht war die Kreisamtsleitung der NSV zuvor zu der Auffassung gelangt, die vorbereitete Heim-Unterbringung der beiden Kinder vor der Mutter „noch ge-

heim" zu halten. Eine der beiden Töchter wurde in die Kindererziehungsanstalt Nettelstedt eingewiesen.

64. L 113 Nr. 725/962, Bl. 58. Der Name des oder der Konzentrationslager, in das sie eingeliefert wurde, ist bzw. sind nicht überliefert. In einem anderen Fall entzog das Amtsgericht Horn einem bereits mehrfach verhafteten Bibelforscher aus Holzhausen-Externsteine das Sorgerecht über seine Kinder, StA DT, D 20 B Nr. 2566.
65. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 44.
66. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 45.; Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 217 und 219.
67. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 229f.
68. So Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 239f.
69. Kunath berichtet von im Mai 1936 vorgenommenen umfangreichen Verhaftungen im Bereich der Gestapostelle Dortmund, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 53. Die Bielefelder Gestapostelle war bei der Verfolgung von Bibelforschern auch über ihren Zuständigkeitsbereich hinaus 'erfolgreich' aktiv. So „rollte" sie nach der Verhaftung der in Bielefeld festgenommenen Funktionäre Kurt Walter und August Drda aus Gründen eines raschen Zugriffs mit Genehmigung des Geheimen Staatspolizeiamtes in Berlin im Rheinland, in Westfalen und im Nordwesten des Reichsgebietes einen bis Mai 1938 bestehenden Apparat der IBV „auf". Durch Bielefelder Beamte wurden dabei 50 Personen verhaftet und den betreffenden Gestapostellen zur Fortsetzung der Nachforschungen überstellt, „Bericht über die Aktion gegen die Internationale Bibelforscher-Vereinigung (IBV) im Westen des Reiches – 1938", StA DT, L 113 Nr. 962; Bl. 261-278.
70. Von den 122 Festgenommenen gehörten 84 zu den Dienstleiterbezirken Lippe (Dienstleiter Holste und 15 Mitglieder), Gütersloh (Dienstleiter Hermann Hunke und 21 Mitglieder), Bielefeld (Dienstleiter Lünenschloß und 4 Mitglieder), Bad Lippspringe (Dienstleiter Kusserow und 5 Mitglieder), Herford (Dienstleiter Hofmann und 20 Mitglieder), Bad Oeynhausen (Dienstleiter Johannsmeier und 8 Mitglieder), Bünde (Dienstleiter Oberschelp und 4 Mitglieder).
71. Preußische Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle für den Reg. Bez. Minden und die Länder Lippe und Schaumburg-Lippe B. Nr. II B1-1983/1936 an den Landrat in Bielefeld vom 8. August 1936, StA DT, M1 I P Nr. 654 Bd.II. Im Rahmen dieser Aktion zerschlug man auch die in Kirchlengern bei Herford angesiedelte 'Freie Bibelforschergemeinde', eine Abspaltung von der IBV.
72. Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 244f.
73. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 67.
74. Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 57ff; Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 243f.
75. Interview mit Herrn S. vom 7. Juni 1995.
76. Interview mit Herrn S.
77. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 243, 246ff. Zur Durchführung der Flugblattaktion vom Dezember 1936 in Westfalen: Christian Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 59f. Die Resolution ist abgedruckt bei Friedrich Zipfel, Kirchenkampf, S. 363-366.
78. Gauleitung Westfalen-Nord – Gaupersonalamtsleiter – Bey/Fe. vom 14. Januar 1937, StA DT, L 113 Nr. 253, Bl. 144f. Im Bezirk der Gauleitung Westfalen-Nord waren die Flugblätter vornehmlich in der Stadt Münster und einigen „Orten des Ruhrgebiets" verteilt worden.
79. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 243, 253f.

80. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 256.
81. Jahrbuch der Zeugen Jehovas. Hrsg. von der Wachturm Bibel- und Traktat-Gesellschaft. Wiesbaden 1974, S. 157f.
82. Staatspolizeistelle Bielefeld – Außendienststelle Detmold Tgb. Nr. – II D-1386/40 an die Kreisleitung der NSDAP vom 2. November 1940, StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 32.
83. Im Rahmen seines Wiedergutmachungsantrags von Strohmeier abgegebene Erklärung vom 10. September 1949, Stadtarchiv Lemgo, A 11507.
84. Vgl. hierzu Gerhard Hetzer, Ernste Bibelforscher in Augsburg. In: Martin Broszat u.a. (Hg.) Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C. München/Wien 1981, S. 621-643, hier S. 637.
85. Interview mit Günter Strohmeier (Enkel des damaligen Druckereiinhabers) und Paul M. vom 14. Juni 1995.
86. Zur Durchführung dieser Flugblattaktion in Westfalen am Beispiel einiger Großstädte der Ruhrgebietsregion: Christian Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher", S. 72ff.
87. Interview vom 14. Juni 1995.
88. Im Rahmen der nach dem März 1941 erfolgten Aufhebung der Selbständigkeit der Bielefelder Gestapostelle, die der Gestapoleitstelle Münster zugeordnet wurde und den Status einer Außendienststelle erhielt, wurde anscheinend die Gestapo-Außenstelle in Detmold – seit Mitte 1936 als Außendienststelle firmierend – aufgelöst. Dennoch gab es Gestapobeamte in Lippe. Sie waren in einem sogenannten Außenposten Lage zusammengefaßt, der zumindest seit Januar 1945 bestand.
89. Geheime Staatspolizei – Staatspolizeistelle Bielefeld – II B 1 – 1328/39 an die Landräte des Bezirks – Rundverfügung Nr. 21/39 – vom 22. März 1939, betr. IBV, StA B, Blomberg IV/231-00/5. Sogar Beerdigungen und die dabei vorgetragenen Ansprachen wurden überwacht. Ein solcher für Blomberg überlieferter Fall ist dokumentiert in Verfg. Blomberg, den 4. Januar 1936, der Bürgermeister als Ortspolizeibehörde an den Bürgermeister hierselbst, Sta B, Blomberg III Nr. 928.
90. Gestapo-Außendienststelle Detmold Tgb. Nr. – II D-1386/40 an die Kreisleitung der NSDAP, betr. politische Nachüberwachung des ehemaligen Schutzhäftlings Hermann Strohmeier vom 2. November 1940, StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 32; beispielhaft die Überprüfung des in Lemgo lebenden Bibelforschers Erich K. durch den Ortsgruppenpropagandaleiter Friedrich Fasse, dessen an den Ortsgruppenleiter der Ortsgruppe Lemgo-West gerichteter Überwachungsbericht vom 14. September 1939 mit der Empfehlung endet, K. in ein Lager zu verbringen, „wo er das Arbeiten lernt und erzogen wird". Diese Empfehlung wurde durch die Ortsgruppe befürwortet und an die Kreisleitung weitergeleitet, die wiederum die Detmolder Gestapo mit der Bitte um Kenntnisnahme und weiterer Veranlassung informierte, Bl. 186ff.
91. Beispiel einer solchen Überstellung: H.S. (Interview v. 7. Juni 1995).
92. Beispiel einer solchen Überstellung: E. H. (Interview mit Frau H. vom 19. Juni 1995).
93. RGBl I (1933), S. 136. Siehe auch die gleichlautende Verordnung des preußischen Justizministers vom 23. März ds. Jahres. In: Justiz-Ministerialblatt, 95 Jg. (24. März 1933), S. 98.
94. Andreas Knobelsdorf, Politische Strafjustiz in Ostwestfalen-Lippe von 1933 bis 1945 und ihre Verarbeitung nach 1945. In: Gisela Diewald-Kerkmann, Kerstin Kunz, Andreas Knobelsdorf (Hg.), Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke in Bielefeld 1933–45. (= Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte; Bd. 10). Bielefeld 1992, S. 227.

95. Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt". Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich in Deutschland 1933–1945. In: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft. (= Bundeszentrale für politische Bildung; Schriftenreihe Bd. 314). Bonn ^{2}1993, S. 57-75, hier S. 69. Bereits in der Weimarer Republik hatte es Sondergerichte für politische Delikte und Wirtschaftsvergehen gegeben, wie zum Beispiel eines in Bielefeld, das von August bis zum Dezember 1932 bestand; Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk", S. 40. Siehe hierzu auch Crohne (ohne Vorname), Bedeutung und Aufgaben der Sondergerichte. In: Preußische Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik, 95. Jg. Ausgabe A (21. September 1933), S. 384.
96. StA MS, Sondergericht Dortmund Nr. 1905.
97. Im Zeichen des Hakenkreuzes. Bielefeld 1933–1945. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs vom 28. Januar – 20. März 1983, Bielefeld 1983, S. 100 (Erläuterung zum Bild E 47). Vgl. auch den Artikel „Ein Unverbesserlicher. Ein Lemgoer „Bibelforscher" verurteilt". In: Lippische Staatszeitung vom 15. April 1939.
98. Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk", S. 43.
99. Gabriele Freitag, Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippes 1939–1945. Unveröffentlichte Magisterarbeit im Fachbereich Geschichtswissenschaft/Osteuropäische Geschichte der Universität Frankfurt/M. 1992, S. 89. Verfahren vor dem Sondergericht Bielefeld, die lippische Bibelforscher betrafen in: StA DT, D 21 A Nr. 324, 1327, 1357.
100. Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt", S. 63.
101. Beispielsweise verurteilte das Sondergericht Hannover Paul M. zu sechs Monaten Gefängnis, StA DT Detmold, L 113 Nr. 717 Bd. 2, Bl. 807; Herbert S. verbrachte auf Anordnung desselben Gerichts während des Krieges sieben Monate im Gefängnis. Nach Beendigung der Haftzeit nahm ihn die Gestapo in 'Schutzhaft'. Über das Berliner Polizeigefängnis am Alexanderplatz wurde er in das Konzentrationslager Sachsenhausen verlegt, Interview vom 7. Juni 1995; Wilhelm K. wurde wenige Wochen vor Kriegsende vom Amtsgericht Lemgo zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, StA DT, D 21B Nr. 247. Zur „milden" Urteilspraxis siehe auch Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 263f.
102. Siehe hierzu Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 284ff.
102. StA DT, L 113 Nr. 962, Bl. 323.
104. Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt", S. 63.
105. Angermund konstatiert, daß es vor und während des 2. Weltkrieges in der politischen Rechtsprechung sowohl in der Gesetzesauslegung wie auch in der Anwendung der Strafmaße z.T. beträchtliche Unterschiede zwischen einzelnen Regionen bzw. Gerichten gab; Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt", S. 70.
106. Ralph Angermund, „Recht ist was dem Volke nutzt", S. 62f. Vgl. auch die vom Bielefelder Landgericht und dem Herforder Amtsgericht gegen Bibelforscher verhängten Urteile bei Monika Minninger, „Das Recht wurzelt im Volk", S. 61ff.
107. Z.Hd. des Ersten Staatsanwalts Dr. Kesselböhmer. Zit. nach: Die Auflösung des Rechtsstaates 1933–1936. Hrsg. von der Justizakademie NRW und der Dokumentations- und Forschungsstelle „Justiz und Nationalsozialismus", Quelle 31b.
108. Interview vom 7. Juni 1995.
109. Zur Folterung von Bibelforschern in einigen Ruhrgebietsstädten siehe den Hinweis im zweiten Flugblatt. Herbert S. berichtet, daß er im Bielefelder Gefängnis an der Turnerstraße bei einem Verhör zwar geohrfeigt wurde und einen Fußtritt ins Gesäß er-

hielt, jedoch keiner intensiv betriebenen Folter unterworfen war, Interview vom 7. Juni 1995. Vgl. hierzu auch Monika Minninger, „Das Recht wurzelt im Volk", S. 65.

110. Von sieben im April 1941 verhafteten Blomberger Bibelforschern unterschrieben vier eine Verzichterklärung, Interview vom 7. Juni 1995.
111. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 297 und Anm. 88.
112. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 258ff. Vgl. auch den Jahreslagebericht 1938 und den Vierteljahreslagebericht 1939 des Sicherheitshauptamtes, enthalten in Bd. 2 der „Meldungen aus dem Reich 1938–1945". Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Hrsg. von Heinz Boberach. Herrsching 1984, S. 52 und 237.
113. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 322.
114. Stimmungsbericht des Kreisobmannes der DAF, vermutlich Ende 1941 verfaßt. StA DT, L 113 Nr. 950, Bl. 292. Herbert S., der zu den Verhafteten gehörte, erwähnte sieben Verhaftete, Interview vom 7. Juni 1995.
115. Nach Herbert S. gehörten von den in der oben erwähnten Gestapo-Statistik aufgelisteten 29 Bibelforschern lediglich 18 tatsächlich zu diesem Kreis, Interview vom 7. Juni 1995.
116. Fernmündliche Mitteilung von Dr.von Boetticher, Nds. HStA vom 17. Mai 1995.
117. Zitiert nach Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 338.
118. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 336f..
119. Interview vom 7. Juni 1995.
120. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 367. Eine detailreiche Behandlung des Aspekts der Kriegsdienstverweigerung der 'Zeugen Jehovas' im gleichnamigen Kapitel bei Garbe.
121. Das Schreiben des Wehrmachtbeauftragten datiert vom 21. Mai 1943, StA DT, L 113 Nr. 1054, Bl. 130f.
122. Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 70.
123. StA DT, D 21A Nr. 324.
124. StA DT, D 21A Nr. 1327.
125. StA DT, D 21A Nr. 1357.
126. Dem aus Blomberg stammenden Bibelforscher halfen weder die Bemühungen seines Bruders, des dortigen Ortsbauernführers, wie auch die des dortigen Ortsgruppenleiters, über Wedderwille seine Haftentlassung zu bewirken, noch seine gegenüber der Detmolder Staatsanwaltschaft nach einem 'Gespräch' mit seinem Onkel, dem Rektor und Gauredner Wilhelm Tölle, bekundete Bereitschaft, „alles zu tun, was von mir verlangt wird", StA DT, D 21A 1357.
127. Am 4. April waren die Amerikaner auf wenig bewaffneten Widerstand stoßend bis in den Stadtkern vorgedrungen. Im Zeichen des Hakenkreuzes, S. 187. Am 18. März hatte das Sondergericht seine letzte Verhandlung außerhalb Bielefelds durchgeführt. Auf diese Weise sparte man Zeit und somit Kosten. Verhandlungen fanden außer in Bielefeld in Paderborn, Warendorf und Münster statt; Andreas Knobelsdorf, „Das Recht wurzelt im Volk", S. 46.
128. Vgl. hierzu Detlev Garbe, Zwischen Widerstand und Martyrium, S. 154.
129. Detlev Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen", S. 191.
130. Manfred Koch, Der Widerstand im deutschen Südwesten, S. 423f.
131. Walter Struve, Die Zeugen Jehovas in Osterode am Harz. Eine Fallstudie über Widerstand und Unterdrückung in einer kleinen Industriestadt im Dritten Reich. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 62 (1990), S. 265-296, hier S. 280.

132. Der Faktor beträgt 0,03% und ergibt sich aus der Feststellung, daß der Bibelforscheranteil 1933 an der Gesamtbevölkerung eben diesen Prozentsatz ausmachte. Danach hätte es in Lippe bis zu 60 Bibelforscher gegeben.

Anhang

A Unveröffentlichte Quellen

Staatsarchiv Detmold

Landgericht Detmold
D 20 B Nr. 2566

Staatsanwaltschaft Bielefeld
D 21 A Nr. 324, 1327, 1357

Staatsanwaltschaft Detmold
D 21 B Nr. 247

NSDAP und NS-Organisationen in Lippe
L 113 Nr. 169, 191, 253, 346 Bd.1, 395, 400, 407, 433, 449, 461, 717 Bd. 2, 725, 950, 961, 962, 1045

Regierung Minden/Polizei
M 1 I P Nr. 55, 654 Bd. II

Hauptstaatsarchiv Hannover

Hann. 171a Hann. 107/83 Nr. 727

Staatsarchiv Münster

Sondergericht Dortmund Nr. 1737, 1738, 1905

Stadtarchiv Lemgo

A 12045

A 11507

Stadtarchiv Blomberg

Blomberg III Nr. 927, 928

Blomberg IV Nr. 231-00/5

Stadtarchiv Bielefeld

Kleine Erwerbungen, Dr. Monika Minninger

Stadtarchiv Horn

100-012

Literatur

Ralph Angermund, „Recht ist, was dem Volke nutzt". Zum Niedergang von Recht und Justiz im Dritten Reich in Deutschland 1933 – 1945. In: Karl-Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Neue Studien zur nationalsozialistischen Herrschaft., (= Bundeszentrale für politische Bildung; Bd. 314), Bonn ^{2}1993, S. 57-75.

Heinz Boberach (Hg.), Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Bd. 2, Herrsching 1984.

Chrone (ohne Vorname), Bedeutung und Aufgaben der Sondergerichte. In: Preußische Justiz. Rechtspflege und Rechtspolitik, 95. Jg. Ausgabe A (21. September 1933), S. 384.

Gabriele Freitag, Der Einsatz von Arbeitskräften aus Osteuropa in der Landwirtschaft Lippes 1939–1945, unveröffentlichte Magisterarbeit im Fachbereich Geschichtswissenschaft/Osteuropäische Geschichte der Universität Frankfurt/M. 1992.

Detlev Garbe, „Gott mehr gehorchen als den Menschen". Neuzeitliche Christenverfolgung im nationalsozialistischen Hamburg. In: Verachtet-verfolgt-vernichtet. Zu den vergessenen Opfern des NS-Regimes. Hrsg. von der Projektgruppe für die vergessenen Opfer des NS-Regimes in Hamburg e.V., Hamburg 1986, S. 172-219.

Ders., Zwischen Widerstand und Martyrium. Die Zeugen Jehovas im „Dritten Reich", München 1993 (Studien zur Zeitgeschichte. Hg. vom Institut für Zeitgeschichte; Bd. 42).

Gerhard Hetzer, Ernste Bibelforscher in Augsburg. In: Martin Broszat u.a. (Hg.), Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, Teil C, München u. Wien 1981, S. 621-643.

Hans Hüls, Wähler und Wahlverhalten im Land Lippe während der Weimarer Republik, Detmold 1974 (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe; Bd. 22).

Im Zeichen des Hakenkreuzes. Bielefeld 1933 – 1945. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs vom 28. Januar – 20. März 1983, Bielefeld 1983.

Justizakademie NRW und Dokumentations- und Forschungsstelle (Hg.), „Justiz und Nationalsozialismus". Die Auflösung des Rechtsstaates 1933 – 1936, (o.O.) 1990.

Michael Kater, Die Ernsten Bibelforscher im Dritten Reich. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 17 Jg. (1969), S. 181-218.

Andreas Knobelsdorf, Politische Strafjustiz in Ostwestfalen-Lippe von 1933 bis 1945 und ihre Verarbeitung nach 1945. In: Gisela Diewald-Kerkmann/Kerstin Kunz/Andreas Knobelsdorf, Vor braunen Richtern. Die Verfolgung von Widerstandshandlungen, Resistenz und sogenannter Heimtücke in Bielefeld 1933–45, Bielefeld 1992, S. 197-270.

Manfred Koch, Der Widerstand im deutschen Südwesten 1933–1945. Hrsg. von Michael Bosch und Wolfgang Niess, Stuttgart 1984, S. 95-103

Christian Kunath, Die „Ernsten Bibelforscher" in Westfalen 1933 bis 1945, unveröffentlichte Magisterarbeit der philosophischen Fakultät der Universität Münster 1992.

Erich Matthias/Hermann Weber (Hg.), Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Mannheim 1984, S.417-431.

Monika Minninger/Bärbel Sunderbrink/Andreas Knobelsdorf (Hg.), „Das Recht wurzelt im Volk". NS-Justiz im Landgerichtsbezirk Bielefeld. Katalog zur Ausstellung des Stadtarchivs Bielefeld vom 17. September bis 31. Oktober 1992 (Bielefelder Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte; 11)

Dies., Politisch und religiös Verfolgte in Stadt und Kreis Bielefeld. Ein Überblick. In: Joachim Meynert/Arno Klönne (Hg.), Verdrängte Geschichte. Verfolgung und Vernichtung in Ostwestfalen 1933–1945, Bielefeld 1986, S. 39-76.

Hanne Pohlmann, Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Bielefeld 1990 (Forum Lemgo; 5).

Josef Steinberg, Widerstand und Verfolgung in Essen 1933–1945, Bonn-Bad Godesberg 1973 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung; Bd. 71).

Walter Struve, Die Zeugen Jehovas in Osterode am Harz. Eine Fallstudie über Widerstand und Unterdrückung in einer kleinen Industriestadt im Dritten Reich. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte Bd. 62 (1990), S. 265-296.

Friedrich Zipfel, Kirchenkampf in Deutschland 1933–1945. Religionsverfolgung und Selbstbehauptung der Kirchen in der nationalsozialistischen Zeit, Berlin 1965.

Zeitungen

Lippische Landeszeitung Nr. 103, 178

Lippische Staatszeitung Nr. 103

Lippischer Kurier (5. Mai 1933)

Interviewte

Frau H., Pivitsheide
Herr Paul M., Lemgo
Herr H. S., Blomberg
Herr Günter Strohmeier, Lemgo
Herr W.W., Bad Meinberg

Anke Hufschmidt

Detmolder Sozialdemokraten zwischenWiderstand und Anpassung

Im Winter 1938 erregte der ehemalige Ortsvereinsvorsitzende der Berlebecker SPD die Aufmerksamkeit des nationalsozialistischen Parteiapparates. Es begann mit einem Vorfall während einer Sammlung für das nationalsozialistische 'Winterhilfswerk'. Drei Angehörige des sogenannten 'Jungvolkes' waren am 17. Dezember 1938 in das Haus des Lagerhalters August Klöpper gekommen und hatten seiner Ehefrau Plaketten des 'Winterhilfswerks' zum Kauf angeboten. Die Frau nahm den jungen Männern kein Abzeichen ab, rief aber zu ihrem Mieter in den ersten Stock hinauf, ob er welche haben wolle. Dieser antwortete mit der vermutlich aus einem Mißverständnis heraus entstandenen Formulierung „Weg mit dem Dreck". Der Vorfall wurde sofort an den zuständigen Stützpunktleiter Hilker weitergegeben. In seinem Bericht an die Kreisleitung der NSDAP vermutete Hilker, der Mieter stünde unter dem Einfluß seines Vermieters, des ehemaligen SPD-Ortsvereinsvorsitzenden Klöpper. Obwohl dieser nicht selbst an dem Vorkommnis beteiligt gewesen war, geriet er in das Interesse der Parteileitung. Hilker bezeichnete den Sozialdemokraten in seinem Schreiben als den „Anführer und Hauptschreier der hiesigen SPD" und berichtete über dessen allgemeines Verhalten gegenüber der nationalsozialistischen Partei und ihren Veranstaltungen:

> Er hat noch nie eine unserer Versammlungen besucht. Seine Abneigung gegen unseren Staat und seine Einrichtungen beweist er damit, dass er in den seltensten Fällen eine Spende für das WHW [Winterhilfswerk] übrig hat und dann auch nur 10 Rpf. Dabei hat er als Lagerhalter [der Lelega-Zweigstelle Berlebeck (früher Konsumverein)] ein monatliches Durchschnittseinkommen von 225-150 RM. Da er keine Kinder hat, kann man bei ihm nicht von einer wirtschaftlichen Notlage sprechen.[1]

Klöppers Verhalten würden wir heute sicher nicht als 'Widerstand' bezeichnen. Wohl aber ist es ein bemerkenswertes Beispiel für Nonkonformität. Diese ist den Überlegungen des Historikers Detlev Peuckert zufolge vor allem im ganz privaten Lebensbereich anzusiedeln.[2] In der Privatssphäre konnte schließlich nicht jede Normverletzung von staatlichen oder halböffentlichen Stellen verfolgt werden. Außerdem stellte eine solche Verhaltensweise keineswegs das ganze politische System in Frage. Sie rief jedoch immer wieder – wie auch der Fall Klöpper zeigt – eine Reaktion des zuständigen Parteiapparates hervor.

In diesem Fall wies die Kreisleitung den Stützpunktleiter umgehend an, Klöpper zu beobachten. Aus ihrer Sicht war zweifelhaft, ob der ehemalige sozialdemokratische Ortsvereinsvorsitzende mit seinem persönlichen Verhalten politisch als Lagerhalter tragbar sei oder ob er abgesetzt werden müsse. Klöpper wurde jetzt ganz offensichtlich bespitzelt. Unter dem Eindruck der fortwährenden Beobachtungen durch die Parteistellen und des drohenden Arbeitsplatzverlustes scheint es, daß er sein Verhalten änderte. Jedenfalls berichtet Hilker am 16. Mai 1939 dem Kreisleiter Wedderwille, er hielte eine Absetzung Klöppers als Lagerhalter nicht mehr für notwendig. Denn es schien ihm, als sei bei diesem eine Wandlung vor sich gegangen zu sein:

> Er, der früher den Deutschen Gruß nicht kannte, grüsst nun jedesmal mit „Heil Hitler". Er hat sich auch diesmal in das Opferbuch eingetragen, was er in früheren Jahren stets ablehnte. Am 1. Mai nahm er zum ersten Mal an unserer Dorfgemeinschaftsfeier teil und, wie ich von zuverlässiger Seite weiss, gehört er auch nicht mehr zu den „Nein-Sagern". Es ist immerhin möglich, dass bei ihm die innerliche Umstellung längere Zeit gebraucht hat als bei seinen früheren Genossen.[3]

Hilker riet, von weiteren Maßnahmen abzusehen, und tatsächlich scheint der Vorfall damit erledigt gewesen zu sein.

Es ist gewiß problematisch, die Formulierungen des nationalsozialistischen Stützpunktleiters so ausführlich zu zitieren. Es sind seine Maßstäbe, nach denen Klöppers Verhalten in den Berichten beurteilt wird, und es gibt keine Schilderung der Situation durch den Betroffenen selbst. Wenn ich mich über diese Bedenken hinwegsetze, dann, weil ich meine, daß dieser Fall zwei Hinweise darauf gibt, was den Alltag von Sozialdemokraten zwischen 1933 und 1945 bestimmte. Erstens: Die Nationalsozialisten wußten sehr genau, wer vor 1933 der SPD angehört hatte und beobachteten diese Menschen besonders aufmerksam. Dabei genügte – zweitens – bereits ein ganz geringer Anlaß, um die Überwachungsmaschinerie in Gang zu setzen. Es stellt sich die Frage, ob das Verhalten Klöppers, wenn es denn so war, wie die Berichte es suggerieren, typisch war für einen Sozialdemokraten in Detmold. Zeigte sich nur in kleinen Gesten und Verweigerungen eine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus?

Die Beantwortung dieser Frage ist nicht leicht. Die Quellen sind fragmentarisch überliefert. Der geschilderte Fall wurde dem Schriftwechsel der Ortsgruppen mit der Parteileitung der NSDAP entnommen. Für Detmold liegen diese Akten zumeist nur für die Jahre zwischen 1938 und 1945, manchmal auch nur für Abschnitte dieses Zeitraumes vor.[4] So decken sie nicht die für die Einschätzung der Haltung Detmolder Sozialdemokraten so wichtige Zeit unmittelbar nach 1933 ab. Im Überlieferungszeitraum wurden aus den Bezirken der Kernstadt Detmolds keine weiteren Vorfälle der geschilderten Art gemeldet. Und auch aus den Unterlagen, die im Zusammenhang mit den 'Zeugnissen über

die politische Unbedenklichkeit' angelegt wurden, findet sich nur ganz gelegentlich ein Hinweis auf einen Sozialdemokraten aus Detmold und den direkten Nachbargemeinden. Anzuführen ist hier der Fall eines Antrages auf den Kauf eines Siedlungshauses im Jahr 1940. Ein sogenannter 'Blockleiter' berichtete aus diesem Anlaß über den Antragsteller aus Detmold: „Prüssner ist ein alter Sozialdemokrat, hat sich bisher in keiner Weise für die Belange des 3. Reiches eingesetzt." Der sogenannte 'Zellenleiter' ergänzte: „Seine [Prüssners] Einstellung zum 3. Reich läßt sehr zu wünschen übrig".[5] So entsteht nach einer ersten Durchsicht dieser in großer Zahl vorhandenen Akten der Eindruck, 1938 und später hätten sich Sozialdemokraten in Detmold und den unmittelbaren Nachbargemeinden vollends an die bestehenden politischen Verhältnisse angepaßt.

Im folgenden soll in drei Abschnitten der Frage nachgegangen werden, wie die politischen Aktivitäten und die Lebensläufe Detmolder Sozialdemokraten in dieses Bild einzuordnen sind. Zunächst sollen in einer Chronologie der Ereignisse die Maßnahmen der Nationalsozialisten gegenüber Mitgliedern der SPD in Detmold und deren Aktionen und Reaktionen dargestellt werden. Im Mittelpunkt des zweiten Abschnitts steht die Schilderung von Einzelschicksalen. Was bedeutete es im ganz persönlichen Leben, zwischen 1933 und 1945 Sozialdemokrat in Detmold gewesen zu sein? Abschließend gilt es, die vorgestellten Lebenswege mit der allgemeinen Diskussion über Widerstand, Verweigerung und Anpassung im 'Dritten Reich' zu verbinden.

1. Chronologie der Ereignisse

Bei der Nachzeichnung der Vorgänge seit den lippischen Landtagswahlen im Januar 1933 stütze ich mich vor allem auf die minutiöse Aufarbeitung der sogenannten 'Machtergreifung' durch Reinhard Wulfmeyer.[6] Das Schicksal der SPD ist eng mit dem anderer Organisationen der Arbeiterschaft verbunden. Die Kommunistische Partei wird in diesem Band von Jürgen Hartmann behandelt.[7] Auch die Gewerkschaften werden eigens thematisiert.[8]

Der Anteil der SPD-Mitglieder an der lippischen Bevölkerung war während der Weimarer Republik verhältnismäßig gering. Trotzdem erzielte die Partei beachtliche Wahlerfolge. Damit wurde in erster Linie die von Landespräsident Heinrich Drake vertretene Politik ermöglicht und unterstützt.[9] Der Kampf gegen den erstarkenden Nationalsozialismus prägte die letzten Jahre der Weimarer Republik.

Während des Landtagswahlkampfes 1932/33 hatte es in Lippe heftige Auseinandersetzungen zwischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegeben. Es war in Varenholz und Leopoldshöhe zu Schlägereien zwischen Natio-

nalsozialisten einerseits und Sozialdemokraten und Angehörigen des 'Reichsbanners' andererseits gekommen.[10] Die NSDAP drohte der SPD unverhohlen. So kündigte der 'Gauleiter für Westfalen-Nord', Dr. Alfred Meyer, am 28. November 1932 seinen Parteigenossen an: „Wenn der Tag des 15. Januar zur Neige geht, muß das System Drake gestürzt, soll der Geist des Juden Fechenbach und des Parasiten Heise ein für allemal gebannt sein."[11] Mit dem Ausdruck 'System Drake' versuchten die Nationalsozialisten die lange, sozialdemokratisch geprägte Amtszeit des Landespräsidenten zu diffamieren. Ein Flugblatt der SPD aus diesem Wahlkampf vermittelt dagegen einen Eindruck von der Art und Weise, in der die Sozialdemokraten ihren politischen Gegner angriffen. Sie setzten vor allem auf die Ausstrahlung ihres Kandidaten Heinrich Drake und darüber hinaus auf landespolitische Themen. Mit Ironie wollten sie die Partei der 'Zugereisten', die ihr Publikum für Wahlveranstaltungen aus dem Ruhrgebiet herbeibrachte, vor der lippischen Bevölkerung lächerlich machen, anstatt die Gefahren herauszustreichen, die mit der NSDAP verbunden waren. So heißt es beispielsweise in einem Flugblatt zu den lippischen Landtagswahlen unter der Überschrift 'Lipper, aufgepaßt':

Abb. 1: Sozialdemokratisches Wahlplakat aus dem Januar 1933

> Wir fragen: Warum machen in Lippe die aus dem Ruhrgebiet, aus Berlin, Hamburg, auch Hannover und Westfalen herangeholten nationalsozialistischen Horden die Straßen unsicher? [...] Warum überbieten sich in Lippe die Nazi-Generäle in Schnodderigkeiten und Frechheiten, während der „große Adolf" den Biederen mimt? Warum der große Nazi-Wanderzirkus in Lippe? Warum schleppt man den ermüdeten „großen Adolf" bis in das kleinste Dorf? [...] Die Lipper sollen Stimmvieh sein für die „Nationale Konzentration".[12]

Karl Rauchschwalbe hat diese Art der Auseinandersetzung in seiner Geschichte der lippischen Sozialdemokratie als 'geistreiches Gespött' bezeichnet, das die Nationalsozialisten zwar beleidigte und tief verletzte, aber auf Dauer keinen politischen Erfolg zeitigen konnte.[13]

Zunächst aber konnten die Sozialdemokraten in Detmold gegenüber der Reichstagswahl einen überdurchschnittlichen Stimmenzuwachs von 20,3% verbuchen. Die Nationalsozialisten steigerten dagegen ihren Anteil an den abgegebenen Stimmen in Detmold um 16,4%.[14]

Nach der Landtagswahl unterschätzten die Sozialdemokraten offensichtlich die Auswirkungen, die die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Nationalsozialisten für sie haben würde. Im 'Volksblatt' hieß es am 20. Januar in bezug auf die Bildung der lippischen Landesregierung, „daß die Nationalsozialisten jetzt endlich einmal Gelegenheit haben, all ihre großspurigen Versprechungen zu verwirklichen."[15] Auch Heinrich Drake äußerte sich in diesem Sinne und bezeichnete die Regierungsübernahme durch die Nationalsozialisten als „Geschäftsübergabe".[16]

Im Februar 1933 findet sich die letzte ausführliche Erwähnung des Detmolder Ortsvereins. Am 11. des Monats fand die Jahreshauptversammlung statt, und der Vorstand wurde neu gewählt. Der bisherige Ortsvereinsvorsitzende Kortekamp trat aus – wie es hieß – 'gesundheitlichen Gründen' zurück. Neuer Vorsitzender wurde Bernhard Pump, Kortekamp blieb als Stellvertreter weiterhin im Parteivorstand. In seinem Abschlußbericht erklärte dieser, schwere Kämpfe lägen hinter der SPD, noch schwerere allerdings vor der Partei. Gleichzeitig kündigte die Partei einen Vortrag von Carl Severing in Detmold für den 24. Februar an, und für den 19. März wurde eine Marx-Gedenkveranstaltung geplant. Der Landtagsabgeordnete Wilhelm Mellies referierte über die „gegenwärtige politische Lage im Reich und in Lippe", seine Ausführungen waren – so der Zeitungsbericht – von dem Vertrauen auf die Kraft der Arbeiterschaft geprägt.[17] Die Haltung der lippischen und auch der Detmolder Sozialdemokraten bestimmte in diesen Monaten ein striktes Legalitätsdenken. Die SPD war keine Partei der Untergrundaktivitäten, gar der Gewalttätigkeiten. Die lippische SPD hatte sich während der Weimarer Republik mit ihrem Landespräsidenten stärker als 'Staatspartei' denn als 'Arbeiterpartei' verstanden und verfügte schon aufgrund ihrer verhältnismäßig geringen Mitgliederzahl nicht über ein großes Moblisierungspotential.[18]

Am 2. März verboten die Nationalsozialisten das 'Lippische Volksblatt'. Mit dieser 1920 gegründeten Zeitung verloren die lippischen Sozialdemokraten ihr wichtigstes Kommunikationsmittel.[19] Nach den Reichstagswahlen am 5. März 1933 verschärften sich die Angriffe auf die Sozialdemokraten. Am 11. März griff eine SA-Kolonne das Volkshaus, den Sitz der Gewerkschaft in Detmold, an. Sie durchsuchte die Räume nach angeblich dort verborgenen Waffen. Nach ergebnisloser Suche versiegelte man das Volkshaus und hißte die Hakenkreuzfahne.[20] Mitte März erschienen Listen, auf denen SPD-Kommunalpolitiker ausgewiesen wurden. Darin war vor allem von Amtsenthebungen die Rede. So berichtete die 'Lippische Post', daß die Ortsgruppe der SPD im Ortsteil Salzuflen-Knetterheide aufgelöst worden sei, der Ortsteil habe bislang zu den

Abb. 2: Besetzung des Volksblatt-Hauses durch die Nationalsozialisten am 11. März 1933

„Hochburgen der Sozialdemokratie" gehört.[21] In Pivitsheide V.L. wurde der Gemeindevorsteher seines Amtes enthoben.[22] Bereits seit Anfang März wurden vermehrt sogenannte 'freiwillige' Austritte aus der Partei gemeldet und damit ihre Selbstauflösung suggeriert.[23] Aus Heiligenkirchen kam eine Erklärung des dortigen Gemeindevorstehers. In ihr hieß es: „Ich gebe hiermit der Gemeinde bekannt, daß ich meinen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei auf Wunsch der Gemeindemitglieder und Mitgliedern des Konsumvereins vollzogen habe."[24] Die Formulierung läßt vermuten, daß es sich hier keinesfalls um einen 'freiwilligen' Rücktritt handelte, der Betroffene selbst gab nach dem Krieg an, er sei aus dem Dienst entlassen worden.[25] Außerdem wurde berichtet, der Landtagsabgeordnete Wilhelm Mellies habe seinen Abschied von der Politikgenommen,[26] die Detmolder Ratsfraktion löste sich auf[27], und der sozialdemokratische Landtagsvizepräsident August Linne legte sein Amt nieder.[28] Einige Ereignisse deuten tatsächlich auf eine Selbstauflösung hin, als „Verfallserscheinungen" bezeichnete Karl Rauchschwalbe diese Entwicklung.[29] Allerdings wurden die 'freiwilligen' Parteiaustritte durch öffentliche Drohungen und fortwährende Verdächtigungen vorbereitet und begleitet. Diese richteten sich gegen die sozialdemokratischen Organisationen, aber auch gegen Einzelpersonen, die willkürlich verhaftet wurden.[30] Vor allem der Aspekt der Öffentlichkeit spielte zunächst eine wesentliche Rolle in der Strategie der nationalsozialistischen Machthaber. Mit Hilfe der öffentlichen Bloßstellung, aber auch mit der Nachricht, die Bildung einer 'Einheitsfront' aus Sozialdemokraten und Kommunisten stehe unmittelbar bevor, wurde die Bevölkerung systematisch verunsichert.[31] Die lippische SPD scheint dem ausgeübten Druck zunächst besser standgehalten zu haben als Genossen in anderen Parteibezirken. Der nationalsozialistische „Lippische Kurier" berichtete nämlich am 30. März unter der Überschrift „Die SPD in voller Auflösung", Sozialdemokraten in ganz Deutschland stellten ihre Ämter zur Verfügung. In Lippe sei dies zwar noch nicht in großem Umfang der Fall, aber bei der zu erwartenden 'Gleich-

schaltung' würden wohl keine Parteimitglieder für entsprechende Ämter aufgestellt werden, da es keine Parteimitglieder mehr geben würde. Unmißverständlich kündigten die Nationalsozialisten damit ihr weiteres Vorgehen an.[32]

Abb. 3: Lippische Reichsbannerleute

Seit Mitte März 1933 wurden zunächst die Mitglieder des 'Reichsbanner' häufiger verhaftet. In dem als 'Bund republikanischer Frontsoldaten' 1924 gegründeten 'Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold' hatten sich Mitglieder der SPD, des Zentrums und der DDP zusammengeschlossen. Die Vereinigung entwikkelte sich angesichts des rechten Terrors zu einer Art sozialdemokratischer 'Schutzeinheit'. Die nun allenthalben verstärkt einsetzenden Verhaftungen bezeichneten die Nationalsozialisten zynisch als 'Schutzhaft'. Sie wollten damit suggerieren, daß die Verhafteten die Staatssicherheit gefährdeten und so ihr Vorgehen legitimieren. Am 17. März wurden sowohl das 'Reichsbanner' als auch die 'Eiserne Front' ganz verboten.[33] Letztere war im Jahr 1931 als Reaktion auf die 'Harzburger Front' auf Initiative der SPD, des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Reichsbanners und der Arbeiterturn- und Sportvereine entstanden. Mit dem Verbot dieser beiden Massenorganisationen verlor die SPD zwei wichtige Unterstützungsgruppen.

In diese Zeit fallen auch die sogenannte 'Schutzhaftzeiten' für SPD-Funktionäre. Deren Haft dauerte zwischen zwei und vierzehn Tagen. Da kein Mitgliederverzeichnis der Detmolder SPD aus diesen Jahren überliefert ist,

können in den entsprechenden Gefangenenbüchern nur die ohnehin bekannten SPD-Mitglieder identifiziert werden.[34] Parallel setzte die Verfolgung von Sozialdemokraten am Arbeitsplatz ein. Am 16. und 18. März kam es zu 'Beurlaubungen' von sozialdemokratischen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Unter der bezeichnenden Überschrift „Der eiserne Besen kehrt" berichtete der nationalsozialistische „Lippische Kurier" über die durch die Landesregierungen ausgesprochenen 'Beurlaubungen' von Beamten. In Detmold waren von dieser Maßnahme der Polizeibeamte Jenschede und der Verwaltungsbeamte Rothaus betroffen.[35] Das 'Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums' vom 7. April 1933 erlaubte Partei und Staat, mißliebige Beamte vergleichsweise willkürlich zu entlassen. So genügte das Bedenken, ob sich ein Beamter aufgrund seiner politischen Vergangenheit jederzeit rückhaltslos für den nationalsozialistischen Staat einsetzen würde, als Entlassungsgrund. Das Gesetz betraf in Detmold auch eine Reihe von sozialdemokratischen Lehrern.

Inzwischen hatten Gemeinderatswahlen stattgefunden. Noch vor der ersten Sitzung der Gemeindevertretungen gaben die sozialdemokratischen Stadtverordneten am 31. März ihre Mandate zurück. Sie taten dies – so Wolfgang Bender – konsquenterweise, da sie unter den Nationalsozialisten keine Wirkungsmöglichkeiten mehr sahen.[36]

Nachdem bereits 'Reichsbanner' und 'Eiserne Front' verboten worden waren, folgte am 11. April das Verbot weiterer Organisationen der Arbeiterbewegung: Sämtliche 'marxistischen' Turn-, Sport- und Gesangvereine, der Arbeitersamariterbund, der 'Arbeiter-Schachverein', der Touristenverein 'Die Naturfreunde', der 'Arbeiter-Radioclub', der 'Weltliche Elternbund' sowie alle 'marxistischen' Jugendorganisationen wurden aufgelöst.[37]

Der ehemalige Landespräsident Heinrich Drake wurde am 11. Mai verhaftet und zwei Tage später wieder freigelassen. Auf ihn wird im zweiten Abschnitt zurückzukommen sein.

Der Druck auf die Sozialdemokraten hielt an. Die Behörden und der Parteiapparat setzten dabei vor allem auf Verunsicherung. Zunächst wurden gezielt SPD-Mitglieder in öffentlichen Positionen angegriffen. Kein SPD-Mitglied sollte mehr sicher sein können, daß sein Genosse tatsächlich der eigenen Partei treu und damit die Solidarität unter den Sozialdemokraten gewahrt blieb. Zu dieser Verunsicherung trug auch die Veröffentlichung der scheinbar 'freiwilligen' Parteiaustritte bei. Wollte man versuchen, die Stimmung nachzuzeichnen, wie sie sich nach diesen ersten Verfolgungsmaßnahmen ergab, so muß sich damals der Eindruck verfestigt haben, in die Öffentlichkeit gezerrt[38] und schrittweise immer härteren Sanktionen ausgesetzt zu werden. Systematisch wurden die Sozialdemokraten ihrer traditionellen Grundlagen beraubt. Die zahlreichen und willkürlichen Verhaftungen schürten die Angst, drohender Arbeitsplatzverlust verstärkte die Unsicherheit.

Am 23. Juni wurde die SPD dann offiziell verboten. Jede weitere politische Betätigung stand unter Androhung von 'Gefängnis nicht unter einem Monat' oder einer Geldstrafe von 150 bis 15.000 RM.[39] Heinrich Drake trat noch am gleichen Tag aus der Partei aus. Wenige Tage später wurden folgende Detmolder Funktionäre noch einmal verhaftet: Heinrich Drake, Emil Feldmann, August Linne, Pinowski und Bernhard Pump.[40]

Durch die Ermordung von Felix Fechenbach auf dem Weg zu einem Konzentrationslager verlor die Detmolder SPD im August 1933 schließlich ihren engagiertesten Vertreter.

Wie werden Detmolder Sozialdemokraten über die geschilderten Vorgänge hinaus in den überlieferten Akten greifbar?[41] Der eingangs zitierte Vorfall in Berlebeck ereignete sich 1938, also lange Zeit nach dem Verbot der Partei. Im Jahr 1933 sind gelegentlich Bemühungen von Jugendlichen erwähnt, sich unter dem Deckmantel einer Wandergruppe zu treffen. Das wurde aber von der NSDAP nicht geduldet. Für Lippe sind zudem Versuche bekannt, gemeinsam mit der KPD Handzettel zu verteilen. Ob dies auch in Detmold der Fall war, läßt sich nicht nachweisen. Aktenkundig sind hingegen die Zusammenkünfte von Sozialdemokraten im Kolonialwarengeschäft von Wilhelm Mellies in Heidenoldendorf. Der ehemalige Landtagsabgeordnete und Lehrer hielt sich seit dem 1. September 1933 als Lebensmittelhändler über Wasser. In einem Bericht der staatlichen Kontrollpolizei vom 16. Oktober desselben Jahres hieß es über das Geschäft in Waldheide, seit einiger Zeit werde beobachtet, daß besonders in den Abendstunden viele frühere SPD-Anhänger zu Mellies gingen, um „scheinbar dort Zusammenkünfte" abzuhalten. Die Beobachtungen seien durch den normalen Geschäftsverkehr dort sehr schwierig, es scheine aber, als würden auch „Kommunisten und Sozialisten" aus Pivitsheide zu den Besuchern zählen. Die staatliche Kontrollpolizei hielt eine Beobachtung durch eigene Beamte für angebracht. Allerdings meldete im November 1933 die Gendarmeriestation Hiddesen der Oberstaatsanwaltschaft, daß zwar eine Anzahl früherer SPD-Leute aus Heidenoldendorf und Pivitsheide dort einkaufe, aber trotz unauffälliger Bewachung konnten keine geheimen Zusammenkünfte festgestellt werden. Zudem habe der Zulauf in den letzten Wochen sehr nachgelassen. Obwohl die Gendarmeriestation ankündigte, weiterhin das Geschäft zu überwachen, finden sich in der Akte keine weiteren Berichte.[42] Sicher symbolisieren die angesprochenen Treffen, wie Wolfgang Müller betonte, ein Stück gelebte Solidarität unter Sozialdemokraten in bedrückenden Zeiten.

Dem vermeintlichen weitgehenden Schweigen der Quellen müssen allerdings kritische Fragen entgegengesetzt werden. Welches Interesse hatten beispielsweise die nationalsozialistische Ortsvereine daran, den übergeordneten Parteistellen über die Querelen mit widerspenstigen Sozialdemokraten in ihrem Ort zu berichten? Jeder Vorfall wies ja immerhin darauf hin, daß sie sich nicht ausreichend durchsetzen konnten.

2. Lebensläufe

Die Sicht der Betroffenen läßt sich heute nur schwer rekonstruieren, als Zeitzeugen sind sie kaum mehr zu befragen. Als 1953 mit dem 'Bundesentschädigungsgesetz'[43] die Möglichkeit geschaffen wurde, für das erlittene Unrecht entschädigt zu werden, meldete eine Reihe von Detmolder Sozialdemokraten ihre Ansprüche an.[44] Aus ihren Anträgen wird immerhin ersichtlich, welche Verfolgungen die Betroffenen selbst, und soweit sie nach dem Krieg nicht mehr lebten, deren Erben geltend machten.

Abb. 4: Heinrich Drake während einer Reichsbannerveranstaltung

Zu den prominentesten Vertretern der Detmolder Sozialdemokratie gehört der Landespräsident Heinrich Drake.[45] Ihm wird heute von der Forschung allgemein vorgehalten, er habe sich weniger als Parteivorsitzender als vielmehr als Landespräsident, ja als Landesvater verstanden. Er ordnete das vermeintliche Wohl Lippes wohl tatsächlich der vehementen Verteidigung seiner Partei unter.[46] Überliefert sind seine Aussagen während der ersten Landtagssitzung am 6. Februar 1933.[47] Er gab vor den Anwesenden, und das heißt vor allem den nationalsozialistischen Abgeordneten, seiner Hoffnung Ausdruck, man werde versuchen, in „voller Ruhe und Objektivität" miteinander „fertig [zu] werden" und die Bevölkerung werde ihren Nutzen davon haben.[48] Offensichtlich würdigte Drake in gewisser Weise den Versuch der Reichsregierung, eine „Volksgemeinschaft auf sozialem Grund" zu errichten. Dies ist der späteren Begründung seines Parteiaustritts zu entnehmen, auf die noch zurückzukommen sein wird.[49] Am 7. Februar wurde Drake aus seinem Amt entlassen und gehörte dem Landtag seitdem nur noch als einfacher Abgeordneter an. Kurzzeitig rückte er für den verhafteten Bielefelder Sozialdemokraten Carl Schreck in den Reichstag ein.[50] Im März 1933 verwahrte sich Drake gegen Angriffe auf Beamte, die angeblich in der Weimarer Republik nicht durchgegriffen hätten. Er habe seinerzeit die Anweisung gegeben, unabhängig von der Parteizugehörigkeit Unruhestifter zu bekämpfen. Der ehemalige Landespräsident trat darüber hinaus dafür ein, das Rechtssi-

cherheitsgefühl der Bevölkerung nicht weiter dadurch zu schwächen, daß bei Hausdurchsuchungen keine Ausweispapiere vorgezeigt würden.[51]

Drake kam insgesamt dreimal in die sogenannte 'Schutzhaft'. Am 10. Mai wurde er im Landtagsgebäude verhaftet, angeblich weil sein Leben in Gefahr war.[52] Die zynische Begründung, man wolle das Leben der Verhafteten durch die Verhaftung schützen, gehörte zu den gern genutzten Propagandaformeln der Nationalsozialisten. Dann wurden folgende Vorwürfe gegen Drake erhoben: Er habe Verbindungen zu Gewerkschaften in Hannover und hätte zudem die Anweisung gegeben, Reichsbannermarken über die Gewerkschaften vertreiben zu lassen. Des weiteren wurde ihm ein Brief von Fräulein Rubach, der Tochter eines ebenfalls von den Nationalsozialisten verhafteten sozialdemokratischen Funktionärs, vorgehalten. Wedderwille behauptete darüber hinaus, daß Drake Kassiber für den inhaftierten Emil Feldmann geschmuggelt habe. Der Beschuldigte wies in einem Brief an die Landesregierung alle Vorwürfe zurück, distanzierte sich insbesondere von den Aktivitäten der Gewerkschaften rund um das Volkshaus und wurde zwei Tage später tatsächlich entlassen.[53] Andere Sozialdemokraten, die zum gleichen Zeitpunkt verhaftet worden waren, mußten dagegen länger in Haft ausharren.

Die Gründe für seinen zunächst erstaunlich wirkenden Austritt aus der SPD noch am Tage ihres Verbotes am 23. Juni legte Drake selbst in einem Schreiben an den Parteivorstand dar. Er bezog sich auf den Vorwurf des Landesverrates gegen den bisherigen Vorsitzenden der deutschen Sozialdemokraten, Otto Wels, der ins Exil gegangen war. Drake riet:

> angesichts der schwierigen Lage des Reiches und des Deutschen Volkes und des von der Reichsregierung unternommenen Versuches, eine Volksgemeinschaft auf sozialen Grund herzustellen, die Parteiarbeit einzustellen, bis etwa erkennbar werden sollte, daß der Versuch der Reichsregierung offensichtlich mißglückt wäre. Hiernach habe ich mein Verhalten eingerichtet und davon abgesehen, irgendwie propagandistisch tätig zu sein.[54]

Er legte deshalb die Parteimitgliedschaft so lange nieder, bis die Vorwürfe entkräftet waren, und stellte auch seine politischen Mandate zur Verfügung. Karl Rauchschwalbe schildert in seiner Geschichte der lippischen Sozialdemokratie ein Gespräch, das laut Aussage des Sohnes eines Genossen zwischen dem Vater und Drake zum Zeitpunkt des Parteiaustritts in Detmold stattgefunden hat. Danach hätte Drake auch gegenüber einem Parteigenossen, sozusagen unter vier Augen, dieselbe Begründung gegeben.[55] Im Spätsommer 1933 fanden in Drakes Haus heimliche Besprechungen statt.[56] Bis 1939 erhielt der ehemalige Landespräsident seine reguläre Pension, danach wurden ihm die Bezüge gestrichen und er mußte vom sogenannten 'Unterhaltsgeld' leben.[57] Im August 1944 wurde er ein weiteres Mal kurzfristig verhaftet und anschließend zum so

Abb. 5: Verhaftung Felix Fechenbachs

genannten 'Arbeitseinsatz' nach Holland geschickt.[58] Nach dem Krieg machte Drake die Herabsetzung seiner Versorgungsbezüge geltend.[59]

Felix Fechenbach steht mit seinem fortdauernden, deutlich vernehmbaren Eintreten für die Sozialdemokraten im Gegensatz zu Heinrich Drake in der Detmolder SPD. Sein Schicksal ist 1994 durch eine Tagung des Institutes für Lippische Landeskunde eingehend gewürdigt worden, weshalb an dieser Stelle wenige Worte genügen mögen.[60] Fechenbach war seit 1928 Redakteur beim „Lippischen Volksblatt" in Detmold. Er zog als ehemaliger Mitarbeiter Kurt Eiseners, als Jude und als engagierter Sozialdemokrat seit dieser Zeit dreifach den Haß der NSDAP auf sich. Insbesondere seine pointierten Glossen im „Volksblatt" unter der Rubrik 'Nazi Jüsken' erregten durch die ironische Schilderung von internen Querelen unter den lippischen Nationalsozialisten Aufsehen. Am 15. Januar 1933 wurde er in Detmold von einer SA-Gruppe zusammengeschlagen. Trotz der drohenden Gefahr blieb er in Detmold. Am 7. März wurde er verhaftet und bis zum 7. August im Detmolder Landgerichtsgefängnis inhaftiert. Auf dem Weg zu einem Konzentrationslager wurde er am 7. August in einem Wald bei Scherfede erschossen.[61] Fechenbach ist sicher der kämpferischste Detmolder Sozialdemokrat gewesen.

Welches Schicksal erlitten dagegen der 'normale' Detmolder SPD-Funktionär und einfache SPD-Mitglieder zwischen 1933 und 1945? Diejeni-

gen, die in einer sozialdemokratischen Organisation oder den Gewerkschaften tätig waren, wurden verhaftet und verloren später ihre Arbeitsplätze. Den Akten zum Bundesentschädigungsgesetz ist eine Reihe entsprechender Biographien zu entnehmen. Sie seien hier kurz zusammengefaßt geschildert, um einen Eindruck vom Leben bislang weniger bekannter Sozialdemokraten zu vermitteln.

Hermann Bicker wurde als Angestellter des Gewerkschaftsbundes wegen seiner SPD-Mitgliedschaft am 2. Juni 1933 fristlos entlassen. Damit verlor er gleichzeitig seine Versorgungsbezüge. Nach dem Krieg machte er den hohen wirtschaftlichen Schaden geltend, der ihm aus dieser Veränderung erwachsen war, und bekam im Rahmen des BEG entsprechende Ersatzleistungen.[62]

Ebenfalls zugleich SPD-Mitglied und Gewerkschaftsfunktionär war Heinrich Gottenströtter. Er wurde am 12. Mai 1933 verhaftet und erst drei Wochen später aus der Haft entlassen. Mit dem Verbot der Gewerkschaften verlor er seine Arbeit als Gewerksschaftssekretär. Nachdem er einige Zeit arbeitslos gewesen war, gelang es ihm, in verschiedenen Möbelfabriken als Tischler Arbeit zu finden. Er mußte dabei aber einen erheblichen Einkommensverlust hinnehmen.[63]

Den Gewerkschaftskontrolleur Eugen Kraft, der sowohl Mitglied in der SPD als auch im 'Reichsbanner' war, versetzten die Nationalsozialisten am 31. März in den einstweiligen Ruhestand, am 7. April wurde er endgültig entlassen.[64]

Der Landtagsabgeordnete August Linne, ursprünglich aus Knetterheide, war zugleich Sprecher der SPD und Geschäftsführer des Verbandes der Fabrikarbeiter. Er wurde im Mai 1933 aus Gewerkschaftsdiensten entlassen. Am 2. Mai kam er für sieben Wochen in die sogenannte 'Schutzhaft'. Aufgrund des SPD-Verbotes erfolgte vierzehn Tage nach seiner Haftentlassung eine erneute Verhaftung, diesmal für vier Wochen. Bis zum 2. Januar 1936 war er danach arbeitslos. Seitdem arbeitete er in einer Detmolder Möbelfabrik.[65]

Abb. 6: August Linne, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter und Geschäftsführer des Verbandes der Fabrikarbeiter

Der Landtagsabgeordneten Wilhelm Mellies, der eigentlich der Stadt Lage

Abb. 7: Wilhelm Mellies, sozialdemokratischer Landtagsabgeordneter

zuzurechnen ist, wurde bereits erwähnt, da sein Geschäft in Waldheide auch ein Anziehungspunkt für Detmolder Sozialdemokraten war. Er legte am 21. April 1933 sein Landtagsmandat nieder, da ihm die Landesregierung mitgeteilt hatte, daß er als Landtagsabgeordneter solange untragbar sei, wie er als Lehrer arbeite. Am 28. November 1933 erhielt er seine offizielle Entlassung aus dem Schuldienst, bereits seit dem 1. August hatte er nicht mehr als Lehrer arbeiten dürfen.[66] Der informelle Treffpunkt in seinem Lebensmittelgeschäft ist ein durchaus typisches Beispiel für die fortwährende Bemühung der Sozialdemokraten um Zusammenhalt. August Berlin versuchte in ähnlicher Weise als Werber für die 'Volksfürsorge' das informelle Netz der SPD aufrechtzuerhalten.[67]

Wie schnell nonkonformes Verhalten die Aufmerksamkeit der NSDAP auf sich zog, zeigt der Fall Willi Rubach. Er gehörte zu den Detmolder Sozialdemokraten, die wiederholt in die Mühlen der NS-Justiz gerieten. Der Agitationsleiter beim Hauptvorstand der Fabrikarbeitergewerkschaft weigerte sich beispielsweise, an den Feiern zum Ersten Mai teilzunehmen. Im Jahr 1933 wurde er mehrmals verhaftet. Einmal, weil er – offenbar in angetrunkenem Zustand – in einer Detmolder Gastwirtschaft angeblich „die Braunhemden, die Banditen" gesagt hatte. Im weiteren Gespräch soll er zudem die Aussage gemacht haben, er sei immer noch Sozialist und habe immer noch ein rotes Herz, dafür könne man ihn auch erschießen. Im Verhör berichtete der seit dem Verbot des „Lippischen Kuriers" arbeitslosen Rubach, er habe in einem freundschaftlichen Gespräch „Braune Banditen" gesagt und dies nicht gehässig gemeint. Er kam trotzdem aufgrund dieser Angelegenheit einige Tage in die sogenannte 'Schutzhaft'. Da aber kein Strafantrag gestellt wurde, kam es zu keiner Bestrafung. Bereits zwei Wochen später wurde Rubach abermals 'auffällig'. Dieses Mal hatte er in der Öffentlichkeit beleidigende Äußerungen über Mussolini gemacht, wieder stand er dabei offenbar unter Alkoholeinfluß, wieder kam er in 'Schutzhaft'.[68] Auch im Jahr 1934 nahm er nicht an der Maifeier teil. Nach einem Zusammenstoß mit SA-Leuten mußte er fluchtartig die Stadt verlassen. Auch er verlor als Gewerkschaftsangestellter seine Arbeit.[69]

Dr. Bruno Schöne, einfaches SPD-Mitglied, wurde wegen aktiver Betätigung als Sozialdemokrat nicht zum Gerichtsassesor ernannt und am 8. September 1934 endgültig aus dem öffentlichen Dienst entlassen.[70]

Erich Temme aus Hiddesen, vor 1933 aktives SPD-Mitglied, Mitglied im 'Reichsbanner' und dem Metallarbeiterverband, saß vom 14. März bis zum 11. April 1934 wegen Aufwiegelung gegen den Nationalsozialismus als sogenannter 'Schutzhäftling' im Landgerichsgefängnis. Der zuständige Ortsgruppenleiter hatte ihm mehrmals damit gedroht, ihn „ausrotten zu lassen". Seit dem 16. April 1934 befand er sich deshalb auf der Flucht, später wurde er in Wilhelmshaven verhaftet.[71]

Die Reihe von Einzelbeispielen möchte ich mit einem besonderen Fall abschließen: Franz Rehbein. Dieser war Reichsbannermitglied und als Maschinensetzer im SPD-Verlag des „Lippischen Volksblattes" angestellt. Am 5. März 1933 wurde er gemeinsam mit Felix Fechenbach von SA-Leuten überfallen und zu Boden geschlagen. Dabei erlitt er eine Gehirnerschütterung. Im Gegensatz zu den Vorgenannten trat er aber am 1. April 1940 aus 'beruflichen Gründen' in die NSDAP ein. Das machte ihn zum 'Mitläufer', weswegen seine Witwe später keine Entschädigung nach dem Bundesentschädigungsgesetz erhielt.[72]

Die überwiegende Zahl der vorgestellten SPD-Mitglieder machte nach dem Krieg vor allem Schäden geltend, die ihnen aus dem Freiheitsentzug und dem Verlust des Arbeitsplatzes erwachsen waren. Weiterhin wurden entscheidende Beeinträchtigungen im beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen und vorzeitiger, erzwungener Ruhestand in den BEG-Akten angegeben.[73] Grundlage dafür war die Mitgliedschaft in der SPD oder einer ähnlichen Vereinigung, nicht aber eine irgendwie geartete Widerstandhandlung.[74] An den vorgestellten Lebensläufen läßt sich aber auch ablesen, daß die materielle Existenz zumeist wieder abgesichert werden konnte. Karl Rauchschwalbe geht sogar davon aus, daß sich die wirtschaftliche Situation manches SPD-Mitglieds überdies verbesserte. Denn die aktive Parteimitgliedschaft hatte viel Kraft und Zeit erfordert, die nun in das berufliche Fortkommen investiert werden konnte.[75]

Zu welcher Einschätzung gelangt man nach der Betrachtung dieser Lebensläufe? Wolfgang Herbig bilanziert in seiner Chronik des Detmolder Ortsvereins, daß wohl die meisten Genossinnen und Genossen, mehr oder weniger notgedrungen, zu „Mitläufern" wurden.[76] Es kann allerdings nicht nachgewiesen werden, wieviele Sozialdemokraten in Detmold tatsächlich der NSDAP beitraten. In den Anträgen auf 'politische Unbedenklichkeit' finden sich keine entsprechenden Detmolder Beispiele. Bei der Beurteilung der hiesigen Situation muß man sich als heutiger Betrachter zunächst sehr genau Rechenschaft über die eigenen, individuellen Erwartungen ablegen. Wer aktiven, lebensgefährdenden Widerstand von Detmolder Sozialdemokraten erwartet, wird sicherlich enttäuscht. Felix Fechenbach ist in dieser Hinsicht die Ausnahme.

3.

Die Erweiterung des Widerstandbegriffes[77] lenkte in den letzten Jahren den Blick auf eine Reihe von Verhaltensweisen, die unterhalb der Grenze zum aktiven Widerstand anzusiedeln sind. Dazu zählen inopportunes Verhalten, gesellschaftliche Verweigerung, Widerspenstigkeiten sowie mangelnde Anpassung – zusammengefaßt werden sie unter dem Begriff 'Resistenz'.[78] Und unter diesen Begriff fallen die angeführten Verhaltensweisen Klöppers und Rubachs: die Ablehnung von Sammlungen für nationalsozialistische Organisationen und die Weigerung, an den offziellen Feiertagen der Nationalsozialisten teilzunehmen.

Die Gründe für die Tatsache, daß dagegen nur wenige Sozialdemokraten in den aktiven Widerstand gingen, sind hinlänglich bekannt: Die Partei stand im Gegensatz zur KPD für die Ablehnung außerparlamentarischer Massenaktionen, und sie hatte kaum Vorbereitungen für die Zeit der Illegalität getroffen. Zudem standen die Sozialdemokraten wie andere gesellschaftliche Gruppen seit 1933 unter fortdauernder Überwachung durch die verschiedenen nationalsozialistischen Organisationen. Das Legalitätsdenken war weit verbreitet und in Detmold besonders prominent durch Heinrich Drake vertreten. Durch sein Vorbild wurde sicherlich die Haltung vieler Detmolder 'Genossinnen' und 'Genossen' beeinflußt. Auf seine Äußerung anläßlich der ersten Landtagssitzung nach den Wahlen zum lippischen Landtag wurde bereits eingegangen. Andere Faktoren mögen hinzukommen, so etwa die Altersstruktur der SPD. Der Kontakt zur Jugend war bereits während der Weimarer Republik verlorengegangen.[79]

Michael Zimmermann macht in seiner Zusammenschau neuerer regionaler Forschungen zum Widerstand im Nationalsozialismus darauf aufmerksam, daß auch die Kommunisten nach anfänglichem 'Aktivismus' und den harten Repressionen zu einer Haltung gelangt seien, die allgemein als für Sozialdemokraten typisch gelten. Diese war bestimmt durch eine individuelle Gesinnungstreue, die Bewahrung des internen Zusammenhalts unter Verzicht auf den Aufbau größerer Organisationsnetze und eher auf den lockeren Zusammenhalt, beispielsweise in Gesangvereinen ausgerichtet gewesen.[80] Oder – wie zu vermuten ist, im Waldheider Geschäfte Wilhelm Mellies. Die Resignation nach dem Parteiverbot führte für viele zum gänzlichen Rückzug aus der Partei.[81]

Folglich kann die Detmolder SPD – und sicher die lippische insgesamt – in die allgemeine Geschichte der SPD zwischen 1933 und 1945 eingeordnet werden. Ein Teil des deutschen SPD-Vorstandes emigrierte ins Ausland und versuchte von außen, den innerdeutschen Widerstand zu unterstützen. Die in Deutschland verbliebenen Sozialdemokraten versuchten hingegen, die legalen Möglichkeiten bis zum letzten auszuschöpfen, um „Schlimmeres zu verhüten"

und mit ihrem Verhalten den verhafteten Genossen zu helfen.[82] Das aber entsprach einer äußerlichen Anpassung an die gegebenen Verhältnisse.

Anmerkungen

1. Die Schilderung des Falles nach StA DT, L 113 Nr. 758 (NSDAP-Kreisleitung Lippe, Schriftwechsel mit den Ortsgruppen, hier Berlebeck 1938–1940, 1942–1944.
2. Detlev Peukert, Alltag unterm Nationalsozialismus (Beiträge zum Thema Widerstand 17). Berlin 1981, S. 24f.
3. wie Anm. 1
4. StA DT, L 113 Nr. 769 (Ost: 1938–1940, 1942–1945), Nr. 770 (Süd: 1938–1940, 1942–1945), Nr. 771 (West: 1939–1945).
5. StA DT, L 113 Nr. 718.
6. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987. Weiter waren für diese Ausführungen grundlegend: Karl Rauchschwalbe, Geschichte der lippischen Sozialdemokratie. Bielefeld 1979; sowie Wolfgang Herbig, 100 Jahre SPD-Ortsverein Detmold. Detmold 1995. Herrn Dr. Herbig möchte ich für die Möglichkeit, das seinerzeit unveröffentlichte Manuskript einsehen zu dürfen, herzlich danken.
7. Vgl. auch Jürgen Hartmann, Zur Geschichte der KPD und zum kommunistischen Widerstand in Lippe (1920–1945). In: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde 62 (1993), S. 199-251.
8. Vgl. den Beitrag von Paul-Wolfgang Herrmann in diesem Band.
9. Zur Geschichte vor 1933 vgl. neben den bereits erwähnten Arbeiten von Rauchschwalbe (1979) und Wulfmeyer (1987) Reinhard Hemkemeier, Bereit sein ist alles. Die ostwestfälisch-lippische Sozialdemokratie im Kampf gegen den Faschismus 1929–1933. Hamburg 1987. Außerdem: Karl-Heinz Henne, Die lippische Arbeiterbewegung im Kampf gegen Verelendung und Faschismusgefahr während der letzten Jahre der Weimarer Republik – Ein Beitrag zur Sozialgeschichte Ostwestfalen-Lippes in der Zeit der Wirtschaftskrise 1929–1933 und zur Didaktik regionaler Sozialgeschichte. Päd. Diss. Detmold 1976.
10. StA DT, L 80 I e P Nr. 61.
11. StA DT, L 113, A IV 3.
12. StA DT, L 113 A IV u 35. Zit. nach: Hakenkreuz über Lippe. Ein Rückblick. Ausstellung des Kreises Lippe in Verbindung mit dem Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Detmold und der Lippischen Landesbibliothek Detmold (Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe D Nr. 16). Detmold 1983, S. 40.
13. Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 240.
14. Vgl. Volksblatt vom 16.1.1993 und Herbig 1995 (wie Anm. 6), S. 13.
15. Volksblatt vom 20.1.1933, Hinweis bei Henne 1976 (wie Anm. 9), S. 595.
16. Henne 1976 (wie Anm. 9), S. 601.
17. Volksblatt vom 11.2.1993, Hinweis bei Herbig 1995 (wie Anm. 6), S. 16.
18. Hemkemeier 1987 (wie Anm. 9), S. 75.
19. Vgl. Hemkemeier 1987 (wie Anm. 9), S. 75.
20. Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 59 mit Hinweis auf StA DT, L 80 I e IV 5/2, Bd. 1.
21. Lippische Post vom 29.3.1933. Vgl. Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 27.

22. Lippischer Kurier vom 7.4.1933.
23. Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S.71. Im Gebiet von Detmold wurden Fälle aus Nienhagen, Heidenoldendorf und Pivitsheide V.L. berichtet. Lippischer Kurier vom 7.4.1933.
24. Lippischer Kurier vom 29.3.1933. Die Erklärung stammt vom 26.3.1933.
25. Lippische Landeszeitung vom 1.4.1933. Vgl. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88, Nr. 524.
26. Lippische Tageszeitung vom 23.4.1933.
27. Lippisches Landeszeitung vom 23.4.1933.
28. Lippische Landeszeitung und Lippische Tageszeitung vom 29.4.1933.
29. In Schötmar löste sich die Ortsgruppe selbst auf, Gemeindevorsteher gaben ihr Parteibuch zurück. Vgl. Hartmann 1992, S. 222f. und Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 284.
30. Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 72.
31. Lippischer Kurier vom 13.3.1933.
32. Lippischer Kurier vom 30.3.1933.
33. StA DT, L 80 I e Gr. IV Tit. 5 Bd. 1 und Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 67 mit Hinweis auf den Lippischen Kurier vom 15.3.1933.
34. Vgl. Gefangenenbuch 1933/34, StA DT D 22 DT Zug. 31/86.
35. Lippischer Kurier vm 18.3.1933.
36. Vgl. den Beitrag von Wolfgang Bender in diesem Band.
37. StA DT, L 80 I e Gr. IV Tit. 5 Bd. 1.
38. Allerdings wurde seitens der NSDAP seit Mitte März bestimmt, daß die Namen von 'Schutzhäftlingen' nicht länger in den Zeitungen genannt werden sollte. Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 72 für den Landkreis Lemgo. StA DT D Lemgo Nr. 1207.
39. StA DT, L 80 IE Gr. IV Tit. 5 Bd. 1: Verordnung Nr. 74, veröffentlicht u.a. im Lippischen Kurier vom 25.6.1933, abgedruckt bei Herbig 1995 (wie Anm. 6), S. 17.
40. Lippischer Kurier vom 27.6.1933. Vgl. Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 133.
41. Für Lippe sind keine Gestapo- und SD-Akten überliefert. Eingesehen wurden für diesen Aufsatz folgende Zugangsnummern des Detmolder Gerichts: D 21 B Zg. 124/53, Zg. 39/54 und Zg. 38/59. Der Bestand L 113 Nr. 961 (Geheime Staatspolizei) wies keine Fälle aus Detmold aus. Zu weiteren Gerichtsakten, die in diesem Rahmen nicht ausgewertet werden konnten, vgl. Hartmann 1993, S. 201, Anm. 7.
42. StA DT, D 21 B Zg. 124/53 Nr. 36.
43. „Bundesentschädigungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung" (BEG) vom 18.9.1953. Zu den gesetzlichen Regelungen vgl. Norbert Sahrhage, Bünde zwischen „Machtergreifung" und Entnazifizierung. Geschichte einer westfälischen Kleinstadt von 1929–1953. Bielefeld 1990, S. 260-270.
44. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88. Der Regierungspräsident Detmold stellte die Bescheide aus. Ein Durchschlag mit der Entscheidung ging jeweils an die Sozialverwaltung des Kreises Detmold, Amt für Wiedergutmachung. Die ursprünglichen Begründungen der damaligen Antragsteller lassen sich nur aus den Bescheiden rekonstruieren. Sie befinden sich in der Landesversicherungsanstalt in Düsseldorf und konnten für diesen Aufsatz nicht eingesehen werden.
45. Zu Drake neben der bereits angeführten allgemeinen Literatur: Heinrich Drake (1881–1970). Sein Leben in Bildern und Dokumenten. Hg. von Volker Wehrmann. Detmold 1981; sowie Ursula Rombeck-Jaschinski, Heinrich Drake und Lippe (Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Norndrhein-Westfalens Bd. 13). Düsseldorf 1984, vor allem S. 162-180.

46. So beispielsweise die Einschätzung Karl Rauchschwalbes 1979 (wie Anm. 6), S. 265.
47. Der Landtag setzte sich wie folgt zusammen: 9 NSDAP, 1 DNVP, 1 DVP, 1 Evangelischer Volksdienst, 7 SPD, 1 KPD. Lippischer Kurier vom 16.1.1933.
48. Landtagsverhandlungen vom 7. Februar 1933, S. 9, zit. nach: Wulfmeyer 1987 (wie Anm. 6), S. 23.
49. Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 286.
50. Henne 1976 (wie Anm. 9), S. 604.
51. Schreiben vom 26.3.1933. StA DT, L 80 I Per. Nr. 2373.
52. Die Schilderung der Verhaftung durch Drake selbst in: Wehrmann 1981 (wie Anm. 45), S. 212f.
53. StA DT, L 80 I Pers. Nr. 2373.
54. Abgedruckt in Wehrmann 1981 (wie Anm. 45), S. 221.
55. Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 286.
56. Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 287.
57. Wehrmann 1981 (wie Anm. 45), S. 227.
58. Rombeck-Jaschinski 1981 (wie Anm. 45), S. 177.
59. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 62.
60. Felix Fechenbach. Journalist, Schriftsteller, Pazifist. 1894–1933. Symposion zum 100. Geburtstag. Hrsg. vom Landesverband Lippe – Institut für Lippische Landeskunde – und dem Kreis Lippe. Detmold 1994. Dort weitere Literatur.
61. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 802.
61. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 253.
63. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 680 und 681.
64. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 203.
65. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 152.
66. Vgl. Hakenkreuz über Lippe 1983 (wie Anm. 12), S. 66.
67. StA DT, Findbuch August Berlin, Vorwort von Andreas Ruppert.
68. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. Nr. 4.
69. Seine Haftzeiten: 2.5.-18.6.1933, 3.7.-31.7.1933, 11.8.1933, 14.10.-15.10.1933, 7.11.-16.11.1933, 15.5.1934–15.1.1935 und 14.10.1937–20.2.1938. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 503.
70. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 784.
71. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 221.
72. Antrag seiner Frau auf Entschädigung. StA DT, D 100 DT/LE Zg. 1/88 Nr. 76.
73. Vgl. dazu die zu den einzelnen Personen angeführten Akten.
74. Die Situation in Bünde sah ähnlich aus. Vgl. Sahrhage 1990 (wie Anm. 43), S. 269.
75. Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 288.
76. Herbig 1994, S. 19.
77. Vor allem durch: Bayern in der NS-Zeit. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt. Hrsg. von Martin Broszat. 6 Bde. München, Wien 1977–1983.
78. Vgl. Beatrix Herlemann und Karl-Ludwig Sommer, Widerstand, Alltagsopposition und Verfolgung unter dem Nationalsozialismus in Niedersachsen. Ein Literatur- und Forschungsüberblick. In: Niedersächsisches Jahrbuch für Landesgeschichte 60 (1988), S. 229-298.
79. Vgl. Rauchschwalbe 1979 (wie Anm. 6), S. 232, Hemkemeier 1987 (wie Anm. 9) mit folgenden Zahlen für die lippische SPD im Jahr 1931: jünger als 25 Jahre: 9,5%, zwischen 25 und 40: 47,5%, zwischen 40 und 50: 25,9%, älter als 50 17,2%. S. 65.
80. Michael Zimmermann, Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus. Ergebnisse und Aufgaben der Geschichtsschreibung. Eine Einführung. In: Anselm Faust

(Hg.), Verfolgung und Widerstand im Rheinland und in Westfalen 1933–1945 (Schriften zur politischen Landeskunde, Bd. 7). Köln 1992, S. 11-30, hier S. 15. Ähnlich sah die Situation in Bochum und Wattenscheid aus, allerdings kam es hier anfänglich noch zu aktiven Widerstandshandlungen. Vgl. Annette Zehnter, Widerstand und Verfolgung in Bochum und Wattenscheid 1933–1945. Bochum 1992, S. 267-296.

81. So Stefan Goch, Möglichkeiten und Grenzen des Widerstands von Sozialdemokraten – Beispiele aus dem Ruhrgebiet. In: Verfolgung und Widerstand 1992 (wie Anm. 80), S. 124-136, hier S. 128.
82. Herbert Obenaus, Probleme der Erforschung des Widerstands in der hannoverschen Sozialdemokratie 1933 bis 1945. In: Jahrbuch für niedersächsische Geschichte 62 (1990), S. 77-96, hier S. 79.

Jürgen Hartmann

Die KPD in Detmold

Bereits Anfang oder Mitte 1920 scheint es einen Kreis von Kommunisten um Luise Mundzeck in Hiddesen gegeben zu haben. Ihr Name war im Juni auf dem Kreiswahlvorschlag der KPD zur Reichstagswahl zu finden.[1] Aber richtig aktiv war die KPD in der lippischen Landeshauptstadt erst seit September 1920. In diesem Monat hatte sich, nachdem ein kommunistischer Redner aus Duisburg in der Stadt aufgetreten war, die erste Ortsgruppe der Partei in Lippe gegründet.[2] Viele der Anhänger stammten aus der USPD, die es seit Mai 1919 in Lippe als Kreisorganisation gab. Der politische Leiter der unabhängigen Sozialdemokraten war der Lemgoer Holzbildhauer Adolf Scholz. Etwa 20 Ortsgruppen existierten zum Zeitpunkt der Gründung der Detmolder Ortsgruppe der KPD. Gegenüber der USPD spielte die KPD in Lippe 1920 nur eine unbedeutende Rolle. Gerade einmal 12 lippische Wähler konnten die Kommunisten bei der Reichstagswahl im Juni gewinnen. Die USPD dagegen war im ländlichen Lippe vergleichsweise erfolgreich: beinahe 6.500 Stimmen, das waren immerhin 8,8 Prozent.

Gegen Jahresende 1920 kam es zu ersten Spaltungen der USPD im Reich. Der linke Flügel und die Mehrheit der Mitglieder schloß sich den Kommunisten an. Darunter auch Adolf Scholz. Die Kommunisten profitierten von dieser Vereinigung wie bei den Wahlen zum lippischen Landtag im Januar 1921 deutlich wurde. Die USPD brachte es auf 2.416 und die Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands auf 3.728 Stimmen. Damit errangen sie ihr erstes Landtagsmandat. Adolf Scholz zog in den Landtag ein.

Dennoch war die Organisation der Partei in Lippe alles andere als straff. Im Sommer 1921 gab es nur 5 funktionierende Ortsgruppen mit insgesamt 76 Mitgliedern. Mit 30 Mitgliedern stellte Detmold die stärkste Ortsgruppe, es folgte Pivitsheide mit 17.

Von größeren Aktivitäten in Detmold ist jedoch nichts bekannt. Das Zentrum kommunistischer Propaganda und Aktionen stellte Lemgo, der Wohnort des Landtagsabgeordneten Scholz, dar. Im September 1923 gelang es der Partei, eine kommunistische Betriebsräte-Zentrale in Detmold ins Leben zu rufen.[3] Auch die öffentliche Propaganda- und Werbetätigkeit nahm zu. Wiederholt trat der Politische Leiter der Bielefelder KPD, Wilhelm Kötter, in Detmold auf und warnte vor der Gefahr von rechts, nicht ohne selbst zum Sturz der Regierung aufzurufen. Außerdem bereitete sich die Partei zunehmend auf die Illegalität vor. Ab dem Frühjahr 1923 war die Parteileitung in Lippe damit beschäftigt, sogenannte proletarische Hundertschaften zu bilden, die als schlagkräftige

Truppe nicht nur Versammlungen gegen rechte Attacken schützen sollte, sondern auch ins Gesamtkonzept der KPD für einen bewaffneten Aufstand paßten. Die Lippische Landesregierung verbot die Hundertschaften, die in Lippe ungefähr 200 Mann umfaßten, im Oktober 1923. Unter dem Tarnmantel von Wanderklubs existierten sie allerdings fort. Nur wenige Tage nach dem Verbot plünderten 140 Mann ein illegales Munitionsdepot der Reichswehr bei einem deutschnationalen Bauern in Hagen bei Lage. Die Aktion wurde maßgeblich von Mitgliedern der KPD und der Hundertschaften aus dem Bereich Lemgo, Salzuflen und Oerlinghausen durchgeführt. Die Ermittlungen ergaben zwar auch, daß sieben Kisten mit Munition nach Pivitsheide gelangt waren, allerdings konnten nur zwei der Beteiligten namentlich dingfest gemacht werden. Einer von ihnen war Wilhelm Vehmeier aus Pivitsheide. Detmolder Kommunisten waren offensichtlich nicht beteiligt. Reichswehreinheiten führten im November umfangreiche Hausdurchsuchungen bei Kommunisten in Detmold und Lemgo durch. Gemeinsam mit dem Oberreichsanwalt in Leipzig ermittelte die Detmolder Staatsanwaltschaft gegen die lippischen Kommunisten. Ein Teil der Munition war nämlich auf Betreiben der Bielefelder Unterbezirksleitung nach Bielefeld geschafft worden. Mit Sprengstoff aus Kalkwerken bei Brackwede und Steinhagen wurde er später nach Hannover weitergeleitet. Hier verübten Kommunisten am 21. Dezember einen Anschlag auf das Gebäude des Oberpräsidenten der Provinz Hannover, Gustav Noske.

Im Landtag bestritt der kommunistische Landtagsabgeordnete Scholz eine Beteiligung seiner Partei am Munitionsdiebstahl. Im Juni 1924, als eine Beteiligung nicht mehr zu leugnen war, verteidigte der Lemgoer die nächtliche Aktion, die unter dem Kennwort 'Breslau-Königsberg' gelaufen war, als Selbsthilfe der Arbeiterschaft gegen die Gefahr des Faschismus. Auf Intervention des Auswärtigen Amtes kam es nicht zu einem Verfahren; man befürchtete außenpolitischen Ärger, da das Lager gegen Auflagen der Alliierten verstieß.

Zwischenzeitlich, im Februar 1924, war es zu einer großen Demonstration der KPD in Detmold gekommen. Die Partei war Ende November reichsweit verboten worden. Gegen dieses Verbot und die Aktionen der Reichswehr und Staatsanwaltschaft im Zusammenhang mit dem Munitionsdiebstahl zogen 200 bis 300 Anhänger der Partei auf das Landtagsgebäude zu. Zwei bewaffnete Trupps der Polizei lösten die Kundgebung auf und nahmen sechs Teilnehmer, darunter zwei aus Detmold, vorübergehend in Haft.[4]

Mobil machte die Detmolder KPD aber auch gegen die republikfeindlichen Verbände der Rechten. Unter der Führung von Luise Mundzeck störten die Kommunisten am 29. März 1924 eine Veranstaltung der völkischen Rechten mit dem selbsternannten 'Arbeiterführer' Heinrich Dolle, einem Antisemiten und frühen Nationalsozialisten.[5] Und als im April der Völkische Soziale Block den antisemitischen Redner Graf Baudissin aus Bethel aufbot, endete die Ver-

anstaltung im Tumult. Wieder hatten Kommunisten im Publikum gegen die judenfeindliche Hetze des Redners lautstark protestiert.[6]

Im Mai 1924 errang die KPD bei der Reichstagswahl in Lippe 7,4 Prozent der Wählerstimmen. Doch wenige Monate später – im Dezember – sackte die Partei auf 4,5 Prozent ab. Die politische und wirtschaftliche Lage in Deutschland hatte sich stabilisiert. Außerdem gab es starke Richtungskämpfe innerhalb der KPD. Vor allem im Unterbezirk Bielefeld unter dem Politischen Leiter Wilhelm Kötter spitzte sich die Auseinandersetzung zu. Und so konnte die Partei bei der Landtagswahl im Januar 1925 gerade noch 4,1 Prozent erzielen und damit ihr einziges Mandat knapp retten.

In den Jahren von 1925 bis 1928 wurde es ruhig um die KPD in Lippe. Spektakuläres ereignete sich nur in Detmold. Der Gewerkschaftssekretär Ferdinand Schreck kam zur KPD. Zuvor war er schon zeitweise in der USPD aktiv gewesen. Seine Frau saß für die SPD in der Stadtverordnetenversammlung.[7]

Zu den Kommunalwahlen im Januar 1928 trat die KPD erstmals auch in Detmold an. Mit 6,2 Prozent der Stimmen konnte sie einen Sitz in der Stadtverordnetenversammlung gewinnen (Friedrich Zimmermeister). [8]

Die Hochburg der Partei aber war Lemgo. Über eine straffe Organisation wie in anderen Teilen Deutschlands verfügte die KPD im Kleinstaat ohnehin nicht. Organisatorisch war Lippe als Arbeitsgebiet an den Unterbezirk Bielefeld angebunden. Der gehörte bis 1929 zum Bezirk Niedersachsen. Erst 1925 bildeten sich weitere Nebenorganisationen der KPD in Lippe: die Rote Hilfe, die kommunistische Häftlinge und ihre Angehörigen unterstützte[9], sowie Ortsgruppen des Rotfrontkämpfer-Bundes (RFB). Seine uniformierten Mitglieder bestimmten auch in Detmold die politischen Auseinandersetzungen mit.

Die Attraktivität der KPD war bis 1929 in Lippe äußerst gering. Gerade 100 eingeschriebene Mitglieder in den vorhandenen 12 Ortsgruppen sprechen Bände. Neben Detmold gab es auch Ortsgruppen in Pivitsheide und Heidenoldendorf. Dennoch konnten die Kommunisten wieder Erfolge verbuchen. Bei der Landtagswahl im Januar 1929 erreichten sie 6,1 Prozent. Zugleich setzte eine Verschärfung der innenpolitischen Situation ein, die der Partei neue Anhänger und Wähler zutrieb. Gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen KPD und NSDAP gehörten nun zum Alltag. Zu einer besonders großen Straßenschlacht kam es am Vorabend der Reichstagswahl am 13. September 1930 in Detmold.[10]

Die KPD wurde stärker. Im April 1931 existierten 19 Ortsgruppen im Land, und die Zahl der Mitglieder bewegte sich zwischen 300 und 400. Auch organisatorisch trug man diesem Rechnung. Lippe wurde in drei Instrukteursgebiete aufgeteilt: Detmold, Lage und Lemgo. Die Ortsgruppe in Detmold verfügte über etwa 40 Mitglieder, Pivitsheide über ungefähr 30 und Heidenoldendorf über knapp 20.[11]

Die steigende Arbeitslosigkeit war das zentrale Thema der KPD. Im Sommer 1930 hatte sie bereits erste Anstrengungen unternommen, sogenannte Erwerbslosenausschüsse in Lippe zu bilden. Federführende Kraft bei der Bildung war die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO), die außerdem einen Landeserwerbslosenausschuß gründete. Vorsitzender wurde der frühere Detmolder Stadtverordnete Friedrich Zimmermeister.[12] Die Partei befand sich im Aufwind. Die wachsende Radikalisierung brachte ihr viele neue Mitglieder. Darunter allerdings auch so umstrittene Zugewinne wie den ehemaligen Nationalsozialisten Reinhold Winkelmann aus Hiddesen, der im Sommer 1931 zu den Kommunisten stieß.[13]

Die Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten in Detmold erreichten neue Dimensionen. Die Nationalsozialisten drangen wiederholt ins 'Revier' der KPD rund um den Schlachthof, das 'Wolgagebiet', ein und provozierten die dort wohnende Arbeiterschaft.[14] Im Herbst wurde der Detmolder Kommunist Schäfer mit dem Messer niedergestochen. Er erlag offenbar später seinen Verletzungen.[15]

Der Winter 1931/32 stand ganz im Zeichen des Wahlkampfes. Am 10. Januar 1932 sollten neben den Stadtparlamenten auch die Abgeordneten der Kreistage Detmold und Lemgo gewählt werden. In 6 von 9 lippischen Städten kandidierte die KPD. Mit 8,9 Prozent holte sie in Detmold zwar 2 Mandate, dieses war im Vergleich zu Lemgo, Oerlinghausen, Lage, Bad Salzuflen und Blomberg aber ihr bei weitem schlechtestes Ergebnis. Nicht wenige Detmolder Kommunisten vermuteten, daß Reinhold Winkelmann dazu beigetragen hatte, ihr Ansehen zu schmälern. Dieser wurde während des Wahlkampfes festgenommen, weil er von seiner Schußwaffe Gebrauch gemacht hatte.

Seit Februar 1932 hatten die Ortspolizeibehörden auf Weisung der Landesregierung die KPD zu überwachen und vierteljährlich Bericht zu erstatten. Die Detmolder Polizei stellte in ihrem Bericht vom 24. Februar 1932 fest, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bielefelder Bezirksleitung und der Detmolder Ortsgruppenleitung vor allem bei der Aufstellung der Kandidaten für die Wahlen zum Stadtparlament für einen Rückschlag gesorgt hätten.[16] Die Polizei war auch noch genauer über Interna informiert, was darauf schließen läßt, daß sie einen Zuträger in der Ortsgruppe hatte. Vorsitzende war zu diesem Zeitpunkt Mimi Müller. Dieses war eine Besonderheit, denn in keiner anderen Partei in Lippe konnte eine Frau eine solche Position übernehmen. Insgesamt verfügte die KPD über 66 zahlende Mitglieder in Detmold, die Ortsgruppe der Roten Hilfe hatte 33, der Kampfbund gegen den Faschismus (ehemals RFB) 40 und die RGO 200 Mitglieder. Außerdem gab es einen Spielmannszug mit 12 Mitgliedern.[17]

Die Agitation der Partei auf der Straße wuchs. Die Zusammenstöße mit Nationalsozialisten mündeten nicht selten in regelrechten Straßenschlachten, so im März 1932 auf der Langen Straße.[18] Am 19. April kam es in Detmold zum

'Hungermarsch'. Rund 1.200 Männer und Frauen rückten sternförmig auf das Regierungsgebäude vor. Auslöser war die Kürzung der Wohlfahrtsrichtsätze und der Fürsorgeleistungen. Die lippische Polizei konnte den Ansturm nur mit Mühe stoppen. Bei den Tumulten flogen auch Pflastersteine auf die Ordnungshüter.[19] Mehr als 30 Personen mußten sich schließlich wegen Landfriedensbruchs vor dem Landgericht Detmold verantworten. Darunter auch Wilhelm Vehmeier und Friedrich Zimmermeister. Die Funktionäre der Partei hatten es ansonsten aber geschickt verstanden, sich aus den Auseinandersetzungen herauszuhalten. Die Polizei sah zwar den Detmolder Albert Donitzky als einen der hauptverantwortlichen Beteiligten an, konnte diesem aber nichts nachweisen.[20]

Verstärkt suchte die KPD nun auch die Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten, den 'Sozialfaschisten'. Das hielt sie nicht davon ab, in den Kommunalparlamenten gemeinsame Sache mit den Nationalsozialisten zu machen. Die Stimmenanteile stiegen: bei der Reichstagswahl im Juli 1932 immerhin auf 9,7 und im November gar auf 15,3 Prozent. Und auch die Zahl der Mitglieder wuchs in Lippe auf 500 bis 600 an. Darunter befand sich prominenter Zuwachs. Der Detmolder Arzt Dr. Karl Thunert war im November 1932 aus der SPD ausgeschlossen worden, weil er an einer Versammlung der KPD teilgenommen hatte.[21] Auch organisationsmäßig wurde der neuen Situation Rechnung getragen. Lippe bildete seit dem 1. September 1932 einen eigenen Unterbezirk mit nunmehr 37 Ortsgruppen. Das Parteibüro befand sich allerdings nicht in Detmold, sondern in Lage. Dort war der Schlosser Wilhelm Vehmeier aus Pivitsheide als Bezirksleiter tätig.

Bei der Landtagswahl im Januar 1933 erlitt die KPD allerdings eine Schlappe. Sie konnte zwar 11,2 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen, lag damit aber unter dem Ergebnis der Reichstagswahl vom November.[22] Aber die KPD konnte nun zwei Abgeordnete in den Landtag entsenden: neben Adolf Scholz war dies Wilhelm Vehmeier. Ein Grund für das schlechte Abschneiden könnte die Spaltung der Kommunisten in Detmold gewesen sein. Im Laufe des Jahres 1932 traten namhafte Parteiarbeiter wie Ferdinand Schreck, Bruno Fahr und Wilhelm Hildebrand aus und gründeten eine Ortsgruppe der Kommunistischen Arbeiter-Union.[23]

Gegen die neue nationalsozialistische Landesregierung demonstrierten am 3. Februar mehrere Kommunisten.[24] Daraufhin wurden öffentliche Demonstrationen und Kundgebungen der KPD durch die Landesregierung verboten. Nach dem Reichstagsbrand fanden auch in Lippe zahlreiche Polizeiaktionen zur Zerschlagung der Partei statt. Am 1. März erfolgten überall umfangreiche Hausdurchsuchungen bei KPD-Funktionären. Unterstützt wurde die reguläre Polizei dabei von aus SA, SS und Stahlhelm gebildeter Hilfspolizei. Elf Personen wurden in Detmold festgenommen und in 'Schutzhaft' überführt: Dr. Karl Thunert, Reinhold Winkelmann, der Stadtverordnete Karl Ziegenbein, Bruno Fahr, Fritz

Dröge, Friedrich Zimmermeister, Wilhelm Hildebrand, Johann Lutsch, Gustav Kampmann, Karl Ostmann und Karl Schierenberg.[25]

Die Funktionäre Adolf Scholz und Wilhelm Vehmeier vermochten unterzutauchen. Auch in den folgenden Märztagen erfolgten fortwährend neue Verhaftungen. Noch aber waren einzelne Kommunisten aktiv und verteilten Flugblätter.[26] Dennoch konnte die KPD bei der Reichstagswahl am 5. März in Lippe noch 8,2 Prozent erzielen. Am 10. März wurden die ersten kommunistischen 'Schutzhäftlinge' auf freien Fuß gesetzt, doch nur, um sie am 13. März in einer großen Aktion wieder zu verhaften. Insgesamt wurden in Detmold etwa 20 Personen festgenommen, darunter Bruno Fahr[27] und auch Mimi Müller.[28] In der 'Schutzhaft' wurden viele gezwungen, eine Erklärung zu unterzeichnen, in der sie sich von ihrer Partei lossagten. Doch selbst die Polizei schätzte solche Zugeständnisse als nicht sehr bedeutsam ein:

> Personen, von denen bekannt ist, daß sie Mitglied der Partei sind oder waren, erklären seit einiger Zeit, daß sie mit der Kommunistischen Partei nichts mehr zu tun haben wollen. Anläßlich der Festnahmen haben auch Funktionäre die gleiche Erklärung abgegeben. Wenn derartige Erklärungen auch aus Furcht vor Maßnahmen abgegeben werden und nicht immer ehrlich gemeint sind, so darf doch angenommen werden, daß sie in Zukunft größte Zurückhaltung üben werden.[29]

Die Gefängnisse in Lippe waren hoffnungslos überfüllt. Um die Überfüllung zu mindern, wurden die Häftlinge sogar nach Herford abtransportiert. Die Situation änderte sich über Monate hinweg allerdings nicht. Im August 1933 stellte die Lippische Landesregierung sogar den Antrag auf die Einrichtung eines Konzentrationslagers für 200 Häftlinge in der Senne bei Augustdorf. Als Standort war ein Platz neben dem Reichsarbeitsdienst-Lager Heidequell vorgesehen. Der Polizeipräsident in Bielefeld unterstützte dieses Anliegen, auch er hoffte, einen Teil seiner 'Schutzhäftlinge' dort unterbringen zu können. Wegen einer Amnestie landete der Plan aber im Oktober/November 1933 wieder in der Schublade und wurde nicht weiterverfolgt.[30]

Durch die Inschutzhaftnahme der maßgeblichen Funktionäre der KPD im März war die Organisationsstruktur bereits weitgehend zerschlagen worden. Ende April 1933 wurden Landtag, Kreistage und Gemeindeparlamente gleichgeschaltet. Anlaß für die SPD-Fraktion in Detmold, sich selbst aufzulösen.[31]

Noch aber gab es Lücken in Lippe, die offensichtlich von der KPD auch genutzt wurden. Erbost meldete Anfang April der Bielefelder Polizeipräsident, daß die „Verhältnisse der politischen Polizei in Lippe [sich] derartig entwickelt [hätten], daß meines Dafürhaltens ein sofortiges Eingreifen der Reichsregierung notwendig wird." So sei eine Aktion der Polizei zuvor an die Kommunisten verraten worden. Außerdem sei Lippe „mittlerweile ein besonders bevorzugter Aufenthalt für Kommunisten geworden."[32] Durch regelmäßigere Absprachen der Dienststellen in Lippe und Bielefeld versuchte man in der Folge-

zeit, diese Mängel zu beheben. Vollends bloßgestellt wurde die lippische Polizei nur wenige Wochen später. Dem Detmolder SA-Sturmführer Dr. Erich Wiebach schien es gelungen, einen Detmolder Kommunisten 'umzudrehen' und als Spitzel in Paderborner KPD-Kreisen einzusetzen. Unter der Bezeichnung M 12 lieferte der ehemalige 'Erwerbslosenführer' Wilhelm H. phantasiereiche Berichte, die über Wochen hinweg nicht nur den Studienrat Wiebach, sondern auch die Polizei beschäftigten. In einem erhaltenen Bericht vom 10. Mai 1933 schilderte M 12, wie er sich als linksradikaler Student Erwin Hermeling in Paderborn Kontakte aufgebaut habe. Offensichtlich servierte er seinem Auftraggeber, was dieser gern hören wollte: ein Konglomerat aus 'bolschewistischen Umsturzplänen' und 'jüdischer Verschwörung'. So unterhalte die Paderborner Familie K. Kontakte zur Familie Hesse in Detmold und: „Alle Fäden laufen nach Lippe in die Senne. Überraschenderweise höre ich von Herrn Silberberg Namen wie Baer und Julius Wolff in Detmold."[33] Nur wenige Tage später mahnte M 12 eine dringende „Gesamtaktion" für den 19. Mai an. Es handele sich schließlich bei der Angelegenheit in Paderborn um eine große Spionagesache. Die Aktion sollte sich gegen 19 Personen, darunter Baer, Hesse und Wolff in Detmold richten. Auf der Post in Detmold würden 3 postlagernde Briefe zu finden sein, die Otto Baer überführen würden. Es sei desweiteren eine Unmenge von Material zu finden wie Unterlagen über Reichswehr-Übungen, Waffenlager, den Geheimcode der KPD, Organisationsnester in Lippspringe, Paderborn und Lippstadt, eine versteckte Radiostation in Stukenbrock. Außerdem seien die beiden hohen KPD-Funktionäre Goebels und Piontek in der Senne versteckt.[34] Die Sache platzte, weil sich der Polizeipräsident in Bielefeld einschaltete. Wilhelm H., der vermeintliche Spitzel M 12, galt als unzuverlässig und stand im Verdacht, weiterhin mit der KPD zusammenzuarbeiten.[35] Wilhelm H. wurde daraufhin am 20. Mai in 'Schutzhaft' genommen.[36] Er war nicht der einzige Kommunist, der 'Schwindelnachrichten' lieferte.

Natürlich gab es auch andere Fälle. 'Verschärfte Verhöre' durch SA- und SS-Leute, die als Hilfspolizisten fungierten, ließen so manchen schwach werden und 'plaudern'. Auch Reinhold Winkelmann arbeitete nach der Entlassung aus der 'Schutzhaft' als Spitzel der NSDAP-Kreisleitung Lübbecke in KPD-Kreisen und verriet seine Genossen.[37] Dem Verrat aus eigenen Kreisen fielen auch die flüchtigen KPD-Funktionäre Adolf Scholz, Wilhelm Vehmeier und August Weisheit zum Opfer. Der Pivitsheider Wilhelm Vehmeier wurde bereits am 15. März 1933 bei einem Geheimtreffen in Osnabrück verhaftet. Mit fünf anderen Kommunisten aus dem Ruhrgebiet und Osnabrück verurteilte ihn das Oberlandesgericht Hamm am 22. Juli 1933 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis.[38] Nachdem Vehmeier im Juni 1934 entlassen wurde, wurde er noch weitere Male in 'Schutzhaft' genommen und durch die Gestapo bis zum Kriegsende überwacht.[39]

Auch der Detmolder Arzt Dr. Karl Thunert floh, nachdem er aus der 'Schutzhaft' entlassen worden war. Ein Arbeiter brachte ihn nach Holland. Von dort ging der überzeugte Pazifist in die UdSSR. Thunert ist seitdem verschollen. Gerüchte besagen, daß er während der Stalinschen 'Säuberungen' umgebracht wurde.[40]

Manche hatten sich schon zuvor mit der NSDAP arrangiert, wurden aber von ihrer kommunistischen Vergangenheit 'eingeholt'. Ende Juni 1933 wurde Albert Donitzky in 'Schutzhaft' genommen. Er war mittlerweile Mitglied der NSDAP und der NSBO. Die Nationalsozialisten schlossen ihn aus der Organisation aus, weil er früher Parteigenossen bei der Stadtverwaltung denunziert haben sollte.[41]

Im Juli 1933 richtete die Landesregierung eine sogenannte Kontrollpolizei ein, die in verdecktem Stil Ermittlungen über die ehemaligen Mitglieder von KPD und SPD anstellte. Grundlage für die Ermittlungen waren Wahllisten und die dazugehörigen Unterstützungsunterschriften.[42] Diese Kontrollpolizei hatte nicht unerheblichen Anteil daran, daß die Versuche der KPD, sich im Untergrund zu reorganisieren, scheiterten.

Bereits im April 1933 setzten die Versuche eines möglichst bruchlosen Übergangs der Parteiorganisation in die Illegalität ein. Eine nicht unwesentliche Rolle dabei spielten offenbar Verbindungen zu den Ernsten Bibelforschern.[43] Außerdem entsandte die Bezirksleitung Ruhrgebiet einen Instrukteur nach Lippe. Dabei handelte es sich um den Bielefelder Bernhard Beutner (Deckname 'Bubi'). Sein Kontaktmann zur Bezirksleitung war der Essener Rudolf Larsch (Deckname 'Emil'). Der Auftrag Beutners bestand darin, neue Ortsgruppen zu gründen, die Beiträge zu kassieren und die Propagandaarbeit wiederzubeleben. Eine seiner wesentlichen Kontaktpersonen vor Ort war der Heidenoldendorfer Fritz Büker.[44] Büker war als einer von acht Gebietsinstrukteuren für Lippe eingeteilt, dem neben Heidenoldendorf Detmold und Pivitsheide unterstanden. Im Juni waren in diesen drei Zellen 21 zahlende Mitglieder erfaßt. Fritz Bükers Haus und Grundstück wurden zu einem zentralen Punkt der illegalen KPD in Lippe. Beutner lieferte einen Abziehapparat, Wachsplatten und Papier. Mit diesem Material druckten Büker und einige seiner Genossen von Juni bis August zwei Ausgaben einer illegalen Zeitung, der „Lippischen Roten Post", in einer Auflage von jeweils etwa 400 Exemplaren. Auch Flugblätter wurden hergestellt und landeten im Juni in Detmolder Briefkästen. Doch die Fortschritte reichten Larsch nicht aus, er löste Beutner im August ab und ersetzte ihn durch den ehemaligen Politischen Leiter des Unterbezirks Bielefeld, Magnus Hartmann (Deckname 'Kurt'). Bei einer konspirativen Versammlung im Hörstmarschen Holz legte Hartmann Mitte September die Organisation der Partei in Lippe fest:

Politischer Leiter:	Martin Niebuhr, Lage
Stellvertreter:	Fritz Bracht, Lemgo

Organisationsleiter:	Hans Göbel, Heidenoldendorf
Agit-Prop-Leiter:	Fritz Büker, Heidenoldendorf
Kassierer:	Adolf Beckmann, Heidenoldendorf

Bükers Haus und Grundstück sollten zum wesentlichen Zentrum der Partei in Lippe erweitert werden. Geplant war, einen Keller auszuheben und zu betonieren. Er sollte nicht nur als Unterschlupf und für die Herstellung von Druckschriften dienen, sondern dort sollten auch Waffen eingelagert werden. Verantwortlicher für letzteres war anfangs Eduard Thome in Nienhagen. Thome hatte bereits im März vom Landtagsabgeordneten Vehmeier einen Kasten mit Sprengstoff und Munition erhalten, der bei Büker untergestellt wurde.[45]

Einem Lemgoer Kontrollpolizisten gelang es, „nach genügender Bearbeitung" einen Kommunisten als 'Gewährsmann' zu gewinnen.[46] Nach und nach konnten Polizei und Staatsanwaltschaft die illegale KPD in Lippe aufrollen. Dabei behilflich war auch Carl Z., der als Kurier direkten Kontakt mit Larsch und auch Hartmann hielt. Wie viele war auch er dem Druck nicht gewachsen.[47] Als Fritz Büker am 22. September 1933 festgenommen wurde, setzte sich Kurt noch am gleichen Tage aus Lippe ab und flüchtete nach Osnabrück. Dort wurde er am 27. Oktober verhaftet. Der Herforder Josef Lemke ersetzte ihn als Instrukteur, wurde aber bereits am 23. Oktober in Lage festgenommen. Der wesentliche Teil der illegalen KPD wurde von der Polizei innerhalb weniger Tage aufgerollt.

Im September 1934 beschäftigte sich das Oberlandesgericht Hamm mit 65 lippischen Kommunisten. Die Anklage lautete auf Vorbereitung zum Hochverrat. Nur 11 wurden freigesprochen. Die Strafmaße für die Männer und Frauen aus Heidenoldendorf und Pivitsheide:

Fritz Büker, Heidenoldendorf:	2 Jahre
Lina Büker, Heidenoldendorf:	1 Jahr 2 Monate
Adolf Beckmann, Heidenoldendorf:	1 Jahr 10 Monate
Hans Göbel, Heidenoldendorf:	1 Jahr 7 Monate
Konrad Gülicher, Heidenoldendorf:	1 Jahr 6 Monate
Friedrich Gülicher, Heidenoldendorf:	1 Jahr 6 Monate
Adolf Gülicher, Heidenoldendorf:	1 Jahr 10 Monate
Heinrich Büker, Pivitsheide:	2 Jahre
Rudolf Büker, Pivitsheide:	1 Jahr 6 Monate
August Strohdiek, Pivitsheide:	1 Jahr 6 Monate
Wilhelm Funke, Pivitsheide:	1 Jahr 6 Monate
Gustav Hackemack, Pivitsheide:	1 Jahr 9 Monate
Wilhelm Hackemack, Pivitsheide:	1 Jahr 6 Monate.[48]

Vorerst unentdeckt blieb die Detmolder Zelle der KPD um Bertha Schäfer in Hiddesen. Noch bis zum August 1934 waren acht Männer und Frauen in der illegalen Parteiarbeit aktiv. Bertha Schäfer und Ehemann Wilhelm hatten 1932/33 ihr Gartenhaus an Reinhold Winkelmann vermietet. Über ihn entwik-

kelten sich freundschaftliche Kontakte zum Landtagsabgeordneten Adolf Scholz und seiner Frau Hedwig. Im April 1933 wurde Bertha Schäfer in 'Schutzhaft' genommen. Als sie einen Monat später entlassen wurde, organisierte sie Lebensmittel für den auf der Flucht befindlichen Adolf Scholz und hielt über Beutner ('Bubi') Kontakte zur Unterbezirksleitung in Bielefeld. Zu der Zelle gehörten außerdem Margarete Tewes, Ernst Silberbach, Paul Willert in Heidenoldendorf, Hermann Frische und Wilhelm Tölke. Sie trafen sich zu Stubenversammlungen bei Bertha Schäfer. Paul Willert war der Kontaktmann für Bubi und bekam von diesem die „Lippische Rote Post" und andere Druckschriften ausgehändigt. In einem markierten Kaninchenloch bei Heidenoldendorf hinterlegte Willert diese für Margarete Tewes. Sie verteilte das Material weiter und kassierte. Auch diese Zelle wurde aufgrund einer Denunziation aufgerollt. Der Hinweis stammte vom Ehemann der Margarete Tewes. Im April 1935 wurden die Beteiligten vom Oberlandesgericht Hamm zu Zuchthausstrafen zwischen einem Jahr und zwei Monaten und einem Jahr und fünf Monaten verurteilt.[49]

Nachdem der Polizei im September 1934 eine weitere Zelle im Raum Lemgo/Schötmar ins Netz gegangen war, waren die Versuche der KPD in Lippe, ihre Organisation in die Illegalität zu überführen und dort weiterzuarbeiten, zerschlagen worden.[50]

Fritz Büker wurde am 13. April 1936 aus dem Gefängnis entlassen. Aber nur wenige Monate später, am 10. August, nahm die Polizei ihn erneut in 'Schutzhaft'. Ein eifriger Volksgenosse hatte ihn wegen „staatsfeindlicher Äußerungen" denunziert. Im November 1936 verurteilte ihn das Oberlandesgericht Hamm erneut, diesmal zu 5 Jahren Zuchthaus.[51] Nach der Entlassung 1941 aber übernahm ihn sofort die Gestapo in Bielefeld und überführte ihn einige Wochen später ins KZ Sachsenhausen. Büker arbeitete dort als Lagerelektriker und konnte sich einigermaßen frei im Lager bewegen. Seine Tätigkeit nutzte er aber auch für die illegale Lager-KPD. Fritz Büker hörte insgeheim ausländische Sender ab und übermittelte das Gehörte unter anderem dem inhaftierten ehemaligen Reichstagsabgeordneten Ernst Schneller. Ein SS-Sturmbannführer ertappte Büker schließlich im Sommer 1944 beim Abhören der BBC und ließ den Lagerelektriker festnehmen. Anschließend war er den Verhörmethoden der Gestapo ausgesetzt. Die Beamten bedienten sich dabei des starken Geltungsbedürfnisses von Büker. Mit den Informationen und den Ermittlungsergebnissen eines lagerinternen Spitzeldienstes wurde die illegale Lager-KPD aufgedeckt. 27 Kommunisten, darunter Fritz Büker, wurden am 11. Oktober 1944 von der SS am Lenitzsee bei Oranienburg erschossen – wegen „versuchter Meuterei und Aufwiegelung".[52]

Die illegale Tätigkeit der KPD in Detmold und Umgebung war bereits 1934 beendet. Die maßgeblichen Funktionäre unterstanden nach ihrer Entlassung aus Haft oder 'Schutzhaft' der Kontrolle durch Polizei und Partei. Auch gab es of-

fensichtlich keine Verbindungen ehemaliger Detmolder Kommunisten zum Lemgoer Willi Langenberg, dem „Partisan im Lipperland". Dessen Kampf mit der Waffe gegen das NS-Regime bleibt ohne Zweifel der interessanteste Fall von Widerstand in der Region.[53]

Anmerkungen

1. Vgl. H. Hüls: Wähler und Wahlverhalten im Lande Lippe, S. 157. Auch bei den Reichstagswahlen vom Mai und November 1924 steht Luise Mundzeck auf dem Kreiswahlvorschlag. Für die Landtagswahlen 1921 und 1925 ist sie ebenfalls als Kandidatin benannt (jeweils Listenplatz 3). Zur Geschichte der KPD in Lippe: J. Hartmann: Zur Geschichte der KPD und zum kommunistischen Widerstand in Lippe (1920–1945). In: Lippische Mitteilungen 62 (1993); S. 199-251.
2. LZ vom 8.9.20.
3. LZ vom 18.9.23.
4. Bericht des Gendarmerie-Kommandos Detmold, 14.2.24; StA DT L 80 IeP Nr. 16; sowie Volksblatt vom 14.2.24.
5. LZ vom 30.3.24.
6. LZ vom 13.4.24.
7. LZ vom 4.1.27. Schreck war Kandidat der USPD für die Landtagswahl 1921 (Listenplatz 2). 1929 wurde Schreck von der KPD als Kandidat für die Landtagswahl (Listenplatz 4) aufgestellt. Außerdem war er Mitglied des Zentralvorstandes der Roten Hilfe Deutschlands. Er wechselte 1932 zur NSDAP und agierte für sie als Wanderredner. Vgl. zum Auftritt des „bösen Schreck" in Oerlinghausen LZ vom 13.1.33. In einem Flugblatt, das Anfang März 1933 verteilt wurde, polemisierte die Detmolder KPD gegen Schreck: „Bezeichnend für dieses Individuum ist sein politischer Werdegang. Herr Schreck ging: von der SPD zur USPD, von der USPD zur SPD, von der SPD zur KPD, von der KPD zur Arbeiter-Union, von der Arbeiter-Union zu ... den Nazis." Vgl. „Rotes Volksblatt. Kampforgan für Detmold und Umgebung", StA DT D 23 Detmold Nr. 4038.
8. Staatsanzeiger für das Land Lippe vom 5.2.28.
9. Kassierer war der spätere Landtagsabgeordnete Wilhelm Vehmeier aus Pivitsheide. Vgl. LZ vom 4.6.25.
10. LZ vom 15.9.30.
11. Vgl. J. Hartmann, KPD in Lippe, S. 212.
12. Zimmermeister war später auch Vorsitzender der lippischen RGO.
13. Reinhold Winkelmann (geb. 1911) war 1926 Mitglied der Hitlerjugend in Stettin, tritt am 1. Mai 1929 in die NSDAP ein (Nr. 174.024). Im September 1929 kommt er nach Lippe und wird vom damaligen NSDAP-Bezirksleiter Bruno Fricke als Führer der lippischen HJ und auch SA eingesetzt. Im Dezember 1929 verübt er mit anderen SA-Männern auf Weisung Frickes einen Anschlag auf den Detmolder Ortsgruppenleiter Karl Lerch, einem Kontrahenten Frickes und mutmaßlichen Informanten Felix Fechenbachs. Die Justiz ermittelt wegen Mordversuchs. Winkelmann wird verhaftet. Im Oktober 1930 tritt er aus der Detmolder Ortsgruppe der NSDAP aus. [...] Mit anderen linken Nationalsozialisten gründet er am 15. Juli 1931 die Kampfgemeinschaft lippischer Nationalsozialisten. Einen Monat später ist er bereits Mitglied der KPD, die ihn am 28. August 1931 erstmals als Redner bei einer Veranstaltung in

Detmold präsentiert. Vgl. zur Person Winkelmann: J. Hartmann, KPD in Lippe, S. 213-214, 221; sowie J. Hartmann: „Im Kampf gegen Rechts" – Felix Fechenbachs Frühzeit beim Detmolder 'Volksblatt'. In: Felix Fechenbach, 1894–1933. Journalist, Schriftsteller, Pazifist; hrsg. vom Landesverband Lippe, Detmold 1994. S. 85-99 (hier: S. 95-98); außerdem Beitrag von Andreas Ruppert in diesem Band.

14. Vgl. auch LZ vom 7.1.32. Die „Rote Wolga" war quasi sprichwörtlich in Detmold; vgl. auch LZ vom 24.7.32.
15. LZ vom 20.10. und 21.10.31.
16. Vermutlich sorgten diese Differenzen wenig später auch zum Austritt einiger Funktionäre wie Bruno Fahr, Ferdinand Schreck oder Wilhelm Hildebrand und zur Gründung einer Kommunistischen Arbeiter-Union.
17. Detmolder Polizei an Landesregierung, 24.2.32; StA DT L 80 IeP Nr. 12 Bd. 2.
18. LZ vom 13.3.32.
19. Vgl. Bericht der Detmolder Polizei, 19.4.32; StA DT L 80 IeP Nr. 12 Bd. 2; sowie LZ vom 20.4. (mit Foto), 21.4. und 22.4.32.
20. Verfahren wegen des 'Hungermarsches', 1932–33; StA DT D 23 Detmold Nr. 4134 und 4135 sowie LZ vom 31.5. und 1.6.32; sowie: Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Detmold, 8.9.32; StA DT D 20 B Zg. 28/1968 Nr. 154 und LZ vom 9.9.32. Albert Donitzky (geb. 1898) wechselte später zur NSDAP, wurde dort aber im Juni 1933 wegen angeblicher 'Spitzeltätigkeit' ausgeschlossen. Vgl. Vorgänge StA DT L 113 Nr. 426, 1104 und 1226, sowie LZ vom 25.6.33.
21. Karl Thunert (geb. 28.9.1890) war früher Vorsitzender der Detmolder Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft und der Naturfreunde. 1925 erregte er in ganz Deutschland Aufsehen wegen eines Prozesses, weil er gegen den § 218 verstoßen hatte. Er wurde zu 2 Jahren Zuchthaus verurteilt; in der Revision reduzierte das Gericht die Strafe auf 1 Jahr und 2 Monate, weil „keine gewinnsüchtige Absicht" feststellbar war. Vgl. Revisionsurteil Thunert, 30.4.25; StA DT D 20 B Zg. 28/1968 Nr. 147.
22. Zum Wahlkampf vgl. auch Schreiben der Polizei Detmold an Kriminalkommissariat, 6.1.33; StA DT D 23 Detmold Nr. 4037.
23. Vgl. vor der Reichstagswahl am 5. März 1933 verteiltes Flugblatt „Rotes Volksblatt. Kampforgan für Detmold und Umgebung"; StA DT D 23 Detmold Nr. 4038.
24. LZ vom 4.2.33.
25. LZ vom 3.3.33. Vgl. Liste der Schutzpolizei Detmold vom 2.3.33; StA DT D 22 Detmold Zg. 31/1986 Vorläufige Aufnahme, 1933.
26. LZ vom 10.3.33. Dort erwähnt ist ein Wilhelm St.; vermutlich Wilhelm Steinmeier, der am 5.3.33 in 'Schutzhaft' genommen wurde.
27. Der Heizer Bruno Fahr (geb. 1903) von der Kommunistischen Arbeiter-Union wurde wiederholt in 'Schutzhaft' genommen: 1.-10.3., 13.-17.3., 8.-14.11., 15.11.-22.12.33. Vgl. Liste 'Schutzhäftlinge', 1933; StA DT D 22 Detmold Zg. 31/1986 Vorläufige Aufnahme. Verfahren gegen Bruno Fahr, 1933; StA DT D 23 Detmold Nr. 3962.
28. LZ vom 14.3.33 sowie LTZ vom 15.3.33. Vgl. Liste 'Schutzhäftlinge', 1933; StA DT D 22 Detmold Zg. 31/1986 Vorläufige Aufnahme. Mimi Müller (geb. 1904) blieb bis zum 16.4.33 in Haft. Am 23.8.33 wurde sie ein weiteres Mal in 'Schutzhaft' genommen.
29. Ortspolizeibehörde Detmold an Kriminalkommissariat Detmold, 15.3.33; StA DT L 80 Ie P Nr. 25 Bd. 2.

30. Vgl. den Vorgang zum geplanten KZ Heidequell, August-Oktober 1933; StA DT M 1 IP Nr. 645 Bl. 258-271.
31. LZ und LTZ vom 29.4.33. Der frühere Stadtverordnete und 'Volksblatt'-Redakteur Georg Popken distanzierte sich im August 1933 über die Presse von seiner alten politischen Heimat. Vgl. LK vom 3.8.33 sowie LZ vom 4.8. und 6.8.33.
32. Polizeipräsident Bielefeld an Regierungspräsident Minden, 10.4.33; StA DT M 1 IP Nr. 645 Bl. 234. Nach Auffassung des Polizeipräsidenten lähme der in Lippe vorhandene Viererausschuß der Polizei das Vorgehen gegen den politischen Gegner, darum müsse ein Kommissar eingesetzt werden. Viele Kommunisten in Lippe seien bedauerlicherweise wieder auf freien Fuß gesetzt worden.
33. M 12 an SA-Sturmführer Wiebach, 10.5.33; StA DT M 1 IP Nr. 645 Bl. 240.
34. M 12 an SA-Sturmführer Wiebach, 16.5.33; StA DT M 1 IP Nr. 645 Bl. 246.
35. Polizeipräsident Bielefeld an Regierungspräsident Minden, 8.6.33; StA DT M 1 IP Nr. 645 Bl. 251.
36. Vgl. Liste 'Schutzhäftlinge'; in: D 22 Detmold Zg. 31/1986 Vorläufige Aufnahme. Bei seiner Festnahme trug H. zwei Mitgliedsbücher der KPD auf den Namen Hermeling und eine Pistole bei sich. Er wurde kurze Zeit später wieder entlassen, am 26.5.33 jedoch erneut verhaftet. Die Folgen seiner 'Spitzeltätigkeit' sind leider unbekannt. Wegen Urkundenfälschung und Betrug wurde Wilhelm H. (geb. 1903) am 26.7.35 in Haft genommen. Vgl. Eintragung ins Dienstbuch der Detmolder Polizei; StA DT D 2 C Detmold.
37. NSDAP-Kreisleitung Lübbecke an Landesregierung, 24.7.33; StA DT L 80 Ie IV.5.2.1. Getreu der Devise 'Man liebt den Verrat, aber nicht den Verräter' wurde Winkelmann aber nicht mehr in die NSDAP aufgenommen. Winkelmann stirbt im Alter von 22 Jahren 1934 in Düsseldorf.
38. Lippischer Kurier (LK) vom 2.8.33; sowie Verfahren gegen W. Vehmeier u.a., 1933; StA MS, Generalstaatsanwalt Hamm, OJ 32/33, Nr. 11220, 11222, 11224, 11229. Vgl. jetzt auch: Bericht der Ortspolizeibehörde Osnabrück, 24.7.33; abgedruckt in: Gestapo Osnabrück meldet ... Polizei- und Regierungsberichte aus dem Regierungsbezirk Osnabrück aus den Jahren 1933 bis 1936; bearbeitet von Gerd Steinwascher, Osnabrück 1995, S. 400.
39. J. Hartmann: KPD in Lippe, S. 224 (Anm. 149). Vgl. auch Wiedergutmachungsakte Vehmeier; StA DT D 100 Zg. 1/1988 Nr. 488.
40. Im März 1933 wurde Thunert noch zu einer Haftstrafe von 9 Monaten verurteilt. Vgl. LZ vom 24.3.33. Im August 1933, wenige Tage nach der Ermordung Fechenbachs, hielt der „Lippische Kurier" es für nötig, öffentlich Gerüchte, daß Thunert sich erhängt habe, zu dementieren. LK vom 11.8.33. Im März 1939 ließ die Ehefrau Helene ihm, weil sein Aufenthaltsort unbekannt war, die Ehescheidungsklage „öffentlich zustellen". Vgl. Staatsanzeiger vom 18.3.39. Die Klärung von Thunerts Schicksal steht noch aus.
41. LK vom 25.6.33. Vgl. auch Vorgänge dazu; StA DT L 113 Nr. 426, 1104 und 1226.
42. Vgl. den Bericht der Kontrollpolizisten des Kreises Lemgo, 1.8.33; StA DT L 80 Ie IV.5.4.
43. Vgl. J. Hartmann: KPD in Lippe, S. 226.
44. Von der sogenannten Hilfspolizei wurde Büker fortwährend in 'Schutzhaft' genommen: 22.4.-2.5., 16.-21.6., 11.-14.8.33. Vgl. Liste 'Schutzhäftlinge', 1933; StA DT D 22 Detmold Zg. 31/1986 Vorläufige Aufnahme. Vgl. auch Wiedergutmachungsakte Büker; StA DT D 100 Detmold Zg. 1/1988 Nr. 196.

45. Wegen „unerlaubten Waffenbesitzes" wurde Büker am 23.8.33 vom Landgericht Detmold gesondert verurteilt. Vgl. Berufungsverfahren, 6.1.34; StA DT D 20 B Zg. 28/1968 Nr. 156.
46. Vgl. Angaben des Lemgoer Revieroberwachtmeisters August Strate, 5.3.41; StA DT L 113 Nr. 1043.
47. Im September 1948 wurde Z. (geb. 1904) wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit zu 2 Jahren und 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Richter sahen es als erwiesen an, daß er 23 Mitglieder der illegalen KPD bei der Gestapo anzeigte. Vgl. Urteil des Landgerichts Detmold, 27.9.48; StA DT D 21 B Zg. 1/1980 Nr. 130. Die Bielefelder Gestapo war offensichtlich aber nicht lang über Z. erfreut. In einer Liste mit 'Schutzhäftlingen' vom März 1934 taucht sein Name mit folgendem Vermerk auf: „erst V-Mann, dann Schwindelnachrichten geliefert."
48. Vgl. Verfahren O.J. 64/34; StA MS, Generalstaatsanwalt Hamm, erstinstanzliche Verfahren; Nr. 148-164.
49. Vgl. Verfahren 5 O.Js. 5/34; StA MS, Generalstaatsanwalt Hamm, erstinstanzliche Verfahren, Nr. 4306-4317.
50. Vgl. Verfahren 5 O.J. 50/34; StA MS, Generalstaatsanwalt Hamm, erstinstanzliche Verfahren, Nr. 4442-4462.
51. Vgl. Verfahren 5 O.Js. 255/36; StA MS, Generalstaatsanwalt Hamm, erstinstanzliche Verfahren, Nr. 8678.
52. Vgl. J. Hartmann, KPD in Lippe, S. 233-235.
53. Vgl. J. Hartmann, KPD in Lippe, S. 239-243. Mit Spannung sind daher auch die Ergebnisse der intensiven Forschung des Lemgoer Arbeitskreises zum Leben Langenbergs zu erwarten.

Gisela Diewald-Kerkmann

„Der größte Lump im ganzen Land – das ist und bleibt der Denunziant“[1] –

Politische Denunziationen während der NS-Zeit

Kurz nach Kriegsausbruch erstattete ein Landwirt aus Heiden Anzeige gegen seinen Nachbarn, da dieser ihm zugerufen hatte, daß die anderen Staaten Hitler schon „in die Knie zwingen würden“.[2] Einige Tage später, am 9. September 1939, wurde der Denunzierte von der Gestapo (Staatspolizeistelle Bielefeld) in Schutzhaft genommen. Obwohl sich andere Nachbarn in Vernehmungen bei der Gestapo für den Verhafteten einsetzten, wurde er ohne Einschaltung der Justiz in das Konzentrationslager Oranienburg überstellt. Die Ehefrau versuchte mit allen Mitteln die Freilassung ihres Mannes zu erreichen; dabei wandte sie sich auch an den Kreisleiter Wedderwille, der aber erklärte, daß er hier nicht helfen könne. Im April 1942 erhielt die Ehefrau aus dem Konzentrationslager Flossenbürg die Nachricht vom Tod ihres Mannes.

Im April 1944 wurde ein evangelischer Pfarrer aus Lippe von der Gestapo verhaftet, weil er angeblich im Konfirmandenunterricht darüber abstimmen ließ, wer an den Sieg glaube und wer nicht. Als fast alle Schülerinnen und Schüler durch Erheben des Zeigefingers ihren Glauben an den Endsieg bejahten, sei er sichtlich enttäuscht gewesen. Diesen Vorgang nahm eine dreizehnjährige Schülerin, die sich über den Pfarrer geärgert hatte, zum Anlaß, um sich an ihm zu rächen. So berichtete sie einer Nachbarin, die wiederum ihren Ehemann informierte, von der Abstimmung und erklärte, daß sie jetzt den Pfarrer in der Hand habe. Innerhalb kurzer Zeit wurde dieser Vorfall der NSDAP-Ortsgruppe Heiligenkirchen gemeldet, die, wie in der Mehrzahl der Fälle, den Kreisleiter Wedderwille einschaltete.[3] Soweit aus den Akten ersichtlich, war diese Denunziation für die Partei ein willkommener Anlaß, um einen unbequemen Pfarrer zu disziplinieren. Bereits im Jahre 1936 war er denunziert worden, weil er einen Aufruf der Bekennenden Kirche von der Kanzel verlesen hatte. Ausführlich stellte der Kreisleiter Wedderwille in einem Schreiben an die Gestapo Bielefeld dar, warum er dem Pfarrer „die politische Zuverlässigkeit“[4] abspreche. Er sei lediglich Mitglied der Nationalsozialistischen Volkswohlfahrt; weder besuche er die Versammlungen der NSV noch beteilige er sich ausreichend an den Sammlungen zum Winterhilfswerk. Genauso würden seine Kinder den Dienst des BDM bzw. der HJ verweigern. Als die Kreisleitung einen Antrag des Pfarrers auf Bewilligung einer Ausbildungsbeihilfe ablehnte,

habe dieser in einem Schreiben erklärt, daß er auch ohne Beihilfe seine Kinder zu regen Staatsbürgern erziehen werde.

Die Schülerin beschuldigte den Pfarrer, er sei staatsfeindlich eingestellt. Führende Persönlichkeiten des Regimes nenne er nicht mit dem Namen und schimpfe allgemein über die Führung. Obwohl die Schülerin in der Vernehmung offen als Beweggrund angab, daß sie sich über den Pfarrer geärgert habe, weil er sie im Unterricht schlecht behandele, gelangte die Denunziation von der Kreisleitung Lippe über die Gestapo Bielefeld an den Volksgerichtshof in Berlin. Tatsächlich befand sich der Pfarrer bis Juli 1944 in Schutzhaft bei der Geheimen Staatspolizei in Bielefeld und kam dann in das Strafgefängnis Plötzensee, weil die Strafsache – die Anklage lautete auf Wehrkraftzersetzung – dem Volksgerichtshof übergeben worden war. Selbst als die Kirchenältesten der Gemeinde in einem Brief ausdrücklich auf das Denunziationsmotiv, nämlich persönliche Gehässigkeit, hinwiesen und grundsätzlich die Glaubwürdigkeit von zwölf- und dreizehnjährigen Kindern anzweifelten, blieb es bei der Anschuldigung, der Pfarrer habe sich defätistisch geäußert. Ungeachtet zahlreicher Gesuche, wurde er Ende Februar 1945 dem Ermittlungsrichter des Volksgerichtshofs vorgeführt.

Andere Beispiele könnten angeführt werden. In der Tat dokumentieren die politischen Denunziationen[5] alle negativen menschlichen Eigenschaften, angefangen von Neid-, Rache- und Haßgefühlen über pure Bosheit bis zu blindem Machthunger und erbitterten Rivalitätskämpfen. Die von Strafrechtlern 1934 in bezug auf das 'Blutschutzgesetz' geäußerten Befürchtungen, daß die Denunziationen nicht nur eine erschreckende Zahl erreichen, sondern „auch ein ganz besonders unerfreuliches, ja widerwärtiges Gesicht annehmen"[6] würden, hatten sich bestätigt. Aus Feindschaft, Gehässigkeit und Mißgunst wurden Nachbarn, Arbeitskollegen oder Vorgesetzte angezeigt und schwer beschuldigt. Oft lag der Denunziation nicht einmal eine persönliche Feindschaft oder ein Streit zwischen Denunzianten und Opfer zugrunde. Häufig wurde denunziert aus sozialem Neid, Ressentiments und Vorurteilen gegenüber sozial bessergestellten Personen und begüterten Schichten. Es spricht wirklich einiges für die These, daß das Verbindende im Nationalsozialismus nicht der Judenhaß, sondern der Neid gewesen sei.[7] Die Anzeigen offenbaren, wie sehr soziale Animositäten, hier besonders gegenüber 'Betriebsführern' und wohlhabenden Bauern, gutsituierten Beamten bzw. Beamtenfrauen, das Denunziationsverhalten bestimmten. So wurde von den Denunzianten häufig behauptet und von den NSDAP-Ortsgruppen meistens an die Kreisleitung Lippe weitergemeldet, daß der Angezeigte in besten finanziellen Verhältnissen lebe, zwei Höfe besitze, im Krieg Geld 'schmiede' bzw. die Angezeigte Eigentümerin von zwei großen Häusern sei oder eine Wohnung mit sechs großen Zimmern besitze. Im letzten Fall wurde die Anzeige anonym erstattet, da der Denunziant nicht als 'Neidhammel' gelten wollte.

Politische Denunziation als Machtmittel

Die politische Denunziation war ein wirkungsvolles Instrument, um Animositäten abzureagieren – so beispielsweise im Fall von Anzeigen wegen 'Drückebergerei' vor dem Arbeitseinsatz, die sich vor allem gegen gutsituierte Frauen bzw. Frauen, von denen man annahm, daß sie wohlhabend seien, richteten. Diese Anzeigen waren in erster Linie eine Folge des 'totalen Kriegseinsatzes' ab Frühjahr 1943. So sah die Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für Aufgaben der Reichsverteidigung vom 27. Januar 1943[8] weitreichende Dienstverpflichtungen vor, die sich zum ersten Mal auch auf alle Frauen im Alter von 17 bis 45 Jahren erstreckten. Dabei sollte „kein Unterschied zwischen Hoch und Niedrig, Arm und Reich" gemacht werden, sondern nun auch die bisher von Zwangsarbeit freigestellten, häufig bessergestellten Frauen, sollten Hilfsdienste und Fabrikarbeit leisten, was zweifellos neue Denunziationen auslöste.

In den Lageberichten des Sicherheitsdienstes der SS wurde im Februar 1943 festgestellt, daß das große Interesse der 'Volksgenossen' an der Durchführung dieser Verordnung auch daran zu erkennen sei, daß sich „verschiedene Arbeiter bereits Adressen von in der Nähe wohnenden Frauen der sogenannten 'besseren Schichten' notiert hätten, um festzustellen, ob und in welcher Weise diese Frauen zum Arbeitseinsatz erfaßt würden".[9] Bereits 1940 hatte die NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord auf die Kritik zahlreicher 'Volksgenossinnen' hingewiesen, die verlangten, daß endlich die Frauen, die noch nie gearbeitet hätten, beschäftigt würden. Zunächst sollten „den Reichen [...] die Hausangestellten weggenommen werden. Diese könnten ja an ihrer Stelle in die Fabrik vermittelt werden, und die betr. Hausfrauen könnten ihre Arbeit selbst machen".[10] Die verstärkte Kontrollabsicht, die nach Ansicht des Sicherheitsdienstes der SS zum Teil schon in öffentlichen Verkehrsmitteln diskutiert wurde, spiegelt sich deutlich in den Denunziationen wider. Die 'Volks- und Parteigenossen' sahen es jetzt als ihre Pflicht an, bessergestellte Frauen zu melden, die sich immer noch nicht in den Arbeitsprozeß 'eingereiht' hätten. Nach Ansicht der Denunzianten müsse jeder Mann und jede Frau das 'letzte Opfer' bringen, und es dürfe auf keinen Fall zugelassen werden, daß sich 'Besitzerinnen größerer Häuser' oder Beamtenfrauen vor diesem Arbeitseinsatz 'drückten'. Tatsächlich beoachteten einfache 'Volksgenossen' wie auch Amtsträger der NSDAP manche Frauen oft wochenlang, wenn sie annahmen, daß diese dem Arbeitseinsatz nicht nachkämen. Die Denunzianten wiesen darauf hin, daß jede Krankheit oder jeder Einwand dieser Frauen grundsätzlich nur Täuschungsmanöver seien.

Oft waren es enttäuschte 'Volks- und Parteigenossen', die denunzierten. Sie waren verbittert, daß sich trotz der Machtergreifung der Nationalsozialisten die eigene Lebenssituation nicht verbessert hatte. Verstärkt wurde der Mißmut, ge-

rade auch bei 'alten Kämpfern' durch den Eindruck, daß die Denunziationsopfer vom NS-Regime in stärkerem Maße profitierten als sie selbst. Die Denunziation wurde als politisches Machtmittel benutzt, um der 'Ungleichheit des Schicksals' abzuhelfen, wobei sich die Denunzianten auffallend häufig auf den egalitären Anspruch der 'Volksgemeinschaft' beriefen. Politische Gründe wurden oft nur vorgeschoben, um die Denunziation für private Zwecke zu nutzen. Durch die Anzeigen konnten Rang und Positionen in der Gesellschaft umgekehrt werden, Zukurzgekommene und 'Unterlegene' soziale Macht ausüben. Es ist nicht zu leugnen, daß die Macht „über den Brotgeber manchem subalternen Herzen tiefe Befriedigung verursachte"[11]. Das galt aber nicht nur für die Amtsträger der NSDAP, die zumeist als potentielle Denunzianten erkennbar waren, sondern für alle 'Volksgenossen'. Mit der 'Waffe' der politischen Denunziation besaßen die Denunzianten ein Ventil, um sozialen Neid und subjektive Ohnmachtsgefühle zu kompensieren. So konnte der Abstand zwischen Besitzenden und Besitzlosen, Privilegierten und Unterprivilegierten, zwischen 'Gebildeten' und 'Ungebildeten' verringert werden. Das NS-Regime förderte das Klima für derartige Denunziationen, sei es durch die ideologisch-propagandistische Aufwertung der manuellen Arbeit ('Arbeit adelt') und Hebung des subjektiven Status-Bewußtseins der Arbeiter oder durch die propagierte Gleichheit aller 'Volksgenossen'.

Beweggründe der Denunzianten

Neben Ressentiments, Neid und persönlichen Streitigkeiten lösten oft geschäftliche Konkurrenz und berufliche Rivalitäten privat motivierte Anzeigen aus. Mit Hilfe der Denunziation war es relativ einfach, private Interessen auf die staatliche Ebene zu verlagern und einen Konkurrenten oder Geschäftspartner, Vorgesetzten oder Arbeitskollegen zu treffen. Die politischen Anzeigen waren wirksame und quasi 'legale' Mittel, um vor allem jüdische Konkurrenz auszuschalten bzw. „um sich vertraglichen Verpflichtungen zu entziehen"[12]. So gelang es einem Steinbruchpächter infolge der Denunziation und Ausschaltung einer jüdischen Firma, wichtige Geschäftsverbindungen zu einem großen Kunden herzustellen, oder einem Einzelhändler, durch die Anzeige eines jüdischen Händlers zahlreiche Kunden zurückzugewinnen.

Die Anzeigen richteten sich aber nicht nur gegen Personen mit Kontakten zu Juden, sondern konnten jeden 'Volksgenossen' treffen. So zeigte eine Geschäftsfrau 1944 ihren Vetter, den Betriebsleiter einer Möbelwerkstatt, bei der NSDAP-Kreisleitung Lippe wegen 'Drückebergerei' vor dem Kriegsdienst an.[13] Die wirklichen Beweggründe der Denunziantin lassen sich aus den Akten entnehmen. Ihr 1943 gefallener Ehemann hatte gemeinsam mit seinem Vetter den Betrieb aufgebaut und war Teilhaber der Werkstatt gewesen. Nach seinem

Tod war die Witwe mehr und mehr aus dem Betrieb herausgedrängt worden. Der Vetter habe, so die Denunziantin, bereits am dritten Tag nach dem Tode des Teilhabers den ganzen Betrieb für sich allein übernehmen wollen. Sie als Mitbesitzerin erhalte weder Einblick in die Geschäftsbücher noch werde sie in irgendeiner Weise informiert. Grundsätzlich fühlte sich die Geschäftsfrau benachteiligt und befürchtete, daß sie und ihre Kinder um ihre Geschäftsanteile betrogen würden. Aus diesem Grund hatte sie Anzeige gegen ihren Vetter erstattet und ihn beschuldigt, sich vor dem Wehrdienst zu 'drücken'. Obwohl auch die Kreisleitung Lippe erkannte, daß die Anzeige privat motiviert war, wurde sie nachdrücklich verfolgt. Selbst als das Wehrbezirkskommando Detmold darauf hinwies, daß der Betreffende vom Rüstungskommando als 'Schlüsselkraft' anerkannt sei und somit nicht ohne weiteres einberufen werden dürfe, drängte der Kreisleiter Wedderwille darauf, die Uk-Stellung aufzuheben. Somit sicherte die Geschäftsfrau unter Einschaltung der Partei eigene wirtschaftlichen Interessen und 'löste' ihren privaten Konflikt, indem nämlich die Uk-Stellung ihres Vetters aufgehoben und er zur Wehrmacht einberufen wurde.

Eine erschütternde Variante von Racheakten ist die Denunziation durch Ehepartner, Familienangehörige oder Kinder. Selbst wenn man berücksichtigt, daß solche Anzeigen relativ selten waren, ist doch die moralische Bedenkenlosigkeit erschreckend, mit der Ehepartner sich gegenseitig oder die Kinder ihren Pfarrer oder Lehrer denunzierten. Frauen wie Männer bedienten sich nationalsozialistischer Einrichtungen, um ihre nächsten Verwandten loszuwerden oder um Nachteile im Ehescheidungsprozeß zu korrigieren.

Aber selbst für die Partei wurden die privat motivierten Anzeigen immer mehr zu einem Problem. Zu häufig fanden persönliche Streitfälle und alte Feindschaften unter NSDAP-Mitgliedern, Machtkämpfe und Querelen zwischen einzelnen NS-Organisationen oder zwischen Staat und Partei ihr Ventil in politischen Denunziationen. Die Akten unterer und mittlerer NSDAP-Instanzen belegen, in welchem Maße auch innerhalb der Partei die Denunziation im Kampf um Protektion und Begünstigung benutzt wurde. Besonders die Differenzen zwischen 'Bewegung' und Staat bzw. zwischen unteren 'Hoheitsträgern' auf der einen Seite, vor allem Ortsgruppen- und Stützpunktleiter, und Bürgermeistern auf der anderen Seite, wurden mittels der politischen Denunziation ausgetragen. Parteimitglieder denunzierten sich gegenseitig als 'Judenknechte', 'Nörgler', 'Drückeberger', 'Staatsfeinde' oder 'Defätisten'. Dabei verliefen die Konfliktlinien quer durch die ganze Partei. Gerade die parteiinternen Denunziationen zeigen, daß die Geschlossenheit der Partei eine Fiktion war, vielmehr versandete die Dynamik der 'Bewegung' in Rivalitäten und Rangeleien um Posten und Einflußmöglichkeiten.

Neben der Begleichung persönlicher Streitfälle ging es auch um die Befriedigung von Macht- und Geltungsbedürfnissen, um Prestige, Ehrgeiz und Kar-

riereplanungen. Ortsgruppen- und Stützpunktleiter bezichtigten sich gegenseitig ebenso wie einfache Parteimitglieder des „verräterischen und herausfordernden Verhaltens." So wie Parteigenossen als die „größten Kommunisten am Ort"[14] denunziert wurden, bedienten sich Zellenleiter aus Nachbargemeinden der politischen Anzeige, um alte Feindschaften auszutragen.[15] Nicht selten zogen die politischen Denunziationen Parteigerichtsverfahren nach sich. Vor allem in den lokalen Auseinandersetzungen und Reibereien zwischen staatlichen Amtsträgern und 'Hoheitsträgern' der NSDAP oder den Positionskämpfen zwischen 'alten Kämpfern' und jüngeren Parteimitgliedern spielte die politische Denunziation eine wichtige Rolle. Mehrfach wurden Bürgermeister von Ortsgruppen- bzw. Stützpunktleitern etwa wegen der 'Begünstigung von Kommunisten' oder als 'Judengehilfen' denunziert. So schreckte ein Stützpunktleiter 1936 nicht davor zurück, den „Stürmer" aufzufordern, eine äußerst scharfe Denunziation gegen den Bürgermeister und Parteigenossen des betreffenden 'Hoheitsgebietes' zu veröffentlichen. In diesem Artikel sollte dieser als 'Judengehilfe' diffamiert werden, der der Funktion eines Bürgermeisters im 'Staate Adolf Hitlers' nicht würdig sei. Die Veröffentlichung wurde vom Kreisleiter unter Hinweis auf die langjährige persönliche Feindschaft zwischen Stützpunktleiter und Bürgermeister untersagt.[16] Solche Denunziationen belasteten aber nicht nur das innerparteiliche Klima, sondern schädigten darüber hinaus in einem hohen Maße das Image der NSDAP in der Öffentlichkeit. Das dokumentieren parteiinterne Verfügungen und Rundbriefe. Bereits im August 1934 hatte der 'Stellvertreter des Führers' die öffentliche Konfliktaustragung innerer Parteiangelegenheiten „als Mangel an Vertrauen und als Disziplinlosigkeit gegenüber den vom Vertrauen des Führers eingesetzten Unterführern der Bewegung"[17] kritisiert. Immer wieder würden sich, so Heß, Mitglieder mit Beschwerden über innere Parteiangelegenheiten und über 'Führer' der Partei an staatliche Stellen wenden; in Zukunft werde er solche Parteigenossen rücksichtslos ausschließen. Schon einige Wochen zuvor hatte er seine Entschlossenheit bekräftigt, sich „schützend vor jeden treuen und sauberen Führer der NSDAP zu stellen, der als Vertreter der Bewegung zu Unrecht verleumdet wird, und künftig [...] alle feigen, anonymen Denunzianten durch das öffentliche und Parteigericht zur Rechenschaft ziehen zu lassen."[18]

Tatsächlich erfolgte die Mehrzahl der politischen Denunziationen aufgrund privater Motive und niedriger Beweggründe. Ausschlaggebend waren gesellschaftliche Ressentiments, Neid, Rache, Haß oder Mißgunst gegenüber dem Opfer. Politische Denunziationen wurden für individuelle Zwecke instrumentalisiert, um soziale Animositäten, geschäftliche Konkurrenz, persönliche Streitigkeiten oder Rachefeldzüge auszutragen. Gerade die politischen Denunziationen spiegeln die innere Zerrissenheit, aber auch die Ressentiments in der Gesellschaft wider, die sich jetzt um so verheerender ausdrückten.

Klima der „universalen Verdächtigkeit" [19]

Vorbedingung aller dieser Denunziationen war nicht zuletzt ein gesellschaftliches Klima, in dem wirkliche oder potentielle Gegner und Andersdenkende ausgegrenzt und bisher gültige Normen und Konventionen ausgehöhlt bzw. durch eine Ideologie überlagert wurden. Jede neue Ideologie kann geltende Normen und Werte verändern, wobei gerade eine totalitäre Weltanschauung jede ihr im Wege stehende normative Barriere und jede Abweichung bekämpfen muß, wenn sie ihren Totalitätsanspruch einlösen will. Dafür ist wichtig, inwieweit es den Machthabern gelingt, die in der Gesellschaft latente Denunziationsbereitschaft und moralische Bedenkenlosigkeit freizusetzen. Zwar konnten auch im Nationalsozialismus der verächtliche Klang und die moralische Verurteilung einer Denunziation nicht gänzlich außer Kraft gesetzt werden. Dessenungeachtet waren für zahlreiche 'Volksgenossen' die Barrieren gegenüber der Denunziation irrelevant bzw. die Übereinstimmung mit den nationalsozialistischen Normen, hierbei vor allem aus der 'Volksgemeinschafts'- und 'Rassenideologie' resultierende, wichtiger geworden. Vor allem die Vorstellung einer geschlossenen 'Volksgemeinschaft' war eine wichtige Integrationsformel. Die egalisierenden Momente dieser Ideologie, verknüpft mit den innenpolitischen und außenpolitischen 'Erfolgen' des Regimes, erklären, warum breite Bevölkerungsgruppen freiwillig und nicht nur aus Angst oder aus propagandistischer 'Verführung' das Herrschaftssystem akzeptierten. Daß die NS-Gesellschaft von der vielbeschworenen 'Volksgemeinschaft' jedoch weit entfernt war, daß sie vielmehr durch die Diskrepanz zwischen ideologischem Anspruch und der Wirklichkeit bestimmt wurde, steht außer Zweifel. Nicht zuletzt machten die politischen Denunziationen und die Existenz der Geheimen Staatspolizei die 'Volksgemeinschaft' zur Farce.

Jedoch glaubten zahlreiche Menschen daran, mit Hitler und der 'Volks- bzw. Schicksalsgemeinschaft' die politisch-soziale Krise überwinden zu können. Ängste, Hoffnungen und Erwartungen stärkten den Glauben an diese 'Ideale'. Mit Hilfe der 'Volksgemeinschaft' konnten nicht nur die inneren sozialen Konflikte und Spannungen kaschiert, sondern auch jeder, der sich dieser Integration widersetzte, stigmatisiert werden.

Die nationalsozialistische 'Volksgemeinschafts'- und 'Rassenideologie' eliminierte nicht nur individuelle Ansprüche und überhaupt den Wert des Individuums, sondern sie schuf gerade mit der Generalklausel des 'gesunden Volksempfindens' Interpretationsspielräume, die herkömmliche Rechtssicherheiten und Rechtsgarantien für den Denunzierten aufhoben. So entstand ein gesellschaftliches Klima, in dem jede Abweichung suspekt und jeder zum Gegner der 'Volksgemeinschaft' erklärt werden konnte, wenn es im Interesse des Herrschaftssystems lag. Wer 'Volksfeind' oder 'Volksschädling' war und wer nicht, wurde ideologisch definiert und von politischen Instanzen bestimmt. Es

ging nicht nur um die Liquidierung politischer Gegner oder sogenannter Rassenfeinde, sondern jede Abweichung von der nationalsozialistischen Norm verstieß gegen die Treuepflicht und war ein Angriff auf die 'Volksgemeinschaft'. Insoweit war die politische Denunziation ein quasi 'legitimes' Mittel, um Abweichungen und Abweichler zu bekämpfen. Jeder 'Volksgenosse', so wurde suggeriert, erhielt durch die Anzeige die Möglichkeit, aktiv am Aufbau der 'deutschen Volksgemeinschaft' mitzuwirken. Da die bisherigen ethischen Grundsätze als 'Humanitätsduselei' diskreditiert und Menschen in Freund und Feind eingeteilt wurden, schwanden die moralischen Skrupel. Politische Denunziationen wurden vor allem dann begünstigt und die 'Volksgenossen' zur Denunziation aufgefordert, wenn es um nationalsozialistische Machtinteressen ging bzw. das Regime selbst unter Druck geriet. Angesichts der Ausgrenzung von Kritikern und Andersdenkenden aus der Gemeinschaft wurden die Denunziationen zunehmend ein wesentlicher Bestandteil des Repressionssystems. Sie wurden nach 1933 institutionalisiert und folglich in das bestehende Unterdrükkungssystem integriert.

Auffallend ist, in welchem Maße es den Nationalsozialisten gelang, in kritischen Situationen die Anzeigebereitschaft der Bevölkerung zu aktivieren. Die Quellen dokumentieren hierzu eine große Bandbreite, angefangen von der Hetzkampagne gegen Minderheiten, der 'sittlichen Verpflichtung' des einzelnen, an der Sicherung der 'Volksgemeinschaft' mitzuwirken, über verschärfte Strafgesetze, Anordnungen und Verfügungen bis zur Befugnis jedes 'Volksgenossen', 'Meckerer' und 'Defätisten' vorläufig festzunehmen. Nicht zuletzt dadurch war es möglich, das Unmutspotential und die Reaktionen der Bevölkerung aufzufangen und auf verschiedene Denunziationsgruppen zu richten. Trotzdem können politische Denunziationen nicht nur auf 'Anstöße von oben' zurückgeführt werden, sondern wurden ebenso 'von unten' forciert. So darf nicht unterschätzt werden, in welchem Maße die Bevölkerung die vom NS-Regime geschaffene Möglichkeit nutzte, mit Hilfe der politischen Denunziation soziale Macht auszuüben und private Konflikte zu lösen. Der Reiz der politischen Denunziation bestand vor allem darin, daß der Denunziant hierdurch unmittelbar an der Macht des Regimes, zumindest in seiner Einbildung, partizipieren konnte.

Während unmittelbar nach der nationalsozialistischen Machtergreifung die 'Volksgenossen' noch eher zögerten, Nachbarn, Arbeitskollegen, Bekannte oder ehemalige Freunde anzuzeigen, erscheint diese Hemmschwelle im Jahr 1935 überwunden. Tatsächlich wurden die meisten Anzeigen in den Jahren 1935/36 und 1943/44 erstattet. Die zuletzt genannten Daten verweisen auf die militärischen Niederlagen seit 1942/43. Fast zwangsläufig nahmen in diesen Situationen die Anlässe für politische Denunziationen zu, angefangen von der harmlosen 'Meckerei' und spontanen Unmutsäußerung bis zur scharfen Kritik an Maßnahmen und an Personen des Regimes. Aber in Phasen sozialer und

politischer Schwierigkeiten wurde nicht nur die Bevölkerung vermehrt zur Anzeige aufgefordert, das Regime selbst ging auch massiver gegen Kritiker und Andersdenkende vor. So wurde in solchen Phasen nicht nur das Überwachungs- und Kontrollsystem verschärft, sondern darüber hinaus mit allen Mitteln versucht, soziales Unbehagen in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Juden und 'judenfreundliche Elemente'

Im Grunde waren die Inhalte der politischen Denunziationen faktisch irrelevant, denn nicht der Verstoß gegen bestimmte Rechtsgüter war ausschlagebend, sondern allein der „Abfall von der Volksgemeinschaft"[20]. So reichten die angezeigten 'Vergehen' beispielsweise von der einfachen Begrüßung des jüdischen Nachbarn, Bewirtung jüdischer Gäste, dem Einkauf in jüdischen Geschäften bzw. der Aufrechterhaltung von wirtschaftlichen Verbindungen bis hin zur Anklage sogenannter 'Rasseschänder'. Allein diese Anzeigen verdeutlichen, in welchem Maße der Denunziationseifer der 'Volksgenossen' die Ausgrenzung und Verfolgung der Juden unterstützte, wobei die Denunzianten auch oftmals über das hinausgingen, was das Regime von ihnen erwartete. Ihre Bereitschaft, selbst noch die geringfügigsten Vorgänge anzuzeigen, bildeten offenbar eine wichtige Unterstützung bei der Durchsetzung der nationalsozialistischen 'Rassenpolitik'.

Denunziationen aufgrund eines Umgangs mit Juden, einschließlich der 'Verbrechen der Rassenschande', nahmen vor allem in den Jahren 1935 und 1936 zu, was sich aus der neuen Phase antisemitischer Gewalt im Jahre 1935 erklärt. Der „neu eröffnete Kampf gegen die Juden"[21] im Jahre 1935 und die Hetzkampagne gegen Juden bzw. gegen 'Volksgenossen', die den Kontakt zu ihnen aufrechterhielten, lösten regelrecht Wellen weiterer Denunziationen aus. Dabei bedienten sich die Denunzianten scheinbar mühelos und ohne moralische Skrupel der antisemitischen Hetze, um ihre individuellen Interessen zu kaschieren.

Aber es gab schon Fälle von 'Rassenschande' vor der Etablierung eines Gesetzes zum „Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre" sowie dem „Reichsbürgergesetz" vom 15. September 1935,[22] die Eheschließungen zwischen Juden und Staatsangehörigen deutschen Blutes verboten, außerehelichen Verkehr unter Strafe stellten und prinzipiell den 'Nicht-Deutschblütigen' die staatsbürgerlichen Rechte aberkannten. Zweifelsohne wurde das Verbot der 'Rassenschande' durch die ununterbrochene Hetzkampagne und Diffamierung von Juden und 'judenfreundlichen Elementen' 1935 vorbereitet und gelenkt. Frauen, deren Ehemänner jüdisch waren, „deutsche Mädchen, die sich noch mit Juden abgaben"[23], wurden jetzt immer häufiger bei den NSDAP-Stellen denunziert. Gegen Männer, die mit jüdischen Frauen befreundet waren, wurde

Anzeige wegen 'Rassenschande' erstattet; ebenso gegen Arbeitgeber jüdischer Hausangestellten, denen man intime Beziehungen zu ihren Angestellten nachsagte. Welche Dimension der Denunziationseifer der Bevölkerung im Jahre 1935 erreichte, dokumentiert ansatzweise der Lagebericht der Gestapo Bielefeld für den Monat August 1935, in dem es heißt, daß größere Teile der Bevölkerung von einer „gewissen Rassenschandepsychose" erfaßt seien, „sodaß man überall Rassenschande witterte und teilweise ein staatspolizeiliches Vorgehen wegen Rassenschande forderte auf Grund von Vorgängen, die z.T. viele Jahre zurücklagen"[24].

In der Mehrzahl der Fälle verlief der Weg der Denunziation vom Anzeigenden über die NSDAP-Ortsgruppe (Kontaktaufnahme zu einzelnen Mitgliedern bzw. zum Ortsgruppenleiter) an die NSDAP-Kreisleitung oder unmittelbar an die Kreisleitung. Aber auch die bei anderen Stellen erstatteten Anzeigen gelangten oft – zum Zwecke von Nachforschungen – wieder an die Kreisleitung Lippe. Berücksichtigt man darüber hinaus die Ermittlungs- und Strafverfahren der Staatsanwaltschaft Detmold gegen Denunzianten nach 1945, bestätigt sich, daß vor allem die Parteistellen die politischen Denunziationen aus der Bevölkerung entgegennahmen. Vor allem die unteren und die mittleren Instanzen und Amtsträger der NSDAP übernahmen die Denunziationsfälle selbst und instrumentalisierten sie nun (ihrerseits) für eigene Zwecke. Offensichtlich nutzten sie diese nicht nur als Repressionsinstrument, um zu dokumentieren, daß „die Partei als lebendige Trägerin des neuen Staates alles sieht, aufzeichnet, vermerkt"[25], sondern auch, um die eigene Position im NS-Herrschaftsgefüge zu sichern. Gerade weil die Partei nach 1933 an Bedeutung verloren hatte, gaben sich offenbar nicht alle 'Hoheitsträger' allein mit der ideologischen Erziehung der Bevölkerung zufrieden. Vielmehr versuchten sie, sich eigene Machtbereiche zu schaffen. Auch wenn nicht von einem perfekten Überwachungsapparat gesprochen werden kann, erscheint es doch als falsch, die Kontrollfunktion der NSDAP zu unterschätzen. Naheliegend ist, daß die Partei nach und nach ein differenziertes, wenn auch nicht immer effektives Kontroll- und Disziplinierungssystem installierte. Vor diesem Hintergrund mußten die politischen Denunziationen eine besondere Bedeutung für die Partei gewinnen.

Daß es für die Denunzierten eine existenzielle Frage war, ob der Vorgang von den Parteistellen oder der Geheimen Staatspolizei übernommen wurde, ist offensichtlich. So umfaßte die Bearbeitung der Anzeigen durch die NSDAP in der Regel die Vorladung des Denunzierten, dessen Einschüchterung und die Androhung weiterer Maßnahmen, was vielfach die Auslieferung an die Gestapo Bielefeld bedeutete. Darüber hinaus mußten die Denunzierten mit einer Streichung staatlicher Zuschüsse, dem Verlust ihres Arbeitsplatzes oder der Aufhebung ihrer Stellung als 'unabkömmlich' und mit ihrer Einberufung zur Wehrmacht rechnen. Je nach Schwere des 'Vergehens' und Härte des Kreisleiters blieb der Vorgang entweder bei der NSDAP oder wurde an die Gestapo

abgegeben, was nach 1939 verstärkt erfolgte, bzw. an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet. Während sich also die NSDAP auf die Einschüchterung und Androhung weiterer Maßnahmen beschränken mußte, konnte der politische Polizeiapparat unmittelbar gegen jeden einzelnen mit Strafen, etwa der Verhängung von 'Schutzhaft' und der Überstellung in ein Konzentrationslager, vorgehen. Aus diesen konkurrierenden Interessenlagen ergaben sich zwangsläufig Reibungen zwischen NSDAP und Gestapo, deren Klärung eine wichtige Voraussetzung war, da, wie Reinhard Heydrich, Chef des Reichssicherheitshauptamts 1939 formulierte, jedes eigenmächtige Handeln, hier der unteren Amtsträger, nicht nur zur Erfolglosigkeit führen mußte, sondern auch dem 'Volksfeind' die Chance gebe, sich dem Zugriff der Vollzugsorgane zu entziehen.[26] Heydrichs Absicht, nämlich die eigenmächtige Bearbeitung politischer Denunziationen durch die unteren Parteidienststellen zu unterbinden, erscheint logisch, wenn man berücksichtigt, daß nur ein geringer Teil der Anzeigen direkt bei der Gestapo erstattet wurde.

'Meckerer', 'Nörgler' und 'Staatsfeinde'

Oft entlud sich Verzweiflung über die individuelle Situation in spontanen Unmutsäußerungen oder auch in politischen Witzen. So wurde beispielsweise 1943 ein 'Volksgenosse' aus Oerlinghausen denunziert, da er geäußert hatte, daß Hitler in Obersalzburg sei und ein neues Buch schreibe mit dem Titel: „Mein Irrtum".[27] In einem anderen Fall leitete der Kreisleiter Wedderwille die Denunziation an den Landespolizeiführer, da sich der Denunzierte, ein Bäkkermeister aus Bega, „wieder einen staatsgefährlichen Witz erlaubt"[28] hatte. Zahlreiche 'Volksgenossen' wurden angezeigt, weil sie, oft im alkoholisierten Zustand, ihrer Enttäuschung Luft machten, daß die vom NS-Staat gemachten Versprechungen nicht gehalten worden seien. So wurde 1938 ein Förster aus Schötmar denunziert, weil er in einer Gaststätte geäußert hatte, die Herabsetzung des Ruhegehaltes für Angestellte sei allein dem NS-Staat zu verdanken.

Die Kritik richtete sich aber vor allem gegen Amtsträger der NSDAP, die als unfähig, korrumpiert oder opportunistisch charakterisiert wurden. Gerade bei einem Ortsgruppenleiter, so ein Landwirt aus Müssen im Jahre 1944, wisse man grundsätzlich nie, „ob er das Hakenkreuz als Nationalsozialist oder dasselbe nur zur Tarnung trüge"[29]. Ein Angestellter denunzierte 1942 seinen Abteilungsleiter, da dieser geäußert hatte, daß er zwar nichts gegen den 'Führer' selbst habe, wohl aber gegen die untergeordneten Personen, denn das, was von diesen gemacht werde, könne er nicht gutheißen.[30] Der Angestellte erstattete die Anzeige zunächst beim zuständigen Personalleiter. Als dieser ihn auf die Tragweite seiner Denunziation hinwies und deutlich machte, daß sie für den Abteilungsleiter weitgehende Folgen haben könne, drohte der Denunziant da-

mit, daß er sich dann direkt an die Gestapo wenden würde. Daraufhin nahm der Personalleiter die Anzeige auf und leitete sie über den Landrat an die NSDAP-Kreisleitung Lippe weiter. Der Abteilungsleiter wurde verhaftet und wegen Vergehens gegen Paragraph 2 des „Gesetzes gegen heimtückische Angriffe auf Staat und Partei" vom Sondergericht Hannover[31] zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und drei Monaten verurteilt.

Neben der Ahndung der denunzierten 'Vergehen' durch Instanzen der lippischen NSDAP und der Gestapo Bielefeld wurde ein Teil der angezeigten Äußerungen an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet und u.a. als 'Heimtückedelikte' vor Sondergerichten verhandelt. Daß die Sondergerichte im Nationalsozialismus ein wichtiges Instrument waren, um jede aufgedeckte Abweichung hart zu ahnden, erklärt sich vor dem Hintergrund der 'Heimtückeverordnung' vom 21. März 1933[32] und des 'Heimtückegesetzes' vom 20. Dezember 1934.[33] Danach wurde mit Gefängnis bestraft, „wer vorsätzlich eine unwahre oder gröblich entstellte Behauptung" aufstellte bzw. „öffentliche gehässige, hetzerische oder von niedriger Gesinnung zeugende Äußerungen" machte, die geeignet waren, „das Vertrauen des Volkes zur politischen Führung zu untergraben".

Angesichts der geringen Observierungsmöglichkeiten hing gerade die Effizienz dieser Strafbestimmungen in einem hohen Maße von der Unterstützung der Bevölkerung ab. Die Denunziationen waren eine Voraussetzung für das Regime, um überhaupt in die Privatsphäre der 'Volksgenossen' eindringen zu können. Somit entschieden wesentlich die Denunzianten darüber, ob 'Heimtückedelikte' aufgedeckt wurden oder nicht. Tatsächlich wurden die polizeilichen Ermittlungen in den Heimtückeverfahren fast ausschließlich durch Denunziationen aus der Bevölkerung ausgelöst, „wohlgemerkt die hunderttausendfache Denunziation, wie die große Zahl der Sondergerichtsprozesse beweist"[34].

Aber ungeachtet der Tatsache, daß bei den Denunziationsinhalten Unmutsäußerungen des Alltags dominierten, waren die Folgen für die Denunzierten oft verhängnisvoll. Zwar war das Strafmaß in Heimtückefällen bis 1939 noch relativ gering, oft Gefängnisstrafen von sechs Monaten, aber seit 1939 stieg es durch den verschärften Sanktionsrahmen beträchtlich an. Vor allem seit 1942/43 mußten die Denunzierten damit rechnen, daß sie zu mehrjährigen Gefängnis- und Zuchthausstrafen oder sogar zum Tode verurteilt wurden. Darüber hinaus zeigen die Sondergerichtsakten, wie oft sogenannte 'Heimtückereden' in kleinem Kreise, häufig im Bekannten- und Kollegenkreis, geführt wurden. So verurteilte das Sondergericht Hannover im Jahre 1942 einen Arbeiter aus Lage zu einer Gefängnisstrafe von drei Jahren, da er im Kreise einer befreundeten Familie das Regime kritisiert hatte;[35] er kam 1943 im Gefängnis ums Leben. Tatsächlich galten im Nationalsozialismus bereits Gespräche unter vier Augen als öffentlich oder wie es im Heimtückegesetz hieß, „den öffentlichen Äußerungen stehen nichtöffentliche böswillige Äußerungen gleich, wenn der

Täter damit rechnet oder damit rechnen muß, daß die Äußerung in die Öffentlichkeit dringen werde"[36]. Da in der Rechtsprechungspraxis das Tatbestandsmerkmal der Öffentlichkeit nicht nur extensiv ausgelegt, „sondern überhaupt ignoriert"[37] wurde, gab es faktisch keinen Schutz vor politischen Denunziationen. Anders formuliert, „ob eine als zersetzend gewürdigte Äußerung wirklich öffentlich gefallen war oder nicht, war nicht wesentlich [...], vielmehr [wurde] jede Zersetzung von der Rechtsprechung auch mit dem Makelzeichen der Öffentlichkeit versehen"[38].

'Defätisten' und 'Wehrkraftzersetzer'

Aber nicht nur Juden, 'judenfreundliche Elemente' oder Kritiker des NS-Regimes waren Objekte politischer Denunziationen, sondern schon diejenigen, die den Aufrufen des Winterhilfswerks und ihrer Pflicht, für diese Organisation zu spenden, nicht nachkamen. Während aber die Folgen solcher Denunziationen relativ gering blieben, mußten gerade die Denunzierten in den Fällen von 'Wehrkraftzersetzung' damit rechnen, zu mehrjährigen Freiheitsstrafen oder sogar zum Tode verurteilt zu werden. Angesichts der Verschärfung des Strafrechts seit 1939 und der extensiven Verhängung der Todesstrafe hatten vor allem die Anzeigen wegen defätistischer Äußerungen verheerende Konsequenzen für die Opfer. Die harten Strafen sollten abschrecken und die 'Siegeszuversicht' und den 'Wehrwillen der deutschen Volksgemeinschaft' schützen. Immer wieder wurde gesagt, daß die Meldung defätistischer Äußerungen 'nie und nimmer Denunziation' sei, sondern vielmehr eine Pflicht, um vom 'kämpfenden Volk Gefahren abzuwenden'. Je länger der Krieg dauerte, desto brutaler ging das Regime gegen jeden vor, der am Endsieg zweifelte oder allein nur die offiziellen Verlautbarungen skeptisch kommentierte.

So erreichten die politischen Denunziationen in der zweiten Hälfte des Krieges nicht nur quantitativ, sondern vor allem wegen ihrer Folgen eine besondere Dimension. Die Kämpfe um Stalingrad 1942/43 und die militärische Niederlage im Januar/Februar 43, aber auch die spürbarer werdenden Versorgungsengpässe, die gesteigerten Luftangriffe und Ängste, hatten das soziale Klima in der Gesellschaft verschlechtert. Die angespannte Lage zeigte sich nicht nur darin, daß immer mehr Verhaltensweisen kriminalisiert wurden, sondern auch, daß der Krieg zum Anlaß genommen wurde, den Kampf gegen 'Minderwertige' und 'Volksschädlinge' zu führen. Wie in den Jahren 1935/36 wurde auch jetzt in der Bevölkerung die Anzeigebereitschaft wieder forciert. Während 1935/36 vor allem Juden und 'judenfreundliche Elemente' zum Objekt politischer Denunziationen gemacht wurden, richtete sich der Kampf seit 1942/43 verstärkt gegen 'Defätisten' und 'Gerüchtemacher'. Jede Kritik oder auch nur eine skeptische Beurteilung der Kriegslage wurden als ein „Rütteln an den Grundla-

gen des Volkslebens" und als „Volksverrat"[39] bewertet. Verstärkt wurde dem Denunzianten suggeriert, daß er angesichts der sich abzeichnenden Möglichkeit einer drohenden Kriegsniederlage seine besondere Pflicht erfüllen müsse; die Pflicht „jedes anständigen Deutschen", aktiv an der Feststellung und Verhaftung von 'Defätisten' mitzuwirken. Allein der hohe Anteil der Privatanzeigen in den Verfahren wegen Wehrkraftzersetzung vor dem Volksgerichtshof dokumentiert, in welchem Maße 'Volksgenossen' diese Pflicht einlösten. Immerhin nahm gegen drei von vier Angeklagten „das Verfahren mit einer Privatanzeige seinen Anfang", wobei insgesamt „etwa 1.100 'Defätisten' von Volksgenossen dem Volksgerichtshof zugeführt"[40] wurden. Zu Recht weist Klaus Marxen darauf hin, daß die Anzeigeerstatter zwar nicht unbedingt eine Verurteilung durch den Volksgerichtshof anstrebten, andererseits war aber aufgrund der intensiven Berichterstattung in der Bevölkerung bekannt, daß auch weniger gewichtig erscheinende Fälle vor dem Volksgerichtshof verhandelt wurden.

Die Anzeigen wegen defätistischer Äußerungen belegen wie die 'Heimtückefälle' und Verfahren wegen 'Wehrkraftzersetzung', daß es sich in der Mehrzahl der Fälle um Äußerungen des Zweifels und der Skepsis gegenüber öffentlichen Verlautbarungen des NS-Regimes handelte. Beispielsweise begründete 1943 ein Lehrer aus Lemgo seine 'defätistischen' Äußerungen damit, daß er über die Entwicklung bei Stalingrad äußerst deprimiert gewesen sei und infolgedessen „vielleicht die Dinge schwärzer gesehen habe, als sie sich tatsächlich später herausstellten"[41]. Sein 'Defätismus' bestand darin, daß er unter Arbeitskollegen geäußert hatte, daß die Regierung mit dem Krieg Schluß machen solle. Vor dem Hintergrund der militärischen Niederlagen, der gesteigerten Bombardements und dem Verlust naher Angehöriger machten sich immer mehr Menschen Luft in defätistischen Äußerungen. Sie wurden denunziert, weil sie den Krieg für verloren hielten oder die Ansicht vertraten, daß Deutschland im Osten nichts zu suchen habe, schon genug gefallen seien und mit dem Krieg Schluß gemacht werden müsse. Die Angezeigten hatten, oft im engsten Personenkreis, daran gezweifelt, daß die deutschen U-Boote überhaupt noch etwas ausrichten, die Luftangriffe der Engländer und Amerikaner abgewehrt werden können oder die Sorge ausgedrückt, daß die Soldaten, vor allem an der russischen Front, es nicht mehr aushalten.

Aber zur 'Wehrkraftzersetzung' zählten nicht nur Äußerungen über „Zersetzungserscheinungen in der Heimat, Äußerungen mangelnden Vertrauens in die deutsche Kraft, den Angriffsgeist der Truppe oder die Schlagkraft der deutschen Waffen",[42] sondern auch die Verbreitung von Nachrichten über die 'Kampfmüdigkeit' deutscher Soldaten, bzw. die Aussage, daß „der Bolschewismus 'so schlimm' nicht sei". 1943 erstattete ein Angestellter des Arbeitsamtes bei der NSDAP-Ortsgruppe Schötmar Anzeige gegen einen Fabrikanten, da dieser daran gezweifelt hatte, daß „der Russe alle beseitigen" werde.[43] Vor-

ausgegangen war ein Gespräch über die möglichen Folgen einer Kriegsniederlage, wobei der Denunziant, unter Hinweis auf Katyn, die Auffassung vertrat, daß dann jeder sein Testament machen könne. Das wurde von dem Fabrikanten bestritten und als Propaganda der Nationalsozialisten bezeichnet, worauf der Denunziant erklärte, daß man nur eine Möglichkeit hätte, entweder „alle Kräfte zur Erringung des Sieges zusammenzufassen" oder aber „ehrenvoll" zu sterben. Die Denunzianten verlangten besonders dann eine drakonische Bestrafung, wenn ihre Behauptungen, etwa der „große Gegenschlag werde bald erfolgen" oder die deutschen Waffen seien stärker geworden, als Propaganda der Nationalsozialisten angesehen wurden. Sie waren empört, daß solche „Hetzer" frei herumliefen,[44] vielmehr müsse „derartigen Leuten das Maul zugetrieben"[45] werden. Solche 'Volksgenossen' müßten sofort „zur Erziehung für die Volksgemeinschaft in ein KZ" gebracht werden; mit diesen Worten unterstützte ein Ortsgruppenleiter die Denunziation gegen einen Landwirt.[46] In einem anderen Fall gehörte nach Überzeugung des Denunzianten die Angezeigte „für dauernd in ein Konzentrationslager, damit endlich diese Aufwiegelung aufhöre"[47].

Tatsächlich hielten es nicht wenige Deutsche – selbst noch Ende 1944 – für politisch notwendig und rechtmäßig, daß 'Volksgenossen', die sich nicht „in die Volksgemeinschaft einfügten" oder durch ihr Verhalten die „Volksgemeinschaft beleidigten", gemeldet und bestraft wurden. In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, daß keiner die Denunzianten zwang, sich durch einen besonderen Anzeigeneifer auszuzeichnen. Das Erschreckende an den politischen Denunziationen der NS-Zeit sind gerade ihre Freiwilligkeit und Beflissenheit.

Anmerkungen

1. August Hoffmann von Fallersleben (1798–1874), Politische Gedichte aus der Vorzeit Deutschlands (1843), Sprüche Nr. 17. In: Richard Zoozmann, Zitatenschatz der Weltliteratur, Königsstein/Taunus 1980, S. 99. Der folgende Text ist die überarbeitete Fassung des Vortrags „Politische Denunziationen im NS-Regime", gehalten am 23.11.1995 in Detmold im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Nationalsozialismus in Detmold".
2. Vgl. Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Detmold gegen den Denunzianten nach 1945 (hier 1947); StA DT, D 21 B Nr. 165.
3. Vgl. Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Heiligenkirchen an den Kreisleiter Wedderwille, 17.3.1944; StA DT, D 21 B Nr. 276.
4. Schreiben von Wedderwille an die Stapostelle Bielefeld, 26.7.1944, StADT, D 21 B Nr. 276.
5. Darunter wird hier die bei Behörden des NS-Staates (Polizei- und Justizorganen) oder NSDAP-Stellen, Gliederungen und Verbänden freiwillig erstattete Anzeige verstanden. Mit ihr wurden von ideologischen Prinzipien und Normen des Regimes abweichende Einstellungen und Verhaltensweisen in der Absicht gemeldet, eine Bestrafung des Angezeigten herbeizuführen. Der Denunzierte war damit der Gefahr

ausgesetzt, aus politischen Gründen verfolgt zu werden. Das konnte neben Verhaftung, Verurteilung (vor allem durch die Sondergerichte oder durch den Volksgerichtshof), Gewalt- und Willkürmaßnahmen, oft auch Tod in Konzentrationslagern bedeuten, vgl. Gisela Diewald-Kerkmann, Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der 'Volksgenossen', Bonn 1995.

6. Protokoll der Strafrechtskommission, 5.6.1934; zit. nach Lothar Gruchmann, 'Blutschutzgesetz' und Justiz. Zu Entstehung und Auswirkung des Nürnberger Gesetzes vom 15. September 1935. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 31 (1983), S. 421.
6. Fred Hahn, Lieber Stürmer. Leserbriefe an das NS-Kampfblatt 1924 bis 1945, Stuttgart 1978, S. 188.
8. Reichsgesetzblatt I, S. 67.
9. Heinz Boberach, Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS 1938–1945, 17 Bde., Herrsching 1984, S. 4759.
10. StA DT, L 113 Nr. 677.
11. Erich Kordt, Wahn und Wirklichkeit. Die Außenpolitik des Dritten Reiches. Versuch einer Darstellung, Stuttgart 1947, S. 46.
12. Hans Robinsohn, Justiz als politische Verfolgung. Die Rechtsprechung in 'Rasseschandefällen' des Landgerichts Hamburg 1936–1943, Stuttgart 1977, S. 18.
13. Vgl. Meldung der Denunziantin bei der Kreisleitung Lippe, 21.6.1944; StA DT, L 113 Nr. 1063, Bd. 2.
14. Schreiben des Denunzianten an die NSDAP-Ortsgruppe Pottenhausen, 4.12.1935; StA DT; L 113 Nr. 476.
15. Vgl. Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Lage an die NSDAP-Ortsgruppe Ehlenbruch, 16.6.1943; StA DT, L 113 Nr. 1055.
16. Vgl. Schreiben der Kreisleitung Lemgo an die Schriftleitung des „Stürmers", 23.9.1936; StA DT, L 113 Nr. 155.
17. Rundschreiben Nr. 30/34 der Gauleitung Westfalen-Nord, 28.8.1934; StA DT, L 113 Nr. 60, Bd. 3.
18. Bekanntgabe des Stellvertreter des Führers, 10.7.1934; BA, NS 6/217, Bl. 23.
19. Hannah Arendt, Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft, München 1986, S. 665.
20. Hinrich Rüping, Staatsanwaltschaft und Provinzialjustizverwaltung im Dritten Reich. Aus den Akten der Staatsanwaltschaft bei dem Oberlandesgericht Celle als höherer Reichsjustizbehörde, Baden-Baden 1990, S. 162 f.
21. Rundschreiben der NSDAP-Kreisleitung, 9.8.1935; StADT; L 113 Nr. 263.
22. Reichsgesetzblatt I, 1146-1147.
23. Schreiben eines Denunzianten an die Kreisleitung Lemgo, 25.7.1935; StA DT, L 113 Nr. 230, Bd. 1.
24. Lagebericht (August 1935) der Staatspolizeistelle Bielefeld an das Geheime Staatspolizeiamt Berlin; StA DT, D 70 Nr. 76 c.
25. Rundschreiben Nr. 10 der NSDAP-Gauleitung Westfalen-Nord, 12.11.1936; STA DT, L 113 Nr. 62.
26. Vgl. Reinhard Heydrich, Der Volksmeldedienst. Die Mobilmachung gegen Verrat und Denunziation, Der Schulungsbrief, hrsg. vom Reichsorganisationsleiter der NSDAP, Berlin 6.1939 (Juni-Ausgabe), S. 338.
27. Vgl. Schreiben der Kreisleitung Lippe an den Kommandeur der Gendarmerie, 5.8.1943; StA DT, L 113 Nr. 1056.
28. Schreiben der Kreisleitung Lippe, 29.11.1935; StA DT, L 113 Nr. 211.
29. Vgl. Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Müssen an die Kreisleitung Lippe, 21.7.1944; StA DT, L 113 Nr. 1063, Bd. 2.

30. Vgl. Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Detmold gegen den Denunzianten nach 1945 (hier 1947); StA DT, D 21 B Nr. 97.
31. Das für die Region Lippe zuständige Landgericht Detmold gehörte – bis auf eine kurze Phase im Jahre 1944 – zum Oberlandesgerichtsbezirk Celle und damit zum Sondergericht Hannover.
32. Vgl. Reichsgesetzblatt I, S. 135.
33. Vgl. Reichsgesetzblatt I, S. 1269-1271. Das 'Heimtückegesetz' löste die 'Heimtückeverordnung' ab.
34. Peter Hüttenberger, Heimtückefälle vor dem Sondergericht München 1933–1939, in: Martin Broszat u.a., Bayern in der NS-Zeit IV. Herrschaft und Gesellschaft im Konflikt, München 1981, S. 518.
35. Vgl. Anklageschrift des Sondergerichts Hannover, 4.4.1942; StA DT, D 21 B Nr. 190.
36. Paragraph 2 Absatz 2 des Heimtückegesetzes; Reichsgesetzblatt 1934 I, 1269.
37. Walter Wagner, Der Volksgerichtshof im nationalsozialistischen Staat, Stuttgart 1974, S. 393.
38. Ebenda, S. 393 f.
39. Roland Freisler, Volksverrat, in: Erich Volkmar u.a. (Hg.), Die Rechtsentwicklung der Jahre 1933 bis 1935/1936, zugleich Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, Bd. VIII. Der Umbruch 1933/1936, Berlin 1937, S. 819.
40. Klaus Marxen, Das Volk und sein Gerichtshof. Eine Studie zum nationalsozialistischen Volksgerichtshof, Frankfurt/Main 1994, S. 69 f.
41. Schreiben des Denunzierten an die Kreisleitung Lippe, 11.4.1943; StA DT, L 113 Nr. 1054.
42. Erlaß des Chefs der Nationalsozialistischen Führung (NSFO) der Luftwaffe, 1.11.1944, zit. nach Manfred Messerschmidt/Fritz Wüllner, Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende, Baden-Baden 1987, S. 159.
43. Vgl. Schreiben des Denunzianten an die NSDAP-Ortsgruppe Schötmar, 7.9.1943; StA DT, L 113 Nr. 1057.
44. So die Aussage einer Denunziantin, 9.4.1942; StA DT, L 113 Nr. 781.
45. Schreiben eines Denunzianten, 23.11.1941; StA DT, L 113 Nr. 1043.
46. Vgl. Schreiben der NSDAP-Ortsgruppe Schötmar an die Kreisleitung Lippe, 24.11.1942; StA DT, L 113 Nr. 1050.
47. Vgl. StA DT, L 113 Nr. 1069.

Walter Stich

„...mag er noch so weit, noch so schnell laufen, die Kette läuft mit."

Vom Nutzen und Nachteil neuer Gedenktage.

Am 18. Januar 1944 schrieb ich an meinen Bruder, der Soldat in Frankreich war, einen Brief, in dem es u.a. heißt:

> Du weißt [...], daß ich früher ein fanatischer Christ und ein Feind des Nationalsozialismus war.
> Aber plötzlich kam [...] ich zu der Erkenntnis, daß das Christentum eine Irrlehre sei, [...] doch war [...] ich nach wie vor ein Feind des Nationalsozialismus und sah in dieser Bewegung eine Gefahr für die Humanität und Zivilisation [...] Ein endgültiger Wandel trat [...] erst in diesen Tagen ein, als ich das Buch 'Mein Kampf' zur Hand nahm. [...] Dieses wahrhaft große Werk machte mich dann zum fanatischen Nationalsozialisten. Mein Leitspruch ist jetzt: 'Wer leben will, der kämpfe also, und wer nicht kämpfen will in dieser Welt des ewigen Ringens, verdient das Leben nicht.'

Mit diesem Brief, den ich als 13jähriger schrieb, will ich die Bitte der Veranstalter aufgreifen, nach einem Jahr des Erinnerns mit dem stadtgeschichtlichen Projekt 'Nationalsozialismus in Detmold' für eine Fortsetzung zu plädieren. Sie fühlten sich dazu ermuntert, als unser Bundespräsident den 27. Januar, den Tag der Befreiung von Auschwitz, zum Gedenktag bestimmt hatte. Ich habe den Auftrag nicht ohne Zögern übernommen. Zwangsläufig bedeutete er für mich auch die persönliche Auseinandersetzung mit einer Zeit und ihren Folgen, die mein Leben wesentlich bestimmt haben.

Kaum 16 Monate nach dem zitierten Brief war das 'Dritte Reich' zusammengebrochen. Der eigene fanatische Nationalsozialismus hatte nicht einmal so lange Bestand. Ich erinnere mich, daß bereits am 20. Juli 1944, ein halbes Jahr nach dem Brief, meine Sympathien den Männern des Widerstandes galten. Und als wir wieder ein halbes Jahr später unter uns Klassenkameraden heftig zu streiten begannen, ob wir mit Panzerfäusten unsere Heimat verteidigen sollten, war ich ein Wortführer der Defaitisten. Die Gründe der schnellen und rechtzeitigen Wandlung sind mir nicht mehr in Erinnerung; vielleicht war ein guter Schuß Opportunismus mit im Spiel.

Nun – über 50 Jahre danach – geht es nicht nur um die Frage, wie es damals war, sondern ebenso um die nach der Behandlung, der Verkraftung, der Verdrängung des heute so unfaßbaren Geschehens, nach einem angemessenen Ge-

denken durch unser Volk in diesem halben Jahrhundert und in Zukunft. Beides hängt für mich unauflöslich zusammen.

Wie konnte das alles, vor allem der Holocaust, passieren?

Wie könnte derjenige, der einmal so wie ich dachte und schrieb, vergessen? Wie konnte man die Erinnerung daran so handhaben, daß unsere Kinder meinten, wir hätten sie verdrängt und verdreht?

Warum sollen aber meine Enkel an diese schreckliche Zeit erinnert werden oder gar ihrer gedenken? Wie weit reichen Schuld, Verantwortung, Haftung, Bürde, wie lange drückt die Kette, von der die Rede ist.

Bei Übernahme der Aufgabe habe ich mir versprochen, Worthülsen und -blasen zu vermeiden. Mein Beitrag soll deshalb auf eigenen Erfahrungen vor und nach dem 8. Mai 1945 beruhen und so Wahrhaftigkeit versuchen. Er will keinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit erheben, schon gar nicht die Frage vom Nutzen und Nachteil neuer Gedenktage entschieden beantworten.

Hoffentlich langweile ich Sie nicht. Ich habe den Nationalsozialismus und die Nachkriegszeit nicht in Detmold und Lippe erlebt, sondern im südlichen Westfalen, vor allem in dörflichen und kleinstädtischen Verhältnissen am Rande des Ruhrgebietes.

Zurück zum Brief.

Mein Bruder schickte den Feldpostbrief einige Wochen danach in einem Paket mit anderen Briefen an meine Eltern zur Aufbewahrung. Als ich eines Tages nach Hause kam, fand ich meine Mutter in Tränen aufgelöst. Sie hatte den Brief gelesen und hielt als fromme evangelische Christin mich nun nicht mehr für würdig, an der bevorstehenden Konfirmation teilzunehmen. Sie wollte, wie sie sagte, keinen Heuchler am Altar. Ihren Kummer hat sie mit unserem Pfarrer erörtert. Mein Vater, in eindeutiger Gegnerschaft zum Nationalsozialismus und in einiger Distanz zu unserer Kirche, entschied, daß ich trotzdem konfirmiert würde.

Aufschlußreich für die Zeit ist diese Geschichte wegen des Konfirmationsspruches, den ich dann von unserem Dorfpfarrer erhielt. Dieser Pastor war eine starke und mutige Persönlichkeit. Er verkörperte wie kein anderer in unserem Dorf den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Es gab zahlreiche Gegner – in unserer engeren und weiteren Familie und ihrem Freundeskreis gehörten viele dazu. Aber diese Gegnerschaft ging über bloße kritische Distanz zum Regime kaum hinaus, sarkastisch ausgedrückt: Man saß unter dem Tisch und guckte böse. Man riskierte deutliche Kritik im vertrauten Kreis und hielt das Ohr nah am Feindsender – mehr nicht. Der Pfarrer riskierte mehr. Er erklärte z.B. uns angehenden Konfirmanden, die wir, auch um ihn zu ärgern, manchmal in Pimpfenuniformen vor ihm saßen, warum er nicht 'Heil Hitler' sagen könne. Das Heil käme nämlich nicht von Hitler.

Der Konfirmationsspruch des bemerkenswerten Seelsorgers aus dem 1. Korintherbrief lautete: „Wachet, stehet im Glauben, seid männlich und seid stark." Seid männlich und seid stark, das traf den Nagel der Zeit auf den Kopf, das war es offenbar, was wir Jungen in der Kirche nicht zu finden glaubten, aber beim Nationalsozialismus – der einzigen Alternative, die wir damals sahen. Unser Pastor wollte mir signalisieren: Du kannst das, was Du sein willst, auch bei uns sein – männlich und stark. Das Spannungsfeld war so alt wie das Christentum und seine europäische Rezeption. Es gab Kompromisse und Synthesen, auch sie prägten Europa, etwa der mittelalterliche Ritter und der preußische Offizier.

Nietzsche zerbrach die Synthesen mit der Gegensetzung von Herren- und Sklavenmoral. Walter Flex trug im Ersten Weltkrieg die Bibel und den 'Zarathustra' in seinem Tornister, zwei Welten, zwischen denen er vergeblich zu wandern versuchte. Wer die Zeit, nicht nur die Nazis, verstehen will, der muß Nietzsche lesen und Wagner hören. Ende der zwanziger Jahre ging man von links bis rechts nicht mehr in die Parteien – da trat man eher aus –, sondern in deren Wehrverbände und Männerbünde: Rotfrontkämpferverband, Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Stahlhelm, SA – da gab es viel Gemeisames bei diesem getrennten Marsch hinter Fahnen und Trommeln und vieles , was diese Generation von der heutigen trennt.Wie weit war ihr gemeinsames Leitbild des Kämpfers von dem heutigen entfernt? Gelobt sei, was hart macht – gefährlich leben – lebt in Krieg mit Euch und Euresgleichen – der Mann ist zum Krieg geboren und das Weib zur Erholung des Kriegers – so hatte der späte, dem Wahnsinn zustrebende Nietzsche die Antithese überspitzt.

Mit zehn Jahren hatten wir, nach dem Leitbild, das Hitler persönlich gegeben hatte, nicht nur flink wie Windhunde und zäh wie Leder zu sein, sondern auch hart wie Kruppstahl – das gefiel uns, auch daß Leben Kampf war – entsprechend dem Hitlerzitat in meinem Brief.

Das kranke aber produktive Hirn von Heinrich Himmler spann den Faden pervertierend weiter. Besonders ehren- und tugendhaft wurde es in seinen Augen, die Massentötung der Juden nicht nur anzuordnen, sondern selbst zu beobachten, ja persönlich zu praktizieren. Das war der Gipfel der geforderten Abhärtung, der Selbstüberwindung. Deshalb beauftragte er mit diesem Geschäft gern die Mitarbeiter, bei denen er besondere Skrupel vermutete, z.B. die Intellektuellen unter den hohen SS-Chargen.

Zwei Werteordnungen stritten miteinander – in der Diktion meines Briefes – Christentum, Humanität, Zivilisation einerseits und der Geist der Zeit mit seiner zugleich radikalsten wie flachsten Schule, dem Nationalsozialismus, andererseits. Wer die Brisanz der Auseinandersetzung erfahren und verstehen möchte, der lese ein Detmolder Buch, nämlich das von Augustinus Reinecke: Jugend zwischen Kreuz und Hakenkreuz. Kaum jemand hat so sachkundig die Auseinandersetzung um die Jugend beschrieben wie der damalige Jugendpfar-

rer der Diözese Paderborn. Er schildert das Dilemma der Kirchen, die geringe Aussicht, ihr Leitbild, bei den Katholiken war es das des Aloysius, wie Reineke schreibt, blutleer in den 20er Jahren entwickelt, gegen das Ideal des olympischen, heroischen Menschen bei den Jungen durchzusetzen. Der Paderborner Erzbischof Lorenz Jaeger kreierte deswegen später ein neues Leitbild: „Der junge Christ als guter Soldat Jesu Christi." Man erkennt die Verwandtschaft mit meinem Konfirmationsspruch, aber auch die mindestens formale Nähe zum Nietzscheanischen Krieger.

Verführerisch waren besonders die verkörperten Leitbilder, die uns begegneten, die mit Orden dekorierten jungen Offiziere. Wer von uns wartete in den ersten Kriegsjahren nicht darauf, auch ein solcher sichtbarer Held zu werden? Bei der großen Mehrheit war die Armee ohnehin sehr viel populärer als die Partei. Sie war bis weit in die Gegnerschaft des Regimes hinein nicht nur akzeptiert, sondern geachtet und geschätzt.

Aber auch die Repräsentanten der Partei liefen nicht, wie man das heute zu glauben scheint, mit gräßlicher Fratze und mit einem Messer im Mund herum. Sie sahen aus wie andere auch. Die persönlichen Beziehungen richteten sich wie heute nach Sympathie und Antipathie, nicht in erster Linie nach politischen Gesinnungen. Unter unseren Lehrern gab es Anhänger und distanzierte Gegner des Regimes und dazwischen viele Schattierungen – das war aber für unsere Wertschätzungen nicht entscheidend. Überall gab es Nazis und Antinazis – und die meisten waren mal das eine und mal das andere. Man begegnete ihnen als Bekannten, Freunden, Nachbarn, Geschwistern, Eltern, Kindern, Ehegatten. Kreuz und quer gingen die Fronten. In Schubladen, in die man heute die Menschen von damals stecken möchte, lebte und überlebte niemand.

Man kannte sich damals oder glaubte sich zu kennen, vor und nach dem Zusammenbruch. Man war sich im Alltag begegnet und begegnete sich nach der Stunde Null weiter, manchmal mit vertauschten Rollen. Es wurden gewiß nach dem 8. Mai 1945 alte Rechnungen beglichen, aber meist in Maßen – auch bei der Entnazifizierung. Jedermann oder fast jedermann war sich unsicher bezüglich seines eigenen Kontos.

In dem Kreis, den ich zu übersehen glaube, waren gerade unter den deutlichen Gegnern des Regimes die Nachdenklichen sich ihrer ängstlichen Anpassung bewußt. Das macht den für Außenstehende und Spätergeborene unbegreiflichen Zusammenhang, ja Zusammenhalt in den örtlichen Gemeinschaften aus und erklärt so vieles an der Nachkriegszeit.

Mich hat es nicht erstaunt, welch eine weitgehende Solidarität viele Menschen in der DDR über die Gesinungsgrenzen hinweg bis heute bewahrt haben oder zu haben scheinen. Alle oder fast alle waren involviert im System, vom gläubigen Anhänger bis zum angepaßten Gegner. Vielleicht ist das schlechte Gewissen bei den Gegnern sogar am stärksten ausgeprägt, weil man im Gegensatz zu den Anhängern ein deutlicheres Gefühl für die verbrecherischen Seiten

des Regimes hatte und weil man weiß, daß es nicht allein vom eigenen Charakter, sondern ebenso von der Größe der persönlichen Nische abhängig gewesen war, wie stark man sich angepaßt hatte.

Nach dem Krieg war die Gemeinschaft unseres Dorfes erschüttert, aber sie zerbrach nicht. Der aus dem KZ zurückgekehrte Kommunistenführer sorgte für die Familie des am Tage des Einmarsches der Amerikaner getöteten Naziamtsbürgermeisters, wie dieser sich um seine Familie während der langjährigen Zuchthaus- und KZ-Haft des kommunistischen Gegners gekümmert hatte. Bei den ersten Maikundgebungen nach 1945 marschiert das Dorf nicht genau, aber fast so zum gleichem Lokal, in dem die Maifeiern und die übrigen Jubelfeiern des 'Dritten Reiches' stattgefunden hatten. Der Tambourmajor der Turnvereinskapelle war ein anderer geworden. Der bisherige marschierte nun nicht mehr an der Spitze, sondern, wie schon vor 1933, wieder als SPD-Bürgermeister hinter der Kapelle. Der gleiche Volksschulkonrektor, nun nicht mehr gottgläubig, sondern wieder evangelisch, spielte zu Beginn das gleiche Largo von Händel und der gleiche Gesangverein sang „Heimat, Heimat, ewig liebe Heimat".

Dabei wirkte das 'Dritte Reich' noch lange nach mit seinem propagierten Ziel der Volksgemeinschaft. Der Nationalismus, der ja vor allem Rassismus war, spielte in der täglichen Propaganda, auch in der weltanschaulichen Schulung in Schule und Hitlerjugend, anders als man das heute glaubt, eine geringere Rolle als der Sozialismus mit seinem verkündeten Leitbild der Volksgemeinschaft, die anstelle der durch Klassen und Parteien zerrissenen Gesellschaft treten sollte. Das Parteiensystem war in der Weimarer Zeit in den Augen nicht nur der Nazis gründlich diskriminiert worden. Als Heinrich Drake am 23. Juni 1933 aus der SPD austritt, erklärt er der SPD-Führung, daß die Parteiarbeit einzustellen sei „angesichts der schwierigen Lage des Reiches und des Deutschen Volkes und des von der Reichsregierung unternommenen Versuches, eine Volksgemeinschaft auf sozialem Grunde herzustellen". In der großen Verwandtschaft meiner Eltern – im Arbeitermilieu mit sozialdemokratischer bis kommunistischer Grundüberzeugung – in der es fast nur harte negative Urteile über die damalige Führung gab, wurden die Bemühungen um die Volksgemeinschaft durchaus gelobt. Da gab es in der HJ z.B. die Fabrikantensöhne und -töchter in Reih und Glied mit den eigenen, ja diese oftmals als deren Vorgesetzte. Gerade unter den Führern von Hitler-Jugend und Jungvolk war ein besonders hoher Anteil von Kindern der Regimegegnern, besonders auch von Arbeiterkindern.

Die Propagierung der Volksgemeinschaft wirkte lange fort. Nach dem Kriege war deshalb die Bildung der Parteien schwierig. Viel lieber engagierte man sich in einer überparteilichen Bürgergemeinschaft. Als ich 1956 für die CDU in meiner Heimat kandidierte, waren von den 27 Kandidaten unseres Dorfes für die Amts- und Gemeindevertretung nur neun in der Partei. Partiell wirkte so

der ideologische Überbau nach dem Zusammenbruch noch nach. Insgesamt aber war der Nationalsozialismus in kürzester Zeit in den Köpfen der großen Mehrheit überwunden.

Ich staune noch heute, wie schnell die Wende vom 'Hosianna' zum 'Kreuziget ihn' erfolgte, gerade bei den bis zum Schluß verblendeten fanatischten Anhängern, wie schnell auch sie die Kirchen füllten, obwohl die Persilscheine des Pastors erst später bei der Entnazifizierung wichtig wurden. Jeder erfuhr damals in der Not des Zusammenbruchs am eigenen Leibe die Folgen des eingeschlagenen Weges – das war die beste 'reeducation'. Auch das militärische Desaster war so augenscheinlich gewesen, daß eine neue Dolchstoßlegende politisch nicht gefährlich werden konnte.

Allerdings – so schnell wie die Ideologie aus den Köpfen verschwand, so wenig gab es eine breite wirkliche Neuorientierung. 'Ohne Mich' hieß die politische Antwort auf die neue Zeit. Gottfried Benn sagte das so:

> Wenn du die Mythen und Worte
> entleert hast, sollst du gehen,
> eine neue Götterkohorte
> wirst du nicht mehr sehen.

So fanden nur wenige einen neuen religiösen oder ideologischen Anker. Die vom 'Dritten Reich' geprägte Generation war nach dem Kriege nicht mehr nationalsozialistisch, sie war orientierungslos und – auch deshalb – pragmatisch.

Der Zusammenbruch schmiedete das deutsche Volk nicht gerade zusammen. Trotzdem gab es viel Gemeinsames in dieser Volksgemeinschaft besonderer Art. Zwangsläufig war sie eine Not- und Schicksalsgemeinchaft. Sie war zudem zwar keine Schuldgemeinschaft, aber sie war doch Verstrickungsgemeinschaft. Zur Schuldgemeinschaft reichte es deswegen nicht, weil zu wenige sich bewußt waren, durch aktives Tun Schuld auf sich geladen zu haben. Die es getan hatten, wurden regelmäßig schnell und ohne Mitleid vorgeführt und geopfert. Die große Mehrheit fühlte sich nicht schuldig. Aber sie fühlte sich – jedenfalls zunächst – irgendwie verstrickt. Man hatte ein verdammt schlechtes Gewissen, man wußte oder hatte doch das dumpfe Gefühl, daß man nicht gehandelt, nicht gesprochen hatte, wo man hätte handeln oder sprechen müssen. Dies betraf nicht so sehr die Kriegsschuld, obwohl es kaum noch einen ernstlichen Zweifel gab, daß sie ganz oder doch überwiegend auf deutscher Seite lag. In meiner Familie gab man von Anfang an Hitler die Alleinschuld am Krieg. Man kritisierte besonders scharf die ständige Ausweitung des Krieges, mindestens seit Stalingrad die unverantwortliche Weiterführung der aussichtslos gewordenen Auseinandersetzung. Aber – dafür war die politische Führung verantwortlich. Man kritisierte nicht oder kaum eine unmenschliche Kriegsführung durch die Wehrmacht. Das Ansehen der Offiziere und der Soldaten blieb unangetastet. Man glaubte zwar nicht einfach der Goebbelschen Propaganda, aber

man glaubte den Schilderungen der Soldaten aus dem Verwandten- und Freundeskreis. Sie vermittelten den Eindruck, daß es im Westen auf beiden Seiten recht (kriegs-)gesittet zuging, im Osten auf beiden Seiten brutal. Schweinereien gab es auf beiden Seiten, auf deutscher, so war die Meinung, mindestens nicht mehr als auf der jeweils gegnerischen.

So gab es nach meiner Erinnerung im deutschen Volk weder im Kriege noch in der ersten Nachkriegszeit ein weit verbreitetes Gefühl der Gesamtverantwortung für den Krieg. Dafür war Hitler verantwortlich, und nicht sein Volk. Dies entsprach der abendländischen Tradition, die es der Obrigkeit überließ, Kriege zu führen oder auch anzuzetteln. Die ohnehin schwierig zu beantwortende Frage nach dem gerechten Krieg hatte der Bürger nie zu beantworten gehabt, sie hing nach den allgemeinen Erfahrungen auch zu allen Zeiten eng mit dem Kriegsausgang zusammen.

Deshalb hätte es – auch angesichts der schrecklichen allierten Luftangriffe und des sowjetischen Infernos bei Kriegsende in Ostdeutschland – mutmaßlich nie ein deutsches Trauma gegeben, wenn da nicht der Holocaust gewesen wäre. Das war, ich möchte behaupten, fast für jeden Deutschen, der den 8. Mai 1945 überlebt hatte, ein düsteres, bedrängendes und deswegen zu verdrängendes Problem seiner Gewissensbefindlichkeit. Dafür gab es keine erklärende und damit verzeihende deutsche oder europäische Tradition.

Wie habe ich das erlebt: Im meinem Heimatort gab es nur eine Jüdin, Frau Prinz, mit einem sog. Arier verheiratet. Ich mochte sie sehr.

Meine Eltern teilten nicht den in Deutschland und Europa weit verbreiteten milden Antisemitismus, wie Martin Niemöller seine eigene damalige Haltung und die der Zeitgenossen charakterisiert hat , sondern sie schätzten die Juden. Sie kannten sie vor allem als Kaufleute in den Einkaufsstädten und als Menschen, die 'was für den kleinen Mann über hatten'. Nach der Kristallnacht fuhr mein Vater mit meinem Bruder und mir nach Hagen, um uns zu zeigen, was dieses Regime anzurichten in der Lage war. Ich sehe noch heute die geplünderten und zerschlagenen Einrichtungen in der Vollme liegen, traurige Reste der verhängnisvollsten Nacht unserer Geschichte.

So mild war übrigens der Antisemitismus der Mehrheit in Deutschland keineswegs immer. Er neigte durchaus zu verbalen Exzessen. Schon 1907 erklärt der milde Antisemit Wilhelm II dem britischen Außenminister Grey: „Es gibt zu viel Juden in meinem Land. Sie müßten ausgemerzt werden". Es würde eine Judenhetz geben, falls er, der Kaiser, seine Untertanen nicht zurückhielte. Der milde Antisemitismus war auch die latente Basis für viele Übergriffe im 'Dritten Reich'. Sie waren nicht alle immer befohlen. In der 'Kristallnacht' gab es viel mehr Spontaneität, als dies uns nach dem Kriege zunächst gängige Ansicht wurde.

Während des Krieges, mutmaßlich 1943, erzählte man in unserer Familie, daß die Juden nicht nur nach Osten evakuiert würden, sondern daß sie getötet

würden z.B. in Lastwagen mittels Gas. Ich erinnere mich an die Empörung über diese Nachricht. Sie war einhellig und entschieden, während über die Euthansie, die früher bekannt wurde, durchaus diskutiert wurde.

Ich erinnere mich aber nicht daran, daß der Holocaust in der Folgezeit häufiger Thema der fast immer hochpolitischen Gespräche in der Familie gewesen wäre. Der Zorn auf Hitler wurde zwar immer stärker, aber nicht wegen der Massentötung der Juden, von der man nichts weiter oder doch wenig hörte und sah, sondern weil der Krieg, obwohl aussichtslos geworden, bis zur völligen Zerstörung Deutschlands fortgesetzt wurde.

Genau erinnere ich mich daran, daß die HJ wie das Jungvolk – und auch ich – an ein oft gesungenes Lied den Vers anhing:

> Krumme Juden ziehn dahin, daher,
> sie ziehn durchs Rote Meer,
> die Wellen schlagen zu
> die Welt hat Ruh

Der Gesang dieses Verses war keine örtliche 'Usance', das hat damals, wie ich annehme, jeder deutsche Junge – mutmaßlich auch jedes deutsche Mädchen – mehrfach jährlich gesungen oder ist doch ohne Protest danach marschiert. Alle Eltern haben das gehört. Meine haben mir, wie ich mich erinnere, deswegen ins Gewissen geredet. Ob das Wirkung hatte, weiß ich nicht mehr.

Vielerorts ergibt die derzeitige Aufbereitung der Geschichte in den Städten und Dörfern, daß die Evakuierung, d.h. die Verschleppung des letzten Juden im Ort, als ein Dorffest gefeiert wurde. Der Ort war jetzt 'judenfrei'. Mußten die Bürger nicht wissen, daß die Ankunftsorte ebenso 'judenfrei' sein mußten, so daß die physische Vernichtung die logische Konsequenz war? War dies nicht auch die notwendige Folge einer langen Kette von Maßnahmen bis hin zum Judenstern, bei denen man den Juden jede menschliche Würde zu nehmen versuchte? Dies alles blieb niemandem verborgen. Mußte dies nicht mindestens Anlaß sein zu fragen, wo denn die evakuierten Juden im Osten wohl angesiedelt würden? Niemand fragte, oder doch fast niemand. Die Frage blieb nicht aus wegen der Furcht vor Verfolgung. Die Frage blieb aus, weil man das wirkliche Schicksal ahnte, aber nicht kennen und wissen wollte. Natürlich war man gegen Massentötungen – aber niemand war bereit, sich deswegen zu empören. Daher lag es nahe, sich nach dem altbewährten Grundsatz zu verhalten: 'Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß'.

So gehöre ich wohl tatsächlich zu der Minderheit, die das Schicksal kannte. Aber – die Mehrheit hätte es kennen können. Selbst Albert Speer behauptete bis zuletzt, nicht gewußt, sondern nur geahnt zu haben. Ich glaube ihm, zumindest daß er es in der Erinnerung so sah – er hat es sich mit der Schuldfrage nicht so leicht gemacht wie die anderen. Ich glaube ohnehin, daß die Anhänger regelmäßig nicht mehr wußten als die Gegner – von den wenigen Akteuren ab-

gesehen. Ein Augenzeuge konnte sein Wissen bei Gegnern sogar risikoloser anbringen.

Der Widerstand war, wo es ihn denn überhaupt gab, wie in den Kirchen, unglaublich gering. Man protestierte durchaus, manchmal mit Courage, aber kaum jemals wegen der Verfolgung und Vernichtung der Juden.

Schnell nach den 8. Mai wurde Umfang und Methode des Holocaust bekannt. Überrascht konnte, wie gesagt, eigentlich niemand sein, auch wenn die persönliche Betroffenheit erst viel später bei der Beschäftigung mit dem Einzelschicksal oder angesichts des Berges von Kinderschuhen in Auschwitz gekommen sein wird.

Unser Volk war beim Zusammenbruch des 'Dritten Reiches' nicht nur eine Schicksals- sondern auch eine Verstrickungsgemeinschaft. Sie ging auf den Holocaust zurück. Deshalb verknüpft der Bundespräsident den Tag des Gedenkens an die unselige Zeit zu Recht mit dem Tag der Befreiung von Ausschwitz.

Die Deutschen akzeptierten und verstanden nach dem Kriege durchaus die Entrüstung der Welt, sprachen angesichts der verbreiteten eigenen Verstrikkung wenig darüber und versuchten, das Trauma zu verdrängen – kurzum, man handelte so, wie Menschen in solchen Situationen zu handeln pflegen – allzumenschlich.

Karl Jaspers, der 1937 aus seinem Amt als Professor der Philosophie in Heidelberg entfernt worden war und das 'Dritte Reich' als Ehemann einer Jüdin nicht weit vom Holocaust überlebte – jahrelang hatten seine Frau und er Zyankali-Kapseln auf dem Nachtschränkchen stehen gehabt –, schrieb, als die Presse ihn nach dem Kriege zum Widerstandskämpfer stilisieren wollte:

> Wir Überlebenden sind nicht, als unsere jüdischen Freunde abgeführt wurden, auf die Straße gegangen, haben nicht geschrien. [...] Wir haben es vorgezogen, am Leben zu bleiben mit dem schwachen, wenn auch richtigen Grund, unser Tod hätte nichts helfen können. Daß wir leben, ist unsere Schuld. Wir wissen vor Gott, was uns tief demütigt.

An anderer Stelle bemerkt er:

> Die Erbarmungslosigkeit des Nichtmitfühlens ist unser alltäglicher Zustand. Das Schreckliche kann um uns geschehen, kann von Menschen Menschen angetan werden – wir sind von Mitleid ergriffen und werden wohl bewegungslos in Angst, es könne auch uns treffen, aber wir werfen uns wieder in das Dasein, gemeinhin vergessend und verschleiernd. Was räumlich fern und anonym ist, läßt uns nicht einmal Mitleid empfinden.

Die Umstände der Zeit nach dem Kriege erleichterten dieses 'Vergessen und Verschleiern'. Deutschland war weitgehend zerstört. In der Zeitung lasen wir, man brauche 50 Jahre für die Räumung der Trümmer, dann erst könne der ei-

gentliche Neuaufbau beginnen. Aber auch dort, wo die Städte und Dörfer nicht zerstört waren, wie hier in Lippe, herrschte Not, ein heute unvorstellbares Flüchtlingselend und allgemeine schlimme Hungersnot. Das Gebot der Zeit hieß nicht, in Sack und Asche zu gehen, sondern zu arbeiten. Klassisch hat Heinrich Drake die Forderungen der Zeit in seinem oft zitierten Aufruf vom 27.4.1945 formuliert: „Steht nicht umher und bekakelt die Lage! Sie wird dadurch nur schlechter. Arbeitet!" Die Menschen haben daraus bis weit in die Nachkriegszeit hinein eine bemerkenswerte Dynamik entfaltet; ein neues Selbstwertgefühl konnte sich entwickeln. Die Verstrickungen der Vergangenheit konnten um so leichter verdrängt werden.

Die Auseinandersetzung mit dem 'Dritten Reich' nach dem Kriege muß nicht zuletzt auch im Hinblick auf den verbreiteten Antikommunismus der Nachkriegszeit beurteilt werden, der nicht erst, wie man heute meist hört, mit dem Kalten Krieg geboren wurde, sondern sich viel stärker speiste aus den unmittelbaren Erfahrungen mit der Sowjetunion im Krieg und beim Zusammenbruch, in der sowjetischen Gefangenschaft, bei der gewaltsamen Zerschlagung demokratischer Ansätze in Osteuropa wie in Ostdeutschland. Es gab in Westdeutschland kaum Zweifel, daß auch hier ein verbrecherisches Phänomen drohte, wie wir es mit anderem Vorzeichen gerade losgeworden waren. Für diese Einstellung steht insbesondere der Name Kurt Schuhmachers. Jede antifaschistische Aktionsgemeinschaft war damals für die meisten völlig ausgeschlossen. Schon der Name galt als kommunistische Erfindung, die Subsumption des Nationalsozialismus unter den Begriff Faschismus im übrigen als schlimme Verniedlichung des radikalen, todbringenden Antisemitismus, der ihn von den anderen autoritären Bewegungen grundlegend unterschied.

Die Schicksal- und Verstrickungsgemeinschaft nach dem Kriege hatte ihre eigenen Sitten und Gebräuche. Allmählich kamen nach dem Kriege unsere Lehrer zurück, mehr oder weniger erfolgreich entnazifiziert – für uns Schüler übrigens – wir glaubten sie ja einschätzen zu können – mit manchmal überraschenden Ergebnissen. Sie wollten aus verständlichem Selbstwertgefühl nicht das Gegenteil von gestern lehren und tabuisierten mit unserem augenzwinkernden Einverständnis alle Themen, bei denen es gefährlich werden konnte.

Die eigene Mitverantwortung verblaßte im Nebel der Erinnerung. Die Zeit heilt. An solchen Wendepunkten machen sich die selbstheilenden Kräfte der menschlichen Natur besonders bemerkbar. Die zwölf Jahre Nationalsozialismus raffte das Gedächtnis auf die Augenblicke der Opposition, des Ärgers und der Entrüstung über das Regime zusammen, die es natürlich auch bei fast jedem gegeben hatte. Die Selbstverteidigungsrolle, welche die Entnazifizierung jedem einzelnenen aufzwang oder doch nahelegte, hat diese Entwicklung in ungewöhnlichem Maße gefördert. Natürlich wurde so die Verstrickungsgemeinschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit immer kleiner. Die meisten wuß-

ten nun in der Erinnerung: Sie hatten nie dazu gehört, sondern tapfer auf der anderen Seite gestanden.

Wie lange konnte das gutgehen? Dann spätestens nicht mehr, als die eigenen Kinder kritisch fragten, das Dilemma in den Generationenkonflikt geriet und diesen ungewöhnlich stark dramatisierte und politisierte. Das erklärt die deutsche Version der 68er Bewegung. Natürlich mußte es den Söhnen Spaß machen, die krampfhaft und schlecht befestigten Hosen der Väter herunterzuziehen. Schwer war das nicht, und die Väter machten dabei eine verdammt schlechte Figur.

Und die Söhne und Töchter?

Sie wußten, was sie wollten – nämlich etwas ganz anderes, als was die Väter wirklich oder vermeintlich gedacht, gewollt, getan oder gar verbrochen hatten. Manch einer aus dieser Generation der 68er wird allerdings inzwischen nachdenklicher geworden sein. Steht in seinem Bücherschrank nicht immer noch auf einem alten Ehrenplatz die Maobibel und auf dem Boden sein Bild? Konnte man die unvorstellbaren asiatischen Ausmaße seiner Untaten nicht auch damals schon wenigstens ahnen, als man ihn noch verehrte? Zudem verfolgt man heute Völkermord in Europa bequem im Fernsehsessel – und tut nichts, außer Entrüstung zu zeigen. So kann man vielleicht nun doch den Vater oder die Mutter besser verstehen, die meist nicht einmal wußten, sondern nur ahnten, jedenfalls nicht sahen. Mit dem Aufrücken der 68er in Schlüsselfunktionen der Meinungsbildung begann die Verurteilung des 'Dritten Reiches' neu und mit einer ganz anderen Intensität, auch mit einem Rigorismus, der es den Älteren schwer machte, sich daran hinreichend zu beteiligen. Das neue Bild der Zeitgeschichte entsprach mit seinen Klischees kaum noch der eigenen Erinnerung, deshalb traute man sich nur zaghafte Äußerungen zu. Man erlebte, daß es sogar auf die richtige Betonung von Kommata ankam und daß vor allem kein Anführungsstrich vergessen werden durfte. Dazu kam eine neuer Stil der Auseinandersetzung. Man selbst hatte gelernt, Emotionen, Betroffenheiten zu unterdrücken oder sie zumindest nicht zu zeigen. Nun wurden sie kultiviert. In jüngster Zeit hat sich dann mehr und mehr das Bild der Nazis vom übrigen deutschen Volk gelöst.

Was in der Ideologie des Klassenkampfes die Kommunisten in der DDR schon immer glauben machen wollten, nämlich daß die Arbeiter- und Bauernklasse, also die Massen, auf der Seite der glorreichen Sowjetunion gegen die Nazis, sprich gegen eine kleine bürgerliche verbrecherische Minderheit, gestanden hätte, so daß die tapferen Sowjets unser Volk aus den Klauen dieser Gruppe befreit hätten, das drängt nun, korrigiert ins westliche Koordinatensystem, in das Geschichtsbild der Enkel. Hatten die Söhne und Töchter im Generationenstreit der 68er-Ära noch eher die Vorstellung von der verbreiteten Schuld der Väter gepflegt, so spricht man heute beim Zweiten Weltkrieg mehr und mehr vom Krieg der Welt gegen die Nazis. Selbstverständlich werden die

Enkel ihre lieben Omas und Opas nicht dazu rechnen, sondern, wenn überhaupt irgendwohin, zu den in der individuellen wie nationalen Erinnerung immer stärker werdenden Bataillionen des tapferen Widerstandes – und damit eigentlich zu den Siegern des Krieges.

Meine Erinnerung ist eine andere. Fast alle waren verstrickt und fühlten sich zunächst auch so. Die heute verbreitete Meinung – fast alle waren es nicht –, macht die allzumenschlichen Erinnerungslücken zum entscheidenden Maßstab der Bewertung. Historisch halte ich das nicht für erlaubt. Aber politisch? Wird man so die Frage der fortdauernden Verantwortung und Haftung los? Antwort: Kaum.

Ich erlebe auch bei sehr jungen Menschen, daß sie ihren Überdruß kundtun an diesem Thema, das sie nichts anginge. Ich verstehe das. Wir müssen unseren Enkeln schon in sauberer Argumentation klarmachen, ob und warum sie dem Thema nicht entfliehen können – wenn wir dies denn meinen.

Wenig hilfreich ist die gebetsmühlenhaft wiederholte Feststellung von der fortdauernden Verantwortung des deutschen Volkes, wenn man sie nicht angemessen begründet. Dazu bedarf es zumindest einer differenzierenden Betrachtung und einer sauberen klaren Begrifflichkeit. Was ist Verantwortung?

Strafrechtliche Verantwortlichkeit entspricht der Zurechnungsfähigkeit von persönlicher Schuld. Sittliche Verantwortung ist die Einstellung oder Bereitschaft eines Menschen, für sein Wollen und Handeln sowie für dessen Folgen einzustehen. Schuld und Verantwortung hängen zusammen. Das Alte Testament kennt noch nationale Schuld und Verantwortung. In diesem Zusammenhang heute aber die Nation zu bemühen, scheint mir weder erlaubt noch opportun. Verantwortung kann es nach heutigem Verständnis nur individuell geben. Strafrechtliche Verantwortung wird deshalb regelmäßig nur noch bei mehr als Siebzigjährigen ausgemacht, moralische kann noch in meine Altersgruppe ragen. Damit hört es aber schon auf. Verantwortung der damals noch nicht Geborenen scheidet – jedenfalls nach meinem Verständnis – aus.

Was ist mit der Haftung? Es gibt eine zivilrechtliche Haftung ohne Verschulden – wenn auch nur in Ausnahmetatbeständen. So kann man mit diesem Begriff ausnahmsweise die Verpflichtung verbinden, für etwas einzustehen, was man selbst nicht verschuldet hat. Doch trifft die Haftung in solchen Fällen regelmäßig nur diejenigen, welche eine Sache beeinflussen konnten. Nachgeborene konnten nie etwas Vergangenes beeinflussen. Scheidet deshalb der Begriff der Verantwortung bei einer Inanspruchnahme von Enkeln ganz aus, so daß man ihn auf jedem Falle vermeiden sollte, so ist auch das Wort Haftung zumindest mißverständlich und nicht treffend genug, als daß man es in diesem Zusammenhang anwenden sollte. Es gibt also keine Verantwortung und keine Haftung der Enkel.

Und trotzdem eine Kette?

'Vom Nutzen und Nachteil der Historie' überschreibt Nietzsche einen Abschnitt seines Frühwerkes „Unzeitgemäße Betrachtungen". Die Kette findet sich in folgender Parabel:

> Der Mensch fragt einmal das Tier: warum redest du mir nicht von deinem Glücke und siehst mich nur an? Das Tier will auch antworten und sagen: das kommt daher, daß ich immer gleich vergesse, was ich sagen wollte – da vergaß es aber auch schon diese Antwort und schwieg, so daß der Mensch sich darob verwunderte. Er verwunderte sich aber auch über sich selbst, das Vergessen nicht lernen zu können und immerfort am Vergangenen zu hängen. Mag er noch so schnell, so weit laufen, die Kette läuft mit.

Das Bewußtsein der Vergangenheit unterscheidet den Menschen vom Tier. Die Geschichte, die bewußt gewordene Vergangenheit kann Bürde sein, auch ohne Schuld und Verantwortung und Haftung. Das gilt für den einzelnen wie für eine Nation. Mögen wir auch das Nationale abstreifen und es unter dem Dach Europas ganz verlieren oder verbergen wollen – die Wirklichkeit der Welt ist eine andere. In ihr wird weiterhin in nationalen Kategorien gedacht und gehandelt, in ihr entrinnen wir nicht so schnell dem Gedächtnis der Welt. Das Unglaubliche, Unvorstellbare des Holocaustvorganges macht unsere Nation bei den anderen, die sich – zumindest nach ihrer eigenen Einschätzung – nicht wie wir in Hysterien des Zeitgeistes steigern können, um dann mit perfekter Gründlichkeit den Wahnsinn zur Tat werden zu lassen, zu einer Schicksalsgemeinschaft auf unabsehbare Zeit. Neben vielen anderen Bürden, die wir den Enkeln hinterlassen, erben sie von uns diese schwere historische Last, die Kette, auch ohne eigene Verantwortung und begründbarer Haftung. Sie werden diese Kette zu spüren bekommen. Wir sollten einerseits alles unterlassen, was ihre ohne eigene Schuld erworbene Bürde noch schwerer macht als sie ohnehin schon ist. Andererseits müssen wir die Enkel darauf vorbereiten und einstellen. Dazu bedarf es der Aufklärung, die gründlicher und umfassender sein sollte als die der letzten Jahrzehnte. Dazu bedarf es solcher Aktionen vor Ort, wie sie seit einem Jahr hier in Detmold stattfinden. Wie kann man Geschichte besser verstehen als vor dem Hintergrund des eigenen Umfeldes, der Heimat?

Über das 'Dritte Reich' gibt es noch viel zu sagen, vor allem solange noch die leben, die dabei waren. Es gilt auch, das Geschehen stärker als bisher in Zeit und Kausalität zu bedenken. Daß die Betrachtungen mit der Zeit immer historischer und damit sachlicher werden, ist ein unaufhaltsamer Vorgang, wenn es mehr und mehr nicht mehr um die Verantwortung der Lebenden, sondern um die Bürde der schuldlosen Enkel geht.

Die Erinnerung an die Untaten und ihre Folgen hat aber noch einen anderen Sinn und Zweck. Tyrannei und Unrechtsstaat haben durch die politischen Kräfte und Gruppen, die nach dem Zusammenbruch aus dem – wenn auch leider zu kraftlosen und erfolglosen – Widerstand wuchsen, eine überzeugende,

politisch glückliche Antwort durch unser Grundgesetz und unseren Staat, die Bundesrepublik Deutschland erhalten. Das ist das bedeutende Erbe des oft geschmähten Nachkriegsdeutschlands. Es war nicht eine Buße der Verstrikkungsgemeinschaft, dazu fehlte ein hinreichendes allgemeines Schuldbewußtsein und Schuldbekenntnis, aber doch ein bedeutendes und kraftvolles Zeugnis der politischen Umkehr und damit Grund genug, über die historische Bewertung hinaus in das Gedenken der nachfolgenden Generationen gehoben zu werden. Sonst bleiben die Wurzeln unseres Staates als bewußte Antithese zum 'Dritten Reich' unbegreiflich, ja unentdeckt. Ohne sie fehlt aber der Nation die Orientierung, welche wir auch heute schon oft so schmerzlich vermissen.

II. Dokumentationen

Zeitzeugen erinnern sich

'Bund Deutscher Mädel' ('BDM')
November 1995 in der Volkshochschule

Moderation: Elisabeth Sauermann

Zu dem Gespräch waren erstaunlich viele Zeitzeuginnen, aber auch Frauen und Männer der mittleren und jüngeren Generation gekommen. Im Verlauf des Abends wurden einige Informationen gegeben, die die Situation und die geläufigen Begriffe der NS-Zeit verständlich machen sollten, z.B. Verordnungen und Gesetze zum Erziehungsauftrag der Jugend.

> Die Gliederung der HJ wurde bereits am 1.7.1933 festgelegt. Die Jungen von 10 bis 14 Jahren (Pimpfe) bilden das „Deutsche Jungvolk in der HJ", die Jungen von 14 bis 18 Jahren bilden die „Hitler-Jugend"; die Mädel von 10 bis 14 Jahren bilden den „Jungmädelbund in der HJ" (JM), die Mädel von 14 bis 18 Jahren den „Bund Deutscher Mädel der HJ" (BDM). Seit Januar 1938 werden die 18 bis 21jährigen Mädel im BDM-Werk „Glaube und Schönheit" erfaßt. Diese Aufteilung der Hitlerjugend ermöglicht eine jeder Altersstufe gerecht werdende Erziehungsform.
> Sämtliche Einheiten der HJ werden politisch geführt [...]
> [...] Der im Gesetz vom 1.12.1936 festgelegte Reichsauftrag an die HJ fand sichtbaren Ausdruck und leitete zu praktischen Folgerungen über mit Erlaß der ersten beiden Durchführungsbestimmungen am 6.4.1939. In ihnen hat der Führer und Reichskanzler die ausschließliche Zuständigkeit des Jugendführers des Deutschen Reiches „für alle Aufgaben der körperlichen, geistigen und sittlichen Erziehung der gesamten deutschen Jugend des Reichsgebietes außerhalb von Elternhaus und Schule" reichsrechtlich für alle Zukunft festgelegt.
> Mit diesem staatlichen Erziehungsauftrag ist der Dienst in der HJ vom Führer zum Ehrendienst am deutschen Volk erklärt worden und schließt sich würdig an die von Adolf Hitler geschaffene Arbeitsdienstpflicht und die von ihm wiederhergestellte Wehrdienstpflicht an.
>
> (aus V. Wehrmann (1984): *'Lippe im Dritten Reich'. Erz. z. Nat.soz.*)

Das Gespräch wurde zuerst von drei Frauen geführt, die ihre Beiträge zu den verschiedenen Fragestellungen als ihre persönliche Erfahrung und ihre eigenen Gedanken verstanden wissen wollten. Die Diskussion erweiterte sich im Laufe des Abends auf den gesamten Teilnehmerkreis. Die Beiträge, die hier als Zitate der Tonbandaufzeichnung entnommen sind, werden in diesem Bericht weder einzelnen Gesprächspartnerinnen zugeordnet noch chronologisch wiedergegeben.

1. Gedanken zur Motivation, in den BDM einzutreten und auch Führungsaufgaben zu übernehmen.

Die ersten Führerinnen kamen 1933 fast alle aus den Gruppen der Jugendbewegung, z.B. 'Freischar junger Nation' u.a. Es war die Generation nach dem Ersten Weltkrieg. Die Elternhäuser waren meist deutschnational gesinnt. Die jungen Menschen erlebten die schwierige und politische und soziale Lage Deutschlands mit sieben Millionen Arbeitslosen.

> und da kam einer, der wollte uns davon befreien.
>
> Faszinierend für uns Junge war das große nationale Ziel, Deutschland in eine bessere Zukunft zu führen. Und wir durften dabei mitwirken, wir wurden gebraucht.
>
> Den Totalitätsanspruch sahen wir damals nicht. Unser Weg wurde uns gradlinig gezeigt und ständig durch Schulungen und Propaganda geprägt. Heute mischt sich bei solchen Gedanken viel Bitterkeit darein. Wir fühlen uns ausgenutzt. Wir haben etwas unterstützt, was wir hätten nicht unterstützen dürfen. Aber das sahen wir damals nicht.
>
> Wir haben alles als richtig und gut empfunden. Detmold war eine kleine Beamtenstadt, deutschnational und konservativ. Zu unsern BDM-Gruppen wurden zuerst die Beamtentöchter geschickt. Das war eine kleine Absicherung für die Familien, damit Vater seinen Posten behielt. Wir hatten viel zu organisieren. Die Gruppen wurden zu je dreißig Mädel eingeteilt. Von uns jungen Führerinnen wurde viel verlangt: Sport und Spiele und die Gestaltung der Heimnachmittage und Abende.

Frauen, die damals mit zehn Jahren in die Jungmädelgruppen eingetreten und später selbst Führerinnen wurden, berichten von viel Spaß an den Unternehmungen und dem Gruppenprogramm: Genannt wurden Wanderungen, Geländespiele, Fahrten, Schlafen im Stroh, Volksliedersingen und das Lernen vieler neuer Lieder. Bei dieser Aufzählung war bei den heute meist 70jährigen Anwesenden begeisterte Zustimmung zu bemerken. Jede hätte gern schöne Erlebnisse aus der Erinnerung erzählt.

> Jede Gruppenstunde sollte auch ein politisches Thema haben. Als Hilfe gab es kleine Hefte mit personenbezogenen Geschichten, z.B. Schlageter, der für Volk und Freiheit gekämpft hat.
>
> Das Leben Adolf Hitlers haben wir rauf und runter gelernt.
>
> In der Kriegszeit standen wir als feste Gruppe immer zur Verfügung für Ernteeinsätze auf Bauernhöfen, Kartoffelschälen für das Lazarett oder die Stadtküche, Heilkräutersammeln, z.B. Huflattich, Birkenblätter, Brombeerblätter und Bucheckern. Wo das nachher landete, weiß ich nicht. Wir haben Socken gestrickt für die Soldaten im kalten Rußland. Wir haben Spielzeug gebastelt. Wir wurden einfach beordert

und mußten diese Aufgaben übernehmen. Wir haben es getan und haben es nicht hinterfragt. Es ging alles für Führer, Volk und Vaterland.

Wenn es hieß: 'Der Führer spricht', mußten alle Klassen in die Aula gehen und die Rede anhören. Sie war immer umrahmt mit Fanfarenklängen. Das spielte für unsere Begeisterung sicher auch eine Rolle. Ich gehöre nicht zu denen, die heute sagen: 'Ich habe es immer gewußt, das konnte ja nicht gut gehen, das mußte ja zu einem traurigen Ende führen'. Ich habe begeistert mitgemacht. – Wir wollen hier mit unseren Beiträgen nichts verherrlichen, um Gottes Willen nicht. Das Erkennen nach dem Zusammenbruch und das Feststellen, wofür man das alles gemacht hat, war schrecklich. Das Erwachen war grausam.

Eine Vertreterin der wenigen Mädchen, die erst zum BDM kamen, als die Teilnahme Pflicht wurde (ab 1936), hat berichtet, daß sie mit einer inneren Distanz eingetreten ist.

Ich habe früh zu den kirchlichen Kindergruppen gehört. Mein Vater war zwar Beamter, aber nicht in der Partei. Meine Mutter gehörte zu der Gruppe der 'Bekennenden Kirche' um Pastor van Senden. Sie erfuhr dort vieles. Darüber wurde auch zu Hause gesprochen. Im BDM hat mir einiges wirklich Spaß gemacht: Das Zusammensein mit den Klassenkameradinnen über die Schule hinaus, Volkstanz und die praktischen Einsätze habe ich gern mitgemacht. Doch je älter ich wurde, um so kritischer wurde ich auch. Ich gehörte weiter zur kirchlichen Jugendgruppe, wurde Kindergottesdiensthelferin. Die Hitlerreden habe ich auch angehört. In der Schule mußten wir ja Bescheid wissen. Für mich folgte mit sechzehn Jahren das Pflichtjahr, die Handelsschule und die Anstellung im Archiv. Da war keine Zeit mehr für BDM. Bei den Alarmen am Ende des Krieges waren Zusammenkünfte kaum noch möglich. Beim Roten Kreuz habe ich noch geholfen, wenn die Transporte mit Evakuierten und auch schon die ersten Flüchtlinge eintrafen.

2. Gedanken zu Ritualen wie 'Marschieren im Gleichschritt', 'Hissen und Grüßen der Fahne', 'gleiche Kleidung'/'Kluft', 'Singen von NS-Liedgut'

Nach den Berichten spielten Rituale bei Fahrten, Lagern und Aufmärschen eine wichtige Rolle.

Das Antreten bei den Morgenfeiern, das Hissen und Grüßen der Fahne mit erhobenem rechten Arm, das Singen bestimmter Lieder, das ging schon unter die Haut.

Wir hatten ja Lieder, die ausdrückten, was wir eigentlich wollten. Das ist eine Sprache, die junge Menschen wohl gar nicht mehr verstehen können. Wir haben darüber nicht groß nachgedacht. Aber in allem lag damals ein wichtiger Teil unserer Erziehung. Das Lied hatte stark Verbindendes. Wir brauchten es, um zu einer Gemeinschaft zusammenzuwachsen.

Hier wurde auf das Liederbuch 'Wir Mädel singen' hingewiesen. Darin sind Volksliedgut, politische Lieder, Hitlersprüche und Gedichte des Reichsjugendführers, Baldur v. Schierach, geschickt zusammengeordnet. Letztere mußten bei Feiern gelesen oder aufgesagt werden.

Aufschlußreich ist das Vorwort von Maria Reimers, der Herausgeberin 1936.

> Mit diesem Liederbuch geben wir euch die Möglichkeit, nicht nur für Fahrten Lieder bereit zu haben, sondern es gibt uns vor allem ein reiches Liedgut, mit dem wir den Tageslauf eines Lagers und unsere Feste auszugestalten vermögen. Wir finden es eingeordnet in den Kreislauf des Tages und in den größeren des Jahres. Denn wir wissen: Keine Feierstunde können wir zu einem wirklichen Erleben werden lassen, wenn unsere Lieder fehlen. Erst durch das gemeinsam gesungene Lied erhalten sie ihre große, kraftvolle Verpflichtung.
> Unser Lied kündet von unserer Weltanschauung und von unserer Lebensbejahung: das politische Lied an der Fahne ebenso wie die fröhliche Weise oder ein Spruch beim Essen – sie formen unseren Tageslauf, sie sind Ausdruck unseres Wesens.

Spontan kam nach dem Verlesen dieses Textes der Zuruf:

> Das haben wir doch alle nicht gelesen.

> Die Melodien im Rhythmus der Marschmusik waren eingängig. Es wurde singend durch die Straßen marschiert. Bei Kundgebungen mußten auch die Jungmädel schon Spalier stehen.

Eine Detmolderin beschrieb das einmal so:

> Die Teilnahme an den großen Massenaufzügen, Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln oder beim Reichsparteitag in Nürnberg hat uns fasziniert, die Aufmärsche in großen Formationen, die Reigentänze und die Ansprachen! Wir wurden angesteckt von der Begeisterung. Es war wie Hypnose, Euphorie, man war nicht mehr nüchtern, man dachte nicht mehr.

Zuruf:

> Und wie ist das heute in den Fußballstadien und bei den Jazzkonzerten?

3. Ein Fragenkreis galt den Begriffen: Volk, Vaterland, Volksgemeinschaft, Rasse

> Nicht nur die Hitlerjugend hat uns diesen Idealen erzogen. In der Schule bekamen alle Klassen neue Geschichtsbücher mit dem Titel 'Volk und Führer'.
> Darüber hinaus waren wir wenig informiert. Radio und Presse waren zensiert. Wir erfuhren nur, was wir erfahren sollten. Wir hörten, daß wir ein tolles Volk seien,

daß wir tolle Rassen in uns vereinigten. Wer wollte nicht zu einem Volk gehören, das dazu ausersehen ist, Führungsrollen in der Welt zu übernehmen?

Es wurde uns eingeimpft, daß wir mit unserem Einsatz im Volk etwas bewirken könnten. Das war ein schönes Gefühl. Wir lebten für Führer, Volk und Vaterland. Diese drei Worte, das wars! Wir wollten mit aufbauen.

Ich will eine Lied vorlesen, das wir oft unter der Fahne gesungen haben:
Nichts kann uns rauben, Liebe und Glauben zu unserm Land.
Es zu erhalten und zu gestalten, sind wir gesandt.
Mögen wir sterben, unseren Erben gilt dann die Pflicht:
Es zu erhalten zu gestalten, Deutschland stirbt nicht.
Das drückte aus, was wir glaubten: Deutschland aus dem Dunkel ins Licht zu führen und wie das alles hieß. Darin sahen wir unsere Aufgabe. Diese Überzeugung wurde jungen Menschen vermittelt.

4. Es wurde gefragt nach möglichen Anstößen, diese Indoktrination zu hinterfragen.

Die Teilnehmerinnen sprachen von Anstößen, die sie teilweise erst sehr viel später, nach dem Zusammenbruch, erkannt haben.

Der Mord an Fechenbach hätte uns bedenklich machen müssen.

In unserer Arbeit als Jungmädelführerinnen gab es nichts zu hinterfragen. Ich verstehe nicht, wieso die Erwachsenen das alles hingenommen haben.
Auch nach der Pogromnacht haben sie uns allein gelassen. Uns jüngere Menschen hat das betroffen gemacht. Aber es wurde nicht darüber gesprochen. Es wurde geschwiegen.

Wir waren eine anders erzogene Generation. Wir haben gehorcht. So haben wir weitergemacht, auch während des Krieges. Schon bei den leisesten Fragen setzte ein Verdrängungsmechanismus ein. – Warum sind wir nicht wach geworden? Das frage ich mich schon seit 50 Jahren.

Ich bin zum ersten Mal nachdenklich geworden, als ich im Konfirmandenunterricht war. Pastor van Senden wurde verhaftet. Er kam nach einigen Wochen zurück. Uns hat er nur gesagt, er könnte wohl viel erzählen, doch er wollte und könnte es nicht.

Für mich war der Knackpunkt: Kann ich Kirche und BDM vereinigen? Ich bin ganz gegen den Willen meiner Eltern – auf Einladung einer Freundin – zu den Jungmädeln gegangen und wurde später auch Führerin. Wenn sonntags Dienst angesetzt war, mußte ich mich entscheiden. Während meiner Konfirmandinnenzeit war mir nicht wohl, wenn ich zum Gottesdienst mit dem Gesangbuch in der Hand die Lange Straße entlangging. Das war ein Konflikt. Ich habe ihn damals ausgehalten und beides vereinen können.

Das Mißtrauen untereinander wuchs. Wenn in unserer Klasse die Tochter des Kreisleiters erschien, verstummten Gespräche. – In den Zugabteilen waren Sprüche wie 'Vorsicht, Feind hört mit' gekritzelt. Eltern machten keine kritischen Äußerungen im Beisein der Kinder. BBC wurde, wenn überhaupt, nachts gehört. Es gibt Beispiele, daß Kinder die Eltern angezeigt haben. Nicht selten waren schwere Strafen wegen Wehrkraftzersetzung die Folge.

Der Ausbruch des Krieges war schlimm. Väter und Brüder wurden eingezogen. Dann kamen die ersten Siegesmeldungen –durch Lautsprecher öffentlich bekanntgegeben. Sie wurden durch Fanfarenstöße eingeleitet und mit den Liedern 'Deutschland, Deutschland über alles' und dem Horst Wessel-Lied mit dem Schluß 'die Fahne ist mehr als der Tod' beendet. Von den Gefallenen hieß es, sie hätten ihr Leben als Helden für Volk und Vaterland dahingegeben. – Unser Leben ging weiter!

Den Frauen am Podium ist die Zusage zum Gespräch und Befragtwerden nicht leicht gefallen. Wer an dem Abend dabei war, hat wohl auch die leisen Untertöne in Tonfall und Sprache hören können, – die Enttäuschung, auch die Trauer über die eigene Unfähigkeit, kritisch zu denken. Eine der Frauen sagte bei der Vorbereitung: „Die junge Generation müßte hören, wie verführbar, wie kritiklos und obrigkeitshörig wir gewesen sind."

Das vollständige Tonband vom Zeitzeugenabend im November 1995 ist bei der Volkshochschule Detmold auszuleihen.

Zeitzeugen erinnern sich

Hitlerjugend*

Peter Pahmeyer

„Ich bin auch nicht ideologisch verbogen dadurch. Das war doch unsere Jugend, und wir sind da ganz gut bei gefahren."

Der ehemalige Detmolder Hitlerjunge H. Heuer (Jg. 1924), der gemeinsam mit drei weiteren Zeitzeugen während einer VHS-Veranstaltung am 30.11.1995 einem interessierten Teilnehmerkreis seine Erfahrungen über den Alltag in der nationalsozialistischen Jugendorganisation schildert, bringt mit diesen beiden Sätzen seine persönliche Deutung der Vergangenheit zum Ausdruck.

An diesem Abend erzählen die heutigen Senioren und ehemaligen Jungvolk- bzw. HJ-Führer K. Steingrube, H. Bögeholz, F. Bollhöfer und H. Heuer über ihre „relativ gute Zeit beim Jungvolk."

Dr. P. Pahmeyer, der zu dem Thema „Die Hitlerjugend in Lippe 1933–1945" promoviert hat, moderiert die Erzählrunde.

Die Ehemaligen fühlten sich von den Angeboten der Hitlerjugend angezogen. Es ging „raus ins Gelände", es gab zahlreiche Möglichkeiten der „körperlichen Ertüchtigung", technische Herausforderungen, Lieder und Fahrten, nach dem Urteil des damaligen Jungstammführers F. Bollhöfer (Jg. 1927) „alles Dinge, die einen Jungen damals sehr interessierten." Ein 74jähriger älterer Herr aus dem Publikum bekundet, die „Kameradschaft" und das „Gemeinschaftsgefühl" hätten für die Jungen eine hohe Bedeutung gehabt. Diese Begriffe hätten später im soldatischen Alltag abgerufen werden können und „uns im späteren Leben auch immer weitergebracht."

Wenn die vier Zeitzeugen über ihre Erlebnisse in den Formationen der Hitlerjugend erzählen und diese retrospektiv als eine „wunderschöne Zeit" in Erinnerung behalten haben, eine Kinderlandverschickung als „phantastische Sache" bewerten und von „wunderschönen Erinnerungen" zu berichten wissen, dann drohen sie nach Meinung einiger Zuhörer ihre Vergangenheit schwärmerisch zu verklären.

Den aufmerksamen Zuhörern entgehen jedoch nicht die tiefsitzenden Zweifel, die enttäuschten Hoffnungen und ebensowenig die gewonnenen Einsichten.

---

* Wer ein tiefergehendes Interesse an dem Thema hat, sei auf den folgenden in Kürze im Buchhandel erhältlichen Titel hingewiesen:
P. Pahmeyer / L.v. Spankeren: Die Hitlerjugend in Lippe 1933–1939.
Totalitäre Erziehung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bielefeld 1997

K. Steingrube etwa stellt eindeutig fest:

> Ich muß natürlich kritisch im nachhinein sagen, daß man den deutschen jungen Menschen so mißbraucht hat, das ist eigentlich ein Skandal gewesen. Denn es sind ja alles Idealisten gewesen und die Jungen ... und ich glaube die Mädels ... haben das ja gerne gemacht, aber dieses Schießen und der Ordnungsdienst usw. war ja vielleicht dämlich, aber das war ja alles vormilitärische Ausbildung im Hinblick darauf, daß die mal Soldat werden würden und dann an der Front [...] ihren Mann stehen mußten.

In F. Bollhöfers Äußerungen manifestiert sich die Ambivalenz von vielen Angehörigen der sogenannten Hitlerjugend-Generation. 1935 freiwillig in das Jungvolk eingetreten, sei er „gerne Pimpf gewesen" und avancierte sehr bald zum Führer: Hordenführer-Jungenschaftsführer, Jungzugführer, Fähnleinführer und schließlich Jungstammführer. Schon früh war der spätere Schulleiter die Karriereleiter emporgeklettert, war zu einer Art 'Chef' des Detmolder Jungvolks geworden.

Während „Fritze" Bollhöfer dem Publikum einerseits mitteilt, die „ganze Ideologie des Nationalsozialismus" habe bei seinem „Pimpfendasein überhaupt keine Rolle gespielt" sei vielmehr „völlig untergeordnet" gewesen, so tauchen auch in seinen Jugenderinnerungen Fixpunkte auf, die in dem 12- bis 13jährigen JV-Führer Betroffenheit auszulösen vermochten und den Zeitgeist der braunen Ära unmißverständlich wiederspiegelten. So habe er den Brand der Synagoge von seinem Elternhaus (Ecke Leopoldstr./Woldemarstr.) sehen und verfolgen können. Aber, so führt er weiter aus, „was noch schlimmer" gewesen sei, „als ich die Lange Straße raufging zur Bahn bei Töberich," dort lag das Porzellangeschaft Rosenbaum, „und das war zertrümmert und alles lag da im Scherben ...".

Ein anderes Mal habe er an der Langen Straße (in Höhe des heutigen Brillengeschäftes Linse) gestanden. Eine Formation von SS-Männern, die vom Nürnberger Parteitag zurückgekommen waren, hätten eine Standarte vor sich hergetragen. Es sei für die umstehenden Passanten Pflicht gewesen, diese Standarte mit der erhobenen Hand zu grüßen. Ein älterer, Zigarre rauchender Mann in Arbeiterkleidung habe, ruft sich F. Bollhöfer ins Gedächtnis, neben ihm gestanden und [...] den Gruß verweigert. Ein SS-Mann löste sich daraufhin aus der Gruppe, ging auf den Fußgänger zu, gab ihm eine 'Backpfeife' und schlug ihn. Bollhöfer rückblickend: „Ich ging nach Hause ... unglücklich." Bei diesem unangenehm beklemmenden Gefühl blieb es.

Im Verlaufe der VHS-Veranstaltung werden die „in Reih und Glied"-Botschaften, wie sie durch die NS-Propagandabilder überliefert und noch heute im öffentlichen Bewußtsein verankert sind, immer wieder durch die hinter dem Totalitätsanspruch verborgenen Wirklichkeiten aufgebrochen.

Während der in der dörflichen Umgebung in Vahlhausen aufgewachsene H. Bögeholz sich nicht daran erinnern kann, „daß jemand da gewesen ist, der da nicht eingetreten ist", weiß ein ehemaliges Mitglied der evanglischen Jungschar davon zu erzählen, daß er 1934 im Gegensatz zu den politisch organisierten Hitlerjugend-Angehörigen am Sonnabend zur Schule gehen mußte und im Rahmen des sog. Staatsjugendtages am 'nationalpolitischen Unterricht' teilzunehmen hatte. Ein Schulkamerad, der HJ-Führer war, habe ihn mit den Worten angesprochen: „Du bist doch verrückt, daß du Sonnabends zur Schule gehst. Komm doch zu uns!"

Dr. Pahmeyer belegt auf der Basis eigener Forschungsergebnisse, daß sich bis in das Jahr 1936 hinein noch mehr als die Hälfte der lippischen Jugendlichen dem Dienst in den Gliederungen der NS-Jugend entziehen konnten bzw. ferngehalten haben. Neben Begeisterung, fanatischer Teilnahme und graduell unterschiedlicher Identifikation müsse die zukünftige Diskussion auch der Distanz, der Nonkonformität, den individuellen Nischen und Verweigerungsspielräumen mehr Aufmerksamkeit schenken.

Die Hitlerjugend dehnte ihre jugenderzieherische Monopolstellung nach 1936 zunehmend erfolgreicher aus, weil sie als 'Staatsjugend' massive Hilfestellungen von der Schuladministration und anderen staatlichen Einrichtungen in Anspruch nahm. H. Heuer, der eine katholische Schule besuchte, an Aktivitäten der bündischen Jugend teilnahm und die Lagerfeuerromantik der damaligen Zeit hervorhob, skizziert die Rolle, die die Schule bei der Rekrutierung von neuen Mitgliedern einnahm: „Direktor Schulte kam in die Klasse und forderte zwei, die noch nicht im Jungvolk waren, auf: 'Na Jungs, jetzt wird's aber auch für euch Zeit'." Heuer selbst hatte so etwas wie eine 'Nische' gefunden. Er bewarb sich als 'Trommlerbub' beim Detmolder Fanfarenzug: „Wenn ich heute oben auf der Rathaustreppe stehe, dann denke ich oft daran zurück, wie wir da oben Musik gemacht haben."

Es habe, so ist sich Heuer sicher, in diesem „Sonderhaufen" nicht die Disziplin und den Drill gegeben, wie er in anderen Gliederungen üblich war. Er bezieht sich auf Situationen, „wo man nicht so gerne mitmachte, wenn denn nun mal so 'ne Führerschulung angesagt war, dann mußten wir uns über das Wochenende in der Jugendherberge einquartieren, oben auf dem Hiddeser Berg, dann mußte man auch mal robben und in den Dreck [...]; das war nicht so gut [...] und [...] vielfach habe ich mich vor solchen Dingen auch gedrückt."

Ein Hitlerjunge gewesen zu sein, das bedeutete zwar, gemeinsam mit anderen Jugendlichen eine Uniform zu tragen, die Menschen und ihre spezifischen Lebenswelten unter diesen Uniformen vermochte die NS-Führung niemals perfekt gleichzuschalten. Stadt und Land, konfessionelle Bindungen, sich unterscheidende altersspezifische Kohortenerfahrungen, die Geschlechtszugehörigkeit und vor allem die familiären Sozialisations-/Erziehungsbedingungen hatten Einfluß auf ein breites Spektrum jugendlicher Einstellungen gegenüber

der Hitlerjugend. Auch in und zwischen den Führungsetagen der Organisation gab es des öfteren erhebliche Dissonanzen. Ein ehemaliger Gefolgschaftsführer macht darauf aufmerksam, daß die Detmolder HJ, umrahmt von einem Spielmannszug und einer Schalmeienkapelle, am Leopoldinum angetreten, anschließend zur Marktkirche marschiert war und dort geschlossen am Gottesdienst teilnahm. Im Jahre 1937 habe Bannführer Mitterhauser anläßlich eines Funktionärstreffen verkündet, die lippische HJ wäre ein 'konterrevolutionärer Haufen'. Es herrschte nicht immer eitel Sonnenschein in der Organisation.

Auf einige Fragen aus dem Publikum, warum man denn nicht früher von dem Unrecht Kenntnis genommen habe, antwortete u.a. K. Steingrube: „Wir sind damals ja auch etwas einseitig strukturiert gewesen [...] Wir haben doch überhaupt keine Lebenserfahrung gehabt. Wir haben hier nur die Situation in Deutschland erlebt. [...] Wir haben doch gar nichts Negatives dahinter vermutet." Ein Diskussionsteilnehmer weist daraufhin, 1933 habe ein Jugendlicher die Realität sicher anders wahrgenommen als im Jahre 1943/44. „Die Enttäuschung hinterher ... Das kann man nicht beschreiben..." merkt H. Heuer an.

In jedem Fall bleibt festzuhalten: Der Einstieg in den Dialog von Angehörigen der „Hitlerjugend-Generation" mit denen, die die 'Gnade der späten Geburt' haben, sollte fortgesetzt und mit denen zusammengeführt werden, die die Kraft aufbrachten, sich den Totalitätsansprüchen zu entziehen.

Zeitzeugen erinnern sich

Das Detmolder Lyzeum

Moderation: Gertrud Wagner

Im Zeitzeugengespräch am 14.12.95 ging es um die Geschichte des heute unter dem Namen 'Stadtgymnasium' bekannten, ehemaligen Städtischen Lyzeums. Als Zeitzeuginnen nahmen teil:
Frau Ingrid Don, geb. Schonert, Jg. 1927
Frau Ingeborg Frohne, Jg. 1924
Frau Lieselotte Heidmann, geb. Dierks, Jg. 1922
Frau Dorothea Thiele, Jg. 1924
Alle vier Frauen haben die Oberschule für Mädchen innerhalb des Zeitraums von 1933 bis 1945 besucht.

Das Schultagebuch

Zur Vorbereitung des Zeitzeuginnengesprächs war für mich als Moderatorin das Schultagebuch des damaligen Direktors der 'Höheren Mädchenschule', Herrn Dr. Bonwetsch, von besonderer Bedeutung. Dieses bis heute von der jeweiligen Schulleitung geführte Tagebuch gibt Einblick in den wirklichen Schulalltag, natürlich aus der Schulleiterperspektive. Das Tagebuch umfaßt für den Zeitraum vonm Januar 1933 bis April 1945 fünfzig kleinbeschriebene Din-A4-Seiten, auf denen in sachlich distanzierter Form die Schulereignisse verzeichnet werden. Politische Fakten spielen nur in ihren Auswirkungen auf das Schulleben eine Rolle.

Das Tagebuch läßt sich in zwei Abschnitte aufteilen, in die Vorkriegszeit, von der Machtübernahme Hitlers bis zum Kriegsbeginn 1939, und in das Kriegstagebuch von September 1939 bis April 1945.

Der zweite Teil wird von Herrn Dr. Bonwetsch mit dem Eintrag eingeleitet:

> Der vor den Ferien ausgesprochene Wunsch, im Frieden wieder zusammenzukommen, ist nicht in Erfüllung gegangen. Deutschland ist im Kriege, zunächst mit Polen, Frankreich, England. Was noch folgen wird, wissen wir nicht.

Bis zu diesem Zeitpunkt ist im Schultagebuch viel von Spalierstehen, Aufmärschen, Sammlungen, Feiern die Rede, und untergründig spürt der Leser etwas von dem Ärger des Schulleiters über die oft nicht funktionierende Zusammenarbeit zwischen HJ, BDM und Schule. Es ist auch schon die Rede von Luft-

schutzübungen. Viel Unruhe bringt die Umwandlung des Lyzeums in die 'Frauenschule'.

Der Beginn des Schuljahrs 1939/40 ist schon am 27.9. durch den ersten Fliegeralarm belastet, das Kollegium muß beim Roten Kreuz einspringen und wird für die Ausgabe von Lebensmittelmarken zusätzlich beansprucht.
Die ständige Sorge um genügend Heizmaterial spielt seit dem ersten Kriegswinter eine Rolle, von Januar 1940 bis März 1941 wird das Gebäude am Wall vom Divisionsstab in Anspruch genommen.

Schon 1939 müssen evakuierte Mädchen aus dem Internat Schwertleite bei Bad Godesberg aufgenommen werden, ab 1942 ist die Schule durch die Kinder evakuierter Familien ständig überfüllt. Im März des gleichen Jahres hat die Schule ein Todesopfer zu beklagen: Bei einem Luftangriff auf den Bahnhof Paderborn wird die Schülerin Brunhilde Bökhaus getötet, die sich dort gerade zufällig aufhielt.

Ab 1943 beeinträchtigen Arbeitsdienst und Kriegseinsätze von Schülerinnen, die Beschlagnahmung von Schulgebäuden, Lehrermangel als Folge von Fronteinsätzen und Luftangriffe den Unterricht in hohem Maße.

Die Zeitzeuginnen erinnern sich teilweise an die Umwandlung des Lyzeums in eine Frauenschule im Jahr 1935. Wissenschaftliche Ausbildung für Frauen war im Sinne des Nationalsozialismus nicht mehr erwünscht. Im Schultagebuch wird darüber nicht reflektiert, doch wird deutlich, daß es Elternproteste gab, und 16 Schülerinnen auf Wunsch der Eltern in das Aufbaugymnasium, eine Schule für Jungen und Mädchen, überwechselten.

Dieser Protest führte dazu, daß 1938 ein neuer sprachlicher Zweig eingerichtet wurde, und die Schule ab jetzt intern als 'Doppelanstalt' bezeichnet wurde.

Die Begrenztheit der Quelle 'Schultagebuch' läßt sich an folgendem verdeutlichen: Der Musiklehrer des Lyzeums, Otto Daube, war ein großer Wagner-Verehrer. Er organisierte in Zusammenarbeit mit der Stadt die Richard-Wagner-Wochen und träumte davon, Detmold im Rahmen der Verehrung, die die Nationalsozialisten Richard Wagner entgegenbrachten, zu einem zweiten Bayreuth machen zu können. Er brachte Bürgermeister Keller am 17.3.39 dazu, einen Antrag an den Landesschulrat zu stellen mit der Bitte, die Mädchenoberschule in 'Winifred-Wagner-Schule' umzubenennen. In der ablehnenden Antwort des Landesschulrates Wollenhaupt heißt es: „Die Oberschule für Mädchen steht nicht in dem Rufe, eine hundertprozentige nationalsozialistische Anstalt zu sein." (Staatsarchiv D 106 DT Nr. 2904)

Weder die Richard-Wagner-Wochen noch der Antrag werden im Schultagebuch erwähnt, wohl aber die Bemühungen von Herrn Dr. Bonwetsch, für den ständig ausfallenden Musikunterricht des Wagnerverehrers Daube eine Vertretung zu bekommen und deren Bezahlung zu regeln.

Schulpolitische Maßnahmen der NS-Regierung

An die Vorkriegsjahre erinnert sich Frau Heldmann, die 1932 in das damalige Lyzeum eingeschult wurde, sehr genau. Sie geriet mit ihrem Schuleintritt in die Umwandlung des Lyzeums und mußte zu der Frauenschule (1934/35), dann zu der Frauenoberschule überwechseln. 1937 wurde sie im Rahmen der Veränderungen von der Obertertia direkt in die Obersekunda versetzt und machte im März 1940 das 'Puddingabitur' mit einer wissenschaftlichen Zusatzprüfung in Mathematik, Physik und Chemie. Das für ein Studium erforderliche Latinum sei nicht zu schaffen gewesen.

In dem in der Benekestraße von der Stadt angekauften Haus fand ab 1936 zusätzlich zum Vormittagsstundenplan am Nachmittag Kochunterricht statt, in der Schillerstraße wurde ein großer Schulgarten gekauft, in dem Gartenbau erlernt wurde. Der Handarbeitsunterricht bei Frau Meine machte aus den Schülerinnen „fast perfekte Schneiderinnen". Neu waren die aufeinander aufbauenden Praktika, im ersten Jahr drei Wochen Kindergarten, im zweiten Jahr vier Wochen Kinderkrankenhaus (Marienheim), im dritten Jahr sechs Wochen Haushalt, jeweils die Hälfte während der großen Ferien, die andere Hälfte in der Schulzeit zu absolvieren. Mit diesem, einen breiten Raum einnehmenden hauswirtschaftlichen Unterricht wurde der nationalsozialistischen Vorstellung von der Zurückdrängung der Mädchen in typische Frauenberufe und der Vorbereitung auf Mutterschaft und Familie stattgegeben.

Im Vorfeld des Krieges

Frau Heldmann erinnerte sich deutlich an die Veränderungen des bis Ende 1932 noch ruhigen Schullebens. Häufiges Spalierstehen mit Fähnchenschwenken zu Parteiveranstaltungen ist ihr im Gedächtnis, besonders eine Veranstaltung am 13.10.1938 am Hermannsdenkmal, bei der Baldur von Schirach erwartet wurde. Die Schülerinnen und Schüler aller Detmolder Schulen hätten sich dort ohne Regenschutz bei strömendem Regen versammeln müssen, der Reichsjugendführer verspätete sich, man ging zurück, traf sich dann im 'Neuen Krug', wo alle eng gedrängt stehen mußten, manche ohnmächtig wurden und viele danach wegen Erkältungen in der Schule fehlen mußten. Auch das jährliche Maibaumpflanzen auf dem Marktplatz ist ihr im Gedächtnis, der 'Untergau' ordnete 'Kluft' an, das hieß weiße Söckchen, blauer Rock, weiße Bluse, obwohl es oft sehr kalt war. Die 'Kluft' mußte von jedem selbst bezahlt werden. Die Anwesenheit wurde kontrolliert.

Frau Heldmann erzählte von den zahlreichen Sammlungen und Verkaufsaktionen für die NSV und den VDA (Verein der Auslandsdeutschen), der dem Direktor besonders am Herzen lag. Die Mädchen mußten Papierblumen, Pla-

ketten und Holzfigürchen verkaufen. In der Regel bekam jede Schülerin drei bis fünf Teile, die nur unter Mühe loszuwerden waren. Ein Teil kostete in der Regel 20 Pfennig (für zehn Pfennig gab es drei Brötchen). Ihr Vater habe ihr einmal den Verkauf mit den Worten: „Das ist Bettelei!" verboten. Sie habe sich verzweifelt an ihre Klassenlehrerin Anna Ahlers gewandt, und die hätte ihr, weil sie ihr helfen wollte, fünf Blumen abgekauft.

Zwischen 1935 und 1937 mußten die Schülerinnen einen Rote-Kreuz-Lehrgang absolvieren und an Luftschutzübungen teilnehmen. Dies wurde durch den BDM organisiert. Laut Schultagebuch wird am 18. Mai 1936 in der Schule zum erstenmal die HJ-Fahne gehißt, 94,8% der Schülerinnen sind im BDM oder bei den Jungmädeln.

In der Leopoldstraße, im Gebäude der heutigen Stadtbücherei, befand sich das Luftschutzbüro. Im Hof wurden Phosphorbrandsätze gezündet. Sie lernten, daß Phosphor nicht mit Wasser, sondern mit Sand gelöscht werden muß. Sie wurden auch auf Gasangriffe vorbereitet, mußten mit einer Gasmaske durch eine mit Tränengas gefüllte Schleuse gehen, und sie wisse erst heute, wie gefährlich dies gewesen sei. Der Leitspruch der BDM-Führerinnen sei gewesen: „Was uns nicht umbringt, macht uns stark." Wie sehr diese Aktionen gezielte Kriegsvorbereitungen gewesen sind, war den Mädchen damals nicht bewußt.

Judenverfolgung

Frau Heldmann erinnerte sich auch an ihre jüdische Mitschülerin Ilse Buchholz, die 1932 mit ihr zusammen eingeschult wurde und nach dem ersten gemeinsamen Schuljahr nicht wieder in die Schule zurückkehrte. Die Lehrer verloren kein Wort darüber, und Frau Heldmann fragt sich heute, warum sie als Schülerinnen nicht weiter nachgefragt haben. (Die Familie Buchholz war wegen des zunehmenden Antisemitismus in Detmold zunächst nach Bielefeld gezogen, in der Hoffnung auf mehr Anonymität. Ilses Vater Bernhard ist 1944 im KZ Buchenwald gestorben, ihre Mutter im gleichen Jahr im KZ Stutthof. Ilse und ihr Bruder leben heute in Israel.)

An den Schrecken, den der Synagogenbrand und die Plünderung der jüdischen Geschäfte am 9.11.38 bei den Schülerinnen ausgelöst hatten, konnten sich alle Gesprächsteilnehmerinnen genau erinnern. So kam z.B. der Lehrer Oevermann am Morgen nach dem Synagogenbrand in Uniform in die Klasse, und diese Uniform hätte starken Brandgeruch ausgeströmt. Im Unterricht wurde das Ereignis mit keinem Wort erwähnt. Eine Schülerin, so erinnerte sich Frau Frohne, hatte ein Gedicht geschrieben, das mit der Zeile begann: „Die armen, armen Juden [...]". Der Zettel wurde entdeckt und an den Direktor weitergereicht. Das Mädchen und auch die Eltern hatten tagelang Angst vor den Folgen, aber der Direktor war offensichtlich vernünftiger als der SS-Mann.

Frau Heldmann berichtete von der Erfahrung zerstörten Vertrauens, als sie die Verwüstung der beiden Geschäfte Baer und Buchholz (Onkel von Ilse Buchholz) gesehen hat. In dem Haushaltswarengeschäft Rosenbaum in der Langen Straße sei z.B. das Besteck außen in die Schaufensterrahmen eingestochen worden. Die Schülerinnen stießen mit diesen Beobachtungen in der Schule auf eine Wand des Schweigens.

Krieg und Rüstungseinsätze

Das Schultagebuch zeigt, wie es in den Kriegsjahren immer stärker nur noch um das Überleben der Schule geht und um den Kampf des Direktors, den Unterricht unter schwierigen Bedingungen aufrechtzuerhalten.

Die Frauen erinnerten sich, daß sie Weihnachten 1939 für die Soldaten des Polenfeldzuges Handschuhe, Socken und Pulswärmer gestrickt hätten. Für den VDA wurden Babysachen und Spielzeug gespendet. Frau Frohne berichtete von Besuchen bei den ersten Verwundeten im Lazarett, dabei wurden Lieder gesungen und selbstgebackener Kuchen verteilt.

1940 gab es in Detmold nachts den ersten Fliegeralarm, erst 1944/45 auch am Tag. Herrn Dr. Bonwetsch war als Mitglied des Luftschutzbundes die Ausstattung des Luftschutzkellers der Schule ein wichtiges Anliegen. Frau Thiele erinnerte sich, daß sie sich als Fahrschülerinnen vor Unterrichtsbeginn in diesem Keller aufhalten durften, aber keine der Zeitzeuginnen konnte sich erinnern, jemals bei Alarm in diesem Keller gewesen zu sein.

Im Kältewinter 1942/43 wurden die Schülerinnen lediglich stundenweise zur Ausgabe neuer Hausaufgaben in die Schule bestellt, nur die Abiturientinnen hatten Unterricht und durften in Trainingshosen erscheinen, obwohl Hosen sonst nicht gestattet waren.

Die Zeitzeuginnen erinnerten sich an ihren ersten landwirtschaftlichen Diensteinsatz im Juni 1942. Dieser Einsatz auf Bauernhöfen in Bösingfeld wurde vom BDM organisiert, die Schülerinnen waren in einer Schule untergebracht. Ihnen wurde dabei zum erstenmal klar, daß wegen des Krieges die Männer bei der Arbeit fehlten. Ab Juni 1942, so erinnerten sich die Frauen, begann für viele der Einsatz als Betreuerinnen in der Kinderlandverschickung. Von den Gesprächsteilnehmerinnen war keine selbst davon betroffen, sie erzählten aber von Einsätzen der Geschwister oder Schulkameradinnen in Bayern und Franken. Die Betreuerinnen hätten ziemlich ahnungslos eine ungeheure Verantwortung übernehmen müssen. Die Kinder lebten weit entfernt von ihren Eltern in Notunterkünften und kämpften mit Heimweh, während die Bevölkerung der Umgebung den fremden Kindern meist kritisch bis feindlich gegenüberstand. Die Betreuerinnen waren nachmittags und abends im Einsatz, vormittags gingen die KLV-Kinder zur Schule. Wenn die Kinder krank wurden,

war die medizinische Betreuung mangelhaft, in der Regel benutzten die Betreuerinnen Hausmittel, wie sie es im Rote-Kreuz-Kurs gelernt hatten.

Frau Don verspürt noch heute tiefsitzende Angst, die durch den Einsatz in der Munitionsfabrik Tönshoff in Leopodstal bei ihr entstanden ist. Dieser Einsatz begann am 20. September 1944 für die Schülerinnen der damaligen Klassen 7s und 8s. Der Einsatz wurde von einer Lehrerin geleitet, die zugleich BDM-Führerin war. Während der größte Teil der Schülerinnen in Leopoldstal tagsüber in der Fabrik eingesetzt und dort auch in einer Pension untergebracht war, gehörte Frau Don zu einer kleinen Gruppe von vier Schülerinnen, die nachts in der Fabrik arbeiten mußten, zusammen mit Fremdarbeiterinnen. Diese Schülerinnen fuhren täglich mit der Straßenbahn zu ihrem Arbeitseinsatz. Die Mütter dieser vier Schülerinnen waren vorher von der Lehrerin wegen der politischen Unzuverlässigkeit ihrer Töchter verwarnt worden, und dieser Nachteinsatz wurde von den Schülerinnen als Strafaktion der Lehrerin verstanden. Frau Frohne und Frau Don erinnerten sich, daß der Arbeitseinsatz sinnlos gewesen sei, denn die mit fertiger Munition gefüllten Kisten seien nie abtransportiert worden.

Erinnerungen an einzelne Lehrkräfte

In der Wahrnehmung ihrer Lehrerinnen und Lehrer waren sich alle Gesprächsteilnehmerinnen annähernd einig. Alle nannten die Lehrer Dr. Wiebach und Herrn Oevermann Vertreter nationalsozialistisch orientierten Unterrichts. Beide seien regelmäßig in SA-Uniform in den Unterricht gekommen, wobei Herr Dr. Wiebach am wenigsten ernstgenommen worden sei. Einige Lehrerinnen seien zugleich BDM-Führerinnen gewesen und hätten selbstverständlich von vielen Schülerinnen außerhalb des Unterrichts Einsätze für Jungmädelabende verlangt. Dabei reflektierten die Zeitzeuginnen darüber, daß sie sich damals auch von ihren Lehrerinnen durch solche Aufgaben besonders anerkannt fühlten und ihre ideologische Einbindung ihnen erst viel später bewußt geworden sei.

Zwiespältig war das Verhältnis zu dem Musiklehrer Otto Daube, der wegen seiner besonderen Fähigkeiten, der zahlreichen musikalischen Aufführungen, bei denen der Schulchor seine Höchstform erreichte, der Förderung einzelner Schülerinnen faszinierte und, wie Frau Frohne betonte, verehrt wurde, aber eben fest eingebunden in System und Ideologie war.

Frau Thiele und Frau Frohne stimmten darin überein, daß nur die Rassenbiologie wirklich nationalsozialistischer Unterrichtsstoff gewesen sei. Die Zeitzeuginnen waren sich einig, daß mutige Kolleginnen und Kollegen wie Frau Ahlers, Frau Weißbrodt, Frau Kollmeyer und Herr Meyer innerhalb des Kollegiums sicher keinen leichten Stand gehabt hätten. Herr Meyer behandelte im Deutschunterricht – für die Schülerinnen in deutlicher Auswahl – ausschließ-

lich Klassiker, Frau Weißbrodt unterschied z.B. bei der Interpretation von Kleists 'Prinz von Homburg' zwischen einer offiziellen, prüfungsrelevanten Deutung und ihrer eigenen.

Allen ehemaligen Schülerinnen war klar, daß Herr Dr. Bonwetsch die Schule mit viel diplomatischem Geschick durch die Vorkriegs- und Kriegsjahre geleitet hat und sein Hauptengagement immer auf der Seite der Schülerinnen lag. Sein fundiert historisches Wissen, das die Schülerinnen in seinem Geschichtsunterricht kennenlernten, half ihm, die Überzeugungen der Nationalsozialisten zu relativieren und sich – häufig ironisch – zu distanzieren. Einen weiteren Grund für sein kluges und geschicktes Verhalten sahen die Zeitzeuginnen in seiner christlichen Verwurzelung. So hat ihm z.B. der Choral: „Nun danket alle Gott [...]", den er regelmäßig bei Entlassungsfeiern singen ließ, Beschwerden nationalsozialistischer Eltern eingebracht. Frau Thiele erinnerte sich an ihre eigene Entlassungsfeier, bei der Dr. Bonwetsch zum Schluß diesen Choral anstimmen ließ. Der Gesang sei ziemlich kläglich ausgefallen, worauf Herr Dr. Bonwetsch noch einmal ans Rednerpult mit den Worten gegangen sei: „So weit haben wir es gebracht!"

Frau Don stellte sich und den anderen Gesprächsteilnehmerinnen zum Schluß die sie schon lange bewegende Frage: „Gab es nicht damals für uns schon Signale, die uns mehr erkennen ließen? Warum haben wir nicht mehr nachgefragt?"

Der Verlauf des Abends machte deutlich, daß es wichtig und interessant wäre, die Geschichte der Schule in dieser Zeit sorgfältig und umfassend mit Hilfe vorhandener Quellen zu erforschen. Das Aktenmaterial des Staatsarchivs, die Jahresberichte der Schule, das Schultagebuch, die gesammelten Kriegsbriefe der Kollegen an den Schulleiter, Fotos und persönliche Erinnerungen müßten durchgegangen werden. Wichtig wäre es auch, die drei Detmolder Gymnasien auf ihrem Weg durch den Nationalsozialismus miteinander zu vergleichen, um das besondere Profil der jeweiligen Schule erkennbar zu machen.

Zeitzeugen erinnern sich

Als jüdische Schülerin in Detmold: Karla Raveh geb. Frenkel

Moderation: Wolfgang Müller
Redaktion: Micheline Prüter-Müller

„Wer das Glück hat, Karla Raveh persönlich kennengelernt zu haben, bewundert ihren Lebensmut und die Herzlichkeit, mit der sie auf andere Menschen zugeht, noch mehr aber ihre Fähigkeit, anderen Menschen wieder Lebensmut zu geben. Wer sie in ihrem schönen Haus in Tivon in Israel oder in Lemgo, wo sie regelmäßig wieder zu Besuch ist, erlebt und ihre Geschichte nicht kennt, kann kaum ahnen, was diese Frau in der Zeit des Nationalsozialismus durchgemacht hat. Es mußten allerdings erst 40 Jahre seit der Befreiung vergehen, bis sie die Kraft fand, ihre Erlebnisse und die Geschichte ihrer Familie aufzuschreiben.

Karla Frenkel wurde im Mai 1927 in Lemgo geboren, ihre Schwester Helga war zwei Jahre älter, später kamen noch zwei Brüder dazu. Die Eltern und die Großeltern väterlicherseits waren anerkannte Bürger der Stadt, und die beiden Mädchen verlebten unbeschwerte Kinderjahre. Aber bald schon merkten selbst die Kinder, daß die Nationalsozialisten begannen, die jüdischen Bürger auszugrenzen. Freunde und Bekannte zogen sich zurück, und in der Schule häuften sich die Beschimpfungen gegen die beiden jüdischen Mädchen durch die Mitschülerinnen. Am 9./10. November 1938 mußten sie erleben, wie die Nationalsozialisten die kleine Lemgoer Synagoge zerstörten und der Vater und ein Onkel verhaftet wurden. Karla Frenkel und die anderen jüdischen Kinder wurden von der Schule verwiesen. Die jüdische Volksschule in Detmold, in der bis zu 15 Schülerinnen und Schüler aus Lippe und den angrenzenden Gebieten unterrichtet wurden, bot keinen ausreichenden Ersatz für die vorenthaltene Schulbildung.

Im Dezember 1941 wurden die ersten jüdischen Bürger aus Lippe nach Riga deportiert, im Frühjahr traf es schon Verwandte der Familie Frenkel, die nach Warschau verschleppt wurden. Und am 27. Juli 1942 wurde die Familie Frenkel über Bielefeld in das Konzentrationslager Theresienstadt gebracht."[1]

Karlas Leidensweg setzte sich fort. Sie erlebte den Abtransport fast ihrer ganzen Familie nach Auschwitz und mußte einige Zeit später selber dorthin folgen. „keine Station auf dem Weg zur völligen Entwürdigung wurde ihr erspart. [...] Daß auch ihre Angehörigen gleich nach der Ankunft umgebracht worden waren, wurde ihr bald zur Gewißheit.

Von Auschwitz kam Karla Frenkel dann mit einem Transport in das Konzentrationslager Bergen-Belsen, von dort nach Salzwedel zur Arbeit in eine

Munitionsfabrik, [...] Es folgten chaotische Tage nach der Befreiung in Salzwedel, dann ein Aufenthalt in Lüneburg, bis sie den Entschluß faßte, nach Lemgo zurückzukehren.

In ihrer alten Heimatstadt stieß sie nur bei wenigen Menschen auf Verständnis, viele waren nicht in der Lage zu begreifen, was sie und ihre Leidensgenossen erlebt hatten. [...] 1949 heiratete sie in Lemgo und ging mit ihrem Mann, der auch alle Angehörige durch den Völkermord verloren hatte, nach Israel."[2] Karla Raveh hat zwei Söhne und fünf Enkelkinder. Seit dem viel zu frühen Tod ihres Mannes im Jahre 1986 kommt sie in jedem Sommer für einige Monate nach Lemgo zurück. Dort lebt sie in ihrem Elternhaus, in dem die Stadt Lemgo auch ein Museum zur Geschichte der Juden in Lemgo und Lippe eingerichtet hat. „Was sie dort während eines Sommeraufenthaltes für die Verständigung zwischen Juden und Christen, zwischen Israelis und Deutschen leistet, kann nur ermessen, wer sie in dem Haus Echternstraße 70 hat wirken sehen. Sie führt Besucher durch das Museum, empfängt Jugendliche und Journalisten zu Interviews, sie beherbergt ehemalige Konzentrationshäftlinge aus aller Welt in ihrer Wohnung, die nur deshalb wagen, nach Deutschland zu kommen, weil sie absolutes Vertrauen zu ihr haben."[3]

Karla Raveh hat es sich zur Aufgabe gemacht, Auskunft zu geben. Sie spricht als Zeitzeugin immer wieder mit vielen Schulklassen und Erwachsenengruppen. So berichtete sie auch am 29.9.1995 in der VHS Detmold über die drei Jahre ihres Lebens, in denen sie Schülerin der jüdischen Schule in Detmold, Gartenstraße 6, gewesen ist. An dieser Stelle seien ihre wesentlichen Aussagen zusammengefaßt[4]:

Synagogenbrand und Schulverbot.

Nach dem schrecklichen Erlebnis des Synagogenbrandes, der sich für die elfjährige Karla so niederschlug, daß Vater und Onkel nicht mehr nach Hause kamen und zunächst niemand wußte, wo sie waren, gingen Helga und Karla Raveh nach einigen Tagen wieder in die Schule. „Es tut mir leid, du mußt nach Hause gehen," empfing sie der Lehrer. „Warum?" „Das wird dir deine Mutter schon erklären."–
Karla blieb einige Wochen zu Hause. Der Schulbesuch war verboten worden.–

Jüdische Kinder in Pension bei jüdischen Gastfamilien.

In Detmold richtete die Synagogengemeinde Detmold eine private Volksschule für jüdische Kinder aus einem recht weiten Einzugsbereich ein. Die Entfernung

nach Lemgo war zu groß, um jeden Tag dorthin zu fahren. So kam Karla in Pension nach Detmold und lebte zunächst in der Sachsenstraße 25 bei Familie Falk. Später zog sie um in die Hornsche Straße 33, wo sie zunächst zusammen mit vier anderen jüdischen Pensionskindern in der Wohnung von Irene Hesse lebte, deren Mann Ludwig später in Auschwitz ermordet worden ist. Frau Hesse hat nach 1942 immer wieder versucht, zu ihrem Mann zu kommen, und wurde schließlich im Konzentrationslager Ravensbrück gefangengehalten. Nach ihrer Befreiung traf sie auf dem Rückweg nach Lemgo und Detmold zufällig Karla Raveh. Familie Herzberg mußte ebenfalls von der Sachsenstraße aus in das 'Judenhaus' in der Hornschen Straße umziehen und nahm Karla für einige Zeit in ihrer Wohnung auf. So wurden immer mehr Familien und jüdische Pensionsschüler auf engstem Raum zusammengepfercht. Oft hatten die Kinder nicht genug zu essen, so daß Karla am Wochenende manchmal hungrig nach Lemgo kam. Aufgaben in den Pensionshäusern wurden zwischen den Familien und zwischen Kindern und Erwachsenen verteilt. Jeder half selbstverständlich mit – Standesunterschiede spielten keine Rolle mehr, aber Reibereien waren natürlich nicht zu vermeiden. Nachmittags haben die Kinder Schularbeiten gemacht. Wenn sie fertig waren, sollten sie sich sehr still und unauffällig verhalten und sich nicht in der Stadt zeigen.

Die ärztliche Betreuung wurde zunehmend schlechter. Es wurden allerdings noch einige Impfungen durchgeführt – nachdem die Stadt zunächst alle anderen Detmolder Schüler geimpft hatte. Aber man impfte, weil man Krankheiten und Ansteckungen verhindern wollte.

Die jüdische Schule und ihre Schülerinnen und Schüler

Die jüdische Schule bestand aus einem Zimmer in der Wohnung, die dem Synagogendiener Louis Flatow wie auch anderen jüdischen Familien nach der Pogromnacht in der Gartenstr. 6 zugewiesen worden war. Unterrichtet wurden die Kinder hauptsächlich von dem Lehrer Max Alexander, aber auch anderen freiwilligen Helfern der jüdischen Gemeinde. Fächer waren z.B. hebräische Religion, Musik, etwas Ivrith, jüdische Geschichte, Englisch, Mathematik, Handarbeit, Sport, Zeichnen und Werken – alles ausgerichtet nach einem Lehrplan, der aus Berlin von der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland" geschickt worden war. Die Schule besuchten folgende Kinder: Karla Frenkel und ihr Bruder Ludwig; die drei Geschwister Ehrmann aus Heidenoldendorf Ruth, Hans und Karl; Alice Kirchheimer und Ellen Meyer aus Bad Driburg; Julius und Hannelore Neuwahl aus Brilon; Irmgard Bukofzer aus Höxter; Margret Silberbach aus Schötmar; Edith Falk und Heinz Rosenbaum aus Detmold; Ilse Uhlmann aus Ovenhausen; der kleine Julius Sondermann aus Belle; Ilse Gravi aus Nieheim; Gertrud Lebensbaum und Marianne Weitzenkorn aus Korbach;

Herbert Levi aus Waldeck; Edgar Löwenstein aus Borgholz; Käthe Rosenstein aus Beverungen und Margot Rothenberg aus Amelunxen.

Sieben Kinder haben den Völkermord überlebt.

Das Klassenzimmer als Synagoge.

Jeden Freitag abend verwandelte sich der kleine Schulraum in eine Synagoge. Die Schulgegenstände wurden zur Seite geräumt, es wurde festlich gedeckt, Kerzen angezündet, und die Detmolder jüdischen Familienmitglieder kamen zum Schabbatgottesdienst. Die Kinder halfen bei den Vorbereitungen und sangen die gelernten Lieder. Von dieser besonders festlichen Stimmung ist oft und viel erzählt worden.

Schulbänke bleiben leer.

Die politische Situation der Gegenwart wurde im Unterricht nie angesprochen; auch in Pausengesprächen ist sie als Thema nicht aufgetaucht. Wenn Kinder nicht mehr zur Schule kamen, weil sie deportiert worden waren oder ihre Eltern einen Schulbesuch nicht mehr ermöglichen konnten, lasteten Schweigen und Ungewißheit wie ein dunkler Schatten über den Kindern und ihrem Lehrer. Niemand hatte eine Vorstellung, was im 'Osten' geschah. Auch zu Hause wurde nicht über diese Vorfälle gesprochen. Kinder schonten ihre Eltern, um ihnen nicht noch mehr Schweres zuzumuten, sie nicht zusätzlich zu beunruhigen.

Der 'alltägliche' Antisemitismus.

Neben diesen so plötzlich und grausam aufgerissenen Lücken durch 'fehlende' Schülerinnen und Schüler gab es den 'ganz alltäglichen' Antisemitismus, dem sich die Schüler und Schülerinnen ausgesetzt sahen. Auch hiervon wurde zu Hause nichts erzählt, diese 'Schande' behielten alle für sich. Karla wurde stiller, kehrte sich nach innen und zog sich am Wochenende zu Hause von sich aus von ihren früheren Freundinnen zurück.

Welche Ereignisse in Detmold hatten ein so lebenslustiges und kontaktfreudiges Mädchen zu einer solchen Haltung veranlaßt?

Wie verhielten sich z.B. die Schüler der benachbarten Schulen, wie die bürgerlichen Nachbarn in der Gartenstraße?

Im Zeichenunterricht sollten die Kinder einmal gegenüberliegende Häuser abzeichnen. Sie saßen dafür draußen auf der Terrasse. Die 'Damen von gegen-

über' verboten ihnen das Zeichnen ihres Hauses und das Sitzen auf der Terrasse. Sie wollten nicht, daß ihr Haus beobachtet werde. So gab es keinerlei Kontakte zu der Nachbarschaft, nicht einmal zu dem Konservatorium in der Gartenstraße 4, dessen österreichischer Leiter sehr kritisch gewesen sei. Eine ehemalige Klavierschülerin berichtet während der Diskussion, daß in ihrer Gegenwart nie über die jüdische Schule in der Nachbarschaft gesprochen worden sei.

Der Schulhof war begrenzt durch einen Bretterzaun. In dem kleinen Pausenhof wurde auch Turnunterricht gegeben. Nur zu zeichnen gab es hier nichts – es gab einfach nichts zu sehen. Einmal geschah es, daß während des Unterrichtes Steine durch das Fenster auf die Kinder geworfen wurden. So mußten diese Fenster schließlich durch ein Drahtgitter geschützt werden. Nur an wenigen Tagen traute sich der Lehrer, mit den Kindern spazieren zu gehen. Sie gingen dann dorthin, wo es besonders einsam war. Im Wald wurde dann gespielt, an Stellen, an denen sie keiner sehen konnte. Karla berichtet, wie wohl es ihr zwischen den jüdischen Mitschülern und Mitschülerinnen gewesen sei. Ja, sie habe sich nach den vielen antisemitischen Äußerungen, denen sie sich in Lemgo ausgesetzt sah, geradezu frei und geborgen gefühlt und sei gerne in der Schule gewesen. Der Weg von der Schule nach Hause und der morgendliche Weg zur Schule müssen allerdings besonders 'steinig' gewesen sein. Die Angst vor diesen Wegen hat sich bis in die nächtlichen Träume niedergeschlagen. An der Ecke Gartenstraße/Hornsche Straße warteten häufig Jungen, die den jüdischen Kindern auflauerten, sie zu verprügeln versuchten. So wurde der Schulweg oft zu einem atemlosen Rennen bis zur Sachsenstraße. Aber auch dort wurden sie schon von Jungen erwartet, die sie schlugen und verfolgten bis in das Treppenhaus hinein. So kam es dazu, daß die jüdischen Kinder versuchten, von hinten in das Haus zu schleichen, um gar nicht erst gesehen zu werden.

An dieser Stelle spricht Karla Raveh das Publikum direkt an: Sie würde sich freuen, wenn diese Jungen von damals heute auf sie zukämen und erzählten, daß sie dabei waren, warum sie dabei waren. Man müsse doch aufeinanderzugehen. Auch diese Jungen hätten oft getan, wozu sie sich von außen aufgefordert fühlten. Eine Erinnerung, daß Erwachsenen sich auch nur einmal zugunsten der Opfer eingemischt hätten, gibt es nicht.–

Das jüdische Altenheim in der Gartenstraße

Anfang 1942 wurde die Schule aufgelöst. Nur die kleineren Schüler wurden trotz des Verbotes noch in einem 'Judenhaus' in der Paulinenstraße unterrichtet. In dem Haus Gartenstraße 6 wurde unter der Leitung der Schwestern Auguste und Bernhardine Michaelis-Jena ein jüdisches Altenheim gegründet.

Karla und ein anderes Mädchen erledigten dort die etwas schwereren Hausarbeiten. Die z.T. über 80jährigen Menschen wohnten zu dritt oder zu viert in einem Zimmer. Das Haus war von oben bis unten vollgestellt mit persönlicher Habe. Die Bewohner waren unglücklich und traurig, ihre Angehörigen waren in den meisten Fällen nicht in der Nähe. 1942 wurden sie fast alle deportiert; niemand von ihnen hat überlebt.

Theresienstadt

Einige der Detmolder jüdischen Schüler und Schülerinnen kamen wie Karla nach Theresienstadt. Es gab jedoch dort kaum noch Kontakte, denn Karla hatte sich mit tschechischen Jugendlichen angefreundet, die sich innerlich immer mehr auf ein Leben in Palästina einstellten. Utopien dieser Art hatte es in Detmold nicht gegeben, warteten die Kinder doch täglich auf eine Rückkehr in ihren 'normalen' Alltag. Jetzt, in Theresienstadt, half ihnen diese Idee und machte sie stark, das Leid zu ertragen und durchzuhalten. Diese Jugendlichen schlossen sich sogar zusammen, um aktiv alten und kranken Menschen zu helfen.

Rückkehr nach Detmold.

Als Karla im Jahre 1945 nach ihrem langen Leidensweg wieder nach Detmold zurückkam und durch die Gartenstraße ging, hat sie nach ihren eigenen Worten keine Gefühle in sich gespürt.

Anmerkungen:

1. Wolfgang Müller: Buchbesprechung zu Karla Raveh: Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo, Lemgo 1987, in: Literatur zur Geschichte der Juden in Ostwestfalen und Lippe - eine Sammelbesprechung, Lippische Mitteilungen Nr.58, 1989, S.310.
2. ebd., S. 311.
3. ebd., S.312.
4. Zu einigen Ergänzungen vgl. auch: Wolfgang Müller: Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder „Judenhauses" und seiner Bewohner. Band 7 der Schriftenreihe „Panu Derech - Bereitet den Weg" der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Detmold 1992.

Der Volkshochschul-Kurs

Eine Zusammenfassung
von Günter und Hildegard Hammer

Wie konnte so etwas passieren? Wie konnte man unter diesen Umständen leben? Wie konnte man sich diesen Zwängen entziehen? Die Klärung dieser Fragen war ein Ziel unseres VHS-Kurses, der über mehrere Semester lief. Die Idee, daß es zu einem Austausch zwischen jüngeren und älteren Teilnehmern kommen sollte, konnte, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität, realisiert werden. Ohne die bemerkenswerte kontinuierliche Mitarbeit der meisten Zeitzeugen hätte unser Kurs in dieser Form nicht stattfinden können.

Die meisten Zeitzeugen hatten bereits an dem Projekt 'Detmold in der Nachkriegszeit' teilgenommen, so daß die Zusammenarbeit insgesamt über mehr als 4 Jahre lief. Die schon aus dem Vorprojekt resultierende Vertrautheit schuf eine gute Basis für Diskussionen sensibler Themen, die gerade für die Zeit von 1933 – 1945 behandelt werden mußten. Alle Teilnehmer kamen aus eigener Initiative. Die Zusammensetzung des Kurses ergab sich somit zufällig und war nicht konstant. Es ist klar, daß dies kein auch nur annähernd repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung war. Damit konnten Ereignisse, die nur bestimmte Bevölkerungs- oder Sozialschichten betrafen, nicht oder nur indirekt behandelt werden.

Für jeden Kursabend war normalerweise ein Thema vorgegeben, für das die Kursteilnehmer oder die Dozenten Materialien, falls verfügbar, mitgebracht haben. So kamen unterschiedlichste Gegenstände, vor allem aus dem Teilnehmerkreis, zutage und wurden zum Gesprächsmittelpunkt der Sitzung. Dabei konnte sich durchaus eine Verschiebung des Themenschwerpunktes ergeben. Ebenso war es möglich, daß spontan Themen aufgegriffen wurden. Die Bereitschaft, die Auswahl und Abfolge der Themen so flexibel zu handhaben, war bei allen Beteiligten vorhanden.

Diese Offenheit und Toleranz auf der formalen Seite spiegelte sich wider im Umgang miteinander, so daß die Gespräche rege, interessant und lebendig waren.

Auf Anregung der Teilnehmer erfolgte der Einstieg in die Reihe mit der Diskussion über die Feiern zum 1. Mai 1933. Alle älteren Teilnehmer konnten sich an die Vorbereitungen für den Umzug an diesem Tag erinnern. Einer Teilnehmerin, die zu der Zeit als Schneiderin tätig war, ist in Erinnerung geblieben, daß fieberhaft sehr viele Fahnen mit Hakenkreuzen genäht werden mußten und daß dabei viele Hakenkreuze falsch herum aufgenäht (sie waren einem ja noch nicht so geläufig), wieder abgetrennt und erneut aufgenäht wurden.

Neben den Hakenkreuzfahnen wurden sehr viele schwarz-weiß-rote und Fahnen mit den lippischen Farben geflaggt. Eine Zeitzeugin berichtete, daß alle Beamten eine Fahne heraushängen mußten. Diese Anordnung galt generell für Beflaggungen, nicht nur für dieses Ereignis.

Der 1. Mai, bis dahin Kampftag der Arbeiter, wurde von der NS-Ideologie zum 'Tag der Arbeit' umgewidmet. Am Umzug nahmen nach Berichten der Teilnehmer die Handwerksinnungen, mehrere Unternehmen, darunter auch jüdische, und die Gewerkschaften teil. Kinder sangen im Chor u.a. „Wir danken unserem Führer".

Mit der Feier des 1. Mai 1933 wurde die Hoffnung auf „Erlösung und darauf, daß was Besseres kommt", verbunden. Interessant war, daß keiner der Teilnehmer sich an die Ereignisse des 2. Mai 1933 erinnern konnte, an dem auch in Detmold die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften zerschlagen wurden.

Das Thema 'Schule' nahm in den Gesprächen wiederholt einen großen Raum ein. Das lag zum großen Teil daran, daß die meisten Teilnehmer zur damaligen Zeit Schüler waren.

Wie stark die Schule das nationalsozialistische Gedankengut weitergab, hing stark von der Einstellung des Direktors und des jeweiligen Lehrers ab. Einige Teilnehmer konnten sich an das Marschieren und das Singen von Kampfliedern erinnern, andere haben „Nathan der Weise" im Deutschunterricht gelesen und Mendelssohn-Bartholdy im Musikunterricht behandelt. Neue Unterrichtsinhalte hielten nur allmählich Einzug, weil die Materialien dafür erst produziert werden mußten.

Große Veränderungen in der Lehrerschaft hat es nicht gegeben, was damit erklärt wurde, daß die politische Einstellung der meisten Lehrer konservativ bis deutschnational war. Eine gewisse Ausnahme bildeten die Volksschulen, an denen es auch sozialdemokratische Lehrer gab. Die Tatsache, daß jüdische Mitschüler und Mitschülerinnen aus dem Klassenverband nach und nach verschwanden, wurde zwar von den Schülern registriert, aber nicht hinterfragt.

Mit dem Ziel, die Jugend ideologiekonform zu erziehen, wurde die HJ eingerichtet. Fast alle Zeitzeugen waren in ihrer Jugendzeit in einer der Unterorganisationen Mitglied. Sofern sie vor der Pflichtmitgliedschaft in der HJ in einem anderen Verband oder Verein Mitglied waren, blieben sie so lange dabei, wie dies möglich war. In Einzelfällen traf sich die alte Gruppe als privater Zirkel auch nach dem Verbot oder der Auflösung weiter. Hierbei waren das Engagement und der persönliche Mut des Gruppenleiters sehr wichtig.

Ein Zeitzeuge berichtete von Überfällen seitens der HJ auf Gruppenmitglieder und auf die Gruppe. Obwohl die Jugendlichen Prügel bezogen hatten, trafen sie sich weiter in Räumen der Kirchengemeinde. Diese Treffen fanden bis weit in die Kriegszeit hinein statt.

In den Rückblenden der Zeitzeugen war die Zeit in HJ/BDM geprägt durch positive Erinnerungen. Besonders hervorgehoben wurden immer wieder das Gemeinschaftsgefühl und die Kameradschaftlichkeit untereinander. Die gemeinsamen Nachmittage und Abende, im damaligen Sprachgebrauch 'Dienst', wurden als Freizeitangebot, nicht als politische Schulungen verstanden. Die zum Thema BDM befragte ehemalige BDM-Führerin, die schon vor Hitlers Machtübernahme die Detmolder Gruppe übernommen und dann jahrelang geleitet hatte, sagte dazu, daß sie auch gar nicht in der Lage gewesen wäre, politische Schulungen zu machen, da sie ja selber keine Ahnung gehabt habe.

HJ bzw. BDM wurden bei Aufmärschen eingesetzt. In den Erinnerungen sind eher die Begleitumstände dieser Aufmärsche haften geblieben. So mußten Mädchen und Jungen zum Empfang einer Parteigröße in der jahreszeitlich festgelegten Uniform erscheinen, die aber den herrschenden kalten Witterungsbedingungen keineswegs entsprach. Das furchtbare Frieren und daß anschließend gut die Hälfte der Klasse krank war, hat im Rückblick mehr Gewicht als der eigentliche Anlaß.

In diesem Zusammenhang wurde immer wieder gefragt, ob es Möglichkeiten gegeben habe, sich den Zwängen der Organisation zu entziehen und welche Konsequenzen dies gehabt hätte. Beantwortet wurde das damit, daß es ab einem bestimmten Zeitpunkt nicht mehr möglich war, sich den Zwängen zu entziehen, daß aber eigentlich alle Zeitzeugen versucht hatten, es sich innerhalb der Organisationen so angenehm wie möglich zu machen. Technisch interessierte Jungen gingen zur Flieger-HJ, während Musikinteressierte sich dem Fanfarencorps anschlossen. Im Grunde ging man seinen Hobbys nur in einem anderen Rahmen nach. Wettkämpfe, die auch als paramilitärische Übungen betrachtet werden konnten, wurden eher als sportlicher Wettkampf bewertet.

Zu den positiven Erinnerungen an die HJ- oder BDM-Zeit gab es vereinzelt auch kritische und nachdenkliche Stimmen. Eine Teilnehmerin kritisierte, daß bei dieser positiven Darstellung der Zwang, der hinter dem Gesang und der Kameradschaft stand, zu wenig Beachtung fand. So war die Teilnahme an solchen Veranstaltungen für Kinder, die dies nicht mochten, eine Qual.

Ein Teilnehmer fragte sich heute, was die jüdischen Kinder wohl empfunden haben, die vom Fenster ihrer Wohnung am Marktplatz bei den Aufmärschen der gleichaltrigen HJ-Mitglieder deren Rufe „Juda verrecke“ hören mußten. Es war für ihn wichtig, nach dem Krieg Kontakt zu den ihm bekannten Überlebenden aufzunehmen, um mit ihnen über diese Zeit zu sprechen.

Zu den Zwängen, denen man sich nicht entziehen konnte, gehörte auf jeden Fall die Teilnahme an einer der vielfältigen Sammlungen, mit denen das Regime versuchte, das Solidaritätsgefühl füreinander zu stärken. Von Begeisterung oder Freude bei den Sammlern oder Spendern wurde nicht berichtet, eher von Pflicht. Gesammelt wurde fast alles, z.B. Bucheckern oder Wildkräuter, und für fast alles, z.B. das Winterhilfswerk oder das Eintopfessen.

Natürlich gab es auch hier Versuche, sich dem Ganzen so weit wie möglich zu entziehen. Wenn bei einer Sammlung irgendein Abzeichen verkauft wurde, so wurde das nur ein Mal gekauft und derjenige, der in die Stadt mußte und damit Gefahr lief, zur Sammlung gebeten zu werden, steckte sich das Abzeichen an. Bei der Vielzahl der Sammlungen war das eine Art Notwehr.

In der Erinnerung der Zeitzeugen ist erhalten geblieben, daß sie bei Sammlungen an verordneten Eintopftagen in vielen Häusern sehr gut riechen konnten, daß es keinen Eintopf zum Mittagessen gab. Es kam nach den Berichten der Zeitzeugen auch vor, daß Eltern oder andere Verwandte den Kindern, die es aus verschiedenen Gründen nicht schafften, ihr 'Soll' bei Verkäufen zu erfüllen, die verbleibende Menge abkauften. Manche Teilnehmer fragen sich bis heute, was eigentlich mit den vielen Dingen geschah, die gesammelt wurden.

Bei Überlegungen dieser Art kamen häufig von den jüngeren Teilnehmern Nachfragen, warum denn damals alles kritiklos mitgemacht wurde. In der Diskussion über diese Thematik kamen von den Zeitzeugen mehrere Erklärungsansätze. Zum einen, daß weder die damals Jugendlichen noch deren Eltern es von ihrer Erziehung her gewohnt waren, Anordnungen, die von 'oben' kamen, zu hinterfragen. Daneben wurde erwähnt, daß es durchaus nicht ungefährlich war, Dinge offen in Frage zu stellen oder etwas nicht mitzumachen. Das konnte nicht nur für einen selbst Konsequenzen haben, sondern für die ganze Familie. Die Zeitzeugen gaben auch zu bedenken, daß bei der Gleichschaltung der Medien kritische Berichterstattung nicht möglich war. Sofern im Haus ein Rundfunkempfänger vorhanden war, gab es zwar die Möglichkeit, ausländische Sender zu empfangen, jedoch war dies während des Krieges mit schärfsten Strafen bedroht.

An dieser Stelle wurde die jüngere Generation mit der Gegenfrage konfrontiert, was sie denn heute gegen politische oder gesellschftliche Mißstände tue, über die man sich in unserer heutigen Medienvielfalt unzensiert informieren könne.

Die Frage, wie so etwas hatte passieren können, war der Hintergrund für alle anderen Fragen, die von den jüngeren Teilnehmern an die Zeitzeugen gerichtet wurden. Auch wenn eine schlüssige Antwort darauf nicht zu erwarten war, so war bei den Antworten der Zeitzeugen immer das Bemühen deutlich, die vielschichtigen Hintergründe zu erläutern. Es zeigte sich aber, daß sie zu jung waren, die Vorgeschichte zu Hitlers Machtübernahme als politsch bewußte Bürger miterlebt zu haben. Die Feststellung einer Teilnehmerin, daß dieser Kurs schon vor vielen Jahren hätte stattfinden müssen, trifft wohl den Kern der Sache. Immerhin konnten die Zeitzeugen doch zur Klärung der Frage beitragen, wie das Regime sich ohne großen Widerstand etablieren konnte.

Die hohe Arbeitslosigkeit und die schlechte wirtschaftliche Lage waren die Basis für Hitlers Machtübernahme. In der Erinnerung der Zeitzeugen verschwanden die Arbeitslosen tatsächlich sehr schnell von der Straße, was als

Erfolg des Regimes gewertet wurde. Weiterhin wurde die Taktik hervorgehoben, alte Traditionen zu übernehmen, sie teilweise mit neuen Inhalten zu füllen (1. Mai) oder an Altes zunächst neue Inhalte anzuhängen, wie die Lieder, die in die Liederbücher der HJ aufgenommen wurden.

Im Alltag versuchte man den Anforderungen der neuen Führung so weit zu entsprechen, wie es notwendig erschien, sich aber ansonsten in 'privaten Nischen' einzurichten. Hierbei handelte es sich zumeist um einen kleinen Kreis vertrauter Personen. In diesem Kreis war es möglich, Meinungen und Sorgen offen auszusprechen, ohne Angst zu haben, denunziert zu werden. In der Erinnerung geblieben sind die 'kleinen Hitler', die das Alltagsleben stärker beeinflussen konnten als die große Politik.

Nach den Aussagen vieler Zeitzeugen hatten deren Eltern und Großeltern schon mit Hitlers Regierungsantritt den Ausbruch eines Krieges befürchtet. In das Alltagsleben hielten sehr bald nach der Machtübernahme Übungen Einzug, die Kriegsvorbereitungen waren, z.B. Luftschutzübungen und Erste-Hilfe-Kurse. Daneben gab es viele Broschüren, in denen sparsamer Umgang mit Lebensmitteln (Lagerung, Verwendung, Zubereitung) vermittelt werden sollte und in denen Möglichkeiten aufgezeigt wurden, wertvollere Lebensmittel wie Fett, Eier und Fleisch zu ersetzen. Diese und viele andere Maßnahmen bereiteten die Bevölkerung auf einen Krieg vor. So war der Krieg auf zwei Ebenen vorbereitet worden, der organisatorischen und der mentalen, in den Köpfen. Der Beginn des Krieges war so kein Schock für die Menschen. Geschockt waren sie über die Konsequenzen und die persönlichen Verluste, die der Krieg in jede Familie brachte. Um mit Tod und Trauer im Alltag fertigzuwerden, mußten die Menschen viele Dinge zunächst einmal verdrängen.

In unserem Kurs ging es den Zeitzeugen nicht um Verdrängung, sondern um eine kritische Auseinandersetzung mit ihrem eigenen Verhalten in der damaligen Zeit. Dabei war der Gedankenaustausch untereinander genauso wichtig wie der Dialog mit der jüngeren Generation. Den jüngeren Teilnehmern ging es nicht darum, die Zeitzeugen für die damaligen Geschehnisse zu verurteilen, sondern sie nutzten die Chance, Fragen zu stellen, die ihnen kein Geschichtsbuch bisher beantworten konnte.

Elisabeth Lange
Eine Frau aus Detmold im Umfeld der 'Weißen Rose'

Eine Dauerausstellung im Foyer der Geschwister-Scholl-Schule Detmold – erarbeitet von Nikola Henke (Jg. 13), Anuschka Herrmann (Jg. 13), Birte Steffen (Jg. 12) und ihrer Lehrerin Micheline Prüter-Müller.

Am 28. Januar 1944 nahm sich im Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel in Hamburg eine Frau das Leben. Wir vermuten, daß sie Folter, Einsamkeit, Krankheit und Enttäuschung nicht mehr länger ertragen konnte. Die Spuren ihres kurzen Lebens führen in die Stadt Detmold: in den Innenstadtbereich und in den Ortsteil Spork-Eichholz. 50 Jahre haben wir hier in Detmold nichts von ihr gewußt. Seit dem 9. November 1995 steht ihr Name zusammen mit 159 anderen auf der Tafel zur Erinnerung an die Namen der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft an der Gedenkstätte 'Alte Synagoge' in Detmold. Inzwischen hat außerdem der Rat der Stadt beschlossen, auf dem ehemaligen Fliegerhorstgelände eine Straße nach ihr zu benennen.

Die Erinnerungsarbeit für Elisabeth Lange führte uns zu einer Frau, die uns mit ihrem Leben aufgerufen hat, niemanden auszugrenzen und Mut zu einfachen menschlichen Handlungen zu zeigen.

Wie sind wir auf diese Frau gestoßen? – Wer war Elisabeth Lange?

Die Entdeckung – Die Spuren – Die Ausstellung

Ein Zufall ging allem voraus: Der Detmolder Archivpädagoge Wolfgang Müller stieß bei seiner Arbeit als Mitglied der Zentraljury des 'Schülerwettbewerbs Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten' im Jahr 1993[1] auf eine Hamburger Schülerarbeit,[2] die sich mit dem Schicksal einer angeblichen Widerstandskämpferin aus dem Umfeld der 'Weißen Rose' befaßte. Ihr Name: Elisabeth Lange, geboren am 7.7.1900 in Detmold.

Während einer Projektwoche im Jahr 1994 bearbeiteten wir im Staatsarchiv die Detmolder Quellen über Frau Lange, die uns Wolfgang Müller inzwischen aus den Akten herausgesucht hatte, und kopierten gleichzeitig schon geeignete Materialien, die wir für eine Ausstellung würden brauchen können. Entscheidend wurde für uns die Hilfe der Nichte von Elisabeth Lange, Frau Elisabeth Höppner, die in Detmold lebt und ein Familienarchiv zusammengetragen hat, das wir mitverwenden durften. Ganz langsam gestaltete sich für uns ein Bild. Und es erfüllte sich die Hoffnung, telephonisch noch viele Kontakte zu Be-

kannten von Frau Lange herstellen zu können. Angaben hierzu erhielten wir bei der „Weißen Rose Stiftung München e.V.“,[3] fanden wir aber auch in einer weiteren Schülerwettbewerbsarbeit über das Hamburger Mitglied der 'Weißen Rose' Hans Leipelt,[4] mit dessen Mutter, Dr. Katharina Leipelt geb. Baron, Elisabeth Lange eine Freundschaft verbunden hatte, von der ihr weiteres Schicksal abhängen sollte. Frau Leipelt war Jüdin. Frau Lange nicht. Lag hier der Grund für die spätere Verhaftung? Je mehr wir fanden, um so mehr Fragen ergaben sich. Nach vielen Abenden, an denen wir immer abwechselnd telephonierten und sich unser Puzzle Stück für Stück zusammenlegte, entstanden die Themen, die wir in einzelnen Rahmen würden darstellen können, und es entstand die ausstellungsdidaktische Idee: Die Rahmen sollten so gestaltet werden, daß der Hintergrund das Thema dem Betrachter bereits deutlich vorgibt. So gelang es den Schülerinnen, eine auch künstlerisch sehr interessante Ausstellung zu gestalten. Wir sind dankbar, daß der 'Arbeitskreis Weiße Rose' an der Geschwister-Scholl-Schule unsere Arbeit mit einer großzügigen Spende aus den Einnahmen eines interkulturellen Sommerfestes unterstützte.

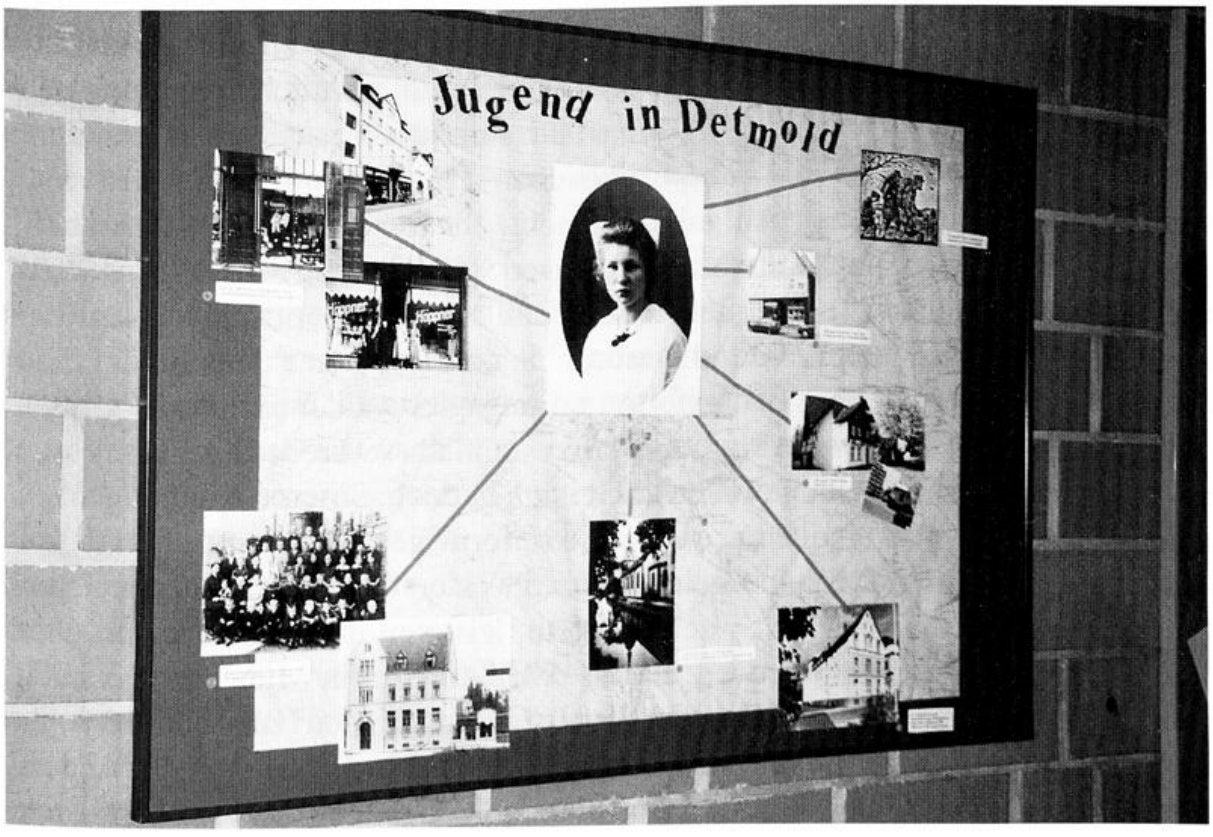
Der nun folgende Text kann nur knapp die Fakten wiedergeben, die in der Ausstellung mit Originaldokumenten, Fotos und Gesprächsprotokollen belegt und erweitert werden. Sie ist als Dauerausstellung konzipiert und sollte auch wegen der gelungenen künstlerischen Interpretationen der Schülerinnen vor Ort angesehen werden. Die Geschwister-Scholl-Schule im Schulzentrum, Sprottauerstraße 9, ist von Montag bis Freitag von 8.00 Uhr bis 15.30 Uhr geöffnet.

Wer war Elisabeth Lange?

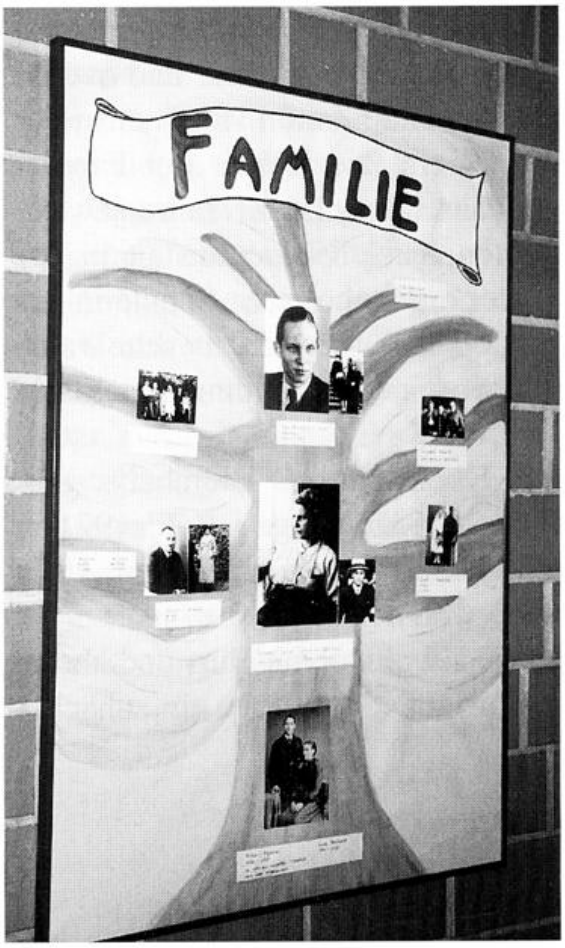
Elisabeth Lange geb. Höppner wurde am 7.7.1900 in Eichholz, Spork Nr. 16, geboren. Ihr Vater Anton Höppner war als Wollkämmer aus Lengenfeld im Eichsfeld (Thüringen) nach Lemgo eingewandert. Dort heiratete er 1890 die aus Berlin stammende Luise Reichardt und versuchte mit ihr in Detmold eine Existenz zu gründen. Sie eröffneten eine Wollmanufaktur in der Krummen Straße 5. Ab 1904 ist Anton Höppner in der Hornschen Straße 33 gemeldet. Offensichtlich hat er nun ein Leben als Wanderziegler begonnen und wurde von seiner Frau begleitet. In den zwanziger Jahren hatte Anton Höppner in der Langen Straße 76 ein Geschäft für Aussteuerwaren. Die Kinder der Familie Höppner lebten zu Beginn des Jahrhunderts während mehrerer Jahre jeweils für einige Monate in der von Nonnen geführten Kinderbewahranstalt in der Louisenstr. 3. Ob Elisabeth wie ihre Geschwister die katholische Schule in der Wiesenstraße besuchte, ließ sich nicht belegen, erscheint jedoch als sehr wahrscheinlich. Ebenfalls fehlen Informationen über eine Ausbildung nach der Schulzeit.

1921 heiratete Elisabeth Höppner Friedrich Obenhaus aus Blomberg, geb. 20.10.1894. Mit ihm hatte sie einen Sohn Karl-Friedrich, geb. 1.11.1921 in Geestemünde, auf dessen Spuren wir später in Hamburg wieder stoßen. Über die zehn Jahre dieser Ehe fanden wir noch keine weiteren Hinweise.

1931 heiratete Elisabeth Alexander Lange und wohnte mit ihm und ihrem Sohn in der Hoppenstedtstr. 76 in Hamburg-Harburg. Sie führten ein zunächst



recht unauffälliges Leben. Frau Lange wird von ehemaligen Nachbarinnen als freundliche, attraktive Frau mit gepflegtem Aussehen beschrieben, die gute Nachbarschaftskontakte hielt und auch gern mal den einen oder anderen gutgemeinten Tip weitergab. Durch einen Zufall kam es zu der ersten Begegnung mit der Familie Leipelt: Die Söhne der Familien, Hans und Fritz, stritten sich um einen Bumerang; so sehr, daß der Streit von den Müttern geschlichtet werden mußte.



Aus diesem Zwischenfall entwickelte sich zwischen der Akademikerin aus gutbürgerlichem, jüdischen Wiener Elternhaus Katharina Leipelt und der katholischen Hausfrau aus Detmold eine ganz besondere Freundschaft, die zunächst auch von den Nationalsozialisten nicht zerstört werden konnte. Als Katharina bereits den Judenstern tragen mußte, ging Elisabeth noch in der Öffentlichkeit mit ihr spazieren. Mindestens einmal war auch die gesamte Familie Leipelt in der Hoppenstedtstraße zum Abendessen eingeladen. Unsere Zeitzeugen berichten übereinstimmend: Elisabeth habe Menschen geschätzt und sich immer um Menschen bemüht. Ohne Rücksicht auf verbreitete Vorurteile und offen sichtlich ohne Ängste hat sie sich die Freundschaft zu der jüdischen Familie zu einer selbstverständlichen und natürlichen Aufgabe gemacht. Sie sei liebevoll und herzlich, charmant, warmherzig und hilfsbereit gewesen. Gleichzeitig wird sie auch als unpolitisch geschildert, aber in dem Sinne, daß sie eben politisch nicht zu beeinflussen gewesen sei. Während unserer Nachforschungen haben wir Frau Lange immer mehr als eine couragierte und engagierte Frau mit einem großen Herzen kennengelernt. Die in Hamburg offensichtlich verbreitete Annahme, sie sei Widerstandskämpferin gewesen, läßt sich jedoch unserer Meinung nach nicht halten. Sie war eine Frau, die non-konform gelebt hat und damit eine Form von privatem Widerstand geleistet hat.[5] Widerstand im eigentlichen Sinne, der sich direkt gegen das System richtete, leisteten in unseren Augen eher einzelne Kreise und Gruppen wie z.B. die 'Weiße Rose' in München, der auch Hans Leipelt in seiner Münchener Studentenzeit angehörte. Hans unterhielt jedoch später in Hamburg im Haus seiner Eltern auch einen eigenen Widerstandskreis. Er und seine Freunde sammelten z.B. Geld für die Witwe des mit

den Geschwistern Scholl ermordeten Professors Kurt Huber, sie schmiedeten möglicherweise Pläne zur Sprengung der Lombardsbrücke, um den Nazis zu schaden, und sie lasen gemeinsam Bücher, die sie in ihrer Haltung gegen das Regime stärkten. Sie brachten heimlich das dritte und das sechste Flugblatt der 'Weißen Rose' von München nach Hamburg und versuchten diese zu vervielfältigen. „Und ihr Geist lebt trotzdem weiter!" schrieben sie neu über das sechste Flugblatt. Kleinere Widerstandsgruppen dieser Art hat es in Hamburg mehrere gegeben, die durchaus selbständig gearbeitet haben. Von einem Hamburger Zweig der 'Weißen Rose' zu sprechen, erscheint von daher nicht angebracht. Das relativiert in doppelter Weise die von den Hamburger Schülern vorgenommene Zuordnung von Elisabeth Lange zur 'Weißen Rose'. Nach unseren Recherchen gehörte Frau Lange nicht zu dem Widerstandskreis um Hans Leipelt, sondern sie besuchte seine Mutter und zog sich nicht von ihr zurück. Ob sie von den Aktivitäten im Hause Leipelt wußte, bleibt unklar. Zum zweiten ist eben der Kreis um Hans Leipelt nicht so ohne weiteres als 'Weiße Rose Hamburg' zu bezeichnen.

Am 10.12.1943 wird Elisabeth Lange aus ihrer Wohnung in Hamburg-Harburg von der Gestapo abgeholt und in das Gefängnis Fuhlsbüttel gebracht. Ganz ruhig habe sie den Wohnungsschlüssel bei einer Nachbarin abgegeben und sei dann wortlos mit den Polizisten die Treppe hinuntergegangen. Im Polizei-Gefängnis Fuhlsbüttel wurden politisch Andersdenkende, Ausländer und Juden in 'Schutzhaft' genommen. Da sich nach 1933 die Gefangenenzahl sehr schnell verdoppelte, errichteten die neuen Machthaber innerhalb des Geländes Fuhlsbüttel ein eigenes KZ, in dem die Gefangenen Zwangsarbeit bis hin zur Vernichtung durch Arbeit leisten mußten. Viele Morde wurden später als Selbstmorde vertuscht. Unser Verdacht, Frau Lange sei in Wahrheit auch ermordet worden, wurde durch ihren Abschiedsbrief und die Aussage ihrer Zellennachbarin Barbara Reimann (s.u.) widerlegt.

Was wurde ihr vorgeworfen?

Anlaß für die Gefangennahme war offensichtlich der Verdacht, sie habe einen Koffer der Familie Leipelt in ihrem Gartenhaus versteckt. Dieser Koffer sollte Flugblätter der 'Weißen Rose' enthalten. Die frühere Freundin von Hans Leipelt, Marie-Luise Schulze-Jahn, die in München zur 'Weißen Rose' gehörte, das sechste Flugblatt nach Hamburg mitgebracht hatte und in dieser Zeit eine Woche bei Leipelts gewohnt hatte, sagte uns, daß der Koffer wohl keine Flugblätter enthalten habe, wohl aber Wertgegenstände der Familie Leipelt. Frau Lange sei möglicherweise beim Verbergen des Koffers beobachtet und denunziert worden.

Die Zellennachbarin aus Fuhlsbüttel, Frau Barbara Reimann, berichtete uns folgendes über die Haftumstände: Vor allem nachts seien die Frauen häufig aus dem Schlaf gerissen, geschlagen und gefoltert worden, um Aussagen zu erzwingen. Manchmal wurden sie 'zur Strafe' in schmale Wehrmachtschränke

gesperrt. 20 Minuten am Tag durften sie spazierengehen und konnten heimlich – ohne die Lippen zu bewegen – ein paar Worte wechseln und sich gegenseitig Mut zunicken. Die Zellen waren so eng, daß Frau Reimann jedesmal hörte, wenn Frau Lange nachts zur Toilette mußte, weil dann der Hocker in der Zelle umfiel. In der Nacht ihres Todes sei Frau Reimann aufgefallen, daß der Hocker zwar umfiel, die Toilettenspülung aber nicht zu hören gewesen sei. Frau Lange war in dieser Nacht nicht zur Toilette gegangen. Sie hatte sich am Fensterkreuz ihrer Zelle mit einem Streifen ihres Nachthemdes erhängt.

Zwei Tage zuvor hatte sie ihrem Sohn Fritz einen Abschiedsbrief geschrieben. Dieser Brief fand sich auf der Rückseite des einzigen Fotos ihres Sohnes, daß sie mit in die Zelle nehmen durfte. Der Brief deutet darauf hin, daß sie aus Verzweiflung über ein Krebsleiden aus dem Leben schied. Diese These von uns wurde schließlich durch ein Telefongespräch mit der Schwiegertochter, Frau Luise Obenhaus aus Hamburg, bestätigt.

Nach dem Tod von Elisabeth Lange wurde ihre Leiche verbrannt, und Fritz Obenhaus bekam die Urne aus dem Gestapo-Gefängnis Fuhlsbüttel übergeben. Sie wurde in der Grabstätte der Eltern Anton und Luise Höppner auf dem Detmolder Landfriedhof an der Blomberger Straße beigesetzt.

Übertragung des im Faksimile abgedruckten Abschiedsbriefes:

26.1.44

Mein lieber Junge,
Ich will Dir das größte Opfer bringen gedenke meiner in
unveränderter Liebe. Dein Leben sei Sonnenschein. Vergieß mich nie! Meine Hände
segnen dich mein Kind: Ich bin immer die alte
unveränderte Mama für Dich. Ich bringe Dir nun das größte Opfer,
still aus Deinem Leben zu verschwinden. Ich trage ja einen anderen
Namen als Du, also ist es nicht so schwer für Dich. Gehe Deinen
Weg so offen und gerade wie immer weiter. Nie war ich meinem
Vaterlande untreu, der Schein ist gegen mich. Kämpfe und forsche gegen den Krebs. Mama

Du sollst die Qual Deiner Mama nicht sehen.

Anmerkungen

1. Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte um den Preis des Bundespräsidenten der Körber-Stiftung, Hamburg. Hier, im Jahr 1992/93 zu dem Thema: „Denkmal: Erinnerung, Mahnung, Ärgernis".
2. Schülerinnen und Schüler der „Staatlichen Handelsschule mit Wirtschaftsgymnasium" Göhlbachtal 38: „Elisabeth Lange und ihr Weg", 5. Preis.

3. Weiße Rose Stiftung e.V., Genter Straße 13, 80805 München.
   Vorsitzende: Franz Josef Müller, Dr. Marie-Luise Schulze-Jahn, Anneliese Knoop-Graf.
4. Beitrag zum „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte" 1983:
   „... und ihr Geist lebt trotzdem weiter! Im Namen des deutschen Volkes. Die Familie Leipelt aus Harburg-Wilhelmsburg 1938-45", Schülergruppe des Gymnasiums Göhlbachtal, Hamburg-Harburg.
5. Zu der Unterscheidung verschiedener Formen abweichenden Verhaltens vgl.: Detlev Peukert, Alltag unterm Nationalsozialismus, Beiträge zum Thema Widerstand 17, Berlin 1981, S. 24f.

Ingrid Schäfer

Irma Fechenbach-Fey geb. Epstein, 1895 – 1973
Jüdin – Sozialistin – Emigrantin

Ausstellung vom 16. 10. bis 17. 11. 1995

Anläßlich des 100. Geburtstages von Irma Fechenbach-Fey präsentierten der Frauengeschichtsladen Lippe e.V., Detmold, und das Nordrhein-Westfälische Staatsarchiv in Detmold eine Ausstellung, die ihre einzelnen Lebensstationen zum Thema hatte.

Wer ist Irma Fechenbach-Fey? Warum eine Ausstellung über diese Frau im Rahmen des stadtgeschichtlichen Projektes? Eingeweihte wissen, daß es sich hier um die Frau von Felix Fechenbach handelt, den am 7. August 1933 im Kleinenberger Wald bei Scherfede ermordeten, engagierten jüdischen und sozialdemokratischen Journalisten. Nur wenigen Detmoldern ist bekannt, daß Irma Fechenbach 1933 mit ihren Kindern ebenfalls dem Naziterror ausgesetzt war und deshalb in die Schweiz emigrieren mußte. Danach verliert sich ihre Spur. Erst zu Beginn der 70er Jahre erhielten auch die alten Freunde wieder Kenntnis von ihr. Mittlerweile lebte sie wieder in der Schweiz und setzte sich von dort aus, gemeinsam mit dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten und Freund Felix Fechenbachs, August Berlin, für die Errichtung eines Denkmals im Kleinenberger Wald ein, dem Ort der Mordtat am 7. August 1933.

Zur Einweihung des Gedenksteines am 25. August 1973 kehrte Irma dorthin zurück, wo ihr Leben die entscheidende Wendung bekommen hatte und die Ereignisse sie zur Emigrantin und Heimatlosen machten. Viel, wenn nicht sogar alles, hatte sich in ihrem Leben verändert, nicht jedoch ihre politische Überzeugung, wie ihre Ansprache zu diesem Ereignis deutlich macht:

> Ich möchte Ihnen allen aufs herzlichste danken, daß Sie hierhergekommen sind zu dieser Feier, zu dieser Gedenksteinlegung. Es ist wohl, wie wir alle fühlen, ein trauriger Anlaß und doch, nach 40 Jahren ist es ein erhebendes Gefühl, daß sich so viele Leute noch dieser Zeit erinnern. Es ist ein Beweis der Solidarität und der Treue. [...] Aber nun zum Schluß liegt mir ganz besonders am Herzen, [...] daß es sich hier nicht nur um meinen Mann handelt, sondern für mich ist es ein Symbol für all die vielen Genossen und die Menschen, die der Nationalsozialismus ermordet hat. Hier ist nicht nur einer, sondern es sind alle! Und es waren ja so viele! Es waren ja so viele, die kämpften für soziale Gerechtigkeit, für Freiheit und Frieden. Ich denke an alle diejenigen und ich möchte gern, daß wir alle das Gefühl von hier mitnehmen, daß dieser Kampf, dieser Kampf und Tod nicht umsonst waren, sondern daß die Jugend, und wir haben ja auch hier Vertreter der Jugend unter uns, diesen Kampf

> weiterführt. Wir haben verloren, aber wir hoffen, daß die Jugend Erfolg haben wird. So will ich schließen mit den Worten aus einem unserer Kampflieder: 'Hell aus dem dunklen Vergangenen leuchtet nun Zukunft hervor!'

Vier Monate später, am 11. Dezember 1973, wird sie mit ihrem Fahrrad bei Dietikon in der Schweiz auf dem Nachhauseweg von einem Auto erfaßt. Ihre Verletzungen sind so schwer, daß sie kurze Zeit später im Krankenhaus stirbt. Das Leben einer Frau war zu Ende gegangen, die bis zum Schluß gegen das Vergessen kämpfte. Immer und immer wieder hatte sie sich dafür eingesetzt, die Erinnerung an Felix Fechenbach wachzuhalten. Am erfolgreichsten war ihr das während des Schweizer Exils gelungen. Mit Hilfe von Schweizer Genossen veröffentlichte sie nicht nur in der St. Galler Arbeiterpresse Artikel ihres Mannes, sondern bewirkte auch die Herausgabe seines in der 'Schutzhaft' in Detmold geschriebenen Romans „Der Puppenspieler", sowie der Bücher „Mein Herz schlägt weiter" und „Das Felix-Fechenbach-Buch": Bücher, die Zeugnis ablegen über sein Leben und Wirken.

Eine starke, eine bemerkenswerte Frau, deren Spuren zu folgen sich der Frauengeschichtsladen zur Aufgabe machte. Die bisher zusammengetragenen Materialien, die letztendlich auch die Basis der Ausstellung sind, lassen das Bild einer Frau entstehen, deren Leben ein wichtiges Stück Zeitgeschichte unseres Jahrhunderts repräsentiert: Jüdin aus großbürgerlich-liberalem Elternhaus, aktiv in der bürgerlichen Frauenbewegung bis nach dem Ersten Weltkrieg, engagierte Tätigkeit in der sozialistischen Arbeiterbewegung in Deutschland wie in der Schweiz und Emigrantin. Ein Schicksal, das nicht nur für die Frauenforschung von großem Interesse ist.

Die Ausstellung zu ihrem 100. Geburtstag dokumentierte erste Ergebnisse dieser Biographie. Die aus verschiedenen Archiven zusammengetragenen schriftlichen Quellen, zahlreiche von den Töchtern zur Verfügung gestellten Fotos und einige Schriftstücke von Irma Fechenbach-Fey selbst legten Zeugnis von ihrem Leben ab. Gegenständliche Quellen aus dem von der Familie leihweise überlassenen Nachlaß ergänzten die Ausstellung. Um dem Ganzen eine dynamische Strukturierung zu geben, wurde sie inhaltlich und in der räumlichen Zuordnung in die drei Sequenzen 'Emotion', 'Sozialisation' und 'Wanderung' gegliedert.

Zur Sequenz 'Emotion': Ihr waren die linke und rechte Seite der Ausstellung zugedacht. Die Sequenz 'Emotion' stellte am Beginn der Präsentation Irmas Verhältnis zu Kindern in den Mittelpunkt, die bis zu ihrem Lebensende eine wichtige Rolle spielten. Der Titel eines von ihr in der Schweiz verfaßten Theaterstückes, „Den Kindern gehört die Welt", bringt ihre gelebte Auffassung zum Ausdruck. Bereits als junge Erwachsene galt ihr Engagement der nachkommenden Generation. In dieser Zeit waren es die Kinder der Arbeiterklasse, denen sie sich widmete. Nach ihrer Überzeugung konnte die Arbeiterklasse nur

dann den Sieg erringen, wenn deren Nachkommen Erziehung und Betreuung zuteil werden, die sie in die Lage versetzen, ihre Situation und ihren historischen Auftrag klar zu erkennen. Selbst noch als Großmutter suchte sie die Verbindung zu Kindern außerhalb der Familie. So gründete sie zum Beispiel in Amerika einen „Deutsch-Club" für die Nachbarskinder ihrer Tochter Hanni, um ihnen die deutsche Sprache und deutsche Sitten näherzubringen.

Im zweiten Teil dieser Sequenz stand das Leben mit Felix Fechenbach im Mittelpunkt, wobei nicht das Jahr 1933 den Endpunkt markierte, sondern der 7. August 1973, die Einweihungsfeier des Gedenksteines im Kleinenberger Wald.

Die Sequenz 'Sozialisation' stellte eine räumliche Verbindung zwischen den beiden Seiten der ersten Sequenz dar und dokumentierte Irmas Leben von ihrer Geburt bis zur Heirat mit Felix Fechenbach.

Am 16.10.1995 als Tochter eines erfolgreichen jüdischen Rechtsanwaltes in Augsburg geboren, wuchs sie in einer Atmosphäre liberaler und gebildeter Weltoffenheit auf. Ihre Kindheit war geprägt von Wohlstand und der Selbstverständlichkeit sozialen Engagements einer Familie des jüdischen Großbürgertums. Hier konnte sie sich zu einem freien und selbstbewußten Menschen entwickeln, der unabhängig seinen Weg ging und sich den Problemen der Zeit stellte. Ihre Wahl galt dem humanen Sozialismus und führte sie in die Kreise der Arbeiterbewegung in Berlin. Als Fürsorgerin arbeitete sie nicht nur in der Jugendfürsorge des Berliner Arbeiterviertels am Prenzlauer Berg, sie widmete auch ihre Freizeit ganz den Kinderfreunden, der sozialistischen Kinderorganisation, wo sie nach einigen Jahren Felix Fechenbach kennenlernte.

Die Sequenz 'Wanderung' stand zwischen den beiden erstgenannten. Informierten die beiden ersten Sequenzen die Besucher über die Entwicklung des Menschen Irma Fechenbach und seine charakterliche und emotionale Ausstattung, wurden hier die Konsequenzen dokumentiert, die Irmas Lebensweg nach ihrer Emigration und dem Tod ihres Mannes bestimmten. Die räumliche Anordnung sollte einerseits auf den Bruch in ihrem Leben hinweisen, den dieses Erleben erzeugte, andererseits aber auch deutlich machen, daß ihre charakterliche und emotionale Stärke den Rahmen, das Gerüst boten, das ihr auferlegte Schicksal zu bewältigen.

Als alleinstehende Frau mit drei kleinen Kindern den Weg in die Emigration wählen zu müssen, war ein hartes Schicksal. Daß es ihr trotz der widrigen Umstände gelang, ihren Kindern ein Dasein in der Schweiz zu schaffen, das ihnen nicht das Gefühl gab, Exilanten zu sein, macht sie ebenso bewundernswert wie die Tatsache, daß sie 1946 nach ihrer Auswanderung in die USA ihren Kindern Hanni und Kurt eine Hochschulausbildung ermöglichte und ihrer Tochter Lotti nach einem Jahr die Rückkehr in die Schweiz finanzierte, wo diese dann hei-

ratete. Irma wollte in Amerika ganz neu beginnen. Die Annahme der amerikanischen Staatsbürgerschaft und des amerikanisch klingenden Namens 'Fey' bestätigen dies. Als sie jedoch mit 70 Jahren ihre Tätigkeit als Hilfsschwester in Amerika aufgegeben hatte, ging sie wieder zurück in die Schweiz und verbrachte in der Nähe ihrer Tochter Lotti die restlichen Jahre ihres Lebens. Amerika war ihr fremd geblieben und konnte ihr nicht Heimat werden.

Harte Arbeit, das Sorgen für andere, auch außerhalb der Familie, und der feste Glaube an ihre Ideale bestimmten die Zeit ihrer Wanderungen. Wer sie kannte, weiß, daß sie nie klagte und immer fröhlich war, weiß aber auch, daß ihr rastloses Tätigsein bis zum letzten Tag ihres Lebens auch etwas mit Vergessen zu tun hatte. Ihrer Tochter Hanni schrieb sie einmal: „Doch wenn man nicht haben kann, was man will, muß man lieben, was man hat. Gut ist, daß im allgemeinen recht wenig Zeit zum Nachdenken bleibt."

Die Ausstellung erfreute sich zahlreicher Besucher und bot auch Schulklassen anregendes Anschauungsmaterial für den politischen Unterricht. Dies ist in großem Maße Lotti Fechenbach aus Zürich zu danken, die uns alle an ihre Mutter verbliebenen Erinnerungsstücke für die Ausstellung zur Verfügung stellte, so daß es möglich war, die einzelnen Sequenzen anschaulich zu präsentieren.

Abb. 1: Gedenkstein für Felix Fechenbach im Kleinenberger Wald bei Scherfede.

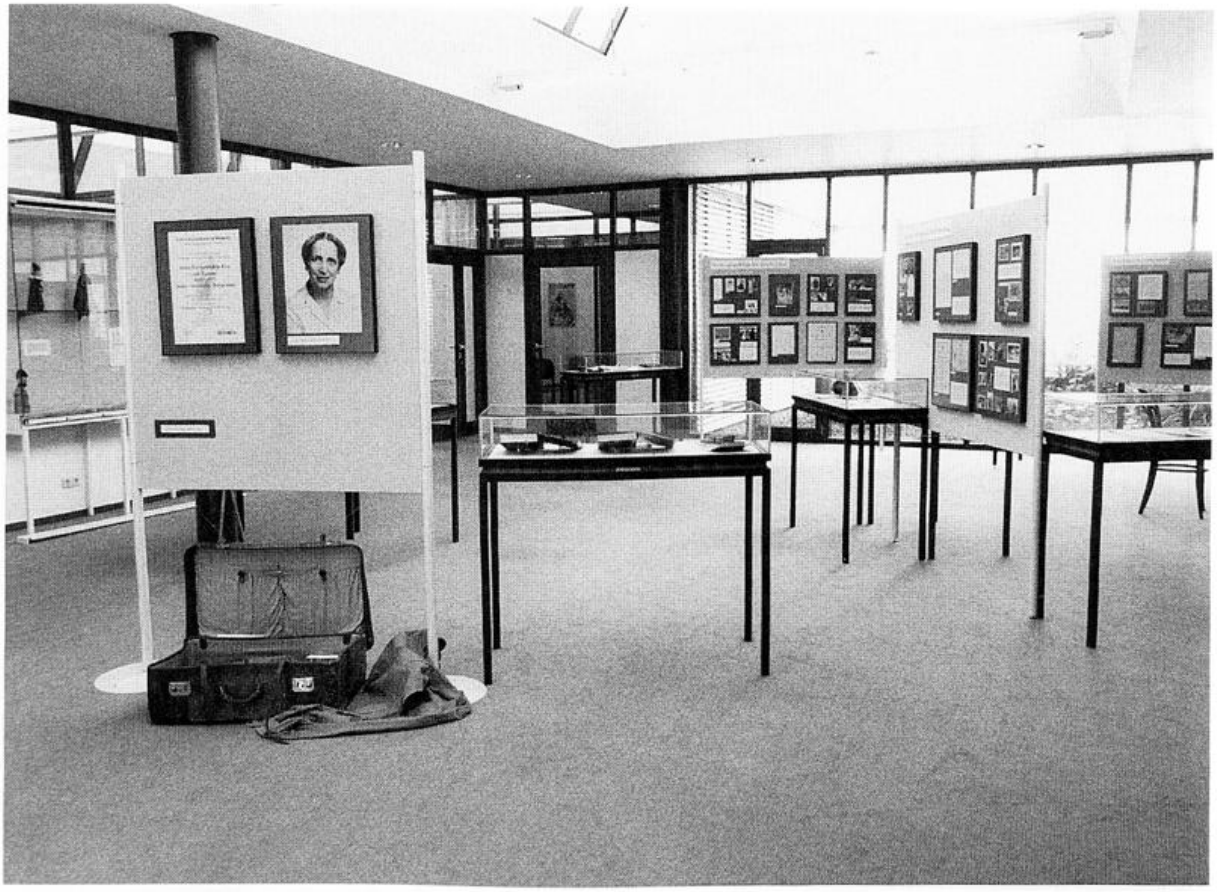


Abb. 2: Ausstellung im Staatsarchiv Detmold zu Irma Fechenbachs 100. Geburtstag.

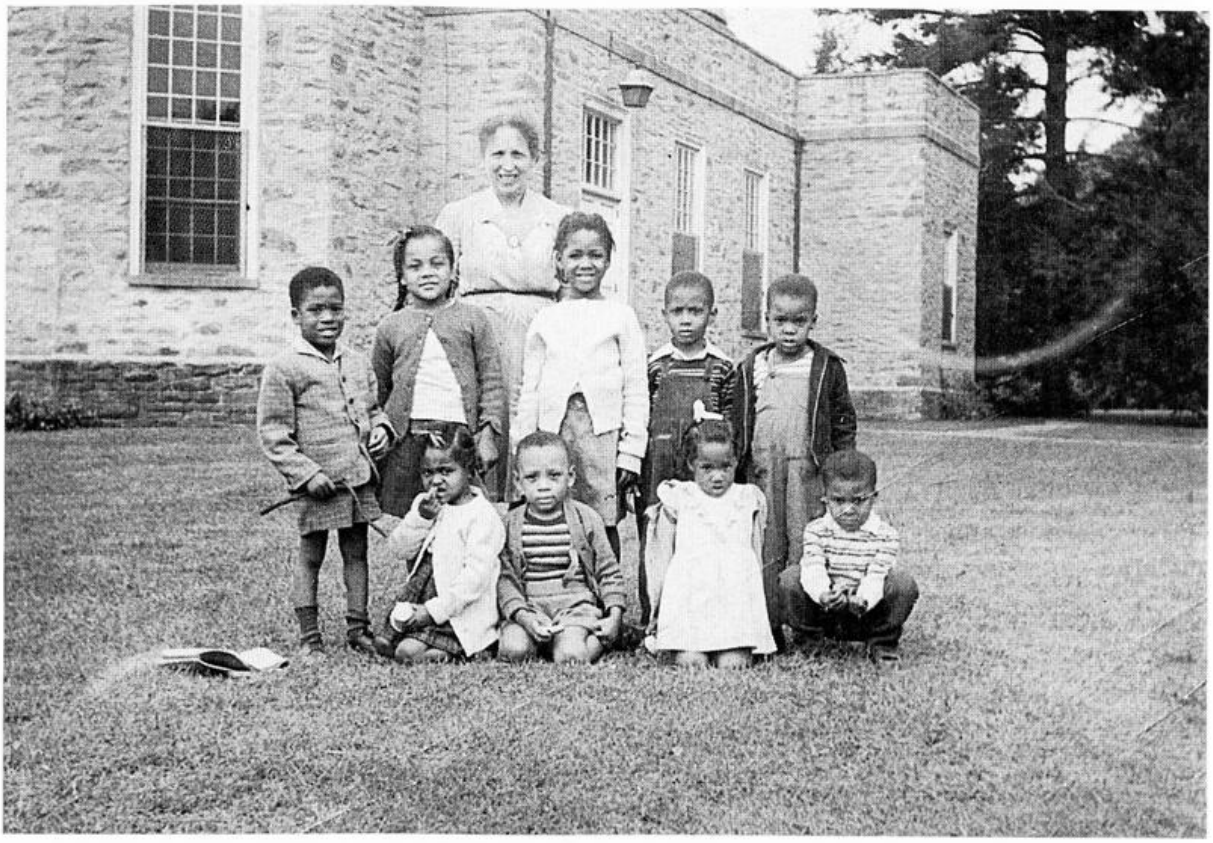


Abb. 3: Nach 1952 wohnt Irma Fechenbach einige Jahre in Philadelphia. Auch dort kümmert sie sich um die Kinder der benachteiligten sozialen Schichten.

Abb. 4: Irma und Felix Fechenbach mit den Kindern Kurt, Lotti und Hanni in Detmold.

Abb. 5: Irma Epstein als Harlekon zum Purimball.

Abb. 6: Abschlußfeier Hanni Fey von der High-School, 1949. Von links nach rechts: Hanni, Irma und Kurt.

Abb. 7: Ein Landausflug des Mädchenpensionats in England. Irma Epstein vorne, etwas verdeckt.

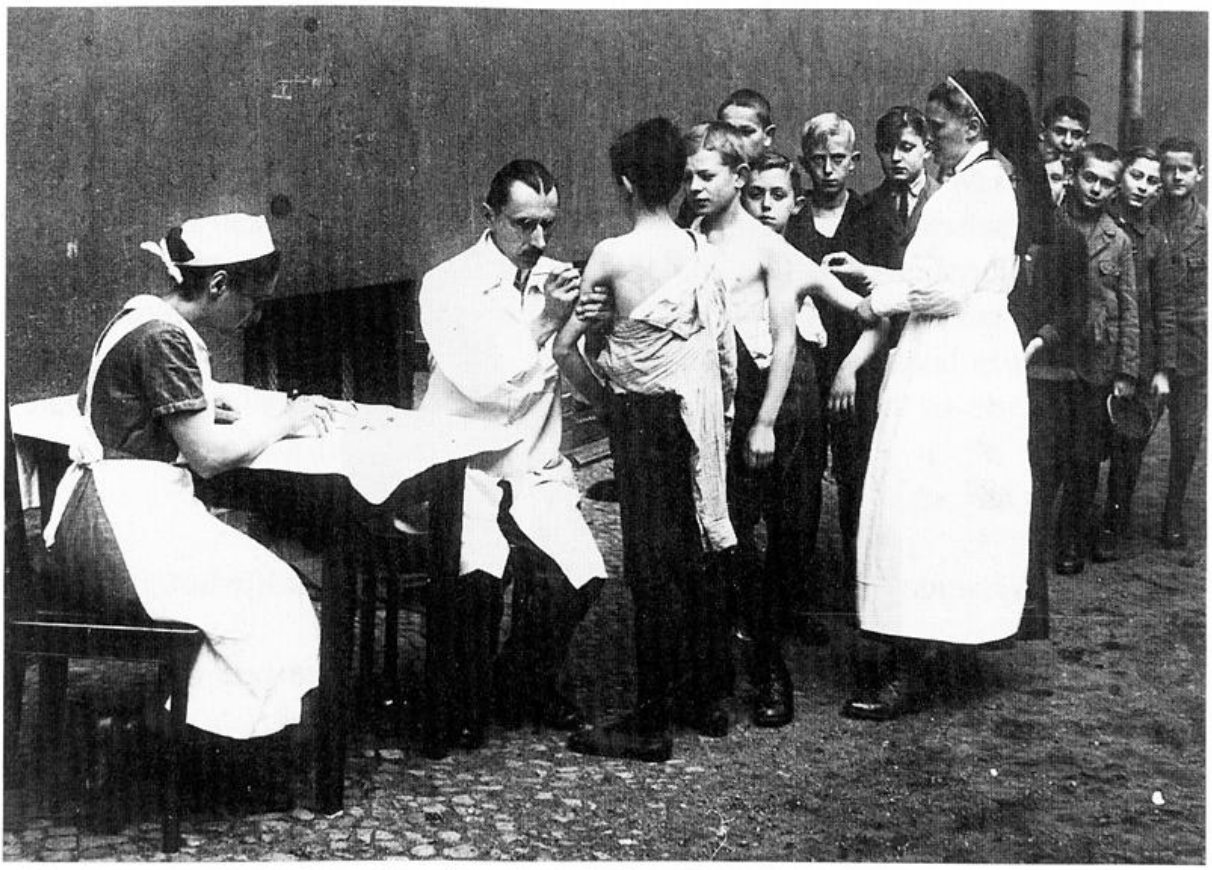


Abb. 8: Im Bild links Irma Epstein während einer Tuberkulose-Impfung im Bezirk Prenzlauer Berg in Berlin.

Abb. 9: Lotti Fechenbach und Max Wiederkehr 1947 in der Schweiz.

Abb. 10: Irma Fechenbach

Jüdische Stimmen zum Nationalsozialismus in Detmold – Ausschnitte aus einem Brief von Ruth Margalit, geb. Ehrmann.

Redaktion: Micheline Prüter-Müller

Ruth Margalit, Israel, geb. Ehrmann,ehemals aus Heidenoldendorf, über ihren Onkel Robert Levi aus Schlangen in einem Brief an Heinz Wiemann in Dorsten vom 7.1.1989:

Ich kam einen Monat zu spät. Onkel Robert starb im April 1985. Im Mai 1985 war ich zum ersten Mal wieder in Deutschland, und ich stellte mir die Begegnung mit Onkel Robert wie einen Traum vor. Dann erfuhr ich als erstes, Onkel Robert sei vor drei Wochen gestorben – ein ganz bitterer Schlag für mich.

Warum war Onkel Robert mein Lieblingsonkel?

Im Jahr 1940 kam Robert Levi aus Schlangen in die Detmolder 'Synagoge' – das war damals unsere jüdische Schule in der Gartenstraße 6. Die Schule bestand aus einem Zimmer, und sie wurde freitagabends zum Schabbat in eine Synagoge verwandelt. Dabei half uns Familie Flatow, die ihr neben der 'Schule' liegendes Zimmer zur Verfügung stellte. Sie öffneten die Flügeltür und gaben so dem Vorbeter Max Alexander, der auch unser Lehrer war, Platz für sein Pult und für den Thoraschrank. Onkel Robert arbeitete mit meinem Vater in einer Fabrik zusammen. So kam er 1940 viel zu uns nach Heidenoldendorf. Mich verwöhnte er über alles. Wenn mir zum Beispiel das Ohr wehtat, legte er einen Bonbon drauf und nannte mich seinen Liebling. Es entstand etwas, das mich nicht glauben läßt, daß später mit meinem Onkel Robert so etwas Schreckliches passieren würde. –

„Juden können im Krankenhaus nicht aufgenommen werden".

Robert Levi und mein Vater waren Freunde. So konnte ich manchmal hören, daß mein Vater besondere Dinge zu ihm sagte. Z.B.: „Wenn mir etwas passiert, kümmere dich um meine Familie." Onkel Robert versprach es. Da ich die wirkliche Bedeutung dieser Worte nicht kannte, nutzte ich jede Gelegenheit aus und sagte: „Onkel Robert, Du hast Vater versprochen, daß du dich kümmerst. Du mußt mir etwas mitbringen, wenn du kommst." – Ich weiß heute

noch nicht, woher der arme Onkel Robert, der mich nicht enttäuschen wollte, jedesmal eine Kleinigkeit nahm, die er mir mitbrachte. Als ich mir im Winter 1940 ein Bein gebrochen hatte, brachte er mir ein Grammophon und einige Schallplatten mit. Da ich so lange liegen mußte, war das für mich ein sehr schöner Zeitvertreib. Das Bein hatte ich mir beim Schlittenfahren gebrochen. Ich wurde ins Detmolder Krankenhaus gebracht. Als meine Mutter meinen Namen mit Ruth Sarah Ehrmann angab, sagte der Arzt, Juden könnten im Krankenhaus nicht aufgenommen werden, sie könnten höchstens im Badezimmer untergebracht werden. So beschloß meine Mutter, mich wieder nach Hause zu nehmen. Deshalb mußte ich dann dort so lange liegen, und Onkel Robert mußte noch häufiger kommen, damit die Schmerzen nicht zu schlimm wurden.

„Juden durften eigentlich keine staatlichen Verkehrsmittel benutzen".

Eines Tages hörte ich, wie Onkel Robert und mein Vater sich darüber unterhielten, daß man die Juden in den Osten schickte. „Was macht man dort mit den Juden?" wollte ich wissen. Onkel Roberts Antwort war, es sei jetzt Krieg, und alle müßten mehr arbeiten. –

Ein halbes Jahr, bevor Onkel Robert 'verschickt' wurde, verlobte er sich mit Ilse Ickenberg aus Altenbeken. Für mich war das ein Ereignis, denn auch Ickenbergs waren gute Freunde von uns. Wir fuhren gemeinsam mit dem Zug, und als wir durch den Tunnel fuhren, sprang ich Onkel Robert auf den Schoß, weil ich im Dunkeln Angst hatte. Dies alles spielte sich in einer Zeit ab, in der wir eigentlich als Juden nur mit einer Sondergenehmigung unsere Wohnorte verlassen und keine staatlichen Verkehrsmittel benutzen durften. Dabei bewies Onkel Robert wieder seinen Mut und nahm alle Gefahren auf sich.

Als 'Halbjuden' alleine in Detmold

Bald darauf wurden Onkel Robert und seine Familie deportiert. Meine Mutter fuhr nach Schlangen, um beim Packen zu helfen. Wir waren alle so naiv und glaubten wirklich nur an ein Arbeitslager im Osten. Der Abschied war sehr schwer. Ich konnte es nicht fassen, daß es keinen Onkel Robert mehr gab. Mitte 1942 waren nur noch wir 'Halbjuden' in Detmold. Wir hatten ein schweres Leben. Wir wurden von den Schikanen der Nazis nicht verschont – trotz all der guten Nachbarn, die wir hier in Heidenoldendorf hatten. Oft dachte ich: „Wo sind wohl alle?" „Warum schreibt Onkel Robert nicht?"

In Theresienstadt

Anfang Februar 1945 war der große 'Mischlingstransport'. Unsere Familie kam nach Theresienstadt, nur meine Mutter blieb ganz allein in Heidenoldendorf. Inzwischen wußten wir schon viel über die Konzentrationslager und glaubten nicht mehr an die Arbeitslager. Jeden Tag wurde ich zusammen mit zehn anderen kleinen Mädchen von zwei Polizisten und zwei Hunden aus dem Lager geführt, um in der Landwirtschaft zu arbeiten. Auf der Landstraße von Dresden nach Prag machte ich die erste Bekanntschaft mit sogenannten Muselmännern, die auf der Kleinen Festung waren und auch zur Arbeit geführt wurden. Als ich diese Menschen sah, glaubte ich alles, was ich in Deutschland als Gerücht empfangen hatte. Ich sah auch den Todesmarsch von Auschwitz nach Theresienstadt. Die Deutschen merkten, es geht zu Ende, und schleppten Tausende von Menschen von Lager zu Lager. Von Auschwitz nach Theresienstadt dauerte es einen Monat. Die Menschen kamen aus Richtung Bauschowitz, einem kleinen Dorf mit Eisenbahnstation und Sondergleisen nach Theresienstadt, zu uns. So empfing ich täglich diese Transporte von Viehwaggons (!) vollgestopft mit Menschen. Wenn die Türen aufgemacht wurden, fielen die meisten von ihnen *tot* heraus. Diese Leute waren keine Menschen mehr, es waren Tiere. So häuften sich Berge von Leichen unmittelbar vor mir auf.

Dann wurde ich sehr, sehr krank. Unter sehr primitiven Verhältnissen wurden mir mit einem Taschenmesser die Mandeln herausoperiert. Es hieß leben oder sterben. Von dieser Zeit, bis zum 3. Mai, weiß ich nicht mehr, was geschah. Am 3. Mai kam mein Vater zu mir. Es war das erste Mal in meinem Leben, daß ich meinen Vater weinen sah. Er sagte: „Stell dir vor, Onkel Robert ist hier angekommen! Es ist furchtbar, wie er aussieht; er ist ein Muselmann und kein Mensch mehr." So ging mir ein Licht auf: Du mußt hier aus dem Krankenhaus. Du mußt zu Onkel Robert und ihm helfen. Ich stellte mich gesund, und zwei Tage später verließ ich das Krankenhaus. Ich ging zu meinem Zimmer in dem Haus L114. Dort hatte ich noch ein Stückchen Zucker, das wollte ich Onkel Robert bringen. Auf dem Weg zu ihm wurde ich überfallen, und der Zucker wurde mir aus der Hand gerissen.

Ich fand Onkel Robert wieder als Muselmann mit zwei Kindern an der Hand. Ich fragte ihn: „Sind das deine Kinder?" und er erzählte mir, daß die Eltern der Kinder in Auschwitz vergast wurden und er den Eltern versprochen habe, daß er die Kinder mitnimmt, solange er lebt.

Theresienstadt war überfüllt. Es gab keinen Platz für alle diese Leute. Man ließ sie einfach im Freien in einem tiefen Graben zwischen der Hamburger Kaserne und dem Krematorium. Mein Vater nahm Onkel Robert mit sich in die Hamburger Kaserne, was eigentlich sehr gefährlich war, aber die Deutschen hatten die Übersicht verloren. Mein Vater sorgte dafür, daß die drei schön viel Kartoffelschalen zu essen bekamen. Ich wollte nur in der Nähe von Onkel Ro-

bert sein. Ich aß mein Brot nicht mehr und ging oft zu ihm und brachte es ihm. Er erzählte mir von Warschau, Mauthausen, Treblinka und von Auschwitz. Er erzählte mir, daß auf dem Todesmarsch Leute, die nicht mehr konnten, von der Hitlerjugend erschossen wurden, daß die Menschen vor Hunger und Durst ihr eigenes Fleisch gegessen und ihren Urin getrunken haben. Das habe ich übrigens selbst gesehen. Am 7. Mai 1945 wurde ich wieder sehr krank. Diesmal noch schlimmer. Es durfte mich niemand besuchen. Am 9. Mai 1945 kam plötzlich mein Bruder zu mir: „Steh auf, der Krieg ist zu Ende." Ich wollte aufstehen, kam bis zur Tür und fiel um. In dieser Zeit habe ich einen Monat meines Lebens verloren und auch nicht begriffen, daß der Krieg beendet war und die so ersehnte Befreiung da. Ich hatte Typhus und wollte einfach sterben. Nur wenn Onkel Robert – trotz des Besuchsverbotes kam –, ging es mir ein bißchen besser.

Der Heimweg nach Detmold

Zunächst konnten wir Theresienstadt wegen der Typhusepidemie nicht verlassen. Später gelangten wir nach vielen, vielen Schwierigkeiten, bei denen uns Onkel Robert immer wieder half, durch die russisch und amerikanisch besetzten Gebiete. Wir schliefen tagelang im Regen im Freien oder kamen in Flüchtlingsheimen unter. Sechs Tage brauchten wir von Dresden nach Hannover mit dem Zug. Von dort versuchten wir per Tramp weiterzukommen. Das gelang auch, aber wir konnten nicht alle zusammenbleiben. Ein großer Lastwagen kam, hielt an, hatte aber nur drei Plätze. Onkel Robert ließ Hans, Max und mich abfahren. Der Wagen fuhr bis Hameln. Von dort gingen wir zu Fuß weiter. In einem kleinen Ort, dessen Namen ich nicht mehr weiß, machte ich schlapp. Ich hatte keine Schuhe mehr und großen Hunger. Die Engländer gaben uns schönen warmen Grießbrei, und ich erhielt ein Paar Schuhe. Ein Soldat sagte: „Morgen bringe ich Euch nach Lemgo." Ich überlegte immer wieder, wo die anderen sein könnten. In Lemgo setzten wir drei uns vor das Rathaus und fragten, wie wir nach Detmold kommen könnten. Ein Engländer sagte: „In einer Stunde fahre ich nach Detmold. Ich nehme euch mit."

Wieder in Heidenoldendorf

Von Detmold aus gingen wir zu Fuß nach Heidenoldendorf. Von weitem sah ich, daß mein Vater, Onkel Robert, Karl und Israel schon zu Hause waren. Meine Mutter, überhaupt die ganze Familie, hatte sich sehr um uns gesorgt. Nun waren wir alle endlich mal wieder zu Hause.

Onkel Robert blieb ungefähr ein Jahr bei uns. Von seiner Familie kam keiner mehr zurück. Er ist überhaupt nicht nach Schlangen gefahren. Er begann, mit Hilfe des Roten Kreuzes seine Familie zu suchen.

Ich glaube, am Anfang des Jahres 1946 fand in Bielefeld zum ersten Mal nach dieser Tragödie ein Gottesdienst statt, zusammen mit einer Gedenkfeier für die Opfer des Holocaust. Ich weiß nicht mehr, wo genau das war. Es war tragisch. In einem kleinen Zimmer standen wir ungefähr 30 überlebenden Juden. Onkel Robert weinte furchtbar. Alle haben wir geweint. Tagelang nachher hatte Onkel Robert nicht gesprochen.

Eines Tages kamen zwei Mädchen und ein Mann zu uns. Wir erkannten sie nicht. Das waren Ilse und Röschen Ickenberg. Ilse war nun verheiratet mit einem Mann aus Litauen. Es war eine unangenehme Lage. Onkel Robert sagte, er habe schon so viel mitgemacht und soviel verloren, daß es ihm schon gar nichts mehr ausmache. Er ging zurück nach Schlangen, aber nicht in sein Elternhaus. Ich glaube, er war in dieser Zeit sehr unglücklich. Er sagte oft: „Warum bin ich zurückgekommen?" Ich machte ihm immer Mut und sagte: „Einmal wird alles wieder gut". Er sagte sehr oft, daß er sich schäme, daß ich als kleines Mädchen ihm immer wieder Mut zureden müßte.- Onkel Robert heiratete, ich glaube 1948, Irmgard Kleinstras, deren katholische Erziehung die beiden später auch auf ihre zwei Söhne übertrugen. Ich war noch dabei und freute mich damals sehr, als ihr erster Sohn geboren wurde. Kurz darauf wanderten wir nach Israel aus. Onkel Robert schrieb uns zunächst noch viel und half uns als Zeuge, damit wir die Wiedergutmachung erhielten. Von einem gebürtigen Paderborner aus unserem Kibbuz hörten wir später, er habe Onkel Robert in der Synagoge getroffen. Wir sagten uns, wenn Onkel Robert noch in die Synagoge geht, ist alles in Ordnung. Dann glaubt er doch noch ans Judentum. –

Zum Gedenken

Ich nehme an, Sie wissen, daß sich Onkel Robert im Warschauer Ghetto unter einen Haufen Leichen legte und sich totstellte. Von dort flüchtete er zu einem polnischen Bauern. Als die Deutschen sich näherten, wurde er von diesen gefaßt. Sie schlugen ihm mit einem Beil den Kopf auf. Von dort kam er nach Treblinka. Auch dort gelang ihm die Flucht, aber nicht für lange Zeit. Er kam nach Mauthausen, nach Birkenau und zum Schluß nach Auschwitz.

Ich weiß nicht, wie Onkel Robert dies alles geschafft hat und am Leben blieb. In meinen Augen war er ein großer Held des Holocaust.

Lieber Onkel Robert, ich schreibe dies alles, weil ich dich sehr lieb hatte; zum Gedenken, daß du niemals in Vergessenheit gerätst.

Heute bin ich eine erwachsene Frau mit drei verheirateten Kindern und Enkelkindern, aber ich unterschreibe so, wie du mich immer genannt hast Mein kleines Ruthchen.

Ruth Ehrmann- Margalit
Maayan Zwi – Israel

Jüdische Stimmen zum Nationalsozialismus in Detmold – Ausschnitte aus Briefen und Reiseberichten von Uri Lev-Ron (früher Rudi Heilbrunn) an Wolfgang Müller.

Redaktion: Micheline Prüter-Müller

Erinnerungen an Familie, Freunde, Häuser und Straßen in Detmold

„Wir begannen unseren Stadtrundgang mit dem Haus Sachsenstraße 25, dem Haus, das den Eltern von Gad (Gerhard Buchholz) und Devora (Ilse Buchholz) gehörte und in dessen 'Dachkammer' auch ich meine Ferien verbrachte, nachdem wir nach Bielefeld gezogen waren. Wir wurden von Mietern eingeladen, mit denen wir eine lange Unterhaltung führten. Von dort gingen wir zum Haus Ecke Elisabeth- und Emilienstraße, in dem meine Mutter, Gads Vater und vier weitere Geschwister geboren sind, von denen vier den Holocaust nicht überlebt haben. Schräg gegenüber wohnte Familie Rülf, die Familie des Lehrers und Predigers der Gemeinde, die enge Freunde unserer Familie waren. Von dort gingen wir zum Geschäftshaus der Familie Matthias Buchholz in der Paulinenstraße, dem einzigen der Familienhäuser, an dessen Stelle ein Neubau steht. Von dort ging es zur Bruchstraße 41, dem Haus, in dem meine Schwester Elischewa und ich geboren sind. Wir gingen dann an den Häusern in der Weinberg- (heute Paulinen-) und Gartenstraße vorbei, in denen wir zeitweise gewohnt hatten. Auf dem Weg passierten wir auch das Haus der Frau Leffmann – Gartenstraße 6, das letzte 'Judenhaus' zur unseligen Nazizeit. Am Alten Postweg bewunderten wir das schöne Haus von Julius und Else Buchholz, das sie ihren Freunden, der Familie Heumann vermachten, um es nicht in die Hände von Nazis fallen zu lassen. Die Runde beendeten wir mit dem Geschäft Krumsiek, das ursprünglich dem ältesten Bruder meiner Mutter gehörte, der es seiner getreuen Geschäftsführerin übermachte.

Am Vorabend besuchten wir noch die alte Synagoge in der Exterstraße, die ihrer (erneuerten) hebräischen Inschrift nach 1741 eingeweiht wurde und bis 1905 als Synagoge benutzt wurde. – Von der neuen Synagoge, die im Novemberpogrom 1938 vollständig zerstört wurde, blieben vier Säulen übrig, die heute im Hof der alten Synagoge stehen, der Erinnerungsstätte für die Opfer des Holocaust. Von der neuen Synagoge blieb nichts als eine nichtssagende Tafel vor einem riesigen Neubau." (Auf Anregung von Uri Lev-Ron wurde

diese Tafel im Jahre 1994 durch ein größeres Mahnmal ergänzt). (Aus dem Bericht über die Reise nach Detmold 1989 vom 12.7.1989)

Die jüdischen Kinder organisierten sich

„Mein Bruder Ernst gründete 1929 in Detmold eine Junggruppe des jüdischen Pfadfinderbundes, nachdem ihm nach einem Jahr Kandidatur bei der allgemeinen Pfadfinderbewegung als einzigem Kandidaten die Aufnahme verweigert wurde und niemand ein Hehl daraus machte, daß der einzige Grund sein Judentum war.

Da die jüdische Gemeinde in Detmold kaum 200 Seelen umfaßte und stark überaltert war, war die Gruppe sehr klein. Mein Bruder war der unumstrittene Leiter und Initiator; sein Stellvertreter war Herbert Rülf, der Sohn des jüdischen Lehrers und Predigers Moritz Rülf. Ebenso natürlich war, daß ich als Ernsts Bruder und Arno Katin als Herberts Vetter bei jeder Diskussion die Führer der Opposition waren. In unserer Gruppe herrschte der Geist nicht orthodoxer, aber doch sehr stolzer Juden. [...] Mit dem Wachsen der nationalsozialistischen Gefahr wurde unser Judentum immer betonter und allmählich sympathisierten wir mehr und mehr mit dem Zionismus. [...] Leider hat die große Mehrheit der jüdischen Gemeinde durch ihre Verbundenheit mit allem 'Deutschen' nicht rechtzeitig erkannt, was die Zukunft bringen würde. Viele Eltern haben ihre Kinder gezwungen, 'die bösen Zionisten' zu verlassen, um den 'deutschen Geist' zu retten, und nicht wenige haben mit ihren Eltern und Verwandten ihr Ende in Auschwitz gefunden." (August 1988)

Antisemitische Vorfälle am Gymnasium Leopoldinum

„In der Quarta begegnete ich zum ersten Mal einer antisemitischen Anpöbelei. Der 'Musterschüler' unserer Klasse (im gegenteiligen Sinn des Wortes) beschmierte mir ein in der Klasse vergessenes Heft mit antisemitischen Unflätigkeiten.- Da er einen ausgesprochen jüdisch klingenden Familiennamen hatte, nehme ich heute an, daß er den nichtarischen 'Fleck' der Familie durch Antisemitismus verdecken wollte." (1.5.1990)

„Unsere Familie hat von 1930 bis 1933 in Bielefeld gelebt, so daß wir die letzten Jahre vor der Machtergreifung und die ersten Monate des Naziregimes nicht in Detmold erlebten. Aus meiner Erfahrung kann ich nur sagen, daß das Wachsen der NSDAP in Detmold viel fühlbarer war als in Bielefeld und die Sympathie (besonders unter den Lehrern des Detmolder Gymnasiums) viel deutlicher war. Als ich vor den Septemberwahlen 1930 Ohrenzeuge war, als

zwei Unterprimaner zueinander sagten: 'Heute abend stürmen wir!' und dann eine Versammlung der 'Staatspartei' (Demokraten und Jungdeutscher Orden) von den Nazis gesprengt wurde, taten Direktor und Klassenlehrer mein Zeugnis ab mit der Erklärung, daß eben ein Unterprimaner glaubwürdiger sei als ein Tertianer. (Die Unterprimaner hatten alles abgestritten). Ich hatte die Aussage meinem Bruder erzählt, und der mobilisierte Herrn Rülf, der dann intervenierte (und dadurch viele Nachteile erleiden mußte).

Ich bin auch verschiedentlich von Klassenkameraden angepöbelt worden, was mir später in Bielefeld nie passierte, obwohl mein Klassenlehrer ein 'alter Kämpfer' war." (14.6.1988)

„Daß die Geschichte mit der gesprengten Versammlung der Staatspartei solche Kreise gezogen hatte, war für mich überraschend. Was mir ganz unverständlich ist, ist, warum sich Moritz Rülf so in die Verteidigung hat drängen lassen, als ob es um politische Tätigkeit oder Zugehörigkeit ginge. Es ging doch eigentlich darum, ob man ruhig zusehen darf (als Erzieher), wenn Schüler sich organisieren, um Versammlungen anderer Parteien zu sprengen. Das hat doch überhaupt nichts mit politischer Überzeugung oder Zugehörigkeit zu tun." (18.7.1988)

Zur Erklärung dieses Vorfalles vgl.: Wolfgang Müller: Moritz Rülf – ein jüdischer Lehrer in schwerer Zeit, Lippische Mitteilungen 57, 1988, S.413 ff.(Hier auch die Belegstellen zu den verwendeten Zitaten). Sinngemäße Zusammenfassung: Rülf war von Schulrat Geise und seinem Kollegen Dr. Stiefel aufgefordert worden, gegebenenfalls Material über nationalsozialistisch agierende Schüler zu sammeln. Nachdem ihm Rudi und Ernst Heilbrunn nun berichtet hatten, daß zwei Schüler die betreffende Versammlung hätten sprengen wollen, notierte er sich die Namen, um niemanden fälschlich zu beschuldigen. Die Namen hatte Rülf nach dem oben geschilderten Verlauf der Lehrerkonferenz nicht weitergegeben. Dennoch wurde er in der Folgezeit Opfer erbitterter Anschuldigungen durch die Landeszeitung vom 3.9.1930 (Demagogenverfolgung vormärzlicher Zeit; Gefährdung der 'höchsten ideellen Güter'), durch Schulleiter Gregorius, der ihn rügte und sein Verhalten für 'ungehörig' erklärte, und durch die Oberschulbehörde, die Rülfs eingestandenermaßen persönliche Angriffe gegen Gregorius in einem Schreiben als 'Verfehlung' brandmarkte. Er habe nicht genügend Rücksicht auf seine Stellung als Lehrer genommen, man könne es „unter keinen Umständen für richtig halten, daß er von einem Schüler Material über das Verhalten anderer Schüler erbeten" habe. In der Folge wurde es den Schülern des Leopoldinums aber doch verboten, an 'Versammlungsstörungen' teilzunehmen. – „Statt sich mit den Ausschreitungen der nationalsozialistischen Schüler und den Klagen der jüdischen Schüler über unerträgliche Belästigungen auseinanderzusetzen, richtete sich die ganze Kritik gegen die

Form, mit der Rülf seine Schüler schützen wollte." (Wolfgang Müller, a.a.O., S. 415).

„Ich erinnere mich an den 1.4.1933, den Tag des Boykottes gegen die Juden. Mein Vater stammte aus einer der streng orthodoxen jüdischen Gemeinden in Hessen, die beinahe ebenso streng deutsch-patriotisch waren. Das war bei ihm allerdings schon etwas 'verwässert' durch seinen Humanismus und den Pazifismus, den er aus dem Ersten Weltkrieg heimbrachte. Aber den ersten entscheidenden Riss bekam er wohl 1922, als sein politisches Idol Walther Rathenau als Jude ermordet wurde. – Vater, einen halben Kopf größer als ich, blond, blauäugig – was man im Nazijargon einen 'arischen Typ' nannte, ging am 1.April 1933 – dem Tag des Boykotts gegen die Juden – in sein Geschäft und hatte einen Zusammenstoß mit den SA-Männern, die davor postiert waren, um Deutsche am Betreten zu hindern. Sie hielten ihn offensichtlich für einen 'Volksgenossen', der die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hatte. Als Vater abends aus seinem Geschäft zurückkam, erklärte er beim Abendessen: „Heute hat man mir bewiesen, daß ich kein Deutscher bin; wenn nicht Deutscher, bin ich nur Jude, und dann gibt es für mich nur einen Platz in der Welt." Zwei Monate später war er in Israel, um den Platz für seine Familie vorzubereiten." – (14.6.88)

Uri Lev-Ron, 9.11.1995

Zur Enthüllung der Tafel mit den Namen der Detmolder Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft

Meine Damen und Herren, liebe Freunde,

ich fühle mich hier als Stellvertreter der Generation meiner Eltern, obwohl Karla Timna geb. Rülf aus Maajan Zwi dazu berufener wäre. Aber sie ist heute so krank, daß sie nicht kommen konnte, selbst wenn sie dazu bereit wäre. Denn diese Tafel wird mit einer Verspätung von ca. 50 Jahren errichtet, und es lebt niemand mehr aus der Generation, die mit den Opfern der Schoa in Detmold gelebt hat und auch die gekannt hat, die in Detmold geboren wurden, aber aus anderen Städten in den Tod geschickt wurden. So beschloß ich als Ältester der Lebenden meiner Generation wohl der einzige bin, für den der größte Teil dieser Liste nicht nur Namen sind, sondern Menschen, die auch heute noch vor meinem geistigen Auge stehen und davon mehr als 15 nahe und entferntere Verwandte.

Wir dürfen nie vergessen, daß die große Mehrheit dieser Menschen kein Grab und keinen Grabstein hat, daß sie in Krematorien verbrannt oder in Massengräbern verscharrt wurde, in dem wahnsinnigen, aber beinahe geglückten Vorhaben, ein ganzes Volk auszumerzen. Ich glaube, mein Freund Wolfgang Müller hat Recht, wenn er die Schoa – den Holocaust – als die größte Katastrophe des jüdischen Volkes bezeichnet. Zu viele Tausende Deutsche waren an der Schoa aktiv beteiligt, und zu viele Millionen haben zustimmend oder schweigend zugesehen.

Damit die Schoa ein Einmaliges und ein Einzigmaliges in der menschlichen Geschichte bleibt, haben wir alle die Pflicht, jeder an seinem Platz, uns immer wieder gegen Unrecht und Gewalt einzusetzen – sei es gerichtet gegen einzelne oder sei es gegen ganze Völker.

Wolfgang Müller, 9.11.1995

Rede anläßlich der Enthüllung der Tafel mit den Namen der Detmolder Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Die Shoa, die Vernichtung der europäischen Juden, ist die radikalste Tatsache der bisherigen Weltgeschichte. Sie war eine Katastrophe für das jüdische Volk. Sie war und ist aber auch eine Katastrophe für das deutsche Volk, denn wie soll ein Volk mit solchen Taten weiterleben?

Diese Katastrophe war auch die größte in der Geschichte der Stadt Detmold – sie wurde nur nie als solche 'wahr'genommen.

Auf der Tafel, die heute enthüllt worden ist, stehen die Namen von 151 jüdischen Männern, Frauen und Kindern, die in Detmold geboren wurden oder hier für eine gewisse Zeit gelebt haben. Sie alle wurden durch die nationalsozialistischen Gewalthaber verschleppt und ermordet.

Nur von wenigen wissen wir, wo sie begraben sind, die anderen haben ein 'Grab in den Lüften'. Ihre Namen waren bis heute nirgends verzeichnet. An keiner Stelle in Detmold konnten die Angehörigen sehen, daß dieser Toten namentlich gedacht wird. Das Ausmaß der von Menschen gemachten Katastrophe wurde nirgends sichtbar und sollte es wohl auch nicht werden.

Mit uns sind heute abend hier:

Judith Weiszfish und ihre Tochter Einat aus Israel. Sie sind hier, weil die Namen ihrer Großeltern und Urgroßeltern auf der Tafel stehen:

DAVID EXAMUS und EMMY EXAMUS geb. SALOMON.

Die Großeltern wohnten in der Sinalco-Villa am Bahnhof, der Großvater hatte in der heutigen Industriestraße ein Getreidegeschäft. Im Oktober 1939 mußten sie in das sog. 'Judenhaus', Paulinenstraße 10, ziehen.

Am 30. März 1942 wurden sie nach Warschau deportiert. Nur von wenigen lippischen Juden wissen wir, was mit ihnen nach der Deportation geschah. Über David und Emmy Examus hat nach dem Krieg ein Überlebender, Robert Levi aus Schlangen, berichtet:

Die Eheleute David und Emmi Examus gehörten zu den Detmolder Juden, die zusammen mit mir am 28. März 1942 nach Bielefeld geschafft wurden und hier zu dem Transport – Hannover 2 – kamen, der nach Warschau ging. In Warschau haben beide Eheleute Examus zunächst mit mir in einem Zimmer gewohnt. Während ich alsbald nach Treblinka kam, blieben die Eheleute Examus noch in Warschau. Im Herbst 1942, als ich aus Treblinka geflohen war und wieder nach Warschau kam, habe ich mich nach dem Schicksal der Eheleute Examus erkundigt. Man sagte mir damals, daß David Examus bald nach meinem Abtransport – etwa im Juni oder Juli – verstorben ist. David Examus war nämlich schon krank, als ich am 9. April nach Treblinka transportiert wurde. Seine Ehefrau ist mit meiner ebenfalls umgekommenen Schwester zusammen gewesen. Beide haben bei der Firma Többens u. Schulz in Warschau gearbeitet. Während meine Schwester nach Treblinka kam, soll Frau Emmi Examus nach dem jüdischen Arbeitslager Treblinka geschafft worden sein. Von der Vorgenannten habe ich dann nichts mehr gehört und nehme, wie in allen anderen Fällen mit Bestimmtheit an, daß sie dort umgekommen ist.

Mit uns sind heute abend hier:

Gad Eschel und Uri Lev-Ron aus Israel. Gad Eschel ist hier, weil auf der Tafel die Namen seiner Eltern stehen:

BERNHARD BUCHHOLZ und IRMGARD BUCHHOLZ geb. HELLWITZ.

Von ihnen mußte er Abschied nehmen, als er im Dezember 1939 mit einem der letzten Kindertransporte nach Palästina geschickt wurde. Irmgard und Bernhard Buchholz wurden im Dezember 1941 nach Riga deportiert. Nicht einmal zusammenzubleiben war ihnen vergönnt. Irmgard Buchholz wurde im Konzentrationslager Stutthof, Bernhard Buchholz in Buchenwald ermordet.

Uri Lev-Ron wollte seinen Vetter nicht allein reisen lassen. Er ist hier, um der 17 Detmolder Mitglieder seiner Familie zu gedenken, die deportiert und ermordet wurden:

Ida Arensberg; Hedwig Block; Amalie Buchholz, Arthur Buchholz, Bernhard Buchholz, Elsa Buchholz, Grete Buchholz, Irmgard Buchholz, Julius Buchholz, Margarethe Buchholz, Sigmund Buchholz und Toni Buchholz; Laura Hallenstein; Aenne Heymann, Edith Heymann, Max Heymann und Walther Heymann.

Mit uns sind heute abend hier:

Benjamin Margalit und Ruth Margalit geb. Ehrmann aus Israel. Ruth Ehrmann wurde noch im Februar 1945 nach Theresienstadt geschickt, wo sie noch einige der aus Detmold Deportierten lebend antraf. Sie war immer in Gedanken bei

uns, wenn wir uns an dieser Stelle versammelt haben. Ihr verdanken wir die Kerzen, die in den letzten Jahren zum Jom Ha Shoa oder zum 9. November entzündet wurden.

Mit uns sind heute abend aus Detmold hier:

– Renate Gisder, die Tochter des jüdischen Kaufmanns MAX GUSDORF und dessen Enkelin Theresia Komm,
– die Enkelin von LAURA SANDER geb. Kronenberg,
deren Namen auch auf der Tafel stehen.

Auf der Tafel sind auch die Namen von neun nichtjüdischen Frauen und Männern aus Detmold verzeichnet. Auch sie wurden aus rassenideologischen Gründen umgebracht, oder weil sie das nationalsozialistische Herrschaftssystem politisch bekämpften. Über ihr Schicksal breitete sich sogar noch ein tieferes Schweigen als über das der jüdischen Opfer.

Der Kommunist FRITZ BÜKER aus Heidenoldendorf setzte den Kampf gegen die Nationalsozialisten in den Jahren 1933 und 1934 fort, bis er wegen 'Vorbereitung zum Hochverrat' zu zwei Jahren Haft verurteilt wurde. Nach seiner Entlassung 1936 denunzierte ihn ein Heidenoldendorfer, dem er mehr scherzhaft als ernst gesagt hatte, daß der Kampf weitergehe. Das neue Urteil lautete fünf Jahre Zuchthaus. Auch nach diesen fünf Jahren kam er nicht mehr frei. Am 11. Oktober 1944 wurde er im Konzentrationslager Sachsenhausen 'wegen versuchter Meuterei und Aufwiegelung', wie die SS seiner Frau mitteilte, erschossen.

Der Diplomkaufmann HANS MILL erfuhr 1935 aus der Zeitung, daß in Rostock drei Studenten einen Prälaten unter Vortäuschung von Glaubensproblemen zu abfälligen Äußerungen über das 'positive Christentum' der Nationalsozialisten veranlaßten und seine Verurteilung zu eineinhalb Jahren Gefängnis herbeiführten. Thomas Mann erwähnt den Fall voller Abscheu in seinen Tagebüchern.[1] Hans Mill zeigte die drei Studenten wegen Anstiftung zum Vergehen gegen das sogenannte 'Heimtückegesetz' an. Der Rostocker Oberstaatsanwalt bat seinen Detmolder Kollegen daraufhin, Hans Mill „ganz energisch zur Verantwortung zu ziehen"[2] – was natürlich sofort geschah. Hans Mill wurde wegen 'falscher Anschuldigung' verurteilt und mußte wegen weiterer Konflikte mit den Nationalsozialisten 1937 nach Belgien ins Exil gehen. 1940 wurde er dort von der Gestapo verhaftet und nach Deutschland verschleppt. Er starb am 11. Juli 1941 im Konzentrationslager Dachau.

HILDEGARD KLEESIEK leistete keinen Widerstand und protestierte auch nicht, sie blieb im Jahr 1943 nur einige Male ihrer Arbeitsstelle bei der Firma Hilker fern. Dafür wurde sie vom Amtsgericht Detmold zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe im Frauenjugendgefängnis Vechta wurde sie in das Konzentrationslager Ravensbrück eingewiesen. Nach einem Jahr hielt der Vater die Todesnachricht der SS in den Händen.

Die Schwestern ANNELIESE und GRETE LÜKERMANN starben noch wenige Tage vor dem Einmarsch der Amerikaner in der Anstalt Lindenhaus. Einige Wochen vorher war ihre Mutter von den Behörden bedrängt worden, eine Erklärung zu unterschreiben, daß sie sich mit dem 'Gnadentod' für die beiden jungen Frauen einverstanden erkläre.

Wir wissen, daß die Reihe der Namen auf der Tafel nicht vollständig ist. Sobald wir über das Schicksal weiterer Opfer Gewißheit haben, wollen wir sie ergänzen.

> Schwerer ist es, das Gedächtnis der Namenlosen
> zu ehren als das der Berühmten
> Dem Gedächtnis der Namenlosen ist die
> historische Konstruktion geweiht

Diesen Satz Walter Benjamins wählte der israelische Künstler Dani Karavan für das Denkmal in Port Bou.

Über einige auf unserer Tafel wissen wir viel, über sie, wie Felix Fechenbach oder Moritz Rülf, gibt es Bücher und Aufsätze. Über andere wissen wir kaum etwas.

Alles, was wir schon wissen, und was die Historiker noch finden werden, soll in einem Buch festgehalten werden.

Aber die Zeit drängt, denn die Akten allein reichen nicht, und es ist kaum noch jemand da, der sagt: „Fragt uns aus, wir sind die Letzten!" (Hans Sahl).

Anmerkungen

1. 17.4.1935; Tagebücher 1935 – 36, S. 83.
2. StA DT, D 23 Detmold Nr. 3899.

Wir gedenken
der Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft
Detmold 1933 - 1945

Elli Alexander Max Alexander Bertha Arensberg Ida Arensberg
Otto Baer Julius Beerens Rebekka Berger Else Bloch
Hedwig Block Anneliese Blume Gerhard Blumenthal
Ilse Blumenthal David Böhm Regina Bonom-Horowitz
Max Bonom Walter Brinkmann Amalie Buchholz
Arthur Buchholz Bernhard Buchholz Elsa Buchholz
Grete Buchholz Irmgard Buchholz Julius Buchholz
Margarethe Buchholz Siegmund Buchholz Toni Buchholz

Friedrich Büker Irmgard Bukofzer Jacob Daniel Louis Daniel
Paula Daniel Berl Dillenberg Ernst Dillenberg
Margarete Dillenberg Max Dillenberg Paula Ems
Georg von Eppstein David Examus Emmy Examus Anne Falk
Felix Fechenbach Alma Flatow Frieda Flatow
Friederike Flatow Louis Flatow Max Flatow Emilie Frank
Ludwig Frenkel Anni Goldschmidt Lothar Goldschmidt
Ilse Gravi Amalie Grüneoerg Georg Grüneberg Wilhelm Grüneberg

Rosy Grünewald Hermann Gusdorf Max Gusdorf
Laura Hallenstein Erna Hamlet Karl Harf Grete Heineberg
Gerda Herzberg Johanna Herzberg Martha Herzberg
Moritz Herzberg Ludwig Hesse Aenne Heymann
Edith Heymann Max Heymann Walther Heymann
Albert Hirschfeld Leonie Hirschfeid Gustav Höcker
Martha Hoffmann Babette Katz Otto Katz Eduard Kauders
Frieda Kauders Hildegard Kleesiek Elisabeth Lange

Selma Leffmann Hugo Levy Johanna Levy Rosa Levysohn
Margarete Linz Bernhard Löwenstein Edgar Löwenstein
Anneliese Lükermann Grete Lükermann Else Marx
Hans Erhard Marx Margot Masse Ellen Meyer Jeannette Meyer
Henriette Michaelis Auguste Michaelis-Jena Bernhardine Michaelis-Jena
Hermann Michaelis-Jena Sophie Michaelis-Jena Hans Mill
Wilhelm Milting Meta Neufeld Lina Neustädter Margarete Neustädter
Hannelore Neuwahl Julius Neuwahl Bertha Obermeier

Aron Albert Paradies Julius Paradies Paula Paradies
Siegfried Plaut Sophie Plaut Hannelore Ries Josef Ries
Julie Ries Maria Ries Rahel Ries Pauline Rosenboom
Dan Rosenbaum Else Rosenbaum Frieda Rosenbaum
Heinz Rosenbaum Inge Rosenbaum Samuel Rosenbaum
Käte Rosenstein Erika Rülf Moritz Rülf Emilie Salomon
Ilse Samuel Leo Samuel Laura Sander Adele Schlamm
Hedwig Schlamm Ernst Silberbach Margret Silberbach

Emilie Simon Salomon Simon Julius Sondermann
Aenne Sostberg Erna Steinweg Wilhelm Steinweg Emmy Turk
Ilse Uhlmann Edith Valk Hedwig Valk Hilde Valk
Samuel Valk Anna Vogelhut Josef Leib Vogelhut
Henny Warschauer Else Wertheim Julius Wertheim
Rudolf Wertheim Ruth Wertheim Gerda Windsheim
Max Wolf Eugen Wolff Jenny Wolff
Flora Zander Salomon A. Zander

9. November 1995

Abbildungsnachweise

Bundesarchiv

Halle

Institut für Lippische Landeskunde

Broer

Lippisches Landesmuseum

Scheef

Lippische Landesbibliothek

Speckmann

Lippisches Literaturarchiv der Lippischen Landesbibliothek

Nellner, Vogt

NRW-Staatsarchiv Detmold

Bender, Enzensberger, Fechtemeier/Freitag/Kölling, Halle, Hennigs, Müller, Riechert, Ruppert, Schäfer, Vossen, Wehlt

Hermine Oberück, Bielefeld

Lev-Ron, Müller

Privatbesitz

Hampe, Henke/Herrmann/Steffen/Prüter-Müller, Hennigs, Mellies, Siemer

Zu den Autorinnen und Autoren

Lothar Albertin, geboren 1924 in Ortelsburg/Ostpreußen. Studium der Geschichte, Germanistik und Staatsphilosophie an den Universitäten Köln und Amsterdam. 1953 Promotion. Lehr- und Forschungstätigkeit an der Universität Marburg (1961–1967). Habilitation für Zeitgeschichte (1968) und Politische Wissenschaften (1969) an der Universität Mannheim. Gastprofessuren in New York, Bordeaux und Antananarivo/Madagaskar. 1974 Wechsel zur Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe in Bielefeld. Ab. 1979 an der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie der Universität Bielefeld. 1989 Directeur d'Etudes a l'Ecole des Hautes Eruges en Sciences Sociales in Paris, 1990 Gastprofessur am Institut d'Urbanisme de Paris. Forschungen und Publikationen zur Geschichte des Liberalismus und der politischen Parteien, zur Reformpolitik von Städten im internationalen Vergleich und zum europäischen Einigungsprozeß.

Wolfgang Bender, Dr. phil., geboren 1959 in Andernach, ist seit 1992 Archivar am Nordrhein-Westfälischen Staatsarchiv Detmold. Studium der Geschichte, Politikwissenschaft und Anglistik in Trier. Promotion zum Dr. phil. 1989. Veröffentlichungen zur Sozial-, Wirtschafts- und Verwaltungsgeschichte des rheinisch-westfälischen Raumes im hohen und späten Mittelalter sowie des 19./20. Jahrhunderts.

Jutta M. Bott, Jg. 1965, Dipl.-Psychologin, Psychotherapeutin und Sozialpädagogin grad., studierte in Bochum, Minneapolis/USA und Fulda. Arbeitsschwerpunkte: Strukturfragen der psychosozialen/sozialpsychiatrischen Versorgung, Psychiatriegeschichte, Psychotherapie in der Gerontopsychiatrie.

Werner Broer, Dr. phil., geboren 1926 in Bösperde (Kreis Iserlohn). Studium der Germanistik, Klassischen Philologie, Philosophie und Kunstgeschichte in Bonn und Tübingen. Ab 1954 Schuldienst in Bochum und Recklinghausen. 1965 bis 1984 Direktor des Christian-Dietrich-Grabbe-Gymnasíum Detmold. Danach Dezernent beim Regierungspräsidenten in Detmold bis zur Versetzung in den Ruhestand. Zahlreiche Veröffentlichungen zu Fachfragen und zu Grabbe.

Gisela Diewald-Kerkmann, Dr. phil., geboren 1953; Historikerin u. Diplom-Pädagogin; Veröffentlichungen u.a. (Hrsg. mit Kunz/Knobelsdorf) Vor braunen Richtern, Bielefeld 1992; Politische Denunziation im NS-Regime oder Die kleine Macht der „Volksgenossen", Bonn 1995.

Thomas Enzensberger, geboren 1953, Jurastudium ab 1975 in Freiburg i.Br., Straßburg und Paris (Schwerpunkte: Medien- und Europarecht). Europadiplome am „Institut Internationale de Droit Comparé" in Straßburg (1981/82). Ab 1981 freier Mitarbeiter beim SWF (Baden-Baden). Politik- und Geschichtsstudium in Freiburg von 1984–88 in Zusammenarbeit mit dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg (Schwerpunkte: Europa- und Entwiclungspolitik; Deutsche Ostasienpolitik). Z.Zt. Promotion am Lehrstuhl für Geschichte in Freiburg über das Thema: „Nationalsozialismus in Lippe".

Werner Freitag, geboren 1955 in Rheda, Studium der Geschichtswissenschaft und der Wirtschaftswissenschaft in Bielefeld und Hagen, 1986–1988 Stadthistoriker in Spenge, Promoti-

on 1989, seit 1997 Professor für Landesgeschichte an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Gunda Gaus, geboren 1970 in Braunschweig, Ausbildung zur Verlagskauffrau Studium der Geschichtswissenschaft, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bielefeld und dem University Gollege Corte, Ireland.

Uta Halle, geboren 1956 in Detmold, Studium der Vor- und Frühgeschichte, Geologie und Anthropologie an der Universität Hamburg, Archäologin, DFG-Stipendium zum Thema „Keramikproduktion und -handel zwischen dem 17. und 19. Jahrhundert in Lippe", Lise-Meitner-Stipendium zum Thema „Archäologie im Dritten Reich – Die Politisierung einer Wissenschaft, dargestellt anhand archäologischer und zeitgeschichtlicher Quellen aus Lippe."

Hildegard Hammer, Jahrgang 1955. Studierte Pädagogik und Geschichte an der Universität Bielefeld. Diplompädagogin; Dozententätigkeit an der VHS Detmold in regionalgeschichtlichen Projekten.

Günter Hammer, geboren 1948. Studium der Geschichte, Linguistik und Literaturwissenschaft an der Universität Bielefeld. Dozententätigkeit in regionalgeschichtlichen Projekten der VHS Detmold. In diesem Rahmen Mitarbeit an Ausstellungen und Dokumentationen.

Henrike Hampe, M.A., geboren 1966 in Kassel. Studium der Volkskunde, Geschichte, Germanistik und Finno-Ugristik in Göttingen. Als Volkskundlerin am Lippischen Landesmuseum in Detmold tätig. Veröffentlichungen zu den Arbeitsschwerpunkten Frauenforschung und Kleidungsforschung.

Sabine Hanrath, M.A., geboren 1969 in Aalen. Studierte Geschichte, Soziologie und Literaturwissenschaften in Bielefeld und Lyon. Z.Zt. am Bielefelder Graduiertencolleg „Genese, Struktur und Folgen von Wissenschaft und Technik", arbeitet an einer vergleichenden Untersuchung der Psychiatriegeschichte in beiden deutschen Staaten von 1945–1971.

Jürgen Hartmann, geboren 1960 in Oerlinghausen; Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld; Hörfunk-Redakteur; Veröffentlichungen zur Geschichte der lippischen Juden, zu Felix Fechenbach, zum Nationalsozialismus, zur Völkischen Bewegung, zur NSDAP sowie zur KPD in Lippe. Derzeit befaßt mit einer Arbeit zur Geschichte der Gestapostellen in Bielefeld und Münster.

Maik Hattenhorst, geboren 1972 in Herford. Studium der Geschichtswissenschaft, Politikwissenschaft, Soziologie, Wirtschaftswissenschaft in Bielefeld, Madrid und Halle a.d. Saale. Mehrere Veröffentlichungen zur Geschichte des Nationalsozialismus.

Annette Hennigs, geboren 1965 in Detmold, studierte Geschichte und Germanistik in Paderborn; Promotion 1997 mit dem Thema „Gesellschaft und Mobilität. Eine Sozialgeschichte der Straßen am Fallbeispiel der Grafschaft Lippe 1680–1820"; Forschungsschwerpunkte: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der frühen Neuzeit; seit 1997 Referendarin am Staatsarchiv Münster.

Dorthe Hense, (geb. Fechtemeier), 1972 in Bad Oeynhausen geboren, Studium für das Lehramt an der Sekundarstufe I + II, Mathematik und Geschichte, Veröffentlichungen:

Fechtemeier, Dorthe: Der 1. Mai in einer gemischt-konfessionellen Stadt. Höxter 1933 und 1934, in: Freitag, Werner (Hg.): Das Dritte Reich im Fest. Führermythos, Feierlaune und Verweigerung in Westfalen 1933 – 1945, Bielefeld 1997.

Paul-Wolfgang Herrmann, geboren 1944 in Lage. Studium der Anglistik und Politikwissenschaften in Marburg und Southampton. 1969–1971 assistent teacher in London. 1974 Promotion zum Thema „Die Communist Party of Great Britain. Untersuchungen zur geschichtlichen Entwicklung, Organisation, Ideologie und Politik der CPGB von 1920 bis 1970. Meisenheim/Glan 1979. 1973–1986 Lehrer am Städtischen Gymnasium Blomberg, 1976–1986 Fachleiter für Sozialwissenschaften am Bezirksseminar für das Gymnasium bzw. Sek. II und Hauptseminarleiter am SI-Seminar Detmold. Seit 1986 Didaktischer Leiter der Geschwister-Scholl-Gesamtschule Detmold.

Anke Hufschmidt, M.A., geboren 1962, Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Volkskunde sowie der Mittleren und Neueren Geschichte in Freiburg und Hamburg. 1990–1992 wiss. Volontariat, 1995–1996 wiss. Angestellte am Weserrenaissance-Museum Schloß Brake, dazwischen 1993–1994 wiss. Angestellte am Institut für Lippische Landeskunde. Publikationen zur Sozialgeschichte des Adels in der Frühen Neuzeit, der Kulturgeschichte des späten 19. Jahrhunderts sowie zur Eingliederung von Flüchtlingen und Vertriebenen nach 1945 in Lippe.

Larissa Kölling, geboren 1972 in Bielefeld; Studium der Geschichte und Psychologie in Bielefeld.

Uri Lev-Ron, 1916 als Rudi Heilbrunn in Detmold geboren als zweiter Sohn des Predigers, Lehrers und späteren Kaufmanns Max Heilbrunn und seiner Frau Else, geborene Buchholz. Bis zum Umzug nach Bielefeld besuchte er das Detmolder Gymnasium und war Mitglied im Jüdischen Pfadfinder-Bund (IPD). Unmittelbar nach der Machtübernahme durch Hitler wanderte die Familie im Sommer 1933 nach Palästina aus. 1933–1939 arbeitete er zuerst bei der RICA, der Rothschildschen Siedlungsgesellschaft und dann im Orangenhain der Familie. 1939 ging er in den jungen Kibbuz Alonim, wo er seine Frau Zipon, kennenlernte. Sie gehörte zu den Gründern des Kibbuz. 1946 schlossen sie sich dem Kibbuz Kfar Szold an, 300 m von der syrischen Grenze entfernt, um den es im Unabhängigkeitskrieg 1948 schwere Kämpfe gab. Spannungen innerhalb der sozialistischen Kibbuzbewegung, der Uri Lev-Ron als Sekretär der allgemeinen Arbeiterpartei angehörte, führten 1951 zur Spaltung. Auch Uris Kibbuz zerfiel in zwei Lager. Die Gruppe, zu der er gehörte, beschloß den Kibbuz zu verlassen, um mit Gleichgesinnten in Giv'at Hayyim Ichud neu zu beginnen, wo er bis heute lebt. Seine Frau starb 1983. Seit 1988 bekam er durch mehrfache Besuche in Detmold zahlreiche neue Kontakte in seiner Geburtsstadt.

Cordula Marx, geboren 1961 in Braunschweig. Studium der Geschichte und Romanistik in Würzburg und Bordeaux. Promotion zum Dr. phil. 1994 zum Thema „Die französische Wochenzeitschrift „L'Illustration" während der Zeit der deutschen Besatzung 1940–1944". Weitere Forschungsschwerpunkte: Völkerverstädigung, Deutschlandbild, Antisemitismus.

Dirk Mellies, geboren 1978. Seit Wintersemester 1997 Studium der Geschichtswissenschaften/Politikwissenschaften/Öffentliches Recht an der Universität in Greifswald.

Wolfgang Müller, (1944–1996) in Thiergarten (Schlesien). Studium der Fächer Deutsch und Geschichte. Gymnasiallehrer, seit 1986 Archivpädagoge am NW Staatsarchiv Detmold.

Veröffentlichungen zur Verkehrsgeschichte, Archivpädagogik, Geschichte der Juden in Lippe.

Klaus Nellner, geboren 1936 in Berlin. Dipl.-Bibliothekar an der Lippischen Landesbibliothek. Bibliographische Arbeiten über Grabbe, Freiligrath und Georg Weerth.

Hermann Niebuhr, geboren 1950 in Würzburg. Studium der Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaften in Marburg, Hamburg und Basel. Promotion. Seit 1983 Archivar am NW Staatsarchiv Detmold. Veröffentlichungen zu regionalgeschichtlichen Themen des 19. und 20. Jahrhunderts, Quellenpublikationen „Reisetagebücher der Fürstin Pauline", Herausgeber der „Lippischen Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde".

Peter Pahmeyer, geboren 1958 in Detmold; Lehramtsstudium in den Fächern Geschichte, Deutsch, Pädagogik und. Ev. Religionslehre an der Universität Bielefeld; wissenschaftliche Mitarbeit am Forschungsprojekt „Europabilder von Schülerinnen und Schülern" (1993); 1991–1994 Pädagogische Leitung der Euro-Schulen Bielefeld; z.Zt. Lehrer im öffentlichen Schuldienst. Dissertation: „Die Hitlerjugend in Lippe 1993–1939. Totalitäre Erziehung zwischen Anspruch und Wirklichkeit" (1996).

Harald Pilzer, geboren 1953 in Konstanz. Studium der Geschichtswissenschaft, Wissenschaftlichen Politik und der Germanistik an der Universität Konstanz. Seit 1984 im Bibliotheksdienst in Berlin und Bielefeld und seit 1993 Stellvertretender Direktor der Lippischen Landesbibliothek in Detmold. Veröffentlichungen vornehmlich zur Bibliotheksgeschichte in Fachzeitschriften und Sammelbänden.

Marcel Plöger, geboren 1973 in Detmold, Studium der Geschichtswissenschaft und Mathematik an der Universität Bielefeld, 1997 1. Staatsexamen. Mitarbeit an einer Ausstellung und einem Film über Feste im Nationalsozialismus.

Heinz-Jürgen Priamus, Dr. phil., M.A.; Jg. 1949; Studium der Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Neueren Geschichte und der Anglistik; Leiter des Instituts für Stadtgeschichte Gelsenkirchen; Lehrbeauftragter an der Ruhr-Univerität Bochum; zahlreiche Veröffentlichungen zur regionalen Zeitgeschichte, u.a. (zusammen mit Stefan Goch und Rainer Bovermann): Das Ruhrgebiet –Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen. Politik in der Region 1946–1996.

Micheline Prüter-Müller, geboren 1954 in Heiligenhafen, Studium der Fächer Deutsch und Geschichte in Marburg und Bonn, Lehrerin an der Geschwister-Scholl-Schule und am Studienseminar für die Sekundarstufe II in Detmold, Geschäftsführerin der „Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe".

Peter Respondek, Dr. phil., geboren 1957 in Wolfsburg. 1978 Studium der Geschichte, Germanistik und Erziehungswissenschaft in Münster. 1986 Staatsexamen. 1992 Promotion. Lehrbeauftragter an der Universität-GH Paderborn. Forschungsschwerpunkte: Technik- und Umweltgeschichte; Historische Demographie; Vor- und Frühgeschichte der BRD und der DDR; die deutsch-britischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert. Veröffentlichungen: u.a. Besatzung – Entnazifizierung – Wiederaufbau. Die Universität Münster 1945 – 1952. Münster 1995.

Hansjörg Riechert, geboren 1958 in Frankfurt/M. Studium der Geschichte und Sozialwissenschaften in Düsseldorf und Bochum. Promotion. Mitarbeit an Dokumentationsprojekten des Rheinischen Industriemuseums und an einem Forschungsprojekt der Universität Bielefeld über den Nationalsozialismus in Lippe während des Zweiten Weltkrieges. Veröffentlichungen zur Medizinal-, Sozial- und Militärgeschichte des Dritten Reiches.

Andreas Ruppert, Jahrgang 1948, Historiker, lebt in Paderborn.

Elisabeth Sauermann, geboren 1921 in Detmold, Religions- und Sozialpädagogin; Forschungsschwerpunkte: Frauengeschichte in Lippe im Zusammenhang mit Frauengeschichtsladen Lippe e.V.; Veröffentlichungen: Chronik der weiblichen Jugendarbeit in der Lippischen Landeskirche 1983 „Zum Nachdenken blieb keine Zeit" Frauen in Lippe nach dem zweiten Weltkrieg 1995.

Ingrid Schäfer, geboren 1940 in Frankfurt/Main, Studierte Geschichte und Soziologie; freiberufliche Historikerin; Forschungsschwerpunkte: Sozialgeschichte der Technik (Schwerpunkt Holz- u. Waldgeschichte) sowie Frauengeschichte. In beiden Forschungsschwerpunkten mehrere Veröffentlichungen.

Vera Scheef, geboren 1963 in Olsberg/Hochsauerlandkreis. Studium der Kunstgeschichte mit den Nebenfächern Klassische Archäologie und Europäische Ethnologie in Marburg. Seit 1991 am Lippischen Landesmuseum Detmold tätig.

Ernst Siemer, geboren 1924 in Döhren (Krs. Minden-Lübbecke). Nach dem Besuch des Aufbaugymnasiums in Petershagen Berufsausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst. Nebenamtliches Studium an der Verwaltungs-Akademie Ostwestfalen-Lippe von 1951 bis 1954. Von 1942 bis 1989 tätig beim Regierungspräsidenten in Minden bzw. Detmold, zuletzt als Hauptdezernent und Regierungsdirektor. Veröffentlichungen zu Fachfragen aus dem Bereich der Verwaltung und zur Geschichte der Behörde des Regierungspräsidenten in Detmold (Minden).

Lukas Speckmann, geboren 1969 in Bielefeld, Studium der Musikwissenschaft, Geschichte und Anglistik an der Universität Münster, 1996 Promotion mit einer Dissertation über August Weweler. Arbeitet als Journalist, lebt in Münster.

Walter Stich, geboren 1930 in Volmarstein/Ruhr. Studium der Rechtswissenschaft in Köln. Verwaltungsbeamter seit 1959, zuletzt Regierungspräsident in Detmold, pensioniert seit 1995.

Michael Vogt, Jahrgang 1952, studierte Gemanistik, Romanistik und Geschichtswissenschaft in Münster und Bielefeld. 1982 Promotion. Buchpublikationen zu Christian Grabbe, Georg Weerth und Wilhelm Busch. Verleger in Bielefeld.

Johannes Vossen, geboren 1960 in Düsseldorf. 1980–1987 Studium der Geschichte und Germanistik in Münster und Bielefeld. Anschließend wiss. Tätigkeit in Forschungs- und Weiterbildungsprojekten der Universität Bielefeld, gleichzeitig Promotionsvorhaben zur Geschichte des öffentlichen Gesundheitsdienstes in Westfalen zwischen 1900 und 1950. Seit 1997 wiss. Geschäftsführer des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Forschungsschwerpunkt: Geschichte des öffentlichen Gesundheitswesens.

Gertrud Wagner, geboren 1936 in Detmold, Studium der Germanistik und Ev. Theologie, Lehrerin am Stadtgymnasium Detmold. Veröffentlichungen: Gesine Wagner: Im Feuer ist mein Leben verbrannt. Hrsg.: Peter u. Gertrud Wagner, Gütersloh 1985/ Schwierige Erinnerung – Neue Begegnung, Panu Derech 1, Hrsg. Gertrud Wagner/Micheline Prüter-Müller, Detmold, 1989.

Hans-Peter Wehlt, geboren 1938 in Schwusen, Kr. Glogau. Studium der Geschichte und Germanistik in Frankfurt und Marburg, Dr. phil. Staatsarchivdirektor in Detmold. Lehrauftrag an der Universität Paderborn. Arbeitsschwerpunkte: Mittelalterl. Geschichte, Landesgeschichte; dazu zahlreiche Publikationen (u.a. Bürgerbuch Bomberg, Lippische Regesten); Herausgeber der „Lippischen Geschichtsquellen".

8057940

Kommunalpolitische Entwicklungen die Rolle der Detmolder Justiz, die Verfolgung aus rassischen und politischen Gründen werden ebenso detailliert dargestellt wie die Kulturpolitik des 'Dritten Reichs', die Brüche und allmählichen Veränderungen im Vereinsleben, im Sport und in der Fest- und Feiertagskultur.

In einer Reihe von Portraits werden die Persönlichkeit und der Werdegang einzelner NS-Täter und die Schicksale einzelner Opfer dargestellt. Besondere Aufmerksamkeit ist der Verfolgung in Detmold lebender Juden und der Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen aus politischen oder religiösen Gründen gewidmet. Da bisher nur weniges über Detmolder 'Euthanasie'-Opfer und die Opfer unter Homosexuellen, 'Zigeunern', Deserteuren und Widerstandskämpfern bekannt ist, muß selbst die vorliegende umfangreiche Dokumentation »Nationalsozialismus in Detmold« unvollständig bleiben.

Herausgeber und Verlag hoffen, daß der Band zur weiteren Auseinandersetzung mit dem Thema anregt.

Nazi-Jüsken erzählt . . .

Detmold, 28. Oktober.

Jetzt klappt aber schon wirklich gar nichts mehr bei uns in der NSDAP. Da sind Redner für die einzelnen Orte des Lipperlandes von unserem Propagandaleiter Diehl bestimmt worden und die Ortsgruppenleiter halten es jetzt, eine Woche vor der Wahl, noch nicht für nötig, den Rednern, wie es Vorschrift ist, Saal und Beginn der Versammlung mitzuteilen. In allen diesen Orten, wo unsere Ortsgruppenleiter so bummelig sind, dürfen die bestimmten Redner ihre Versammlung nicht abhalten. Geschieht den Ortsgruppen ganz recht; warum sind sie nicht besser auf Draht. Aber, selbst wenn Versammlungen stattfinden, sind sie ja doch schlecht besucht. Es kommt da schon auf eins heraus, ob wir Versammlungen machen und am 6. November eine vor den Latz kriegen, oder ob wir uns in Voraussicht der Niederlage die Mühe mit den Versammlungen sparen.

Die Karikatur des SA-Schreihalses wurde erstmals im Sommer 1929 auf Flugblättern verwendet. Felix Fechenbach, seit Oktober 1929 Redakteur des »Volksblatts« in Detmold, machte sie 1932 zum Signet seiner regelmäßigen Glosse »Nazi-Jüsken«, in der bevorzugt Interna der lokalen NSDAP zur Sprache kamen.

ISBN 3-89528-208-1

PERSONENREGISTER „Nationalsozialismus in Detmold“

Personen, die im Text erwähnt sind und in Detmold gelebt oder gewirkt haben

Ahlers, Anna 836,
Alexander, Elli 670,
Alexander, Max 653, 670, 840, 865,
Alke, Anton 180, 490, 697, 699 ff., 704 ff., 712 ff.,
Alm, Dr. (Blomberg) 426,
Altfeld, Emil 532,
Anemüller, Dr. Ernst 504,
Arensberg, Ida 671, 877.
Aretz, Emil 221, 234,
Arnold (Frau) 402, 404 ff.,
Augener, Dr. Otto 281, 283, 351 f., 356 f., 364 f. 684,
Baer, Otto 647, 651, 653, 660, 663, 779, 835,
Bähre, August 221, 234,
Baudissin, Graf 774,
Bauer, Ernst 236,
Bauer, Karl 463,
Becker, August 380,
Beckmann, Adolf 781,
Beerens, Julius 666,
Bergmann, Dr. Alfred 123 ff. , 508, 511, 577 f., 597, 599, 606 f.,
Berkemeier (Polizist) 666,
Berlin, August 857,
Bernhard, Prinz 244,
Betz, Ludwig 236, 245, 457, 460, 666,
Bicker, Hermann 446, 636, 639, 765,
Binz, Rudolf 440
Blanke, Fritz 264,
Block, Hedwig 877,
Boehm, David 648, 662,
Bögeholz, H. 827 ff.,
Bökhaus, Brunhilde 832,
Bolhöfer, Fritz 827 ff.,
Bonom, Regina 647, 649,
Bonwetsch, Dr. Gerhard 831 f., 835 ff.,
Bornscheuer, Dr. Wilhelm 250,
Bracht, Fabrikant 424 ff.,
Brand, Hermann 87 ff.
Brand, Willi 221, 234, 236, 239,
Buchholz, Amalie 877,
Buchholz, Arthur 653, 671, 877,
Buchholz, Bernhard 834, 876, 877,
Buchholz, Else 871, 877,
Buchholz, Gerhard 871,
Buchholz, Grete 877,
Buchholz, Ilse 834, 871,
Buchholz, Irmgard 876 f.,
Buchholz, Julius 871, 877,

Buchholz, Margarethe 877,
Buchholz, Matthias 871,
Buchholz, Sigmund 877,
Buchholz, Toni 877,
Büker, Fritz 780 f., 878,
Büker, Heinrich 781,
Büker, Lina 781,
Büker, Rudolf 781,
Bukofzer, Irmgard 840,
Busch, Gustav 215 f., 221,
Buschulte 652, 655,
Cordes, Dr. Fritz 281, 309, 686,
Cronemeyer, Rudolf 261,
Culemann, Meta 250,
Daube, Otto 115, 121, 591 f., 594, 601, 832, 836,
Dettmer, Wilhelm 215 f., 223, 225, 623,
Diehl, Propaganda-Leiter 463,
Diekmann, Dr. Ernst 124, 127 ff.
Dietrich (Frau) 401, 405 ff.,
Dolle, Heinrich 774,
Don, Ingrid 831 ff.,
Donitzky, Albert 777, 780,
Drake, Heinrich 105, 116, 155, 170, 235, 258, 310 f., 366, 755 ff., 760 ff., 768,
Droegenkamp, Dr. Heinz 234, 236, 242, 463 f., 559 f., 631,
Dröge, Fritz 777,
Düstersiek, Werner 110
Ebert, Dr. Bernhard 258, 260, 267, 281, 285 f., 297, 307,
Ehrmann, Hans 840,
Ehrmann, Karl 665, 672, 674, 840.
Ehrmann, Ruth 665,
Ehrmann, Wilhelm 653,
Eschel, Gad 876,
Examus, David 653, 670, 876,
Examus, Emmy 670, 876,
Examus, Gustav 651,
Fahr, Bruno 777 f.,
Falck, Theodor 247, 249, 840,
Falk, Edith 840,
Fassbach, Paul 650, 653,
Fechenbach, Felix 88 f. 105, 155, 209, 219, 221, 223, 262, 647 f., 662, 756, 761, 764, 767, 825, 857 f., 879.
Fechenbach, Hanni 839 f.,
Fechenbach, Kurt 839 f.,
Fechenbach, Lotti 859 f.,
Fechenbach-Fey, Irma 857ff.,
Feldmann, Emil 446, 636, 761, 763,
Fischer, Dr. Joachim 367 f.,
Flasskamp, Martin 221, 234, 236,
Flatow, Louis 652 f., 662, 670, 840, 865,
Flemming, Paul 430 f.,
Focke, Josef 647 f.,

Försterling, Erich 335,
Frenkel, Ludwig 840,
Fricke, Bruno 208 f.,
Fricke, Staatsanwalt 277,
Friedländer, Erna 668,
Friedrichs, Fritz 215 f., 234,
Frohne, Ingeborg 831 ff.,
Fuhrmann, Dr. Manfred 203, 206, 209, 209 ff., 622, 675,
Funke, Wilhelm 781,
Geerkens, Oberst 493,
Geyer, Christoph 450,
Gisder, Renate 878,
Glänzer, Heinrich 219, 234,
Glindkamp, Heinrich 247 f.,
Göbel, Hans 781,
Goehrke, Gustav 482,
Gößling, Willi 234,
Gottenströter, Heinrich 636, 765,
Gottschalk, Walter 234,
Gravi, Ilse 840,
Grawe, Alois 698, 712 f.,
Gregorius, Dr. Alfons 873,
Grote, Hans 505, 704,
Grüttemeyer, Fritz 204, 213, 215 ff., 221, 223,637, 639 ff., 648,
Grüttemeyer, Otto 204,
Gülicher, Adolf 781,
Gülicher, Friedrich 781,
Gülicher, Konrad 781,
Gunst, August 698,
Günther, Robert 646,
Gusdorf, Max 878,
Hackemack, Gustav 781,
Hackemack, Wilhelm 781,
Häfner-Mode, Ilse 613,
Hallenstein, Laura 877,
Hamlet, Erna 88
Hamlet, Helene 674,
Hansen 636
Harder, Franz 216, 221,
Harms (Frau) 402 ff.,
Harting (Schutzpolizei) 669,
Hasse, Margarete 617,
Heger, Ludwig 246,
Heidt, Fluglehrer 424, 429,
Heilbrunn, Ernst 872,
Heine, Ass. 294,
Heine, Hermann 466,
Heise 756,
Heißenberg, Emil 285,
Heitmann, Lieselotte 831 ff.,
Hellweg, Pol.-Hptm. 424,

Helmken-Tubbe, Else 384,
Herbig, Wolfgang 767,
Herdejost, Carl 204 ff., 233,
Herr, Vikar 704,
Herrig, Kreislt. 634,
Herzberg, Fritz 262 ff.,
Herzberg, Moritz 653, 667, 671, 840,
Hesse, Irene 671, 840,
Heuer, Heinrich 827 ff.,
Heumann, Ernst 667, 871,
Heumann, Frieda 672,
Heymann, Aenne 877,
Heymann, Edith 877,
Heymann, Max 877,
Heymann, Walther 877,
Hildebrand, Wilhelm 777 f.,
Hilker, Berlebeck 753 f.,
Hirschfeld, Dr. Albert 262 ff., 287, 653, 671, 674,
Hirschfeld, Leonie 671,
Hofmann, Alexander 377,
Hollo, Dr. Heinrich 112, 127, 135, 149, 571 ff., 594, 598, 603 ff.,
Holste, Heinrich 733,
Höppner, Anton 851,
Höppner, Elisabeth 849,
Huckschlag, Heinrich 698, 700,
Hunyady, Maximus von 113,
Jansen 446,
Jenschede, August 760,
Juliane, Kronprinzessin 244,
Jürgens, Renate 332,
Kampmann, Gustav 622, 778,
Kate, Fritz 651,
Katin, Arno 872,
Kauders, Eduard 648, 653, 667, 671,
Kauders, Frieda 671,
Kaufmann, Helene 674,
Kaul, Hans 646,
Keller, Hans 178, 221, 223, 234, 236 f., 239 ff., 243 ff., 248 ff., 252, 303, 312 f
454, 577 f., 647, 652, 832,
Keller, Otto 206, 219, 221, 225, 648,
Ketteler, Vikar 713,
Kiewning, Hans 532,
Kirchheimer, Alice 840,
Kirchhof, Bruno 125
Kleesiek, Hermann 640,
Kleesiek, Hildegard 879,
Klöpper, August 753 f.,
Klöpper, Wilhelm 222, 631, 640,
Koch, August 664, 674,
Koch, Ludwig 205, 215 f., 220, 234,
Kollmeyer, Mathilde 836,

Kortekamp, Fritz 757,
Kraft, Eugen 765,
Kramme, Walter 617,
Krappe, Dr. Ernst 222, 224, 296, 298, 311, 631,
Kreke, Hildegard 332,
Kretschmer, Martin 165,
Krieger, Margarethe 613,
Kron (Frau) 403, 405 ff.,
Kühlmuss, Heinrich 422 ff., 430,
Kunold, Oberst 438,
Kuthe, Carl 234
Lange, Alexander 851,
Lange, Dr. Wilhelm 109,113,
Lange, Elisabeth geb. Höppner 849 ff.,
Lapstich, Walter 650, 652,
Lebensbaum, Gertrud 840,
Lefmann, Selma 871,
Leipelt, Dr. Katharina 850 f.,
Lerch, Karl 208 f.,
Levi, Herbert 840,
Levi, Robert 865 f., 876,
Lev-Ron, Uri 871 ff., (Heilbrunn, Rudi)
Levyson, Rosa 651,
Linne, August 446, 636, 645, 758, 760, 765,
Linz, Emma 674,
Linz, Julius 674,
Löwenstein, Edgar 840,
Lückhoff, Propaganda-Lt. 701,
Lutsch, Johann 248, 778,
Lüttschwager, Pfarrer 715,
Maas, Ernst 648, 674,
Margalit, Ruth; geb. Ehrmann 665, 877,
Margarete, Schwester 364,
Markmann, August 463,
Martin, Georg 646, 651,
Marx, Hans 670,
Marx, Wilhelm 698,
Meier-Böke, August 675,
Meine, (Frau) 833,
Meinhardt, Erich 664, 674,
Meischeider, Emil 206,
Mellies, Wilhelm 189 ff., 757 f., 761, 765, 768,
Meßmann, Frl. 605
Meyer, Dr. Alfred 42 ff. , 123, 126 ff., 150, 162, 224, 244 f., 251, 306, 312, 324, 330, 334, 508, 512 f., 520, 532, 543 f., 577, 579 f., 583, 599, 622, 650, 703, 756.
Meyer, Ellen 840,
Meyer, Friedrich 836,
Meyer, Wilhelm 532,
Meyer-Rabingen, Hermann 483 f.,
Michaelis-Jena, Auguste 671, 673, 842,

Michaelis-Jena, Bernhardine 671, 673, 842,
Mill, Hans 878,
Moes, Dr. Richard 243, 385,
Müller, Dr. LG-Präs. 258,
Müller, Dr. Rudolf 263,
Müller, Mimi 776, 778,
Mundzek, Luise 773 f.,
Muth, Hugo 664, 674,
Neubeck, Reg.Ass. 302, 305,
Neuwahl, Hannelore 840,
Neuwahl, Julius 840,
Nölting, Dr. Erik 261,
Oevermann 836,
Oppermann, Dr. Heinrich 114, 236, 293 ff., 325, 534 f., 616,
Oppermann, Else 311 f., 314,
Ostmann, Karl 778,
Pecher, Wilhelm 206, 675,
Peters, Dr. Emil 217, 234, 238 ff., 247,
Peters, RA 264,
Pethig, Walter 647,
Petri, Dr, Helmuth 215,
Pieper, Hans 221, 239, 239 f., 647,
Pinkowski 446, 636, 760,
Plaut, Josef 216, 219, 647,
Plaut, Sophie 671,
Pöhler, Wilhelm 246,
Potthast, Konrad 636,
Potthoff, Adolf 242, 388,
Preyer, Hugo 646, 650, 652,
Prüßner, August 663,
Pump, Bernhard 757, 760,
Quadfass, Erna 674,
Radau, Wilhelm 647, 651,
Rauchschwalbe, Karl 756, 758, 763, 767,
Raveh, Karla, geb. Frenkel 665, 840,
Rehbein, Franz 767,
Rehm 709,
Reichardt, Luise 851,
Reuter, Martha 666,
Riecke, Hans-Joachim 224, 241, 244, 250, 252, 324, 424, 427 f., 467, 509, 540, 561f, 604, 639, 701,
Ries, Minna 671, 674,
Röhler, Heinrich 384,
Romstedt, Arno 208
Rosenbaum 670,
Rosenbaum, Heinz 840,
Rosenstein, Käthe 840,
Rosteck, Heinz 247, 563, 624, 633, 635 ff.,
Rothaus, Ernst 760,
Rothenberg, Margot 840,
Rötteken, Ernst 616 f.,

Rubach, Frl. 763,
Rubach, Willi 446, 636, 766,
Rülf, Herbert 872,
Rülf, Moritz 89, 647 f., 871, 873 f., 879.
Sachs, Hans 639,
Sander (Frau) 402, 404 ff.,
Sander, Laura 878,
Sandvoss 646,
Sauer, Heinrich jun. 221, 234, 244,
Sauer, Heinrich 206, 259,
Schäfer 776,
Schäfer, Berta 781,
Schäfer, Wilhelm 781,
Scheumann, Heinrich 666,
Schierenberg, Karl 778,
Schladebach, Dr. Betty 505 f.,
Schlamm, Hedwig 669,
Schmeißer, Paul 422, 432,
Schmidt (Frau) 416
Schmidt (Schutzpolizei) 669,
Schmidtmeier, Wilhelm 665 f.,
Schmitz, Dr, Hans 251,
Schnelle, Ernst 592 ff., 618,
Scholz, Adolf 773 ff., 777 ff.,
Scholz, Hedwig 781,
Schöne, Dr. Bruno 264, 767,
Schöning, Rudolf 208
Schönlau, Landwirt 448,
Schönwälder, Horst 100,118,
Schreck, Ferdinand 775, 777,
Schröder, Wilhelm 205, 242,
Schüren, Hugo 466,
Schürmann, Wilhelm 251, 652, 654, 663,
Schwarze, H'kirchen 495,
Schweiger, Karl 244, 331 f., 647,
Segler, Karl 241, 648,
Sievert, Dr. Heinrich 263,
Silberbach, Margret 840,
Solle, August 650, 652,
Sondermann, Julius 840,
Sonntag, Wilhelm 647,
Spelge, Dr., ORR 299,
Staercke, Bernhard 436,
Staercke, Max 124
Stahl, Margarete 504,
Steinecke, Walter 157, 215, 217, 221, 223, 225, 312 f., 615, 622, 675,
Steingrube, Karl 827 ff.,
Steinweg, Elise 653, 668,
Steinweg, Leo 653,
Steinweg, Wilhelm 653, 668,
Stiefel, Dr. Heinrich 873,

Strobel, Karl 209 ff.,
Strohdiek, August 781,
Stroop, Jürgen 80 ff., 247, 640, 698, 709,
Stroop, Katharina 698,
Sturm, Oberst 437, 487, 489,
Suffert, Oskar 110, 532, 534, 537, 539,
Suhrmann, Else 335,
Sundermann, Wilhelm 207,
Supan, Ernst 246,
Süß, Georg 178, 426,
Tasche, Wilhelm 206,
Temme, Erich 767,
Teudt, Wilhelm 528 ff.,
Thiele, Dorothea 831 ff.,
Thome, Eduard 781,
Thümmel, Bernhard 108, 111, 113,
Thunert, Dr. Karl 777, 780,
Tölle, Ernst 163, 234,
Tornau, Dr. Traugott 210 f., 241, 286,
Tracht, Karl 206,
Treede, Adolf 335,
Uhle, Adolf 236, 623, 628,
Uhlmann, Ilse 840,
Ulmke, Meta 215, 218, 646, 651 f., 660, 672,
Valk, Samuel 653, 668,
van Senden, Hermann 655,
Vehmeier, Wilhelm 774, 777ff., 781,
Vogelhut, Josef 649 f.,
Vogelhut, Necha 649,
von Biedenweg, Karl-Ludwig 324, 330 f.,
von Donop, Hans 206, 209, 215 f., 224 f., 234, 675,
von Motz, Ulrich 564 f.,
von Oven, Oberst 485 ff.,
Wagenfeld, Hermann 241,
Walfridis, Schwester 714,
Weber, Arthur 215, 234,
Wedderwille, Adolf 89, 94, 121, 133, 136 ff., 162 ff., 178 f., 222, 224 f., 245, 251, 259, 298, 312 f., 315, 331, 364, 457 f., 467,485, 488 f., 492 ff. 535, 546, 571, 631, 639, 642, 646, 650 ff., 655, 663, 667 f., 673f., 701, 715, 729, 731, 754, 763, 787, 791, 797,
Weerth, Karl 532,
Weigelt, Dr. jur. 459,
Weißbrodt, Käthe 836,
Weiszfisch, Einat 876,
Weiszfisch, Judith 876,
Weitzenkorn, Marianne 840,
Wertheim, Ilse 665,
Wertheim, Julius 653, 655 f., 664, 670,
Weweler, August 99 ff., 251, 564, 573, 675,
Wiebach, Dr. Erich 779, 836,
Wiegand, Dr. Eduard 112, 123 ff., 206, 503 ff., 571, 577, 647, 656,

Wiese, Paul 219, 647 f.,
Wilke, Willy 335
Will-Rasing, Otto 575,
Winkelmann, Karl 248,
Winkelmann, Reinhold 208 ff., 776 f., 779,
Winkelsesser, Julius 262, 265 ff., 279, 284 ff., 298, 304 f.,
Winkler, Bernhard 240 f., 701,
Wittenstein, Bruno 617,
Wolf, Martin 69
Wolff, Eugen 28, 651, 653, 662,
Wolff, Julius 779,
Wolff, Karl 129, 143,
Wollenhaupt, Ludwig 110,112, 134, 136, 225, 313 f., 509, 536, 538, 647, 705, 832,
Wöstenfeld, Friedrich 249,
Wulfmeyer, Reinhard 99,108, 215, 755,
Wunder, Emil 234,
Ziegenbein, Karl 235, 247 f., 777,
Zimmermeister, Friedrich 775 ff.,